25715

Baltische Monatsschrift

Herausgegeben
von
Woldemar Wulffius
Werner Hasselblatt
Max Hildebert Boehm

Schriftleiter:
Dr. Reinhard Wittram

62. Jahrgang • 1931

O 874-62

Verlag der Buchhandlung G. Löffler, Riga

Inhalt

I. Aufsätze

	Seite
Adelheim, Prof. Dr. med. R., Der Mensch	362
Boettcher, Dr. A., Die soziale Schichtung des Deutschtums in Lettland und die deutsche Berufsberatung	587
Bosse, Dr. H., Melioritätsbewußtsein	97
Casperson, G., Des Dichters Hans Grimm Leben und Werk	349
Freymuth, K., Das Menschengesicht und die Ewigkeit	538
Giere, Dr. W., Das sterbende Zeitalter	425
Grewingk, M. von, Franz Liszt im Baltikum	623
Keußler, Dr. G. von, Regeneration und Bayreuth	339
Klau, S., Das Parteiwesen Estlands, I. Die Stellung des Sozialismus innerhalb der estnischen Parteien	18
" " Das Parteiwesen Estlands, II. Der Aufstieg der Agrarparteien	140
" " Das Parteiwesen Estlands, III. Die Tragödie der Mittelparteien	273
Krannhals, P., Der Lebenssinn der Wissenschaft	433
Dosten, R. van, Polen zwischen Asien und Europa	133
Petersen, Dozent Dr. O. von, Werner Bergengruen	9
" " " " " Karl Freiherr von Fircks	446
Rauch, G. von, Die Kaschuben	611
Schneider, Prof. Lic. Dr. C., Die Stellung der baltischen Jugend innerhalb der gesamten deutschen Jugend	597
Schreinert, Dr. K., Goethe und der baltische Osten	32
Schulmann, H. von, Goldwährung und Wirtschaftskrise	576
Seesemann, Dr. K., Mensch und Wirtschaft	523
Seraphim, Prof. Dr. H.-J., Die Krisis der deutschen Landwirtschaft in ihrer weltwirtschaftlichen Bedingtheit	153, 226, 286
Stackelberg, Dr. A. Baron, Briefe des Livländischen Landmarschalls Friedrich Baron Meyendorff	458
S., C. v., Zur Situation der modernen Literatur	175
" " " Die Zeitlage im Spiegel deutscher Literatur	614

Seite

Thomson, H., Die Krisis des abendländischen Denkens . . 90
Vorwerk, Fr., Über die „Entneutralisierung des Kulturgutes" 27
de Vries, A., Politischer Bericht in Bad Schandau . . . 511
Worms, Dr. F., Baltische Erneuerung 199
Wrede, V. von, Der Rüstungsstand Sovetrußlands 1931 . 399
Wroblewski, V. A., Rußlands Kriegsbefehl 534
Wulffius, W., Aus baltischer Vergangenheit 65
Zoege von Manteuffel, A., Die Freidenker- und Gottlosenbewegung in Deutschland 415
* *, Ostpolitische Jahresbilanz der baltischen Staaten . . . 1
„ Die lettische Presse 259
* * *, Das Memelproblem 605

Kleine Beiträge

Boehm, Dr. M. H., Volk und Muttersprache 496
Hasselblatt, Abg. W., Volkstheorie 117
S., C. v., Randbemerkungen zur Bildungskrise 114
„ „ „ „Neuzeitliche Vergangenheit" 251
Seraphim, Dr. E., Auf dem Wege zu Goethe: Lenz als Student in Königsberg 665
Schneider, Prof. Dr. G., Der Umschwung in der Biologie 52
Vorwerk, Fr., Carl Schmitt über den totalen Staat 54
Wittram, Dr. R., Baltisches politisches Denken 248
„ „ „ Der Kampf gegen Gott 498
„ „ „ Dürer in Riga 663

II. Umschau

Berichterstattung? (Wulffius) 121
Ernste Prognose (Wittram) 47
Über die Not in Rußland (") 56
Arved Berg zur Minderheitenfrage (") 57
Besitzunsicherheit in Lettland (") 119
Zensurfragen (") 122
Lettischer und polnischer Deutschenhaß (") 194
Zur Ausstellung „Die Baltische Landschaft" (") 254
Verwirrung der Gefühle (") 327
Die baltischen Chefredakteure in Riga und Reval über den Nationalsozialismus (") 328
Um den Inhalt der deutsch-baltischen Politik (") 500
„Unzeitgemäße Schöngeistigkeit" (") 501
Nachdenkliches zur nationalitätenpolitischen Lage in Lettland (") 669
Die Baltische Monatsschrift und ihre Leser (") 675
Querschnitt durch deutsche Zeitschriften (C. v. S.) 49

Seite
Gilt das auch für uns? (Th. H.) 58
Zur Frage der lettländisch-litauischen Annäherung (**) 119
Reichsdeutsche Pressestimmen zur Rigaer Domkirchenfrage 195
Treu und Glauben 196
„Das alte Pferd mit neuem Sattel" (H. B.) 252
Die Genfer Ratsverhandlungen und die Tagung der Europa-Kommission (††) 387
Eine schwedische Stimme über das heutige Polen (Navagados) . . . 503
Zur Enteignung des deutschen Domes zu Riga 554
Fazit des Genfer Nationalitätenkongresses (B.) 556
Der dritte Delegiertentag des Verbandes deutscher Jugend in Lettland (R – ch) 558
Die Steine reden 671
Zur Psychologie der estnischen Nachkriegsgeneration 672
Weihnachten in Sovetrußland 673
Politische Gegensätze im Deutschtum Siebenbürgens 674
Deutsches Schauspiel in Riga 123, 333 678

Politische Übersichten

Lettland (Percy Bockrodt) 36, 181, 312, 479, 633
Estland (Dr. jur. Leo von Middendorff) 105, 236, 374, 642
Litauen (P.) 109, 239, 377, 542
Polen (Richard van Oosten) 318, 483
Deutsches Reich (Georg Schröder) 42, 187, 243, 323, 381, 493, 549, 654

III. Bücherbesprechungen

Almanach des Verlags F. A. Brockhaus 684
Baltisches Jahrbuch 1932 681
Baltischer Kalender für das Jahr 1932 682
Brunowski, W., In Sovetkerkern 397
Bücher für die Jugend (Else Frobenius) 683
Dellingshausen, Ed. Frh. von, Im Dienste der Heimat! (Wulffius) 65
Falz-Fein, W. von, Zwei Kriege 509
Hartge, O., Nach Ostland woll'n wir reiten (Wulffius) 569
Iljin, Prof. Dr. J., Welt vor dem Abgrund (K.) 302
Johansen, P., Publikationen aus dem Revaler Stadtarchiv (E. Redlich) 128
Kaulitz-Niedeck, R., Hapsal. Ein nordisches al fresco (Wittram) 64
Keyserling, H. Graf, Der Aufgang einer neuen Welt (E. v. S.) . . 197
Kleinwaechter, Fr. F. G., und Paller, H. von, Die Anschlußfrage in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung (E. Knorr) 255
Meyer, Dr. W., Baltische Studenten in Kiel (Dr. E. Seraphim) . . 130
Petersen, Dr. O. von, Goethe und der baltische Osten (Dr. K. Schreinert) 32
Pirang, H., Das Baltische Herrenhaus (W. Bockslaff) 59
Ponten, J., Wolga, Wolga (Boehm) 508
Reparationsfibel (Wulffius) 570
Rogge, Chr., Der Notstand der heutigen Sprachwissenschaft (Boehm) . 569

Seite
Schabert, D. O., Das St. Gertrud-Heim (Wittram) 158
Schabert, D. O., Die Baltische Rußlandarbeit (R. B.) 392
Schleuning, J., Im Kampf und Todesnot (K.) 394
Spengler, O., Der Mensch und die Technik (B. G.) 560
Steinbömer, G., Abtrünnige Bildung (E. v. S.) 335
Stoll, F. E., Tier- und Pflanzenleben am Rigaschen Strande (R. Mettig). 131
Süß, W., Karl Morgenstern (1770—1852). Ein kulturhistorischer Versuch (H. W.) 683
Thimme, Dr. Fr., Front wider Bülow (Wulffius) 507
Tobien, A. von, Die livländische Ritterschaft, 2. Bd. (Wulffius). . 563
Wölfflin, H., Die Kunst der Renaissance. Italien und das deutsche Formgefühl (Paul Krannhals) 510
Zaloziecky j, Das geistige Leben der Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart 398
Zuschrift und Antwort 337
Zuschrift: Zur Frage der estländ. Verfassungsänderung (R. v. A.) 571
Von der Schriftleitung 198, 686

Sonderheft (Juli):

Der Kampf um den Dom zu Riga

Bernhard Hollander: Geschichtliches über die Domkirche zu Riga / Wilhelm von Rüdiger, Präsident der d.-b. Volksgemeinschaft in Lettland: Der Rigaer Dom und das Deutschtum in Lettland / Bischof D. P. H. Poelchau: Die Domfrage und die Gesamtkirche / P. Alexander Burchard: Die Stellungnahme des lettländischen ev.-luth. Oberkirchenrats und der lettländischen Synode in der Domfrage / Oberpastor Lic. Viktor Grüner: Zur Stellungnahme der Deutschen Abteilung der ev.-luth. Oberkirchenrats in der Domfrage / P. Alexander Burchard: Das Verhalten der Domgemeinde / P. Arnold Schabert und P. Alexander Burchard: Was würde die Enteignung der Domkirche für die Domgemeinde bedeuten? / Senator a. D. Balduin Baron Düsterlohe und Vereid. Rechtsanwalt Theodor Zimmermann: Die Rechtslage im Domstreit (Juristisches Gutachten) / Abg. Wilhelm Baron Fircks, Leader der Deutschen Fraktion: Die Stellung der politischen Parteien Lettlands im Kampf um den Rigaer Dom. / Abg. Woldemar Pussull: Die Domkirchenfrage vor dem Parlament. Rede, gehalten vor dem Landtage am 23. März 1931 / Die Kampfmethoden: der Garnisonsgemeinde (P. Alexander Burchard), der lettischen Presse (Percy Vockrodt) / Der Kampf um den Dom 1930/31 (Chronologische Übersicht) / **Anhang:** Gesetz vom 23. April 1923 / Auszug aus der Verfassung der ev.-luth. Kirche Lettlands / Vertrag zwischen Dom- und Friedensgemeinde vom 30. März 1931 / Resolution der all-lettl. Synode vom 8. April 1931.

Ostpolitische Jahresbilanz der baltischen Staaten

Von * *

Es mag lange her sein, daß die üblichen Nachrufe für ein verflossenes Jahr an der Schwelle des neuen so unerfreulich geklungen haben wie die für das Jahr 1930 in den ersten Tagen unseres neuen Jahrzehnts. Presse und Publizistik aller Parteien in aller Herren Ländern sind sich dieses Mal in ihrem Verdammungsurteil einig gewesen. Ob ganz mit Recht auch von einer höheren Warte gesehen, werden die kommenden Jahre lehren.

Wenn wir, in den baltischen Staaten, uns dem Neujahrsstimmenchor überall in der Welt anschließen mußten, so sind wir uns im allgemeinen darüber klar gewesen, daß die Ursachen des vorigjährigen Ungemachs im wesentlichen weit jenseits unserer Grenzen zu suchen sind. Wir fassen zudem — schon halb unbewußt — fast ausschließlich wirtschaftliche Dinge bei unserem Urteil ins Auge. Die baltischen Staaten haben im bisherigen Verlauf der europäischen Wirtschaftskrise (die längst keine europäische mehr ist) aus denselben Gründen und in wesentlich denselben Ausmaßen gelitten, wie die übrigen Länder Europas. Wenn je, so haben im vergangenen Jahre unsere Staaten gezeigt, wie sehr sie bereits dem europäischen Wirtschaftssystem angehören und wie tief schon auch die spirituellen Grenzen gen Osten geworden sind: ohne im geringsten auch nur für kurze Zeit aufgehalten zu werden, wirkte sich die große Krisis bei uns aus, und, was wichtig ist, sie und ihre Auswirkungen fanden denselben Widerhall bei unserer öffentlichen Meinung im weitesten Sinne dieses Wortes; dieselben Maßnahmen wurden ihr entgegengesetzt oder sollen ihr entgegengesetzt werden, die in Westeuropa bereits durchgeführt werden oder noch auf der Tagesordnung stehen; dieselben Unzulänglichkeiten und vielleicht dieselbe Sackgasse offenbaren sich hier wie dort.

*

Es ist hier der Ort, auf den heute täglich gedruckten und gelesenen, gesprochenen und gehörten Begriff „baltische Staaten" in Kürze einzugehen. Er wird überall mit nahezu gleicher Gedankenlosigkeit angewandt und hingenommen, als trüge er nicht schwer an einer problemreichen Potentialität. Nach jahrelangen Irrungen und Wirrungen versteht man darunter heute die drei Nachfolgestaaten Estland, Lettland und Litauen — wenigstens gilt dies für einen recht allgemeinen Sprachgebrauch in den drei genannten Staaten. Der Begriff ist aber bereits vor langer Zeit viel weiter gefaßt worden, und einer solchen Auffassung begegnet man oft auch heute noch: es werden außer den obigen zwei weitere Staaten hineinbezogen, von denen der erste keinerlei Wert darauf legt, als „baltischer Staat" bezeichnet zu werden, während der zweite das in allen entsprechenden Fällen durchaus haben möchte: nämlich Finnland und Polen. Die Stellungnahme des erstgenannten beruht auf einer ihrer selbst nicht mehr ganz bewußten, geschichtlich leicht erklärbaren Gleichgültigkeit nach der einen Seite; die des letztgenannten ist wohlüberlegte, zielbewußte Politik. Aus der Betrachtung der polnischen Seite der baltischen Dinge ergibt sich ohne weiteres, daß die Sammelbezeichnung „baltische Staaten" nicht nur faktische, sondern auch gewichtige Wunschmomente enthält, welch letztere für den Politiker im vorliegenden Falle leicht ausschlaggebend sind. Nun, vom Standpunkt des rein Faktischen aus betrachtet, verdienen wohl nur die beiden — in der Folge vom Schreiber dieser Zeilen, wo nötig, als „zentralbaltische" bezeichneten — Staaten Estland und Lettland die Benennung „baltische Staaten". Für ein Einbegreifen der beiden Flügel der Gruppe im Norden und im Süden spräche ausschließlich die Tatsache, daß die Finnen mit den Esten und die Litauer mit den Letten sprach- und stammverwandt sind. Es handelt sich hier aber nicht um Völker, sondern um Staaten, und diese haben sich im Laufe der bald ein Jahrtausend alten Geschichte des Gebiets völlig differenziert, oder sind differenziert worden. Die politische Entwicklung der letzten Jahrzehnte hat diese Differenzierung vollends besiegelt. Bedenkt man noch, daß die vier Völker erst seit dem Weltkriege Nationen geworden sind, so scheint damit unser Urteil festgelegt. Zugleich haben nun die Finnen diese Entwicklung im eigenen Namen beglaubigt, während die Litauer sich sehr bald nach dem Chaos des russischen Einbruchs in Polen entschieden zu den zentralbaltischen Staaten schlugen; sie hatten dabei natürlich den nördlichen Nachbarn im Auge. Wir gewinnen damit ein gewichtiges Moment zugunsten

der Einbeziehung Litauens in eine baltische Drei; der Gang der Dinge zum Ende des vergangenen Jahres rechtfertigte eine solche Einbeziehung vollkommen.

*

Ganz anders liegt der Fall bei dem fünften Lande: Polen. Nichts gibt uns den Anlaß, Polen als einen baltischen Staat zu bezeichnen. Nichts verbindet ethnographisch und kulturell die baltischen Staaten mit Polen. Der polnischerseits beliebte Hinweis auf die polnische Küstenlinie des Baltischen Meeres — richtiger der Ostsee — als Motiv für eine Einbeziehung Polens in die baltischen Staaten muß logischerweise dazu führen, auch Rußland als einen solchen Staat zu bezeichnen. Denn auch dieses Reich hat über das Baltikum geherrscht, und zwar jahrhundertelang über das ganze, und hat auch einen Zugang, und zwar einen ungleich bedeutenderen als Polen (um anderes beiseite zu lassen), zum Baltischen Meer. Pressebestrebungen haben im Sommer des vergangenen Jahres den polnischen Ansprüchen im baltischen Gebiet eine ideelle Nahrung gegeben. Solche Bestrebungen haben in unseren Tagen häufig eine weit über den Rahmen bloß journalistischer Zusammenarbeit hinausgehende Zielsetzung, wenn eine solche auch aus den offiziellen Protokollen nicht hervorzugehen scheint. Die Ostseepressekonferenz in Riga vom Mai/Juni vorigen Jahres hatte Vertreter sämtlicher Anliegestaaten des Baltischen Meeres versammelt. Die Polen haben es in der Folge geschickt verstanden, solche Erweiterungen des baltischen Horizonts für ihre Zwecke auszunutzen, und erst die entschiedene Wendung der zentralbaltischen Politik, eingeleitet im vergangenen Herbst und bezeichnet durch die lettländisch-litauischen Vertragsabschlüsse vom 24. November in Kowno, hat wieder die nötigen Grenzen stecken können.

*

Wir betreten damit, in unserer Betrachtung fortschreitend, das Gebiet eigentlicher Politik, um gleich festzustellen, daß uns das vergangene Jahr, nach langer zielloser Wirrnis, einen nennenswerten Fortschritt in der Richtung auf eine baltische Einigung gebracht hat, — nach einem dumpfen Rückschlage zu Anfang des Jahres, bezeichnet durch den Besuch des estländischen Staatsältesten Strandmann in Warschau im Februar und die estländisch-lettländische Vereinbarung betreffs Suspendierung der Arbeiten an der Zollunion am 8. März. Das letztgenannte Ereignis, von einer breiteren Öffentlichkeit kaum bemerkt, war nur der natürliche Abschluß einer recht

unerfreulichen Periode, deren Hin und Her nachträglich in der Presse beider Länder als schlechte Komödie bezeichnet worden ist. Auch das zweite — der estnische Besuch in Polen — ist, so können wir heute feststellen, ohne außenpolitische Tragweite geblieben, sehr entgegen den Erwartungen, welche gewisse Kreise in Osteuropa und Stellen an der Spitze der großen europäischen Politik daran geknüpft hatten. In der Tat erscheint uns heute dieser ganze Besuch ziemlich unverständlich. Daß er polnischer Regie seinen Aufzug, wahrscheinlich auch seinen Ursprung verdankte, steht fest. Die Tatsache des Aufenthaltes und der Begrüßung des Staatsältesten in Wilna — ein vollends unbegreiflicher Schritt, wenn man keine polnische Regie dahinter annehmen will — läßt keinerlei Zweifel am Wesen des Ganzen übrig. Der Aufenthalt in Wilna war selbst vom Standpunkte einer estländisch- (bzw. baltisch-) polnischen Annäherungspolitik vollkommen überflüssig, ja er konnte ihr, im Hinblick auf internationale Verwicklungen durch Litauen, außerordentlich schädlich sein. Es ist darum auch nicht recht ersichtlich, was die polnische Führung mit diesem Zwischenspiel beabsichtigte. Als einzige Erklärung bleibt uns die Tatsache, daß die Polen in solchen Anlässen demonstrativer Art erfahrungsgemäß blind und taub zu sein pflegen, sich ganz einer klirrenden Autosuggestion hingeben mit einem stolzen Blick auf die Umwelt; sich womöglich in solchen Stimmungen noch einen scheinbar realpolitischen Boden zu schaffen versuchen durch ad hoc konstruierte Leitartikel von bedenklichem Niveau. Man denkt mit Entsetzen an die stets möglichen Folgen solcher Auftritte und empfindet in solchen Augenblicken wirklich das Vorhandensein übernationaler Machtinstrumente (der Völkerbund hat mehrfach Gelegenheit gehabt zu zeigen, daß er in solchen balkanischen Komplikationen eines sein k a n n) als beträchtliche Beruhigung.

*

Fragen wir uns nach den Beweggründen des starken Strebens Polens zu den baltischen Staaten, so liegt die Erklärung dafür auf der Hand. Polens heutige Stellung und sein Staatsgebiet erscheint den Polen selbst vor allen anderen aus den bekannten naheliegenden Gründen ständig bedroht. Seitens Deutschlands des Ostkomplexes wegen und seitens Rußlands, weil Polen der Ostexponent des Restkörpers der früheren Ententepolitik, der französischen Politik ist. Dazu ist im Laufe dieses Jahres die lange Reihe der Schwierigkeiten getreten, die aus dem Übergang zu einer kaum mehr verkappten Militärdiktatur und aus dem Vorgehen gegen die Minderheiten ent-

sprungen sind. Je mehr Boden Polen außenpolitisch in Westeuropa einbüßt, desto mehr bedarf es einer Stütze in der Kette der östlichen Nachfolgestaaten, mit denen als *Staaten* es durch eine unleugbare Interessengemeinschaft verknüpft ist im Hinblick auf den großen Nachbarn im Osten: auf Rußland mit der Waffe des militanten Bolschewismus in der Faust.

Der Gedanke eines *baltischen Blocks* ist, sehr zum Unterschiede von dem einer Gemeinschaft der baltischen Staaten, insbesondere für das Empfinden der Moskauer Politiker mit dem Gedanken einer polnischen Hegemonie im Baltikum aufs engste verknüpft; denn erst in der Verbindung mit Polen gewinnt ein solcher Block die machtpolitische Bedeutung, die ihn selbst für den gegenwärtigen Status im russischen Koloß gefährlich erscheinen läßt. Dieser Schluß ist zum mindesten eine starke — aber auch die einzige — Stütze des Gedankens eines baltisch-polnischen Bündnisses. Er fällt bei jeder politischen Betrachtung der Dinge so schwer ins Gewicht, und wir können uns ihm auf die Dauer so wenig entziehen, daß wir ihn wohl in vielleicht weiterer Entfernung auf der Linie der baltischen Politik hätten festlegen müssen, wäre Polen, kraft einer gesunden Innen- und Außenpolitik, für andere Länder als Frankreich und Rumänien bündnisfähig. So wie die Dinge heute stehen, ist es das jedenfalls nicht, denn jede Nichtgroßmacht setzte sich durch ein Bündnis mit Warschau den schlimmsten Verwicklungen aus; von Staaten wie den baltischen in ihrer exponierten Lage überhaupt zu schweigen.

*

Dieses gehört ohne Zweifel zu den uneingestandenen Beweggründen des neuen Kurses der zentralbaltischen Außenpolitik. Wohlgemerkt: sie ist ängstlich darauf bedacht, keine Spitzen gegen Polen sehen zu lassen, und eine direkte Abkehr von Polen ist in keinem Fall ihre Absicht. Des weiteren tragen ihre Vertragsabschlüsse einen ausgesprochen wirtschaftlichen Charakter; das Wort Bündnis, das als Bezeichnung für das Verhältnis Lettlands zu Estland eigentlich mehr geduldet wird, findet auch auf das Zukunftsbild anderer vertraglicher Bindungen vorläufig noch keine Anwendung. Wir gebrauchen hier das Wort Bündnis im alten odiösen Sinne des Wortes; aber wir meinen, daß, wenn odiöse Dinge gegen uns zum Ausbruch kommen, auch unsere eigenen odiösen Machtmittel Anerkennung finden dürften. Wir sind daher wohl berechtigt, dem Gang der Ereignisse vorzugreifen und angesichts einer *möglichen* Zukunft Bilder in Betrachtung zu

ziehen mit dem Vorbehalt eben dieser Möglichkeit. Treten die Ereignisse der Zukunft, im Hinblick auf welche uns ein baltisches System von Schutz- und Trutzbündnissen als wichtigstes Ziel baltischer Außenpolitik erscheint, nicht ein, so werden wir nur festzustellen haben, daß eine politische Entwicklung, der Wandlung der Verhältnisse entsprechend, ab- oder umgebrochen wurde. Positive und negative Möglichkeit bilden ein ideales Schema der Zukunft.

Der Zusammenschluß der drei baltischen Staaten scheint eine organische Notwendigkeit baltischer politischer Entwicklung zu sein, der sich die Führungen der einzelnen Länder — manchmal möchte es scheinen widerstrebend — fügen müssen. Die Geschichte des vergangenen Jahrzehnts bringt einen unwillkürlich auf diesen Gedanken. Die Regierungen selbst haben sich den Weg zur Einigung in bisweilen geradezu grotesker Weise verbaut, durch die prinzipielle Voransetzung der „wirtschaftlichen Notwendigkeiten" vor die politischen. Es besteht für den Unvoreingenommenen offensichtlich nicht die mindeste Notwendigkeit, in drei wirtschaftlich nahezu homogenen Ländern, von denen noch dazu das eine, Litauen, einen guten Abnehmer für die Industrieerzeugnisse der beiden anderen abgeben kann, die es seinerseits aus seinem Getreideüberschuß mit dem nötigen oder wenigstens einem Teil des nötigen Brotgetreides zu versehen in der Lage ist, drei ungefähr parallele, gegeneinander abgeschlossene Wirtschaftssysteme z. T. mit beträchtlichen Opfern am Leben zu erhalten. Der politische Aspekt der Bündnisfrage bezw. des Zusammenschlusses ist ein so klarer, daß sich eine Diskussion überhaupt erübrigen würde wollte man nicht wirtschaftliche Momente von imaginärem Wert sich selbst zwischen die Füße werfen.

*

Die, wenn man so sagen darf, politische Handelspolitik Moskaus hat die ganze Lage der Dinge im Baltikum sehr richtig erkannt. Sie hat mit den betreffenden Mitteln gearbeitet und die entsprechenden Erfolge geerntet; ohne damit jedoch den natürlichen Gang der Dinge auf die Dauer hemmen zu können. Wir stellten oben fest, daß ein baltischer Block erst durch den Anschluß Polens für Moskau die ganze Schwere einer Gefahr bergen kann. Daß aber Moskau dem Zusammenschluß auch nur der baltischen Staaten stets aufs äußerste widerstrebt, erscheint natürlich angesichts des politischen Gewichts einer solchen baltischen Gruppierung und der Tatsache, daß seine politische Richtung der bolschewistischen immer

irgendwo entgegenlaufen muß. Die Organe der Sovetmachthaber reagieren stets außerordentlich empfindlich auf alle panbaltischen Tendenzen. Schlägt das sichtbare Zünglein an der Moskauer Wage einmal nicht aus, so können wir mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß wir das betreffende Ereignis ruhigen Gewissens ad acta legen mögen. Nur nebenbei sei bemerkt, wie bezeichnend das für die innerlich labile Lage an der europäischen Ostgrenze ist und wie sehr ein politischer Zusammenschluß an dieser Grenze einer betonten Aktionsfreiheit nach Osten bedarf. Und: ein baltischer Block *ohne* Einschluß Polens kann für sich bestehen und — mit dem erstsprechenden Vorbehalt — Rußland gegenüber neutral sein. Ein Block jedoch *mit* Einschluß Polens ist, man unterschreibe was man wolle, *gegen* den Osten gerichtet, wenn auch in der Defensive.

Man lasse die letzte konzessive Wendung weg, und wir stehen an einem Punkte unserer Erörterung, der eines gewissen besonderen Interesses nicht entbehrt. Hier berührt sich unsere Darstellung unmittelbar mit einer anderen. Die offiziösen „*Isvestija*" bringen in ihrer Ausgabe vom 2. Januar einen der neuen baltischen Politik gewidmeten Leitartikel, der durch das Gewicht seiner Argumentation und die Ruhe seines Tones weit über dem steht, was wir sonst an dieser Stelle zu lesen pflegen. Der Artikel ist eine Darstellung der Dinge, die von dem bekannten sovetrussischen Standpunkt ausgeht, daß Polen der eigentliche Drahtzieher, wenn nicht der Urheber, aller baltischen Zusammenschluß- oder Blockpolitik ist. Davon, daß der Moskauer Offiziosus sie dann weiter konsequenterweise mit dem französischen Antisovet-Militarismus in Zusammenhang bringt, können wir absehen. Im übrigen aber steht die Darstellung des Moskauer Leitartikels der obigen unmittelbar nahe. Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, wie treffend mitunter die nüchterne Betrachtungsweise der Moskauer Außenpolitiker viele europäische Dinge beurteilt, wie richtig sie Konsequenzen zieht, die man bei uns anders als in engem Kreise zu ziehen zögert. Man lese das Folgende eingangs des Artikels: „. . . Diese Tatsache ist der Abschluß eines Handelsvertrages zwischen Lettland und Litauen. Man sollte meinen, die rechtliche Regelung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen zwei benachbarten Ländern sei eine vollkommen natürliche Etappe in der normalen Entwickelung der Beziehungen zweier Staaten, in deren gemeinsamer Politik zudem keinerlei besondere Gegensätze bestehen. Nach dem Widerhall jedoch zu schließen, den der Abschluß des lettländisch-litauischen Vertrages in der Presse unserer Nachbarländer

gefunden hat, soll er den Wendepunkt bilden in der weiteren Entwicklung der Beziehungen nicht nur zwischen Lettland und Litauen, sondern auch zwischen Litauen und Estland und Litauen und Finnland; er soll die Politik aller baltischen (прибалтийских) Staaten in neue Bahnen lenken, auf den Weg zur Bildung eines (oder des, Anm. d. Übersetzers) baltischen Blocks." Nach dieser kühlen und sachlich treffenden Feststellung geht der Verfasser, nach einer Betonung des sovetrussischen Wohlwollens gegenüber einer baltischen Einigkeit, dazu über, die ganze Entwicklung in Abhängigkeit von der imperialistischen Angriffspolitik Polens gegen die Sovetunion zu bringen, und diese Politik wiederum in eine solche von Frankreich, das sich der Losung Clémenceaus von der Verteidigung der Grenzen Frankreichs an der Weichsel wieder zugewendet habe. Der baltische Block wird eine Waffe in Polens Hand, die sie im Dienste Frankreichs führt. „Lettland durch Estland, Litauen durch Lettland, Litauen durch Estland, — auf den verschiedensten Wegen zieht der polnische Imperialismus die einzelnen baltischen Staaten in den Bannkreis seines Einflusses, sie eben damit ihrer außenpolitischen Unabhängigkeit beraubend."

*

Die estländisch-litauischen Vertragsverhandlungen sind wiederaufgenommen worden, und Moskau setzt den Hebel seiner Gegenaktion bei Polen an, mit seinem neuen Vertragsangebot, dessen Folgen noch nicht bekannt sind. Ein erster Schritt ist seitens der baltischen Staaten — seitens Lettlands — in eine größere Politik gemacht worden. Er war längst fällig. Ob die politischen Leitungen der Staaten auch den größeren Anforderungen gewachsen sein werden, die ihre größere Politik stellt, ob es nicht wieder bei kümmerlichen Ansätzen bleiben wird, muß die Zukunft lehren. Das Vorhandensein seit längerer Zeit beständiger bürgerlicher Regierungen in Estland und Lettland, den beiden parlamentarisch regierten Ländern, und das Bestehen eines gefestigten gemäßigten diktatorischen Regimes in Litauen sprechen bis auf weiteres für eine günstige Prognose.

Werner Bergengruen

Von Otto von Petersen

Der Traum . . . Was ist der Traum?

Ist er eine auf- und abflutende Reihe vager Vorstellungen, nachzitternder Reflex wirr sich kreuzender Impressionen?

Erschöpft sich darin der Traum, oder birgt er in sich Sinn und Bedeutung?

Jean Paul war der Traum mehr als der übliche Begleiter des Schlafs. Ihm war der Traum geheimer Künder und Offenbarer tiefster Ahnungen, vorauseilender Schatten des Ewigen.

Auch unsere Zeit hat es gelernt, den Stimmen dieses Traumes mit Ehrfurcht zu lauschen, und achtet dessen weniger, daß sein Melodienflug sich in rationalen Betrachtungsbahnen nicht fangen will.

Er wird eine Brücke genannt zum — „andern Ufer". „Geschichten vom andern Ufer" — so nennt Werner Bergengruen seine 1923 erschienene Novellensammlung „Rosen am Galgenholz".

Und der in monderhellten Nachtwachen ungeheueres Geschehen Aufzeichnende schreibt nieder: „Auch in diesen klaren, mondhellen Nächten bin ich nicht gänzlich Herr meines Wesens. Auch in ihnen dringt Fremdes in mich ein und unterjocht mein Ursprünglichstes. Auch in ihnen gehe ich nicht völlig sicher auf dem schmalen Pfad selbsteigenen Wollens, selbsteigener Gedanken. Und nur allzu oft verliere ich ihn unter den Füßen, gleite ich abwärts in die schwindelnde Tiefe jäher Abgründe, die ihn schwarz umgeben. Dennoch ist es, als sei er in diesen Mondnächten sicherer und gangbarer, als sei ich nicht so bedingungslos dem Fremden preisgegeben und unterworfen, das sonst so oft meine Seele unterjocht . . ." In diesen Worten des Romans „Das Gesetz des Atum", in dem aus sachlich gegebener Tatsachenschilderung eine Welt kühner Traumhaftigkeit aufsteigt, ist das Gefühl spürbar, daß das vielfach verschüttete Ursprüngliche des menschlichen Wesens sich weniger im Zustande tagheller Bewußtheit als vielmehr in der nachtwandlerischen Sicherheit des Traumes offenbare.

Dieser führt zu dem köstlichen Gut erdferner Herrlichkeit, zu der gleich einem Opal schimmernden Perle, die dem Erwachenden, dem Suchenden und Zugreifenden immer wieder entgleitet.

Dieses Tantalusschicksal des menschlichen Geschlechts klingt in der in verwehenden Umrissen gehaltenen Novelle „Die Perle" aus der Sammlung „Rosen am Galgenholz" auf. Zuerst der Traum, der die Wunder der Perle erschließt:

„. . . Ich hatte den einen Weg gefunden, den mir bisher Gestrüpp des Tages überwuchert hatte. Den einen Urquell, der im Verborgensten rauscht. Den einen Schlüssel, der die verschlossene Pforte erschließt. Eins war ich mit allem in mir, mit allem außer mir.

Ich hatte mich selbst gefunden.

Einfältig war ich wieder wie die Pflanze, einfältig wie das Tier, einfältig im Sinne der großen Gläubigen der gotischen Zeit.

Ich war erlöst.

Gott hatte es mir im Schlafe geschenkt. Dieser Traum hatte mir den Weg gewiesen."

Und dann das bittere Erwachen. Darauf — die seltsame Begebenheit in der alten, verräucherten Kneipe. Hustend und krächzend schiebt sich eine kleine vermummte Gestalt in schwarzem Mantel und riesigem altväterlichem Zylinder herein, in schnarrendem Gespräch mit einem starkknochigen, weißbärtigen Droschkenkutscher in Wachshut und Havelock. Sie setzen sich. Der Erzähler kommt mit ihnen ins Gespräch. Sie trinken — eine dunkelgoldige Flüssigkeit von berauschendem Geruch. Wie ein „funkenschlagender Hufschlag auf den Stein" fällt die „Kraft dieses Weines" in das Innere des Menschen. Die beiden seltsamen Männer erzählen. Wie Baumeister gehen sie zu Werk; einander ergänzend, bauen sie Stein um Stein ein ahnungsvolles Reich „blühend in der Schönheit Gottes". Der Lauschende wird in unreale Fernen entrückt. Erneutes Erwachen. Erneute Enttäuschung. Ein Forschen und Suchen nach den Spuren der anfangs so real scheinenden Gestalten, dem Droschkenkutscher Nr. 333 und dem „uralten" Männchen im großen Zylinder. Der eine kann nicht ermittelt werden. Die Spuren des anderen weisen in längst Vergangenes zurück. So mischen sich Wirklichkeit und Traum, greifen verwirrend ineinander, und zum Schluß verwehen alle Umrisse ins Unbestimmte, Undefinierbare und lassen in ihren verschwimmenden Konturen die Ahnung immer erneuten Verlierens aufdämmern.

Diese Ahnung bildet auch den Unterton der Erzählung „Das Sargassomeer", in der gleichfalls Vergangenes und Gegenwärtiges ineinanderspielt, in der die Wunder der Meerestiefe geschaut werden

und doch unergründet bleiben, die gescheiterten Versuche indessen den Ausblick zu immer weiteren eröffnen. Diese Erzählung klingt mit der voraufgehenden, sich in eigenem Rhythmus mit dieser ergänzend, zusammen. Und in jenem Sargassomeer, dem „Zwischengebiet zwischen See und Land", das dem Scheintod gleicht, dem „Zwischengebiet zwischen Leben und Gestorbensein", in den Geschehnissen, dem gespenstischen Suchen, den Gestalten liegt bei aller sachlichen Darstellungsart Bergengruens ein die Konturen der Tatsächlichkeit Verwehendes.

Dieser Zug spricht — es sind in der Tat „Geschichten vom andern Ufer" — aus dem gesamten Novellenbande, sei es, daß „Die Fahrt des Herrn von Ringen", zu der er sich auf rätselhafte Weise und mit atemberaubender Plötzlichkeit verurteilt sieht, durch weite Strecken des russischen Reiches zur Zeit der Kaiserin Anna geht, an den Ausgangspunkt zurückkehrt und dann von neuem im Dunkel verschwindet, sei es, daß das Warten eines Geliebten zu dem Bilde ewiger Bereitschaft, ewigen Wartens hinaufstilisiert wird, sei es, daß die Gestalt König Yssus', der sich einem Einsiedlerdasein ergibt, in gleichnishafte Beleuchtung gerückt erscheint.

Und wiederum ist es der Traum, der es vermag, das Dasein in seiner gleichnishaften Sinndeutung zu fassen; wiederum ist es dieser, der Figuren symbolischen Ausmaßes schafft.

Das tritt in den drei Novellen des Bandes „Schimmelreuter hat mich gossen" zutage. In der gleichnamigen Novelle, in der wie in der letzten die Kette der aus dunklem Ursprung des Blutes aufquellenden, sich spaltenden, ausschlagenden, jäh durchbrechenden Vererbung in eindringlicher Bildhaftigkeit vor dem Leser ersteht, formt sich auf dem Hintergrunde der raufluſtigen Zeit des dreißigjährigen Krieges ein Symbol für den dem Menschen eingeborenen Erlösungsdrang in den schwingenden Glocken, deren Stimmen, so verschieden sie sind, zu einer großen Flut der Töne zusammenklingen, sich wie ein großes Dankgebet gen Himmel heben. Aber wie das gottinnige Friedenslied nie anhaltend und in vollem Klange über der Erde schwingt, sich ihm stets eine Stimme der Zwietracht beigesellt, so dringt das Läuten der Glocke vom Severiniturm gewaltig vor und braust über die Gläubigen dahin, die andächtig lauschen In ihr aber ist nicht der Friede, in ihr rollt der Donner des Krieges, saust das Sturmlied wilder Lust, immer erneuten Blutvergießens und Unfriedens. In sie hat ihr Schöpfer seine ganze Leidenschaft und vereinsamte Seele hineingearbeitet, daß sie in der Glocke Leben und Gestalt gewonnen. Der düstere Christoph Schimmelreuter schuf sich

trotzig sein Symbol in dem Geschütz, dessen eherner Schlund besser denn hundert Glocken läuten sollte, und vor dessen gewitterndem Rede weder Glockenturm noch Mauer stehen bleiben. Balthasar, der andersgeartete Bruder Christophs, der stille, sanfte, ergebene, gießt dieses Kriegsgerät um zu einer Glocke, in die er seine ganze Erlösungssehnsucht, seinen Drang nach Reinheit hineinträgt, daß die Gestalt gewordene Stimme seines Herzens vom höchsten Turm der Stadt in das Land hinausrufe. „Und er gelobte sich, alle seine Kraft und Geschicklichkeit, alle Kenntnis, Kunst und Erfahrung zusammenzunehmen, um zu Gottes Ehre und seines Herzens Versöhnung ein Werk zu schaffen, das seinesgleichen nicht haben sollte an Wohllaut und Macht, zu den Herzen der Menschen zu dringen. Einen Klang wollte er der Glocke geben, brausend wie die Feuerflammen, die Gottes Diener sind, und doch wieder sanft und hold und lieblich wie einer Mutter Stimme." Aber durch dieses Friedenslied brandet, alles übertönend, der wilde Sturmgesang von der Zwietracht der Welt. So ist hier das Schicksal menschlicher Erdgebundenheit und das ewige Sehnen, das aus dieser hervorbricht, zu einem Symbol von feinem Aufklang geformt.

In der zweiten Novelle „Das Haus zu den sieben Rosen", in der der suchende Blick des Aufzeichnenden, allmählich sich besinnend und gleichsam tastend, in das geheimnisvolle Vergangene dringt, in der wiederum Gegenwart und Vergangenheit in ungeklärter Weise ineinanderrinnen, wächst gegen Schluß aus der Atmosphäre geheimnisvoller Spannung eine Szene gespensterhafter Unfaßlichkeit. Auf dem Gottesacker ein Mann, der seine Klinge in das Grab der von ihm erschlagenen Freunde bohrt, um Tote in die Gruft zu bannen. Da schnellt aus dem Dunkel der Nacht eine Gestalt auf, hager, bleich von Gesicht, stumm, mit kalten, bohrenden, gnadelosen Augen. Die langsam gleich einer „gespenstischen Schlange sich aus dem Schwarz des Seidenärmels" reckende Hand hat Macht, Glieder zu lähmen. Der Blitz einer Waffe fährt durch die Luft. Wie das unausweichbare Schicksal steht diese Gestalt da.

In der dritten und letzten Novelle „Die Wölfin" ist das Gleichnishafte in das neu belebte Werwolfmotiv hineingebaut.

Vorhin wurde der Roman „Das Gesetz des Atum" erwähnt. Bezeichnend ist hier, wie die breitausladende Darstellung realer Verhältnisse, eines letzten Tages in Jena, der Reise nach Riga, Tuckum, dann Marburg von einer kühn aufsteigenden Phantastik jäh überwölbt wird, die sich mit dem Märchenmotiv der Siebenmeilenstiefel

verbindet, und wie gleichzeitig diese Phantastik getragen wird durch den Gedanken des Schicksals, der gleich zu Anfang bei Gelegenheit des Schachspiels andeutungsweise aufblitzt, dann im Anschwellen der Erzählung fortschreitend stärker betont wird, allendlich mit beherrschender Eindringlichkeit hervortritt. Durch den Mund der ägyptischen Gottheit Atum wird das Schicksal verkündet, das ein Gesetz ist, dem jeder sich unterwerfen muß:

„Das ist mein Gesetz:

Wer nimmt, muß geben.

Wer vernichtet, muß bauen.

Und wessen Hand eine Lücke riß in die Kette der Erscheinungen, dessen Herzblut und Lebenskraft soll die Lücke füllen.

Wie ich in Set bin, der mich erschlug, da ich Osiris war, so soll der Erschlagene in dem Mörder sein.

Baue ihn neu, baue ihn mit dir selbst: so wird der Mörder selbst zum Ermordeten.

Du hast ihn ausgetilgt aus der Kette der Erscheinungen. So springe du in die Lücke. Werde du er selbst."

Wenn der Lesende den seltsamen Schluß mit diesen Worten der ägyptischen Gottheit zusammenhält, dann entwirren sich ihm die oft verschlungenen Pfade der Handlung, dann erkennt er, daß, was er mit wachsender Spannung zunächst als Handlung sich abrollen sah, einem feinen Sinne zutrieb. Er erkennt, daß die Gestalten Perci, Beate; Sabine, Laurentius, Reepschläger ebensoviele Stimmen in eines Menschen Brust sind, die in ihm werden und wachsen, an ihm bilden und formen, seine Physiognomie bestimmen.

Ausdrücklich ist nun die Beziehung auf das Gesetz des Atum gegeben:

„Und immer wieder grübele ich dem nach, was mir geschehen ist. Und komme doch zu keiner anderen Lösung als zu der, die mir der Gott in jener Nacht offenbart hat.

Vier Menschen sind es, die durch mich ausgetilgt wurden aus der Kette der Erscheinungen. Nicht alle durch meine Hand, aber alle durch meine Schuld."

So wird zum Schluß die Ahnung erweckt, daß dieses seltsame Erlöschen menschlichen Lebens und Wiedererwachen in der Brust eines Menschen dem geheimnisvollen Auf- und Abwogen seelischen Werdens gleichnishaft entspricht, das in einer Kette ununterbrochenen Sterbens und Lebendigwerdens besteht. So durchzieht auch hier ein symbolischer Zug die Darstellung.

In die Kreise der Mystik und Geheimwissenschaft, die in dem eben genannten Werk eine Rolle spielen, führt auch der Roman „Das große Alkahest", dessen Handlung sich in Kurland und Petersburg begibt, in das 18. Jahrhundert fällt, eine Zeit, die Bergengruen vielfach anzieht, wie er das letzte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts zum Hintergrunde fein getönter Erzählungen eines Novellenbandes wählt.

„Das Brauthemd" (1925) ist diese Sammlung betitelt. Über eine Stufenleiter sich wandelnden Glückbegehrens steigt die Schilderung zu der höchsten, über alles Irdische hinausgreifenden Sehnsucht empor, die nach der Schau des Vollkommenen strebt. Dem Auge des Leinwebers malt sich die Vollkommenheit in dem Bilde des Brauthemdes von höchster Kunst und edelster Leinwand. Es wird ihm Inbegriff und Symbol: „. . . das Vollkommene sollte es sein, das, was des Vaters unablässige Arbeit, all sein Studieren und Grübeln zuwege zu bringen noch nicht vermocht hatte." Aber die Sehnsucht nach der Schau des Vollkommenen verbindet sich dem rastlos Wirkenden nicht mit der Vorstellung der Ruhe. An der Offenbarung des Höchsten soll sich erst die höchste Tätigkeit entzünden: „. . . erst dann, wenn er das Vollkommene geschaut hatte, würde sein wahres Wirken beginnen: das Wirken über sich selber hinaus."

Wie sich hier die Reihe des Wirkens in das Zeitlose hineinspannt, so bildet der ewige Wandel auch den Grundton der Erzählungen und Sagen „um ein erloschenes Geschlecht": „Das Buch Rodenstein" (1927). Das Motto aus der Offenbarung Johannis deutet diese Richtung auf das Zeitlose an, die erste Erzählung prägt diese Richtung sinnbildlich aus. Nach tatenreichem Leben und Wirken, nach glücklichem Entronnensein von dem Tode, angesichts der Heimatburg wird dem Herrn von Rodenstein der Tod, der ihn entrückt über Raum und Zeit zu neuem Leben, zu neuem Wirken an einem unsichtbaren Reich.

„Tod hat er begehrt, Leben hat er empfangen. Leben hat er begehrt, Tod hat er empfangen. Tod hat er empfangen, Leben ist ihm geworden.

Denn dies konnte kein Ende sein; dies ist kein Ende gewesen. Kein Ende hat Tod und Grab solcher Dienstbarkeit setzen können. Immer wieder zieht der Unbeendete aus, nächtlich mit klirrender Gefolgschaft, ein Herold, Gefahr und Errettung, Wunden und Genesung dem römischen Kaiser und seinen Ländern anzuzeigen: dem

heiligen Reiche, dem unbeendeten," dessen künftige Wölbung tausend solcher flammender Steine werden tragen müssen wie das brennende Herz dieses nächtlichen Reiters."

So ist ohne Anfang und Ende der ewige Wandel, ein Kreislauf über Leben und Tod, Tod und Leben, Frühling und Winter, Winter und Frühling.

Wird der Lesende hier nicht an das Gesetz des Atum erinnert?

Gleichnishaft nimmt der Schluß den Anfangsakkord auf und schließt den Kreis.

In das Zeitlose mündet alles, alles menschliche Tun, aller Kampf, alles Niederbrechen und Aufbauen. Das liegt eingeschlossen in der Geschichte Odovakars, des Söldnerführers, der ein Reich zertrümmerte, der ein Reich aufbauen wollte, und der in ein unsichtbares Reich einging. Gewaltig schäumt die Tatkraft des glaubensvoll Vorwärtsstürmenden auf und flutet unhemmbar wie die Elementargewalt des Meeres dahin. Zugleich aber wächst die Tragik des Glaubensvollen empor, der mit den realen Verhältnissen nicht rechnet, List und Ränken gegenüber hilflos ist. In dem Roman „Das Kaiserreich in Trümmern" (1927) wird es Bild, wie der ungebrochene, kühne Tatendrang Odovakars ein Reich stürzt, wie er auf Trümmern ein neues errichten will, der Versuch scheitert, wie er dann nach allem Ringen, einem Leben wogender Kämpfe sich von dem irdischen Reiche löst, wie dieses dem Blick des von Theodorichs Schwert Getroffenen zu wesenloser Bedeutungslosigkeit verschwimmt, sein Blick allein die feierlich erhobene Rechte auf dem Goldgrunde des Christusbildes sieht: „Hodie mecum eris in paradiso." Ihm öffnet sich ein Reich, das der blutbefleckten Erde fern ist. Wann wird dieses Reich kommen? Cassiodorus sagt leise: „Diese Völker werden noch viel sündigen müssen, . . . ehe das Reich niedersteigen darf."

Geht ein symbolischer Zug durch das Werk Bergengruens, so — es wurde bereits darauf hingewiesen — verbindet sich dieser wie auch das phantastische Moment mit unverkennbar hervortretender sachlicher Schilderungsart. Hier kündigt sich ein Neues an. In dieser Diskrepanz liegt oft eine feine künstlerische Absicht verborgen, die nicht anders als romantisch-ironisch bezeichnet werden kann. Indem das Unreale aber wie eine Begebenheit der Tatsächlichkeit genommen wird oder neben diesem die Ausmalung des Tatsächlichen sich breit macht, wird zugleich diese Identifizierung ironisiert, wie es im Geist auch der alten Romantik lag. Deutlich tritt dieses In-

einanderspiel des Realen und Unrealen, von ironischem Unterton begleitet, u. a. in der bereits erwähnten Novelle „Die Perle“ hervor. Ein Spiel wird mit der Perle getrieben. Es ist eine tatsächliche Perle, als Schmuck der Kravattennadel auf der Brust des Erzählers. Die Perle wird von einem Kundigen behandelt, erhält wieder ihren opalisierenden Glanz Da sagt einer versonnen: „Ja, die eine, köstliche Perle“ . . . „Sie wollen sie wiederfinden, Verehrtester, hehe?“ knarrte der Alte, und mich schüttelte ein Schauer.“ Es ist zugleich ein Geheimnisvolles um die Perle. Sie ist Symbol eines Unrealen, im Traum Ergriffenen. Zu dieser Art des Spiels gehört auch die jähe Unterbrechung der objektiven Darstellung durch einen Blitz ironischer Betrachtung. Eine Stelle der Erzählung „Das Sargassomeer“ verdeutliche diesen Sachverhalt: „Trzaski war starr vor Staunen und Grauen, aber die Nixe redete ihn freundlich und zutraulich an (leider sagt er nicht, in welcher Sprache), so daß seine Furcht sich verlor, und er ihr auf ihre Fragen, wer er sei und was er hier suche, ruhig antwortete.“

Traum, Symbol und Ironie bezeichnen den romantischen Zug in Bergengruens dichterischem Porträt. Aber die Kunst dieses Gestalters treibt noch weiteren Zielen zu.

Ein Blick auf seine jüngst erschienenen Werke.

Der Roman „Herzog Karl der Kühne“ (1930) trägt den Untertitel „Gemüt und Schicksal“. Er deutet an, daß nicht die Reproduktion historischer Tatsachen hier das Wesenhafte ausmachen soll, sondern die Problemstellung. In der Tat wächst die Problemgestaltung hoch über die historische Tatsächlichkeit hinaus, im Zuge der Entwicklung des modernen historischen Romans, der von der Ausbreitung des historischen Kolorits, von der ausgedehnten Milieuschilderung absieht, auf wesenhafte Momente hindrängt, daß die problemgewollte Schicksalsentscheidung mit geballter Wucht abrolle. Das Schicksal tritt in das Zentrum des Interesses. Wieder wird man an das „Gesetz des Atum“ erinnert. Das Schicksal, wie es gefaßt ist, kündigt das Motto aus Novalis' „Heinrich von Ofterdingen“ an: „Gemüt und Schicksal sind Namen eines Begriffes.“ Der enge Zusammenhang von dem Inneren des Menschen mit seinem Schicksal tritt eindringlich hervor. Karl der Kühne von Burgund, heroisch in dem Ausmaß seines Wollens und Tuns, indessen schwankend zwischen Tat und Traum, wie er ist, so erfüllt sich sein Schicksal. Hochgemut, die silberbeschlagene Doppelaxt in der Hand, reitet Karl der Kühne, alle Gefahr der Schlacht verächtlich übersehend, in das Zeitlose.

„Karl sah Bièvre nicht sterben, Olivier nicht stürzen. Karl war aus den Augenblicken der Schwärze und Betäubung in eine niegekannte leuchtende Freudigkeit versetzt worden. Er wußte ja, daß ihm gnadenvoll die große Zuflucht offen stand, zu der allzu früh die Kleinmütigen geraten hatten . . . Wie Klingen, die in der Morgensonne gleißen, so liegen goldene Straßen vor ihm."

In der knapperen, auf das Wesentliche drängenden Form zeigt sich diesem Roman die Novellensammlung „Der tolle Mönch" (1930) verwandt. Auch die Frage des Schicksals tut sich wieder auf. In Kämpfen, in Sieg und Niederlage vollzieht sich das Schicksal. Sieger in tieferem Sinne ist, wer das Schicksal auf sich nimmt, aufnimmt in den aktiven Willen. Erzbischof Adalbert von Bremen wird es zum Schicksal, daß das Gerücht seiner Zwitterhaftigkeit über ihn und seine Mitmenschen Gewalt gewinnt. Nach anfänglichem Sträuben nimmt er das Schicksal auf sich, indem er sich darauf besinnt, daß er ein Zwitter ist der Ergebung in Gottes Willen und menschlicher Eitelkeit, und gemäß dieser demütig-tiefen Erkenntnis handelt. So in der Novelle „Der Zwitter". Begrenzte Zeitlichkeit ist alles, was der Mensch im Erdendasein ewig nennt. Einen ewigen Frieden bringt Gian Giacomo de Mironi seiner Heimatstadt. Und doch wird er dessen Ende erleben. Ewigkeit riegelt auf — allein der Tod. So in der feinen Novelle „Erzählung vom Zeitlichen und vom Ewigen". In knapp gefaßten Kunstwerken von fein gerundetem Schliff tritt ein Wesentliches, der Gedanke mit Deutlichkeit, aber mit leisem Akzent hervor.

Man fühlt sich an die Worte erinnert, in denen Bergengruen seine Kunstauffassung niederlegt*): „. . . Aber wie ich die Welt nur als eine Einheit zu empfinden vermag, so ist mir auch der Einzelfall, und sei er der abenteuerlichste und scheinbar isolierteste, nichts als die Manifestation ewig verbindlicher und schlechthin gültiger Gesetze, und deren Offenbarwerden, nicht deren vordringliche Predigt, — das, was ich als metaphysische Pointe bezeichnen möchte, — scheint mir denn auch den Kern jeder Art von erzählender Kunst zu bilden."

*) Grundriß einer Geschichte der baltischen Dichtung. Herausgegeben von Arthur Behrsing unter Mitarbeit von André Favre, Otto Greiffenhagen und Arthur Knüpffer. Institut für Auslandkunde, Grenz- und Auslanddeutschtum. Leipzig 1928, S. 117.

Das Parteiwesen Estlands

I. Die Stellung des Sozialismus innerhalb der estnischen Parteien

Von Siegmund Klau

Ob man es billigt und für erwünscht hält oder nicht, die Tatsache bleibt jedenfalls bestehen, daß die politischen Parteien in Estland — und wohl auch in den anderen Nachfolgestaaten Ost- und vielleicht auch Mitteleuropas — zu Faktoren geworden sind, die nicht nur das politische Leben dieser Länder bestimmen, sondern deren Einfluß weit darüber hinaus auch auf die Gebiete des gesellschaftlichen, des geistigen und kulturellen und sogar des sozialen und wirtschaftlichen Lebens vordringt. Denn in dem Maße, wie die atomisierende und individualistische Pseudodemokratie, die in diesen Ländern herrscht, in dem Zuge ihrer allgemeinen Nivellierungsarbeit sämtliche sonst noch bestehenden Gemeinschaften auflöst und zerstäubt, treten die politischen Parteien, die mehr und mehr zur einzigen noch vorhandenen starken und geschlossenen Gemeinschaftsform dieser Völker wurden, ihrer aller Erbe an. Wer sich darüber klar geworden ist, wie ungeheuer starke Kräfte und Wirkungen von einer jeden geschlossenen Gemeinschaft ausgehen, der kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß diese sich herausbildende Monopolstellung der Parteien ihren Einfluß auf das ganze geistige Leben dieser Völker verdoppeln, ja verzehnfachen muß. Will man darum die Einwirkungen einer geistigen Bewegung auf das Geistesleben eines dieser Völker ermessen, so kommt man nicht darum herum, mit in erster Reihe die Frage zu stellen, wie die betreffende geistige Bewegung das Parteiwesen dieses Volkes beeinflußt hat und von ihm beeinflußt worden ist.

Es sei darum gestattet, in Ergänzung zu dem, was ich in den letzten Nummern dieser Zeitschrift in unvollkommener Weise über die Entwicklung der praktischen Ideologie des Sozialismus im allgemeinen und des estnischen Sozialismus im besonderen habe andeuten können*), hier kurz auf die Stellung des Sozialismus innerhalb des

*) Vgl. Siegmund Klau, Die heutige Lage des Sozialismus, Baltische Monatsschrift 1930, S. 585, und Der estnische Sozialismus am Scheidewege, Baltische Monatsschrift 1930, S. 665.

estnischen Parteiwesens und die Einwirkungen einzugehen, die er auf dessen Entwicklung ausgeübt und durch diese erlitten hat. Es sei freilich von vornherein vermerkt, daß wir auf eine erschöpfende Entwirrung dieses umfassenden und verwickelten Komplexes von Vorgängen hier verzichten und uns darauf beschränken müssen, einige der wichtigsten und entscheidendsten Punkte mehr andeutend herauszugreifen*).

Das erste, was auf diesem Gebiet in die Augen fallen muß, ist die merkwürdige Tatsache, daß gerade der gefährlichste und verhängnisvollste Punkt der marxistischen Doktrin, der sonst überall Sozialismus und Bürgertum wie zwei Welten durch einen tiefen Abgrund scheidet — nämlich die Lehre von der Klassensolidarität und dem Klassenkampf —, in Estland eine besonders starke, ja fast ungehemmte Resonanz im Lager der estnischen bürgerlichen Parteien gefunden hat. Sie sind fast alle im Verlauf der Entwicklung einen Weg gegangen, der sie zu Klassen- oder doch wenigstens scharf betont berufsständischen Parteien gemacht hat. In diesem Punkt ist jedenfalls der scharfe Trennungsstrich zwischen bürgerlich und marxistisch verwischt und eine weitgehende Annäherung angebahnt. Zweifellos besteht die akute Gefahr, daß das ganze politische Leben Estlands von hier aus, wenn auch nicht mit marxistischen Grundsätzen, so doch mit der charakteristischen Denk- und Betrachtungsweise des Marxismus infiltriert wird. Aber diese Entwicklung hat zugleich auch eine eigenartige gegenläufige Wirkung hervorgebracht. Die bürgerlichen Parteien Estlands haben zwar sämtlich — die eine rascher, die andere zögernder — jene merkwürdige Wandlung durchgemacht, die sie aus politischen Gesinnungsparteien mehr und mehr in klassenmäßige und berufsständische Interessenparteien und darüber hinaus schließlich in politische Beutegenossenschaften verwandelt hat, in deren Politik die Vertretung bestimmter stabiler politischer Grundsätze mehr und mehr aus einem Zweck zu einem bloßen Mittel und die Vertretung der Interessen bestimmter einzelner Klassen und schließlich der Interessen der Partei und der Parteiangehörigen selber zum alleinigen Daseinszweck dieser Parteien geworden ist; gleichzeitig haben jedoch eine natürliche Reaktion gegen diese Entwicklung und

*) Zur allgemeinen Orientierung: von den 100 Sitzen des estländischen Parlaments haben die Sozialisten 25 inne; außerdem sind zu den Sozialdemokraten noch 4 der Partei noch nicht beigetretene halbkommunistischen Abgeordnete zu zählen, die den Rest der einstigen Estnischen Arbeiterpartei darstellen.

die in meinem vorigen Aufsatz angedeuteten Verschiebungen in der Stellung und dem Bestande der sozialistischen Partei es mit sich gebracht, daß diese in derselben Zeit den entgegengesetzten Weg beschritten hat und im Begriff steht, aus einer Klassenpartei des Proletariats mehr und mehr zu einer allgemein staatspolitischen Partei zu werden, in deren Politik die Interessen des Staatsganzen — so wie diese Partei sie auffaßt und auffassen muß — gegenüber den speziellen Interessen der Arbeiterschaft in den Vordergrund zu rücken beginnen, und die geneigt ist, gegenüber der fortschreitenden ideologischen Verarmung der bürgerlichen Parteien die ideellen und geistigen Werte in der Politik stärker zu betonen. Mußte schon diese Tatsache zu einer starken Steigerung des politischen Schwergewichts des Sozialismus führen, so mußten in noch stärkerem Maße die starke Zersplitterung und Zerklüftung der bürgerlichen Parteien und ihr unablässiger Hader untereinander dazu beitragen, dank denen ein Regieren – wenigstens ein gedeihliches und zweckmäßiges Regieren — ohne oder gegen den an Einheitlichkeit und Disziplin weit überlegenen Sozialismus immer schwerer wird. Ja man dürfte kaum fehlgehen, wenn man behauptet, daß nur die Anwesenheit der in geschlossenen Reihen auf dem linken Flügel dastehenden starken sozialistischen Partei der Beutegier, der Willkür und dem Parteihader der bürgerlichen Parteien einige Zügel anlegt und sie notdürftig zusammenhält: man vergegenwärtige sich etwa nur das Bild, daß sich ergeben müßte, wenn man sich die sozialistische Partei aus dem Parlament fortdenkt.

In einer etwas anderen Weise haben (zweitens) zwei andere charakteristische Erscheinungen in der Entwicklung der bürgerlichen Parteien Estlands den Sozialismus letzten Endes doch wieder auf dasselbe Ziel hinausgedrängt. Die eine von ihnen ist das Vordringen der sogen. „Landorientation", d. h. einer agrarischen Orientierung nicht selten stark agrardemagogischer Prägung mit deutlich städtefeindlichem Einschlag, die im Lauf der letzten Jahre so gut wie alle bürgerlichen Parteien Estlands — auch die ihrem eigentlichen Wesen nach nicht-agrarischen, — fasziniert, in ihren Bann gezogen und erobert hat. Wenn wir von der kleinen, wenig einflußreichen Gruppe der Hausbesitzer und Industriellen absehen, ist die sozialistische Partei in Estland heute die einzige Partei, die diesem einer Massenpsychose ähnlichen Prozeß nicht verfallen ist und ihm standgehalten hat. Als eine in ihren Ursprüngen vom städtischen Proletariat ausgegangene Partei und als die einzige politische Organisation, die sich in fast

gleicher Weise auf Stadt und Land ausdehnt, ist der Sozialismus heute in Estland der einzige starke politische Faktor, der die Wirtschaftsinteressen der Industrie (deren Bedeutung für das Land allein schon daraus erhellt, daß sie wenigstens 1/3 der ganzen Außenhandelsbilanz des Landes bestreitet), soweit seine Kapitalfeindschaft ihn nicht daran hindert, grundsätzlich vertritt, den Interessen des Verbrauchers landwirtschaftlicher Produkte neben denen der Produzenten zur Geltung verhilft und der sich anbahnenden unsinnigen städtefeindlichen Stimmung mit Erfolg die Wage hält. Damit hilft der Sozialismus die Politik Estlands in einem vernünftigen Gleichgewicht erhalten und sie vor verhängnisvollen Einseitigkeiten bewahren.

Die zweite Erscheinung, die in diesem Zusammenhang zu nennen ist, ist die auffallend asoziale Denkart so gut wie aller bürgerlichen estnischen Parteien. Die sozialen Spannungen zwischen Reich und Arm, Hoch und Niedrig sind beim Estentum weit stärker ausgeprägt, das soziale Denken und Empfinden, das Gefühl der sozialen Pflicht und Verantwortlichkeit wenigstens bei den bürgerlichen Kreisen weit weniger ausgebildet, als man das sonst als normal betrachten kann. Es ist das zweifellos eine Folge des raschen Aufstieges; der rasch Emporgekommene neigt ja stets dazu, mit starker Verachtung und Feindseligkeit auf die niederen Sphären hinabzusehen, aus denen er selber emporgestiegen ist. Es ist darum begreiflich, daß der estnische Literat und der wohlhabende „Wirtschaftler" für den „mats" kaum einen Blick der Verachtung und Gleichgültigkeit haben und sich von seinen Nöten und Bedürfnissen himmelweit entfernt fühlen. Einige denkende Köpfe in den Reihen der bürgerlichen Parteien mögen daneben aus der an sich richtigen Erkenntnis heraus, daß ein Volk ohne eigne nationale Oberschicht seine staatliche, wirtschaftliche und kulturelle Selbständigkeit nicht auf die Dauer behaupten kann, die Aufgabe der Heranzüchtung einer solchen estnischen Oberschicht der Bildung und des Besitzes mit allen Mitteln der Kunst für die soweit dringlichere und wichtigere Aufgabe halten, daß für die sozialen Nöte der niederen Schichten wenigstens vorläufig weder Zeit noch Kraft übrig bleibt. Wie dem auch sei, so mußte dieses Verhalten der bürgerlichen Parteien als natürliche Reaktion zur Folge haben, daß der Sozialismus, in dessen Ideologie und Programm das Soziale ohnehin natürlich einen sehr breiten Raum einnimmt, sich nunmehr veranlaßt sah, die sozialen Forderungen nach dem Schutz des sozial Schwächeren auf dem Wege der Sozialgesetzgebung noch stärker zu

betonen und in den Vordergrund zu rücken, ja vielfach bis zur Einseitigkeit zu überspannen.

Wenn wir in dem ersten Punkt unserer Ausführung feststellen konnten, daß gewisse, sonst überall scharf hervortretende Trennungsstriche zwischen sozialistisch und bürgerlich sich in Estland bis zur Unkenntlichkeit verwischt haben, so sahen wir in den beiden letzten Punkten, wie sich hier neue Trennungsstriche, die sonst nicht in dieser Schärfe vorhanden sind, zwischen die beiden Lager legen. Aber — und das ist das Wichtige daran — es geschieht in einer Weise, daß dem Sozialismus dadurch wichtige, nicht auf den Rahmen einer bloßen Interessenvertretung des Arbeiterproletariats beschränkte, sondern allgemein-staatliche Aufgaben zugewiesen werden, die bei der gegebenen Sachlage er allein zu bewältigen vermag und die ohne ihn einfach liegen bleiben würden. Damit wird der Sozialismus aber natürlich immer stärker in den Dienst des Staatsganzen hineingezogen.

Zu demselben Ergebnis führt uns merkwürdigerweise aber auch noch ein dritter Gedankengang, der diesesmal bereits unmittelbar von den ausgesprochen „proletarischen" Elementen des Sozialismus ausgeht.

Einer der Grund- und Kerngedanken des Marxismus ist zweifellos jener der Solidarität des Proletariats, der heute praktisch hauptsächlich in der weit engeren Gestalt der internationalen Solidarität der sozialistischen Parteien und der sozialistischen (Amsterdamer) Internationale in Erscheinung tritt.

Man mag in den verschiedenen Völkern diese internationale Bindung einer das innere politische Leben des Staats mitbestimmenden Partei verschieden bewerten; für das estnische muß sie jedenfalls als ein positiver Faktor betrachtet werden. Auch wenn man von dem Wert absieht, den jede internationale Verankerung für dieses in seiner Selbständigkeit andauernd bedrohte Staatswesen besitzt, wird man zugeben müssen, daß die stetige Fühlung mit einflußreichen politischen Organisationen des Auslandes und — wenn auch einseitigen — so doch europäischen politischen Maßstäben, die die sozialistische Partei als einzige aller estnischen Parteien besitzt, sie in den Stand setzt, den eigenen Staat und das eigene Volk in ihrer Bedeutung, ihren Kräften und ihrer Leistungsfähigkeit nüchterner, vorurteilsloser und wahrheitsgemäßer zu beurteilen und der verderblichen Großmannssucht und Selbstüberschätzung erfolgreich entgegenzutreten, die sich bei den übrigen estnischen Parteien vielfach breit

macht und sie verleitet, weil ihr Horizont bald hinter Walk und Reval ins Unbestimmte verdämmert, das Estentum allzu oft zum Schaden des Landes als den Mittelpunkt und die Krone des Weltgeschehens anzusehen. In diesem Punkt der Ernüchterung und der Berichtigung der Maßstäbe hat der Sozialismus in Estland nach Lage der Dinge eine äußerst wichtige staatliche Aufgabe zu erfüllen, und es muß zugegeben werden, daß er diese Aufgabe mit Ernst und Eifer zu erfüllen bestrebt ist — soweit ihn nicht der Fluch aller sozialistischen Parteien — ihre doktrinäre Befangenheit — daran hindert.

Gerade dieser Umstand der internationalen Bindung dürfte es wohl auch sein, der dem Sozialismus eine gesundere, klarere und natürlichere Auffassung von der gegebenen Außenpolitik Estlands vermittelt, die in der Forderung der strengen Einhaltung der Neutralität des Landes gipfelt. Daß daneben in die Außenpolitik des Sozialismus auch Erwägungen hineinspielen, die unverkennbar aus den Gedankengängen der Solidarität aller sozialistischen Parteien stammen und zur Ursache gewisser Sym- und Antipathien werden, kann nicht geleugnet werden. Jedenfalls aber können wir auch in diesen beiden Punkten wiederum feststellen, daß dem Sozialismus andauernd neue allgemein-staatspolitische Aufgaben zuwachsen, zu deren Lösung er allein qualifiziert ist.

Nicht vorübergegangen werden soll an einer merkwürdigen Entwicklung, die sich erst in allerletzter Zeit geltend gemacht hat. Bei wachsender Verschärfung der Gegensätze zwischen dem Sozialismus und seinen unmittelbaren Nachbarn, den liberalen Mittelparteien, scheint sich nämlich eine Änderung und sogar schon eine gewisse Kooperation des Sozialismus und der auf dem äußersten rechten Flügel stehenden großen bürgerlichen Partei der Landwirte anzubahnen. Das scheint auf den ersten Blick verblüffend. Bei näherem Zusehen wird man feststellen, daß in der Tat gewisse Berührungspunkte vorhanden sind. Zunächst einmal sind die Landwirte diejenige bürgerliche Partei, bei der das klassenmäßige Denken am stärksten ausgeprägt ist. Schon das schafft gewisse Gemeinsamkeiten. Zweitens sind aber die Landwirte die einzige bürgerliche Partei, in deren Denken sich unverkennbar ein stärkerer kollektivistischer Einschlag bemerkbar macht. Das tritt besonders deutlich zutage, wenn wir sie etwa mit der auf demselben agrarischen Boden stehenden und dieselben berufsständischen Interessen vertretenden Ansiedlerpartei vergleichen. Schon in der Namengebung tritt — wohl instinktiv und

unbewußt — ein charakteristischer Unterschied zutage: der amtliche Name der Landwirte lautet „põllumeeste kogud", d. i. zu deutsch: „Gesamtheiten" oder „Gemeinschaften der Landwirte", der der Ansiedler „asunikkude ja riigirentnikkude koondus", d. i. „Sammelpartei der Ansiedler und Staatspächter". In der Tat denken, empfinden und handeln die Landwirte wie die politische Gemeinschaft eines Berufsstandes, die Ansiedler wie ein loser Zusammenschluß einzelner Berufsgenossen zur Wahrnehmung ihrer gemeinsamen politischen Interessen. Die Landwirte haben stets regstes Interesse für einen internationalen Zusammenschluß der agrarischen Gruppen in einer „grünen Internationale" an den Tag gelegt und legen großen Wert darauf, eine gemeinsame geschlossene Weltanschauung zu besitzen; wie weit diese ideologisch unterbaut und ausgebaut ist, ist eine Frage für sich. Die Ansiedler haben nie Anspruch darauf erhoben, eine Weltanschauung zu besitzen, sondern haben — wie böse Zungen im eigenen estnischen Lager behaupten — „nicht einmal ein eigenes politisches Programm, sondern bloß einen Preiskurant". Es fehlt also jedenfalls, wie wir sehen, nicht an Berührungspunkten zwischen den Landwirten und dem Sozialismus. Die beiden großen Parteien, von denen jede rund 1/4 der Sitze im Parlament innehat, scheinen grundsätzlich bereit, einander und den von ihnen vertretenen breiten und scharf umrissenen sozialen Schichten trotz aller Verschiedenheit der Interessen und Anschauungen gegenseitig die volle Daseinsberechtigung zuzuerkennen, während sie andrerseits anscheinend auch darin übereinstimmen, daß sie beide das Dasein der meisten der zwischen ihnen stehenden Mittelparteien als auf einer Art Mißverständnis, auf einer Verkennung der wahren Sachlage beruhend ansehen. Folgerichtig scheinen darum auch beide als letztes Endziel und als eigentlich normalen Zustand eine Art von Zweiparteiensystem zu betrachten. Jedenfalls scheint aber ein Zusammenwirken für beide von Vorteil, da sie vereint das Parlament und das Land beherrschen können, getrennt sich von den schwachen Mittelparteien, die dann das Zünglein an der Wage bilden, gegeneinander ausspielen lassen müssen. Kommt aber ein derartiges Zusammenwirken zustande, so kann das gemeinsame Aktionsprogramm nur auf der Linie des bürgerlichen Denkens liegen, und der Sozialismus wäre gezwungen, sich um noch einen Grad fester in die bürgerliche Welt einzubauen.

Die letzte, aber auch weitaus wichtigste Erscheinung auf dem Gebiet der Entwicklung des estnischen Parteiwesens ist der in den

letzten Jahren sich vollziehende Rechtsabmarsch der bürgerlichen Parteien. Unaufhaltsam und stetig sind im Lauf dieser Zeit sämtliche bürgerlichen Parteien politisch nach rechts abgerückt. Als letzte ist ihnen seit etwas mehr als einem Jahr die unmittelbare Nachbarin der Sozialisten, die Arbeitspartei, gefolgt. Dadurch hat sich an der Grenze zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Parteienwelt ein Vakuum gebildet, dessen Ausdehnung ständig wächst. Schon liegt das ganze politische Terrain, das in anderen Ländern vom bürgerlichen Radikalismus besetzt ist, völlig leer und verlassen da; und wie jedes Vakuum, so übt auch dieses eine mächtig ansaugende Wirkung aus. Es fragt sich, wie lange der estnische Sozialismus, in dessen Denken die bürgerlich-radikalen Elemente, wie wir gesehen haben, ohnehin einen sehr breiten Raum einnehmen, dieser ihn nach rechts ziehenden Saugwirkung wird widerstehen können.

Um zum Schluß die Ergebnisse nochmals zusammenzufassen: es fehlt der estnischen sozialistischen Partei weder an Qualitäten, noch an spezifischen und wichtigen, von ihr allein lösbaren staatspolitischen Aufgaben, um sie zu einem der maßgebenden Faktoren in der weiteren politischen Entwicklung des Freistaats Estland zu machen. Im Besitz von Parteitraditionen, einer für estländische Verhältnisse vorbildlichen Einheit, Geschlossenheit und Parteidisziplin, mit einer ausgesprochenen Tendenz zur Sachlichkeit begabt und nicht ohne Gefühl für Würde, im Besitz guter internationaler Verbindungen und dadurch bedingter nüchterner und guter Maßstäbe für die Grenzen der Kraft und Leistungsfähigkeit des Landes und Volks, stellt sie im estländischen Parlament einen wesentlichen Faktor von unzweifelhaft bedeutendem Gewicht dar. In der Bekämpfung des Kommunismus und bei der Wiedereroberung seiner radikalisierten Wählermassen für den Staat und die Ordnung ist ihre Mitwirkung schlechterdings unentbehrlich. Ihr Dasein übt zweifellos eine disziplinierende Wirkung auch auf die bürgerlichen Parteien aus, hält deren Zersplitterung, Beutegier, Willkür und Uneinigkeit in gewissen Schranken und schärft das soziale Gewissen der Parteien und des Volks. Gegenüber dem anwachsenden Übergewicht der wirtschaftlichen Klassen-, Standes- und Cliqueninteressen wäre gerade sie — so paradox das auch klingen mag — befähigt, das Banner allgemein-staatlichen Denkens und der ideellen Werte in der Politik hochzuhalten. Als einzige Partei, die die sich vertiefende Kluft zwischen Stadt und Land überbrückt, vermag sie der industrie- und städtefeindlichen agrardemagogischen „Land-

orientation", die alle bürgerlichen Parteien mehr und mehr in ihren Bann zieht, erfolgreich die Wage zu halten und die Interessen der Städte, der Industrie und des Konsumenten wirksam zu vertreten. Aber ihre unglückselige Neigung, die Realitäten nach dem Prokrustesbett einer fix und fertigen Doktrin zustutzen zu wollen, und der innere Zwiespalt zwischen den marxistischen und den bürgerlich-radikalen Elementen in ihrer Ideologie muß ihr Denken auf die Dauer mehr und mehr zwiespältig, widersprechend und kraftlos, ihre Kundgebungen zweideutig und innerlich unwahr machen, ihre Handlungsfähigkeit lähmen und ihr eine wirklich großzügige Staatspolitik in Erfüllung der ihr zugefallenen besonderen staatlichen Aufgaben unmöglich machen.

Daß der estnische Sozialismus diese seine Schwäche und das daraus heranreifende entscheidende Dilemma selber fühlt, darauf scheint jene grundsätzliche Oppositionsstellung hinzudeuten, die er seit der Konstituierenden Versammlung bis zum heutigen Tage fast ununterbrochen eingenommen hat. Die darin zum Ausdruck gelangende starke Abneigung gegen die Übernahme der Verantwortung läßt sich nur durch zwei Gründe erklären: den Wunsch, die eigene „marxistische" (in Wirklichkeit marxistisch-liberale) Ideologie ungetrübt und rein von allen Kompromissen mit den realen Verhältnissen und den Meinungen der Gegner zu erhalten, wobei freilich übersehen wird, daß auch eine Opposition, die von vornherein darauf verzichtet, mit den realen Dingen und den Staatsnotwendigkeiten zu rechnen und Verantwortung zu tragen, dauernd unfruchtbar und rein rhetorisch bleiben muß. Oder aber die Ursache dieses Verhaltens liegt in der richtigen Erkenntnis, daß die Übernahme der Staatsgewalt und der Verantwortung durch den Sozialismus diesen bald zwingen muß, Farbe zu bekennen und auf die Schicksalsfrage: Staat oder Klasse? — eine eindeutige und unwiderrufliche Antwort zu geben.

Aber der jeder Partei innewohnende natürliche Machtwille, der sie dazu drängt, sich politisch auszuwirken, muß ein derartiges unfruchtbares Beiseitestehen für eine Partei, die leben will, auf die Dauer unhaltbar machen. Bereits ist diese Linie einmal unter dem Kabinett A. Rei (Dezember 1928 bis Juni 1929) — wenn auch nur für kurze Zeit — durchbrochen worden. Von links gedrückt durch den Kommunismus, nach rechts gezogen durch die Entwicklungen im bürgerlichen Lager, angesogen durch das Vakuum, das sich in der politischen Front an seiner rechten Seite gebildet hat, wird der

Sozialismus häufiger und häufiger gezwungen sein, seine Hand an Aufgaben zu legen, die außerhalb des Rahmens einer bloßen Interessenvertretung des Proletariats liegen. Jeder Schritt in dieser Richtung ist aber unvermeidlich auch ein Schritt näher zum entscheidenden Dilemma: Klasse oder Staat? Proletarische Interessenvertretung auf dem Boden des Marxismus oder allgemeine Staatspartei auf dem Boden des politischen Radikalismus?

Über die „Entneutralisierung des Kulturgutes"

Von Friedrich Vorwerk

Während in Bereiche des Staatlichen, wo allein die geschichtlichen Entscheidungen fallen, alle Angelegenheiten im Interregnum der Notstandslösung verbleiben, entwickelt sich in den außerstaatlichen Bezirken eine „totale Mobilmachung"*). Der militante Charakter unserer Sprache verrät es; die vollständige Durchdringung unseres Volkes mit Parteien, Verbänden, Orden, Bünden, Gemeinschaften und Interessengruppen zeigt es; die politisch-polemische Verhaltung unserer neueren Erkenntnisarbeit (der Theologie, der Philosophie, der Lehre vom Staate) beweist es. Diese totale Mobilmachung ist nicht als Ausführung eines Befehls, sie ist auch nicht um eines Feindes willen da, — sie ist sua sponte da und entfaltet sich gerade in einer geschichtlichen Situation, die durch einen ungewöhnlichen Mangel an politischer Souveränität des Staates gekennzeichnet ist. Ja, der Staatsapparat selbst ist in größter Gefahr, als Instrument der kämpfenden Mächte wechselnd bemüht zu werden.

Im Felde der totalen Mobilmachung sind drei Frontengruppen zu erkennen, die sich einigermaßen deutlich gegeneinander abscheiden: das Proletariat, die Unternehmerschaft, das Bürgertum. Die organisatorische Aufspaltung der proletarischen Front in K. P. D., S. P. D., N. S. D. A. P. und die große Masse derer, die soziologisch ihren Ort noch nicht gefunden haben, darf über die vitale Ursprünglichkeit dieser Frontengruppen nicht hinwegtäuschen. Gegner ist hier bald die Wirtschaft, bald der Staat, bald das Bürgertum, bald die Kultur,

*) Man beachte hierzu die Aufsatzsammlung: „Krieger und Krieger" und besonders darin den ersten Beitrag von Ernst Jünger: „Totale Mobilmachung" (Verlag Junker und Dünnhaupt, Berlin-Steglitz). In diesen Gedankenzusammenhang gehört auch der Aufsatz von Dr. Georg Holthausen: „Totale Mobilmachung" (Der Ring Heft 1, 1931).

bald das Militär, oft eine Kombination des einen mit dem anderen; manchmal tritt auch der eine für den anderen dem Proletariat gegenüber als Gegner in Erscheinung, und sie alle verhalten sich fast nur noch defensiv. Daß Teile dieser proletarischen Frontengruppen untereinander sich bekämpfen, bezeugt zunächst nur deren Lebensstärke. Die militante Situation des Unternehmertums zeigt sich einmal in dem Selbstbehauptungskampf überhaupt, den die deutsche Privatwirtschaft zu führen hat, zum andern in den harten Auseinandersetzungen um den Formwandel der Wirtschaft, nämlich in der Entscheidung zwischen Kapitalismus, Sozialismus und Eigengesetzlichkeit im Verhältnis zu den geschichtlich-politischen Umständen. Die Wirtschaft als konkrete Wirtschaft hat zum Gegner bald das Proletariat, bald den Staat, manchmal auch die historischen Mächte der Kultur, oft den einen Gegner in Gestalt des anderen, z. B. dann, wenn das machtpolitisch von der S. P. D. regierte Preußen Sozialisierung treibt. Und das Bürgertum? Soweit es proletarisiert werden konnte, gehört es bereits praktisch der zuerst genannten Frontgruppe an; soweit es noch irgendwie am Privatbesitz interessiert ist oder interessiert werden kann, ist es die politische Hilfstruppe des Unternehmertums. Wodurch aber ist die dem Bürgertum eigentümliche Front bestimmt? Keineswegs durch ihn als Stand. Denn der ist dahin! Die Frontengruppe, in der allein das Bürgertum noch seinen historischen Auftrag zu erfüllen hat, ist mit der ihm eigenen geschichtlichen Leistung gekennzeichnet, die in den letzten Jahrhunderten in dem Werk der Kultur bestand. Auch diese Kultur hat ihre vorgeblich wesentliche Art neutraler Selbstherrlichkeit aufgeben müssen, ist für viele fragwürdig geworden in dem von ihr behaupteten Wert und wird bereits in ihren geistigen und politischen Voraussetzungen mit den neuesten Mitteln der kulturellen Technik und Organisation bekämpft. Auch sie muß zum Kampf antreten um ihr Dasein und um ihre Mission.

Ist das wahr? Leben wir nicht doch noch, wenigstens was die Kultur betrifft, in einem neutralen Bereich? Was hat schon Kultur mit Politik zu tun? Ist sie nicht autonom? Uns allen ist doch Kultur etwas so Selbstverständliches, eine Sphäre, die uns gebildet hat, deren Gaben wir genießen, deren Formen uns schmücken.

Wir denken an Wissenschaften, an Kunstwerke und meinen, daß gerade Kultur doch die „schöpferische" Leistung des Menschen in seiner Freiheit sei. Aber mit dieser vagen Vorstellung von Kultur befinden wir uns innerhalb jenes Begriffes, den einst der deutsche Idealismus geschaffen hat, um den heimlichen politisch-polemischen Sinn zu ver-

decken, nämlich in dem Begriffszusammenhang der sogenannten autonomen Kultur*).

Gewiß hat die Kultur viel Selbstverständliches an sich, wohl wachsen in ihrem Bereich die natürlichen Kräfte des Volkes und der Landschaft zu schöner Gestalt im Kunstwerk und im zuchtvollen Menschen. Die Vielfalt des privaten und öffentlichen Lebens gerät als Erinnerung in die dauernde Form der Dichtung und als Erkenntnis und Absicht in die Planmäßigkeit der geistesgeschichtlichen Bildung. Aber das bestimmte Verhältnis, damit Kultur entstehe, liegt nicht zwischen dem natürlich und historisch Vorfindbaren einerseits, dem freien Belieben des „schöpferischen Menschen" andererseits. Vielmehr liegt die Entscheidung bei Realitäten, die ihrem Wesen nach Voraussetzungen der Kultur sind, nämlich bei den beiden wahrhaft historischen Mächten, dem konkreten Staat und seiner geschichtlichen Sendung und dem Christentum und seiner Absicht mit dem Menschen. In diesem Zusammenhang ist Kultur nichts anderes als die Repräsentation der historischen Situation, in der sich diese beiden Mächte befinden.

Mit der Autonomieerklärung der Kultur zerreißt dieser Zusammenhang im 19. Jahrhundert. Das erwachende Bürgertum will sich mit der Selbstherrlichkeit der Kultur und mit seinem Anteil an ihrer Schöpfung, der als wesentlich und ausschließlich empfunden wird, aus den Bindungen des historischen Christentums und der staatlichen Tradition befreien. Die geistesgeschichtliche Arbeit der Aufklärung, der Romantik und des deutschen Idealismus, die in der Autonomieerklärung der Kultur gipfelt, kann in ihrer politisch-polemischen Absicht nur dann erkannt werden, wenn man weiß, wer zu welchem Zwecke die Kultur autonom erklärt. Es ist das Bürgertum. Und die Erklärung wird vorgenommen, um seine Unabhängigkeit geistesgeschichtlich zu rechtfertigen. Das Bürgertum hat zuerst Begriff und Bereich der Kultur politisiert.

Autonome Kultur ist damit nicht mehr Repräsentation, sondern Instrument, nicht mehr Ausdruck der souveränen Entscheidung historischer Mächte, sondern als Werk des einzelnen „schöpferischen" Menschen das politische Mittel der entbundenen soziologischen Gruppe, in der der „einzelne" seinen konkreten Ort hat. Die historischen

*) Wir brauchen nicht besonders zu betonen, daß zwischen solcher Sachautonomie der Kultur und der rechtlichen Erscheinung sogenannter Kulturautonomie im Nationalitätenstaat keinerlei Wechselbedingtheit, sondern viel eher ein Verhältnis der praktischen Spannung besteht.

Mächte und ihre Geschichte sind nicht mehr bestimmend, sondern allenfalls noch Forschungsmaterial und Gegenstand „künstlerischer" Gestaltung. In der historischen Abfolge wird dann, nachdem der Staat immer mehr an Autorität verloren und mit dem Ausgang des Weltkrieges das Bürgertum als geschichtlicher Stand zu existieren aufgehört hatte, die autonome Kultur als Kunstorganisation, Bildungsapparatur und Erziehungstechnik zum politischen Kampfmittel des Proletariats.

Die gegenwärtige Lage in Sachen der Kultur ist so: Der deutsche Staat mit seiner historischen Sendung und mit der Kraft zur Repräsentation in der Kultur ist öffentlich nicht vorhanden. Die beiden historischen Formen des Christentums, Protestantismus und katholische Kirche, organisatorisch besorgt um die Massen ihrer Anhänger, akklimatisiert an die Sprache und Technik einer würdelosen Zeit, sind in Gefahr, die Exzellenz des historischen Auftrages zu vergessen. Das Bürgertum, einst ein historisch-politischer Stand und lebendiger Träger der Bildungstradition, ist als solches dezimiert. Der kleinbürgerliche Teil des Proletariats, organisiert in der SPD. und in den Gewerkschaften, steht zwar noch unter den Einflüssen einer unproletarischen Bildungstradition, hat aber fast ganz schon den freien und den amtlichen Apparat der Kultur erobert. Der radikale Teil des Proletariats, organisiert in der KPD., abhängig von einer außerdeutschen Machtposition, benutzt endlich alle kulturellen Techniken, Ausdrucksformen und Organisationen in der Absicht seiner utopischen Politik nur noch, um alle geschichtlichen Gegenmächte zu vernichten. Während die SPD. den offiziellen Apparat der Ministerien, der Universitäten, der pädagogischen Akademien, der Volkshochschulen und der Schulen machtpolitisch, personalpolitisch und verordnungspolitisch erobert, entwickelt sich daneben eine kryptokommunistische Organisation, in deren weitverzweigtem Dienst die Enkel des Bürgertums als Gelehrte, als Journalisten, als Künstler und Erzieher stehen. Die deutsche Wirtschaft, selber im Kampf um ihre Existenz und um ihre Form, vermag keine Repräsentanten herauszustellen, die in der Lage wären, die geistesgeschichtliche Situation wesentlich zu erkennen und um ihrer Zukunft willen verantwortlich und machtvoll zu entscheiden. In dieses Vakuum strömt vom Westen die keep-smiling-Kultur der Amerikaner und vom Osten mit ihrer machtpolitischen Absicht der kulturmörderische Konstruktivismus der Bolschewisten.

Diese kulturpolitische Situation muß in ihrem Ernst begriffen

und als Niederlage erkannt werden, ehe man daran gehen kann, sich ohne jede Illusion verantwortlich für jene „Entneutralisierung des Kulturgutes" zu entscheiden, die allein eine wirklich politische Frontbildung in Sachen der Kultur ermöglicht. Erst wenn Kultur nicht mehr für uns ein autonomes Gebilde ist, wenn wir sie nicht mehr begreifen als das „freie", „schöpferische" Werk des einzelnen, sondern verstehen, daß in unserm Erbe an kulturellem Gut die geschichtliche Sendung unseres Staates und die Forderung des Christentums an den Menschen mitgeteilt wird, damit er mit allem, was er ist, in den Dienst trete, erst dann sind wir Soldaten dieser kulturellen Front. Wenn wir uns umsehen in der Theologie, in der Philosophie, in der Lehre vom Staate, wenn wir die jungen Dichter und Schriftsteller lesen, deren Trachten nicht mehr lyrisch und autobiographisch um das private Ich sich bemüht, sondern um den Menschen im Amte, um den Staat, um die historischen Mächte, um das Repräsentative und das Öffentliche, dann bemerken wir, wie unser konkretes Kulturgut in einer zarten und starken Weise lebendig wird und mit seinem bestimmenden, ausscheidenden, lösenden und formenden Charakter noch einmal um konkrete Zukunft bemüht ist. — Zu diesem Zwecke verlangt es jene Weise des Dienstes, den einst die Kirche im Übergang vom untergehenden Orient zum geschichtlichen Aufgang des Abendlandes von ihren Gläubigen und Dienern gefordert hat.

Der Gegner dieses militant gewordenen deutschen Kulturgutes ist bald Rußland, bald Amerika, bald der europäische Internationalismus, bald das Judentum, bald der Neophyt eines rekonstruierten Germanentums, bald unsere eigene traditionalistische Erstarrtheit, sehr oft ist es eine Mischung aus einigem davon. Die besonders aufgerufenen Soldaten dieses militanten deutschen Kulturgutes sind die Söhne und Enkel des deutschen Bürgertums. Gegner ist nicht unser Volk und auch nicht die Klasse seiner größten Anzahl, das Proletariat, — wohl aber dessen politische Organisation.

Das militant gewordene deutsche Kulturgut ruft, soziologisch gesprochen, das Bürgertum zu seiner letzten historischen Aufgabe*) auf, nämlich der Erziehung unseres Volkes, auch des Proletariats; es bedeutet erkenntnismäßig die Wiedergewinnung der historischen Mächte als souverän bestimmender Faktoren; praktisch-politisch aber

*) Man beachte hierzu den Aufsatz von Professor Karl Muth: „Die Stunde des Bürgertums" (Hochland, XXVIII. Jahrgang, Heft 1), sowie den Aufsatz: „Die Stunde des Bürgertums?" von Dr. Hans Papenbrock im Ring, Heft 49, 1930; eine Polemik gegen Prof. Karl Muth.

heißt es, mit der werbenden, bezaubernden und kämpfenden Art dieses Erbes jede Machtposition des Erziehens, des Bildens, des Forschens, der Wissenschaften, der Kunst und der Zucht in der Apparatur unserer pseudo-staatlichen Situation wiederzugewinnen, damit endlich das Interregnum beendet werde.

Goethe und der baltische Osten

Von Kurt Schreinert

Dr. Otto von Petersen, Goethe und der baltische Osten. Verlag von Kluge und Ströhm, Reval 1930. Baltisches Geistesleben, Schlußband.

Wenn im nächsten Jahre, dem Goethejahr, die abendländische Welt in seltener Einmütigkeit im Geist in der Weimarer Fürstengruft vor der letzten Ruhestätte des größten menschlichen und dichterischen Genies der letzten Jahrhunderte der Menschheitsgeschichte stille Einkehr halten wird, so dürfen und werden die Vertreter des deutschen Geistes im baltischen Osten als die getreuesten und dankbarsten Hüter des Goetheschen Erbes unter den huldigenden Völkern nicht fehlen. Ihr Dank wird von ganz besonderem Gewicht sein, in ihn wird sich kein falscher Klang einmischen, da er ein Dank an den Genius ist, dem das Baltentum einen wesentlichen Teil seiner geistigen Existenz verdankt – und reiner und tiefer verdankt als alle anderen Volksgruppen des Kontinents. Denn vom Goetheschen Geist her hat das Baltentum seine spezifische, scharf ausgeprägte Art erhalten, die es in dem concert spirituel Europas einen eigenen Ton hat finden lassen.

Unterzieht man das Baltentum in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts etwa, vor dem Eindringen des Goethe-Geistes also, näher auf seine geistigen Gehalte, wird man die Feststellung machen, daß es sich nicht allzu stark von der gleichzeitigen norddeutschen Wesensart abhebt. Noch stärker als in Deutschland erschöpfte sich die Intelligenz auch des Baltentums in dem engen Umkreis der adligen Lebenshaltung, der Güterbewirtschaftung, des Militärdienstes, der schwierigen Entwirrung des gordischen Knotens sehr verzwickter Rechtsgebräuche und prozessualer Weitläufigkeiten, und die jungen Balten, die von ausländischen Universitäten oder von ihrer Kavaliersreise durch Europa ins Vaterland zurückkehrten, waren in ihrer innersten Lebensart, in ihrem Konservativismus und in ihrer Traditionsgebundenheit durch die Vielfältigkeit der Eindrücke wenig beirrt und setzten in direkter Linie das geistige Leben ihrer Vorfahren und Väter fort. Was das praktische Leben an geistigen Bedürfnissen übrigließ, wurde leicht gestillt durch Postille und Gesangbuch. Eine der einschneidendsten Wendungen erfährt die baltische Geistigkeit in den sechziger Jahren des 18. Jahrhunderts mit der Begründung der Hartknochschen Buchhandlung in Riga, die in ganz kurzer Zeit zum geistigen Arsenal des baltischen Ostens wird und eine für damalige Zeiten nahezu unerhörte Geschäftigkeit entwickeln muß. Durch diese östliche Einfallspforte des deutschen Geistes dringen neben populärphilosophischen Büchern Werke der hohen Philosophie wie Kants „Kritik der reinen Vernunft" und sieben Jahre später die

„Kritik der praktischen Vernunft" ins Baltikum ein; hier erscheinen Johann Gottfried Herders erste bedeutendere Jugendschriften, die zum erstenmal in den Ostseeprovinzen einen leider durch manche Persönlichkeiten getrübten Streit um Dinge rein ästhetischer Art hervorrufen, in dessen Verlauf auch der Name Lessing im Baltikum in allgemeinere Aufnahme kommt. Theodor Gottlieb von Hippels Lustspiel „Der Mann nach der Uhr" — von Lessing in der „Hamburgischen Dramaturgie" mit einem Quentchen Lob bedacht — erscheint in Riga, und in Mitau kommen wichtige Schriften des „Magus des Nordens" Hamann heraus. So machte sich der Königsberger Hartknoch durch seine Verlagsanstalt und die ihr angegliederte Buchhandlung in doppelter Weise um den Osten verdient: seine bedeutenden Verlagsprodukte lenkten die Aufmerksamkeit der Deutschen im Reich auf die westlichen Provinzen Rußlands, die bis dahin für das Mutterland ein recht abseitiges Leben geführt hatten, und durch seine Buchhandlung leitete er einen breiten Strom der deutschen Geisteskultur in das Baltikum. Vornehmlich werden die Werke des frommen Sängers Klopstock verlangt, daneben die Gellerts. Die Eintragungen in baltischen Stammbüchern jener Zeit sind in der Mehrzahl Zitate aus Klopstock; unter dem Einfluß Klopstocks stehen auch die Dorpater Jugenddichtungen Jakob Michael Reinhold Lenzens.

Der baltische Geist hat sich zunächst im Einklang mit der geistigen Allgemeinentwicklung im Reich gebildet, seine deutliche und fest umrissene Gestalt aber — wie sie uns seit dem zweiten Drittel des vorigen Jahrhunderts entgegentritt — u. a. aus dem Verharren in der geistigen Anschauung Goethes gewonnen und auf den Fundamenten Goetheschen Erkenntnisse weiter ausgebaut. Während in Deutschland der Dichter Goethe von starkem Einfluß gewesen ist und ein Schweif „all der lieben kleinen Sänger" sich hinter ihm herzog, ist in der Hochkultur des baltischen Geistes vor allem die wissenschaftliche und philosophische Komponente des Goetheschen Wesens von großer Bedeutung gewesen, vornehmlich die Goethesche Anschauung vom Organischen auf allen Gebieten und in allen Äußerungen des Lebens und der Welt. Ganz im Goetheschen Sinne — und das Baltentum ist sich dieses Zusammenhanges immer bewußt gewesen und hat wiederholt auf ihn hingewiesen — trieb man im baltischen Osten wertbetonte Wissenschaft und wies immer und immer wieder auf die Mission der Wissenschaft als persönlichkeitsbildendes Element hin. Indessen die europäische Welt draußen die Wissenschaft mechanisierte, spezialisierte und in verstandesmäßiger Teilschau zerlegte und entseelte, hat die gleichzeitige baltische Wissenschaft in ihrer Hochburg Dorpat immer zur Zusammenschau, über die Empirie hinaus zur Innenschau ermahnt und hat sich die Beobachtung der organisierenden, treibenden Innenkräfte angelegen sein lassen, ohne dabei die Betrachtung der äußeren empirischen Formen außer acht zu lassen, die durch eine solche Betrachtungsweise ihrer scheinbaren Zufälligkeit entkleidet werden und als gesetzmäßige Erscheinungsformen des Organismus sich erklären. Das übrige Europa, das indessen das Band zwischen den Wissenschaften zerschnitten, die Wissenschaft in Selbstzweckwissenschaften zerfasert hatte, verlachte damals zwar die baltische Wissenschaft und ihren Organismusgedanken, die Entwicklung jedoch hat dem Goetheschen und damit dem baltischen Gesichtspunkt recht gegeben und gezeigt, daß die Anatomisierung und Atomisierung der Welt, des Lebens und der Wissenschaft uns dem Kern der Dinge keinen Schritt nähergebracht hat, daß vielmehr im Organismusgedanken die wahrhafte Hebelkraft ent-

halten ist. In dieser Anschauung vom Organischen als der fruchtbarsten und allein sinngemäßen Methode hat die baltische Wissenschaft, in ihren vornehmsten Vertretern mit vollem Bewußtsein das Erbe Goethes angetreten. Von diesem Erbe Goethe in der „Blütezeit des baltischen Geistes" legen die ersten sechs Hefte „Baltisches Geistesleben"*) sprechendes Zeugnis ab. Mit ihnen bildet das als Schlußheft der Sammlung vor wenigen Wochen erschienene Werk „Goethe und der baltische Osten" aus der Feder von Dr. Otto von Petersen eine organische Einheit. Die Beziehungen des baltischen Ostens zu Goethe, die in den ersten sechs Heften der Sammlung in der Hauptsache nur angedeutet werden konnten, werden in diesem Bande konkretisiert und über ihren empirischen Verlauf hinaus in ihrer geistigen Nachwirkung auf das Baltikum zur Darstellung gebracht. Was in den sechs ersten Heften gewissermaßen als Allgemeinstimmung über den einzelnen Beiträgen liegt, wird hier eigentliches Element der Untersuchung, und so bildet das neue Werk mit den früheren Publikationen, auf die hier noch einmal nachdrücklich hingewiesen sei, eine feste Einheit.

Die Wurzeln dieser eigentümlich baltischen Geistesbildung, die sich — abseits von jeder materialistischen Auffassung — nach den Grundgesetzen des Generalnenners der organischen Vereinheitlichung von Leben, Welt und Wissenschaft entwickelt hat, werden in dem Buch Otto von Petersens in klaren Linien aufgezeigt und auf die Goethesche Weltanschauung zurückgeführt. Es ist bei dem erstaunlichen geistigen Raum der Goetheschen Persönlichkeit durchaus natürlich, daß der Verfasser das Blickfeld über die rein literarhistorische Darstellung hinaus auf fast sämtliche Zweige der Kultur erweitern mußte, und so ist das Werk aus dem Boden der Literaturgeschichte zu einer Kulturfibel des Baltentums aufgewachsen. Um seine Aufgabe zu lösen, ist der Verfasser nicht bloß in die Tiefe gestiegen, sondern auch mit dem Rüstzeug des Philologen und Forschers in die Breite geschritten und hat dabei keine Mühe gescheut: alte Adreßkalender, verstaubte Akten, vergilbte Familienpapiere, ehrwürdige Kirchenbücher, zierliche Stammbuchblätter hat er herangezogen und gleichzeitig die moderne einschlägige Literatur benutzt. Minutiöse Sorgfalt begegnet im Großen wie im Kleinen (als nur scheinbar belangloses Kuriosum sei erwähnt, daß bei allen von mir nachgeprüften Zitaten die Angaben stimmten!). Eine besonders willkommene Folge der Ausschöpfung der gesamten, sehr umfangreichen Literatur und Dokumente ist die, daß uns manche Erscheinung des reichsdeutschen wie des baltischen Geisteslebens von einer neuen und ansprechenden Seite gezeigt wird. Diese Akribie hat Petersen hie und da zu einigen Digressionen in die engere baltische Geschichte geführt, die ich jedoch nicht als störendes Beiwerk, sondern als durchaus wertvolle und interessante Anregungen empfinde. Eine andere Folge dagegen, eine überstraffe Konzentration des Stils an manchen Stellen, hätte der Verfasser vermeiden sollen.

Petersen geht in seinem Werk aus von rein persönlichen Beziehungen einiger Vertreter des Baltentums zu Goethe (Gustav von Bergmann, Otto Johann Heinrich von Mirbach, Peter Reinhold von Sivers, Helene von Kügelgen und die muntere „Dorpatina" Frau von Wahl) und behandelt sodann die zukunftsträchtigen Beziehungen von Dichtern und Schriftstellern zu Goethe (u. a. Lenz, Elisa von der Recke, E. M. Boehlendorff, Karl Petersen, wobei er auch die Anti-

*) Erschienen 1928/29 im Verlage von Kluge und Ströhm, Reval.

Goethe-Partei Merkel und Kotzebue sowie den famosen Köchy berücksichtigt), von Malern (Karl Graß, Gerhard von Kügelgen, dessen Goethe-Bild in einer guten Reproduktion dem Bande vorgebunden ist, von Reutern, Baehr), von Komponisten (La Trobe, Weyrauch, Carl Eduard Hartknoch), von Musikern und Schauspielern (u. a. die Mara, Wilhelmine Schröder-Devrient) und ferner Beziehungen von Gelehrten zu Goethe (u. a. der Archäologe Otto Magnus von Stackelberg, der Mineraloge Moritz von Engelhardt, die Mediziner Loder und Baer, der Dorpater Nationalökonom und ehemalige Lehrer Ludwig Tiecks Friedrich Eberhard Rambach usw.). Den Höhepunkt erreicht das von Kapitel zu Kapitel sich steigernde Werk in der Darstellung der überraschend einheitlichen Linie der baltischen Goethe-Verkünder und -Forscher, die, von Morgenstern ausgehend, über Viktor Hehn und Alexander von Oettingen hinaufgeführt wird bis zur jüngsten Vergangenheit und zur Gegenwart, zu Otto und Adolf von Harnack, Burchard und Erich von Schrenck, zu Jakob von Uexküll und Roderich von Engelhardt. Sehr interessant ist die Feststellung, daß erst mit der Begründung der Universität Dorpat der Goethesche Geist einen Zentralpunkt im baltischen Osten findet, von dem aus das baltische Geistesleben im Sinne der Goetheschen Weltanschauung in organischer Verschmelzung mit dem Geist des Christentums seine konstitutive Form erhält.

So zieht eine Geschichte des baltischen Geisteslebens im Zeichen Goethes an uns vorüber, und besonders löblich scheint mir an der Darstellung zu sein, daß der Verfasser der naheliegenden Gefahr romanhafter Ausmalung oder frappierender Kombinationen vorsichtig aus dem Wege gegangen ist und nach Möglichkeit die Zeugnisse selbst hat sprechen lassen.

Einen — wie mir scheint — wichtigen Punkt in der Durchdringung des Baltenlandes mit Goetheschem Geist hat die Arbeit außer acht gelassen: die Aufführungen Goethescher Dramen, die nach der Zahl der Wiederholungen etwa wertvolle Feststellungen über das Verhältnis des baltischen Durchschnittspublikums zu Goethe hätten ergeben können. Ergänzend sei hingewiesen auf die von Goethe im Juli 1822 den beiden jungen Gebrüdern Fircks gewidmete Stammbucheintragung „Am feuchten Fels . . ." (Weimarer Ausgabe IV, 55), die sich im Mitauschen Museum befindet, und auf die eigenhändige Widmung Goethes in einem ebenfalls in Mitau befindlichen Exemplar des „Maskenzugs bei Anwesenheit der Kaiserinmutter Maria Feodorowna in Weimar 1818" an den Geheimen Staatsrat Gregor von Willamow (vgl. O. Clemen, Beiträge zur Deutschen Kulturgeschichte aus Riga, Reval und Mitau. Baltische Bücherei Bd. 19. Berlin-Riga-Leipzig 1919 S. 80 f)*). Erwähnt sei schließlich auch, daß in der Klingerschen Bibliothek

*) Ich vermisse in Petersens Buch ferner einen Hinweis darauf, daß auch der General Gregor von Berg, dessen Gattin Goethe die bei Petersen S. 208 wiedergegebenen Verse „Wie es dampft und braust und sprühet . . ." gewidmet hat, wahrscheinlich am 31. Juli 1830 nach seiner Karlsbader Badereise Goethe in Weimar seine Aufwartung gemacht hat. Berg berichtet darüber in seiner Autobiographie (S. 383): „Darauf ließ ich mich bey dem alten Geheimerathe Goethe melden, der mich bitten ließ, um 7 Uhr Abends zu ihm zu kommen. Ich hatte außer der Neugierde, diesen berühmten Mann zu sehen, besonders ihm einen Gruß zu bringen von meiner Frau, der er bey ihrem ersten Auffenthalte in Carlsbad viele Gefaelligkeiten erwiesen hatte. Der ehrwürdige Alte empfing mich

auf der Dorpater Universitätsbibliothek zwei Goethesche Werke mit eigenhändigen Widmungen des Dichters an den Frankfurter Landsmann, damaligen russischen Generalleutnant und Kurator der Universität Dorpat, aufbewahrt werden*.)

Das Werk Dr. Otto von Petersens „Goethe und der baltische Osten", das die erste, fraglos geglückte Darstellung dieses Themas ist, trägt neben seinem Haupttitel einen unsichtbaren Nebentitel, nämlich: Der baltische Osten und Goethe. Ich möchte damit zum Ausdruck bringen, daß nicht die zufälligen Berührungen Goethes mit Balten den Kern des Werkes bilden, sondern daß das Hauptgewicht der Arbeit auf der Darstellung der Entwicklung des baltischen Geistes im Sinn der Goetheschen Weltanschauung ruht. Aus dem Werk erhellt mit Deutlichkeit, daß die vielfältigen Ausstrahlungen des Goetheschen Wesens auf die europäische Geistesbildung wohl nirgends außerhalb der deutschen Grenzpfähle einen so aufnahmebereiten Boden gefunden haben wie im Baltikum, daß der Goethesche Geist im baltischen Osten mit Ehrfurcht empfangen wurde, um dann wieder von hier ins Mutterland zurückzuwirken.

Politische Übersichten

Lettland

Lettlands Außenpolitik hat sich in den letzten Jahren durch eine ganz besondere Zurückhaltung ausgezeichnet. Ging diese Zurückhaltung auch einerseits von der berechtigten Erwägung aus, daß durch ein allzu aktives Eingreifen in die mancherlei brennenden und verwickelten Fragen der europäischen Ostpolitik das kleine Lettland gar zu leicht von seiner neutralen und darum von niemand angegriffenen Position in den gefährlichen Strudel der Ostkonflikte hineingezogen werden könnte, so war andererseits doch auch eine beispiellose Interesselosigkeit der politischen Parteien an außenpolitischen Fragen ein Anlaß zu dieser Zurückhaltung. In den letzten Jahren hat es im Parlament kaum eine regere außenpolitische Debatte gegeben, denn die ganze Aufmerksamkeit der Parteien war meist von den großen und kleinen Streitpunkten der Innenpolitik voll in Anspruch genommen. Ja selbst beim Kampf um Ministerportefeuilles, wo um jedes dieser Portefeuilles stets lebhaft und erbittert gestritten und gefeilscht wurde, hat

auch sehr freundlich und erinnerte sich mit Vergnügen der Zeit, da er meine Frau in Carlsbad sah, sprach Vieles von der Ziegesar'schen Familie, die er genau kannte, und Vieles zum Ruhme unsers Kaysers, den er sehr verehrte; weil ich ihm aber nicht zu lange beschwerlich fallen wollte, so blieb ich nicht sehr lange bey ihm; aber es machte mir viele Freude, ihn gesehen zu haben."

*) Ich konnte im Augenblick trotz manchen Suchens nur ein Goethesches Werk mit eigenhändiger Widmung an Klinger feststellen, und zwar das zu einem Bande vereinigte erste und zweite Heft des ersten Bandes der Schrift „Zur Naturwissenschaft überhaupt, besonders zur Morphologie" Stuttgart und Tübingen 1817 und 1820 (Signatur: Kling. 839 a). Auf einem dem Werk beigebundenen Zettel finden sich folgende Widmungsworte Goethes: „Moege / Freund / Klinger / meiner / mit Neigung / eingedenck / Seyn! / Goethe / Weimar / d. 15. Octbr. / 1817."

sich keine der Parteien um das Außenporteseuille ernstlich beworben, das mehrfach gerade den kleinsten Koalitionsgruppen, denen man keinen der „wichtigeren" Ministersessel gönnte, angeboten wurde. So kam es, daß nach den bewegten Zeiten des weitblickenden und gewandten Meierowiz, des vielgeschäftigen Ulmanis und des impulsiven, energiegeladenen Zeelen der ehemalige Oberlehrer Balodis und zuletzt der Diplom-Landwirt Zelmin an die Spitze des Außenressorts gestellt wurden. Balodis hatte bei allem guten Willen zu einer Fortführung einer Politik der Neutralität und einer interbaltischen Annäherung kein diplomatisches Fingerspitzengefühl und daher keine glückliche Hand in seinen Aktionen. Zelmin, der heutige Premier- und Außenminister, sieht seine Hauptaufgabe in einer Aufrechterhaltung und Stärkung der Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien auf inner- und wirtschaftspolitischem Gebiet, so daß er nur einen relativ geringen Teil seiner Arbeitskraft der Außenpolitik zu widmen vermag, die auch garnicht sein eigentliches Gebiet ist, hat er sich doch auch vor seiner Ministerernennung zwar sehr viel mit partei- und namentlich agrarpolitischen Angelegenheiten, doch nur wenig mit Außenpolitik beschäftigt.

Es liegen nun zweifellos nicht geringe, lettischerseits aber offensichtlich unterschätzte Gefahren darin, daß in Lettland außenpolitischen Fragen so geringes Gewicht beigelegt wird. Das kann dazu führen, daß einzelne unverantwortliche Persönlichkeiten aus irgendwelchen Gründen auf Lettlands Außenpolitik Einfluß zu nehmen vermögen, wie das an dieser Stelle bereits im März 1930 anläßlich des Sturzes von Balodis dargestellt worden ist. Es kann der Mangel eines starken eigenen außenpolitischen Wollens aber auch von gewissen auswärtigen Kräften ausgenutzt werden, die ein Interesse daran haben, die mangelnde Festigkeit der lettländischen Außenpolitik zu nutzen, um Lettland nach einer bestimmten, den eigenen Landesinteressen nicht entsprechenden Richtung hinzudrängen. Es ist kein Geheimnis, daß insbesondere die sehr geschickte polnische Diplomatie es in den letzten Jahren, so vor allem gelegentlich der Litwinowpakt-Unterzeichnung und gelegentlich der Warschauer Agrarkonferenz, verstanden hat, auf Lettland einen den polnischen Interessen dienenden Einfluß auszuüben. Lettland mußte für diese seine Nachgiebigkeit eine gewisse Verstimmung in Litauen, Deutschland und der Sovetunion in Kauf nehmen, und das, obgleich es jedenfalls nicht in der Absicht seiner außenpolitischen Lenker gelegen hat, die bereits von Meierowiz in seinen letzten Lebensjahren vorgezeichnete Position strengster Neutralität gegenüber allen Rivalitäten der an der Ostpolitik interessierten Staaten aufzugeben.

Wie wenig man sich in Lettland infolge der viel zu geringen Beschäftigung mit außenpolitischen Problemen noch zu einem klaren Begreifen der wichtigsten Fragen der Nachkriegspolitik durchgerungen hat, zeigt ganz besonders die Haltung, die man hier noch immer gegenüber dem Versailler Vertrag an den Tag legt. In dieser Beziehung steckt man noch immer recht tief in der Ententementalität der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre, obgleich sich heute nicht nur in den neutralen Ländern — zu denen sich doch auch Lettland rechnet — sondern auch bereits in der britischen, italienischen, amerikanischen Öffentlichkeit in weitem Maße die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit dieses Vertrages durchgerungen hat. Axel de Vries hat unlängst in der „Revalschen Zeitung" in überzeugender Weise dargelegt, daß es für die baltischen Länder, die nicht dem Versailler Vertrag, sondern

den eigenen und nicht minder den deutschen Waffensiegen gegen Rußland ihre Unabhängigkeit verdanken, nicht nur sinnlos, sondern sogar höchst gefährlich wäre, noch immer mit dem franko-polnischen revisionsfeindlichen Standpunkt zu sympathisieren, statt sich gerade auch in dieser Frage strengster Neutralität zu befleißigen. Wie weit man in Lettland noch von einer Neutralität gegenüber Versailles entfernt ist, hat jetzt wieder ein am 12. Dezember in der dem Außenminister nahestehenden „Brihwà Seme" erschienener Brief des Pariser Vertreters dieser Zeitung gezeigt. In dem Brief heißt es, daß in Frankreich selbst ein sozialistischer Politiker wie Paul Boncour eine Verstärkung der Armee verlange, um die neuen Staaten in Osteuropa schützen zu können. Boncour finde es vollkommen richtig, eine große Entente zu schaffen, zu der Frankreich, Polen, die kleine Entente und die baltischen Staaten gehören sollten. Die Motive, die es Finnland nicht gestatteten, einen baltischen Staatenbund mit Polen zu schließen, würden angeblich fortfallen, wenn es zu einem gemeinsamen Zusammenschluß mit direkter Beteiligung Frankreichs kommen würde. Auch Litauen würde sich hierzu gewinnen lassen, namentlich wenn auch Lettland sich beteiligen würde. Eine solche Entente wäre stark genug, um als wesentlicher Friedensfaktor in Europa aufzutreten. Ein solcher partieller militärischer Zusammenschluß in Europa würde keine aggressiven Ziele haben, er würde nur in Erwartung eines Besseren — d. h. der Zukunftsmusik Paneuropa — wenigstens einen Teil des Idealzustandes verwirklichen und damit den Friedensbestrebungen des Völkerbundes entsprechen. Da die „Brihwà Seme" die Gedankengänge Boncours und ihres Pariser Mitarbeiters, die in dem Artikel nicht klar voneinander geschieden sind, kommentarlos wiedergibt, muß man annehmen, daß auch die Redaktion sich zu diesen Gedankengängen bekennt, d. h. also zu einer Teilnahme der baltischen Staaten an einem bewaffneten Staatenblock zur Sicherung der Versailler Grenzen.

Nachdem hier die Gefahren und Irrwege geschildert worden sind, die aus dem in der lettischen Öffentlichkeit herrschenden Mangel an Vertrautheit mit außenpolitischen Zusammenhängen entspringen, kann jedoch festgestellt werden, daß in letzter Zeit doch auch ein großer Schritt vorwärts in der Richtung gemacht worden ist, die für Lettland die gegebene ist, — in der Richtung auf eine interbaltische Annäherung. Es ist, wie bereits im Dezemberheft mitgeteilt, im Herbst dieses Jahres zu einer bemerkenswerten vorwiegend wirtschaftspolitischen Verständigung zwischen Lettland und Litauen gekommen, und ein Hauptverdienst hieran gebührt jedenfalls dem lettländischen Premier- und Außenminister Zelmin, der zwar, wie erwähnt, kein speziell außenpolitisch geschulter und interessierter Staatsmann ist, immerhin aber ein klugabwägender, klarblickender Realpolitiker, der weiß, was dem Lande nottut. Wenn für die baltischen Staaten doch jedenfalls die Sicherung des Friedens in Osteuropa, die Sicherung der Unabhängigkeit dieser Staaten und die Verfechtung einer ehrlichen Neutralität die wichtigsten außenpolitischen Ziele sind, so ist es für diese kleinen Republiken gewiß sehr wichtig, zur wirksamen Vertretung dieser Ziele sich auch durch engeren wirtschaftlichen Zusammenschluß im Konzert der europäischen Mächte mehr Gehör zu verschaffen. Ein Wirtschaftsblock ist also die gegebene Form eines baltischen Blocks, der den Frieden und damit die Zukunft der baltischen Länder sichern will. Lange genug haben sich Lettland, Estland und Litauen mit oft kleinlichen nachbarlichen Händeln von einander mehr und mehr entfernt und namentlich in wirt-

schaftlicher Beziehung einander nicht mehr Entgegenkommen erwiesen, als jeder von ihnen etwa Nicaragua oder einem anderen Staat der anderen Hemisphäre.

Jetzt ist zwischen Lettland und Litauen zum ersten Mal die bisher nur papierne „baltische Klausel" in Wirksamkeit getreten, laut der die baltischen Staaten sich eine gegenseitige Zollbevorzugung noch über die Meistbegünstigung hinaus vorbehalten haben. Zwar ist das Verzeichnis der Waren, die laut dem neuen Handelsvertrage zu ermäßigten Zollsätzen ausgetauscht werden sollen, ein recht begrenztes. Immerhin aber ist mit diesem Schritt auf dem Wege einer baltischen Wirtschaftsannäherung der Bann gebrochen worden, und zurzeit gehen bereits zwischen Litauen und Estland wie auch zwischen Lettland und Estland Wirtschaftsverhandlungen, denen gleichfalls das Prinzip einer Zollvergünstigung auf Grund der baltischen Klausel zugrundegelegt wird. Übrigens ist Premier- und Außenminister Zelmin, der zur Vertragsunterzeichnung nach Kowno gefahren war, dort festlich und herzlich aufgenommen worden, und im Januar soll durch einen Gegenbesuch des litauischen Ministerpräsidenten Tubelis in Riga die Freundschaft der beiden Nachbarstaaten weiter bekräftigt werden. Sehr interessant ist die Haltung Polens zu der neuen lettländisch-litauischen Annäherung. Die offiziöse Warschauer „Polska Zbroina" begrüßt diese Annäherung aufs wärmste und spricht die Erwartung aus, daß hierdurch auch eine Milderung des litauisch-polnischen Gegensatzes herbeigeführt werden könnte. Zwischen den Zeilen des Artikels klingt deutlich die Hoffnung durch, daß nun auch der polnischen Politik im baltischen Raum, deren letztes Ziel bekanntlich eine engere Blockbildung ist, sich neue Möglichkeiten eröffnen könnten. Man sieht also, wie sehr Polen jeder Gelegenheit nachspürt, seinen Einfluß im Ostseegebiet geltend zu machen, wie vorsichtig also die Politik der baltischen Staaten geführt werden muß, will man nicht unversehens statt der eigenen Sache fremden Plänen dienen.

*

Die Innenpolitik Lettlands hat auch in diesem Jahre wieder die nun schon zu einer festen Tradition gewordene Weihnachtskrise des Kabinetts zu verzeichnen gehabt, doch ist weder der Anlaß, noch der Verlauf, sondern nur der Ausgang dieser Krise von Interesse. Nur ganz kurz sei erwähnt, daß diesmal nicht wie sonst meist aus den Parteien der Mitte heraus, sondern von rechts der Stoß gegen das Gefüge des Kabinetts geführt worden ist. Die Rechte war mit der Person und Amtsführung des demokratischen Verkehrsministers Oslin nicht zufrieden und brachte ihn durch Unterstützung eines sozialdemokratischen Mißtrauensvotums zu Fall. Das Demokratische Zentrum zog daraus die Konsequenzen und verließ die Reihen der Koalition. Es gelang indes dem Ministerpräsidenten, den Gegenstoß der Demokraten gegen die Gesamtregierung zu parieren und eine Mehrheit, bestehend aus den meisten bürgerlichen Parteien, auch weiterhin hinter sich zu behalten. Der Ausgang dieses parlamentarischen Machtkampfes ist vor allem insofern bedeutungsvoll, als der Zelminsche Bürgerblock, der nun nach Überdauerung zweier „Weihnachtskrisen" bereits viel länger zusammenhält, als je eine Koalition in Lettland, jetzt auch diesen Sturm ausgehalten hat und nun Aussichten hat, bis zu den nächsten Wahlen im kommenden Herbst weiterzubestehen. Bereits jetzt kann man von einer wesentlichen Stabilisierung der bürgerlichen Politik sprechen, deren Schwerpunkt sich nun voll und ganz zum Bauernbund hin

verlegt hat, während früher immer wieder die Demokraten dank ihrer Zünglein-stellung trotz ihrer geringen Zahl das Heft in der Hand hatten. Zum ersten Mal in der Geschichte Lettlands gibt es jetzt eine Regierungsmehrheit ohne die Demo-kraten, eine Situation, die auch dadurch bemerkenswert ist, daß die meisten bisher immer wieder mit den Demokraten zusammenarbeitenden linksbürgerlichen Gruppen jetzt einen weiteren Zusammenhalt mit dem Bauernbund vorgezogen haben. Ein besonderes Interesse hat die neue Konstellation übrigens auch für die Deutschen. Unter den drei kleinen Koalitionsparteien, die im vorigen Jahr die Kampagne der Opposition gegen die Baltische Landeswehr mitmachten, waren die Demokraten die Wortführer, die anderen beiden nur Mitläufer in diesem unwürdigen Kampf. Nun sind die Demokraten, angesichts deren deutschfeindlicher Haltung die deutsche Fraktion es damals für unmöglich erachtete, mit ihnen in derselben Koalition zu verbleiben, aus dieser Koalition ausgeschieden, nachdem ein Jahr vorher die Deutschen die Koalition verlassen hatten, um seither in wohlwollender Neutralität die Regierung weiter zu stützen, deren Mehrheit und vor allem deren Chef den deutschen Standpunkt in der Landeswehrfrage unterstützt hatten. Es ist daher wohl anzunehmen, das der Austritt der Demokraten nicht ohne Folgen auch auf die Beziehungen zwischen der Regierung und den Deutschen bleiben wird, wenn auch mit einem Wiedereintritt der Deutschen in das Kabinett jetzt kurz vor den Wahlen wohl kaum mehr zu rechnen ist. In einigen Blättern ist um Weih-nachten bereits von einem Angebot an die Deutschen, das Verkehrsministerium zu übernehmen, die Rede gewesen.

*

Die innerpolitische Entwicklung in Lettland erhält in der letzten Zeit ihre besondere Note durch das deutlich spürbare Anwachsen chauvinistischer Regungen, die teils durch einen nicht unerheblichen Teil des lettischen Blätterwaldes rauschen, teils sich bereits zu Parlamentsanträgen verdichtet haben, durch die namentlich die wirtschaftlichen Positionen der Nationalitäten zum Teil ernstlich gefährdet werden. Der Erfolg der Landeswehrhetze im vorigen Jahr, die ansteckende Wirkung der gegenwärtigen kraß deutschfeindlichen Stimmung in Polen und der Tschechoslowakei, sowie die herannahenden, ihren Schatten vor-auswerfenden Parlamentswahlen, — das sind die drei wesentlichsten Antriebe, die aus Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft die lettischen Nationalisten zu einem Kampf gegen die „Fremdstämmigen" anspornen. Wie stets, zeigt es sich auch jetzt wieder in ganz besonderem Maße, daß der lettische Chauvinismus einen ausgesprochen materiellen, gewinnsüchtigen Charakter trägt. Daß die Letten, selber teils im deutschen, teils im russischen Kulturkreis aufgewachsen, nichts gegen eine weitgehende eigene Kulturpflege der einzelnen Nationalitäten haben, haben sie durch die Gewährung der Schulautonomie bewiesen. Fast gleichzeitig mit diesem Akt nationaler Toleranz wurde indessen mit der Güterenteignung ein ganz besonders schwerer Schlag namentlich gegen die Deutschen geführt, weil es galt, nichtlettischen Besitz in lettische Hände zu bringen. Bezeichnend für die ausge-sprochen materielle Einstellung war auch die Entwicklung der Kriegerlandfrage. Acht Jahre lang haben gleich lettischen Frontkämpfern auch die Freiwilligen der Landeswehr Kriegerparzellen zugeteilt erhalten, ohne daß auch nur einer der let-tischen Kriegervereine seine Stimme dagegen erhoben hätte. Erst als es sich bei

der Inangriffnahme von Landzuweisungen an Krieger in großem Stil herausstellte, daß die Zahl der Anwärter die Zahl der verfügbaren Parzellen beträchtlich übersteige, daß also für jede einem Deutschen zufallende Parzelle ein Lette mehr leer ausgehen müsse, erhob sich in den Kriegervereinen ein gewaltiger „nationaler" Entrüstungssturm gegen die Beteiligung von Landeswehrleuten an der Kriegeransiedlung.

Auch jetzt wieder zeigen die nationalistischen Strömungen in einigen lettischen Kreisen ganz unverhüllt ihr beutehungriges Gesicht. Enteignung von Wertobjekten, Verdrängung von Einkünften, das sind die Bestrebungen, die sich nun wieder gegen die nichtlettischen Nationalitäten, besonders gegen das Deutschtum richten. Man fordert Enteignung der Domkirche, der beiden Häuser, der Großen und der Kleinen Gilde, des Schützengartens. Man will den ehemaligen Beamten der baltischen Ritterschaftten und Rußlands — also meist deutsch- und russischstämmigen Personen — die ihnen eben erst zugesprochenen kärglichen Pensionen zugunsten der lettischen Invaliden entziehen. Man will den Letten den Weg ins Berufsleben auf Kosten der anderen Nationalitäten ebnen, indem beim Staatsdienst Letten bevorzugt werden sollen, indem die Buchführung auch in Privatfirmen in lettischer Sprache geführt werden soll, indem selbst zum Erwerb der lettländischen Staatsbürgerschaft lettische Sprachkenntnisse gefordert werden sollen. Zwar sind alle diese Vorschläge teils im Parlament nicht durchgegangen, teils auch erst in der Presse diskutiert worden. Als Zeichen der Zeit sind sie darum nicht weniger ernst zu nehmen.

Noch ernster steht es indessen mit einer anderen Gruppe von einschneidenden Maßnahmen wirtschaftlicher Natur, die im Parlament teils diskutiert, teils bereits sachlich bearbeitet werden, die sich auf den ersten Blick garnicht gegen die nationalen Minderheiten richten. Es handelt sich da um Bestrebungen zur Einführung verschiedener Monopole für den Getreidehandel, für die Holzexploitation, für die Tabakfabrikation sowie um eine außerordentlich schwere Belastung des Hausbesitzes durch eine Sondersteuer, deren Erträge den bei der Landverteilung leer ausgegangenen Kriegern zugutekommen sollen. Nur wenn man weiß, daß die genannten Branchen wie auch der städtische Immobilienbesitz sich zum großen Teil in deutschen und in jüdischen Händen befinden, versteht man, daß die genannten Monopol- und Steuerpläne gleichfalls, wenn auch in verkappter Form im Falle ihrer Verwirklichung zu einer weitestgehenden Bereicherung des Staates wie auch teilweise der Staatsbürger lettischer Nationalität auf Kosten vornehmlich des Minderheitenbesitzes führen würden.

Der auf so breiter Front begonnene Ansturm gegen diesen Besitz läßt die nationalen Minderheiten mit nicht geringen Sorgen der Weiterentwicklung der Dinge entgegenblicken, und namentlich die deutsche Fraktion als die unter den Minderheitsparteien dank ihrer Geschlossenheit stärkste im Parlament wird ihren ganzen Einfluß aufbieten müssen, um eine Verwirklichung all der verhängnisvollen Pläne zu verhindern.

Percy Bockrodt

Riga, Anfang Januar 1931

Deutsches Reich

Um die Regierungsbeteiligung Hitlers — Taktik der N. S. D. A. P. — Wirth und Curtius — Das deutsch-polnische Verhältnis — Aussichten der Revisionspolitik — Der Tod Rauschers — Frankreich mobilisiert das Gold — 4,4 Millionen Arbeitslose — Lohnkämpfe — Kommunistischer Aktivismus

Die Festtage, wohl die trübsten, die das deutsche Volk seit langen Jahren verlebt hat, brachten wie üblich einen Waffenstillstand in der Politik, da in dieser Zeit die parteipolitischen Plänkeleien unterbleiben, die Parlamente vertagt sind und das Interesse der Öffentlichkeit überhaupt von den politischen Fragen abgewendet ist. An dem Gesamtbild, das wir im letzten Bericht zeichneten, hat sich also nichts gewandelt. Die Presse hat in üblicher Weise eine Jahresbilanz gezogen oder Rundfragen an bekannte Persönlichkeiten veröffentlicht, aus denen nur eine hervorsticht, die auch politische Wellen geschlagen hat. Wir meinen jene Umfrage der „Deutschen Allgemeinen Zeitung", überschrieben: „Was halten Sie von einer Regierungsbeteiligung Hitlers?" Von den vier Antworten, die von dem deutschnationalen Abgeordneten von Oldenburg-Januschau, der selbstverständlich für eine Zusammenarbeit und Regierungsbeteiligung Hitlers ist, von Dr. Hjalmar Schacht, der es als eine Unmöglichkeit bezeichnet, gegen die extreme Rechte zu regieren, von dem Rostocker Professor Schüßler und von dem Generaloberst von Seeckt stammen, hat eben jene letzterwähnte das politische Aufsehen erregt. Seeckt ist ja kein Privatmann mehr, sondern seit der Septemberwahl Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei, also jener Partei, die immerhin den Übergang von der Rechten zur Mitte bildet.

„Die Frage, ob eine Regierungsbeteiligung der Hitlerpartei wünschenswert ist; beantworte ich mit einem uneingeschränkten Ja. Sie ist mehr als das; sie ist notwendig. Ich möchte dieses Ja nicht im engen parteipolitischen und parlamentarischen Sinn verstanden wissen; denn ganz abgesehen davon, ob die Partei gleich stark bleibt, sich an Zahl und Kraft vermindert oder verdoppelt — das, was in dieser Bewegung den echten Kern bildet, das nationale Empfinden, der Wehrwille, das soziale Verständnis, alles getragen von einem jugendlichen, reformbestrebten Auftrieb, alle diese Elemente sind ein notwendiger Bestandteil der Regierung der Zukunft", schreibt Generaloberst von Seeckt, Er bringt dann zum Ausdruck, daß diese Regierung die Form eines Keils haben müsse, dessen stählerne Spitze die Vernunft sei, die von der Macht vorwärts getrieben würde gegen die Wand wirtschaftlicher Hemmnisse und äußerer Feindschaft. „An diesen führenden Keil schließen sich rechts und links, ihn verstärkend und seine Wirkung verbreiternd, alle die Kräfte des Volkes an, die reinen Wollens und festen Willens sind ... Parteien spielen bei diesem Zusammenschluß keine Rolle; daher kommt es auch nicht darauf an, aus welcher der bisherigen Parteien sich die führenden Kräfte bilden; wenn nur bei ihnen die Vernunft und die Macht vereinigt sind, dann wird sich die Gefolgschaft von Rechts und Links schon finden."

Wir haben diese Äußerung des Generals von Seeckt, die von der Linkspresse mit einem komisch anmutenden Ärger kommentiert wurde, so ausführlich wiedergegeben, weil die Stellungnahme zu der N. S. D. A. P. und darüber hinaus die Frage einer nationalsozialistischen Regierungsbeteiligung eines der am meisten diskutierten Probleme der innerdeutschen Verhältnisse ist, das vor allem das nationale Lager bewegt.

Aus eben dem gleichen Grunde vermerken wir auch die Stellungnahme von Professor Dr. Schüßler, welcher der Konservativen Volkspartei angehört. Er führt mehrere Gründe an, die es zweifelhaft erscheinen ließen, ob man schon jetzt eine Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung wünschen könnte. Es sei zu befürchten, daß eine Beteiligung an der Verantwortung zu früh die Bewegung zu einer politischen Linie zwingen werde, die ihr notwendig ihre innere Zugkraft rauben müsse. „Jede Idee erleidet das Schicksal, durch Formung an der harten politischen Wirklichkeit an Reinheit einzubüßen. Da zudem der wirtschaftliche Teil des Programms wohl unausführbar ist, würde der Gegensatz von Idee und Wirklichkeit die Bewegung schwächen. Es ist aber sehr zu wünschen, daß der von dieser Bewegung ausgehende Druck sich bei den nächsten Wahlen noch verstärke. Ohne diese Verstärkung dieses Drucks würde wahrscheinlich weder die Außenpolitik (aktive Revisionspolitik) in der wünschenswerten Stärke vorangetrieben, noch die innenpolitische Säuberungsaktion in notwendigem Ausmaße durchgeführt werden." Schüßler fürchtet als Folge einer Regierungsbeteiligung der N. S. D. A. P. den Auseinanderfall der Partei in einen nationalistischen und sozialistischen Flügel und überhaupt die Gefahr von Rückschlägen, die als Folge der Enttäuschungen eine sehr gefährliche Lethargie der jetzt vom Nationalismus aufgerüttelten Massen mit sich bringen können.

Diese durch die „D. A. Z." angeregte Diskussion ist von verschiedenen Seiten aus weitergeführt worden. Interessant ist die Stellungnahme des „Völkischen Beobachters", also des Organs von Hitler selbst, in dem kurz gesagt zum Ausdruck gebracht wurde: Es steht nicht mehr zur Diskussion, ob ihr Hitler zur Regierung zulassen werdet, sondern mit wem Hitler regieren wird. Kapitän Ehrhardt, der ja aus den ersten Nachkriegsjahren, wo er als Führer der nach ihm genannten Brigade insbesondere beim Kapp-Putsch hervortrat, zur Genüge als Nationalist bekannt ist, hat daran anknüpfend in der „Berliner Börsen-Zeitung" sich sehr kritisch geäußert. Unter Betonung der Verdienste, die der Propagandist und Parteiführer Hitler habe, bestritt er die Befähigung Hitlers zur Diktatur, verneinte also einen Anspruch, der durch den genannten Artikel des „Völkischen Beobachters" erhoben wurde. Ehrhardt führte einzelne Beispiele dafür an, daß Hitler bei seinen Handlungen von der Zustimmung der Gefolgschaft innerlich abhängig sei und daß ihm die zu einer Diktatur nötige Härte und Entschlußkraft aus der Einsamkeit heraus fehle.

Damit ist man bei der letztlich entscheidenden Frage nach den führenden Persönlichkeiten der N. S. D. A. P. angelangt. Wir haben diese eine Stimme über Hitler angeführt. Und wir wissen, daß die Ansicht Ehrhardts in weitesten nationalen Kreisen geteilt wird. Aber ebenso sicher sehen auch urteilsfähige Männer in Adolf Hitler einen Mann, der das Format zum großen politischen Führer hat. Die Frage ist auch nicht mit dem Hinweis auf die Vorgänge beim Hitler-Putsch im Jahre 1923 zu beantworten, da sieben Jahre politischer Erfahrung immerhin für einen Mann wie Hitler viel bedeuten könnten. Einstimmig ist man dagegen davon überzeugt, daß sich in der breiten Masse jener 107 nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten kaum oder doch sehr wenig Männer finden, die zu etwas anderem als zur politischen Propaganda brauchbar sind. Wir werden kein Geheimnis damit verraten, daß die oberste Führung der N. S. D. A. P. diese Ansicht wohl teilt.

Die N. S. D. A. P. ist sicherlich dabei, diesen Fehler abzustellen. Über den Ausgang dieser Bemühungen läßt sich selbstverständlich ebensowenig etwas sagen, wie über den gleichen Versuch, die sehr wenig stichhaltigen sachlichen Forderungen zu unterbauen. Das ist besonders auf wirtschaftspolitischem Gebiet nötig, wo durch den Reichstagsabgeordneten Feder von Anfang an bestimmte Forderungen — Brechung der Zinsknechtschaft, staatliche Regelung des Zinses, Verstaatlichung der Banken, Finanzierung der öffentlichen produktiven Anlagen durch ungedecktes Bankgeld — in das Programm hineingetragen worden sind, die auch der Verfasser dieses Berichts für wirtschaftliche Utopien hält, wie das im übrigen alle Wirtschaftssachverständigen tun. Wieder sei zur Information vermerkt, daß man innerhalb der N. S. D. A. P. skeptischer gegen Feder geworden ist, so daß eine Revision dieser Punkte nicht im Bereich des Unmöglichen liegt.

Zuletzt noch einige Worte über die augenblickliche Taktik der N. S. D. A. P. Es ist sicher, daß die Partei ihre Arbeit auf eine weitere rücksichtslose Opposition, auf den Sturz der Regierung, auf die Auflösung des Reichstags und damit auf Neuwahlen eingestellt hat. Sehr instruktiv ist die taktische Situation der N. S. D. A. P. im Dezember vom nationalsozialistischen Abgeordneten Graf Ernst Reventlow in seinem Wochenblatt, dem „Reichswart", in diesem Sinne behandelt worden. Interessant ist seine Bemerkung, daß Brüning und die Sozialdemokraten das taktische Ziel der Nationalsozialisten klar erkannt hätten und daß darum die S. P. D. das Kabinett unterstütze: „Durch die Unterstützung und Hilfsstellung der S. P. D. wird die Stellung Brünings zunächst an Macht und Festigkeit zunehmen, und er wird nicht zögern, so seine Taktik wieder gegen die Sozialdemokratie geltend zu machen, wie er es schon wiederholt vermocht hat."

Damit hat man auch gleich in diesem Satz die Andeutung, daß die nationalsozialistische Taktik jedenfalls vorläufig nicht erfolgreich sein wird. Das große Fragezeichen in all diesen Rechnungen wird ja interessanterweise auch von den antiparlamentarisch eingestellten Politikern, wie es die Nationalsozialisten sind, nicht einmal erwähnt, — jenes Fragezeichen, ob Brüning aus einer parlamentarischen Niederlage des Kabinetts überhaupt Konsequenzen ziehen würde, ob er etwa wohl den Reichstag auflösen, aber für einige Zeit nicht wieder neu wählen lassen würde. Man wird sich jedenfalls an solche Gedankengänge gewöhnen müssen, wenn man nicht eines Tages wieder von der politischen Entwicklung im Deutschen Reich sehr überrascht sein will.

Der Druck, der von dieser starken nationalistischen Welle ausgeübt wird, zeigt sich gerade jetzt an Kleinigkeiten, deren Bedeutung an sich gering ist, die aber als Symptom bezeichnend sind. Wir meinen etwa das Bemühen des Reichsinnenministers Dr. Wirth, der ja dem linken Flügel des Zentrums angehört und sicherlich durch sein ominöses Wort: „Der Feind steht rechts" in die Geschichte eingehen wird, die unzeitgemäße Erinnerung an solche Worte zu verwischen: etwa durch die Zustimmung zum Verbot des Films „Im Westen nichts Neues", oder durch die Niederlegung der Herausgeberschaft der Zeitschrift „Deutsche Republik". Die Linkspresse, insbesondere soweit sie sich „demokratisch" nennt, hat dafür Herrn Wirth mit schlechten Zensuren bedacht. Aber da ihm die guten Zensuren der gleichen Presse immerhin den Ministerposten kosten könnten, wird das wohl auf Wirth nicht sehr starken Eindruck gemacht haben. Ebenso ist der deutsche Außenminister Dr. Curtius bemüht, seine stark erschütterte Position

zu verteidigen. Seine Reise in den deutschen Osten diente diesem Zweck, ebenso seine jetzigen Reden vor seinen engeren Parteifreunden in Süddeutschland. Man kann aus dem gleichen Grunde erwarten, daß Curtius, der, um freiere Hand zu haben, auf das Präsidium der bevorstehenden Tagung des Völkerbunds zugunsten des englischen Außenministers Henderson verzichtete, sich in Genf bei der Diskussion über die oberschlesischen Vorgänge sehr stark ins Zeug legen wird. Sachlich ist die deutsche Position bei diesen Verhandlungen über die Niederknüppelung des Deutschtums in Polen außerordentlich stark. Aber ob das auch zu politischen Erfolgen führen wird, ist immerhin sehr zweifelhaft, da man beobachten muß, wie gerade jetzt die französisch-polnische Front wieder stärker wird durch die neue Verbindung zu England auf finanzieller Basis.

Das deutsch-polnische Verhältnis muß augenblicklich restlos abgeschrieben werden. Die beiden Verträge des Vorjahres, der deutsch-polnische Liquidationsvertrag und das Handelsabkommen, die ja immer noch nicht ratifiziert sind, dürften wohl weiterhin Papier bleiben und nicht Wirklichkeit werden. Die von deutscher Seite abgelehnte Verlängerung des deutsch-polnischen Holzabkommens einerseits, die Erhöhung einer Reihe von Zollpositionen mit ausgesprochenem Kampfcharakter gegen Deutschland, die vor kurzem in Polen vorgenommen wurde, andererseits lassen keinen Zweifel mehr daran aufkommen.

Es ist daher ein seltsames Übereinstimmen zwischen persönlichem Schicksal und politischer Entwicklung, daß just in diesem Augenblick jener Mann aus dem Leben gerissen wurde, der die Idee einer deutsch-polnischen Verständigung oder wenigstens die Zusammenarbeit auf Grund des modus vivendi vertreten hat. Wir meinen den deutschen Gesandten in Warschau, Dr. Ulrich Rauscher, der im Alter von 46 Jahren einer Lungenentzündung erlegen ist. Rauscher war ebenso wie Köster einer der wenigen Nichtberufsdiplomaten, die von den Sozialdemokraten nach dem Umsturz auf Auslandsposten entsandt wurden. Man mag, wie wir es tun, die Politik Rauschers für verfehlt halten, und die jetzige Entwicklung trägt die Bestätigung dafür in sich, aber man muß ihm jedenfalls persönliche Qualitäten und diplomatisches Geschick zuerkennen. Das führende Blatt der Deutschen in Polen, die in Bromberg erscheinende „Deutsche Rundschau", hat sich über die Persönlichkeit des Verstorbenen in ähnlicher Weise geäußert: „Ein lebensfreudiger und lebenstüchtiger Mann, den es aus dem Südwesten des deutschen Volksbodens in die Nordostecke trieb, hat für immer den Weg zu seiner alten Heimat gefunden. Uns aber will dünken, als bedeutete das Grab in St. Blasien, das unter den stolzen Tannen des Schwarzwaldes geschaufelt wird, eine Wende in dem letzten tragischen Kapitel unserer Geschichte. Kaum zum Besseren, wohl aber zum anderen. Das Werk des Toten blieb unbeendet, aber es trägt doch seinen Abschluß in sich, wie der Buchroman, den Ulrich Rauscher vor vielen Jahren schrieb und der jetzt schon längst im Buchhandel vergriffen ist. In diesem letzten tragischen Kapitel waren auch wir die handelnden Personen. Muß sich da nicht in Schmerz und ernstem Besinnen ein Band der Gemeinschaft lösen, wenn eine Hand erkaltet, die an diesem Kapitel schrieb? Selbst dann, wenn wir — bei aller Anerkennung der journalistischen und diplomatischen Kunst des Schreibers — seiner Linienführung und Darstellung im einzelnen nicht mehr folgen konnten."

Diese ostpolitischen Fragen, die ja neben der Wehrpolitik und der Reparationsfrage die Kernpunkte einer deutschen Revisionspolitik bilden, sind, wenn man die moralische Position und die Tragweite der internationalen Debatte betrachtet, sicher wieder weit stärker als vor einigen Jahren in ihrer politischen Bedeutung in das politische Bewußtsein der Nationen gerückt. Aber man muß sich doch hüten, die Stärke der antirevisionistischen Front zu unterschätzen. Waren die Genfer Abrüstungsverhandlungen in dieser Beziehung schon sehr lehrreich, so lassen die Nachrichten über die neuesten englisch-französischen Finanzverhandlungen immerhin Skepsis über baldige Erfolgsmöglichkeiten einer deutschen Revisionspolitik aufkommen.

In der deutschen Tagespresse, ganz gleich welcher Richtung, hat man die Besprechungen zwischen französischen und englischen Vertretern der Schatzämter beider Länder mit großer Besorgnis verfolgt. Der Eindruck, daß Frankreich seine Goldreserven in diesem Augenblick, wo England sich in einer schweren Wirtschaftskrisis befindet, wo die Bank von England dauernd zugunsten Frankreichs Gold abgeben muß, um sehr eindeutiger politischer Ziele willen mobilisiert, — dieser Eindruck scheint nur zu berechtigt zu sein. Die internationale Debatte über die Revision des Youngplans, die Gefahr der Moratoriumsforderung vonseiten der deutschen Regierung dürften Frankreich bewogen haben, mit England gemeinsam die Front auszubauen, die gegen die Revision des Youngplanes und vielleicht auch gegen die Abrüstung oder eventuelle deutsche Aufrüstungswünsche sich schroff ablehnend verhält. Damit wären ja gerade die Punkte, die zuerst innerhalb einer deutschen Revisionspolitik verwirklicht werden müßten, für Frankreich ungefährlich gemacht.

Charakteristisch ist auch, daß eine Äußerung, die der Zentrumsführer Prälat Kaas einer außenpolitischen Schrift voransetzte, der Hinweis darauf, daß die Belastungsfähigkeit eines jeden Volkes eine Grenze habe und daß Deutschland durch die Verbohrtheit und Verständnislosigkeit unserer Bedränger zur Verzweiflung getrieben werden könne, daß diese vom klaren Menschenverstand diktierte Äußerung sehr stark von der französischen Presse angegriffen worden ist.

In der Außenpolitik ist Deutschlands gegenwärtige Situation alles andere als günstig. Und von der Wirtschaftspolitik, von der wir zuletzt nun noch sprechen müssen, versteht sich das beinahe von selbst. Wir können hier in unserem monatlichen Bericht leider nur immer von neuem die Feststellung wiederholen, daß die wirtschaftliche Lage sich von Monat zu Monat verschlechtert, die Krisis sich immer mehr zuspitzt und daß sich daraus Fragen ergeben, die einmal die Reichspolitik auf das stärkste beschäftigen und die zum anderen ihren Ausdruck im parteipolitischen Radikalismus finden.

Zwei Symptome der Wirtschaftskrise stehen dauernd im Mittelpunkt der Wirtschaftspolitik. Das sind nach wie vor die Agrarnot und die Arbeitslosigkeit. Die Reise, die der Reichskanzler in diesen Tagen in Begleitung des Ostkommissars, Reichsminister Treviranus, des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther und des Reichsbahndirektors Dr. Dorpmüller nach Pommern, Ostpreußen und Schlesien angetreten hat, dient dem Zweck, die Not der deutschen Ostprovinzen, die ja nicht zuletzt eine Folge der Agrarnot ist, persönlich kennen zu lernen. Zur Arbeitslosigkeit sei nur vermerkt, daß gerade jetzt die Zahl der

Arbeitslosen die ungeheuerliche Ziffer von 4,4 Millionen erreicht hat. Wenn man die Familienmitglieder dazurechnet, dann kann man sich die Summe des persönlichen Leids, das aus dieser Beschäftigungslosigkeit erwächst, klarmachen, ebenso aber auch die wirtschaftliche Belastung der Reichskassen und den Ausfall der Konsumkraft, der auf die Industrie zurückwirkt. Der Abbau der Selbstkosten durch den gleichzeitigen Abbau der Löhne, eine Frage, auf die wir früher schon einmal etwas ausführlicher hingewiesen haben, geht langsam weiter und führt in seinem Verlauf naturgemäß zu großen Reibungen.

Die Kommunisten, die augenblicklich dabei sind, eigene Gewerkschaften aufzubauen, nachdem ihre frühere Taktik, die Freien Gewerkschaften, die völlig mit den Sozialdemokraten verfilzt sind, von innen heraus zu erobern, Schiffbruch erlitten hat, haben mehrere wilde Streiks, und zwar sowohl im Ruhrbergbau wie im oberschlesischen Bergbau, entfesselt. Streiks, die wirtschaftlich und politisch gesehen widersinnig waren und wohl nur dem Zweck dienten, den „revolutionären Boden" aufzuwühlen. Gerade heute geht die Nachricht durch die Presse, daß eine Abänderung des Schlichtungsverfahrens auf Grund des § 48 der Reichsverfassung — des sogenannten Diktaturparagraphen — dahingehend erfolgen wird, daß nunmehr der Schlichter mit größeren Rechten ausgerüstet wird. Diese Abänderung war nötig, um den Konflikt im Ruhrbergbau zu lösen, wo die Arbeitgeber, also die Zechenverbände, auf einer Lohnsenkung von 12 % bestanden, während die Gewerkschaften nur 4 % zugestehen wollten. Jetzt will man auf staatlichem Wege einen sechsprozentigen Abbau dekretieren.

Im übrigen muß in diesem Zusammenhang der vor kurzem und auch erst andeutungsweise bekanntgewordene Plan des Reichsfinanzministers Dietrich erwähnt werden, die Arbeitslosenunterstützung zugunsten einer Lohnsubvention zu beseitigen, da die Unproduktivität der für die Arbeitslosenunterstützung aufgewendeten Summen mit Recht die Besorgnis des Reichsfinanzministers erregt. Die Industrie verhält sich diesem Plan gegenüber ablehnend, wie sie überhaupt erst vor einiger Zeit grundsätzlich gegen jegliche Subventionen vonseiten des Staats Stellung genommen hat. Eine innere Gesundung der Wirtschaft ist ja auf diesem Wege auch nicht zu erreichen. Ob aber durch Lohn- und Preisabbau die Verminderung der Arbeitslosigkeit erreicht wird, das ist eine außerordentlich schwer zu beantwortende Frage, um so mehr, als sich die Konjunktur überall in der Welt und in allen Staaten, wie auch die Regierungsform sein mag, noch ständig verschlechtert.

Berlin, 9. Januar 1931 Georg Schröder

Umschau

Ernste Prognose

Das neue Jahr beginnen wir ohne viel Hoffnungen. Der fröhliche Optimismus der ersten Aufbaujahre nach dem Kriege ist erschüttert. Daß es uns immer besser und besser gehen müsse, ist plötzlich durchaus fraglich geworden. Die deutsche Arbeit in den baltischen Staaten steht mitten in einer Krise, deren Ausgang ungewiß ist.

Der lettische Nationalhaß zeigt uns sein begehrlichstes Gesicht. In unserer politischen Übersicht wird auf die einzelnen lettischen Forderungen aufmerksam ge-

macht, die kaum mehr eine Grenze einhalten. Wenn es bisher noch zweifelhaft sein konnte, so hat es die jüngste Hetze vollends erwiesen: dem lettischen Volke fehlt noch immer ein positives nationales Ideal. Es ist nachgerade peinlich, wenn lettische Dichter zu Fragen des nationalen Prestiges das Wort nehmen. Die Ärmlichkeit des Vorgebrachten ist erschütternd; man versteht das Bestreben, diesen Mangel zu verdecken, und sei es durch die Phrase und den Haß. Die Wirkung der Hetze sollte nicht unterschätzt werden, auch wenn sie in der Hauptsache von Blättern getragen wird, die an westeuropäischen Maßstäben gemessen nicht ernstzunehmen sind, und auch wenn die anständigen Kreise des lettischen Volkes, namentlich des Bürgertums, sich von ihr fernhalten.

Die Krisis des Staates hat in Estland schärfere Formen angenommen als in Lettland und wirkt sich zunächst vor allem fühlbar in einer Finanzkrise aus. Bis zur nüchternen Erkenntnis der tatsächlichen Möglichkeiten, die dem estländischen Freistaat ebenso wie der lettländischen Republik gewiesen sind, ist es noch ein weiter Weg.

Es ist eine Frage von entscheidender Bedeutung, ob die Letten und Esten staatliche und geistige Formideale gewinnen werden, die der besonderen Situation der Völker in dieser nordosteuropäischen Randzone angemessen sind. Dazu ist noch viel gründliche Arbeit nötig.

Das deutsche Volk, das für die Gesamtheit unserer Kulturbestrebungen der natürliche Rückhalt ist, ringt schwer um die Grundlagen seines Daseins. Wenn manche Hilfeleistung hier auf bessere Tage verschoben werden muß, so ist das nur zu begreiflich, so schwer auch die deutsche Arbeit im Auslande darunter leiden muß. Die Parole bei uns ist infolgedessen schon lange Sparpolitik. Unvermeidlich ist, daß nicht nur die zentrale Volksgemeinschaftsarbeit in diesem Zeichen steht, sondern daß auch alle zum allgemeinen Besten arbeitenden Einzelinstitutionen zu einem weitgehenden Rigorismus in dieser Hinsicht gedrängt werden. Vielleicht könnte auch hier und da noch gespart werden, allerdings wohl nur unter Opfern und nicht ohne Härte. — In breitesten Kreisen unserer Volksgenossenschaft fehlt noch durchaus jedes Verständnis für den „Stil der Armut", der allein uns heute, in einer Zeit schwerer und ständig sich verschärfender wirtschaftlicher Bedrängnis, angemessen ist. Es gibt einen Stil der Armut, der mit proletarierhafter Haltung nichts zu tun hat. Er gehört zu den echtesten baltischen Traditionen. Auch an repräsentativer Würde fehlt es ihm nicht.

In diesem Jahr stehen uns in Lettland die Wahlen ins Parlament und in die Rigasche Stadtverordnetenversammlung bevor. Wir treten mit Entschiedenheit wieder für eine Einheitsliste ein. Geschlossenes Vorgehn bei den Wahlen ist unbedingt erforderlich, wenn wir uns behaupten wollen. Der Wert jedes einzelnen Abgeordnetenmandats sollte nicht unterschätzt werden. 6 von 100 sind wenig. Jeder von ihnen aber setzt eine Summe von Arbeitsenergie ein, die jedes arithmetische Verhältnis hinter sich lassen und zu einem hohen aktiven Einsatz werden kann. Geschlossenheit bei der Wahl bedeutet nicht den Verzicht auf eine offene Auseinandersetzung über die Richtung der deutschen Politik und über die Personen ihrer Vertreter. Es wäre sehr zu wünschen, daß die bei uns gar zu vorherrschende Rücksicht auf Umstände rein persönlicher Art bei dieser Gelegenheit zurückgedrängt würde.

Es gibt bei uns neuerdings eine scharfe Strömung gegen jede Art von Illusionismus in der Zusammenarbeit mit den Letten. In jüngeren baltischen

Kreisen drängt man auf eine Verschärfung der Tonart des Kampfes als Antwort auf all die Feindschaft, die uns entgegenschlägt. Menschlich ist dies Verlangen begreiflich. Allen andersgearteten Tendenzen gegenüber müssen wir jedoch unverrückbar festhalten an der Idee des alle verbindenden, nährenden, tragenden Landes: es gibt auch jenseits des gemeinsamen Arbeitstisches im gegenwärtigen Staatsbetrieb — den wir, wo wir einen Platz an ihm innehaben, nicht verlassen dürfen — eine Gemeinsamkeit mit dem lettischen und estnischen Volk, die wir nicht verleugnen dürfen. Es wird in Zukunft ausschließlich an den staatsführenden Völkern, Letten und Esten, selbst liegen, ob sie die ehrliche Bereitschaft der tatsächlich bereits lange vorhandenen Führerschicht innerhalb des baltischen Deutschtums zu bürgerlicher Zusammenarbeit brachliegen lassen wollen, auf die Gefahr hin, daß einer nach dem andern geistig auswandert und ein geistiges Reisläufertum großen Stils einsetzt, oder ob die vorhandenen Kräfte nutzbar gemacht werden. Es ist ein soziologisches Gesetz, daß eine Führerschicht nicht lange in untätiger Opposition verharren kann. Auf die Qualifikation zum Landesdienst verzichten wir nicht, bis in die weitesten Kreise der Volksgenossenschaft hinein; sie zu erhalten ist eine Forderung nicht nur der Klugheit und der Ökonomie der Kraft, sondern auch des Leben und Zukunft bejahenden Instinkts. R. W.

Querschnitt durch deutsche Zeitschriften I

Das einzig Nützliche, das Zeitungen bringen können, sind Tatsachen. Alles andere sollte man ihnen nicht glauben. Unabhängige Zeitungen gibt es nicht, und abhängig sind sie von Interessentengruppen, die auf allerlei schalkhaften Umwegen die öffentliche Meinung im Sinne ihrer materiellen „Belange" zu beeinflussen suchen.

Wir wissen, daß das deutsche Volk sich in einer ernsten Krise befindet, aus der es einen Ausweg sucht. Interessieren kann uns also hauptsächlich doch nur das Neue, Neuentstehende. Das findet seinen literarischen Ausdruck nicht in der Tagespresse, sondern in den Zeitschriften.

*

Eine ganz vorzügliche Zeitschrift ist die „Deutsche Rundschau". Ihr Interesse gilt ganz betont der deutschen Nation und ihrer Kultur, diesseits und jenseits der Staatsgrenzen. Sie bringt Übersichten und Beiträge aus wirklich fast allen Wissensgebieten. Es ist zweifellos eine schwierige Sache, weder nur populär, noch nur fachwissenschaftlich zu schreiben. Es ist das eine Frage des Stils und des Gesichtspunktes. Auch die nicht-deutsche Welt wird in der „Deutschen Rundschau" eingehend behandelt. Manche Beiträge stammen auch von Ausländern. Hochinteressant ist ein Bericht des Professors Edouard Dujardin (Paris) über eine Rundfrage bei allen französischen Schriftstellern über das Problem der deutsch-französischen Annäherung. Der Initiator der Rundfrage tritt in sympathischer, vornehmer Weise für die Annäherung ein. Der jüngst verstorbene Jacques Riviere (ein hervorragender junger Schriftsteller) hatte ein Buch über Deutschland herausgegeben. „Aus Achtung vor meinem Land sehe ich davon ab, auch nur eine der von ihm geäußerten unglaublichen Behauptungen hier wiederzugeben", schreibt Dujardin. Der Unterschied zwischen Patriotismus und Chauvinismus kann nicht deutlicher zum Ausdruck gebracht werden, als in diesem Satz. Ein junger Franzose meint, Deutschland solle erst mal katholisch werden. Nichts ziert

einen Mann mehr, als ein mutiges Eintreten für seinen Glauben. Allerdings gibt es eine ganze Reihe führender französischer Politiker, die strenggläubige Protestanten (Kalvinisten) sind. Herriot z. B. und auch der Präsident des Landes, wenn ich recht unterrichtet bin. Jedenfalls ist der mutige junge Autor ins Deutsche übertragen worden. Lohnt das wirklich?

Der Kritiker und Philosoph Gabriel Marcel empfiehlt, den französischen Standpunkt in der Anschlußfrage und dem Problem der deutschen Ostgrenze einer Revision zu unterziehen. Verständigung und Annäherung seien nur möglich, wenn jede Zweideutigkeit ausgeschaltet wäre. Das ist ebenso klug wie ehrlich und mutig. Wäre es nicht besser, solche Autoren zu übersetzen? Kommen wir zum Schluß. Fast alle jungen Schriftsteller äußern sich sympathisch über Deutschland und sind für eine Annäherung. Man hört es gern, auch wenn man nicht geneigt wäre, die Tragweite solcher Äußerungen zu überschätzen.

Im Septemberheft der „Deutschen Rundschau" äußert Dr. Eugen Diesel Interessantes über Kommunismus und Kapitalismus. Dieser Gegensatz sei eigentlich schon überwunden, die Frage stelle sich heute anders, und dies liege z. T. an der technischen Entwicklung. Die amerikanische und russische Lösung hätte versagt. Nun käme es auf die deutsche Lösung an. Er berichtet auch Aufschlußreiches über die letzte große Weltkraftkonferenz in Deutschland. Es sei da manches besinnliche Wort gefallen zum Thema: „Was hülfe es Dir, so Du die ganze Welt gewönnest und nähmest doch Schaden an Deiner Seele?" Vor 5 Jahren wäre das noch unmöglich gewesen. Ein Zeichen der Wandlung. Man registriert es mit Freude.

*

Die „Tat" (Diederichs Verlag) ist seit bald anderthalb Jahren unter neuer Leitung. Sie hat seitdem ihren Leserkreis vervielfacht und steht eben im Mittelpunkt des Interesses. In ihr kommt die Kriegsgeneration zu Worte. Ihre Arbeit gilt den Grundlagen eines neuen Deutschland und Mitteleuropa. Sie wollen keine neue Partei, keinen Generationsbund gründen. So billig machen sie es nicht. Es geht ihnen ums Ganze: die wirtschaftliche und soziale Neuordnung und – um das Religiöse. Über letzteres findet sich nicht viel in ihr. Keimhaftes soll nicht zerredet werden. Aber es ist im Hintergrunde da, als wirkende Kraft. Das ist keine Zeitschrift, die unterhalten oder Allgemeinbildung vermitteln will. Sie wird von Menschen geschrieben, die ihren zehnstündigen Arbeitstag hinter sich haben, die nach den Kriegsjahren und den Nachkriegswirren schließlich einen Beruf gefunden haben in einer Gesellschaftsordnung, die sie innerlich ablehnen. Ihre Einstellung ist antikapitalistisch und antimarxistisch. Das sagt vielleicht nicht viel. Diese Worte sind heute abgegriffen, mit unangenehmen Nebengeräuschen verbunden. Ich will ihre Gedankengänge nicht referieren. Zum Teil sind sie noch tastend und unsicher, oder das Letzte wird noch zurückgehalten. Sie wollen sich nicht vorzeitig ausgeben. Sie schreiben nüchtern, hart einseitig (Keim — nicht Blüte). Eine Ausnahme bildet nur Fried, der seine immense Sachkenntnis wirtschaftlicher Fragen in einen lebhaften, eleganten Stil kleidet. Sein Aufsatz über „Die Hintergründe der Haager Konferenz" hat stärkstes Aufsehen erregt. Er kennt die Hintergründe („Fried" ist ein Pseudonym). Auch daß England 1915 die letzte Rate seiner Schuld aus den Napoleonischen Kriegen ans Bankhaus Rotschild abgeführt hat, erfährt man durch ihn. Seine Be-

trachtungen über die Weltwirtschaftskrise sind vorzüglich. Seine Prophezeiungen haben zudem die unangenehme Angewohnheit einzutreffen. Man überzeuge sich . . . Hans Zehrers „Ideen zur deutschen Außenpolitik" und „Ideen zur deutschen Innenpolitik", seine drei programmatischen Aufsätze, der Aufsatz über die Etappe Brüning — alles das ist grundlegend. Hier — hat man die Hoffnung — kommt Geist und Blut zusammen.

*

Die „Zeitwende" bemüht sich um eine Erneuerung in erster Linie auf religiösem und ethischem Gebiete. Barth und Gogarten werden häufig besprochen. Die Zeitschrift ist sehr gut und notwendig. Freilich, wo es um letzte Dinge geht, ist auch das Beste noch problematisch und unzulänglich. Es wäre vielleicht besser, wenn über dies Thema weniger und nur von wirklich dazu Berufenen geschrieben würde. Immerhin schreiben auch solche in dieser Zeitschrift, und sie bringt auch noch manches aus anderen Gebieten.

*

Die „Europäische Revue" ist ebenfalls eine Zeitschrift von hohem Rang. Sie vertritt eine aristokratische Geistigkeit. Rohans Kulturbund, dessen Organ sie ist, will die europäische übernationale Kultur in bessere Zeiten hinüberretten. Und außerdem bemüht er sich um eine Neuordnung Europas. Viele Beiträge kommen aus dem Ausland. Die Zeitschrift dient manchmal als Plattform für einen Meinungsaustausch Deutsche und Polen, Deutsche und Franzosen reden taktvoll und höflich aneinander vorbei — besonders in ersterem Fall. Es ist wohl noch zu früh dazu. Die Minderheitenfragen werden häufig behandelt, etwas akademisch vielleicht, aber mit Sachkunde. Man hat bei dieser Zeitschrift das Gefühl: diese Probleme müßten alle eine Etage tiefer angepackt werden. Aber hüten wir uns vor zuviel Kritik. Es sind oft ganz vorzügliche Aufsätze aus allen Wissensgebieten in ihr zu finden. Die Zeitschrift hat einen weiten Horizont und es steht ein ernstes Wollen dahinter. Verdienstlich war der Abdruck von André Malraux' Buch „Die Eroberer" (im Bowinckel-Verlag erschienen). Es schildert, wie eine Idee, deren Vertreter europäische Abenteurer sind, in einem asiatischen Volk Wurzel faßt und schließlich diese Abenteurer selbst erfaßt. Das wird klar, nüchtern, in realpolitischem Geiste dargetan. Hingabe und Idee sind stärker als Geld und Kanonen — das lehrt dies Buch. Es tut gut, sich wieder einmal davon zu überzeugen. Rudolf Kaßners Aufsätze über Houston St. Chamberlain und Hermann Keyserling werden ebenfalls viele interessieren.

*

Die politischen Wochenschriften bilden immer mehr eine notwendige Ergänzung, oder sogar einen Ersatz für die Zeitungen. Sie reagieren, als Wochenschriften, naturgemäß stärker auf die Tagesereignisse, als das die Monatsschriften tun. Besondere Beachtung verdient da der „Ring". Er ist konservativ und überparteilich. „Die Kräfte der maßgebenden Oberschicht sollen politisch aktiviert werden." Die Zeitschrift berichtet über Außen- und Innenpolitik in anregender Weise und nimmt auch „in grundsätzlichen Aufsätzen Stellung zu den Mächten, die den Zustand Deutschlands und der Welt beeinflussen." Man trifft im „Ring"-Kreise auf so viel kultivierten Verstand, gepaart mit taktischem Geschick, daß man die Zeitschrift nur warm empfehlen kann.

*

Hermann Ullmanns „Politische Wochenschrift" wendet sich an weite Kreise, ist aber auch wohl für die oberen Schichten von hohem Interesse.

TARTU ÜLIKOOLI RAAMATUKOGU

Sie nimmt lebendig und temperamentvoll zu den Ereignissen der Zeit Stellung und setzt sich mit mancher ernsten Frage auseinander. Besondere Beachtung verdienen die Aufsätze des Herausgebers. Sein Aufsatz über „August Winnigs Weg" (in Nr. 50 der Zeitschrift) ist ganz vorzüglich. Ob seine Mitarbeiter manche schwierige Frage nicht denn doch zu sehr vereinfachen, vermag ich objektiv nicht zu beurteilen.

*

So wie ein Buch seine Längen hat, so hat eine Zeitschrift ihre toten Nummern. Eine gerechte Beurteilung ist eigentlich nur möglich, wenn man einen ganzen Jahrgang vor sich hat. — Der nächste Bericht soll aus der kaum übersehbaren Fülle deutscher Zeitschriften noch andere behandeln.

E. v. S.

Der Umschwung in der Biologie

Es liegt heute in der Natur der Sache, daß in erster Linie Alte und Junge als Vertreter von Anschauungen der Vor- und der Nachkriegszeit ihre Ansichten austauschen. Mich als Biologen fesselt besonders die Diskussion Roland Mettig — Karl R. Kupffer über das Wesen und die Ziele der biologischen Forschung. R. Mettigs in dieser Zeitschrift (19 8, Heft 5 und 6) erschienenen „Gedanken zu einer morphologischen Auffassung der Natur", die in Goethes Naturanschauung wurzeln, steht gegenüber K. R. Kupffers „Die Entwicklung in der organischen Natur" (Korr.-Bl. d. Nat.-Ver. Riga, LX) — eine tief durchdachte und mit mathematisch scharfer Logik durchgeführte Verteidigung der seit Galileo Galilei im Prinzip allen Naturwissenschaften zugrunde liegenden exakten Methode, die nach Galilei darin besteht: „zu messen, was man messen kann, und meßbar zu machen, was man nicht messen kann". Ich will mich hier auf keine Kritik der Ansichten Kupffers und Mettigs einlassen, sondern nur im allgemeinen zu der angeschnittenen Frage Stellung nehmen.

Etwa 70 Jahre, d. h. von der Mitte des vorigen Jahrhunderts an, stand die ganze biologische Wissenschaft unter dem Einfluß des Darwinismus. Es ist in der Tat nicht zu leugnen, daß die große und einmütige Begeisterung, mit der diese Lehre auf fast allen Universitäten der Welt begrüßt wurde, in einen Forschungseifer von bisher nicht dagewesener Intensität ausmündete. Darwins Hypothese von der Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl bildete den festen Rahmen, innerhalb dessen die Biologen gleich fleißigen Arbeitsbienen alle Lücken mit wenigen großen und einer Unmasse kleiner Waben auszufüllen sich bemühten. Das Ziel dieser wunderbaren, friedlichen Arbeitsgemeinschaft der Zoologen und Botaniker aller Kulturländer der Erde war die Ausarbeitung eines natürlichen, auf Blutsverwandtschaft gegründeten Systems und Stammbaums aller Lebewesen. Außerhalb des gegebenen Rahmens wurde so gut wie gar nicht wissenschaftlich biologisch geforscht. Johann (Gregor) Mendels Entdeckung der Vererbungsgesetze, Karl Ernst von Baers Lehre von der Zielstrebigkeit aller Entwicklung in der Natur, Jakob von Üxkülls grundlegende Betrachtungen über Umwelt und Innenwelt, Merkwelt und Wirkwelt der Lebewesen weckten jahrzehntelang nicht das leiseste Echo in der gelehrten Welt, die sich an Haeckels natürlicher Schöpfungsgeschichte berauscht hatte und nur nach neuen Bausteinen suchte, um diesen Wunderbau zu stützen.

Die einfache Fragestellung, das fest umgrenzte Arbeitsfeld und der oben erwähnte unerhörte Forschungseifer, der oft in wahren Fanatismus ausartete, bewirkte einerseits eine so tiefgehende

Durchforschung des Baues und der Entwicklung der Organismen, wie man sie sich nicht besser und umfassender vorstellen kann, andererseits aber eine Mechanisierung, Verflachung und Entgeistigung der Wissenschaft.

Die biologischen Laboratorien wurden Handwerksstuben, in denen Meister, Gesellen und Lehrlinge im Schweiße des Angesichts Teile von Tieren und Pflanzen mittels Rasiermesser oder Mikrotom in feinste Scheiben zerlegten, die nach feststehenden Regeln der Kunst gefärbt und unter dem Mikroskop gezeichnet, gemessen und zur Rekonstruktion der Organe und des ganzen Körpers verwendet wurden. Die Methoden waren recht einfach, und „manuelle Geschicklichkeit" war eine gute Empfehlung im Wettbewerb um eine Assistenten- oder Dozentenstelle. Noch vor ein paar Jahren sah sich ein durch grundlegende Arbeiten über die Verbreitung der Pflanzen und Tiere seines Landes im In- und Auslande recht gut bekannter Forscher genötigt, zu Mikrotom, Mikroskop und Färbemitteln zu greifen, um in aller Eile ein handwerksmäßiges Meisterstück in Stil und Geschmack des Darwinismus, eine „systematisch-phylogenetische Studie" über ein paar Stachelhäuterfamilien, anzufertigen, bevor er vom hohen Rat der ordentlichen Professoren einer hoch im Norden gelegenen Universität unter den dort üblichen akademischen Zunftgebräuchen in ihre Mitte aufgenommen wurde.

Trotz der im Laufe von 70 Jahren hervorgebrachten ungeheuren darwinistischen Literatur, welche die Büchereien naturwissenschaftlicher Fakultäten und Vereine mit Tausenden dicker Bände belastet, ist das Grundproblem des Darwinismus, die Blutsverwandtschaft der Lebewesen, heute noch eine unbewiesene Hypothese, und die verschiedenen Stammbäume, die man konstruiert hat, weisen große und nicht ausfüllbare Lücken auf. Man hat freilich unentwegt versucht, die Lücken in der Genealogie der Organismen durch hypothetische „Übergangsformen" zu überbrücken, deren Wert der exakte Forscher gleich Null setzen muß. Aber auch da, wo wirkliche Tatsachen vorlagen, war ihre Deutung oft nicht weniger kühn, als die Aufstellung reiner Hypothesen, weil sie nur im Lichte darwinistischer Dogmen erschaut wurden. Aus demselben Grunde, d. h. infolge der durch die darwinistische Weltanschauung bewirkten Voreingenommenheit, wurde meist die Beweiskraft biologischer Funde und Beobachtungen einseitig überschätzt: Analogieschlüssen und Wahrscheinlichkeitsbeweisen von sehr anfechtbarem Wert wurde oft übertriebene Wichtigkeit beigelegt, wenn sie geeignet schienen, das herrschende System zu stützen. Und alles das ging unter der Marke „exakte Wissenschaft". Was die Lehre des Aristoteles (nicht Aristoteles' eigene Weltanschauung) für das Mittelalter, das war mutatis mutandis der Darwinismus (wieder nicht Darwins eigene Auffassung von der Natur) für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts. Wie im Mittelalter die nach den Wünschen des Katholizismus zugestutzte Lehre des Aristoteles den Zwecken der Kirche dienen mußte, so entwickelte sich der Darwinismus ohne Zutun Darwins und sehr gegen seinen Wunsch zu einem Werkzeug des im 19. Jahrhundert zur Herrschaft gelangten Materialismus. Dieser Umstand bedingte seine in unsrer schnellebigen und aufgeklärten Zeit so beispiellos lange Dauer und suggestive Wirkung. Denn nur solche Lehren, gleichviel ob Theorien oder Hypothesen, haben suggestive Kraft, auf denen sich eine dem Zeitgeist entsprechende Weltanschauung gründen läßt.

Aus der materialistischen Weltanschauung ist die Religion des Marxismus, der Bolschewismus, erblüht — eine Religion mit unfehlbaren Dogmen, lebenden

und toten Götzen, Götzenbildern, Prozessionen, blutiger Verfolgung und Vernichtung Andersgläubiger. Damit hat aber der Materialismus seinen Höhepunkt erreicht und überschritten. Seine Grundlagen werden bereits scharf kritisiert, und auch die Alleinherrschaft des Darwinismus in der Biologie ist gebrochen, wenn auch noch etliche Zeit vergehen wird, bis die Hochschulen ihre Lehrpläne ändern und neue Lehrbücher erscheinen. In weitab von den Mittelpunkten des Weltgeschehens gelegenen Universitäten kann es sogar noch sehr lange dauern, bis die während der darwinistischen Ära eingewurzelten bequemen Lehr- und Lernmethoden durch neue ersetzt werden und solche Examenfragen wie folgende: „Aus welcher Klasse der wirbellosen Tiere kann man sich die Wirbeltiere entstanden denken?" ein für allemal erledigt sind.

Die ersten Folgen des Zusammenbruches des Darwinismus tun sich einstweilen kund in einer gewissen Ratlosigkeit. Bisher nicht oder wenig beachtete Forschungsgebiete besonders aus den sog. Grenzgebieten, Biochemie, Biophysik, Pflanzen- und Tiergeographie, und die verschiedenen Seiten der angewandten Zoologie und Botanik treten immer mehr in den Vordergrund, und die Vererbungslehre auf dem Boden der Mendelschen Gesetze und der Chromosomenforschung hat bereits den Rang einer selbständigen Wissenschaft mit eigenen Lehrstühlen und eigener Literatur erhalten.

Mit den veränderten Richtlinien wird auch eine neue Technik entstehen müssen, denn die Hauptmethode des vorigen Jahrhunderts — die mikroskopische Untersuchung künstlich gefärbter Serien feiner Schnitte aus Tier- und Pflanzenleibern — ist doch zu grob, um von ihr neue und wichtige Aufschlüsse über das Wesen der lebenden Materie zu erhoffen. Die Befreiung der biologischen Forschung von dem Rahmen des Darwinismus kann nicht ohne tief einschneidende Bedeutung bleiben. Und ähnlich wie vor hundert Jahren ist gegenwärtig eine Periode des Suchens nach neuen Richtlinien eingetreten, in der die naturphilosophische Spekulation blüht. Denen, die sich für moderne Naturphilosophie interessieren, empfehle ich das sehr lesenswerte Büchlein von Wilhelm Steinberg: „Der Erkenntnisbegriff in Physik und Geometrie", erschienen bei Zahn und Baendel, Kirchenhain 1927. Im übrigen verweise ich auf die von mir verdeutschte „Geschichte der Biologie" von Erik Nordenskiöld (Jena, G. Fischer, 1926).

Guido Schneider-Stockholm

Carl Schmitt über den totalen Staat

Der bekannte deutsche Staatsrechtler Prof. Carl Schmitt sprach am 5. Dezember 1930 im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrates in Berlin. Es war überaus reizvoll, gerade in diesem Augenblicke der innerpolischen Verwirrung den Autor der „Politischen Theologie", der „Geistesgeschichtlichen Lage des heutigen Parlamentarismus", der „Diktatur" und der „Politischen Romantik" eine strenge Analyse der gegenwärtigen politischen Gesamtsituation vortragen zu hören.

Diese Gesamtsituation in Deutschland ist nicht nur kritisch, sondern geradezu abnorm; und diese Abnormität ist der Ausgangspunkt für jede richtige Erfassung der Gesamtsituation des heutigen deutschen Staates. Zu unserm Unglück sind wir noch nicht so weit, unsere Begriffe und Sprechweisen der neuen Situation anzupassen. Die Abnormität liegt vor allem darin, daß jeder Staat von einer gewissen geschichtlichen Bedeutung durch eine merkwürdige Wendung des gesamten Staatswesens heute zu dem gekommen ist, was Carl Schmitt

als eine Wendung zum totalen Staat bezeichnet. Dabei wird unsere Rede- und Denkweise noch ganz beherrscht von Begriffen und Formen des neutralen Staates, wie sie in der Situation des 19. Jahrhunderts entstanden. Aber Deutschland ist heute nur ein Wirtschaftsstaat, ein Steuerstaat, ein Fürsorgestaat und vor allem ein Reparationsstaat: hier hört von selbst der Automatismus der freien Wirtschaft auf, denn die Milliarden für die Tribute müssen vom Staat aus der Wirtschaft genommen werden. Der Kern des heutigen Staates offenbart sich darin, daß sein Ausnahmezustand ein wirtschaftlicher Ausnahmezustand ist. Selbst eine so vorsichtige Regierung wie die gegenwärtige ist in die Lage versetzt, auf Grund der Befugnisse des Ausnahmezustandes fortwährend Notverordnungen zu erlassen, die ausschließlich wirtschaftlichen Inhaltes sind. Während wir uns immer noch in den Vorstellungen des Staates vom 19. Jahrhundert bewegen, werden wir in Wirklichkeit von allen Seiten aus diesem Staat herausgestoßen. Wir leben nicht mehr in einem Minimum von Staat, sondern schon beinahe in einem totalen Staat, der alle Gebiete des menschlichen Lebens ergreift.

Auch das Schlagwort Sozialismus ist ein völlig veränderter Begriff geworden. Es wäre ein Unglück und ein Unverstand, wenn man in der gegenwärtigen Situation die politische Entscheidungsfrage so stellen würde: Kapitalismus oder Sozialismus? In Wahrheit weiß heute niemand, was eine sozialistische Wirtschaftsform ist. Das alles sind vorweggenommene Schablonen, die der Entwicklung eine bestimmte Richtung aufdrängen wollen und eine sehr starke Tendenz haben, verfrühte Entscheidungen zu forcieren. Stellte man das deutsche Volk abstrakt vor die Frage: Kapitalismus oder Sozialismus, und fiele die Entscheidung — was höchst wahrscheinlich ist — für den Sozialismus aus, so wäre das überhaupt keine Entscheidung. Eine Entscheidung, wenn sie politisch ist, bedeutet immer eine Entscheidung für konkrete Mächte und Menschengruppen. Ob durch die Entscheidung für den Sozialismus etwa die sozialdemokratische Parteiorganisation mit ihrem Gewerkschaftsapparat zur Herrschaft kommt oder die Kommunisten, oder die Nationalsozialisten, die sich auch als Sozialisten bezeichnen, darauf kommt es an; die Frage ist immer, wer durch die Entscheidung die politische Macht bekommt; die Entscheidung für den Sozialismus kann für Deutschland Anschluß an Rußland bedeuten, bei den Nationalsozialisten ein Bündnis mit Italien usw. . Noch viel abnormer ist die außenpolitische Situation. Wir leben in einer Zeit, in der die intensivste Form der Herrschaft nicht in der Form von Annexionen ausgeübt wird, sondern im Namen der „Freiheit", vor allem im Namen des „Friedens" und im Namen der „Menschheit". Jeder große Staat, der im Namen der Menschheit handelt, begründet damit sein Machtbedürfnis über seine nationalen Grenzen hinaus und seinen Imperialismus. So erleben wir die ungeheure Enttäuschung, daß gerade die Worte von Frieden und Menschlichkeit die spezifischen Instrumente eines besonders rücksichtslosen und grausamen Imperialismus geworden sind. Nur im Namen der Menschheit wird die Menschheit unterdrückt und beherrscht.

Die Antworten auf die Probleme dieser Abnormitäten können sehr verschieden sein. Carl Schmitt sieht beim deutschen Volke besonders drei Antworten verbreitet, die alle drei etwas Verzweifeltes haben, neben der restaurativen und neben der utopischen vor allem eine solche, die mit vollem Bewußtsein das Chaos bejaht: die Welt ist bis in

ihre letzten Atome hinein in Unordnung, und wir haben genug psychische und physische Kraft, um uns auch im Chaos zu behaupten. Das entspricht der Denkweise eines Soldaten, der ohne Furcht durch den Krieg hindurchgegangen ist und nun den Krieg als Krieg bejaht wie das Leben, das intensiver als irgendein Programm oder irgendeine von Menschen ausgedachte Formel ist.

Mit Recht ist demgegenüber zu fragen, ob trotz aller Umgestaltungen der Erdoberfläche und durch alle die überraschenden und verblüffenden Änderungen unserer äußeren Situation hindurch noch die Möglichkeit einer Vorstellung vom Normalen und Natürlichen festzuhalten ist; nicht als ein Programm oder als eine Utopie, sondern als ein ruhiges und sicheres Wissen von der in der Natur des Menschen selbst begründeten Ordnung und des natürlichen Maßes. Die Antwort auf diese Frage gab Carl Schmitt in der Form eines Appells an die anonymen Frauen unseres christlichen Volkes als Trägerinnen der Familie, der Kindererziehung, als diejenigen, die die Sprache eines Volkes bewahren. In Zeiten einer so maßlosen Abnormität wie der, in der wir leben, kommt alles darauf an, ob die natürlichen Maße lebendig bleiben oder nicht. Es gibt in jedem großen Volk eine unendliche Summe von täglicher Frömmigkeit und Geduld, die aus dem Bewußtsein entsteht, daß es ein unchristlicher Betrug wäre, aus der Erde ein Paradies machen zu wollen. Friedrich Vorwerk

Über die Not in Rußland

Noch viel zu wenig ist auch unter uns ein Unternehmen bekannt, dem wir weiteste Verbreitung und reichste Unterstützung wünschen müssen: der „Russische Evangelische Pressedienst" mit seiner Beilage, den Briefen aus Rußland, der in Riga unter der verantwortlichen Schriftleitung von D. O. Schabert und unter Mitwirkung von Prof. D. W. Gruehn, Dorpat, E. v. Kuegelgen, Bukarest, und anderen Rußlandkennern im 4. Jahrgang herausgegeben wird *). Durchblättert man die zwölf Hefte des letzten Jahrgangs, so steht man wieder einmal erschüttert vor dem riesenhaften Ausmaß der in Rußland herrschenden religiösen, sittlichen, geistigen und materiellen Not. Der Pressedienst bringt in der Hauptsache Auszüge aus sowetrussischen Zeitungen, doch auch Briefstellen und sonstige zuverlässige Nachrichten. Jede Nummer enthält eine Fülle aufschlußreichsten Materials. Nur ganz wahllos sei einiges aus dem Jahrgang 1930 herausgegriffen.

Zum Thema der kommunistischen Propaganda in Westeuropa bringt der Pressedienst Nr. 11 einen Brief aus Dorpat an den kommunistischen Gottlosenverband, der im Moskauer „Besbosbnik" erschienen ist: „Teile Ihnen mit, daß wir eine estnische antireligiöse Gesellschaft begründet haben. Wir haben mit der Arbeit unter den Arbeitern und der proletarischen Intelligenz begonnen, um das ungeheure Übel, das die Religion darstellt, zu entlarven. Unsere Gesellschaft zählt bereits 20 Mitglieder: 8 Arbeiter, 6 Pädagogen, 1 Journalisten, die übrigen sind Schüler und Studenten." — Maxim Gorki hat im Frühjahr 1930 in der russischen Presse einen Artikel über „Die Frau und die Religion" erscheinen lassen, in dem er sich die kirchen- und religionsfeindliche Argumentation der Kommunisten restlos zu eigen macht. Der Pressedienst bringt ausführliche Auszüge. — Einige Überschriften aus den letzten Nummern: Die Isaaks-

*) Der REVP erscheint einmal monatlich. Ein Jahresabonnement von einem Dollar oder gleichwertigem Gelde berechtigt zum beliebigen Abdruck, mit Quellenangabe. Geschäftsstelle: Riga, Freiheitsstraße 27.

kathedrale in Petersburg — ein antireligiöses Museum. Kinder zur Zwangsarbeit verurteilt. Von der Arbeit der antireligiösen Universitäten. Schulverhältnisse in Sovetrußland. Die antireligiöse Propaganda in einem neuen Stadium.

Die Hunderte von Briefen, aus denen die Beilage sprechende Auszüge bringt, sind Dankschreiben auf die Sendungen des internationalen Hilfswerks. Die Briefe haben einem viel zu sagen. Die Not, die aus ihnen spricht, kann wohl Grauen erregen, der Glaubensmut, von dem manch ein Brief Zeugnis ablegt, muß ergreifen und überall, wo die Briefe gelesen werden, eine tiefe Wirkung ausüben. Das große internationale Hilfswerk, dessen Seele der Herausgeber der Briefe ist, wirbt um Mitarbeit. Möchte es nicht nur Erfolg haben, sondern dazu beitragen, daß die ganze Tiefe des bolschewistischen Problems von allen erkannt würde, die auf diesem oder jenem Gebiet zum Handeln berufen sind. Und wer ist das nicht?

R. W.

Arved Berg zur Minderheitenfrage

Im letzten Vierteljahrsbericht des vorigen Jahres über die lettländische Politik (Dezemberheft der Baltischen Monatsschrift 1930, S. 744) nahmen wir zu einem Artikel des bekannten lettischen rechtsbürgerlichen Abgeordneten Rechtsanwalt Arved Berg (Latvis Nr. 2707, 31. Oktober 1930) Stellung, den wir dahin verstanden, daß der Verfasser eine Verschmelzung der Minoritäten mit dem Hauptvolk für geboten halte.

Nun teilt uns Herr Berg brieflich mit, daß hier ein Mißverständnis vorliegen müsse. Er habe das Gegenteil von dem gesagt, was wir ihm zuschrieben. Zum Beweise gibt er die in Frage kommende Stelle aus seinem Artikel in wörtlicher Übersetzung wieder. Sie lautet danach wie folgt: „Der Vertreter eines sehr alten Volkes, dessen kulturelle Errungenschaften wir alle noch genießen, äußerte die Meinung,*) daß in jedem Staate die Minoritäten nur eine vorübergehende Erscheinung sein können, daß ihren Besonderheiten in der Kultur, Sprache, Religion natürlich Rechnung getragen werden muß und dieselben nicht unterdrückt werden dürfen, jedoch jede Minorität mit dem Hauptvolke des Staates verschmelzen, mit der Zeit verschwinden müsse. Der Redner blieb nicht allein mit seiner Ansicht. Allerdings wurde ihm auch widersprochen, und *auch wir* verzichten gern auf die Ehre, die Herren Kalistratov und Maisel als Glieder des lettischen Volkes begrüßen zu dürfen" u. s. w.

Wir geben diese Zurechtstellung unseren Lesern gerne bekannt und möchten nur darauf hinweisen, daß wir zu unserer Auffassung durch den auf die zitierte Stelle unmittelbar folgenden Satz veranlaßt worden sind, in dem wir lesen: „Doch darin waren alle Redner im großen internationalen Forum einer Meinung, daß die Minoritäten sich an die Kultur ihres Staates anzulehnen haben, sich assimilieren müssen; in keiner Weise aber dürfen sie sich für ein fremdes Element mit eigenem Recht, sozusagen für einen Staat im Staate halten, der nur „Forderungen" aufzustellen versteht."

An der Parlamentsdebatte über die Besetzung von Beamtenstellen durch Angehörige der Minoritäten, die den Ausgangspunkt der Ausführungen Bergs bildete, haben sich vonseiten der Minoritäten bekanntlich nur ein Russe und ein Jude beteiligt; ein Deutscher hat in die

*) Es handelt sich um die Wiederaufnahme der Assimilationsdebatte in Genf durch den Vertreter Griechenlands, dessen Definitionen durch Curtius und Briand berichtigt wurden. Die Schriftleitung.

Debatte nicht eingegriffen, und auch die deutsche Presse hat nicht dazu Stellung genommen. Die Auseinandersetzung kann uns auch nur so weit interessieren, als der Minderheitscharakter der Deutschen berührt wurde; vom Deutschbaltentum als solchem ist direkt nicht die Rede gewesen. Wir hatten also keinen Anlaß, wieder darauf hinzuweisen, daß das Deutschbaltentum rechtlich gewiß eine Minderheit ist, zugleich aber dadurch eine unleugbare Sonderstellung einnimmt, daß es das neben den Letten bodenständigste Volkstum Lettlands ist, das mit der Kultur des Landes völlig untrennbar verwachsen ist. R. W.

Gilt das auch für uns?

Unter der Überschrift „Das Erwachen des Deutschtums" bringen „Velhagen & Klasings Monatshefte" in ihrem Dezemberheft einen Aufsatz des bekannten Geographen Prof. Dr. Albrecht Penck, in welchem u. a. erwiesen werden soll, daß mancherorts das Deutschtum gerade infolge der ausgeübten Unterdrückung erst recht erwache. Als Beispiel werden auch die ehemaligen „russischen Ostseeprovinzen" angeführt, in denen deutsche Sprache und deutsche Kultur durch Jahrhunderte geherrscht hätten. „Aber", fährt der Verfasser fort, „vorwaltend ist das Deutsche dort niemals gewesen", und führt als Beweis dafür an, daß die Stellung des Deutschen „deswegen durch die Russen schon um die Jahrhundertwende erschüttert werden" konnte. — Die Bezeichnung „vorwaltend" — rein ethnographisch natürlich zutreffend — kann mißverständlich wirken. Man wird nicht leicht ein anderes in einem nicht-deutschen Staat belegenes Gebiet finden können, wo das Deutsche bis um die Jahrhundertwende so „vorwaltend" gewesen ist, wie in den „deutschen" Ostseeprovinzen Rußlands. Gleichwohl hat natürlich die brutale Russifizierungspolitik mit ihren Mitteln und Begleiterscheinungen zu einer Erschütterung der Stellung des Deutschen führen müssen.

Vor allem aber wird man die Behauptung als nicht stichhaltig empfinden, daß infolge der Wegnahme des deutschen Grundbesitzes und Entziehung der wirtschaftlichen Stellung bei den Balten das Gefühl des Deutschtums „lebendiger denn je" geworden sei oder „volkstümlicher", weil „nicht mehr von einer vermögenden Herrenklasse getragen." Wenn der Verfasser dann weiterhin meint, ihr „erwachtes" Deutschtum sichere den Deutschen in den neuentstandenen Staaten einen maßgebenden kulturellen Einfluß, so überkommt einen unwillkürlich das Gefühl, als sei der Verfasser allzusehr von der Vorstellung eines „erwachenden" Deutschtums beseelt und verkenne daher das von ihm vielleicht Beobachtete inbezug auf seine Ursachen. Was ihm z. B. als „lebendiger" und „volkstümlicher" erscheint, könnte jetzt eher wohl als Notwehr und letztes Aufgebot bezeichnet werden.

Ein offenbarer Irrtum dürfte dem Verfasser unterlaufen sein, wenn er schreibt, daß der erwähnte maßgebende Einfluß „sich z. B. in Estland durch Einführung deutscher Unterrichtssprache in den Volksschulen ausspricht". Denn daß hier die deutschen Schulen der deutschen Kulturautonomie nicht gemeint sein können, dürfte wohl außer Zweifel stehen, widrigenfalls diese Bemerkung in einem Aufsatz über das Deutschtum verwunderlich wäre. Daß aber in den estnischen Volksschulen Deutsch nicht Unterrichtssprache ist, sondern im estnischen Schulwesen neben dem Englischen lediglich als Fach gelehrt wird, dürfte bekannt sein.

Th. H.

Bücherbesprechungen

Das Baltische Herrenhaus

Baltische Baudenkmäler, herausgegeben von der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga. Band I Heinz Pirang: Das Baltische Herrenhaus. I. Teil: Die älteste Zeit bis um 1750 (1926). II. Teil: Die Blütezeit um 1800 (1928). III. Teil: Die neuere Zeit seit 1850 (1930). Verlag Jonck & Poliewsky, Riga.

Als die Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga im Jahre 1925 den Beschluß faßte, mit der Veröffentlichung von Bauurkunden unter dem Haupttitel „Baltische Baudenkmäler" durch Herausgabe eines dreibändigen Werkes: „Das Baltische Herrenhaus" den Anfang zu machen, glaubten wohl nur wenige in der erwählten Baudenkmälerkommission, daß unter den heutigen Verhältnissen das große Werk wirklich zustande kommen würde. Heute aber, wo zu Weihnachten 1930 der dritte und letzte Band erschienen ist, kann der Verein nicht nur, auch die ganze baltische Gesellschaft in der Heimat und im Auslande mit Stolz auf ein großes, ausschließlich mit einheimischen Kräften vollendetes Werk zurückblicken.

Es ist damit in Wahrheit das Ziel erreicht, das A. Feuereisen im Aufruf zur Mitarbeit gesteckt hat, der Kulturarbeit unserer Heimat und unseres Volkstums „ein Ehrendenkmal zu setzen".

Der Dank für den glücklichen Anfang, die Fortsetzung und Vollendung dieses Unternehmens gebührt in erster Linie drei Männern: dem Präsidenten der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde, Mag. Arnold Feuereisen, für seinen unermüdlichen Ansporn und seine rastlose Fürsorge, die vielfach verschlungenen Wege für den Beginn und den Fortgang der Arbeiten zu erkunden und zu ebnen, Baron Friedrich Wolff für die all diese Jahre oft unter schweren Opfern fortgesetzte Vervollständigung des Bildermaterials; zum Teil auf Fußtouren mit Kamera und Meßband im Rucksack hat er die Heimat durchstreift, um verborgene Schätze und Urkunden zur heimischen Baugeschichte zu heben und wenigstens im Bilde der Nachwelt zu erhalten. Der dritte im Bunde ist Architekt Heinz Pirang, der im Verein mit Wolff erst System und Ordnung in das reiche Material gebracht, nicht nur in den konkreten Bilderschatz, sondern auch in die Geschichte der Entstehung der dargestellten Baudenkmäler in ihren vielfachen Beziehungen zur kulturellen und politischen Vergangenheit des Baltenlandes. In lichtvoller Darstellung, ausgehend vom Werden und der Entwicklung der heimischen Denkmalpflege, hat er uns im dreibändigen Text des Werkes ein klares und übersichtliches Bild der drei Hauptperioden der baltischen Bautätigkeit und ihrer vielfach verwickelten Beziehungen zu den jeweiligen kulturellen Faktoren, den im Lande herrschenden Mächten, den Einflüssen des Mutterlandes und der Nachbargebiete der baltischen Kolonie gezeichnet. Schließlich hat er in liebe- und verständnisvoller Weise jedem der im Bilde dargestellten Bauwerke erläuternde Worte gewidmet, dem bescheidensten, wie dem anspruchsvollen. Wir haben keinen, der es besser hätte machen können.

Gehört das „Baltische Herrenhaus" in seinem jahrhundertealten Charakter auch der Vergangenheit an, aus dem ihm gewidmeten Werk wird auch jetzt noch für viele viel zu lernen sein. Daher bleibt ihm nicht nur ein rein historischer, sondern auch ein praktischer Wert.

Die wertvolle in mühevoller Arbeit der verschiedenen Autoren verfaßte Gütergeschichte steht mit dem Pirangschen

baugeschichtlichen Text in keinem redaktionellen Zusammenhang; sie ist ein Abschnitt für sich und spricht für sich.

Die Herrenhäuser auf den ehemaligen herrschaftlichen Gütern des Baltenlandes waren, ähnlich den Burgen und Klöstern des Mittelalters, über das ganze Land verteilte Kulturzentren unseres Landes, Pflegestätten von Ordnung und Autorität, ohne welche ein Land nicht bestehen und sich aufwärts entwickeln kann. Ihre Wirksamkeit ist beendet, — aber für das Erstehen neuer ähnlicher Brennpunkte wahrer Kultur zu sorgen wird die verantwortungsvolle Pflicht der Nachfahren sein.

Mit dem Erscheinen unseres Werkes ist aber unsere Aufgabe noch lange nicht erschöpft. Hier, wie auf allen Gebieten der Denkmalkunde, gibt es noch unendlich viel zu tun und zu sammeln Photographische Aufnahmen haben wir zwar recht viele, aber an den viel wichtigeren zeichnerischen Aufmessungen fehlt es sehr. Viel wertvolles Material befindet sich noch in privaten Händen, wo es leicht verloren gehen kann. Unsere jungen Architekten sollten eifriger als bisher zu solchen Vermessungsarbeiten, wo immer sich Gelegenheit bietet, angeregt werden. Die in privater Hand befindlichen Pläne und Ansichten sollten dem Baudenkmälerarchiv zur Aufbewahrung und Inventarisierung übergeben werden. Und zwar baldigst!

„Wir können nicht warten", sagt H. Pirang, „denn unterdessen geht immer mehr vom Denkmälerbestand zugrunde." So ist das im 1. Band erwähnte hochinteressante Herrenhaus zu Orellen mangels der erforderlichen Mittel zur Erneuerung der völlig baufälligen Dachdeckung dem Untergang geweiht, — und ebenso noch manches andere schöne Haus.

Eine besondere Gruppe ländlicher herrschaftlicher Wohnhäuser gehörte eigentlich auch in den Rahmen unseres Werkes; es sind das die zahlreichen Wohnhäuser auf den ehemaligen „Höfchen" der Bürger Rigas und anderer Städte im Umkreis der Stadt. Diese Gebäude sind keine „Sommervillen" im heutigen Sinn; ein „Höfchen" war meist in größerem oder geringerem Maße mit Landwirtschaft verbunden; es waren somit auch kleine „Herrenhäuser". In dem vom Rigaschen Architektenverein herausgegebenen „Jahrbuch der bildenden Kunst in den Ostseeprovinzen" hat H Pirang schon vor dem Kriege dieses Thema für Riga behandelt, aber lange nicht erschöpft. Auch diese Denkmale altbaltischer Bürgerkultur aus ihrer besten und glücklichsten Zeit seien dem Sammeleifer der Jünger der Baukunst empfohlen; auch hier verschwindet ein wertvolles Stück nach dem andern. Vielleicht das älteste Haus dieser Art bei Riga, wohl gleichaltrig mit Orellen, befindet sich auf dem ehemaligen Höfchen Bleichhof an der Düna oberhalb Kengeragge, auf dem Grunde der Gummifabrik „Quadrat". Die flachbogigen Fenster mit kleiner Scheibenteilung enthalten noch heute die alten Scheiben aus rohem, in allen Farben schillernden Glase; das Mansardengeschoß zeigt Wandbekleidungen und -schränke aus ungestrichenen dünnen gehobelten Brettern in sauberster Ausführung mit ungemein fein profilierten Leisten und Karniesen. Das kleine Haus reiht sich würdig den von Pirang in Band I, S. 47 geschilderten Gebäuden an und erinnert an Bellenhof auf dem gegenüberliegenden Dünaufer (1, Bild 114) und Wilsenhof (Bild 115). Gelegentlich des Baus der Fabrik „Quadrat" ist eine detaillierte fachmännische Aufnahme dieses ehrwürdigen Häuschens gemacht worden.

Nach Pirang trägt unsere Baukunst in ihrer dreigegliederten Einheit, Livland, Kurland und Estland, ein durchaus einheitliches Gepräge. Dieses kann ich für

das Mittelalter nicht zugeben, ebensowenig wie der Meinung beipflichten, unsere Kirchen Burgen und Städte in der ersten, mittelalterlichen Periode seien rein blütige Geschöpfe der deutschen Ordensgotik. Die gotischen Kirchen Estlands und Ösels tragen ein von denen Livlands völlig verschiedenes Gepräge. Der Einfluß der langen Zugehörigkeit Estlands zu Dänemark, sowie die Nachbarschaft Schwedens und der Insel Gotland dominiert vielfach über den der deutschen und speziell der Ordensgotik. Was versteht Pirang unter „deutscher Ordensgotik"? Meint er diejenige, als deren typischster Vertreter die Marienburg i/P. allgemein bekannt ist? Oder sollte die Gotik in erster Linie durch den Orden hierher verpflanzt worden sein? Auch dieses ist nicht klipp und klar zuzugeben. Gerade mehrere unserer in architektonischer Hinsicht bedeutendsten mittelalterlichen Bauten gehören der allerfrühesten Zeit der deutschen Kolonisation an, als es noch keinen Deutschen Orden im Nordosten Europas gab. Der Dom nebst Kreuzgang zu Riga in Bauformen des deutschen Nordwestens, der Konventsbau der Burg Fellin mit seinen glanzvollen Resten rheinischen Übergangstils, die Außenmauern der Burg Kokenhusen mit den Spuren einer großzügigen Fassade in rein romanischen Formen der Hohenstaufenzeit haben nichts mit deutscher Ordensgotik zu tun. Auch die Überreste des Kapitelsaales der Burg Segewold, derselben Zeit angehörig, sind in dieser Hinsicht beachtenswert.

In den erstgenannten drei Bauten dokumentiert sich ein Anlauf von beispielloser Kraft, doppelt erstaunlich in einem heidnischen Lande, dessen Kolonisation erst eben in Angriff genommen worden ist und täglich gegen einen kriegstüchtigen Feind verteidigt werden mußte. Wieviel bei den genannten Burgenbauten dem Feuereifer Bischof Alberts und wieviel dem Orden der Schwertbrüder zuzuweisen ist, läßt sich nicht mehr entscheiden. Aber der Bischof war schließlich die Triebfeder von allem. Es will aber fast scheinen, als ob der Orden der Schwertbrüder, trotz des formellen Übergangs seiner Reste in den Deutschen Orden, in der neuen Form immer noch weitergelebt hat. In der inneren und äußeren Politik des nunmehrigen livländischen Zweiges des Deutschen Ordens ist eine gewisse Selbständigkeit ebenso unverkennbar wie in seiner Baukunst. Die Gotik des Ordens in Preußen hat in unserem Lande jetzt eigentlich keinen Vertreter, außer dem unteren Saal der Mariengilde zu Riga und dem Spätling, der Dominikanerkirche St. Johannis ebenda. Deren Giebel stellt reine Ordensgotik zur Schau; der Baukörper des Langhauses weist klar auf Danzig. Die fast quadratischen Burgbauten Preußens mit Mittelhof, umschließendem Parcham*) und Graben finden wir hier nur vereinzelt und bei den großen Komtureien. Hier sind es meist Bruchsteinbauten, die Bauformen überschlicht, fast roh, ein schroffer Kontrast gegen die hochkultivierten und glanzvollen Ziegelburgen Preußens. Wie die große Komturei Jesusburg (Goldingen) aussah, wissen wir leider nicht. Baurat Steinbrecht, der namhafte Wiederhersteller der Marienburg und Verfasser grundlegender Werke über die Deutschordensgotik, war um 1890 in unserem Lande, um Studien in seinem Spezialfach, der Ordensgotik, zu treiben. Tief enttäuscht durch die „ollen Kasten" fuhr er von hinnen.

Die kleineren Ordens-, stiftischen und Vasallenburgen hier im Lande zeigen meist den Typus des „befestigten Hofes", eine Ringmauer mit an diese angebauten oder in den Mauerring einbezogenen Gebäuden, mit einen oder zwei Mauer-

*) Parcham: Terrasse mit Brustwehr nebst Schießscharten, zwischen Hauptbau und Graben belegen.

türmen, meist ohne Parcham und Graben, wie Schlockenbeck. So Rujen, Trikaten, Lemburg, Burtneck, Pebalg, Lennewarden, Kremon und viele andere. Ein Typus, der in Preußen bei Burgen ganz fehlt. Sie sind bei uns teils Höhen-, teils Wasserburgen, wenn man sie überhaupt „Burgen" nennen kann. Diese „festen Häuser" sind wohl auch der Urtypus unseres baltischen Herrenhauses. In späteren mageren Zeitläuften wurden die Steingebäude durch Holzbauten, die Ringmauer durch Holzzäune ersetzt, siehe Kunda, die Urform bleibt dieselbe. Auch die mittelalterlichen Kirchen im Lande haben eine erdgebundene Schwere, wie Wenden und Wolmar, im Gegensatz zu den hochfenstrigen preußischen Ordenskirchen. In Reval sehen wir in den Kirchen lichte, freie Hallen auf schlanken Pfeilern, ganz anders wie die räumlich etwas beengten Kirchen in Preußen. Ich glaube daher, daß wir wohl berechtigt sind, von einer baltischen Gotik zu reden; auch hier ist sie bodenständig und aus kargeren, komplizierteren Verhältnissen erwachsen.

Der Chor von St. Peter in Riga gehört aber ganz der Gotik der mecklenburger Hansestädte an. Das Langhaus des Domes zu Dorpat ist ganz selbständig und ohne erkennbaren Vorgänger, der Chor weist auf Süddeutschland, auch vielleicht der von St. Olai in Reval.

Der Übergang aus der ersten, mittelalterlichen Periode in die der Renaissance vollzog sich hier sicher ohne merklichen Bruch, wie auch im Westen Europas. Die gotischen Formen werden bei uns wohl noch länger fortgewirkt haben, als es dort erwiesenermaßen der Fall war. Die Renaissance im „Zeitalter der Zerstörungen", wie Pirang es nennt, hat uns keinen einzigen reinen Vertreter hinterlassen; viel wird auch nicht vorhanden gewesen sein. Erhaltene Bauten aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts weisen immer noch gotische Motive auf, namentlich im Maßwerk der Fenster. Was wir aus dieser unruhigen Zeit noch besitzen, ist sehr wenig. Ich weise nur auf die Ruinen der Palasbauten in den Burgen zu Bauske und Doblen und auf die Kirche in letztgenannter Burg hin, die fast gotisch anmutet. Auch Schloß Nurmhusen mit dem gotisierenden Kapellengewölbe gehört wahrscheinlich hierher. In Doblen und Nurmhusen finden wir Wanddekorationen in Sgraffito-Putztechnik, rot auf gelbem bzw. schwarz auf weißem Grund. Aus späterer Zeit, Anfang des 17. Jahrhundert, besaßen wir bis 1905 die Ausstattung von Teilen von Schloß Neuenburg. Abgesehen vom „Alten Haus" in Bixten, einigen Landkirchen Kurlands und städtischen Bauten aus der polnischen, herzoglich kurländischen und schwedischen Zeit ist das alles, was das 17. Jahrhundert uns hinterlassen. Die Entstehungszeit des kleinen Herrenhauses Kerklingen ist schwer zu fixieren.

Ein weiterer Vertreter des Typus „befestigter Hof", ohne „befestigt" sein zu wollen, ist außer Rogosinsky, diesem ganz ähnlich, der Gutshof von Stockmannshof an der Düna. Ein länglich viereckiger Hof, an einem Ende der Längsachse das Herrenhaus, am andern ein Einfahrts-Torturm mit barocker Haube und Uhr, an drei Seiten Wirtschaftsgebäude, alles fest umschlossen. So habe ich es noch 1893 gesehen. Auch die alte Poststation Rodenpois zeigt dasselbe Schema, aber ohne Torturm.

Der Typus des in Band 1, S. 22 abgebildeten barocken Deckenstucks zu Saarenhof findet sich, immer mit dem nämlichen Profil, doch mit anders geformten Verschlingungen nicht nur in Orellen und Groß-Roop, sondern auch in vielen Häusern Rigas aus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts. In Riga sind in letzter Zeit leider alle bis auf drei mir bekannte vernichtet worden.

Unter den in Band I abgebildeten

Türen fehlt leider ein in Stadt und Land weitverbreitetes barockes Türmotiv; nicht wie in Bild 176 enthält ein stark profilierter rechteckiger Rahmen eine barocke geschweifte Füllung, sondern auf der glatten Türfläche sitzt eine ähnlich geschweifte Füllung mit kräftigem Profil; der rechteckige Rahmen fehlt. Solcher Türen in Eichenholz besaß Groß-Roop eine ganze Anzahl; die reich ornamentierten Beschläge bestanden aus einer silberweißen Metallkomposition; eine etwaige Verzinnung war nicht festzustellen. Der Brand von 1905 vernichtete sie alle. Nur eine war durch Zufall in den Roop'schen Hofeskrug geraten, wanderte in das wiederhergestellte Schloß zurück; nach ihrem Muster wurde das ganze Erdgeschoß des alten Palas mit solchen Türen neu ausgestattet Der abgebildete Barockofen im Roop'schen Bergfried stammt aus Riga, Schwarzhäupterstraße 2; vor dem Brande befanden sich in Groß-Roop drei sehr ähnliche Öfen.

Es ist sehr zu bedauern, daß wir so wenig von den bauausführenden Kräften an unseren Herrenhäusern wissen, sowohl von den jeweiligen Bauherren, wie von den technischen und künstlerischen Urhebern der Baupläne und der Bauten selbst. Außer dem Grafen Mellin, Haberland, Quarenghi, Berlitz (Krubsacius?) kennen wir aus älterer Zeit keine Namen. Auch wissen wir meist nicht, welcher von den in der Gütergeschichte namhaft gemachten Besitzern des Gutes das Herrenhaus errichtet hat. Wer waren die Künstler der Türen, Öfen, Stuckverzierungen usw.? Die Architekten waren wohl meist namenlose Handwerker, „Baumeister", die zu jenen Zeiten auch in künstlerischer Hinsicht weit mehr leisteten als heute in unserer spezialisierten Zeit. Man denke nur an Rupert Bindenschu, den Erbauer des Vorgängers des heutigen Rigaer Petriturms, und an Christoph Haberland, um nur im Baltenland bekannte Namen zu nennen. Mit Ausnahme weniger klassisch vollendeter Bauten, wie Katzdangen und Elley, und wenig anderer weisen unsere reicheren Herrenhausbauten allerlei künstlerische Freiheiten der Detailbildungen wie der baulichen Verhältnisse auf, die ein akademisch geschulter Architekt sich nicht erlauben würde. Merkwürdig ist z. B. daß die Friese in den Gebälken der Säulenvorbauten häufig fehlen, so in Balfour-Paddern, Paplacken, Pastorat Kandau, Blieden, Asuppen, Virginahlen, Wandsen und noch sehr vielen anderen. In einem Entwurf zum Ausbau der unvollendeten Parkseite des Herrenhauses Lappier war ich durch die architektonischen Verhältnisse gezwungen, gleichfalls den Fries zu unterdrücken. Dasselbe geschah aus demselben Grund im Entwurf für Dubno. Hätte ich damals die eben angeführten Bauten schon gekannt, so wäre ich mit leichterem Gewissen darüber hinweggegangen. Ich habe damals also, ohne es zu ahnen, ein durchaus bodenständiges Motiv in Anwendung gebracht. — Haberland gilt als der Erbauer des Herrenhauses zu Stubbensee. Im Frühjahr 1926 fuhr ich eigens zum Zweck der Klärung dieser Frage mit Dr. ing. Ottokar Gerich, dessen Doktor-Dissertation das Leben und die Werke Haberlands zum Thema hatte, hinaus. Beide kamen wir zu der Überzeugung, daß weder im Äußern, noch im Innern des Gebäudes irgend etwas für Haberland als Urheber des Baus spricht. Wir fanden nur ihm völlig fremde Formen. Ich glaube auch nicht, daß Haberland das Chaos von Motiven am Risalit der rückwärtigen Front sich hätte zu Schulden kommen lassen. Das Haus scheint um 1810, nach Haberlands Tode, erbaut zu sein, ja vielleicht noch später. Die Fassade erinnert an Paunküll in Estland, doch ist es sicher nicht dieselbe Hand, die beide gezeichnet hat.

Ein reizvoller Bau der klassizistischen

Periode war das kleine Herrenhaus zu Kokenhusen vor dem in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erfolgten Umbau und Erweiterung in den Formen einer Bankiersvilla in „deutscher Renaissance". — Bei der Besprechung der klassizistischen Bauten spricht Pirang des öftern von russischem Einfluß und russischer Herkunft. Auf Seite 7 in Band II weist er selbst darauf hin, daß der baltische Klassizismus wohl von Petersburg, nicht aber von Moskau bezw „Rußland" beeinflußt sei. Es möge trotzdem nochmals darauf hingewiesen sein: in unserer baltischen Architektur gibt es nichts „Russisches", außer von oben her befohlenen griechisch-orthodoxen Kirchenbauten auf dem Lande und aus neuerer Zeit. Die russischen Einflüsse, von denen Pirang redet, sind die der von Westen nach Rußland importierten Formen, welche von dort her zu uns reflektiert haben.

Wir wollen hoffen und wünschen, daß dem guten Anfang der Veröffentlichung unserer baltischen Bauurkunden bald ebensolche Nachfolger erstehen und sich wieder Männer finden, die mit gleichem Eifer, gleicher Liebe sich dieser Aufgabe widmen

W. Bockslaff

R. Kaulitz-Niedeck, Hapsal. Ein nordisches al fresco. Reval, 1930. Verlag von F. Wassermann. 144 S.

Ein glücklicher Gedanke: alles Erzählenswerte über eine baltische Kleinstadt zu sammeln und zu einem freundlichen Kranz zu verbinden, Geschichtliches, Anekdotisches, Landschaftliches — all das, was den Reiz, den Zauber der kleinen Stadt ausmacht und was schließlich für jeden von uns zum Heimatlichsten der Heimat gehört.

Der Gedanke verdiente Nachahmung. In vielen unserer alten kleinen Städte gibt es noch Traditionen, die zu retten wirklich verdienstlich wäre. Allzu viel ist bereits verklungen, unwiederbringlich dahin. Nicht wenige Städte haben ihr Gesicht völlig verändert, und es gibt nicht mehr allzu viele unter uns, die von vergangenen Tagen zu erzählen wissen.

Auch das Büchlein über Hapsal verwertet solche Erzählungen, stützt sich aber in der Hauptsache, wie das nicht anders sein kann, auf Literatur. Unter den am Schluß angeführten Quellen hätte man Rutenbergs Geschichte der Ostseeprovinzen gerne vermißt. Es steckt viel Arbeit hinter der kleinen Studie, und viel Liebe hat die Arbeit getragen. So ist ein Buch daraus geworden, für das viele der Verfasserin danken werden. Man findet hier Nachrichten über berühmte und unberühmte Größen, den Begründer des Schlammbades Dr. Hunnius, Goethes Gärtnerburschen, der nach Hapsal verschlagen wird, Tschaikowsky und sein „Souvenir de Hapsal", den unglücklichen Rehbinder, junge estnische Künstler, — Schilderungen von alten Gärten, von Spuk und Sagen, vom Kurleben in vergangener Zeit, vom Stadtblatt und von verschollenen Leseabenden. Für den, der Hapsal nicht kennt (wie auch den Verfasser dieser Zeilen), ist das Buch ein liebenswürdiger Führer, der gerade das Intime zu erschließen weiß. Zwei gute Aufnahmen und die vorzügliche Ausstattung erhöhen den Genuß des Benutzers.

Was aber einen besonderen Reiz des Büchleins ausmacht, ist die anspruchslose Anmut, mit der es geschrieben ist. Keine Dichtung; aber es leuchtet etwas von dem hindurch, was man zur Zeit unserer Großeltern Poesie nannte, und das war nichts Schlechtes.

Wm

Verantwortlicher Schriftleiter Dr. Reinhard Wittram

Aus baltischer Vergangenheit

Von Woldemar Wulffius

„ . . . jenes seltsame Land, in dem nicht Reichtum, vornehme Geburt oder hoher Rang dem Manne eine Stellung einräumt, sondern bloß das Maß der Bereitwilligkeit, im Dienste der Heimat zu arbeiten".
Graf Alexander Keyserling 1859

Vor mir liegt ein Buch, wie wenige geeignet, den nachdenklichen baltischen Leser zu ergreifen. Es ist nicht so sehr das tatsächlich Neue, das es bringt, wenn auch manche alte Ansichten und Vorstellungen eine Berichtigung erfahren; aus dem Buche spricht die Seele des Verfassers, spricht die Seele des Landes, dem er entstammte, dem sein ganzes Wollen und Können gehörte. Wer es zu lesen beginnt, den läßt es nicht mehr los; und es begleitet ihn in seinen Gedanken, auch wenn er es längst bei Seite gelegt hat.

Die Erinnerungen des Freiherrn Eduard von Dellingshausen*) umfassen die Jahre 1863—1918. Nächst den Jahren, die der Auflösung Altlivlands (1561) vorausgingen, vielleicht der schicksalschwerste Abschnitt in der wechselreichen Geschichte unseres Landes; an Tragik des Ausganges mit keiner Periode unserer Vergangenheit zu vergleichen. 1893 trat Dellingshausen in Landesdienst; von 1902 an bekleidete er das höchste Amt, das seine Standesgenossen zu vergeben hatten: als estländischer Ritterschaftshauptmann hat er bis zum bittern Ende im November 1918 nicht nur für seine Standesgenossen und für seine baltischen Landsleute, sondern für das ganze Land gewirkt und gestritten. Wenn jemand nach dem Grundsatz gehandelt hat: „Macht ist nur soweit berechtigt, als sie Pflicht bedeutet, die erfüllt wird", so hat Dellingshausen es getan. Mit vollem Recht trägt sein Buch den stolz-bescheidenen Titel: „Im Dienste der Heimat".

*) Im Dienste der Heimat! Erinnerungen des Freiherrn Eduard von Dellingshausen, ehem. Ritterschaftshauptmanns von Estland. Mit 7 Bildern (Schriften des Deutschen Ausland-Instituts Stuttgart. Reihe D: Biographien und Denkwürdigkeiten Band 3). Stuttgart 1930, Ausland und Heimat Verlag-AG. 362 S. Geh. Mk. 12.

Den reichen Inhalt des Buches im Rahmen einer Anzeige voll auszuschöpfen ist unmöglich; der Versuch, es zu tun, wäre auch nicht zweckentsprechend, denn das Buch soll gelesen werden, von Balten und Nichtbalten. Ich stehe nicht an, die Dellingshausenschen Erinnerungen als die wertvollste Gabe auf dem Gebiete baltischer Memoirenliteratur der letzten Jahrzehnte zu bezeichnen: wertvoll sowohl um des Inhalts als der Art der Darbietung willen; bis heute einzigartig als Darstellung der Jahre 1917—18; bedeutungsvoll durch die im Anhang veröffentlichten Dokumente.

* * *

Mit einem Idyll aus den Tagen seiner Kindheit beginnen die Erinnerungen des 1863 geborenen Verfassers. Auf der Fahrt von Kattentack, dem Dellingshausenschen Hauptgut, zum Sommeraufenthalt am Meeresstrande wird auf dem Nachbargut Palms, einem der schönsten Herrensitze Estlands, Station gemacht. Palms war länger als zwei Jahrhunderte im Besitz der Familie von der Pahlen; das Wohnhaus barg zahlreiche historische Erinnerungen. Eine Sehenswürdigkeit war der Gutspark, der vom Ritterschaftshauptmann Baron Alexander von der Pahlen während des deutsch-französischen Krieges durch Neuanlagen erweitert wurde. „Nach jedem größeren Sieg der Deutschen entstand an einem der vielen hübschen Aussichtspunkte im Tal der Pahle ein neuer Kiosk, der den Namen der Schlacht erhielt, während die ganze Anlage „der Pariser Weg" hieß. Baron Pahlen liebte es, seine Gäste im Park spazieren zu fahren und bei dieser Gelegenheit im Anblick der einzelnen Gedenksteine von den Großtaten der deutschen Heere zu sprechen." Und im Gutshause war ein Zimmer mit den Porträts der deutschen Fürsten und Feldherren geschmückt. Mit wunderbarer Anschaulichkeit schildert der Verfasser das seit 1796 im Besitz der Dellingshausens befindliche Gut Kattentack und die Umgebung der am Meeresufer bei Kasperwieck gelegenen Sommervilla. Die tiefe Land- und Naturverbundenheit des Balten findet hier einen prägnanten Ausdruck.

> „Nach Norden und Nordwesten war der Horizont frei und bot abends den herrlichen Anblick der in den Wogen versinkenden Sonne. Wer nie am Südstrande eines Meeres gewohnt oder eine Seereise mitgemacht hat, kann sich keine Vorstellung von der Farbenpracht und der Mannigfaltigkeit der Beleuchtungseffekte machen, die sich dem Beschauer beim Untergang und beim Aufgang des Tagesgestirnes am Meeres-

horizont bieten. Das war der Ort, an den sich meine schönsten Erinnerungen der Jugendzeit knüpfen, weil das ungezwungene Leben mitten in der herrlichen, durch keine menschlichen Verschönerungsversuche verdorbenen Gottesnatur einen nachhaltigen Eindruck auf die Entwicklung des jungen Gemütes ausübte."

Nach zweijährigem Aufenthalt in Deutschland kam Dellingshausen im Herbst 1876 auf die Domschule nach Reval. Das rege gesellschaftliche Leben, das damals in Reval herrschte, konnte nicht ohne Eindruck auf den heranwachsenden Knaben bleiben. Als anerkannte gesellschaftliche Mittelpunkte galten die sog. „drei Höfe Revals": die Häuser des erblindeten Landrates Bernhard von Uexküll, des ehemaligen Ritterschaftshauptmanns Grafen Alexander Keyserling und des Grafen Demetrius Paul Kotzebue. Ihnen schloß sich als viertes das Haus des Revaler Stadthauptes, Baron Alexander von Uexkülls, an, in dem Dellingshausen den Winter 1878/79 verbrachte. Baron Uxküll hoffte, „eine gewisse Fusion der nebeneinander ohne Fühlung bestehenden städtischen bürgerlichen und adligen ländlichen deutschen Kreise zu erreichen. Wenn es ihm auch gelang, die Herren zu Karten- und Bierabenden bei sich zu vereinigen, so scheiterte der Versuch, eine wirkliche Annäherung zustande zu bringen, an den Frauen, die keinen gemeinsamen Boden fanden, während ein solcher bei den Herren schon wegen der gleichen Erinnerungen an die Universitätsjahre meist vorhanden war. So blieb denn die Kluft, die in den damaligen Jahren die deutsche Gesellschaft trennte, bestehen — erst die schweren Erlebnisse der Russifizierungsbestrebungen der Regierung haben sie zu überbrücken gelehrt". Ein dritter, ganz getrennter, für sich lebender Kreis war die damals freilich noch nicht zahlreiche russische Beamtenschaft. Die Kluft zwischen ihr und der baltischen Gesellschaft zu überbrücken ist späteren Zeiten ebensowenig, und vielleicht erst recht nicht gelungen.

Nach bestandenem Abiturium bezog Dellingshausen im August 1880 die Universität Dorpat. Einen besonderen Wissensdrang verspürte er nicht; der Vater hatte in ihm das Interesse für Naturwissenschaften geweckt, so entschloß er sich zum Studium der Physik. Vor allem aber lockte ihn das Studentenleben und das grün-violett-weiße Band der Estonia. Bald sollte es sich zeigen, daß das Korporationsleben mit seinen mannigfachen Pflichten und Zerstreuungen den jungen Estonen derart in Anspruch nahm, daß von ernsthaftem Studium nicht viel die Rede war. Wer Dorpat wirklich gekannt hat, kann dem

Urteil Dellingshausens über unsere studentischen Korporationen nur voll beipflichten:

„Der Dorpater Burschenstaat hatte sich im Laufe der Jahrzehnte zu einem ganz eigenartigen Gebilde ausgestaltet... Von größter Bedeutung für die jungen Studenten war der Einfluß, den das Leben in den Korps auf ihre Mitglieder ausübte. Das war die Geistesschmiede, in der sich die Charaktere ausbildeten und das gute Material zu Stahl geläutert und gefestigt, während das minderwertige als weiches Eisen abgeschoben wurde. Mögen auch einzelne Fehlgriffe vorgefallen sein — in der Regel war die Auslese richtig. Die Korporationen Dorpats waren der gute Boden, auf dem ihre Mitglieder sich zu Persönlichkeiten entwickelten, die befähigt waren, im späteren Leben die unserem deutschen Volkstum im baltischen Gebiete übertragenen Aufgaben zu erfüllen — und doch herrschte hier nicht eine Schablone vor, die Individualität des einzelnen konnte sich frei entwickeln — die Ausbildung einer Führernatur war durch kein übertriebenes Formenwesen behindert ... Die Aufgaben, die vom Korps den Mitgliedern in repräsentativer Stellung auferlegt werden, sind geeignet, das Gefühl der Pflicht und Verantwortung zu stärken. Wir lernten uns als Gemeinschaft zu fühlen, wir begriffen, daß das eigene „Ich" stets zurückzusetzen sei, um in erster Linie für das Korps, dem wir angehörten, einzutreten. Galt das Gemeinschaftsgefühl als erstes Gebot, so war das zweite — die Selbstbeherrschung und Selbstzucht, die uns dahin bringen sollten, in jeder Lebenslage seinen Mann zu stehen"*).

Im Dezember 1884 verließ Dellingshausen Dorpat, um vom Wintersemester 1885/86 an sein Studium in Deutschland fortzusetzen. Er war bereits mit den Vorarbeiten für seine Doktordissertation beschäftigt, als ihm sein Vater dringend riet, in die Heimat zurückzukehren und die Bewirtschaftung eines Teiles der Familiengüter zu übernehmen. Interesse für die Landwirtschaft hatte Dellingshausen bis dahin nicht besessen; ihm schwebte eine diplomatische Laufbahn vor, die ihm, wie er meinte, nebenbei noch Muße zu wissenschaftlicher Betätigung lassen würde. Da gewährte ihm der Vater Ein-

*) An dieser Stelle sei ein kleines Versehen des Verfassers berichtigt: die S. 37 erwähnte Korporation hieß nicht Neo-Baltika, sondern Neobaltia.

blick in seine pekuniären Verhältnisse, die sich verschlechtert hatten und es nicht gestatteten, ihm den erforderlichen Zuschuß zur Fortsetzung seiner Studien zu gewähren, geschweige denn ihn im diplomatischen Dienst jahrelang ohne Gehalt leben zu lassen. Seine Träume von politischer Betätigung, so meinte der Vater, könne er im Landesdienst in der Heimat nutzbringender verwirklichen als in der Diplomatie. So kehrte Dellingshausen, nachdem er noch eine Reise durch Frankreich*) gemacht hatte, Anfang 1887 nach Estland heim.

„Ich war mir dessen bewußt, an einem Wendepunkt meines Lebens zu stehen. Die schöne freie Jugendzeit war vorüber, die Zeit der Arbeit sollte beginnen — ich nahm mir vor, den von meinem Vater an mich gestellten Anforderungen zu entsprechen. Wird es gelingen? Den festen Willen hatte ich, werden die Kräfte genügen? Ein gewisses Verständnis für die Grenzen des menschlichen Könnens im allgemeinen und des eigenen im speziellen, sowie für den Sinn des Kantschen kategorischen Imperativs: „Du sollst" hatte ich mir erworben — vielleicht die bedeutsamste Errungenschaft der auf der Universität verbrachten Jahre."

* * *

Dellingshausens Rückkehr nach Estland geschah zu einer Zeit, als unter Alexander III. der Angriff auf die Ostseeprovinzen in schärfster Form wieder eingesetzt hatte. Der Ritterschaftshauptmann Graf Tiesenhausen sah die Stellung der Balten als verlorenen Posten an und vertrat die Ansicht, „daß nur unbeugsames Festhalten an unseren Rechten gegenüber den Rechtsbrüchen der Regierung ein würdiges, durch unsere ganze Vergangenheit uns vorgeschriebenes Verhalten sei". Seine Rede zur Eröffnung des Landtages 1887 schloß Tiesenhausen mit den Worten: „Lieber ein Ende ohne Schande, als Schande ohne Ende." Der Verfasser bemerkt dazu: „ob eine andere Politik günstigere Folgen gezeitigt hätte, läßt sich schwer erweisen." Gewiß, den Machtmitteln der russischen Regierung hatten die Balten nichts ähnliches entgegenzusetzen; um so mehr wäre aber m. E. — ob man den Posten als verloren ansah oder

*) Hier erwähnt der Verfasser, daß damals, 15 Jahre nach dem Frankfurter Frieden, es noch ratsam war, in öffentlichen Lokalen in Paris nicht deutsch zu sprechen. Der Vergleich mit der Nachkriegszeit unseres Jahrhunderts drängt sich auf.

nicht — immer und überall ein sicheres Gefühl für die eigene Würde am Platz gewesen. Und was für die Vergangenheit galt, oder hätte gelten sollen, gilt ja wohl auch für die Gegenwart und die Zukunft. Andererseits läßt sich kaum leugnen, daß die Politik des Widerstandes nicht immer die richtigen Mittel ergriff: man reizte, ohne der Sache wirklich zu dienen. Es mag zweifelhaft scheinen, ob die Antwort, die Tiesenhausen auf ein an ihn als Ritterschaftshauptmann gerichtetes, in russischer Sprache abgefaßtes, offizielles Schreiben des Gouverneurs erteilen ließ, politisch klug war. Die Ritterschaftskanzlei schickte das Schreiben an die Kanzlei des Gouverneurs mit dem Vermerk zurück: „Die Ritterschaftskanzlei halte es nicht für möglich, ein in einer dem Gesetz [d. h. dem Baltischen Provinzialrecht] nicht entsprechenden Sprache abgefaßtes Schreiben dem Ritterschaftshauptmann vorzulegen." Sehr interessant ist es, daß die Verfügung des Kaisers, Tiesenhausen seines Amtes zu entsetzen, sich als nicht durchführbar erwies, weil die Wahl des estländischen Ritterschaftshauptmanns, im Gegensatz zur Wahl der Gouvernementsadelsmarschälle der übrigen Gouvernements, nicht vom Kaiser zu bestätigen war, und damit der Ritterschaftshauptmann auch vom unumschränkten Selbstherrscher aller Reußen nicht von seinem Amte enthoben werden konnte. Dafür rächte sich Alexander III. bei der nächsten Audienz, die Tiesenhausen hatte. „Als der Graf in das Kabinett des Kaisers trat, stand Alexander III. am Fenster und trommelte an den Fensterscheiben. Tiesenhausen räusperte sich, der Kaiser wandte sich um und sagte: „Ach, das sind Sie!" und trommelte dann ruhig weiter. Darauf, erzählte Tiesenhausen, habe er sich ehrfurchtsvoll verbeugt und ohne ein Wort zu sagen das Zimmer verlassen." Die Methode des schweigenden an die Fenster Trommelns als Ausdruck der Ungnade oder der Unzufriedenheit hat demnach Nikolaus II. offenbar vom Vater geerbt. Eine Wiederwahl zum Ritterschaftshauptmann lehnte Tiesenhausen ab, weil er „persönlich einsehe, seine Wiederwahl würde wie das rote Tuch auf den Stier in Petersburg wirken.". Sein Nachfolger wurde 1887 Baron Georg Engelhardt. „Wir jüngeren Leute", sagt Dellingshausen, „waren nicht zufrieden, wir schwärmten alle für Tiesenhausen; zwar vertrat Engelhardt dieselben Anschauungen wie sein Vorgänger, er war uns aber zu gemessen, zu steif, wir vermißten in ihm das heilige Feuer des deutschen Nationalstolzes, den wir bei Tiesenhausen so sehr bewunderten."

Im April 1887 übernahm Dellingshausen die Bewirtschaftung

seiner Güter; um sich in die ihm fremde Tätigkeit einzuarbeiten, suchte er von Sonnenaufgang bis zum Sonnenuntergang allen Arbeiten persönlich beizuwohnen. Auch die notwendigen theoretischen Kenntnisse wußte er sich aus der reichhaltigen Kattentackschen Bibliothek anzueignen. Der Erfolg blieb nicht aus. Durch eine intensivere Bewirtschaftung wurden die Güter heraufgebracht und größere Erträge erzielt. Seine Arbeit fesselte Dellingshausen von Jahr zu Jahr mehr; jeder Erfolg spornte ihn zu neuen Plänen und Anstrengungen an.

„Die Tätigkeit als Landwirt, an die ich anfangs nur ungern gegangen war, fesselte mich von Jahr zu Jahr mehr. Sehr bald hatte ich begriffen, daß sie für einen Gutsbesitzer im Baltikum der *edelste Beruf* war. Wir lebten als freie Herren auf eigenem Besitz, wie die kleinen Zaunkönige, von niemandem in unserem Tun und Lassen behindert, solange unsere Handlungsweise den Anschauungen unserer Mitbrüder entsprach. Der Besitz des Gutes legte uns soziale Aufgaben auf, die zu erfüllen eine heilige Pflicht war. Jedem war schon in die Wiege als Devise das Wort: *Ich diene!* gelegt, denn jeder Gutsbesitzer war im Landesinteresse dienstpflichtig. Aber nicht nur auf dem Gebiete des ehrenamtlichen Landesdienstes, auch als Landwirte hatten wir im allgemeinen Interesse bestimmte Ziele zu verfolgen. Der Stand der Landwirte gilt als der Nährstand des Volkes, dem Großgrundbesitzer liegt die sittliche Pflicht ob, bahnbrechend und beispielgebend voranzugehen und durch Anwendung und Erprobung neuer Erfindungen die Ertragsmöglichkeiten der Wirtschaft festzustellen. Die persönliche Betätigung des Gutsbesitzers fesselt ihn an die heimatliche Scholle und windet ein Band, das ihn mit seinen Untergebenen und seinen nachbarlichen Berufsgenossen eng verbindet. Die meisten Rittergüter in Estland bildeten *Kulturzentren*, die in weitem Maße den angrenzenden Bauernhöfen als Musterwirtschaft ein belehrendes Beispiel gaben und, als Abnehmer der Produkte der Bauern für die landwirtschaftlichen Nebenbetriebe, ihnen *einen bequemen und sicheren Absatzmarkt boten*. Das zu erreichen, war auch mir . . . gelungen."

Neben angespanntester Arbeit, die die Bewirtschaftung von vier großen Gütern verlangte, versagte Dellingshausen sich auch nicht der

Arbeit im öffentlichen Interesse. 1893 war er Kreisschulrevident geworden, 1896 übertrug ihm der Landtag das Amt eines Kreisgliedes des Landwaisengerichtes; beide Ämter gaben verhältnismäßig wenig zu tun. 1899 wurde er Kreisdeputierter von Wierland: das neue Amt erforderte einen größeren Zeitaufwand, ließ ihn aber dafür tiefere Einblicke in die Landesverwaltung tun. Wie groß das Vertrauen war, das man schon damals Dellingshausen entgegenbrachte, und welche Hoffnungen man auf ihn setzte, zeigte sich bereits drei Jahre später. Das Jahr 1902 brachte in sein Leben eine Veränderung, durch die er gezwungen wurde, allen bisherigen Arbeiten und spärlichen Vergnügungen zu entsagen und sich nur einer großen Aufgabe zu widmen.

Ende November 1901 erklärte der Ritterschaftshauptmann Baron Budberg den Kreisdeputierten, er werde eine Wiederwahl zum vierten Mal nicht annehmen. Trotz der großen Verdienste, die Budberg sich erworben hatte, hatte er doch schon unter den Kreisdeputierten nicht wenige Gegner, die ein weiteres Arbeiten unter seinem Vorsitz ablehnten. Die Gegensätze schienen auf dem Gebiete der politischen Anschauungen zu liegen. „Vor allem war ihm nicht verziehen worden, daß er persönlich an der Einweihungsfeier der im Jahre 1900 beendeten russischen Kathedrale auf dem Domberge in Reval teilgenommen hatte; infolge seines Verhaltens bei dieser Gelegenheit vermuteten seine Gegner, er habe, durch den wiederholten Aufenthalt in Petersburg und den Verkehr in den Regierungskreisen beeinflußt, sich von seiner ursprünglichen Überzeugung — der Politik eines zähen Widerstandes — abbringen lassen, und vertrete bereits die Auffassung, daß eine umfassende Änderung unserer Landesverfassung angezeigt sei. „Die Politik ist die Kunst des Möglichen" — zu dieser Einsicht hatten die Kreisdeputierten von ihrem provinziell eingestellten Standpunkt aus sich noch nicht durcharbeiten können." Eine Wiederwahl Budbergs mit großer Mehrheit war daher kaum zu erwarten; unter solchen Umständen meinte er sie ablehnen zu müssen. Am 22. Januar 1902 wurde Dellingshausen zum Ritterschaftshauptmann gewählt. Sein Leben gehörte fortan nur noch dem Lande.

* * *

Fünfmal noch ist Dellingshausen zum Ritterschaftshauptmann wiedergewählt worden, dreimal — 1905, 1908 und 1918 — einstimmig, die beiden anderen Male mit nur wenigen Gegenstimmen; ein Beweis dafür, daß seine Politik, die das Wohl des ganzen Landes und aller

seiner Bewohner anstrebte, tatsächlich den Absichten der Ritterschaft entsprach. Die Darstellung jener siebzehn Jahre nimmt naturgemäß den größten Raum in seinen Erinnerungen ein (S. 81—309). Der Rahmen eines bloßen Erinnerungsbuches wird — und das halte ich für besonders wertvoll — immer wieder durch die Betrachtung historischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Fragen gesprengt; die streng chronologische Anordnung des Stoffes mußte es mitsichbringen, daß die Linien sich vielfach überschneiden; wissenschaftlich-systematischen Anforderungen mag diese Art der Darstellung nicht voll entsprechen, sie hat dafür den Reiz der Lebendigkeit und Ursprünglichkeit für sich. Kein späterer Bearbeiter jener Periode unserer Landesgeschichte wird an den Dellingshausenschen Erinnerungen als einer hervorragenden Quelle vorübergehen dürfen.

Zunächst galt es für Dellingshausen, sich auf einem ihm bis dahin ganz unbekannten Gebiet, der Arbeit in den Regierungsinstitutionen, einzuleben. Bei seinem ersten Aufenthalt in Petersburg, unmittelbar nach seiner Wahl, traf er dort mit seinen drei baltischen Kollegen zusammen; er benutzte die Gelegenheit, sie näher kennen zu lernen und sich mit ihrer Auffassung von den schwebenden Angelegenheiten bekannt zu machen. Wie die Dinge nun einmal lagen, konnten die baltischen Vertreter in Petersburg nicht damit rechnen, in an sich klaren und unkomplizierten Fragen eine schnelle Entscheidung herbeizuführen: Ressortstreitigkeiten, Intrigen, Einflüsse hinter den Kulissen, die altgewohnte antibaltische Einstellung der Petersburger Bürokratie verhinderten eine glatte Abwicklung der Geschäfte und zwangen die baltischen Repräsentanten, einen großen Teil des Jahres in Petersburg zu verbringen und manche kostbare Zeit und Kraft zu vergeuden. Durch seine Zähigkeit und Ausdauer erzielte Dellingshausen manch schönen Erfolg. So gelang es ihm, die seit Jahren von der estländischen Ritterschaft angestrebte Teilung der Ritterkasse in drei Teile (Kasse des Korps der Ritterschaft, der Großgrundbesitzer, allgemeine Landeskasse) erst durchzusetzen, nachdem er fünfmal in einem Monat den Innenminister in Petersburg aufgesucht hatte. Dafür erhielt er im Ministerium den Beinamen „der beharrliche Baron".

Die Bedeutung des Amtes des Ritterschaftshauptmanns war in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts dadurch gestiegen, daß die städtischen Wahlen in Reval ungünstig für die Deutschen ausfielen und die Stadtverwaltung seit 1904 an die estnische Majorität übergegangen war. So war die Ritterschaft die einzige deutsche Körperschaft von politischer Bedeutung in Estland. Ein Versuch des Ritterschafts-

sekretärs Baron Eduard Stackelberg, mit den Vertretern der estnischen Parteien, vor allem dem sehr klugen Rechtsanwalt J. Poska, Fühlung zu gewinnen, um eine gemeinsame Front gegen die Russifizierungsbestrebungen der Regierung zu bilden, schlug fehl. Die Absichten der estnischen Führer waren zu radikal, um eine Plattform zu finden, auf der mit ihnen hätte Hand in Hand gearbeitet werden können.

Als Dellingshausen zum zweiten Mal zum Ritterschaftshauptmann gewählt wurde, stand Rußland seit Jahresfrist im hoffnungslosen Kampf gegen Japan; im Innern drohte die Revolution. Im Dezember 1904 hatte Nikolaus II. in einem Erlaß an den Senat zeitgemäße Reformen verhießen. Darauf fußend beschloß der estländische Landtag 1905, die Hinzuziehung der besitzlichen Bauern zur Teilnahme an der Selbstverwaltung von neuem zu beantragen. Aus den Erinnerungen Dellingshausens geht hervor, wie sehr die liberalen Entschließungen Nikolaus II. durch baltische Einflüsse bestimmt waren. So der Toleranzerlaß vom 17./30. April 1905 durch einen Brief des Generals von Weymarn, eines Estländers, an den Kaiser, in dem der Schreiber auf die Notwendigkeit der Gewährung der Glaubensfreiheit hinwies. Die dem Minister der Volksaufklärung überreichte Denkschrift Dellingshausens über die Wiedereinführung der estnischen Sprache als Unterrichtssprache in der Volsschule wurde im April 1905 dem Vorsitzenden des Ministerkomitees übergeben und hat als Grundlage für den bekannten, vom Kaiser im Juni 1905 bestätigten Ministerkomiteebeschluß gedient: ganze Seiten aus der Eingabe sind in das dem Kaiser unterbreitete Gutachten aufgenommen worden. Das von einer gemeinsamen Konferenz der vier baltischen Ritterschaften ausgearbeitete Projekt einer neuen Landesverwaltung mit weitgehender Hinzuziehung von Esten und Letten ist bekanntlich von der Regierung nicht bestätigt worden. Charakteristisch sind die Äußerungen hoher Petersburger Beamten, von denen Dellingshausen berichtet:

> „Der Minister des Innern, Peter Durnowo, sagte mir: „Den Revolution spielenden Esten und Letten kann man keine Teilnahme an der Verwaltung eines Landes einräumen". Sein Gehilfe Sinowieff meinte: „Wozu brauchen Sie eine Landschaftsordnung? So billig und gut wie die Ritterschaften würde keine Landschaftsinstitution das Land verwalten, da sie den ehrenamtlichen Landesdienst der baltischen Ritterschaften nicht beibehalten könne". Der Chef der Landschaftsabteilung Gerbel sagte: „Die Regierung dürfe nicht

für ein Gebiet eine Ausnahme machen, es würde eine allgemeine Reorganisation der Landschaftsverwaltung im ganzen Reich stattfinden, dann kämen auch die Ostseeprovinzen an die Reihe". Das aber wollten wir gerade verhindern, ein über-einen-Kamm-Scheren mit den inneren Gouvernements suchten wir mit Recht abzulehnen, unsere Sonderstellung sollte gewahrt bleiben."

Was Dellingshausen über die Revolution 1905 in Estland erzählt, bestätigt aufs neue, daß bei etwas mehr gutem Willen, Mut und Entschlossenheit seitens der Regierung und ihrer provinziellen Organe das Unheil noch in letzter Stunde hätte vermieden, zum mindesten stark eingeschränkt werden können. Die einzig günstige Gelegenheit, die revolutionären Führer am Abend des 11. Dezember in Koil an der Felliner Bahn zu verhaften und so der ganzen Bewegung Einhalt zu gebieten, wurde vom Militärgouverneur, ungeachtet aller Vorstellungen des Ritterschaftshauptmanns, nicht ausgenutzt — „und das Verhängnis konnte über das unglückliche von allen Mitteln entblößte Land hereinbrechen". Bemerkenswert ist, daß bereits in sieben Jahren alle Schäden, die das Land durch die Revolution erlitten hatte, liquidiert waren: die Regierung zahlte nur eine sehr geringe Summe als Entschädigung; dafür setzte eine großzügige Selbsthilfe ein — das Zusammenhalten aller Gutsbesitzer ermöglichte den Geschädigten unter ihnen den Wiederaufbau ihrer Wirtschaften und ersetzte zu einem wesentlichen Teil auch die Verluste.

Durch seine Wahl in den Reichsrat war Dellingshausen seit Ende des Jahres 1907 gezwungen, noch häufiger als bisher in Petersburg zu weilen; in fünf Jahren verbrachte er 400 Nächte im Eisenbahnwagen zwischen Reval und Petersburg. Die Arbeitslast häufte sich immer mehr. Die Kraft zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben fand er in seiner Häuslichkeit, so selten immer die flüchtigen Besuche in Kattentack, wohin die Familie 1907 übergesiedelt war, sein mochten. „Im Familienleben lagen die Wurzeln der Stärke, die den Lebenswillen des baltischen Stammes soweit festigte, daß er in schicksalsschwerer Zeit alle Stürme überdauern konnte! Das Familienleben — dieses Kleinod gehütet und uns Balten erhalten zu haben, war in erster Linie das Verdienst unserer Frauen." Wer denkt nicht mit banger Sorge daran, daß wir heute in Gefahr stehen, dieses Kleinod zu verlieren!

Von großem Wert für die Beurteilung des Premierministers Stolypin und des baltischen Generalgouverneurs Möller-Sakomelski

ist ein Briefwechsel zwischen beiden aus dem Februar 1908, den Dellingshausen in extenso wiedergibt. Stolypin berief sich auf einen Zeitungsartikel, in dem auf die Gefahr hingewiesen wurde, die Rußland von einer Schwächung des russischen Einflusses in den Ostseeprovinzen drohe, und in dem Gegenmittel vorgeschlagen wurden. Stolypin teilte die in der Zeitung ausgesprochenen Ansichten, „daß im Interesse einer Annäherung des baltischen Gebietes an die übrigen Teile des Reiches und einer Stärkung der russischen Staatlichkeit und russischen Kultur es erforderlich ist, mit allen Mitteln in beharrlicher Weise darnach zu streben, die Anzahl der russischen Männer sowohl in den Reihen der Beamtenschaft wie auch der ackerbautreibenden Bevölkerung zu erhöhen. Infolgedessen halte ich es für meine Pflicht, Sie inständig zu bitten, die ernsteste Aufmerksamkeit dieser Angelegenheit zu widmen und Maßnahmen zu treffen, damit in den Ihnen unterstellten Behörden sowohl die höheren, wie auch die niederen Ämter in erster Linie mit Leuten russischer Nationalität besetzt werden; ferner darauf zu achten, daß zum selben Zwecke, einer Stärkung der russischen Elemente, die staatlichen Organe, denen die Verwaltung der Krongüter zusteht, entsprechende Mittel anwenden". In seiner Antwort führte Möller-Sakomelski aus: „Über die Abtrennung einzelner Grundstücke aus dem Bestande der den Baronen gehörenden Güter zur Ansiedelung der aus der Wolgagegend stammenden Kolonisten muß ich sagen, daß jeder berechtigt ist, mit seinem Eigentum zu schalten und zu walten, soweit das Gesetz es gestattet, — und die Kolonisten sind russische Untertanen, denen es nicht untersagt ist, sich im baltischen Gebiet niederzulassen. Die Germanisierung der sich hier ansiedelnden Russen ist eine Erscheinung, die in allen unseren Grenzländern beobachtet werden kann; sie wird niemand wundern, der weiß, daß der Russe nicht nur polonisiert und germanisiert wird, d. h. sich einer in kultureller Beziehung besseren Nation anschließt, sondern in Sibirien sich auch den Buriaten und Jakuten assimiliert, d. h. sich einer in kultureller Beziehung niederen Rasse unterwirft. Der größere Teil der aus Russen, Polen und Letten bestehenden Beamten aller Ressorts sind, vom staatlichen Standpunkt aus beurteilt, unzuverlässig, weil sie sich durch unsichere politische Anschauungen auszeichnen! Was nun die Deutschen betrifft, so kann man natürlich ein gewisses Mitgefühl, ja eine Zuneigung zu Deutschland nicht ableugnen. Diese Bestrebungen sind aber durchaus verständlich und erklären sich durch die Gemeinschaft der Rasse, des Glaubens, der Kultur usw. Man kann aber

nicht aus einem Deutschen einen Russen machen, und es ist ungerecht, ihn deswegen zu verurteilen, weil er ein Deutscher bleiben will; er muß nur treu und loyal sein. Wenn die Regierung eine Wiederholung der Unruhen von 1905 zulassen sollte, so wäre es nicht wunderbar, wenn die Deutschen sich definitiv ins deutsche Fahrwasser begeben, um ihr Leben und ihr Hab und Gut zu retten. Dort in Deutschland herrscht Ordnung und Macht, die wir nicht besitzen und wohl kaum je erlangen werden!" Möller-Sakomelski hatte den Brief Stolypins dem Präsidenten der Bittschriftenkommission Baron Budberg mit den bezeichnenden Begleitworten übersandt: „. . . Je ne fais pas de commentaires, si vous vous donnez la peine de lire, vous apprécierez vous-même la profondeur des vues de cet homme d'état!" — Dellingshausen hat bei seinem nächsten Zusammentreffen mit Stolypin diesen auf die starke Erregung aufmerksam gemacht, die der Befehl, nur russische Beamte zu ernennen, in den Ostseeprovinzen hervorgerufen habe. Der Ministerpräsident entgegnete, dieser Befehl sei bloß gegen Polen, Letten und Esten gerichtet, nicht aber gegen die baltischen Deutschen, an deren Loyalität er nicht zweifele. Aus praktischen und formellen Gründen habe er diese Ausnahme in seinem Schreiben nicht erwähnen können. War Stolypin aufrichtig? Die Tatsache bleibt bestehen, daß er in den Ostseeprovinzen eine russische Wahlkurie schaffen wollte — ohne künstliche Eingriffe war das aber nicht zu erreichen. „Wir aber glaubten", sagt Dellingshausen, „mit unseren Heimatgenossen estnischer und lettischer Nationalität zusammenarbeiten zu können und sahen eine Gefahr hauptsächlich in einem zunehmenden Einfluß der immer zahlreicher werdenden russischen Elemente."

Von demselben Geist getragen waren die Ausführungen Dellingshausens in Bezug auf die Verfassungsreform in der Rede, mit der er den Landtag 1908 schloß:

> „Wenn in den letzten beiden Dezennien des vorigen Jahrhunderts wiederholt die Gefahr des Eingreifens der Staatsregierung zwecks Durchführung einer Verfassungsreform vorgelegen habe, so gehe jetzt, im Gegensatz dazu, der Anstoß zu dieser Reform von uns selbst aus. Der Landtag habe erkannt, daß in Konsequenz früherer Maßnahmen der Ritter- und Landschaft eine Verfassungsreform den würdigen Schlußstein der Agrarentwicklung in unserer Heimat bilden würde. Ein Gefühl der Wehmut ergreife uns wohl bei dem Gedanken, daß wir selbst dazu beitragen, unsere, seit

dänischer Zeit, durch Jahrhunderte bestehende Verfassung zu Grabe zu tragen — es geschehe, weil wir in Estland von alters her gewohnt gewesen sind, alle Entscheidungen im Hinblick auf das Wohl der Allgemeinheit zu fassen. Wenn wir in Zukunft nicht in derselben Weise, wie bisher, unserer Heimat dienen können, so wird es doch möglich sein, in freier Konkurrenz mit den anderen Heimatgenossen für die Heimat zu arbeiten und ihr unsere Treue zu beweisen. Möge uns erspart bleiben, es erleben zu müssen, daß *der rasche Schritt der neuen Zeit über den Gang einer normalen Entwicklung hinwegschreitet.*"

Anfang des Jahrhunderts fanden mehrfache Zusammenkünfte des russischen Kaisers mit ausländischen Herrschern in den estländischen Gewässern statt; in seiner amtlichen Eigenschaft hat Dellingshausen an den in diesem Anlaß veranstalteten Festlichkeiten teilgenommen und Einblick auch in das Gebiet der großen Politik gewinnen können. Im Juli 1902 trafen Nikolaus II. und Wilhelm II. auf der Reede von Reval zusammen. Während des Mittags auf der „Standart" war der nachmalige deutsche Botschafter in Wien v. Tschirsky Dellingshausens Tischnachbar. Die Unterhaltung betraf in erster Linie die Russifizierung der Ostseeprovinzen, wobei Dellingshausen den Eindruck hatte, daß Tschirsky sich darüber orientieren wollte, „wie weit noch das Deutschtum im Baltikum in der Lage war, sich gegen die Maßnahmen der Regierung zu halten." Besonders interessant sind Dellingshausens Mitteilungen über die Revaler Zusammenkunft zwischen Nikolaus II. und Eduard VII. im Juni 1908. Darnach seien damals in einer Besprechung der russischen und englischen Staatsmänner „die Grundlagen festgelegt worden, die für die Konvention zur Bildung des Dreiverbandes dienten". Während des Galadiners an Bord der „Standart" wechselten beide Herrscher die üblichen Reden; Kaiser Nikolaus hielt sich ziemlich wörtlich an die im auswärtigen Amt aufgesetzte Vorlage, während König Eduard mehrfach von der Vorlage abwich und sogar das Wort „Bündnis" gebrauchte. Der russische Minister des Äußern Izvolskij trat nach dem Essen auf seinen Sekretär Savinskij und Dellingshausen zu und erklärte, er könne mit dem Resultat der Verhandlungen sehr zufrieden sein. Diese Darstellung entspricht durchaus einem Schreiben Izvolskijs an den russischen Botschafter in London und den Aufzeichnungen des Admirals Fisher, wonach die englischen Vertreter Rußland zu einer Verstärkung

seiner Rüstungen zu Lande und zu Wasser aufgefordert hätten. damit es etwa 1915 bei der voraussichtlich wegen der deutschen Flottenpolitik sich zuspitzenden Lage als Schiedsrichter Europas auftreten könne. Diese Tatsache beweist, daß die deutsche Auffassung, es habe sich in Reval um eine gegen Deutschland gerichtete allgemeine politische Vereinbarung gehandelt, doch nicht als bloße Legende behandelt werden kann*).

Von einer ergötzlichen kleinen Episode im Zusammenhang mit dem obenerwähnten Diner auf der „Standart" weiß Dellingshausen zu berichten. „Gleich nach dem Speisen, noch bevor der Kaffee gereicht wurde, trat der Adjutant des Königs auf den Oberhofmarschall Grafen Benckendorff zu und sagte ihm, der König wünsche zu trinken. Graf Benckendorff setzte voraus, daß nach dem langen, aus sechs Gängen bestehenden Diner, während dessen Wein und Sekt in Strömen floß, der König irgendein kohlensaures Wasser wünsche, und fragte daher: „Quelle eau préfère Sa Majesté?" Worauf der Engländer erwiderte: „Pourquoi eau? Sa Majesté veut du Champagne." Gleich darauf sah ich den König einen großen, eine Viertelflasche fassenden Glasbecher in einem Zuge leeren."

Im Juli desselben Jahres traf der Präsident der französischen Republik Fallières mit dem Zaren vor Reval zusammen. Der Präsident empfing an Bord seines Schiffes den estländischen Gouverneur, den Ritterschaftshauptmann und zwei Landräte, sowie das Stadthaupt von Reval nebst zwei Stadträten in gemeinsamer Audienz, wobei sich folgendes denkwürdige Gespräch entwickelte: Der Präsident stellte die Frage: „Est-ce que l'administration de ce pays est difficile?" Der Gouverneur antwortete: „Mais oui, puisque il faut compter avec trois langues, le russe, l'allemand et l'estonien." Der Präsident: „Ne pourrait on pas faire une fusion de ces trois langues?"

Im Reichsrat und in den Ministerien gab es immer mehr zu tun. Nach Dellingshausens Überzeugung mußten die Vertreter der

*) Wie das auch Baron M. Taube in seinem Buche: Der großen Katastrophe entgegen, 1929, tut. Vgl. dazu Graf M. Montgelas, Rußland und Europa 1904–1914, Berliner Monatshefte für internationale Aufklärung 1930 März-April. Auch Harold Nicolson: Die Verschwörung der Diplomaten, Aus Sir Arthur Nicolsons Leben, 1930, schwächt die Bedeutung der Revaler Entrevue ab, gibt aber freilich zu, daß die Anwesenheit der englischen und russischen leitenden Staatsmänner „den Verdacht erwecken mußte, es habe sich bei diesem Besuch um mehr als eine Familienzusammenkunft gehandelt." (S. 295f.).

Ostseeprovinzen in allen wichtigen Fragen, die zur Beratung standen, Farbe bekennen: daher nahm er an allen Diskussionen regen Anteil. „Wer die Auffassung der Majorität teilt, braucht nicht hervorzutreten, hat er aber eine abweichende Meinung, so muß er seine Ansicht verlautbaren." Die Stellung als Reichsratsmitglied erleichterte übrigens vielfach die Erfüllung der Aufgaben des Ritterschaftshauptmanns. An den Feiern der Jahre 1909, 1910 und 1913 (Poltava, zweihundertjährige Zugehörigkeit zu Rußland, Romanovjubiläum) mußte Dellingshausen natürlich teilnehmen. Das sichtbare Wohlwollen, das bei diesen Gelegenheiten den baltischen Vertretern erwiesen wurde, sowie die verhältnismäßige Freiheit, deren sich die Balten in ihren kulturellen Angelegenheiten zu erfreuen hatten, konnte den schärfer Blickenden über die Gefahren, welche die Zukunft barg, nicht täuschen. So erfüllte der verstärkte Zuzug von Russen — z. B. als Folge der Anlage des Revaler Kriegshafens — Dellingshausen mit Sorge:

> „Wird unter solchen Umständen in Zukunft noch ein Aufrechterhalten der deutschen Kultur möglich sein? war die Frage, die mich bewegte. Unsere kleine deutsche Gruppe konnte nur in exzeptioneller Stellung, die wir innehatten, eine Bedeutung behalten, als russische Untertanen deutscher Nationalität und deutscher Kultur bedeuteten wir etwas; verloren wir den deutschen Charakter, so gingen wir unbemerkt in dem großen Meere unter und unterschieden uns nur noch durch unsere Namen und nicht mehr durch unsere Kultur und unsere Art und Weise, durch unsere Sitten und Gebräuche. Also galt es vor allem, fest zusammenzuhalten und keinerlei Kompromisse mit anderen Elementen abzuschließen. Auf dem politischen und Verwaltungsgebiete ließ die vorwärtsschreitende Russifizierung sich nur schwer aufhalten, zumal es den Russen gelang, durch die Schule das aufsteigende Estentum für sich zu gewinnen. Im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben, vor allem aber *in unseren Häusern* galt es, unbeugsam *exklusiv deutsch* zu bleiben. Nur dann durften wir mit Sicherheit darauf rechnen, daß wir trotz der veränderten Verhältnisse in unserer Heimat *ausharren und überdauern* konnten!"

* * *

Auf wie schwankendem Boden die Existenz der Balten gegründet war, zeigte sich mit erschreckender Klarheit bei Ausbruch des Weltkrieges. Jede aufbauende Arbeit ward unterbrochen, auch wenn der Krieg an sich es nicht verlangte; wieder einmal war es baltisches Schicksal, ohnmächtig zusehen zu müssen, wie Wertvolles sinnlos zerstört wurde; wenn es auch in Einzelfällen gelang, Schlimmstes zu verhindern, dem Baltentum drohte Untergang. Die wenigen Regierungsvertreter, die sich mit der Deutschenhetze nicht einverstanden erklärten, wurden von ihren Posten entfernt oder räumten sie freiwillig. Die Regierung war teils schwach, teils brutal. Leider stimmten die Estländer und Livländer in ihren Ansichten über die Führung des Abwehrkampfes nicht immer überein. Als der Generalgouverneur Kurlov dem livländischen Landmarschall gesprächsweise andeutete, ihm erscheine die Einführung der russischen Sprache in der Geschäftsführung der Ritterschaft erforderlich, kam dieser, wie er Dellingshausen erzählte, mit dem residierenden Landrat überein, Kurlov mitzuteilen, daß vom 1. Januar 1915 an „alle ausgehenden Schreiben, die sich auf die landschaftliche Verwaltung der Provinz beziehen, in russischer Sprache abgefaßt sein würden". Dellingshausen war in dieser Frage anderer Ansicht. Er sah für sich keine Veranlassung, von sich aus eine Maßnahme durchzuführen, „die man sich wohl aufzwingen lassen kann, aber aus freien Stücken nicht einführen sollte."

Man könnte glauben, daß in einer Zeit schwerster Bedrängnis, wie sie das Baltentum seit Ausbruch des Weltkrieges durchlebte, Reformbestrebungen vergangener Jahre völlig in Vergessenheit geraten wären. Wenn die Mauern stürzen, wer denkt dann an den Ausbau des Fundaments? Allein gerade damals ist seitens der estländischen Ritterschaft noch ein Versuch — der letzte — gemacht worden, die Einführung der Verfassungsreform, wie sie vom Konseil beim baltischen Generalgouverneur 1907 ausgearbeitet worden war, durchzusetzen. Anfang 1914 hatte Dellingshausen entsprechende Vorstellungen beim Ministerpräsidenten Goremykin gemacht, ohne etwas zu erreichen. „Aber Ihren Esten kann man doch kein Vertrauen schenken", so schloß Goremykin die Unterredung. 1916 bat Dellingshausen den Ministerpräsidenten Stürmer, das Gesuch der Ritterschaft, anläßlich der hundertjährigen Wiederkehr des Tages der Bauernbefreiung in Estland (23. Mai 1916) die 1907 vorgestellten Verfassungsentwürfe zu bestätigen, beim Kaiser zu vertreten. Die in der Mehrheit aus Esten bestehende Revaler Stadtverordnetenversammlung ließ durch

das Stadthaupt Poska das Gesuch der Ritterschaft unterstützen; auch der Gouverneur verwandte sich dafür. Alle Bemühungen waren vergeblich.

Besonders wertvoll erscheint mir der letzte Abschnitt des Buches: „Die Loslösung Estlands und Livlands von Rußland. Die Jahre 1917 und 1918", mit den zahlreichen im Anhang abgedruckten Dokumenten. Es ist die erste zusammenhängende Darstellung jener Jahre; wenn auch Estland für den Verfasser im Mittelpunkt seiner Erzählung steht, so berühren sich doch die Geschehnisse in Estland so eng mit denen in Livland, daß die Schicksalsverbundenheit beider Provinzen deutlich zutage tritt. Nur auf einiges sei zum Schluß noch hingewiesen.

Wenige Wochen nach der Revolution verfügte die provisorische Regierung am 30. März a. St. 1917 die „zeitweilige Einrichtung der administrativen Verwaltung und Selbstverwaltung des estländischen Gouvernements": die fünf von Esten bewohnten Kreise Livlands sollten mit Estland vereinigt und auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts sollte ein „Gouvernementsrat" gewählt werden, dem die Ritterschaft die Landesverwaltung zu übergeben hätte. In ihrer endgültigen zum Gesetz erhobenen Fassung vom 22. Juni a. St. wurde diese Verfügung noch radikalisiert. Das neue Gesetz raubte der Ritterschaft die ihr im Nystadter Frieden international anerkannte staatsrechtliche Stellung. Man wird Dellingshausen nur beipflichten können, wenn er nunmehr die Ritterschaft von allen dem russischen Staat gegenüber bestehenden Verpflichtungen für entbunden ansehen zu dürfen meinte. „Der Zar hatte dem Thron entsagt, die neue republikanische Regierung hatte die uns zustehenden Hoheitsrechte angetastet. Jetzt waren wir berechtigt, mit Deutschland in Verbindung zu treten." Aus Berlin hatte Dellingshausen (und ebenso der livländische Landmarschall) die Mitteilung erhalten, daß „die Abtrennung Livlands und Estlands von Rußland zu erhoffen sei, daß wir daher auf keine bindenden Abmachungen mit den indigenen Volksvertretern uns einlassen, gegen für uns ungünstige Reformen Bedenken äußern und uns sonst abwartend verhalten sollten." Unterdessen war Riga am 3. September von der VIII. deutschen Armee erobert worden, der weitere Vormarsch aber leider zum Stehen gekommen. Viel Unheil wäre dem ganzen Lande erspart geblieben, wenn die deutschen Truppen bereits damals bis an die Narve vorgestoßen wären. Die Hoffnung gab man darum in Reval nicht auf. In verschiedenen Beratungen wurden

die Grundzüge für ein künftiges Staatengebilde entworfen, die denen entsprachen, die der Chef des Generalstabes des Gouvernements Riga, Oberst Buchfinck, in einer Denkschrift vom 22. Oktober entwickelte. Hiernach sollten die Ostseeprovinzen eine politische Einheit bilden, die dem Deutschen Reiche in loser Form anzugliedern sei, „etwa als ein autonomer Staat, der mit dem Reich in Personal- und Realunion verbunden sein müßte. Jedes engere Verhältnis zum Reich, sei es als preußische Provinz, als Bundesstaat oder Reichsland, würde dem deutschen Reichstag einen Einfluß einräumen, der in den inneren Aufbau des neuen Gebildes ungünstig einwirken könnte". Anders als Oberst Buchfinck war die überwiegende Mehrheit der Estländer der Ansicht, „daß eine sofortige Wiederherstellung der vollkommenen Autonomie auf dem Gebiete der inneren Verwaltung die beste Gewähr bieten würde, um die ganze Bevölkerung des Landes ohne Unterschied der Nationalität rasch für den Anschluß an Deutschland zu gewinnen. Selbstverständlicherweise sahen wir ein, daß es sich nicht um Wiederherstellung der Vormachtstellung des Großgrundbesitzes handeln konnte, auf diese Vorrechte hatten wir bereits bei der Ausarbeitung der Reformprojekte 1905, 1907 und 1915 verzichtet, ferner traten wir für die Gewährung weitester Rechte auf dem Gebiete der nationalen Ansprüche der Esten ein, weil wir glaubten, daß nur bei freier Konkurrenz der Sieg der überlegenen deutschen Kultur unzweifelhaft zu erwarten sei".

Die bolschewistische Revolution vom 8. November 1917 wirkte sich naturgemäß auch in Estland aus: am 28. November wurde der estnische Landtag mit Waffengewalt auseinandergejagt, Poska seines Amtes als Kommissar enthoben, der Führer der örtlichen Bolschewisten Anwelt, ein Rechtsanwalt aus Narva, zog im Revaler Schloß ein. Zwei Wochen später forderte Anwelt die Auslieferung des ritterschaftlichen Vermögens und der Liegenschaften. Um dieselbe Zeit hatten zwei Herren aus Arensburg unter Lebensgefahr den Sund zwischen Moon und dem Festland in einem kleinen schadhaften Boot überquert (über Arensburg war schon früher eine Verbindung mit Berlin hergestellt worden) und eine Mitteilung offiziellen Charakters aus Berlin mitgebracht: „Auf Anschluß Livlands und Estlands an das Deutsche Reich dürfe gerechnet werden. Der Landmarschall von Livland solle eine gleiche Erklärung, wie sie der Ritterschaftshauptmann von Estland abgegeben habe, schriftlich oder mündlich nach Berlin gelangen lassen; sie würde dem Kaiser unterbreitet werden. Es sei aber außerdem erforderlich, daß

von den ritterschaftlichen Vertretungen offizielle Beschlüsse, in denen die Loslösung Livlands und Estlands von Rußland ausgesprochen wird, sogleich gefaßt werden, damit bei den bevorstehenden Verhandlungen in Brest-Litovsk mit dieser Tatsache gerechnet werden könne. Der Wunsch eines Anschlusses an Deutschland brauche nicht sofort zum Ausdruck zu kommen. Dieser Beschluß der Loslösung von Rußland müsse offiziell der russischen Regierung mitgeteilt werden. Die Oberste Heeresleitung werde den Zeitpunkt angeben, wann die Mitteilung des Beschlusses erfolgen solle; dieser Schritt sei erforderlich, um eventuell auf Grund diplomatischer Verhandlungen die völlige Loslösung zu erlangen "

Am 13. Dezember 1917 trat der ritterschaftliche Ausschuß zusammen. Über die Tragweite der zu treffenden Entscheidung waren alle im klaren. Einstimmig wurde der Beschluß der Loslösung von Rußland gefaßt, in dem Bewußtsein der sittlichen Pflicht, dadurch die Heimat vor dem Chaos im Osten zu retten. Ebenso selbstverständlich erschien dem Ausschuß die Zurückweisung der Forderung Anwelts. Der Beschluß des Ausschusses wurde auf zwei Wegen (über Helsingfors—Stockholm und über Arensburg) nach Berlin und ebenso nach Dorpat dem livländischen Landmarschall gemeldet; letzterer wurde ersucht, einen gleichen Beschluß der livländischen Ritterschaft herbeizuführen. Da der livländische Adelskonvent nicht dieselben weitgehenden Kompetenzen wie der estländische ritterschaftliche Ausschuß hatte, wurde der erbetene analoge Beschluß am 30. Dezember vom livländischen Landtag gefaßt.

Die für Berlin bestimmten Mitteilungen waren am 14. Dezember dort eingetroffen. Um so unbegreiflicher erscheint es, daß die deutschen Vertreter bei den Verhandlungen in Brest-Litovsk es nicht für möglich gehalten haben, die Räumung von Livland und Estland zu verlangen. In Rußland erwartete man diese Forderung; es waren schon, wie man in Reval durch Indiskretion erfuhr, Anordnungen getroffen worden, um am 21. Dezember die Seefestung Reval zu übergeben! Auch Oberst Buchfinck hatte die politische Abteilung der Obersten Heeresleitung darauf hingewiesen, daß es erforderlich sei, die Zurückziehung aller russischer Truppen hinter die Linie Narva—Pleskau zu verlangen. Die Schrecknisse bolschewistischen Terrors wären Estland erspart geblieben, wenn die deutschen Vertreter in Brest-Litovsk anders gehandelt hätten.

Dellingshausen versuchte nun, im Einverständnis mit Berlin, mit den offiziellen Vertretern des estnischen Volkes über die Okkupation

des Landes durch Deutschland zu verhandeln. Wie wenig Aussicht vorhanden war, eine Einigung zu erzielen, geht aus der in der Beilage VIII abgedruckten Eingabe hervor, die Dellingshausen von gemäßigter estnischer Seite übergeben wurde. Die Stellungnahme der estnischen Führer „zwang uns, auf ein gemeinsames Vorgehen mit ihnen zu verzichten und allein die Rettung der Heimat aus den Klauen der Bolschewisten anzustreben. Nicht nur wir Balten wären untergegangen, ohne die Besetzung des Landes durch die deutschen Truppen wären die Esten und Letten im Bolschewismus versunken".

Am 28. Januar 1918 wurde dem russischen Gesandten in Stockholm die von H. von Stryk im Auftrage des livländischen Landmarschalls und von Baron A. Schilling im Auftrage des estländischen Ritterschaftshauptmanns unterzeichnete Unabhängigkeitserklärung Livlands und Estlands übergeben (Beilage XI). Die baltischen Vertreter in Berlin entschlossen sich nur schwer und zögernd zu diesem Schritt; wußten sie doch zu gut, daß in der Zeit zwischen der Übergabe der Erklärung und dem Einmarsch der deutschen Truppen die Bolschewisten nach Gutdünken mit den Vertretern der Ritterschaft verfahren konnten. Die Befreiung der Heimat, das große erstrebte Ziel, mußte alle Bedenken schweigen lassen. Die Folgen blieben auch nicht aus. Am 5. Februar wurde Dellingshausen verhaftet, um später, als die deutschen Truppen bereits 25 Kilometer vor Reval standen, mit vielen Leidensgenossen nach Petersburg verschleppt zu werden.

Als nach Ratifizierung des Brester Friedens Dellingshausen Ende März nach Reval heimkehren konnte, fand er ein völlig verändertes Bild vor. Estland war von den Deutschen okkupiert, die die am 24. Februar 1918 proklamierte estnische Republik nicht anerkannt hatten. Auf Bitten des Landratskollegiums blieb Dellingshausen, entgegen seiner anfänglichen Absicht, im Amt; er selbst bezeichnet das als einen Fehler, da er sich „dadurch mit dem bisherigen Vorgehen der ritterschaftlichen Vertretung, das durch die livländischen Beschlüsse und die von der Obersten Heeresleitung gewiesene Richtung präjudiziert war, solidarisch erklärte und nicht freie Hand behielt, für die Bildung eines selbständigen Staates zu wirken". Dellingshausen glaubte aber nicht anders handeln zu dürfen, weil es darauf ankommen mußte, den inneren Frieden zu bewahren und der deutschen Heeresleitung gegenüber eine einheitliche Stellungnahme zu vertreten. Auch ein so selbständig denkender und

handelnder Mann wie Dellingshausen unterlag der suggestiven Kraft des Begriffes der sog. „Einheitsfront". Sehr zu bedauern ist es, daß Dellingshausen bald nach seiner Heimkehr für sechs Wochen nach Deutschland reisen mußte. Während seiner Abwesenheit nahm die Entwicklung der Verwaltung des Landes eine von ihm nicht gebilligte Richtung. „Daß die Ritterschaft die Vertretung der souveränen Gewalt der okkupierenden Militärmacht überlassen mußte, war logisch, die Bildung der inneren Verwaltungsinstitutionen und -organe hätte aber sogleich von der Landesverwaltung in die Hand genommen werden müssen. Statt dessen hatten Major Frantz*) und seine Berater das System der Militärverwaltung mit designierten Beiräten aus der Zahl der Einheimischen ins Leben gerufen, das sich nicht bewährt hat. Bei meiner Rückkehr aus Berlin fand ich Ende Mai alles bereits in diesem Sinne eingefädelt vor und es war mir nicht mehr möglich, einen Einfluß auf die Entwicklung zu gewinnen."

Während der livländische Landmarschall zum Vorsitzenden des vereinigten Landesrates von Livland, Estland, Riga und Ösel gewählt wurde, wurde Dellingshausen die Führung der Abordnung, die den deutschen Kaiser aufsuchen sollte, übertragen. Die Eindrücke, die Dellingshausen in den Berliner Regierungskreisen gewann, bereiteten ihm eine große Enttäuschung. „Die an der Spitze der Regierung stehenden Personen waren den großen, ihnen erstandenen Aufgaben nicht gewachsen, vor allem aber schmerzte es mich zu sehen, daß durch dauernde Gegeneinanderarbeit die Sache, und zwar dieses Mal „res nostra", litt. Wäre dieser innerpolitische Kampf nicht gewesen, so hätten wir, ohne die Zustimmung der russischen Regierung zur Loslösung der baltischen Provinzen abzuwarten, im Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung den Aufbau des baltischen Staates schon im Frühjahr vornehmen können."

Soweit die Dellingshausenschen Erinnerungen sich auf das Jahr 1918 beziehen, lassen sie den Leser jene Zeit der Hoffnungen und schweren Enttäuschungen nochmals durchleben. Das unheilvolle System, sich über den Rat erfahrener Sachkenner erhaben zu dünken, wenn diese soz. nicht zum Bau gehörten, trug auch bei uns schlimme Früchte. Die maßgebenden reichsdeutschen Stellen hatten leider den Wert der Mitarbeit, die ihnen die Einheimischen bei der Verwaltung des Landes leisten konnten, längst nicht genügend erkannt.

*) Chef des Stabes der VIII. Armee.

Für die infolgedessen nicht seltenen Mißgriffe — so das Verbot der estnischen Parallelabteilungen in den Schulen, das nur dank dem energischen Eingreifen des Schulrates A. Eggers aufgehoben wurde*) — sind dann von Esten und Letten die Balten verantwortlich gemacht worden.

Im Juli 1918 weilte Dellingshausen wieder in Berlin. „Am 26. Juli hatte mich der neuernannte Staatssekretär des Auswärtigen, Admiral v. Hintze, den ich von Petersburg her, wo er Marineattaché gewesen, kannte, empfangen und mir die Versicherung gegeben, daß die Verhandlungen mit der russischen Abordnung in wenigen Wochen einem günstigen Abschluß entgegengingen, und daß dann automatisch die Vollziehung der Personalunion mit Preußen erfolgen würde; es lägen nur noch geringe Differenzen vor, so daß wir fest auf die Verwirklichung unserer Landesratsbeschlüsse hoffen dürften. Hauptmann v. Hülsen**) war auch der Auffassung, daß nunmehr unsere Angelegenheiten in Gang kommen würden. Dagegen äußerte Heinrich v. Stryk Zweifel, weil er auf Grund erhaltener Informationen an die günstige offizielle Schilderung der Lage an der Front nicht glauben konnte. Auch von anderer Seite wurde ich gewarnt, zu sehr an die Verwirklichung der Pläne der Obersten Heeresleitung zu glauben, wir sollten lieber einen selbständigen Weg im Verein mit unseren Mitbürgern anderer Nationalität gehen; die strikten Äußerungen des Admirals v. Hintze veranlaßten mich aber, zu wenig auf die warnenden Stimmen zu hören, auch gerieten sie infolge der vielen Besuche, die, aus Deutschland kommend, uns in der Heimat erfreuten, in Vergessenheit."

Diese vielen Besuche liefern, meint Dellingshausen, einen Beweis mehr dafür, daß nicht die Balten allein sich von der Hoffnung eines Anschlusses ihrer Heimat an Deutschland tragen ließen, sondern daß in den maßgebenden Kreisen im Reich eine große Mehrheit diese Auffassung teilte; die aus dem Reich angereisten Gäste konnten nicht anders als die Balten in ihrem Optimismus bestärken.

Am 22. September 1918 erkannte Kaiser Wilhelm II. Livland und Estland als selbständige Gebiete an. Am 20. Oktober sollte der Landesrat zusammentreten, um die Konstituierung des neuen Staates vorzubereiten. Ein an den Chef der Zivilverwaltung der drei Provinzen, Major v. Goßler, gerichtetes Schreiben des Staats-

*) Vgl. A. Eggers, Estländische Schulpolitik 1918. „Balt. Monatsschrift" 1929, S. 208–16.

**) Leiter der politischen Abteilung in der Obersten Heeresleitung.

sekretärs des Innern Trimborn enthielt den Auftrag, den Landesrat aufzufordern, die Bildung einer neuen Landesregierung in die Hand zu nehmen. Dieses Schreiben, das die Anerkennung des Landesrates als Trägers der souveränen Gewalt im Lande seitens der neuen parlamentarischen Regierung Deutschlands enthielt, ist von Goßler nicht bekanntgegeben worden. Wer in Berlin ein falsches Spiel trieb, ließ sich damals nicht feststellen. Wohl aber war es bekannt, daß Professor Schultze-Gävernitz mit Wissen und wohl auch auf Wunsch wenigstens eines Teiles der Reichsregierung nach Riga gekommen war; ihm sagten die Anschauungen der Freisinnigen Partei zu, und er war bereit, die Ansprüche der Esten und Letten auf Gründung zweier selbständiger Staaten zu unterstützen. Das Präsidium des Landesrates plante, dem Landesrat die Bildung eines Einheitsstaates, der aus 5—7 Kantonen mit weitgehender Autonomie bestehen sollte, vorzuschlagen. Ein Regentschaftsrat sollte bis zur Wahl eines Monarchen das Land nach außen repräsentieren und das Verfassungsprojekt ausarbeiten. Daß die Esten auf die baltischen, auch von ihnen als sehr zuvorkommend bezeichneten Vorschläge nicht eingingen, hing offenbar damit zusammen, daß ihnen von der Entente die Anerkennung eines selbständigen „Eesti" fest zugesichert worden war. H. v. Stryk freilich glaubte noch im November, es würde ihm gelingen, in den Kreisen der Ententevertreter, mit denen er schon früher eine gewisse Fühlung gewonnen hatte, Interesse für einen baltischen Einheitsstaat zu erwecken, da das Urteil über die Führer der Esten und Letten in Stockholm in den Ententekreisen ungünstig lautete (Schreiben Stryks an den schwedischen Minister Hellner, Beilage XXX).

Und dann erfolgte der deutsche Zusammenbruch. Auf die Nachricht von der Abdankung des deutschen Kaisers und der Revolution in Deutschland hielt es der kommandierende General in Reval, Freiherr v. Seckendorff, für möglich, dem Ansuchen Poskas nachzugeben und die Einberufung des estnischen Landtages zu gestatten. Seckendorff war auf Drängen Dellingshausens, des Landeshauptmanns und des Stabschefs bereit, seine Poska erteilte Genehmigung dahin zu interpretieren, daß sie keinesfalls als Anerkennung der estnischen Republik zu gelten habe. Durch Maueranschläge machte dagegen Poska bekannt, daß „die durch den Einmarsch der deutschen Truppen am 25. Februar 1918 unterbrochene Tätigkeit der rechtmäßigen estnischen Regierung des estnischen Freistaates wieder aufgenommen werde", und — Seckendorff fügte sich: er erkannte durch

eine Publikation im offiziellen Nachrichtenblatt „das Bestehen der Regierung des estnischen Freistaates" an und verfügte die allmähliche Übergabe der Einrichtungen der Militärverwaltung an die neue Regierung. Gegenüber dieser offenbaren Inkonsequenz und Schwäche des Vertreters einer Regierung, die noch kürzlich den Landesrat als Träger der Souveränität des Landes anerkannt hatte, konnte Dellingshausen wenig mehr tun als gegen die Handlungsweise Seckendorffs Verwahrung einlegen — zu ändern vermochte er nichts mehr. Für sich selbst zog er die Konsequenzen: als Vorsitzender des Landesrates meinte er die Anerkennung des estnischen Staates nicht gelten lassen zu dürfen; andererseits sah er voraus, daß die Ritterschaft in die Lage geraten könnte, mit der estnischen Regierung zu paktieren und sie dadurch allein anzuerkennen. So legte er am 14. November 1918 sein Amt, das er 17 Jahre verwaltet hatte, nieder, um einige Tage später Reval und die Heimat zu verlassen und nach Deutschland überzusiedeln.

Man wird über die Gründe, die Dellingshausen zur Niederlegung seines Amtes bewogen, gewiß verschieden urteilen. Einer opportunistisch-demokratischen Weltanschauung werden sie immer unverständlich bleiben; wer selber nicht anders als chauvinistisch zu denken und zu handeln vermag, wird beschränkt-chauvinistische Motive zu erkennen meinen. Wir erblicken in der Handlungsweise Dellingshausens das folgerichtige Ende einer langen Entwicklungsreihe — das mannhafte Bekenntnis zu einer Überzeugung, die auch „politischer Klugheit", der sog. Taktik nicht geopfert werden durfte. Dellingshausens öffentliches Wirken konnte, wie die Dinge sich entwickelt hatten, nicht anders enden.

Aus den letzten Seiten von Dellingshausens Buch spricht eine tiefe Tragik zu uns, die Tragik eines Menschenlebens, das fern von der Heimat sich in Sorge um diese geliebte Heimat verzehrt, ohne ihr mit der Tat dienen zu können. Dellingshausen hat, im Mittelpunkt der Ereignisse stehend, den Zusammenbruch der baltischen Welt miterleben müssen; als er die Heimat verließ, lasteten schwere Wolken auf ihr. Wer will behaupten, daß uns heute die Sonne scheint? Aber weit entfernt von hoffnungsloser Resignation ruft Dellingshausen seinen Landsleuten in der Heimat die Worte Luthers zu: „Niemand lasse den Glauben, daß Gott durch ihn eine große Tat tun will!"

Die Krisis des abendländischen Denkens

Von Harry Thomson

Was dem heutigen Europa sein besonderes Gesicht verleiht, sind die auf allen Gebieten ausgebrochenen Krisen Jede dieser Krisen im besonderen läßt sich auf bestimmte, im einzelnen nachweisbare Ursachen zurückführen. Die Tatsache ihrer Gleichzeitigkeit aber legt die Vermutung nah, daß sie irgendwie innerlich miteinander verknüpft sind.

Unternimmt man es auf der Suche nach der verborgenen gemeinsamen Ursache, die Entwicklung des europäischen Weltbildes unter dem Gesichtswinkel der Denkform zu betrachten, so kommt man zu einem Ergebnis, das je nach den Konsequenzen, die man daran zu knüpfen sich genötigt glaubt, ermutigend oder deprimierend wirken kann, in jedem Fall aber einen weiten Ausblick eröffnet. Es stellt sich nämlich heraus, daß eine seit Jahrhunderten geradlinig verlaufende Entwicklung an einen bedeutsamen Wendepunkt gelangt ist, der sich schicksalhaft auswirken muß.

Das Bild, welches seit den Tagen der Renaissance das wissenschaftliche Realitätsdenken beherrschte, ist ins Wanken geraten, die erlebte Wirklichkeit scheint ihre Struktur zu ändern.

Wenn von einer Wandlung des Weltbildes die Rede ist, so denkt man wohl immer in erster Linie an eine quantitative Veränderung des Erkenntnisstoffes: zu bekannten Tatsachen treten neue, bisher unbekannte hinzu. Der Kulturmensch sieht den wesentlichen Unterschied zwischen seiner Erkenntnis und der des Primitiven darin, daß er mehr weiß als dieser, nicht aber darin, daß er auf eine verschiedene Weise erkennt. So fühlt er sich z. B. dem Kinde überlegen durch die Summe seiner Kenntnisse. Das Weltbild des Kindes sei ein Ausschnitt des seinen, es erfahre im Laufe der Zeit eine Vervollständigung, bis es zuletzt dem seinen gleiche. Überhaupt vollziehe sich der Fortschritt der Erkenntnis ontogenetisch sowohl als auch phylogenetisch geradlinig. Der tiefeingewurzelten Überzeugung von der qualitativen Unwandelbarkeit des Wirklichkeitsbildes stehen aber die jüngsten Ergebnisse der Entwicklungspsychologie entgegen. Diese lehrt, daß das Wirklichkeitserleben einer ständigen qualitativen Änderung unterworfen ist. Es gibt nicht eine, sondern unzählige Wirklichkeiten, die sich nicht nur der Summe der erkannten Gegenstände

und Sachverhalte nach unterscheiden, sondern eine durchgehend andere Struktur aufweisen.

Geht man nun den Ursachen dieses Wandels des Wirklichkeitsbildes nach, so findet man als eine seiner wichtigsten Bedingungen die Veränderlichkeit der Denkformen, derjenigen Kategorien, unter welchen der Gegenstand bewußt oder unbewußt aufgefaßt und verarbeitet wird. Die Wirklichkeit entpuppt sich als die Resultante zweier Faktoren, deren einer der Gegenstand, deren anderer die formende Tätigkeit des Subjektes ist.

Die Wirklichkeit ist demnach nicht etwas schlechthin Gegebenes, das nur insoweit einer Veränderung unterliegt, als der Prozeß des Ins-Bewußtsein-Tretens in der Zeit verläuft, sondern sie wird hervorgebracht unter Anwendung immer neuer Denkformen.

*

Überblickt man in der Erkenntnis dieses Sachverhaltes die Geschichte des europäischen Denkens, so muß festgestellt werden, daß zu wiederholten Malen, zuletzt in der Mitte des 15. Jahrhunderts, die Denkkategorien einem radikalen Wandel unterworfen gewesen sind. Nicht die großen Entdeckungen und Erfindungen sind es in erster Linie, welche uns das Recht geben, den Beginn der Neuzeit in die Tage des Kolumbus und Gutenberg zu verlegen, sondern der Umstand, daß sich damals eine tiefgehende Umwälzung im Bereiche des reinen Denkens vollzog.

Das Weltbild des Mittelalters hat sich nicht deshalb gewandelt, weil der geistige Horizont sich in ungeahnter Weise erweiterte, sondern vor allem deshalb, weil man an die Dinge, auch die altgewohnten, mit neuen Methoden herantrat, sie gewissermaßen mit neuen Augen zu betrachten begann.

Dem Gesetze der Trägheit folgend, aus der Nötigung, den einmal eingeschlagenen Weg bis ans Ende zu gehen, nicht zuletzt aber auch weil der Erfolg einem recht zu geben schien, änderte man die Methoden trotz der mancherlei Schwierigkeiten, die sich in den Weg stellten, nicht, sondern baute sie nur aus, verfeinerte sie, versuchte sie immer deutlicher ins Bewußtsein zu heben und ihnen allgemeine Anwendung zu verschaffen.

In der Erkenntnislehre Kants hat die neue Einstellung ihren prägnantesten und reinsten Ausdruck gefunden. Das Ergebnis seiner Untersuchungen ist bekannt: die Welt wird unter dem Aspekt einer Universalmathematik gesehn. Was den frühen Mathematiker-Philo-

sophen des 15. bis 17. Jahrhunderts vorschwebte, was die rationalistische Philosophie auf ihre Art weiter ausbaute, das wird vom großen Königsberger Kritiker von allen Schlacken befreit.

Die Wirklichkeit, bisher ein theologisch-mystisches System von abgestuften Werten, stellt sich dem Auge nun als ein System kausaler, unpersönlicher Beziehungen dar.

Seitdem hat sich manches an Einzelheiten verschoben, das aber, worauf es in erster Linie ankam, die Überzeugung von der Unwirklichkeit all dessen, was jenseits der Grenzen des mathematisierenden Verstandes liegt, ist geblieben und wirkt noch fort. Kein größerer Irrtum, als zu glauben, daß dieses eine Angelegenheit ausschließlich des theoretischen Denkens sei, die den Praktiker nichts angehe. Möge der überwiegende Teil der Menschheit von der Lehre Kants auch nicht das geringste wissen, so ist es nichtsdestoweniger eine Tatsache, daß ihr praktisches Gebaren den Stempel seines Geistes trägt. Die Form seines Denkens, seine Art und Weise, an die Dinge heranzutreten, ist auch die ihre.

Sie ist der Suggestion unterlegen, das Werden und Vergehen sei die Entfaltung einer mathematisch-logischen Formel, die sich an einem homogenen und darum beliebig zerlegbaren Etwas vollziehe.

Aus dieser Mentalität ist nicht nur die moderne Technik, sondern auch der moderne Staat, die moderne Gesellschaft, Wirtschaft, Schule und was es sonst noch an praktischen Lebensformen gibt, zwangsläufig entstanden. Wie denn auch die Ethik der Gegenwart im Ideal der quantitativ bestimmten Leistung gipfelt.

Hieraus wird unter anderem auch die sonst befremdliche Tatsache verständlich, daß das Bürgertum trotz der Bedrohung seiner Existenz durch den Kommunismus gegen ihn nichts vorzubringen weiß, als eben das eine Argument, daß er ihm aufs äußerste gefährlich sei. Das Bürgertum kann nichts vorbringen, weil seine Ideologie die niedere Stufe dessen darstellt, was im Kommunismus seine logisch-konsequente Weiterentwicklung gefunden hat: das Einzelexemplar des gleichberechtigten Bürgers, auf dem die Betonung im bürgerlich-demokratischen Staate lag, ist dem zum Selbstzweck erhobenen Staatsmechanismus bedingungslos untergeordnet, ist zur Eins geworden, an der sich die Formel des in abstrakten Relationen denkenden Politikers auswirken kann.

*

Aller Protest gegen den von Spengler prophezeiten Untergang des Abendlandes ist müßig, solange man mit Spengler glaubt, daß die konsequente Verfolgung des vom Europäertum einmal eingeschlagenen Weges bis zu seinem äußersten Ende unabwendbares Schicksal sei.

Es hängt eben alles davon ab, ob man den Mut und die Kraft findet, aus den eingefahrenen Gleisen des Denkens herauszutreten, oder ob man dem Gesetze der Trägheit unterliegt.

So gewiß es unmöglich ist, willkürlich das Bild der Welt umzugestalten, wie es unmöglich ist, an einen anderen Gott zu glauben als an den, zu dem man sich durchgerungen hat, ebenso gewiß ist es aber auch, daß sich unsere Denkkategorien als unzulänglich erwiesen haben, den objektiven Tatbestand des Seins adäquat zu erfassen, und dementsprechend heute die Notwendigkeit besteht, unser Denken dem Gegenstande der Erkenntnis besser anzupassen.

Wir haben Jahrhunderte lang die Fiktion aufrechtzuerhalten gesucht, daß die Wirklichkeit ein Bezugssystem sei und sonst nichts, und wir haben beispiellose Erfolge mit dieser Denkweise erzielt: wir haben die Materie in unsere Gewalt bekommen und konnten davon träumen, auch das Leben uns gefügig zu machen. Wie man aber sich anschickte, diesen Traum Wirklichkeit werden zu lassen, geschah es, daß der Erkenntnisgegenstand den forschenden Geist zwang, etwas als Wirklichkeit anzuerkennen, was jenseits des von Kant so sorgfältig abgesteckten Erkenntnisvermögens lag. Vor einem stand das Problem des organischen Lebens, das sich nicht nach dem Schema kausaler Gesetzmäßigkeit lösen ließ.

Alle Versuche, diesen wahrhaft revolutionären Gegenstand doch der geltenden Formel einzuordnen, schlugen im selben Maße fehl, als man sich dem Kernpunkte des Problems näherte. Offensichtlich hatte man sich vom Königsberger Philosophen irreleiten lassen, das Erkenntnisvermögen war weder so subjektiv noch so eng, wie dieser es für wahr haben wollte. Der Denkgegenstand erwies sich von weit größerem Einfluß auf die Form der Erkenntnis und die Denkfunktion als weit anpassungsfähiger, als man es für möglich gehalten hatte.

So wie die Dinge eben liegen, kommt alles darauf an, den neuen Geist, der sich eben noch größtenteils in fruchtloser Opposition und Verneinung des Alten kundgibt, so weit zu klären, daß die ihm immanenten logischen Kategorien deutlich werden, und diesen dann die präzise Form zu geben.

Ansätze eines neuen Begriffssystems sind schon vorhanden. Seitdem Henri Bergson dem Begriff des mathematisch-kausalen Geschehens mit Nachdruck und großer Überzeugungskraft den Begriff der schöpferischen Entwicklung entgegenstellte, ist es klar geworden, in welcher Richtung die Lösung, besonders von den naturwissenschaftlich Gebildeten, gesucht wird. Aus dem Geiste der Biologie, der jüngsten naturwissenschaftlichen Disziplin, geboren, ist der Begriff des Schöpferischen der Pol geworden, auf welchen das neueste wissenschaftliche Denken tendiert.

Es wird der Versuch gemacht, die Wirklichkeit als ein im wesentlichen organisches Gebilde mit neuen Denkmitteln zu fassen. Die Einseitigkeit der bisherigen Betrachtungsweise ist zu offenbar, als daß sie nicht wenigstens eine Ergänzung verlangte; diese findet ihren Ausdruck vorläufig in einem neuen Zieldenken.

Wirkt sich diese Auffassung aus, tritt sie aus dem Rahmen des rein naturwissenschaftlichen Denkens heraus und wird sie Gemeingut aller Gebildeten, so muß die Folge sein, daß auch die Lebensgestaltung eine radikale Veränderung erfährt.

*

Bezeichnend für den sich anbahnenden Wandel im Denken ist die Verschiebung des Akzentes von der kausalen Begründung eines Sachverhalts auf die Erfassung seines Sinnes, wie er in den Werken des Grafen Hermann Keyserling offen zutage tritt. Die Wirklichkeit, bisher ein System von Ursachen, wird als ein Sinnzusammenhang begriffen, das Lebensganze erscheint nach höheren und höchsten Werten strukturiert.

Der Wertbegriff hatte im reinen Relationsdenken keinen Platz: es hat keinen Sinn, von Werten dort zu sprechen, wo alles gleichmäßig bedingt erscheint durch zeitlich Vorhergegangenes, wo jede Erscheinung als Summe homogener Elemente, die als Substrat bestimmter Gesetzmäßigkeiten fungieren, aufgefaßt wird.

Wo aber kein Wert ist, da ist auch naturgemäß kein Sinn. Die Wirklichkeit erschien, je weiter das Denken fortschritt, immer sinnloser, und konnte doch nicht anders erscheinen, weil sie von vornherein unter Kategorien konzipiert war, die jeden Sinn a priori ausschlossen.

Es wäre aber ein verhängnisvoller Irrtum, wollte man daran die Konsequenz einer Rückkehr zur theologisch-mystischen Auffassung des Mittelalters als Rettung aus der Not unserer Tage knüpfen,

wie das gelegentlich geschieht. Wenn der mittelalterliche Mensch auch in vieler Beziehung der Wahrheit näher war als wir, so war er doch groben Täuschungen über die realen Sachverhalte in einem Maße unterworfen, daß seine Wahrheiten fundamentalen Irrtümern gleichkamen.

Die sich anbahnende Absage an die mechanistische Auffassung braucht nicht unbedingt ein Aufgeben der Methode in vollem Umfange nach sich zu ziehen. Dazu liegt kein Grund vor, wofern nur die Erkenntnis auf eine höhere Ebene gehoben wird. Ganz von selbst wird dann die alte Auffassung ihre zentrale Stellung verlieren. Sie wird ihre Berechtigung auf praktischem Gebiete, im Bereich der Sachen, beibehalten, sie wird aber eingeordnet sein einem System der Zwecke, das seinen Sinn von höchsten Werten erhält.

*

Das kommende Zeitalter, wenn es sich so gestaltet, wie wir es erhoffen, wird das Sein als eine organische Einheit auffassen und dementsprechend gestalten, die Gestaltungsmittel aber wird ihr die exakte Wissenschaft, das Erbe der letzten Jahrhunderte, zu liefern haben. Die Wirklichkeit wird für den Menschen von morgen eingespannt sein zwischen zwei Pole, deren einer der höchsterlebbare Wert ist, der als gestaltendes Prinzip ihr Sinn und Ziel gibt, deren anderer die letzterkennbare Ursache ist, die als bedingendes Prinzip die Möglichkeit ihrer Existenz liefert.

Ein und dasselbe Ding wird unter dem Gesichtswinkel des Zieles gesehen dem erkennenden Geiste als sinnvolles Glied eines Organismus, unter dem Gesichtswinkel aber der Ursache als ableitbare Sache erscheinen.

Daß hier nicht nur ein scheinbarer Widerspruch vorliegt, ist unverkennbar, und er wird sich erst lösen, wenn eine weitere, umfassendere Denkkategorie, die Einheit alles Seins in dem Sinne, daß auch im kleinsten Teile das Ganze irgendwie enthalten ist, Anerkennung findet.

Kant leugnete diese Einheit prinzipiell, indem er zwischen dem erkennenden Subjekte und dem Objekte als Ding an sich nur eine Brücke, die des nach eigener Gesetzmäßigkeit denkenden Verstandes, bestehen ließ.

Ist aber einmal die Lebenseinheit von Teil und Ganzem anerkannt, so rückt auch die Annahme einer umfassenderen Erkenntniskategorie in den Bereich des Möglichen.

Ob man diese Fähigkeit nun Intuition oder Totalitätserleben oder wie sonst nennt, ist irrelevant. Wichtig ist allein die Tatsache, daß eine Erkenntnisweise für möglich gehalten wird, welche in sich ohne Widerspruch Ziel und Ursache, Subjekt und Objekt unter einer höheren Einheit zu verbinden imstande ist.

Erst wenn der Mensch sich im Besitz eines Vermögens wissen wird, welches nicht mehr nur relative Erkenntnis gibt, wird er aus der jahrhundertelangen Isoliertheit erlöst sein, in welcher er inmitten eines unpersönlichen Systems von Beziehungen zu stehen durch sein Denken verurteilt war. Er wird sich eingebettet fühlen in einen lebendigen Zusammenhang, wo es nicht nur wie bisher einen Anfang, sondern auch ein Ziel gibt.

Auf diesem Boden wäre auch eine Neubelebung und Vertiefung religiösen Lebens wieder denkbar, die so lange für die große Masse nicht möglich war, weil die Tatsachen religiösen Erlebens mit den Erkenntnisformen schlechterdings nicht in Einklang zu bringen waren und damit dem Schicksal des Unwirklichen verfielen. Noch aber ist es nicht so weit, noch klafft in der Wissenschaft unüberbrückbarer Zwiespalt: hie „erklärende", dort „verstehende" Tendenzen, die einander gegenseitig die Berechtigung absprechen.

Doch wer mit dem modernen Geistesleben näher vertraut ist, meint doch schon heute die Neigung des Züngleins an der Wage auf die Seite der neuen Anschauung feststellen zu können.

Die Hoffnung, daß der Tag nicht mehr allzufern sei, wo auf einer höheren Ebene die Gegensätze sich zur Einheit zusammenschließen werden und der europäische Geist die entscheidende Wendung vollzogen haben wird, scheint ihm nicht bloß ein schöner Traum.

In diesem Zusammenhange sei auf das Werk von W. Stern „Person und Sache" hingewiesen, in welchem der Versuch gemacht wird, ein den neuen Tatsachen der Erkenntnis angepaßtes, originelles Begriffssystem zu bilden.

Melioritätsbewußtsein

Ein jeder kennt den sozialen Hochmut von sich selbst her oder hat wenigstens ihn in seinen vielfachen Erscheinungen zu beobachten Gelegenheit gehabt. Er ist so alt, wie die soziale Struktur der Menschheit überhaupt: der Edelmann hat sich von jeher als etwas Besseres gefühlt im Vergleich zum Bürger, dieser wiederum als der Bauer usw. Aber auch innerhalb der weiter umrissenen Stände war er wirksam: der Kaufherr erster Gilde stellte sich über den Handwerker zweiter Gilde, der besitzliche Bauerwirt über den landlosen „Lostreiber". Weniger deutlich tritt uns zumeist der nationale Hochmut entgegen. Er begründet sich, wenigstens in seinen Ursprüngen, fast immer auf einer kulturellen oder wenigstens zivilisatorischen Überlegenheit. So fühlte sich im Altertum der Grieche als etwas Besseres im Gegensatz zur übrigen „barbarischen" Welt, das römische Bürgerrecht ist eine typische Ausprägung dieses Bewußtseins; in neuerer Zeit war die „grande nation" der Franzosen besonders Trägerin eines solchen nationalen Dünkels, der wiederum, vielleicht weniger häufig ausgesprochen, aber umso nachdrücklicher im Bewußtsein des echten Engländers Wurzel geschlagen hat. Von diesem im Wesen tief verankerten „Melioritätsbewußtsein" scharf zu trennen ist freilich das nationale Selbstbewußtsein eines zu eigenem kulturellen Leben erwachenden resp. wiedererwachenden Volkes, wie es etwa in der Teutschtümelei der barocken Sprachreiniger und der Genieperiode in Deutschland, oder zu unserer Zeit nach dem Entstehen der vielen neuen Nationalstaaten im erwachenden Geltungstrieb der kleinen Völker die absonderlichsten Blasen geworfen hat. Im allgemeinen ist gerade den Deutschen, zu deren Haupteigentümlichkeiten die Überschätzung alles Fremden gehört, das oben gekennzeichnete nationale Melioritätsbewußtsein mit einigen Ausnahmen fremd geblieben, wenn es sich nicht wunderlicherweise den eigenen Volksgenossen eines andern Stammes gegenüber äußerte. Seine stärkste Ausprägung muß es aber dort erfahren, wo ein Volk dank seiner kolonisatorischen Tätigkeit Gelegenheit hat, häufiger mit Vertretern ihm zivilisatorisch oder kulturell unterlegener, zum mindesten wesensverschiedener Völker zusammenzukommen.

*

Durch das Zusammentreffen der verschiedenartigsten Momente (Kreuzzugsbewegung, Übervölkerung, „Drang nach Osten") setzt mit dem Jahre 1200 die Eroberung und Kolonisation der um den Rigaschen Meerbusen gelegenen Landstriche durch deutsche Ritter und Kaufleute ein. Die Rechtsgrundlage war in der Ausbreitung des christlichen Glaubens auf eine kulturell tiefer stehende indigene Bevölkerung gegeben. Nun brachten die Eroberer freilich ein ausgesprochenes Meliorätsbewußtsein mit, das aber vorerst weit weniger auf nationalen, als auf religiösen Grundlagen beruhte. Es ist interessant, in dieser Hinsicht einen Blick auf den etwa gleichzeitig in Deutschland entstandenen „Parzival" und „Willehalm" zu werfen, der wiederum in den verschiedenen Kreuzfahrererfahrungen wurzelt. Der Dichter kennt keine Spur eines Überlegenheitsbewußtseins der abendländischen Ritter, es sei denn das religiöse. Ein ähnliches läßt sich an den mancherlei Kreuzfahrersagen und -märchen beobachten, wie sie uns in den Umformungen der deutschen Heldensagen entgegentreten. — Zwischen dem deutschen Livlandfahrer und dem Landeseingeborenen stand in erster Linie trennend der Glaube. Aber es war ja der rasch genug erreichte Zweck der Eroberung, dieses Trennnngsmoment aufzuheben. Weiter bestand dann noch eine Kluft in der verschiedenen Kultur- und Gesittungshöhe. Nun war aber, was bei dem ausgesprochenen Selbstgefühl des civis Romanus um Christi Geburt möglich war, als der „barbarische" Cheruskerhäuptling Armin der römischen Ritterwürde teilhaftig werden konnte, jetzt um so weniger ausgeschlossen. Unter den mehrfach erwähnten seniores terrae Livlands, die eine nicht näher zu bestimmende Häuptlingsrolle gespielt haben, mußte es sicherlich so manchen geben, der über diese Kluft eine Brücke zu schlagen imstande war. Daß dieser Gedankengang keine müßige Konstruktion ist, wird durch die Tatsachen erwiesen. So finden wir, was in der baltischen historischen Forschung mehrfach übersehen worden ist, wirklich aus dem ersten Jahrhundert der Eroberung verschiedene Fälle der Belehnung einheimischer Großer zu Ritterrecht, was tatsächlich einer Gleichstellung der Unterworfenen mit dem Unterwerfer gleichkam. Weit häufiger waren derartige Fälle freilich im benachbarten Preußen, was auf die verschiedenartigen Wege, die die Kolonisation in der Folgezeit in beiden Ländern nahm, zurückzuführen ist. Wieweit diese ersten einheimischen Vasallen in den späteren Landadel aufgingen oder aber allmählich wieder in den undeutschen Bauernstand znrücksanken, ist eine Frage, die jeweils im Einzelfalle zu entscheiden ist.

In Preußen folgte dem deutschen Ritter und Kaufmann der deutsche Bauer, der sozial einen weit tieferen Stand einnahm. In Livland nicht. Wenn in Preußen allmählich Deutsche und Eingeborene gleichen Standes miteinander verschmelzen konnten, so entwickelten sich in Livland die Verhältnisse anders. Das undeutsche Element bildete hier durchweg den untersten, den Bauernstand. Die naturgemäß wenig zahlreichen Häuptlinge waren entweder am Anfang in die Herrenschicht aufgenommen worden, oder aber sie hatten durch die neuen Herren des Landes ihre Bedeutung verloren und sanken in die große Masse der übrigen Landbevölkerung hinab. Es wurde für die Folgezeit von größter Bedeutung, daß im Verhältnis von Deutschen und Landeseingeborenen, von Siegern und Unterworfenen zum nationalen und kulturellen Gegensatz nun auch der soziale trat. Ritter und Bürger, durch Gleichartigkeit des Blutes verbunden, traten nunmehr gemeinsam dem auch ständisch von ihnen geschiedenen „undeutschen" Bauern gegenüber, begannen sich als kolonisatorische Herrenschicht zu fühlen. In diesem Augenblick schlägt die Geburtsstunde des typischen baltisch-deutschen Melioritätsbewußtseins.

Diese rein theoretischen Erwägungen erhalten wiederum an der Hand verschiedener Belehnungsurkunden eine lebendige Illustration. Wir hatten schon oben darauf hingewiesen, daß ihrer sozialen Stellung nach die eingeborenen Häuptlinge, die seniores, den Eroberern noch am nächsten standen. Es ist nun zu sagen, daß Belehnungen von Eingeborenen während des ganzen Mittelalters, zum mindesten im späteren Kurland, keineswegs selten waren, da sich der Orden auf diese Weise eine schlagfertige leichte Kavallerie sicherte. Teilhaftig wurden ihrer naturgemäß wiederum am ehesten die Nachkommen von früheren Häuptlingen, die sich durch erhöhtes Ansehen und größeren Grundbesitz vor der übrigen Bevölkerung auszeichneten. Die Belehnungen erfolgen aber nun seit Beginn des 14. Jahrhunderts zu einem minderen, später „kurischen" bezw. „livischen" genannten Recht. Es war damit nur der abgabenfreie Besitz der meist kleineren Landstücke verbunden, wofür der Belehnte freilich auch nur zum leichteren „Platendienst" verpflichtet war. Im Gegensatz zu diesen Bauerlehen aber standen die rechten Mannlehen, die Gerichts- und Abgabenhoheit über die Hintersassenschaft mitbrachten, wofür der Vasall dann seinem Lehnsherrn mit schwerem „Roßdienst" (schwere, gepanzerte Kavallerie) zur Verfügung stand. Mit dieser Unterscheidung der Belehnungen war dem Landeseingeborenen fortan der Zutritt in den ritterlichen Herrenstand gesperrt, ebenso wie sich

auch die städtischen Gilden in der Folgezeit dem Undeutschen verschlossen.

Wir können als Ursache dieses Vorgangs nur jenes entstehende baltische Melioritätsbewußtsein annehmen, das fortan in die neuaufkommende Scheidung von Deutschen und „Undeutschen" eine wertende Betonung zu legen begann. Es ist bemerkenswert, daß diese Bezeichnung immer nur auf die indigene lettische bezw. estnische Landbevölkerung Anwendung fand, niemals aber etwa auf die bäuerlichen Küstenschweden Estlands bezogen wird. Für die Herausbildung eines baltischen Melioritätsbewußtseins wurde es mithin entscheidend, daß sich den oben geschilderten Momenten ein instinktiver Arterhaltungstrieb zugesellte, der die Indigenen unbewußt als andersrassig ablehnen mußte, was in diesem Fall einer Minderbewertung gleichkommt. Die erste Äußerung dieses neuen Bewußtseins findet sich in den interessanten Erbrechtsbestimmungen des Hapsaler Stadtrechts von 1294 (Artikel 68 und 70). In ihnen wird strikt zwischen estnischen und schwedischen Bürgern geschieden, von denen die letzteren den Deutschen völlig gleichgestellt sind, während bei den Esten das Erbrecht ihrer außerhalb der Stadt ansässigen Verwandten bestritten wird und in Fortfall kommt. Diese Bestimmungen sind nur aus der neuaufkommenden Minderbewertung der „Undeutschen" schlechthin erklärlich, die mit ihrer jeweiligen sozialen oder kulturellen Stellung nun nichts mehr zu tun hat. Sie finden in den gleichzeitigen Rechtsaufzeichnungen keinerlei Entsprechung, wobei im Auge zu behalten ist, daß die persönliche Freiheit der indigenen Landbevölkerung noch völlig unbestritten war. Ihre Datierung führt uns wiederum an die Jahrhundertwende, die wir bereits als Zeitpunkt für die Abwandlung der Eingeborenen-Lehen erkannt haben.

Es würde zu weit führen, das allmähliche Hörigwerden des Bauernstandes zu verfolgen. Es ist eine Erscheinung, wie wir sie in ähnlicher Art in allen Ländern des europäischen Kulturkreises beobachten können. Von Interesse ist für uns, daß ihr in einem gewissen Abstande die vorwiegend undeutschen Landfreien folgten. Ihre Eigenschaft als Lehnsträger verwischte sich mehr und mehr zugunsten einer bloßen Freiheit von der Bodenpflichtigkeit und den bäuerlichen Fronen. Wenn aber um die Mitte des 16. Jahrhunderts in fast ganz Europa der Bauer eine mindere und verachtete Stellung einnahm, so wurde in Livland der soziale Gegensatz durch den nationalen verschärft (die wenigen deutschen Landfreien, die sich von den übrigen aber

immer noch durch ihr „deutsches" Lehngutsrecht unterschieden, konnten auf die Gesamtentwicklung keinen Einfluß haben). Es war soweit gekommen, daß, wie der Chronist Russow berichtet, sich der geringste deutsche Hausdiener und Handwerker vom undeutschen Bauern als einen „Herren und Junker" betrachten ließ, oder aber daß, wenn auf der Landstraße einem reitenden Bauern ein Deutscher entgegenkam, der Bauer absteigen und das Pferd am Zaun vorbeiführen mußte (Dionysius Fabricius, „Livoniae historia" um 1600). Wieweit sich das baltisch-deutsche Melioritätsbewußtsein in der Folgezeit der bäuerlichen Leibeigenschaft festsetzen mußte, leuchtet ohne weiteres ein. Als um die Wende des 18. Jahrhunderts liberale Anschauungen zum Siege gelangten, vermochten sie wohl eine allmähliche Aufhebung der Leibeigenschaft herbeizuführen. Die Zerstörung des allzutief verwurzelten Melioritätsbewußtseins gelang ihnen nicht, denn es blieb mit zwei festen Ankern im Wesen des baltischen Deutschen verhaftet. Nach wie vor blieb ihm, sei er nun adliger Großgrundbesitzer, Literat, Kaufmann oder Handwerker, eine soziale Überlegenheit dem vorwiegend bäuerlichen Letten oder Esten gegenüber, der ja auch kulturell noch weit unter ihm stand. Als zweites aber kam — natürlich unbewußt, aber nichtsdestoweniger wirksam — der nationale Selbsterhaltungstrieb hinzu. In dieser Hinsicht ist es völlig gleichgültig, ob der Deutsche als Pastor oder Gutsherr sein Lebenswerk in der Förderung und Hebung des anderen Volkes sah, oder aber ob er in unnahbarer Zurückgezogenheit jegliche Berührung mit ihm vermied — das Abstandsgefühl blieb in beiden Fällen gleichmäßig wach, wenn es auch natürlich wuchs, je mehr die nationale Kluft durch die soziale erweitert wurde.

*

Es ist bekannt, daß der deutsche Auswanderer besonders leicht geneigt ist, sein eigenes Volkstum zugunsten eines fremden aufzugeben. Wir sehen heute diese Tatsache als bedauerlich an und suchen sie überall möglichst zu bekämpfen. (Auslanddeutsches Vereinswesen u. a.) Woher erklärt es sich nun, daß in den beiden baltischen Republiken sich heutzutage noch nach fast siebeneinhalb Jahrhunderten eine deutsche „Minderheit" erhalten hat, die ihrer Tradition und (häufiger als gemeinhin angenommen wird) ihrem Blute nach auf die ersten Kolonisatoren zurückgeht? Wenn als Grund dafür einzig die sozialen und nationalen Gegensätze angeführt werden — denn das Gefühl der kulturellen Zusammengehörigkeit mit dem Muttervolke war keineswegs stets so lebendig wie heute — so ist das sicherlich noch nicht

genügend. Die heutigen baltischen Literaten- und Kaufmannsfamilien gingen vielfach aus kleinen deutschen Handwerkern hervor, und wieviel ursprünglich bürgerliches Blut in unserm heutigen Adel kreist, beweisen allein schon die vielen Namen, deren Träger uns zuerst als bürgerliche Patrizier entgegentreten (Vegesack, Oettingen u. a.). Natürlich war eine direkte Durchsetzung etwa des Adels mit undeutschem bäuerlichen Blut ausgeschlossen, wohl aber wäre eine stufenförmige Vermischung der deutschen Herrenschicht mit der indigenen Bevölkerung auf der Linie Bauer—Handwerker—Kaufmann—Literat—Edelmann nicht nur möglich, sondern das Normale gewesen — wenn nicht der starke Arterhaltungstrieb in Form des Melioritätsbewußtseins eine schroffe Schranke geschlagen hätte. Freilich, Mischehen gerade der sozial tiefer stehenden deutschen Schichten mit den Indigenen sind und waren bei uns zulande nie eine Seltenheit. Es genügt allein die Frage nach dem Verbleib der kleindeutschen Bevölkerung der vielen livländischen Flecken und Städtchen (Roop, Kokenhusen, Seßwegen, Marienburg), die uns immer wieder in mittelalterlichen Urkunden begegnet, nach dem Verbleib der vielen zugewanderten deutschen Hofeshandwerker des 17. und 18. Jahrhunderts, um die mancherlei lettischen resp. estnischen Grünbergs, Rosentals, Tönnissons usw. zum großen Teil als Nachkommen ehemaliger deutschen Einwanderer zu erkennen. (Natürlich soll dabei die Tatsache, daß auch Nichtdeutsche vielfach deutsche Familiennamen annahmen, nicht unterschätzt werden). — Was aber das Deutschtum im ganzen doch rein zu erhalten vermochte, war das unnachsichtliche Hinabdrängen aller Elemente, welche der Gefahr einer Vermischung nicht entgangen waren, in die Unterschicht, so wie nach mittelalterlichem Recht bei zwischenständischen Ehen der Nachkomme stets der „schlechteren" Hand folgte. Ausnahmen sind vielfach vorgekommen, bestätigen aber doch nur die Regel. Dadurch, daß der baltische Deutsche schlechthin sich dem „Undeutschen" gegenüber (was beweist allein schon dieser Ausdruck!) nicht nur als etwas anderes, sondern gerade als etwas Besseres dünkte, mit dem eine Vermischung als undenkbar erschien, vermochte er sein Volkstum zu retten, sei es auch unter gewaltigen Opfern an eigenem Blut, indem er alle, in denen dies Melioritätsbewußtsein nicht mehr lebendig war, der Entnationalisierung preisgab. Als „Halbdeutsche" nicht mehr für voll genommen, gingen sie eben im fremden Volkstum auf. —

*

Soziale Stellung ist mit der wirtschaftlichen unzertrennlich verknüpft. Es hilft nichts, daß man einen neureichen Emporkömmling in altansässigen Kaufmanns-, oder den homo novus in korporierten Adelskreisen anfänglich belächelt. Nach einer oder zwei Generationen hat er sich durchgesetzt und wird für voll genommen. Ebenso unausbleiblich ist ein soziales Absinken, wenn die wirtschaftliche Lage den notwendigen Kulturaufwand nicht erlaubt. Der Edelmann behält freilich sein Prädikat, das ihm den späteren Wiederaufstieg erleichtert. — In bürgerlichen Kreisen fehlt dies „Hilfsmittel", und so ist denn gerade hier ein soziales Auf und Ab weit häufiger, der jeweiligen wirtschaftlichen Lage einer Generation gemäß. In beiden Fällen kann eine gewisse Kulturtradition als „Stabilisator" dienen, aber auch ihre Wirkung ist beschränkt und kann das Geschehen nur verzögern, nicht aber endgültig verhindern. — Der Weltkrieg und seine Nachwirkungen haben eine ungeheure Umwälzung in der wirtschaftlichen Lage des baltischen Deutschtums gebracht. Die augenfälligste Erscheinung war die Agrar„reform", durch die mit einem Schlage der gesamte deutsche Landadel wirtschaftlich aus dem Sattel geworfen war (was ja wohl mit eins der erstrebten Ziele darstellte). Weniger klar zutage tretend war andrerseits die gewaltige Geldentwertung der Revolutionszeit, die die Mehrzahl aller baltisch-deutschen Barvermögen verschlang. Unmerklich ist bereits eine beginnende soziale Umschichtnng am Werke, die unerbittlich der neuen Lage der Dinge gerecht zu werden bestrebt ist. Noch ertragen wir die „Unbill der derzeitigen Verhältnisse", noch hält uns eine altererbte Kulturtradition, aber wir dürfen die Augen nicht der Tatsache verschließen, daß nach dem Zusammenbruch des wirtschaftlichen auch unsere soziale Vormachtstellung sich ihrem Ende nähert.

Wir haben vor den nunmehr zur Herrschaft gelangten Völkern einen kulturellen Vorsprung voraus. Abgesehen davon, daß wir verhältnismäßig viel breitere „gebildete Schichten" haben, ist Kultur schließlich eine Sache, die nicht einfach auf der Schulbank zu erlernen ist, sondern doch immerhin ein ordentliches Teil Erbgut darstellt. Ob der Kulturvorsprung dieser Art, der ohnehin einmal eingeholt werden wird, allein uns vor Entnationalisierung zu schützen imstande ist, bleibt fraglich. Wir müssen bedenken, daß eine Vermischung heutzutage und noch mehr in Zukunft keineswegs mehr einen sozialen Abstieg, wie es früher der Fall war, zu bedeuten braucht, sondern weit häufiger einen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg. Es ist wahr, wir suchen uns nach Kräften der drohenden Gefahr zu erwehren:

wir verfügen heute über eine weit umfassendere national-kulturelle Organisation, als je zuvor; es mag sogar zugegeben sein, daß das nationale Empfinden im Vergleich zu früher vielfach, wenn nicht kräftiger, so doch bewußter geworden ist. Wir erachten unsere nationale Eigenart für ein heiliges anvertrautes Gut, für dessen Erhaltung wir Jahr für Jahr im Verhältnis gewaltige Summen opfern.

Und doch geht Hand in Hand damit eine systematische Zerstörung der wichtigsten Schutzwaffe, die wir im Kampf darum besitzen. Freilich, noch lebt in der Mehrzahl von uns, allen Anfeindungen zum Trotz, jenes altererbte Melioritätsbewußtsein, das Jahrhunderte hindurch den baltischen Deutschen vor Aufgehen im fremden Volkstum bewahrte. Die Grundlagen, auf denen es einst erwuchs, sind heute bis auf die letzte, den kulturellen Vorsprung (wie lange noch?) zerstört. Trotzdem ist es allzutief durch eine vielhundertjährige Geschichte in uns verwurzelt, als daß es ersterben könnte, ohne eine neue Form selbstbewußter Abwehrhaltung geboren zu haben — wenn wir nicht selber die Axt an den Stamm legen und uns des stärksten Halts, den die Pflege unserer nationalen und kulturellen Sonderart besaß, berauben.

Unsere Politik wird vom Gedanken der Demokratie getragen. Die gleiche Richtung weist unsere größte baltische Tageszeitung. Es steckt da viel Widersinn. Wir können uns nicht zu einer Anschauung bekennen, die uns, so wie wir sind, wesensfremder sein muß, als jede andre. Die Frage geht garnicht darum, wie weit unser baltisches Melioritätsbewußtsein, oder der nationale Dünkel, wie es von seinen Gegnern genannt wird, heute unter den veränderten Verhältnissen als begründet erscheint. Sondern es geht darum, daß es widersinnig, ja Wahnsinn ist, auf Grund uns heute noch wesensfremder Doktrinen den drohenden Prozeß der Assimilation mutwillig zu begünstigen.

Ein Melioritätsbewußtsein in seiner früheren Form muß von selbst, dem Zuge der Zeit folgend, eine Abwandlung erleiden. Wehren aber wollen wir uns gegen die drohende Erstickung des eigentlich baltischen Lebensgefühls durch eine umfassende Demokratisierung unserer öffentlichen Meinung. Dies Lebensgefühl ist von jeher ein aristokratisches gewesen in allen Schichten unseres Volkstums und soll es auch in Zukunft bleiben.

Riga H. Bosse

Politische Übersichten

Estland

Im Mittelpunkt des politischen Interesses standen in der Berichtsperiode die Fragen betreffend die weitere Durchführung des Roggenschutzgesetzes und die Vergebung der Konzession auf die Wasserkraft der Narova, dann der Rücktritt des Kabinetts Strandman.

Bekanntlich stieß die Durchführung des Roggenschutzgesetzes, wie zu erwarten war, auf erhebliche Schwierigkeiten. Die Firmen, welche den Ankauf der ersten Roggenrate übernommen hatten, haben den gekauften Roggen zu einem großen Teil bis heute noch nicht realisiert, da vor dem Erlaß des Roggenschutzgesetzes eingeführter billiger ausländischer Roggen zunächst noch in genügender Menge im Lande vorrätig ist, um die Bedürfnisse des Marktes decken zu können. Unter diesen Umständen haben die privaten Getreidefirmen natürlich gar kein Interesse daran, sich an den weiteren Roggenaufkäufen zu beteiligen, und so muß der Staat sie auf eigene Kosten und auf eigenes Risiko durchführen. Dazu fehlten aber zunächst die nötigen Kredite, deren Beschaffung Gegenstand langwieriger Verhandlungen war. Der für die zweite amtliche Roggenabnahme in Aussicht genommene Termin — Ende Dezember oder Anfang Januar — konnte unter diesen Umständen nicht eingehalten werden, was natürlich bei den interessierten Landwirten einen großen Unwillen hervorrief. Schließlich einigte man sich dahin, daß die nötigen Geldmittel durch eine Anleihe bei der Eesti-Bank beschafft werden sollten. Zu diesem Zwecke war ein diesbezügliches Spezialgesetz notwendig, das denn auch von der Regierung ausgearbeitet und vom Parlament nach heftigen Debatten angenommen wurde. Nach diesem Gesetz erhielt die Regierung das Recht, eine Anleihe im Betrage bis zu 5½ Millionen Kronen bei der Eesti-Bank aufzunehmen. Da diese aber den ganzen Betrag nicht mit einem Male zur Verfügung stellen konnte, wurde beschlossen, das noch von den Landwirten auf Grund des Roggenschutzgesetzes abzunehmende Quantum Roggen nicht mit einem Male aufzukaufen, sondern in einzelnen Raten. Mit dem amtlichen Ankauf von Roggen ist dann nun endlich begonnen worden. Die Eesti-Bank hat dem Staat vorläufig 2 Millionen Kronen zur Verfügung gestellt. Die Abnahme erfolgt wie das erste Mal durch die großen Getreidefirmen, diese Mal aber auf Rechnung des Staates, während die Firmen für ihre Mühe eine gewisse Provision erhalten werden. Man kann gespannt darauf sein, wann und zu welchem Preise der Staat diese aufgekauften Roggenvorräte wird realisieren können, was davon abhängt, wie groß die Vorräte der Getreidefirmen an vor dem Erlaß des Roggenschutzgesetzes eingeführtem ausländischen Roggen sind (die weitere Einfuhr ausländischen Roggens ist bekanntlich bis auf weiteres gänzlich gesperrt). Daß diese Vorräte jedenfalls sehr viel größer sind, als auf Grund einer diesbezüglichen Enquête anfangs angenommen wurde, steht wohl außer jedem Zweifel. Da diese Vorräte mit einer fünfprozentigen Steuer belegt werden sollten, ist natürlich nur ein gewisser Bruchteil der tatsächlich vorhandenen Mengen angegeben worden. Wie pessimistisch die Getreidefirmen selbst die Möglichkeit einer Reali-

sierung des auf Grund des Roggenschutzgesetzes gekauften Roggens zu den amtlichen hohen Preisen ansehen, ergibt sich schon daraus, daß sie von dem ihnen vertragsmäßig zustehenden Recht Gebrauch gemacht und von der Regierung verlangt haben, daß diese ihnen einen Teil der von der ersten Roggenabnahme noch unverkauft gebliebenen Vorräte zum 1. Februar abnimmt (Zeitungsnachrichten zufolge handelt es sich hierbei um 6–7000 t).

*

Die Vergebung der Konzession zur Ausnutzung der Wasserkraft der Narova war die zweite wichtige Frage, mit welcher Regierung und Parlament in der Berichtsperiode sich zu beschäftigen hatten. Während die schon lange andauernden Verhandlungen mit verschiedenen ausländischen Firmen um die Vergebung der sog. „großen Konzession" (d. h. der Konzession zur vollen Ausnutzung der Wasserkraft) nicht recht vom Flecke kamen, weil für ein so großes Kraftwerk im kleinen Estland nicht genügend Absatz vorhanden wäre, nahm ein Projekt festere Gestalt an, welches nur die Wasserkraft einiger Nebenkanäle der Narova ausnutzen will. Zur Durchführung dieser Pläne wurde im Sommer vorigen Jahres die „Steinöl-Elektrizitäts-Gesellschaft" gegründet, an welcher sich alle an diesem Projekt interessierten Firmen, vor allem die Krähnholmer Manufaktur und die Estländische Steinölgesellschaft beteiligten. Die Anlage soll in erster Linie der Versorgung der estländischen Brennschieferindustrie mit der nötigen elektrischen Betriebskraft dienen. Die Einrichtung des geplanten Kraftwerkes will die Firma Siemens-Schuckert liefern, wobei sie den dafür zu zahlenden Preis zu 8% auf 10 Jahre der Steinöl-Elektrizitäts-Gesellschaft kreditieren will. Die Regierung Strandman verhielt sich zum Projekt dieser sog. „kleinen Konzession" wohlwollend und hatte ein entsprechendes Projekt der Staatsversammlung vorgelegt. Doch entstand diesem Plan ein erbitterter Gegner in der Person des Führers der Volkspartei und früheren Staatsältesten Jaan Tõnisson. Und während die zuständigen Kommissionen des Parlaments über das Projekt berieten, wetterten Tõnisson und seine Freunde in ihrer Presse dagegen. Inzwischen erschien auch noch die englische Firma Standard Industrial Trust Ltd. auf dem Plan und bat um eine Optionsfrist zur Prüfung der Frage einer Konzession auf sämtliche Kraftquellen Estlands. Da dieses Gesuch aber ganz allgemein gehalten war und nichts enthielt, was auf eine ernstliche Absicht der Engländer schließen ließ, beschloß die Regierung, die Engländer um nähere Angaben ihrer Pläne zu bitten und die Beratungen wegen Vergebung der „kleinen" Konzession trotzdem ruhig fortzusetzen. Die Volkspartei verlangte daraufhin die sofortige Absetzung der „kleinen" Konzession von der Tagesordnung. Als die übrigen Koalitionsparteien sich dieser Forderung nicht anschlossen, wurde sie von Tõnisson und einigen anderen erneut in ultimativer Form dem Staatsältesten persönlich vorgetragen. Aber auch dieses Ultimatum hatte keinen Erfolg. Die Regierung blieb bei ihrem Standpunkt, daß die „kleine" Konzession trotz der Anfrage der Engländer vergeben werden könne, es müßten dabei nur die nötigen Bestimmungen in die Konzession aufgenommen werden, welche die Möglichkeit gewährleisteten, späterhin auch die gesamte Wasserkraft der Narova auszunutzen. Und so ist denn der Stand der Angelegenheit zurzeit der, daß über die „kleine" Konzession in den Kommissionen des Parlamentes weiter verhandelt wird, daneben aber auch mit den englischen

Firmen (es sind jetzt bereits mehrere), die sich für die „große" Konzession interessieren, Verhandlungen über die Gewährung einer Optionsfrist geführt werden.

*

Die Frage der Konzession auf die Wasserkraft der Narova hat schließlich auch den formalen Anlaß zum Austritt der Estnischen Volkspartei aus der Regierungskoalition gegeben, welche im Endresultat zum Rücktritt des Kabinetts Strandman geführt hat. Denn während zwischen dem Vertreter der Volkspartei in der Regierung, dem Landwirtschaftsminister Kerem, und den übrigen Ministern ein durchaus befriedigendes Verhältnis bestand und eine positive Zusammenarbeit durchaus möglich war, erlaubte sich die Presse der Volkspartei (insbesondere der in Dorpat erscheinende „Postimees", das Blatt des Parteiführers Jaan Tõnisson) immer häufigerere und schärfere Ausfälle gegen die Regierung. Hierbei war es besonders die geplante „kleine" Konzession, die, wie oben bereits erwähnt, von der Volkspartei aufs heftigste bekämpft wurde. Als dann schließlich am 21. Januar in einem Artikel des „Postimees" dem Staatsältesten Strandman und dem Wirtschaftsminister vorgeworfen wurde, sie ließen sich in Sachen der Konzession auf die Narova-Fälle von persönlichen Vorteilen leiten, riß dem Staatsältesten die Geduld und er verlangte das Ausscheiden der Volkspartei aus der Regierung, welchem Standpunkt die übrigen Koalitionsminister sich anschlossen. Minister Kerem stellte sein Portefeuille auch sofort zur Verfügung. Die Frage der Neubesetzung des Postens des Landwirtschaftsministers stieß nun aber auf unüberwindliche Hindernisse, da sowohl die Landwirte wie die Ansiedler auf dieses Portefeuille Anspruch erhoben und sich auf keinen Kandidaten einigen konnten, so daß Strandman schließlich gezwungen war, die Demission des Gesamtkabinetts zu erklären.

*

Die Wirtschaftskrise zieht immer weitere und weitere Kreise. Die Preise für Produkte der Landwirtschaft zeigen weiterhin fallende Tendenz. Von einer Rentabilität der Landwirtschaft kann bei uns unter diesen Umständen wohl überhaupt nicht mehr gesprochen werden. Da aber der Bauer für Einkäufe kein Geld hat, so bricht in der Stadt ein kaufmännisches Unternehmen nach dem anderen zusammen. Im letzten Bericht wurde der Zusammenbruch der Diskontobank erwähnt. Jetzt ist ihr die Kommerzbank, die in fast allen Städten Estlands Filialen hatte, gefolgt. Am 14. Januar hat diese Bank ihre Zahlungen eingestellt. Die Kapitalien der Bank sollen verloren sein, die Höhe der Verluste der Einleger kann zurzeit noch nicht bestimmt werden. Die Forderungen der Eesti-Bank sollen dagegen gedeckt sein. Daß dieser Zusammenbruch der Kommerzbank beim Publikum eine große Erregung hervorgerufen hat, ist wohl nicht weiter verwunderlich. Das Vertrauen zu den Banken scheint dadurch in weiten Kreisen stark erschüttert zu sein, und es macht sich vielfach die Tendenz bemerkbar, Geld nicht mehr auf einer Bank zu deponieren, sondern irgendwie anders anzulegen.

*

Angesichts der katastrophalen Wirtschaftslage und des starken Rückgangs der Einnahmen des Staates war es in diesem Jahr außerordentlich schwer, den staatlichen Haushaltplan für das kommende Finanzjahr aufzustellen, doch

war es schließlich der Regierung gelungen, die Einnahmen- und die Ausgabenseite ins Gleichgewicht zu bringen. Hierzu mußten allerdings sehr einschneidende Kürzungen auf der Ausgabenseite vorgenommen werden. Namentlich sind auch die durch Gesetze festgelegten Teile des Budgets nach diesem Entwurf starken Streichungen unterworfen worden, so daß bei Annahme dieses Budgetentwurfes ganze 12 Gesetze abgeändert werden müßten. Unter diesen radikalen Streichungen finden sich u. a.: starke Kürzungen verschiedener Gehälter, Herabsetzung aller Pensionen um 20 %, beträchtliche Herabsetzungen verschiedener durch Gesetze festgelegter Kredite, so derjenigen für Wegebauzwecke, für den Ausbau der Binnenwasserwege, für Zwecke der Fürsorge und der Wohlfahrtspflege usw. Ob aber alle diese projektierten Streichungen die Zustimmung des Parlaments erhalten werden, ist mehr als fraglich. Ebenso fraglich ist es aber auch, ob die kommende Regierung diesen von dem zurückgetretenen Kabinett Strandman ausgearbeiteten und in das Parlament eingebrachten Budgetentwurf akzeptieren, oder selbst Änderungen beantragen wird.

Als eine gesunde Maßnahme muß die von der Regierung beantragte Erhöhung der Schulgelder in den staatlichen Mittelschulen (um etwa 40 Kronen pro Schüler im Jahr) begrüßt werden. Dadurch wird der Staat Ersparnisse machen, dann aber hoffentlich auch der für unser Land viel zu starke Andrang zu den Mittelschulen eingedämmt werden.

*

Auf außenpolitischem Gebiet wäre in erster Linie zu vermerken, daß die Handelsvertragsverhandlungen mit Litauen zu einer Einigung und Abfassung eines Vertragsentwurfes geführt haben, der allerdings noch von den Parlamenten der beiden beteiligten Staaten ratifiziert werden muß. Estland gewährt Litauen nach diesem Vertragsentwurf 20 % Zollermäßigung auf Weizen und Eisenwaren, während Litauen Estland 50—80 % Zollermäßigung für die Erzeugnisse der estländischen Brennschieferindustrie und 25 % Zollermäßigung für verschiedene estländische Baumwollgarne eingeräumt hat.

Auch mit Lettland werden die Handelsvertragsverhandlungen fortgeführt, ebenso mit Finnland. Am 9. Januar fuhr der estländische Außenminister Lattik zu einem Besuch des finnländischen Außenministers nach Helsingfors, wo er überaus herzlich empfangen wurde. Ob aber die bei dieser Gelegenheit geführten inoffiziellen Besprechungen einen positiven Erfolg haben werden, wird erst die Zukunft lehren können.

Angesichts der durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen schwierigen Lage und der Tatsache, daß eine Reihe von Staaten bedeutende, auch die estländische Wirtschaft berührende Zollerhöhungen vorgenommen haben, ist die Ratifizierung der Genfer Zollfriedenskonvention seitens des estländischen Parlaments vorläufig vertagt worden – ein symptomatisches Zeichen für die heutige chaotische Lage auf dem Gebiete der Zollpolitik der europäischen Staaten.

In Kowno hat eine vorbereitende Beratung von Vertretern der drei baltischen Staaten Estland, Lettland, Litauen in Sachen der Vereinheitlichung der Rechtsnormen der baltischen Staaten stattgefunden. Bei dieser Beratung ist beschlossen worden, daß die eigentliche Konferenz zur Vereinheitlichung der Rechtsnormen im Mai dieses Jahres in Kowno stattfinden soll. Auch wurde ein

ständiges Büro errichtet, das für einen fortlaufenden Kontakt zwischen den Justizverwaltungen und den sonstigen in Betracht kommenden Instanzen der beteiligten Staaten sorgen soll.

*

Im Domkirchenprozeß haben beide Parteien weitergeklagt. Zurzeit liegen die Dinge bekanntlich so, daß das Staatsgericht endgültig entschieden hat, daß das formale Eigentumsrecht an der Domkirche und den zu ihr gehörigen Immobilien und Mobilien dem Staate zusteht. In einem weiteren Prozeß hatte nun der Appellhof in zweiter Instanz entschieden, daß das Nutzungsrecht an der Kirche und den zugehörigen Immobilien und Mobilien der deutschen Domgemeinde zusteht. Mit dieser Entscheidung haben sich nun beide Parteien nicht zufriedengegeben. Und zwar beansprucht die Domgemeinde außer dem Nutzungsrecht auch das Besitz- und Verwaltungsrecht. Man kann gespannt sein, wie das Urteil des Staatsgerichtes ausfallen wird.

Die Taara-Anhänger, deren Gesuch um Registrierung einer Taara-Kirche vom Innenministerium bekanntlich aus formalen Gründen abgelehnt wurde, sind mit einer neuen Zeitschrift „Hiis" an die Öffentlichkeit getreten. Diese Zeitschrift, deren erste Nummer bereits erschienen ist, hat sich zur Aufgabe gestellt, das estnische Volk von den „fremden" Göttern abzuwenden und zu Taara zurückzuführen.

Dorpat, Anfang Februar 1931 L. v. M.

Litauen

Selten hat eine litauische Regierung fast ein halbes Jahr hindurch innen- und außenpolitisch zu gleicher Zeit einen so schweren Stand gehabt wie das Kabinett Tubelis.

Der im Vertrauen auf die Desinteressiertheit Deutschlands an den memelländischen Fragen und auf die geringe Widerstandskraft der in achtjährigem Kampf um die Bewahrung ihrer Sonderstellung im litauischen Staate zermürbten Memelländer 1930 — im „Jahre Vytautas des Großen" — inszenierte Kampf gegen die Memelautonomie über dessen Einzelheiten hier im Novemberheft berichtet wurde endete mit einer Niederlage; man mußte angesichts der Haltung der deutschen Regierung, die sich vorteilhaft von der des deutschen Gesandten in Kowno unterschied, Schritt für Schritt zurückweichen. Zwar ließ Litauen zwischen September 1930 und Januar 1931 nichts unversucht, Deutschland „umzustimmen" d. h. zur Duldung des Bruchs der „Genfer Vereinbarungen" und zur Rücknahme der im Hinblick auf die innenpolitischen Auswirkungen im Falle der Niederlage sowie die bevorstehenden Auseinandersetzungen mit Polen in der Frage der Eröffnung der Teilstrecke Koschedary-Landworowo der Libau-Romnyer Eisenbahn besonders unangenehmen Memelbeschwerde zu bewegen; auf der Septembertagung des Völkerbundsrates war es nur zu einer Einigung über die dringlichsten Punkte gekommen. Man glaubte Deutschland auf die Vorteile der litauischen Freundschaft öffentlich hinweisen zu müssen, man verstieg sich dazu, mit einem Wirtschaftskrieg zu drohen, erinnerte sich jedoch noch rechtzeitig, daß die von Deutschland nach Litauen gehenden Gütermengen nur 0,4% des deutschen Gesamtexportes ausmachen, die litauische Ausfuhr nach Deutschland aber durchschnittlich 52,7% der litauischen Gesamtausfuhr. Infolgedessen verfiel man wieder auf den „pol-

nischen Schrecken". Christliche Demokraten und Volkssozialisten — die beiden großen Oppositionsparteien — durften ungeachtet des „Kriegszustandes" zwischen Litauen und Polen für eine litauisch-polnische Verständigung intensive Propaganda treiben, wobei sich die offiziellen Instanzen beider Parteien wohl hüteten, sich klar darüber zu äußern, wie weit die Verständigung gehen sollte; man dementierte indessen nicht die Auslassungen von Außenseitern wie Gabrys, der ein polnisch-litauisches Bündnis forderte. Die Spekulation auf die Furcht der deutschen Regierung vor der Umklammerung Ostpreußens und dem Verlust der Landverbindung zu den baltischen Staaten und Rußland hin erwies sich aber als verfehlt, und Litauen bequemte sich zu der nahezu völligen Realisierung der Curtius-Zaunius'schen Abreden noch vor der Januartagung des Völkerbundsrates. Auf der 62. Ratstagung geriet die Memelbeschwerde durch die breite Behandlung der Oberschlesienangelegenheit und der litauisch-polnischen Fragen ins Hintertreffen; nach Entgegennahme des Berichtes des Norwegers Mowinkel, der in der Frage der Zulässigkeit der Ausdehnung des Kriegszustandes auf das Memelgebiet sowie der Zuständigkeit des litauischen Obersten Tribunals die Einholung von Gutachten des Ständigen Internationalen Gerichtshofs im Haag empfahl, und kurzer, aber sehr heftiger Auseinandersetzung zwischen Dr. Zaunius – der den Bericht und die Anrufung des St. J. G. mit der merkwürdigen Begründung ablehnte, man könne den Gerichtshof nicht mit einer internen Streitigkeit der litauischen Regierung mit einer der Provinzen Litauens befassen — und Dr. Curtius, welcher für den Bericht eintrat und insbesondere den Vorschlag unterstützte, zur Förderung der für das Memelgebiet besonders wichtigen Finanzanteilsverhandlungen einen von der Finanzkommission des Völkerbundes zu benennenden Sachverständigen als Vorsitzenden der memelländisch-litauischen Kommission mit Schiedsrichtervollmachten einzusetzen, wurde die Vertagung der Memelbeschwerde auf Mai beschlossen. Zaunius erklärte dies Pressevertretern gegenüber für einen Sieg und sprach von großem Verständnis, das die Ratsmitglieder — insbesondere England — Litauen gerade in der Memelfrage entgegenbrächten. Daß diese Auslassungen — ebenso wie die scharfen Reden in Genf – nur als Spiegelfechtereien zur Beruhigung der litauischen Bevölkerung zu werten sind, geht schon aus folgendem hervor: die litauische Fraktion im memelländischen Landtag — sie erhält ihre Weisungen aus Kowno bezw. vom Gouverneur — stellte den Antrag, eine Kommission zur Durchführung von Verhandlungen mit der Zentralregierung über die noch nicht erledigten Punkte der Memelbeschwerde einzusetzen, was dann auch geschehen ist.

*

In der Eisenbahntransitfrage hat Litauen eine größere Atempause bekommen. Seit 1917 ruht der Verkehr auf der Strecke Libau–Romny; er wäre inzwischen zweifellos wieder aufgenommen worden, wenn nicht Zeligowski durch seinen Überfall auf Wilna den litauisch-polnischen Konflikt heraufbeschworen hätte, der Litauen zur Wahrung seines Standpunktes zum Verzicht auf jeden Verkehr mit Polen und zur Unterbrechung aller nach Polen führenden Eisenbahnlinien an der Demarkationslinie veranlaßte, so daß eine Durchreise durch Litauen nach Lettland unmöglich ist. Die Hauptleidtragenden dieser Sperre sind Wilna und Libau, aber auch Königsberg klagt. Libau führt die Minderung seiner Bedeutung (Rückgang des Exports auf etwa 20%, des Imports auf etwa 24%

des Vorkriegswertes, Aufhören des Auswandererverkehrs) vor allem auf die Verkehrssperre zurück und rechnet mit einer starken Belebung seines Handels nach deren Beseitigung. Lange Zeit blieb die lettländische Regierung den Libauer Vorstellungen gegenüber, bei Litauen zu intervenieren, taub; erst als Litauen mit dem Bau der Bahn Amaliai Telschi–Kretingen begann, nach deren Fertigstellung Memel zum Endpunkt der Libau–Romnyer Bahn werden würde — die Entfernung von Bievis und Libau beträgt 388 km; die jetzt 444 km große Entfernung zwischen Bievis nach Memel würde auf 382 km herabgedrückt werden —, erfolgten offizielle Schritte Lettlands in Kowno und Genf, die eine schwere Verstimmung zwischen beiden Staaten zur Folge hatten. Der Völkerbundsrat beschloß damals (Oktober 1928) die Einsetzung einer Studienkommission, die an Ort und Stelle nachprüfen sollte, inwieweit der Eisenbahnstreit die Rechte dritter Staaten tangiere. Diese Kommission erstattete nunmehr auf der Januartagung des Völkerbundsrates ihren Bericht, in dem sie zu dem Ergebnis gelangt, daß der Konflikt das internationale Wirtschaftsleben insofern berühre, als er Königsberg, Memel und Libau schwer schädige. Litauen lehnte den Bericht ab und wies darauf hin, daß die Bahn durch die veränderten Produktionsverhältnisse in ihrem Einzugsgebiet, insbesondere im südlichen Teil — den Gouvernements Poltawa, Homel usw. — ihre frühere Bedeutung verloren habe. Es konnte sich ferner auf die Desinteressementserklärungen Deutschlands — das man durch Konzessionen in der Memelfrage hierfür gewonnen hatte — und Lettlands, das durch den Handelsvertrag zu freundschaftlichem Verhalten verpflichtet worden war, stützen. Der Rat beschloß daraufhin, gestützt auf den Artikel 14 der Völkerbundssatzung, den Ständigen Internationalen Gerichtshof um gutachtliche Äußerung zu ersuchen, „ob die geltenden internationalen Bestimmungen Litauen verpflichteten — unter den derzeitigen Bedingungen — die Strecke Landworowo — Koschedary (Verbindung zwischen Wilna und Kowno) für den Transit freizugeben, und, wenn ja, unter welchen Bedingungen die zum In-Gang-bringen des Transits notwendigen Maßnahmen getroffen werden könnten". Wenn dieser Beschluß auch ein Ignorieren des litauischen, deutschen und lettländischen Vorbringens bedeutet, so verschafft er der Regierung Litauens doch eine längere Atempause — Zaunius rechnet damit, daß der St. J. G. mehrere Jahre sich der Sache werde widmen müssen, ehe er zu einem Ergebnis käme — die man zum Ausbau der litauischen Beziehungen zu Lettland und Estland, vor allem aber zur energischen Bekämpfung der Opposition benutzen will.

*

Der inzwischen in Kraft getretene litauisch-lettländische Handelsvertrag hat für Litauen außen- und innenpolitisch sehr erhebliche Bedeutung. Außenpolitisch hat er sich in dem litauisch-polnischen Eisenbahnkonflikt bereits bewährt; er ist von Litauen als Anfangsglied einer Reihe von Konventionen gedacht, die eine möglichst enge Zusammenarbeit der baltischen Staaten zur Sicherung ihrer Unabhängigkeit gewährleisten sollen; inzwischen ist der Handelsvertrag bereits durch eine Anzahl kleinerer, darum aber nicht unwichtiger Verträge ergänzt worden, die den schiedsgerichtlichen Austrag von Konflikten, den Schutz der Minderheiten eines Vertragspartners auf dem Territorium des andern (Frage der Gründung litauischer Schulen auf lettländischem Gebiet), die Ausübung der Fischerei in den Gewässern des anderen Vertragsteiles sowie die Behandlung der

Besitzer von Grundstücken, welche durch die Grenzziehung geteilt wurden, betreffen Die innenpolitische Bedeutung des Handelsvertrages für Litauen, genauer für die derzeitige litauische Regierung, liegt in der Erschließung des lettländischen Marktes für die litauische Landwirtschaft. Die regierungsseitig planmäßig geförderte Umstellung der landwirtschaftlichen Produktion vom Körnerbau auf Viehzucht und Milchwirtschaft vollzieht sich naturgemäß nicht so rasch, wie die litauischen Wirtschaftspolitiker es wünschen — wenn auch u. a. sich der Wert der Ausfuhr von Milcherzeugnissen von 1925—29 von 0,5 Millionen Lit auf 4,3 Millionen Lit, der Butterausfuhr von 7,1 auf 31,4 Millionen Lit erhöht hat —, die Getreideproduktion ist immer noch erheblich, die Absatzverhältnisse aber ungünstig; die Silos waren überfüllt und das Angebot trotzdem noch groß. Die Verpflichtung Lettlands, in den nächsten beiden Jahren u. a. jährlich 5000 t Weizen sowie eine gleiche Menge Roggen zu einem Preise abzunehmen, der für Weizen 80% der am Abnahmetage an der Chikagoer Börse notierten Preise, für Roggen 73% des Weizenpreises beträgt — 4000 t Weizen und 2500 t Roggen müssen bis zum 1. April abgenommen werden; die ersten Lieferungen sind inzwischen erfolgt — stellt den Absatz eines großen Teiles des Getreideüberschusses sicher. Einen weiteren Teil hofft man in Estland unterzubringen, mit dem man inzwischen gleichfalls Handelsvertragsverhandlungen angeknüpft hat, die zu einem provisorischen Abkommen führten, in dem Litauen Estland auf Erzeugnisse der Schieferindustrie 50—80% und für einige Arten Baumwollwaren 25% Nachlaß auf die geltenden Mindestzölle einräumt, während Estland Litauen auf Weizen und Eisenwaren — Stapelartikel — 20% nachläßt. Die Kündigungsfrist beträgt 2 Monate; die Lettland eingeräumten Vergünstigungen kommen nicht ohne weiteres auch Litauen bezw. Estland zugute; ein ähnlicher Vorbehalt ist übrigens auch zum litauisch-lettländischen Handelsvertrag gemacht worden. Die wirtschaftliche Lage der Getreidebauern bessert sich nun. Das wird der Regierung Tubelis in zweifacher Hinsicht zugutekommen; einmal braucht sie weniger Mittel für landwirtschaftliche Kredite (Stützungsaktion zugunsten der Getreidebauern) herzugeben und kann dafür mehr für Chausseen- und Bahnbau einsetzen, zum andern wächst ihr Ansehen bei der bäuerlichen Bevölkerung erheblich, was ihr angesichts der Auseinandersetzungen mit den Christlich-Demokraten und den Volkssozialisten sehr gelegen kommt.

*

Die Christlich-Demokraten und die Volkssozialisten erstreben den Sturz des Tautininkairegimes. Unter „normalen" Umständen, d. h. in einem parlamentarisch regierten Staat, wäre eine dieser Parteien längst schon wieder am Ruder; Kriegszustand, Pressezensur und Überwachung der Versammlungen machten ihnen indessen die Entfaltung einer großen Massenaktion lange Zeit unmöglich; unterdessen begann die Bevölkerung — vor allem die Männer, die in dem Staatspräsidenten Smetona als dem Begründer der Litauischen Republik eine Art von Nationalheros erblicken — sich mehr und mehr an die Herrschaft der Tautininkai zu gewöhnen, die Übertritte zur „Partei Smetonas" nahmen zu, ihr Einfluß bei der Jugend wuchs. Während den Volkssozialisten bis heute der Weg in die Öffentlichkeit verbaut ist, eröffnete sich den Christlich-Demokraten durch das von Woldemaras abgeschlossene Konkordat ein Weg ins Freie; durch das Konkordat war die Durchführung einer auf Stärkung des katholischen Glaubens abzielenden sog. „katho-

lischen Aktion" sanktioniert. Diese „katholische Aktion" stellten die Führer der christlich-demokratischen Partei, welche sich zu einem sehr großen Teil aus den Kreisen der Klerus rekrutierte, in den Dienst der Machterringung und entfalteten besonders unter der Schuljugend und der weiblichen Bevölkerung eine rege und sehr wirksame Propaganda, welche die Regierung zu sehr energischen Abwehrmaßnahmen, wie dem Verbot der Ateitininkai, einer sehr verbreiteten katholischen Studenten- und Schülervereinigung, zu Strafverfahren gegen katholische Geistliche sowie zur Verschärfung der Pressezensur gegenüber christlich-demokratischen Blättern veranlaßte. Das Verbot der Ateitininkai und die Genfer Vereinbarungen in der Memelfrage boten der Opposition einen vorzüglichen Agitationsstoff, der während einer — allerdings nur kurzen — Periode der Lethargie der Tautininkairegierung voll ausgewertet werden konnte, so daß man in Kowno einige Tage lang mit einem Aufstand rechnete. In der Folgezeit griff das Kabinett Tubelis wieder energisch durch, verbot dem Vorsitzenden der christlich-demokratischen Partei, Krupavičius, das Städtchen Garliava, wo er als Geistlicher wirkt, zu verlassen und nach Kowno zu kommen, der bekannte katholische Theologe Professor Rankelis wurde für die Dauer des Kriegszustandes aus dem Kreise ausgewiesen, der Pfarrer Lipnickis in Koschedary interniert, der frühere (christlich-demokratische) Finanzminister Dr. Karvelis, Mitarbeiter in der Katholischen Aktion, zusammen mit dem Vorsitzenden des Zentralkomitees und dem Generalsekretär der Katholischen Aktion, Pfarrer Meskauskas und Stopas, für die Dauer des Kriegszustandes in das Konzentrationslager Vorny verschickt; Redakteure des christlich-demokratischen Parteiblattes „Rytas", die den Verbannten bei der Abreise Ovationen gebracht hatten, erhielten vom Kownoer Kriegskommandanten erhebliche Geldstrafen zudiktiert, und der bekannte christlich-demokratische Politiker Bistras mußte sich in der gleichen Angelegenheit eine unangenehme Untersuchung gefallen lassen; gegen die vier katholischen Pfarrer Zalcius, Zinys, Drumila und Prielgauskas sowie gegen 9 Mitglieder der Studentenverbindung Ateitininkai ist wegen Hetzpropaganda gegen die Regierung ein Verfahren vor dem Kriegsgericht eingeleitet; die Untersuchung liegt in den Händen des Untersuchungsrichters für besonders wichtige Angelegenheiten Mosictis. Außerdem hat die Regierung Schritte beim Vatikan unternommen, insbesondere würde sie die Abberufung des derzeitigen päpstlichen Nuntius in Kowno, Bartoloni, der die Geistlichkeit in ihrem Kampf unterstützt, gern sehen. Die Antwort der Bischöfe auf die Maßnahmen der Regierung war die In-Verruf-Erklärung der die Tautininkai unterstützenden katholischen Geistlichen sowie die Verhängung des Kirchenbannes über zwei Regierungsblätter, den „Lietuvos Aidas" und die „Vienybe". Eine Verschärfung der Lage brachte der Brief des Papstes an die katholische Geistlichkeit Litauens, in dem er zu der Tätigkeit der Katholischen Aktion Stellung nimmt, sie gutheißt und den Klerus auffordert in der Arbeit fortzufahren, unbekümmert um die Mißhelligkeiten, die sich für die einzelnen Träger der Aktion daraus ergeben könnten. Die Verbreitung einer Vervielfältigung dieses päpstlichen Schreibens hat die Regierung inhibiert, da der vom litauischen Klerus veröffentlichte Text unvollständig sei. In der Abschrift, welche die päpstliche Kanzlei der Regierung übermittelt hat, befindet sich angeblich ein Satz, der besagt, daß sich die Geistlichkeit davor hüten solle, die Katholische Aktion mit der Politik zu verquicken. Diese Fassung des Papstbriefes würde den Tautininkai die Handhabe zu rücksichtslosem Vorgehen gegen die

politisierenden katholischen Geistlichen, d. h. zur Ausschaltung des größten Teils der Führer der christlich-demokratischen Partei bieten, und damit wäre das Schicksal der größten Oppositionspartei besiegelt. Um die Echtheit der einen oder der anderen Fassung ist eine heftige Auseinandersetzung in der litauischen Presse entstanden, beide Teile stellen den von dem anderen veröffentlichten Text als Fälschung hin; nunmehr stellt der „Rytas", das Organ der Christlich-Demokraten, die Behauptung auf, es sei möglich, daß beide Fassungen echt seien und daß ein Versehen der päpstlichen Kanzlei vorläge; derartige „Versehen" seien schon öfter vorgekommen; die der Regierung zugegangene Fassung sei aber nur eine Abschrift des Entwurfes; der maßgebende Text sei der der erzbischöflichen Kanzlei in Kowno zugegangene. Man wartet in Kowno gespannt auf das Ergebnis der Besprechungen des nach Rom berufenen Nuntius mit dem Vatikan. Den Tautininkai wäre ein Bruch mit der Kirche höchst unangenehm, denn es erscheint sehr fraglich, ob ihnen die zum Teil fanatisch religiöse Bevölkerung nach Verhängung des Kirchenbannes über Litauen noch Gefolgschaft leisten bezw. ihrem Regiment auch weiterhin abwartend gegenüberstehen würde. Die Partei stellt sich deshalb stets gut katholisch — sie vermeidet die ihr im Grunde erwünschte Koalition mit den im Lande als „gottlos" verschrienen Volkssozialisten, die ihrerseits gern mit den Tautininkai paktieren möchten, um nur endlich wieder einmal zu praktischer politischer Betätigung zu gelangen — und weist immer wieder darauf hin, daß sie der Kirche alle Privilegien belassen wolle, nur müßte sie von den Geistlichen Enthaltung von jeglicher politischer Tätigkeit verlangen. Das ist es aber, worauf die christlich-demokratische Partei niemals wird eingehen können. Unter diesen Umständen muß man mit einer weiteren Verschärfung des „Kulturkampfes" in der nächsten Zeit rechnen. Wer Sieger bleiben wird, ist nicht abzusehen.

P.

Kleine Beiträge

Randbemerkungen zur Bildungskrise

Die „Krise" spielt heute eine ähnliche Rolle, wie der Teufel im Mittelalter, Sie ist ein bösartiges irrationales Etwas. das alle Lebensgebiete bedroht. Es gibt da erstens die große allgemeine „Krise", dann aber auch die vielen kleinen. Eine belästigt den Flachshandel, eine andere wirft sich auf die Bildung. Professoren berichten darüber schlimme Dinge. In Erlangen sei Karl May der von den Studenten meistgelesene Schriftsteller. Nun, das hätten die jungen Leute allerdings früher erledigen können. Das Ergebnis einer Umfrage unter den Studenten Gießens ergab u. a.: die Hälfte etwa hat kein Werk von Gerhart Hauptmann gelesen, Stefan George und Rilke sind nur ganz wenigen dem Namen nach bekannt. Hüten wir uns vor zu weit gehenden Verallgemeinerungen. Immerhin, eins stimmt: das Interesse für Lyrik, „schöne" Literatur, auch für Kunstgeschichte ist bei der jüngeren Generation nicht groß. Es ließe sich sogar noch mehr behaupten: die Klagen der geisteswissenschaftlichen Fakultäten über die Interesselosigkeit und mangelnde Vorbildung der jungen Studenten sind voll und ganz berechtigt. Woran liegt das aber? Stellen wir erst fest: die naturwissenschaftlichen Fakultäten klagen nicht. Die theoretische Physik hat ihre große Zeit. Mehrere Ordinariate sind mit jungen Leuten Ende der Zwanziger besetzt, die

schon Weltruf haben. Über Stagnation, über mangelnde geistige Aktivität könnte man in Deutschland auch auf anderen Gebieten wirklich nicht klagen. Es liegt wohl daran, daß die alten Grundlagen nicht mehr tragfähig sind.

Die Grundlagen unserer geisteswissenschaftlichen Fakultäten, überhaupt des deutschen Bildungsbegriffes liegen im Zeitalter der Aufklärung — im Zeitalter des deutschen Idealismus, um es noch bestimmter auszudrücken. Es ist eine von Deutschen vielgeübte Methode, die Größe eines Mannes oder einer Zeit dadurch nachzuweisen, daß andersgeartete, aber ebenfalls große Männer oder Zeiten absprechend beurteilt werden. Es sei ferne von uns, Kant oder Goethe anpöbeln, oder im deutschen Idealismus eine Sackgasse, einen Irrweg sehen zu wollen. Es ließe sich aber wohl folgendes behaupten: Die Geistigkeit, von der Aufklärung bis heute, war wesentlich abstrakter Art. Die gewaltigen geistigen Impulse des deutschen Idealismus wurden von den Nachfolgern weiter verarbeitet und differenziert, aber immer in der Sphäre abstrakter Geistigkeit. Das führte zu einer selbstgenügsamen Geistesseligkeit, oder zu einem Abgleiten von der geistigen Ebene auf die intellektuelle – führte schließlich zum Bildungsphilister, zum „Schöngeist" und zum deutschen Bildungsreisenden, der sein Urbild in Wilhelm Meister sah. Die elementaren Katastrophen (Weltkrieg, Revolution), die über uns hereinbrachen, bewiesen zur Genüge die Ohnmacht einer abstrakten Geistigkeit. Die Jugend will nun nichts mehr von ihr wissen.

Es wäre falsch, daraus auf völlige Ungeistigkeit und Geistesfeindschaft zu schließen. Es wäre auch falsch, wie es manche geistvolle Theoretiker tun, nun auf irrationale Seelenkräfte, Blut oder Rasse zu setzen. Ethos läßt sich nicht biologisch ableiten. Übertrieben ausgedrückt: es gibt nur ein Kennzeichen guter Rasse, und das ist — standhalten. Es ist der Jugend also um eine andere Art von Geistigkeit zu tun. Man könnte diese vorläufig mit dem Wort „Tatdenken" bezeichnen. Man sollte sich von dem anscheinenden Materialismus und dem vorwiegend technischen Interesse der Jugend nicht beirren lassen. Das ist nur eine Vorstufe. Vergessen wir doch folgendes nicht: über 90 Prozent aller im Erwerbsleben stehenden Deutschen verdienen weniger als 200 Mark im Monat. Mit dem Rest ist es zum größeren Teil auch nicht viel besser bestellt — und wie müssen sie dafür arbeiten! Was bleibt da an Zeit und Geld noch für kulturelle Zwecke übrig? Es steht aber auch nicht zu erwarten, daß die extrem aktive, begabte und vitale Jugend davon zermürbt wird und schließlich resigniert.

Die Idee der Technik hat allen eingeleuchtet. D. h.: es ist dem Menschen möglich, sich die Kräfte dieser Erde nutzbar zu machen, die materielle Grundlage für jeden arbeitswilligen Menschen zu sichern, einen vernünftigen Ausgleich zwischen Verbrauch und Produktion zu schaffen. Das will für die nächste Zukunft besagen: es stehen uns wirtschaftliche und soziale Machtkämpfe bevor, deren Ziel eine wirtschaftliche, soziale und staatliche Neuordnung wäre. Erst nach erfolgter Neuordnung dieser Grundlagen wären die Energien für Kulturelles, für eine Lebensgestaltung vom Geiste her frei. Aber schon eben scheinen manche Kreise der jungen Generation bereit, geistige Führer anzuerkennen, die auf eine höhere Stufe weisen. Nur müssen sie spüren, daß es diesen Führern nicht um Weltferne und Weltflucht und abstrakte Geistigkeit zu tun ist, sondern um Lebensgestaltung vom Geiste her.

Es sei noch folgendes gesagt: man begeht einen großen Irrtum, wenn man

die Welle, die sich in Deutschland bildete, nur unter dem Gesichtspunkte eines Aufschwunges des Nationalgefühles sehen wollte, oder etwa vorläufige Formulierungen (etwa die antisemitische Ideologie) allzu ernst nehmen wollte. Die soziale und wirtschaftliche Neuordnung (und nicht nur die Deutschlands) spielen eine entscheidende Rolle. Es ist die Gefahr jedes Konservatismus, daß er den Punkt zu früh setzt. Eine konservative Bewegung, die die wirtschaftsrevolutionären Tendenzen der Jugend nicht genügend berücksichtigt, wird nie auf große Gefolgschaft rechnen können.

Zum Abschluß wären noch zwei Probleme zu berühren: das der Elite und das der Religion.

Der Amerikaner Sinclair Lewis, der kürzlich den Nobelpreis erhielt, meinte neulich, nie hätte die europäische Kultur höher gestanden als heute. Das ist nur insofern richtig, als es allerdings eine kleine Elite in Europa gibt, deren Kultur den Erdball umfaßt. Man muß bedenken: zur Zeit des deutschen Idealismus war die Erde noch nicht rund. Weite Teile unserer Welt hätten damals noch auf anderen Planeten sein können. Wir verdanken es der Technik, daß der Begriff Menschheit (früher eine sentimental gefärbte Abstraktion) uns etwas Konkretes bedeutet. Auf der wirtschaftlichen Ebene ist das ohne weiteres einleuchtend: wenn in China keine Wirren wären, hätte Deutschland weniger Arbeitslose. Damit stellt sich aber auch eine Aufgabe für den Geist: zu verstehen und zu gestalten. Man vergesse nicht — es sind europäische Ideen sozialen und nationalen Charakters, die eben den Orient beschäftigen. Ein Amerikaner entwirft eben ein Erziehungsprogramm für das mexikanische und chinesische Schulwesen. Der Geist hat, wie man sieht, stärkere Wirkungsmöglichkeiten, als je früher. Damit ist aber auch das Schlagwort von der Demokratisierung des Geistes erledigt. Es kann in Zukunft nicht (wovon einige unentwegte Demokraten träumen) ein zwar niedrigeres, aber dafür ausgebreiteteres Bildungsniveau geben. Im Gegenteil. Für die überwiegende Mehrzahl wird sich nicht mehr das Problem der „Allgemeinbildung" und „Weltanschauung" stellen — es wird auf einen durchgebildeten Körper und Charakter ankommen und auf die konkreten Bildungselemente, die im Heimatlichen und Volkstümlichen enthalten sind. Auf eine Dämpfung des Nationalen und eine Neustimmung des Gefühls (im Verhältnis zum Nächsten, in Familie und Freundschaft) wird es ankommen. Darüber wird sich eine kleine, universal gebildete Elite erheben, selbstverständlich national verwurzelt, aber übernational in ihrer geistigen Auswirkung.

Eine Beurteilung der religiösen Lage unserer Zeit erfordert besondere Behutsamkeit. Eigentlich müßte da jeder Satz mit einem Fragezeichen versehen werden. Es liegt nur weniges offen zutage, und auch das ist vieldeutig Es ist ein gewagtes Beginnen, Menschen Religion zu- oder abzusprechen. Vielleicht liegt das Problem in großen Zügen so: während vor dem Kriege die Massen an der Kirche festhielten, standen die meisten Gebildeten, „Geistigen" ihr ablehnend gegenüber, hielten höchstens aus gesellschaftlichen, politischen oder traditionellen Gründen zu ihr. Heute scheinen die Massen der Kirche immer mehr zu entgleiten. In einigen russischen Kirchen sollen anstelle der Ikonen Bilder und Photographien von modernen Maschinen hängen. Vielleicht charakterisiert das die Lage. Die Massen nehmen ihre materielle Situation nicht mehr ruhig hin. Sie verlangen — und das ist ihr gutes Recht — eine Verbesserung und erwarten sie von der modernen Technik und einem so oder anders gearteten Sozialismus. Armut sei

nicht von Gott gewollt, sondern eine Krankheit — meinen sie. Die Kirche sei mit dem kapitalistischen System eng verknüpft. Der Europäer (und neuerdings auch der Orientale) ist zu aktiv, um einen bedrückenden Zustand hinzunehmen und dafür in der Religion Trost zu suchen. Wenn es ihm materiell schlecht geht, wird er in irgend einer wirtschaftlichen oder sozialen Theorie eine Ersatzreligion suchen, die ihm einen Weg aus seiner Notlage weist. Diese Feststellung ist sicherlich ebenso banal, wie richtig. Solange also die wirtschaftliche Notlage andauern wird, wird auch mit einer weiteren Ausbreitung der antireligiösen Bewegung zu rechnen sein — also auf viele Jahre hinaus.

Die begabtesten, besten Köpfe hingegen wollen sich mit pseudowissenschaftlichen Ersatzreligionen nicht mehr begnügen. Ob die Kirche ihnen den Weg zu einer neuen Gemeinschaft weisen wird? Zweifel daran sind oft genug und von den verschiedensten Seiten geäußert worden. Der Frage der Moral kommt hierbei eine allgemein empfundene Bedeutung zu. Ein geistvoller Psychologe schrieb neulich, Moral sei das einzige Ding auf Erden, das sich nicht verbessern ließe. Jede neue Moral sei nämlich vom Standpunkt der alten Unmoral. Die Besten der heutigen Jugend sind gerade dabei, sich vom Schlagwort der erotischen Freiheit abzuwenden, und sind um neue Formen bemüht. Allerdings wird der Nachdruck ganz auf die Selbstverantwortung gelegt und werden objektive Normen als solche noch nicht anerkannt. Diese jungen Menschen setzen sich mit Barth und Gogarten eifrig auseinander, bleiben aber im übrigen für sich. Die Situation der Kirche wäre also die: die Massen wenden sich von ihr ab, und die Besten der Jugend finden kein Verhältnis zu ihr, fühlen sich von ihr zurückgestoßen.

Es ist nicht anzunehmen, daß diese Entwicklung zur Bildung eines neuen Protestantismus (gegen die protestantischen Kirchen) führen könnte. Unbefriedigend ist die Lage im Augenblick allerdings sehr. Stupel warnte in seinem „Deutschen Volkstum" vor einem Konflikt zwischen der nationalen Bewegung und dem Christentum (repräsentiert durch die Kirchen). Als Randbemerkung (ich las den Aufsatz in einer Lesehalle) hatte ein Student dazu geschrieben: „Aber das Christentum und das nationale Prinzip sind doch Gegensätze und müssen sich feindlich gegenüberstehen!" Eigentlich sollte es doch klar sein, daß es sich hier weder um Gegensätze noch um Ergänzungen handeln kann. Das Christentum und die nationale Idee gehören verschiedenen Regionen an, lassen sich darum freilich auch nicht christlich-national verkoppeln. Das Christentum ist universal, oder es ist nicht.

Barth und Gogarten üben eine starke Wirkung aus, und zwar gerade auf die Kreise, die außerhalb der Kirche stehen. Leicht machen sie es dabei keinem. Wo aber lebendige religiöse Kräfte am Werk sind, da stellt sich auch die Gefolgschaft ein. Und damit hätte die protestantische Kirche ja auch alle Möglichkeiten für sich,

E. v. S.

Volkstheorie

M. H. Boehm, der bekanntlich im vergangenen Herbst den an der Hochschule für Politik in Berlin neugegründeten Lehrstuhl für Volkspolitik übernommen hat, führt in einem Aufsatz im „Ring" (Januarheft 1931) erstmalig die Grundgedanken des von ihm demnächst erscheinenden Werkes über Volkstheorie aus. In der „Baltischen Monatsschrift" ist in vielen Aufsätzen (so: Neuzeitliche nationalpolitische Probleme, Nov.-Dez. 1927, Staatskrise und auslanddeutsche Nationalitätenpolitik, Heft 3 — 1929, Ethnokratie, Heft 10 — 1929 u. a. m.) auf die Unzulänglichkeit des Volksbegriffs bei seiner Anwendung in politischen, be-

sonders aber nationalpolitischen Fragen hingewiesen worden. Volk — die Summe aller Bürger, Volk — die Sprach- und Kulturgemeinschaft, Volk als Demos oder als Ethnos, Volk gegliedert in Stämme oder in Nationalitäten, Volk als Vorstufe zur Nation oder als ihr Träger — wir finden bei Soziologen, Politikern, Publizisten, bei Wissenschaftlern jeglicher Disziplin die verschiedensten und unterschiedlichsten Anwendungen des Volksbegriffes, und das in Schrift- und Sprachgebrauch, wie auch bei Übersetzungen.

Zu ganz besonderen Unzulänglichkeiten führen diese Divergenzen, diese „geistigen Verkehrshindernisse" bei allen zusammengesetzten Worten. Wenn Volk ein überstaatlicher Begriff sein soll — und das ist er wohl zumindest im Empfinden aller volkspolitisch eingestellten Deutschen — so werden Worte wie Völkerrecht, Völkerbund, Volksstaat, kurz alle die Begriffe, die Volk in Staatsgrenzen einkapseln, fallen müssen. Die von Boehm in langjährigen Arbeiten vorbereitete „Volkstheorie" findet ihre Bedeutung und ihre Begründung wesentlich in dem Umstand, daß alle größeren volkstheoretischen Arbeiten (so Wilh. Heinr. Riehls richtungweisendes Werk „Naturgeschichte des Volkes") Bemühungen darstellen, die „dem Anliegen unserer Zeit", der Problematik von Staat, Gesellschaft, Kirche, Nationalitätenpolitik u. s. f. — nicht Rechnung tragen. Die Abstandnahme zwischen Volk und Staat, die seit mehreren Jahrzehnten in der europäischen Entwicklung sichtbar geworden ist, bietet den wohl stärksten historisch-politischen Ausgangspunkt für das Bedürfnis nach einer Volkstheorie.

Ob Individuen oder Personen, atom- und zellenartige Teilelemente das Volk konstituieren, ob dem einzelnen die Zugehörigkeit zum Volk durch Zwischenbildungen wie Familie und Stamm vermittelt ist oder ob der Bezug unmittelbar gesehen und begründet werden muß: all das sind wichtige Vorfragen, die zu den konkreten Einzelproblemen weiterführen, die das Volk als eigenständige Gemeinschaft in Spannung mit anderen gesellschaftlichen Solidarisierungsfaktoren an uns richtet. Volksgesittung, Volksethos, Volksrecht, Volksorgane, Volksführung und vor allem auch Volksgemeinschaft können erst richtig verstanden werden, wenn dieses Verständnis durch eine Analyse der Volkskollektivität als solcher unterbaut ist. Auch wer im Sinne einer primär personalistischen Volkstheorie auf den unmittelbaren Bezug des einzelnen zum Volksganzen Wert legt, wird die besonderen Fragen nicht leicht nehmen, die etwa ein ethnisches Gebilde wie der Stamm an uns stellt. Der Volksstamm tritt nämlich keineswegs bloß als Zwischengebilde zwischen Person und Volk vor uns hin, sondern auch als embryonale Vorform oder Verkümmerungserscheinung des vollkräftigen reifen Volkes. Es erweist sich, daß eine außerordentlich reizvolle Fülle von Erscheinungen sozusagen auf der ethnischen Ebene vor uns ausgebreitet wird, sobald wir das Volk als Individualität höherer Ordnung und als Kollektivum in seiner inneren Teilung, Schichtung und Stufung und zugleich in seiner Einordnung in umfassendere Völkergruppierungen konkret und gründlich untersuchen. Und eben daran hat es bisher gefehlt.

Im gleichen Heft des „Ring" schreibt Georg Holthausen über den Volksbegriff der Weimarer Verfassung, über „Volk als Träger der gesamten staatlichen Ordnung". Innerstaatlich nivellierend, nach außen hin wiederum eingekapselt in die Staatsgrenzen des Reiches, sehen wir den — immerhin erst nach dem Weltkrieg geprägten — Volksbegriff der Weimarer Verfassung als einen den heutigen volkstheoretischen Problemen gegenüber vollkommen hilflosen und unanwendbaren Begriff. Aber auch alltagsmäßig-praktisch

klafft ein Riß zwischen diesem Volksbegriff und etwa dem des „Volk in Not", der alle Deutschen umfaßt, gleichviel wo sie das deutsche Leid der Nachkriegszeit ereilte, oder der gesamtdeutschen Volksgemeinschaft, um deren organische Schau und organisatorische Erfassung das ganze Auslanddeutschtum seit Jahren bemüht ist.

Boehms Arbeit, der man mit größtem Interesse entgegensehen darf, wird sich gerade auf das Volk als Ganzheit richten und wird — so hoffen wir — der Volkstheorie neben der Staatslehre, der Volkswirtschaftslehre u. a. Disziplinen ein eigenständiges Recht auf wissenschaftliche Selbständigkeit sichern.

W. H.

Umschau

Besitzunsicherheit in Lettland

Der Pessimismus, den wir in den letzten Heften an dieser Stelle äußerten, scheint gerechtfertigt: nun soll der Rigaer Dom den Deutschen durch ein Spezialgesetz enteignet werden. In der Parlamentssitzung am 20. Februar brachten das demokratische Zentrum und der Abgeordnete Skujeneek den Gesetzesantrag ein, die Domkirche mit allen Nebengebäuden ins Eigentum des Staates überzuführen und dem Kriegsminister zur Verfügung zu stellen. Der Antrag wurde mit 46 gegen 19 Stimmen — es waren nur 65 Abgeordnete im Saal — der öffentlich-rechtlichen Kommission übergeben. Unter die Gegenstimmen zählt geschäftsordnungsgemäß auch die Stimmenthaltung des Nationalen Blocks. Für die Kommissionsübergabe des vom Abg. Skujeneek begründeten Antrags stimmte auch der Bauernbund.

Noch ist die letzte Entscheidung nicht gefallen. Da der Bauerbund, die Regierungspartei, nicht gegen den Antrag gestimmt hat, muß man auf das Schlimmste gefaßt sein.

Wird der Dom tatsächlich enteignet, so wäre der Beweis dafür erbracht, daß rechtmäßiger Besitz in Lettland gesetzlich nicht gesichert ist; so wäre vor der Geschichte erwiesen, daß die maßgebenden Gruppen des lettischen Volkes in zwölf Jahren nicht die Kraft besessen haben, dem Staat, der an ihren Namen geknüpft ist, Stellung und Ansehn eines Kulturstaates zu sichern.

Wir Deutschen aber müssen dann unter unsere Hoffnungen auf Zusammenarbeit und Verständigung, Hoffnungen, die wir länger als ein Jahrzehnt hindurch allen Entrechtungen und Enteignungen zum Trotz aufrechterhalten haben, einen Strich ziehn.

R. W.

Zur Frage der lettländisch-litauischen Annäherung

Die politische Bedeutung der Kownoer Vertragsabschlüsse zwischen Lettland und Litauen hat bereits eine längere Reihe verschiedener Würdigungen erfahren. Es ist dabei in gewissem Sinne kennzeichnend, daß diese Würdigungen gerade in den beiden unmittelbar beteiligten Staaten, im Verhältnis gesehen, am zurückhaltendsten gewesen sind. Es ist für niemand ein Geheimnis, daß die wirtschaftliche Bedeutung der lettländisch-litauischen Novemberabkommen als keine sehr hohe anzusprechen ist; ihr Schwergewicht ruht vielmehr auf der politischen Seite, deren selbst halboffizielle Erörterung man geflissentlich vermieden hat. Der lettländische Ministerpräsident und Außenminister hat besonders hervorgehoben, daß es sich lediglich um wirtschaftliche Fragen handle, sowie um die Anbahnung einer Regelung der kulturellen Beziehungen (besonders der litauischen Schulfrage in Lettland

und umgekehrt, wobei zugegeben wird, daß von einem lettischen Erfolg in letzterer Hinsicht kaum gesprochen werden kann). Die bürgerliche lettische Presse steht (mit einer einzigen Ausnahme) Polen nach wie vor freundlich gegenüber und geht demzufolge politischen Erörterungen der neuen Lage im Baltikum (oder richtiger den Ansätzen zu einer solchen) aus dem Wege. In Litauen ist man in politischen Dingen weit weniger delikat, und so hat denn der Kownoer Offiziosus „Lietuvos Aidas" in seinem Leitartikel anläßlich des lettländischen Besuchs am 24./25. November die Lage der baltischen Staaten Polen gegenüber mit einigen Bemerkungen gestreift, die der Beachtung auch noch nachträglich wert erscheinen. In dem Artikel wird vor einer Einbeziehung Polens in die baltische Kombination, bezw. vor der Anlehnung einer solchen an Polen gewarnt unter dem Hinweis auf die dadurch entstehende Gefahr für das gute Verhältnis der baltischen Staaten zu ihrem russischen Nachbarn.

Die Warnung vor Polen ist natürlich und auch in den Spalten dieser Zeitschrift vielfach ausgesprochen worden; umso erklärlicher ist sie in dem litauischen Leitartikel. Einer besonderen Erklärung schien es hierbei gar nicht zu bedürfen; Polens zweifelhafte außenpolitische Lage ist seit den letzten Jahren eine unmißverständliche Tatsache. Niemand aber in Lettland hat dabei an Moskau gedacht. Der Kern des polnischen Übels liegt schließlich in seinen unbegrenzten und völlig unvernünftigen imperialistischen und nationalen Aspirationen, die aber weitaus in erster Linie dem deutschen Osten gegenüber zum Ausdruck kommen. An seiner Ostgrenze ist Polen territorial saturiert; von den Schreiern, die nach Kiev und Odessa wollen, können wir getrost absehen; andererseits hat sich Sovetrußland als Macht um das Schicksal der ukrainischen Minderheit in Polen wenig gekümmert (da schon der Charakter des bolschewistischen Staates eine Minderheitenpolitik in unserem Sinne ausschließt), und es liegt kein Grund vor, darin einen zukünftigen Anstoß zu Feindseligkeiten zwischen Polen und Sovetrußland zu sehen. Diese beschränken sich vielmehr durchaus auf die unerquicklichen Verhältnisse an der polnisch-russischen Grenze; aus dem allgemeinen, wenig erfreulichen Stande der polnisch-russischen Beziehungen heute ernste Besorgnisse herleiten zu wollen, wäre übertrieben, und das wissen die Litauer genau so gut wie die übrige Welt. Ganz anders aber liegen die Dinge im Westen, denn hier bestehen beide Seiten auf Ansprüchen, die alle nur erdenklichen Möglichkeiten in sich bergen. Die Aussichten, daß sich das Reich mit seinen Versailler Ostgrenzen einmal zufriedengeben wird, schwinden von Tag zu Tag, und tagaus, tagein erscheinen in der polnischen Öffentlichkeit die Stimmen, die einen weiteren Ausbau der polnischen Macht im Westen fordern. Solche Ansprüche werden nicht von einzelnen Drahtziehern allein gestellt, sondern von breiten Massen der polnischen Bevölkerung getragen, und die polnische Regierung ergeht sich in immer neuen, längst überflüssigen Erklärungen, daß Polen jeden Versuch einer Schmälerung seines Gebiets mit dem Säbel in der Faust beantworten würde. Diese Tatsachen sind die Grundlagen der Bedenken gegen die Heranziehung Polens zu den baltischen Staaten. Gerade deren Lage Sovetrußland gegenüber aber wäre der einzige Anlaß, eine solche Heranziehung in Erwägung zu ziehen.

Die Dinge sind zurzeit noch sehr im Fluß. Wie weit aber der politische Abstand zwischen den baltischen Staaten oder vielmehr ihren politischen Leitungen vorläufig trotz allem geblieben zu sein

scheint, wie vorsichtig die Dinge gehandhabt werden müssen, das zeigt jene offiziöse litauische Auslassung.

Riga * *

Berichterstattung?

Es ist doch so: wer in Riga sich ernstlich um ein Verständnis der deutschen politischen Probleme der Gegenwart bemüht, wem aber keine andere Quelle zu Gebote steht als die „Rigasche Rundschau", bleibt „im Dunkeln unerfahren". Der Deutschland-Teil der einzigen rigaschen deutschen Tageszeitung genügt – das sei einmal ausdrücklich festgestellt — auch nicht den bescheidensten Ansprüchen. Darüber darf eine gewisse stilistische Gewandtheit des Auslandredakteurs nicht hinwegtäuschen. Wäre der Deutschland-Teil der Zeitung bloß arm an Inhalt, so müßte man sich damit in Hinblick auf die offenbare Notlage der Zeitung abfinden. Das Gebotene müßte dafür einwandfrei sein. Unbedingt berechtigt ist die Forderung objektiver Berichterstattung. Diese Forderung ist bei uns so alt wie ihre Nichterfüllung.

Im Laufe der letzten Jahre mußte die höchst einseitige Berichterstattung über die politischen Ereignisse in Deutschland besonders auffallen. Sozialdemokratischer Pressedienst, linksgerichtete Blätter wie die „Vossische Zeitung" oder das „Berliner Tageblatt", Korrespondenz von —ei— (umgewandelt aus A. S.) werden den Lesern der „Rigaschen Rundschau" aufgetischt; die Wiedergabe im Auszug ist nicht einmal immer genau, oft völlig sinnentstellend (ich erinnere nur an „Hugenbergs Parolen für 1931" in Nr. 21 vom 28. Januar; die am nächsten Tage gebrachte Berichtigung war ein Beweis mehr für die Flüchtigkeit der redaktionellen Arbeit); im Resultat erhalten die Leser der „Rigaschen Rundschau" ein Zerrbild vom politischen Leben in Deutschland. Vor allem wenn es sich um den Nationalsozialismus handelt. Wir mischen uns grundsätzlich nicht in den Kampf der Parteien in Deutschland; noch weniger Veranlassung haben wir, den Nationalsozialismus gegen die „Rigasche Rundschau" in Schutz zu nehmen. Wir möchten nur die Frage stellen, ob es — von anderen Erwägungen ganz abgesehen — politisch klug ist, bei jeder Gelegenheit in Leitartikeln und Referaten aus reichsdeutschen Blättern, in Beantwortung von Zuschriften und durch witzelnde Überschriften eine Bewegung zu verunglimpfen, die heute einen gewaltigen Teil des deutschen Volkes erfaßt und jedenfalls eine Zukunft hat. Gewiß, diese Zukunft kann niemand voraussagen, eine Diskussion über sie wäre zwecklos. Wer aber den Sinn historischen Geschehens zu begreifen sucht, wird wissen, daß noch jede geistige Bewegung, so revolutionär und radikal sie sich in ihren Jugendjahren gebärden mag, allmählich in ein ruhigeres Fahrwasser gerät. Der gärende Most wird edler Wein. Das gilt auch von der nationalsozialistischen Bewegung. Daß es sich um Bewegung handelt, wird nicht verstehen, wer gewohnt ist, sich selbst und seine Umwelt stets als etwas Fertiges zu betrachten.

In ihrer Nr. 42 vom 21. Februar hat die „Rigasche Rundschau" ein weiteres Beispiel ihrer Methode gegeben. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" brachte in ihrer Nr. 83—84 vom 20. Februar an leitender Stelle einen Artikel von Kapitän Ehrhardt: „Selbstmord der nationalen Opposition?", der ebenso sachlich wie berechtigt die Haltung der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten im Reichstag kritisiert. Man kann nur bedauern, daß nicht der ganze Artikel Ehrhardts in der „Rigaschen Rundschau" zum Abdruck gelangen konnte, sondern nur eine kurze Inhaltsangabe mit wörtlichen Zitaten; die Leser hätten davon mehr gehabt als von manchem

Feuilleton. Alles, was Ehrhardt an Vorwürfen vorbringt, findet sich getreulich in der Wiedergabe des rigaschen Blattes. Aber Ehrhardt erkennt die große Leistung der nationalsozialistischen Bewegung voll und ganz an; davon schweigt die „Rigasche Rundschau". Ehrhardt schreibt: „Die Hitlerpartei hat, und das ist ihr großes und bleibendes Verdienst, in einer ganz ungewöhnlichen Weise den schlummernden Funken des nationalen Freiheitswillens zu einem glühenden, alle Schichten des Volkes erfassenden Brande entfacht. Die internationalen, marxistischen Kräfte sind von ihr teils niedergekämpft, teils in die Verteidigung gedrängt worden. Das seelische Selbstbewußtsein und damit die innere Stärke der Nation ist nach Jahren einer langen Verzichtstimmung wieder aufgerichtet worden. Die Jugend, die der pazifistischen Seuche zu erliegen drohte, marschiert heute in soldatischen Kolonnen, opfer- und einsatzbereit für ein stolzes und hohes Ziel. Der Genfer Teilerfolg des Außenministers Curtius ist in erster Linie der Tatsache zu verdanken, daß diesmal hinter dem deutschen Vertreter wieder der leidenschaftliche Selbstbehauptungswille eines erwachten Volkes stand".

Welche Gründe dafür sprachen, gerade diesen Teil der Ehrhardtschen Ausführungen den Lesern der „Rigaschen Rundschau" vorzuenthalten, wollen wir nicht näher untersuchen; sie sind auch kaum von Interesse. Wir glauben freilich zu wissen, daß die Leitung der „Rigaschen Rundschau" mit der im Auslandteil der Zeitung beliebten Methode nicht einverstanden ist. Das eröffnet vielleicht einige Aussichten. Uns lag im Augenblick nur daran, mit aller Deutlichkeit einen Trennungsstrich zwischen der „Rigaschen Rundschau" und der baltischen öffentlichen Meinung, wenigstens in Riga, zu ziehen. Die Balten haben kein Interesse daran, in Zukunft die Scheiben bezahlen zu müssen, die die „Rigasche Rundschau" einwirft. W. W.

Zensurfragen

Die lettländische Zensurbehörde überrascht gelegentlich durch ihre Verfügungen. So konnte man kürzlich, als der Tonfilm „Das Flötenkonzert in Sanssouci" für Jugendliche verboten wurde, in lebhaftes Erstaunen geraten. Was der Grund dieser Verfügung war, bleibt dunkel.

Das Urteil über die Handhabung der Zensur pflegt alter journalistischer Tradition gemäß in der Presse ausnahmslos mit Entrüstung oder Ironie gepaart zu sein, man proklamiert jedesmal von neuem die Freiheit der Presse, der öffentlichen Meinung, der Kunst. Dem baltischen Journalismus sitzt die Feindschaft gegen die Zensur im Blut. Wir haben vierzig Jahre lang unter einer beispiellos kleinlichen und törichten feindlichen Zensur zu leiden gehabt, die uns wehrlos den ungerechtesten Angriffen preisgab. Und wir müssen auch heute auf der Hut sein. Die Herrschaft chauvinistischer Bestrebungen bedeutet unvermeidlich auch die presse- und filmpolitische Knebelung schwächerer Volksgruppen — Beispiele stehn uns nah genug. Wie kulturfeindlich Zensur im Dienst nationaler Unterdrückungstendenzen ist, wissen wir gut genug.

Dann der Index verbotener Schriften. Die Liste im alten Rußland war sonderbar genug. In Lettland enthält der Index pornographische und bolschewistische Literatur*). — Natürlich können auch hier Unterdrückungstendenzen eine Waffe finden — wie scharf sie ist, sei freilich dahingestellt. Entrüstung oder Ironie bezeichnen auch dieser Einrichtung gegenüber die übliche Stimmung des Journalisten.

---

*) Doch auch das Buch von A. Volck „Verklingende Zeiten?"

Aber diese Haltung gegenüber der Einrichtung der Zensur als solcher ist doch wohl längst nicht mehr zeitgemäß. Das liberale Pathos der Ära Metternich, der Nikolaitischen Epoche, — es liegt uns fern, es herabzusetzen.

Aber kann das heute unsere Haltung sein — im Jahrhundert des Bolschewismus? im Zeitalter einer Verwilderung auf allen Gebieten, die sich die Avanciertesten der Freiheitskünder vergangener Tage nicht träumen ließen und die tatsächlich keine Grenze mehr kennt? Keine Zauberformel bannt die Bewegung; keine Zensur schafft eine neue Glaubensordnung. Aber soll man tatenlos zusehn? Muß man nicht wenigstens eines versuchen — mit schwachen Mitteln meinetwegen: das heranwachsende Geschlecht vor dem Schicksal der bolschewistischen Jugend zu bewahren? Man weiß doch, welche Faktoren dies Schicksal herbeigeführt, begünstigt, beschleunigt haben. Es ist doch nicht so — wer glaubt das noch? — daß „die Presse", „die Literatur", „der Film", „das Theater" freie selbständige Größen sind, in eigener Würde ruhend, unantastbar, kulturelle Energien an sich. Sie sind doch alle Mittel geworden, und die Zwecke, denen sie dienen, sind so verschieden, wie die Mächte, die um die Herrschaft über die Seelen ringen.

In immer weiteren Kreisen besinnt man sich darauf, wieviel davon abhängt, in wessen Dienst die Mittel öffentlicher Wirkung gestellt werden. In Riga hat kürzlich (am 1. Februar) eine private Veranstaltung stattgefunden, die dieser Sorge Ausdruck gab. In der Resolution — die unter etwa 50 andern auch vom Chef des deutschen Bildungswesens Dr. Wachtsmuth unterzeichnet wurde — wendet sich die Versammlung „mit dem Ersuchen an die Vertreter der Kirche, an die Führer unseres Volkstums, an die Verwaltung des deutschen Bildungswesens, an den Eltern- und Lehrerverband, an die Parteien und die Volksgemeinschaft, Mittel und Wege ausfindig zu machen, um diesem besonders der Jugend gegenüber schädlichen Treiben Einhalt zu gebieten, ehe es zu spät ist".

Gibt man zu, daß Macht und Herrschaft nicht aus der Welt geschafft werden können, so wird es nur darauf ankommen, wer sie in Händen hält. Gibt man zu, daß die Zensur in einer durch und durch unfrei gewordenen Öffentlichkeit eines unter vielen Machtmitteln ist, so wird es nur darauf ankommen, wer sie handhabt. Daß kluge und kulturverständige Menschen die öffentlichen Zwangsmittel lenken, ist das Anliegen, das wir an die Zensur haben, und daß alle, die es angeht, vornehmlich in der Presse, Augen und Ohren der draußen brennenden Problematik öffnen, wünschen wir um der Erhaltung einer vom Chaos bedrohten Kultur willen, die wir lieben.

R. W.

Deutsches Schauspiel in Riga

Schauspieler, die einmal in Riga waren, pflegen in der Regel gerne wieder einmal herzukommen. Andererseits sind die Rigenser treu und anhänglich; sie lieben das Bekannte: man weiß, was man hat. So kam es im Dezember/Januar zu einem Gastspiel der bei uns in guter Erinnerung stehenden Frau Tessa Wolter-Felder.

Das erste ihrer Gastspiele mißglückte voll und ganz. Gott weiß woher, hatte man Kehms und Fehsees „Als ich noch im Flügelkleide" hervorgezogen, einen Schmarren, an dem nichts dran ist. Einige Personen betreten die Bühne, machen dort etlichen ganz wahllosen Blödsinn vor und verschwinden dann wieder. Man kann sich das viel-

leicht eine Stunde lang bei einer Tasse Kaffee gefallen lassen. Aber 4 Stunden lang das im Parkett anhören zu müssen, war eine starke Zumutung. Weder Frau Wolter-Felder, noch die Aufführung überhaupt konnte die peinliche Situation retten.

Wesentlich besser gelang das zweite Gastspiel, Rößlers „Fünf Frankfurter", welche wir noch in unserem alten Stadttheater erlebten. Es ist dieses zweifellos Rößlers bestes Erzeugnis und kann, insbesondere durch die treffliche Milieuschilderung und scharfe Zeichnung der Gestalten, auch heute noch durchaus zur Wirkung gelangen. Die so sehr sympathisch gezeichnete alte Gudula war eine Rolle, die Frau Wolter-Felder überaus lag und welche sie in aller ihrer Würde und Güte zur vollen Geltung brachte. Von den übrigen Darstellern seien Direktor Mark als Anselm und Stephan als Salomon erwähnt, welche fest umrissene Gestalten gaben. Die übrigen drei der fünf Frankfurter (Maurer, Ruschmann, Baender) waren recht blaß. Gut und erfrischend Lundt als Herzog.

*

Verhältnismäßig wenig, zu wenig Interesse wurde Shaws „Teufelsschüler" entgegengebracht, jenem um 1900 erschienenen „Stück für Puritaner", das auch heute noch durchaus wirkt. Natürlich geht es auch schon hier gegen Geistlichkeit und Militär; indessen ist der kriegerische Pastor Anderson, welcher zum Schluß seinen Talar mit der Militäruniform vertauscht, letzten Endes eine sehr sympathische Natur. Schlimmer ergeht es dem Militär: hier ist es die herrliche Gestalt des Generals Bourgoyne, welcher in köstlichster Liebenswürdigkeit die ganze Lotterwirtschaft im damaligen englischen Militär und in der Verwaltung schonungslos enthüllt. An den Bemerkungen, die dieser (von Direktor Mark vortrefflich wiedergegebenen) Gestalt in den Mund gelegt sind, kann man auch heute noch seine ganz vorbehaltlose Freude haben, welche einen Gedanken an gute oder schlechte Tendenz überhaupt nicht aufkommen läßt. Kurze Sentenzen waren ja wohl immer Shaws Stärke, und schon ihretwegen lassen sich auch seine älteren Sachen heute noch gut spielen. Die Aufführung war im ganzen lebhaft und gut.

*

Das Zugstück der Berichtsperiode war fraglos „Meine Schwester und ich", ein musikalisches Lustspiel von Berr und Verneuil; die Musik dazu hat Ralph Bernatzky geschrieben, welcher durch die „drei Musketiere" zu Berühmtheit gelangt ist. Die Bezeichnung „musikalisches Lustspiel", welche immerhin so etwas wie ernstere Ansprüche voraussetzt, besagt zu viel. Es ist nicht mehr als ein musikalischer Schwank, nähert sich zweifellos der Operette, mit viel Gesang und Tanz. Aber nach Herabschraubung dieser Ansprüche kann man am Ding seine harmlose Freude haben, es hat Schwung und immerhin einigen Witz. Und die sehr lebendige Aufführung, die dem Schwank zuteil wurde, trug wesentlich zur guten Wirkung bei. Natürlich wieder im Vordergrund das Duett Rita Graun-Lundt; daß sie solche Sachen gut singen und reizenden Spaß vormachen, ist ja schon längst bekannt. Hier standen sie überaus im Vordergrunde. Zu loben war überhaupt die musikalische Ausführung (Kapellmeister Bolm), nicht aber der Tanz.

*

Einen völligen Mißgriff bedeutete Carpenters Komödie „. . . Vater sein dagegen sehr". Aus dem Titel glaubte man auf eine pikante und witzige Angelegenheit schließen zu können. Aber es war nicht einmal das. Es war eine recht dünne, durch wenig Geist ausgezeichnete Sache, und die paar spaßhaften

Gedanken, welche auftraten, waren der ganzen Aufmachung durchaus nicht wert . . . Schade um die Mühen der Einstudierung.

*

Das Wesentlichste in der Berichtsperiode war zweifellos die Aufführung der „Elisabeth von England" von Ferdinand Bruckner (bleiben wir schon bei dem Pseudonym, unter dem er bekannt ist; wie er wirklich heißt und wer er ist, bleibt doch schließlich Nebensache). Der Aufführung sah man mit ziemlicher Spannung entgegen, war doch allerlei von der Bedeutung des Werkes aus Berlin durchgesickert. Und die Erwartungen wurden, man kann wohl sagen, voll befriedigt. Ein ohne Zweifel starkes, sehr starkes Talent. Man könnte vieles am Stück bemängeln, man könnte seinen Unsterblichkeitswert stark in Zweifel ziehen, aber zugegeben werden muß in jedem Falle, daß es zum mindesten gutes, sehr gutes Theater ist. Und schon dafür muß man in unserer an wertvollen Theaterwerken armen Zeit dankbar sein. Es ist immer ein anspruchsvolles Wagnis, durchaus bekannte, wiederholt behandelte Geschehnisse und Persönlichkeiten zum Gegenstand zu nehmen; gewöhnlich stellen sich dann unwillkürlich Vergleiche mit bereits anerkannten Werken und Darstellungen ein. Bruckner hat dieses Wagnis bestanden; er hat es verstanden, die Elisabeth so zu schildern, daß beispielsweise ein Vergleich mit der Schillerschen Gestalt völlig fernblieb; er schuf etwas ganz anderes und doch etwas nicht im Widerspruch dazu Stehendes. Derselbe Mensch ganz anders gesehen. Jeder Haß, jede Bewunderung wird ausgeschaltet. Wir sehen einen Menschen, der unendlich viel leiden muß durch die Verhältnisse, in die er nun einmal durch Geburt und Stellung geraten ist, der durch dieses Leiden viel Gutes und noch mehr Böses schaffen muß und letzten Endes dadurch in tiefste Resignation gerät — Untergang der Persönlichkeit, trotz aller äußeren Erfolge, in deren Mittelpunkt im Stück der Sieg über die spanische Armada steht. Und ihr in wirkungsvollster Weise gegenübergestellt — Philipp von Spanien, der ganz seiner Idee lebt, einer untergehenden Idee zwar, aber immerhin einer Idee, der keine Zweifel kennt und dem die Niederlage seiner Armada, welche der Verwirklichung seiner Idee ein festes Ziel setzt, nur für kurze Zeit seinen Glauben erschüttern kann. Er stirbt in seinem Glauben hoffnungsvoll und gefaßt, während die „Siegerin" Elisabeth in tiefster Zerrissenheit zurückbleibt. Und da entsteht nun das Problem, das meines Erachtens dem ganzen Stück zugrunde liegt: wer war nun hinsichtlich der persönlichen Wertsetzung der Sieger? Was ist größerer Wert: ohne ganze Überzeugung zu siegen, oder sich mit seiner ganzen Persönlichkeit einer wenn auch absterbenden Idee hinzugeben? Ich weiß garnicht, ob Bruckner dieses Problem gemeint hat, will das auch garnicht behaupten. Aber es liegt im Stück; und Bruckner löst es nicht.

Und in diese Geschehnisse hinein spielen nun die Ereignisse von der Beziehung Elisabeths zu Essex, von dessen Verrat und Untergang, meisterhaft verwoben. Die vielen Gestalten des Stückes sind alle liebevoll behandelt und werden uns sehr nahe gebracht; erwähnt werden müssen als vorzügliche Zeichnungen die des würdigen, ehrenhaften und gütigen Lord Cecil, die des idealistisch-haltlosen unglücklichen Essex, insbesondere aber die des witzigen Schwätzers Bacon, für den alles nur Gegenstand zu witzigen Bemerkungen ist und der somit auf sehr billige Weise immer Recht hat; zweifellos hat Bruckner hier einen Parlamentariertypus, vielleicht sogar eine bestimmte Persönlichkeit im Auge gehabt.

Sehr viel besprochen, bekrittelt und

gelobt wurde die Idee, zwei räumlich von einander weit getrennte Vorgänge sich gleichzeitig auf der Bühne oder, besser gesagt, auf zwei nebeneinander befindlichen Bühnen abspielen zu lassen. Hierdurch wird so etwas wie eine Dreidimensionalität des Dialogs geschaffen. Neben dem gedanklichen Zusammenhang des Wortes auf jedem einzelnen Schauplatz entsteht ein solcher zwischen beiden. Das stellt zweifellos mitunter an den Hörer immerhin einige Anforderungen. Es sind, und das ist ganz natürlich, durchaus gegensätzliche Vorgänge, die gleichzeitig erscheinen, und zwar in der Hauptsache spanisches Escorial und englischer Kronrat. Es läßt sich nicht leugnen, daß durch die Gleichzeitigkeit der Darstellung die Gegensätzlichkeit dieser zwei verschiedenen Welten ganz besonders eindringlich wirkt. Und das ist jedenfalls etwas, was anerkannt werden muß, besonders da, wo die Verwebung der beiden Dialoge wirklich etwas ganz Neues, drittes ergibt. Deshalb kann ich mich dem wiederholt gehörten Vorwurf der „Billigkeit" einer solchen Zweiteilung der Bühne in keiner Weise anschließen. Ob sich diese Idee weiter auswirken wird, bleibt natürlich abzuwarten. Hier hatte sie jedenfalls fruchtbar gewirkt und war wirklich ein Neues.

Schon für die Tatsache der Aufführung dieses Werkes allein muß man der Leitung unseres Schauspiels dankbar sein. Umsomehr, als diese Aufführung ganz vorbehaltlos als wirklich gut bezeichnet werden kann; ein besonderes Verdienst gebührt dem Regisseur Willy Stephan. Sehr anzuerkennen war die Dreiteilung der Bühne, auch da, wo nicht zwei Vorgänge gleichzeitig stattfanden; dadurch wurden Umbauten und Pausen vermieden; nie hätte das Stück so eindrucksvoll gewirkt, wenn der unmittelbare Zusammenhang zwischen den einzelnen Handlungen durch längere Pausen zerrissen worden wäre; so wurde das durchaus vermieden und dadurch Spannung, Gedrängtheit und Unmittelbarkeit erzielt. Dieses aber auf unserer kleinen, primitiven Bühne zu machen, ohne ein Bewußtsein ihrer Mangelhaftigkeit zu erwecken, war ein wirkliches Kunststück, das eine glänzende Lösung fand. Auch sonst, in Gestaltung und Steigerung, kann über die Regie viel Anerkennendes gesagt werden. Nur eine kleine Bemerkung: warum das baltische Schwesternterzett? Es ist gewiß sehr schön; aber paßt es in einen Gottesdienst des 16. Jahrhunderts in der Londoner Paulskirche? Ich glaube, stilvoller und besser wäre es ohne gewesen.

Die Elisabeth gab Frl. Dürath; man konnte nicht sagen, daß man etwas, auch nur Details, anders gewünscht hätte; das, gerade das muß Bruckner gewollt haben; mit einem Wort — eine beinahe vollendete Leistung, über die nähere Erörterungen sich erübrigen, über die man sich nur freuen konnte und die man daher nicht sezieren soll. Den Philipp gab Herr Stephan. Ein wenig im alten Stil, etwa so, wie man früher den Schillerschen gab. Man hätte vielleicht etwas weniger Pathos vertragen; aber im großen war auch dieses eine vorzügliche Leistung. Auch sonst hatte man sich durchaus angestrengt, und es gab viele gut durchgeführte Gestalten, von deren Aufzählung wir absehen müssen.

*

Direktor Mark hatte sich zu seinem Ehrenabend anläßlich des fünften Jahrestages seiner Wirksamkeit an unserem Schauspiel Scribes „Glas Wasser" gewählt, von welchem man immer wieder hört und liest: 1) daß das Getränk ein wenig verschalt sei und 2) daß nicht vergessen werden dürfe, welche Bedeutung Scribe für die Entwicklung des Theaters hatte. Da beides absolut wahr ist, vermerken wir es noch einmal und begnügen

uns mit dieser Feststellung. Jedenfalls ist Bolingbroke immer eine gute Rolle gewesen, und Direktor Mark wußte aus ihr herauszuholen, was zu holen war, so daß auch das Glas Wasser noch wirkte.

Hauptsache war aber nicht das Glas Wasser als solches, sondern Direktor Marks fünfjährige hiesige Bühnenwirksamkeit. Und da muß auch an dieser Stelle Direktor Mark Anerkennung und Dank ausgesprochen werden, denn was er für unser Schauspiel geleistet hat, ist ungeheuerlich. Man erinnere sich nur der Lage, in welcher sich unser Schauspiel vor fünf Jahren befand; katastrophal ist ein gelinder Ausdruck; kaum jemand hoffte auf ein Wiederaufkommen des Schmerzenskindes. Und daß es doch dazu gekommen ist, daß wir heute ein Theater haben, welches sich mit einem durchschnittlichen Provinztheater Deutschlands durchaus messen kann und an dessen Weiterbestehen heute niemand zweifelt, ist zum großen Teil das Verdienst von Direktor Mark.

*

Sehr unterhaltend und witzig, dabei nicht ohne ernsteren Hintergrund war St. John Ervines, des bekannten Londoner Kritikers Komödie „Die erste Frau Selby". Louise Dtrath, Walter Warndorf und Rita Graun waren ganz in ihrem Element, die erste als lebenskluge Weltdame, der zweite als eleganter Grandseigneur und die letzte als perfide Zwischenfrau und Intrigantin. Es war ein netter, amüsanter, nicht anstrengender Abend.

*

Dagegen hätte man Lili Hatvanys „Duell der Liebe" ohne großen Schaden auch nicht aufführen können. Es gibt außer einigen bühnentechnisch sicher angelegten Episoden kaum etwas Originelles. Den Graf mit Monokel, das er bei Rührung fallen läßt, kennen wir ja; auch den bescheidenen edlen Professor, der sozusagen zwischen das liebende Paar hineingeschoben wird; ebenso ist die Gestalt der „urwüchsigen, aber treuen" Dienstmagd uns nicht ganz fremd. Aber infolge der anspruchslosen, freundlichen Bauart des Stückes kam man nicht zum Bösewerden, auch das Spiel war flott und versöhnend. Von den schauspielerischen Leistungen waren wohl die Toiletten von Frl. Dürath das Beste: jedenfalls fanden die den regsten Anklang.

Aber man war im Publikum bei der Premiere nicht sehr aufmerksam; man schaute weniger auf die Bühne, als auf den Stuhl in der ersten Reihe, auf dem kein anderer saß, als der Mann, der nun schon seit zwei Jahrzehnten über das deutsche Theater, wenn nicht das Europas, herrscht und der Schauspielkunst das Gesicht gab, das sie heute hat, — Professor Max Reinhardt. Irgendwie hierhergeschneit. Warum, wissen wenige, und die sagen es nicht. Aber das ist ja auch ganz gleichgültig. Jedenfalls hat er mit unserem Schauspiel bereits bindende Verbarungen getroffen über eine (wahrscheinlich im nächsten Herbst) zu veranstaltende Aufführung. Daß eine wenn auch noch so lose Verbindung mit diesem Manne unermeßliche Möglichkeiten für unser Theater bietet, braucht wohl kaum noch besonders betont zu werden.

W. Mueller

Bücherbesprechungen

Publikationen aus dem Revaler Stadtarchiv Nr. 4: Revaler Geleitsbuch-Bruchstücke, hrsg von Dr. P. Johansen. Mit 3 Abbildungen (1929); Nr. 5: Das Revaler Pergament-Rentenbuch, hrsg. von Artur Plaesterer (1930). Revaler Estn. Verlagsgenossenschaft.

Die Reihe der wirtschafts- und rechtsgeschichtlichen Publikationen aus dem Revaler Stadtarchiv wird hier mit zwei Veröffentlichungen fortgesetzt, die um so wertvoller sind, als wir für die livländische Geschichte noch keine Veröffentlichungen in dieser Art besitzen.

Mit der Veröffentlichung der „Revaler Geleitsbuch-Bruchstücke" gewinnen wir zum ersten Mal Einblick in das Wesen des städtischen Geleits. Obgleich sich aus den vorliegenden Eintragungen wenig über die rechtliche Seite des Geleitswesens in Reval ausmachen läßt - es wird fast stets nur der Name des Geleiteten und die Dauer des Geleits genannt —, gibt der Herausgeber doch ein klares Bild davon, auf Grund gelegentlicher Anhaltspunkte und durch Heranziehung eines jüngeren Revaler Geleitsbuchs (1515 bis 1626).

Der Rat erteilt Geleit durch Vermittlung vertrauenswürdiger Personen. ursprünglich als Schutz vor Gewalt und Überfall, dann aber auch vor jeglicher Gerichtsklage, gegen Schuldforderungen und Güterarrestierungen, als politisches und Massengeleit, oft auch nur für alle Fälle, was bei dem kollektivistischen Verantwortungsgefühl des einzelnen für die Gesamtheit, den unsicheren Verhältnissen und der schnellen Urteilsvollstreckung durchaus geboten war.

Das Geleit als Schutz der reisenden Kaufleute und Gesandten kannten schon die Esten. Später stand der Schutz der freien Straßen und der Reisenden dem Landesherrn zu, in Estland also zunächst den Königen von Dänemark. Gegen Ende des 13. Jahrhunderts ging mit Durchsetzung der Ratsverfassung das Geleitsrecht allmählich auf die Stadt selbst über, zunächst lediglich das prozessuale, seit 1343 aber auch schon das politische Geleit. Die Stadt wahrt sich ihr Geleitsrecht bis in das 18. Jahrhundert, dann aber wird es in der Kapitulationsurkunde von 1710 nicht mehr erwähnt und liegt 1712 bereits in den Händen des livländischen Generalgouverneurs.

Ich kann diesen Ausführungen Dr. Johansens über die Geschichte des Revaler Geleitsrechts nicht ganz zustimmen. Von einem wenn auch primitiven Geleitswesen bei den Esten kann noch keine Rede sein; die angeführten Stellen aus Heinrichs Chronik (Heinrich von Lettland I 11, XI 7, XII 6 und XIII 5) genügen nicht als Beweis für ein Empfinden der Esten für Geleitsrecht. Die Forderung der Rückgabe geraubter deutscher Kaufmannsgüter ist von den Esten nie anerkannt worden und bildete nur für die Deutschen die causa belli.

Auch ist m. E. das städtische Geleit von dem des Landesherrn nicht streng genug geschieden. Es handelt sich nicht darum, daß ein und dasselbe Geleit je nach der Kräfteverteilung mehr in den Händen des einen oder anderen Parten liegt, sondern um zwei ganz getrennte Dinge, was schon allein dadurch deutlich wird, daß für das städtische Geleit keine Zahlungen erhoben wurden, abgesehen von einer geringen Abgabe zu Gunsten

des Schreibers, während das landesherrliche Geleit „einen wichtigen Teil der Einnahmen des Hofs bildete".

Auch kann 1343 noch nicht von einem „Vollbesitz des politischen Geleits" der Stadt gesprochen werden, denn bald darauf, 1349 und 1368, ist die Stadt bei bestimmten politischen Geleitserteilungen noch an die Erlaubnis des Ordensmeisters gebunden. Ich sehe darum das Geleit, das mit dem Einritt des Ordensmeisters verbunden war, auch nicht als eine allmählich entstandene Sitte, sondern als einen Überrest des landesherrlichen Geleits an.

Die Revaler Geleitsbuch-Bruchstücke umfassen die Jahre 1365–1458 und enthalten 1243 Aufzeichnungen, die zum größten Teil aus dem dritten Denkelbuch (Ad 5) stammen, aber auch den verschiedensten Büchern und Dokumenten entnommen sind. Ein besonderes Geleitsbuch ist erst 1406 angelegt worden von dem sich aber nur Bruchstücke erhalten haben. Es war daher keine leichte Aufgabe für den Herausgeber, eine saubere chronologische Anordnung durchzuführen und die einzelnen Handschriften auseinanderzuhalten. Eine sorgfältige chronologische Übersicht vorliegenden der Geleite und das Kenntlichmachen der einzelnen Handschriften im Text ermöglichen aber eine schnelle Orientierung. Eine vergleichende Statistik der Geleiteten nach Ständen und Nationen macht die Entwicklung und Bedeutung des Revaler Geleitswesens deutlich.

Außer dem Gewinn für die Geschichte des Geleitswesens, den man aus der vorliegenden Veröffentlichung ziehen kann, geben die Geleitsbuch-Bruchstücke noch wichtiges Material für die Erforschung der Orts- und Personennamen in niederdeutscher und estnischer Sprache, Daten über die schwedische Einwanderung in Estland und durch die Zusammensetzung der Geleiteten einen Überblick über die Beziehungen Revals zu seinen Nachbarländern.

Alles in allem eine Veröffentlichung, die hohes Interesse beanspruchen darf, und es ist sehr zu begrüßen, daß eine Veröffentlichung des jüngeren Revaler Geleitsbuchs von 1515–1626 für absehbare Zeit in Aussicht gestellt worden ist.

*

Bei dem Revaler Pergament-Rentenbuch haben wir es zum ersten Mal mit einem Stadtbuch zu tun, dessen Inhalt vorwiegend Eintragungen über Verpfändungen von Immobilien bilden, die unabhängig von Eigentumsübertragungen erfolgten. Während im ältesten Revaler Erbebuch, dem Wittschopbuch (hrsg. von L. Arbusow), das die Jahre 1312–1360 umfaßt, noch häufig solche Eintragungen enthalten sind, hören sie mit dem zweitältesten Revaler Erbebuch von 1366–1382 (hrsg. von E. v. Nottbeck) fast ganz auf und sind in einem — heute leider verlorengegangenen — besonderen Buche verzeichnet worden. Eine Fortsetzung dieses Buches bildet das vorliegende Pergament-Rentenbuch, das die Jahre 1382 bis 1518 umfaßt, also parallel dem drittältesten Revaler Erbebuch geführt worden ist.

Es handelt sich hier aber nicht allein um ein Immobilienpfandbuch, sondern eher um ein städtisches Denkelbuch, denn die Zahl der Eintragungen über Verpfändungen von Immobilien beträgt kaum mehr als die Hälfte. Den übrigen Raum nehmen die Bosaten, d. h. Güterarreste (192 Nrn.) und Notizen verschiedenen Inhalts ein, z. B. Schuldentilgungen, Anleihen, Erbteilungen, religiöse Verpflichtungen u. a.

Die Einleitung enthält außer der Beschreibung der Handschrift eine Übersicht der einzelnen Eintragungen nach ihrem Inhalt, ebenso über die einzelnen Schreiber und über die noch vor-

handenen Originalzettel, nach denen die „Bosaten" eingetragen worden sind. Ferner ist auch eine ganze Reihe bis jetzt noch unbekannter Ratsherren aufgeführt.

Leider ist nur die Zusammenstellung dieser Übersichten häufig eine recht flüchtige, es handelt sich hierbei aber größtenteils um Fehler, die sich auf den ersten Blick als solche erkennen und darum leicht vom Benutzer des Buches zurechtstellen lassen.

Die Bedeutung der Veröffentlichung liegt, wie aus dem oben Angeführten hervorgeht, nicht nur im Einblick in das Revaler Pfandwesen, der uns hier gewährt wird, sondern wir können uns auch sonst ein Bild von den Gebräuchen, die sich vor Gericht abspielten, machen. Ferner erhalten wir hier eine wichtige Quelle für die Erforschung des städtischen Immobilienbesitzes.

Es ist eine außerordentlich große Arbeit, die hiermit bewältigt worden ist, enthält doch die vorliegende Veröffentlichung nicht weniger als 1470 Eintragungen; ebenso ist die Zusammenstellung des sehr umfangreichen Personen- und Ortsregisters ein sehr mühevolles und dankenswertes Werk. Leider konnte das Sachregister aus Mangel an Mitteln nicht mit zum Abdruck gelangen, was im Hinblick auf die Wichtigkeit gerade des Sachregisters sehr zu bedauern ist

E. Redlich

Baltische Studenten in Kiel 1665—1865 von Dr. William Meyer, Stadtbibliothekar in Königsberg Pr.

In den „Mitteilungen der Gesellschaft für Kieler Stadtgeschichte" (Kommissionsverlag von Walther G. Mühlau-Kiel) ist kürzlich eine wertvolle Publikation unseres Landsmannes Dr. W. Meyer erschienen auf die auch an dieser Stelle hingewiesen werden soll. Er hat nämlich das von Franz Gundlach 1915 während des Krieges herausgegebene und während des großen Weltgeschehens nicht beachtete „Album der Christian-Albrecht-Universität zu Kiel 1665—1865" auf die Balten untersucht, die an dieser Hochschule studiert haben, um den Anteil an der Heranbildung der baltischen Menschen festzustellen, die ihr geistiges Rüstzeug für das spätere Leben in der Heimat in Kiel erworben haben. Während Rostock und Königsberg daraufhin schon früher eingehend untersucht worden sind, war Kiel so gut wie unbeachtet geblieben. Es war daher sehr dankenswert und für die baltische Personen- und Kulturgeschichte bedeutungsvoll, daß Dr. W. Meyer sich dieser Aufgabe unterzogen und sie mit der ihm eigenen wissenschaftlichen Akribie gelöst hat.

Das Resultat ist überraschend: nicht weniger als 194 Liv-, Est- und Kurländer haben während der zwei Jahrhunderte hier studiert, so daß Kiel gewissermaßen als drittes norddeutsches Kulturzentrum auf den Plan tritt, auf dem junge Balten ihre geistige Nahrung zu sich genommen haben. Eine Statistik ergibt dabei, daß das XVII. Jahrhundert und der Anfang des XVIII. dabei besonders starke Besuchsziffern aufweisen. Der in die Augen springende Rückgang der Besucherzahl wird seine Erklärung wohl durch den den Wohlstand des Landes vernichtenden Nordischen Krieg und die in seinem Gefolge auftretende furchtbare Pest finden. Die von Dr. Meyer mit großer Sorgfalt zusammengebrachten Lebensnachrichten ehemaliger Kieler Studenten aus dem Baltenlande bestätigen diese Annahme. Erst als gegen Ausgang des XVIII. Jahrhunderts die Nachwirkungen des Nordischen Krieges überwunden werden, steigt auch in Kiel wieder die Zahl der baltischen Studenten, bis dann die 1802 erfolgte Begründung der Landesuniversität Dorpat sie aus Kiel fast völlig verschwinden läßt. Meyer hat dann weiter untersucht, woher die Lands-

leute kamen, und hat bei 186 das feststellen können: 79 stammten aus Estland, 65 aus Livland, 37 aus Kurland und 4 aus Ösel. Vielleicht hat bei dem Überwiegen der Estländer die alte Verbindung zwischen Reval und dem Kiel benachbarten Lübeck eine gewisse Rolle gespielt.

Sehr schwierig, ja eigentlich unmöglich war es, zu einem auch nur annähernd richtigen zahlenmäßigen Ergebnis über das Studienfach zu gelangen, dem die baltischen Studenten obgelegen haben. Nur das scheint festzustehen, daß die Hälfte aller in Kiel immatrikulierten Balten (91) Theologie studiert haben; ein umso bedeutsameres Ergebnis, „als es auch in kleinem Rahmen mit unserer Kenntnis über das allgemeine Bildungsniveau im Baltenlande des XVII. und XVIII. Jahrhunderts übereinstimmt, nach welcher der deutsche Prediger vor allen anderen Ständen eine hervorragende Stellung als Vertreter wissenschaftlicher Hochschulbildung und als erfolgreicher Pionier deutscher Kulturarbeit im Baltikum einnimmt". Für die baltische Personengeschichte sind Dr. W. Meyers Untersuchungen von großem Wert. Er selbst nennt in der Einleitung unter den Kieler Studenten Johann Reinhold von Patkul, den großen livländischen Staatsmann des Nordischen Krieges, seinen Zeit- und Parteigenossen, den schwedischen General Otto Arnold von Paykull, den ausgezeichneten kurländ. Superintendenten Joh. Adolf Hollenhagen, den für die Kirchengeschichte Livlands bedeutsamen livländischen Generalsuperintendenten Heinrich Brüningk, den Schöpfer der estnischen Kirchensprache Pastor Johann Hornung und den ehrgeizen und skrupellosen Kurländer Otto Hermann von Howen, der bei der Unterwerfung Kurlands unter das Szepter Katharinas II. eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Man sieht, welche Quelle Dr. Meyers Arbeit für die Familiengeschichte bildet. Man wird ihm dafür aufrichtigen Dank wissen.

Dr. E. Seraphim

Tier- und Pflanzenleben am Rigaschen Strande. Von Konservator F. E. Stoll. Riga, 1931. Verlag der A-G. Walters u. Rapa.

Wir lieben den Strand und meinen ihn zu kennen. Lesen wir dieses kleine Buch durch, so stehen wir beschämt da wie oberflächlich kennen wir ihn doch! Für unser nordisches Tier- und Pflanzenleben scheint in noch höherem Maße das zu gelten, was für das Leben der Natur überhaupt gilt: Es protzt nicht und prahlt nicht, ihm liegt es nicht daran, sich dem Pöbel zu zeigen. Es existiert daher nur für einen verhältnismäßig kleinen Kreis von Menschen. Den Wunsch, zu diesem auserlesenen Kreise zu gehören, weckt dieses Buch.

Der ausgezeichnete Text mit seinen lebendigen und schönen Schilderungen und die hervorragenden photographischen Aufnahmen verdienten allerdings eine weit bessere Ausstattung des Buches.

Doch auch in dieser schlichten Ausstattung kann das Buch in weiten Kreisen viel dazu beitragen, das Gefühl des Verbundenseins mit der Heimat zu festigen.

R. Mettig

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Reinhard Wittram

Polen zwischen Asien und Europa

Von Richard van Oosten

Das höchste Lob, das einer polnischen Stadt gespendet werden kann, ist, wenn man ihr Aussehen als wahrhaft „europäisch" bezeichnet. In diesem Begriff „europäisch" ist für Bürger und Stadtväter alles enthalten, was gut und ordentlich ist, angefangen von der Sauberkeit der Straßen und Häuser bis hinauf zu den geordneten Finanzen der Kommune. Der Pole empfindet einen ehrlichen Stolz auf diesen Begriff, — ähnlich dem, den ein Bauer empfindet, wenn er im Kreise von Großagrariern als „Herr Gutsbesitzer" angeredet wird.

Es ist das unter vielen anderen ein Anzeichen dafür, wie entfernt im Grunde genommen die slavisch-polnische Volksseele noch von wirklichem Europäertum ist. Rein instinktmäßig fühlt das polnische Volk diesen Abstand und erkennt klar und deutlich seine Schwächen, wenn es Ordnung und Sauberkeit — die in Polen sehr seltene Gäste sind — bewundernd als „europäisch" bezeichnet.

Tatsächlich ist Polen seit langen Jahrhunderten mit Grenze zwischen Europa und Asien. Seine Schlachten schlug es fast immer gegen Rußland-Asien, seine politischen und kulturellen Kräfte ringen ständig um das Europäertum. Es ist ein jahrhundertealter Kampf, der seit dem Wiedererstehen des polnischen Staates mit erneuter Heftigkeit entbrannt ist, bei dem der Sieg des Europäertums aber gerade in der allerletzten Zeit in sehr weite Ferne gerückt ist und Asien auf der ganzen Linie vorrückt.

Eine lange Reihe von Namen polnischer Fürsten, Gelehrten und Soldaten könnten beweisen, wie eng die europäischen Bindungen Polens im Mittelalter waren. Jedem Geschichtskenner wird es aber auch bekannt sein, daß diese starken europäischen Bindungen stets ihre unvermeidliche Parallele in den engen Beziehungen zu Deutschland fanden. Vor allem von Deutschland aus wurde das polnische Geistesleben befruchtet, und Polen wurde eine Weltmacht, als König

Kasimir der Große die deutschen Bürger und Städtebauer ins Land holte, die damals bei allen bedeutenderen polnischen Städten die Entwicklungsgrundlagen schufen. Es gibt wenig nennenswerte Städte in Polen, die nicht von Deutschen nach magdeburgischem Städterecht gegründet wurden.

Mit der späteren Abnahme der Königsmacht, dem Erstarken des Adels hörte die großzügige Kolonisationstätigkeit durch die Deutschen auf, Polen verfiel. Das asiatische Chaos nahm überhand, bis die Teilungen dem polnischen Staatsunwesen ein Ende bereiteten. Noch einmal schwang sich die allerdings schon einflußlose Führung des verendenden Staates zu einer Geste hervorragenden europäischen Ausmaßes auf: der Verfassung vom 3. Mai 1792. Aber es war zu spät, stärkere außenpolitische Kräfte hatten das Übergewicht und schalteten den Staat aus, der sich durch mehr als zwei Jahrhunderte als lebensunfähig erwiesen hatte.

Während der Zeit der Unfreiheit machte, so merkwürdig das klingen mag, die Europäisierung des polnischen Kultur- und Geisteslebens rasche Fortschritte. In dem größten der drei Teilgebiete, Kongreßpolen, übte die Emigration, die ausschließlich in westeuropäischen Zentren lebte und deren starken positiven Kräften unterlag, einen bedeutenden Einfluß auf die kulturell und politisch führenden Schichten aus. Die breite Masse der unteren Bevölkerungsklassen wurde zwar besonders in den Ostgebieten stark russifiziert, in dem autonomen Königreich jedoch trieb der Gegensatz zu der russischen Oberhoheit die maßgebenden Bevölkerungskreise zu weitgehenden Bindungen mit Westeuropa. Auch in der österreich-ungarischen Monarchie war der Einfluß Wiens in Galizien überwältigend stark. Am gründlichsten bis in die untersten Volksschichten hinein europäisiert wurde die polnische Bevölkerung des ehemals preußischen Teilgebietes. Hier wurde von dem preußischen Ordnungssystem auch die kleinste Gemeinde erfaßt, und jeder einzelne kam von den ersten Lebensjahren an in die straffe Erziehung eines hervorragenden Ordnungsstaates. Die Europäisierung beschränkte sich im preußischen Teilgebiet nicht, wie in den anderen Teilgebieten, auf die aufgeklärteren Schichten, sondern der Arbeiter und Kleinbauer wurde von ihr in Schule und Militär genau so erfaßt, wie der Großgrundbesitzer und Patrizier in den studentischen Korps und Garnisonen Innerdeutschlands.

Als im Jahre 1918 der völlig unabhängige polnische Staat entstand, waren unter den die Führung übernehmenden Schichten die

Europäer durchaus in der Überzahl. In dem Kampf aber, den ein Paderewski, ein Dmowski, die Grabskis und andere mehr um die Ausgestaltung Polens zu einem wahrhaft europäischen Staatswesen aufnahmen, wurde ihnen zum Verhängnis, daß sie politische Bindungen ausschließlich mit dem fernen Westeuropa eingingen und auch auf den verschiedensten Gebieten des kulturellen Lebens nur Westeuropäisches gelten ließen und einführten, während doch die einzige Möglichkeit, eine wirklich ausreichende politische Sicherheit für den Staat zu schaffen und gleichzeitig für kulturelle Anregungen in den breiten Massen Verständnis zu finden, sowie das Wirtschaftsleben auf eine feste Basis zu stellen, in einer Bindung an das unmittelbar benachbarte Herz Mitteleuropas, Deutschland, gelegen hätte. Politische Ressentiments zweifellos vorübergehender Art hielt man für feststehende Faktoren der nationalen Psyche, und die vorwiegenden Rechtsregierungen der Zeit von 1918–1926 verdarben so ziemlich alles, was innen- und außenpolitisch zu verderben war. Durch einen rücksichtslosen Kampf gegen alle nationalen und kulturellen Bestrebungen der Minderheiten wurden 40 Prozent der Bevölkerung zu Feinden des Staates gemacht. Der unglückliche Kampf um die Agrarreform, in dem man bald nach links, bald nach rechts Konzessionen machte, trieb einmal die Bauern, das andere Mal die größeren Grundbesitzer in Opposition. Unsinnige Steuerlasten verärgerten Industrie und Handel, unsoziale Lohnpolitik den Arbeiterstand. So kam es, daß sehr viele Regierungen oft nur einige Wochen, ja Tage regierten und dann gestürzt wurden. In den ersten acht Jahren seines Bestehens hat der polnische Staat 18 mal die Regierung gewechselt.

So wurde die kostbare Zeit der Gründungsjahre des Staatswesens nutzlos in politischen Experimenten kurzsichtiger Männer vertan, die die räumlich wie gedanklich nächstliegenden Aufgaben einer Ordnung und Festigung der Beziehungen Polens zu Deutschland nicht sahen, die es für ihre nationale Aufgabe hielten, das Volk zu einem bevorstehenden Waffenkrieg mit Deutschland zu erziehen und es im Jahre 1925 zum Ausbruch des auch heute noch nicht beendeten Zollkrieges mit dem wirtschaftlich mächtigen westlichen Nachbar kommen ließen. Im Inlande war keine Partei mit der Staatsleitung zufrieden, in der Verwaltung nahm die Korruption immer ärgere Formen an. Das europäische Ziel war zu weit gesteckt, man griff nach West- statt nach Mitteleuropa, die inneren Kräfte reichten nicht aus, das Experiment mißlang.

Der Pilsudski-Putsch vom Mai 1926 bereitete diesen Zuständen ein radikales Ende. Psychologisch konnte der Moment für den Staatsstreich nicht besser gewählt werden. Schon Jahre vorher hatte man von der Möglichkeit einer solchen Aktion gesprochen, aber nie hat der größere Teil der Bevölkerung eine Änderung so sehnlich herbeigewünscht, wie im Frühjahr 1926. Polen hatte eben eine durch den Zollkrieg mit Deutschland verursachte zweite Inflation hinter sich, die Grabskische Währungsstabilisierung war zusammengebrochen, das Land ging gefährlichen politischen und wirtschaftlichen Zeiten entgegen.

Die neuen Männer der Pilsudski-Regierung machten sich energisch an die Arbeit. Sie gaben die Losung vom Kampf gegen die Korruption aus, regierten ohne Sejm und stützten sich zunächst nur auf die bewaffnete Macht. Der unerhörte Glückszufall des großen englischen Kohlenstreiks vom Mai bis November 1926 brachte einen beispiellosen Aufschwung der polnisch-oberschlesischen Kohlenindustrie und damit der ganzen polnischen Wirtschaft mit sich. Es gelang, große Devisenbestände hereinzubekommen. Im Herbst 1927 konnte eine 80-Millionen-Dollaranleihe aufgenommen und die Währung zum zweiten Male stabilisiert werden. Etwa Anfang 1928 hatte das Pilsudski-Regime den Höhepunkt seiner Beliebtheit in Polen erreicht.

Um den Abstieg von dieser Höhe verstehen zu können, muß die Persönlichkeit Pilsudskis einer kurzen Betrachtung unterzogen werden.

Von Jugend auf ist Pilsudski ein merkwürdiges Gemisch von nationalem und internationalem Revolutionär gewesen, an dem das einzig klar Feststehende eben das Revolutinäre war. Bei seiner Verschickung nach Sibirien als junger Student trug er, wie er selbst schreibt, Marx' „Kapital" als teuersten Bücherschatz in seinem Rucksack. Er wurde verschickt, weil er an einer sozialistisch-revolutionären Verschwörung teilgenommen hatte. Jetzt aber behaupten er und seine Freunde, die sibirische Verbannung wäre ein nationales Martyrium gewesen. Ganz ähnlich ist es bei fast allen seinen späteren revolutionären Taten, und die Ansichten darüber, ob sie national oder sozialistisch-revolutionär waren, gingen sogar soweit auseinander, daß bei der Demonstration auf dem Fischmarkt in Warschau im Jahre 1905 der Zug der Parteifreunde Pilsudskis von den polnischen Nationaldemokraten beschossen wurde.

Pilsudski hat die Politik der Emigranten wie auch der russo- und frankophilen Dmowski, Poplawski, Pilz u. a. m. stets verbissen bekämpft, ging immer seine eigenen unruhigen und unklaren Wege.

Mit einem kleinen Häuflein von Anhängern aus Galizien, den Legionen, stellte er sich 1914 auf die Seite der Mittelmächte, obwohl ganz allgemein die polnische Politik damals gegen die Mittelmächte gerichtet war. Er war derjenige, der am wenigsten von europäisch-politischen Perspektiven aus urteilte, ein Fremdling in Europa, zuhause nur in den dunklen Verschwörerstuben des östlichen Polen und in Sibirien. Ein eigensinniger Eigenbrödler, krankhaft empfindlich in seinem Ehrgeiz, aber mit einem scharfen Blick für die Schwächen seiner Gegner, skrupellos im inneren Kampf, wenig interessiert an außenpolitischen Dingen. Als er in den ersten Jahren des selbständigen polnischen Staates immer mehr in den Hintergrund gedrängt wurde, zog er sich grollend zurück und bereitete seine Rache vor, den Maiputsch 1926.

Als es ihm gelungen war, nun endgültig die Alleinherrschaft in seinen Händen zu halten, scharte sich zunächst eine Reihe von Männern um ihn, denen es wirklich ernst war mit der moralischen Sanierung der Verwaltung. Die Unduldsamkeit, die europafremden Umgangsformen Pilsudskis, sein ständiger Hang, nur Verschwörerfreunden zu trauen, verärgerten diese positiven Kräfte bald. Ministerpräsident Bartel, Handelsminister Kwiatkowski, beides kluge Staatsmänner und von ehrlichem Willen beseelt, gaben die weitere Zusammenarbeit mit Pilsudski auf. Schon sehr bald nach dem Gelingen seines Putsches hatte er den Sozialisten, aus deren Reihen er hervorgegangen war, eine deutliche Absage erteilt; den Rechtsparteien vergaß er es nie, daß sie an Widerstand gegen ihn gedacht hatten. Nach dem großen wirtschaftlichen Aufschwung, den das Land in den Jahren 1926 bis 1928 genommen hatte, setzte wieder ein allgemeiner Niedergang ein, den man nicht ganz mit Unrecht auf die starken etatistischen Bestrebungen der Pilsudski-Regierung zurückführte. Mit dem wirtschaftlichen Niedergang ging naturgemäß auch die Popularität der Pilsudski-Regierung zurück, es wurde immer klarer, daß bei Beibehaltung der bis dahin noch zum mindesten geschonten europäischen Regierungsformen in Polen an ein Fortbestehen des Pilsudski-Regimes auf lange Zeit nicht zu denken sein würde. Die Parlamentswahlen vom Frühjahr 1928 hatten Pilsudski eine starke Partei im Sejm geschaffen, aber an ein weiteres Anwachsen dieser Partei war unter normalen Verhältnissen nicht zu denken.

Die Pilsudski-Regierungen, die sich bis zum Jahre 1929 in ihrem Personalbestande wenig änderten, begannen nun ebenfalls verhältnismäßig schnell zu wechseln. In immer stärkerem Maße zog

Pilsudski — nachdem er bereits das Offizierskorps von allen Elementen gesäubert hatte, die nicht zu seinen Freunden und Anhängern zählten — auch für die Regierung seine persönlichen Freunde, vor allem ehemalige Offiziere aus den Legionen heran. Das ging soweit, daß die im Sommer 1930 gebildete Regierung fast ausschließlich aus Militärs bestand. Selbst ausschließlich administrative Portefeuilles, wie das für Verkehrswesen, wurden mit Soldaten besetzt. Ganz zu schweigen von dem Innenministerium, das dem rücksichtslosen General Sladkowski übertragen war.

Mit dem Rückgang der Beliebtheit der Pilsudski-Regierung beim Volke, zu dem nicht zuletzt die in unflätigster Tonart gehaltenen, pathologisch anmutenden Interviews des Marschalls mit beigetragen haben, setzte ein immer stärkerer behördlicher Druck auf die öffentliche Meinung ein. Man wich immer weiter von dem „europäischen" Wege ab, die Methoden wurden immer östlicher. Ein Pressegesetz, das seinesgleichen wohl nirgends außer in Sowjetrußland findet, knebelte die öffentliche Diskussion vollständig, und wo irgendein behördlicher Einfluß bei Konzessionserteilungen, Steuerbemessungen usw. bestand, wurde er rücksichtslos ausgenutzt. Auf diese Weise wollte sich Pilsudski die Legalisierung seiner Diktatur durch das Volk erzwingen. Den Höhepunkt erreichten diese Methoden im Sommer und Herbst 1930. Die Vorgänge, die sich in der Zeit vor den polnischen Sejmwahlen in Polen abgespielt haben, die Verhaftung und grausame Folterung von über 80 ehemaligen Sejmabgeordneten im Militärgefängnis zu Brest-Litowsk, der beispiellos dastehende Wahlterror, die „Pazifizierung" Ostgaliziens durch Ulanenabteilungen, die schlimmer hausten als Kosaken in Kriegszeiten, das alles sind in der Weltöffentlichkeit zu bekannte Tatsachen, als daß sie hier noch besonders behandelt zu werden brauchten.

Diese „Wahlen" des Jahres 1930 brachten Pilsudski nun endlich die langersehnte Mehrheit, sein System ist jetzt dem Scheine nach aktiv legitimiert.

Aber es war ein Pyrrhussieg. Was das Jahr 1930 der inneren Entwicklung Polens für unsäglichen Schaden gebracht hat, das kann nur ermessen, wer das System auch in allen seinen kleinen und kleinsten Auswirkungen kennt. Zum allergrößten Teil wurde vernichtet, was an Europäertum in Jahrhunderten in Polen geschaffen war. Wenn im Auslande Stimmen laut werden, die die strenge Hand und die Willenskraft des polnischen Marschalls bewundern, so muß das jeden genauen Kenner wie eine blutige Ironie anmuten.

Denn es gibt heute in dem neuen System in Polen keine Ehrlichkeit, keine klug ausgenutzte Macht, es gibt nur den rücksichtslosen Drang zur Staatskrippe, die brutale, gewalttätige, ja in einigen Fällen sadistische Ausnutzung der Machtbefugnisse. Um einen Sieg der Pilsudski-Regierung zu erzwingen, hat man sich nicht gescheut, mit den elementarsten Begriffen von Staatspflichten zu brechen, man hat Verbrecher und Lumpen ebenso in die eigenen Kampfreihen aufgenommen wie die wenigen Idealisten, die sich dort hineinstellten.

Seit diesem Elementarereignis der polnischen Geschichte, den Sejmwahlen des Jahres 1930, hat das Recht in Polen zu bestehen aufgehört, auch das Recht für die Nationalpolen selbst. Gerade in den letzten Wochen sind von den Behörden in Prozessen in Kattowitz und Bromberg gegen polnische Oppositionsblätter die haarsträubendsten Rechtsbeugungen ohne jeden Anschein einer Entschuldigung durchgeführt worden. Wo das Gesetzbuch Erbringung des Wahrheitsbeweises vorschreibt, wurde diese Erbringung durch das Gericht abgelehnt, und es gibt keine Instanz, die den Rechtssuchenden zum Recht verhilft.

Die passive slavische Seele des polnischen Volkes sinkt nach den Jahrzehnten starker selbständiger Aktivität wieder zurück in die Resignation, das „Nitschevo". Man hat nicht die Kraft und den Mut, ein Ende zu machen mit der Tyrannei, man ist apathisch geworden und hat den Glauben an die eigene Kraft wieder verloren. Nur im ehemals preußischen Teilgebiet, wo die Bevölkerung von Grund auf europäisiert ist, regt sich noch heftiger Widerstand. Bei den Wahlen zum letzten Sejm hat trotz aller Zwangsmethoden der Regierungsblock hier nur 20 Prozent der Mandate auf sich vereinigen können. Eine deutlichere Absage konnte das System Pilsudskis nicht erhalten.

Aber der Kampf dieser Bevölkerungskreise ist hoffnungslos, wenn nicht außenpolitische Veränderungen rettend eingreifen. Den Massen des Ostens, des früheren russischen Teilgebiets können die drei Millionen des ehemals preußischen Teilgebietes nicht in alle Ewigkeit hin Widerstand leisten, sie werden überschwemmt von der östlichen Welle. Die Grenzen Asiens rücken weiter nach Europa hinein, und was ein Balte, Professor Sokolowski, die Versandung Europas nennt: hier ist es ernsteste Wirklichkeit.

Das Parteiwesen Estlands

Von Siegmund Klau

II. Der Aufstieg der Agrarparteien

Bildet der Sozialismus in der Parteigeschichte Estlands sozusagen den ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht, die feste Achse, um die sich der Ablauf des Geschehens bewegt, so ist die treibende Kraft, das motorische Element dieser Entwicklungen zweifellos die Entstehung und der Aufstieg der agrarischen Parteien gewesen. Die Zusammensetzung der heute auf eigenem Grund und Boden landwirtschaftlich tätigen Bevölkerung Estlands aus den zwei Schichten der „Altwirte", die sich ihren Besitz und ihre Stellung aus eigener Kraft erkämpft und erarbeitet haben, und der „Neuwirte" oder — wie sie in Estland meist genannt werden — der „Ansiedler", denen der Staat alles, was sie haben, fast als Geschenk in den Schoß geworfen hat und die bis heute von ihm noch unablässig verhätschelt und gegängelt werden, hat auch auf dem politischen Gebiet ihren Ausdruck durch die Entstehung zweier, in wesentlichen Zügen von einander verschiedener Parteien gefunden.

1.

Während der Stand und infolgedessen auch die Partei der Ansiedler natürlich erst allmählich, in dem Maße wie die Parzellierung und Aufteilung der enteigneten Gutsländereien fortschritt, in Erscheinung treten und zu Bedeutung gelangen konnte, bildete die Altbauernschaft von Anbeginn die Wiege des estnischen Volkstums, die eigentliche Wurzel seiner Kraft und das tragende Fundament seiner staatlichen Selbständigkeit. Auch politisch trat dieser Stand von den ersten Augenblicken der Selbständigkeit an in Erscheinung; bereits in der Konstituierenden Versammlung war der Bund der Landwirte oder — wie er sich damals nannte — der „Landbund" (maaliit) vertreten, freilich in nur geringer Stärke (8 Mandate von 120), die der Kraft und Bedeutung der von ihm vertretenen Volksschicht in keiner Weise entsprach und ihn politisch zur Einflußlosigkeit verurteilte. Es mag das im Geiste jener Zeit gelegen haben, die, von der Revolutionspsychose überflutet, von den geistigen Wehen des Kommunismus durchzittert und von der naiven Großmannssucht eines eben erst zur Selbstbestimmung gelangten Volkes erfüllt, den Besitz

fast als ein Verbrechen an der Gesamtheit, den Besitzlichen, auf straffe bürgerliche Ordnung und Sparsamkeit Bedachten als ein suspektes und rückständiges Individuum, alles geschichtlich Bedingte, Bodenständige und Konservative als verdächtig und gefährlich ansah.

Es ist ein vielleicht überhaupt nicht mehr gutzumachendes Unglück für das Estentum und den estländischen Freistaat gewesen, daß gerade in dem Augenblick, als die tragenden Fundamente des neuen Staatswesens gelegt wurden, die Bauernschaft, die nach der Zertrümmerung des Großgrundbesitzes politisch, sozial und wirtschaftlich stärkste, zugleich aber auch gesundeste und nüchtern-besonnenste Schicht des Landes, mit der dessen staatliches Eigendasein steht und fällt, faktisch von der Mitbestimmung ausgeschlossen und einflußlos war, und es infolgedessen dem zügel- und steuerlosen formaldemokratischen Denken der Mittelparteien und dem fanatischen Doktrinarismus der Sozialisten allein überlassen blieb, die richtunggebenden Grundlagen der weiteren politischen, sozialen und wirtschaftlichen — besonders auch agrarwirtschaftlichen — Entwicklung des Landes zu bestimmen. Wäre es anders gewesen, wir stünden vielleicht heute in Estland nicht da, wo wir stehen; oder wir hätten wenigstens unter dem Druck der Krise nicht eine so große Strecke auf bereits einmal begangenen Wegen wieder zurückzugehen, wie das heute der Fall ist.

Die Reaktion auf einen so unnatürlichen Zustand konnte natürlich nicht lange ausbleiben. Es war nicht nur das Bewußtsein der eigenen Kraft und Bedeutung und das berechtigte Selbstgefühl, Staat und Volk durch die schwersten Zeiten des Kampfes um ihr Dasein und ihre Freiheit hindurchgetragen zu haben, was in der Bauernschaft den Willen rege machte, sich auch politisch durchzusetzen; sondern es war mindestens in demselben Maße auch der Protest dagegen, sich vom Städter politisch und wirtschaftlich bevormundet und ausgebeutet zu sehen, das Gefühl, daß das flache Land der Stadt gegenüber zu kurz komme und dabei doch letzten Endes direkt oder indirekt den größten Teil der Lasten zu tragen habe, und zugleich der Widerstand gegen die Großmannssucht und den Ultraradikalismus der herrschenden Parteien, die sich allen Ernstes vermaßen, durch papierne Dekrete und Normierungen das lebendige Leben zu meistern und es in das ungeschichtliche und lebensfremde Schema pseudodemokratischer Parteidogmen zu pressen, wobei die wirtschaftlich kräftigeren und bodenständigen Elemente in der Regel die Kosten dieses Betriebes zu tragen hatten. So deuteten sich schon in den ersten Anfängen der politischen Bewegung der Altbauernschaft alle die

Faktoren an, die die weitere Entwicklung dieser Bewegung später nacheinander maßgebend beeinflußt haben.

Der Aufstieg des „Bundes der Landwirte" (põllumeeste kogud), wie er sich nach seiner neuen Organisationsform jetzt nannte, vollzog sich rasch und unaufhaltsam, in einem einzigen, kurzen und entscheidenden Schlage. Dank einer energischen, rücksichtslosen Propaganda, organisatorischem Geschick und einer tüchtigen Führung — unter der wir u. a. so namhafte und um den estländischen Freistaat so verdiente Männer finden wie Konstantin Päts und General J. Laidoner —, hauptsächlich aber, weil für seine Ansprüche der natürliche Boden in vollem Maße vorhanden war, gelang es dem Bunde der Landwirte, schon in die erste Staatsversammlung in der ansehnlichen Stärke von 22 Mandaten von 100 einzuziehen. Er war dadurch mit einem Schlage zu der stärksten und maßgebendsten der bürgerlichen Parteien geworden und hat diese Stellung ununterbrochen bis auf den heutigen Tag behauptet. Denn der Bund der Landwirte hat keinen Augenblick ungenutzt verloren, um die eroberte Position Schritt um Schritt zu befestigen und auszubauen. Er schuf sich zu diesem Zweck als erste der estnischen Parteien eine straffe und biegsame, über das ganze Land ausgebreitete ständige Parteiorganisation, die aus zahlreichen, nach der Art berufsständischer Zellen aufgezogenen Ortsgruppen (põllumeeste kogud — etwa „Gemeinschaften der Landwirte") bestand, die nach Kreisen zu größeren Einheiten mit je einer „Kreisvertretung der Landwirte" (maakondade põllumeeste esitused) an der Spitze zusammengefaßt sind. Den ganzen Bau krönt ein zentraler Ausschuß, die „Landesvertretung der Landwirte" (üleriikline põllumeeste keskesitus), neben der als höchste entscheidende Instanz der stets äußerlich effektvoll aufgemachte Parteikongreß, genannt „Kongreß der Landwirte", steht (man beachte, wie geflissentlich in diesem ganzen Aufbau der Charakter der politischen Partei maskiert und das Bild einer berufsständischen Vertretung nachdrücklich in den Vordergrund geschoben wird!). Der Bund der Landwirte verfehlte nicht, sich auch in den kommunalen Körperschaften, den Kreisräten und selbst den Gemeinderäten eine möglichst starke Position zu schaffen. Getreu dem von ihm geflissentlich zur Schau getragenen Wesen einer berufsständischen Organisation suchte er sich mit mehr oder weniger Erfolg der landwirtschaftlichen berufsständischen Fachorganisationen zu bemächtigen, und seine Gegner behaupten, daß längere Zeit hindurch die von diesen Organisationen mit Hilfe staatlicher Subsidien unterhaltenen Instruktoren für die verschiedenen

Fachgebiete der Landwirtschaft zum mindesten in demselben Maße Parteiagitatoren für den Bund der Landwirte gewesen sind, wie agronomische Berater. Im Laufe der Zeit begann der Bund der Landwirte ferner eine eigene, von derjenigen aller anderen estnischen Parteien spezifisch verschiedene politische Ideologie auszubilden, die von dem Satz ausgeht, daß der Aufbau des Staats nicht einfach aus gedruckten Parteiprogrammen oder von den Dogmen des pseudodemokratischen Parteiparlamentarismus mechanisch kopiert, sondern der beschränkten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der geschichtlich gewordenen Eigenart des Volks und Landes angepaßt, d. h. in einer bodenständig-originalen Weise und mit größter Sparsamkeit und Selbstbeschränkung durchgeführt werden müsse, wobei das Interesse der Landwirtschaft und der Bauernschaft in der ersten Reihe zu stehen habe, und damit es dieser Ideologie auch an einem äußeren Symbol nicht fehle, pflanzten zahlreiche Ortszellen des Bundes die grüne Fahne der „agrarischen Internationale" auf.

Seinen parteitaktischen Haupttrumpf aber spielte der Bund der Landwirte zweifellos auf dem wirtschaftlichen Gebiet aus. Wenn in West- und Mitteleuropa darüber geklagt wird, daß die Wirtschaft mehr und mehr auf das Gebiet der Politik vordringt und diese ihren Erwerbszwecken dienstbar macht, so können wir in Estland, wie wohl auch in den übrigen östlichen Nachfolgestaaten, das gerade Gegenteil davon beobachten: hier ist es die Politik, die tief in das Gebiet der Wirtschaft eindringt, um diese für ihre Machtbestrebungen und Parteizwecke auszunutzen. Es läßt sich nicht leugnen, daß in Estland der Bund der Landwirte bei dieser Politisierung der Wirtschaft den anderen Parteien bahnbrechend vorangegangen ist. Und zwar nicht nur in der Weise, daß er sich der staatlichen und privaten Wirtschaft in breitem Maße zur Versorgung seiner Parteifunktionäre bediente, nicht nur indem seine Parteigänger in größerer Zahl in die Reihen des in den ersten Jahren der Selbständigkeit mit reichlicher Beihilfe staatlichen Kredits ins Kraut schießenden estnischen privatwirtschaftlichen Unternehmertums traten; sondern vor allem auch dadurch, daß der Bund der Landwirte als die — wenigstens längere Zeit hindurch — einzige Partei, die sich der wirtschaftlichen Interessen der besitzlichen Klassen anzunehmen bereit war, sich die Sympathien der privatwirtschaftlichen Kreise zu erwerben verstand und seinerseits durchaus nicht abgeneigt war, seine politische Macht für ihren wirtschaftlichen Vorteil einzusetzen. Dadurch schuf er sich eine Reihe fester Stützpunkte in der privaten Wirtschaft. Noch wichtiger war es vielleicht, daß der

Bund sich auch des größten Teils der Produzentengenossenschaften und eines Teils der Genossenschaftsbanken — mitunter nicht ohne harten Kampf — von innen heraus bemächtigte und sich ihrer als Stützpunkte seiner Macht und seiner Propaganda und zur Finanzierung seines Parteibetriebes bediente. So baute sich allmählich im Lauf der Zeit neben dem politischen auch ein wirtschaftlicher Apparat der Partei, eine „Parteiwirtschaft des Bundes der Landwirte" auf, und als erster von den estnischen Parteien gelang es dem Bunde, das Problem der Bindung des Wählers an die Partei in der wirksamsten Weise dadurch zu lösen, daß er seine Wähler nicht nur politisch und weltanschaulich, sondern auch wirtschaftlich an der Partei zu interessieren und an sie zu fesseln verstand. Im Vorübergehen sei übrigens noch vermerkt, daß einzelne Ortszellen (kogud) des Bundes sich auch unmittelbar auf dem Gebiet der Wirtschaft betätigt haben, allerdings meist mit wenig Glück und Erfolg.

Die berufsständische Hülle und die agrarischen Forderungen des Bundes konnten ihre werbende Wirkung natürlich in der Hauptsache nur auf dem flachen Lande ausüben. Dagegen konnte die andere Seite seines Wesens — sein Einstehen für die Interessen der unter dem einseitigen Druck der Steuerschraube seufzenden besitzlichen Klassen, sein Kampf für die private Initiative gegen das staatskapitalistische Vordringen der öffentlichen Hand auf das Gebiet der Privatwirtschaft und seine Abneigung gegen den Ultraradikalismus der dem staatlichen Aufbau zugrundegelegten Grundsätze — auch in den Städten auf weitgehende Sympathie und Zustimmung rechnen. Es bot sich also dem Bund der Landwirte die Möglichkeit, auch in die Städte vorzudringen, wenn er den Preis einer Mäßigung seiner spezifisch agrarischen Forderungen und Bestrebungen und einer stärkeren Betonung jener allgemein-wirtschaftlichen und allgemein-politischen Tendenzen dafür zahlen wollte. Eine längere Spanne Zeit hindurch ist der Bund der Landwirte in der Tat diesen Weg gegangen. Es gelang ihm, in den Städten festen Fuß zu fassen und seine Einflußsphäre immer weiter auszudehnen. Weite Kreise der estnischen Privatwirtschaft traten in enge Beziehungen zu ihm; in ihrer Einstellung verwandte städtische Gruppen, wie die im Kampf gegen das Mietsgesetz entstandene Gruppe der Hausbesitzer, schlossen sich ihm so eng an, daß sie auf ihre politische Selbständigkeit fast völlig verzichteten; und mit einer der Mittelparteien — der Christlichen Volkspartei — hat der Bund der Landwirte jahrelang in einer so engen Symbiose gelebt, daß — nach der Behauptung der Landwirte selber — vielfach auf

demselben Gesinde und in derselben Familie die jüngere Generation, für die die irdischen Dinge noch in erster Reihe standen, ihre Stimme den Landwirten zuwendete, während die ältere Generation, die sich vor die Notwendigkeit gestellt sah, in absehbarer Zeit ihre Rechnung mit dem Himmel zu machen, für die von der Aureole der Kirche umstrahlte christliche Volkspartei stimmte. Eine solche Sachlage eröffnete die weitestgehenden Perspektiven, und es hat eine Zeit gegeben, wo der Bund der Landwirte nicht mehr weit davon entfernt war, sich zu der großen konservativen Sammelpartei des Landes zu entwickeln, deren Entstehung zu einer grundlegenden und entscheidenden Wendung in der Geschichte des estländischen Freistaats hätte führen müssen. So war es dem Bund der Landwirte geglückt, sich in wenigen Jahren eine gebietende Machtposition zu schaffen, die allen Anstürmen trotzen zu können schien.

Der Ansturm blieb nicht aus. Schon das Erscheinen dieses neuen Mitbewerbers an der staatlichen Futterkrippe, noch mehr aber seine gänzlich abweichende, vom Standpunkt der bis dahin landläufigen Parteidoktrinen greulich ketzerisch erscheinende „reaktionäre" ideologische Einstellung, endlich der fortschreitende Verlust weiter bisher von ihnen „genutzter" Wählerkreise mußte die Mittelparteien und den Sozialismus äußerst feindselig gegen den „Eindringling" stimmen. In der Tat läßt sich die innerpolitische Geschichte Estlands für eine längere Reihe von Jahren auf die einfache Formel eines wütenden Sturmlaufs der Mittelparteien und der Sozialisten gegen den Bund der Landwirte reduzieren.

Die Position des Bundes der Landwirte auf dem flachen Lande zu erschüttern ist den Gegnern freilich trotz aller Bemühungen nicht gelungen. Der Bund konnte seine Machtstellung hier sogar in zähem Kampfe noch um ein weniges erweitern. Bei den beiden letzten Staatsversammlungswahlen konnte er den Gewinn je eines Mandats buchen und zählt in der IV. (gegenwärtig amtierenden) Staatsversammlung 24 Abgeordnete (rund ein Viertel des Gesamtbestandes). Wesentlich schwerer war sein Stand in den Städten. Nicht nur, daß hier — da die Mittelparteien und die Sozialisten ja ihr eigenes Kraftzentrum gerade in den Städten hatten — der Druck der Gegner weit stärker war und die Psychose des Ultraradikalismus sich hier doch als weit zäher und tiefersitzend erwies, als man erwarten konnte; sondern gerade hier wurde die Stellung des Bundes im entscheidenden Augenblick auch durch die oben angedeutete Verquickung mit dem estnischen Gründertum sehr erschwert. Denn der Bund

wurde infolge dieser Verfilzung auch in die unvermeidlich eintretende Katastrophenserie der Zusammenbrüche dieser mit Hilfe von — meist staatlichem — Leihkapital ins Kraut geschossenen Unternehmungen mit verstrickt und ließ sich schließlich von diesen Kreisen auch in die von hier ausgehenden Bestrebungen auf einen Kurssturz der Mark und die Einleitung einer Inflation verwickeln, die von den Mittelparteien, den Sozialisten und den völkischen Minderheiten nur mit großer Mühe im letzten Augenblick abgewandt werden konnte. Beides hat dem Ansehen und der Stellung des Bundes der Landwirte sehr geschadet, und eine Reihe seiner namhaften Führer ist in diesen Rückschlägen von dem Gegner, der sich jede Blöße schonungslos zunutze machte und kein Mittel scheute, politisch „erschlagen" oder wenigstens für längere Zeit außer Gefecht gesetzt worden. — Noch bedenklicher als diese Vorgänge war der Umstand, daß der eigene agrarische Flügel der Partei, gestützt auf das geflissentlich unterstrichene berufsständische Wesen der Partei, eine schärfere Betonung seiner agrarischen Forderungen und eine rücksichtslose agrarische Interessenpolitik forderte und nicht mehr gewillt war, sich zu bescheiden und zurückzuhalten. Entscheidend aber wurde es, daß jetzt — anfänglich eifrig gefördert von den Mittelparteien — im Rücken, auf dem flachen Lande ein neuer gefährlicher Gegner in der Gestalt der Ansiedlerpartei auftrat, zu dessen Abwehr der Bund alle seine verfügbaren Kräfte zusammenziehen mußte.

2.

Die Entstehung eines besonderen Standes und einer besonderen Partei der Ansiedler ist an sich alles andere als selbstverständlich. Die wirtschaftlichen und beruflichen Interessen und die Stellung aller ihren Grund und Boden selbst bewirtschaftenden Kleingrundbesitzer sind letzten Endes ziemlich die gleichen, ob ihre Landstelle nun ein wenig größer oder ein wenig kleiner, ob sie gekauft, ererbt oder geschenkt ist. Natürlicherweise hätte man darum erwarten müssen, daß die Ansiedler sehr rasch in der Altbauernschaft aufgehen würden. Wenn das nicht geschehen ist, so müssen hier besondere Gründe wirksam gewesen sein. Es mag zu einem Teil an dem Bauernstolz der Altwirte gelegen haben, der den „zugelaufenen" Ansiedler nicht ohne weiteres als vollwertig und ebenbürtig anerkennen wollte. An seinem Teil mag auch der Umstand dazu beigetragen haben, daß die Ansiedlerschaft sich in ihrer Mehrheit teils aus früheren Landlosen, teils auch aus den Reihen der städti-

schen Literaten und Halbliteraten (besonders der Beamtenschaft) rekrutierte. Hier wie dort aber waren die Elemente zahlreich, die politisch links orientiert waren und aus den Reihen der linken Mittelparteien oder der Sozialisten herstammten, somit eine Weltanschauung und politische Einstellung mitbrachten, die der Altbauernschaft wesensfremd und verdächtig war. In der Hauptsache aber war es der Staat, der zur dauernden Absonderung der Ansiedler beitrug — mit seiner merkwürdigen Politik, die die Ansiedler einerseits von vornherein mit einer Menge von Privilegien und Vorrechten ausstattete, andrerseits unter dem Einfluß der Mittel- und Linksparteien anfänglich versuchte, sie dauernd auf dem Status von Staatspächtern zu halten und nur langsam und widerstrebend ihrem natürlichen Drang nachgab, ihre Stellen zu vollem Eigen zu erhalten. Der Kampf um die Erhaltung und den Ausbau ihrer Privilegien einerseits, um das Eigentumsrecht an ihren Stellen andrerseits schuf die Ansiedler zu einem typischen Stand um. Es ist in der Tat äußerst merkwürdig und eine Art Ironie der Geschichte, daß derselbe Staat, der seine Tätigkeit mit der feierlichen Abschaffung der Stände und der Standesprivilegien eröffnete, fast im selben Atemzug selbst daran ging, zwei neue Stände mit weitgehenden Vorrechten in Gestalt der Ansiedler und der Beamtenschaft zu schaffen, und die in Reaktion hierauf erfolgte Herausbildung zweier weiterer Stände nicht verhindern konnte — der Bauern- und der Arbeiterschaft, deren Standesrechte zwar z. T. nirgends geschrieben stehen, aber durch ihre politische Machtstellung implicite gegeben sind.

In dem Maße, wie mit dem Fortschreiten der Güteraufteilung die Zahl der Ansiedler anstieg, wuchs auch ihre politische Bedeutung — zunächst als Stimmaterial bei den Wahlen — und damit auch ihre Umworbenheit und ihr Selbstbewußtsein. Es mußte unvermeidlich der Augenblick kommen, wo sie sich die Frage stellen mußten, ob es nicht vorteilhafter sei, anstatt die Verteidigung ihrer Interessen und die Durchsetzung ihrer Wünsche anderen Parteien zu übertragen und durch ihre Stimmen diesen zur Macht zu verhelfen, sich selber zur Besorgung ihrer politischen Geschäfte zusammenzuschließen, wie sie sich zur gemeinsamen Verfolgung wirtschaftlicher Zwecke zu Genossenschaften zusammenzuschließen gewohnt waren, dafür dann aber auch selber die Vorteile zu ernten und das Zünglein an der Wage zu spielen. War aber einmal eine eigene Ansiedlerpartei entstanden, so war ein Aufgehen in der Altbauernschaft und dem Bunde der Landwirte bereits so gut wie unmöglich geworden, da der neuge-

schaffene Parteiapparat selbstverständlich alles daran setzen mußte, um die Selbständigkeit der Partei zu erhalten, von der die eigene materielle Existenz und Stellung abhing. Aber auch ein engeres Zusammengehen der neuen Partei mit den Landwirten war von vornherein sehr erschwert, da die Mentalität der gerade auch in der Führung der Ansiedlerpartei stark vertretenen von links (aus der Arbeitspartei) herübergekommenen Elemente für den Bund der Landwirte unannehmbar war und der Kampf um die privilegierte Stellung der Ansiedler als einer Art Staatspensionäre, der ihre politische Tätigkeit im wesentlichen ausfüllte, bei den Landwirten keine sonderliche Begeisterung auszulösen vermochte, weil sie genau wußten, daß der Steuerzahler — d. h. aber letzten Endes der Bauer, der das tragende Fundament der estländischen Wirtschaft bildet und auf den direkt oder indirekt schließlich alle Lasten abgewälzt werden — die Kosten dafür tragen muß. Die Ansiedler ihrerseits aber wußten genau, daß die Landwirte ihre Wählerschaft im Grunde doch nur als einen Machtzuwachs betrachteten, der von rechtswegen ihnen — den Landwirten — zufallen müßte, und daß sie letzten Endes darauf ausgingen, die Wählerschaft der Ansiedler aufzusaugen und sich auf ihre Kosten zu verstärken.

Wie die Zahl der Ansiedler, so wuchs auch die Zahl ihrer Vertreter in der Staatsversammlung nur allmählich — von 4 zunächst auf 6 und dann weiter auf 14 Abgeordnete (von 100), in welcher Stärke sie auch eben in der Staatsversammlung sitzen. Im Gegensatz zu den Landwirten, die Wert darauf legen, eine eigene Weltanschauung und Ideologie zu besitzen — wenn diese auch noch unzureichend unterbaut und ausgebaut ist —, denen allein unter allen estnischen Parteien entfernt etwas von dem Begriff einer „Gemeinschaft" aufdämmert und die sich als die politische Vertretung eines geschlossenen Berufsstandes geben, haben die Ansiedler nie auch nur den geringsten Anspruch darauf erhoben, irgend eine gemeinsame Weltanschauung oder Ideologie zu besitzen (erst in allerletzter Zeit beginnen hier und da vereinzelte Anzeichen aufzublitzen, die auf die Möglichkeit einer Entwicklung in der Richtung auf eine kleinbäuerlich-radikale Partei hinweisen können). Böse Zungen im estnischen Lager behaupten sogar, „die Ansiedler hätten nicht einmal ein Programm, sondern nur einen Preiskurant", was wohl soviel besagen soll, daß sie gegen angemessene Kompensationen auf dem Gebiet ihrer Wünsche für jede politische Transaktion zu haben wären, gegebenenfalls im Verfahren des Meistbots. Die Ansiedlerpartei ist in der Tat die

typische Interessengenossenschaft: wie sich eine Anzahl von Berufsgenossen zu gemeinsamer Betreibung ihrer „Milchgeschäfte" zu einer Molkereigenossenschaft vereinigt, so haben sie sich hier eben zur Betreibung ihrer politischen Geschäfte zu einer politischen Genossenschaft zusammengeschlossen. Es ist bei dieser Struktur eigentlich eine Selbstverständlichkeit, daß der Kampf um die Erringung von materiellen Vorteilen für ihre Standesgenossen für sie ganz einseitig im Vordergrund steht und alles andere — auch die Staatsnotwendigkeiten — weit dahinter zurücktritt. Der Stand ist für sie alles, der Staat heute jedenfalls noch bloß Mittel zum Zweck. Ihre äußerst günstige Stellung als drittstärkste Partei fast genau im Zentrum des Parlaments gibt den Ansiedlern die Möglichkeit, mehr in dieser Richtung zu erreichen, als ihre zahlenmäßige Stärke das rechtfertigen könnte; denn sie bilden das Zünglein an der Wage, und eine Linkskoalition ist ohne sie kaum zu verwirklichen, eine Rechtskoalition — zum mindesten sehr schwer zu schaffen. Diese günstige Stellung ermöglichte es u. a. der Ansiedlerpartei, das für sie wichtigste Ministerium — das Landwirtschaftsministerium — mehrere Jahre hindurch mit ihren eigenen Männern besetzt zu halten, die sich gewiß keine übermäßige Mühe gegeben haben dürften, dem Sonderdasein des Ansiedlerstandes ein rasches Ende zu bereiten und seine Einschmelzung in die Altbauernschaft zu fördern, sondern eher wohl bereit gewesen sein mögen, das Ihrige dazu zu tun, um die Existenz dieses künstlich konservierten Standes möglichst zu verlängern. Zur Zeit der Regierung A. Rei (Dezember 1928 bis Juni 1929) gelang es den Ansiedlern ferner, unter Ausnutzung des Umstandes, daß sie der Linkskoalition angehörten, zu der die Landwirte in Opposition standen, einen sehr wesentlichen Vorteil zu erringen: den von den Landwirten beherrschten landwirtschaftlichen Fachvereinen wurden die ihnen bisher für den Unterhalt des agronomischen Personals gewährten staatlichen Subventionen entzogen und die Organisation der agronomischen Beratung einem dem Namen nach überparteilichen, in Wirklichkeit aber binnen kurzem von den Ansiedlern und ihrem Anhang in Besitz genommenen staatlichen Büro übertragen.

Die Gemeinsamkeit der agrarischen Interessen mußte freilich auf die Dauer die Ansiedlerpartei aus den Reihen der Mittelparteien hinausführen und ihre Forderungen und Zielsetzungen (soweit es sich nicht bloß um Privilegien des Ansiedlerstandes handelte) in weitgehendem Maße denen der Landwirte annähern. Aber gerade diese Annäherung mußte — wie stets gerade zwischen einander nahe-

stehenden Parteien — den Kampf um den Wähler zwischen Landwirten und Ansiedlern besonders stark anfachen, um so mehr, als die Ansiedler sich parteitaktisch und parteiorganisatorisch als gelehrige Schüler der älteren Agrarpartei erwiesen. Wir sehen bei den Ansiedlern dieselbe feste, über das ganze Land verzweigte Parteiorganisation, dasselbe Vorschieben ihrer Parteigänger in die staatliche, private und genossenschaftliche Wirtschaft; dieselbe Maskierung durch parteimäßig beherrschte landwirtschaftliche berufliche Fachorganisationen, denselben Aufbau einer reinen „Parteiwirtschaft" — hier meist in der Form genossenschaftlicher Organisationen —, dieselben Mittel und Methoden des Kampfs und der Werbung.

3.

Ein solcher Gegner, der gerade durch das verführerische Beispiel seiner skrupellosen Interessenpolitik äußerst gefährlich werden konnte, war in keinem Fall zu unterschätzen, zumal er sich in unmittelbarer Nachbarschaft der Operationsbasis der Landwirte, auf dem flachen Lande, auszubreiten begann. Zu seiner Abwehr mußten in der Tat alle Kräfte eingesetzt werden. Es ist bei dieser Sachlage begreiflich, daß diese neue Bedrohung, im Verein mit dem heftigen Trommelfeuer der Mittel- und Linksparteien gegen die Stellung der Landwirte in den Städten, der inneren Gefährdung dieser Stellung durch die Verquickung mit dem Gründertum und dem Mißvergnügen des eigenen agrarischen Flügels, den Bund der Landwirte schließlich zu dem überaus folgenschweren Entschluß veranlaßte, seine städtischen Positionen freiwillig zu räumen. Dieser Entschluß ist zu einem tief einschneidenden Wendepunkt in der innerpolitischen Entwicklung Estlands geworden, und man dürfte mit der Behauptung kaum fehlgreifen, daß seit der Entscheidung des estnischen Sozialismus für den bürgerlichen Staat und gegen die Klassendiktatur kein anderes Ereignis für die Parteigeschichte Estlands von so weitreichenden Auswirkungen gewesen ist, wie der Rückzug des Bundes der Landwirte aus den Städten.

Der Rückzug vollzog sich in geordneter Weise, Gewehr bei Fuß, und hat der Partei als solcher keine wesentlichen Einbußen gebracht: ihre Machtstellung blieb im ganzen unvermindert. Dennoch waren die Folgen dieses Vorgangs nicht gering und schufen eine von Grund auf veränderte Parteisituation. Zunächst rückte in der Politik und der Ideologie des Bundes der Landwirte das Allgemeinstaatliche und Allgemeinpolitische den spezifisch agrarischen Forderungen gegenüber, deren Vertretung zugleich durch den Wettbewerb mit den Ansiedlern einen starken Unterton von Agrardemagogie erhielt, in den Hintergrund.

Dasselbe Schicksal wurde den bisherigen Führern zuteil; denn die neue Situation erforderte neue Führer mit einer eng und einseitig auf das berufsständische Interesse eingestellten Blickrichtung. Die politischen Methoden und die Taktik der Partei näherten sich augenfällig derjenigen der Ansiedlerpartei an. Der Gedanke der großen bürgerlich-konservativen Sammelpartei sank in sich zusammen; der städtische Anhang der Landwirte zerbröckelte, der größte Teil, vor allem die Kreise der privaten Wirtschaft, wandte sich anderen Parteien zu, in erster Reihe der Volkspartei, die dadurch bei den letzten Wahlen in den Städten einen Scheinerfolg errang. Die Hausbesitzer, vereinigt mit einem Teil der Wirtschaftskreise, rückten ab und machten sich politisch selbständig. Ungefähr um dieselbe Zeit fand auch die Symbiose mit der Christlichen Volkspartei ihr Ende — ob aus denselben Gründen, bleibe dahingestellt; es mögen hier auch persönliche Sympathien und Antipathien der Führer eine Rolle gespielt haben. Die Christliche Volkspartei schwenkte zunächst wieder in das Fahrwasser der Mittelparteien und suchte und fand schließlich engere Anlehnung bei den Ansiedlern.

Das Hauptaugenmerk des Bundes der Landwirte wandte sich von nun an der Festigung seiner Position auf dem flachen Lande zu. Zu diesem Zweck wurde die Parteiorganisation sorgfältig ausgebaut, — insbesondere auf dem wirtschaftlichen Gebiet, wo nun u. a. die Mehrheit der Produzentengenossenschaften von dem durch die Mittelparteien kontrollierten Genossenschaftsverbande losgerissen und in einem besonderen Revisionsverbande zusammengefaßt wurden; den Ansiedlern wurde aufmerksam auf die Finger gesehen und jeder Schachzug ihrerseits sofort durch einen entsprechenden Gegenzug pariert und, wenn möglich, überboten, wobei natürlich unvermeidlich immer wieder kräftig ins Horn der Agrardemagogie gestoßen werden mußte; bei den letzten Kreiswahlen fegte dann der Bund der Landwirte im Verein mit den Ansiedlern und Sozialisten die Mittelparteien nahezu endgültig vom flachen Lande hinaus und stellte hier eine Art Dreiparteiensystem her, das der heutigen sozialen Gliederung der Landbevölkerung — Altwirte, Ansiedler und Landlose bzw Landarme — entspricht. Natürlich wurde hierdurch auch die Kluft zwischen Land und Stadt aufs stärkste aufgerissen. Wir haben seitdem ausgesprochene Stadt- und ausgesprochene Landparteien.

Mit dem Eintritt der allgemeinen Wirtschafts- und speziell der Agrarkrise beginnt ein noch nicht abgeschlossenes Kapitel unserer Parteigeschichte. Die Agrarkrise mußte die landwirtschaftlich tätige Bevölkerung wirtschaftlich in schwerer Weise schwächen. Politisch

erhielt jedoch die agrarische Bewegung gerade durch sie einen ungewöhnlich starken Auftrieb; denn nie trat die Tatsache, daß die Landwirtschaft bei uns das eigentliche Fundament der gesamten Volkswirtschaft bildet, so augenfällig zutage, wie gerade jetzt; nie fanden die agrarischen Forderungen eine so allgemeine, wenn auch vielfach widerwillige Anerkennung, und noch nie sind sie in einem so weitgehenden Maße auch praktisch durchgesetzt worden wie heute. Zugleich aber machte sich beim Bunde der Landwirte eine zweite Entwicklungslinie bemerkbar; denn mehr und mehr machte sich bei ihm die Erkenntnis geltend, daß die Wirtschafts- und Agrarnot bei uns nicht nur durch zufällige und vorübergehende Umstände und durch die Einwirkungen der allgemeinen Weltwirtschaftskrise bedingt ist, sondern daß ihre Ursachen zu einem großen Teil auch in gewissen Struktur- und Entwicklungsfehlern unseres Staatswesens liegen. Diese Erkenntnis machte die Partei der Landwirte zunächst zum Träger des Gedankens der Verfassungsreform; aber mehr und mehr scheint sich bei ihr die darüber hinausgehende Einsicht durchzusetzen, daß eine grundlegende Revision unseres gesamten Staatsaufbaus, ja unserer ganzen Staatsauffassung und politischen Ideologie vonnöten ist, um die Fehler zu beseitigen.

Wie die weitere Entwicklung der Agrarparteien sich gestalten wird, ist heute schwer vorauszusagen: ob der Gedanke der Verfassungsreform und der daraus erwachsende „Revisionsgedanke" dem Bunde der Landwirte noch einmal die große Chance der konservativen Sammelpartei in die Hand geben wird; ob die Ansiedler in absehbarer Zeit dennoch mit den Altwirten verschmelzen werden und sich bei uns *eine* große Agrarpartei herausbilden wird; ob endlich besondere Umstände das Sonderdasein der *beiden* Agrarparteien erhalten und wir dauernd neben einer bäuerlich-konservativen eine kleinbäuerlich-radikale Partei sehen werden — darüber kann nur die Zukunft entscheiden*).

*) Eine neue Phase in dem Kampf zwischen den beiden Agrarparteien ist inzwischen, als diese Zeilen schon geschrieben waren, möglicherweise durch die Entstehung der neuen *Regierungskoalition* „*der Bauernwirte und der Knechte*", d. h. der Landwirte und der Sozialisten (unter Mitwirkung der rechts-mittelparteilichen Volkspartei) eröffnet worden. Diese Koalition der beiden starken Flugeparteien richtet ihre Spitze unverkennbar gegen die Ansiedler und die Mittelparteien (über die politische Bedeutung dieser Tatsache s. Teil III). Bezeichnend ist es, daß an der Spitze der neuen „grün-roten" Regierung, die das Erbe der vorwiegend mittelparteilich orientierten Regierung Stresemann angetreten hat, niemand anderes steht, als *Konstantin Päts*, d. h. der bedeutendste Führer des Bundes der Landwirte aus seiner früheren Periode, als er noch den Weg der großen konservativen Sammelpartei ging.

Die Krisis der deutschen Landwirtschaft in ihrer weltwirtschaftlichen Bedingtheit

Von Hans-Jürgen Seraphim

Die Agrarkrisis der Gegenwart ist ihrer Intensität und Heftigkeit nach eine der schwersten, welche die deutsche Landwirtschaft heimgesucht hat[1]). Rund ein Jahrhundert nach der Krisis der zwanziger Jahre und ein halbes Jahrhundert nach dem Preissturz der siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts ist sie die dritte der großen Depressionsperioden, die das Fundament der deutschen Volkswirtschaft ins Wanken zu bringen droht. Während die beiden ersten aber im ganzen gesehen in eine Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs fielen und eben durch diese aufsteigende Entwicklung selbst langsam überwunden wurden, trifft die Gegenwartskrisis mit einer allgemeinen Depression zusammen, die ihrerseits lähmend und verschärfend wirkt. Zu einem Teile ist denn auch — wenigstens in Deutschland — die Agrarkrisis in ihren katastrophalen Ausmaßen durch die gleichen Faktoren wie die allgemeine Krisis der Volkswirtschaft bedingt: durch die Auswirkungen des Versailler Vertrages, eine Erkenntnis, die vom Altmeister deutscher wissenschaftlicher Agrarpolitik, Max Sering, lebhaft gefördert worden ist. Es wäre jedoch irrig, die Ursache der Agrarnot nur in der Steigerung der Kostenelemente zu sehen. Diese bilden vielmehr für die deutsche Landwirtschaft nur einen zusätzlichen Krisenfaktor. Entscheidend ist die Preisbildung, die weltwirtschaftlich bedingt ist. Nur in diesem Zusammenhang kann infolgedessen die Gegenwartslage der deutschen Landwirtschaft gesehen werden.

* * *

Man sollte meinen, daß bei der Schwere der Not und der Augenfälligkeit der trostlosen Lage die Meinungen wenigstens über die Ausmaße der deutschen Agrarkrisis der Nachkriegszeit einheitlich sind. Betrachtet man jedoch die Äußerungen der Praxis und der Wissenschaft, so sind tiefgreifende Unterschiede in der Beurteilung

[1]) Nachfolgender Aufsatz ist aus einem Vortrag hervorgegangen, den Verfasser im Rahmen der Herbstvorträge 1930 des Herderinstituts zu Riga gehalten hat. Er ist dem Inhalt nach wesentlich erweitert und der Form nach erheblich verändert worden.

festzustellen. Von einflußreicher Seite wird sogar versichert, daß es eine Krisis der gesamtdeutschen Landwirtschaft garnicht gebe. So hat z. B. das Zentralinstitut für bäuerlichen Personalkredit, die Preußenkasse, sich auf Grund einer eigenen Erhebung im Dezember 1927 über die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft zu der Auffassung bekannt, daß die Verschuldung, bezogen auf 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche, und ebenfalls der Zinsendienst weder für die Pachtbetriebe noch für die Eigenbetriebe ein krisenhaftes Gesamtbild ergibt, sondern daß vorwiegend bei landwirtschaftlichen Großbetrieben und unter diesen wieder bei denjenigen des Ostens krisenhafte Zustände und beachtliche Verschuldungen festzustellen seien. Die Krisengefahr konzentriere sich auf Ostpreußen, die Grenzmark und Pommern unter starker Ausstrahlung nach Mecklenburg, während die Gebiete mit vorwiegend bäuerlicher Bevölkerung und günstigen Absatzverhältnissen ein mehr oder weniger normales Bild ergäben[1]). Die Preußenkasse steht demnach auf dem Standpunkt, daß es in Deutschland nur einzelne Krisenherde, nicht eine Krisis der gesamten Landwirtschaft gibt. Wenn wir von einigen sozialdemokratisch orientierten ähnlich gerichteten Thesen absehen, so von den Äußerungen des Agrarpolitikers Baade[2]), so wird diese Meinung sonst kaum geteilt. Nicht nur, daß die Landwirtschaft selbst ihren Zustand als höchst bedrohlich ansieht und auch die Regierung — und nicht nur die gegenwärtige — auf diesem Standpunkt steht, auch die Wissenschaft in allen ihren Vertretern sieht eine allgemeine Agrarkrise als gegeben an.

Es fragt sich, ob wir in der Lage sind, einen einwandfreien Beweis hierfür anzutreten. Der Jenenser Agrarpolitiker von Dietze hat kürzlich in einem Aufsatz[3]) alle Symptome zusammengestellt, die auf eine krisenhafte Gesamtsituation hindeuten. So betrugen z. B. die Kaufpreise für Landgüter in Ost- und Mitteldeutschland schon im Jahre 1926 nur 75 % der nominellen Vorkriegshöhe, das bedeutet unter Berücksichtigung des gesunkenen Geldwertes kaum die Hälfte des Vorkriegsstandes. Die Pachtzinsen für preußische Domänen lagen 1927 ungefähr auf der Vorkriegshöhe, unter Berücksichtigung

---

[1]) Die Lage der landwirtschaftlichen Großbetriebe in den östlichen Landesteilen. Berlin 1928, insbesondere S. 14 und 50.

[2]) Baade, Agrarkrise und ihre Bekämpfung. Der deutsche Volkswirt. Jahrgang 2, Nr. 51.

[3]) Die Lage der deutschen Landwirtschaft. Jahrbücher für Nat. III. Folge, Band 75, S. 666 ff.

des Geldwertes also wesentlich unter ihr. Die Zahl der Zwangsversteigerungen ist in steter Zunahme begriffen. Es kommt hinzu, daß der Produktionsertrag erst in allerletzter Zeit sich dem Vorkriegsstande wieder angenähert hat, z. T. auch noch unter ihm liegt.

Das wichtigste Symptom für die Notlage der deutschen Landwirtschaft ist jedoch die in den letzten Jahren eingetretene Neuverschuldung, die in kurzer Zeit zu einer Überverschuldung größten Ausmaßes geführt hat. Der ehemalige Minister Hermes hat kürzlich in einem Aufsatz die Neuverschuldung der Landwirtschaft für den Zeitraum 1924—1928 berechnet[1]). Zusammen mit der Aufwertungsschuld ergibt sich rund gerechnet eine Summe von 12 Milliarden Mark. Die Rentenbankgrundschuld kann unberücksichtigt bleiben, da sie mehr den Charakter einer Steuer trägt. Läßt man auch die Aufwertungsschulden beiseite, so bleibt die Ziffer von rund 9 Milliarden Mark Neuverschuldung. Hiervon entfallen auf Investierungen und produktive Zwecke etwa 1,5—2 Milliarden Mark. Es bleibt ein Restbetrag von 7 Milliarden Neuverschuldung, der als reiner Vermögensverlust anzusehen ist. Die zeitliche Betrachtung der Kreditaufnahmen zeigt, daß sie eine einheitliche Linie aufweisen und von Jahr zu Jahr in annähernd derselben Höhe zugenommen haben. Die Entwicklung ist am besten zu ersehen, wenn der Stand der Neuverschuldung pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche berechnet wird; wir stellen auf diese Weise fest, daß sie im Jahre 1924 133 Mk., 1925 236 Mk., 1926 297 Mk., 1927 389 Mk. betragen hat. In der Gegenwart ist sie etwas gesunken. Daß in den einzelnen deutschen Landesteilen die Neuverschuldungshöhe verschieden ist, ist einleuchtend, wenn man bedenkt, daß die Absatzverhältnisse, die Bodenbonitäten, die Arbeiterverhältnisse und die sozialen Lasten naturgemäß nicht gleich sind. Der vom Reichstag eingesetzte Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft hat in seinen Berichten[2]) über die Verschuldungsverhältnisse der deutschen Landwirtschaft für 1928 festgestellt, daß die landwirtschaftlichen Großbetriebe generell stärker verschuldet sind als die bäuerlichen und daß die Verschuldung im Osten Deutschlands größere Ausmaße angenommen hat als im Westen. Tiefere Einblicke in die Verschuldungsverhältnisse und die damit ver-

[1]) A. Hermes, Um die Rettung der deutschen Landwirtschaft, Berlin 1929, S. 6.

[2]) Unterausschuß für Landwirtschaft, Vorbericht über die Verschuldungsverhältnisse der deutschen Landwirtschaft, Berlin 1928.

bundene Kreditbelastung gewährt eine Enquête des Statistischen Reichsamtes, der fast 1,2 Mill. Betriebe zugrunde liegen mit einer Gesamtfläche von rund 23,9 Mill. ha. Auch diese Untersuchung ergibt, daß die größeren Betriebe im Durchschnitt stärker verschuldet sind als die kleineren. „Die gesamte Verschuldung, die im Reichsdurchschnitt 304 RMk. je ha, bzw. 29,9 v. H. des Einheitswertes beträgt, beläuft sich bei den Betrieben unter 100 ha auf 271 RMk. je ha und 25,3 v. H. des Einheitswertes, bei den Betrieben über 100 ha dagegen auf 387 RMk. je ha und 44,5 v. H. des Einheitswertes“ [1]). Auf Grund einer anderen Enquête des Statistischen Reichsamtes [2]) ist es möglich, die angedeutete Differenzierung weiter zu verfolgen. Nach ihr beträgt nämlich die Verschuldung je ha bei der Betriebsgröße 5 ha 207,9 RMk., steigt bei den Betrieben von 10 ha auf 222,2, bei denen von 25 ha auf 264,5, bei den Betrieben von 50 ha auf 267,1 erreicht bei den 100 ha-Betrieben 403,3 RMk. und kulminiert bei den Betrieben von 500 ha mit 587,0 RMk. [3]). Auch bezogen auf das Rohvermögen (berechnet in v. H. desselben) ergibt sich eine gleichgerichtete Steigerungstendenz von 14,6 bei der kleinsten Betriebskategorie auf 40,7 bei der größten. Die Steigerung ist mit 17,4 bis zur Größengruppe 50 ha nicht bedeutend, weist darüber hinaus aber eine progressive Tendenz auf [4]).

Eine Betrachtung nach regionalen Gesichtspunkten ergibt wie bei den Erhebungen des Enqueteausschusses eine Abnahme der Verschuldung von Osten über Nord- und Mitteldeutschland nach Westen. In Prozent des Einheitswertes beliefen sich die Schulden im Bezirk des Landesfinanzamts Königsberg/Pr. auf 57,1; Stettin 52,8; Mecklenburg-Lübeck, Abt. Schwerin 42,5; Breslau 40,4; Brandenburg 37,1; Oberschlesien 31,6 — in allen aufgeführten östlichen Landesfinanzämtern also über dem Reichsdurchschnitt von 29,9 [5]). In v. H. des Rohvermögens ausgedrückt ergibt sich ein ähnliches Bild. Mecklenburg steht mit 55,8 an der Spitze, es folgen Ost-

---

[1]) Die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft am 1. Januar 1928. In: Die Besteuerung der deutschen Landwirtschaft. Einzelschriften zur Statistik des Deutschen Reiches Nr. 12, Berlin 1930.

[2]) Die Steuerbelastung landwirtschaftlicher Betriebe im Jahre 1928. In: Die Besteuerung der deutschen Landwirtschaft, Berlin 1930.

[3]) Ebenda, S. 89.

[4]) Ebenda, S. 90.

[5]) Die Verschuldung der deutschen Landwirtschaft am 1. Januar 1928, a. a. O. S. 74.

preußen mit 44,8, Schlesien mit 38,3, Norddeutschland mit 37,6. Der Reichsdurchschnitt beträgt 31,6[1]).

Wie sehr unter Umständen die Zinsleistungen den Betrieb in seiner Existenz treffen können, zeigt das Beispiel von 62 mecklenburgischen Großbetrieben der Größenklassen 200–800 ha, für welche in nachstehender Tabelle der Durchschnittsreinertrag den Durchschnittsschuldzinsen (Wirtschaftsjahr 1928/29) gegenübergestellt ist[2]).

Fläche ha	Reinertrag (Durchschn.) Mk.	Schuldzinsen (Durchschn.) Mk.	Reinertrag in % der Zinsen	Durchschn. Zinsen betragen das
200—300	7.337,50	11.625,00	63,12	1,58-fache
300—400	5.318,75	19.693,75	27,01	3,70-fache
400—500	10.346,15	26,592,30	38,91	2,60-fache
500—800	5.672,00	39.408,00	14,39	7,07-fache

Es zeigt sich demnach, daß bei keiner Größenklasse der Reinertrag zur Deckung der Schuldzinsen ausreicht und diese daher eine unerträgliche Belastung der Betriebe darstellen.

Mit der Feststellung geringerer Verschuldung ist natürlich keineswegs gesagt, daß die Lage der bäuerlichen Wirtschaften de facto besser ist als die des Großgrundbesitzes. Dies ist tatsächlich auch nicht der Fall, wenn man bedenkt, daß der Bauer in hohem Maße in der Lage ist, die Verluste seiner Betriebsführung durch Verzicht auf angemessene Entlohnung und Lebenshaltung wettzumachen. Es ist mit anderen Worten die Schuldenaufnahme für die wirtschaftliche Lage des bäuerlichen Betriebes nicht so charakteristisch wie für die Großlandwirtschaft. Der Bauer kann nicht nur seine Lebensführung außerordentlich einschränken, sondern auch seine Arbeitszeit übermäßig ausdehnen und tut dies auch, um seine ererbte Scholle zu erhalten. In einem aufsehenerregenden Werk hat kürzlich Professor Münzinger[3]) festgestellt, daß, sobald man nur mit einer 5 %-igen Verzinsung des im bäuerlichen Hof steckenden Kapitals rechnet und die restliche Summe durch die geleistete Arbeitsmenge dividiert, es sich ergibt, daß der Lohn der bäuerlichen Familienarbeit noch nicht einmal an denjenigen des Gesindes herankommt. Zwar läßt die Münzingersche Arbeit allgemeine Schlüsse nur in bedingtem Ausmaße zu, da sie

[1]) Ebenda, S. 90.

[2]) C. J. Francke, Beiträge zur Untersuchung über die Vererbung des ritterschaftlichen Großgrundbesitzes in Mecklenburg-Schwerin. Rostocker Dissertation. 1930. S. 63.

[3]) Münzinger, Die Auswirkung der Agrarkrise auf den kleinbäuerlichen Betrieb. 1930.

sich bloß auf 10 ausgewählte württembergische Betriebe stützt, doch kommt auch C. v. Dietze zu einem ganz ähnlichen Ergebnis unter Verwertung der allgemeinen Statistik[1]), so daß der Tatbestand als bewiesen gelten kann. v. Dietze berechnet die sachlichen Aufwendungen, Steuern, Schuldzinsen und Pachtzinsen sowie die Bezüge der Lohnempfänger und stellt diese Posten den Roheinnahmen der Landwirtschaft gegenüber, die er für den Durchschnitt der letzten Jahre auf 12,7 Milliarden Mk. berechnet, dividiert dann die Restsumme durch die Zahl der Betriebsleiter und deren mithelfende Familienangehörige und kommt auf diese Weise zum Schluß, daß pro Kopf der selbständigen Personen, die in der Landwirtschaft tätig sind, 1907 790 Mk. Arbeitseinkommen entfielen, in der Wirtschaftsperiode 1924—1927 im Durchschnitt jedoch nur 600 Mk. Wenn man bedenkt, daß diese 600 Mk. nur etwa die Kaufkraft von 400 Vorkriegsmark haben, so ist damit erwiesen, daß der in den Nachkriegsjahren verfügbare Betrag nicht ausreicht, um auch nur die bescheidensten Lebensansprüche zu bestreiten.

Nach allem darf als Ergebnis festgehalten werden, daß die Krisis der Landwirtschaft sich auf das ganze Reichsgebiet erstreckt und nicht etwa nur einzelne Krisenherde umfaßt. Daß die Lage der Landwirtschaft in einigen Gebieten noch schlechter ist als im Durchschnitt, hängt damit zusammen, daß im Laufe der letzten Jahre, insbesondere 1926 und 1927, der Norden und Osten Deutschlands unter ausgesprochenen Mißernten zu leiden gehabt hat.

* * *

Die Ursache der Krisis ergründen heißt nach dem Angedeuteten feststellen, wie es zu einer derartigen Verschuldung und zu Vermögens- und Substanzverlusten von rund 7 Milliarden Mk. hat kommen können, d. h. warum eine Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe seit vielen Jahren nicht mehr erzielt werden konnte. Die theoretische Nationalökonomie gibt uns das Rüstzeug an die Hand, mit dem wir dem Problem zuleibe rücken können. Auf Grund theoretischer Erwägungen können wir nämlich 7 mögliche Ursachen nennen, die auf 2 Grundkomponenten zurückzuführen sind. Die eine Komponente bezeichnen wir als Kosten und rubrizieren hierher: Erhöhung der Löhne, Preissteigerungen für den sachlichen Produktionsaufwand, Vermehrung des Personals, gehobene Lebenshaltung bei

[1]) C. v. Dietze, Die Lage der deutschen Landwirtschaft. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, III. Folge, Bd. 75, 1929, S. 659 ff.

den selbständigen Landwirten und ihren Familien, Steigerung der Steuern und Zinsen. Die zweite Komponente bezeichnen wir als Rohertragsgestaltung, diese ist abhängig von der Höhe der Naturalerträge und von den Preisverhältnissen landwirtschaftlicher Erzeugnisse. Wenn die Ursachen der Agrarkrisis bei der Rohertragsgestaltung liegen, müßte demnach eine Minderung der Erträge stattgefunden haben und eine Verschiebung in den Preisverhältnissen zuungunsten der Landwirtschaft. Es ist natürlich denkbar, daß beide Komponenten sich in einer Weise verschoben haben, die zur Krisis führen mußte. v. Dietze hat auf Grund der allgemeinen Statistik versucht, ein ziffernmäßiges Bild über die Entwicklung der einzelnen Faktoren zu geben[1]).

Eine Erhöhung der Löhne hat nominell zweifellos stattgefunden, unter Berücksichtigung der veränderten Kaufkraftverhältnisse gegenüber der Vorkriegszeit jedoch nicht. Deshalb kann, so meint v. Dietze, in der Lohngestaltung keine treibende Ursache für die eingetretenen Verluste erblickt werden. Dieser Schlußfolgerung vermag ich nicht zuzustimmen. Selbst wenn vom Standpunkt des Lohnempfängers eine Reallohnsteigerung nicht vorliegt, so kann doch vom Standpunkt des Betriebes aus gesehen sehr wohl der Kostenfaktor Lohn von steigender Bedeutung geworden sein. Dieser Fall wird dann eintreten — und ist auch bei der deutschen Landwirtschaft akut geworden — wenn die Löhne sich im Verhältnis zum Erlös der Prduktion erhöhen. Vergleicht man die Entwicklung des Preisindex für Agrarprodukte und des Lohnindex, so ist in der Tat eine Diskrepanz zuungunsten des Preisindex zu konstatieren[2]). Diese allgemeine Feststellung wird weiter erhärtet durch die Ergebnisse der Untersuchungen des Enquêteausschusses[3]), die sich auf 232 Betriebe stützen. Die Enquête stellt fest, daß im Zeitraum 1912/14 bis 1924/26 der Lohnaufwand insgesamt gestiegen ist und zwar desto stärker, je intensiver die Betriebsform ist. Dabei ist die Steigerung des Gesamtlohnaufwandes in den ostdeutschen Betrieben nicht unerheblich größer als in Mitteldeutschland. Nachfolgende Tabelle verdeutlicht die Steigerung des gesamten Lohnaufwandes für Hackfruchtwirtschaften, Futterbauwirtschaften und Getreidebauwirtschaften in % zu 1912/14[4]).

---

[1]) C. v. Dietze, Die Lage der Landwirtschaft, a. a. O. S. 666 ff.

[2]) A. Hermes, a. a. O. S. 8.

[3]) Unterausschuß für Landwirtschaft, Untersuchungen über Landarbeiterverhältnisse, Berlin 1929.

[4]) Ebenda, S. 398.

1924/26 in v. H. von 1912/14.
Hackfruchtwirtschaften 145
Getreidewirtschaften 135
Futterbauwirtschaften 138

Seit 1924 ist ein weiteres unaufhaltsames Ansteigen der Löhne eingetreten, das erst im Jahre 1930 zum Stillstand gekommen ist. In Ostpreußen ist der Lohnaufwand, 1924/25 gleich 100 gesetzt, im Wirtschaftsjahr 1926/27 auf 111 gestiegen, in Norddeutschland auf 114, in Mitteldeutschland auf 118, im Nordwesten auf 115, im Westen auf 112. Die übrigen Landesteile weisen geringere Steigerungssätze auf, die um 106 und 107 liegen[1]).

Unter den einzelnen Lohnteilen ist bis 1926 die Steigerung des Naturallohnes am größten, seitdem ist mit Ausnahme der Kleinbetriebe eine Erhöhung des Barlohnanteils eingetreten[2]). Von besonderer Bedeutung für unsere Problemstellung ist das Verhältnis von Lohnaufwand und Wirtschaftsleistung. Bezogen auf 100 Mk. Lohnaufwand, betrug der Leistungsrückgang 1924/26 etwa 20—30 %. Wie aus den Untersuchungen einwandfrei hervorgeht, ist der Leistungsrückgang in Ostdeutschland im allgemeinen etwas größer als in Mitteldeutschland.

Seitdem ist die Entwicklung nicht einheitlich verlaufen. Der Rückgang der Leistungen erklärt sich vor allem aus der Verkürzung der Arbeitszeit, die in der Nachkriegszeit eingetreten ist; die hierdurch bewirkten gesunkenen Arbeitsleistungen haben ferner eine Vermehrung der Arbeitskräfte notwendig gemacht. Daraus erklärt es sich, daß das gesamte Lohnkonto der Landwirtschaft durchschnittlich stärker gestiegen ist als die Bezüge der einzelnen Lohnempfänger. Auch am gesamten Wirtschaftsaufwand gemessen ist der Lohnaufwand gestiegen. „Während er vor dem Kriege im Durchschnitt der drei Betriebsgruppen in Ostdeutschland 41 %, in Mitteldeutschland 36 % betrug, beläuft er sich nach dem Kriege in Ostdeutschland auf 43,7 % bzw. 39,7 %“[3]). Auch beim Lohn ist demnach eine Schlechterstellung der ostdeutschen Landesteile festzustellen.

Was die Lebenshaltung der selbständigen Landwirte und ihrer Familien anbelangt, so wurde bereits oben darauf hingewiesen,

---

[1]) Ebenda, S. 397.
[2]) Ebenda, S. 383, 396.
[3]) Enqueteausschuß, a. a. O. S. 384.

daß von einer gestiegenen Lebenshaltung keine Rede sein kann. Das gilt sowohl von der Bauernschaft wie auch von den Großgrundbesitzern.

Die Mehrbelastung durch Schuldzinsen ist in der ganzen Untersuchungsperiode trotz des hohen Zinsfußes auf den ersten Blick verhältnismäßig gering, und zwar deshalb, weil in den ersten Jahren nach der Inflation eine relative Minderbelastung gegenüber der Vorkriegszeit bestanden hat, hatte doch die Landwirtschaft einen sehr großen Teil ihrer Schulden abzustoßen vermocht. Der Zwang der Ereignisse führte jedoch, wie schon angedeutet, sehr bald — nämlich seit 1924 — eine außerordentlich drückende Neuverschuldung herbei. Mit einigen Worten sei hier auf die Ursachen dieses Vorganges eingegangen, die bis ins Jahr 1923 zurückreichen. In den letzten Hochinflationsmonaten mußte die Landwirtschaft ihre Steuern auf der Basis der Goldmarkrechnung zahlen, desgleichen ihre Produktionsmittel auf derselben Grundlage bezahlen, während sie die eigenen Erzeugnisse nur gegen Papiermark abzusetzen vermochte. So kam es, daß der Erlös der Ernte von 1923 nicht ausreichte, den Betrieb ordnungsgemäß weiterzuführen, und es mußten Kredite aufgenommen werden, für die geradezu phantastische Zinssätze — bis zu 50 % im Jahr — zu zahlen waren. Fernerhin hat die Aufwertungsgesetzgebung 3—4 Milliarden Mk. Vorkriegsschulden wieder aufleben lassen. Die 1924/25 einsetzende Intensivierungspropaganda, die neue Betriebsmittel erforderte, drängte ebenfalls in dieselbe Richtung, und endlich machte die unbefriedigende Ernte von 1926 die Aufnahme von Kapital notwendig. Die gesamte Kreditbelastung der deutschen Landwirtschaft betrug nach Berechnung des Instituts für Konjunkturforschung Ende 1925 nur rd. 3,2 Milliarden Mk., davon kurzfristige Kredite 2,1 Milliarden; Ende 1929 7,3 Milliarden, davon kurzfristige Kredite 2,9 Milliarden. Das Verhältnis der kurzfristigen Kredite ist also recht ungünstig.

Als besonders drückend wird nicht so sehr die Gesamthöhe der Neuverschuldung empfunden, als vielmehr die z. T. untragbare Höhe des Zinsfußes, dessen Gestaltung wiederum im Westen und Osten differiert. Die Durchschnittssätze belaufen sich nach der Enquête des Statistischen Reichsamts[1]) im Westen auf 7,2, im Osten auf 7,4 %, davon Aufwertungsschulden 4,8 bzw. 5,2 %, neue Hypothekenschulden 7,8 bzw. 7,5 %, Wechselschulden 9,2 bzw. 11,1 %,

[1]) a. a. O. S. 108 ff

sonstige Schulden 7,4 bzw. 7,7 %. Bezogen auf einen ha Besitzfläche stellt, in Verbindung mit den oben untersuchten Verschuldungsverhältnissen, die Belastung für den Westen eine Zinslast von 17,2 Mk., für den Osten dagegen eine solche von 28,4 Mk, dar und zwar für Aufwertungsschulden 2,0 bzw. 4,7 Mk., für neue Hypothekenschulden 7,4 bzw. 11,3 Mk., für Wechselschulden 1,2 bzw. 4,8 Mk. und für sonstige Schulden 6,6 bzw. 7,6 Mk. Durchweg also ist der Osten bedeutend stärker belastet.

Sehr stark fällt die Steigerung der steuerlichen Belastung ins Gewicht, die im Verhältnis zur Vorkriegszeit im Durchschnitt der letzten 5 Jahre etwa auf das 3—4-fache angestiegen ist. 1924—1928 hat die Landwirtschaft insgesamt etwa 2,7 Milliarden Mk. mehr Steuern und Lasten aufzubringen gehabt als 1913. Die Frage der steuerlichen Belastung ist für die Existenz der deutschen Landwirtschaft von so großer Bedeutung, daß auf sie eingehender eingegangen werden muß. Die oben bereits erwähnte Enquête des Statistischen Reichsamts[1]) bringt sehr bedeutsame Ergebnisse, die insonderheit die ungewöhnlich schwere Lage des deutschen Ostens erkennen lassen.

Es ergibt sich für den Reichsdurchschnitt eine Steuerbelastung von 22,0 bis 26,7, d. h. eine Durchschnittsbelastung von 24,95 Mk. Die Differenzen zwischen niedrigster und höchster Belastung bei den einzelnen Betriebsgrößenklassen haben dabei eine gewisse Tendenz, mit steigender Betriebsgröße sich zu verringern[2]). Für 1950 bäuerliche Betriebe stellt eine ergänzende Enquête für das gleiche Jahr 1928 charakteristische Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland fest, und zwar bezogen pro ha Besitzfläche.

Wirtschaftsgebiet	Insgesamt	Reichssteuern	Landes- und Gemeindeabgaben	Kirchensteuern	Zwangsabgaben
	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.
Westen	25,7	8,8	12,1	1,2	3,6
Osten	22,4	8,1	10,7	0,5	3,1

Durchweg ist pro ha Besitzfläche die Steuerleistung im Osten geringer als im Westen, in beiden Fällen jedoch liegt das Schwergewicht bei den Landes- und Gemeindesteuern[3]). Dabei ist die Steuerlast je nach der Besitzgröße verschieden. Im Westen kann

[1]) Die Steuerbelastung landwirtschaftlicher Betriebe im Jahre 1928, a. a. O.

[2]) Ebenda, insbesondere S. 88 ff. und 99.

[3]) S. 108 ff.

eine kontinuierliche Senkung von 55,1 Mk. je ha in der Besitzgröße bis 5 ha auf 15,9 Mk. je ha in der Besitzgröße über 100 ha festgestellt werden; im Osten ist die letztgenannte Kategorie dagegen mit 21,4 Mk., die erste mit 15,1 Mk. belastet; die höchste Belastung weist hier die Gruppe 10—20 ha mit 28,1 Mk. auf.

Selbstverständlich sind infolge der verschiedengearteten Landes- und Gemeindezuschläge die Steuerbelastungen sehr ungleich. Untersuchungen von je 20 Großbetrieben in Mecklenburg, Pommern, Brandenburg und Sachsen auf Grund von Buchführungsergebnissen des Jahres 1927/28, die von der Betriebsstelle des D. L. R. zur Verfügung gestellt wurden, ergaben, daß in Mecklenburg 10,6 % der Bareinnahmen in Steuerform abzuführen waren, gegen 5,5 bis 6,2 % der drei übrigen Gebiete[1]). Das bedeutet für Mecklenburg, wo in der Vorkriegszeit die steuerliche Belastung des Großgrundbesitzes allerdings besonders gering war, (für 67 untersuchte Großbetriebe) eine Steigerung der Ertragssteuern um das 19½- bis 23-fache gegenüber der Vorkriegssteuerbelastung[2]). Daß die landessteuerliche Belastung seit 1924 eine ausgesprochene Tendenz hat weiter anzusteigen, verdeutlicht nachfolgende Zusammenstellung für Mecklenburg-Schwerin, welche die durchschnittliche Belastung mit Landessteuern pro ha landwirtschaftlich genutzter Fläche in Mk. für drei Kategorien von Größenklassen gesondert aufführt[3]).

	Größenklasse.		
Jahr	1–300 ha	300—500 ha	über 500 ha
1924,25	21,89	17,61	20,30
1925 26	21,97	20,00	19,64
1926 27	25,61	22,69	22,31
1927/28	26,55	24,71	26,74
1928 29	27,99	26,97	28,80

Als weiterer Belastungsfaktor sind die Soziallasten zu nennen. Ihre Höhe läßt sich sehr schwer exakt feststellen; vor allem bestehen natürlich die größten Unterschiede in den einzelnen Landesteilen sowie bei den Betriebsgrößenklassen, die in unterschiedlichem Ausmaß fremde Arbeitskräfte beschäftigen. Nach Angabe der Dresdner Landwirtschaftskammer stiegen in ihrem Bezirk die Sozialbeiträge pro ha

---

[1]) Vgl. C. J. Francke, Beiträge usw. a. a. O. S. 52.

[2]) Ebenda, S. 60.

[3]) Wegner, Die soziale Belastung des Großgrundbesitzes in Mecklenburg-Schwerin. Rostocker Dissertation, 1931.

von 8,70 Mk. 1913/14 auf 19,12 Mk. im Jahre 1925/26; die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft beziffert für denselben Zeitraum die Steigerung für Pommern, die Grenzmark, Mecklenburg und das nördliche Brandenburg auf 11,8 RM. (von 3,7 auf 15,5); die Landwirtschaftskammer Stettin gibt für die Betriebe über 100 ha die Ziffern 4,35 und 12,20 Mk. an; der Deutsche Landwirtschaftsrat nennt 6,05 und 13,80 Mk. (1924/25)[1]. So unterschiedlich die Angaben auch im einzelnen sind, sie lassen alle annähernd gleiche Steigerungssätze um das Zwei- bis Dreifache erkennen. Dasselbe Bild ergibt sich, wenn die Tendenzen seit 1924/25 je ha beobachtet werden.

Gemessen am Lohn ist die Steigerung der Sozialbeiträge allerdings viel weniger stark. Sie betrug bis 1928 nach Berechnungen von Menzel 180,0 %[2]. Es ist diese verhältnismäßig geringe Erhöhung auf die Eigenbewegung der Löhne selbst zurückzuführen.

Die Betriebsbelastung durch die Sozialversicherung ist, wie angedeutet, bei den Größenklassen sehr unterschiedlich. Für Pommern liegen eingehendere Untersuchungen in dieser Richtung vor, die zeigen[3], daß im ganzen mit zunehmender Betriebsgröße auch die Soziallasten je ha steigen. Die niedrigste Belastung weisen z. B. in Westpommern die Betriebe von 5 bis 20 ha auf; die Belastung steigt auf 18,8 RMk. bei den Betrieben von 200—400 ha, um dann langsam auf 13,2 RMk. bei der Größenklasse über 1000 ha zu sinken. Für Mecklenburg freilich ergeben die Untersuchungen Wegners ein etwas anderes Bild[4]. Es mag dies allerdings mit der summarischen Zusammenfassung in nur drei Kategorien von Betriebsgrößenklassen zusammenhängen. Die Sozialbelastung beträgt pro ha landwirtschaftlich genutzter Fläche in Mk.:

Jahr	1—300 ha	300—500 ha	über 500 ha
1924/25	7,50	8,00	7,16
1925/26	13,10	11,14	10,81
1926/27	14,93	13,32	11,83
1927/28	17,77	16,06	13,52
1928/29	18,06	17,35	15,86

[1]) Zitiert nach B. Menzel, Die sozialen Lasten der deutschen Landwirtschaft. Greifswald 1930, S. 30 ff.

[2]) Ebenda S. 74 f.

[3]) Ebenda S. 80 nach „Die Lage der Landwirtschaft in der Prov. Pomm.", herausg. v. d. Landwirtschaftskammer Stettin, 1928.

[4]) Wegner a. a. O.

Über die Preissteigerung der Aufwendungen für *sachliche Produktionsmittel* (Maschinen, Geräte, Düngemittel usw.) wird in anderem Zusammenhang eingehend berichtet[1]). Dort ist auch im einzelnen dargelegt, daß die Landwirtschaft im Gegensatz zur Industrie alle aufgeführten Kostenerhöhungen besonders schwer treffen, da es ihr nicht gelingen kann, sie zu überwälzen.

Aus allem resultiert, daß die Kostenkomponente im ganzen sehr erheblich an Gewicht gewonnen hat; und diese Mehrkosten hätten, wenn die Rentabilität der Landwirtschaft hätte erhalten bleiben sollen, durch steigende Erträge und günstige Preise ausgeglichen werden müssen.

* * *

Damit ist bereits die zweite, nämlich die *Rohertragskomponente* berührt. Die Roherträge der deutschen Landwirtschaft sind in den ersten Jahren erheblich hinter denjenigen der Vorkriegszeit zurückgeblieben[2]), insbesondere hinter denen des Jahres 1913, das allerdings als Rekorderntejahr keinen ganz zutreffenden Vergleichszeitpunkt darstellt. Nach Angabe des Instituts für Konjunkturforschung in Berlin wurden 1924/25 nur 61% des Durchschnitts der Roggenmenge der letzten 5 Jahre vor dem Kriege geerntet, 1925/26 93%. Ähnliche Ziffern, nämlich 70 und 93%, weisen die Weizenernten auf. Jene Ertragsminderungen sind nicht so sehr auf ein Einschrumpfen der Anbaufläche, als auf Rückgänge der Hektarerträge zurückzuführen. Diese betrugen für Brotgetreide im Durchschnitt des Zeitraums 1920—25 15,2 dz gegen 19,4 dz 1911—13 und für Kartoffeln 127,7 dz gegen 137,7 dz. Das Jahr 1928 brachte im allgemeinen eine gute Ernte, so daß die Produktionsziffern der Landwirtschaft, nicht zuletzt als Folge der Intensivierungspropaganda, sich nunmehr denjenigen der Vorkriegszeit angenähert haben, ja sie z. T. geringfügig übertreffen. Die Minderung der Erträge der deutschen Landwirtschaft bis zum Jahre 1927 ist teils zurückzuführen auf ungünstige Witterung, teils auf den Krieg, der einen Mangel an menschlichen Arbeitskräften und Zugtieren, künstlichen Düngemitteln und Maschinen herbeiführte. Hierdurch war zur Aufrechterhaltung der Volksernährung im wahrsten Wortsinn Raubbau am deutschen Boden notwendig geworden. Auch die Viehbestände mußten sehr erheblich angegriffen werden. Die Inflation

[1]) Vgl. weiter unten das über die sog. Preisschere Ausgeführte.

[2]) Gerhard Albrecht, Zur Krisis der Landwirtschaft, Jena 1924, S. 9 ff.

ermöglichte es der Landwirtschaft zwar in großem Umfange, Kapital zu investieren, doch bildete sich bald ein Mißverhältnis zwischen Betriebskapital und stehendem Kapital heraus, das sich insbesondere in der Zeit nach der Inflation immer mehr verschärfte und den Aufstieg der landwirtschaftlichen Produktion hemmte. Die Ertragsminderungen, die für den Gesamtzeitraum der letzten 10 Jahre als bewiesen gelten dürfen und deren Überwindung erhebliche Aufwendungen erforderte, d. h. sich kostensteigernd auswirkte, haben sich aus einem bestimmten Grunde für die deutsche Landwirtschaft sehr nachteilig ausgewirkt.

Die Ertragsminderung hätte nämlich ausgeglichen werden können durch hohe Preise pro Produktionseinheit. Es ist aber bezeichnend — und nunmehr kommen wir zu der eigentlichen Kernursache der gegenwärtigen deutschen Agrarkrisis —, daß auch die Preisgestaltung in den letzten zehn Jahren für die Landwirtschaft außergewöhnlich ungünstig war und im gegenwärtigen Moment noch unvermindert ist. Alle bisher genannten Symptome der Krisis sind letztlich durch die ungünstige Preisbildung der Agrarprodukte bedingt. Das beste Material und die tiefstschürfende Darstellung, die über die Gestaltung der Preisverhältnisse veröffentlicht ist, stellt das fundamentale Werk von Max Sering dar über „Die internationale Preisbewegung und die Lage der Landwirtschaft“ [1]). Die Preisbewegung der Nachkriegszeit unterscheidet sich grundsätzlich von derjenigen des ersten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts. Die steigenden Agrarpreise vor dem Kriege wurden bedingt durch den Umschwung der Verhältnisse in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die aufhörten ein Kolonialland zu sein: seit der Jahrhundertwende wurde auch hier der Landmangel fühlbar, der Boden teuer, der Bevölkerungszuwachs ein überproportional starker. Mit Recht betont Sering, daß damals die Getreide- und Fleischpreise deshalb anstiegen, weil die Zunahme des Nahrungsbedarfs der rasch anschwellenden Industriebevölkerung nicht mehr allein auf extensivem Wege, durch Aufbruch von Neuland, gedeckt werden konnte [2]). Die rasch anwachsende Nachfrage machte eine Steigerung der Erträge von der Flächeneinheit notwendig. Das Prinzip der Bodenknappheit kam seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts für die Nahrungsbeschaffung wieder zur Geltung.

---

[1]) Berlin 1929. Vgl. dazu die Zusammenfassung von C. v. Dietze, Die gegenwärtige Agrarkrisis, Berlin 1930.

[2]) Sering a. a. O. S. 12 ff.

In der Nachkriegszeit hatte infolge der angedeuteten Kriegsverhältnisse, dann aber auch wegen der Agrarreformen und Agrarrevolutionen im Osten und Südosten Europas die landwirtschaftliche Produktion sehr starke Rückgänge aufzuweisen[1]), denen allerdings eine gewaltige Zunahme in den überseeischen Ländern gegenüberstand. Auf Grund eingehender statistischer Nachweisungen, die gerade für Getreide einen hohen Grad von Zuverlässigkeit aufweisen, war im Jahrfünft 1921—25 die Weltproduktion in allen Getreidearten zusammen um 151 Mill. q geringer als in den letzten Jahren vor dem Kriege, d. h. etwa um 4½%; dabei entfallen die Rückgänge (mit rund 15%) überwiegend auf Europa[2]) und erreichen in der Sovetunion, in die 1921/22 im Gegensatz zur Vorkriegszeit ein sehr großer Import erfolgen mußte, katastrophale Ausmaße. 1921 betrugen hier die Saatflächen in Prozent von 1913 nur 46,8 und zwar für Roggen 68,8%, für Winterweizen 62,6%, für Sommerweizen 27,7%, für Gerste 30,8%, für Hafer 44,7%[3]). Noch im Wirtschaftsjahre 1923/24 macht der ehemals sehr bedeutende russische Getreideexport nur einen Bruchteil seines Umfanges von 1913 aus[4]). Während 1913 die russische Gesamtgetreideausfuhr 10,6 Mill. t ausmachte, belief sie sich 1923/24 nur auf 2,6 Mill. t. Die stärksten Rückgänge haben dabei Weizen (3,3 Mill. t auf 0,5 Mill. t) und Gerste (3,9 Mill. t auf 0,3 Mill. t) aufzuweisen, während Roggen eine Zunahme (von 0,6 Mill. t auf 1,3 Mill. t) erfuhr.

Zusammenfassend kann wohl ohne Zweifel festgestellt werden, daß in diesem Zeitraum von einer agraren Überproduktion keine Rede ist. Vielmehr müssen der Preisdepression, die im Jahre 1920 einsetzt, andere Ursachen zugrunde liegen. Der Warenhunger der europäischen Völker nach dem Kriege, nämlich 1918 und 1919, konnte durch eine großzügige Kreditpolitik der Vereinigten Staaten befriedigt werden. Die Preise für Agrarprodukte stiegen zunächst steil an. Im Jahre 1920 jedoch stellte Amerika die Kreditgewährung an die alliierten Staaten ein, so daß die Kaufkraft Europas

---

[1]) Max Conrad, Produktion und Ausfuhr der ost- und südosteuropäischen Landwirtschaft unter Einwirkung der Nachkriegsagrarreformen. Breslauer Dissertation 1928.

[2]) v. Strakosch, Wesen und Bekämpfung der internationalen Agrarkrise. In: Berichte über Landwirtschaft, Bd. XIII, Heft 3, S. 395.

[3]) W. Rosenberg, Der Getreideexport aus Sovetrußland. In: Das heutige Rußland, herausgegeben vom Osteuropa-Institut zu Breslau, Berlin 1925, S. 13.

[4]) Rosenberg a. a. O. S. 24.

plötzlich in sich zusammenbrach[1]). Die Folge waren katastrophale Preisstürze für sämtliche Agrarprodukte, denn die gesenkte Kaufkraft der Industrieländer führte zu starken Einschränkungen ihres Verbrauchs. Insbesondere gilt dies von denjenigen Volkswirtschaften, die den Krieg verloren hatten oder besonders unter seinen Nachwirkungen leiden mußten, vor allen Dingen von Deutschland, Österreich, Rußland und den neugebildeten unkonsolidierten Kleinstaaten Europas. Für Deutschland faßt Sering[2]) die Lage wie folgt zusammen: „Die Agrarkrisis erreichte . . . ihren Höhepunkt, als nach dem Ruhreinbruch die deutsche Volkswirtschaft und Massenkaufkraft völlig zusammenbrach, der Goldwert der exportierten Waren auf weniger als die Hälfte der Vorkriegszeit, der Reallohn der gelernten Arbeiter (im November 1923) auf 1/4 (23,38 %), der ungelernten auf 2/3 (65,89 %) des Vorkriegslohnes sank, schließlich die Warenbesitzer die Annahme des entwerteten Papiergeldes ablehnten und nun eine ungeheuere Arbeitslosigkeit Platz griff." Die Verbrauchsstatistik zeigt beispielsweise für Deutschland, daß der Brot-, Fleisch-, Milch-, Butter-, Kaffee- usw. -konsum pro Kopf der Bevölkerung zwischen 1920 und 1924 gegenüber den letzten Vorkriegsjahren außerordentlich stark zurückgegangen war. Der Fleischverbrauch pro Kopf der Bevölkerung verminderte sich von 43,15 kg 1913 auf 26,71 kg 1923 (was etwa dem durchschnittlichen Verbrauch im Jahrzehnt 1860 bis 1870 gleichkommt!); der Roggenverzehr sank für dieselben beiden Stichjahre von 153,1 kg auf 91,9 kg, der Kartoffelkonsum von 700 kg auf 573 kg. „Setzt man den Kopfverbrauch im Jahre 1913/14 gleich 100, so sank er auf 60 beim Roggen, auf 50 beim Weizen, auf 28 bei der Gerste, auf 46 beim Hafer, auf 82 bei den Kartoffeln im Jahre 1922/23. Die Versorgung der Großstädte sank 1923 auf durchschnittlich ca. 28 % ihres früheren Milchverbrauchs"[3]). Wir werden mithin sagen können, daß die Agrarkrisis bis 1924 eine Unterkonsumtionskrisis ist. Bei der Beurteilung der Agrarkrisis bis 1924 ist allerdings hervorzuheben, daß die soeben angedeutete ungünstige Preisentwicklung in Deutschland durch die

[1]) Sering a. a. O. S. 20 ff., insbesondere S. 25, 27.

[2]) Sering a. a. O. S. 27.

[3]) G. Albrecht, Zur Krisis der Landwirtschaft, a. a. O. S. 35. Für den Fleischverbrauch bringt Sering a. a. O. S. 26 andere Angaben, nämlich 1913 52 kg, 1923 31,3 kg. Eingehende Nachweisungen über Verbrauch, Einfuhr und Produktion landwirtschaftlicher Erzeugnisse finden sich bei R. Kuczinski, Deutschands Versorgung mit Nahrungs- und Futtermitteln, Berlin 1927.

Geldentwertung weitgehend verdeckt wurde. „Die Landwirtschaft selbst hatte nicht das Gefühl einer Depression“ [1]), da der in Mark ausgedrückte Produktionsertrag ziffernmäßig anstieg und — im Gegensatz zu anderen Bevölkerungsschichten — ein sicheres Einkommen gewährleistete. In den überseeischen Exportgebieten mußte die europäische Unterkonsumtion allerdings schwer fühlbar werden Sie führte hier zur Auflösung des durch den Krieg bedingten Weltmonopols für Getreide und Viehzuchterzeugnisse [2]). Die außerordentlichen Preisrückgänge, die z. B. in den Vereinigten Staaten 1921 den Weizenpreis unter die Produktionskosten drückten, haben als Folge eine beträchtliche Einschrumpfung der Anbauflächen gezeitigt: sank doch „in Argentinien der Anbau gegen 1922 um mehr als 10%, in der Union um 5% und in Kanada um 25% [3]). Auch die Preise für Viehzuchtprodukte wiesen, und zwar zeitlich bereits vorhergehend, sehr starke Rückgänge auf, so daß sich in den überseeischen Exportgebieten teilweise sogar Zeichen der Unverkäuflichkeit bemerkbar machten.

Seit 1924 ändert sich das Preisbild für die meisten landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowohl auf dem Weltmarkt, vor allem jedoch in Deutschland grundlegend. Der Schleier der Inflation fiel, die Eingliederung in das weltwirtschaftliche Getriebe hob die deutsche Landwirtschaft aus ihrer Isolierung heraus und kettete die heimischen Preise — wie vor dem Kriege — an den Weltmarkt. Damit wird für Deutschland die Krisis akut. Gleichzeitig und in organischem Zusammenhang damit ändern sich die Ursachen, welche die sich nur vorübergehend erholenden Preise für Agrarprodukte bedingen. Dank dem erneuten Einströmen amerikanischer Kredite (in Deutschland nach Annahme des Dawes-Plans) und der Konsolidierung der europäischen Währungen steigt die Kaufkraft beträchtlich [4]). Die

[1]) F. Beckmann, Die weltwirtschaftlichen Beziehungen der deutschen Landwirtschaft, Berlin 1926, S. 5.

[2]) Ebenda S. 26 ff.

[3]) Ebenda S. 35.

[4]) Im Gegensatz hierzu die noch für 1929 aufrechterhaltene Ansicht Serings (a. a. O. S. 106 ff.), der auch für die Jahre nach 1924 in der gesenkten Kaufkraft der europäischen Industriebevölkerung die Ursache für die niedrigen Preise der lebenswichtigen landwirtschaftlichen Erzeugnisse sah: „Man muß die starke Arbeitslosigkeit in den wichtigsten europäischen Industrieländern im Auge haben, wenn man die Bewegung der Lebensmittelpreise richtig beurteilen will. Den beschäftigten Arbeitern, die mit ihrer wiederhergestellten oder gehobenen Kaufkraft dazu beitragen, daß die Preise für Qualitätserzeugnisse eine ausreichende Höhe

Kaufkraftsteigerung hat in zunehmendem Maße zu einer Verschiebung der Konsumtionsrichtung geführt. Allgemein hat die Nachfrage nach Roggenbrot im Verhältnis zum Weizenbrot abgenommen. Von einer Unterkonsumtionskrisis kann keine Rede mehr sein. Vielmehr haben wir es in Europa, insbesondere in Deutschland wieder zu tun mit ähnlichen Verhältnissen wie im ausgehenden 19. Jahrhundert: wie damals ist es auch jetzt wieder die überseeische Konkurrenz, die die westeuropäische Landwirtschaft bedroht.

Seit 1924 beginnt in Europa die Landwirtschaft sich langsam dem Vorkriegsstand anzunähern. In Deutschland und den anderen am Krieg beteiligten Staaten werden die Folgen der Raubbauwirtschaft während der Kriegsjahre überwunden, in den ost- und südosteuropäischen Volkswirtschaften können die produktionsmindernden Wirkungen der unorganisch und überstürzt durchgeführten Agrarreformen wenigstens zum Teil allmählich beseitigt werden, und in der Sowjetunion tritt infolge der Einführung der sog. Neuen Wirtschaftspolitik — die dem Bauern eine wenn auch äußerst beschränkte und durch wiederholte Rückfälle in kriegskommunistische Verwaltungs- und Regierungsmethoden immer wieder unterbrochene Bewegungsfreiheit gewährte — ebenfalls eine Ausweitung der Anbauflächen sowie eine Steigerung der Hektarerträge ein. In den überseeischen Gebieten haben Kanada, Argentinien und Australien ihre Getreideproduktion gegenüber 1900 verdoppeln, Argentinien, der größte Maisexporteur der Welt, die Maisanbaufläche vervierfachen können. Wie sehr diese Entwicklung gerade in den letzten Jahren vorwärtsgetrieben worden ist, mögen beispielsweise die sichtbaren Weltvorräte an Weizen verdeutlichen, die jeweils am 1. Dezember 1925 257 Mill. Bushels, 1926 300 Mill., 1927 347 Mill, 1928 460 Mill. und 1929 550 Mill. Bushels betrugen[1]). Für die Preisbildung sind aber vor allem wichtig die tatsächlich auf den Markt gelangenden Mengen, die in verstärktem Maße die bereits festgestellte Tendenz deutlich

---

erreicht oder gehalten haben, stehen breite Massen mit stark gesenkter Kaufkraft gegenüber. Es gehören hierher nicht bloß die eigentlichen Arbeitslosen und Kurzarbeiter, sondern auch die zahlreichen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen und in den besiegten Ländern vor allem sehr große Teile des früheren Mittelstandes, die durch die Inflation völlig verarmt sind . . . Das Heer der Verarmten ist zwar gegenüber 1923 sehr vermindert, doch noch so groß, daß es durchaus herangezogen werden muß, um den vorhandenen Vorrat an landwirtschaftlichen Erzeugnissen unterzubringen" (S. 112).

[1]) v. Strakosch a. a. O. S. 396.

werden lassen. „Im Durchschnitt der Jahre 1909—1913 betrug der Weltexport in den fünf Hauptgetreidearten, wobei das Mehl auf Körner umgerechnet wurde, rund 34 Mill. t. Hiervon wurden rund 14 Mill. t von Kanada, den Vereinigten Staaten, Argentinien und Australien geliefert. Im Durchschnitt der Jahre 1925, 1926 und 1927 betrug der Weltexport in den fünf Hauptgetreidearten nur 1 Mill. t mehr als im Durchschnitt der Jahre 1909—1913. Die überseeischen Exportländer Kanada, die Vereinigten Staaten, Argentinien und Australien lieferten aber von dem gesamten Weltgetreideexport von rund 35 Mill. t 28 Mill. t gegen 14 Mill. t in der Vorkriegszeit. Diese Länder haben also in der Zeit von 1913–1927, d. h. in 14 Jahren, ihre Exportleistung nahezu verdoppelt. Der Ausfall im russischen Export, sowie der Rückgang der Ausfuhr der Donauländer und einiger anderer Gebiete wurde durch die Ausweitung der überseeischen Erzeugung und Ausfuhr nicht nur ausgeglichen, sondern das Angebot wurde sogar noch verstärkt“ [1]).

Hand in Hand mit dieser Verstärkung des Angebots ging ein Sinken der Nachfrage. Auch auf der Nachfrageseite sind es Strukturveränderungen größten Ausmaßes, z. T. zurückzuführen auf technische Umwälzungen, z. T. auf Verschiebungen des menschlichen Bedarfs als Folge veränderter Ernährungsgrundlagen [2]). Die noch zu schildernde Technisierung des einseitigen Getreidebetriebes, unterstützt durch die rapide Ausbreitung des Automobils, bedingten als Folge des Rückgangs des Pferdebestandes, der in den Vereinigten Staaten besonders augenfällig ist, eine verminderte Nachfrage nach Futtergetreide. Für das Hornvieh kommt die sich immer stärker durchsetzende Rationalisierung der Fütterung sowie die Einbürgerung der Ölkuchen hinzu. Der nicht unbeträchtliche Rückgang des Getreidekonsums im Rahmen der menschlichen Ernährung und die gleichzeitige Steigerung des Verzehrs tierischer Erzeugnisse und von Obst und Gemüse sind hinlänglich bekannt. So trifft ein erhöhtes Angebot mit einer verringerten Nachfrage zusammen. Gerade auf dem letztgenannten Faktor beruht die ungünstige Preisentwicklung speziell für Roggen, dessen Weltproduktion im Durchschnitt der Jahre 1924—28 im Vergleich zu 1909—13 um 3% zurückgegangen ist. Allein Deutschland und Polen produzieren gegenwärtig etwa 55,2% der Gesamterzeugung

[1]) H. Warmbold, Gedanken zur Getreidekrise. In: Berichte über Landwirtschaft, Bd. XIII, Heft 3, S. 380 f.

[2]) Blätter für landwirtschaftliche Marktforschung, Berlin 1930, Heft I, S. 7.

und beherrschen damit die Preisbildung[1]). Da eine absolute Überproduktion hier nicht vorliegt, wohl aber eine Unverhältnismäßigkeit von Angebot und Nachfrage, kommt nur „Unterkonsumtion" in Frage, doch nicht in dem Sinne der Krisis 1920—24, sondern eines Minderverbrauchs aus den oben geschilderten Motiven. Ursache der geringeren Nachfrage ist also der steigende Wohlstand, der in Verbindung mit einem grundsätzlichen Geschmackswandel eine Abkehr vom Roggenkonsum und eine Steigerung insbesondere des Weizenverbrauchs herbeigeführt hat. Da die Roggenproduktion sich in wenigen Staaten konzentriert und die Absatzfähigkeit des Roggens im Gegensatz zum Weizen beschränkt ist, kann trotz des allerdings geringfügigen Rückgangs der Weltproduktion innerhalb einer jeden der hauptproduzierenden Volkswirtschaften ein Erzeugungszuviel eingetreten sein, eine Möglichkeit, die für Deutschland in vollem Umfang zutrifft. Ganz ähnlich hat sich ferner die Lage des Hafermarktes entwickelt[2]).

Sowohl beim Roggen wie beim Hafer haben wir das Bild einer Übersetzung des Binnenmarktes vor uns, die zu steigenden Exporten unter ungünstigen Bedingungen drängt. Die zwischenstaatliche Roggenpreisbildung wird neben dem deutschen Exportzwang besonders ungünstig durch die polnische Exportpolitik sowie auch durch das russische Getreidedumping beeinflußt. Dagegen liegt in Deutschland ein sehr großer Weizen- und Gersteimportbedarf vor, der wieder in der Ein- und Ausfuhrbilanz zum Ausdruck kommt.

Auch die Zuckerrübenerzeugung übersteigt den heimischen Bedarf und führt zu einem Verlustexportgeschäft, da einem Inlandpreis von 44,46 Mk. ein Weltmarktpreis von etwa 15 Mk. gegenübersteht[3]), der seinerzeit durch eine einzigartige Ausweitung der Rohrzuckerproduktion bedingt ist. Während im Wirtschaftsjahr 1912/13 eine Rübenzuckerproduktion von 8,93 Mill. t einer Weltrohrzuckererzeugung von 9,36 Mill. t gegenüberstand, beläuft sich 1928/29 die erstgenannte auf 9,54 Mill. t, denen 18,17 Mill. t Rohrzucker gegenüberstehen. Die Gesamproduktion ist also von 18,29 auf 27,71 t gestiegen. Den größten Anteil an dieser Steigerung haben die Rohr-

[1]) K. Ritter, Das Problem des Roggenpreises. In: Wirtschaftsdienst, XIV. Jahrg., Heft 48.

[2]) Vgl. Umstellung des deutschen Getreidebaus. Berichte über Landwirtschaft, 27. Sonderheft. Gutachten von Prof. Roemer.

[3]) Ebenda S. 31.

zuckerproduzenten Kuba (1913 2597 Mill. t, 1929 4671 Mill. t), Java (1466—2876), Südamerika (663—1396) und Japan einschließlich Formosa (204—1075). Die übermäßig gesteigerte Rohrzuckerproduktion und die hierdurch bedingte Weltmarktübersetzung mußte sich in heftigen Preisminderungen auswirken, nachdem während der Kriegsjahre infolge des Fortfalls der mitteleuropäischen Zuckererzeugung eine sprunghaft ansteigende Preisentwicklung eingetreten war. Für unverzollten Kubazucker wurden an der New-Yorker Börse gezahlt[1]): 1913 — 2,150 Cents per Pfund, 1920 — 11,337; 1929 — 2,001, Anfang Oktober 1930 — 0,950 per Pfund. Damit ist der niedrigste jemals verzeichnete Zuckerpreis erreicht. Für die gegenwärtige Preiskatastrophe auf dem Weltzuckermarkt ist nun nicht nur das mengenmäßige Überangebot verantwortlich zu machen, sondern gleichsam als zusätzlicher, wenngleich überaus wichtiger Faktor die allgemeine weltwirtschaftliche Depression seit 1929, die den Konsum bedeutend reduziert hat.

Die für wichtige Getreidearten und die Zuckererzeugung besonders ungünstige Konstellation erhöhten Angebots bei gleichzeitig verringerter Nachfrage vermag bereits für sich die ungünstige Preisgestaltung hinreichend zu erklären. Daß sich diese in den letzten Jahren im wahrsten Wortsinn auch für Getreide zu einer Katastrophe ausgewachsen hat — 1928 bis Juli 1930 fiel der Preis für Weizen um rund 30%, für Gerste um 28%, für Roggen um 56%! — hängt jedoch im letzten Grunde damit zusammen, daß bei dem herrschenden Überangebot die Preisbildung diejenigen Betriebe entscheidend beeinflussen, deren Erzeugungskosten am geringsten sind. In diesem Zusammenhang sind denn auch die in jüngster Zeit zutage getretenen Verschiebungen der Produktionsweise von geradezu einschneidender Bedeutung geworden. Der eigentliche Kern der Preisgestaltung liegt in der Tat bei der Senkung der Produktionskosten in den wichtigsten überseeischen Gebieten. Das gilt zunächst von der Zuckerproduktion, bei der die Rohrzuckergewinnung mit beträchtlich geringeren Kosten zu rechnen hat, als die Rübenzuckererzeugung der intensiv wirtschaftenden Betriebe des europäischen Kontinents.

Auch — und vor allem — auf dem Gebiet der Getreideproduktion hat in den Hauptexportländern eine Senkung der Produktionskosten stattgefunden, hervorgerufen durch fundamentale Umwälzungen

[1]) Deutsche Tageszeitung, 2. Dezember 1930.

auf dem Gebiet der Pflanzenzüchtung und Landbautechnik[1]). Die Züchtung von Sommerweizen mit besonders kurzer Wachstumsdauer in Kanada ermöglichte dort ebenso ein Vordringen des Weizenanbaus in die nördlichen, bisher der Getreideerzeugung verschlossenen Gebiete, wie die Züchtung des Hartweizens mit besonders geringem Feuchtigkeitsanspruch in den Vereinigten Staaten, Kanada und Australien die Bebauung ungeheurer Trocken- und Steppengebiete gestattete, ein Vorgang, dem die Sowjetunion in ihren südosteuropäischen und zentralasiatischen Provinzen zu folgen sich anschickt. In den genannten Gebieten, besonders in Nordamerika, sind jene Produktionsausweitungen in ausgesprochen extensiven Formen durchgeführt worden. Die etwa $^2/_5$ der Vereinigten Staaten und Kanadas umfassenden Trockenzonen, die bisher durch extensive Viehzucht genutzt wurden, sind nunmehr Schauplatz eines gewaltig ausgedehnten Weizenanbaus mit Hilfe der Motorisierung und Mechanisierung der Getreideproduktion geworden. Die Benutzung des Traktors nicht nur für die Bodenbearbeitung und -bestellung, sondern darüber hinaus für alle Ernte- und Transportverrichtungen zusammen mit der Einbürgerung des Mähdreschers, der den Spitzenbedarf an menschlichen und tierischen Arbeitsleistungen in der Erntezeit zu überwinden in der Lage ist, ermöglichte eine einseitige Einstellung auf Weizenerzeugung und hatte gleichzeitig eine wesentliche Herabdrückung der Produktionskosten zur Folge. Während z. B. mit den bisher üblichen Methoden das Schneiden und Dreschen des Getreides pro ha $11^1/_2$ Stunden Männerarbeit erforderte, ist es jetzt möglich, mit dem Mähdrescher dieselbe Leistung in $1^1/_2$ Stunden zu erzielen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß gerade auf diese Kostenersparnisse in der Hauptsache der Sturz der Getreidepreise seit 1925 zurückzuführen ist. Die Exportfähigkeit der Vereinigten Staaten hat sich auf diese Weise sehr stark erhöht. Die künftige Entwicklung hängt ab von der Rentabilität der Trockenfarmwirtschaft; für Amerika hat es den Anschein, als ob die Rentabilitätsgrenze in den nördlichen Teilen bereits erreicht sei. Immerhin glaubt Sering, daß das Angebot noch auf Jahrzehnte unvermindert stark bleiben werde und daß deshalb mit einem Tiefstand der Getreidepreise auf lange Zeit gerechnet werden muß.

[1]) Vgl. hierzu M. Sering, Entwicklungslinien der landwirtschaftlichen Weltproduktion. In: Weltwirtschaftliches Archiv, 23. Bd., Juli 1930. Eine vertiefte Behandlung brachte Serings Referat auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Königsberg i. Pr. September 1930. Ferner: H. Warmbold a. a. O. S. 382 ff.

Für die Gegenwart wird die Preiskonstellation verschärft durch das russische Dumping, das zu unliebsamen Unterbietungen geführt hat. Das Außenhandelsmonopol ermöglicht es der Sovetregierung, auf Kosten der Lebensführung der breiten Bauernmassen Weizen zu Preisen zu exportieren, welche die an sich bereits niedrigen Gestehungskosten kaum übersteigen. Als zusätzliches Baissemoment bedarf der angedeutete Tatbestand immerhin der Erwähnung.

Ich fasse zusammen: bis 1924 sind die gedrückten Getreidepreise vorzugsweise auf die gesunkene Kaufkraft Europas, nach 1924 auf überseeische Konkurrenz zurückzuführen. (Schluß folgt)

Zur Situation der modernen Literatur

Es ist nicht möglich, in einem kurzen Aufsatz Erschöpfendes über die Situation der modernen Literatur zu sagen. Es ließen sich höchstens einige Punkte herausheben, einige Tendenzen aufzeigen. Ohne eine gewisse Gewaltsamkeit und Einseitigkeit ließe sich wohl überhaupt nichts Rechtes aussagen — man verlöre sich sonst in einem buntschillernden Chaos. „Objektivität" ist schließlich nur dann möglich, wenn allgemein anerkannte Wertmaßstäbe vorliegen. Gerade das ist heute nicht der Fall. Es ist vielmehr die Aufgabe der Zeit, neue Wertmaßstäbe erst zu finden. Alle Bedeutungsakzente liegen heute auf der nationalen, den heutigen Zuständen gegenüber revolutionär gesinnten Jugend. An einer permanenten Revolution ist nun wirklich niemandem (mit Ausnahme von Trotzki) in dieser Welt gelegen. Das erhoffte Ergebnis dieses nationalen und sozialen Radikalismus wäre eine — ganz allgemein gesprochen — neue konservative Haltung.

„Konservativ" — das ist heute ein fast allzu mißverständliches Wort. Wir wollen nur sehr weniges von dem „konservieren", was heute gilt und was gestern galt. „Konservativ" heißt nur, gegenwärtig und zugleich auch tief sein: gegenwärtig, indem wir mit der Jugend gehen, die den Schnittpunkt zwischen dem Nationalen und dem Sozialen sucht — tief, indem wir die zwar halb verschütteten, aber doch noch wirksamen Kräfte der Vergangenheit (einer Vergangenheit, die weit hinter dem deutschen Idealismus zurückliegt) wieder lebendig zu machen und zu erfassen suchen.

Der Gegensatz zwischen den Generationen, ja fast schon den einzelnen Jahrgängen, ist heute größer, denn je früher. Um nur den einen Punkt hervorzuheben: die Jüngeren wissen kaum mehr, was Besitz ist — für sie gibt es nur das Einkommen. Eine Gefahr gilt es abzuwenden: die Herausbildung eines Gegensatzes zwischen traditionslosen, radikalen Jüngeren und den Älteren, die ihnen nur den engen und starren Konservatismus von gestern anzubieten haben. Damit wäre wohl der Ausgangspunkt der folgenden Betrachtungen ungefähr umschrieben.

*

Es gibt in Deutschland eine z. T. hervorragend begabte Schriftstellergruppe, die mit Bewußtsein westlich-demokratisch eingestellt ist. Zu ihr gehören — um nur einige der bekanntesten Namen zu nennen — Heinrich Mann, neuerdings auch sein Bruder Thomas, Jakob Wassermann, Lion Feuchtwanger, Gerhart Hauptmann, Arnold und Stefan Zweig, Emil Ludwig. Diese Gruppe ist auch zugleich dem Ausland gegenüber repräsentativ. Sie vertritt in den Augen des Auslandes den „Geist von Weimar" und erhebt infolgedessen den Anspruch, der Weltliteratur anzugehören. Dem Begriff von Weltliteratur liegt die alte Menschheitsidee zugrunde, wobei das Nationale aus ästhetischen Gründen (des Lokalkolorits halber) in etwas fragwürdiger Geltung bleibt. Die Weltkriegserfahrung der deutschen Isoliertheit und Verhaßtheit hat wesentlich dazu beigetragen, die Neigung zur Übernahme fremder Formen, Modeströmungen und Ideale zu verstärken; Kommunismus, Amerikanismus und westlerischer Demokratismus streiten sich um die deutsche Seele, und viele Schriftsteller und noch mehr Journalisten machen sich zum Sprachrohr dieser Ideen. Sie tragen zur Verwirrung bei und übersehen dabei die eigentliche Aufgabe: Bewußtmachung der eigenen Art und Auseinandersetzung mit diesen Weltmächten, um dadurch zu einer eigenen Form zu gelangen. Auch in einer anderen Hinsicht empfinden wir die genannte Gruppe als entfremdet. Wir meinen damit den indiskreten Psychologismus, dessen sich viele der Genannten befleißigen. Es sei damit nichts gegen eine analytische, medizinische Psychologie gesagt, die sich auf ihren Aufgabenkreis beschränkt. Wir wenden uns nur dagegen, daß uns in Romanen, Novellen und Dramen die Psyche belangloser Einzelmenschen, übrigens in z. T. hervorragend schöner, eleganter Sprache, bis in ihre intimsten Regungen enthüllt wird. Ein Musterbeispiel solcher Seelenondulation ist Stefan Zweigs Novellenband „Verwirrung der Gefühle". Noch schlimmer ist es freilich, wenn ein großer Mensch dazu dienen muß, psychologisch zergliedert und befingert zu werden. Wie indiskret, taktlos und peinlich ist doch Emil Ludwigs Darstellung! Er ist noch immer einer der meistgelesenen Schriftsteller. Die Jugend wendet sich allerdings immer mehr von solcher Literatur ab. Für sie gehören diese Entartungserscheinungen zur sterbenden liberalen Geistigkeit.

*

Die Lyrik scheint gestorben zu sein. Die beiden letzten großen Lyriker R. M. Rilke und Stefan George bedeuten anscheinend ein Ende. Gewiß gibt es noch begabte, hübsche Gedichte, aber sie wiegen nicht schwer und werden wenig mehr gelesen. Vielleicht, hoffentlich bedeutet das auch nur soviel, wie eine schöpferische Pause. Um Lyrik aufnehmen zu können, dazu gehört ein kultiviertes Gefühlsleben. Das ist heute selten. Wie sollte das auch anders sein? Die Stunde ist allem Positiven, Elementaren, Neubeginnenden günstiger als einer verfeinerten Kultur. Auf die Wurzeln kommt es heute an, nicht auf die Blüten. Sentimentalität haben wir freilich genug. Es gibt eine ganze Anzahl von literarischen Eintagsgrößen, die aus irgendwelchen, übrigens auch belanglosen Gründen diesen oder jenen Idealen (Menschheitsverbrüderung, Ewiger Friede u. ähnl.) alle ihre männlichen Instinkte geopfert haben*). Dahinter steckt ge-

*) Artur Holitscher, ein etwas blutrünstiger Idealkommunist, stand neulich mit einem noch bekannteren Schriftsteller vor den Pyramiden. „Hörst Du?"

wöhnlich ein soziales Ressentiment und allerhand Minderwertigkeitsgefühle, es ließen sich da viele Namen nennen: Wolf, Tucholsky*) und der Weltbühnenkreis; der Kreis um Piscator — die Liste ließe sich vermehren. Eine Auseinandersetzung mit ihnen lohnt sich nicht. „An der Sentimentalität erkennt man die Kanaille."

*

Es gibt eine ganze Reihe von deutschen Schriftstellern und Dichtern, die vorzugsweise in der Provinz gelesen werden und denen man Ernst, Gewissenhaftigkeit, Tiefe und Gehalt unbedingt zusprechen muß. In einer Hinsicht versagen sie leider — es gelingt ihnen nicht, eine gültige Form zu finden. Ihre Wirkung bleibt deshalb auf einen kleinen Kreis beschränkt. Es sind Heimatdichter. Ihre Zahl ist groß. Wir nennen: Stehr, Schaffner, Schäffer, Lienhardt. Stapel in seinem „Deutschen Volkstum" wirbt für diese Gruppe. Es gibt in Deutschland sehr viel Tiefe, die außerstande ist, Form zu gewinnen. Darum geht eine größere Wirkung von ihr nicht aus. Die Erkenntnis der eigenen Art und deren Ausprägung zu einer gültigen Form gewinnt man nur durch Auseinandersetzung mit Fremdem und — der Vergangenheit. Man kann nicht nur im eigenen Saft kochen. Auseinandersetzung kann im Zeichen des Kampfes und auch der Liebe geschehen — nie aber bedeutet sie blinde Übernahme fremder Formen. Wir leben im Zeitpunkt eines neuen Anfangs, das Ziel ist eine neue Ordnung. Wir dürfen also in Literatur und Kunst nicht schöne Form und Vollendung suchen, sondern Auseinandersetzung, neuen Beginn, Wurzelhaftes, Wiederbelebung einer Vergangenheit, die uns noch im Wesentlichen unbekannt ist und deren schöpferische Impulse daher noch nicht ausgeschöpft sind, wie das mit denen des Zeitalters der Aufklärung und des Idealismus der Fall zu sein scheint.

*

Heute bestimmen die Massen. Wie sollte das anders sein, wo die alten Bindungen zerbrochen und neue noch nicht da sind! Eine Gegenströmung macht sich in der Literatur schon geltend. Sie verdient unsere größte Aufmerksamkeit, unser stärkstes Mitgehen. Es gibt eine Literaturgattung, die man wohl, ihrem Gegenstande nach, die „heroische" nennen könnte. Man mißverstehe das nicht: es handelt sich hier nicht um eine literarische Siegesallee, um Bücher, die sich in Superlativen über „unseren eisernen Kanzler", „unseren alten Fritz" oder gar „unseren Franz" (Seldte) — zu einer Mark — ergehen**). Durch Übertreibung kommt man zur Karikatur, nicht zur Gestalt. Letztlich sind solche Bücher nur plumpe Anbiederungsversuche, die wahre Größe nur verkleinern. Wir meinen

---

fragte Holitscher seinen Freund. „Ich höre", antwortete dieser. Sie hörten das Stöhnen der Sklaven, die die Pyramiden erbaut hatten. Für das Stöhnen der Russen unter Lenins und Stalins Joch haben diese Leute keine Ohren.

*) „Wer für das Vaterland gefallen ist, ist für einen Dreck gefallen", schreibt Tucholsky.

**) Im Jahre 1870 attackierte ein preußisches Regiment vor Metz. Als erster fiel ein junger Offizier. Er rief mit letzter Kraft: „Es lebe der König!" — Der Oberst, der bald darauf fiel, wandte seinen Kopf und rief ihm zu: „Fähnrich, hier wird leise gestorben!"

ein anderes. Es gibt eine zahlreiche Literatur, die das Leben und die Schicksale starker, heroischer Menschen zum Gegenstande hat, deren Grundmotiv das Standhalten, Sichdurchsetzen, oder auch Kämpfend-untergehen ist und aus denen wir über das Wesen der Menschen und auch über andere Völker mehr erfahren, als aus schöngeistigen oder abstrakten Betrachtungen. Wir nennen da vor allem das „Grenzerbuch" von Friedrich von Gagern, das Buch vom Untergang der roten Rasse (Verlag Parey). Die Grenzer, — das waren die nordamerikanischen Pioniere, die die Indianer in beständigen Kämpfen zurückdrängten und so den nachfolgenden Siedlern Land schafften. Das Buch ist von dem besten lebenden Indianerkenner geschrieben und historisch völlig einwandfrei. Die Schilderung bleibt dabei dramatisch und kraftvoll. Den Höhepunkt bildet die Schilderung zweier Gestalten, des Indianers Tecumseh, der die roten Stämme durch die nationale Idee einen und ein unabhängiges Indianerreich gründen wollte (er fiel im Kampf), und des Grenzers David Boone (das Urbild des „Lederstrumpfs"). Er eröffnete den Siedlern weite Gebiete, wurde aber von der nachfolgenden „weißen Bestie", die Wild und Wälder vernichtete, immer weiter getrieben. Als einsamer Jäger, der mit den Roten gut Freund war, überschritt er schließlich die spanische Grenze, immer auf der Flucht vor den nachfolgenden Siedlern. Der spanische Gouverneur, voller Bewunderung für den heldenhaften Mann, schenkte ihm ein riesenhaftes Territorium, auf dem er seine letzten Tage verbrachte. Es sind noch zwei andere Grenzerbücher erschienen, die Südafrika und Rußland zum Gegenstande haben. Sie sind wesentlich blasser, aber auch noch lesenswert. Wundervoll ist das Erinnerungsbuch eines alten Engländers Alfred Aloysius Horne „Abenteuer an der Elfenbeinküste". Er hat, als einer der ersten Weißen, Jahre im tropischen Afrika verbracht. Zum Besten gehören auch die Bücher des Afrikaforschers und Kulturmorphologen Leo Frobenius. Er hat als erster den afrikanischen Menschen entdeckt und seine alten, ritterlichen, feudalen Kulturen. Jahrelang galt er als Schwindler. Jetzt sieht man in ihm einen der größten Forscher Deutschlands. Das anschaulichste, lebendigste Buch von ihm ist „Kopf als Schicksal" (Verlag Beck). Etwas anders geartet sind zwei innerlich verwandte Bücher: André Malraux „Die Eroberer" (Verlag Bowinckel) und Lawrence „Aufstand in der Wüste". Beide sind geniale Abenteurer, die versuchten oder dazu beitrugen, asiatische Völker (Chinesen und Araber) durch die nationale Idee zu einigen und zu aktivieren. Beide wurden allmählich von ihrer Aufgabe immer mehr erfaßt und wandelten sich so vom Abenteurer zum echten Führer eines fremden Volkes. Diese Bücher sind nebenbei wohl die lehrreichsten Werke über die Bedeutung der Idee in der Politik und auch deshalb im besten Sinne aktuell. Es wird in diesen Büchern Schritt für Schritt geschildert, wie eine Idee Wurzel schlägt, sich ausbreitet und schließlich formende Kraft gewinnt. Es würde zu weit führen, wenn wir noch mehr Bücher dieser Art aufzählen wollten. Begnügen wir uns damit, auf eine Richtung mit Nachdruck hingewiesen zu haben.

*

Nach dem Kriege ist eine Unzahl von Erinnerungen erschienen, in denen Staatsmänner, Generale und Diplomaten nachweisen, daß man sie verkannt habe. Wieviel besser wäre es doch gegangen, wenn man ihre Pläne und Ratschläge nur konsequent durchgeführt hätte, anstatt auf ihre unfähigen Kollegen zu

hören! Sicherlich stimmt das auch. „Jede Politik ist besser als eine schwankende", meinte Bismarck. Erschreckend ist bei dieser Lektüre weniger der Mangel an intellektueller Einsicht, als vielmehr die charakterliche Schwäche und das leichte menschliche Gewicht der meisten dieser Leute, die Führer waren oder sich einbilden es gewesen zu sein. Immerhin findet sich in diesen Büchern einiges Bemerkenswerte. Paléologue, der französische Botschafter in Petersburg, berichtet in einem eitlen, tendenziösen Buche eine wesentliche Geschichte: Als Stolypin dem Zaren seinen Reformplan vorlegt, meinte letzterer: „Wozu das alles? es nützt doch nichts", und erläuterte das dem entsetzten Stolypin folgendermaßen: „Ich bin am Tage des Hl. Märtyrers Hiob geboren. Mein Leben wird nicht anders sein." Zar Nikolaus hat dann auch nur im Unglück Größe gezeigt. Ist diese Anekdote nicht unendlich aufschlußreich? — Die Tagebücher des von irischen Revolutionären ermordeten englischen Feldmarschalls Sir Henry Wilson sind erschienen. Er war ein weitsichtiger Offizier und ein ehrenwerter, aber harter, schroffer Mensch, der wenig Freunde hatte. Er schreibt ungeschminkt. Er hatte schon vor dem Kriege die Zusammenarbeit mit dem französischen Generalstabe eingeleitet. Einen Krieg mit Deutschland hielt er für unvermeidlich. Sein Werk gibt eine interessante Schilderung der Kopf- und Ideenlosigkeit der englischen politischen und militärischen Führung während des Krieges. Er teilt uns auch mit, wie der Versailler Vertrag entstand. Die „großen Drei" (Clémenceau, Lloyd George und Wilson) hätten die einzelnen Punkte unter zwei Gesichtspunkten festgelegt (es galt die Linie des geringsten Widerstandes zu finden und die kommenden Parlamentswahlen zu berücksichtigen), aber das Gesamtwerk des Vertrages nie durchgelesen, seine Auswirkung, seine Konsequenzen nie überdacht. Ein Kommentar erübrigt sich dazu wohl. Sehr lesenswert sind die Erinnerungen des englischen Botschafters in Petersburg und späteren Unterstaatssekretärs Sir Artur Nicolson. Sein Sohn, ein sehr begabter junger englischer Schriftsteller, hat sie herausgegeben und kommentiert. Es sei widersinnig, die Kriegsschuldfrage aufzuwerfen, meint der junge Nicolson. Das englische Auswärtige Amt hat übrigens auf Befragen des jungen Nicolson erklärt, es hätte gegen die Veröffentlichung dieses Buches nichts einzuwenden. Zur Vorgeschichte des Krieges bringt das Buch vieles Hochinteressante. Nicolson teilt auch mit, daß Sir Edward Grey nach der Kriegserklärung Englands mit den Fäusten auf den Tisch schlug und ausrief: „Ich hasse den Krieg!" Von den militärischen Abmachungen, die England wenigstens moralisch verpflichtet hatten, Frankreich beizutreten, wußte er nicht viel. Militärs waren im Vorkriegsengland nicht sehr angesehen. Grey hatte diesen Abmachungen wenig Bedeutung beigelegt.

*

Das deutsche Geistesleben verdankt dem Orient viel. Der orientalische Einfluß ist heute allerdings etwas in Mißkredit gekommen. In der Inflationszeit trieben Snobs und falsche Propheten mit orientalischen Lehren Unfug. Salonästheten wiegten sich in orientalischen Märchenträumen und legten dem Buddhismus europäische, oder vielmehr ihre eigenen Dekadenzstimmungen unter. Der Buddhismus geht uns nichts an, oder jedenfalls nur wenige von uns. Sehr viel könnten uns aber die größten Ausprägungen des Menschentums im

Orient angehen. Es gibt zwei Bücher, die uns davon ein Bild geben. K. E. Neumann hat sämtliche buddhistischen Schriften aus dem Indischen übertragen. Davon möchte ich ein kleines Buch nennen: „Die letzten Tage Gotamo Buddhas". Die Übertragung ist fast wort-wörtlich und dabei ganz wunderbar. Durch die Kraft seiner Sprache ist es Neumann gelungen, die Gestalt Buddhas lebendig zu machen. Es ist im Piper-Verlag erschienen und kostet wenig.

Der kürzlich verstorbene protestantische Theologe R. Wilhelm war wohl der beste Chinakenner. Selbst chinesische Gelehrte erkannten seine Autorität an. Er hat die Schriften der chinesischen Weisen vorzüglich übertragen. Wir nennen davon die „Gespräche des Konfutse" (Verlag Diederichs). Sie geben ein Bild dieses ganz Großen, der das chinesische Leben mehr denn 2000 Jahre bestimmt hat.

*

Spanien scheint eine geistige Wiedergeburt zu erleben. Sie scheint sich über die ganze spanisch sprechende Welt zu erstrecken. Zwei der hervorragendsten zeitgenössischen Spanier — Unamuno und Ortega — liegen in deutscher Übertragung vor. Es sind Gegensätze: Unamuno ist Baske, bei aller Gelehrsamkeit primitiv und von elementarer Leidenschaft. Abgesehen von ein paar bitteren Satiren auf die moderne intellektuelle Dekadenz, hat er metaphysisch-religiöse Schriften geschrieben, — im katholischen Geist, aber mit einem starken protestantischen Einschlag. Ortega ist universal gebildet und von hoher Geistigkeit. In seinem Essayband „Die Aufgabe unserer Zeit" (Verlag „Neue Schweizer Rundschau") spricht er auch über die Aufgaben des Romans. Der eigentliche Stoff des Romans ist, nach ihm, schöpferische Psychologie. Nicht auf die Erfindung üppiger Fabeln, sondern auf die Erfindung merkwürdiger Seelen komme es künftig an. Das soll wohl besagen, es komme auf die Schilderung, auf die Gestaltung eines neuen Menschen in einer veränderten Welt an. Könnte nicht ein gestaltungskräftiger Schriftsteller das in der Entwicklung begriffene, nur keimhaft vorhandene Neue in den Seelen der Völker und der einzelnen erfassen und uns das Resultat dieser Wandlung in einem Bilde, in einer erdichteten Gestalt aufzeigen, — die neuen Typen, die in der Bildung begriffen sind, vorwegnehmen und herausstellen? Es ist von manchen so etwas versucht worden, es wäre ja auch wesentlicher und sogar interessanter, als technische Zukunftsromane. Gelungen ist es keinem.

*

Es gibt heute noch eine andere Literaturgattung, die wohl die bedeutungsvollste und wesentlichste unserer Zeit ist — unter dem Gesichtspunkt der Erneuerung betrachtet. Dazu gehören die Bücher, die sich mit den Problemen, Ideen, Aufgaben unserer Zeit beschäftigen, oder die neue Gebiete der menschlichen Seele bewußtmachen. Mit Universitätsphilosophie hat das nichts zu tun. Die zehrt noch vom Erbe. Wir können hier nicht näher darauf eingehen. Eine solche Darlegung würde den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen. Es scheint fast — das sei noch gesagt — daß sich da allmählich eine neue geistige Front herausbildet, und das wäre sehr bedeutungsvoll. C. v. S.

Politische Übersichten

Lettland

Nun steht das Deutschtum in Lettland wieder einmal mitten in einem verzweifelten Kampf um sein gutes Recht und um eines seiner teuersten Güter. Die Rigaer Domkirche, das größte und älteste Gotteshaus im ganzen Lande, das seit fast 700 Jahren ununterbrochen deutschen kirchlichen Zwecken gedient hat, soll durch einen unverhüllten, skrupellosen Rechtsbruch dem Deutschtum entrissen werden.

Als vor einem Jahre die kleine Rigaer lettische Garnisonsgemeinde eine verleumderische Kampagne gegen die deutsche Domkirchenverwaltung vom Zaune brach, ja auch als im Laufe des Jahres die lettischen Zeitungen „Jaunakâs Sinas" (die größte lettische Zeitung) und „Pehdejâ Brihdî", zuletzt auch das Blatt des mit den Deutschen politisch zusammenarbeitenden Bauernbundes „Brihwâ Seme" diese Hetze aufgriffen und weiterspannen, mochte es ein großer Teil unserer deutschen Bevölkerung immer noch nicht glauben, daß die Mehrheit der lettischen Parteien es tatsächlich unternehmen würde, dieser Hetze nachzugeben und wider alles Recht und teils auch wider das eigene Gewissen eine Enteignung des deutschen Domes in die Wege zu leiten. Gewiß, man kannte die schonungslos radikale, mit den in der Kulturwelt gültigen Eigentumsbegriffen unbedenklich brechende lettische Enteignungspraxis aus den Zeiten der Vernichtung des deutschen Großgrundbesitzes, man gedachte auch der Fortnahme der Rigaer deutschen Jakobikirche im Jahre 1923. Dennoch war man in deutschen Kreisen vielfach geneigt, die umstürzlerische Epoche des jungen lettischen Staatswesens mit diesen Gewaltakten der ersten Jahre als abgeschlossen zu betrachten, man hoffte nun wenigstens auf dem arg verkleinerten Besitzstande festen Fuß fassen und mit dem lettischen Mehrheitsvolk fortan auf der Grundlage der durch die Verfassung und die Gesetze Lettlands vorgezeichneten Linie des Rechts am Wiederaufbau der durch den Krieg und die folgenden Erschütterungen vielfach zerrütteten Heimat zusammenarbeiten zu können. Tatsächlich schien die Entwicklung der folgenden Jahre diesen deutschen Hoffnungen eine wenn auch nur langsam fortschreitende Erfüllung zu gewähren. Auf den Gebieten der Wirtschaft und Politik, der Kirche und Kultur bedingten vielfach vorhandene gemeinsame Interessen zwischen den Letten und Deutschbalten alsbald auch vielfältige Zusammenarbeit, machte alte Mißgunst, altes Mißtrauen von Jahr zu Jahr mehr einem wohlwollenden und vertrauensvollen Verhältnis zwischen den beiden bodenständigen Völkern unseres Landes Platz. Als dann vor nunmehr drei Jahren die Deutschen mit den lettischen bürgerlichen und bäuerlichen Parteien sich zu einer Regierungskoalition zusammentaten, schien damit eine Grundlage geschaffen worden zu sein, auf der in gemeinsamer Arbeit der Ausbau Lettlands zu einem europäischen bürgerlichen Rechtsstaat angestrebt werden konnte. Zwar wurde diese Entwicklung bald darauf im Jahre 1929 durch die von der linken Opposition unter Hinüberziehung des linken Koalitionsflügels herbeigeführte der nationalen Gerechtigkeit ins Gesicht schlagende Vernichtung des Siedlungsrechts der deutschbaltischen Frontkämpfer jäh

erschüttert. Die deutschbaltische politische Führung glaubte sich indessen berechtigt, diesen schweren Schlag auf ein atavistisches und vorübergehendes Wiederaufflackern chauvinistischer Regungen zurückzuführen und sich dadurch in ihrem festen Willen zu aufbauender Zusammenarbeit nicht erschüttern zu lassen, zumal die drei größten lettischen bürgerlichen Gruppen Bauernbund Nationaler Block und Klerikale — trotz mancher Verlockungen der nationalistischen Hetze widerstanden und bis zuletzt gegen die Entrechtung der Kämpfer der Baltischen Landeswehr stimmten.

Jetzt hat der Ausfall der ersten Parlamentsabstimmung über die überraschend eingebrachte Gesetzesvorlage zur Enteignung des Rigaer Domes die deutsche politische Führung gezwungen, ihre durch jahrelange Arbeit bewiesene Bereitschaft zu vertrauensvoller Zusammenarbeit aufzugeben, weil das hierzu notwendige wechselseitige Vertrauensverhältnis vom lettischen Partner jäh und brüsk erschüttert worden ist. Dem in demagogischer Absicht eingebrachten Domenteignungsantrag zweier chauvinistischer linksbürgerlicher Parteien haben auch die beiden größten Parteien des Parlaments, der Bauernbund und die Sozialdemokraten, die Wege geebnet, indem sie für Überweisung des Antrags an die zuständige Kommission gestimmt haben. Darauf hat die deutsche Fraktion in einem Schreiben an den bauernbündlerischen Premierminister Zelmin, dessen vielfach erfolgreich an den Tag gelegte Bemühungen um ein ehrliches Zusammengehen dieses Mal an der mangelnden Widerstandskraft seiner eigenen Partei gegenüber den nationalistischen Losungen der Linksbürgerlichen gescheitert sind, offiziell das Vertrauen gekündigt. Da die Regierung Zelmin ohne die deutschen Stimmen keine Mehrheit mehr hatte, mußte sie nun demissionieren.

Angesichts der erwähnten Stimmabgabe des Bauernbundes im Domkirchenstreit kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die von den Deutschen an den Tag gelegte Bereitwilligkeit zu weiterer Zusammenarbeit mit den im Landeswehrstreit unbeirrt beim Rechtsstandpunkt verbliebenen bürgerlichen Parteien im lettischen Lager einfach nicht verstanden worden ist. Während die deutsche Haltung im letzten Jahr in weitem Maße eine Vergeltung der von Zelmin und seiner Gefolgschaft im Landeswehrkonflikt an den Tag gelegten Loyalität mit gleicher Münze gewesen war, wurde diese Haltung lettischerseits offenbar fälschlich schlechthin als Nachgiebigkeit mißdeutet. Unseres Erachtens wurde diese an sich nicht gerechtfertigte Mißdeutung später allerdings durch eine auch in manchen deutschen Kreisen ohne Verständnis aufgenommene Handlung der deutschen Fraktion gefördert, die um die letzte Jahreswende ihre Stimmen zu dem Versuch hergegeben hatte, um des Fortbestandes der Koalition willen den Vertreter des Demokratischen Zentrums in der Regierung zu erhalten, obgleich die deutsche Fraktion dieser an der Entrechtung der Baltischen Landeswehr hauptschuldigen chauvinistischen Partei vor einem Jahr schonungslose Fehde angesagt hatte. Die jetzt von der deutschen Fraktion im Domkirchenkonflikt eingenommene unmißverständlich klare Haltung entschlossener Opposition muß daher aufs wärmste begrüßt werden, zumal nur bei solcher völlig augenfälligen Bereitschaft zu einem alle Kräfte anbietenden Kampf bis zum Äußersten vielleicht auch einige lettische Kreise ihre irrige Ansicht aufgeben werden, als würden die Deutschen zwar ihren Dom zu retten versuchen, nach einer Majorisierung in diesem Streit

aber gleich wieder zu einer Zusammenarbeit mit einer bürgerlichen Regierung bereit sein. Auf eine Anfrage des Premierministers Zelmin, unter welchen Bedingungen die Deutschen zu einer weiteren Stützung der Regierung bereit wären, hat der Leader der deutschen Fraktion denn auch klipp und klar erklärt, daß er dem Bauernbund nur eine einzige, dafür aber auch völlig entscheidende Bedingung zu stellen habe: unverzügliche Behandlung des Domenteignungsgesetzes in der Kommission und Ablehnung dieses Gesetzes im Plenum.

Die Haltung der lettischen Parteien in der Domkirchenangelegenheit zeigt es übrigens in geradezu verblüffender Weise, in wie geringem Maße die Parteien im politischen Tageskampf, namentlich wenn in diesen Kampf eine nationalistisch-demagogische Losung hineingeworfen wird, geneigt sind, den selbstgeschaffenen Rechtsgrundlagen des Staates wie auch den eigenen Parteigrundsätzen treuzubleiben, und wie sehr dadurch der auch beim politischen Gegenspieler ein solches Festhalten an obersten Richtlinien voraussetzenden deutschen Fraktion ein vertrauensvolles Zusammenwirken mit den so unberechenbaren opportunistischen lettischen Gruppen erschwert, ja unmöglich gemacht wird. Zwei kirchlich völlig desinteressierte linksbürgerliche Gruppen, das Demokratische Zentrum und die Progressiven Jungwirte, machen sich plötzlich zu glühenden Anwälten kirchlicher Angelegenheiten. Der grundsätzlich auf dem Boden der Unantastbarkeit des Privateigentums stehende und marxistische Verstaatlichungstendenzen schroff bekämpfende Bauernbund fördert eine Gesetzesvorlage, durch die das Eigentum einer privaten Gemeinschaft entschädigungslos verstaatlicht werden soll. Und die Sozialdemokraten, die jede Verquickung von Kirche und Staat mit größter Entschiedenheit ablehnen, machen hier gemeinsame Sache mit den erwähnten Parteien, wo es doch nach dem Text des Gesetzesentwurfes schwarz auf weiß um nichts anderes geht, als um die Übertragung einer Kirche in den Besitz und zur Verfügung des Staates. Ebensowenig wie ihre eigenen Parteiprogramme respektieren die Parteien bei solchen Gelegenheiten ihre selbstgegebenen Gesetze. Im Jahre 1923 hat das Parlament ein Gesetz über die Enteignung von Privateigentum verabschiedet, das mit aller Klarheit besagt, daß eine solche Enteignung nur zu öffentlichem Nutzen und nach einem ganz bestimmten Modus stattfinden darf, wobei vom Friedensgericht eine Schätzung des Wertes des zu enteignenden Besitzes vorzunehmen ist, der gemäß dann die Entschädigung auszuzahlen ist. Und jetzt hat das Parlament nicht davor zurückgescheut, den diesem Gesetz zuwiderlaufenden, also gesetzwidrigen Antrag auf entschädigungslose Verstaatlichung der Domkirche der zuständigen Kommission zur Bearbeitung zu übergeben. In anderen Ländern kann gegen einen gesetzwidrigen Parlamentsbeschluß beim höchsten Gerichtshof des Landes geklagt werden; in Lettland ist das nicht vorgesehen. Umso größer ist doch aber die auf den lettländischen Gesetzgebern liegende Verantwortung, und umso eher sollten sie sich, ehe es zu spät ist, die Frage vorlegen, ob sie die Grundlagen und das Ansehen des Staates dadurch erschüttern wollen, daß sie mit dem in der Kulturwelt allgemeingültigen Recht — das auch in den Gesetzen Lettlands ausdrücklich verankert ist — brechen und ein Gesetz annehmen, nur weil damit der Appetit des Mehrheitsvolkes auf Kosten einer nationalen Minderheit für eine Zeitlang gestillt werden kann.

Wir wollen es unseren Lesern ersparen, zu den intriganten Verleumdungen der Wortführer der Garnisonsgemeinde und auf das niedrige Niveau der Pressehetze gegen den deutschen Dombesitz hinabzusteigen. Nur eines der Hauptargumente, auf dem die Hetze mit großem nationalen Pathos zu reiten versucht, sei hier auf seine Stichhaltigkeit hin geprüft, das Argument von der Würde der lettländischen Armee, die angeblich eine nur begrenzte Mitnutzung der Domkirche durch die Garnisonsgemeinde nicht duldet. Auf manchen gesinnungstüchtigen, aber darum noch lange nicht sehr urteilsfähigen lettischen Bürger mag dieses patriotische Argument tatsächlich eine überzeugende Wirkung ausüben: die siegreiche lettische Armee hat das ganze Land von den Feinden befreit, sie hat daher auch den ersten Anspruch darauf, in der größten Kirche des Landes als in ihrem Eigentum Gott dienen zu dürfen! So lautet die Parole. Wir meinen dagegen, daß man die Ehrbegriffe und die Vaterlandsliebe einer Armee kaum stärker herabsetzen kann, als durch eine solche sophistische Parole. Denn welche Armee zieht hinaus in den Freiheitskrieg, um sich nachher eine der schönsten Bauten der vom Feinde befreiten Landeshauptstadt als fette Kriegsbeute einzuheimsen? Es sei darüber hinaus auch noch darauf hingewiesen, daß die laut eigenen Angaben nur 1678 Glieder zählende Garnisonsgemeinde nur einen Bruchteil der Lutheraner der Rigaer Garnison umfaßt, es sei schließlich darauf hingewiesen, daß um dieser 1678 Gemeindeglieder willen die 12,000 Gemeindeglieder der deutschen Domgemeinde aus ihrem Gotteshaus verdrängt werden sollen, unter denen sich auch Hunderte von Männern befinden, die seinerzeit im Kampf gegen die bolschewistischen Eindringlinge ihr Leben aufs Spiel gesetzt haben.

Der Kampf um den Dom ist nun in das entscheidende Stadium eingetreten. Während die Gegenseite sich in diesem Kampf auf ihre Übermacht stützt und vielfach auch vor den Giftgasen der Verleumdung und der nationalen Verhetzung als willkommenen Kampfmitteln nicht zurückschreckt, sind die Waffen der Deutschen ein unbeugsamer Wille, ein gutes Recht und ein gutes Gewissen. Wie auch dieser Kampf mit so ungleichen Mitteln ausgehen mag, das Urteil der gesamten Kulturwelt wird auf Seiten dessen stehen, der mit reinen Waffen für eine reine Sache gestritten hat.

*

Die Tage der Regierung Zelmin, die sich länger als jede andere in Lettland am Ruder gehalten hat, sind also nun doch gezählt. Bereits in unserem letzten Bericht verzeichneten wir das erste Zusammenschmelzen der Regierungsmehrheit durch Abwanderung des Demokratischen Zentrums in die Opposition. Seitdem haben im Januar und Februar sich ständig zuspitzende Meinungsverschiedenheiten zwischen den Koalitionsgruppen teils auf wirtschaftlichem, teils auch auf rein personellem Gebiet weitere Risse ins Koalitionsgefüge gebracht. Der Rechtsblock, der mehrere Gruppen mit insgesamt acht Abgeordneten umfaßte, ist völlig auseinandergeborsten und kommt als feste Stütze der Regierung nicht mehr in Betracht. Desgleichen konnte die Koalition in den letzten Wochen auf ihre linke Flügelgruppe, die lettgallischen Progressisten, nicht mehr mit Sicherheit rechnen, die sich nach der Abwanderung der ihnen befreundeten Demokraten in der Koalition seither ungemütlich und vereinsamt fühlten und nur um den Preis einiger fetter Posten und Budgetbewilligungen für lettgallische Sonderzwecke noch

zu ihr halten wollten. Doch auch das hätte die Regierung kaum noch retten können, da ja die deutsche Fraktion sich nach den obengeschilderten Vorgängen nun nicht mehr in der Lage sah, das Kabinett Zelmin weiter zu stützen, und eine Mehrheit ohne die 5 deutschen Stimmen nicht mehr vorhanden war. Zwar hat der Premierminister Zelmin das seitens der Deutschen in ihn persönlich gesetzte große Vertrauen bis zuletzt nicht enttäuscht. Wohl aber hat es sich namentlich in den letzten Monaten gezeigt, daß Zelmin es nicht vermocht hat, die gegen seine tolerante und namentlich auf die Zusammenarbeit mit den Deutschen großen Wert legende Politik gerichtete Gegenströmung innerhalb seiner Partei auf die Dauer zu beschwichtigen. Sogar das traditionsgemäß seit Jahren jedem bauernbündlerischen Ministerpräsidenten aufs engste verbundene bauernbündlerische Organ „Brihwà Seme" hat es in den letzten Monaten immer wieder unternommen, entgegen den Intentionen Zelmins bei verschiedenen Gelegenheiten ins deutschfeindliche Horn zu stoßen und so die versöhnliche Politik des Premierministers unbedenklich zu desavouieren.

Nach der Demission der Regierung Zelmin dürfte allerdings im gegebenen Zeitpunkt, nur wenige Monate vor Schluß der letzten Session der dritten Saeima, die Zusammenleimung einer neuen Koalition angesichts der schweren Divergenzen und Rivalitäten zwischen den einzelnen Parlamentsgruppen die allergrößten Schwierigkeiten bereiten, zumal kaum jemand Lust verspüren dürfte, kurz vor den Neuwahlen in wirtschaftlich schwerer, manch radikale Maßnahmen zur Linderung der Krise gebieterisch fordernder Zeit die Verantwortung für die jetzt doppelt unpopulären Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Die innenpolitische Entwicklung der nächsten Monate steht daher unter einem sehr großen Fragezeichen.

*

Noch niemals haben in der Politik Lettlands verschiedene Fragen des Films eine ähnliche Rolle gespielt, wie in den letzten Monaten, und es erscheint daher angebracht, diesen Fragen auch in der vorliegenden Übersicht einige Beachtung zu schenken und namentlich zwei sehr beachtliche Filmproblemen gewidmete Darlegungen der „Brihwà Seme" wiederzugeben, die — wie das bei der inneren Unausgeglichenheit der lettischen Zeitungen so häufig zu beobachten ist — in ihrer Grundtendenz allerdings kaum etwas Gemeinsames aufweisen.

Bereits im November 1930 hatte die rigasche Stadtverordnetenversammlung durch den Beschluß einer gewaltigen Sonderbesteuerung der Tonfilme, der jegliche Aufführung von Tonfilmen in der Landeshauptstadt zu unterbinden drohte, einen Vorstoß unternommen, der sich, wenn auch uneingestanden, in erster Linie gegen die deutschen Tonfilme richtete, da nach anfänglichen Versuchen mit englischen und französischen Tonfilmen, die infolge der Sprachunkenntnis meist ein nur geringes Publikum fanden, hier fast nur noch deutsche Tonfilme laufen. Für diese Sondersteuer, die später angesichts der drohenden Schließung der meisten Rigaer Lichtspielhäuser um einiges herabgesetzt wurde, hatten sämtliche lettischen Gruppen in der Stadtverordnetenversammlung gestimmt, einige davon ohne Zweifel unter dem Einfluß der antideutschen Tonfilmhetze in der Tschechoslowakei. Merkwürdigerweise brachte erst viel später, Mitte Januar d. J., ein Artikel der „Brihwà Seme" eine eklatante Bestätigung der Tatsache, daß in lettischen nationalistischen Kreisen die deutschfeindlichen Vorgänge in Prag lebhafte Sym-

pathie erregt haben. Es heißt in dem Artikel, die tschechische Boykottbewegung gegen die deutschen Tonfilme sei nur zum Teil auf den tiefen und begründeten historischen Haß des tschechischen Bauernvolkes gegen die Deutschen zurückzuführen, unter deren Herrschaft die Tschechen gleich den Letten gelitten hätten. Der Hauptgrund zu der Boykottbewegung sei der gewesen, daß die Tschechen als echtes Bauernvolk in ihrer Mehrheit konservativ seien und die ererbten sittlichen Grundlagen des Lebens achteten, während die Deutschen als typisches Nachkriegsvolk voll von Widersprüchen und Schwankungen in ihrer Suche nach Sittlichkeitsbegriffen seien und namentlich die deutschen Filme vom Luxus- und Vergnügungsleben in den Großstädten auf die tschechische Kultur einen negativen Eindruck machten. Ferner wird in dem Artikel — in seltsamem Widerspruch zu der vorerwähnten Behauptung der Minderwertigkeit der deutschen Filmproduktion — festgestellt, daß es auch schädlich sei, wenn man immer wieder Filme fremder Völker sieht, in denen das Leben dieser Völker idealisiert wird und damit Sympathien für diese Völker erweckt werden. Nach Äußerung lebhaften Mißfallens an der Tatsache, daß Tausende von Letten jetzt allabendlich die deutsche Sprache in den Kinos anhören müssen, schließt der Artikel mit der Aufforderung, dem tschechischen Beispiel zu folgen.

Das Bemerkenswerteste an dieser von einem galligen Deutschenhaß diktierten Pressestimme ist die einzigartige Behauptung, daß es ein verwerfliches Unterfangen sei, in einem Volke Sympathien für „andere Völker" — lies: für die Deutschen — zu erwecken, ein Standpunkt, den übrigens auch die lettische Filmprüfstelle zu teilen scheint, indem sie ein — später allerdings widerrufenes — Verbot des von Oberingenieur Dreyer kommentierten „Bremen"-Films unter der Begründung, daß der Film Propaganda für Deutschland mache, erließ. Die Letten sollten also vor der „nationalen Gefahr" bewahrt werden, Spitzenleistungen der deutschen Technik bewundern zu müssen!

Ein anderer Komplex politischer Diskussionen rankte sich in den letzten Wochen um die Rigaer Aufführung des Remarquefilms, dessen hiesige Erstaufführung von einigen Störungsversuchen deutscher Nationalsozialisten mit Hilfe von Stinkbomben und Petarden begleitet war. Die Tatsache, daß in einigen deutschen Schulen in Riga die Lehrerschaft von einem Besuch des Films dringend abgeraten hatte, um das nationale Empfinden der deutschen Jugend zu schonen und sie vor Verdächtigungen bei eventuellen Skandalen im Lichtspielhaus zu schützen, hatte die russisch-jüdische Remarque-begeisterte „Sewodnja" zu heftigen Angriffen gegen den angeblich reichsdeutsch-hurrapatriotischen und faszistischen Geist in den deutschen Schulen verleitet. Das führte zu einer sozialdemokratischen Anfrage in der Bildungskommission des Parlaments, die zunächst vom deutschen Abgeordneten Schoeler, später noch ausführlicher vom Chef des deutschen Bildungswesens als unbegründet zurückgewiesen wurde.

Auch in dieser Filmangelegenheit griff die „Brihwà Seme" mit interessanten Ausführungen in die Diskussion ein, diesmal allerdings mit einem Produkt ganz anderen Geistes. Unter der Überschrift „Verfechter der Feigheit" schreibt das Blatt über den Roman und den Film „Im Westen nichts Neues", Remarque habe sein ganzes Talent aufgeboten, um die deutschen Offiziere mit Schmutz zu bewerfen, die Vaterlandsliebe verächtlich zu machen und den Egoismus zu ver-

herrlichen. Sogar viele Schriftsteller und Politiker des bürgerlichen Lagers seien teils aus kindischem Idealismus, teils aus Furcht, als reaktionär verschrien zu werden, bestrebt, einen solchen Pazifismus zu rühmen. Sie wären sich dessen nicht bewußt, daß ein Staatswesen und ein Volk Selbstmord begeht, wenn es in der Armee und in der Bevölkerung den Willen untergräbt, das Vaterland mit ihrem Blut zu verteidigen. Lettland sei ohnehin — hier berührt sich dieser Artikel mit dem vorhin zitierten mit deutschen Filmen überschwemmt, weshalb war es da notwendig, auch noch den Remarquefilm aufzuführen? Ihn brauchten wohl die Sozialdemokraten, um die Disziplin im Heere zu erschüttern, um den Frontsoldaten verächtlich zu machen, um den Zuschauer in Schrecken zu versetzen, um die Feigheit zu rühmen. Zum Schluß spricht die „Brihwà Seme" der deutschen Lehrerschaft ihre Anerkennung aus, indem sie erwähnt, daß sich Lehrer gefunden hätten, die so viel bürgerlichen Mut besaßen, ihre Schüler von einem Besuch des Films zurückzuhalten. Leider seien es keine lettischen Lehrer gewesen. Das habe dann zu einer parlamentarischen Untersuchung geführt, — denn wie dürfe sich ein unbedeutender Lehrer erdreisten, gegen die allmächtige Sozialdemokratie zu handeln, was selbst die zur Zensur des Remarquefilms hinzugezogenen Generalstabsoffiziere nicht gewagt hätten! Percy Bockrodt

Deutsches Reich

Die Wirtschaftslage — Verschuldung — Agrarpolitik — Reform der Geschäftsordnung des Reichstags — Auszug der nationalen Opposition — Preußisches Volksbegehren — Reichsreform? — Wahlen in Braunschweig — Verlängerung des Russenvertrags — Aufrüstung? — Debatte in Genf

Berlin, 2. März 1931

Der offene Bewegungskrieg hat sich längst wieder in einen Stellungskampf verwandelt. Daran wird auch dadurch nichts geändert, daß die Agitation mit allen Mitteln der modernen Propaganda weiter in unverminderter Heftigkeit durch das Land getragen wird. Neben den Nationalsozialisten und Kommunisten sind jetzt auch Sozialdemokraten und Reichsbanner — was ja das gleiche ist — unter dem Eindruck der nationalsozialistischen Siege zu einer stärkeren Aktivität in der Propaganda übergegangen. Zu einer Antipropaganda, denn sie ist rein defensiv gegen den Nationalsozialismus gewendet. Ähnlich steht es auch mit der Aktivierung des Reichsbanners, der Schutztruppe der Sozialdemokratie, die jetzt kleine Kernformationen durch die Schutzpolizei für den Straßenkampf schulen läßt. All das sieht sehr bedrohlich aus, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Politik wieder zähflüssig geworden ist.

*

Die Wirtschaftslage zuerst. Denn sie liegt allen Bewegungen, aller Kritik, aller Regierungsarbeit, allen außerpolitischen Möglichkeiten im Augenblick jedenfalls zugrunde. Die Krise geht weiter. Fünf Millionen Arbeitslose, diese Zahl ist jetzt erreicht. Lohnabbau ebenso wie Preisabbau sind zum Stocken gebracht. Wirtschaftliche Notwendigkeit mag sie nach wie vor fordern. Aber kann man den Lohnabbau einer radikalisierten Masse zumuten? Kann die Reichsregierung, die ja im Reichstag auf die Sozialdemokraten angewiesen ist,

Schiedssprüche fällen, die die Lohnabbauaktion fortsetzen? Andere Pläne, die eine Abhilfe bringen sollen, so der von uns früher erwähnte Lohnsubventionsplan des Reichsfinanzministers Dietrich, sind sang- und klanglos in die Versenkung gefallen. Kurzarbeit -- wie sie zum Beispiel in der Berliner Metallindustrie jetzt eingeführt worden ist – ist ein zeitweiliger Ausweg, der aber wenigstens dafür sorgen wird, daß die Fünfmillionenzahl nicht noch weiter anschwillt.

Inzwischen sind Bilanzen der großen deutschen Werke veröffentlicht worden. Der Abschluß zeigt immer dasselbe, gibt immer das gleiche düstere Bild. Besonders heftig umstritten wurde der Krupp-Bericht. Diese große deutsche Firma weist gegenüber einem Reingewinn von fast 7 Millionen Mark im Vorjahr einen Verlust von 4,5 Millionen Mark auf. Krupp ist eine Familiengesellschaft und braucht sich deshalb bei der Dividendenpolitik nicht von der Rücksicht auf die Aktionäre und die ausländischen Kreditgeber leiten zu lassen. Es ist kennzeichnend, daß nicht nur vom „Vorwärts", sondern auch von demokratischen Blättern wie der „Vossischen Zeitung" dieser Abschluß als eine politische Maßnahme bezeichnet wurde.

Inzwischen ist nach heftigen Kämpfen hinter den Kulissen der Osthilfeplan fertiggestellt worden. Wie man aus früheren Hinweisen sich erinnern wird, umfaßt er einmal Maßnahmen wie Eisenbahnbau, Wegebau, Tarifermäßigung und zum anderen die Umschuldung, das heißt die Ablösung von Hypotheken durch geringer zu verzinsende vom Staat zu gewährende Hypotheken. Dieser Osthilfeplan ist nun insofern ausgedehnt worden, als größere Teile von Pommern, Mecklenburg und Schlesien in ihn einbezogen worden sind. Dann ist von der deutschen Industrie eine Hilfe gebracht worden in der Form, daß die Industrieobligationen des Dawes-Plans, die durch den Young-Plan beseitigt worden sind, für diese Umschuldung zur Verfügung gestellt werden. Auch in der Methode ist insofern eine Wandlung eingetreten, als es der Landwirtschaft gelungen ist, ihre eigenen Organe dabei mit einzuschalten. Von der Rechtsopposition -- kennzeichnend dafür ist ein Artikel von Geheimrat Hugenberg in seinen Blättern — wird das ganze Gesetz als ein ungenügendes Geschenk abgelehnt, mit dem die Landwirtschaft nur wieder einmal an die Regierung gekettet werden solle. Und zwar in einem Augenblick, wo sie das Kabinett Brüning durch den Auszug aus dem Parlament, von dem noch gesprochen werden wird, in eine heikle Situation gebracht habe. Die Landvolkpartei hält sich aber abseits von dieser radikalen Ablehnung.

Agrarpolitische Auseinandersetzungen sind im übrigen dadurch entstanden, daß der Reichsernährungsminister Schiele erneut Zollforderungen erhoben hat. Er ist dabei schon im eigenen Kabinett auf den Widerstand fast aller Minister gestoßen. Auch die Industrie, die, was man ja anerkennen muß, im letzten Jahre viele Wünsche der Landwirtschaft unterstützt hat, lehnte heftig ab. Das Ergebnis dieser Opposition war, daß der Reichsernährungsminister nur eine Generalvollmacht vom Reichstag verlangte und erhielt, die nicht ihm, sondern dem gesamten Kabinett gegeben wurde.

Bei dieser Gelegenheit sei erwähnt, daß Schiele sehr umkämpft ist, so sehr, daß man vor kurzem noch erwartete, sein Rücktritt würde von einen Tag zum anderen erfolgen. Es ist unverkennbar, daß die Situation, die vor einem Jahr

bestand, wo eigentlich jeder Mensch in Deutschland, selbst wenn er unwillig war, eingestand, daß der Landwirtschaft geholfen werden müsse, sich gewandelt hat. Verbraucher wie Industrie sind skeptisch geworden, ob insbesondere die Zollpolitik in der jetzigen Lage das geeignete Mittel ist. Diese Kritik wird im übrigen von bestimmten agrarischen Kreisen, wir nennen nur den Namen des Pommern von Zitzewitz-Kottow, geteilt.

Zum Abschluß dieser wirtschaftlich-politischen Bemerkungen noch einige Zahlen über den Stand der deutschen Verschuldung, die man wissen muß, nicht zuletzt, um sich ein Urteil darüber erlauben zu können, inwieweit Deutschland heute außenpolitisch Handlungsfreiheit hat. Nach Angaben des Statistischen Reichsamts belief sich am 30. September 1930 der Gesamtbetrag der Schulden auf etwa 80 Milliarden Reichsmark. Dieser Betrag hat sich gegenüber dem Vorjahr um 6,4 Milliarden erhöht. Ein sehr hoher Teil der Kredite entfällt auf Wechsel und Kontokorrentkredite, und zwar handelt es sich um zwei Drittel des Gesamtbetrages. Außerdem wurde ein großer Teil der von der Wirtschaft benötigten Auslandskredite durch die Banken in kurzfristiger Form beschafft. Deren politische Bedeutung konnten wir zu unserem Schaden ja schon während der Pariser Reparationsverhandlungen und in den Tagen nach der Reichstagswahl verspüren. Während bis vor kurzem Amerika als Hauptkreditgeber tätig war, ist jetzt dieser Strom infolge der amerikanischen Krise völlig versiegt. Infolge anormaler Verhältnisse, nicht zuletzt aber auch der Reparationszahlungen ist Frankreich das einzige sehr kapitalstarke Land, das verlegen darum ist, wo es sein Geld bei genügender Sicherheit anlegen kann. Deutsche Kapitalknappheit — französischer Kapitalreichtum, es war also unausbleiblich, daß sich wirtschaftliche Kreise hüben wie drüben um Kredite bemüht haben, allerdings ohne Erfolg, da der französische Kleinkapitalist nicht gewillt ist — weil er kein Vertrauen hat — Kredite in dieser oder jener Form (wesentlich wären nur langfristige Kredite) nach Deutschland zu geben. Schon die Beteiligung französischer Banken an der Bevorschussung der von der Reichsregierung an deutsche Versicherungsanstalten verkauften Reichsbahnaktien hat große Auseinandersetzungen im französischen Parlament nach sich gezogen. Es brauchen im übrigen hier keine Worte darüber verloren zu werden, was für einen Einfluß solche französischen Kredite, wenn sie in größeren Ausmaßen gegeben würden, auf die Gestaltung der deutschen Außenpolitik haben würden.

*

Innenpolitisch gipfelte der Kampf in den Reichstagsverhandlungen über die Reform der Geschäftsordnung, der zu dem Auszug der nationalen Opposition aus dem Parlament geführt hat. Die Geschäftsordnung des Reichstags ist in zwei wesentlichen Punkten abgeändert worden. Einmal ist die Bestimmung durchgeführt, daß Initiativanträge der Parteien auf Ausgabenerhöhung nur beraten werden können, wenn sie mit Ausgleichsanträgen zu ihrer Deckung verbunden sind. Neu ist auch die Bestimmung, daß eine Regierung nur dann gestürzt ist, wenn ein direkter Mißtrauensantrag angenommen wird. Also nicht entscheidend ist, ob die Regierung das Vertrauen des Reichstags hat, sondern ihren Sturz führt nur eine klare Bekundung des Mißtrauens herbei. Diese Abänderungen sind von der Regierung Brüning selbstverständlich durchge-

führt worden, um ihre parlamentarische Position gegenüber der nationalen Opposition zu verstärken. Daraus erklärt es sich, daß plötzlich rechte Hand und linke Hand im Reichstag vertauscht waren. Noch vor zwei Jahren brachte Professor Bredt, der Führer der Wirtschaftspartei, einen gleichen Antrag über den zuerst erwähnten Punkt ein, gegen den damals Sozialdemokraten, Demokraten und Volksparteiler stimmten, während der deutschnationale Vertreter ihn unterstützte. Heute, wie gesagt, entschieden sich die Parteien genau umgekehrt. Und auch in der Frage des Mißtrauensvotums läuft die Abänderung in der Richtung, wie sie die Rechte forderte — in der Richtung einer Stärkung der Rechte des Reichspräsidenten. Der Gesichtspunkt, den die Opposition bei ihrer Kritik in den Vordergrund stellte, ist, daß die Verneiner des jetzigen Systems kein Interesse daran hätten, daß der Parlamentarismus durch kleine Verbesserungen besser liefe.

Von der Rechts- wie Linksopposition wurde die Reform der Geschäftsordnung mit allen Mitteln bekämpft. Da die Sozialdemokraten mit der Regierung stimmten, verfügte diese jederzeit über eine Mehrheit. Der Opposition blieb also nur das Mittel der Obstruktion, der Herbeiführung der Beschlußunfähigkeit des Reichstags. Das Mittel versagte, und zur Überraschung nicht nur der Öffentlichkeit, sondern auch der Regierung und des Parlaments verließen Nationalsozialisten, Deutschnationale und drei Landvolkparteiler nach Abgabe von Erklärungen das Parlament, wobei sie den Willen bekundeten, nicht zurückzukehren, es sei denn, daß das aus besonderen Gründen nötig würde. Zwischendurch sei hier bemerkt, daß diese drei Landvolkabgeordneten infolge dieses Schrittes aus ihrer Partei und Fraktion ausgeschlossen worden sind; einer von ihnen, der mecklenburgische Abgeordnete Wendhausen, ist zu den Nationalsozialisten übergetreten.

Welche Bedeutung und welche Wirkung hat dieser Auszug aus dem Parlament nun gehabt? Der „Ring" kennzeichnete die Lage sehr gut, als er schrieb:

„Der Auszug der Rechtsparteien aus dem Reichstag hat zu einer bemerkenswerten Unsicherheit der öffentlichen Meinung geführt. Man findet in der sonst relativ einheitlichen liberalen Presse keine übereinstimmende Beurteilung der Lage, und selbst die Presse der Rechten ist sich keineswegs einig darüber, wie denn nun der Auszug aus dem Parlament gewirkt hat. Die Rechtsparteien haben sich zweifellos durch den Auszug aus dem Parlament keineswegs geschadet; im Gegenteil, ihr Handeln hat nicht nur in der Reichshauptstadt, sondern auch in der Provinz den ungeteilten Beifall ihrer Anhängerschaft gefunden, wobei wir besonders verzeichnen möchten, daß deutschnationale Versammlungen zum erstenmal seit vielen Jahren wieder überfüllt waren und daß nicht nur in Berlin, sondern z. B. auch in Breslau und Stettin Parallelversammlungen veranstaltet werden mußten."

„Anders liegt die Frage, wenn man die Dinge parlamentarisch sieht. Dort ist die Lage schwieriger geworden für Volkspartei und Landvolkleute, die nun nicht mehr als Vorgruppen der Rechten erscheinen, sondern nur noch schwache Flügelparteien darstellen. Die große Frage ist, wie seit langem, was die Sozialdemokratie tun wird. Auch für diese ist die Lage keineswegs einfach. Die

Sozialdemokraten wissen, daß eine Überspitzung ihrer Forderungen gerade in diesem Augenblick verhängnisvolle Folgen haben würde, da damit nicht nur die Regierung Brüning, sondern auch ihre preußische Stellung in die Luft gesprengt werden könnte. Die Sozialdemokratie ist daher entschlossen, nicht nur für den Wehrhaushalt, sondern auch für Agrarhilfe- und Osthilfegesetz einzutreten, sofern auf gewisse Wünsche Rücksicht genommen wird, d. h. wenn die Regierung insbesondere die neuen Agrarvorlagen in ein Gewand kleidet, das für die Linke nicht anstößig ist. Man wird sich also für die meisten Punkte Abmachungen vorbehalten, die erst künftig, d. h. nach der Beurlaubung des Reichstages, in die Praxis umgesetzt werden, darunter auch die beabsichtigten sozialen Reformen. Solange die Arbeitslosenfrage, die ja auf lange Zeit hinaus vertagt ist, das Tarifproblem und sonstige soziale Fragen nicht angeschnitten werden, hat die Sozialdemokratie es auch leicht, ihren Anhängern gegenüber zu behaupten, daß man um der Erhaltung dieser Errungenschaften willen andere Dinge habe schlucken müssen. Wenn die Rechte beabsichtigt haben sollte, mit ihrem Auszug die Sozialdemokratie in eine Zwangslage zu bringen, so ist ihr das geglückt. Ebenso glücken dürfte aber der Versuch Brünings, die Sozialdemokraten auf diesem Wege zu offenkundiger Mitarbeit auch in Fragen zu zwingen, in denen die Partei sich bisher um Entscheidungen zu drücken versucht hat."

Es ist aber kein Zweifel, daß die Regierung und die Regierungsparteien einen starken Schock durch den Auszug erhalten haben. Ihre Hoffnung, daß die Deutschnationalen unter dem Druck ihrer Agrarvertreter wenigstens bei der Behandlung des Agraretats schon wieder in den Reichstag zurückkehren würden und damit die moralische Wirkung des Auszugs aufgehoben werden würde, scheint sich nach den letzten Nachrichten nicht zu erfüllen.

In die Situation, die durch den Auszug geschaffen wurde, platzte die Nachricht herein, daß der Stahlhelm beim preußischen Innenminister den Antrag gestellt habe, seinem Volksbegehren zur Auflösung des preußischen Landtags stattzugeben. Severing lehnte unter einer formalrechtlichen Begründung den Antrag ab; die Maßnahme mußte aber wirkungslos bleiben, da der Stahlhelm allein aus seinen Landesverbänden Berlin und Brandenburg in acht Tagen weit mehr als die nach den Vorschriften erforderlichen 20,000 Stimmen aufbrachte. Die Verschleppungsbemühungen der preußischen Regierung werden die Abwicklung des Volksbegehrens und des darauf folgenden Volksentscheids sicherlich verzögern, so daß die Neuwahl, falls der Volksentscheid durchgeht, nicht viel früher stattfinden wird, als die ordentlichen Wahlen. Aber das ist ja nicht das Entscheidende. Ausschlaggebend ist, daß der Kampf sich wieder an einem Nahziel entzünden kann, daß außerdem die Front bei diesem Volksbegehren sehr breit gestaltet werden kann. Die Deutsche Volkspartei, die Wirtschaftspartei, die Konservativen, die Landvolkpartei haben schon in Entschließungen zum Ausdruck gebracht, daß sie das Begehren unterstützen würden. Ausgeschlossen erscheint es uns nicht, daß auch die Kommunisten — wenn wohl auch nicht offiziell — zum Teil ihre Stimmen mit dafür abgeben werden, daß man den preußischen Landtag auflöst. Es bleiben also nur Sozialdemokraten, Zentrum und die Restbestände der Demokraten, die gegen diese Front stehen.

Um was geht es dabei? Es wird der Versuch gemacht, das Zentrum dazu zu zwingen, Farbe zu bekennen. Das Zentrum war durch seine Mittelstellung

in der von ihm aus gesehen glücklichen Lage, heute im Reich mit der Rechten zu arbeiten, gleichzeitig aber durch seine Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten in Preußen seine Verbindung nach links nicht abreißen zu lassen und so die Wage immer schwebend zu halten. Dieser Zustand ist auf die Dauer untragbar. Man wird es sehr selten finden, daß eine Partei ihre eigene Macht freiwillig entscheidend schwächt. Dieses Ansinnen hat nun aber die D. N. V. P. immer gestellt, indem es vom Zentrum die Lösung der Koalition in Preußen forderte. Der Forderung folgte ebenso regelmäßig die Ablehnung durch das Zentrum. Heute wird zum offenen Kampf geblasen, zu einem Kampf, der große Aussichten auf Erfolg hat. Zu einem Erfolg, der, was durchaus möglich ist, dahin führen kann, daß die Reichsreform, also vor allem die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen, in Angriff genommen wird, weil das von den Verhältnissen erzwungen wird.

Es ist kennzeichnend, daß gerade heute die Deutsche Volkspartei im Reichstag einen Gesetzentwurf zur Abänderung der Reichsverfassung eingebracht hat. Danach soll das Wahlalter von 20 auf 25 Jahre heraufgesetzt werden. Der Artikel 24 der Verfassung soll folgende Fassung erhalten: „Der Reichstag wird vom Reichspräsidenten berufen und geschlossen. Die Berufung muß alljährlich, und zwar spätestens auf den ersten Mittwoch des November, nach dem Sitz der Reichsregierung erfolgen." Entscheidend ist aber die Forderung: „Der Reichspräsident ist zugleich Oberhaupt des Landes Preußen." Er soll dabei in Preußen die gleichen Rechte haben wie im Reich; das heißt: bei Durchführung dieses Antrages würde die preußische Regierung nicht mehr wie bisher vom Landtag gewählt, sondern vom Reichspräsidenten ernannt werden Es ist kaum anzunehmen, daß diese Anträge vom Reichstag angenommen werden. Erst wenn sich etwa im preußischen Landtag infolge der Neuwahlen keine Regierung mehr bilden läßt, dann dürfte unter diesem Druck die Entscheidung fallen.

Am letzten Sonntag haben in den Gemeinden des Landes Braunschweig, also eines Landes, in dem eine Rechtsregierung unter Beteiligung der Nationalsozialisten amtiert, Wahlen stattgefunden, die nicht nur von der deutschen Presse, sondern auch von den politischen Kreisen außerordentlich stark beachtet wurden. Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil man sie als einen Maßstab für die Auswirkung der gegenwärtigen Politik auf die Massen ansehen kann. Gemeindewahlen geben immer einen sehr schlechten Vergleich ab: je kleiner die Gemeinde ist, umsomehr Einheitslisten verschiedener Gruppen werden aufgestellt, und außerdem beeinflussen gerade örtliche Motive die Wahl. Trotzdem ließ sich aus den Wahlen ersehen, daß die Nationalsozialisten weiter angewachsen sind, wenn auch nicht sonderlich stark, daß die D. N. V. P entgegen den Erwartungen, die man in ihrem eigenen Lager hegte, Stimmen verloren hat. Größere Gewinne haben die Kommunisten erzielt, die aber nicht ausreichen, um die Verluste der Sozialdemokraten ganz auszugleichen. Die bürgerliche Mitte hat erwartungsgemäß am stärksten verloren. Die Demokraten sind ohne ihren Bundesgenossen der letzten Reichstagswahl, den Jungdeutschen Orden, in den Kampf gezogen, mit dem Ergebnis, daß ihre zusammengeschmolzene Zahl noch einmal halbiert worden ist. Bei all diesem muß noch beachtet werden, daß es

den Nationalsozialisten nicht gelungen ist, die marxistischen Parteien wesentlich zu schwächen; in deren Lager hat nur eine Umschichtung nach der Seite der Radikalen hin stattgefunden.

*

Außenpolitisch ist in dieser Chronik wenig zu verzeichnen. Die Reichsregierung hält sich zurück, aus der Erwägung heraus, daß in der finanz-, wirtschafts- und parteipolitischen Lage, in der Deutschland sich jetzt befindet, überhaupt keine Basis für eine aktive Außenpolitik gegeben ist. Diese Zurückhaltung ist aber in einigen Fragen nicht möglich. Z. B. bei der jetzt vor der Tür stehenden Verlängerung des mit Sowetrußland abgeschlossenen Berliner Vertrages. In der Tagespresse wird dieser nicht unwichtige Schritt kaum erörtert. Klare Stellungnahmen findet man eigentlich nirgends. Dabei verrät man kein Geheimnis damit, daß sowohl im Zentrum wie in den Rechtsparteien bestimmte Persönlichkeiten, die unsere Bindung an Sowetrußland in der jetzigen Lage für unfruchtbar einerseits und für schädlich inbezug auf unsere Beziehungen zu den Westmächten andrerseits halten, sehr stark gegen die Verlängerung des Vertrages arbeiten. Man muß aber trotzdem annehmen, daß der Vertrag verlängert wird.

Wie steht es im Westen? Die deutsch-französischen Beziehungen sind sehr stark abgekühlt. Die Reparationsfrage wird von der Reichsregierung aus den schon erwähnten Gründen noch nicht aufgerollt, nur in der Rüstungsfrage könnte etwas erreicht werden. Allerdings nicht in der Richtung, daß etwa die zu Tode diskutierte Abrüstung der anderen Mächte vor sich gehen wird. Die gerade in diesen Tagen herbeigeführte Einigung Englands, Frankreichs und Italiens in der Flottenfrage zeigt, daß die Abrüstungspolitik aller Westmächte auf eine Stabilisierung des jetzigen Rüstungsverhältnisses hinausläuft. In Frankreich sperren sich alle Kreise gegen eine Abrüstung. Nicht ausgeschlossen dagegen ist es, daß Deutschland eher Gehör finden würde, wenn es für sich wenn wohl auch nur beschränkte Aufrüstungsforderungen erheben würde, für die es seinerseits den Fortfall der Forderung nach Abrüstung gewähren könnte. Soweit man erkennen kann, scheint die Reichsregierung diese hier und da empfohlene Politik nicht betreiben zu wollen, um nicht das Odium der Doppelzüngigkeit auf sich zu nehmen und die starke moralische Position aufzugeben, in der sich Deutschland in der Abrüstungsfrage befindet.

Nun zuletzt ein Wort über Genf, also über die deutsch-polnische Debatte, die jetzt schon einige Zeit zurückliegt und die wohl auch in den baltischen Blättern ausführlich behandelt worden ist, so daß dieses Ereignis hier nur gestreift zu werden braucht. Auf den ersten Blick gesehen hat Deutschland, insbesondere in den Debatten, sehr gut abgeschnitten. Aber sachlich? Schon taktisch war es ein Fehler, daß sich der deutsche Angriff auf Oberschlesien konzentrierte und im Verlauf der Tagung Westpreußen und Posen immer mehr aus den Augen ließ. Auch die Forderung nach der Entsendung einer Untersuchungskommission verschwand sang- und klanglos. Zaleski, der polnische Außenminister, wußte sehr gut, warum er das Endergebnis dieser Debatte vor dem polnischen Sejm als einen Erfolg Polens kennzeichnete. Die inzwischen verflossene Zeit hat uns gelehrt, daß man von polnischer Seite nichts an dem bisherigen unhaltbaren Zustand ändern wird. Kann ein neuer deutscher Vorstoß auf der Maitagung des Völkerbundes mehr herausholen? Wir müssen es offen lassen.

Georg Schröder

Umschau

Lettischer und polnischer Deutschenhaß

Seit Monaten rast gegen das Deutschtum in Lettland eine Hetze, die alles bisherige überbietet. Einige lettische Zeitungen, wie namentlich die „Jaunakàs Sinas“ und die „Pehdejâ Brihdî“, steigern sich von einem Tag zum andern. Es ist nur noch ein Schritt bis zur offenen Aufforderung zum Plündern der Geschäfte, zum Straßenraub, zum Massenmord. Die „Jaunakàs Sinas“ veröffentlichen am 6. März einen „Aufruf ans lettische Volk“, der folgende Sätze enthält:

„Die verbrecherische Clique, die nicht mit dem Volke Lettlands zusammen wohnen will und kann, muß außerhalb des Gesetzes gestellt werden. Wir fordern, daß auf dem Dringlichkeitswege die deutschen Privilegien revidiert werden und daß alles in ihrer Verwaltung befindliche öffentliche Eigentum und alle Anstalten und Einrichtungen dem Staat zur Verwaltung übergeben werden.“

Wahrlich, es ist schwer, kaltes Blut zu bewahren. Fortdauernd wird der Bischof der deutschen Gemeinden beschimpft, die deutschen Pastorenschaft verleumdet, das Deutschtum geschmäht. Es geht nicht an, darüber zur Tagesordnung überzugehn, — auch nachdem die Domfrage durch die Ablehnung des Enteignungsprojekts in der öffentlichrechtlichen Parlamentskommission eine Wendung zum Besseren genommen hat und obgleich die Elite des lettischen Volkes nichts damit zu tun haben will.

Gewiß steht die Hetze im Dienst der Straße, sie ist darum aber nicht minder gefährlich. Die Folgen treten bereits in Erscheinung: weite Kreise des lettischen Volkes sind in einer Weise verhetzt, die für die bevorstehenden Wahlen und für alle praktische Arbeit Böses befürchten läßt.

Das begibt sich im Lande. Hinaus dringt noch wenig. Es brodelt im engen Kessel. Wieviele in Westeuropa wissen Zuverlässiges über dies Volk, das sich in einem glücklichen Augenblick seiner Geschichte Sympathien zu erwerben verstanden hat, dessen Name im Zusammenhang mit dem russischen Problem Bedeutung zu beanspruchen scheint und auf dem immer noch eine ungelöste Frage — das Güterentschädigungsproblem — lastet? Mag es nicht wichtig sein, mit welchem Wertakzent es sich in Europa eingliedert?

Europa hat vielleicht noch nie eine so ernste Zeit erlebt wie die es ist, in deren Anfang wir stehn. Es steht im Schatten der immer größer anwachsenden bolschewistischen Drohung. Die wirtschaftliche Lage Europas, die von Tag zu Tage schwieriger wird, kann eines Tages unheilbar verwirrt werden. Und dann?

*

Machen wir uns doch nichts vor: entscheidend beim lettischen Haß ist keineswegs mehr ein Rachegelüst oder ein Ressentiment, überhaupt kein Gefühl, sondern ein Kalkül. Der Chauvinismus der baltischen Völker ist in der Berechnung nicht schwer zu verstehn. Man muß den Massen etwas geben, was über das individuelle Glücksbegehren hinausgeht, was sie bindet und verwendungsfähig macht. Man gibt ihnen mittels der großen Suggestionsapparate den Nationalhaß und richtet ihre Begehrlichkeit auf ein gemeinsam fortzunehmendes Gut anderer. Dadurch soll der bei Wahlen unerläßliche Aufschwung der Stimmung erzielt, andererseits auch verhindert werden, daß die bolschewistische Propaganda sich der Massen bemächtigt. Positive Parolen

sind heutzutage überhaupt rar, negative scheinen unter allen Umständen das Gegebene. Man nimmt sich dabei keineswegs Sowetrußland, sondern etwa Polen zum Vorbild. Vielleicht sind es auch indirekte polnische Einflüsse, die zum Anwachsen des lettischen Chauvinismus geführt haben. Der Vorwurf, daß hier bolschewistischer Geist am Werk sei, wird mit Entschiedenheit zurückgewiesen: es handle sich um ein nationalistisches Ideal, das dem Volke in grellen Farben gewiesen werden müsse. Daß sich verbrecherische Elemente seiner annehmen, sei nicht zu vermeiden.

Die im Volke verbreitete Stimmung scheint dem Recht zu geben. Den einfachen Mann hört man sagen: wir leben in Lettland, und das heißt: die Erde ist lettisch — mit allem, was sie trägt. Was hilft es dieser Logik gegenüber, daß man an Vergangenes erinnert oder auf Zukünftiges hindeutet? Trotzdem scheint es uns des Nachdenkens wert, wer denn zuletzt den Erfolg dieser Parolen davontragen wird, der lettische Patriot oder ein anderer, Stärkerer?

*

In Polen, wo es eine alte nationale Tradition gibt, mögen die demoralisierenden Wirkungen jenes unsinnigen aggressiven Nationalismus nicht unmittelbar eintreten, wenn sie auch nicht ausbleiben werden. Anders in Lettland. Hier muß die Losung „Nehmt, was ihr nehmen könnt" das Empfinden für die Unantastbarkeit der Grundlage europäischer Kultur — des Eigentums — binnen kurzem völlig zerstören. Auf einem Boden, dessen Kulturfestigkeit so schwankend ist, wie der unserer östlichen Staaten, wird dem Bolschewismus der Boden bereitet, wenn man den Eigentumsbegriff erschüttert. Dabei verschlägt es nichts, daß man es im Namen des Nationalismus tut. Wer den polnischen oder tschechischen Nationalismus ohne Schaden auf den Boden Lettlands hinüberpflanzen zu können meint, verkennt zu allem übrigen die politisch-psychologischen Voraussetzungen auf baltischem Boden. Hier müssen auch die schärfsten Gegner des Bolschewismus unvermeidlich zu seinen Schrittmachern werden, wenn sie nicht eines begreifen: daß nur die Solidarität des Bürgertums in dieser Stunde noch helfen kann, nur die Besinnung auf die Kulturgrundlage Europas jene Front schaffen kann, die vor dem langsamen, aber unaufhaltsamen Abgleiten ins rote Chaos bewahren kann.

R. W.

Reichsdeutsche Pressestimmen zur Rigaer Domkirchenfrage

Die Öffentlichkeit des Auslandes beginnt allmählich von dem in Riga drohenden Enteignungsprojekt Kenntnis zu nehmen. Daß die kirchlichen Blätter die Absicht der Enteignung der Domkirche auf das schärfste verurteilten, ist selbstverständlich. Die Nachricht aus Genf, daß die Angelegenheit in Völkerbundskreisen Aufsehen erregt hat, ging bereits durch die Tagespresse. Wir registrieren heute nur die größten reichsdeutschen Tageszeitungen, die bereits Stellung genommen haben.

Tag: überschreibt seinen Bericht „Lettische Kriegsbeute" und weist auf die Schädigung des Ansehens des lettischen Staates durch diese „Kriegsbeute" hin.

Vossische Zeitung: „Vielleicht ist die ganze unerfreuliche Angelegenheit nur aus Wahlmache so aufgebauscht worden . . . Gewisse Politiker sind nur allzu geneigt, ihren erschütterten Kredit bei der Wählerschaft durch ein großzügiges Geschenk auf Kosten der Minderheiten neu zu stärken."

Frankfurter Zeitung: weist unter der Überschrift „Neuer Kirchenraub gegen das Rigaer Deutschtum" darauf hin, „daß die Angelegenheit einen Sturm erregen wird, dessen Wellen über Lettland hinausschlagen werden".

Völkischer Beobachter: „Daß so etwas in einem Staat, der sich gern im Gegensatz zu Sowetrußland als „Rechtsstaat" bezeichnet, überhaupt möglich ist, beruht auf einer im negativen Sinne „einzig dastehenden" Eigenheit des lettländischen parlamentarischen Systems, das es auch ohne Volksabstimmung ermöglicht, im „Bedarfsfalle" sogenannte „Gesetze" in die Welt zu setzen, die — ganz abgesehen vom allgemeinen Rechtsempfinden — selbst der vor 12 Jahren festgelegten Verfassung widersprechen dürfen!"

Deutsche Tageszeitung: „Wir stellen fest, daß damit eine neue schwere Verletzung des deutschen Rechts geschehen würde, eine Tatsache, die das Deutsche Reich sowohl als stammverwandte Macht wie als Mitglied des Völkerbundrates in Beziehung auf die Minderheitenschutzverträge nicht kalt lassen kann."

Hamburger Fremdenblatt in einem redaktionellen Artikel: „Will Lettland selbst bolschewistische Methoden aufnehmen, indem es durch ein neues Sondergesetz enteignet? Deutschlands ganzes Interesse dem sicherlich friedlich gesonnenen jungen Ostseestaat gegenüber läßt sich in dem Wunsche nach ruhiger innerer Entwicklung und guten staatlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zusammenfassen. Es besteht die Möglichkeit für die deutsche Minderheit, zur Abwehr des Anschlags auf die Domkirche in Riga an den Völkerbund zu appellieren und das christliche Weltgewissen wachzurufen. Sollte es aber zum Schutze des Denkmals einer loyalen Minderheit und zur Wahrung unzweifelhafter Besitzrechte nicht genügen, auf das Gewicht guter Beziehungen zwischen Lettland und dem Deutschen Reiche allein hinzuweisen?"

Kölnische Zeitung: „Da Lettland und Estland mit Recht in der Welt als Staaten bekannt sind, die mit ihren Minderheiten in bestem Einvernehmen leben, so möchte man hoffen, daß dieser Weltmeinung kein Abbruch geschehe durch ein Gesetz, das eine durch nichts gerechtfertigte Rechtsbeugung darstellen würde."

Schlesische Zeitung: weist darauf hin, daß der lettischen Armee durch die bloße Unterstellung, sie könne die größte Kirche des Landes als „Kriegsbeute" beanspruchen, die Ehre abgeschnitten würde.

Darüber hinaus äußern sich zur Enteignungsabsicht sehr zahlreiche andere Organe, Reichs- und Provinzblätter aus allen Teilen Deutschlands, alle scharf verurteilend.

Treu und Glauben

Unter dieser Überschrift behandelt S. Klau in einem beachtenswerten Leitartikel der „Revalschen Zeitung" vom 13. März die Einstellung der Gesellschaft zur Erschütterung der sittlichen Grundlagen des öffentlichen Lebens. Die Anzahl der Veruntreuungen und Vertrauensbrüche, von denen die Zeitungen melden, hält sich dauernd auf einer Höhe, daß von krankhaften Prozessen im sozialen Organismus gesprochen werden muß. Zu den wichtigsten Ursachen dieser Erscheinung gehört, „daß die in dem großen Umbruch der Dinge erfolgte Zerschlagung des alten festgefügten Rahmens, in dem sich früher das Leben des einzelnen und der Gesamtheit geregelt abrollte, zu einem schwankenden Zustand äußerer und innerer Unsicherheit, zu einem gefährdeten Aufsichselbstgestelltsein des einzelnen führen mußte." „Auch die sittliche Sanierung hängt also zu einem großen Teil davon ab, wie bald wir wieder zu endgültigen, dauernden und stetigen Formen des Daseins zu gelangen vermögen."

Auch das baltische Deutschtum ist von den Einwirkungen der Atmosphäre auf sein sittliches Niveau nicht unberührt geblieben, wenn auch grobe Verstöße gegen

Ehre und Anstand noch selten sind. „Wer aber mit Menschen aus verschiedenen Schichten unseres Volkstums, insbesondere auch unserer Jugend, in Berührung kommt und scharfe Ohren hat, wird bald mit Schrecken merken, daß die „Unregelmäßigkeit" und Unredlichkeit im Kleinen, der „kleine" Mißbrauch des Vertrauens . . . heute auch in unserem Kreise nicht ganz vereinzelt mehr sind. Und noch weit verbreiteter als sie ist eine laxe und relative Auffassung dieser Dinge, die in alledem gar nichts Schlimmes sieht . . ." Zu den Ursachen dieser Gesinnungsschwäche bemerkt der Verfasser u. a.: „Ob nicht bei alledem eine weitverbreitete Denkart den Schrittmacher spielt, die gewohnt ist, die Dinge nach dem äußeren Erfolg, nicht nach ihrem inneren Wert zu beurteilen?" Helfen könne hier nur schonungsloses Eingreifen jedes einzelnen in seinem Kreise.

„Es hat eine Zeit gegeben, wo Treu und Glauben der Stolz und die Selbstverständlichkeit des Deutschen war. Und selbst in den schlimmsten Zerrbildern, die unsere Gegner immer wieder, vom Haß verblendet und vom Unverständnis verführt, von unserem Wesen und von unserer Art gezeichnet haben und in denen sie meinen, uns fast jede Tugend absprechen zu können, erscheinen zwei Eigenschaften doch stets als unzertrennlich vom Wesen des Deutschen: Treue und Ehrlichkeit. Sein Wort hält der Deutsche im Guten wie im Bösen; selbst in den giftigsten Volksanekdoten. „Saksiane ei waleta, saksiane ei petta mitte" („Der Deutsche lügt nicht, der Deutsche betrügt nicht"). Es ist ein stolzes Piedestal, auf das uns nicht allzufreundliche Hände gestellt haben. Soll die Zeit kommen, wo wir von diesem Piedestal herabsteigen müssen?

Was für das Estentum eine Gefahr unter vielen ist, ist für uns eine Lebensfrage schlechtweg. Will das Deutschtum Estlands leben, so kann es nur als eine Elite der Leistung und eine Aristokratie der Gesinnung leben."

Buchbesprechung

„Der Aufgang einer neuen Welt"

Keyserlings Amerikabuch liegt nun auch in deutscher Übersetzung vor. Geschrieben ist das Werk ursprünglich für Amerikaner und daher in englischer Sprache. Man könne nicht für Amerikaner in deutscher Sprache denken, meint Keyserling, da jedes Volk in seiner eigenen Sprache denke. Das Buch beschränkt sich nicht auf eine Analyse bestehender Zustände. Es ist kein zeitkritisches Werk. Keyserling hat ein Stück bestmöglicher amerikanischer Zukunftsentwicklung im Geiste vorweggenommen und hält es nun Amerika als Leitbild vor. Das ist unleugbar ein großes Unternehmen. Natürlich ist es bei einem solchen Versuch nicht möglich, von einer Analyse abzusehen. Keyserling gewinnt sein Ergebnis z. T. aus einer Art von Psychoanalyse der amerikanischen Seele. Die Psychoanalyse, muß man wissen, hat durch C. G. Jung (ein Deutsch-Schweizer) eine neue Wendung erfahren, sie ist synthetisch, positiv und aufbauend geworden und mündet in eine Charakterologie und in eine Völker- und Geschichtspsychologie. Keyserling wendet nun diese physiognomisch-charakterologischen Methoden — allerdings in sehr ursprünglicher, freier Weise und indem er sehr viel aus eigenem hinzutut — auf Amerika an. Der erste Teil des Buches: „Die amerikanische Landschaft"

(und ihre psychische Atmosphäre) bringt rein intuitiv Erschautes zum Ausdruck. Es ist ein grandioses Gemälde, das uns da entworfen wird. Der zweite Teil gibt uns eine Analyse der amerikanischen Probleme. Es ist hier nicht möglich, auf einzelnes einzugehen, wir müssen uns daher auf Grundsätzliches beschränken. Keyserlings Ziel ist nicht, auf theoretischem Wege eine Wahrheit zu finden, sondern einen Menschen oder ein Volk mit neuen Kräften zu begaben. Insofern wäre der einzige Prüfstein für dies Buch (wie auch für Keyserling selbst) seine Wirkung. Theoretisch widerlegen lassen sich Keyserlings Ausführungen darum auch nicht. Er will seiner Natur nach mehr staatsmännischer Reformator als Wissenschaftler resp. theoretischer Philosoph sein (wie ja wohl auch dem im Baltikum mehr bekannten Chamberlain nur an der fruchtbaren reformatorischen Auswirkung seiner Werke gelegen gewesen ist, nicht aber an ihrer wissenschaftlichen Richtigkeit). Es liegt also Keyserling an der Gestaltung des Lebens vom Geiste her. Nüchterner gesprochen: er will in diesem speziellen Falle die Rolle des Geburtshelfers an der noch ungeborenen amerikanischen „Kulturseele" spielen. Ein großes Beginnen bleibt es auf jeden Fall.

Nun geht uns Amerika allerdings sehr an. Das rechtfertigt auch die deutsche Übersetzung des Buches. Um das zu verdeutlichen zitiere ich: „Die Amerikaner sehen fast alle ihre Probleme falsch, und die meisten ihrer bewußten Zielsetzungen sind bedenklich . . . Die Amerikanisierung Europas geschieht heute in einem ganz falschen Sinn . . . Ein Abschließen gegenüber Amerika ist nicht möglich. Erforderlich ist eine fruchtbare Auseinandersetzung die Herausentwicklung des Eigenen, Neuen durch die Auseinandersetzung . . . Im Gefüge Amerikas fehlen die Kräfte, die vor dem 18. Jahrhundert in Europa wirksam waren und noch h ute sein Tiefstes, Bestes, ja Modernstes, Jenseits-Amerikanisches mitbestimmen. Und ferner divergiert Amerikas Entwicklung immer mehr von der europäischen . . . Ein „Ideenbündnis" zwischen Deutschland und Amerika wäre ein gefährliches Mißverständnis. Eine deutsch-amerikanische Zusammenarbeit würde desto besser vonstatten gehen, je mehr die beiden Parteien sich ihrer Wesensverschiedenheit bewußt würden." Keyserling ist ein Mensch der Zukunft, nicht ein Mensch der Vergangenheit. Darum wirkt er so stark auf viele der Jüngeren. Er gehört einer neuen Ordnung an. Es ist noch zu früh, um über ihn zu urteilen. An seiner Wirkung wird man ihn erkennen.

Das Buch ist in der „Deutschen Verlagsanstalt" — Stuttgart und Berlin — erschienen. E. v. S.

Von der Schriftleitung

Zum Aufsatz von Prof. Dr. H. F. Seraphim „Die Krisis der deutschen Landwirtschaft" verweisen wir auf zwei Aufsätze des vorigen Jahrgangs der Baltischen Monatsschrift: M. von Blaese, „Die Landwirtschaft Lettlands" (S. 145) und A. von Mickwitz, „Die Landwirtschaft Estlands" (S. 297).

Die Mitarbeiter dieses Hefts:

R. van Oosten / Redakteur S. Klau, Reval / Professor Dr. H. F. Seraphim, Rostock / P. Bockrodt, Riga / G. Schröder, Berlin.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Reinhard Wittram

Baltische Erneuerung

Von Friedrich Worms

Erneuerung gibt jedem aktiven Menschenleben seinen Sinn. Das Werdende, Strebende, Sich-Wandelnde ist ein Wesenszug des deutschen Menschen. Aber es gibt Zeiten, wo solche Zielsetzung ihren besonderen Sinn dadurch erhält, daß sie über den einzelnen hinaus in besonderer Weise das Ganze angeht. Das sind kranke Epochen, in denen die Gesamtheit gefährdet ist und eine menschliche Gemeinschaft vor die Entscheidung gestellt sein kann, weiter zu leben oder an einem inneren Siechtum zugrunde zu gehen. Solche Zeiten stellen an den einzelnen gesteigerte Ansprüche: eine Erneuerung hat nicht Bedeutung als Einzelsehnsucht, sondern ist Forderung des großen Ganzen. Es zeigt sich dann deutlich, daß das Dasein eines Volkes eng verflochten mit seinem Seelentum ist, das sich auf allen Gebieten seines Lebens auswirkt und schließlich auch sein äußeres Schicksal bestimmt. So wird der Wille zur Erneuerung für jeden einzelnen zu einer Frage der Verantwortung vor der Gesamtheit.

Unser Zeitgeist soll hier nicht analysiert werden; er ist genugsam als „Kulturkrise" gekennzeichnet worden. Damit ist ein Entscheidungskampf gemeint, der sich dem Ringen in einem kranken Organismus vergleichen läßt: die Krankheitserreger rufen die Heilkräfte hervor, und zwischen ihnen entscheidet es sich, ob der Körper gesundet oder dahinsiechen muß. Mit solchen Reaktionserscheinungen haben wir es hier zu tun.

Die erwachte Verantwortung vor dem Ganzen, von der wir sprachen, führt zum Willen zur Einordnung. Der einzelne empfindet Isolierung als Widersinn und erlebt sein enges Verflochtensein mit der Gesamtheit. Das Ganze, das immer früher da ist als die Teile, wird nun als übergeordnet gewertet, und aus dem Bewußtwerden dieser Ordnung erwächst der Wille, ihr zu dienen.

So entspringt solcher Wille dem Gefühl eines organischen Verbundenseins. Der geforderte Dienst wird zu einem Bekenntnis zum Leben, das im Bereich der Natur sonst unbewußt wirkt und nur beim Menschen in die klare Sphäre des Bewußtseins gelangt. Um

nun dem Ganzen dienen zu können, muß der einzelne in dessen Sinn und Wesen eindringen.

Die Teile müssen gesund sein, damit das Ganze lebendig bleibt. Sinngemäß sucht daher der einzelne sein eigenes inneres Wachstum zu fördern — immer in Bezugnahme auf das Ganze, dem er sich ja einordnen will. In der Selbstbesinnung findet er nicht zu sich allein, zu seiner Einsamkeit, sondern zur All-Einheit — den Weg zum Urgrunde, der das Ganze trägt, dessen Teil er ist: der einzelne wird sich der Art bewußt, der er angehört.

So schärft sich das innere Auge für die Unterscheidung des Eigenen vom Fremden. Der einzelne wird Fremdstoffe im Gesamtkörper nicht dulden wollen und seine Beziehungen zu den Nachbarzellen in Übereinstimmung mit dem Lebensgesetz des Ganzen regeln können. Ihm ist nicht mehr das Individuelle an den anderen Teilen das Wesentliche, so sehr es auch die Fülle des Daseins entfaltet, sondern das, was die Eigenart des Gemeinsamen ausmacht.

Mit anderen Worten: der Mensch, der dem Ganzen verantwortungsbewußt dienen will, wertet die Lebensäußerungen seiner Umwelt gemäß der erwachten Erkenntnis seiner Artgebundenheit, die er in sich zu entwickeln strebt und die er bei den anderen sucht.

Das Handeln auf dieser Linie gibt einen weiten Blick auf die Zusammenhänge, auf die Gesetze des Werdens, denen das Ganze mit seinen Teilen unterworfen ist. Von solchem Blickpunkt aus werden die Krankheiten der Zeit empfunden und erkannt; falsche Entwicklungslinien gilt es nun zu verlassen; man entdeckt vergessenes Lebensgut, das wieder wirksam wird.

Und es wird weiter verständlich, daß der einzelne mit seinem aus dem Erneuerungswillen entwickelten Gefühl für die Gesamtheit sich mit art- und willensverwandten einzelnen zusammenfindet. In Wechselwirkung mit ihnen kann er noch tiefer und vielseitiger seine Art erleben. Ein solches Erlebnis, das zum erneuten Willensimpuls wird, führt zur Gestaltung einer Gemeinschaft.

Gemeinschaft kann nur da erwachsen, wo ihre Impulse zugleich das innere Gesetz jedes einzelnen ihrer Glieder sind, wo ein Spannungsbereich zur Lebendigerhaltung zwar notwendig vorhanden ist, aber durch artgebundenes Wollen eingegrenzt wird. Was die Gemeinschaft dem einzelnen gibt, sind die Impulse des Gemeinschaftsgeistes, der über das Einzelleben hinausweist und damit das Gemeinschaftsglied an ein überpersönliches Leben bindet. Eine Ge-

meinschaft ist also — im Unterschiede vom Kollektiv — mehr als die bloße „Summe des Willens" ihrer Glieder; sie erzeugt lebenbestimmende Ursachen, die sich in der alleinigen Sphäre des Einzelindividuums nicht finden.

Eine solche Gemeinschaft, die sich mit klarem Willen mitten in die Gegensätze der Zeit stellt, ist nie Selbstzweck, sondern will auch als Ganzes ebenso dienen wie ihre Glieder, empfindet sich also einem immer noch größeren Ganzen als untergeordnet — der Heimat, dem Staat, dem Volk. Gemeinschaften, wie wir sie im Sinne haben, werden sich schwerlich mit ihren Zielen noch größeren Einheiten als diesen dreien ausdrücklich einordnen oder solche in ihren Wirkungskreis einbeziehen wollen, da die eigene Artgebundenheit diesen Kreis von selbst rundet. Das mag das mittelbare Bewußtsein der Gebundenheit an einen Kulturkreis oder des Dienstes an den großen Menschheitsaufgaben nicht ausschließen; das Verhältnis zu dieser weiteren Aufgabe ist aber nicht das bestimmende Moment.

Aber auch jene genannten größeren Einheiten gehören der Vergänglichkeit an und sind kein Letztes. Der Wille zur Erneuerung wird auch nicht von Menschengebilden bestimmt, sondern von der Gewissensstimme in der Brust jedes einzelnen, dem göttlichen Funken, der jedem die Selbstbestimmung über alles Werdende und Zeitliche hinaus ermöglicht. Heimat, Staat, Volk sind Erscheinungsformen in der Vielgestalt des Lebens, bedeuten Aufgaben für menschliches Wirken, das sich letztlich doch nur nach dem inneren Gesetz der menschlichen Seele gestalten darf, so daß rückwirkend in solchem Tätigsein der Einzelmensch den Weg zu seinem göttlichen Kern findet und damit in solcher Spannung die Persönlichkeit sich selbst befreit. Hier erst sind wir bei den letzten Bezogenheiten, die alle Werteinheiten als Formen göttlichen Schöpferwillens erscheinen lassen, innerhalb derer dem Menschen seine Wirksamkeit aufgegeben ist. So finden Einzelmensch und Gemeinschaft ihre letzte Bindung im religiösen Urgrunde.

Damit glauben wir die wesentlichen Triebfedern der heutigen deutschen Erneuerungsbewegung gekennzeichnet zu haben: der Wille zur Verantwortung vor einem Ganzen, die Bereitschaft zum Dienen und Opfern, das verpflichtende Bewußtsein der Artgebundenheit, der Wille zur Gemeinschaft und die religiöse Bindung.

Wir wollen damit nur die innere Haltung dieser Bewegung bestimmt haben, in der sie den Kampf gegen die ihr feindliche Umwelt aufnimmt. Gewiß ist es nicht so, daß sich hier ein seelischer

Prozeß in bestimmten Etappen abrollt, wie wir es geschildert haben. Es handelt sich auch nicht um etwas wie eine mystische „Wiedergeburt", die nun einen „neuen Menschen" und damit eine „auserwählte" Klasse schafft. Es geht hier um kein Sein, sondern um ein Werden, um eine Bewegung, die viele Richtungen hat, die ihrerseits aber manche Gemeinsamkeiten aufweisen. Hier haben wir nur die Grundtendenzen der Bewegung zu kennzeichnen gesucht.

Gegen welche Mächte der Kampf der Erneuerungsbewegung gerichtet ist, ergibt sich aus der Umkehrung des Gesagten: gegen die zersprengende Tendenz des Individualismus, der den Sinn des Lebens verfälscht; gegen das seichte Ideal des „Sich-auslebens" und die Anbetung der Macht des Geldes, das als letzter Zweck und nicht als untergeordnetes Mittel gewertet wird; gegen das Spießertum, das aus gefährlicher Halbbildung heraus sich ein Urteil über alle Lebensregungen anmaßt; gegen die Überfremdung deutschen Wesens, die jedes Erbe richtunggebenden Blutes verschüttet; gegen die nivellierende Macht der Masse, die nur Rechte beansprucht und keine Pflichten kennt; gegen die mechanischen Tendenzen eines staatlichen Daseins, das das Leben nach Doktrinen „organisieren" will und dadurch knebelt; gegen die Züchtung eines unkämpferischen Geistes, der paktieren und sich verständigen will; gegen alle Bindungslosigkeit und die Irreligiosität eines Zeitalters, die das Leben entwertet, in öder Diesseitigkeit die Flamme der Ehrfurcht und der Sehnsucht nach Erlösung erstickt und den Menschen entwürdigt.

Die Gegenkräfte treten häufig als festgefügte Machtgruppen auf, wie sie z. B. der Bolschewismus und der Marxismus darstellen. Anders, ihrem Wesen entsprechend, die Erneuerungsbewegung. Sie will wachsen und nicht organisieren. Der Wille zur Gemeinschaft ist ein ihr wesentlicher Zug, und wir können zahlreiche Gruppen beobachten, deren Glieder in lebendiger Fühlung miteinander stehen, die aber aus berechtigter Scheu vor einer Rationalisierung des Lebens einen straffen Zusammenschluß noch nicht wagen. Hier reift die gemeinschaftsbildende Kraft erst langsam heran, oder es besteht eine tatsächliche Gemeinschaft ohne die üblichen Merkmale organisatorischer Bildung. Daneben bestehen organisatorisch gebundene Gruppen oder Bünde, die aber zahlenmäßig zu umfassend sind, als daß ein Gemeinschaftsgeist die einzelnen Glieder so tief erfassen könnte, wie es bei kleineren Gruppen möglich ist. Denn diese können das Persönliche ganz anders entwickeln und einstellen. Gemeinschaft als Massenwirkung ist nicht denkbar. Innerhalb der

deutschen Erneuerungsbewegung haben wir mit einer anderen Struktur zu rechnen: hier straff organisierte Massen mit lauten Schlagworten, die nur auf die Oberfläche wirken, aber durch den dahinter stehenden Willen der Organisationsleitung zu einer furchtbaren Gefahr werden — dort kleine Gemeinschaftsgebilde, die auf Massenwirkung verzichten und deren Glieder selbsttätig und selbstverantwortlich im Glauben an die ererbte Kraft zu wirken suchen.

* * *

Dürfen wir heute auch von einer baltischen Erneuerungsbewegung sprechen? Um die Frage zu beantworten, untersuchen wir zunächst, ob die Lage des Baltentums eine derartige ist, daß sie eine solche Bewegung auslösen könnte.

Die erfolgte Zersprengung des Baltentums bedeutet mehr als eine Schwächung seiner Kräfte. Der einzelne ist aus der bisherigen Gliederung des Gesamtorganismus herausgelöst und empfindet eine Beziehungslosigkeit, die oft einem Erlöschen jeglichen Pflichtbewußtseins gegenüber alten Bindungen gleichkommt. Unsere baltische Gesellschaft war früher alles andere als locker gefügt und tolerant und schrieb jedem die Einhaltung eines bestimmten Maßes von Sitte und Gesinnung vor. Wer dies Maß überschritt, den erkannte die Gesellschaft nicht mehr als zu sich gehörig an. Der Balte, der nach dem Zusammenbruch die Heimat verließ und hinter sich ein Chaos versinken sah, fühlte diesen Druck — oder Halt — weichen. Das hat bei manchem das Verantwortungsgefühl in bedenklicher Weise gemindert. Und schon die Auflösung oder auch nur Lockerung der alten Gemeinschaften, die langsame Eingewöhnung in neue Verhältnisse und andere Lebensformen hat manchen von der überlieferten Sitte abgedrängt, hieß ihn mit dem neuen Zeitgeist paktieren und dem, was wir Baltentum nennen können, untreu werden. So haben sich die Tendenzen der Zeit vielfach unter den Balten außerhalb der Heimat bemerkbar gemacht; ihr Gemeinschaftsbewußtsein ist im Schwinden begriffen.

Die Verhältnisse in der Heimat lassen sich infolge der Beschränktheit des Raumes eindeutiger fassen. Die neue Lage, die sich durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen ergeben hat, ist nicht nur das Ergebnis eines organischen Ablaufes der Dinge, sondern auch aus der Einwirkung außenliegender Faktoren entstanden. Das Emporwachsen der beiden neuen Staaten und die dadurch bedingte Zerreißung des heimatlichen Raumes und des dortigen Baltentums

in zwei Teile, die Abwanderung zahlreicher deutscher Elemente, der Verlust der Bodenständigkeit durch die Agrargesetzgebung — alles das hat zu einem gänzlich veränderten Verhältnis zum Letten- und Estentum geführt, zu einer überschnellen Entwicklung der deutschen Bevölkerung zum Städtertum und zu einer sozialen Umschichtung, die das Gepräge des Baltentums stark verändert hat. Den bisher führenden Körperschaften wurde der Boden unter den Füßen entzogen, und an ihre Stelle traten, den veränderten Verhältnissen angepaßt, neue Gebilde mit neuen Aufgaben. Den Deutschen ward die Führung genommen. Aus Landespolitik ist im Bewußtsein nicht geringer Teile des Baltentums Minoritätenpolitik geworden, die sich auf die kulturellen Aufgaben der eigenen Gruppe beschränkt.

Angesichts dieser ganz wesentlichen Verschiebung der Akzente in den Lebensäußerungen der Heimat, wie sie die baltische Geschichte bisher nicht gekannt hat, angesichts dieser fast vollkommenen Durchschneidung der Entwicklungskontinuität konnte sich ein Umschwung im baltischen Empfinden und Denken vollziehen, der sich gewiß schon längst angebahnt hatte, nun aber infolge wesentlicher Schwächung erhaltender Kräfte durch die Umwälzungen des letzten Jahrzehnts sich jäh Bahn brach. Ich kann hier auf die von Girgensohn, Grüner, Schabert und Thomson in der „Baltischen Monatsschrift" veröffentlichten Aufsätze verweisen, um anzudeuten, was ich meine. Die Not, die hier geschildert wird, ist die gleiche, wie sie allenthalben im Kampf der zwei Welten sich abzeichnet, nur daß sie in der baltischen Heimat sich dadurch verschärft, daß es hier um einen auch nach außen auf Abwehr gestellten deutschen Volkssplitter geht, der darum seiner inneren Kraft doppelt bedarf. Atomisierung der Gesellschaft, Entchristlichung weiter Kreise, Zerfall der Familie, weitgehende Bindungslosigkeit, eine Umkehrung der Wertordnung — das etwa kennzeichnet schlagwortartig die Lage, die die genannten Verfasser beleuchten. Und ihre Forderung der Umkehr ist nichts anderes als der Ruf nach Erneuerung.

Neben dieser „inneren" gibt es auch eine „äußere" Front. Auch hier kann ich mich auf eine Veröffentlichung in der „Baltischen Monatsschrift" berufen, auf den Aufsatz von Gruehn, „Bolschewismus und Renaissance" (Jahrgang 1929, Heft 5, S. 266 ff.). Gruehn charakterisiert den Bolschewismus als vollendete Diesseitigkeit, die aus Materialismus und Rationalismus gespeist wird, zugleich als eine „notwendige Erscheinung des modernen Zeitgeistes", die sich keineswegs bloß auf Rußland beschränkt, sondern allenthalben

in unserem Kulturleben auftritt und es langsam und stetig zersetzt. Gruehn spricht zum Schluß von einer baltischen Aufgabe dieser Gefahr gegenüber. Daß in Est- und Lettland der Bolschewismus nicht gesiegt hat, „verdanken diese Staaten . . . in erster Linie dem Überwiegen traditioneller Lebensformen". „Lebendiger baltischer Geist ist im tiefsten Grunde kulturbejahend, werterfüllt, daher sendungsbewußt. Er steht darum in gleicher Unbestechlichkeit dem Bolschewismus gegenüber, wie dieser ihm . . . Es ist das Erbe uralter bewährter Lebensformen, die wir nicht geschaffen, die uns aber reich gemacht und die wir weiterzugeben haben, wie wir sie empfingen." „Die baltische Aufgabe ist solcherart auch unter veränderten Bedingungen im wesentlichen die alte geblieben. Sie ist Abwehrkampf gegen fremden nihilistischen Geist." „Um eine neue Aufgabe durchzuführen, bedarf es der Kraft. Niemand . . . wird daran zweifeln, daß es innere Kräfte sind, deren wir bedürfen . . . Wir bedürfen, um unseren selbstverständlichen täglichen Aufgaben genügen zu können, einer durchgreifenden inneren Renaissance."

Hier wird dem Baltentum die alte Vorpostenstellung zugewiesen, die seiner Geschichte entspricht. Aber es wird eine unerläßliche Voraussetzung hierfür genannt, das ist eine „durchgreifende innere Renaissance". Wir müssen also für unsere uns von der Geschichte zugewiesene Aufgabe erst innerlich wieder reif werden, sie zunächst überhaupt in ihrem ganzen tiefen Ernst erfassen. Dann erscheint erst der heimatliche Kampf um unsere Position nicht als Selbstzweck, dessen mögliche Erreichbarkeit uns satt und stumpf machen könnte, sondern nur als Sicherung der eigentlichen Kampfstellung. Denn die Heimat als Grenzland Europas im Kampf gegen das bolschewistische Chaos ist dessen Gefahren besonders ausgesetzt und kann sie nur durch inneren Widerstand überwinden. Wo aber der Bolschewismus allenthalben in Europa und über dieses hinaus als Sendling einer antichristlichen Welt Fuß faßt, da gewinnt das Streben, das wir als Erneuerungsbewegung charakterisierten, erst seinen tieferen Sinn. Es geht in der Tat um die höchsten Werte unserer Kultur, um die Frage, ob die kommenden Geschlechter noch dazu fähig sein werden, ihrem Leben einen Sinn zu geben. Die Entscheidung des Kampfes muß als ungewiß hingestellt werden. Einen Sieg in unserem Sinn kann der Kampf aber nur dann verheißen, wenn er mit einem „Kreuzzug nach innen" beginnt. Daß auch dem Baltentum in diesem Kreuzzuge seine Stelle bestimmt ist, glauben wir gezeigt zu

haben. Und mir scheint es seine Schicksalsfrage zu sein, ob es in diesem Sinn unter dem Symbol des Kreuzes in den Kampf zieht.

Wenn wir die Frage stellten, ob es eine baltische Erneuerungsbewegung gibt, so werden wir sie jetzt bejahen können. Die angeführten Stimmen reden zu vernehmlich. Und wenn es vielleicht an manch anderer Stimme zu fehlen scheint, so hängt das damit zusammen, daß derartiges Streben weniger zum Wort drängt (so sehr auch dies ihm zum Mittel werden muß), als im Leben sich auszuwirken sucht.

* * *

Eine baltische Erneuerungsbewegung ist zugleich Besinnung auf ererbtes Gut. Das ist solches Bestreben gewiß überall, da es nicht erdachten Grundsätzen entspringt, sondern lebendiges Wachstum sucht. Dem Baltentum in seiner Abgeschlossenheit und seiner konservativ bewahrenden Entwicklungslinie sind aber mancherlei Irrwege des 19. Jahrhunderts, die Westeuropa beschritt, erspart geblieben. Was dort bereits als abgetan galt, hatte sich bei uns noch vielfach erhalten. So konnte einen auswärtigen Beobachter manche Erscheinung baltischen Lebens wie ein Anachronismus anmuten. Und gerade solche Erscheinungen führen mit ihren Wurzeln oft in ein Erdreich, das man heute wieder anzubauen beginnt. In diesem Zusammenhange kann aber nur auf das Ideenmäßige hingewiesen werden.

Besonders stark ausgeprägt ist im Baltischen das Gemeinschaftsbewußtsein. Unser Lebensstil war in hohem Maß gemeinschaftsbildend. Ein stark entwickeltes Stände- und Korporationsbewußtsein führte zu einem Denken in Gemeinschaften mit einem ausgeprägten Gefühl für deren abgegrenzte Funktionen im Lebensbereich des Ganzen. Das Foelkersahmsche Wort von den Pflichten und Rechten des einzelnen entspricht solchem selbstbewußten Einordnungswillen. Hugo Semel hat einmal darauf hingewiesen (Die Universität Dorpat 1802—1918, S. 165), daß der Reichsdeutsche und der Balte beide ihre Heimat haben, der Reichsdeutsche daneben und darüber hinaus sein Vaterland und seinen Staat, der Balte — sein Land. „Alles, was über die Privatexistenz und den Kreis der gesellschaftlichen Beziehungen hinausreichte, aber andererseits noch nicht hineingehörte in die weite, kühle Region staatlicher Pflichten und staatlicher Betätigung, jene eigenartige Zwischensphäre, wo dank der partiellen Autonomie historisch erwachsene Institutionen und Rechtsnormen mit ihren Vorzügen und Fehlern sich auswirkten, das war das ‚Land'." So

sprachen wir von einem Landesstaat, einer Landeskirche, von Landesgymnasien und der Landesuniversität. Jeder von uns spürt leicht, was jenes Wort zum Ausdruck bringt. Die „Heimat" — das sind die Wälder, die Wiesen und Felder, die Hügel und Seen, die Flußtäler und das Meer, die kleinen Flecken, die Türme der großen Städte, die Burgruinen und die Gutshäuser: es ist das Sein der Landschaft mit ihrem unvergleichlichen Zauber für den Heimatgeborenen. Das „Land" — das ist die Verantwortung, das sind die Aufgaben, das Wirken, das dynamische Werden und Zielestecken im heimatlichen Raum. Heimat und Land sind nicht „Begriffe", sondern gefühlsmäßig erfaßte, wirkende Wesenheiten; sie mögen daher oft ineinander übergehen und sind untrennbar miteinander verflochten. Aber für jeden Balten sind es reale Gegebenheiten, bei deren Nennung sofort etwas mitschwingt, etwas ganz Persönliches, Bodenverwachsenes. Den veränderten Verhältnissen gegenüber, die uns Balten zwangsweise Verantwortung genommen haben, muß der Gefühlsbereich, den wir mit dem Wort „Land" umgreifen, im Bewußtsein der heranwachsenden Generation im Schwinden begriffen sein. Und auch das Heimatgefühl, das nur Bodenverbundenheit entwickeln kann, mag bedroht sein. Darauf hat Reinhard Wittram in der „Baltischen Monatsschrift" hingewiesen (Jahrgang 1930, Heft 4, S. 232): „Vielleicht kommt eine Zeit in wenigen Jahrzehnten, wo wir nicht mehr in unseren Herzen glebae adscripti sind, wo die alten Prägekräfte livländischen Bodens erloschen sein werden."

Man muß sich deutlich machen, daß eine solche Entwicklung das Wesen des baltischen Menschen von Grund aus umgestalten würde. Es wäre eine Angleichung an den uns fremden Zivilisationsgeist des Westens, der dem Großstadtmenschen mit den wertvollsten Lebensinhalten auch das Heimaterlebnis genommen hat. „Aus dem Lande, nach Art des Landes und für das Land" — so lautete der Leitspruch einer Dorpater Studentenkorporation. Die Worte gelten für das baltische Gemeinschaftsempfinden überhaupt. Sie umschließen zugleich auch dasjenige, was wir vorhin die Triebfedern der deutschen Erneuerungsbewegung nannten: Verantwortungswille, Dienst- und Opferbereitschaft und Artgebundenheit. Und auch die religiöse Bindung hat im baltischen Leben nicht gefehlt. Die baltische Geschichte durchzieht der christliche Gedanke wie ein roter Faden: der Deutsche Orden stellte sich unter den Willen Gottes, das Luthertum machte das Baltenland zum protestantischen Bollwerk des Ostens; der „deutsche Glaube" ist fortan ein unlöslicher Eckstein seines Ge-

füges, und wie sieghaft und lebendig dieser Glaube bis in die letzte Zeit sich auswirkte, haben die Tage des Bolschewistenterrors gezeigt. Freilich ist in den letzten Jahrzehnten von diesem Fundament viel abgebröckelt. Aber die Besinnung auf diese Kraft bedeutet auch hier die Erfüllung des tiefsten Sinns baltischer Geschichte.

So führt uns solche Betrachtung zur Überzeugung, daß die baltische Heimat die Kräfte einer Erneuerung in lebendiger Fülle in sich birgt, daß diese Kräfte noch in unsere Zeit hineinwirken und geleitet und geformt dazu berufen sind, an ihrem Teil auch die deutsche Wirklichkeit mit zu gestalten. Vielleicht wird das Wort von der „baltischen Sendung", das so leicht ins Überhebliche mißdeutet wird, in solchem Zusammenhang lebendig. Denn mir scheint das gegenwartsnahe geschichtliche Erbgut baltischen Seins, das immer noch seine Kraft aus der Heimatverbundenheit zieht, dem Baltentum seine besondere Stelle in der deutschen Erneuerungsbewegung anzuweisen.

* * *

Wir haben vorhin von baltischen Strebungen gesprochen, die eine deutliche Verwandtschaft mit der deutschen Erneuerungsbewegung zeigen. Es muß dahingestellt bleiben, wieweit dieser Zusammenhang bewußt empfunden und gepflegt wird. Wo unsere Zeit zur Selbstbesinnung drängt, wird diese naturgemäß oft zu gleichen Ergebnissen kommen. Und damit erhebt sich die Frage, ob diese Bestrebungen innerhalb des Baltentums an irgend einer Stelle zusammengefaßt eine Form gewonnen haben, was bei der gemeinschaftsbildenden Kraft, die das baltische Sein aufweist, zu erwarten wäre. Ich sehe hierbei von neuen Impulsen, die sich etwa in alten baltischen Körperschaften zeigen, und auch von Neubildungen ab, die sich noch einer Beurteilung entziehen. Daß sie vorhanden sind und eine Beachtung verdienen, will ich aber ausdrücklich betonen. Näher eingehen möchte ich auf die baltische Körperschaft, die den gekennzeichneten Erneuerungswillen am geschlossensten repräsentiert und in der sich die baltische Aktivität einer bestimmten Richtung immer entscheidender zu einem festen Kern verdichtet — die Baltische Brüderschaft.

Die Baltische Brüderschaft konstituierte sich im April 1929. Ihr ist aber eine Vorbereitungszeit vorangegangen, in der Ziele und Kräfte überprüft wurden und die Formen langsam heranreiften. So ist die Baltische Brüderschaft das Ergebnis eines Wachstums und

auch heute noch ein Entwicklungsstadium, ein Werdendes und kein Abschluß.

In ihren Anfängen erwuchs die Bewegung im Kreise der baltischen Frontgeneration, wie sie nach ihrem daseinsbestimmenden Erleben, der Zwischengeneration, wie sie nach ihrem geistigen Standort bezeichnet werden kann. Die durch die geschichtlichen Vorgänge ausgelöste Daseinskrise, die das Baltentum durchlebt, führte zu einer natürlichen Reaktion gegenüber der Gefahr einer völligen Auflösung und zu einer Bewegung zum Zentrum hin, die als (flächenhafte) Konzentration der nationalen Kräfte mit dem Ziel einer Abwehr der Daseinsbedrohung angesprochen werden kann. Diese Entwicklung fand ihren vorläufigen Abschluß mit der Schaffung der Kulturselbstverwaltung in Estland, der Volksgemeinschaft in Lettland und der Arbeitsgemeinschaft der Balten im Reich. Zugleich trat das Baltentum in eine schon erwähnte durch die Zeitwende hervorgerufene geistig-kulturelle Krise ein und wurde von dieser immer stärker in ihren Strudel gezogen. Die Folge war eine Bewegung von der Oberfläche in die Tiefe, die zu einer (raumhaften) Konzentrierung der Kräfte wird und zu einer Erneuerung aus der geistigen Quelle unseres Daseins führen kann. Die Ausdrucksformen für diese Entwicklung sind, wenn wir von der Baltischen Brüderschaft absehen, vielleicht erst im Werden. Jedenfalls wird die Forderung neuer Gemeinschaftsformen bereits immer vernehmlicher erhoben.

Die geschilderte Entwicklung nahm ihren Anfang in einem Zeitpunkt, wo unseren geschichtlichen Führungsorganen durch die Ereignisse des Jahres 1919 Aufgaben und Pflichten genommen wurden, jene Bewegung also um ein gegebenes Zentrum nicht kristallisieren konnte. Notwendig wurde daher der Wandel unserer baltischen Daseinsformen, der getragen wurde vom Bewußtwerden unserer tiefsten Daseinsgrundlagen und vom Willen zur Neuprägung des geschichtstragenden gesamt-baltischen Gedankens.

Im Vordergrunde stand und steht die geistige Zielsetzung. Mit dem Blick auf sie ist die Baltische Brüderschaft als Trägerin eines baltischen Willens zur Erneuerung organisch gewachsen.

Mit den Worten „Heimat und Glaube" hat man den geistigen Gehalt der Baltischen Brüderschaft zu kennzeichnen gesucht. In den Mittelpunkt stellt sie den Heimatgedanken, aus dem ihr Wollen emporwächst. Es ist das Gleiche, was wir vorhin allgemein „Artgebundenheit" nannten und dann für das besondere Baltische zu entwickeln suchten, die Überzeugung, daß jede Wirksamkeit des

Menschen erst dort zur vollen und freien Entfaltung gelangen kann, wo sie dem Wesenhaften, Überpersönlichen und doch dem Einzelmenschen unlöslich Verhafteten entspringt. „Heimat ist erlebte und erlebbare Totalverbundenheit mit dem Boden, sie ist geistiges Wurzelgefühl“ (R. v. Engelhardt in der „Organischen Kultur“). Alle Wertungen, die der Heimatverbundene vornimmt und die logisch weiter nicht begründbar sind, werden, wenn keine Nebeneinwirkungen sie verfälschen, dieser Bindung entstammen. So ist dies Grundgefühl eine richtungweisende Dominante bis in die letzten Entscheidungsfragen hinein. Und zugleich ist Heimat Pflicht und Aufgabe: Verpflichtung dem eigenen Wesen gegenüber und den Aufgaben, die die Heimat für die Gestaltung des ihr entsprossenen Erbes stellt.

Der Heimatgedanke in dieser Ausprägung kann als die Leitidee der von uns als flächenhaft bezeichneten Konzentrationsbewegung betrachtet werden. Er ist nicht etwa ein neuer Gedanke, sondern die starke Bewußtwerdung von seit je im Baltentum tätigen Kräften, die nun im Willen zur Abwehr und zur Gestaltung gestrafft werden. Die raumhafte Konzentrierung auf den Kern baltischen Daseins führt zur eigentlichen Quelle der baltischen Erneuerungsbewegung: zur religiösen Bindung, zum christlichen Gedanken. Hier trifft das zusammen, was wir von den letzten Bezogenheiten menschlichen Wirkens überhaupt und von der Durchseelung der baltischen Geschichte durch die Kräfte des Christentums im besonderen sagten. Nur darf es nicht dahin mißverstanden werden, als handle es sich hier um ein abgeleitetes „Prinzip“. Vielmehr geht es um ein Erleben, das in der Baltischen Brüderschaft langsam herangereift ist, um das Bestreben, mehr zu sein als ein Zusammenschluß von Männern, die ein bestimmtes interessenbetontes Programm durchführen wollen, um die Gewißheit, daß in der dem Einzelmenschen und seinem Volkstum zugemessenen zeitlichen Spanne Gottes Wille lebendig ist. Daß dabei die Baltische Brüderschaft sich ausdrücklich zum evangelischen Christentum mit seinem uns geschichtlich überkommenen und unserem religiösen Erleben entsprechenden Inhalt bekennt, bedarf wohl weiter keiner Begründung. In der Überzeugung, daß das Christentum die Daseinsgrundlage nicht nur unseres baltischen Volkstums, sondern des Deutschtums überhaupt wie des gesamten abendländischen Kulturkreises ist, will die Brüderschaft für dies Gut kämpferisch eintreten, wo sie seine Grundlagen bedroht sieht. Der christliche Glaube ist nicht Privatsache, mit der

es jeder halten kann, wie er es will, sondern eine Angelegenheit, die das Ganze berührt und bei der es um dies Ganze geht.

Der Ideengehalt der Baltischen Brüderschaft kann mit dem Gesagten als erschöpft bezeichnet werden, denn ihr sonstiges Wollen leitet sich von „Heimat und Glaube" her. Der Wille zur inneren Erneuerung, zu Dienst und Opfer, zu Kampf und Verantwortung, Tatbereitschaft und Hingabe — solcher Wille entstammt der christlichen Haltung und empfängt immer aufs neue seine inhaltliche Bestimmung durch die Heimatverbundenheit. Beides verschmilzt zu einem unteilbaren Ganzen einer einheitlichen Gesinnung, die sich in der Tat auswirken will. Aber erst in der Gemeinschaft gewinnen diese Impulse ihre ganze Stoßkraft und werden wahrhaft lebendig und wirksam, wenn sie durch sinngemäße Wechselbeziehungen zwischen dem einzelnen Bruder und der Brüderschaft erlebt werden. Ich kann auch hier auf bereits Gesagtes verweisen: die Baltische Brüderschaft als echte Gemeinschaft ist nicht die Zusammenaddierung beziehungsloser Individuen, sondern eben in der lebendigen Bezogenheit der einzelnen Glieder aufeinander, im Bewußtwerden der gemeinsamen Grundlagen und in der gegenseitigen Vertiefung tatsächlich vorhandener überpersönlicher Verbundenheit liegt das, was sich im Begriff „Brüderschaft" erschöpft. Diese Einordnung der Einzelglieder, die sehr schwer umschrieben werden kann, deren Erlebbarkeit uns Balten aber naheliegt, erzeugt ein Kraftgefühl, das sich im Leben entfalten will.

Als Grundlage der baltischen Gemeinschaft gilt der Baltischen Brüderschaft die Familie, d. h. sie hält eine Erneuerung und den Fortbestand unseres Volkskörpers nur für möglich, wenn diese natürliche Keimzelle jeder Gesellschaft gesund und tragfähig für die Verantwortung vor der Zukunft bleibt. Das ist eine Forderung, die heute in beachtenswerter Weise immer wieder betont wird. Es ist ohne weiteres verständlich, daß die Baltische Brüderschaft sich diesen Grundsatz zu eigen macht. Aber erst eine in sich geschlossene Körperschaft, wie sie die Baltische Brüderschaft darstellt, kann solchen Grundsatz zu einer unbedingten Forderung an ihre Glieder erheben. So sieht sie in der Eheschließung eine Verantwortung vor der Gemeinschaft, die diese im weitesten Maße berührt. Die Reinerhaltung der Art und die Gewähr, daß die Ehefrau nach Art und Sitte als Frau und Mutter sich in den Geist der Baltischen Brüderschaft einzuordnen vermag, sind Forderungen, die sich aus solcher Verantwortung ergeben. Wer dem zu genügen nicht willens ist,

scheidet aus der Gemeinschaft aus. Der Ausgangspunkt einer solchen Regelung steht hier fest, und die Richtung ist ihr gewiesen: die Übertragung des Grundsatzes ins Leben bleibt Erfahrungen überlassen.

Im Sinne der Einordnung des einzelnen in die Gemeinschaft ist es ebenfalls zu verstehen, wenn jeder Bruder verpflichtet ist, seine private Lebensführung nach den Grundsätzen der Brüderschaft zu gestalten, und diese ihn dazu anhält — bei ausdrücklichem Vorrang der Familie als des Aufbauelements der baltischen Gemeinschaft —, seinen Besitz und Erwerb in den Dienst der Brüderschaft zu stellen: dementsprechend wird ihr das Recht zuerkannt, über das Maß des Opfers, zu dem ein jeder verpflichtet ist, mitzubestimmen.

Hier sei ein Wort vom Aufbau der Baltischen Brüderschaft gesagt. Zu unterscheiden sind drei Führungsorgane: der führende Bruder, der Wart des Kapitels und das Kapitel selbst. Der führende Bruder leitet die Baltische Brüderschaft mit dem Recht der unbeschränkten Exekutive und der Verantwortungspflicht vor den letzten Entscheidungen, die er fällt. Sein Nachfolger wird von ihm ernannt: dieser bleibt damit den Zufälligkeiten einer Wahl entzogen, und zugleich verbürgt die Ernennung eine kontinuierliche Führung der Brüderschaft. Während dem führenden Bruder somit die vollziehende Gewalt zusteht, ist es die Aufgabe des Wartes, den das Kapitel wählt, über die innere Entwicklung der Brüderschaft und die Befolgung ihrer Grundsätze zu wachen. Also eine straffe selbstverantwortliche Führung durch den führenden Bruder, dem der Wart zur Seite steht. Die Gesamtheit der Baltischen Brüder bildet den Konvent. Das siebengliedrige Kapitel wird aus 14 Vertrauensmännern, die der Konvent wählt, vom führenden Bruder berufen. Das Kapitel berät den führenden Bruder und hat ausführende Funktionen, es bestimmt die Arbeitsgebiete der Brüderschaft und führt alle notwendigen Untersuchungen. Der Konvent regelt die Arbeit der Brüderschaft, nimmt die Berichte der Führungsorgane entgegen und behandelt Anregungen und Anträge.

Die Baltische Brüderschaft ist etwas Werdendes und Wegbereitendes, ihr Aufbau daher ein möglichst unkomplizierter und straffer, der weiteren Entfaltungsmöglichkeiten für den inneren Ausbau der Gemeinschaft, die aus dem Leben hervorwachsen sollen, den Raum sichert.

Für ihre Zugehörigkeit unterscheidet die Brüderschaft zwei „Kreise". Die Zugehörigkeit zum Konvent verpflichtet auf Lebens-

dauer. Die lebenslängliche Bindung ergibt sich für den einzelnen Bruder aus der Überzeugung, daß das Wollen der Brüderschaft sich mit der eigenen Selbstbestimmung deckt. Sie ist also ein Bekenntnis zum Willen, die eigene Selbstgestaltung mit all ihren Lebensäußerungen als Glied der Gemeinschaft zu verwirklichen und darin eine Verpflichtung vor Gott zu sehen, die in diesem Leben nicht erlöschen kann. Eine solche Entscheidung erfordert einen Grad von Reife, den erst der Mann erreichen kann, und auch dieser erst, wenn ihm die Gemeinschaft zu einem Erlebniswert geworden ist, den er ohne Vorbehalt zu bejahen sich gedrungen fühlt. Deshalb gliedert sich die Baltische Brüderschaft den „Äußeren Kreis" an, der die Personen umfaßt, die die Grundsätze der Baltischen Brüderschaft bejahen, aber in die Gemeinschaft erst hineinwachsen wollen, oder die aus inneren oder äußeren Gründen die lebenslängliche Bindung für sich ablehnen, sich im übrigen jedoch der Brüderschaft zur Verfügung stellen. Ein Austritt aus dem Äußeren Kreise ist jederzeit möglich.

Beim Wirken in der Außenwelt lassen sich die Baltischen Brüder vom Grundsatz der Selbstverantwortung leiten. Die Brüderschaft verpflichtet ihre Glieder ausdrücklich zur Mitarbeit an praktischen Aufgaben. Was sie von den einzelnen Gliedern verlangt, ist, daß sie im richtunggebenden Geist der Gemeinschaft tätig sind, mit Einsatz der eigenen Person, im Dienst- und Opferwillen, unter voller Wahrung der eigenen Verantwortung. Die Brüderschaft kann also ein bestimmtes Arbeitsgebiet einem Bruder zuweisen, doch bleibt die praktische Ausgestaltung dieser Arbeit dem einzelnen überlassen. Hier verantwortet er vor sich selbst — der Gemeinschaft gegenüber tut er es für den Geist und die letzte innere Zielsetzung seines Wirkens, die immer das große Erneuerungsziel bleibt, wie es in den Grundsätzen der Baltischen Brüderschaft lebt und zur Verwirklichung drängt.

Damit bleibt grundsätzlich kein Lebensgebiet von der Tätigkeit der Baltischen Brüder ausgeschlossen. Die Brüderschaft verzichtet aber darauf, Arbeit zu „organisieren": diese soll aus den geistigen Impulsen hervorwachsen, die der einzelne Bruder von ihr empfängt. Dabei soll jeder an der Stelle wirken, auf die ihn das Leben gestellt hat. Das Vertreten brüderschaftlicher Grundsätze im Lebensgebiet des einzelnen Bruders ist das Primäre: die Formen der praktischen Betätigung wachsen aus diesem Verhalten langsam hervor. So ergeben sich innerhalb der Brüderschaft „Arbeitsreferate", die anfänglich häufig informatorischen Charakter tragen und allmählich erst zu

aktiver Arbeit führen. Der Konvent nimmt die Berichte dieser „Referate" entgegen, verhandelt die auftauchenden Fragen und sucht von den Grundsätzen der Gemeinschaft her die Arbeit zu fördern.

So fehlt der Baltischen Brüderschaft ein „Programm" im Sinne zweckbetonter praktischer Ziele. Solche Ziele mögen auftauchen und die Kraftanspannung der Brüder zu ihrer Erreichung erfordern; sie können wieder verschwinden und neuen Platz machen — das Leben läßt sich in Programmpunkte nicht einfangen. Es bleibt aber die innere Kraft, die als letztes — unerreichbares — Ziel die Verwirklichung des göttlichen Willens in einer raum- und zeitgebundenen Ordnung sieht.

Das so umschriebene Wirken der Baltischen Brüder nach außen hat zwei Blickpunkte. Einmal ist es der besonderen baltischen Aufgabe zugewandt. Die alten baltischen Gemeinschaften haben ihre historischen Aufgaben erfüllt. Es gilt, aus dem Geist baltischen Wesens und baltischer Geschichte den unzerstörbaren Gehalt vergänglicher Formen zu retten. Das für uns faßbare Leben manifestiert sich nur in „Erscheinungen", d. h. in Formen; im unbewußten Leben decken sich Form und Inhalt, im bewußten menschlichen Leben ist die Schaffung dieser Harmonie die gegebene, aber unerreichbare Aufgabe. So ist auch für die Baltische Brüderschaft das Ziel das Hineinwachsen in das Gefüge eines erneuerten Baltentums, wobei sie das um sie gelagerte Leben mitgestalten und in allen Äußerungen baltischen Lebens jenen unvergänglichen Gehalt zur Wirkung bringen will: die Werte unseres Erbes, von denen wir sprachen und die heute dem Ansturm einer anderen Welt zu erliegen drohen. Der baltische Wille zur geistigen Erneuerung kann sich aber nur als Teil und als baltische Ausprägung der gesamtdeutschen Erneuerungsbewegung gestalten. Daraus ergibt sich der zweite Blickpunkt für die Wirksamkeit der Baltischen Brüder.

Es ist von Roderich von Engelhardt in der „Baltischen Monatsschrift" einmal betont worden (1930, Heft 3, S. 164), daß die Gesamtheit der geistigen Normen und Werte im Baltentum „nicht so sehr als Besitz, sondern vielmehr als Aufgabe empfunden wurde", zu der nur der berufen war, dessen Gesinnung einen bestimmten Stempel trug. Damit ist bezeichnet, was dem baltischen Menschen eigentümlich war: das Streben, geistige Werte aus einer bestimmten Gesinnung heraus, die — nach Engelhardt — aus der „Totalverbundenheit mit dem Heimatboden" hervorwuchs, zu verwirklichen.

Die Gesinnung entsprang der Heimatverbundenheit, die geistigen Normen und Werte übernahmen wir aus dem Mutterlande — beides durchdrang sich und wurde ein unlösbares Ganzes. Heute hat sich im allgemeinen Auflösungsprozeß dies Gefüge gelockert oder ist gar zerfallen. So erwächst die Aufgabe, eine solche Verbundenheit wiederherzustellen. Das kann für uns nur bedeuten, das geistige Leben der Heimat in den Strom der deutschen Erneuerungsbewegung einzuschalten. In der Überzeugung, daß wir diese Kräfte nicht missen können, will das Leben der Heimat nicht durch geistige Abkapselung in sich selbst zerfallen, strebt die Baltische Brüderschaft zu einer Verknüpfung der baltischen Erneuerungsbewegung mit der gesamtdeutschen. Und wenn wir von zwei Blickpunkten sprachen, so ist es im Grunde doch eine Aufgabe: das Ringen um die geistige Haltung des Baltentums, seine Einordnung in die deutsche Kampfesfront gegen die lebensfeindlichen Mächte der Seelenlosigkeit.

Die Baltische Brüderschaft erschien uns als die bisher einzige Ausprägung baltischer Erneuerungssehnsucht. Wir haben gesehen, daß diese Sehnsucht sich keineswegs nur in ihr verkörpert, daß der Ruf nach Erneuerung vielmehr auch außerhalb ihrer Reihen vernehmbar laut wird. Es ist auch nicht so, als stelle die Baltische Brüderschaft das „erneuerte Baltentum" dar und alles, was außerhalb ihrer steht, sei das Objekt ihrer Einwirkung. Die Baltischen Brüder bilden eine Kampfgemeinschaft und wollen ihr Streben in sich und in ihrer Umwelt verwirklichen. Sie könnten mit den Worten Hölderlins auch von sich bekennen: „Wir sind nichts; was wir suchen, ist alles". Man kann auf vielen Wegen auf die Suche gehen. Man kann mit dem gleichen Ziel einsame Wege einschlagen und man kann das Ziel gemeinsam suchen. Ich habe es freilich betont, daß mir baltischem Wesen der Gemeinschaftsgedanke zu entsprechen scheint. Nicht ohne weiteres aber berechtigt die Wahl des Weges auch zu einem Werturteil. Wo man jedoch erkennt, daß einsames Wollen und ein isoliertes Wirken die nötige Stoßkraft doch nicht gewinnen können, wenn in Zeiten der Not neue Bindungen zum Gebot der Stunde werden, da kann ein Zusammenschluß Gleichgerichteter zur unabweislichen Pflicht werden, und oft genug ist es die unverzeihliche Scheu vor der harten Unbedingtheit solcher Forderung, die vom letzten Schritt zurückhält. Die Naturen, die „selber ein Ganzes werden" können, sind immer selten. Wir rollen damit die Frage auf, ob der einzelne nicht gegen sich selbst verstößt, wenn er sich so eng bindet, wie die Baltische Brüderschaft es will,

ob solche Einordnung nicht der Freiheit eines Christenmenschen widerspricht. Wir berühren damit zum Schluß ein Problem, das eigentlich alles bisher Gesagte wie in einem Brennpunkt in sich sammelt.

In seinem Buch „Abtrünnige Bildung" sagt Gustav Steinbömer: „Die Gesamtkrisis unserer Zeit, ihre Übergangsstimmung und ihre Verzweiflung, ihre Hoffnung und ihr Lebenswille liegt in dem verwirrten und vieldeutigen Ringen um eine neue Persönlichkeitsform beschlossen." Die Persönlichkeit ist mit dem Einzelmenschen nicht schlechthin gegeben. Sie setzt einen „Bildungs"prozeß voraus, in dem die im Menschen ruhenden Kräfte zu einem harmonischen Ganzen geformt werden, in dem der Mensch wird, was er ist. Es erheben sich die Fragen: wie kann der Mensch sich selbst verwirklichen? und wem dient der Einsatz der ausgelösten Geisteskräfte? Die letztere Frage ist vielleicht leichter zu beantworten. Ich glaube nicht an einen extremen Individualismus, der alle entwickelte Innenkraft eines Einzelmenschen nur diesem selbst dienstbar machen will; wenigstens wäre er nicht ernst zu nehmen, denn er müßte sinnlos sein. Dem Egoisten kommt kein Persönlichkeitswert zu. Wer diesen Wert in sich zu erzeugen berufen ist, kann es nur in lebendiger Beziehung auf ein größeres Ganzes und muß diesem Ganzen sich einordnen. Ein Streit kann nur um den Grad solcher Einordnung gehen.

Denn die Persönlichkeit — und damit kommen wir zur erstgestellten Frage — ist ohne Wesenszusammenhang und Wurzelgefühl nicht denkbar. Sie ist tiefste Abhängigkeit von den in Heimat- und Blutsverbundenheit ruhenden Gesetzen. Hier herrscht nicht Freiheit als Lösung, sondern als Bindung. Und nicht das Individuelle, Besondere schafft Gesetz und Harmonie, sondern das Überpersönliche, Arthafte. Die Forderung selbst, die schöpferische Kraft, der Grad der Echtheit liegen in der Sphäre persönlicher, eigenster Gestaltung, im Bann des einmaligen Zaubers. Persönlichkeitsbildung ist Kampf, eine immerwährende Spannung zwischen dem Geltungsbereich des Ganzen und seines Teils, der Gemeinschaft und dem Individuum. „Persönlichkeit ist die ständig sich erneuernde lebendige Ganzheit zwischen diesen Polen, die immer wieder gesuchte und sich formende Synthese zwischen Individuum und Gemeinschaft, ist das Erlebnis der Individuation zugleich mit dem Bewußtsein der bedingenden Gemeinschaft, die schöpferische Einheit dieser Zwei-

heit" (Steinbömer). So findet in der Gemeinschaft der Mensch zu sich selbst und erlebt erst hier den Sinn seines Daseins.

Dieser Auffassung steht eine andere gegenüber. Sie billigt der Gemeinschaft nur ein bestimmtes Maß an Forderungen dem einzelnen gegenüber zu und sieht in einer weitergehenden Beanspruchung des Individuums eine Schmälerung seiner angeborenen Rechte. Sie erklärt es für Gewissenszwang, wenn der einzelne an die Gemeinschaft so weit gebunden ist, daß er ihr nicht mehr den Dienst aufsagen kann. Gemeinschaft wird hier nicht unbedingt abgelehnt, aber sie muß beliebigen Entscheidungen des Individuums weitesten Spielraum lassen.

Diese Auffassung läßt sich nicht ohne weiteres „widerlegen", denn es geht hier um eine Kraft des Glaubens, um ein Lebensgefühl, das sich dem Bereich des Nur-Logischen entzieht. Im Sinne der Persönlichkeitsauffassung der Baltischen Brüderschaft glaube ich folgendes sagen zu können. Das bloße Dasein gibt dem Menschen noch garkeine Rechte; aus der Tatsache, daß er geboren und erzogen worden ist, erwachsen ihm nur Pflichten. Individuelle Freiheit kann sich daher von keinem Recht herleiten; sie besteht in der Erfüllung von Pflichten, die jedem durch den Umkreis, in den er gestellt ist, gegeben sind. Die Erfüllung dieser Pflichten kann daher den einzelnen garnicht in einen Konflikt mit seinem Gewissen bringen. Erst von dieser Überzeugung her ist die feste Bindung an einen Gemeinschaftswillen möglich. Wo trotzdem das Gewissen des gebundenen einzelnen mit der Forderung der Gemeinschaft auseinandergeht, so kann es nur an einem Punkt sein, wo sich zwei Welten scheiden. Dann war die eingegangene Bindung für das Individuum der Irrtum seines Lebens, die übernommene Verantwortung vor Gott und seinem Gewissen ein Gebilde des Wahns: die Scheidung von der Gemeinschaft wird zur Schuld — aber nicht zu einem Recht. Denn der Ausgangspunkt ist nicht der einzelne Mensch mit seinen Ansprüchen an die Gemeinschaft, sondern die Gemeinschaft mit ihren Forderungen an den einzelnen Wer diese anerkennt, dann aber an ihnen zerbricht, hat sich am Leben versündigt. Des Lebens Gerechtigkeit ist aber oft die „Ungerechtigkeit" der Menschen.

Der Sinn des baltischen Gemeinschaftsgedankens

Von Viktor Grüner

Daß wir auf dem Boden der alten Heimat eine durch Geschichte und Tradition zusammengeschweißte Schicksalsgemeinschaft bilden, ist ein häufig wiederholter Gedanke, dem seine Berechtigung keineswegs abzusprechen ist. Die besondere Art unseres Gefühls für Bodenständigkeit, für Stammeseigenart, der spezifische Charakter unserer baltischen Sendung, die, obwohl raumgebunden, dennoch zeitüberlegen ist, — das alles berechtigt zur Annahme eines baltischen „Schicksals" als des überpersönlichen Bindegliedes unserer Stammesgemeinschaft. Diese richtig zu erkennen und zu werten wäre also eine verhältnismäßig einfache Aufgabe. Es käme nur darauf an, die zu allen Zeiten bestehende Eigenart unseres Geschickes zu bestimmen, um daraus die nötigen Folgerungen für Aufbau und Ausbau unserer Gemeinschaft zu ziehen.

Nun hat sich seit dem Ausgang des Krieges diese Aufgabe wesentlich kompliziert. Einmal ist das Schicksal des baltischen Menschen durch die Nord und Süd des alten Heimatgebietes trennende Staatsgrenze, wenigsten in vielen Einzelheiten, nicht mehr unbedingt einheitlich. Viele Schicksalsfragen unserer Zukunft liegen hüben und drüben anders. Es sei nur an die Frage nach dem geistigen Zentrum unseres Lebens erinnert, die für Estland und Lettland garnicht einheitlich gelöst werden kann. Noch schwerer wiegt selbstredend die Trennung des Baltentums in eine in der alten Heimat verbliebene und eine aus ihr durch den Zwang der Verhältnisse vertriebene Hälfte. Die letztere mit dem Schlagwort Emigranten zu bezeichnen wäre gegen ihre eigenen Wünsche und Absichten; sie faßt ihr der Heimat Fernsein durchaus als Schicksal, nicht als Sache freier Willkür auf. Gerade dadurch aber bestätigt sich die Beobachtung der Uneinheitlichkeit unseres heutigen baltischen Geschickes. Daher wird die Formel der Schicksalsgemeinschaft für die soziologische Betrachtung des gegenwärtigen Baltentums als ungenügend anzusehen sein und das Thema unserer Untersuchung berechtigt erscheinen. Was ist der Sinn des baltischen Gemeinschafts-

gedankens, wenn man bewußt von der Einheitlichkeit des geschichtlichen Erlebens unseres Stammes absieht?

Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß manche der gewohnten Gemeinschaftsformen unseres Lebens durch die Ungunst der Zeiten zerstört, oder doch wenigstens gelockert worden sind. Die Ritterschaften, wohl die festeste Form ständischen Gemeinschaftsgefühls, die unsere Vergangenheit kannte, sind aufgelöst, die Studentenkorporationen, nach einem Jahrhundert zähen Festhaltens an der Tradition, heute ins Stadium der Krisis getreten, vor das Problem gestellt, gesinnungsmäßige, wissenschaftliche und rein gesellschaftliche Bindeglieder mit einander in Einklang zu bringen. Im Auftreten der akademischen Freischar, der weiblichen Verbindungen u. a. m. liegen die Merkmale für die Auflockerung der durch mehr als ein Jahrhundert allein gültigen Gemeinschaftsform unserer akademischen Jugend. Der Burschenstaat mit seinen ins spätere Leben hineinreichenden Folgerungen hat seinen Absolutismus eingebüßt. Auch das für baltische Eigenart typische Literatentum mit seiner familienhaften Bindung besteht heute so nicht mehr wie einst. Die Verschiebung der wirtschaftlichen Verhältnisse hat den Abstieg so mancher traditionell durch Generationen der Geistesarbeit ergebenen Familie und anderseits den Aufstieg zahlreicher Glieder des Handwerker- und Kaufmannsstandes in die eigentliche Bildungsschicht unseres Volkstums mit sich gebracht. Von der geschlossenen Einheitlichkeit eines scharf umgrenzten Kreises von Familien, die auch heute noch gleichsam das Monopol der Geistesbildung besitzen, kann jedenfalls nicht mehr die Rede sein. Wenig gelockert im Vergleich zu den eben berührten Gemeinschaftsformen baltischen Lebens erscheinen trotz Krieg und sozialer Umwälzung die berufsständischen Gemeinschaften, die zunftmäßig vorhandenen Einheiten, wie die Gilden, die wissenschaftlichen Gesellschaften und die rein geselligen Vereinigungen (wie Sängerbünde u. a.); ja, es hat den Anschein, als ob hier überall im Vergleich zur Vorkriegszeit der Zusammenhalt ein strafferer, das gemeinsame Leben intensiver geworden ist. Offenbar hat trotz des Reifs, der über Nacht auf alle Gefilde baltischen Daseins gefallen ist, einiges an verbindenden Kräften überwintern und damit der Zeitkatastrophe Widerstand leisten können. Welches sind die geistigen Momente, die sich noch heute innerhalb der baltischen Gemeinschaftsformen als zeitüberlegen ansprechen lassen?

Behauptet haben sich, trotz der Religionsfeindschaft nicht nur seitens bolschewistischer Terrorherrschaft, sondern auch seitens der

ganzen neuzeitlichen areligiösen Geistesrichtung, die evangelischen Gemeinden unserer Heimat. Ist auch das „Jahrhundert der Kirche" für unser baltisches Empfinden noch weit im Felde, so ist doch der Gemeindegedanke inmitten der allgemeinen Atomisierung unseres Lebens — das kann man, glaube ich, ohne Übertreibung sagen, — wirksamer geworden, als vor dem Kriege. Wo aber wirkliche Gemeinde ist, nämlich christliche Gemeinde, da bedeutet sie keine Kulturgemeinschaft mit bloß religiösem Anstrich, sondern gründet sich auf ewige, zeitüberlegene Werte. Die Witterung dafür hat zugenommen innerhalb unserer Volksgemeinschaft. Die kirchliche Autonomie, die erkämpft worden ist, hat diesen Sinn: sie ist ein Zugeständnis an das freie Selbstbestimmungsrecht der christlichen Gemeinde, die dadurch als einer der ausschlaggebenden Faktoren unseres Volksganzen erscheint. Ohne die ewigen Bindungen ist eine solche Gemeinde aber lebensunfähig, vom Fundament gelöst, wurzellocker. Erweist sie sich als bleibende Größe auch im Umsturz und Wechsel der Zeiten, so ist damit gesagt, daß irgendwie die religiöse Wirklichkeit des Christentums unsere Volksgemeinschaft „im Innersten zusammenhält". Vielleicht, bei Licht besehen, in viel höherem Maße, als es meist zugestanden wird.

Nicht so unbedingt sicher für die Verwirklichung unseres Gemeinschaftsgedankens ist das Sittliche an sich, die Welt der durch jahrhundertelange Tradition anerkannten sittlichen Werte und Gebote des Daseins. Diese ist zahlreichen Einbrüchen aus sittlich minderwertigen Gedankenkreisen unterworfen gewesen und steht wohl noch weiterhin bedenklichen Änderungen der einstmals geschlossenen, unantastbaren Anschauungsweise offen. Was die baltische Ehemoral, die Geschäftsgebarung, die gesellschaftliche Sitte, der Begriff der Ehrenhaftigkeit in der Vergangenheit an Wandlungen und Erweichungen erfahren hat, gehört nicht zum Ehrenblatt in der jüngsten Geschichte unserer Volksgemeinschaft. Das allein als tragender Grund derselben aufgefaßt, ergäbe ein brüchiges Fundament. Dennoch sind sittliche Überzeugungen als Bindeglied unserer heutigen Gemeinschaft keineswegs gering zu schätzen. Mag im einzelnen vieles an ihnen bedenklich stimmen, ja bekämpft werden müssen, — eins wird sich nicht leugnen lassen: wir schätzen und achten auch heute eine Sittlichkeit, die ein Ganzes darstellt und wirkliche Überzeugungssache ist. Nichts einzelnes, unorganisch neben dem Ganzen der Persönlichkeit oder der Gemeinschaft stehend, möge es auch noch so großartig erscheinen, nichts Gemachtes, Angelerntes oder Erzwungenes entscheidet,

sondern stets nur das Wesensechte. Das bedeutet, daß unsere baltische Gemeinschaft als verbindlich im Doppelsinn des Wortes nur dasjenige anzusehen vermag, was wir Gesinnungsethik zu nennen pflegen. Darauf baut sich dann der eigentümliche gesellschaftliche Consensus auf, den kein Außenstehender vielleicht ganz richtig einzuschätzen vermag, der aber über die Tragbarkeit der Gesinnung seiner Angehörigen ein im Großen und Ganzen auch heute noch allgemeingültiges Urteil fällt. Im Vergleich zur alten Zeit mag hierin vieles erweicht, längst nicht so rigoros wie einst erscheinen, inmitten einer sittlich noch viel tiefer erschütterten Welt und Umgebung ist es immer noch ein wirkliches Bindeglied von weltanschaulichem Gewicht. Das verleiht ihm seine Bedeutung. Mögen immerhin die vielfachen praktischen Ausprägungsformen unseres Gemeinschaftsgedankens diese Gesinnungsethik nicht offiziell nach außen hin vertreten: „offiziös" vertreten sie sie.

Unter den treibenden Kräften dieser offiziös geltenden Normalgesinnung steht gewiß an erster Stelle die Empfänglichkeit für den Appell an die nationale Pflicht im Lande. Oder gilt es auch hier Einschränkungen machen, weil in letzter Zeit die Pflichtvergessenheit auf diesem Gebiet erschreckend überhand nimmt? Es ist gewiß kein allzu großer Kreis, der sich moralisch verpflichtet fühlt, seine Opferwilligkeit und Leistungsfähigkeit wirklich anzuspannen, um die lebenswichtigen Größen im eigenen Volkstum in Schule, Kirche, Fürsorge, abgesehen von den anderen Belangen, zu erhalten. Wer aber dabei beteiligt ist, spürt auch, daß der Einsatz der eigenen Kraft und die Steigerung opferfreudigen Willens im Dienst der guten Sache der stärkste Kitt sein kann, um die einzelnen Glieder am Organismus des Volksganzen zusammen zu halten.

Gemeinschaftbildend im äußeren Sinn wirken natürlich auch die ganz konkreten Aufgaben und Ziele eines gemeinsamen Arbeitsgebietes oder Interessenkreises. Daraus erklärt es sich, daß, wie gesagt, die berufsständischen Organisationen die Gefahr des Auseinanderfallens am besten überwunden haben, ja, vielleicht auch die Gemeinschaftsbildung auf Grund neuer Bedingungen und Gesellschaftskreise am geschicktesten vollzogen haben. Trotzdem sehen wir von diesen praktisch-konkreten Bindegliedern der Vergesellschaftung bewußt ab und fragen lediglich nach den geistigen Momenten unserer heutigen baltischen Gemeinschaft. Daß es sich hierbei vielfach um neue Fragestellungen handeln muß, wird niemand leugnen wollen. Wo kann damit begonnen werden?

Es wird sich zunächst empfehlen, diejenigen Motive hervorzuheben, die für die Zukunft baltischer Gemeinschaftsbildung von selber ausscheiden, weil sie irgendwie unserem tiefsten Wesen widersprechen. Dazu gehört vor allem das Moment parteipolitischer Verbrüderung. Der allgemeine Mangel an politischer Begabung des Deutschen überhaupt wirkt sich in unserem baltischen Winkel in der besonderen Weise aus, daß wir von einer ausgesprochenen Abneigung gegen alles, was aus der politischen Parteibildung folgt, beseelt sind. Wir sind ohne jeden Instinkt für die Wichtigkeit des politischen Parteibetriebes. Die verschiedenen auch bei uns bestehenden Parteien beruhen mehr auf weltanschaulichen und gesinnungsmäßigen, als auf parteiprogrammatischen Differenzen. Es gibt infolgedessen keine Leidenschaftlichkeit für den eigenen Parteiklüngel und erst recht keine egoistischen aus der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei folgenden Erwägungen. Im Grunde führt alles, was bei uns Partei heißt, ein Schattendasein.

Ähnlich verhält es sich mit Gemeinschaftsbindungen auf ökonomischer oder materieller Basis. Auch sie sind uns nicht artgemäß. Dem baltischen Menschen fehlt der Sinn für die moderne Idee der Vertrustung; die Bildung weitreichender Konzerne kommt schon deshalb in Fortfall, weil wir kein Großunternehmertum von Rang besitzen. Auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist der kolonisatorische Gedanke des persönlichen Sich-selbst-durchsetzen-Müssens das Erbe unserer Vergangenheit geblieben.

Ein weiteres Hindernis unserer Art liegt im eigentümlichen Mangel an Geschick, gesellschaftliche Überbrückungen vorhandener Gegensätze zu erzielen. Jeder Versuch, die Standesunterschiede im gesellschaftlichen Verkehr vergessen zu lassen, ist stets mehr oder weniger ergebnislos geblieben, ja hat gelegentlich, wie die geselligen Veranstaltungen der ehemaligen Deutschen Vereine zeigen, nicht des Tragikomischen entbehrt. Der Grund hierfür lag nicht im Standesdünkel der Höhergestellten, sondern in einem ganz merkwürdig anmutenden Ungeschick. Dieses mag sich von der Tatsache herleiten lassen, daß unser Baltentum in Geschichte und Gegenwart niemals ein Volks*ganzes* gebildet *hat*. Jedenfalls liegt es auch heute so, daß das allmähliche gegenseitige Sich-finden der einzelnen Stände unserer baltischen Gemeinschaft ein schwieriges Problem und nicht etwa eine Selbstverständlichkeit darstellt.

Auch die Möglichkeit, die Volksgemeinschaft auf der Basis eines gleichartigen Lebensstiles aufzubauen, ist nicht sehr aussichtsreich.

Auch hier wirkt der baltische Individualismus, schon innerhalb der einzelnen Stände, eher gemeinschaftshemmend.

Es bleibt also dabei, daß auch heute die rein gesinnungsmäßigen Bindungen das entscheidende Moment jeglicher baltischer Gemeinschaft darstellen. Nun ist freilich, je nachdem, ob der Neuaufbau einer solchen Gemeinschaft diesseits oder jenseits der Heimatgrenze erfolgen soll, eine Reihe bedeutsamer Unterschiede zu konstatieren. Das Baltentum außerhalb der Heimat, zum allergrößten Teile im Deutschen Reiche ansässig, sieht sich, völkisch betrachtet, jedem Druck von außen enthoben, stammesmäßig angesehen dagegen fühlt es sich mehr oder weniger isoliert. Das ergibt die Notwendigkeit, beim Versuch eines Zusammenschlusses die baltische Stammeszugehörigkeit vor allem zu betonen, sowie die bekannte Art und Unart des eigenen Wesens, mitunter sogar geflissentlich, hervorzuheben. Es folgt daraus oftmals ein beinahe krampfhaftes Festhalten am sog. baltischen Lebensstil, obwohl unter den veränderten äußeren Verhältnissen dafür oft weder Möglichkeit noch Berechtigung besteht. Gesinnungsmäßig sieht sich das Baltentum außerhalb der Heimat der Gefahr der Zersplitterung unter die großdeutsche Vielfältigkeit und Parteizerklüftung ausgesetzt. Es muß ihm also alles daran liegen, die Gefahr einer Zersetzung oder Makelhaftigkeit der Gesinnung zu bannen, Gesinnungstüchtigkeit um jeden Preis zu pflegen. Das muß über kurz oder lang führen zu einer normativen Fixierung echt baltischer Gesinnungsart in dem Sinne, daß jedes auch nur leiseste persönliche Abweichen von dieser Norm als Gesinnungsmakel erscheint. Es liegt auf der Hand, daß diese wuchtige Geschlossenheit einer allein berechtigten Normgesinnung am besten in der Form eines ordensmäßigen Zusammenschlusses gefördert werden kann, so daß nach 700-jähriger baltischer Geschichte wie damals an ihrem Beginn der Ordensgedanke als Gemeinschaftsform für die Gestaltung des Lebens und seiner Aufgaben auftaucht. Natürlich kann es sich dabei nicht um eine historische Reminiszenz romantischer Art, noch um eine der damaligen Idee analoge praktische Aktivität handeln. Im modernen baltischen Ordensgedanken kommt lediglich die gesinnungsmäßige Grundlage unserer Gemeinschaftsidee zu ihrem Ausdruck. Was so entstehn muß, ist aber fast schon Religionsgemeinschaft, nicht mehr nur Orden. Die religiöse Beschaffenheit der hierbei obwaltenden Gesinnungstreue erfordert zweckhaft eine fast diktatorische Überwachung der Reinheit innerhalb

der Gemeinschaft. Ist aber nicht das eigentlich religiös Ethische in der Grundlage dieses Gemeinschaftsgedankens unter dem Zwang der Verhältnisse unvermeidlich in Gefahr, ins völkisch Rassenhafte umgebogen zu werden?

In einer ganz anderen Lage befinden wir uns als Heimatgenossen auf dem Boden der alten Heimat. Völkisch schwerstem Druck und äußerer Anfeindung ausgesetzt, sehen wir das Problem unserer Existenz weniger in der Erhaltung und Wahrung unserer Stammeseigenart. Letztere fassen wir als etwas Selbstverständliches auf, das uns die Aufgabe stellt, unermüdlich um seine Reinerhaltung bemüht zu sein, falls erforderlich, auch unter Drangabe traditioneller baltischer Eigentümlichkeiten. Unsere eigentliche Kampfesaufgabe ergibt sich aus der heiligen Pflicht, unser Volkstum inmitten einer national gemischten und uns feindlichen Umgebung zu verteidigen.

Wir sind der Überzeugung, daß das nur gelingen kann unter der Voraussetzung einer wahrhaft religiösen Bindung, die als Grundlage unseres Gemeinschaftsgefühls nicht den Ordensgedanken, sondern etwas ins Auge faßt, was am besten als Gemeindebewußtsein bezeichnet werden kann. Überall wo ein primär *national* gesinnungstüchtiges Pathos sich auswirkt, handelt es sich immer noch um menschliche Werte und Gesichtspunkte. Wo, wie in der christlichen Gemeinde, die religiöse Bindung die Hauptsache ist, da erscheinen alle Momente des konkreten Lebens (Volkstum, Stammesart, Heimat) als göttliche Gegebenheiten. Erst dann ist eine wirklich religiöse Basis für den nationalen Zusammenschluß gegeben. Somit ist die Arbeit am lebendigen Gemeindebewußtsein, respektive die Schaffung eines solchen, die notwendige Voraussetzung für jede neue Gemeinschaftsbildung in unserer Heimat.

Auch was die Abwehrstellung gegen das von außen her Andringende, Artfremde unserer Gemeinschaft betrifft, befinden wir in der Heimat uns in einer wesentlich anderen Lage, als unsere draußen lebenden Heimatgenossen. Während diese sich lediglich gegen Art*ähnliches* abzugrenzen haben, um ihrer Eigenart gerecht zu bleiben, liegt uns vielfach ein Kampf auf Tod und Leben gegen Art*feindliches* ob. Daher kann der Charakter unserer baltischen Gemeinschaftsidee immer nur darin gesehen werden, daß sie, um mit Kant zu sprechen, „moralische Gesinnung im Kampfe" darstellt. Mit einer, wie immer, fertigen nationalen Normgesinnung können wir nicht viel anfangen. Es gilt vielmehr, das eigentlich sittlich Wertvolle sich

stets von neuem selbst abzuringen, auch um den Preis eines Opfers an so manchem, woran man mit einer instinktiven Zähigkeit festhalten möchte. Auch in diesem Stück berührt sich unsere nationale Gemeinschaftsaufgabe aufs engste mit der christlichen, ja sie ist überhaupt nur auf diesem Hintergrunde erkennbar und durchführbar. Das Christentum nämlich kennt keinen Idealmenschen, der nur sich selbst durchzusetzen braucht, um auch seiner Gemeinschaftsaufgabe gerecht zu werden, es weiß vielmehr etwas vom alten Menschen, der in täglicher Reue und Buße untergehen muß, um seine Erneuerung zu erleben.

Damit hängt auch zusammen, daß unsere Gemeinschaftsbetätigung ohne konkret vorliegende Aufgaben nicht denkbar erscheint. Eine rein ideelle Gemeinsamkeit, die nur in Programmatik und Organisation ohne konkretes Arbeitsgebiet besteht, ist nicht nur im wahren Sinn des Wortes gegenstandslos, sondern unterliegt der Gefahr, trotz idealster Absichten zum Luxus eines reinen Gesinnungskultus auszuarten.

Endlich wird die Bemühung um den Neubau einer auf gemeinsame Aufgaben gegründeten Volksgemeinschaft unter allen Umständen die Gefahr vermeiden müssen, die aus irgend einem Grund der idealen Norm nicht oder noch nicht entsprechenden Volksgenossen zurückzustoßen, oder sie einem absprechenden oder gar vernichtenden Werturteil auszusetzen. Zu allen Zeiten hat es innerhalb der Volksgemeinschaft Entgleiste gegeben, und das Problem liegt nicht in der Frage, wie ihnen der Garaus zu machen sei, sondern wie ihnen zurecht zu helfen sei. Auch dieses kann selbstverständlich nicht ohne das sittlich-nationale Zuchtmoment geschehen. Wir meinen jedoch, nur der Zuchtgedanke der christlichen Gemeinde, der den Schwachen emporzieht, statt ihn zurückzustoßen, kann in einer Zeit, da unser Volkstum nicht zu einer Gesinnungselite, sondern zu einer auf Grund ehrenwerter Gesinnung zusammengeschlossenen Arbeitsgemeinschaft erzogen werden soll, zum Ziele führen. Auch von hieraus betrachtet also ist im tiefsten Grunde das christliche Gemeindevorbild zugleich das eigentliche baltische Gemeinschaftsideal.

Als zur Zeit der Freiheitskriege die übermäßige Geistigkeit der deutschen Nation durch den Geist der Burschen- und Turnerschaften aus der furchtbaren Gefahr völliger äußerer Ohnmacht errettet wurde, da ist nicht gefragt worden nach irgend einer Exklusivität der Gesinnung. Die gemeinsame Not war da, die gemeinsame Aufgabe lag vor, und der Zusammenschluß schuf ein Volk in Waffen,

getragen von vaterländischer Gesinnung. Bei uns liegt es heute umgekehrt. Wir kommen aus einem Zeitalter überbetonter Leiblichkeit, ja wir stehen unter der Herrschaft einer „Kultur des Biceps". Nach dem Gesetz des Gegensatzes kann uns nur die reine Geistigkeit, die in ewigen Mächten verankert ist, erretten, nicht aber eine menschlich organisierte Gemeinschaft mit dem Anspruch allein gültiger, durch sie stipulierter Gesinnungsnormen. Darum ist die Neubildung unserer baltischen Volksgemeinschaft im Rahmen und auf der Grundlage der christlichen Kirche, und nicht neben ihr, oder in einer Ersatzbildung für sie zu versuchen. In ihr gilt es zum Ziele zu kommen.

Die Krisis der deutschen Landwirtschaft
in ihrer weltwirtschaftlichen Bedingtheit II[1])

Von Hans-Jürgen Seraphim

Für die übrigen Erzeugnisse der Landwirtschaft liegen die Dinge wesentlich anders. Auf dem Gebiet der Qualitätserzeugnisse, der Milchprodukte, des Obst- und Gemüsebaus, der Geflügelwirtschaft usw. hatte Europa noch im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts eine ziemlich unbestrittene Monopolstellung, die seitdem in zunehmendem Maße durch die Entwicklung der Kühltechnik und die Steigerung der Schiffahrtsgeschwindigkeit durchbrochen ist[2]). Das bedeutet, daß die europäischen Landwirtschaften nunmehr einer Konkurrenz auf diesen Produktionsgebieten ausgesetzt sind, die vor dem Kriege nur in schüchternen Ansätzen vorhanden war. Und diese Konkurrenz erhält eine besonders bedrohliche Note durch die Art der Produktion und des Absatzes in den Konkurrenzländern. Während in Deutschland jene Qualitätserzeugnisse in der Hauptsache Domäne der kleineren

[1]) Vgl. oben S. 153 (Heft 3, 1931).
[2]) Sering a. a. O. S. 47.

Betriebskategorien darstellen und entsprechend der bäuerlichen Mentalität in herkömmlichen Sorten und Qualitäten auf den Markt gebracht werden, erfolgt die Produktion in den überseeischen Gebieten in gleichartigen Spezialfarmen, die sich von vornherein auf die Markt-, insbesondere auch auf die Exportbedürfnisse einstellen und in der Lage sind, eine weitgehend standardisierte Ware von bestimmten, besonders nachgefragten Qualitäten dem Verbraucher zur Verfügung zu stellen. Die Wurzeln dieser Entwicklung reichen bis in die Kriegszeit, die überhaupt tiefgehende Umwälzungen in den landwirtschaftlichen Angebots- und Nachfrageverhältnissen gezeitigt hat. Die Hemmungen, denen damals die europäische Produktion unterlag, führten bei den am Krieg nicht beteiligten Volkswirtschaften auf Grund der steigenden Nachfrage und der lebhaft anziehenden Preise zu der angedeuteten Erhöhung der Erzeugung, und zwar auch bei den klimatisch begünstigten Neutralen Europas, den Niederlanden und Dänemark. Zugleich mit der Ausweitung und Vereinheitlichung der Produktion entwickelte sich eine sehr weitgehende Rationalisierung des Absatzes, auf Grund welcher sich eine gleichmäßige, nach bestimmten Typen gegliederte marktgängige Ware herausbildete. Verpackung und Sortierung wurden der Geschmacksentwicklung des Publikums angepaßt, ein Vorgehen, das ebenso wie die bewußte Richtunggebung der Erzeugung einen großzügigen Organisationsapparat notwendig machte, und zwar desto mehr, je stärker der Absatz auf eine planmäßige Gewinnung und Beherrschung von Auslandsmärkten abgestellt war. — In Deutschland fanden diese Verschiebungen auch nach dem Kriege zunächst keine Beachtung. Die Inflationszeit, die jene neuentstandene Konkurrenz einstweilen noch nicht in Erscheinung treten ließ, bewies sich auch in dieser Richtung als Verschleierung drohender Gefahren. Erst nach der Währungsstabilisierung und mit der gleichzeitig einsetzenden Steigerung der Kaufkraft, die die Eingliederung der deutschen Wirtschaft in den zwischenstaatlichen Preisbildungsprozeß begünstigte und ermöglichte, konnte die Auslandskonkurrenz effektiv werden, und es zeigte sich seitdem, wie wenig die Erzeugung und der Absatz der deutschen Qualitätserzeugnisse den geschilderten Entwicklungstendenzen gefolgt war. Die auf diesem Gebiet sichtbar gewordene Konkurrenz ist also nicht nur auf eine mengenmäßige Überschwemmung des heimischen Marktes zurückzuführen, sondern ist darüber hinaus im wahren Wortsinn Qualitätskonkurrenz.

Als typisches Beispiel sei in nachfolgendem kurz die Konstellation

bei den Milcherzeugnissen angeführt[1]), deren ungünstige Preisbildung in Deutschland auf die Gestaltung des Weltmarktes zurückzuführen ist. Den Milchpreis für 1913 gleich 100 gesetzt, verlief die Entwicklung in den letzten Jahren wie folgt: 1925 — 143; 1926 — 126; 1927 — 128; 1928 — 130; 1929 — 125; April 1930 — 90. Analog betrug der Butterindex: 1925 — 147; 1926 — 134; 1927 — 137; 1928 — 142; 1929 — 146; 8. Mai 1930 — 99. „Von der Gesamterzeugung an heimischer Milch werden, nach neuerlichen Erhebungen, 10 v. H. zu Aufzuchtzwecken, 32 v. H. zum Frischmilchverzehr und 58 v. H. zur gewerblichen Verarbeitung verwendet. Es wird somit in Deutschland wesentlich mehr Milch erzeugt, als zur Deckung des Trinkmilchbedarfs notwendig ist, und somit ist diese der Verarbeitung unterliegende Mehrmenge wesentlich für den Preis. Der Preiszusammenbruch innerhalb der Milchwirtschaft ist daher auf die Preisgestaltung der Molkereiprodukte zurückzuführen, die ihrerseits wiederum wesentlich auch von den Verhältnissen auf dem Weltmarkt beeinflußt sind“[2]). In der Tat bedeutet die Einfuhr von 5 Milliarden Liter in Form von Molkereiprodukten bei einer Gesamtmilcherzeugung innerhalb Deutschlands von 22 Milliarden Liter eine nicht unbedeutende Quote der heimischen Produktion. Für die Weltpreisgestaltung ist nun dieselbe Ursachenkonstellation charakteristisch, die uns bereits begegnet ist: starke Steigerung der Umsätze (betrug doch 1928 der Welthandel mit Butter etwa 150 v. H., mit Käse rund 140 v. H. und mit Dauermilch 260 v. H. der Durchschnittsumsätze von 1909—1913[3]), bei gleichzeitiger Einbeziehung neuer Produktionsländer und Einbürgerung einheitlicher Massenqualität mit Hilfe einer straff organisierten Qualitätskontrolle. Für die Ausfuhrpolitik der Exportländer ist es dabei bezeichnend, daß nur erste Qualitäten auf den Auslandsmarkt gebracht, während zweite und dritte Qualitäten dem heimischen Verbrauch zugeführt werden. In Deutschland dagegen müssen alle Qualitäten der eigenen Produktion Absatz finden[4]). Hierdurch ist das Qualitätskonkurrenzproblem in reinster Form gegeben.

Die ungünstige Entwicklung der Preisgestaltung wird in ihren Auswirkungen wesentlich verschärft dadurch, daß über die nominelle

---

[1]) Die Lage der Deutschen Milchwirtschaft. Denkschrift, herausgegeben vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Berlin 1930.

[2]) Ebenda S. 6.

[3]) Ebenda S. 7.

[4]) Ebenda S. 9 und 11.

Entwicklung hinaus auch und vor allem die reale Kaufkraft der Agrarprodukte gesunken ist. Es wird dies besonders deutlich, wenn man einen Vergleich zwischen der Gestaltung der Agrar- und Industriepreise durchführt und zwar derart, daß sie beide auf den Vorkriegsstand bezogen werden. Man erkennt dann, daß der Index für Getreide und Kartoffeln im September 1923 51,3, für Kohle und Eisen beispielsweise dagegen 170,4 betragen hat. 1925 landwirtschaftliche Erzeugnisse 133, industrielle Fertigwaren 157; Juni 1930 105 bzw. 151. Damit ist gesagt, daß die Kaufkraft landwirtschaftlicher Produkte außerordentlich niedrig war. Zwar hat sich seit 1924 die Lage etwas gebessert, doch ist sie immer noch für die Landwirtschaft ungünstig. 1924—1928 betrug der Index für landwirtschaftliche Produkte rund 130,6, der Index für landwirtschaftliche Produktionsmittel allerdings nur rund 124,6, was auf die sehr niedrigen Kunstdüngemittelpreise zurückzuführen ist, der Index der industriellen Verbrauchsgüter aber über 169.

Es ist jedoch hervorzuheben, daß der den Berechnungen zugrunde liegende Großhandelsindex keinen zutreffenden Maßstab für die Preise darstellt, die der einzelne landwirtschaftliche Erzeuger tatsächlich erhält, da die Preise frei-Hof viel niedriger sind als die Großhandelspreise. Es besteht somit eine beträchtliche Beeinträchtigung zu Ungunsten der Landwirtschaft durch die übermäßig große Zwischenhandelsspanne. Diese im Verhältnis zu den industriellen Produktions- und Konsumtionsmitteln ungünstige Preisgestaltung landwirtschaftlicher Produkte führt nun in Verbindung mit den bis vor kurzem gesunkenen Roherträgen zu einer Verringerung der Roheinnahmen der Landwirtschaft. Wären die Einnahmen der deutschen Landwirtschaft im gleichen Verhältnis wie die sachlichen Aufwendungen im Preise gestiegen, so würde sich ein um 870 Millionen RM. höherer Überschuß ergeben. Wären umgekehrt die Preise für die sachlichen Aufwendungen nur im gleichen Verhältnis wie die Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse erhöht worden, so würde der Überschuß für das gegenwärtige Reichsgebiet um 220 Mill. Mk. anwachsen[1]).

Die Ausbildung der Preisschere wirft die Frage auf, durch welche Ursachen die Diskrepanz bedingt ist. Für den nachfolgenden Abschnitt, in dem die Möglichkeiten der Beseitigung oder Milderung der deutschen Agrarkrisis aufgezeigt werden sollen, ist es notwendig, hierüber völlige Klarheit zu gewinnen. Von der Voraus-

[1]) v. Dietze, Die Lage der deutschen Landwirtschaft, a. a. O. S. 667.

setzung ausgehend, daß der Preis nicht nur ein Ergebnis mengenmäßiger Verschiebungen, sondern darüber hinaus ein Ergebnis der allgemeinen wirtschaftlichen Konstellation, des „Gliederbaues der Volkswirtschaft" und in diesem Sinne Ausdrucksform, Index ist[1]), muß dem Scherenproblem über seine tatsächliche Bedeutung für die Rentabilitätsgestaltung der Landwirtschaft hinaus symptomatische Bedeutung für die Position der Landwirtschaft im Rahmen des ganzen Gefüges der deutschen Volkswirtschaft zugesprochen werden. Betrachtet man den Gliederbau der deutschen Volkswirtschaft, so ist in der Tat festzustellen, daß die Landwirtschaft grundsätzlich anders in den Marktorganismus eingegliedert ist als die Industrie, ihr großer Produktionsmittellieferant. Während die ihrem Wesen stets „individualistische" Landwirtschaft sich wie im ganzen 19. Jahrhundert in einem Zustand der Atomisierung befindet, hat die Industrie sich in den letzten Jahrzehnten zusammengeschlossen und ist gegenwärtig weitgehend auf korporativer Grundlage in Form von Kartellen, Konzernen usw. organisiert. Der deutsche Landwirt dagegen wirtschaftet immer noch „vereinzelt". Von einer straffen Organisation der Produktion und des Absatzes kann trotz der langjährigen genossenschaftlichen Tradition keine Rede sein. Die Folge dieses verschieden hohen Organisationsgrades ist in der Marktwirtschaft eine durchaus ungleiche Machtposition. Da nun die Preisbildung nicht ein Ergebnis eines mechanisch gedachten Zusammentreffens von Größen ist, vielmehr es Menschen sind, die da anbieten und nachfragen, so ist die Bedeutung der „ökonomischen Macht" für den Preisbildungsprozeß nicht in Abrede zu stellen. Ökonomische Macht aber ist gegeben entweder durch Besitz oder Organisation. Beide der genannten Machtpfeiler sind bei der kapitalarmen, zersplitterten und atomisierten Landwirtschaft im Verhältnis zur städtisch-industriellen Sphäre schwach. Die Unterlegenheit im Preisbildungskampf ist aus alledem leicht erklärlich.

Aus eben diesen Gedankengängen folgt aber noch ein Zweites. Die Landwirtschaft vermag nicht nur nicht die industrielle Preisbildung, soweit diese für sie in Frage kommt, zu ihren Gunsten zu beeinflussen, sie ist darüber hinaus auch nicht imstande, innerhalb Deutschlands eine entscheidende Einwirkung auf die Preisbildung ihrer eigenen Erzeugnisse auszuüben. Auch dort, wo von einer

[1]) Vgl. O. Spann, Tote und lebendige Wissenschaft. 3. Aufl. Jena 1929, S. 41 ff.

relativen Übererzeugung nicht gesprochen werden kann, ist sie in weitestgehende Abhängigkeit von konkurrierenden Erzeugergruppen geraten. Die oben angedeutete unorganische, d. h. in diesem Zusammenhang unorganisierte Eingliederung in die Gesamtvolkswirtschaft macht es ihr unmöglich, die Kostensteigerungen auf den Zwischenhandel und damit auf die breiten Massen der Konsumenten abzuwälzen, woraus auch der bis vor kurzem gegenüber den Weltmarktpreisen niedrigere deutsche Preisstand zu erklären ist. Für den Vorgang der Steuerüberwälzung sind in den letzten Jahren bedeutsame Erkenntnisse gewonnen worden[1]). Sie stellt jedoch nur einen Spezialfall des allgemeinen Begriffs Wirtschaftsüberwälzung dar. „Jeder Unternehmer, der eine Steigerung seiner Produktionskosten durch Erhöhung der Warenpreise paralysiert, der bei steigenden Zinsen und Löhnen die Preise der von ihm bezogenen Rohstoffe drückt oder bei Preissteigerungen der Rohstoffe die Arbeitslöhne herabsetzt — überwälzt auf verkehrswirtschaftlichem Wege ganz oder teilweise eine Last, die ihn sonst selber getroffen hätte." In diesem Sinne ist eine Erhöhung des Warenpreises auf dem Markt zwecks Wiedereinbringung erhöhter Kosten auch als Überwälzungsakt aufzufassen — ein Tatbestand, der für die Landwirtschaft in ihrer gegenwärtigen Lage akut wird. Auch die Wirtschaftsüberwälzung ist, da nur ein Äußerungsgebiet des Preisbildungskampfes auf dem Markt, von denselben Faktoren abhängig wie diese, von der durch Besitz und Organisation gegebenen ökonomischen Macht.

Wenn ich das Gesagte zusammenfasse, ergibt sich das Bild: die Kostenkomponente ist stark erhöht, die Ertragskomponente stark erniedrigt. Beides zusammen ergibt die permanente Unrentabilität, mit der die deutsche Landwirtschaft seit Jahren zu kämpfen hat. Sie findet sprechenden Ausdruck in der Einkommensteuerstatistik[2]). „Ein Vergleich der Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft mit den Gesamteinkommen der Volkswirtschaft zeigt ein beträchtliches Zurückbleiben des erstgenannten Wirtschaftszweiges, senkte

[1]) Vgl. F. K. Mann, Überwälzung der Steuer. Hdw. d. Stw. 4. Aufl. VIII. Bd., ferner: Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik, abgedruckt in den Schriften des Vereins, 172. Bd. München und Leipzig 1926, S. 274 ff.

[2]) Enquête des Statistischen Reichsamtes „Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft in den Jahren 192› bis 1927" und „Die Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft nach der Einkommensteuerveranlagung für 1926 unter besonderer Berücksichtigung der Auszählung nach Besitzgrößenklassen". In „Die Besteuerung der Landwirtschaft", Berlin 1930, a. a. O.

sich doch das insgesamt veranlagte Einkommen 1926 auf 99,0 v. H. des Jahres 1925, das landwirtschaftliche Einkommen dagegen auf 94,5 v. H. Die Steigerungssätze für 1927 beliefen sich dementsprechend auf 113,6 % bzw. 104,1 % von 1925" [1]). Die Enquête des Statistischen Reichsamtes bringt ferner eingehende regionale Nachweisungen über die landwirtschaftlichen Verlustbeträge im Jahre 1926, die z. B. für die Betriebe über 100 ha klarlegen, daß die Verluste in 13 Ländern und Provinzen zurzeit sogar mehrere hundert Prozent überschreiten. „Besonders treten die Großstädte, sowie vor allem die nord- und ostdeutschen Gebiete hervor" [2]). Dementsprechend sind auch die je Hektar der Steuerbelasteten errechneten Einkünfte im Osten durchweg bedeutend geringer als im Westen. Im Durchschnitt aller Betriebsgrößen betrugen 1926 in Reichsmark die Hektareinkünfte in Mecklenburg-Strelitz 45, in Ostpreußen 46, in Mecklenburg-Schwerin 54, in Oberschlesien 57, in der Grenzmark Posen-Westpreußen 61, in Pommern 62, in Brandenburg 64, in Niederschlesien 81, bei einem Reichsdurchschnitt von 96. Wenngleich die Höhe der Hektareinkünfte auch durch den Umfang des landwirtschaftlich nicht genutzten Landes, z. B. der Forsten mitbestimmt wird, so zeigt doch die einheitliche Tendenz für die Ostgebiete, daß hier noch andere Gründe von Bedeutung sein müssen [3]). — In derselben Richtung wie die Einkommensbildung ist auch die Vermögensbildung vor sich gegangen [4]). Während in Deutschland z. B. das Kapitalvermögen von 1924 gleich 100 gesetzt, 1925 — 152,65 und 1927 — 260,67 ausmachte, sank das „landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Vermögen" — 1924 wieder gleich 100 genommen — 1925 auf 81,77 und 1927 auf 77,36, d. h. um 18,23 %.

Die bisherigen Ausführungen haben nicht nur die außerordentlich schwere Lage der ganzen deutschen Landwirtschaft sichtbar werden lassen und die Ursachen hierfür klargestellt, sondern darüber hinaus immer wieder die besonders ungünstige Stellung des Ostens hervorgehoben. Bei allen Einzelsymptomen der Krisis konnten wir für die ostdeutsche Landwirtschaft verstärkte Depressionserscheinungen feststellen. Es erscheint demnach notwendig, bei dieser Seite des Problems noch kurz zu verweilen. Man ist geneigt, die

[1]) Daselbst S. 28.

[2]) Daselbst S. 42/43.

[3]) Daselbst S. 43 f.

[4]) Das landwirtschaftliche, forstwirtschaftliche und gärtnerische Vermögen nach den Vermögenssteuerveranlagungen von 1924, 1925 und 1927. Ebenda S. 20, ff.

Hauptursachen der spezifisch ostdeutschen Landwirtschaftsnot in zwiefacher Richtung zu sehen: einmal in dem Vorherrschen des Großgrundbesitzes, zum anderen in dem Überwiegen der Getreide- und Kartoffelproduktion auf den dort vorherrschenden leichteren Böden. Dem zweitgenannten Argument ist — darüber kann kein Zweifel bestehen — eine weitgehende Berechtigung nicht abzusprechen. Gerade die Getreide- und Kartoffelpreise haben ganz besonders stark rückläufige Tendenzen in den letzten Jahren aufzuweisen gehabt, und infolgedessen mußte hier die Rentabilität dieser Betriebe erhöht gefährdet sein. Auch das Vorherrschen der Großbetriebsformen ist von gewissem Einfluß gewesen, sind doch gerade die Nicht-Familienbetriebe, die teilweise oder ganz auf fremde Lohnarbeiter angewiesen sind, neben dem Lohnkonto mit einem sehr schwer ins Gewicht fallenden Sozialkonto belastet. Freilich entspricht es nicht objektiver wissenschaftlicher Forschung, wenn darüber hinaus dem Großgrundbesitz für die Gegenwart eine Art Absterbetendenz infolge Lebensunfähigkeit nachgesagt wird[1]). Es muß einmal ausgesprochen werden, daß die besonders schwierige Situation, in welcher sich gegenwärtig der Großgrundbesitz befindet, zu einem nicht geringen Teil aus der nachkriegszeitlichen deutschen Agrarpolitik resultiert, die auf eine bewußte Stärkung bäuerlicher Familienbetriebe hinausläuft und gleichzeitig auf eine Benachteiligung der großen Betriebseinheiten. Die Hypertrophie der Sozialpolitik einerseits und die von dem angedeuteten Streben diktierte Steuerpolitik andererseits haben sich gerade für den Großgrundbesitz als ungemein nachteilig herausgestellt. Es soll die Berechtigung einer solchen Agrarpolitik in diesem Zusammenhang nicht erörtert werden, auch nicht, ob das notwendige Ziel der Förderung des Bauerntums nicht mit anderen, direkten Maßnahmen besser durchzusetzen ist, wohl aber ist es möglich, beweiskräftig darzutun, daß die skizzierte Agrarpolitik sich für die ostdeutsche Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit nachteilig ausgewirkt hat, und daß es nicht angängig ist, von sozusagen natürlichen Absterbetendenzen zu sprechen, wenn das bewußt gewollte Ziel seiner Verwirklichung näher rückt.

Immerhin scheint mir neben den beiden genannten Momenten, die die gesamtdeutsche Agrarkrisis für Ostdeutschland verschärft haben, ein Drittes in der bisherigen Diskussion vernachlässigt zu sein, das aus diesem Grunde einer näheren Analyse unterzogen sei, die Einwirkungen der Gebietsabtretungen auf Grund des Ver-

[1]) Vgl. Aereboe, Agrarpolitik, S.

failler Vertrages. Im Osten Deutschlands haben die neuen Grenzziehungen das einheitliche Wirtschaftsgebiet willkürlich durchschnitten[1]). Durch die Entstehung des polnischen Korridors und durch die sonstigen Landverluste sind Ostpreußen zu einer Insel, Schlesien und Pommern zu Halbinseln geworden, die nur durch eine Seite mit dem übrigen Wirtschaftskörper verbunden sind. Die Folgen der Zerreißung des ehemals einheitlichen Wirtschaftsgebiets sind deutlich aus der Eisenbahngüterstatistik zu ersehen, welche den Grad der wirtschaftlichen Verflochtenheit der Landesteile miteinander anzeigt. Auf Grund jener Statistik ergibt sich, daß erhebliche Störungen im Güterverkehr aufgetreten sind, da die Restgebiete wichtige Bezugs- und Absatzmärkte verloren haben, für die ein Ersatz garnicht oder nur sehr schwer zu finden war. Während z. B. der Güterversand Ostpreußens nach Posen und Westpreußen 1913 über 35 % des Gesamtversandes aus Ostpreußen ausmachte, belief er sich 1924 nur auf 6 %. Ganz ähnlich liegen für gewisse Güter die Verhältnisse für Niederschlesien inbezug auf Westpreußen und Posen. Danzig ist ferner als notwendiger Absatzmarkt für die hinterpommersche Landwirtschaft verlorengegangen. Die Einbuße des Gesamtumsatzes des Handelskammerbezirks Frankfurt a. O. wird auf etwa 50 % beziffert.

Die wirtschaftliche Lebensfähigkeit der bei Deutschland verbliebenen Ostgebiete hängt davon ab, wieweit es gelingt, einen Ersatz zu schaffen. Dies ist nur sehr bedingt gelungen, und zwar weil durchweg die Marktentfernung der bei Deutschland verbliebenen Gebiete sehr erheblich vergrößert worden ist. Ein geradezu klassisches Beispiel ist Ostpreußen. Der Transportweg ist nicht nur um die Korridorbreite verlängert, sondern, da erst Berlin als nächster großer Absatzmarkt in Frage kommt, weit darüber hinaus. Während 1913 von Ostpreußen aus die durchschnittliche Transportentfernung rd. 120 km betrug, ist sie jetzt verdoppelt. Die ostpreußische Landwirtschaft, welche die Transportkosten zu tragen hat, verkauft dementsprechend 10 bis 12 % billiger als marktnahe Gebiete. Ähnliches gilt für Ostpommern. Schlägt man einen Radius von 200 km um Breslau, so liegen alle größeren innerdeutschen Absatzgebiete außerhalb.

Eben dasselbe Entfernungsmoment stellt die Ostprovinzen auch im Bezuge von Produktionsmitteln aus West- und Mitteldeutschland

[1]) Enquête-Ausschuß. Die Einwirkungen der Gebietsabtretungen auf die deutsche Wirtschaft. Berlin 1930. Ferner: A. Hesse, Die Wirkungen des Friedens von Versailles auf die Wirtschaft des deutschen Ostens. Jena 1930.

ungünstig. So produziert beispielsweise Ostpreußen nach der Isolierung um 10—12 % teurer. Ähnliches gilt wiederum für Ostpommern und in abgeschwächtem Maße für Schlesien.

Als Ergebnis sei zusammenfassend festgestellt: für die Ostprovinzen sind die wichtigsten Absatz- und Bezugsgebiete verlorengegangen; die Marktlage ist infolgedessen ungünstiger geworden und dementsprechend die Kostenbelastung erhöht. Das bedeutet: die Produktionsfähigkeit — die sowieso schon geringer war als die des Westens und Mitteldeutschlands — hat sich weiterhin vermindert. Das wirkt sich naturgemäß am stärksten bei denjenigen Wirtschaftszweigen aus, deren Konjunktur an sich bereits in absteigender Entwicklung begriffen ist. So bedeutet die Gebietsamputation einen der wichtigsten zusätzlichen Faktoren der ostdeutschen Agrarkrise, insbesondere für diejenigen Betriebsgrößen, die den Fernmarkt zu beliefern pflegen. Für Qualitätsprodukte der Vieh- und Geflügelzucht, sowie des Gartenbaues kommen hierfür in hohem Maße bäuerliche Betriebe in Frage. Doch wirkt sich bei diesen Erzeugnissen die vergrößerte Marktentfernung, wenngleich nachteilig, so doch nicht in dem Umfang aus wie beim Getreide und der Kartoffel, für die der Großbetrieb der Hauptfernmarktbelieferer ist, während der Klein- und Mittelbetrieb erfahrungsgemäß im Regelfall die Nahmärkte beschicken. Die Überbelastung mit Transportkosten fällt nach allem Ausgeführten für den ostdeutschen Großbetrieb zumindest ebenso ins Gewicht wie die steuerliche und insbesondere soziale Zusatzbelastung.

Die Gebietsabtretungen im deutschen Osten wirken nicht nur als zusätzliche Krisenfaktoren in dem eben angedeuteten regional begrenzten Sinne. Sie haben darüber hinaus für die Preisgestaltung landwirtschaftlicher Erzeugnisse in Deutschland schlechthin entscheidende Bedeutung, worauf insbesondere F. Beckmann[1]) hingewiesen hat. Durch die Verringerung der heimischen Produktionskapazität bei gleichzeitig relativ erhöhter Bevölkerungsziffer nimmt der Getreideimport jetzt eine grundsätzlich andere Stellung in der Volkswirtschaft ein, als vor dem Kriege. Während insbesondere Weizen damals nur eine willkommene Ergänzung zur Verbesserung der eigenen Provenienzen darstellte, auf die notfalls Verzicht geleistet werden konnte, handelt es sich nunmehr um Einfuhren, die unter allen Umständen benötigt werden und aus diesem Grunde zu einer Schwächung der weltwirtschaftlichen Position der deutschen Landwirtschaft geführt haben.

(Schluß folgt)

[1]) Beckmann a. a. O. S. 46 ff.

Politische Übersichten

Estland

Die Bildung einer neuen Regierung gelang nach dem Rücktritt des Kabinetts Strandman rascher, als nach der Lage der Dinge eigentlich erwartet werden konnte. Es war aber gewiß auch ein äußerst glücklicher Griff des Vorsitzenden der Staatsversammlung, daß er den Abgeordneten Konstantin Päts mit der Regierungsbildung beauftragte. Genießt doch K. Päts im ganzen Lande ein ungewöhnliches Vertrauen; seine Verdienste, die er sich in der schweren Zeit der Staatswerdung Estlands um das Land und das estnische Volk erworben hat, sind heute noch unvergessen. Diesem Vertrauen, das K. Päts auch von seinen politischen Gegnern entgegengebracht wird, ist es wohl zu danken, daß die Regierungsbildung in verhältnismäßig kurzer Zeit gelang. Ursprünglich wurde von den meisten Parteien eine möglichst breite Koalition befürwortet, im Endresultat der Verhandlungen ergab sich aber eine Regierung, die sich auf die beiden großen Flügelparteien — die Landwirte und die Sozialisten — stützt, während die Mittelparteien nur zum Teil (Volkspartei und Wirtschaftsgruppe) an der Regierung beteiligt sind. Die Ansiedler und die Arbeitspartei sind draußen geblieben, diese, weil die Sozialisten sich kategorisch weigerten, an einer Regierung teilzunehmen, in der auch die Arbeitspartei vertreten wäre. Was den Ausschluß der Ansiedler aus der Koalition betrifft, so meint das „Päevaleht", daß der Grund hierzu in der schrankenlosen „Beutegier" der Ansiedler zu suchen sei, die immer nur neue Forderungen aufgestellt und Staat und Volk bereits Milliarden gekostet haben. In letzter Zeit hätten sie übrigens nicht mehr gefordert, sondern einfach „erpreßt", was ihnen dadurch möglich gewesen sei, daß sie in der bisherigen Regierungskoalition das Zünglein an der Wage bildeten. Jetzt, wo die großen Parteien der Landwirte und der Sozialisten trotz ihrer weltanschaulichen Gegensätze sich in einer Regierung zusammengefunden haben, hätte man die Ansiedler endlich nicht mehr nötig und sei daher in der Lage, ihnen zu sagen, was man von ihnen halte. Diese Ausführungen des „Päevaleht" enthalten sicher viel Wahres. Die Ansiedler sind im Laufe der Jahre fraglos zu einer schweren finanziellen Last für Staat und Volk geworden, da sie wirtschaftlich fortlaufend von staatlichen Zuwendungen abhängig gewesen sind und auch heute noch nicht auf eigenen Füßen stehen können. Die Ansiedler sind aber wohl nicht allein an dieser Sachlage schuld, denn schließlich sind sie doch ein Produkt der glorreichen Agrarrevolution, für welche alle übrigen Parteien mitverantwortlich sind. Den Geist der Habgier, den man ohne Überlegung im Taumel nationalistischer Verhetzung durch die alle rechtlichen und wirtschaftlichen Schranken mißachtende Enteignung und Aufteilung der Güter entfesselt hat, wird man nun nicht mehr los, zu lange hat ein großer Teil des Volkes ohne eigenes Verdienst mühelos auf Kosten der entrechteten Gutsbesitzer gelebt. Der dadurch und durch die im ersten Rausche der staatlichen Selbständigkeit vom Staate allzu leicht nach allen Richtungen gewährten Unterstützungen hervorgerufene Geist der Unselbständigkeit, Verantwortungslosigkeit und des schrankenlosen Eigennutzes er-

greift immer weitere Kreise und ist jetzt bereits zu einer sehr ernsten Gefahr für Staat und Volk geworden. Immerhin ist es erfreulich, daß man endlich auch in estnischen Kreisen auf diese Gefahr aufmerksam wird. Vielleicht wird es dann gelingen, wirksame Abwehrmaßnahmen zu treffen, ehe es zu spät ist. Leicht wird der Kampf gegen dieses Übel aber jedenfalls nicht sein. Und was speziell die Ansiedler betrifft, die sich im Laufe der Jahre an die Versorgung durch den Staat gewöhnt haben, so werden diese ihre bevorzugte Stellung sicherlich nicht ohne verzweifelte Gegenwehr aufgeben. Wie vorauszusehen, haben sie auch bereits der neuen Regierung die allerschärfste Opposition angesagt. Dabei wird die Partei der Landwirte, die eben in der Regierung sitzt, selbst auf eine gewisse Rücksichtnahme den Ansiedlern gegenüber aus parteitaktischen Gründen bedacht sein müssen, da sie ja gerade in den Kreisen der Ansiedler für sich Propaganda zu machen bemüht ist, in der Hoffnung, daß die Ansiedler im Laufe der Zeit sich mit den Altwirten zu einer gemeinsamen agraren Partei vereinigen werden. Fürs erste ist man allerdings von diesem Ziele noch sehr weit entfernt.

Wie weit dauerhaft die neue Regierung sein wird, ist schwer vorauszusagen. Fraglos ist die Koalition zwischen den Landwirten und den Sozialisten durch die tiefen weltanschaulichen Gegensätze zwischen den beiden Parteien stark vorbelastet. Dazu kommt, daß in den Reihen der sozialistischen Partei selbst starke Strömungen vorhanden sind, die gegen eine Beteiligung ihrer Partei an der Regierung waren und wohl auch noch sind, weil die Regierungsbeteiligung der Sozialisten den Kommunisten ihre Agitation gegen die Sozialisten fraglos erleichtern wird. Und eine derartige Agitation wird unterirdisch betrieben, wenn auch die kommunistische Partei und jegliche kommunistische Agitation bekanntlich in Estland verboten und unter Strafe gestellt sind.

Wenn sich nun aber die Landwirte und die Sozialisten trotz aller entgegenstehenden Bedenken entschlossen haben, eine gemeinsame Regierung zu bilden, so darf wohl gehofft werden, daß sie diesen Schritt aus wirklichem Verantwortungsgefühl für Staat und Volk getan haben, wozu der außerordentliche Ernst der Lage allen Anlaß bot. Ist dem aber so, so kann vielleicht auch gehofft werden, daß eben dieses Verantwortungsgefühl die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien auch weiterhin leiten und ein baldiges Auseinanderfallen der Regierungskoalition verhindern wird. Eine nicht zu unterschätzende Bürgschaft in dieser Richtung bedeutet jedenfalls auch die Person des jetzigen Staatsältesten.

Die Regierung Päts hat das Vertrauen der Staatsversammlung mit 54 Stimmen der Koalitionsparteien gegen 17 Stimmen der Ansiedler und der Arbeitspartei erhalten. Der Rest der Abgeordneten hat sich neutral verhalten. Über das Arbeitsprogramm der neuen Regierung läßt sich fürs erste wenig sagen. Durch die schwere Wirtschaftskrise, die wir zurzeit durchleben, ist äußerste Sparsamkeit mit absolut zwingender Notwendigkeit vorgeschrieben. In dieser Beziehung wird die neue Regierung die Politik des Kabinetts Strandman unbedingt fortführen müssen.

Die neue Regierung mußte ihre Tätigkeit gleich mit einer äußerst undankbaren Aufgabe beginnen: der Aufstellung des staatlichen Haushaltplanes für das Finanzjahr 1931/32. Bekanntlich war der fertige Budgetentwurf von der Regierung Strandman bereits ins Parlament eingebracht worden. Es

fragte sich nun, ob die neue Regierung diesen Entwurf beibehalten oder einen neuen ausarbeiten wollte. Wegen der kurzen Zeitspanne, die nur noch zur Verfügung stand (laut Gesetz muß das Budget bis zum 1. April eines jeden Jahres von der Staatsversammlung angenommen sein), entschloß sich die Regierung Päts, den vom Kabinett Strandman ausgearbeiteten Budgetentwurf im großen und ganzen beizubehalten und ihn nur mit einigen — wenn auch zum Teil wichtigen — Änderungen und Zusätzen zu versehen. Der Haushaltplan ist inzwischen in der von der Regierung Päts eingebrachten Fassung von der Staatsversammlung mit einigen Änderungen angenommen worden, und damit hat die Regierung die erste Feuerprobe, die allerdings verhältnismäßig milde ausfiel, bestanden.

Die Frage einer Verfassungsreform, die längere Zeit wegen der Regierungskrise und der wirtschaftlichen Sorgen geruht hatte, hat plötzlich wieder einen energischen Auftrieb bekommen. Und zwar war es der im März zusammengetretene Kongreß der Teilnehmer am Freiheitskriege, der für Außenstehende völlig unerwartet diese Frage aufgriff und in einer diesbezüglichen Resolution seine Wünsche deklarierte. Zwecks Schaffung einer starken und stabileren Zentralgewalt, die über den parteipolitischen Gegensätzen zu stehen hätte, verlangen die Freiheitskämpfer die Einsetzung eines Staatspräsidenten mit recht weitgehenden Vollmachten, der auch dem Parlament gegenüber auf Grund eines suspensiven Vetorechtes und des Rechtes der Parlamentsauflösung eine unabhängige Stellung haben soll. Um aber das parteipolitische Unwesen im Parlament selbst einzuschränken, wünschen die Freiheitskämpfer, daß an Stelle des zurzeit geltenden proportionalen Wahlrechtes das System der absoluten Mehrheitswahl (also Personalwahl) für die Parlamentswahlen eingeführt werden soll. In dieser radikalen Form kann der Wunsch der Freiheitskämpfer wohl nicht gebilligt werden, weil das System der absoluten Mehrheitswahl für einen großen Teil der Bürger eine grobe Ungerechtigkeit enthält, — für alle die Gruppen, die eigene berechtigte Interessen im Parlament zu vertreten haben, aber kaum Aussicht haben, in einem Wahlkreise für einen ihrer Kandidaten die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen zu erringen. Im Prinzip ist es aber sicher richtig, daß an Stelle der reinen Parteiwahl (Listenwahl), wie sie bei uns gilt, die Wahl bestimmter, vom Vertrauen der Bevölkerung getragener Einzelpersonen mehr in den Vordergrund gerückt wird. Dies ließe sich wohl am besten durch eine geeignete Kombination des Proportional- und des Mehrheitswahlsystems erreichen. Diesbezügliche Hinweise sind denn auch erfreulicherweise in den Kommentaren der estnischen Presse zu der Resolution der Freiheitskämpfer von verschiedenen Seiten gemacht worden. Wie diese ganze Frage sich weiterentwickeln wird, läßt sich zunächst schwer voraussagen. Zu beachten ist aber, daß der Kongreß der Freiheitskämpfer beschlossen hat, falls sich binnen 3 Monaten nicht herausgestellt habe, daß die Regierung, das Parlament oder sonst jemand die Durchführung der Verfassungsreform in Angriff genommen hat, der Vorstand des Zentralverbandes der Freiheitskämpfer selber die zur Durchführung der Verfassungsreform erforderlichen Schritte zu ergreifen hat. Unter diesen Umständen ist es wohl sicher, daß die Vorarbeiten für eine Verfassungsreform in nächster Zeit energisch in Angriff genommen werden dürften.

Die Kommunisten setzen ihre Wühlarbeit in Estland fort. Am 9. März wurde in Reval ein kommunistischer Geheimagent festgenommen, und die im Zusammenhang mit dieser Verhaftung vorgenommenen Untersuchungen ergaben reiches Material zur Aufdeckung der Tätigkeit unserer Kommunisten. Leider ist es aber bis jetzt nicht gelungen, den jetzigen Hauptführer der estländischen Kommunisten festzubekommen.

Die staatliche Roggenaufkaufsaktion ist inzwischen abgeschlossen worden. Dazu hat die Regierung nun doch von dem ihr zu diesem Zwecke bewilligten Kredit bei der Eesti-Bank 5 Millionen Kronen ausnutzen müssen. Diese Summe muß bis zum 30. Juni d. J. an die Eesti-Bank zurückgezahlt sein. Man kann gespannt sein, ob dieses der Regierung ohne weiteres gelingen wird. Die Vorräte der Händler an Roggenkorn scheinen sich allmählich doch ihrem Ende zu nähern. Wenigstens haben einige Großfirmen bereits begonnen, mit der Regierung darüber zu verhandeln, zu welchen Bedingungen der Staat den von den Landwirten aufgekauften Roggen weiterzugeben gedenkt. Gleichzeitig finden Beratungen darüber statt, wie der neue Brotpreis gestaltet werden soll. Denn da ausländischer Roggen nur möglichst wenig ins Land hereingelassen werden soll, um der Regierung den Absatz ihrer Roggenvorräte bis zur nächsten Ernte zu ermöglichen, so wird eine Erhöhung des Brotpreises wohl nicht zu vermeiden sein.

*

Auf außenpolitischem Gebiet wäre zu vermerken, daß mit Finnland eine vollkommene Einigung in der Frage der Revision des Handelsvertrages erzielt worden ist. Bekanntlich wurde im vorigen Jahre nur der Teil des Handelsvertrages erneuert, der sich auf die Produkte der Landwirtschaft bezieht. Inbezug auf den Teil des Handelsvertrages, der von den industriellen Erzeugnissen handelt, konnte man sich damals nicht einigen. Nach langwierigen Verhandlungen ist jetzt auch auf diesem Gebiet eine Übereinstimmung erzielt worden. Finnland hat die zollfreie Einfuhr estländischer Metallwaren zugesichert und Zollvergünstigungen für estländische Benzine, Öle, Glaswaren, Fourniere, Seifen und Zement gewährt. Estland seinerseits gewährt Finnland Vergünstigungen bei der Einfuhr von Glas, Lederwaren und Papier.

Mit Norwegen ist ein Vertrag abgeschlossen worden, laut welchem die Visa im Verkehr zwischen den beiden beteiligten Staaten ab 1. März d. J. abgeschafft worden sind.

L. v. M.

Dorpat, Anfang April 1931.

Litauen

Die 13. Wiederkehr des Tages der Unabhängigkeitserklärung Litauens wurde ohne die sonst üblichen offiziellen Empfänge beim Präsidenten der Republik und ohne offizielle Feiern begangen. Die Regierungspresse brachte einen Überblick über das in der abgelaufenen Zeit Erreichte und knüpfte daran eine Kritik des Parlamentarismus, während die oppositionellen Zeitungen von der Veröffentlichung von Festartikeln diesmal Abstand nahmen. Großes Aufsehen erregte es, daß der Vertreter des Vatikans, Faidutti, dem Gottesdienst in der Garnisonskirche, an dem der Staatspräsident, die Mitglieder des Kabinetts sowie das

diplomatische Korps teilnahmen, fernblieb und stattdessen die Basilika besuchte, in der die Christlichen Demokraten versammelt waren.

Der Kampf der Opposition gegen die Tautininkai und der Kampf der nationalistischen Partei und Regierung gegen den Christlich-demokratischen Block sowie die Volkssozialisten geht somit in unverminderter Schärfe weiter, wenn auch in letzter Zeit in etwas „zivilisierterer" Form. So werden neuerdings „administrative Gefangene" nicht mehr gleich gemeinen Verbrechern bei ihrer Einlieferung ins Gefängnis gemessen und photographiert, nachdem man gelegentlich der Inhaftierung des Chefredakteurs des „Rytas", Radževicius, eines angesehenen christlich-demokratischen Politikers, auch auf nationalistischer Seite dagegen Front gemacht hatte; auch ist man dazu übergegangen, die von den Kriegskommandanten und Kriegsgerichten verhängten Geld-, Gefängnis- und Verbannungsstrafen, wenn irgend angängig, nachträglich zu verringern. Hie und da bringt eine tragikomische Situation eine humoristische Note in den „Kulturkampf", so, wenn Studentinnen der von der Regierung bekämpften Ateitininkaigruppe sich in Trauerkleidung vor dem Kownoer Gefängnis in Reih und Glied aufstellen und „zu Ehren der politischen Gefangenen" eine Minute in tiefstem Schweigen verharren, und die Polizei dies als Provokation auffaßt, der man mit dem Gummiknüppel begegnen müsse, oder wenn sich die Fahrkartenausgabe auf dem Kownoer Bahnhof weigert, den Studenten, welche den aus der Verbannung heimkehrenden Vorsitzenden ihrer Vereinigung begrüßen wollten, Bahnsteigkarten zu verabfolgen (der Automat hatte aus „technischen Gründen" versagt).

Im übrigen: Neue Brandreden, neue Rundschreiben, „die nur für die Vorstände der Ortsgruppen bestimmt" sind, neue Verhaftungen, neue Zeitungsverbote, neue Verurteilungen. Hervorzuheben wäre die Bestrafung des Pfarrers von Schaki wegen einer regierungsfeindlichen Ansprache in der Kirche zu zwei Wochen Gefängnis; der katholische Klerus bestreitet die Zulässigkeit dieser Verurteilung, da sie dem kanonischen Recht, das auf Grund des Konkordates für die litauischen Behörden bindend sei, widerspreche; die Regierung betont dagegen, daß, wenn ein Geistlicher Ansprachen aufrührerischen Charakters hielte, das Staatsrecht die Priorität vor dem kanonischen hätte. Die Erregung über dieses Präzedenzurteil war im Lande sehr groß. Ferner seien erwähnt: die Verurteilung des Chefredakteurs des Bauernbundorganes „Ukininkas" zu drei Monaten Gefängnis oder 2000 Lit Geldstrafe, der in einem Aufsatz darzulegen versucht hatte daß jeder soundsovielte Einwohner von Kowno Agent der Geheimpolizei sei; die Untersuchung gegen den ehemaligen volkssozialistischen Ministerpräsidenten Slesevicius sowie gegen den Führer der Volkssozialisten, den ehemaligen Staatspräsidenten Grinius, wegen illegaler Verbreitung eines Aufrufes gegen die bestehende Ordnung; die bevorstehende Aburteilung von vier Pfarrern und acht Studenten, (Ateitininkai) durch das Kriegsgericht wegen Verbreitung illegaler Literatur; bemerkenswert ist die Tatsache, daß ihre Verteidigung von hervorragenden Advokaten geführt werden wird, die in der Mehrheit nicht den Oppositionsparteien angehören.

Die Tautininkai sind dieses nervenzermürbenden „Kleinkampfes" offenbar müde und haben in der Berichtsperiode eine Reihe großer Aktionen eingeleitet,

die sich teils gegen die Christlichen Demokraten allein, teils gegen die gesamte Opposition einschließlich der nationalen Minderheiten richten. Gegen den Christlich-demokratischen Block richtet sich die geplante Einführung der Zivilehe. Dem Staatsrat, der nach der Revolution von 1926 an die Stelle des Parlaments getreten ist, liegt ein Gesetzentwurf vor, der in seiner ursprünglichen Fassung die kirchliche Registrierung der Ehe abschaffte. Begründet wird dies Gesetz von seinem Urheber, Professor Römeris, dem Vizepräsidenten des Staatsrates, mit der Notwendigkeit, auch den Bürgern, die der Kirche fernblieben, eine „geordnete Erfüllung der familiären Angelegenheiten" zu ermöglichen. Das Gesetz soll bis Mitte Mai dem Ministerkabinett zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Wie zu erwarten war, hat die katholische Geistlichkeit, welche bei Aufhebung des Registrierungszwanges eine wichtige Einnahmequelle verlöre, die Neuregelung als gegen das Konkordat verstoßend abgelehnt und im Lande als eine Maßnahme hingestellt, welche den Einfluß der regierungsfreundlichen jüdischen Geistlichkeit stärken soll, — denn in Zukunft könnten christliche Ehen auch vor dem jüdischen Rabbiner geschlossen werden. Der Zweck dieses Manövers ist durchsichtig genug: man will die Bevölkerung zu judenfeindlichen Ausschreitungen veranlassen und auf diese Weise die Regierung, die zu energischem Durchgreifen genötigt wäre, unpopulär machen (Wie wenig übrigens die Regierung projüdisch eingestellt ist, geht daraus hervor, daß sie die Einwanderung jüdischer Rabbiner aus dem Auslande nicht mehr zuläßt, worüber die jüdische Geistlichkeit eine Zeitlang erheblich verstimmt war.) — Auch in der Diskussion im litauischen Juristenverband wurde an dem Entwurf scharfe Kritik geübt, so daß Professor Römeris genötigt war, zu erklären, die Einführung der standesamtlichen Metrikation könne im Rahmen der Verfassung und des Konkordats nur eine fakultative sein, es läge der Regierung fern, Haß und Verwirrung zu stiften, woraufhin ihn ein Vertreter der extremen Richtung auf die Möglichkeit der Kündigung des Konkordats und der Änderung der Verfassung hinwies. — Die Volkssozialisten haben sich für die Einführung der Zivilehe erklärt und die Erwartung ausgesprochen, das Gesetz solle bald zustandekommen.

Zwei andere Maßnahmen sollen dazu dienen, die Stellung der herrschenden Partei in der Justiz und in der Selbstverwaltung zu festigen. Ungeachtet der Proteste der den nationalen Minderheiten angehörenden Studenten wird eine zweijährige Referendarzeit für Rechtskandidaten, die Advokaten werden wollen, eingeführt werden, während bisher die Advokatur jedem sofort nach Beendigung des Rechtsstudiums offenstand. Man will mit diesem Gesetz vorgeblich der übermäßigen Akademisierung der Bevölkerung sowie der Überfüllung des Anwaltsberufes entgegenarbeiten und die Vorbildung der Advokaten qualitativ verbessern. Die Minderheiten und die Juden, die den Anwaltsberuf in der Regel wählten, weil ihnen die Beamten- und Richterlaufbahn praktisch verschlossen ist, befürchten jedoch, daß die Erteilung des Bewährungszeugnisses nicht nur von sachlicher, sondern auch von politischer Bewährung abhängig gemacht werden wird und daß nur wenige in der Lage sein werden, die kostenlos bei Gerichten abzuleistende Probezeit finanziell durchzuhalten. In praxi läuft die Maßnahme mithin auf ein Fernhalten unerwünschter Elemente vom Advokatenberuf hinaus, der heute die Vorschule politischer Betätigung darstellt, — schon wegen der Möglichkeit, als Strafverteidiger vor den Kriegsgerichten in

politische Zusammenhänge Einblick zu gewinnen, die anderen verschlossen bleiben.

Die staatliche Verwaltung ist im Laufe der Jahre mit Anhängern und Freunden der Regierungspartei restlos durchsetzt worden, während in der Selbstverwaltung immer noch oppositionelle Elemente in großer Zahl wichtige Posten bekleiden. Das neue Selbstverwaltungsgesetz soll hier Wandel schaffen. Die Selbstverwaltung wird in vollem Umfange der staatlichen Kontrolle unterstellt, die Bürgermeister der Städte bedürfen der Bestätigung durch die Regierung — der Bürgermeister der Landeshauptstadt wird vom Staatspräsidenten ernannt —, die Zahl der Stadträte wird auf die Hälfte vermindert, ein Drittel wird von der Regierung „gewählt", an die Stelle der Parteilisten treten Namenslisten. Ein Kuriosum ist die Bestimmung, derzufolge nur solche Personen zu den Selbstverwaltungskörperschaften wählen dürfen, die an die Selbstverwaltung irgendeine Steuer entrichten, — welcher Art, ist gleichgültig; es kann somit der Fall eintreten, daß eine Person, die zwar hohe Staatssteuern zahlt, jedoch keine Selbstverwaltungssteuer, nicht wählen darf, während umgekehrt der Besitzer eines Fahrrades oder eines Hundes, der an den Staat wenig oder nichts zahlt, wahlberechtigt ist. Die Wahlen auf Grund des neuen Gesetzes sollen bereits Ende Mai erfolgen. Der litauische Städteverband, der vor kurzem tagte, hat der Regierung zahlreiche Abänderungsvorschläge gemacht, insbesondere gegen die Ernennung von Stadträten durch die Regierung, die Verkleinerung der Selbstverwaltungskörperschaften, sowie gegen die Hinaufsetzung des Wahlalters Stellung genommen. Ob dieser Schritt indessen etwas fruchten wird, ist höchst zweifelhaft.

Angesichts der unklaren Haltung von Woldemaras — den man neuerdings des Betruges angeklagt hat, weil er einen ihm in den ersten Jahren des Bestehens des litauischen Staates gelegentlich einer Schwedenreise vorgeschossenen Betrag von 65,000 schwedischen Kronen nicht abgerechnet hat — und der Haltung der Opposition, wie sie unter anderem in der Resolution der Volkssozialisten ihren Niederschlag findet, die sofortige Ausschreibung von Seimwahlen auf Grund der alten Verfassung verlangt, wollen die regierenden Tautininkai ihre Herrschaft nunmehr legalisieren lassen. Dies soll durch einen großen nationalen Massenkongreß geschehen, der, wenn irgend möglich, am 13. Juni, dem Namenstage des Staatspräsidenten Smetona, spätestens jedoch am 24. Juni zusammentreten soll. Zu dem Kongreß werden Tautininkai, Vienybininkai, Junglitauer sowie Personen, die den drei nationalistischen Gruppen nahestehen, geladen werden. Man rechnet auf einen Besuch von 60,000 Personen und hat mit der Organisation des Kongresses bereits begonnen. In allen Ortschaften Litauens sind Dreierkomitees eingesetzt, welche die Listen der in Betracht kommenden Personen aufzustellen haben. Der Besuch des Kongresses wird durch Fahrpreisermäßigungen und verbilligte Unterkunft erleichtert werden. Seine Bedeutung liegt darin, daß er nicht als bloße Demonstration gedacht ist, sondern vielmehr eine Art Volksvertretung mit weitgehenden Kompetenzen darstellen soll. Insbesondere wird er über die Bestätigung der Verfassung und über die Wahl Smetonas zum Präsidenten der Republik auf Lebenszeit zu beschließen haben. Nach Ansicht führender Juristen der Regierungspartei würden derartige Be-

schlüsse der gegenwärtigen litauischen Verfassung nicht widersprechen, die insbesondere den Begriff „Vertreter des Volkes" nicht näher umschreibt. Die erfolgreiche Durchführung dieser Aktionen würde die Verewigung der Herrschaft der Nationalisten bedeuten. P.

Deutsches Reich

Zwischenbilanz der Regierung Brüning — Um die deutsch-österreichische Zollunion — Wirtschaftseinheit Mitteleuropa — Reise deutscher Industrieller nach Moskau — Zehnjahrfeier Oberschlesiens — Notverordnung gegen politische Ausschreitungen — Frick gestürzt

Die Regierung Brüning kann heute auf ein Jahr ihrer Tätigkeit zurückblicken. Ein halbes Jahr ist vergangen seit der Septemberwahl mit ihrem außerordentlichen Anschwellen der für die nationale Opposition abgegebenen Stimmen. Wenn man heute eine Zwischenbilanz aufmacht — wir betonen Zwischenbilanz — dann wird man feststellen, daß die Regierung Brüning sich weit besser behauptet hat, als man das vor einem halben Jahr allgemein annahm. Das sagt nun nichts über die Erfolge oder Mißerfolge dieses Kabinetts aus. Aber die Stabilität und auch der Wille, an der Macht zu bleiben, muß im Reich wie im Ausland beachtet werden. Es ist der nationalen Opposition weder durch den direkten Ansturm, noch durch ihren taktischen Schritt, den der Auszug aus dem Parlament darstellt, gelungen, das Kabinett Brüning zu stürzen, zur Umbildung nach rechts zu zwingen, oder auch nur einzelne Steine — Curtius oder Wirth — aus dem Gefüge des Kabinetts herauszubrechen.

Das Wahlergebnis hatte Brüning eine neue taktische Möglichkeit gegeben, die er sehr geschickt ausgenutzt hat. Und durch das weitere Verhalten der nationalen Opposition ist er bei dieser Taktik indirekt unterstützt worden. Wir meinen die Hilfsstellung für die Regierung, die die Sozialdemokraten gaben, ohne dafür irgend etwas einzutauschen. Das bezieht sich zunächst nur auf das Reich, und man kann den Einwurf machen, daß die Gegengabe der Verzicht auf die Kündigung der Koalition in Preußen gewesen sei. Da jedoch das Zentrum aus den eigenen Parteiinteressen heraus diesen Schritt sowieso nicht getan hätte, kann man die Feststellung wagen, daß die sozialdemokratische Hilfe ohne Gegenleistung erfolgt ist. Als die nationale Opposition das Parlament verließ, glaubte sie, damit die Regierung zwingen zu können, ihre Mittelstellung aufzugeben. Denn stand nicht die Verabschiedung des Wehr- und Agraretats vor der Tür und bedurfte die Regierung Brüning dazu nicht der Unterstützung der nationalen Opposition? Diese Rechnung ist nicht aufgegangen, denn die Sozialdemokraten, die sich in der taktisch schlechtesten Situation befinden, die man sich denken kann, haben in den sauren Apfel gebissen: sie haben selbst bei den Agrarzöllen, bei der Osthilfe und bei den Panzerkreuzern A und B für die Regierung Brüning gestimmt. Ihre Diskreditierung draußen im Lande ist eine Nebenwirkung, die der Reichsregierung sicherlich ebensowenig ungelegen kommen wird, wie die Tatsache, daß zwischen den gemäßigten und den radikalen Elementen innerhalb der SPD. wieder der Riß da ist. So haben ja auch neun sozialdemokratische Abgeordnete entgegen dem Fraktionsbeschluß beim Wehretat offen gegen die Regierung ge-

stimmt. Sie sollen auf dem bevorstehenden sozialdemokratischen Parteitag zur Rechenschaft gezogen werden. Ganz gleich wie das Ergebnis sein wird — die Abwanderung von den Sozialdemokraten zu den Kommunisten setzt sich fort.

Der gesamte Etat einschließlich der vielumkämpften Osthilfe, einschließlich auch der Panzerkreuzer und der Ermächtigung für die Agrarzölle ist vom Reichstag rechtzeitig verabschiedet worden. Die sozialdemokratischen Manöver — Einführung des zollfreien Gefrierfleischkontingents und einiger neuer „Neidsteuern" — Manöver, die bei dem jetzigen Zahlenverhältnis im Reichstag selbstverständlich Erfolg haben mußten, konnten durch Einsprüche des Reichsrats ohne Anstrengung zum Scheitern gebracht werden. Nachdem sich der Reichstag als Ja-Sage-Maschine betätigt hat, ist er bis zum Herbst vertagt worden. Der Parlamentarismus wird Deutschland ein halbes Jahr in Frieden lassen.

Wenn man die Bilanz vervollständigen will, bzw. ihre Bewertung vorzunehmen hat, dann darf man nicht vergessen, daß viele positive Maßnahmen der Regierung indirekt — wir betonen indirekt — auf die nationale Opposition zurückgehen. Das gilt besonders von der Reform der Geschäftsordnung des Reichstags, deren Bedeutung wir im vorigen Bericht unterstrichen haben. Das gilt auch von den Agrarmaßnahmen und schließlich auch von der Außenpolitik dieser Regierung. Man hat seinerzeit auch in den Blättern, die dem rechten Flügel der Regierung nahestehen, darauf hingewiesen, daß etwa das energische Auftreten von Curtius in Genf ohne den Hintergrund der Septemberwahl nicht denkbar gewesen sei. Zwar ist das Endergebnis dieser ostpolitischen Maßnahme negativ. Aber anders steht es mit dem neuesten Schritt — der deutsch-österreichischen Zollunion.

*

Der Abschluß des Vorvertrages über eine Zollunion zwischen dem Reich und Österreich ist eine Tat, die befreiend wirkt. Denn hier handelt es sich endlich einmal um einen positiven Schritt, der aus der Zufälligkeit der Tagesmaßnahmen, aus dem parteipolitischen Streit hinausführt und der auch nicht mehr ein Schritt ist, der rein defensiv jene Politik zu mildern sucht, die durch den Versailler Vertrag inauguriert wurde. Als Beginn einer autonomen deutschen Außenpolitik hat man diesen Vertrag bezeichnet, und damit ist seine ganze Bedeutung, die weit über seinen Inhalt hinausreicht, gekennzeichnet.

Nun vom Inhalt. Um was geht es bei diesem Vertrag? Handelt es sich nur um den wirtschaftlichen Anschluß Österreichs? Nein, um weit mehr! Während Briand seinen Paneuropa-Plan zur Stabilisierung der französischen Vorherrschaft auf dem Kontinent mit all dem Feuerwerk, das er abzubrennen versteht, in Szene gesetzt hat, ohne daß jemand inzwischen gesehen hätte, wie es auch nur möglich sei, einen einzigen Schritt in dieser Richtung weiterzutun; während gerade in diesen Tagen in Genf die Zollkonferenz zum Scheitern gekommen ist, hat Deutschland den ersten Schritt getan zur Schaffung eines größeren Wirtschaftsgebiets, dessen Notwendigkeit gerade wir unter der doppelten Bedrohung durch Moskau und Newyork stärker noch als andere Völker sehen. Europa ist ein vages Wort, solange dieses Europa durch unnatürliche Grenzziehungen und Machtgruppierungen zersplittert ist. Mitteleuropa ist eine raum- und wirtschaftspolitische Wirklichkeit, die es in Form zu bringen gilt. Deutschland be-

ginnt, diese Aufgabe zu sehen, und hat den ersten Schritt zu ihrer Bewältigung getan.

Mitteleuropa ist gerade infolge der sogenannten Friedensverträge atomisiert und zu einem Teil politisch gegen seinen natürlichen Kern, das Reich, ausgerichtet worden. Aber die wirtschaftlichen Notwendigkeiten zeigen sich von Jahr zu Jahr stärker. Daß bei der heutigen Entwicklung der Technik hochrationalisierte Industrien nicht in Staaten von 6, 7 oder 8 Millionen Einwohnern aufgebaut werden können, daß eine Verbindung der südöstlichen Agrarländer mit dem einzigen großen Markt, der für sie erreichbar ist, mit Deutschland, geschaffen werden muß, wenn die in den Donauländern vorhandene Agrarkrisis behoben werden soll, all das beginnt erkannt zu werden. Von der Erkenntnis bis zur Durchführung ist ein weiter Weg. Nicht zuletzt deshalb, weil die Durchführung nicht ohne wirtschaftliche Reibungen vollzogen werden kann. Aber das war auch der Fall, als man den deutschen Zollverein schuf. Oder sollte es ein unüberwindliches Hindernis sein, wenn etwa die deutsche Landwirtschaft schädliche Folgen von der südöstlichen Konkurrenz erwartet? Wir glauben, daß man hier Maßnahmen treffen kann, welche die Gefahr eines Preisdrucks vermindern. Es wird sich ja im wesentlichen darum handeln, einen Teil des überseeischen Agrarimports durch die Agrarerzeugnisse der Donaustaaten zu ersetzen. Aber ganz abgesehen davon handelt es sich hier um eine nationalpolitische Frage von größter Bedeutung, bei der wir ganz konsequent vorgehen müssen, ob nun auch diese oder jene Interessenvertretung ihren Sorgen Ausdruck gibt.

Die deutsch-österreichische Zollunion sieht in ihrem Vorvertrag ausdrücklich Verhandlungen mit dritten Staaten über den Anschluß vor. Es ist ja auch bekannt, daß gerade im Augenblick Zollverhandlungen zwischen Österreich und Ungarn bzw. Jugoslavien und zwischen Deutschland und Rumänien schweben. Ein Kernproblem Mitteleuropas, die Einbeziehung der Tschechoslowakei, ist damit noch nicht berührt worden. Aber es liegt ja auch wesentlich anders, da dieser Staat, der drei Millionen Deutsche umfaßt, immer noch der Vorkämpfer einer deutschfeindlichen Politik im Donautal ist. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß vollendete Tatsachen auch ein neues Bild in den Köpfen tschechischer Nationalisten schaffen werden.

Der Vertrag hat in Deutschland endlich einmal eine Einheitsfront vorgefunden. Diese viel zitierte und nie vorhandene Einheitsfront. Man braucht sich dadurch nicht stören zu lassen, daß die Mißvergnügtheit kleiner Geister auch hier wieder zum Ausdruck gekommen ist. Ob Herr Breitscheid in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags sich darüber beklagt, daß man ihn nicht rechtzeitig befragt hat, ist ebenso unwichtig, wie die Nörgeleien Gerlachs oder das ewige Besserwissen von Theodor Wolff, die sich schon wieder einmal die Köpfe unserer Gegner in Paris zerbrechen, also Sorge darüber haben, ob wir mit diesem Schritt in Paris anecken.

Anders steht es natürlich mit den Attacken, die von den ausländischen Mächten geritten werden. Die französische Erregung, die schon wieder einmal den Weltfrieden bedroht sieht, weil nicht alles nach der Pariser Pfeife tanzt, und auch der scharfe Ton der tschechischen Blätter hat in Berlin nicht überrascht. Anders steht es um England und Italien. Die italienische Regierung hat zwar

inzwischen offiziell verkündet, daß der Schritt ihres Gesandten in Wien keinerlei Demarche gewesen sei, sondern nur der Informierung dienen sollte. Aber dafür hat sich England wieder einmal auf die französische Seite gestellt, wenn es sich auch durchaus nicht etwa den Ton zu eigen macht, der in Briands Rede zum Ausdruck kam. Wenn man vom politischen Interesse ausgeht, dann kann man jedenfalls nur feststellen, daß England eher ein Interesse daran hat, daß ein größeres Wirtschaftsgebiet Mitteleuropa geschaffen und auf diese Weise mit einer wirtschaftlichen Konsolidierung und politischen Beruhigung auf dem Kontinent der Anfang gemacht wird. Und will Frankreich seine so leidenschaftlich vertretenen Paneuropapläne in dem Augenblick desavouieren, wo nicht nur Frankreich davon Vorteil hat? Vorläufig berufen Frankreich und England sich auf die Paragraphen der Friedensverträge, die Österreich die Verpflichtung auferlegen, über seine Selbständigkeit zu wachen, und vor allem auf jenes Genfer Protokoll, das abgeschlossen wurde, als Österreich vom Völkerbund eine Anleihe erhielt. Der Vertrag ist aber sorgfältig so verfaßt worden, daß eine Verletzung des Genfer Protokolls vermieden wurde. Wenn der Völkerbundsrat, der in diesem Fall zuständig ist, sich mit der Frage beschäftigen sollte — nach dem englisch-französischen Schritt sieht es so aus —, ob eine Verletzung erfolgt ist, dann wird diese Prüfung ohne Erfolg sein. Denn um eine Entschließung des Völkerbunds herbeizuführen, ist Einstimmigkeit nötig. Diese Einstimmigkeit ist nicht zu erzielen. Mag man uns also noch so viele Steine in den Weg räumen und mit dem Knüppel einer Kündigung des deutsch-französischen Handelsvertrages drohen, der Bau einer Wirtschaftseinheit Mitteleuropa ist nicht aufzuhalten — wenn die Reichsregierung es will. Es scheint doch, daß man auf diesem Wege energisch weiterzuschreiten beabsichtigt.

Von der deutschen Außenpolitik ist, abgesehen von diesem höchst bedeutungsvollen Schritt, nichts zu berichten. Die englisch-französisch-italienische Flotteneinigung dürfte sich zu Ungunsten Deutschlands bei der endgültigen Abrüstungskonferenz auswirken. Die Reise der deutschen Industriellen nach Rußland ist nicht ein solches außenpolitisches Ereignis, als welches es von Berliner Boulevardblättern ausgegeben wurde: in dem Augenblick, wo die Verlängerung des Berliner Vertrages akut geworden ist, haben die Russen zusätzliche Aufträge erteilt, wobei noch alles davon abhängt, ob eine Ausfallsgarantie vom Reich gegeben wird, und ob eine Einigung zwischen der deutschen Industrie und dem Außenhandelskommissariat in verschiedenen Einzelfragen, die noch strittig sind, erreicht wird.

*

In diesen Tagen hat man die zehnjährige Wiederkehr jenes Tages gefeiert, an dem die Bevölkerung Oberschlesiens trotz heftigsten Terrors durch polnische Banden und französische Truppen und trotz großer — später nicht erfüllter — polnischer Versprechungen zu zwei Dritteln ein Bekenntnis für Deutschland ablegte. Entgegen dieser Willenskundgebung wurde Oberschlesien zerschlagen. Reichskanzler Brüning hat bei der Abstimmungsfeier in Beuthen ausdrücklich betont, daß Deutschland den Protest, den es seinerzeit dagegen erhoben hat, auch heute aufrechterhält.

*

Um zu der Innenpolitik zurückzukehren: zuerst sei von jener Notverordnung gesprochen, die gleich nach der Vertagung des Reichstags von der Reichsregierung erlassen worden ist. In dieser Notverordnung zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen werden den Behörden weitere gesetzliche Möglichkeiten gegeben, gegen die Presse und gegen die Straßenpropaganda einzuschreiten. Den letzten Anstoß zu dieser Verordnung haben das Anschwellen der kulturbolschewistischen Propaganda und die Bluttaten gegeben, die in Hamburg von Nationalsozialisten verübt wurden, Bluttaten, die Hitler scharf verurteilt hat. Ähnlich wie bei der Reform der Geschäftsordnung liegt es auch in diesem Falle. Also Menschen, die Antiparlamentarier sind, die für die Stärkung der Staatsautorität eintreten, haben keinen Anlaß, die Notverordnung zu verurteilen, umsomehr, als diese sinnlosen Bluttaten allmählich ganz und gäbe geworden sind. Aber — darauf weist die Presse der nationalen Opposition hin — soll die Verordnung nicht etwa dazu ausgenutzt werden, um die Propaganda der nationalen Opposition, ganz besonders bei dem jetzigen preußischen Volksbegehren, unmöglich zu machen? Darüber ein Urteil abzugeben, ist erst möglich, wenn man aus der Praxis erkennen kann, wie das Gesetz gehandhabt wird. Vorläufig hat der Reichsinnenminister die Innenminister der Länder aufgefordert, die kommunistischen Kundgebungen gegen das Osterfest auf Grund der Notverordnung zu verhindern. Das ist ein Schritt, den man nur begrüßen kann. Die Vertreter der Rechtsopposition haben die Einberufung des Reichstages zur Aufhebung der Notverordnung gefordert. Die Forderung ist von der Reichsregierung abgelehnt worden und dürfte wohl auch schwerlich durchzusetzen sein, weil die betreffenden Paragraphen der Verfassung keine Handhabe dafür bieten.

*

Diejenigen, die glaubten, die Niederschießung von kommunistischen Abgeordneten in Hamburg würde auf die Anhängerschaft der Nationalsozialisten ungünstig einwirken, dürften sich getäuscht haben. Es ist ja auch unsinnig — von allem andern abgesehen — eine solche Tat auf das Konto der Führer der N. S. D. A. P. zu verbuchen. Die Lage der nationalsozialistischen Partei dürfte sich eher dadurch verschlechtern, daß ihre Taktik, die sie im letzten Jahr verfolgt hat, die Taktik der legalen Revolution, Schiffbruch zu erleiden droht. Nicht nur, daß die Nationalsozialisten im Reich keinen Schritt weiter gekommen sind, — jetzt geht auch ihr Plan eines mitteldeutschen Blocks der Auflösung entgegen. Schon in Sachsen ging die Rechnung nicht auf, es wurde eine Regierung ohne Nationalsozialisten gebildet. Und jetzt dürfte in kurzem der nationalsozialistische Innenminister Dr. Frick in Thüringen gestürzt werden. Ausschlaggebend ist hierbei die Deutsche Volkspartei, die nationalsozialistische Angriffe zum Anlaß genommen hat, um die Koalition mit den Nationalsozialisten zu kündigen. Ob diese Angriffe ebenso wie die beanstandeten kulturpolitischen Maßnahmen Fricks die Ursache oder nur die Veranlassung des Schritts sind, bleibe dahingestellt. Immerhin ist es symptomatisch, daß die thüringische Volkspartei glaubt, sich von den Nationalsozialisten nicht nur trennen zu müssen, sondern auch zu können, ohne bei der Wählerschaft noch stärkere Einbuße zu erleiden.

Ob die hiermit angedeutete Entwicklung eine Umstellung in der Taktik der Nationalsozialisten hervorrufen wird, ob die Auseinandersetzungen zwischen den radikaleren und den gemäßigteren Nazionalsozialisten wieder aufleben werden, läßt sich heute noch nicht übersehen. Immerhin spricht manches dafür, da auch über die wirtschaftlichen Fragen keine völlige Einigkeit besteht. Das zeigte sich etwa in den Auseinandersetzungen der nationalsozialistischen Presse über die nichtoffizielle Schrift eines Nationalsozialisten Dr. Hans Reupke „Der Nationalsozialismus und die Wirtschaft", in der Reupke den Staatssozialismus als schädlich und die Projekte Feders als utopisch ablehnte. Während im „Völkischen Beobachter" diese Schrift positiv besprochen wurde, fand sie im „Angriff", dem Organ von Goebbels, scharfe Ablehnung. Gerade in diesen Wirtschaftsfragen ist aber eine Klärung bei den Nationalsozialisten nötig, wenn sich nicht solche Fälle wie der des ehemaligen Reichswehrleutnants Scheringer wiederholen sollen. Scheringer ist bekanntlich einer jener nationalsozialistischen Offiziere, die im Leipziger Prozeß wegen nationalsozialistischer Propaganda in der Reichswehr zu Festungshaft verurteilt wurden. Er ist jetzt zu den Kommunisten übergetreten und erklärt, daß die Nationalsozialisten die Sache des Proletariats verraten. Das sagt nun zwar nichts in der Sache aus, zeigt aber, wie sich die Extreme leicht finden können, wenn in Kernfragen nicht Klarheit geschaffen wird.

Berlin, 31. März 1931

Georg Schröder

Kleine Beiträge

Baltisches politisches Denken

Wohl kaum irgendwo haben sich Politik und Geschichte zu allen Zeiten so nah gestanden wie auf baltischem Boden. Die Geschichtsbetrachtung ließ sich vom politischen Instinkt die Aufgaben stellen, und die Politik mußte ohne historische Argumentation, ohne historisches Bewußtsein ihren Sinn verlieren. Infolge der einzigartigen geschichtlichen Kontinuität unserer Lebensformen wurden auch die ältesten, längst altertümlich gewordenen noch im 19. Jahrhundert gelebt, und das zu einem guten Teil entzog ihre Eigenart der reflektierenden Betrachtung. Die Umwälzung der baltischen Schicksalswende erst schuf jenen Abstand, der die Bedingung jeder Erkenntnis ist. An Versuchen der Sinndeutung der überlieferten baltischen politischen Mentalität hat es seitdem nicht gefehlt. Doch auch heute noch ist die Verbindung mit den vorangegangenen Jahrzehnten namentlich in der älteren Generation so stark, daß die Besonderheit der alten Formen uns vielfach noch nicht hat ins Bewußtsein treten können und wir ein Verhältnis zur Tradition besitzen, ohne mit Sicherheit die Gegenwartsbedeutung und Tragweite ihrer Werte bestimmen zu können.

Es ist darum kein Zufall, daß die erste historisch vergleichende Deutung der Eigenart baltischen politischen Denkens, wie es sich in der sozusagen „klassischen" Epoche baltischer Meinungsbildung, der Reform- und Russifizierungszeit, entwickelt hat, von einem Außenstehenden unternommen worden ist: Hans Rothfels hat die Ergebnisse eines zweimonatlichen Studienaufenthalts in Lettland und Estland in einem Vortrag verwertet, der unter dem Titel „Reich, Staat und Nation im deutsch-baltischen

Denken“ *) eine Reihe historisch und politisch gleich bedeutsamer Feststellungen zusammenfaßt. Und es sei gleich gesagt: die kleine Schrift zeichnet sich durch eine Kraft und Tiefe der Einfühlung, eine Weite der Perspektiven und Feinheit der Unterscheidungen aus, daß wir die wenigen Seiten dem Besten an die Seite zu stellen haben, was je über unser politisches Wesen und Schicksal gesagt worden ist.

Ausgehend von Graf Peter Schuvalovs Äußerung im März 1870: die baltischen Provinzen könnten den Ruhm konservieren, „in Fragen der höchsten Politik das Schlachtfeld gewesen zu sein“, weist Rothfels darauf hin, daß neben den äußeren Kämpfen im Baltikum Ideenkämpfe durchgefochten worden sind, denen eine programmatische Bedeutung zukomme. Man habe allen Anlaß, „das politische Gedankengut ernst zu nehmen, das in der Bruchzone des Nordostens sich ausgebildet hat, es loszulösen von clichéhaften Vorurteilen und den Eindrücken zufälliger Begegnungen“.

Im Anschluß an die Typologie Otto Hintzes stellt Rothfels fest, daß die Verfassung des altlivländischen Föderativstaates dem genossenschaftlichen Spezialtypus der landständischen Verfassung nahestand, mit den charakteristischen Eigentümlichkeiten, daß es keine eigentlichen Landesherren gab und daß durch die Trennung zwischen Herrenschicht und Unterworfenen die Fortbildung des Vertretungsgedankens verhindert wurde. Als die Entwicklung in provinziale Bahnen einlenkte, blieb der Grundgedanke der Verfassung erhalten, und es entstand die Begriffs- und Empfindungswelt um die Selbstverwaltung des Landesstaats, die in manchem Zug stolz empfundene Ähnlichkeiten mit England aufwies. Der „germanisch-korporative Geist ist der eigentliche Motor der deutsch-baltischen Staatsidee, nirgend sonst auf deutschem Boden haben sich die Formen des genossenschaftlichen Eigenlebens so zäh erhalten und wirken sie so kräftig in die Gegenwart hinein“.

Das Verhältnis zum Reich beruhte auf Recht und Vertrag. „Rußland wurde europäisch, es wurde aus einer asiatischen Großmacht zu einem europäischen „Reich“, indem es den Rechtsgedanken anerkannte.“ Dann trat das persönliche Moment im Verhältnis zum Zaren hinzu, der Zar aber wurde als „megas basileus“ empfunden, und „indem der baltische Adel für seine Privilegien, für das livländische Verfassungsrecht kämpfte, . . focht er zugleich für eine bestimmte Idee des „Reiches“, für den Gedanken, kurz gesagt, daß es „Reich“ blieb und nicht „Staat“ wurde.“ Der historische Gegner des Rechts- und Reichsgedankens war die Verbindung von Absolutismus und Demokratie. Der Kampf um die Russifi-

*) Vortrag bei der öffentlichen Sitzung der Gelehrten Gesellschaft zu Königsberg am 12. Januar 1930. Schriften der Königsberger Gelehrten Gesellschaft, Geisteswissenschaftliche Klasse, 7. Jahr, Heft 4, 1930, 22 S. Max Niemeyer Verlag Halle (Saale). Geh. RM. 2.40.

Mit diesen Zeilen ist eine kurze Anzeige, keine ins einzelne gehende Rezension beabsichtigt: es könnte in einer Rezension außer lebhafter Zustimmung auch wohl nur zum Ausdruck gebracht werden, daß die Schrift tatsächlich mehr gibt, als die Einschränkungen des Verfassers gestatten wollen — sie ist mehr als ein begründetes Arbeitsprogramm. Einige belanglose Nebensächlichkeiten könnten kritisch bemerkt werden. Zu ergänzen wäre, daß jenes zum Unterschied vom älteren elementare, instinkthafte Nationalgefühl, zu dem sich weitere baltische Kreise z. B. 1918 bekannten, schon vor dem Weltkriege in gewissen Regungen der baltischen Öffentlichkeit vorgebildet war.

zierung der Ostseeprovinzen ist zugleich die entscheidende Auseinandersetzung um das Wesen des russischen Reiches: so entschied sich hier wieder ein Stück europäischen Schicksals.

Dem nationalen Denken des baltischen Deutschtums hat lange das Elementare und Instinkthafte gefehlt. Der Verfasser weist mit Recht auf die charakteristische Bezeichnung „die Nationalen" für die Letten und Esten im baltischen Sprachgebrauch hin. Der baltische Nationalbegriff war „wesentlich ein Bildungsbegriff, eng verschwistert mit dem Begriff der Humanität". Zum Ende hin berührt der Verfasser die Frage des reichsdeutsch-deutschbaltischen Verhältnisses und schließt mit sehr feinsinnigen Bemerkungen über das Verhältnis Bismarcks und seiner Politik zum baltischen Schicksal. Bekannt ist, wie schroff Bismarck dem baltischen Deutschtum den Rücken gekehrt hat. Dennoch aber: „Haben nicht die konservativen Züge der Bismarckschen Politik, hat nicht seine scheinbar kühle und binnendeutsche Staatsraison eine spezifische Beziehung zu dem Nationalbegriff der baltischen Deutschen? Ihre Heimat und ihre Kultur konnten nur dann vor Überflutung gerettet werden, wenn Bismarcks innen- und außenpolitisches Programm der Stabilität gedieh, wenn die chaotischen Mächte gebändigt, wenn die Naturkräfte von Nation und Rasse in den staatlich-geschichtlichen Rahmen eingeordnet blieben. Indem wir die ganze Spannweite der Gegensätze uns klarmachen, spüren wir doch die ideelle Verbundenheit. So sind denn Bismarck und das Baltentum im Grunde gegen Rußland hin Verbündete gewesen: jeder hat auf seine Weise den Zaren bei der Petrinischen Reichsidee und im Wege einer Staatsraison zu halten versucht, die ihm ebenso wie dem Deutschtum des Reiches und der Ostseeprovinzen zugute kommen sollte. Man kann deshalb mit Recht sagen, daß der Zusammenbruch der alten baltischen Autonomie, wie er in den achtziger Jahren unter Alexander III. erfolgt, ein Sturmsignal auch für die Zukunft des Zaren und des Bismarckschen Reiches war."

Was uns über den Gewinn eines wertvollen Beitrags zur baltischen Geschichte hinaus die Schrift von Rothfels wichtig werden läßt, ist ein politisches Moment. Sie enthält aus historischer Perspektive heraus eine politische Wertung unseres Denkens, deren Generalisierung seit jeher auch unser Anliegen ist, und sie erhebt diese Denkweise zum Rang objektiver Bedeutung in europäischem Horizont. In Anknüpfung an die bekannte Polemik zwischen Treitschke und Julius Eckardt über die Ostseeprovinzen sagt Rothfels: „So ist der Zusammenfall von Staat und Kultur, von Staat und Volk wohl ein mögliches Ideal, aber kein letztes Wort der Geschichte, kein allgemeinverbindliches Ziel — am wenigsten im mitteleuropäischen Raum und seiner östlichen Randzone. Hier führt die Überspannung sowohl des Volksprinzips wie des Staatsprinzips mit Notwendigkeit zum Chaos, hier wird immer um Zwischenformen einer irgendwie föderativen Art gerungen werden müssen, hier ist das Problem der Völkergemeinschaft, des übernationalen Staates wie des überstaatlichen Volkes, dessen Lösung ein Fernziel der europäischen Geschichte sein mag, gewissermaßen eine „endemische" Angelegenheit, eine Aufgabe des täglichen Daseins" *). „Denn die Aufgabe ist ja im Osten geblieben wie sie war: immer werden hier Völker verschiedener

*) Sehr interessant auch der Hinweis auf die Bedeutung der Begriffe „synthetisch" und „organisch" im deutschbaltischen Denken und Handeln, wobei Rothfels K. E. v. Baer und die heutigen kulturpolitischen Autonomiebestrebungen erwähnt.

Nationalität miteinander leben müssen. Und wenn das Deutschbaltentum für diese Aufgabe die ehedem zerstörte Form der Autonomie mit neuem Geist erfüllt und für alle nationalen Gruppen vorgeprägt hat, so meinen wir etwas von jenem „Stirb und werde" zu begreifen, das über der Geschichte waltet und das dem Schicksal der ältesten deutschen Kolonie seinen tragischen und seinen großen Zug verleiht."

R. Wittram

„Neuzeitliche Vergangenheit"

Neulich richtete ein deutscher Dichter — Wilhelm Schäfer — einen scharfen Angriff gegen die „Asphaltliteratur". Die Gruppe deutscher Dichter, in deren Namen er sprach, sieht ihre Aufgabe darin, „die deutsche Seele zu hüten, den Baum der Volkssprache zu pflegen und die Kräfte des angestammten Blutes zu schirmen." Diese Abwehr der intellektualistischen Überfremdung Deutschlands vonseiten eines namhaften Hüters deutscher Art ist mit Wärme zu begrüßen.

Durch den vorherrschenden Intellekt wird die Art zerstört — durch den Geist geht die Art über sich hinaus. Gedenken wir der großen deutschen Dichtung der Vergangenheit. Das Edelste, Reinste und Schönste davon trägt Hölderlins Namen. Und was wäre wohl Hölderlin ohne das Griechentum? Ein schwäbischer Heimatdichter, nicht weniger, aber auch nicht mehr. Der Berührung mit dem griechischen Geiste verdanken wir unsere „deutschesten" Dichtung.

Das neue Deutschland, das als Ziel immer deutlicher wird, bedeutet auch zugleich ein neues Europa. Das dritte Reich wird der Heiligung durch den christlichen Geist ebensowenig entbehren können, wie der römischen Formkraft (man entschuldige diese andeutende Ausdrucksweise — anderen Orts soll dies näher begründet werden).

Jede fruchtbare Idee muß heute aus der europäischen Perspektive kommen. So sind die deutschen Heimatdichter uns wohl wertvoll als Hüter deutscher Art und als Förderer des kulturellen Eigenlebens der deutschen Provinzen — als Wegweiser in die Zukunft kommen sie aber nicht in Betracht. Sie sind zeitlos-provinziell.

Die Gruppe deutscher Schriftsteller aber, die in ihrem Schaffen von der heutigen Problematik ausgeht (auf den Unterschied zwischen Dichtern und Schriftstellern wollen wir hier nicht eingehen) bleibt an der Oberfläche stecken und gibt eigentlich nur eine begabte Reportage, die in der Regel tendenziös gefärbt ist. Den „neuen Menschen" können sie uns nicht schildern, den Geist des kommenden Zeitalters nicht vorwegnehmen.

Erst muß eine Ordnung (in Staat, Gesellschaft, Religion) da sein. Sie ist die Grundlage alles künstlerischen Schaffens. Dichter, wie überhaupt Künstler führen nicht — sie folgen nach und vollenden.

Wir glauben nicht mehr an das souveräne „Genie", — das ist das Außerordentliche vom Standpunkt der burgerlichen Welt. Wir leben heute in einer proletarischen Welt und erstreben eine neue „aristokratische" Ordnung. Insofern sehen wir den „großen Mann" in einer Ordnung oder als Führer zu einer neuen Ordnung, auch als Erwecker verschütteter traditioneller Werte — immer aber ist er eingeordnet.

Ein neues Deutschland, das hieße auch zugleich eine Wiedergeburt in einer neuen Form der besten gestaltenden Kräfte der Vergangenheit. Es handelt sich hierbei nicht um eine rückgewandte Romantik, um Gespensterbeschwörung (wie die deutsche Romantik ja auch kein Abwenden von der Gegenwart bedeuten wollte, sondern ein Wiederanknüpfen an der besten deutschen Vergangenheit — daß

das hereinbrechende Steinkohlenzeitalter diese Fäden zerriß, gehört schon auf ein anderes Blatt). Es geht hier um etwas, das man neuzeitliche Vergangenheit nennen möchte.

Ein wundervolles Beispiel gedanklicher Auseinandersetzung mit einem Stück neuzeitlicher Vergangenheit ist Gustav Steinbömers kleines Buch „Abtrünnige Bildung" (Niels Kampmann-Verlag).

Kürzlich ist nun eine Dichtung von ungewöhnlich hohem künstlerischen Rang erschienen: „Der Papst aus dem Ghetto" von Gertrud von Le Fort (Transmare-Verlag, Berlin, Preis geheftet 5 M., geb. 8 M.). Sie erzählt uns die Legende des Geschlechts Pier Leone, dem Papst Anaklet II. entstammte. Es geht hier um den Einbruch der wesensfremden jüdischen Welt in die christliche, „katholische" Ordnung (Niemand wird bestreiten wollen, daß es sich hierbei um neuzeitliche Vergangenheit handelt). Auf diese Art — auf dem Hintergrunde einer großen, ewigen Ordnung — ist eine große Dichtung möglich und für unsere Zeit von großer Bedeutung.

*

Wäre es nicht an der Zeit, sich auf die „neuzeitliche Vergangenheit" des Baltentums zu besinnen? Bedeutsam für uns wären die Zeiten, in denen das äußere Leben ungesichert war (wie auch heute) und alles auf das Risiko, das Wagnis gestellt war, in denen es aber den Bruch zwischen Gemeinschaft und Individuum nicht gab und jeder der großen christlichen Ordnung angehörte.

E. v. S.

Umschau

„Das alte Pferd mit neuem Sattel"

Es ist eigentlich schade, daß bei uns zu Lande so viele glauben, eine Geschichtsauffassung haben zu müssen. Es gibt deren zwei: eine deutsche und eine lettische, wobei natürlich letzten Endes auch die „lettische" durch deutsche Historiker begründet worden ist. Seinerzeit, als Liberal und Konservativ sich befehdeten, hatte jede Richtung auch ihr eignes Verhältnis zur Landesgeschichte. Die Liberalen, vorzugsweise dem Literatenstande angehörig, wußten zu berichten, wie der böse Adel von jeher kein andres Ziel vor Augen gehabt habe, als die armen Undeutschen möglichst zu malträtieren und aufs schimpflichste zu versklaven, während die Gegenpartei nachzuweisen suchte, daß man seit 700 Jahren nichts andres im Sinne gehabt hätte, als den lieben Letten und Esten soviel Wohltaten als nur irgend möglich zu erweisen. Der Streit ist heute längst überholt. In manchen Köpfen der älteren Generation mag diese rein apologetische Einstellung, die hernach zur „deutschen" schlechthin gestempelt wurde, noch nachspuken. Sie wird mit ihnen zu Grabe getragen werden.

Nicht also die liberale. Als eine lettische Intelligenz sich heranzubilden begann, machte sie sich diese verständlicherweise sofort zu eigen, da sie ja hierin ein vorzügliches Kampfmittel im Streit um ihre Geltung vorgebildet fand. Und wenn wir uns auf der einen Seite daran machen, überlebte Voreingenommenheiten endgültig abzubauen, so findet sich auf der andern Seite — gerade nach der neuerrungenen Selbständigkeit — die nunmehrige „lettische Auffassung" immer wieder triumphierend aufgetragen. Eine altgewordene Mayonnaise in frischer Garnierung auf neuem Service made in Latvia! Dies Gericht wird in zweierlei

Preislagen serviert. Die eine als derbe Hausmannskost für den schlichten Mann auf der Straße: der „Schwarze Ritter“ und so weiter. Erinnerungen an den Lahtschplehsis-Film steigen vor dem verklärten geistigen Auge auf. Die andre Version ist für den Salon berechnet. Mit allzu knüppeldicken Schauermären kann man da wirklich nicht kommen.

Im Auftrage des Landwirtschaftsministeriums ist kürzlich A. Schwabes „Zemes attiecību un reformu vēsture Latvijā“ (Geschichte der ländlichen Verhältnisse und Reformen in Lettland) erschienen. Um es gleich von vornherein zu sagen, die Melodie vom Schwarzen Ritter ist Schwabe im allgemeinen eigentlich fremd. Wir haben hier ein Werk, dem man anmerkt, daß dem Verfasser darum zu tun ist, sich von den üblichen chauvinistischen Verketzerungen frei zu halten*). Tatsächlich bringt er manchen neuen Gedanken, und bei genügend wachsamer Kritik kann man auch von ihm lernen. Mehrfach zeigt sich deutlich ein Streben nach Objektivität — wenn da nicht diese unglückliche „Geschichtsauffassung“ wäre. Und da klingen denn die bald leiser, bald lauter angeschlagenen, aber umso einprägsameren Motive immer wieder durch: zur Zeit der Kolonisation war der Abstand zwischen Eroberern und Unterworfenen garnicht so groß. Die Kulturerrungenschaften, die die Deutschen mitbrachten, machten mithin nicht allzuviel aus. Während der ersten Jahrhunderte der Ordenszeit ging es den Indigenen eigentlich vorzüglich. Da aber kamen mit dem Zusammenbruch des livländischen Landesstaates die bösen Ritterschaften ans Ruder. Und nun setzt ein gewaltiges Bauernschinden ein, das auch durch die ersten, von gütigen Zaren diktierten Reformen des 19. Jahrhunderts keineswegs einzudämmen war usw.

Das wäre an sich alles noch kein Schade. Und es ist schließlich begreiflich, daß in lettischen Köpfen die Härten der eignen Vergangenheit sich tiefer einprägten, als ihre positiven Seiten. Diese sollen denn hier auch nicht weiter behandelt werden. Ein kleiner Hinweis auf die großen Unterschiede zwischen Letten und Esten einerseits, Lettgallern und Setukesen andrerseits, denen die deutsche Verknechtung wenigstens in den letzten Jahrhunderten erspart geblieben ist, dürfte genügen. Wenn man natürlich auch soziale Reformen nicht einzig nach den guten Absichten der Initiatoren beurteilen kann — kommt man viel weiter, wenn man der Wertung nur die Ausnahmefälle zugrunde legt, in denen der Reform die praktische Wirkung versagt blieb? Wer nun mal verurteilt ist, ein unglückseliges Erbgut aus vergangenen Tagen des Liberalismus mit sich herumzutragen, kann schließlich trotzdem auch ein nüchterner Historiker sein. Und, wie gesagt, Ansätze dazu sind ja auch vorhanden. Aber ein Ansatz macht noch keinen Aufsatz und erst recht kein ganzes Buch.

Es ist ein Unglück um eine allzu regsame Phantasie, zumal wenn sie eine wissenschaftliche Arbeit durchsonnt. Ein kleines Beispiel für viele: nach Schwabe war den Letten natürlich vor der deutschen Eroberung die Dreifelderwirtschaft längst bekannt. Beweise: a) Sowohl in Lettland wie in Estland sind skandinavische (Wikinger-) Einflüsse frühzeitig festzustellen. In Estland war nachweislich vor der deutschen Kolonisation das Dreifeldersystem unbekannt. Was liegt näher, als anzunehmen, daß dieselben Wikinger es in Lettland — w o h l eingeführt hatten? (S. 18). b) In preußischen und

*) Dies gilt freilich nur so lange, als Schwabe sich im Mittelalter bewegt. Die Neuzeit steht ihm zu nah, um eine sachliche Darstellung zu gestatten.

lettischen Ortsnamen findet sich vielfach die Silbe „wang", die wohl gemeingermanisches Lehnwort ist, enthalten (nord. vangr., got. waggs). Sie hat die Bedeutung Wiese, Aue, Gefilde, Feld, diente dann in späteren Zeiten zur Bezeichnung des Schlages oder Feldes beim Dreifelderſystem. Vordeutſche Ortsnamen wie Alſchwangen und dergl. ſind nun nach Schwabe ein ſchlagender Beweis für das Beſtehen eines vordeutſchen Dreifelderſyſtems, denn wer käme auch auf den Gedanken, die frühere allgemeinere Bedeutung (Aue, Gefilde) der ſpäteren ſpeziellen (Ackerſchlag) vorzuziehen? (S. 19). c) In den lettiſchen Volksliedern kommen einige 200 mal die Getreidearten Roggen, Gerſte nebeneinander erwähnt vor. Beim Dreifelderſyſtem war es üblich, den einen Schlag mit Roggen, den andren mit Gerſte (und Hafer) zu beſäen. „Zwingend" ergibt ſich der Schluß, daß derartige Erwähnungen nur auf den gleichzeitigen Anbau der beiden Getreidearten im Rahmen des Deifelderſyſtems zurückzuführen ſeien (S. 18). (Nebenbei nur die Tatſache, daß die lettiſchen Volkslieder als undatierbar anzuſehen ſind, da ſich bisher noch niemand der Mühe einer Datierung dieſes kulturgeſchichtlich ſo aufſchlußreichen Materials unterzogen hat.) Nun, eine derartige Argumentation hätte Paſtor Steiks ſeligen Angedenkens wirklich eher angeſtanden.

Das Buch iſt als hiſtoriſch-wiſſenſchaftliche Arbeit aufgezogen. Seitenlange Polemiken werden wieder herübergenommen, die uns nachgerade aus zwei früheren Arbeiten des Verfaſſers genugſam bekannt ſind. War das wirklich nötig? Mußte das Buch wirklich ſo aufgeſchwemmt werden, daß es häufig beinahe ganze Kapitel der „Pagasta vēsture" und der „Agrargeſchichte Lettlands" wieder abdruckt, ohne inhaltlich weſentlich Neues zu bringen? Das Werk iſt bereits wie die „Letten", die jenen feurigen, ſattſam bekannten Aufſatz von Wippers enthielten, als offiziös zu betrachten. Wie lange ſoll das nun noch dauern, daß man ſo vielen Publikationen der lettiſchen Wiſſenſchaft, zumal wenn ſie einen offiziöſen Charakter tragen, mit einem gewiſſen nachſichtigen Lächeln begegnen muß: in Anbetracht, daß . . .? Wie lange will ſich die lettiſche Agrargeſchichtsforſchung noch ſtillſchweigend einer Vorgabe erfreuen? Oder wäre es nicht doch allmählich Zeit, auch mit Arbeiten an die wiſſenſchaftliche Öffentlichkeit zu treten, die nicht nur auf eine nachſichtige Beurteilung angewieſen ſind, ſondern endlich auch einer ſachlichen Kritik ſtandhalten könnten? Wie wäre es, wenn ſich langſam das Beſtreben durchſetzte — auch voll genommen zu werden? H. B.

Zur Ausſtellung „Die Baltiſche Landſchaft"

Im Dommuſeum zu Riga wird eben (bis zum 22. April, täglich von 4—7, Sonntags außerdem von 11—2) eine Ausſtellung veranſtaltet, die es wohl verdient, weiteren Kreiſen bekannt zu werden, zunächſt in der Heimat, dann aber auch draußen überall dort, wo Intereſſe für unſer Land geweckt werden kann. Die Ausſtellung, veranſtaltet vom Baltiſchen Baudenkmälerarchiv in Gemeinſchaft mit dem Rigaer Naturforſcherverein, ſtellt ſich die Aufgabe, ein Geſamtbild der baltiſchen Landſchaft zu bieten, und dieſer Umſtand vornehmlich iſt es, der ihr eine allgemeine Bedeutung verleiht. Wir erleben es immer wieder, wie der baltiſche Heimatbegriff einerſeits eine regionale Verengerung erfährt, andererſeits an unmittelbarer Erlebniskraft Einbuße erleidet. Hier wird in einer Zuſammenſchau von Landſchaftsbildern die ganze alte Heimat zuſammengefaßt, Eſtland und Lettland, Feſtland und Inſeln. Auf 100 Tafeln mit z. T. hervorragenden Lichtbildern (doch auch

manch einer charakteristischen Ansicht aus dem Stavenhagenschen Album) erscheinen alle charakteristischen Formen der baltischen Landschaft: Strand und Dünen; Seen und Flüsse (darunter sehr reizvolle Bilder von kleinen, wenig bekannten Flüssen); Höhen, Hügellandschaften, Sümpfe und Wälder. Der Untertitel der Ausstellung lautet „Der Gutshof, der Bauernhof und die Kirche in der Landschaft". Wir sehen alle für unsere Landschaft charakteristischen Bauformen, wie sie sich dem Wandernden darbieten: Ruinen, Gutshöfe, Zäune, Tore, Alleen, Krüge, Mühlen, Bauernhöfe, Kirchen, Kirchhöfe, nie isoliert, immer in die Landschaft eingeordnet. Hervorgehoben seien auch die vom Staatlichen Denkmalsamt zur Verfügung gestellten lettischen Trachtenbilder.

Wenn es möglich sein sollte, wenigstens einen Teil der Ausstellung auf die Wanderschaft zu schicken, so denken wir dabei außer an die andern Städte der Heimat in erster Linie an die baltische Jugend in Deutschland (z. B. in Misdroy), der auch auf diese Weise ein Stück verlorener Anschauung wiedergegeben werden könnte. Doch auch hier im Lande kann diese Ausstellung manche Anregung bieten und die Bemühungen fördern, namentlich die Jugend der Städte mit dem Lande wieder vertrauter zu machen.

Es ist zu wünschen, daß dieser erste Versuch, um den namentlich Baron Friedrich Wolff-Lettin sich große Verdienste erworben hat, Teilnahme erweckt und Unterstützung findet, damit das Material der Ausstellung vervollständigt und bereichert werden kann. Nach verschiedenen Richtungen hin wäre das entschieden dankenswert. So fällt z. B. die verhältnismäßig geringe Beteiligung estländischer Objekte auf. Wäre es nicht denkbar, daß aus diesem hübschen Anfang eine dauernde Einrichtung hervorginge — ein Bild unseres Landes, das wohl dazu beitragen könnte, uns die entschwindende Heimat wieder und wieder vor die zweifelnde Seele zu stellen.

R. W.

Buchbesprechung

Die Anschlußfrage in ihrer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bedeutung, herausgegeben von Friedrich F. G. Kleinwaechter und Heinz von Paller. Verlag Braumüller, Wien-Leipzig, 1930, XXVII, 656 S.

Zurzeit ist der kühne, aber selbstverständliche Schritt der Regierungen Deutschlands und Österreichs zur Zollunion eine Weltsensation und hat überall leidenschaftlichste Diskussionen ausgelöst. Sofort nach Bekanntgabe des Unionplanes begann, wie zu erwarten war, das wütende Trommelfeuer der Propaganda gegen das Projekt der deutschen Zollunion, und unter Führung Frankreichs erhebt man Protest gegen die „Bedrohung des europäischen Friedens" von Berlin und Wien her. Der französische Außenminister und gute „Paneuropäer", Herr Briand, erklärte sofort: „Wir werden uns mit allen unseren Möglichkeiten der Verwirklichung dieses Unternehmens entgegenwerfen". Difficile est satiram non scribere!

Schon längst ist man zur Erkenntnis gelangt, daß der Paneuropäismus in Frankreich, bzw. bei Briand, nur den Ausbau und die Sicherung der Vormachtstellung Frankreichs will, weiter nichts; es ist dieses ein Pseudopaneuropäismus, der sich europäisch vermummt.

1925 erklärte Stresemann im Reichstag im Zusammenhang mit einem Wirtschaftsabkommen zwischen dem Reich und Österreich: „Trotz aller Hemmungen,

die die Verträge von Versailles und St. Germain uns auferlegen, sind wir entschlossen, alles zu tun, um die Beziehungen eng und innig zu machen. Wir wollen ein Land und eine Wirtschaftsgemeinschaft sein."

Das war die Antwort auf den von Deutschösterreich seit dem Zusammenbruch 1918 immer wieder geäußerten Anschlußwillen. Es schien aber, daß das Genfer Abkommen vom Oktober 1922 zwischen England, Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei einerseits und Deutschösterreich andrerseits den Weg zum Anschluß an das Reich noch einmal, wie schon 1919 im Frieden von St. Germain, versperrte. Die damals von den genannten Staaten gewährte Hilfe wurde zu einer erneuten Erpressung benutzt: Österreich mußte sich noch einmal verpflichten, seine Unabhängigkeit nicht aufzugeben, sich jeder Handlung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Bindung zu enthalten, welche geeignet wäre, diese Unabhängigkeit direkt oder indirekt zu beeinträchtigen.

Doch der Anschlußwille, aus der Not des Daseins und der geschichtlichen Verbundenheit erwachsen, ist nicht gebeugt worden.

„ . . . Lassen sie eine Lücke für uns, daß wir immer hereinkönnen, wir werden kommen, leider vielleicht nicht mehr alle; wir Deutsche Österreichs kommen; wie und wann, wer kann es sagen? Wer kann im Buch der Zukunft lesen? Wir kommen aber!"

Diese Worte aus einer Rede des österreichischen Abgeordneten der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt a/M., Kamillo Wagner (Steyr) vom 11. Januar 1849 stehen als Geleitwort über dem großen Handbuch über das Anschlußproblem, das unlängst erschienen ist.

Friedrich F. G. Kleinwaechter und Heinz von Paller, beide bekannt durch ihren energischen und unermüdlichen Kampf für den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich, haben den glänzend gelungenen Versuch gemacht, den ganzen schwierigen und vielschichtigen Komplex der Anschlußfrage in Verbindung mit etwa 40 Fachleuten aus Österreich, dem Reich, der Tschechoslowakei, der Schweiz, Frankreich und Amerika systematisch zusammenzufassen. Das war notwendig, um Klarheit zu schaffen. Im Vorwort der Herausgeber heißt es: „Unsere Sehnsucht nach Wiedervereinigung quillt aus der Tiefe unseres Zusammengehörigkeitsgefühls. Sie ist daher unabhängig von politischen und wirtschaftlichen Erwägungen. Ihre Erfüllung kann aber nur im Raume politischer und wirtschaftlicher Wirklichkeiten erfolgen. Sie bedarf daher der kühlen vertieften Erfassung dieser Wirklichkeiten, soll sie nicht im luftleeren Raum zerflattern. Nur leidenschaftlicher Wille, gebändigt durch klare Überlegung, kann uns den richtigen Weg zum Ziele führen."

Arbeitet man dieses großangelegte Handbuch durch, dann gewinnt man tatsächlich eine große und klare Übersicht über die geschichtliche Begründung und Bedeutung, über die Notwendigkeit und Berechtigung der Vereinigung, über ihre Hemmnisse und die fördernden Faktoren der staatlichen Neugestaltung in Mitteleuropa; man kommt zur Erkenntnis, daß die Vereinigung Deutschösterreichs mit dem Reich der erste Schritt zu einem neuen Recht ist und daher der erste Schritt auch zu einer Vereinigung der europäischen Völker in einem politischen Bau höherer Ordnung.

Es kann hier nicht der Versuch gemacht werden, auf die einzelnen Beiträge des Buches näher einzugehen und ihre Hauptgedanken zu skizzieren, das würde den Rahmen einer Besprechung weit überschreiten. Es sei nur festgestellt, daß das Niveau des Werkes sehr hoch

ist und daß man es aus der Hand legt mit dem erhebenden Bewußtsein, daß etwas Selbstverständliches, Lebendig-Organisches am Werke ist, wenn von der Anschlußbewegung die Rede ist.

Eine kurze Inhaltsübersicht muß genügen, um den ganzen Reichtum und die Fülle des Werkes anzudeuten.

Die 45 Beiträge des Buches gliedern sich in 18 großen Hauptkapiteln zu einem wahrhaft monumentalen Bau.

Den Auftakt gibt der erste Abschnitt über die historischen Grundlagen des Anschlußproblems. Hier sind in erster Linie die Aufsätze über die „geschichtliche Funktion des alten Österreich" von Brunner-Wien, über den „großdeutschen Gedanken in der österreichischen Geschichte" von Bauer-Wien, über die „Entstehung der Anschlußfrage als Problem der europäischen Politik" von Paller-Klagenfurt und über „Deutschösterreichs Kampf um das Selbstbestimmungsrecht bis zu den Genfer Protokollen" von Kleinwaechter-Klagenfurt zu nennen.

„Die Wiedervereinigung als Rechtsgedanke" behandelt sehr schön Eibl-Wien. Es folgen ferner Berichte über „Europa und die Anschlußfrage" in einer Reihe von Aufsätzen, aus denen die von K. v. Loesch (Paneuropa und der Anschluß) und von Prinz Rohan (Die Großmächte und die Anschlußfrage) besonders hervorzuheben sind.

Vielleicht am eindrucksvollsten ist das Kapitel über die „großdeutsche Kultureinheit", das von einem wundervollen Aufsatz Kleinwaechters über den „deutschen Menschen im großdeutschen Raum" eingeleitet und einem nicht minder tiefen Beitrag von Bornhausen-Breslau über den „Anschluß als Ausdruck volksdeutscher Kulturgestaltung" abgeschlossen wird.

Es folgen Abschnitte über die Stellung der politischen Parteien zur Anschlußfrage, über die großdeutsche Wirtschaftseinheit, über die Anschlußfrage als Wirtschaftsproblem, ferner als soziales und soziologisches Problem. Sehr instruktiv ist das Kapitel über die Angleichung auf den Gebieten des Rechts, der Verwaltung des Unterrichtswesens und der Volksbildung, der Sozialpolitik usw. Ausgezeichnet lichtvoll sind weiter die Ausführungen über die Wege zum Anschluß vom Standpunkt des Völkerrechts und über den Anschluß als innerdeutsches staatliches Problem.

Sehr dankenswert sind zum Schluß zwei Aufsätze über die Organisationen für den deutsch-österreichischen Zusammenschluß und über die Pressestimmen des Auslandes zur Anschlußfrage.

Unentbehrlich ist in Zukunft das erschöpfende Literaturverzeichnis zur Anschlußfrage. Ausgezeichnete Karten bieten eindrucksvollste Anschauung.

Alles in allem ein großartiger Beitrag zur Frage der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Neugestaltung Europas. Und man ist stolz, daß diese Tat aus deutschen Köpfen und Herzen erwachsen ist.

Der Anschluß m u ß Wirklichkeit werden, er wird es!

„Die Zukunft decket
Schmerzen und Glücke,
Schrittweis' dem Blicke,
Doch ungeschrecket
Dringen wir vorwärts.
— — — — — —
Wir heißen euch hoffen!"

Ernst Knorr

Das St. Gertrud-Heim 1906 bis 1931. Zweite erweiterte Auflage. Von D. Oskar Schabert. Riga 1931, 40 S.

Der weit über die baltische Heimat hinaus bekannte Verfasser gibt in dieser kleinen Schrift, die zur Feier des 25-jähr. Bestehens des Heims seiner Gemeinde in einer erweiterten Fassung erschienen ist, ein anziehendes Bild von der Erbauung, den Schicksalen und der Bestimmung des Heims. Unter Schwierigkeiten und Opfern ist das Heim im Kellergeschoß der Rigaer deutschen St. Gertrud-Kirche 1906 erbaut, 1908 und 1914 erweitert und ausgebaut worden, um dann vor allem den verschiedensten Zwecken des außergottesdienstlichen Gemeindelebens zu dienen. Der Krieg brachte vielerlei Störungen und Hindernisse. In der Bolschewistenzeit wurde das Heim nach und nach vollständig ausgeraubt. Diese dunklen Monate aber haben auch weitere Kreise der deutschen Bevölkerung Rigas weit über die St. Gertrud-Gemeinde hinaus mit dem Heim vertraut werden lassen. Am frühen Morgen fanden hier täglich — da in den Schulen verboten — Schulkinder-Morgenandachten statt, die wohl allen, die damals an ihnen teilnahmen, unvergeßlich sein werden. Infolge der bolschewistischen Zeitrechnung war es zwei Stunden früher als gewöhnlich und in jenen Winter- und Vorfrühlingsmonaten noch völlig Nacht. Was bedeutete damals ein Morgen, dem eine unbedrohte, ungestörte Nacht vorangegangen war! Auch die in das Heim verlegten Sonntagsgottesdienste wurden Sammelpunkte über den Kreis der Gemeinde hinaus.

Heute dient das Heim wieder dem Gemeindeleben, das in seinen vielen reichentwickelten Zweigen hier eine schöne, vertraute Stätte hat. In der Einführung spricht der Verfasser der Schrift vom Kern der Gemeinde, dem eigentlichen Träger des christlichen Gemeindelebens, und sagt über ihn: „Die Grenze zwischen der Kerngemeinde und der andern Gemeinde muß offen bleiben, sonst träte sektenhafte Enge ein. Die Aufgabe der Kerngemeinde ist nicht, geistlich zu genießen, das führte zum Pharisäertum, sondern zu arbeiten, das erhält in der Demut." Dieser Arbeit, soweit sie äußerlich begonnen werden muß, dient das Heim. Die Notwendigkeit der Arbeit ergibt sich aus den Ausmaßen der Entkirchlichung.

Viele Anregungen zum Ausbau der Gemeindearbeit sind von der St. Gertrud-Gemeinde ausgegangen. Auch dies Büchlein geht nicht nur die Glieder der St. Gertrud-Gemeinde an, sondern alle, denen am Leben baltischer evangelischer Gemeinden gelegen ist.

R. W.

Die Mitarbeiter dieses Hefts:

Dr. F. Worms, Misdroy / Lic. V. Grüner, Riga / Professor Dr. H.-J. Seraphim, Rostock / Dr. L. von Middendorff, Dorpat / G. Schröder, Berlin / E. Knorr, Riga.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Reinhard Wittram

Die lettische Presse

Von * *

Lettland — mit seiner Bevölkerung von nicht vollen zwei Millionen, von denen rund 350,000 als zur Hauptstadt Riga gehörig gerechnet werden können; mit einem knappen Dutzend von Städten im eigentlichen Sinne dieses Wortes; einem weiten Gebiet im Südosten, das kulturell stark rückständig ist und einen denkbar schlechten Boden für die Verbreitung einer Tagespresse abgibt; ein Land, in dem vor den großen politischen Umwälzungen am Ausgange des Weltkrieges das Gros der Bevölkerung für Zeitungen und Pressepolitik herzlich wenig Interesse besaß — Lettland besitzt heute rund hundert Zeitungen und zweihundert Zeitschriften. Der im Laufe der Jahre 1920—1925 ungemein rasch entwickelten Presse des Landes sind auf allen Gebieten des politischen, nationalen und kulturellen Lebens wesentliche Aufgaben zugefallen, deren Kreis bedeutend weiter gesteckt ist als die Aufgabenkreise der Presse in den alten Kulturstaaten. Eine solche Entwickelung wird uns nicht wundernehmen, wenn wir uns über ihre natürlichen Grundlagen, im Gegensatz zu den oben angeführten Momenten, genügend klar werden.

Die Ideologie, auf welche sich die Gründer des heutigen lettländischen Staatswesens stützten, als sie es 1918—19 ins Leben riefen, ist eine eminent demokratische. Wir werden uns davor hüten müssen, ihre Bedeutung zu unterschätzen gegenüber den äußeren Umständen, welchen die Möglichkeit der lettischen Staatsgründung zu verdanken ist. Sie wandte sich tatsächlich — was bei zahlreichen anderen Staatsgründungen und Gebietserweiterungen nicht festgestellt werden kann — vor allem an das Volk, in dessen Namen sie sprach. Sie wandte sich erst in zweiter Linie an äußere Mächte, von denen sie Förderung und Unterstützung erhoffen konnte. Sie ist sehr viel weniger abhängig von den westeuropäisch-amerikanischen Losungen jener Zeit gewesen, als das sonst allenthalben der Fall war (mit alleiniger Ausnahme wohl Finnlands), — und das Organ, dessen Vermittlung sie in Anspruch nahm, das sie sich vielmehr erst schaffen mußte, war eine nationale Presse. Militärisch-diktatorische

Gedankengänge waren ihr von vornherein fremd, was angesichts der damaligen Zustände im Lande als ein interessanter Umstand bezeichnet werden muß; ein militärisches Regime hat denn auch seit der Vertreibung der Bolschewisten keinen Augenblick mehr bestanden; trotzdem vollzog sich die Übernahme der Behörden durch die im innerpolitischen Kampf siegreichen lettischen Gruppen nahezu reibungslos und mit großer Schnelligkeit, ungeachtet des offenbaren Mangels an geeignetem lettischen Personal.

Der äußere Ausdruck, die Trägerin und Verbreiterin dieser auf den nationallettischen Staat und seine Gründer eingestellten Gesinnung war die Presse. In ihr begegneten sich zwei Strömungen: die abwärts gerichteten Bestrebungen der Führer, die in der Zeit der Wirren die Vertretung des lettisch-nationalen Staatsgedankens übernommen hatten, und das Aufwärtsdrängen derer, die sich in den Besitz der ihnen zugefallenen Rechte zu setzen trachteten. In beiden Strömungen finden wir je ein Moment, welches dazu beitrug, die Presse zum politischen Universalinstrument im neuen Staatswesen zu machen.

Die aktiven lettisch-nationalen Führer waren fast ausnahmslos wenigstens zum Teil Presseleute, im weiteren Sinne dieses Wortes, Männer der Feder mehr als öffentliche Redner, an denen das Volk bis auf den heutigen Tag arm geblieben ist. Die emporbringenden Elemente aus dem Volke andererseits waren in ihrer überwiegenden Mehrheit relativ links orientiert, zum großen Teil hervorgegangen aus der revolutionären Bewegung von 1905. Und die Presse war in allen Ländern von jeher das Lieblingskind revolutionärer Strömungen. Hinzu kommt, daß die 1905-er — aber auch die damals abseits stehenden Angehörigen der rechtsgerichteten Intelligenz — überwiegend aus Halbliteratenkreisen kamen, als Lehrer, kleine Schriftsteller, Winkeljournalisten u. a. m., deren natürliches Ausdrucksmittel ebenfalls die Presse war. Was es an Versammlungen, Umzügen, Meetings u. dgl. in der Gründerzeit gab, ist — abgesehen vom offiziellen Volksrat und der Konstituierenden Versammlung — nicht eigentlich der Rede wert; und auch in den beiden genannten Körperschaften spielte das vor der Versammlung gesprochene Wort des Redners von vornherein keine irgend nennenswerte Rolle; Entscheidungen fielen (und dieser Überlieferung ist der lettländische Parlamentarismus treu geblieben) in persönlichen Zwiesprachen und Besprechungen im kleinen Kreise. Gelegentliche Reisen der Führer aufs flache Land trugen wohl zur Volkstümlichkeit des Betreffenden

bei; infolge der Abneigung des Letten — vor allem des lettischen Bauern —, Versammlungen beizuwohnen, auf denen er selbst nichts zu sagen hatte, und seiner Hinneigung zum gedruckten Wort blieb und bleibt die Presse das hauptsächliche Mittel zur Verbreitung von Ideen, Meinungen und Anregungen.

Die innerpolitisch-administrative Aufgabe der Staatsgründer war, wie wir bereits Gelegenheit hatten anzudeuten, weder umfangreich noch besonders schwierig. Man verfuhr entweder nach dem Schema der westeuropäischen Demokratie oder übernahm — zum weitaus wesentlicheren Teil — die alten Behörden, ohne sich weiter die Mühe zu geben, etwas Neues, dem Charakter des Landes besonders Angemessenes zu schaffen. Umso umfassender waren die Ziele, die man sich auf kulturellem Gebiete steckte. Hier kennt der Ehrgeiz des Letten keine Grenzen; er denkt nicht daran, auf Gegebenem zu bauen, sondern identifiziert bescheidene Anfänge ohne Zögern mit höheren Phasen der Entwicklung, indem er sie für deren Rahmen aufbläst oder auseinanderzieht und die immer noch verbleibenden Lücken mit ad hoc geschaffenem Material füllt. Gute zwei Drittel dessen, was von den Letten heute als lettische Literatur bezeichnet wird, ist nichts als provinzielle Zeitungsfeuilletonistik, der häufig selbst elementare literarische Qualitäten abgehen. Die lettische Literatur in ihrem heutigen Rahmen verdankt der Zeitung ihren Ursprung; sie ist ihr dafür dankbar geblieben, und zwischen dem Schriftsteller und Journalisten besteht bis heute in Lettland keine eigentliche Grenze. Äußere Umstände — vor allem die Unmöglichkeit selbst für Leute mit innerhalb des Landes klingenden Namen, sich als freie Schriftsteller oder Dichter allein eine noch so bescheidene Existenz zu schaffen — fesseln den lettischen Literaten, mindestens im Nebenberuf, wenn nicht an die Tagespresse, so an Zeitschriften aller Art. Ein solches Verhältnis drückt seinerseits das Niveau der literarischen Produktion unvermeidlich herab. Alles, was sich über dieses Niveau hinaus entwickeln will, hängt von den Mitteln ab, die der Staat — oder, in diesem Falle, richtiger die Parteien — für die betreffenden kulturellen Zwecke zur Verfügung stellen — Mittel, die im Laufe der Zeit Monopolbesitz einer Anzahl halboffizieller Staats- und Volksdichter geworden sind und der eigentlichen literarischen Entwicklung mehr und mehr entzogen werden.

Als Kulturträgerin, vor allem als materielle Grundlage literarischer Betätigung, ist die lettische Presse eine umfassende nationale

Angelegenheit, in einem in alten Kulturstaaten nicht bekannten Sinne.

* * *

Wir sind in der Lage, die heutige lettische Presse, genauer die hauptstädtische Presse, in drei große Gruppen einzuteilen und zugleich festzustellen, daß diese — sonst in allen national einheitlichen Ländern anwendbare — Teilung sich auf die Minderheitenpresse nicht übertragen läßt. Zur ersten Gruppe gehören die rein politischen Organe, d. h. die Organe der politischen Parteien. Die große Anzahl solcher Zeitungen beruht auf der ungeheuerlichen parlamentarisch-politischen Zersplitterung der Bevölkerung des Landes, die sich uns jeweilig anläßlich von Wahlen — besonders der Parlamentswahlen — in geradezu erschreckendem Lichte zeigt. So schnellt denn auch die Anzahl der Zeitungen in den Monaten vor den großen Wahlen jedesmal sprunghaft hinauf, um gleich danach noch plötzlicher wieder abzusinken. Wir lassen bei unserer Betrachtung diese ephemeren Preßerscheinungen von vornherein aus dem Spiel, da ihnen weder als politischen, noch als öffentlichen, noch als Organen der Presse schlechthin irgendwelche Bedeutung innewohnt. Sie bieten zudem auch journalistisch keinerlei Interesse.

Es sind aber nicht nur die regelmäßig sich wiederholenden Wahlen, die eine Anregung in die Welt der Zeitung tragen, sondern jeweilig auch politische und nationale Tagesfragen, zum großen Teil von eben derselben Presse in die Welt gesetzt. Wir haben darunter vor allem zwei erlebt, die für das Deutschtum von besonderem Interesse waren: die Frage des Sondergesetzes betreffend Landzuteilung an die Landeswehr und die zurzeit schwebende Frage des Besitzes der Domkirche, von denen die letztgenannte in engstem Zusammenhang mit den Wahlen dieses Jahres (den bereits stattgehabten Rigaer Stadtwahlen und den Parlamentswahlen im Herbst d. J.) steht. Beide Fragen haben Wellen von nationalem Chauvinismus durch die lettische Presse gehen lassen; die letzte hat uns die überragende Bedeutung der nationalistischen Losung für die politische Presse des Landes zum dritten Mal greifbar vor Augen geführt. Sie hat uns von neuem die Ansicht aufgedrängt, daß (und zahlreiche lettische Politiker vertreten, oft uneingestandenermaßen, diese Ansicht) das an sich schwache Nationalbewußtsein des lettischen Volkes, soll es dauernd erhalten werden, offenbar am Gegensatz zu den Minderheiten wach gehalten werden muß. Wir dürfen dabei zum Vergleich an die recht offene Äußerung des litauischen Professors

Woldemaras einem amerikanischen Journalisten gegenüber denken: „Wir brauchen Wilna in polnischen Händen, um am litauisch-polnischen Gegensatz den litauischen Nationalstaat lebendig zu halten; denn schwindet das nur an diesem Gegensatz aufrecht zu erhaltende litauische Nationalbewußtsein, so ist es wohl um den litauischen Staat bald geschehen." — Die letzterwähnte Befürchtung freilich fiele für Lettland fort, das auch als Nationalitätenstaat in seiner Existenz genügend konsolidiert wäre. Im übrigen aber liegen die Dinge ähnlich hier wie dort. Das nationalistische Element ist zudem, von der gemeinsamen Defensive nach Osten abgesehen, das einzige, was die lettischen bürgerlichen Splitterparteien in vielen entscheidenden Augenblicken einen kann, und könnte unter gewissen Voraussetzungen auch aus diesem Grunde, besonders in seinem Ausdruck in der Presse, eine positive Bedeutung haben.

Die zweite Gruppe umfaßt die Zeitungen, die nicht von bestimmten politischen Parteien herausgegeben werden, sich jedoch in ihrer politischen Richtung mit solchen im wesentlichen decken, ja, sich zeitweise geradezu als Parteiorgane gebärden. Zu dieser Gruppe gehören die beiden größten lettischen Tageszeitungen. Die Blätter dieser Gruppe stehen auch rein journalistisch und zeitungstechnisch weitaus an der Spitze der lettischen Presse. Der großen Masse der lettischen Leserschaft, die garnicht in der Lage ist, sich mit einem engumrissenen Parteiprogramm solidarisch zu erklären, und es durchaus nicht wünscht, die Dinge immer nur durch eine offizielle Parteibrille meist krasser Färbung zu sehen, sind diese Art Zeitungen eine willkommene Lektüre, nicht zuletzt auch weil sie die einzigen lettischen Blätter sind, die tatsächlich laufende umfassende Berichterstattung treiben.

Die dritte Gruppe — die eigentlich parteilosen Zeitungen — ist die am wenigsten bedeutende. Zu ihr gehören einige wenige hauptstädtische Blätter, jedoch ein sehr beträchtlicher Teil der Provinzpresse. Eine gewisse Anlehnung an politische Gruppen in der einen oder anderen Richtung ist freilich auch hier stets zu finden.

* * *

Das journalistische Niveau der lettischen Presse muß als im allgemeinen auf einem gewissen Durchschnitt stehend bezeichnet werden. Besitzen viele Zeitungen auch einzelne in journalistischer Hinsicht verhältnismäßig nicht unbedeutende Mitarbeiter und einen ausreichenden technischen Apparat, so verfügt das Re-

daktionspersonal im allgemeinen noch nicht über eine ausreichende allgemeine und einschlägige Ausbildung. Wenn irgend, so macht sich hier das heutige Leiden junger Gemeinschaften mit nationalstaatlichen Ambitionen, das allenthalben herrschende Halbgebildetentum, in auffälligster und aufdringlichster Weise breit. Auch die Kenntnis der beiden anderen Landessprachen — des Deutschen und Russischen — geht unter der jungen lettischen Generation zusehends verloren. Die bis vor einigen Jahren in dieser Richtung arbeitende Schulpolitik hat wohl ihre gefährlichsten Irrtümer eingesehen und dem schulmäßigen Unterricht in den beiden Sprachen neuen Ansporn gegeben; die Folgen dieser Umstellung werden sich aber allenfalls erst eine Generation später bemerkbar machen. Bis auf weiteres sind die Zustände in dieser Hinsicht beklagenswert und tun insbesondere der Berichterstattung dauernd den schwersten Abbruch. Im übrigen hat hier, wie auf allen Gebieten, eine zu rasche, oft forcierte Entwickelung in die Breite nur sehr langsam wiedergutzumachenden Schaden angerichtet. Als erschwerendes Moment tritt hinzu, daß wirksame Kritik ausländischerseits oder, was wichtiger ist, eigene Kritik an Hand ausländischer Maße, ausgeschlossen erscheint, jene, weil Kenntnis des Lettischen bei Nichtletten außerhalb der Landesgrenzen fehlt, diese, weil die überwiegende Menge der lettischen Redakteure nicht in der Lage ist, die Presse des Auslandes ohne großen Zeitverlust zu studieren und sich so ein Vergleichsmoment zu beschaffen. Schließlich gibt man sich im Auslande, ebenso wie bei einem Teil der ausländischen Pressevertreter in Lettland, noch immer einem kaum eingeschränkten Optimismus und vielen Illusionen hinsichtlich des gegenwärtigen Standes der lettischen kulturellen Entwickelung hin, was durch die im Auslande verbreitete rein äußerliche Kenntnis lettischer Verhältnisse zur Genüge erklärt werden kann. Von der lettischen Provinzpresse, die sich ausschließlich an halbgebildetes und gänzlich ungebildetes Publikum wendet, soll hier nicht einmal die Rede sein.

Die große Zahl der im Laufe einer ausschließlich extensiven Entwickelung entstandenen lettischen Presseorgane braucht um Stoff für ihre Leser nicht in Verlegenheit zu sein. Das innere öffentliche Leben des Landes bietet ihn im Überfluß. Die Praxis, auch kleine und kleinste Dinge des staatlichen, völkischen, wirtschaftlichen, sozialen und geistigen Lebens, nicht zuletzt auch des Privatlebens und der Privatgeschäfte von Männern der Öffentlichkeit vor das öffentliche Forum zu ziehen, verdankt zum großen Teil der Presse ihre Ent-

stehung. Werden doch etwa bei Etatsberatungen im Parlament selbst kleinste Summen für bestimmte Zwecke zum Gegenstand langatmiger Diskussionen gemacht. In bestimmten hauptstädtischen Blättern und in den meisten Organen der Provinz nehmen derartige Erörterungen einen breiten Raum ein. Der Rest verteilt sich zu annähernd gleichen Teilen auf Wirtschaft, Reportage, Hauptereignisse und Leitartikel (einschließlich artikelmäßiger Ausführungen), wobei zu bemerken ist, daß privatwirtschaftliche Fragen im Wirtschaftsteil der Zeitungen bei weitem nicht den Raum einnehmen, der ihnen ihrer Bedeutung nach zukäme. Die stets lebendigen monopolistischen Bestrebungen des Staates tun hier ein übriges.

Die Auflageziffern der hauptstädtischen Blätter liegen im allgemeinen zwischen 25,000 und 5000, jedoch erreichen die beiden großen Blätter der Gruppe zwei (s. o.), die „Jaunakàs Sinas" und die „Pehdejâ Brihdî", 140,000 bzw. 60,000. Am kleinsten sind naturgemäß die Ziffern der Organe der kleineren politischen Parteien, die im allgemeinen knapp einige Tausend, und die der mittleren und kleinen Provinzblätter, die kaum einige Hundert erreichen.

Bei weitem der kleinste Teil der lettischen Zeitungen sind Tageblätter. Die meisten Provinzblätter erscheinen wöchentlich einmal; einige zweimal; nur einige wenige täglich (in Libau und Mitau). Im allgemeinen läßt sich eher eine Tendenz zur Verlängerung der Periode bemerken als umgekehrt.

* * *

Die bei weitem wichtigsten lettischen Blätter der ersten Gruppe (Parteiblätter) sind das Organ der größten bürgerlichen Fraktion, des seit zweieinhalb Jahren im Staate führenden Bauernbundes, die Brihwà Seme („Freies Land") und die Zeitung des kleinen Nationalen Blocks, der Latvis („Lette"). Beide Blätter erfreuen sich einer weit über das Parteimilieu hinausreichenden Verbreitung in Stadt und Land. Sie zählen zu dem halben Dutzend hauptstädtischer Zeitungen, deren Verbreitung in der Provinz die größeren provinziellen Organe nicht zu einem Leserkreis außerhalb der betreffenden städtischen Gemeinde kommen läßt und sie dementsprechend in ihrer Entwickelung stark behindert. Der Bauernbund ist längst keine Bauernpartei mehr, sondern verkörpert recht eigentlich die mit ländlichem Besitz verwurzelte, in Lettland zurzeit tonangebende neue lettische Bourgeoisie, die Trägerin so gut wie aller kennzeichnenden Eigenschaften der neuen lettischen Gesellschaft,

die neben der Sozialdemokratie die Wahlen „macht". Der Nationale Block umfaßt zum Teil den weiter rechts, nationalkonservativ gerichteten Teil derselben Gesellschaft, zum Teil nähert er sich ihm. Seine Stellungnahme zugunsten der Besitzer im gegenwärtigen Domkirchenstreit im Gegensatz zu den breiten Schichten um den Bauernbund kennzeichnet die Gesinnungsart dieses sonst grundsätzlich keineswegs minderheiten- oder auch deutschfreundlichen Teiles der älteren lettischen Gesellschaft.

In der Reihenfolge ihrer Bedeutung nehmen das Organ der linken Nationalisten Latweeschu Balss („Stimme der Letten"), Zentra Balss („Stimme des Zentrums"), Latwija („Lettland"), Taisniba („Gerechtigkeit") und Dsintarseme („Bernsteinland") auf der nichtsozialdemokratischen Seite die nächsten Stellen ein. Mit Ausnahme der erstgenannten, die dem Domkirchenstreit ihre Gründung verdankt und als Sonntagsblatt rasch einen weiten Leserkreis gefunden hat, ist die Verbreitung dieser Zeitungen auf ein städtisches Parteimilieu beschränkt, ohne nennenswerte Mengen der betreffenden Wähler in den kleinen Städten und auf dem flachen Lande zu erfassen. Die Partei des Demokratischen Zentrums stützt sich immer mehr, in letzter Zeit fast völlig, auf die der zweiten Gruppe angehörenden „Jaunakàs Sinas", und die zweimal wöchentlich erscheinende „Zentra Balss" ist nur noch parteioffizieller Anzeiger. Die „Latwija" ist das Organ der Neusiedlerpartei des Abgeordneten Blodneeks, die „Taisniba" dasjenige der Partei „der durch das (Devalorisations-) Gesetz vom 18. März geschädigten" Wertpapierbesitzer. Da die tatsächliche Mehrzahl dieser Besitzer den Minderheiten, vor allem aber dem Deutschtum angehört, so beruht die Bedeutung dieser Partei lediglich auf ihrer einzigen Stimme im Parlament.

Auf dem linken Flügel herrscht, wie fast in allen europäischen Ländern, unumstritten das Blatt der Sozialdemokratie, auch in Lettland der größten Fraktion des Parlaments, der Socialdemokrats. Er nimmt sich um einige Schattierungen mehr linksgerichtet aus als der Berliner „Vorwärts", sowohl der Doktrin als vor allem dem Tone nach. Die Sozialdemokratie hat dafür gesorgt, daß in allen größeren Orten der Provinz eigene Parteiblätter ins Leben gerufen worden sind, von denen das wichtigste das erste sozialdemokratische Organ Lettlands, die Libauer Strahdneeku Awise („Arbeiterzeitung") ist. Sämtliche sozialdemokratischen Zeitungen im Lande sind streng parteipolitisch geleitet und rein journalistisch völlig bedeutungslos.

Eine legale kommunistische Presse gibt es in Lettland nicht. Eine kommunistische Partei besteht im Parlament als „Arbeiter- und Bauernfraktion", jedoch ist kommunistische Propaganda in Lettland als staatsfeindlich untersagt, umsomehr als die lettländischen Kommunisten (zu einem nicht unbeträchtlichen Teil Russen) durchaus offen das politische Aufgehen des Landes in der U. S. S. R. predigen. Von Zeit zu Zeit tauchen besonders in Riga vorschriftsmäßig gemeldete kommunistische Organe auf, die jedoch fast immer schon mit der ersten oder zweiten Nummer beschlagnahmt werden, um nach einiger Zeit unter anderem Namen für wenige Tage wieder in Erscheinung zu treten.

Zur zweiten Gruppe gehört das weitaus verbreitetste Blatt des Landes, die Jaunakàs Sinas („Neueste Nachrichten"). Es baut seine Tätigkeit und Verbreitung auf rein journalistischen Grundsätzen auf und ist auch finanziell als größtes Inseratenblatt ausgezeichnet fundiert. Es ist in erster Linie stets bemüht gewesen, dem Sensationshunger der Straße nach Möglichkeit weitestens entgegenzukommen. Seiner Politik hat es eine im Verhältnis zu der Bevölkerungszahl des Landes erstaunliche Auflageziffer — gegen 140,000 — zu verdanken, da es — oft neben anderen Blättern — von sämtlichen Lesern, lettischen und nichtlettischen, gekauft wird. Politisch haben die „Jaunakàs Sinas" mit den Jahren völlig eine linksdemokratische und nationalistische Richtung eingeschlagen und sind damit zur hauptsächlichsten Stütze des Demokratischen Zentrums und der nationalistischen Linken geworden; weniger dadurch, als infolge ihrer geschäftlichen Vormachtstellung haben sie sich in allen anderen Lagern erbitterte Feinde geschaffen, und es spricht für die Oberflächlichkeit solcher politischen und Pressefehden in Lettland, daß dieser Umstand der Verbreitung des Blattes in keiner Weise Abbruch tun konnte, trotz technischer Fehler in der Zusammenstellung des Textes, Überfüllung mit Inseraten u. a. m. Das Blatt ist stets reich illustriert und gleichzeitig die billigste Zeitung des Landes.

Den „Jaunakàs Sinas" folgt in derselben Gruppe als nächstbedeutendste lettische Tageszeitung die Pehdejâ Brihdî („Im letzten Augenblick"). Um dieses Blatt herum haben sich in kurzer Zeit die verschiedensten gegensätzlichen Strömungen gruppiert. In ihm begegnen sich zwei heute in der lettischen Öffentlichkeit besonders hervortretende Grundtendenzen: erstens steht es dem Bauernbunde politisch und wohl auch persönlich nahe, zweitens ist es (neben den „Jaunakàs Sinas") der erste Träger des gegen das bodenständige

Deutschtum gerichteten extremen lettischen Nationalismus. Es gehörte zu den Vorkämpfern gegen die Landzuteilung an frühere Angehörige der Baltischen Landeswehr auf Grund des Gesetzes über die Versorgung der Freiheitskämpfer mit Landbesitz aus dem staatlichen Fonds; es wurde das Organ der geistigen Urheber des Gesetzes über die Enteignung der Rigaer Domkirche. Nebenbei jedoch ist es in einem ganz andern Sinne in hohem Maße beeinflußt: es hat sich für Litauen stets zum Sprachrohr einer scharf antipolnisch eingestellten baltischen Politik gemacht und sich in einen entschiedenen Gegensatz zu allen antibolschewistischen Tendenzen im Lande gestellt, der aus nationalistischer Feindseligkeit gegenüber der russischen emigrantischen Minorität allein wohl nicht erklärt werden kann. Alles in allem genommen stellt das Blatt eine der interessantesten, wenn auch am wenigsten erquicklichen Erscheinungen der lettischen Journalistik dar. Und die „Pehdejâ Brihdî" könnte — ließe sich nicht auf die erwähnte außerordentliche Oberflächlichkeit der Gegensätze innerhalb der lettischen Presse hinweisen, auf die, abgesehen vom Materiellen, häufige Gegenstandslosigkeit der Spaltungen innerhalb der bürgerlichen lettischen Gesellschaft — häufig zu schwersten Besorgnissen für die Zukunft eines Landes und Gemeinwesens Anlaß geben, dessen exponierte Lage in Anbetracht der steigenden Macht im Osten zunehmende Gefahren zu bergen scheint.

Den Übergang zur dritten Gruppe bildet die Montagszeitung Latwijas Sargs („Hüter Lettlands"), ein Blatt, dessen politische, wirtschaftliche und nationale Einstellung auf der Denkweise der rechtsgerichteten Wirtschaftskreise beruht. Die Vergangenheit des Blattes als Tageszeitung (es hat sich erst seit etwa einem Jahr auf ein wöchentliches Erscheinen beschränkt) liegt ganz weit rechts, in der ständigen Opposition. Es hat diese Stellung, in zunehmendem Maße sich aufs rein Wirtschaftliche einstellend, mit der Zeit aufgegeben, hat aber gleichzeitig stark an Boden verlieren müssen.

Das wichtigste Blatt der dritten Gruppe ist der Latvijas Kareivis („Der lettländische Soldat"), das Militärblatt. Es ist in erster Linie Halboffiziosus des Kriegsministeriums, widmet den größten Teil seiner Spalten militärischen Dingen, verdankt jedoch einer guten Leitung ausgezeichnete Formen und eine wohltuend berührende Zurückhaltung in Tagesfragen. Seinem Inhalt und vor allem seinem Ton nach kann es als Vorbild eines Blattes gelten, das für Heeresangehörige als die überwiegende Mehrheit seiner Leser schreibt.

* * *

Wenn im Vorstehenden versucht worden ist, einen Überblick über die heutige lettische Zeitung zu geben, so scheint damit mehr gezeichnet zu sein als bloß ein Querschnitt durch eine Phase. Es ist, nach allem zu schließen, nicht abzusehen, daß das Gesamtbild der lettischen Presse sich in kommenden Jahren wesentlich ändern könnte — es sei denn, daß das Land von schweren äußeren Erschütterungen nicht verschont bleibt. Die geschichtliche Entwickelung der lettischen Presse erschien klar vorgezeichnet nach der kurzen Periode der äußeren Konsolidierung des Staates; einerseits durch die Gegebenheiten des Charakters von Volk und Land, seines staatlichen Gemeinwesens und der kulturellen und nationalen Verhältnisse innerhalb von dessen Grenzen; andererseits durch das Wesentliche der staatlichen Pressegesetzgebung auf Grund des Pressegesetzes vom Jahre 1924, das im wesentlichen eine Bestätigung und ein formeller Ausbau der bisher über den eigentlichen Rahmen des alten russischen Pressegesetzes hinaus geübten Praxis war. In der Entwickelung vor 1918 lassen sich drei oder vier äußere Etappen unterscheiden: die erste, bis über die Mitte des 19. Jahrhunderts ausschließlich unter direkter deutscher Bildungsführung stehende vom Erscheinen der ersten lettischen periodischen Ausgabe, der Latwiska Gadda Grahmata („Lettisches Jahrbuch") (1797) und der ersten lettischen Zeitung Latweeschu Awihses („Lettische Zeitung") (1822) bis zum Inkrafttreten der neuen Städteordnung mit ihren Wahlen; die zweite bis zur revolutionären Bewegung von 1905; die dritte bis zur deutschen Besetzung 1917/18; die Zeit der deutschen Besetzung. Zwei von den Blättern der ersten Periode verdienen besonderes Interesse: der Mahjas Weesis („Gast des Hauses"), bis 1893 in streng konservativem Sinne geleitet, wird im genannten Jahre durch seinen neuen Redakteur Dr. Sahlit zu einer — soweit als damals möglich — radikalen und nationalistischen Zeitung; die in St. Petersburg 1862 begründete Peterburgas Awihses zählte einige der bedeutendsten lettischen Volksmänner und heutigen Nationalhelden, Krischjahn Waldemar, Juris Alunan und Krischjahn Baron, zu ihren Mitarbeitern, die aus guten Gründen den Schauplatz ihrer Tätigkeit aus den baltischen Provinzen in die russische Hauptstadt verlegt hatten. Die Richtung der „Peterburgas Awihses" ist für die gesamte lettische Presse das Vorbild gewesen, bis zum Erscheinen der von J. Rainis-Pleekschan, dem Sozialdemokraten und später gefeierten lettischen Dichter, geleiteten Deenas Lapa („Tageblatt"), die übrigens nach ihrer endgültigen Wendung zum Sozialismus nach 1905 ebenfalls nach St. Petersburg verlegt werden mußte.

Die Einführung der neuen städtischen Selbstverwaltung in den Baltischen Provinzen verhalf dank dem ihr zugrunde liegenden Wahlsystem der lettischen Presse zu einem bisher nicht gekannten Aufschwung. Der Baltijas Wehstnesis („Baltischer Bote") erreichte denn auch kurz vor dem Kriege eine Auflageziffer von 70,000.

Die Aufhebung der rigorosen Pressezensur nach 1905 trug weiterhin zur Entwickelung der lettischen Presse bei; insbesondere waren es die linksgerichteten Blätter, die den Vorteil ausnutzten. Die Unruhen von 1905 sind ein wesentliches Kapitel der lettischen nationalen Bewegung; wesentlich darum, weil sie ihr den für die ersten Jahre der späteren lettländischen Selbständigkeit ausschlaggebenden sozialistischen Stempel aufdrückten. Die Mehrzahl der während der und seit den 1905-er Unruhen gedruckten lettischen Presseorgane trägt ihn, und es ist den jüngstverflossenen Jahren vorbehalten geblieben, diese Geistesrichtung zwischen den neuen Polen konservativer Staatsbesinnung und bolschewistischer Welt- und Staatsauffassung im allgemeinen auf eine demokratische Mitte zu beschränken.

Der Krieg, der das Land bald zum Schauplatze seiner Ereignisse machte, schließt die dritte Periode ab; die Zeit von der Besetzung Rigas im Herbst 1917 durch die deutschen Truppen bis zu ihrem Abzug Ende 1918 zeigt ein kurzes, aber lehrreiches Zwischenspiel; darauf einzugehen, würde über den Rahmen dieses Aufsatzes hinausgehen. Mit dem Erscheinen des „Latwijas Sargs" auf der einen und der „Strahdneeku Awihse" auf der anderen Seite in Libau zu Ende 1918 beginnt die neue Geschichte der lettischen Presse unter der Provisorischen Regierung; sie bringt eine allmähliche Klärung und Festlegung der Verhältnisse bis 1924. Von da ab sind wesentliche Änderungen nicht mehr eingetreten.

* * *

Das Pressegesetz vom 12. Februar 1924 beruht im wesentlichen auf der bis dahin gültigen russischen Pressegesetzgebung. Andererseits kommen zahlreiche neue Elemente, auf der Idee der völligen Pressefreiheit begründet, in dem Gesetz zum Ausdruck. Es stellt somit eine Mischung aus dem bürokratischen Wesen der früheren Ordnung und liberaldemokratischen Grundlagen dar. Die Erlaubnis zu drucken ist durch die vorherige Anmeldepflicht aller periodischen Presseorgane ersetzt; dem Ministerium des Inneren verbleibt somit in praxi jederzeit die Möglichkeit polizeilicher Kontrolle. Neue Bestimmungen des im Oktober d. J. in Kraft tretenden neuen Strafgesetzes haben einige

weitere Beschränkungen der Pressefreiheit gebracht; daß solche notwendig waren, hat das Beispiel einiger Blätter in den letzten Jahren gelehrt. Eine zügellose Presse ist eine ernste Gefahr für jedes Land; umsomehr für Lettland im Hinblick auf seine bedrohliche Nachbarschaft im Osten und die zunehmende Labilität der Lage in Osteuropa im Zusammenhang mit dem deutsch-polnischen, vor allem aber dem litauischen Problem.

Fremde Einflüsse, die sich z. T. nur indirekt bemerkbar machen, jedoch weitverzweigt bis ins Innerste des lettländischen Gemeinwesens reichen, haben in Lettland von jeher, und sehr natürlicher Weise, eine beträchtliche Rolle gespielt. Es sind vor allem drei Staaten, die versucht haben und stets versuchen, Einfluß auf die lettische Presse zu gewinnen: die U. S. S. R., Polen und Litauen, d. h. die drei außenpolitisch aktiven Staaten des europäischen Ostens. Moskau hat sich stets mit Vorliebe indirekter Mittel zur Förderung seiner Bestrebungen im Auslande bedient; man denke nur an die dunkle Vorgeschichte des lettländisch-russischen Handelsvertrages. Heute bemüht es sich nach Kräften um innerpolitische Trübungen im Lande, um jegliche Art negativer Tätigkeit; jegliche nationale oder persönliche Verhetzung im Lande spielt — gewollt oder ungewollt — das Moskauer Spiel. Es würde hier zu weit führen, die außerordentlich verwickelten Verhältnisse in der baltischen Politik hinsichtlich Litauens näher beleuchten zu wollen; sie finden in der Presse einen an bestimmten Stellen ganz offenbar litauischerseits beeinflußten, z. T. sehr bedenklichen Widerhall. Was schließlich Polen betrifft, so ist es begreiflich, daß auch dieser Staat einige Spalten lettischer Blätter in den Dienst seiner eigenen Blockbestrebungen — die bekanntlich weite Ziele haben — gestellt hat.

* * *

Zum Schlusse sei ein kurzer Überblick über den Stand der Dinge auf dem Gebiet der Zeitschriften gegeben. Aus ihrer großen Anzahl — etwa 200 — kommt einigen 50 größere Bedeutung zu. Auffallend ist das Fehlen politisch-historischer. Alle übrigen Gebiete sind ausreichend vertreten. Fast alle Zeitschriften erscheinen in Riga, nur ein geringfügiger Teil — davon die Mehrzahl religiösen Charakters — in der Provinz. Von den großen Zeitschriften erfreuen sich vor allem die literarischen, der Burtneeks („Literat") und die Daugava („Düna") einer allgemeinen Verbreitung. Besonders die letztgenannte erfreut durch ihr gediegenes Äußere und ihren

reichen Inhalt, der stets das Ausland in den Kreis seiner Betrachtungen zieht.

Beide Zeitschriften sind in der Lage, hinsichtlich ihres Stoffes eine sorgfältige Auswahl zu treffen, und stechen inhaltlich von dem in der Zeitungspresse Gebotenen wohltuend ab. Ihnen folgen unter den Wirtschaftsblättern der ausgezeichnet redigierte Ekonomists des Finanzministeriums und einige ebenfalls gute landwirtschaftliche Zeitschriften. Die dem Gebiet der populären illustrierten Blätter und Magazine angehörenden Organe stehen durchweg unter einem selbst bescheidenen Durchschnitt; demgegenüber stehen die monatlichen Ausgaben des Bildungsministeriums und des Justizministeriums auf einer durchaus befriedigenden Stufe, besonders die letztgenannte, wie denn auch im allgemeinen lettische juristische Zeitschriften und die juristischen Teile der Zeitungen ein erfreuliches Niveau zeigen; das Gleiche gilt von der Statistik, die in Lettland ausgezeichnet organisiert ist, was im Monatsbulletin der statistischen Verwaltung einen sprechenden Ausdruck findet.

* * *

Wir hatten bereits Gelegenheit zu bemerken, daß das Gesamtbild der lettischen Presse allenfalls einer sehr langsamen Evolution unterworfen sein kann; sicher gilt dies für die nächsten Jahrzehnte. Bedauerlicherweise kommt das breite lettische Publikum — auf das die Presse im wesentlichen angewiesen ist — den ernsten periodischen Ausgaben — Zeitungen sowohl wie Zeitschriften — nur wenig entgegen. Ob sich das im Laufe der Jahre bessern wird, muß die Zukunft lehren. Der allzu extensive Charakter der fortschreitenden Volksbildung in Lettland berechtigt nicht zu überschwenglichen Hoffnungen. Ernste lettische Kreise haben die Lage längst richtig erkannt; wenn sie keine Abhilfe schaffen konnten, so liegt das daran, daß nicht sie das alles beherrschende politische Heft im Lande in der Hand halten.

Das Parteiwesen Estlands

III. Die Tragödie der Mittelparteien

Von Siegmund Klau

Den schwachen Punkt in der Front der Parteien bilden, wie meist, so auch in Estland die bürgerlichen Mittelparteien, d. h. jene Parteien, die in sozialer Hinsicht den Mittelstand und das gebildete bzw. halbgebildete Bürgertum, weltanschaulich die klassische Ideologie des Individualismus und des Kults der Einzelpersönlichkeit, politisch den Liberalismus, staatlich den Parteiparlamentarismus repräsentieren und die eigentlichen Träger und Nutznießer des den Schluß der ausgehenden Weltepoche beherrschenden pseudodemokratisch-kapitalistischen Staatssystems sind.

Von den mannigfachen Ursachen, die dazu geführt haben, daß diese das heute herrschende System doch eigentlich ideologisch tragenden Parteien politisch doch so schwach und wenig handlungsfähig dastehen, seien hier nur einige wenige kurz angedeutet. In erster Reihe wäre hierbei die durchweg auftretende starke parteimäßige Zersplitterung innerhalb dieser Gruppe zu nennen. Steigende Bildung — in dem Sinne, in dem dieses Wort heute in der Regel verstanden wird: als Vermögen zu mehr oder weniger selbständigem Denken und Urteilen, verbunden mit dem rationalistischen Glauben daran, daß alle Probleme sich auf einem ausschließlich verstandesmäßigen Wege lösen lassen — ist fast stets auch von einer fortschreitenden Differenzierung in ideologischer und in sozialer Beziehung begleitet. Zugleich mehrt sich mit ihr auch die Zahl der Persönlichkeiten, die nicht geneigt sind, sich in einen herkömmlichen und einheitlichen organisatorischen Rahmen einzufügen, sondern das Bestreben haben, sich möglichst ungehemmt und führend durchzusetzen. Ganz besonders stark muß beides sich natürlich bei solchen Schichten geltend machen, die ohnehin weltanschaulich auf dem Boden des Individualismus und des vermeintlichen „Rechts der Einzelpersönlichkeit" stehen.

In einem scheinbaren Widerspruch dazu steht die Tatsache, daß die programmatischen Unterschiede zwischen den einzelnen Mittelparteien meist nur gering und verwaschen erscheinen. Eingepreßt

zwischen den kollektivistischen Marxismus und die mehr oder weniger stark von kollektivistischen Anschauungen durchsetzten agrarischen und nichtagrarischen Rechtsparteien, steht den Mittelparteien aus dem Spektrum der politischen Forderungen und Standpunkte nur ein verhältnismäßig enger Ausschnitt zur Verfügung, der für die zahlreichen mittelparteilichen Gruppierungen nicht den genügenden Raum bietet, um sie sich programmäßig klar gegeneinander abgrenzen zu lassen. Eine umso stärkere Rolle spielen als Hilfsmittel der gegenseitigen Differenzierung in der Regel parteitaktische und personelle Momente.

Schon aus dem Vorstehenden ist es ferner klar, daß es den Mittelparteien an der Stütze und der Verwurzelung in einer zahlreichen und einheitlichen sozialen Schicht fehlt. Die Schichtungen, die hinter ihnen stehen, sind bis aufs äußerste zerrissen und zerklüftet. Man vergegenwärtige sich nur einmal die vielfachen Gegensätze der Interessen zwischen Handel und Industrie, zwischen Großbetrieben, Kleinbetrieben und Handwerk, Importeuren und Exporteuren, freien Berufen und Beamten, Staats- und Privatangestellten, Zinskapital und Arbeit usw. Jede dieser Gruppen für sich allein ist viel zu schwach, um im Rahmen eines im wesentlichen Maße auf die Zahl gegründeten staatlichen Systems mit so einheitlichen und nach Zahl und Bedeutung starken Schichten, wie denjenigen der landwirtschaftlichen Produzenten und der Arbeiterschaft, mit Aussicht auf Erfolg in Konkurrenz treten zu können.

Diese Zerklüftung, Eigenbrödelei und Undisziplinierthеit der hinter den Mittelparteien stehenden Schichten, verbunden mit ihrer individualistischen, der Einfügung in den Rahmen einer straffen Organisation durchaus abholden Geisteseinstellung, erklären es endlich auch, warum es den bürgerlichen Mittelparteien in der Regel nicht gelungen ist, sich einen straffen und wohlorganisierten Parteiapparat zu schaffen, wie ihn ihre linken Nachbarn stets, die Rechtsparteien zum großen Teil besitzen.

*

Diese allgemeinen Schwächen der Mittelparteien treten infolge einer Reihe besonderer Umstände bei den estnischen Mittelparteien vielleicht noch stärker zutage, als anderweit. Auch hier ist die Zersplitterung des Zentrums weit fortgeschritten. Außer den eingangs genannten allgemeinen Gründen hat hierzu jedenfalls auch noch die Tatsache beigetragen, daß die bisherigen Zielsetzungen der Mittelparteien, die die Hauptträger des Kampfs um die Verselbständigung des Estentums gegen das Deutschtum und das Russentum ge-

wesen waren, durch die Aufrichtung des unabhängigen estländischen Staats erledigt sind, und zwar gerade in einer den Anschauungen und der Denkart der Mittelparteien entsprechenden Weise. Die Mittelparteien haben den bestehenden Staat nach ihrem Bilde geschaffen. Der Marxismus wie die agrarischen Rechtsparteien haben auch in diesem Staat noch unerreichte Ideale und darum auch noch unerfüllte natürliche Aufgaben, die Mittelparteien nicht mehr. Sie mußten sich solche Ideale und Aufgaben also künstlich neu schaffen; und daß dabei die Wege leicht stark auseinandergehen konnten, ist begreiflich. Es wäre vielleicht in geringerem Maße der Fall gewesen, wenn es sich um ein historisch gewordenes und darum dauernd „unfertiges" Staatswesen gehandelt hätte; aber der estländische Staat sprang in „fertig vollendetem" Zustande mit beiden Füßen auf einmal ins Dasein, wie Pallas Athene aus dem Haupte des Zeus; womit freilich keineswegs gesagt sein soll, daß er ein Kunstwerk göttlicher Vollendung darstelle; denn der Zeus, aus dessen Haupt er entsprang, war immerhin auch nur ein mittelparteilicher Zeus.

Ein zweiter Faktor, der die Zersplitterung im Lager der estnischen Mittelparteien steigern half, war das Eindringen des zuerst von den Agrarparteien im politischen Leben zur Geltung gebrachten berufsständischen Gedankens: es begannen auch hier berufsständisch bestimmte Gruppierungen aufzutreten, und ihre Zeit dürfte noch keineswegs vorüber sein. Endlich mußte auch die fortschreitende Degenerierung der estnischen Parteien zu „Beutegenossenschaften" und gegenseitigen Versorgungsanstalten, die wir bereits in unseren früheren Aufsätzen erwähnt haben, in derselben Richtung einwirken: die Führerschicht der bereits bestehenden Parteien mußte in dem Maße, wie jene Entwicklung fortschritt, immer exklusiver bestrebt sein, sich gegen neue Teilhaber an der Futterkrippe abzuschließen, und bald mußte es für ehrgeizige Persönlichkeiten, die nach politischer Geltung — und vielleicht auch nach den damit verknüpften materiellen Vorteilen — strebten, leichter sein, sich eine eigene Partei neuzuschaffen, als innerhalb einer der bestehenden hochzukommen. Daß der Boden für derartige Neugründungen gerade im Gebiet der Mittelparteien besonders günstig sein mußte, ist klar.

*

Gegenwärtig sind in der Estländischen Staatsversammlung folgende Parteigruppen vertreten, die man den Mittelparteien zuzählen kann (von rechts nach links gerechnet):

1. Die Gruppe der „Hausbesitzer, Industriellen, Kaufleute und sonstigen Anhänger des Privateigentums", 3 Mandate; eine berufsständische Gruppe der städtischen privatwirtschaftlichen Kreise. Die Vorgängerin dieser Gruppe, die ein wenig enger umrissene „Hausbesitzerpartei" stand lange Jahre hindurch in engster Verbindung mit dem Bunde der Landwirte, bis dieser unter endgültigem Verzicht auf den Gedanken der großen konservativen Rechtspartei seinen im vorigen Aufsatz näher geschilderten folgenschweren Rückzug aus den Städten aufs flache Land antrat.

2. Die von J. Tönisson geführte „Estnische Volkspartei" (früher Fortschrittliche Partei), 9 Mandate; eine sehr gemäßigt-liberal, wenn nicht heute gar bereits konservativ eingestellte Weltanschauungspartei vom Typus einer persönlichen Gefolgschaft, auf einem ausgesprochen nationalistischen Boden stehend; der von ihr mit Emphase proklamierte „nationale Grundton" ist der Anlaß vielfachen Spottes der anderen Parteien. Die Kreise, die heute hinter der Volkspartei stehen, haben seinerzeit im nationalen Kampf gegen das Deutschtum und Russentum eine nicht unbeträchtliche Rolle gespielt. Charakteristisch für die Partei — soweit die Mittelparteien überhaupt bleibende ideologische Kennzeichen aufweisen — ist eine gewisse Neigung zum Staatskapitalismus und eine enge Verbindung mit dem Genossenschaftswesen; seitdem nach dem erwähnten Rückzuge des Bundes der Landwirte aus den Städten ein Teil der Kreise der städtischen Privatwirtschaft sich der Volkspartei zugewandt hat (wodurch diese als einzige der Mittelparteien in letzter Zeit einen Zuwachs an Mandaten zu verzeichnen hat), wird jene Tendenz freilich in starkem Maße durch die Notwendigkeit des Eintretens auch für die Interessen der Privatwirtschaft neutralisiert. Die Partei, die ihren Hauptstützpunkt in Stadt und Kreis Dorpat hat und daneben, wenn auch in weit geringerem Maße, im übrigen Ostestland (Kreis Wierland, Walk, Werro) und in Reval eine Rolle spielt, hat als einzige der eigentlichen Mittelparteien auch in der Wirtschaft Fuß gefaßt, wenn sie auch keine so ausgedehnte und starke „Parteiwirtschaft" aufzubauen vermocht hat, wie die Agrarparteien.

Mit der Volkspartei haben sich früh die „Radikaldemokraten" des seitdem zu trauriger Berühmtheit gelangten Ado Birk verschmolzen.

3. Die „Christliche Volkspartei", jetzt 4 Mandate; die als eine ausgesprochen klerikale Partei die Interessen der evangelisch-lutherischen Landeskirche vertritt, in Wirklichkeit aber mehr und mehr zu einer Art berufsständischen Partei der estnischen Pastorenschaft und ihres allernächsten Anhangs geworden ist. Die Partei befindet sich seit Jahren in unaufhaltsamem Rückgang und hat allmählich bereits die Hälfte ihrer ursprünglichen Mandatszahl eingebüßt.

4. Die „Arbeitspartei", jetzt 9 Mandate, vertrat in ihren Anfängen den bürgerlichen Radikalismus, sogar mit einem halbsozialistischen Einschlag, indem eine sozialistische Gesellschaftsordnung als das auf dem Evolutionswege zu erreichende Endziel der Entwicklung hingestellt wurde. Die Partei, deren Wählerschaft sich neben einzelnen Kreisen des estnischen Literatentums und der privaten Wirtschaft in starkem Maße aus der Beamtenschaft und den Kreisen des nicht marxistisch eingestellten „kleinen Mannes" in Stadt und Land rekrutierte, ist jedoch von ihrem ursprünglichen Standpunkt im Lauf der Zeit vielleicht noch stärker nach rechts abgerückt als die übrigen bürgerlichen Parteien und hat sich zugleich mehr und mehr zu einer Partei des realpolitischen Opportunismus entwickelt, die sich von der jeweiligen Stimmung der für sie in Betracht kommenden Wählerkreise in ihrer Politik und Taktik sehr stark beeinflussen läßt. Wirtschaftlich schwankt sie zwischen der Vertretung weitestgehender Begünstigung der freien privatwirtschaftlichen Initiative und der Wahrnehmung der damit oft schwer zu vereinbarenden Interessen der Beamtenschaft und des „kleinen Mannes", also des Konsumenten. Diese schwankende Politik dürfte wohl auch die Ursache dessen sein, daß die Partei, die in den ersten Jahren der staatlichen Selbständigkeit Estlands eine große Rolle gespielt hat, dann jedoch allmählich zurückgegangen ist, bei den letzten Parlamentswahlen mit einem Schlage etwa ein Drittel ihrer damals noch vorhandenen Mandate verlor und seitdem bei den Stadt- und Kreiswahlen weitere empfindliche Schlappen erlitten hat. Geographisch liegen die Hauptstützpunkte der Partei in Nord- und Westestland, und zwar vorwiegend in den Städten (Reval, Pernau, Narva, Kreise Harrien und Wierland).

5. Daß die Ansiedlerpartei, obgleich sie im Parlamentssaal ihre Sitze im Zentrum hat, nicht im eigentlichen Sinne den Mittelparteien angehört, sondern den agrarischen Parteien zuzurechnen ist, haben wir bereits im letzten Aufsatz gesehen. Denn die

agrarischen Forderungen und Standpunkte bilden den zentralen und einzig maßgebenden Teil ihres Programms, soweit von einem solchen überhaupt die Rede sein kann. Diese Forderungen und Standpunkte sind aber grundsätzlich in nichts von denen des Bundes der Landwirte verschieden; und in den wenigen Punkten, wo das doch der Fall zu sein scheint (Landwirtschaftskammer, agronomische Beratung), erklärt sich der Gegensatz in offenkundigster Weise nicht durch eine Verschiedenheit der Mentalität, sondern durch rein parteitaktische Erwägungen, durch den Wunsch, sich von der konkurrierenden Partei nicht überflügeln zu lassen, und durch die Abneigung dagegen, sie an den Vorteilen einer errungenen neuen Machtposition teilnehmen oder sie einen von ihr zuerst angesprochenen Vorteil allein genießen zu lassen. Neben diesen agrarischen oder auch speziell auf das engere Interesse des Ansiedlerstandes zugeschnittenen Forderungen und Standpunkten ist für die Ansiedlerpartei alles übrige Beiwerk. Dieses Beiwerk ist freilich unentbehrlich, da ja in der Politik neben den agrarischen Fragen auch noch vielerlei andere Dinge eine Rolle spielen, zu denen man nolens volens irgend einen Standpunkt haben muß. Was lag näher, als daß man diesen Standpunkt den Mittelparteien entlehnte, von denen ohnehin ein Teil der Führerschaft und große Teile der Wählerschaft der Ansiedlerpartei hergekommen waren (speziell von der Arbeitspartei her, für die dieses Entgleiten des Ansiedlerstandes zum Wendepnnkt ihrer Entwicklung und zum Anfange ihres Niederganges geworden ist). In Wirklichkeit aber wird die Politik der Ansiedlerpartei in nicht-agrarischen Dingen meist wohl durch die Kompensationen agrarischer Art bestimmt, die ihr dafür geboten werden. Als eigentliche Mittelpartei kann die Ansiedlerpartei darum kaum bezeichnet werden; die zu diesen hinüberführenden Bindungen lockern sich vielmehr je länger je mehr, und die Ansiedlerpartei rückt weiter und weiter aus der Front der Mittelparteien heraus. Man könnte sie sehr wohl bereits als eine innere Gefahr für die Mittelparteien bezeichnen, die deren Kraft von innen her aufzuzehren droht. Denn wie die Flügel den Mittelparteien allmählich Boden und Mandate abgewinnen, so hat auch der starke Mandatsgewinn der Ansiedlerpartei zum weitaus größten Teil auf Kosten der Mittelparteien stattgefunden. Gegenwärtig verfügen die Ansiedler über 14 Mandate und sind damit nach den Sozialisten und Landwirten die drittstärkste Fraktion des Parlaments.

Mit dieser Aufzählung ist die Mannigfaltigkeit der mittelparteilichen Gruppierungen noch keineswegs erschöpft. Neben manchen

ephemeren Gebilden, die es nie zu politischer Geltung haben bringen können, seien hier von den früheren, im politischen Daseinskampf bereits zugrunde gegangenen Mittelparteien nur die in manchen kommunalen Körperschaften noch fortvegetierende Mieterpartei und die auf den nationalen Chauvinismus und einen etwas fragwürdigen „Kampf gegen die Korruption" gegründete „nationalliberale Partei" genannt, die trotz ihrer unbedeutenden Stärke (4 Mandate) eine Zeitlang eine verhängnisvolle politische Rolle als der böse Genius der Mittelparteien gespielt hat. Die Sprossungskraft des mittelparteilichen Gedankens ist übrigens noch keineswegs erloschen; neben mancherlei „fragwürdigen Existenzen", die in Wahrheit nur unter einem harmlosen Decknamen versteckte Filialen der bereits genannten Parteien sind, die der Zugkraft ihres eigenen Namens nicht mehr recht trauen, scheint sich eine Neuauflage der Mieterpartei in etwas verändertem Gewande, ziemlich sicher aber eine „radikale Partei" anzukündigen; mit welchem Erfolge, muß die Zukunft zeigen.

*

Wenn wir von dieser Heerschau über die mittelparteilichen Kräfte Estlands nun zu den Ursachen ihrer politischen Schwäche zurückkehren, so werden wir feststellen müssen, daß der Spielraum für die ideologische und programmatische Differenzierung der Mittelparteien hier von Anbeginn an und bis auf den heutigen Tag noch beschränkter ist als anderweit. In der Tat ist schon bei der Errichtung des selbständigen Freistaats Estland die Skala der estländischen Parteien enger gewesen, als in den meisten anderen Ländern, weil der rechte Abschnitt des Spektrums — also die im eigentlichen Sinn konservativen Parteien, um von „reaktionären" ganz zu schweigen — von Anbeginn an völlig fehlte. Die Reihe der estnischen Parteien setzte rechts dort ein, wo in älteren Staaten etwa die gemäßigt demokratischen Parteien stehen. Da aber auf der Linken der estländische Sozialismus genau an demselben Punkt steht, wie seine Parteigenossen in den anderen Ländern, nicht etwa weiter links, so ist der für die Mittelparteien verfügbare Teil der politischen Skala in der Tat äußerst beengt. Auch der allgemeine Rechtsabmarsch der estnischen bürgerlichen Parteien, der durch das fortschreitende Rechtsabrücken des Bundes der Landwirte eingeleitet wurde, hat daran nicht viel ändern können. Denn erstens ist auch der Bund der Landwirte nicht über eine Linie hinausgerückt, die in vielen anderen Ländern etwa eine rechtsliberale oder linkskonservative

Gruppe bezeichnen würde; zweitens sind auch die anderen bürgerlichen Parteien dieser Bewegung einfach in der Weise gefolgt, daß sie die verlorene Schulterfühlung nach rechts wiederzugewinnen suchten, sodaß der Lebensraum für die Mittelparteien sich nicht etwa vergrößerte, sondern einfach an ihrer linken Flanke zwischen ihnen und den Sozialisten, an der Stelle, wo sonst der bürgerliche Radikalismus zu stehen pflegt, ein unausgenutztes Vakuum entstand. Auch die unter dem Einfluß der Agrarparteien und ihres unaufhaltsamen Aufstiegs von fast allen estnischen Parteien wie etwas völlig Selbstverständliches übernommene sogen. „Landorientierung", d. h. der Glaube an das absolute Primat des Agrarischen, verbunden mit einer starken Geringschätzung, ja Abneigung gegen die Stadt und alles Städtische, mußte sich unvermeidlich als ein starkes Hemmnis auswirken für klare programmatische Differenzierung der Mittelparteien in dem ihnen noch verbliebenen engen ideologischen Raum.

Die älteren estnischen Mittelparteien gehörten in ihren Anfängen zweifellos dem Typus der reinen Weltanschauungspartei an, d. h. eine jede von ihnen war überzeugt, sich im Alleinbesitz der politischen Wahrheit zu befinden und nicht nur den einzigen, für jedermann gangbaren Weg zur Sicherstellung des staatlichen und völkischen Gesamtwohls zu kennen, sondern auch allein die Panazee zu besitzen, durch die alle die widerstreitenden Interessen der verschiedenen sozialen Schichten und Klassen zu vereinigen und gleichzeitig zu befriedigen seien. Der berufsständische Gedanke als Prinzip der politischen Organisation, wie er nach dem Vorgange des Marxismus zuerst von den Agrarparteien auch in die bürgerlich gesinnten Kreise Estlands hineingetragen worden ist, mußte den Mittelparteien darum als eine greuliche und verderbliche Ketzerei erscheinen, die die Gefahr der Aufspaltung des Staats und des Volks in ein Chaos einander befehdender Schichten und Gruppen und des Ausbruches eines Kampfes aller gegen alle mit sich bringen mußte. Daß dieser organisierte Kampf aller gegen alle, das freie Sich-auskämpfen-lassen der Interessen in Wahrheit nur die folgerichtig erfaßte letzte Konsequenz des dem parteiparlamentarischen System zugrundeliegenden Strukturgedankens ist, ist eine den Mittelparteien ihrer ganzen ideellen Einstellung nach nicht recht zugängliche Erkenntnis. Die estnischen Mittelparteien haben daher Jahre hindurch in erbittertster Weise gegen das berufsständische Prinzip im Parteileben angekämpft. Je länger je mehr

aber erwies es sich, daß dieses bekämpfte Prinzip das an Werbe- und Stoßkraft stärkere war. Die Wählermassen begannen sich mehr und mehr den Parteien zuzuwenden, die einem jeden die unmittelbare Befriedigung gerade seiner wirtschaftlichen Interessen in Aussicht stellten und ihn nicht auf mittelbare Vorteile in einer ferneren Zukunft auf dem Umwege über die Hebung des Wohlstandes der Gesamtheit vertrösteten. In dem Maße, wie es auf diese Weise zutagetrat, daß in einem individualistisch aufgebauten Gemeinwesen der konsequenteste und brutalste Individualismus auf die Dauer stets stärker ist, als selbst die bescheidensten auf eine Unterordnung des Individuums unter die Gemeinschaft gerichteten Bestrebungen, erlahmte der Widerstand der Mittelparteien mehr und mehr; und wenn er in der Theorie auch noch hin und wieder aufflackerte, so sind praktisch heute auch die Mittelparteien von festem Glauben an das Dogma erfüllt, daß eine Partei auf die Dauer nicht lebensfähig sein könne, wenn sie nicht Exponent und Interessenvertreter einer ganz bestimmten sozialen Schicht sei.

Für die Mittelparteien aber war das leichter gesagt als getan. Die praktische Durchführung dieses Grundsatzes stieß bei ihnen auf zwei schwere Hemmnisse: die starke Zerklüftung der hinter ihnen stehenden sozialen Schichten und die Vielheit und Konkurrenz der Parteien selber. Infolge der Zerrissenheit und des Interessenwiderstreits der die Mittelparteien tragenden sozialen Schichten war keine einzige dieser Gruppen stark genug, um allein für sich als Fundament für eine Partei dienen zu können, die eine politische Macht gewesen wäre und ihre politischen Forderungen hätte wirksam durchsetzen können, — was doch Ziel und Daseinszweck einer jeden politischen Partei ist. Die Folge davon war, daß keine der Mittelparteien sich dauernd für eine dieser sozialen Schichten entscheiden konnte, sondern sie alle in dieser Beziehung eine überaus schwankende Haltung aufweisen, bald mit dieser, bald mit jener engere Fühlung suchen, meist aber, mit einem verzeihlichen Rückfall in ihre ursprüngliche Einstellung, bestrebt sind, möglichst viele dieser Gruppen — und womöglich auch noch einen Teil der ihnen eigentlich politisch wesensfremden agrarischen Bevölkerung — hinter sich zu bringen und alle diese widerstreitenden Interessen g l e i c h z e i t i g zu verkörpern und zu vertreten. Bei der Vielheit der Mittelparteien konnte es nicht ausbleiben, daß sich zwischen ihnen ein scharfer Wettbewerb und eine erbitterte Nebenbuhlerschaft um die Gunst der betr. berufsständischen Gruppierungen entwickelte und mehr und mehr in ein

förmliches Meistbot ausartete, in dem die einzelnen Parteien sich die Wahlstimmen der verschiedenen berufsständischen Gruppen zu ersteigern suchen. Infolge der Schwäche der einzelnen Partei und ihrer erbitterten und skrupellosen Konkurrenz um den Wähler konnte hier von einer disziplinierenden und richtunggebenden Führung der Massen, wie wir es bei den starken und selbstbewußten Parteien der Rechten und Linken noch finden, nicht die Rede sein, sondern nur von einem atemlosen Hinterherlaufen hinter den Launen und Wünschen einer „wohlaffektionierten Wählerschaft". So kam es, daß das den Mittelparteien anfänglich fremde berufsständische Prinzip am Ende der Entwicklung gerade bei ihnen die krasseste und brutalste Durchführung gefunden hat, die einerseits in ein demagogisches Hängen des Mäntelchens nach dem Winde, andrerseits bereits in eine unverblümte Protektion der Wünsche und wirtschaftlichen Interessen des einzelnen Parteiangehörigen ausläuft. Auch die Ansiedlerpartei ist in dieser Beziehung den Mittelparteien zuzurechnen.

Es ist nach all dem Ausgeführten begreiflich, warum (mit Ausnahme der Ansiedlerpartei) keine der Mittelparteien bei ihrem unsteten Schwanken einen festen und straffen Parteiapparat hat ausbilden können. Nur derjenige Teil dieses Apparats, der zur Rechtfertigung dieser schwankenden Haltung in den Augen des Wählers und als Angriffs- und Verteidigungsmittel im Kampf mit den anderen Mittelparteien um die Gunst der Wählerschaft schlechtweg lebensnotwendig ist — nämlich die Parteipresse — ist bei allen Mittelparteien gut ausgebaut, weit besser, als bei ihren mächtigen Nachbarn rechts und links.

*

Dieser Einblick in die Ursachen der politischen Schwäche der Mittelparteien läßt zugleich deutlich den Weg erkennen, den sie gehen müßten, wenn sie zu politischer Macht und Stoßkraft gelangen wollen. Es gilt ihre Ideologie klarer und präziser herauszuarbeiten und auszubauen, sich einen festen ständigen Wurzelboden in bestimmten sozialen oder gesinnungsmäßigen Schichten von hinreichender Tragkraft zu sichern und die Parteiorganisation straff und schlagkräftig auszugestalten. All das aber hat zur unerläßlichen Vorbedingung das eine: die radikale Verringerung der Zahl der Mittelparteien, sei es indem sie alle zu einer Organisation zusammengefaßt werden, sei es daß ihre Zahl wenigstens bis auf ein äußerstes

Minimum — etwa 2 Parteien — gebracht wird. Das ist der unerläßliche erste Schritt, mit dem allein jeder Aufstieg anfangen kann.

Es hat an Versuchen in dieser Richtung denn auch nicht gefehlt. Das Einfachste und Nächstliegende wäre die Zusammenfassung der Mittelparteien zu einem Block unter Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Parteien. Ein derartiger Versuch ist in der Tat zur Zeit der II. Staatsversammlung in der Gestalt des „Demokratischen Blocks" gemacht worden, der anfangs auch wirklich eine recht gewichtige Rolle spielte. Die Erfahrung hat jedoch gezeigt, daß infolge der Eifersucht und des unablässigen Kampfes um den Wähler zwischen den einzelnen Parteien ein solcher Block bald durch innere Zwistigkeiten gelähmt wird und keinen dauernden Bestand hat. Ein zweiter Weg wäre die völlige Fusion einzelner Parteien. Auch davon ist immer wieder die Rede gewesen, und die geringen programmatischen Differenzen zwischen den einzelnen Parteien, die Gleichheit ihrer wohlverstandenen Eigeninteressen und die Gleichartigkeit ihres sozialen Hintergrundes scheint diesen Weg verhältnismäßig leicht gangbar zu machen. Aber bei dem Überreichtum der Mittelparteien an Führern und Führerschaftsprätendenten müßte hierbei unvermeidlich ein Teil der Führerschaft abgedankt werden, und dieses Opfer will natürlich keiner gern bringen. Es bleibt also nur noch ein Weg offen: im bitteren Ellbogenkampf ums Dasein möglichst viele der Konkurrenten aus dem Felde zu schlagen und zu vernichten, um sie dann zu beerben; d. h. also der Kampf zwischen den Mittelparteien bis aufs Messer. Das ist der Zustand, wie wir ihn eben haben. Es ist auf diesem Wege einiges erreicht worden; wie eingangs erwähnt, sind nicht nur so manche neuaufkeimende mittelparteiliche Gruppierungen erschlagen worden, ehe sie noch so recht das Licht der Welt erblickt hatten, sondern es ist gelungen, auch ein paar bereits voll ausgewachsene Konkurrenten zu erledigen, und es dürfte noch andere geben, denen dieses Schicksal bevorsteht.

Aber dieses Spiel ist äußerst gefährlich. Nicht nur, daß dieser „Bruderkampf" bis aufs Messer alle Kräfte der Mittelparteien so sehr in Anspruch nimmt, daß ihnen für eine Betätigung auf dem eigentlich staatspolitischen Gebiet weder Zeit noch Raum zu bleiben droht, sondern er muß auch unter dem unablässigen Druck der mächtigen Nachbarn von rechts und links ausgefochten werden, die die Verwirrung ausnutzen, um ungestraft immer weiter ins Gebiet der Mittelparteien vorzudringen, während ihnen von innen heraus die

letzten Endes doch wesensfremde Ansiedlerpartei in der gleichen Weise entgegenarbeitet.

*

Die Situation ist wahrhaft tragisch. Um sich der von innen und außen heranschwellenden Gefahren auch nur notdürftig zu erwehren und das eigene Dasein behaupten zu können, standen den Mittelparteien nur noch zwei Mittel zur Verfügung: für den inneren Kampf zwischen den Mittelparteien die Kunst der Parteitaktik und Parteiintrige bis zu größtmöglicher Vollkommenheit auszubilden und sich dieser Waffe unter Hintansetzung aller anderen Rücksichten und Gesichtspunkte möglichst ausgiebig zu bedienen, um die Gegner aus dem Felde zu manövrieren und sich ihren Schlägen zu entziehen; für den Kampf gegen die Flügelparteien — die Ausschlachtung der eigenen günstigen zentralen Stellung, um in der Hoffnung auf die Unmöglichkeit einer Verständigung zwischen beiden extremen Parteien die Rolle des Züngleins an der Wage, des unentbehrlichen und darum gutbezahlten Genossen in jeder Regierungskoalition sich zu eigen zu machen, abwechselnd rechts gegen links und links gegen rechts auszuspielen und als tertius gaudens den baren Gewinn einzustreichen Das waren die letzten Trümpfe in der Hand der Mittelparteien.

Aber der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht. Es kam der Augenblick, in dem auch diese Trümpfe gestochen wurden. Es erwies sich, daß der Wähler das „Primat der Parteitaktik" bei den Mittelparteien nicht ganz mit Unrecht in dem Sinn aufzufassen begann, daß diesen Parteien das eigene Parteiinteresse wichtiger sei, als die Staatsnotwendigkeiten und als das Interesse der Wählerschaft, und daß er darauf durch Zurückhaltung seines Stimmzettels zu reagieren begann. Damit war die Axt an die Wurzel des Baumes gelegt. Zugleich aber trat auch der Augenblick ein, wo die beiden großen Flügelparteien — wie das inzwischen in der Tat geschehen ist — ermüdet durch die „Erpressungstaktik" der Mittelparteien, sich untereinander verständigten und gemeinsam Politik zu machen begannen, unter Ausschaltung der Mittelparteien, die dadurch des realen Einflusses auf die politische Gestaltung der Dinge beraubt wurden. Gewiß kann die heute bestehende Kombination wieder zerfallen — aber ihre Möglichkeit bleibt dauernd bestehen, es liegt im Belieben der Flügelparteien, sie jederzeit wieder herzustellen. Die Mittelparteien können also ihr bisheriges Spiel nur noch soweit fortsetzen, als die Flügelparteien es dulden und nicht als lästig empfinden.

Damit hat die Tragödie der Mittelparteien ihren bisherigen Höhepunkt erreicht: sie gleichen einer belagerten Festung, deren Besatzung untereinander in blutigem Zwist liegt, während der Feind schon von allen Seiten die Wälle ersteigt und auf Entsatz nicht die geringste Hoffnung ist.

*

Was könnte die Mittelparteien noch retten, ihnen die Stellung als maßgebend mitbestimmender Faktor des politischen Lebens erhalten? Einzig und allein, wenn es ihnen gelänge, eine große, starke und schöpferische politische Idee aus sich hervorzubringen, die imstande wäre, die persönlichen Eifersüchteleien zwischen den Führern zu überbrücken, die disziplinlosen Wählermassen zu disziplinieren, die hinter den Mittelparteien stehenden sozialen Gruppen, die ja gerade ideellen Einwirkungen leichter zugänglich sind als andere Schichten, zu einem einheitlichen Block mit gleicher Willensrichtung zusammenzuraffen, kurz alle mittelparteilichen Kräfte auf ein einheitliches Ziel hin zusammenzufassen. Es wäre dann freilich noch die große staatsmännische Persönlichkeit erforderlich, die diese Idee zum Erfolge führt. Es liegt aber schon nach dem, was gesagt worden ist, auf der Hand, daß diese große, starke und schöpferische Idee unmöglich auf der Linie des Individualismus liegen kann, dessen geistiger Gehalt und dessen Möglichkeiten ersichtlich bereits bis auf den Grund ausgeschöpft sind, und auch nicht auf der Linie des Parteiparlamentarismus, dessen letzte Konsequenzen im organisierten Kampf aller gegen alle erreicht sind, sondern nur auf der Linie einer aufkeimenden neuen, kollektivistischen, Staat und Volk auf dem Begriff der freiwilligen Gemeinschaft aufbauenden Denkweise. Das heißt aber: um leben und wirken zu können, müßten die Mittelparteien aufhören, Mittelparteien im heutigen Sinn dieses Wortes zu sein; sie müßten aufhören zu sein, was sie sind, sie müßten imstande sein, über sich selber hinauszuwachsen und etwas völlig Neues und anderes zu werden. Können sie das nicht, so scheint ihr Schicksal auf die Dauer besiegelt zu sein: entweder sie werden zwischen den mächtigen Mühlsteinen der Flügelparteien allmählich zermalmt; oder sie behaupten zwar ihr Dasein, werden aber „lokalisiert", abgeschnürt und abgekapselt, des Einflusses auf den Gang der Dinge beraubt und zu politischer Bedeutungslosigkeit verurteilt. „Aliter sint — aut non sint!" Darin liegt die Tragödie der Mittelparteien — und wohl nicht der Mittelparteien Estlands allein.

Die Krisis der deutschen Landwirtschaft
in ihrer weltwirtschaftlichen Bedingtheit

Von Hans-Jürgen Seraphim

(Schluß.)

Die Analyse der Ursachen der Krisis gewährt die Möglichkeit, abschließend summarisch die Frage zu beantworten, welche Mittel zweckmäßig in Anwendung zu bringen sind, um die Rentabilität der Landwirtschaft wiederherzustellen. Theoretisch ist gemäß den einleitenden Erörterungen zweierlei denkbar: die Kostenkomponente zu senken oder die Ertragskomponente zu steigern, bzw. beide Möglichkeiten zu kombinieren.

Die Landwirtschaft selber hat zwecks Erhöhung der Erträge mit Nachdruck auf die Notwendigkeit eines erhöhten Zollschutzes hingewiesen und durch ihre Interessenvertretungen im Reichstag auch eine Reihe von Zollerhöhungen durchgesetzt. Nach den Zollerhöhungen im Sommer 1929 hat die Bewegung ihren Abschluß gefunden durch das „Gesetz zum Schutze der Landwirtschaft" vom 15. April 1930, erlassen vom gegenwärtig amtierenden Ministerium Brüning-Schiele. Der Raum verbietet es, auch nur einen annäherungsweisen Überblick über die mannigfachen Erhöhungen der Zollpositionen zu geben. Es mag die allgemeine Feststellung genügen, daß die Steigerung der Sätze durchweg sehr beträchtlich ist, bei einzelnen Positionen vielleicht möglicherweise sogar zu weit geht. Charakteristisch ist, daß die Regierung für eine ganze Reihe von landwirtschaftlichen Produkten, z. T. befristet, die Ermächtigung erhalten hat, den Zoll nach eigenem Ermessen festzusetzen, teils mit, teils ohne Bindung an bestimmte Höchstsätze. Durch diese Zollgesetzgebung, die durch ein Verbot der Gefrierfleischeinfuhr und die Errichtung eines Maismonopols ergänzt wird, sind die zollpolitischen Wünsche der Landwirtschaft im wesentlichen befriedigt. Daß von seiten der Industrie und des Handels lebhafte Bedenken geäußert werden, ist selbstverständlich und war vorauszusehen. Unter den wissenschaftlichen Nationalökonomen hat kürzlich Harms aus industriell-weltwirtschaftlichen Erwägungen heraus die Forderung eines niedrigen Preisniveaus erhoben[1]). Der internationale Konkurrenzkampf der deutschen

[1]) Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 182. Bd. München-Leipzig 1931, S. 170 ff.

Industrie sei nur durchzuführen bei niedrigen Rohstoffpreisen, niedrigen Nahrungsmittelpreisen und niedrigen Geldlöhnen. Dieser Situation müsse die Landwirtschaft sich einordnen. Auf der anderen Seite freilich habe sie die Berechtigung, die Anpassung der heimischen Industriepreise an die Weltmarktpreise oder an ihre eigenen Preise zu fordern[1]). Es ist zuzugeben, daß das Problem der Preisschere, das Harms im Auge hat, von zwei Seiten einer Lösung zugeführt werden kann: durch Erhöhung der Agrarpreise oder durch Senkung der Industriepreise. Bei Analyse der Erscheinung der Preisschere fanden wir die Ursache der Preisdiskrepanz zwischen Agrar- und Industrieprodukten in der verschiedengearteten Markteingliederung beider Wirtschaftszweige. Solange sie besteht, die Industrie im Gegensatz zur Landwirtschaft organisiert und stoßkräftig bleibt, kann eine Preisangleichung im Harmsschen Sinne nicht auf die Dauer eintreten oder nur dann, wenn das Gleichgewicht durch Eingriff der öffentlichen Verbände herbeigeführt wird.

Bei Beurteilung der gegenwärtigen zollpolitischen Problematik muß auf die Ausführungen über die Ursachen der Krisis zurückgegriffen werden. Unter welchen Voraussetzungen kann logischerweise der Zollschutz ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der Agrarkrisis in Deutschland sein? Sofern die Preisgestaltung in der Hauptsache durch mangelnde Konsumfähigkeit der zentral-europäischen Völker bedingt ist, leuchtet es ein, daß Zölle nicht nur nichts nützen können, sondern das Gegenteil des gewünschten Effekts herbeiführen müssen. Dennoch hat die Landwirtschaft auch bis 1924 immer wieder die stärkere Berücksichtigung dieses wirtschaftspolitischen Mittels gefordert. Die Stellungnahme des Vereins für Sozialpolitik auf seiner Stuttgarter Tagung 1924 wurde im allgemeinen schroff abgelehnt. Hier hatten Sering sich gegen die Verteurung von „Fleisch und Brot der Arbeiterschaft" ausgesprochen[2]), Eckert Deutschland die Rolle eines Pioniers kommender freihändlerischer Entwicklung zugewiesen[3]) und Harms diese Forderung mit starker Hervorhebung der industriellen Belange unterstrichen[4]). Die theoretische Grundlage dieser Einstellung bildete die von Sering entwickelte Unterkonsumtionstheorie.

---

[1]) Ebenda S. 179.

[2]) Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik in Stuttgart 1924. Schriften 170 Bd., S. 166.

[3]) Ebenda S. 181.

[4]) Ebenda, S. 186, 205.

Sehr bald nach der Resolution des Vereins für Sozialpolitik änderte sich die Sachlage, wie geschildert, grundlegend. Seit 1924 haben wir es wieder mit einer überseeischen Konkurrenz, z. T. mit einer Qualitätskonkurrenz zu tun. Deshalb ist ein agrarischer Zollschutz logisch wieder möglich geworden, und zwar deshalb, weil erst im Schutze erhöhter Zollmauern diejenigen Maßnahmen durchgeführt werden können, die von den meisten Sachverständigen als die wichtigsten zur Behebung der Agrarkrisis angesprochen werden. Wird die Möglichkeit eines Zollschutzes bejaht, so bleibt als weiteres Problem, andeutungsweise seine Höhe zu bestimmen, zwar nicht in dem Sinne, daß für die einzelnen Agrarprodukte die notwendigen Zollsätze zu untersuchen wären, wohl aber in der Richtung einer allgemeineren Fragestellung. Die Untersuchung der zusätzlichen Faktoren der ostdeutschen Agrarkrisis ergab, daß z. B. die ostpreußische Landwirtschaft mit etwa 15—20 v. H. ungünstiger wirtschaftet als die marktnahen Gebiete. Grundsätzlich wäre demnach zu entscheiden, ob der Zollschutz so hoch zu bemessen ist, daß die Rentabilität der ungünstigsten Erzeugungsgebiete gewährleistet wird. Mit Recht hat sich Harms im Verein für Sozialpolitik gegen eine derartige Zollbemessung gewandt[1]). Sie würde für die westdeutsche Landwirtschaft eine zusätzliche Differentialrente ermöglichen und das allgemeine Preisniveau unerträglich in die Höhe treiben. Die Vertreter der ostpreußischen Landwirtschaft haben denn auch Zollsätze in der angedeuteten Höhe nicht für notwendig erachtet, wenn mit andern Mitteln der besonderen Lage der ungünstigst produzierenden Provinzen abgeholfen werden kann[2]).

Vom allgemein volkswirtschaftlichen Standpunkt ist darüber hinaus die Forderung zu stellen, daß die Erhöhung des agraren Preisniveaus sich in die gesamtdeutsche Preispolitik einfügt. Daß hier widerstreitende Interessen vorliegen, ist dabei zuzugestehen. Das Problem „Agrarzölle — Preisniveau" scheint mir in zwei unabhängig von einander zu beantwortende Teilprobleme zu zerfallen. Erstens: wie wirken sich Agrarzölle in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage aus? zum anderen: wie können sie sich in Zukunft auswirken? Die gegenwärtige Auswirkung hängt davon ab, wieweit es gelingt, die Zölle auf das Ausland zu überwälzen, und wer im Inland den Zoll trägt. Die Überwälzungsfrage ist, wie wir bereits

[1]) Königsberger Tagung 1930. Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 182. Bd. S. 171 ff.

[2]) Ebenda S. 182 ff. 212 ff.

in anderem Zusammenhang sahen, eine Machtfrage, bedingt durch den Grad der Dringlichkeit ausländischer Einfuhren. Hierbei liegen die Dinge bei den einzelnen Agrarprodukten unterschiedlich, wenngleich gesagt werden kann, daß in der Gegenwart bei den meisten landwirtschaftlichen Erzeugnissen Deutschlands Position ungünstig ist. Die bisher veröffentlichten Untersuchungen über die Auswirkungen der Getreidezölle[1]) beweisen einheitliche Tendenzen einstweilen noch nicht. Der Untersuchungszeitraum scheint mir auch noch zu klein zu sein, um Schlüsse allgemeinerer Natur zuzulassen. Dürften demnach die meisten Agrarzölle ganz oder zeitweise vom Inland getragen werden, so ist damit noch keineswegs bewiesen, daß die Zölle vom letzten Konsumenten unter allen Umständen getragen werden. In anderem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß die Spanne zwischen Erzeugerpreis und Handelspreisen in Deutschland außerordentlich groß ist und hierdurch eine schwer zu tragende, aber vermeidbare Benachteiligung des deutschen Landwirts entsteht. Gerade diese Diskrepanz zwischen Erzeuger- und Kleinhandelspreis kann sich bei Anwendung zollpolitischer Mittel im Hinblick auf den Konsumenten günstig auswirken, selbst wenn der Zoll vom Inland getragen werden muß. Die sehr große Handelsspanne ermöglicht es dem Handel, den Zoll ganz oder teilweise zu tragen. Eine sozial untragbare und der gesamten gegenwärtigen Preispolitik widersprechende Erhöhung der Kleinhandelspreise landwirtschaftlicher Erzeugnisse, speziell des Getreides, ist auf diese Weise zu vermeiden. Es wäre demnach denkbar, daß die agrare Zollpolitik nicht auf Kosten der breiten Masse der Konsumenten, sondern des Zwischenhandels ginge.

In diesem Zusammenhang sei auf die gegenwärtige Preispolitik der Regierung verwiesen, die sich in der angedeuteten Richtung bewegt.

Bei der Ursachenermittlung der Agrarkrise war bereits von dem Auseinanderklaffen der Erzeuger- und Handelspreise landwirtschaftlicher Güter die Rede, eine Erscheinung, die, wie ausgeführt, mit dem zersplitterten Angebot der Landwirtschaft zusammenhängt und zusätzlich bedingt ist durch die ungünstige Rentabilitätslage der Landwirtschaft, die rebus sic stantibus gezwungen ist, einen großen Teil ihrer Erzeugnisse kurz nach der Ernte auf jeden Fall zu realisieren.

All dies ergibt die Notwendigkeit eines mehr konzentrierten Angebots und damit einer einheitlichen Preisbildung. Es

[1]) Dr. Ilse Brune, Die Wirkung der deutschen Brotgetreidezölle auf die Preisbildung von Weizen und Roggen in den Jahren 1926—1928. Jena 1930.

ist in letzter Zeit eine Reihe von Vorschlägen in dieser Richtung genannt worden, zu denen kurz Stellung genommen werden muß. Man hat in Analogie zu der industriellen Entwicklung eine Kartellierung der Landwirtschaft befürwortet und weist dabei auf den sogenannten Berliner Milchring hin, der in der Vorkriegszeit einen Teil des Milchabsatzes nach Berlin reguliert hat. Ich glaube, daß dieser Vorschlag undurchführbar ist, da die Vorbedingungen einer Kartellierung in der Landwirtschaft, von Ausnahmefällen abgesehen, nicht bestehen. Aus der industriellen Kartellbewegung wissen wir, daß nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Produzenten sich zu einem wirksamen Kartell zusammenschließen kann und daß ferner eine völlige qualitative Gleichartigkeit der kartellierten Waren gegeben sein muß, die in der Landwirtschaft nicht zu erzielen ist, da allgemein die Witterungsschwankungen, abgesehen von der Verschiedenheit der Bodengüte u. a. m., eine völlige Gleichartigkeit der Güter in Raum und Zeit nicht ermöglichen. Wenn F. Steding[1]) als Vorbedingung der sachlichen Eignung der landwirtschaftlichen Produkte zur Kartellierung ihre Unentbehrlichkeit, Ersetzbarkeit, Haltbarkeit und Lagerfähigkeit, Transportfähigkeit und Gleichförmigkeit bezeichnet, so vermißt man bei dieser Aufzählung den nachdrücklichen Hinweis auf die Qualitätsgleichheit und auf die Zahl der zusammenzuschließenden Unternehmer. Wenn auch zuzugeben ist, daß die Kartellfähigkeit der landwirtschaftlichen Erzeugnisse ungleich, beim Getreide, bei Eiern, Milch und Butter größer, bei Kartoffeln und beim Vieh garnicht gegeben ist, so steht doch auch bei den geeigneteren Produkten die unübersehbare, kartellmäßig nicht zu organisierende Zahl bäuerlicher Betriebe — die Hauptträger der Eier-, Milch- und Butterherstellung — dem Zusammenschluß entgegen. Dieser Schwierigkeit glaubt Steding mit der These begegnen zu können, daß wohl schon eine Zusammenfassung von 10 v. H. der Gesamterzeugung den Preis regulieren könne[2]), da beim börsenmäßigen Handel relativ kleine Mengen den Preis bestimmen. Diese Auffassung bleibt an der Oberfläche; die Preise an den Großmärkten werden nicht nur durch die zufällig angebotenen und nachgefragten Mengen bestimmt, sondern darüber hinaus durch die mutmaßliche Gestaltung der gesamten nationalen und weltwirtschaftlichen Produktionslage (Terminhandel). Eine wirksame Kartellierung müßte demnach zumindest eine breitausladende nationale Grundlage besitzen. Der landwirt-

[1]) F. Steding, Die Kartellierung der Landwirtschaft, Berlin 1928, S. 28 ff.
[2]) Ebenda S. 42.

schaftlichen Kartellbewegung steht endlich — und das ist vielleicht entscheidend -- die Mentalität des Landwirts entgegen. Das Kartell ist eine Schöpfung des Hochkapitalismus; zu seiner Verwirklichung gehört als Voraussetzung rationale, kaufmännische Einstellung, die bereit ist, einen Teil der eigenen wirtschaftlichen Souveränität aufzugeben, um hierdurch einen Preisvorteil zu erlangen. Der Landwirt, besonders der Bauer, ist kein kapitalistischer Unternehmer im angedeuteten Sinne, und wenn eine Organisationsform der Denkrichtung des Landmanns widerspricht, so ist es das Kartell.

Ein anderer Vorschlag, der insbesondere von Baade gemacht worden ist und von der sozialdemokratischen Partei sowie auch einem Teil der Vertreter der Landwirtschaft aufgegriffen wurde, besteht in der Schaffung eines Getreidemonopols, dessen wärmster Befürworter in Europa der österreichische Bundespräsident Hainisch ist. Von der Sozialdemokratie wird das Getreidemonopol als erster Schritt auf dem Wege zur Ausschaltung privater Betätigung beim Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse betrachtet, während die bürgerlichen Monopolanhänger durch dasselbe natürlich nur innerhalb der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung Erfolge zu erzielen hoffen. Man glaubt durch ein Getreidemonopol, das gleichzeitig die Einfuhr von Futtermitteln umfassen soll, die Schwankungen der Preise beseitigen zu können, vor allen Dingen auch die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen zu mindern [1]). Was die Preisstabilisierung [2]) anbelangt, so ist dieselbe zwischen verschiedenen Erntejahren infolge der Ungleichheit der Ernten natürlich auch durch ein Monopol nicht zu erreichen. Innerhalb eines Wirtschaftsjahres jedoch ist eine Veränderung der Preisschwankungen, der Ausdruck sei gestattet, natürlich. Eine Steigerung der Getreidepreise im Laufe des Wirtschaftsjahres ist bedingt durch Lagerkosten, Zinsen u. a. m., sodaß ein Ansteigen der Getreidepreise um etwa 40—50 Mk. im Jahr unter den gegenwärtigen deutschen Verhältnissen durchaus kein ungesunder Zustand ist. Man muß ferner bedenken, daß die Preisschwankungen stark bedingt sind durch die Schätzung des Ernteausfalls in den verschiedenen Erdteilen, sodaß ein Monopol an diesen Dingen ja auch nicht vorübergehen könnte. Die Getreidepreise gehören in den allgemeinen Prozeß der Preisbildung hinein, der die bedeutungsvolle volkswirtschaftliche Funktion hat, Angebot und Nachfrage der einzelnen Güter

[1]) E. v. Dietze, Getreidemonopol? Berlin 1929. S. 13.
[2]) Ebenda S 14 ff.

in Übereinstimmung zu bringen. Vorläufig scheinen denn auch entsprechende Bestrebungen gescheitert zu sein.

Am meisten empfiehlt sich diejenige Auffassung, die das in Frage stehende Problem durch einen Ausbau der bereits vorhandenen Organisationen, nämlich der Genossenschaften, bewältigen zu können glaubt. Es kommen hier in Frage vor allen Dingen die Absatzgenossenschaften, die durch eine rationelle Zusammenfassung des Absatzes entscheidend auf die Preisbildung einzuwirken vermögen. Durch sie ist für die Landwirtschaft die Erlangung eines größeren Anteils am Endpreise möglich, als dies bei Planlosigkeit des Absatzes zu erreichen ist. Die Genossenschaften sind in der Lage, in hohem Maße die Konjunktur auszunutzen, die günstigsten Märkte aufzusuchen und einheitliche, für den Markt brauchbare Ware zu liefern. Damit ist bereits angedeutet, daß Hand in Hand mit dem Ausbau und der Rationalisierung der Absatzgenossenschaften, die heute etwa $^1/_{10}$ der landwirtschaftlichen Produktion auf dem Markt realisieren, eine Warenvereinheitlichung durchgeführt werden muß[1]), wie dies in den Vereinigten Staaten, Holland, Dänemark, Schweden und anderen Volkswirtschaften bereits geschehen ist, mit dem Ziel: Güte, Aufmachung und Großhandelsfähigkeit der Waren zu verbessern[2]). Erste Vorbedingung hierzu ist die Schaffung von Standards oder Staffeln, die Waren bestimmter Qualität in bestimmter Form einheitlich zusammenfassen und nach außen hin sichtbar machen. Es ist dabei zu beachten, daß im Gegensatz zur industriellen Standardisierung, die in erster Linie eine Maßnahme zur Förderung der Produktion darstellt, die landwirtschaftliche Standardisierung erst eine nachträgliche Maßnahme nach Beendigung der Erzeugung ist. Für die Landwirtschaft bedeutet sie nichts weiter als das Mittel, ihren Erzeugnissen nachträglich eine Einheitlichkeit zu verschaffen, um ihnen die Vorteile großhandelsmäßiger Aufmachung zu sichern[3]). Hierdurch ist es möglich, die Preisbildung in einem für die Landwirtschaft günstigen Sinne zu beeinflussen. Die Preisunterschiede zwischen Staffel- und Mischware sind, wie eingehende statistische Untersuchungen erwiesen haben, außerordentlich groß. Denn der Preis der bisher in Deutschland

[1]) Blätter für landwirtschaftliche Marktforschung, a. a. O. Heft 4. Standardisierung und Landwirtschaft.

[2]) G. Solmssen, Die Lage der Landwirtschaft und ihre Bedeutung für das Bankgewerbe. Berlin 1928. S. 54 ff.

[3]) O. Jüngst, Planmäßige Gestaltung in der Landwirtschaft. Berlin 1928. S. 27.

auf den Markt gebrachten „Mischware" richtet sich nicht nach ihren Durchschnittsbestandteilen, sondern wird meist durch die schlechtesten in ihr enthaltenen Teile bestimmt[1]). Durch die Standardisierung wird es möglich, die einzelnen Käufergruppen gemäß ihrer unterschiedlichen Kaufkraft besser auszunutzen, ohne daß eine Erhöhung des Endpreises notwendig wäre. Ergänzend kommen zweckmäßige Verpackung und Aufmachung der Produkte in Frage, die ebenfalls auf die Preisbildung günstig einwirken.

Die Standardisierung verfolgt demnach in erster Linie den Zweck, das landwirtschaftliche Produkt vertretbar zu machen und damit den Absatz zu erleichtern und zu verbilligen. Sie „schafft eine gemeinsame Sprache, um auf dem langen Wege, den das Erzeugnis des Landwirts durch viele Hände von der Erzeugungsstelle über die Engrosmärkte und Detailhändler bis zu dem Konsumenten zurücklegt, für Verkäufer, Händler und Käufer Gewißheit darüber herbeizuführen, welches Produkt sie hantieren und zum Gegenstand ihrer geschäftlichen Transaktion machen"[2]). Deshalb ist auch durch die Standardisierung erst die Voraussetzung eines rationellen Terminhandels und — was besonders wichtig ist — eines ausgebauten Warenkredits gegeben[3]), da nur auf diesem Wege die Verderblichkeit der in der Landwirtschaft erzeugten Waren in dem notwendigen Umfang herabgesetzt werden kann. Das Korrelat der erwähnten Maßnahmen ist also ein ausgebautes Lagerhauswesen, wie es sich etwa in den Vereinigten Staaten ausgebildet hat, das seinerseits wieder die Institution des Lagerscheines ermöglichte, „der die Grundlage für eine die Liquidität des Geldgebers nicht beeinträchtigende Finanzierung der Landwirtschaft bilden konnte"[4]). Für Deutschland müßte allerdings die seit langem geforderte Reform der diesbezüglichen Rechtsvorschriften durchgeführt und damit die Grundlage für die Kreditreorganisation wie für die Standardisierung geschaffen werden. Wie tiefwirkend eine derartige Reform wäre, zeigt das Referat Schachts auf dem VII. Allgemeinen Deutschen Bankiertag 1928, in dem er auf die in den Vereinigten Staaten zur Anwendung gebrachten Mittel und Wege hinweist, „ein absolut liquides und fungibles Kreditinstrument zu schaffen, das auch für

---

[1]) Ebenda S. 30.

[2]) G. Solmssen a. a. O. S. 31.

[3]) Ebenda S. 41 ff.

[4]) Ebenda S. 47.

eine Notenbank als Kreditunterlage geeignet ist“[1]). Bedauerlicherweise ist bisher regierungsseitig in dieser dringlichen Angelegenheit nichts geschehen.

Alle diese Maßnahmen, die sich gegen die Qualitätskonkurrenz des Auslandes richten, mit der Deutschland gegenwärtig stark zu kämpfen hat, sind nur unter der Voraussetzung eines erhöhten Zollschutzes der Landwirtschaft wirksam, wie denn auch die Kartellbildung der Industrie gezeigt hat, daß ihr Entstehen und Funktionieren auf das innigste mit der Einführung von Schutzzöllen in Zusammenhang steht. Das erste landwirtschaftliche Notprogramm, das im März 1929 vom Reichstag angenommen worden ist, hat erhebliche Summen gerade für den Ausbau und die Rationalisierung des Absatzgenossenschaftswesens zur Verfügung gestellt. 30 Millionen Mark sollen verwendet werden: 1) zur planmäßigen Beeinflussung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit dem Ziel des zeitlichen und örtlichen Ausgleichs zwischen Erzeugung und Verbrauch und der Abkürzung des Wegs zwischen Erzeuger und Verbraucher sowie zur Unterstützung von Einrichtungen und Maßnahmen, die geeignet sind, diesen Zwecken zu dienen; 2) zur Verbesserung der Qualität landwirtschaftlicher Erzeugnisse, insbesondere durch Schaffung guter, einheitlicher und gleichmäßiger Handelsware. Es handelt sich hierbei um Milch und Molkereiprodukte, Eier, Obst und Gemüse, die Kartoffelverwertung und um den Absatz von Schlachtvieh und Fleisch. Zur Rationalisierung des Genossenschaftswesens überhaupt sind 25 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Der Preußenkasse, also dem zentralen Geldinstitut der Kreditgenossenschaften, ist es gelungen, die Zusammenfassung und Vereinheitlichung des zersplitterten Genossenschaftswesens in relativ kurzer Zeit in die Wege zu leiten und größtenteils durchzusetzen.

Die Reorganisation des deutschen Genossenschaftswesens befindet sich jedoch trotz aller Fortschritte noch im Anfangsstadium. Die überkommenen Organisationsformen sind unangetastet geblieben; die bisherigen Maßnahmen erstrecken sich nur auf die Vereinheitlichung der Verwaltung, nicht auf die ökonomische Struktur. Die Keimzellen, die einzelnen Absatzgenossenschaften selbst, sind, von Ausnahmen abgesehen, wirtschaftlich unzweckmäßig konstruiert. Bisher ist innerhalb des Absatzgenossenschaftswesens der Gedanke der Spezialisierung nur in unzulänglichem Maße zum Durchbruch

[1]) G. Solmssen, Entwurf eines Reichsgesetzes zur Regelung des Lagerhauswesens für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Berlin 1930. S. 4.

gelangt. Soll dieser Genossenschaftszweig die wirtschaftliche Stoßkraft erlangen, die zur Beeinflussung der Preisbildung notwendig ist, dann muß das Prinzip der Aufgliederung in Interessengruppen für je ein Produkt konsequent durchgeführt werden [1]).

Darüber hinaus käme dann eine Zusammenfassung dieser genossenschaftlichen Keimzellen in Form größerer Absatzorganisationen in Frage, die Vogel Verkaufssyndikate nennt, auf deren juridische Konstruktion es aber nicht so sehr ankommt. Entscheidend ist vielmehr die Tatsache, daß als Endziel der Grundsatz des Lieferungszwanges weitgehend zur Herrschaft gelangt.

Es muß allerdings hervorgehoben werden, daß mit dem Umbau der Organisation erst ein erster Schritt getan ist. Das bisherige Versagen speziell des Absatzgenossenschaftswesens hat tieferliegende Gründe, deren Beseitigung von heute auf morgen nicht gelingen kann. Die geringe Leistungsfähigkeit und Stoßkraft dieser Genossenschaften ist zum größten Teil durch das auf diesem Gebiet besonders schwach entwickelte Solidaritätsgefühl bedingt. Die Klagen darüber, daß „Genossenschaftstreue" kaum anzutreffen sei, daß jedes günstige Angebot von Privathändlerseite eine Vernachlässigung der Genossenschaftsbelieferung nach sich ziehe und die Genossenschaft deshalb nur mit Waren minderer Qualität und auch mit diesen nicht regelmäßig rechnen könne — sind allzusehr berechtigt. Man hat deshalb neuerdings den Gedanken des Lieferungszwanges, unterstützt etwa durch Konventionalstrafen, lebhaft propagiert. Bei der Mentalität des deutschen bäuerlichen Landwirts scheint diese Forderung wenig erfolgversprechend. Die feste Bindung an die Genossenschaft ist zwar als Endziel zu erstreben, aber bis dahin muß der Weg mühsamer Kleinarbeit beschritten werden: der Weg der Erziehung zur Genossenschaft. Das Genossenschaftsproblem ist deshalb ausschließlich eine Frage des Führers, der Persönlichkeit und damit eine solche der Bildung.

Auf dem Gebiet des Getreideabsatzes ist ebenfalls mancherlei versucht worden. Es handelt sich einerseits um Kredite, die die Realisierung der Getreideernten erleichtern sollen, und andrerseits um die Stärkung des sog. Scheuerkonzerns, der deutschen Getreide-

---

[1]) E. H. Vogel, Kartell oder Absatzsyndikat als Mittel der Preisregulierung in der Landwirtschaft. Landwirtschaftliche Jahrbücher. LXVII. Band. Berlin 1928. S. 14.

handelsgesellschaft sowie der Getreide-Industrie und Kommission A.-G. [1]), die eine preisregulierende Tätigkeit auf dem Getreidemarkt ausüben sollen, was bisher allerdings nur bedingt gelungen ist. Das Ministerium Schiele hat endlich für Roggen eine Politik der Magazinierung eingeleitet, die den Markt entlasten soll. Solange aber der Roggenmarkt ständig übersetzt ist, ist die Magazinierungspolitik zum Scheitern verurteilt. Deshalb ist eine andere Maßnahme viel wichtiger, nämlich die Einführung des Beimahlungszwanges für Roggen, um auf diese Weise den Roggenabsatz zu steigern. Die Mühlen sind gehalten, bestimmte Roggenmengen zu vermahlen, die mit Weizen gemischt dem Brotkonsum zugeführt werden. Hierdurch soll schätzungsweise eine Steigerung des menschlichen Roggenverzehrs um ca. 750,000 t jährlich eintreten, eine Schätzung, die freilich zu hoch gegriffen sein dürfte. Denselben Betrag soll ferner die Mehrverfütterung von Roggen durch die Drosselung der ausländischen Futtergetreideeinfuhren erbringen. Die Möglichkeit hierzu ist durch das Maismonopol und die Zollerhöhungen an sich gegeben. Der Erfolg steht abzuwarten.

Entscheidend dürfte aber diejenige auf lange Sicht abgestellte Politik sein, die auf *organische Umstellung der Betriebe* auf verminderten Roggenanbau abzielt. Die Produktion muß sich der Nachfrage anpassen, auf die Dauer jedenfalls nicht umgekehrt, denn mit der geschilderten Verschiebung der Konsumrichtung ist als Dauererscheinung zu rechnen. Auf der Tagung des Vereins für Sozialpolitik in Königsberg 1930 wurde eine derartige Umstellung innerhalb bestimmter Grenzen als möglich angesehen. Daß sie gerade in der gegenwärtigen krisenhaften Zeit besonders schwierig ist und in größerem Maßstab auch nur beim Vorliegen bestimmter durch Klima und Boden gegebener Verhältnisse durchführbar erscheint, kann freilich keinem Zweifel unterliegen. Immerhin ist aber die oft zu beobachtende Ablehnung der hierauf abzielenden Vorschläge vonseiten der Landwirtschaft selbst unvereinbar mit den in diesem Aufsatz entwickelten Krisenursachen, besonders soweit das Roggenproblem in Frage steht. Der sehr weitgehende Zollschutz, welcher der Landwirtschaft in letzter Zeit zuteil geworden ist, kann nur dadurch seine Begründung finden, daß er einerseits die Rationalisierung des Absatzes, andererseits die notwendigen Produktionsumstellungen ermög-

[1]) Blätter für landwirtschaftliche Marktforschung a. a. O. Heft 5. Die deutsche Roggenstützung 1929/30.

licht. Keinesfalls darf, auf die Dauer gesehen, am Markt vorbeiproduziert werden, wo es sich irgendwie vermeiden läßt. Es ist erfreulich, daß auch die Reichsregierung, der Deutsche Landwirtschaftsrat, die Landwirtschafts- und Bauernkammern, sowie die Vereinigung der Deutschen Bauernvereine sich wenigstens im Prinzip für die Notwendigkeit der Umstellung ausgesprochen haben [1]). Weite Kreise der Wissenschaft und Praxis sind sich darüber einig, daß die „Steigerung der Weizen- und Gerstenerzeugung durch Ausdehnung der Anbaufläche unter gleichzeitiger Einschränkung der Fläche von jenen Früchten, die im Überschuß erzeugt werden" (Roggen, Hafer), möglich ist [2]). Roemer, der Gutachter der Deutschen Bauernvereine, hält für eine Weizenmehrerzeugung von 1 Mill. t, die eine Bedarfsdeckung zu 80 % ermöglichen würde, die Inanspruchnahme von 14 % der gegenwärtigen Roggenanbaufläche für notwendig und für eine Gerstenmehrerzeugung von 1,5 Mill. t etwa 22 % der jetzigen Haferfläche. Es würde hierdurch einerseits der Roggen- und Hafermarkt entlastet und andrerseits die Gersten- und Weizeneinfuhr zurückgedämmt werden können. Die Umstellung, deren volkswirtschaftliche Notwendigkeit außer Frage steht, verbürgt bei der herrschenden und weiterhin zu erwartenden Preisdifferenz zwischen Weizen und Roggen auch privatwirtschaftliche Vorteile.

Daß die Aktion möglich ist, zeigt das Beispiel Schwedens, das im Durchschnitt der Jahre 1913—16 229,100 t Weizen und 547,964 t Roggen, 1927—29 jedoch 470,816 t Weizen und 357,156 t Roggen produziert hat [3]). Die klimatischen Vorbedingungen sind auch in Deutschland mit unbeträchtlichen Ausnahmen gegeben. Größere Schwierigkeiten bereitet der Faktor Boden, der in weiten Gebieten des Ostens, aber auch des Südens ungünstig ist. Dagegen ist der Roggenbau im Westen Deutschlands noch übermäßig ausgedehnt. „Mittel-, Süd- und Westdeutschland muß Abnehmer von ostdeutschem Roggen, Käufer von ostdeutschen Saat- und Speisekartoffeln werden, statt Konkurrenz zu sein, wie es jetzt der Fall ist, indem 50 % des auf dem Markt erscheinenden Roggens westelbischer Herkunft sind" [4]). Bei der Frage der Überführung von bisher hafer- und roggengenutzten Böden in Gersten- und Weizen-

[1]) Umstellung des deutschen Getreidebaus a. a. O., insbesondere die Stellungnahme von Schiele, Hermes, Brandes.

[2]) Ebenda Roemer a. a. O. S. 13.

[3]) Ebenda S. 20.

[4]) Ebenda S. 21.

nutzung spielt neben der Fruchtfolge und Betriebsorganisation der Kulturzustand des Bodens eine ausschlaggebende Rolle[1]). Für die Auffassung Roemers, „daß Felder, die im Durchschnitt von mindestens 5 Jahren einen Roggenertrag von mehr als 20 dz/ha ergaben, geeignet sind, auf Weizen- und Gerstenbau umgestellt zu werden", spricht vieles, weil durch dieses Merkmal neben der Bodengüte in der Tat auch der Kulturzustand miterfaßt wird. Nach den neuesten Erhebungen der statistischen Ämter scheinen sich in Deutschland denn auch entsprechende Veränderungen der Anbauflächen durchzusetzen, die freilich in ihrer Intensität noch nicht genau zu bestimmen sind. Während die statistischen Ämter durch ihre Berichterstatter einen Rückgang des Roggenanbaus um 9,6 v. H. (440,000 ha) und eine Zunahme des Weizenanbaus um 6,9 v. H. (110,000 ha) ermitteln, beziffert der Deutsche Landwirtschaftsrat die Weizenvermehrung auf 16,7 v. H., den Roggenrückgang dagegen auf 18 v. H. Die Landwirtschaftskammer von Mecklenburg-Schwerin glaubt für ihr Gebiet sogar eine Weizenvermehrung von 55 v. H. feststellen zu können. Wie stark sich die Verschiebungen bisher auch immer vollzogen haben mögen, fest steht jedenfalls, daß sie recht beträchtlich sind.

Das Problem der Umstellung in der Landwirtschaft beschränkt sich aber nicht nur auf Veränderungen beim Getreidebau. Von ebenso großer Bedeutung ist die stärkere Betonung der Viehzucht, worauf auf der Königsberger Tagung des Vereins für Sozialpolitik mit Nachdruck von Lang hingewiesen wurde[2]). Im Osten Deutschlands kommen hierfür vor allem die nördlich des baltischen Höhenrückens gelegenen Landstriche mit günstigen klimatischen Bedingungen und schweren Böden in Frage. In diesen Teilen Ostpreußens, Pommerns und Mecklenburgs ist „ein Ausweichen nach der Grünlandseite und nach verstärkter Viehwirtschaft hin" möglich, wie bereits jetzt die Entwicklung Ostpreußens zeigt, wo gegenüber der Vorkriegszeit das Weideland um 74,000 ha vermehrt ist.

Daß der Umstellungsprozeß sowohl innerhalb der Getreideerzeugung wie auch nach der Viehzucht hin einen beträchtlichen Kapitalaufwand erheischt und daß bei den Zinssätzen, wie sie insbesondere die ostdeutsche Landwirtschaft zu tragen hat, jene Reorganisation nur bei bestimmten Preisverhältnissen überhaupt denkbar

---

[1]) Ebenda S. 22 ff.

[2]) Verhandlungsberichte, Schriften des Vereins für Sozialpolitik, 182. Bd. München und Leipzig 1931, S. 154 ff.

ist, darauf haben mit Recht auf derselben Tagung des Vereins für Sozialpolitik v. Gayl, Brinkmann und Sering hingewiesen[1]). Während einer gewissen „Anlaufszeit" wird die erstrebte Preishöhe aber nur mit Hilfe von Agrarzöllen zu erreichen sein. Ob, wie dies in Österreich eingetreten ist, der deutsche Markt für Molkereierzeugnisse wirklich sehr bald überfüllt sein würde, ist eine Frage, die bei dem diesbezüglichen Importbedarf in einer Höhe von rund 600 Mill. Mark jährlich füglich zu bezweifeln ist.

* * *

Diese erste Gruppe von Maßnahmen betrifft die Ertragskomponente, insofern als sie die Preisbildung der landwirtschaftlichen Roherträge günstig zu beeinflussen bezweckt. Gleichzeitig müssen Maßnahmen einsetzen, die eine Senkung der Kostenkomponente ermöglichen. Nur wenig zu beeinflussen scheint das Lohnkonto zu sein, ferner die Kosten für den Lebensunterhalt der Betriebsleiter und ihrer Familienangehörigen. Die sachlichen Aufwendungen der landwirtschaftlichen Produktion können in beschränktem Umfang vermindert werden. Das amerikanische Vorbild wird aber nicht nur stets unerreicht bleiben, sondern ist auch auf die grundlegend anders gelagerten deutschen Verhältnisse nicht zu übertragen. Es fehlen in Deutschland hierzu alle klimatischen und bodenmäßigen Vorbedingungen. Immerhin kann der Gedanke der Durchrationalisierung des Produktionsprozesses noch lebhaft gefördert werden. Dabei dürften die Elektrisierung und ferner die Mechanisierung der Hofarbeiten eine große Rolle spielen. Bei Getreidewirtschaften sind Kostenminderungen wohl auch bei der Ernte möglich (Verwendung von Bindern). Die Rationalisierung kann dabei nicht, wie in den Vereinigten Staaten, die Folge einer Landverödung, eines Abströmens breiter ländlicher Bevölkerungsschichten in die Städte haben (ein Vorgang, der für den Osten Deutschlands bevölkerungspolitisch untragbar wäre), da die Rationalisierung der deutschen Landwirtschaft ja nicht in der Schaffung mechanisierter Nur-Getreidebetriebe besteht, sondern nichts anderes bedeutet „als vollkommene Anpassung an die vorhandenen Lebensbedingungen", „an die Erfordernisse eines Marktes, der die charakteristischen Farben eines dichtbevölkerten Industrielandes trägt und auf dem immer die Nachfrage nach Qualitätserzeugnissen besteht" (Sering). Rationalisierung des Betriebes und Produktionsumstellung gehen Hand in Hand.

[1]) Ebenda S. 220 ff., 212 ff., 221 ff.

Auf dem Gebiet der Steuerpolitik ist bisher wenig geschehen, obgleich durch Steuersenkungen vieles erreicht werden könnte. Die durch die innerdeutsche Sozialpolitik und durch die Tributpolitik trostlos gestaltete Lage der Reichs-, Länder- und Kommunalfinanzen wird auf absehbare Zeit allen weitergehenden Wünschen einen Riegel vorschieben. Daß durch Vereinfachung der Verwaltung die Aufwendungen der öffentlichen Körperschaften gesenkt werden können, unterliegt keinem Zweifel. Der realpolitische Beurteiler der gegenwärtigen deutschen Situation wird ferner eine nennenswerte Verringerung der Soziallasten als unwahrscheinlich ansprechen müssen, so erwünscht diese von produktionspolitischem Standpunkt auch ist. Dagegen bleibt als kostenerniedrigende Maßnahme die Überführung eines Teils kurzfristiger Kredite in langfristige übrig, sofern diese kurzfristigen Kredite nicht als Betriebskredite aufgenommen sind. Es ist dies das Problem der Umschuldung, die entweder für die ganze Landwirtschaft die ungünstigen Kreditformen in günstige umwandelt (allgemeine Umschuldung) oder diese Aktion nur für bestimmte Kategorien von Betrieben durchführt (partielle Umschuldung). Für eine allgemeine Umschuldung sind so große Mittel notwendig, daß sie praktisch nicht in Frage kommt. Dagegen ist die partielle Umschuldung seit dem ersten landwirtschaftlichen Notprogramm von 1929 in Angriff genommen worden. Es sei kurz auf die Ausführungen über die regionale Verteilung der Kreditbelastung verwiesen. Dort wurde festgestellt, daß die Verschuldung von Westen nach Osten zunimmt und am stärksten in Ostpreußen, der Grenzmark und Ostpommern ist. Daraus ergibt sich, daß vor allem hier mit der Umschuldungsaktion begonnen werden mußte. Es geschieht dies im Rahmen des Osthilfe-Gesetzes, das nach Auflösung des Reichstages wenigstens in einzelnen Teilen auf dem Notverordnungswege durchgeführt wird. Für die Umschuldung hatte das ursprüngliche Osthilfe-Gesetz 650 Mill. Mk. vorgesehen; die Notverordnung sieht zunächst für 1930 31 eine Bürgschaft des Reichs von 100 Mill. Mk. vor. Diese Bürgschaft soll nur einer partiellen Umschuldung dienen, denn sie „darf nur für Betriebe gewährt werden, die in ihrem Bestande gefährdet sind, aber nach Lage der Verhältnisse noch erhalten werden können und bei denen die Leitung des Betriebes hierfür Gewähr bietet". Es handelt sich also um sanierungsfähige, aber bedrohte Betriebe. Bei diesen Betrieben muß nun dafür gesorgt werden, daß sie nicht vorher der Zwangsversteigerung anheimfallen. Deshalb bringt die Notverordnung zusammen mit der Umschuldungs-

aktion den „Vollstreckungsschutz", der in die Hände von neuzugründenden Landesstellen gelegt wird, welche den Vollstreckungsschutz bis Ende Oktober 1930 beim zuständigen Amtsgericht zu beantragen haben. Bei dieser Maßnahme handelt es sich mithin keineswegs um ein allgemeines Moratorium, wie fälschlich gelegentlich behauptet wird, sondern um individuell aufgezogene, zeitlich begrenzte Hilfe.

Wir sehen, daß man der Agrarkrisis in Deutschland neuerdings mit allen nur denkbaren Mitteln zu begegnen versucht. Der optimistische Glaube, daß in mancher Beziehung die positiven Auswirkungen der jetzigen Agrarpolitik nicht ausbleiben werden, ist doch nicht ganz ungerechtfertigt. Über eines allerdings müssen wir uns stets klar sein: durchgreifende Hilfe auch für die Landwirtschaft ist nur möglich, wenn es gelingt, die Tribute, welche die deutsche Volkswirtschaft belasten, nennenswert herabzusetzen.

Damit ist die tiefste indirekt wirkende Ursache berührt, die ja allen volkswirtschaftlichen Nöten Deutschlands zugrunde liegt. Allein eine Herabsetzung und Begrenzung der Tributlasten würde unmittelbar eine Senkung der Steuern und Minderung der Zinssätze zur Folge haben, mittelbar aber auch durch Stärkung der Kaufkraft in der ganzen Welt die Preisverhältnisse für landwirtschaftliche Erzeugnisse günstig beeinflussen. Wir sind heute gar zu sehr geneigt, die Zwangsläufigkeiten zu übersehen, die aus dem Versailler Vertrag ihren Ursprung nehmen. Deshalb ist es Aufgabe des wissenschaftlichen Wirtschaftspolitikers, immer wieder darauf hinzuweisen, daß eine endgültige Lösung der deutschen Agrarfrage nur dann möglich ist, wenn es gelingt, Deutschlands Tributlasten in nennenswertem Umfange zu ermäßigen. Denn die deutsche Agrarkrisis der Gegenwart ist eine Teilerscheinung der großen Depression des deutschen Wirtschaftslebens überhaupt, deren Ursache der Versailler Vertrag ist.

Eine Gesamtansicht der bolschewistischen Tatsachen

Die Notwendigkeit der Aufklärung über Sovetrußland ist dringender denn je. In der zahlreichen Literatur über den Kommunismus fehlte bisher eine zusammenfassende Darstellung der derzeitigen Gesamtlage in Rußland, die sich in erster Linie auf wissenschaftlich verarbeitete bolschewistische Selbstzeugnisse stützte und in nüchternster Form Lückenlosigkeit anstrebte.

In einem großen Sammelwerk*) gibt der auch in Westeuropa sehr bekannte Geschichtsforscher Professor Iljin im Verein mit anderen Mitarbeitern ein getreues Bild des bolschewistischen Lebens. In drei Teilen (Grundlagen, Wirtschaft und Kultur) wird dem Leser in einwandfrei sachlicher Form eine gründliche Kenntnis dessen vermittelt, was die Bolschewisten erreichen wollten und was sie wirklich erreicht haben. Vor allem aber wird auf die furchtbare Gefahr hingewiesen, die der Bolschewismus für Westeuropa bedeutet, an der Hand von Originalberichten, die auch den leichtsinnigsten Optimisten aufrütteln und zur Besinnung bringen müssen.

Dem Stil des Buches entspricht am besten ein sachliches Referat. Die Tatsachen — zum großen Teil bekannte, zum Teil aber auch unbekannte — reden für sich.

Grundlagen

In Sovetrußland verbindet sich das zielbewußt ersonnene Programm des Kommunismus mit den Bestrebungen des durchaus imperialistisch eingestellten Bolschewismus, der in Wahrheit auf nichts anderes hinausläuft, als auf eine Weltherrschaft Sovetrußlands, das als „Avantgarde der Weltrevolution" bezeichnet wird. Was Europa zum Teil in der Theorie erfaßt, aber in seinen entsetzlichen praktischen Folgen noch nicht zu Ende gedacht hat: daß es sich um eine Weltbewegung handelt und daß eine Weltgefahr im Anzuge ist — das wird hier in übersichtlicher und logischer Weise mit zwingender Beweiskraft dargelegt.

Schon heute ist das bolschewistische Rußland der unbestrittene Führer des rücksichtslos emporstrebenden radikalen Weltproletariats. Hart und erbarmungslos gehen die bolschewistischen Machthaber vor. Die Begriffe „gut und böse" haben für sie ihren Sinn verloren. „Moralisch ist das, was der kommunistischen Partei

*) Welt vor dem Abgrund. Politik, Wirtschaft und Kultur im kommunistischen Staate. Nach authentischen Quellen geschildert. Ein Sammelwerk, bearbeitet und herausgegeben von Universitätsprofessor Dr. J. Iljin, früher Moskau. 576. S. Gr.-Oktav, (Eckart-Verlag, Berlin-Steglitz.) Geh. RM 20.—, in Leinen RM 24.—.

Mitarbeiter: Prof. N. v. Arseniew, Dr. L. Axenof, A. v. Bunge, A. Demidow, Dr. W. Hoeffding, Prof. Dr. J. Iljin, M. Kritzky, Prof. N. Kulman, Dr. A. Melkich, Boris Nikolsky, S. v. Oldenburg, Prof. N. Timaschew.

nützlich und vorteilhaft ist." Dem Proletarier gegenüber stellt man sich als der einzige Verteidiger des wehrlosen Volkes hin, in grandiosem Zynismus einfach ableugnend, daß das eigene Volk darüber zugrunde geht. Kompromisse gibt es nicht: es gibt nur Feinde und Untergebene. Im Feinde sieht man den künftigen Sklaven, im Sklaven den gewesenen Feind. Wer aber noch gewonnen werden soll, wird in ein Netz von Lügen verstrickt, bis es gelingt, ihn zu blenden und vor den eigenen Karren zu spannen. Scheinbare Kompromisse, wie der „Nep" (neue Wirtschaftspolitik), Erteilung von Konzessionen und Verträge mit Ausländern, sind nichts anderes, als bewußt durchgeführte Übergangsmanöver, nach Lenins Worten „Eroberungsstufen". Bucharin selbst hat es zynisch offen ausgesprochen: „Jeder, der uns hilft, schadet sich selbst und gefährdet sein eigenes Bestehen. Handelsbeziehungen zwischen den kapitalistischen Ländern und Rußland helfen dem Sovetstaat mächtig weiter, gefährden aber die bürgerliche Welt aufs schwerste. Unsere Weiterentwicklung ist die größte Bedrohung der übrigen Welt, denn sie fördert die Kräfte der Weltrevolution. Wir müssen die Feinde zwingen uns zu helfen, indem wir die inneren Widersprüche der kapitalistischen Welt ausnutzen. Man erklärt uns für Verbrecher, aber man hilft uns doch!"

Eine wirksame Arbeitsmethode besteht darin, aus den kommunistischen Parteien anderer Länder Genossen nach Sovetrußland zu berufen, um „Studien im Laboratorium der Revolutionsmethodologie zu machen" und nach dem Sovetvorbild im eigenen Lande kommunistische Zellen zu begründen. Zu diesem Zweck werden Mittel und Opfer nicht gescheut. Dies ist hauptsächlich das Arbeitsgebiet der III. kommunistischen Internationale (Komintern), durch die Sovetrußland schon heute den Kommunisten der ganzen Welt seinen Willen aufzwingt. Auch Vertreter intellektueller Kreise werden berufen, und ihre Besuche sind die wirksamste Propaganda für den Sovetstaat. Denn es werden ihnen nur Musterbetriebe vorgeführt, und sie werden unter dem Deckmantel der Gastlichkeit und Zuvorkommenheit auf das strengste überwacht.

Innerhalb der kommunistischen Partei herrscht absolute Oligarchie. Die Parteimitglieder werden sogar in ihrem Privatleben kontrolliert. Die Kommunisten fürchten eine zu große Erweiterung der Partei und wollen alle Elemente, die den Klassengeist nicht besitzen, lieber draußen wissen.

Die „Elite der Partei", die alten Bolschewisten, die unterirdischen Wühler der Zarenzeit, sehen ihre Reihen schon stark gelichtet und durch Zerwürfnisse der Oberschicht untereinander bedroht. Darum sind sie um den Nachwuchs besorgt. Im Grunde war der Sovetstaat von Anfang an ein autokratischer Staat. Das Regierungssystem ist der Terror, dessen Urheber Lenin wurde, der die Folter sanktionierte und die Geheimagenturen der „Tscheka" (OGPU) gründete, als deren Folge kein Sovetbürger seines nächsten Freundes mehr sicher sein kann.

Die Regierungsmethode ist also die Staatsgewalt durch Einschüchterung und geistige Zermürbung des Volkes. Wenn sich aber auch die Masse des russischen Volkes schon lange davon überzeugt hat, daß die Politik der Kommunisten nur in lockenden Worten, in Losungen und Formeln besteht, so ist doch Westeuropa noch immer geneigt, an diese Formeln zu glauben. Daher leistet das Werk Iljins allen, die die Wirklichkeit erkennen *wollen*, einen unschätzbaren Aufklärungsdienst.

Nachdem die Grundlagen der bolschewistischen Herrschaft, Strategie, Taktik und vor allem die letzten Ziele dargelegt sind, führt uns das Werk in die bolschewistische Wirtschaft ein.

Wirtschaft

Es werden dabei keine persönlichen Meinungen geäußert, es wird nicht vorausgesetzt und phantasiert, sondern es werden authentische Erhebungen gemacht, aus Programmen, Schriften, Dekreten und endlich aus den praktischen Resultaten, die schon zutage treten. Dabei gehen die Verfasser stets nur auf Originalquellen zurück. Wenn daher ein Urteil gefällt wird, so ist es fest begründet.

Nach einer historischen Übersicht über das Schicksal des russischen Bauern wird der ungeheure Betrug aufgezeigt, durch den man den Bauern köderte: das Versprechen unentgeltlicher Bodenzugabe, Annullierung seiner Bodenverschuldung und Abtretung von Inventar -- um ihm später nicht nur das Zugesprochene, sondern auch alles das, was er in der Zarenzeit besaß, zu nehmen. Zwar verloren die Gutsbesitzer bei der Enteignung rund 40 Millionen Dessjatinen; aber dafür wurden den wohlhabenden Bauern über 50 Mill. Dessjatinen enteignet. Jede Bauernwirtschaft mit über 10 Dessjatinen Saatfläche wurde schon zu Anfang der Bolschewistenherrschaft einer teilweisen Enteignung unterworfen. Schon im Jahre 1919 gab es kaum mehr eine Bauernwirtschaft mit über 10 Dessjatinen Saatfläche und nach dem Jahre 1924 keine mehr über 6 Dessjatinen. Die Revolution hat also den Bauern weder vom Bodenmangel, noch von der relativen Übervölkerung befreit. Ein Vergleich zwischen den Jahren 1905 und 1924 zeigt, daß die durchschnittliche Versorgung einer Bauernwirtschaft viel schlechter geworden war. Durch die revolutionäre Inflation verlor der Bauer seine Spareinlagen. Lenin gab zu, daß „das Bauerntum einen entsetzlichen Ruin erlebt". An die Stelle der Bodenverschuldung traten ungeheuerliche Steuern und niedrige Getreidepreise, sodaß die Bauern ihre Saatflächen freiwillig noch verringerten und nur noch für den eigenen Bedarf sorgten.

Die Proletarisierung des Bauern ist nach dem kommunistischen Programm der notwendige Weg zum sozialistischen Glück. Jeder Bauer, der sein Einkommen nicht aus „eigener Muskelkraft" bezieht, ist „Kulak", dessen Wirtschaft zerstört werden muß. Es bestand schon von Anfang an ein wohlüberlegter Enteignungsplan, um die Bauern als Klasse zu liquidieren. Die Bauern wurden in Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit getrieben, damit sie freiwillig in die Kollektivwirtschaften eintraten. Als die Enteignungspsychose dann die ganze Landwirtschaft in Trümmer zu legen drohte, wurde eine Atempause eingeschoben, weil man einsah, daß die Schaffung von Kollektiven in diesem rasenden Tempo zum Ruin des ganzen Landes führen mußte. Aber seit dem Jahre 1930 wird die Kollektivierung wieder mit unerhörter Schärfe fortgesetzt, um, wie ein offizielles Sovetorgan sich ausdrückte, „auf den Knochen der Bauernwirtschaft, nachdem sie die letztere von der Erde vertilgt hat, eine übergroße staatskapitalistische Wirtschaft zu schaffen".

Ein aufschlußreicher Abschnitt unterrichtet über die Staatsfinanzen des Sovetreiches. Die Entwicklung der sovetrussischen Finanzen zerfällt in drei Perioden: zuerst wird der Versuch gemacht, die kommunistische Ordnung sofort

einzuführen. Die Folge war ein völliger Zusammenbruch der Wirtschaft und der Verfall der Währung, ebenso das Aufhören der Geldsteuern („infolge physischen Absterbens der Steuerobjekte"). Noch 1918 erklärte der damalige Volkskommissar der Finanzen, Bucharin: „In der sozialistischen Gesellschaft darf es keine Finanzen geben." Die zweite Periode war der Nep, eine Periode der finanziellen Restitution, in der man ein neues Steuersystem aufbaute und dabei des formalen Anschlusses an die Vergangenheit nicht entraten konnte. Hierher fällt auch die Wiedereinführung des 1914 abgeschafften Branntweinmonopols. Nach Beendigung des taktischen Rückzuges tritt die Wiederaufnahme der kommunistischen Offensive ein. Die neuentstandene Privatwirtschaft wird wieder vernichtet. Der Staat deckt seinen finanziellen Bedarf aus den Überschüssen, die die einzelnen Zweige der Staatswirtschaft abwerfen. Außerdem hat er als Beherrscher der nationalisierten Industrie die Möglichkeit, durch den Mechanismus des Preises Mittel zu gewinnen. Die Steuer ist nur die kleinere Last, die der Bevölkerung auferlegt wird. Der Preismechanismus ist viel drückender. Infolgedessen ist die Grenze zwischen der direkten Steuer und dem heraufgeschraubten Monopolpreis des Staates verwischt. Was nicht direkt als Steuer erpreßt wird, fällt dem Staat aus der Reineinnahme seiner Industrie zu. Daher geben Vergleiche mit der Steuerlast der Zarenzeit überhaupt kein Bild der Lage und sind infolgedessen in der Sovetstatistik beliebt. Zu den anderen Lasten kommen noch die sog. freiwilligen inneren Anleihen, die durch politische und wirtschaftliche Zwangsmittel erpreßt werden.

Die drei Perioden der Industrie sind denen der Finanzwirtschaft analog. Zuerst Kommunismus, dann der Nep und endlich die überstürzte Arbeit zur Erfüllung des Fünfjahrplans, auf Kosten eines außerordentlichen Sinkens der Qualität und eines hohen Prozentsatzes von Ausschußware. Durch die Vernichtung der intellektuellen Arbeitskräfte muß die Leitung vielfach Personen anvertraut werden, „die die betreffenden Maschineneinrichtungen nie gesehen haben". Übereilte Neuerungen verteuern die Produktion; teure Maschinen, mit denen niemand umzugehen versteht, werden aus dem Auslande bestellt, um nutzlos — vielfach im Freien — zu lagern und bald unbrauchbar zu werden. Die Sovetindustrie scheint demnach nicht zu rechtfertigen, daß der Volkswirtschaft ihretwegen so gewaltige Lasten auferlegt werden.

Der mit ungeheuren Verlusten durchgeführte Außenhandel, der von den Sovets systematisch betrieben wird, ist allgemein bekannt. Hier wird eine klare Beleuchtung der Ursachen gegeben, welche die Bolschewisten zu diesem Schritt drängten. Zum Teil ist dabei das dringende Bedürfnis nach Devisen maßgebend. Über die Höhe der bei diesem Export entstandenen Verluste fehlen offizielle Angaben absolut. Der Schleuderexport hat aber noch viel ernstere Ursachen, und diese sind es, welche die Hauptgefahr für Europa bilden. Das sovetrussische Dumping umfaßt sowohl Lebensmittel und Rohstoffe, als auch Fertigwaren jeglicher Art, wobei sich kein Land einer Stellungnahme zu diesem Dumping entziehn kann. Die Sovetregierung weiß genau, daß die Rivalität der kapitalistischen Staaten untereinander für sie einen Trumpf gegen die bürgerliche Welt bedeutet. Aus diesem Grunde scheut sie kein Opfer, um den Schleuderexport fortzuführen. Eines der Hauptziele des Fünfjahrplans ist die Unterminierung der kapitalistischen Welt. Der Verfasser weist mit großer Dring-

lichkeit auf die Gefahr hin, die unter technischer und finanzieller Unterstützung des Auslandes für die Helfer selbst heraufzieht. Auch bei einer nur teilweisen Erfüllung des Fünfjahrplans muß in absehbarer Zeit eine Überflutung des Auslandes mit billigen Sowetwaren erfolgen, wobei der Verbrauch des russischen Volkes immer schärfer beschränkt wird. Der Verfasser wendet sich gegen die sorglose Annahme, daß die starke Industrie Europas und Amerikas niemals von der rückständigen Sowetindustrie wirklich bedroht werden kann. Er weist darauf hin, daß der Gegner nicht nach normalen wirtschaftlichen Gesichtspunkten handelt. Die technische Erstarkung der Sowetindustrie gibt den Kommunisten ungeahnte Machtmittel an die Hand. Außerdem sind die meisten Waren solcher Art, daß sie im Auslande guten Absatz finden müssen. Der im Jahre 1930 wieder aufgenommene Getreideexport bedeutet nach Ansicht des Verfassers auf die Dauer eine weit geringere Gefahr. Erstens war die Ernte des Jahres 1930 ungewöhnlich günstig, und zweitens ist die Niederhaltung des eigenen Bedarfs so ungeheuerlich, daß sie nicht lange im bisherigen Umfang tragbar ist.

Was die Kommunisten des Auslandes immer noch nicht begriffen haben, oder wovor sie die Augen verschließen, ist die entsetzliche Lage des Arbeiters im Arbeiter- und Bauernstaat. Hier wird sie ihnen deutlich vor Augen geführt. Wenn eine Diktatur des Proletariats wirklich besteht, so wird sie doch nur von einer kleinen Minderheit ausgeübt, und der Arbeiter, der „Herr der Wirtschaft", ist deren absoluter Sklave. Dennoch fürchten die Sowetführer am meisten eine entschiedene Unzufriedenheit der Arbeiterklasse, weil sie für ihre Herrschaft die größte Gefahr bedeuten würde. Darum werden alle Probleme des Arbeiterwohlstandes so feierlich besprochen; darum suchen sie jede Schuld an einem Mißlingen ihrer Pläne oder an der Verelendung des Arbeiterstandes von sich abzuwälzen und reden von „Verschwörung" und „Gegenrevolution", um die angeblich Schuldigen streng bestrafen und womöglich hinrichten zu lassen. Wie die Arbeiterklasse aber in Wahrheit lebt, wie sehr sich ihre ganze Lebenshaltung und ihre Lohnverhältnisse verschlechtert haben, darüber gibt das vorliegende Werk erschütternde Daten, die sämtlich der Sowetstatistik entnommen sind, also gewiß nicht im negativen Sinne übertreiben Dem Staate steht das Monopol des Arbeitgebers zu, und der Arbeiter ist der Lohnknecht des kommunistischen Parteistaates. Die Arbeitsbedingungen werden ihm diktatorisch vorgeschrieben. Freie Gewerkschaften und Arbeitseinstellung gibt es nicht mehr, denn die roten Gewerkschaften sind nur Zweige des bürokratischen Staatsapparats. Das Parteimonopol der Presse und die Unterdrückung jeglicher privaten Initiative vervollständigen das Bild. Der Arbeiter wird immer weiter „Herr der Wirtschaft" genannt, muß aber schweigen und alle Lasten tragen. Er kann nur Selbstkritik üben, die sich aber nicht auf die kommunistische Leitung erstrecken darf. Das wäre Opposition, Reaktion, staatsfeindliche Gesinnung. Das „herrschende Proletariat" hat nach einem bestimmten Muster zu leben, hat alles hinzunehmen: Auflösung der Familie, Abschaffung der Religion, Liquidation der Arbeitslosenunterstützung, Nachtarbeit, freiwillige Lohnabzüge usw.

Welches Fiasko die Kommunisten auf dem Gebiet des Wohnwesens erlitten haben und wie trostlos das Enteignungsexperiment der Häuser ausgefallen ist, berichtet ein gesonderter Abschnitt des Werkes. Die Enteignung des

Hausbesitzers schien einfach: man warf ihn auf die Straße und übergab das Haus dem Proletariat zum unentgeltlichen Wohnen. Infolgedessen schonte niemand seine Wohnung, ließ niemand etwas ausbessern, und die Häuser verwandelten sich selbst in den Großstädten bald in Ruinen. Heute, nach dreizehnjährigem Experiment, erheben die Kommunisten nicht nur einen hohen Mietzins von den verstaatlichten Häusern, sondern sind sie gewillt, den früheren Hausbesitzern, soweit sie noch am Leben sind, die ganz verfallenen und verkommenen Häuser wieder zurückzugeben, gegen die Verpflichtung der gründlichen Instandsetzung. Da niemand dieser Verpflichtung nachkommen kann, nimmt auch niemand sein Haus zurück. Diese verstaatlichten Häuser werden nun von kommunistischen Wohnungskomitees verwaltet, der Mietzins ist gestaffelt, die Arbeiter zahlen am wenigsten. Die Folge: man will keine Arbeiter aufnehmen, sie werden in die schlechtesten Häuser gedrängt. Denn wenn zu viele Mieter in einem Hause eine ermäßigte Miete zahlen, können die Unkosten nicht gedeckt werden. Die auf eine Person entfallende Wohnfläche beträgt etwa 5 Quadratmeter. Die Durchschnittsanzahl der auf eine mittlere Wohnung entfallenden Familien ist erschreckend, und diese Zahlen geben erst eine richtige Vorstellung von der russischen Wohnungsnot, von der man sich in Europa, vor allem auch in Deutschland keinen Begriff machen kann. Gebaut wird wenig, wegen der hohen Baukosten und der mangelnden Materialien. Und was gebaut wird, ist so schlecht, daß es oft schon nach einem Jahre unbewohnbar wird. Dreizehn Jahre kommunistischer Herrschaft haben auf dem Gebiete des Wohnungswesens einen Zustand geschaffen, wie ihn noch kein zivilisierter Staat der Welt gekannt hat. Vielfach erbauen sich heute die Arbeiter eigene kleine Lehmhütten, um wenigstens eine notdürftige Unterkunft zu haben. Die Sowjetregierung bietet dem Privatkapital des Auslandes große Vergünstigungen an, wenn es in Wohnungsbauten angelegt wird. Es haben sich aber bisher keine ausländischen Kapitalisten gefunden, die ihr Geld in Sowjetrußland in dieser Weise investieren wollen.

Auch über die Konzessionsverträge der Sowjets wird ausführlich und sachlich berichtet. Alle die Spitzfindigkeiten werden aufgedeckt, die die Konzessionsverträge für den Ausländer so verhängnisvoll machen. Es werden Beispiele von finanziell leistungsfähigen Unternehmungen herangezogen, die beweisen, daß der Vorteil immer auf Seiten der Sowjetregierung ist; auch schon deswegen, weil jedes Konzessionsunternehmen nach Ablauf des Vertrages (höchstens zwanzig bis fünfundzwanzig Jahre) entschädigungslos und in vollem Betrieb dem Sowjetstaat überlassen werden muß.

Kultur

Nachdem die Fragen der Sowjetwirtschaft eingehend behandelt worden sind, bietet das Sammelwerk unter dem Titel Kultur eine Übersicht dessen, was die bolschewistische Weltanschauung an Kulturwerten in Rußland schon zerstört hat und was sie sich anschickt immer weiter zu zerstören.

Der Bolschewismus steht der Religion feindlich gegenüber. Der Gottesglaube verträgt sich nicht mit dem kommunistischen Staat. Lenin schreibt: „Gott ist der Erzfeind der kommunistischen Gesellschaft. Jedes Kokettieren mit dem Gedanken an Gott ist eine unaussprechliche Gemeinheit, eine niederträchtige Infektion." „Wir hassen das Christentum", sagt Lunatscharski, „denn es verkündet

die Liebe zum Nächsten und die Barmherzigkeit, was unseren Prinzipien zuwiderläuft." Zum Teil gründet sich dieser Haß darauf, daß die Religion den Klassenkampf zu überbrücken sucht, zum andern Teil aber auch darauf, daß der Bolschewist überhaupt keine Autorität anerkennen will, der er sich beugen müßte. Über die Formen der Religionsverfolgung ist man in Europa im ganzen orientiert. Namentlich hat die beginnende Übertragung des Kampfes auf deutschen Boden vielen schon die Augen über die hier heraufziehende Gefahr geöffnet. Wie groß aber die Anzahl der christlichen Märtyrer unter den Geistlichen ist, davon macht man sich im Auslande doch keinen rechten Begriff. In dem Wunsch, Exempel zu statuieren, hat hier die Sovetregierung einen taktischen Fehler begangen. Denn nichts wirbt bekanntlich so für eine Idee, wie viele Märtyrer. Die unzähligen niedergerissenen oder in kommunistische Klubs verwandelten Kirchen werden von der Sovetregierung aus Gründen der Klugheit dem Auslande gegenüber als „auf Wunsch der Bevölkerung selbst zerstört" angegeben. Ein typisches Beispiel: „Perwomaisk (Stadt des ersten Mai). Die organisierten Kinder der Stadt forderten die Enteignung der Kirche, um in dem Raum ein Kinderkino ins Leben zu rufen. An der Demonstration beteiligten sich dreitausend Kinder. Der städtische Sovet faßte den Beschluß, dem Verlangen der Kinder stattzugeben" (Komsomolskaja Pravda, Nr. 57, 1930). Die Einführung der Fünftagewoche und die Abschaffung des Sonntags waren ein weiteres antireligiöses Kampfmittel.

„Die Revolution ist machtlos, solange der Begriff der Familie besteht," erklärte eine Versammlung des Komintern. Die Gesetzgebung über die Ehe wurde immer lockerer, und heute ist die „tatsächliche" (d. h. nicht eingetragene) Ehe der eingetragenen in der Praxis ganz gleichgestellt und genießt denselben Rechtsschutz. Bigamie, Polyandrie, Polygamie und sogar Inzestehen bleiben straffrei. Für die Scheidung genügt die Willenserklärung eines der Beteiligten. Häufig bleibt der andere Teil sogar in Unkenntnis der erfolgten Scheidung, bis gelegentlich eine Mitteilung der Behörde darüber erfolgt. Es sind Fälle vorgekommen, in denen zwei oder drei Frauen denselben Mann als ihren Ehegatten bezeichneten — und auch umgekehrt. Die Jugend wird zur schmutzigsten und rohesten Lösung aller Fragen erzogen, die mit Liebe zusammenhängen. — Von den meisten Frauen, aber auch von vielen Männern werden solche Zustände als immer unerträglicher empfunden. Die Studentinnen beklagen sich in Zuschriften an die Redaktionen, daß man sie nur als Tiere betrachte und nicht als Menschen. Wenn sie sich weigerten, das zügellose Leben mitzumachen, würden sie nicht nur als dumm und rückständig verschrieen, sondern auch als antirevolutionär denunziert. Der bolschewistische Grundsatz: „Jede Frau ist eine Dirne, mit der man nach Belieben umgehn kann", wird von den Sovetbeamten den ihnen unterstellten Beamtinnen gegenüber auf das roheste in Anwendung gebracht.

Eine Folge dieser Ehe- und Familienverhältnisse ist die Verwahrlosung der Kinder. Die Sovetregierung äußert sich selbst darüber: „Die verwahrlosten Kinder sind unser größtes Übel". Die junge Generation hat am schwersten für alles büßen müssen, was Rußland im letzten Jahrzehnt erlitten hat. Hier handelt es sich nicht um einzelne Fälle von verlassenen Kindern oder Vagabundenwesen, sondern um die geistige und körperliche Verkommenheit von Millionen auf die

Straße gesetzter Kinder. Die bekämpfenden Maßnahmen der Regierung sind wirkungslos. Heute noch wächst die Zahl der aufsichtslosen Kinder ständig. Die großsprecherischen Angaben der Sovetregierung über ihre Kinderasyle sind nichts als Lüge, und selbst wenn tatsächlich genügend Asyle vorhanden wären, so würde dies nichts nützen, da diese Häuser den Kindern fast gar keine Pflege gewähren, abgesehen von ein paar für Ausländerpropaganda bestimmten Musteranstalten. Die Kinder entlaufen ihnen auch ständig.

Die Sovetregierung wagte sogar zu behaupten, die verwahrlosten Kinder seien ein Erbe des alten Regimes, ein Produkt des Kapitalismus. „Für die kapitalistischen Staaten ist die Verwahrlosung der Kinder eine normale Erscheinung, über die man nicht weiter redet. Sie ist in allen kapitalistischen Staaten im Zunehmen begriffen." Allmählich aber tritt die bolschewistische Presse doch einen Rückzug an. Die traurigste, aber einfachste Lösung der Frage liegt in dem Umstand, daß die verwahrlosten Kinder massenhaft wegsterben. Die Darstellung des Elends, das hier geschildert wird, ist erschütternd.

Das einzige Kapitel, das eine gewisse Hoffnung für die Zukunft erweckt, ist das der Jugend gewidmete. Wir lernen die Gründung und das allmähliche Anwachsen des „Komsomol" (kommunistischer Jugendbund) kennen, aber auch das allmähliche Abflauen des Interesses der Jugend für diese Institution, in der die alten Bolschewisten sich einen geeigneten Nachwuchs heranzuziehen suchen. Die Unverantwortlichkeit, die privilegierte Stellung der Komsomolzen, die sich in alles einmischen, ja, die die Arbeit der Regierung und der Parteiorganisationen kontrollieren und in das Staatsleben eingreifen dürfen, trugen schon von Anfang an den Keim der Zersetzung in sich. Trunksucht, zügelloses Leben und Faulheit sind charakteristisch für den Komsomol. Aber ganz allmählich beginnt eine innere Gesundung Platz zu greifen. Massenaustritte aus dem Komsomol finden statt, über welche die Presse nicht berichten darf. Die Versammlungen, die Protokolle, das ewige Reden werden der Jugend verhaßt. Die Parteiarbeit ist nicht nur langweilig, sie hindert die jungen Leute auch am wirklichen Arbeiten und Lernen. Nicht nur die Unwissenheit der Komsomolzen und zugleich ihre Enttäuschung über den Kommunismus erschreckt die bolschewistischen Führer, sondern vor allem die geistigen Strömungen, die innerhalb des Komsomol entstehen. Die Jugend kennt keinen Klassenfeind mehr, sie verlernt das revolutionäre Pathos, sie begeistert sich nicht mehr für kommunistische Schlagworte. Auch das religiöse Gefühl erwacht. Vielfach schließen die jungen Leute sich Sekten an, wo sie Ruhe und Gesittung finden. Die nationale Einstellung beginnt sich gleichfalls fühlbar zu machen.

Aus den Berichten über das Schulwesen in Sovetrußland, die sich gleichfalls auf authentische Sovetdaten stützen, geht hervor, daß auch hier erst niedergerissen und dann experimentiert wurde. Wäre nicht der russische Schullehrer der zarischen Zeit noch vielfach auf seinem Posten geblieben, so wäre hier noch viel mehr vernichtet worden. Der Lehrer blieb russisch und wurde nicht kommunistisch-international. Daß man so viele alte Lehrer beibehalten hat, lag daran, daß kein Ersatz vorhanden war. Aber es wurde alles getan, um die Schule zu einer Stätte des Menschenhasses zu machen. Die materielle Lage des Lehrers ist noch kümmerlicher, als die des Arbeiters. Ein Schullehrer im

Dorf erhält, laut Angabe des Bildungskommissars Lunatscharski, nur zwei Drittel des Durchschnittslohnes eines Arbeiters und damit etwas mehr als die Hälfte seines ohnehin kärglichen Gehalts in der zarischen Zeit. Was die moralische Seite der Sowetschule anlangt, so üben die kommunistischen Schülerzellen einen unheilvollen Einfluß aus. Dem politischen System der Kommunisten zufolge besitzt jede Schule ihre eigene kommunistische Zelle, welche die ganze Schule, die Lehrer, den Unterricht und die Schüler kontrolliert. Ihre Hauptaufgabe ist, die Autorität der nichtkommunistisch gesinnten Lehrer zu untergraben und sie zu denunzieren. Dadurch wird die Atmosphäre der Schule gemein. Trunksucht, Liederlichkeit sind schon hier zuhause. Laut dem Fünfjahrplan müssen siebzehn bis achtzehn Millionen Kinder jährlich in die Schulen aufgenommen werden. Aber wegen Platz- und Lehrermangel besteht diese Verfügung nur auf dem Papier. In einem offiziellen Bericht des Jahres 1930 heißt es: „Wir haben seit 1918 auf dem Gebiet der Schule wenig geleistet. Die Schule arbeitet mit schlechteren Resultaten, als die Vorkriegsschule".

Ebenso hat die Sowetregierung auch auf dem Gebiet des Hochschulwesens ohne Erfolge experimentiert. Im Jahre 1918 wurden alle Reifeprüfungen für die Hochschule abgeschafft und der Besuch jedermann freigegeben der das sechzehnte Lebensjahr überschritten hatte. Der Grundgedanke war, das „Privileg" der bisher führenden Schicht abzuschaffen. Es wurde der Satz aufgestellt: „Nur Bourgeois bedürfen einer Vorbereitung für die Hochschule. Der Proletarier besitzt genug gesunden Menschenverstand, um keiner Vorbildung zu bedürfen. Das Fehlende erlernt er während des Studiums". Nach einigen Jahren hat man sich aber zum Rückzug entschließen und eine Prüfung wieder einführen müssen. Das Niveau der Kenntnisse ist aber bedeutend niedriger angesetzt, und die Hochschulen sind mit mindergebildeten Elementen angefüllt. Für die Arbeiter und Bauern ist ein Zwischenglied zwischen Volksschule und Hochschule geschaffen worden: die „revolutionäre Schule" (Rabfak = Arbeiterfakultäten), an der die Hochschulprofessoren unterrichten müssen. Bei der Aufnahme in die Hochschule entscheidet aber weniger das Zeugnis, als eine Empfehlung der kommunistischen Partei. Bevorzugt wird der Komsomol. Daher ist die Hochschule heute hauptsächlich ein Kommunistenprivileg. Der Bildungsgrad der Studierenden ist, nach Aussage der Professoren, trostlos. Die Hochschule ist eigentlich zur Mittelschule geworden. Ewiger Wechsel in Lehrplänen und Programmen macht die Arbeit der Professoren unendlich schwierig. Auch leiden sie ständig unter Verfolgungen. Bei der Hochschulsäuberung von 1929 sind viele Professoren, die ihre antikommunistische Gesinnung nicht verleugneten, entlassen worden. Das bedeutet den Hungertod. Daher haben sich viele unter ihnen aus Not zum Kommunismus bekannt.

Das Gerichtswesen steht völlig unter kommunistischem Einfluß. Die überwältigende Mehrheit der Richter gehört der Partei an. Der Richter muß „nach den Richtlinien der Parteipolitik und der Regierung handeln", heißt es offiziell. Wenn er sein Amt nicht verlieren will, muß er sich fügen. Er hat auch die Pflicht, dem Parteikomitee sofort alle dem Sowetstaat schadenden Ordnungswidrigkeiten anzuzeigen. Der Volkskommissar für Justiz schreibt selbst: „Die Gerichtsorgane sind stumme Vollstrecker der ihnen erteilten Direktiven". Nur 2% der Volksrichter haben juristische Kurse besucht. 94% haben Volksschulbildung oder überhaupt keine Schule besucht. 4% haben sogenannte mittlere

Bildung. Der Volkskommissar schreibt u. a. auch: „Im Gerichtsapparat werden Leute zufällig und ohne genügende Prüfung angestellt. Säuberungen sind sehr häufig vonnöten, wegen Trunksucht, moralischer Zersetzung und krimineller Vergehen".

Wie alle anderen Kulturgebiete muß auch die Literatur sich nach kommunistischem Diktat richten. Auch hier sollte mit jeglicher Tradition gebrochen werden. „Von den Liedern des Proletariats werden die Wege des Erdkreises erglänzen", verkündet ein proletarischer Dichter. Was diese Dichter bisher geleistet haben, ist aber literarisch wertlos. Fast alle wirklich bedeutenden russischen Schriftsteller sind ins Exil gewandert. Die wenigen, die bleiben mußten, schweigen. Dennoch wurden manche von ihnen auf den bloßen Verdacht ihrer nichtkommunistischen Gesinnung hin, auf grausame Weise zu Tode gemartert. Auch durch Selbstmord haben Dichter geendet, die gezwungen werden sollten, den Bolschewismus zu besingen. Das ganze Schrifttum steht unter strengster Kontrolle, und die Literaturschnüffelei ist immer am Werk. Bezeichnenderweise findet die kommunistische Literatur bei der Bevölkerung keinen Anklang. Nicht nur städtische Leser mit höherem Niveau, sondern auch Arbeiter und Bauern bevorzugen die „bürgerlichen" Schriftsteller, namentlich die Klassiker. Bei offiziellen Rundfragen bezüglich der Literatur wird manchmal der Obrigkeit nach dem Munde geantwortet, aber die meisten Antworten, die anonym sind, bekennen sich zu Puschkin, Lermontow, Gogol usw. Einer schreibt: „Die neuen Schriftsteller schreiben nur von Revolution und Bürgerkrieg. Wir haben dies Thema satt." Auch das einfache Volk fühlt heraus, daß die kommunistischen Schriften auf Bestellung gearbeitet sind; auch wird es von der brutalen Art der Darstellung abgestoßen.

Auch auf diesem Gebiet ist der Versuch, eine „proletarische Kultur" zu schaffen, gescheitert. Man hat auch hier zerstört, aber keine schöpferische Arbeit leisten können. Was noch an Werten in der neuen Kultur steckt, ist der Tradition entnommen. Die Kommunisten begreifen nicht, daß zum Schaffen Persönlichkeit, Freiheit und individuelle Unabhängigkeit gehört. Sie verschmähen die Arbeit der vorangegangenen Geschlechter und sind daher mit all ihren kulturellen Erzeugnissen zum Absterben verurteilt.

*

Der furchtbare Ernst, der aus diesem Buch spricht, sollte endlich die Harmlosigkeit zerstören, mit der man im ganzen in Europa den Bolschewismus beurteilt. Iljin nennt die Denk- und Handlungsweise der Bolschewisten eine „fanatische Besessenheit". Sein Werk ist ein Appell an das Gewissen Europas und eine eindringliche Warnung vor dem Unheil, das hereinbrechen muß, wenn man noch weiterhin die Augen vor ihm verschließt . . . K.

Politische Übersichten

Lettland

In den zwei Monaten seit unserem letzten Überblick hat die Frage nach dem Schicksal der Rigaer Domkirche auch weiterhin im Vordergrunde des politischen Tageskampfes in Lettland gestanden. Im Parlament und in den verschiedenen kirchlichen Instanzen sind im Laufe dieser Zeit wichtige Erörterungen und Verhandlungen vor sich gegangen, sind Entscheidungen von weittragender Bedeutung gefällt worden. Diese Unterredungen und Beschlüsse in ihrer Gesamtheit wären eigentlich dazu angetan, die Rechtsansprüche der deutschen Domgemeinde auf ihr Gotteshaus in positivem Sinne restlos zu klären und auch gegenüber jeglichen Verdrängungsversuchen völlig zu sichern. Trotzdem hat sich die lettische Angriffsfront gegen die Deutschen im Domstreit in dieser Zeit nur noch mehr versteift und wesentlich verbreitert. Und trotzdem sind die Aussichten der deutschen Domgemeinde, ihre wohlerwiesenen Rechte an der Kirche im Endergebnis des großen Kampfes erfolgreich durchzusetzen, im Laufe der jüngsten Entwicklung viel geringer geworden. Die vergifteten Waffen — skrupellose Verleumdung und nationale Verhetzung —, von denen wir am Schluß unserer vorigen Übersicht sprachen, zeigen sich, zum mindesten im gegenwärtigen Kampfstadium, von stärkerer Wirkung, als die blanken Waffen — ein gutes Recht und ein ehrlicher Wille.

In der Kommission und im Plenum des Parlaments hat der deutsche Abgeordnete Pussull unwiderlegbar die deutschen Rechte auf den Dom klargelegt. Er wies nach, daß der Antrag Skujeneek auf Verstaatlichung der Domkirche und auf Annullierung der Verwaltungsrechte der deutschen Domgemeinde dem geltenden Privatrecht, den einschlägigen Gesetzen von 1919, von 1923 und von 1928 wie auch der rechtskräftigen evangelisch-lutherischen Kirchenverfassung widerspricht, da gemäß allen diesen Rechtsbestimmungen kein Immobil entschädigungslos und besonders kein Kirchengebäude überhaupt enteignet werden und ebenso das Recht der Domgemeinde auf alleinige Verwaltung des Domes nicht angetastet werden darf. Da ein Rütteln an diesen juristischen Darlegungen völlig aussichtslos war, erklärte nun in der weiteren Debatte der demokratische Abgeordnete Breikſch ganz einfach, es wäre töricht, die Frage des Rechts auf den Dom vom Rechtsstandpunkt aus entscheiden zu wollen, da solchenfalls für die Letten nichts herauskomme. Vom nationalen Standpunkt aus sei es erwünscht, daß der Dom in lettische Hände übergehe, daher sei er zu enteignen. Der Abgeordnete Skujeneek sagte, solange sich noch Zeugnisse der 700-jährigen Herrschaft der Deutschen in deutschen Händen befänden, werde das lettische Volk immer an die Zeit seiner Knechtschaft erinnert. Daher müsse der Dom enteignet werden. Dem von den Antragstellern vertretenen Standpunkt nackter Gewaltanwendung konnte sich die Parlamentsmehrheit nicht anschließen, wenn sie nicht die nach Abschluß der umstürzlerischen Epoche von 1918—1923 von Lettland begonnene Entwicklung in der Richtung auf rechtsstaatliche Konsolidierung hin wieder abbrechen wollte. So fanden sich denn von 78 abgegebenen Stimmen nur 28 für

den Antrag, der damit abgelehnt war. Die große Mehrheit der Volksvertretung hat sich damit gegen eine Erschütterung der Rechtsordnung in Lettland gewandt. Die Antragsteller haben indessen den Kampf noch nicht aufgegeben und ein Volksbegehren in die Wege geleitet, das noch weit über ihren ersten Antrag hinausgeht, indem nun eine Verstaatlichung nicht nur des Kirchengebäudes, sondern der gesamten Dombesitzlichkeiten gefordert wird, also auch aller der Baulichkeiten, die — wie vor allem das Dommuseum — erst vor wenigen Jahrzehnten (natürlich aus rein deutschen Mitteln) errichtet worden sind. Da das Parlament nach Ablehnung des ersten Antrages schwerlich für den noch radikaleren neuen Antrag wird stimmen können, wird es wohl zu einer Volksabstimmung kommen, wobei zum Stimmenfang alle Register einer nationalen Hetze gezogen werden dürften, — was offenbar überhaupt die Hauptabsicht der Antragsteller ist, deren Parteien sich keineswegs aus kirchlich interessierten Kreisen des Lettentums zusammensetzen.

Bald nach der Ablehnung der Domenteignung durch das Parlament wurde ein von der deutschen Domgemeinde bereits im vergangenen Sommer angeregter Vertrag zwischen ihr und der im Dom bisher nur Gastrecht genießenden lettischen Friedensgemeinde abgeschlossen, demgemäß diese als vollberechtigte lettische Domgemeinde zu gleichen Teilen mit der deutschen Domgemeinde in den Genuß aller Rechte am Dom und seinen Nebengebäuden (mit alleinigem Vorbehalt der weiteren Belassung der Sammlungen der deutschen wissenschaftlichen Gesellschaften im Museumsgebäude) eintritt. Der Vertrag, der einen sehr weitgehenden Ausdruck deutschen Verständigungswillens darstellt, wurde von den Vertretern der beiden Gemeinden unterzeichnet und vom Lettländischen Oberkirchenrat bestätigt, und damit schien der kirchliche Frieden wiederhergestellt.

Nun trat in der Osterwoche die evangelisch-lutherische Synode zusammen, auf der sich die leidenschaftlichsten Debatten über die Domkirchenfrage entspannen. Der lettländische Bischof Irbe setzte seine ganze Autorität für eine Wahrung des Rechtsstandpunktes ein und erklärte, daß er eher sein Amt niederlegen werde, als sich von der Synode irgendwelche mit seinem Rechtsgefühl und Gewissen nicht vereinbare Maßnahmen gegen die deutsche Domgemeinde vorschreiben zu lassen. Das führte dann auch zu dem Ergebnis, daß trotz heftiger Gegenströmungen der nationalistisch eingestellten Synodalen mit 216 gegen 144 Stimmen eine Resolution angenommen wurde, laut der die Synode den Vertrag zwischen Domgemeinde und Friedensgemeinde als eine Verständigung zwischen Letten und Deutschen gutheißt und der lettischen Garnisonsgemeinde, die als dritte Gemeinde am Dom mit gleichen Rechten aufgenommen zu werden beanspruchte, vorschreibt, sich einstweilen mit der Friedensgemeinde zu vereinigen, bis eine neue Kirche für die Garnisonsgemeinde gebaut wird.

Am folgenden Tage kam es dann auf der Synode zu einem radikalen Stimmungsumschwung derjenigen lettischen Kreise, die noch am Tage vorher zusammen mit den Deutschen für die erwähnte Resolution gestimmt hatten. Anlaß dazu gab ein eigenartiges Manöver des Vorsitzenden der Friedensgemeinde Krumin, der plötzlich — ohne vorher gegenüber den Deutschen auch nur das Geringste von seinen Absichten zu erwähnen — erklärte, die Friedensgemeinde werde die notarielle Bestätigung und grundbuchliche Eintragung ihres soeben gemeinsam mit der deutschen Domgemeinde unterzeichneten Vertrages bis

auf weiteres aufschieben, um inzwischen eine Aufnahme der Garnisonsgemeinde als dritte Domgemeinde herbeizuführen. Herr Krumin tischte dabei folgendes Rechenexempel über die Anteile der drei Gemeinden am Dom auf, wobei die entsprechenden Brüche auf den gemeinsamen Nenner von 1/12 gebracht worden sind: laut dem soeben unterzeichneten Vertrag stehen der Dom- und der Friedensgemeinde je 6/12 zu, wobei die Friedensgemeinde von Anfang an bereit war, für sich selbst nur 3/12 zu beanspruchen und 3/12 der Garnisonsgemeinde abzutreten. Die Garnisonsgemeinde beanspruche dagegen 4/12 für sich und wolle ebensoviel den beiden anderen Gemeinden überlassen. Um diesem Wünsche der Garnisonsgemeinde zu genügen, habe die Friedensgemeinde sich jetzt entschlossen, von den ihr vertraglich zustehenden 6/12 ganze 4/12 der Garnisonsgemeinde abzutreten. Da ihr jedoch dann nur noch 2/12 verbleiben, rechne die Friedensgemeinde damit, daß die deutsche Domgemeinde von ihren 6/12 der Friedensgemeinde 1/12 abtreten werde, so daß dann die deutsche Gemeinde insgesamt 5/12, die Friedensgemeinde 3/12 und die Garnisonsgemeinde 4/12 erhalten würden.

Mit diesem Rechenexempel erzielte Herr Krumin auf der Synode einen durchschlagenden Erfolg. Allgemein herrschte in den lettischen Synodalkreisen größtes Entzücken über diese „ideale Lösung", nach der nun die deutsche Domgemeinde „nur ein Zwölftel" von ihren Rechten der „vom christlichen Geist der Nächstenliebe erfüllten" Friedensgemeinde abzutreten braucht, um so den kirchlichen Frieden im Dom völlig wiederherzustellen. Die lettische Öffentlichkeit machte sich nun ganz allgemein diese Auffassung zu eigen, und alles wartete auf das von den Deutschen zur restlosen Beilegung des Domstreites noch zu erweisende „kleine Entgegenkommen". Als bald danach aber bekannt wurde, daß die Deutschen den Vorschlag Herrn Krumins mit aller Entschiedenheit ablehnen und fest entschlossen sind, über die im Vertrag mit der Friedensgemeinde den Letten eingeräumten Rechte keineswegs noch hinauszugehen, brach in weitesten lettischen Kreisen ein Sturm der Entrüstung über die „Halsstarrigkeit" und den „Mangel an christlicher Verständigungsbereitschaft" der deutschen Domgemeinde los, die sich so hartnäckig weigere, den Letten auch nur ein klein wenig entgegenzukommen und ihnen nur ein kleines Zwölftel von ihren Rechten abzutreten, obgleich sie auch dann noch mit 5/12 mehr übrigbehalten würde, als jede der beiden lettischen Gemeinden.

In Wirklichkeit kann jedoch diese ganze dem Uneingeweihten auf den ersten Blick so überzeugend scheinende Argumentation kaum etwas anderes sein als ein äußerst geschickter propagandistischer Bluff. Es gehört wirklich ein ganz unglaubliches Maß von Dreistigkeit dazu, die deutsche Domgemeinde mangelnden Entgegenkommens zu bezichtigen, nachdem sie eben erst den Letten die Hälfte aller ihr seit Jahrhunderten allein zustehenden Rechte am Dom freiwillig abgetreten hat. Und es ist eine Doppelzüngigkeit sondergleichen, wenn man die Deutschen als halsstarrig bezeichnet, weil sie sich so gegen die Abtretung noch eines weiteren „kleinen Zwölftels" wehren, während man selbst mit nicht geringerer Hartnäckigkeit gerade dieses eine kleine Zwölftel für die Letten beansprucht. In Wirklichkeit wissen die Letten ebensogut wie die Deutschen, eine wie entscheidende Bedeutung für die weiteren Geschicke der Domgemeinden gerade dem Besitz dieses einen heiß umstrittenen „kleinen" Zwölftels der Rechte am

Dom zukommt. Nämlich genau dieselbe Bedeutung, die dem Übergang des bekannten zahlenmäßig noch viel kleineren 51. Prozents der Aktien einer Gesellschaft in die Hände eines Aktionärs oder einer Gruppe von Aktionären eignet. Von dem Augenblick an, in dem die Deutschen den lettischen Gemeinden das siebente Zwölftel abtreten würden, könnten sie von den lettischen Gemeindevertretern mit 7 gegen 5 Stimmen überstimmt werden und wären damit jeglicher Möglichkeit beraubt, im Falle von Meinungsverschiedenheiten, die namentlich angesichts der so kraß feindlichen Einstellung der Führer der Garnisonsgemeinde gewiß nicht ausbleiben werden, ihren Standpunkt zur Geltung zu bringen. Im übrigen seien die Letten, die jetzt die willkürliche Zuteilung von 4/12 an die Garnisonsgemeinde, 3/12 an die Friedensgemeinde und 5/12 an die deutsche Gemeinde für eine gerechte Lösung ansehen, daran erinnert, daß gerade sie es gewesen sind, die die Zuteilung von Rechten an die nationalen Minderheiten im Staatsleben proportional der Kopfzahl als den angeblich gerechtesten Modus wo irgend möglich — so vor allem im Schulwesen — eingeführt haben. Nach demselben von den Letten verherrlichten Gerechtigkeitsprinzip müßte aber im Dom, wo die lettischen Gemeinden nach der Zahl ihrer Seelen in der Minderheit sind, die deutsche Gemeinde proportional der Zahl ihrer Gemeindeglieder 7/12, die Friedensgemeinde 4/12 und die Garnisonsgemeinde nur 1/12 der Rechte erhalten.

Hier wird indessen mit zweierlei Maß gemessen und für eine Minderheit das Recht der Mehrheit gefordert, weil es in diesem Falle eine lettische und nicht eine andersstämmige Minderheit ist. Und ein solches Messen mit zweierlei Maß ist überhaupt eine der am meisten angewandten Methoden in der Kampagne zur Domenteignung. Das Festhalten der Deutschen an ihren altüberlieferten Rechten wird als ein Zeichen von Halsstarrigkeit und mangelnder Verständigungsbereitschaft bezeichnet, während die weitestgehenden Prätensionen der lettischen Gemeinden auf diese Rechte als eine Selbstverständlichkeit gewertet werden. Die Angreifer fremder Rechte reden dauernd von „christlicher Nächstenliebe und Friedfertigkeit“ und werfen der deutschen Domgemeinde Mangel an solcher vor, obgleich diese auf die Hälfte ihrer Rechte um der Erhaltung des nationalen und kirchlichen Friedens willen freiwillig verzichtet hat. Man kann sich denken, wie sehr den Deutschen der Kampf um ihr gutes Recht dadurch erschwert wird, daß hier mit so ungleichen Waffen gekämpft, mit so ungleichem Maß gemessen wird. Und man muß daher der weiteren Entwicklung des Domkirchenstreites mit größter Besorgnis entgegensehen.*)

*

Die staats- und kommunalpolitischen Vorgänge der letzten Monate haben manchen deutlichen Beweis dafür geliefert, daß in lettischen Kreisen sich die Tendenzen zu einer Konzentration aller b ü r g e r l i c h e n K r ä f t e in Stadt und Land, die sich bereits seit einigen Jahren bemerkbar machen, immer mehr verstärken und bereits in entscheidender Weise auch gegenüber starken Gegenströmungen durchzusetzen beginnen. Diese Entwicklung wurde angebahnt, als nach

*) Wir sind in der Lage, im nächsten Heft eine eingehende Darstellung der Domkirchenfrage von hervorragend autoritativer Seite bringen zu können. D i e S c h r i f t l e i t u n g.

dem Scheitern der sozialdemokratischen Regierung Skujeneek Anfang 1928 unter der Führung des Demokraten Juraschewski eine bürgerliche Regierungskoalition zustande kam, die die meisten bürgerlichen Parteien aller Nationalitäten umfaßte. Der Ausgang der Parlamentswahlen im Oktober 1928, die eine erhebliche Schwächung des linken Flügels durch Abspaltung der kommunistisch gesinnten „Arbeiter- und Bauernpartei" von der Sozialdemokratie zeitigten, sicherte den bürgerlichen Gruppen für die folgenden Jahre die parlamentarische Vorherrschaft, wobei sich das Schwergewicht zunächst bei der Bildung des Kabinetts Zelmin und später bei der Wahl von Kweesis zum Staatspräsidenten vom bis dahin in den meisten parlamentarischen Abstimmungen ausschlaggebenden Demokratischen Zentrum zum Bauernbunde verschob.

Die Folgezeit brachte dann einen sich immer mehr verschärfenden Machtkampf zwischen diesen beiden um den ausschlaggebenden Einfluß im Staate ringenden Gruppen, dem als bäuerliche Besitzerpartei grundsätzlich bürgerlich eingestellten Bauernbunde und den stark opportunistischen, sowohl parlamentarisch als auch in mancher Beziehung programmatisch — man denke an die jüngsten Staatsmonopolbestrebungen! — immer wieder in eine Front mit den Sozialdemokraten einlenkenden Demokraten. Der erste große Versuch der demokratisch-sozialistischen Front, mit Hilfe chauvinistischer Losungen die auf die Unterstützung der Deutschen angewiesene Vormachtstellung des Bauernbundes zu erschüttern, war der bekannte Landeswehrstreit gewesen. Der Versuch, die Regierung Zelmin zu Fall zu bringen, mißlang, und ein Jahr später wurde sogar das Demokratische Zentrum selbst aus dem Regierungsschiff ausgebootet. Der Gegenzug der Demokraten war die Aufrollung des Domkirchenstreits, und es gelang, wie wir in unserer letzten Übersicht berichteten, auf diese Weise das Kabinett zu stürzen.

Bei der Neubildung der Regierung sah sich der Bauernbund vor eine Entscheidung von besonderer Tragweite gestellt. Zur Erlangung einer Mehrheit mußte er entweder die sechs deutschen Stimmen heranziehen, oder die fünf Stimmen von deren erbittertsten Gegnern, dem Demokratischen Zentrum und den Skujeneek-Progressisten. Für eine Entscheidung zugunsten der Deutschen sprach die Aussicht, den bisherigen Kurs einer rein bürgerlich orientierten, der Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte besondere Aufmerksamkeit widmenden Realpolitik fortzusetzen. Die jetzt im Zeichen der herannahenden Wahlen besonders zugkräftige nationalistische Parole schien dagegen ein Zusammengehen mit den Demokraten und ein Abrücken von den Deutschen zu empfehlen. Es ist sehr bezeichnend für das Vorwalten der auf eine weitere Stabilisierung der bürgerlichen Gewalt gerichteten Bestrebungen im Bauernbunde und den ihm nahestehenden Parteien, daß sie sich für die erstgenannte Kombination entschieden haben, so daß nunmehr für die Dauer der neugebildeten Koalition die mit halbmarxistischen Monopol-, Enteignungs- und ähnlichen Plänen sich tragenden Demokraten auch weiterhin außerhalb der Regierung verbleiben.

Das neue Kabinett mit dem bauernbündlerischen Premier Ulmanis an der Spitze setzt sich zusammen aus Vertretern des Bauernbundes, der Neusiedler, der lettgallischen und der rechten lettischen Gruppen und wird im Parlament außerdem von einigen russischen, polnischen und jüdischen Abgeordneten gestützt, während die Deutschen nicht zur Koalition gehören, wohl aber bereit sind, das

Kabinett von Fall zu Fall zu stützen. Eine engere Bindung der Deutschen an die Koalition Ulmanis kommt u. a. schon deswegen nicht in Frage, weil sie ausgerechnet als Justizminister den Abgeordneten Pabehrs beibehalten hat, einen Lettgaller, der es für möglich befunden hat, dem rechtlich unhaltbaren Domeneigningsantrag Skujeneeks zuzustimmen.

Einen weiteren Beweis für die Erstarkung der bürgerlichen Kräfte im lettischen Volke haben die jüngst im ganzen Lande durchgeführten Kommunalwahlen erbracht. Sowohl in Riga als auch in einer ganzen Reihe von anderen Städten — so u. a. in Libau, Mitau und Windau — hat sich das Kräfteverhältnis z. T. erheblich zugunsten der bürgerlichen Parteien verschoben, und auch in vielen Landgemeinden haben die Sozialdemokraten einen Stimmenrückgang zu verzeichnen gehabt. Der Wahlausfall in Riga bewirkte eine völlige Umkehrung der Kräfteverhältnisse im Stadtparlament. Während bisher die Sozialdemokraten und Kommunisten, unterstützt von einigen kleinen linksbürgerlichen Gruppen, die Mehrheit besaßen und demgemäß in der Kommunalpolitik der Landeshauptstadt den Ausschlag gaben, haben jetzt die marxistischen Parteien nicht unerheblich an Terrain eingebüßt, während gleichzeitig ein Teil der bisher zu ihrer Gefolgschaft zählenden linksbürgerlichen Gruppen ins bürgerliche Lager abgeschwenkt ist. Fast sämtliche lettischen bürgerlichen Parteien haben sich zu einem Bürgerblock zusammengeschlossen, der jetzt zusammen mit dem Block der nationalen Minderheiten über die Mehrheit im Stadtparlament verfügt. Anstelle des linksbürgerlichen Günstlings der Sozialdemokraten Kreewin ist nunmehr der ehemalige Ministerpräsident Zelmin zum Stadthaupt von Riga gewählt worden, einer der energischsten Vorkämpfer der bürgerlichen Konzentration.

Zum Schluß noch einige Angaben über die Erfolge der Deutschen bei den Kommunalwahlen. Leider ist eine lückenlose Zusammenstellung nicht möglich, da die Resultate noch nicht gesammelt sind. Trotz des fortschreitenden sowohl absoluten als auch erst recht relativen Rückgangs der deutschen Bevölkerungszahl und trotz eines ganz besonderen Wahlpechs — fehlten doch der deutschen Liste in vier Städten, in Mitau, Windau, Tuckum und Talsen, nur wenige Stimmen zur Durchbringung eines weiteren Kandidaten! – haben die Deutschen ihre Positionen im allgemeinen behaupten, stellenweise sogar noch erweitern oder gar neu schaffen können. In Riga wuchs die deutsche Stimmenzahl von 27,438 auf 28,604, während die Zahl der 13 Mandate die alte blieb, was allerdings einen relativen Rückgang bedeutet, da die Stadtverordnetenversammlung jetzt aus 100 statt wie bisher aus 90 Stadtverordneten besteht. Auch in Mitau, wo es statt 50 nunmehr 60 Sitze gibt, kommt die Behauptung der bisherigen 5 deutschen Mandate einem relativen Rückgang gleich, während in Libau die Deutschen durch Entsendung von 8 statt bisher 6 Stadtverordneten mit der Erhöhung der Mandate Schritt gehalten haben. In den Landgemeinden, in denen sich auch deutsche Bauernsiedlungen befinden, haben die Deutschen fast ausnahmslos mindestens die gleiche Mandatzahl erreicht wie bisher. Nur in einigen Gemeinden, deren Grenzen durch Einbeziehung einiger lettischer Siedlungsgebiete zuungunsten der Deutschen erweitert worden sind, war es natürlich nicht möglich, die Zahl der deutschen Mandate gegenüber der vermehrten Zahl lettischer Wähler zu behaupten. Insgesamt kann man jedenfalls die mancherorts bis zu 100% Wahlbeteiligung

der Deutschen an den Kommunalwahlen als einen gelungenen Probeaufmarsch der gutdisziplinierten deutschen Wählerarmee ansprechen, die im kommenden Herbst wieder unter Aufbietung aller Kräfte für die Parlamentswahlen mobil gemacht werden muß. Percy Bockrodt

Riga, Anfang Mai 1931

Polen

In weit höherem Maße als die meisten anderen ost- und südosteuropäischen Nachkriegsstaaten war Polen ein bedeutsamer Faktor in der europäischen Politik während der Jahre nach dem Weltkriege. Die Stellung Polens in der europäischen Politik ist von Anfang an eindeutig scharf betont gewesen, und zwar zugunsten aller Feinde Deutschlands. Wenn man den Ursachen dieser politischen Einstellung Polens auf den Grund geht, so findet man, daß sie zum großen Teil nicht in der Stimmung des polnischen Volkes begründet ist, sondern ihren Ursprung in äußeren Triebkräften hat. Diese Triebkräfte sind vor allem die französischen Wünsche bezüglich der europäischen politischen Konstellation. Polen hat sich nicht in demselben Maße wie einige andere europäische Nachkriegsstaaten von dem unmittelbaren politischen Druck Frankreichs unabhängig zu machen verstanden, sondern hat sich durch seine allzu unvorsichtige Betonung des deutschfeindlichen Standpunktes in einen politischen Engpaß verrannt, aus dem es zunächst noch keinen Ausweg finden kann.

Vielleicht hat man besonders in den Jahren der Pilsudski-Regierung schon hier und da nach einem solchen Ausweg aus der Enge der einmal eingeschlagenen Politik gesucht. Aber belastet mit dem Erbe der haßvergifteten Nachkriegsjahre brachte man nicht den Mut auf, auch einmal offen die Sünden der früheren Politik einzugestehen und neue Wege einzuschlagen.

So ist es gekommen, daß die polnische Außenpolitik in einer Zeit, da die offizielle französische Außenpolitik unter Briand sich immer stärker — ganz gleich ob mit ehrlicher oder unehrlicher Absicht — in die allgemeinen Bestrebungen eines Ausgleichs der politischen und wirtschaftlichen Gegensätze verstrickte, die Traditionen des unseligen Geistes von Versailles aufrecht erhielt und jede Diskussion über eine bessere Ordnung Europas ablehnte. Man wurde damit päpstlicher als der Papst und intrigierte selbst gegen die politischen Bestrebungen des bis dahin stets so hoch gefeierten französischen Bundesgenossen. In der polnischen Presse haben sich seit etwa einem Jahre die Angriffe gegen französische Bemühungen um eine Verständigung mit Deutschland ständig vermehrt, und in der nationalistischen Rechtspresse Polens äußert sich bereits ein gewisses Mißtrauen in die Treue Frankreichs.

Durch diese seine Einstellung ist Polen zeitweise recht stark isoliert. Das machte sich besonders bemerkbar auf der letzten Völkerbundstagung in Genf im Januar d. J. Zweifellos das interessanteste und ernsteste politische Ereignis der Januartagung war die deutsche Anklage gegen Polen wegen der jedem Minderheitenrecht hohnsprechenden Behandlung der Deutschen in Polen, besonders in Oberschlesien, während der Zeit der polnischen Wahlen zum Sejm im Oktober und November des vorigen Jahres. Diese deutsche Hauptklage war

begleitet von den Klagen der Ukrainer über die „Befriedung" Ostgaliziens. Tatsächlich stellten beide Klagen, die durch geradezu erdrückendes Material begründet wurden, eine politische Sensation insofern dar, als ähnliche Vorkommnisse, wie die in Polen während der Vorwahlzeit, sich gegenwärtig wohl nur noch in Sowetrußland ereignen. Daß Marschall Pilsudski etwa 80 Abgeordnete des vorigen polnischen Sejms in das Militärzuchthaus von Brest-Litowsk monatelang einsperren und dort geradezu mittelalterlichen Folterungen unterwerfen ließ, ist schließlich eine eigene innere Angelegenheit Polens, die außenpolitisch niemanden etwas angeht. Jedoch haben gerade die Nachrichten über die ungeheuerlichen Ereignisse im Gefängnisturm zu Brest-Litowsk zusammen mit den genauen Belegen der deutschen Klagen über Mißhandlungen der Deutschen in Oberschlesien und der ukrainischen Klage über die Ulanengreuel in Ostgalizien in Genf einen so außerordentlich starken Eindruck hinterlassen. Der Völkerbund, der für gewöhnlich mit diplomatischer Gewandtheit die wesentlichen Dinge, die irgendein Mitglied des Völkerbundes verletzen könnten, übergeht, hat sich dieses Mal denn doch dazu entschließen müssen, mit einiger Schärfe seinem Befremden über die polnischen Regierungs- und Befriedungsmethoden Ausdruck zu geben und seine Forderungen recht deutlich zu formulieren. Diese Forderungen bestehen darin, daß man von Polen für die Maitagung des Völkerbundes einen Bericht einforderte über die Maßnahmen, die die polnische Regierung ergriffen hat, um den Deutschen in Oberschlesien Genugtuung zu geben für den Schaden, der ihnen durch die Banden der polnischen Aufständischen, eines unter dem Protektorat des oberschlesischen Wojewoden stehenden Kriegerverbandes, in einigen hundert Fällen zugefügt wurde.

Hinsichtlich der ukrainischen Klagen hat sich der Völkerbund in der vergangenen Ratstagung zu einer Stellungnahme noch nicht entschließen können. Es wurde aber ein Komitee unter dem Vorsitz des englischen Außenministers Henderson bestimmt, das diese Klagen prüfen und über sie dem Völkerbund einen Bericht vorlegen soll. Unter dem Druck der ganzen öffentlichen Weltmeinung und in Anbetracht der zahllosen Proteste der Ukrainer aus Amerika sowie zahlreicher internationaler Friedens- und Menschlichkeitsverbände, schließlich auch des größeren Teils der führenden englischen politischen Kreise hat sich dieses Komitee mit erfreulicher Energie an die Untersuchung der Angelegenheit gemacht. Den zahllosen Fällen der Marterung von Ukrainern durch polnische Ulanen, die sogar oft mit dem Tode der Opfer endeten, hat die polnische Regierung nur verschwindend wenig Fälle angeblicher ukrainischer Sabotageakte gegen staatliche polnische Bauten oder polnische Gutshöfe in Ostgalizien entgegenstellt, die in keinem Falle den Vandalenzug der Ulanen gegen die ukrainische Bevölkerung im September und Oktober des vorigen Jahres rechtfertigen. Das Komitee hat sich Mitte April noch einmal an die polnische Regierung gewandt mit der Aufforderung, weiteres Material zu ihrer Entschuldigung zu liefern, falls solches vorhanden sei. Die polnische Regierung hat sich daraufhin mit der Kürze der Zeit bis zur Maitagung entschuldigt und um eine Verschiebung der Behandlung der Ukrainerfrage gebeten, die schließlich auch gewährt wurde.

Naturgemäß hat Polen aus all diesen Gründen außenpolitisch für die Maitagung des Völkerbundes einige Sorgen. Es ist nicht untätig gewesen und hat versucht, einen Gegenstoß zu führen, um die Wirkung vor allem der

dringendsten und unangenehmsten aller Klagen vor dem Völkerbunde, der Deutschen-Klage, abzuschwächen. Das politisch und geographisch dafür am günstigsten gelegene Gebiet schien der polnischen Regierung die Freie Stadt Danzig zu sein. Man begann daher bereits vor Wochen systematisch damit, angebliche Zwischenfälle in Danzig zu provozieren. Die amtliche polnische Telegraphenagentur, die Eigentum des Staates ist, ließ es sich besonders angelegen sein, jeden auch noch so kleinen Vorfall in Danzig, wo mehrere Tausend polnische Staatsbürger leben, als angebliche politische Provokation preußischer Hakatisten in Danzig aufzubauschen, und die gesamte polnische Presse stimmte mit Begeisterung in diese Hetze gegen Danzig ein. So hat man es schließlich soweit gebracht, daß wegen angeblicher Mißhandlung von insgesamt sieben polnischen Staatsbürgern in Danzig im Laufe von mehreren Monaten (die deutsche Klage über die Wahlmißbräuche zählt weit über 200 Fälle einwandfrei nachgewiesener Mißhandlung Deutscher in nur einem Monat auf) der polnische Kommissar in Danzig Minister Straßburger den Moment für einen politischen Vorstoß für geeignet hielt und unter großem Krach Mitte April aus Danzig abreiste und in Warschau demissionierte, da er angeblich nicht mehr in der Lage sei, die polnischen Staatsangehörigen in Danzig zu schützen. Sofort schilderte die gesamte polnische Presse in spaltenlangen Artikeln die Zustände in Danzig, wo angeblich ständig Abteilungen von Hitler-Leuten bewaffnet umherstreifen und nach polnischen Staatsbürgern suchen, um sie zu mißhandeln. Diese Schilderungen waren zum Teil so naiv, daß sie für den politisch geschulten Blick sofort sich selbst erledigten. Es gelang jedoch mit ihrer Hilfe, die polnische Volksseele in Wallung zu bringen und große Protestaktionen zu inszenieren. Mit aller Macht hat die offizielle polnische Politik den Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig Graf Gravina dazu zu bewegen versucht, eine Beschwerde über die Zustände in Danzig besonders hinsichtlich der Sicherheit für die polnischen Staatsbürger an den Völkerbund gehen zu lassen. Tatsächlich hat den letzten Meldungen zufolge der Völkerbundskommissar irgendeinen Schritt in dieser Angelegenheit in Genf unternommen. Welcher Art, wird allerdings noch in strengstem Geheimnis gehalten.

Absichtlich werden die angeblichen Danziger Provokationen immer wieder von Polen auf die deutschen Einflüsse in Danzig zurückgeführt. Und da Danzig nun einmal ausschließlich von Deutschen bewohnt wird, so ist diese Tatsache eine willkommene Gelegenheit für die polnische Regierung, darauf hinzuweisen, daß die Deutschen den polnischen Staatsbürgern in ihrem eigenen Gebiet keinen größeren Schutz gewähren können, als die Polen den Angehörigen der deutschen Minderheit in Oberschlesien. Aber noch ein zweiter Grund dürfte maßgebend dafür gewesen sein, daß Polen seine außenpolitische Aktivität in den letzten Wochen besonders auf Danzig konzentriert. Wenn es nämlich gelingt, den Völkerbund davon zu überzeugen, daß Leben und Eigentum der Polen in Danzig nicht mehr gesichert und die Danziger Regierung nicht mehr in der Lage ist, Ruhe und Ordnung in der Freien Stadt aufrechtzuerhalten, so kann Polen ohne Schwierigkeiten den nächsten großen Schritt tun und auf Grund der Bestimmungen über die Gründung der Freien Stadt Danzig das Recht der Besetzung Danzigs mit polnischem Militär, mindestens aber eine starke Anteilnahme Polens an den die Sicherheit in Danzig garantierenden Faktoren fordern. Das würde bedeuten, daß Danzig einfach in den Bestand des polnischen Staates übergeht

Auf diese Weise würde wieder einmal die Tatsache eines „Anschlusses" in Europa zu verzeichnen sein. Zwar wäre er nicht freiwillig erfolgt, ebensowenig wie durch ihn dem natürlichen Gesetz der Vereinigung eines bis dahin in zwei verschiedenen Grenzen lebenden Volkes zu einer staatlichen Einheit entsprochen würde, aber es wäre immerhin in den Augen der polnischen Außenpolitik ein Erfolg. Denn den deutsch-österreichischen Zollvertrag, den man als den gefürchteten „Anschluß" in Polen so sehr verschrieen hat, empfindet die polnische Volksmeinung ganz allgemein als eine Schlappe der eigenen Politik, und man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß das polnische Außenministerium deshalb bemüht ist, sich vor der Volksmeinung zu rehabilitieren. Auch dazu muß nun Danzig herhalten.

So ist außenpolitisch gegenwärtig für Polen alles im Fluß, und alles konzentriert sich auf Genf.

*

Die Innenpolitik ist naturgemäß seit den „Wahlen" im November des vorigen Jahres stabil. Durch moralischen, wirtschaftlichen und teilweise auch physischen Druck hat das Pilsudski-System sich ein Parlament geschaffen, das zwar in keiner Weise der politischen Einstellung des Volkes entspricht, aber eine sichere Mehrheit für die Regierung des Marschalls Pilsudski aufweist. Mit diesem Parlament macht man jetzt alles. Mag die Opposition noch so heftig sich gegen die jetzigen Regierungsmethoden sträuben, mag sie ein Mißtrauensvotum nach dem andern einbringen: fest und geschlossen stimmt die Regierungsmehrheit, ohne Nachdenken, lediglich auf das Kommando der für sie denkenden Regierung alles nieder. Wenn die Debatte über ein Mißtrauensvotum der Opposition gegen die Regierung dem Marschall Pilsudski einmal nicht behagt, so telephoniert er — wie es bei der außerordentlichen Sejmsession Ende April d. J. tatsächlich der Fall war — einfach im Sejm an und gibt den Auftrag, einen Antrag auf Übergang zur Tagesordnung durchzubringen. Getreu und folgsam, ohne eigene Meinung, wurde dieser Befehl ausgeführt, ein Abgeordneter des Regierungsblockes brachte mitten in der Debatte über das Mißtrauensvotum der Opposition den Antrag auf Übergang zur Tagesordnung ein, geschlossen erhob sich die Regierungsmehrheit für diesen Antrag, und die Opposition hatte das Nachsehen. So wird alles erledigt, Schwierigkeiten im Parlament gibt es für Marschall Pilsudski nicht mehr.

Aber es gibt andere Schwierigkeiten im inneren Dienst. Die Wirtschaftslage in Polen ist so niederdrückend, daß man zur Aufrechterhaltung des Gleichgewichtes des Staatshaushaltes keinen anderen Ausweg mehr wußte als den, die Gehälter der ohnehin schon sehr schwachbesoldeten Staats- und Kommunalbeamten um 15% herabzusetzen. Vor den Wahlen konnte man oft auf Wahlplakaten lesen: „Wenn Du die Partei des Marschall Pilsudski wählst, so wirst Du immer Schinken essen". Dieses Wort wird von den durch die Gehaltsherabsetzung so schwer geschädigten Beamten jetzt mit bitterer Ironie oft zitiert. Die Beamten, ein bisher der Regierung gedankenlos ergebener Stand, protestieren und fangen an abzufallen. Sie drohen in ihren Entschließungen ganz offen damit, daß sie jetzt nicht mehr in demselben Maße wie bisher ihre Kraft dem Staate werden zur Verfügung stellen können. Und wenn der Landgendarm oder der Volks-

schullehrer auf dem Lande bei den nächsten Wahlen nicht mehr so aktiv sind, wie bei den letzten, so wird es schlecht um die Regierungsmehrheit bestellt sein. Ganz abgesehen davon, daß durch die Gehaltsherabsetzung der Korruption und der Arbeitsunlust im Beamtenstande, zweien bisher in Polen ohnehin schon recht weit verbreiteten Übeln, Tor und Tür noch weiter geöffnet werden.

Innenpolitisch waren in den letzten Wochen gewisse Bestrebungen zu einer Einigung mit den Ukrainern zu verzeichnen. Man hat mehr oder weniger offiziell mit den ukrainischen Führern Fühlung genommen und ihnen wieder einmal die Berücksichtigung ihrer kulturellen Wünsche zugesagt. Aber nur unter der Bedingung, daß die ukrainische Minderheit ihre Klagen beim Völkerbunde über die Ulanengreuel in Ostgalizien zurücknimmt. Natürlich haben diese Verhandlungen zu einem Ergebnis nicht geführt. Die ukrainischen Führer wissen ganz genau, was sie von den Versprechungen der Regierung zu halten haben, und wissen ebenso genau, was für die polnische Regierung eine Zurücknahme der Klagen in Genf bedeutet. Zu Schweres hat die ukrainische Bevölkerung in den zwölf Jahren der polnischen Herrschaft über die westukrainischen Gebiete aushalten müssen, zu sehr hat man ihr jedes Recht auf eigene kulturelle und völkische Entwicklung abgesprochen, als daß sie an die plötzliche Wandlung in dem herrschenden Geiste glauben kann.

Als die im gegenwärtigen Moment vielleicht größte Sorge der polnischen Regierung ist die Wirtschaftslage des Landes zu bezeichnen. In kaum einem anderen Staate Europas, trotz der allgemeinen Weltwirtschaftskrisis, liegen die Dinge so katastrophal wie in Polen. Obwohl man immer nur von den großen Börsenkrachs in Newyork hört, ist der größte Wertrückgang der Aktien im Jahre 1930 nicht in Amerika, sondern in Polen zu verzeichnen, und zwar um 31 %. Von insgesamt 900,000 Industriearbeitern waren noch im April rund 400,000 völlig arbeitslos und wurden 300,000 nur teilweise beschäftigt. Nur etwa 1/4 aller polnischen Industriearbeiter hat vollen Verdienst gehabt. Die Landwirtschaft hat durch die allgemeine Landwirtschaftskrisis und die in Polen hinzukommenden geradezu ungeheuerlichen Steuerlasten in den beiden letzten Jahren einen so starken Rückgang erfahren, daß es ein liquides Landwirtschaftsunternehmen in Polen heute fast nirgends mehr gibt. Selbst die finanziell bis dahin stets gut fundierte Landwirtschaft Westpolens, d. h. des ehemals preußischen Teilgebietes, ist heute restlos bankrott, und Hunderte von Gütern werden versteigert, ohne daß jedoch die meisten von ihnen einen Abnehmer finden. Die Intensität der Betriebe ist in erschreckendem Maße zurückgegangen, Maschinen werden seit Jahren nicht mehr angeschafft. Die Verzweiflung auch unter dem Kleinbauernstande ist soweit gediehen, daß besonders die Neusiedler oft ihre Siedlungsstellen einfach liegen lassen und mit ihrer wenigen Habe als Landarbeiter unterzukommen versuchen.

Die Horoskope für die Zukunft sind nicht sehr günstig. Die Kaufkraft des Inlandes wird dadurch geschwächt, daß jeder Verdienst sofort durch Steuern wieder abgesogen wird. Die mit Steuern überlastete inländische Industrie muß durch hohe Zollmauern vor der Auslandskonkurrenz geschützt werden, die Produkte müssen daher im Preise hochgeschraubt werden und finden eben deshalb keinen Absatz. Der normale Warenaustausch mit dem Auslande stockt, da man

politische Ambitionen den Erfordernissen geopolitischer und geoökonomischer Art vorzieht. Die Hoffnung darauf, daß es ein Stadium gibt, in dem die Not die Regierung endlich zur Einsicht und zur Änderung ihrer politischen Methoden zwingt, scheint aussichtslos. Richard van Oosten

Deutsches Reich

Die deutsche Politik des letzten Monats hat weiter vornehmlich im Zeichen zweier Ereignisse gestanden: Zollunion und Volksbegehren. Wir haben schon in unserem letzten Bericht die Bedeutung der ersten Frage und die politische Situation skizziert, in die der Vorvertrag über die Zollunion hineingestellt ist. Inzwischen hat sich an der außenpolitischen Orientierung der Mächte nichts geändert. Deutlicher ist nur geworden, daß sich auch England trotz seiner Schritte, die zuerst den Eindruck erweckten, als ob sich die Downing Street in die Gefolgschaft Briands begeben hätte, ähnlich wie Italien neutral verhält. Mit dem einen Unterschied, daß es von sich aus Initiative entwickelt hat, um eine Zuspitzung zu verhindern. Darum die Wendung auf das juristische Gebiet, darum die Einschaltung des Völkerbundes. Deutschland brauchte sich den dahingehenden Forderungen schon deshalb nicht zu verschließen, weil sein Gewissen rein und die juristische Lage eindeutig ist. Den Pressemeldungen zufolge haben sich auch die englischen Kronjuristen dahingehend ausgesprochen, daß der Vorvertrag nicht in Widerspruch steht zu den Verpflichtungen, die Österreich insbesondere durch das Genfer Protokoll auf sich genommen hat.

Für Briand wie für Benesch ist dieser Vorvertrag eine besonders peinliche Überraschung gewesen, da ja ihre Politik darauf hinauslief, eine engere Verbindung zwischen Deutschland und Österreich mit allen Mitteln zu stören. Die erste Erregung und der nur mit dem Wort Hetze zu bezeichnende Ton der Pariser und Prager Presse haben zwar inzwischen einer besonneneren Haltung Platz gemacht. Aber dafür ist das diplomatische Spiel zur Sabotierung der Zollunion umso energischer und eifriger fortgeführt worden. Offenkundig hat die französische Politik zwei Mittel in ihre Rechnung eingestellt. Einmal den Gegenplan Briands. Zum anderen die Verknüpfung der Zollunionsfrage mit der Abrüstungsfrage, um dadurch einen Druck auf Italien und auf England ausüben zu können. Für das zweite spricht die Verschleppung der endgültigen Verhandlungen über die Flottenabrüstung, wobei man sich vor Augen halten muß, daß man diese Frage doch nun schon für endgültig geregelt hielt und es sich nur noch um technische Besprechungen handeln sollte. Anstelle dessen tauchen immer neue Hindernisse auf, die zu einer ernsthaften Krise der Verhandlungen geführt haben. Der Urheber ist Frankreich und der Zeitpunkt liegt kurz nach dem Bekanntwerden des Vorvertrags.

Um nun von Briands Gegenprojekt zu sprechen, so sei vorweg bemerkt, daß die Aufnahme dieses Plans in der internationalen Presse, ja selbst in der französischen Presse recht lau gewesen ist. Man hat ihn zur Notiz genommen und hat dabei offen ausgesprochen oder mehr oder minder vorsichtig angedeutet, daß dieser Plan mehr ein Störungsmanöver sei und keinen großen positiven Wert habe. Selbst die Pariser

hat an dem Tage der Veröffentlichung dieses Projektes mehr Aufmerksamkeit der Mitteilung des österreichischen Außenministers Dr. Schober zugewandt, daß die österreichische Regierung vor den Genfer Besprechungen keine vollendete Tatsachen schaffen werde. Ihre daran geknüpften Bemerkungen, Österreich weiche zurück, sind übrigens nicht den Tatsachen entsprechend. Denn abgesehen davon, daß die Zollunion für Schober eine Herzensfrage ist, könnte er auch garnicht von dem Wege abweichen, wenn er nicht selbst für immer seine politische Laufbahn zerstören wollte. Nachdem sich überdies noch Seipel für den Zollvertrag ausgesprochen hat, obgleich man wohl annehmen kann, daß ihm ein späterer Zeitpunkt lieber gewesen wäre, besteht auch innerpolitisch für Schober keinerlei Nötigung.

Briands Plan beruht auf dem an sich richtigen Gedanken, den Agrarstaaten des europäischen Südosten Vorzugszölle für ihre Agrarprodukte einzuräumen und diese Staaten zu einem einheitlichen Zollverband zu verbinden. Die Partner, die sich zusammenfinden sollen, bestehen aus den französischen Trabanten, der Tschechoslowakei, Jugoslavien, Rumänien und Polen, wobei man wohl auch an die Einbeziehung Ungarns denkt. Frankreich, England und Italien sollen diesem Block die Getreideausfuhr erleichtern. Deutschland und Österreich sollen zum Beitritt eingeladen werden, was wohl sehr formal gedacht ist, da dieses politisch und nicht wirtschaftlich begründete Projekt sich ja gerade gegen Deutschland und Österreich richtet. Welche praktische Bedeutung kann dieser Plan nun haben und wie steht es mit seiner Verwirklichung? Man muß sich vor Augen halten, daß als Abnehmer der Agrarprodukte Deutschland und Österreich ausscheiden, jedenfalls für die erste Zeit. Desgleichen Italien aus politischen Gründen. Und England aus rein wirtschaftlichen Gründen; denn England kennt Getreidezölle überhaupt nicht, kann deshalb den Südoststaaten keine Vorzugszölle oder Kontingente gewähren. Und wenn es das tun wollte, würden ihm seine getreideproduzierenden Dominien noch beträchtlich näher stehen. Abgesehen davon sind die Frachten von Südosteuropa nach England viel teurer als von Übersee. Das letzte trifft auch für Frankreich zu, das infolge seiner agrarischen Struktur nur als Weizenimportland in Frage käme, aber etwa Mais, Fleisch, Vieh und Viehprodukte, die bei der Ausfuhr des Südostens eine große Rolle spielen, nicht aufnehmen kann. Man rechne das alles zusammen und man wird feststellen, daß Briands Gegenprojekt wirtschaftlich zwecklos ist und schon deshalb, trotz der Gegenliebe, die es aus politischen Gründen etwa bei der Tschechoslowakei und Polen findet, keine Aussicht auf Verwirklichung hat. Der „Daily Herald", also das Organ der englischen Regierung, hat denn auch treffend bemerkt, daß Briands Projekt nur als Droh- und Druckmittel zur Einschüchterung Österreichs gedacht und deshalb nicht ernst zu nehmen sei.

Diese Drohung und Einschüchterung wird aber ein Stoß ins Leere sein, schon nicht zuletzt deshalb weil man die Brüchigkeit der Waffen sieht, deren Briand sich bedienen will. Die Stellung der österreichischen Regierung haben wir schon angedeutet. Ähnlich steht es in Deutschland. Auch hier finden wir die innerpolitische Einheitsfront und auch hier finden wir, daß der Außenminister an dem Plan festhalten muß, ganz gleich, ob er will oder nicht. „Kein deutscher Außenminister wird seinen Platz behaupten können, der in dieser Frage zurück-

weicht," schrieben die „Volkskonservativen Stimmen", die insofern von Bedeutung sind, als sie die Ansicht der kleinen konservativen Gruppe zum Ausdruck bringen, die gemeinschaftlich mit den Christlich-Sozialen es in der Hand hat, den Außenminister im Parlament dann zu stürzen, wenn die ausgezogene Rechte ihre Abstinenz aufgeben sollte.

In die allgemeine Pariser Nervosität platzte dann die Nachricht herein, daß die englische Regierung Reichskanzler Brüning und Reichsaußenminister Curtius zu einem Wochenendbesuch nach Chequers eingeladen habe. Die Reaktion war dementsprechend, und jedenfalls wurde erreicht, daß diese Zusammenkunft um einige Wochen vertagt wurde. Sie wird also nach den Genfer Besprechungen stattfinden, was zweifellos ein Erfolg der französischen Politik ist. Nun darf man zwar nicht annehmen, daß die Einladung mit irgendwelchen besonderen englischen Plänen, an die wir nicht glauben, im Zusammenhang steht. Wahrscheinlich hat man sich Chequers von englischer Seite mehr als eine Geste gedacht, da ja englisch-französische Besprechungen in letzter Zeit des öfteren stattgefunden haben, während der deutsche Reichskanzler mit den verantwortlichen englischen Staatsmännern sich noch nicht an einen Tisch setzen konnte. Immerhin wird man über die Abrüstungsfrage und über die Reparationsfrage sich unterhalten. Aber wir wiederholen, man darf sich keinen Hoffnungen über irgendwelche positiven Ergebnisse hingeben, und es dürfte wohl bei unverbindlichen Unterhaltungen bleiben.

Auch dafür wird es in Chequers zu spät sein, daß man sich über die Frage des Deutschtums in Polen unterhält. Diese Frage, die ja im Mai in Genf wieder aufgerollt werden sollte, nachdem Curtius im Herbst durchaus nicht glücklich abgeschnitten hat, ist jetzt durch die Zollunion bedauerlicherweise stark in den Hintergrund gedrängt worden. Hier zeigt es sich wieder, daß aufgeschoben trotz allen guten Willens auch aufgehoben heißt, denn die Situation verändert sich inzwischen so sehr, daß man notgedrungen sich anderen Fragen zuwenden muß. Dabei bestätigt sich die Befürchtung, der wir schon früher Ausdruck gaben - daß Polen nämlich garnicht daran denkt, irgendwie seinen Kurs gegenüber den Minderheiten zu ändern. Inzwischen ist die Eisenbahnanleihe perfekt geworden, die Polen zum Ausbau der strategischen Bahn Kattowitz-Gdingen bei dem französischen Rüstungsunternehmen Schneider-Creuzot aufgenommen hat, und zwar zu Bedingungen, die wirtschaftlich außerordentlich ungünstig sind. Aber die Polen haben alle Nachteile auf sich genommen, um ihre Stellung gegen Deutschland auszubauen. Auch gegen Danzig! Die Komödie, die der polnische diplomatische Vertreter in Danzig, Straßburger, mit seinem Abberufungsgesuch gespielt hat, wobei er als Grund angab, er könne nach den letzten Vorgängen nicht mehr für die Sicherheit der Polen in Danzig bürgen, dürfte wohl ihren beabsichtigten Zweck einer Propagandawirkung verfehlt haben. Daß man eine solche Komödie gerade jetzt spielt, erklärt sich daraus, daß sich der Völkerbund nun endlich doch notgedrungen mit der Danziger Frage beschäftigt. Notwendig geworden war das durch das Verlangen der Danziger Regierung auf völlige Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen, was eine Einstellung des Ausbaus von Gdingen in sich schließt. Wie verlautet, hat das Juristenkomitee des Völkerbundes sich dahin ausgesprochen, daß für Polen eine verbindende

Verpflichtung besteht, den Danziger Hafen voll auszunutzen. Wie aber die politische Lage nun einmal ist, muß man sehr skeptisch darüber denken, ob die berechtigten Beschwerden Danzigs mehr als einen oratorischen Erfolg haben werden.

*

Ehe wir uns den innerpolitischen Fragen zuwenden, sei noch darauf hingewiesen, welchen sympathischen Eindruck es in Deutschland gemacht hat, daß der neue rumänische Ministerpräsident Jorga endlich ein vor langer Zeit gegebenes Versprechen eingelöst hat, indem er ein Unterstaatssekretariat für Minderheitenfragen geschaffen hat und auf diesen Posten den Führer des Deutschtums in Rumänien, Rudolf Brandsch, berufen hat. Die „D. A. Z." etwa gab durch ihren Chefredakteur, der ja als Siebenbürger den deutsch-rumänischen Beziehungen besondere Liebe entgegenbringt, der Hoffnung Ausdruck, daß sich nunmehr das deutsch-rumänische Verhältnis enger gestalten würde und als erster Schritt dazu die vor kurzem abgebrochenen deutsch-rumänischen Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen würden.

Wir hatten in unserem letzten Bericht die in der Presse der nationalen Opposition zum Ausdruck gekommene Befürchtung wiedergegeben, die Notverordnung gegen den Radikalismus solle die Propaganda der nationalen Opposition, insbesondere bei dem jetzigen preußischen Volksbegehren, unmöglich machen. Diese Befürchtung hat sich bewahrheitet. Jedenfalls haben die preußischen Behörden die Möglichkeiten in dieser Richtung ausgenutzt, wobei sie, wie das etwa in der „Germania" zum Ausdruck kam, sich nicht in Einklang befinden mit der Reichsregierung oder auch mit dem Zentrum. Das Verbot des Organs des Stahlhelms, Verbote von Flugblättern für das Volksbegehren, Störung von Rednern, das sind einzelne Beispiele dieser Schikanepolitik, die betrieben wurde. Der „Ring" schrieb infolgedessen, daß die Handhabung der Notverordnung der Polizei die schlimmsten Erwartungen bestätige. „Nicht die Verfassungswidrigkeit der Verordnung empört, sondern der Erlaß ist als schwerer politischer Mißgriff zu bekämpfen. Ihre Handhabung aber ist als Parteipolitik schlimmster Observanz zu brandmarken."

Trotz dieser Schikanen hat das preußische Volksbegehren den erwarteten Erfolg gehabt, wobei man sich in die Erinnerung zurückrufen muß, daß es im Gegensatz zu einem Volksbegehren im Reich die Eintragungen von nicht zehn Prozent, sondern zwanzig Prozent der Wahlberechtigten nötig hat. Die Linkspresse hat selbstverständlich den Erfolg als wertlos hinzustellen gesucht, wobei sie etwa anführte, daß sich für das Volksbegehren, für das rund 6 Millionen Eintragungen erfolgten, nicht einmal alle die ausgesprochen hätten, die bei der letzten Reichstagswahl den Parteien ihre Stimmen gaben, die das Begehren unterstützen. Diese Argumentation ist aber sinnlos, da man sich vor Augen halten muß, daß gerade wegen der Schikanen die Eintragung des Namens in eine Liste, die den preußischen Behörden später überliefert wird, ganz etwas anderes bedeutet, als die Stimmgabe bei der geheimen Wahl. Für den Erfolg spricht besonders die Tatsache, daß die Eintragungen weit höher sind, als beim Volksbegehren gegen den Youngplan, daß fernerhin in rein katholischen Gegenden beträchtliche Stimmen von Zentrumswählern abgegeben sein müssen, obgleich diese Partei gegen das Begehren kämpfte.

Im jetzigen Augenblick braucht die Tatsache nur vermerkt zu werden, daß die von der Regierung eingesetzte Kommission für die Arbeitslosenfrage die 40-Stundenwoche vorschlägt. Eine Erörterung darüber wird erst nötig werden, wenn der Plan aus dem Vorstadium heraustritt. Ebenso sei nur vermerkt, daß das bisherige Regierungshaupt Danzigs, der Volksparteiler Dr. Sahm, jetzt Oberbürgermeister der Stadt Berlin ist. Etwas mehr Worte dagegen müssen wir auf die Auseinandersetzungen im nationalsozialistischen Lager verwenden, die wir schon in unserem letzten Bericht als möglich ansahen. Sie sind schneller, als erwartet, zur Tatsache geworden, wenn sie auch nicht den Umfang angenommen haben, wie man das nach der sensationellen Aufmachung der Presse annehmen mußte. Die Notverordnung hat den Anstoß zu diesen Auseinandersetzungen gegeben. Denn Hitler beantwortete sie mit einer neuen Betonung seiner Legitimität, wobei er insbesondere den S. A. die Verpflichtung auferlegte, nicht gegen die Vorschriften der Notverordnung zu verstoßen Daraufhin hat der bisherige Führer der nationalsozialistischen Sturmabteilung Norddeutschlands, Polizeihauptmann a. D. Stennes, sich mit einem Teil seiner S. A.-Leute von der N. S. D. A. P. getrennt und eine eigene Partei aufgemacht, der aber keine Bedeutung zukommt. Man muß sich hüten, die politischen Gründe, also die mehr oder minder radikale Einstellung oder den größeren oder geringeren Grad des Sozialismus, als entscheidend für die Haltung von Stennes anzunehmen. Persönliche Gründe, insbesondere die Reibungen zwischen ihm und dem politischen Leiter Berlins, Dr. Goebbels, dürften ausschlaggebend gewesen sein. Immerhin schwangen die von uns angedeuteten politischen Differenzen im Untergrunde mit. Sie dürften auch in Zukunft noch zu weiteren Reibungen und Trennungen führen, wenn man auch nicht glauben darf, daß dadurch der N. S. D. A. P. wesentlicher Abbruch getan würde.

Georg Schröder

Berlin, den 4 Mai 1931

Umschau

Verwirrung der Gefühle

Am Tage vor den Rigaer Stadtverordnetenwahlen in diesem Frühling bewegte sich durch die Straßen der Stadt ein Zug, in dem von gemieteten Leuten verschiedene Puppen umhergetragen wurden. Veranstalterin des Umzuges war die Partei der Jungwirte. Die Puppen, welche als Karikaturen gedacht waren, stellten in höchst primitiver Ausführung u. a. auch einen Kommunisten dar und einen Deutschen, der am Galgen hing und ein Modell der Domkirche unter dem Arm hielt. Das Machwerk war sehr dürftig. Immerhin aber wirkte die Tatsache, daß in den Straßen Rigas eine derartige Verhöhnung des für sein Recht kämpfenden Deutschtums öffentlich möglich ist, aufreizend genug. Nicht in den besseren Stadtteilen, wohl aber in einer an die Proletarierviertel grenzenden Gegend sind Deutsche im Zusammenhang mit dem Aufzug Insulten ausgesetzt gewesen.

Jüngerer Kreise innerhalb des Deutschtums bemächtigte sich eine starke Erregung. Die Notwendigkeit eines Einschreitens gegenüber solchen Provoka-

tionen kann wohl verschieden beurteilt werden. So richtig es ist, daß eine Wahlpropaganda von dieser unansehnlichen und wenig anziehenden Art im Grunde keine Beleidigung bedeuten kann, so kann doch andererseits der Wunsch gerechtfertigt erscheinen, dem Unfug einer solchen groben nationalistischen Verhetzung einmal präjudizierlich ein Ende gemacht zu sehn · namentlich im Hinblick auf die politische Erregung, der wir jetzt im Sommer entgegengehn. Unter allen Umständen falsch aber will es uns scheinen – wozu eine Neigung innerhalb unserer Gesellschaft zweifellos besteht –, die Aufwallung gesunder Abwehrinstinkte innerhalb des jüngeren Baltentums mit nachsichtigem, besserwissendem Spott abzutun. Man kann die Erregung beschwichtigen, eine politische Linie selbstbewußten Maßes vertreten; aber man sollte sich freuen, wenn einmal der Unmut über die monatelange, ungehinderte, maßlose und zynische Hetze deutschfeindlicher Elemente des lettischen Volkes einen — meinetwegen inopportunen, meinetwegen unbequemen — aber gesunden und kräftigen Ausdruck findet.

*

Die deutsche Studentenschaft Riga hat eine scharfe Resolution zur Domkirchenfrage gefaßt. Man wird nicht leugnen können, daß die Form der Entschließung, die man nach den vorangegangenen Ereignissen sehr verständlich finden wird, zur Verschärfung des Kampfes beigetragen hat, wenn auch bei weitem nicht in demselben Maße wie fast alle lettischen Äußerungen zur Sache. Daß man sich daraufhin eine taktische Belehrung der akademischen Jugend angelegen sein läßt, mag notwendig sein. Bedauerlich wäre es nur, wenn nun Erwägungen taktischer Natur von unseren Studenten völlig Besitz ergriffen. Die Gefahr ist vielleicht doch nicht ganz von der Hand zu weisen. Die nüchterne Weisheit älterer Studenten ist leicht durch realpolitische Gründe zu gewinnen – für Einsichten doch immerhin nur begrenzter Perspektive. Wie aber wenn diese begrenzte Perspektive, d. h. der Blick auf die Erfordernisse der ewig wechselnden politischen Situation des Tages, in der Studentenschaft jeden hochfliegenden Anspruch, jeden unabhängigen, unnüchternen, aber starken und — vor allem politisch unentbehrlichen Impuls verkümmern läßt, noch ehe er geboren werden konnte? Auch hier wieder: man soll kalmieren, wenn die Aufregung zu Torheiten hinzureißen droht. Aber man soll sich darüber klar sein, daß ebenso wichtig wie ein respektvolles Verständnis für die feine und komplizierte Strategik des Kampfes die Bewahrung der aus der Tradition gewonnenen Kraft einer politischen Gesinnung ist, die innerhalb unserer eigenen Reihen, besonders aber in unserer Jugend allmählich am Skeptizismus zugrunde zu gehen droht. Was aber wird aus uns, wenn schon die Jugend sich mit der Überlegenheit kühler Resignation zur Ruhe setzt? R. W.

Die baltischen Chefredakteure in Riga und Reval über den Nationalsozialismus

Der Chefredakteur der „Rigaschen Rundschau", Dr. Paul Schiemann, hat den Nationalsozialismus in einer großen Artikelreihe im November/Dezember behandelt (Rig. Rdsch. 1930. 265, 271, 277, 283, 289; vgl. dazu auch noch 1931. 3). Ihm ist nun Ende April der Chefredakteur der „Revalschen Zeitung", Axel de Vries, gefolgt (Rev. Ztg. 1931. 92, 93, 94, 95). Eine Gegenüberstellung der beiden Aufsatzreihen bietet manches Interessante. Wir glauben uns auf die reine Wiedergabe des Wesentlichen und Charakteristischen der beiden Auffassungen beschränken zu können.

*

Schiemann geht von der allgemeinen europäischen Lage nach dem Kriege aus, die der Ausdruck einer doppelten Gespanntheit ist: der Krisis des politischen Systems und der Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaftsform. Für das deutsche Volk, dem politisch und wirtschaftlich besonders schwere Aufgaben gestellt sind, liegt der Gedanke nahe, den Kampf gegen den Versailler Vertrag mit dem Kampf gegen den Kapitalismus zu verbinden: einen nationalen Sozialismus hervorbringen, „der die Stoßkraft der sozialen Revolution gleichzeitig zur politischen Befreiung des Staates einzusetzen gewillt ist". Als Voraussetzung für soziale Betätigung wird nicht ein Denkprozeß, sondern ein Gefühl — die Nächstenliebe gefordert; umgekehrt sei die nationale oder die staatliche Gemeinschaft nur dann schöpferischer Leistung fähig, wenn sie nicht so sehr gefühlsmäßig empfunden, als verstandesmäßig erfaßt werde. Für einen nationalen Sozialismus, der geeignet wäre, die Besten seiner Zeit um sich zu sammeln, werden im Anschluß daran eine Reihe von wirtschaftlichen und sozialen Forderungen aufgestellt; der deutsche Nationalsozialismus ist daran zu messen, wie weit er ihnen gerecht wird.

Diese Prüfung beschränkt sich im wesentlichen auf das Programm. An der nationalsozialistischen Wirtschaftslehre werden eine Reihe von Punkten kritisch herausgestellt. Zuerst der Zug zum Staatssozialismus („des merkantilistischen Zeitalters . . . mit all seinen anekdotischen Verboten und Geboten, seinen barocken Steuern und seinen Monopolen auf Kaffeebrennen und Schweineborsten"). Besonders im Zusammenhang mit dem vom Nationalsozialismus in den Vordergrund gerückten Kriterium des völkischen Gedankens. „Deutschland für die Deutschen!" — eine besonders dem Politiker des Ostens nur zu bedenklich klingende Politik: „Lettland für die Letten" usw. Die Ablehnung dieser nach Ansicht des Verfassers von den „sonst so verachteten, neuen Staatsvölkern des Ostens übernommenen" wirtschaftspolitischen Theorie macht — wie übrigens der polemische Teil der Aufsätze überhaupt ständig — auch vom Mittel scharfen Spottes Gebrauch. Es folgt ein Hinweis auf die zweite Wirtschaftsforderung: Brechung der Zinsknechtschaft. „Man muß anerkennen, daß dieses Problem dem Ingenieur Gottfried Feder wirkliche Herzenssache bedeutet und daß es für ihn persönlich im Mittelpunkte aller Wirtschaftspolitik steht. Aber es ist kein Glück für ihn gewesen, daß Adolf Hitler im Juni 1919 einen Vortrag von ihm hörte und mit dem Instinkte des geborenen Demagogen die Zugkräftigkeit solcher Parole für sein noch ungeborenes Wirtschaftsprogramm erkannte. Dadurch ist die Freiheit seines Denkens von vornherein in den Dienst bestimmter Parteiziele gestellt worden und in die Abhängigkeit von den Wirtschaftsinteressen bestimmter Wählergruppen" Was der Nationalsozialismus vermissen lasse, sei jede sachliche Auskunft über die Handhabung der Unterscheidung zwischen „raffendem" und „schaffendem" Kapital. Geblieben sei nur das Schlagwort. Das Problem der Arbeitslosigkeit werde von Herrn Feder, „dem federführenden" Wirtschaftspolitiker des Nationalsozialismus, und Hitler geheimnisvoll behandelt und offenbar unterschätzt. Die übrigen Forderungen des Nationalsozialismus werden aufgezählt, auf die grundsätzliche Entrechtung der („Fremdstämmigen" besonders hingewiesen die mit Preisgabe der Deutschen im Auslande gleichgesetzt wird) und die Ernsthaftigkeit des sozialen Radikalismus bestritten: „Damit wäre ja alles in schönster Ordnung, wenn nicht gerade die führenden Kreise des Nationalsozialismus, Korpsstudenten und Offiziere, wohl am

Kampfe gegen den Marxismus ein Interesse hätten, aber keineswegs eine andere soziale Umwälzung wünschen als die der Rückkehr ihrer gesellschaftlichen Vorkriegsposition. Und wenn man nicht auch sonst sehr ernsthaft an das Kapital gebunden wäre." Die Hitler-Partei habe weder auf sozialem noch auf wirtschaftlichem Gebiet irgendwelche Grundsätze — mit Ausnahme der Rassenkampftheorie, die aber weder ein sozialer noch ein wirtschaftlicher Grundsatz ist. Klarer und ehrlicher seien die Sezessionisten unter Strasser. Die Parteidemagogie der Hitler-Bewegung übertreffe alles bisher Dagewesene. Und ist es wirklich richtig, daß durch die skrupellose revolutionäre Propaganda — wie die Verteidiger des Nationalsozialismus wollen — breite Massen dem nationalen Gedanken zugeführt und vor dem Marxismus bewahrt worden sind?

In einem weiteren Artikel wird das nationale Programm der Bewegung behandelt. Nach einer Einleitung, die den demokratischen Gedanken innerpolitischer Organisation entwickelt und auf das Verhältnis zwischen nationaler Mehrheit und Minderheit hinführt, wird darauf hingewiesen, daß allein die Erhaltung des Gemeinschaftsgedankens den Staatsgedanken erhalte und rechtfertige. Klassenkampf sprenge die Gemeinschaft. „Aber die Klassenkampfparole hat nicht annähernd eine derartige in Haß erstarrte Spaltung des deutschen Volkes herbeizuführen vermocht, als es in wenigen Jahren die Hitlersche Propaganda erreicht hat. Die Staatsgemeinschaft ist durch die Beanspruchung alleiniger Staatsbürgerrechte für Bürger deutschen Blutes zerschlagen. Die Volksgemeinschaft ist in künstlich gesteigertem Haß jener Gesinnungsspaltung aufgelöst, die als die eigentlichen Feinde nicht die fremden Eindringlinge in Waffen, sondern die „November-Verbrecher" des eigenen Volkes bezeichnet, und verlangt, daß „die Köpfe rollen". Das gesamte politische Leben, Wissenschaft und Kunst ist vergiftet und terrorisiert durch jenen Hooliganismus, der gerade die schlechtesten Elemente der Straße immer neu anzieht, wie es seinerzeit das „schwarze Hundert" der „wahrhaft russischen" Leute tat. Innenpolitisch ist der Nationalsozialismus *aggressiver Nationalismus* in einer Brutalität und Einseitigkeit, wie ihn die Geschichte noch nicht kannte.

Das *baltische Deutschtum* hat ein halbes Jahrhundert lang unter dem aggressiven Nationalismus gelitten, sich gegen ihn wehren müssen. Es hat ihn als schlimmsten Feind erkannt, sein Gift bekämpft, wo es das Gift fand, bei Russen oder bei Letten. *Das baltische Deutschtum kann dieses Gift nicht plötzlich für einen Heiltrank halten, weil es von Volksgenossen kredenzt wird!"* (Sperrungen des Verf.).

Zuletzt werden die außenpolitischen Fragen zu den nationalsozialistischen Verlautbarungen in Beziehung gesetzt. Bis zu einem gewissen Grade ernstgenommen, jedoch als Utopie abgelehnt wird das Strassersche Programm einer Umschaltung der deutschen Wirtschaft auf das russisch-asiatische System. Die Partei Hitlers dagegen habe es in all den Jahren bisher überhaupt nicht der Mühe wert gehalten, sich darüber Gedanken zu machen, in welcher Weise das Ziel einer Befreiung Deutschlands erreicht werden könnte. Völlig abzulehnen sei der nationalsozialistische Vorschlag eines Bündnisses mit Italien, da er insofern auf einer irrigen Voraussetzung beruhe, als Mussolini an einen Krieg, der Deutschlands Interessen entspräche, nicht zu denken brauche, nicht denken werde. Frankreich scheide aus gefühlsmäßigen Gründen aus, woran auch die Spielerei der Diskussion Hervé — Hitler nichts

ändere. Die betonte Englandfreundschaft Hitlers habe wohl in rassenpolitischen Erwägungen ihren eigentlichen Grund. Ein eigenes außenpolitisches Programm habe der Nationalsozialismus nicht. „Wenn der Ordensmeister Mahraun Adolf Hitler einen Verräter nennt, so hat er damit natürlich unrecht. Man muß eine Überzeugung haben, um sie verraten zu können. Hitler aber kennt nur den Parteihaß gegen die politischen Gegner unter den Volksgenossen. Und dem ist er treu geblieben."

In einer Antwort Schiemanns auf eine „Zuschrift" (Rig. Rdsch. 5. Jan. 1931) kommt noch einmal in ungewöhnlicher, z. T. stark persönlich zugespitzter Schärfe zum Ausdruck, daß der Anschluß der Auslanddeutschen an die nationalsozialistische Bewegung Selbstmord bedeute.

*

de Vries schlägt einen ganz andern Weg ein. Nachdem er vorausgeschickt hat, daß gegenüber den innerpolitischen Vorgängen in Deutschland dem Balten eine abwartende und objektive Haltung angemessen sei, weist er darauf hin, daß die nationalsozialistische Bewegung über das rein Parteipolitische schon längst hinweg sei und für uns alles darauf ankomme, ihre Kraft und Wirkungsmöglichkeit richtig einzuschätzen. Auf ein Werturteil wird verzichtet; nur bei der Rückwirkung auf auslanddeutsche Fragen soll die Kritik hervortreten. Die übrigen Vorbemerkungen scheinen implizite eine deutliche Kritik am Verfahren der Schiemannschen Artikel zu enthalten, wenn gesagt wird, daß mit einer Kritik des — überaus angreifbaren — nationalsozialistischen Programms die Bedeutung und Kraft der großen geistig-politischen Bewegung nicht erfaßt werden könne. „Es kommt nicht auf das Programm einer Bewegung an, sondern auf die seelische Kraft, die in einer Bewegung drinsteckt."

Dementsprechend geht der Verfasser von der Persönlichkeit des Führers, Adolf Hitlers, aus, die er aus Herkunft und Bildungsgang zu verstehen sucht. Drei Faktoren sind es, die Hitlers geistige Entwicklung bestimmt haben: der Gedanke der Selbsthilfe, gewonnen aus dem Nationalitätenkampf seiner Heimat, des Sudetenlandes, die Kenntnis der sozialen Frage aus der Zeit seines Wiener Werkstudententums, das Erlebnis des Weltkrieges.

Ein zweiter Artikel ist in sachlicher Weise dem Programm gewidmet. Das Programm, das seit 1919 nicht verändert worden und ausdrücklich als Zeitprogramm gedacht ist, enthält neben vielen durchaus positiven eine Reihe bedenklicher Punkte. Eingegangen wird auf die Einstellung des Nationalsozialismus zum Eigentum, mit dem Bemerken, daß in dieser Frage eben eine Neuorientierung in der Partei vor sich zu gehen scheine. Immerhin ist die staatssozialistische Tendenz unverkennbar und wird trotz späterer Einschränkungen auch heute noch der Gedanke einer entschädigungslosen Enteignung von Grund und Boden durchaus nicht völlig verworfen. Dann die Fragen von Volk, Rasse und Staatsbürgertum. Der Verfasser weist zunächst — wie übrigens auch Schiemann — auf die Unklarheit dieser Begriffe in der nationalsozialistischen Terminologie hin. Besonders der Rassenbegriff sei nicht zureichend; der Kulturbegriff werde in seiner Bedeutung für die Volkstumsfrage verkannt. Die Unklarheit des Terminus „deutsches Blut" werde jedoch verständlich, wenn man in Betracht ziehe, daß die Rassenfrage der Sturmbock gegen das Judentum sei. Die antisemitische Welle überschatte aber zur Zeit noch völlig das für die weitere Zukunft des Deutschtums entscheidende Problem des Verhältnisses zwischen Rasse und Kultur

und die Nationalitätenfrage, die in ihrer politischen Bedeutung nicht nur für das Auslanddeutschtum, sondern für das ganze deutsche Volk eben noch durchaus verkannt werde.

Im dritten und vierten Artikel wird der Nationalsozialismus im Licht der sozialen und der nationalen Frage gesehn. Nach einer Skizze der eigenartigen Entwicklung des deutschen Arbeitertums würdigt der Verfasser die psychologischen Voraussetzungen von Hitlers Sozialismus, dem der gesunde Führerwille der nationalen Intelligenz entgegenkomme. Weil Hitler die Vorbedingungen einer neuen Massenführung erkannt hat, ist es seiner Bewegung gelungen, zum ersten Mal in Deutschland weite Massen des Volkes und auch der Arbeiterschaft für den nationalen Gedanken zu gewinnen. Ein großes Verdienst der Bewegung als solcher, die Wiederherstellung der menschlichen Fühlungnahme zwischen Arbeiterschaft und nationaler Intelligenz, kann zu dem für die Zukunft des deutschen Volkes entscheidenden Verdienst werden, wenn es gelingt, die Einordnung der Arbeiterschaft in den sozialen Bau des deutschen Volkskörpers tatsächlich in die Wege zu leiten. Auch die Beurteilung des Nationalismus der Hitlerschen Bewegung muß von den geschichtlichen Bedingungen des problematischsten Volkes Europas ausgehn: „Kein Volk ist so sehr der Gefahr ausgesetzt, internationale Gedankengänge zu gehen, die über das Volk hinausführen oder das Volk einfach negieren, wie das deutsche." „Der Deutsche hat nicht die große Begabung des Franzosen zur formalen Schöpfung auch des Geistigen, dem Deutschen fehlt der jedem Franzosen selbstverständliche Begriff der Nation. Der Deutsche hat auch nicht das ruhige und selbstverständliche Volksbewußtsein des Engländers Der Deutsche kämpft heute, wenn man näher zusieht, mit allen reichen Kräften seiner Seele um den Begriff Volk und Nation, um das Lebendigwerden dieser Begriffe in seiner Seele, um die Schaffung eines neuen Begriffs vom Volk, der für die weitere geistige Haltung und für die politische Geltung des deutschen Volkes bestimmend werden wird."

„Die nationalsozialistische Bewegung hat die vielleicht entscheidende Bedeutung dieser Problematik der deutschen Seele wohl erkannt." Bei dem Kampf für die Erweckung des Gefühls für Würde und Heroismus, des kämpferischen nationalen Aktivismus spielt naturgemäß die Propaganda eine entscheidende Rolle — eine Propaganda, die von Negativem und vielleicht sogar Gefährlichem nicht frei sein kann. Gewiß, die Geburt eines neuen lebendigen und schöpferischen Begriffs der deutschen Nation wird nicht durch Massenpropaganda erfolgen. „Ein bleibendes Verdienst der N. S. D. A. P. wird es jedoch bleiben, daß sie in Zeiten eines schweren psychologischen Niederbruchs des deutschen Volkes die entscheidende Notwendigkeit der Wiedererweckung des deutschen Selbstbewußtseins und des völkischen Denkens erkannt hat.

Und wenn neben und auch in der N. S. D. A. P. durch das kämpferische und entsagungsvolle Erleben des wertvollsten Teils der deutschen Jugend der geistige Begriff einer neuen deutschen Nation geschaffen werden wird, so wird der N. S. D. A. P. doch das Verdienst bleiben, in Zeiten des Niederbruchs und der inneren Haltlosigkeit des deutschen Volkes die Ideen von Volk und Nation, und wenn auch in noch so primitiver Form, in den Massen wieder zur Geltung gebracht zu haben."

Deutsches Schauspiel zu Riga

Schluß der Spielzeit 1930/31

Es war vorauszusehen, daß nach der recht gehörigen literarischen Anstrengung bei der Aufführung von Bruckners „Elisabeth von England" unser Schauspiel sich literarisch ein wenig erholen würde. Die Gründlichkeit dieser Erholung überstieg aber dieses Mal jegliche Erwartungen. Gewiß: das Publikum wird am Ende der Spielzeit immer etwas müde; und dann kommen die unentbehrlichen Ehrenabende (ehemals Benefize) der Schauspieler, welchen es immer weniger auf den Gehalt des Stückes, als eben auf die Rolle ankommt, – welche, nebenbei gesagt, nach einem unerklärlichen, aber anscheinend unumstößlichen Naturgesetz vom Schauspieler für seinen „Ehrenabend" immer möglichst ungeeignet ausgewählt wird. Und dann muß ja dem unvermeidlichen „Geschmack des Publikums" Rechnung getragen werden, weil das Theater bestehen, dazu volle Häuser haben und Geld einnehmen will und dieses nur mit leichterem Genre zu erzielen glaubt. Gewiß: dies alles fällt mildernd ins Gewicht; aber entschuldigend wirkt es nicht. Was bleibt denn da schließlich von dem berühmten „Kulturfaktor" übrig? Ein oder zwei gehaltvolle Aufführungen im Semester sind doch wirklich etwas zu wenig für die Anstrengung, mit welcher das Theater gehalten wird. Besonders aber bedenklich erscheint der Umstand, daß das Schauspiel anscheinend der Meinung ist, mit anderem Repertoire nicht bestehen zu können. Bedenklich und letzten Endes auch sehr anzuzweifeln. Unser Theaterpublikum setzt sich doch im Vergleich mit dem einer kleineren deutschen Provinzstadt aus einer wesentlich gebildeteren Schicht zusammen, welche sich zum großen Teil für eine solche Aufnötigung eines „Geschmackes", den es nicht hat und nicht haben will, bestens bedankt. — Für die aber, welche leichtes Genre bevorzugen, sollte das Schauspiel doch wenigstens versuchen, geschmackserziehend zu wirken. Davon ist herzlich wenig zu spüren: im Gegenteil, durch ein Repertoire, wie wie wir es zum Schluß dieser Spielzeit sahen, kann auf literarisch unbeschwerte Gemüter höchstens geschmacksverwirrend gewirkt werden. Und das wird nicht wettgemacht durch die in dieser Spielzeit wiederum erfolgte erfreuliche Zunahme der Besucherzahl. – Es ist bestimmt richtig, wie mir von kompetenter Seite berichtet wurde: wenn diese Zunahme noch 2 3 Jahre anhält, ist das Schauspiel aller finanziellen Schwierigkeiten enthoben. Gut; aber ich möchte sehen, welches Niveau wir mit unserem Theater dann erreicht haben werden.

Ich verkenne keine Schwierigkeiten; aber es handelt sich hier doch um den ganzen Sinn unseres deutschen Theaters, und bei einigem guten Willen muß es gehen. Dieser gute Wille ist aber nicht recht ersichtlich, wenigstens nicht in letzter Zeit.

*

Es würde keinen Sinn haben, die einzelnen Aufführungen der Berichtsperiode näher zu besprechen; es kann schließlich auch keinem Menschen zugemutet werden, sich mit den meisten der zur Aufführung gebrachten Stücke auch nur vorübergehend auseinanderzusetzen. Deshalb soll hier nur eine kurze Aufzählung, welche nicht einmal Anspruch auf Vollständigkeit haben kann, erfolgen; selbst die chronologische Reihenfolge ist nicht zuverlässig, weil in der Erinnerung all dieses bunte Zeug durcheinanderwirbelt. Also nur ein kurzer schüchterner Aufzählungsversuch:

Curt Goetzens „Der Lügner und die Nonne" (Ehrenabend für Irene Ree und Eugen Lundt) erhebt sich aus der Masse durch den bekannten Goetzschen Witz; sonst

auch dieses eine recht harmlose Angelegenheit, nett und lebhaft gespielt. Leo Lenzs Kriminalstück „Die Nacht zum Donnerstag" (kein Ehrenabend) konnte immerhin einige Spannung erzielen, wies auch Abweichungen von der Schablone auf. Marcel Pagnols „Zum goldenen Anker" erschreckte durch Rührseligkeit. Und dann kam es hageldick, eins nach dem anderen: Rita Graun und Carl Löser wählten sich zu ihrem Ehrenabend ausgerechnet die alte abgeklapperte „Rita Cavallini", Louise Dürath — die ebenfalls nicht mehr ganz jugendliche „Meine Frau, die Hofschauspielerin", König und Baender griffen zur beinahe schon prähistorischen „Spanischen Fliege", in welcher selbst die immense Anzahl der vermutlichen natürlichen Väter nicht mehr zu erheitern vermag, während Eva Klein-Donath sich die auch schon recht betagte „Madame Bonivard" heranholte. Alles dieses mit viel Begeisterung, Applaus, Blumen und sonstigen schönen Geschenken. — Dazwischen hinein kam dann irgendwo Fodors neuere, aber nach altbewährter Methode angefertigte „Füllfeder" und bestimmt noch etwas, was hier vergessen worden ist; ich glaube, man wird das verzeihen können.

Das einzige Wesentliche war Kolbenheyers Schauspiel „Jagt ihn — ein Mensch!" Eine sehr ernste Sache; und in der Idee eindrucksvoll: ein Mensch, der seine umwälzende Erfindung der ganzen Menschheit zugute kommen lassen will und deshalb von den einzelnen Gruppen und Klassen zu Tode gehetzt wird, weil diese Erfindung ihren Sonderinteressen zu widersprechen scheint. Sowohl Kapitalismus, als auch Arbeiterbewegung kommen schlecht ab: kurzsichtig und nur ihre Klasseninteressen im Auge habend. Es ist wie eine Warnung vor dem in unserer Zeit immer mehr überhand nehmenden Kollektivismus, in welchem der Mensch so verzweifelt wenig gilt, und es ist gut, wenn eine solche Warnung hin und wieder eindringlich zu Gehör gebracht wird.

Kolbenheyer hätte diese seine Idee in einem Traktat oder sonstwie niederlegen sollen; ein Theaterstück hätte er aber nicht schreiben sollen, denn dazu fehlte ihm Wesentliches. Rein künstlerischen Wert hat das Werk überhaupt nicht: in seinem dramatischen Aufbau ist es recht konventionell, oft, z. B. bei den Aktschlüssen, kann sich der Autor recht billiger Effekte nicht enthalten, und die Höhepunkte nähern sich manchmal bedenklich der Kitschgrenze. Den Schluß aber hätte er sich lieber von einem erfahrenen Theatermann zurechtmachen lassen sollen. Denn der war wirklich jenseits der genannten Grenze. Schade um Idee und Konzeption. — Wann werden wir wieder Autoren haben, die gutes deutsches Theater schreiben?

Unserem Schauspiel gegenüber aber wollen wir, besonders nach dem eingangs Gesagten, nicht undankbar scheinen (und auch nicht sein) und anerkennen, daß hier etwas geboten wurde, was stark zum Nachdenken anregte. Denn eine Lösung des gestellten Problems gibt Kolbenheyer nicht; und das ist vielleicht gut so.

Anzuerkennen war auch die Aufführung (Regie Stephan), welche den ideellen Gehalt in den Vordergrund zu rücken und die künstlerischen Mängel möglichst zu verdecken suchte (ganz konnte das natürlich nicht gelingen). Besonders erwähnenswert waren die mit geringen Mitteln hervorgebrachten „Massenszenen" ohne Massen und die Bühnenbilder (Joh. H. Brehm).

*

Das Gastspiel der bei uns in guter Erinnerung gewesenen Haaß-Berkow-Truppe hat auf diese gute Erinnerung nicht gerade günstig gewirkt. Ihre Stärke liegt nun einmal in den Volksspielen, und der „Totentanz", den wir wieder sahen, beeindruckte auch dieses

Mal stark, obgleich, wie es schien, die schauspielerischen Einzelleistungen nicht auf derselben Höhe standen wie bei dem letzten Hiersein der Truppe. Aber bei Spielen dieser Art treten ja die Einzelleistungen zurück gegenüber dem Gesamteindruck und dem Zusammenspiel. Den „Faust" jedoch kann man nicht ohne schauspielerisch begabte und geschulte Kräfte geben: „Ethos" allein macht es nicht. Und so konnte man sich bei der Faust-Aufführung vom Anfang bis zum Ende nicht des Eindrucks von etwas überaus Dilettantenhaftem erwehren; mitunter dilettiert es recht schlimm Vollständig schleierhaft aber blieb, warum der ganze Faust in ein öliges Pathos getaucht werden mußte, das bei Goethe so ganz und gar nicht am Platz ist. Einzelnes Versöhnliche (z. B. Gretchen bei Beginn ihres Auftretens) konnte den ungünstigen Gesamteindruck nicht bessern. So schied man recht unbefriedigt.

*

Mit dem Ende dieser Spielzeit verlassen unser Schauspiel eine ganze Reihe von Kräften, welche hier Wesentliches und Gutes geleistet haben, vor allem Louise Dürath, ferner Fr. Maurer, Rita Gramm und H. W. König. Ihr Scheiden wird bedauert, und mit Recht. Wird doch infolgedessen unser Schauspiel in der nächsten Saison ein ganz anderes Gesicht haben. Andrerseits aber ist der durch ihr Scheiden herbeigeführte Personalwechsel nicht nur materielle, sondern auch künstlerische Notwendigkeit. Denn unser kleines Schauspiel wird sich nur dann auf einem künstlerischen Niveau halten können, wenn ein frischer künstlerischer Zug das Ganze durchweht. Das ist hier nur bei öfterem, wenigstens teilweisen Wechsel des Schauspielerpersonals denkbar; sonst ist die Gefahr der „Routine" groß, gleich gefährlich für Publikum und Darsteller, wenn sie nicht Größen sind, die für uns ja leider nicht in Frage kommen. Gewöhnung ist eine gute Sache, aber für ein Theater paßt sie nun eben nicht. Auf den frischen Zug in der kommenden Spielzeit aber wollen wir hoffen; vielleicht bringt er auch eine kleine Änderung in der Repertoirelinie mit sich.

W. Mueller

Buchbesprechung

„Abtrünnige Bildung"

Unter diesem Titel hat Gustav Steinbömer auf etwa 100 Seiten zwölf Aufsätze zusammengefaßt, die zu verschiedenen Zeiten und aus verschiedenen Anlässen entstanden sind. Wenn das Buch trotzdem so geschlossen, organisch und einheitlich wirkt, so liegt das an der starken, überlegenen Persönlichkeit des Verfassers, der nur ein Ziel für seine reiche geistige und künstlerische Begabung kennt — die Arbeit an deutscher Erneuerung.

Es ist heute, wo sich zahlreiche literarische Falschmünzer in der Öffentlichkeit breit machen, wohl angebracht, auf die persönlichen Voraussetzungen eines Autors einzugehen: Steinbömer entstammt einer alten hanseatischen Familie, wurde Offizier, war 1913 als Regisseur bei Reinhardt tätig, zeichnete sich im Kriege aus und wandte sich dann der geistigen Arbeit zu, deren erstes Ergebnis uns hier vorliegt. Dank seiner doppelten Herkunft aus der politischen Zucht des preußischen Heeres und der geistigen Stefan Georges, des größten Hüters deutscher Geistessubstanz in dieser chaotischen Zeit, vereinigt er in sich zwei der bedeutsamsten traditionellen Elemente, die in Deutschland zumeist getrennt waren. Diese verhängnisvolle Trennung und deren Überwindung ist denn auch das Grundthema dieses Buches.

Der Romantiker Achim von Arnim

nannte einmal die Deutschen ein Volk, „wo das Wissen von dem Tun so ganz geschieden ist". Dieses Wort führt uns unmittelbar zu drei in sich zusammenhängenden bedeutsamen Problemen: dem der Bildung, der Persönlichkeit und der Oberschicht.

Das Individuum kämpft um seine Eigenhaftigkeit gegen die Gemeinschaft, die seine eingeborene Entfaltung bindet: die Gemeinschaft wendet sich fordernd an das Individuum, das auf ihrem Boden gewachsen ist und ihm seine Bausteine entnommen hat. Zwischen beiden besteht ein unauflösliches polares Spannungsverhältnis. In und durch diese Spannung wird der einzelne zur Persönlichkeit. Sie ist das Erlebnis der Individuation, zugleich mit dem Bewußtsein der bedingenden Gemeinschaft, die schöpferische Einheit jener Zweiheit. Somit ist Persönlichkeit nichts anderes als Führertum in der Gemeinschaft.

Nach dem Zusammenbruch der religiös zentrierten Gemeinschaftsordnung des Mittelalters galt es für den autonomen Einzelmenschen eine neue Sinnbezogenheit zur Gemeinschaft zu finden, um sich wieder zur Persönlichkeitsform zu entwickeln. Das ist den meisten Ländern denn auch gelungen. Sie brachten im humanistisch gebildeten Adligen (Grand-Seigneur, Kavalier, Gentleman) eine neue Führerschicht hervor, ein Menschentum europäischer Prägung, einen geistigen Führertypus. In Deutschland gelang dies nicht. Einen kurzen Moment in der deutschen Geschichte lag ein universales Menschentum preußischer Prägung im Bereich der Möglichkeit. Der Offizier gewann den Anschluß an Weimar (man denke an Gneisenau, Scharnhorst, Boyen, Clausewitz u. a. m.). Heinrich von Kleist symbolisierte das Preußentum und fand in der „Christlich deutschen Tischgesellschaft" den Ausdruck für die geistige und überberufliche Sendung des Adels. Die Romantik erneuerte den Bezug zur verschütteten mittelalterlichen Vergangenheit und suchte die unfruchtbare Inzucht des von seinen gesellschaftlichen und staatlichen Gestaltungsaufgaben abgefallenen Geistes zu überwinden. Diese Versuche scheiterten. Es setzt jener Prozeß ein, den Steinbömer mit dem Wort abtrünnige Bildung kennzeichnet.

In der in Deutschland üblich gewordenen Trennung von Kultur und Zivilisation spiegelt sich die verhängnisvolle Scheidung von Wissen und Tun wider. Das Resultat ist der geistesselige „Stille im Lande", der dem politischen und wirtschaftlichen Geschehen gleichgültig gegenübersteht. Auf der anderen Seite führt diese Scheidung zu einer Überwertung der technischen, materiellen Lebensseite, die völlig unvergeistigt bleibt, zum Bürokraten und Fachmann ohne Geist. Der einheitliche Zivilisationsbegriff ordnet die Gesamtheit des Lebens, vergeistigt das Politische, Wirtschaftliche und Soziale und weist jedem Lebensgebiet seinen Ort und Rang innerhalb seiner Ordnung zu.

Bildung ist gegenstandslos, wenn sie nur ein staubiges Buchwissen bedeutet. Nur durch die Persönlichkeit, das heißt durch das Führertum in einer Gemeinschaft, erhält sie ihren Sinn. So ist sie mit dem Problem der Oberschicht — und das heißt wieder der Staatsordnung — eng verknüpft. Eine „unpolitische" Bildung kann und darf es nicht mehr geben.

Es ist der Weg vom Prinzen von Homburg zum Hauptmann von Köpenick, den Steinbömer uns aufzeigt. Er tut es — und das gibt seinem Werk einen hohen Rang — nicht im Sinne einer unfruchtbaren Kritik an dieser und einer vergangenen Zeit. Er fügt zur nationalsozialen Bewegung das traditionelle Element und die preußische, von den zerfallenen Institutionen gelöste Idee hinzu.

Das Buch ist im Niels Kampmann-Verlag Freiburg i/Br. erschienen. Preis geheftet Mk. 3.40, geb. Mk. 5.–.

C. v. S.

Zuschrift und Antwort

Hochgeehrter Herr Schriftleiter! Hierdurch gestatte ich mir, Sie um Raum zu einer Erwiderung auf die kritischen Einwände Frl. C. Redlichs gegen die Einleitung meiner „Revaler Geleitsbuch-Bruchstücke" (Baltische Monatsschrift 1931, Heft 2, S. 128 ff.) zu bitten. Wenn Frl. Redlich mir vorwirft, daß ich zwischen städtischem Geleit und dem des Landesherrn nicht streng genug scheide und sagt: „Es handelt sich nicht darum, daß ein und dasselbe Geleit je nach der Kräfteverteilung mehr in den Händen des einen oder des anderen Parten liegt, sondern um zwei ganz getrennte Dinge . . .", so finde ich für diese Auffassung in meiner Darstellung (S. XIV ff.) keinerlei Anhaltspunkte. Ich behandle nur das städtische Geleitsrecht und erwähne dasjenige des Landesherrn bloß im Zusammenhang mit der Entstehungsgeschichte des ersteren. Daß das landesherrliche Geleit für das Territorium außerhalb der Stadtmark bestehen blieb, habe ich durch nichts in Frage gestellt. Ich glaube nicht, daß man mir den Vorwurf machen kann, zwei getrennte Dinge durcheinandergeworfen zu haben.

Ein weiterer Einwand lautet: „Auch kann 1343 noch nicht von einem „Vollbesitz des politischen Geleits" der Stadt gesprochen werden, denn bald darauf, 1349 und 1368, ist die Stadt bei bestimmten politischen Geleitserteilungen noch an die Erlaubnis des Ordensmeisters gebunden." Frl. Redlich hat hier nicht in Betracht gezogen, daß die Stadt Reval 1343 noch unter dänischer Herrschaft stand und sich politisch einer weitaus größeren Selbständigkeit erfreute, als in der Ordenszeit (man denke nur an den Friedensvertrag mit Finnland 1326). Es ist daher durchaus naheliegend, nach der bei mir zitierten Quellenstelle von 1343 ein volles politisches Geleitsrecht für die Stadt in Anspruch zu nehmen. Die Zitate von 1349 und 1368 sind für die dänische Periode Revals nicht beweiskräftig, da der Orden nach 1346 die politische Bewegungsfreiheit der Stadt wesentlich hemmte.

Warum darf man ferner den aus Heinrichs Chronik nachweisbaren Schutz der fremdländischen Gesandten durch die Esten nicht als politisches Geleit bezeichnen? Der Satz Frl. Redlichs: „Von einem wenn auch primitiven Geleitswesen bei den Esten kann noch keine Rede sein" ist fraglos unrichtig. Daß ein prinzipieller Unterschied mit dem späteren deutschen Geleit bestand, erwähne ich selbst.

Frl. Redlich sieht schließlich das Geleit, das mit dem Eintritt des Ordensmeisters in die Stadt verbunden war, als Überrest des landesherrlichen Geleits an. Mir scheint, hier verfällt sie selbst dem Fehler, dessen sie mich überführen wollte, der Vermengung des städtischen und landesherrlichen Geleits. Denn es handelt sich bei der Geleitserteilung beim Eintritt des Ordensmeisters nur um einen Gnadenakt, der einer allgemeinen Amnestie zur Thronbesteigung eines neuen Herrschers vergleichbar ist. Die Einwilligung zur Amnestie blieb aber immer dem Inhaber des Geleitsrechts, der Stadt, vorbehalten. Wenn ich selbst eine Kritik meiner Arbeit hätte schreiben sollen, dann hätte ich es mir als großen Fehler angerechnet, ein sehr wichtiges Zitat, das diese ganze Frage entscheidend beleuchtet, ausgelassen zu haben: Livld. Urkundenbuch X, nr. 628, S. 469, Zeile 11 von oben, über den Einzug Erzbischof. Silvester Stodewschers in Riga: „Am sontage (1449 Juni 22) noch der molczeit sante ich czu den burgern unde rath der stad Rige unde liß en

sagen, wie mit mir ingekomen weren veele echter usw., das sie die aus eren bucheren schreiben welden unde sie freygeben noch alder gewonheit. Do entpoten sie mir weder, das sie is gerne thuen wellen, unde goben semlich echter alle gancz frey unde nicht alleyne die, sunder ouch dorczu alle gefangene, wo sie die in tornen unde stacken legen hetten . . ." Deutlicher kann wohl nicht gesagt werden, daß es sich um eine auf Bitten des Landesherrn von der Stadt erteilte Amnestie und nicht um ein Recht, sondern um eine alte Gewohnheit (Sitte) handelt.

In der Kritik Frl. Redlichs vermisse ich aber auch einiges *). Prof. L. Arbusow hat mich z. B. mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß ein Zitieren der völlig überholten und unrichtigen Arbeit von Engelmann „Chronologische Forschungen" (S. XXX) überflüssig und schädlich ist. Persönlich kann ich noch hinzufügen, daß die im Register gegebenen Unterscheidungen „Bauer", „Bürge" oder „Vasall" durchaus nicht zuverlässig sind, z. B. ist der S. 77 neun mal genannte Hennekinus de Erras nicht Bauer, sondern Vasall, wie ich kürzlich aus einer unedierten Urkunde ersehen mußte.

Abschließend möchte ich die Hoffnung aussprechen, daß die so vernachlässigten Fragen der mittelalterlichen Verfassungs- und Sozialgeschichte auch einmal eine umfassende und gründliche Bearbeitung finden mögen. P. Johansen

Zu obigen Ausführungen Dr P. Johansens möchte ich feststellen, daß in Bezug auf landesherrliche und städtische Geleite mein Einwand nicht auf eine territoriale Unterscheidung ging, sondern ich vermißte hierbei das Hervorheben eines prinzipiellen Unterschiedes. Das landesherrliche Geleit ist Hoheitsrecht, während das Geleitswesen der Städte etwas wesentlich anderes, dem nur Analoges ist, das sog. Geleit „von und zu Recht" oder „vor unrechter Gewalt", das nicht als besonderes Recht verliehen wurde, sondern mit Konzedierung der Gerichtsbarkeit überhaupt mitgegeben ist.

Was den zweiten Punkt betrifft, so muß ich zugeben, die politische Bewegungsfreiheit zur Dänenzeit nicht genügend beachtet zu haben. Zu dänischer Zeit ist ein Übergreifen der Stadt in landesherrliche Kompetenzen möglich. Andrerseits glaube ich, daß der Begriff „politisches Geleit" nicht so gehandhabt werden kann, wie Dr. Johansen es tut. Ein politisches Geleit als solches bestand überhaupt nicht, wenn auch zugegeben werden muß, daß die Stadt durch Erteilen oder Sperren von Sicherheitsgeleit gegenüber Persönlichkeiten von politischer Bedeutung einen gewissen Einfluß auf politische Vorgänge hatte. Sie war aber zur Ordenszeit darin durchaus beschränkt.

Ein Schutz fremdländischer Gesandter bei den Esten auf Grund der Stelle in Heinrichs Chronik XIII. 5 erscheint möglich; ich ziehe darum meinen Einwand in Bezug auf das estnische Geleit fremden Gesandten gegenüber zurück.

Bei der Geleitserteilung des Landesherrn beim Meistereinritt scheint mir, daß hier Geleit und Amnestie schärfer unterschieden werden müssen. Erzbischof Silvester fragt nur wegen der Amnestieerteilung bei der Stadt an, während er über das Geleit lediglich mitteilt, daß mit ihm „ingekomen weren veele echter". Verbrechergeleit stand lediglich dem Landesherrn zu; die Möglichkeit, Geleit zu erteilen, erlischt für die Stadt mit dem Nachweis der Schuld.

E. Redlich

*) Übrigens müßte es bei Frl. Redlich auf S. 128, Spalte 2, Zeile 16 von oben nicht livländischer, sondern estländischer Generalgouverneur heißen.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Reinhard Wittram

Regeneration und Bayreuth

Von Gerhard von Keußler

Die wirksamsten Hilfsmittel und Decknamen für den Binnenverkehr der Wissenschaften hat neuerlich die Biologie angeboten und geliehen; ‚neuerlich' heißt hier: in Darwins zweiter Nachfolge. Falsche Übertragungen und Fehldeutungen bei der Übernahme sind auf keinem Gebiete ausgeblieben. Erinnert sei nur an den fatalen Mißbrauch, der mit dem Wort Entwicklung getrieben wird. So oft der Historiker dieses ‚Lehnwort' vom Biologen her sich zu eigen nimmt und es seinem Fachidiom einverleibt, entsteht die Gegenfrage: „Entwicklung oder Zuwachs?" — wirkliche, naturhafte Entwicklung oder bloß Veränderung durch Zuwachs? Wo aber in einer ‚Geisteswissenschaft' Nahrung und Wachstum, Verletzung und Heilung geprüft werden, melden sich auch: Umbildung und Regeneration.

Im Binnenverkehr der Künste samt ihren Exponenten — Schöpfer und Händler, Erbe und Verwalter, Institution und Institut — überwiegen neuerlich die Probleme Schutzfrist und Ehrenschutz; ‚neuerlich' heißt hier: seit dem Jahre 1913. Es hatte sich im Februar 1913 zum dreißigsten Mal der Todestag Richard Wagners gejährt, und damit standen gewisse Sätze seines letzten Willens zur Erörterung, zu einer Art Volksabstimmung. Im üblichen Wechselwirken von Pathos und Kasse, Schwung und Rechnerei suchte man den kulturellen Brennpunkt des Testamentes zu treffen und den Widerhall der Menge einzufangen. Es drehte sich um das tatsächliche oder vermeintliche Sonderrecht oder Privileg des Parsifal in Bayreuth. Ein privates Testament wurde offiziell mißachtet; nicht zerrissen oder zerschnitten, sondern umgedeutet. Entweiht? — Der Untertitel des Wagnerschen Endwerkes, das vier Hauptwörter zusammenschweißt — ‚Bühnenweihfestspiel' —, wurde als das offene Symbol einer okkulten Verletzbarkeit genommen, — als die Parsifalferse.

Im vergangenen Sommer, nach Siegfried Wagners Tod, ist viel über Bayreuths persönlich-sachliche Verluste seit 1913 und über die Möglichkeit einer Bayreuther Regeneration geredet worden; über ein neues Beginnen der Aufmachung im Allgemeinen wie der Regie

im Besonderen. Dabei zeigte es sich immerzu, daß mit dem einen Namen ‚Regeneration' mehrere grundverschiedene Vorstellungen zu belegen sind, sich belegen lassen. Denn was soll am neuen Beginnen neu sein oder als neu gelten? erneuend sich auswirken oder erneut scheinen!

Bei der natürlichen Regeneration handelt es sich um eine Ersatzfähigkeit; abgeworfene, verletzte oder sonst verlorengegangene Organteile oder ganze Organe werden spontan ersetzt, sie regenerieren sich. So beruht auch die Heilung von Wunden auf dieser Fähigkeit. Nicht hierher rechnet der Biolog Erneuerungen, die in regelmäßigem Verlauf stattfinden, so etwa die Erneuerung der abgeworfenen Blätter ausdauernder Pflanzen. Vielmehr gehören hierher Neubildungen, die durch außergewöhnliche Umstände veranlaßt sind. Der griechische Mythos hat die verschiedensten natürlichen Regenerationserscheinungen als Motive seiner naturischen Phantasie verwendet. Sogar das teuflische Plejaden-Experiment Medeias läßt sich auf Beobachtungen einer natürlichen Regeneration zurückführen, wie sie bei niederen Pflanzen vorkommt, etwa bei Lebermoosen, die zu Brei gehackt werden können, ohne daß sie das Vermögen verlieren, aus jedem Bruchstückl eine neue Pflanze zu erzeugen.

Die verfänglichsten Fragen an die Regenerationsfähigkeit eines Organismus werden durch gewaltsame Eingriffe gestellt, durch Eingriffe in sein Dasein. Die geschichtlichen Krisen ganzer Völker — als Schicksalsfragen gedeutet — sind Regenerationsprüfungen. Und im Kunstleben: Wo es sich um Verletzungen von Kunstorganismen und kunstkommunalen Gebilden handelt, entsteht das Kulturproblem: eine entsprechende Regenerierung zu ermöglichen. Mit einer Erklärung der kausalen Zusammenhänge ist es nicht getan; auch nicht mit der Erkenntnis, daß die Funktion der Organteile an deren Form gebunden ist, wie die Form an die Funktion. Andererseits erlaubt die ernste Bedrängnis der Krise nicht, daß man fatalistisch zuschaut, beobachtet, daß man die regenerative Selbstgestaltung der verletzten Form durch Wirkung des Gebrauchs ‚abwartet'. Die „öffentliche Meinung", diese allmächtig launische Richterin des Fortschritts, ist ungeduldig, und der Geschmackswandel der Menge ist unberechenbar.

So oft das Publikum ‚zahlt', will es auch mitreden können. Das tut es, nicht zuletzt durch die Presse, — durch die Berufskritik, durch den Mäcen und auch durch den Schuster, der nicht bei seinem Leisten bleibt, sondern durch ein ‚Eingesandt' sich oder seine Koterie zu Wort kommen läßt. Auch in diesen Zusammenhängen will das

Kunstpublikum, so bunt es selbst ist, als ein Ganzes betrachtet werden; das Verhalten seiner Einzelgruppen — im Guten und Schlimmen — wird ihm als Ganzem zugerechnet. Und als ein Ganzes mußte und muß auch das Bayreuther Auditorium genommen werden; so im Jahre 1882, so 1924, so auch heute. „Zahlen und mitreden" oder „mitreden und zahlen"? Erinnert sei hier an die denkwürdigen Worte des Demagogen Hybreas zum Tyrannen Euthydem. Setzen wir für ‚Euthydem' ‚Publikum' — und zwar das tyrannische Publikum, das nörgelnde und zahlende Auditorium —, so lautet der Spruch: „Publikum, du bist ein notwendiges Übel für uns; denn wir können nicht mit dir, aber auch nicht ohne dich leben."

Sattsam bekannt ist das Fehdewesen wie die halböffentliche Krise Bayreuths um 1924. Zur wohlfeilen Parole der Widersacher gehörte der Satz, Bayreuth habe sich überlebt. Es drohte eine Sabotage, jenes gegnerische Verhalten, daß die Bayreuther hindern sollte, ihre Kampfmittel wirken zu lassen, ihre ererbten Werkmittel im Kampf um Bayreuths Dasein. Aus dynastischen Gründen ließ 1925 das offizielle Oberhaupt, Siegfried Wagner, es fast zu einem Kabinettskrieg kommen; „Kabinett" — ohne Rücksicht auf die Bayreuther Hörerschaft als auf ein Ganzes. Was in diesem Vorhaben eines Kabinettskrieges taktisch verständlich war, doch strategisch unverantwortlich gewesen wäre, überschaute bis in alle Winkel der kausalen Zusammenhänge und bis in alle Auswirkungen der Finalmotive nur Einer. Und das war Dr. Karl Muck, ohne den überdies die Wiedereröffnung Bayreuths, im Jahre zuvor, 1924, nicht zustande gekommen wäre.

Warum Muck 1930 — nach dem Tode Siegfried Wagners und nach vollendeter Durchführung der Bayreuther Spielzeit 1930 — zurückgetreten ist: Die wesentlichen Beweggründe stehen in dem Brief Dr. Mucks an Frau Winifred Wagner. Die Veröffentlichung dieses Briefes — im Februar 1931 — hat das Publikum über die Hauptsache aufgeklärt. Der Wortlaut des Schreibens samt der vorangehenden allgemeinen Instruktion Mucks werde hier noch einmal abgedruckt. Dem Abdruck aber sollen mehrere Beobachtungen und Erwägungen — zum Thema ‚Regeneration' — sich anschließen.

„Mein Rücktritt von den Bayreuther Festspielen hat zu allerlei Gerüchten Anlaß gegeben. Man suchte die Gründe für diesen Rücktritt in Verstimmungen, die nach dem Tode Siegfried Wagners zwischen dem Hause Wahnfried und mir entstanden seien; man vermutete sie in Rücksichten auf meine Gesundheit

usw. usw. Da mein Verhältnis zum Hause Wahnfried seit mehr als 40 Jahren stets ein ganz klares und einfaches war, und da ich dringend wünsche, daß jetzt nach meinem Rücktritt erst recht dieses Verhältnis klar bleibe, empfinde ich jene Gerüchte als doppelt peinlich. Um sie ein für allemal zu zerstreuen und zugleich um zahlreiche Anfragen zu beantworten, deren persönliche Erledigung mir unmöglich ist, sehe ich nur einen Weg: nämlich den Brief zu veröffentlichen, mit dem ich Frau Winifred Wagner in den ersten Septembertagen 1930 meinen Entschluß mitgeteilt habe. Hier ist dieser Brief:

Verehrte liebe Frau Winifred!

Nach reiflicher Überlegung bin ich zu dem festen und unabänderlichen Entschluß gekommen, meine Tätigkeit in Bayreuth als beendet anzusehen. Ich gab 1908 Frau Cosima Wagner mein Wort, Siegfried beim Bayreuther Werk zu helfen, solange es mir möglich sei; dieses Wort habe ich gehalten, soweit es nur immer in meinen Kräften lag. Ich habe mein Wort gehalten nicht nur, weil ich es Frau Cosima verpfändet hatte, sondern weil ich mich Siegfried in treuer Freundschaft verbunden fühlte. Durch jahrelange gemeinsame Arbeit war mir „Siegfried" und „Bayreuther Werk" *ein* Begriff geworden — ein Begriff, der mir in allem Wechsel von Zeit und Ort als etwas Festes, Unverrückbares vor Augen stand — zu dem mich künstlerisches Gewissen und höchste Pflicht immer wieder zurückrief. Nun hat ein grausames Geschick Siegfried seinem Werk entrissen. Bayreuth verlor seinen Führer. Das Werk muß neu ausgebaut werden; neue Kräfte müssen eingesetzt werden; junge Schultern müssen es sein, denen die ungeheure Last und Verantwortung auferlegt werden kann. Und in dieses neue Räderwerk passe ich nicht mehr hinein — ich, dessen künstlerische Anschauungen und Überzeugungen, soweit Bayreuth in Frage steht, noch aus *dem* vorigen Jahrhundert stammen. Ich habe die Überzeugung, daß Du mich verstehst und meine Beweggründe würdigst. Es ist selbstverständlich, daß ich Dir immer zur Verfügung stehe, wenn Du fernerhin vielleicht einmal einen Rat von mir haben willst.

In treuer Freundschaft Dein alter

gez. Karl Muck."

Noch vor der Wende unseres Jahrhunderts erschien „Le voyage artistique à Bayreuth“ von Alexandre Lavignac. Das Buch fand eine mächtige Verbreitung auch außerhalb Frankreichs. Englisch 1898: „The music-dramas of Richard Wagner“. In der Einleitung orientiert Lavignac über die verschiedenen Wege und die Bahnlinien, die nach Bayreuth führen, doch die einzig richtige Reise dorthin sei die „auf den Knieen“. Daß Lavignac um dieser Hyperbel willen nicht als Phraseur zu betrachten sei, wußte man auch in Petersburg und Moskau sehr wohl. Einerseits kannte man dort den Pariser Professor Lavignac schon längst als einen überaus ernsten Musikpädagogen, andererseits hatte man dort, in Rußland, einige Jahre zuvor den „Ring des Nibelungen“ unter Muck kennen gelernt, worauf wiederum die große Petersburger Wagner-Bewegung zurückzuführen gewesen war. Im übrigen aber hat Lavignac für seine Encyclopédie de musique den guten Kredit seines Namens für alle Zeiten gefestigt, schon durch die Wahl seiner Mitarbeiter. Frankreichs allererste Musikforscher und Schriftsteller sind unter ihnen, so auch Romain Rolland. Für die „Reise nach Bayreuth“ war also Lavignacs Visum „Auf den Knieen“ nichts Unerhörtes, wurde auch garnicht als phrasenhafte Hyperbel empfunden, sondern als eine Orientierung ‚allen Ernstes‘, als ein Symbol zuständiger Ehrfurcht Goetheschen Charakters, auch für die Nachwelt.

Nun wissen wir alle, aus hinreichender Erfahrung, wie zu Überdienst und Überverehrung — so auch im Wagnerkult — jederzeit Stürmer sich melden; wie sie, anfänglich bewillkommnet, gar bald als Schädlinge verwünscht werden. Schädlinge, weil sie nicht mit den kritischen Grenzen der Symbolik — im Wortausdruck von Gesinnung und Meinung — sich bescheiden, sondern weil sie ‚tätlich‘ herausfordern. So hat namentlich die Bühnendichtung um die Wende unseres Jahrhunderts eine Überromantik gezeitigt. Hervorgegangen aus einem Kampf gegen die Auswüchse des Rationalismus und seiner kunstgefährdenden ‚Aufklärung‘, erhob die Romantik auf auf ihren Schild die Wiedereinsetzung der Phantasie in deren angestammtes Urrecht des kunsthaft Irrationalen. Was an aller kunstschaffenden Triebhaftigkeit durch die Aufklärung gewaltsam verletzt war, wollte — von den Romantikern gehegt — sich regenerieren; der Prozeß war ein geschichtlich normaler. Abnorm wurde er dort, wo die erneut sprießende Phantasie in Phantasterei ausartete; wo aus dem Besten des künstlerischen Menschentums, nämlich aus der Sehnsucht nach dem Unendlichen, ein großer Kultus des Übersinn-

lichen ward, unter der Devise „Selbstflucht". Um nun wieder zu schöpferischen Kunstmedien zu führen, mußte eine energische Gegenbewegung einsetzen. Das Beginnen der Antiromantik nach dem Krieg war immerhin — ebenfalls — ein normaler, geschichtlich normaler Prozeß. Was an aller kunstschaffenden Triebhaftigkeit durch die überromantische Selbstflucht gewaltsam verletzt war, sollte — von den Antiromantikern bloßgelegt — sich regenerieren können. Je tiefer die Schäden der Überromantik empfunden wurden, umso mehr gaben sich die Apostel der neuen Sachlichkeit als Fanatiker und Zeloten. Was da alles für ein ‚Heiligtum' — nämlich ‚fanum' — gehalten wurde, und welcherlei ‚Übereifer' — nämlich ‚zelos' — mitunter grassiert hat, wissen Chronist und Anekdotensammler. Sollte aber im gedehnten Lustrum nach dem Krieg — namens der ‚Sachlichkeit' und des ‚Fortschritts' — die Romantik mit ihrem Drum und Dran an Wuchs und Auswuchs niedergerungen werden, so war vor allem ihre geschichtliche Hochburg bedeutungslos zu machen, und in diese Zeit hinein fiel die Wiedereröffnung Bayreuths.

Die erste Auswirkung dieser Gegentat war die Erkenntnis, daß man das Phänomen Bayreuth als ein Stil-Phänomen — ‚dauernder denn Erz' — mit allen Kulturmitteln des Ehrenschutzes zu betreuen hat. Ein Komplex praktischer Fragen. Ihm zur Seite gingen Erkenntnisse und Erwägungen, geschichtlich-ästhetische Theorien im Sinne Goethes — als ‚die andere Hälfte' aller Erfahrung — mit dem Leitwort von Shakespeare „Reif sein ist alles". Wie nie zuvor in unserem Musikbetrieb war man allgemein durch die Wiedereröffnung Bayreuths aufgefordert, sich darauf zu besinnen, daß der Bayreuther Stil wie jeder Stil im Großen — geschichtlich genommen — eine unwiderrufliche Sanktionierung von ‚Bräuchen' darstellt, und daß der Brauch als solcher wiederum einen neuernden Einfall eines tonangebenen Individuums zur Voraussetzung gehabt hat. Andererseits hat man von Generation zu Generation beobachten können, was am jeweils Neuen modisch, vorübergehend war und was da förderlich modern, brauchwirkend — zuletzt stilbildend — gewesen ist. Gehen wir in der Abstammung des Stils — in der Rücklinie Brauch-Mode — noch einen Schritt weiter. Wir stehen dann vor der Energetik des Neuen.

Für gewöhnlich stößt man auf vitale Grundmotive: Übersättigung oder frühe Unzufriedenheit mit der immerhin besten Kost, die als unschmackhaft empfunden wird und beiseite gelegt werden soll. Wesentlich Neues sei zu schaffen. In beiden Fällen gehen die

Neuerer auseinander, je nachdem: wen sie für die vitale Hemmung — Übersättigung oder Mäkelsucht — verantwortlich machen, und je nachdem: ob sie sich getrieben fühlen, für sich und für andere Neues zu schaffen, oder ob sie von Neuerungssucht geplagt werden.

Zur Übersättigung im Großen, Extremen. Daß man seinem Ekel Luft macht, indem man seine Geburt und die Brüste der eigenen Mutter verflucht, ist die Tragik Hiobs und bleibt eine Ausnahme. Im Kleinen aber — beim Mäkeln und beim Klagen über den Ungeschmack einer Kost, die erlauchten Geistern mundet: Wie selten kommt es vor, daß man die Mängel der eigenen Ästhesie und Verdauungsorganik eingesteht, daß man — bei Leugnung der gemeinschaftwirkenden Kraft aller hohen Tonkunst — zugibt, daß dem eigenen Selbst die erste vitale Voraussetzung fehlt: der „appetitus socialis". Häufig dagegen ist, daß man einem neuernden Meister „dilettantische Effekthascherei" vorwirft. Dieser Sünde ist Wagner sogar wegen seiner „Meistersinger" geziehen worden, von einem Wüstenprediger, der seine eigene Involution nicht wahrnahm. — Wie Wagner selbst die regenerativen Momente musikalischer Neuerung im allgemeinen beurteilt hat, zeigt am besten seine Beethoven-Schrift.

Experimentieren müssen und experimentieren wollen. Auch hier sind eindeutige Extreme höchst selten. Das Problem der Neunten Symphonie Beethovens und das Programm des Florentiner Hellenisten-Zirkels um 1590. Die „nobile sprezzatura" der Komponisten vom Schlage Jacopo Peri war mehr denn ein gewöhnliches Pharisäertum. Verletzung und Heilung, Peri und Monteverdi. Die Regenerationskraft und Größe des Experimentators Claudio Monteverdi liegt in einem Ausgleich zwischen Müssen und Wollen, einem Ausgleich, der erst durch die Freude am Können möglich wird.

Die großen und neuartigen Aufgaben, die Wagner der Bühne als solcher stellte, haben wesentlich die Bedeutung und das Selbstbewußtsein des Regisseurs gehoben. Aus einem dramaturgischen „Mitarbeiter" wurde ein „verantwortlicher Redakteur", aus einem Kameraden ein Befehlshaber. Das Ansehen einer Opernaufführung wird heute mitbestimmt durch das Ansehen des Regisseurs, durch den Kredit seines Namens. Das gilt insbesondere bei Werken, wo der Dichter seine Vorschriften für das Scenarium so allgemein gehalten hat, daß die Ausführung des Ganzen wesentlich auf eine konproduktive Phantasie des Regisseurs angewiesen ist. Hat nun die Bühne „das Wunder" darzustellen, und sind die Vorschriften des Dichters nur knapp, so hat hier das Erfindungsvermögen des Regisseurs einen

willkommenen Spielraum gerechter Weite. Treffende Lösungen machen Schule, zeitigen Tradition. Die neueste Strittigkeit der Bayreuther Traditionen — in diesem Punkt — kann vermindert werden, wenn man in Wagners Werken Wunder-Szenen und Szenen-Wunder auseinanderhält, und nur beim Szenen-Wunder — so etwa im „Rheingold" und bei der Wandeldekoration des „Parsifal" — die Tradition verläßt, falls stichhaltige Besserungen erfunden werden. Indessen: Solche Überlegenheiten der Neuzeit haben es nur mit dem Kleinbetrieb der großen Bayreuther „Freude am Können" zu tun.

Die Technik um der Technik willen. Der Weckruf des genialen Materialisten Lamettrie — l'homme machine, der Mensch eine Maschine — hat den stärksten Widerhall von jeher beim experimentierenden Künstler gefunden. Freilich haben die musikalischen Romantiker — als ausgesprochene Nichtmaterialisten — zeitweilig die Technik gering geschätzt, die Technik mit ihrem habituellen Wertmesser in der Fugenkunst. Betont man aber, daß die Bach-Renaissance aus dem Schoß der Romantik hervorgegangen ist, so soll man in demselben Atem hinzufügen, daß es innerhalb der romantischen Pflege Bachs zu bewußten Stilverletzungen gekommen ist. Verletzungsrecht, sogar Verletzungspflicht. Und da ist und bleibt es ein Verdienst unserer Gegenwart mit ihrer ominösen Sachlichkeit, eine Regeneration Bachs wirksam eingeleitet zu haben. „Ominös?"

Unsere Zeit steht im Begriff, den sachlichen Geleitbrief der Technik — l'homme machine — umzukehren. Fortab soll es nicht mehr heißen: „Der Mensch eine Maschine", sondern: „Die Maschine ein Mensch".

Diese Apotheose der Mechanik bedeutet mehr als einen Bluff und mehr als einen Pyrrhus-Ruhm. Es wäre eine Selbstunterschätzung der Siegerin Mechanik, sich mit dem Pyrrhus-Wort zu begnügen: „Noch einen Sieg dieser Art, und ich bin verloren". Auf der anderen Seite wäre es töricht, wollte der besiegte Idealismus erwidern: „Noch eine Niederlage dieser Art, und ich habe gewonnen". Das alles liefe auf ein Wortmanöver hinaus, und nicht fern stünde der Vexierscherz des Musikers: „Fuge ohne Thema — als vollendete Verkörperung des Ricercar-Geistes". Nein; Ernst will ernst gewürdigt sein. Das Triumphgeschrei der Mechanik — „die Maschine ein Mensch" — verkündet keinen Pyrrhus-Sieg, weil die Siegerin sich auf ihren gewaltigen Bundesgenossen verlassen kann, auf den Erwerbssinn. Erwerb und Okkupation. Als okkupierende Urmacht ist der Erwerbssinn eine leibhaftige Sphinx, eine ruhende, aber immer sprung-

bereite Löwin. Das Menschliche und das Tierische in ihr haben sich zu einer dauernden Einheit zusammengetan. Älter als Assyrien und Ägypten, wird diese Sphinx allen europäischen Kunstbetrieb überleben; gern zeigt sie sich gezähmt und frißt dem Amerikaner aus der Hand.

Und vor den Gerichtshöfen der Vernunft. Welches Filigran von Spitzfindigkeiten mußten die Rechtslehrer herstellen, um in der Sphäre der Erwerbsfragen ein System zu schaffen, das hier die strittigen Faktoren von Gewohnheitsrecht und Rechtsgewöhnung in Einklang brächte. „Ursprünglicher" Erwerb als „unabhängig von dem Recht eines anderen", Okkupation als „Besitzergreifung herrenloser Sachen" — und das Netz der Gegenfragen: „abgeleitete Rechtsquellen" nebst Urheberschaft des ‚erworbenen' Rechtes beim Empfang eines Geschenkes. Für den Künstler, insbesondere für den Musiker, haben alle diese Kategorien ihre Sonderbewandtnis; bei „Besitzergreifung herrenloser Sachen" denkt er nicht an wilde Tiere, und beim „erworbenen Recht eines Beschenkten" kann er daran erinnern, daß seine Tonwerke schon dem Wesen nach Geschenke vorstellen, daß seine Höchstleistungen Geschenke für das Volk sind, für die Nation, für die Welt. Lassen wir auch hier Wagners Parsifal nicht aus dem Auge. — Ob nun heute der Künstler als geborener Kosmopolit zum Hause Lessing oder zum Hause Herder gehört: in den Fragen der Kunst, sonderlich der Tonkunst, unterliegen die Erwerbsprobleme derartig anderen — ‚außerbürgerlichen' — Voraussetzungen, daß auch ihre Rechtsbehandlung eine ‚außerbürgerliche' sein muß. „Die Verfertigung einer neuen Sache aus einem vorhandenen Stoff", dieser „ursprüngliche Erwerb" — in der Rechtssprache Spezifikation geheißen — ist im Musikschaffen auf eigens musikhafte Kriterien gestellt. Doch auf dem Wege vom Musikschaffen zum Musikbetrieb — über Verlag und Agentur — kommt es allmählich zu einer Verquickung der urtümlich musikalischen Erwerbskriterien mit außermusikalischen, gar musikwidrigen Erwerbsnormen; zu einer Verquickung von Kriterien schöpferischer Sanktion mit Normen händlerischer Profanation. Und diese Verquickung hat in unserem modisch vollkommenen Musikbetrieb ein tragikomisches Quodlibet gezeitigt. Dasselbe eine Wort ‚Erwerb' wird bald in diesem, bald in jenem Sinne gebraucht; bald für einen musikalisch ursprünglichen Erwerb, bald für den bürgerlich ursprünglichen Erwerb; bald für einen musikalisch abgeleiteten Erwerb, bald für den bürgerlich abgeleiteten Erwerb. Diese mißbräuchliche Homonymie hat auf unseren juridischen Tummelplätzen von Urheberrecht und Aufführungsrecht einen musik-juridischen Staub wirbeln lassen.

‚Komisch' am waltenden Quidproquo erscheint es, wenn der Fallensteller mit seinen Trugschlüssen hereinfällt auf einen harmlosen Fehlschluß seines vorgesehenen Opfers; ‚tragisch' aber ist am Ganzen, daß trotz aller Wahrnahme der Verletzungen und Wunden das vitale Heilungsbedürfnis zu schwinden droht. Und doch soll und kann aus dem Rest dieses Bedürfnisses im ganzen Musikerstand ein Gesamtwille zur Regeneration erstehen!

Es ist hier nicht der Ort, auf den Standesgedanken einzugehen, der in den letzten Jahren die deutsche Musikerschaft ernst beschäftigt hat: Schaffung einer Musiker-Autonomie. Hier werde nur der regenerative Blickpunkt dieses Vorhabens erwähnt. Mit dem Leiden der Gegenwart, mit dem Verhängnis der Zersplitterung und Zersetzung sich abfinden, rechnerisch ergeben sich abfinden, oder: das Leiden regenerativ überwinden? „Reif sein ist alles." Nun kann der Stand als solcher ebensowenig reifen, wie der Stand als solcher, sich entwickeln' kann. Wohl aber kann der Stand als einheitliche Korporation dafür sorgen, daß keimende Ideen seiner Förderung sich gedeihlich entwickeln und immer wieder reife Früchte tragen, und daß den Organen seines Ideenstammes eine Regenerierung ermöglicht wird, wo immer die Organe verletzt und beschädigt werden durch kunstfeindliche Angriffe erwerbsinnlicher Mächte.

Kehren wir jetzt zu den Sätzen zurück, in denen sich Dr. Muck über das künstlerische Gewissen aller Verantwortung dem „Bayreuther Werk" gegenüber ausspricht. — Wer die äußeren und inneren Lebensbedingungen des Bayreuther Werks kennt, versteht auch, was den großen Bayreuther Geistesanwalt und ersten Führer Karl Muck zuinnerst bewegt, wenn er auf die lichte Vergangenheit, auf die lastende Gegenwart und auf die offene Zukunft des Bayreuther Werks zu sprechen kommt; er, „dessen künstlerische Anschauungen und Überzeugungen, soweit Bayreuth in Frage steht, noch aus dem vorigen Jahrhundert stammen". Zur Innenkraft der Bayreuther Arbeit hat es gehört — bei Ausschluß alles vulgären Erwerbsinnes —, daß einer dem anderen, bis an die Grenze der Selbstentäußerung, werktätig hilft. Andererseits kann niemand leugnen, daß unsere ganze Gegenwart, und damit auch das Bayreuther Werk, von einem absonderlichen Wüten des vulgär erneuten Erwerbsinnes umfangen wird. Mithin müssen die kommenden „jungen Schultern" so stark sein, daß sie den schweren Panzer der Verantwortung im Kampf gegen Mammon tragen können und das Bayreuther Werk unverletzt in die Zukunft hinüberretten. Wird es aber verletzt, so müssen die kommenden Führer eine Regenerierung ermöglichen.

Des Dichters Hans Grimm Leben und Werk

Versuch einer Deutung

Von Georg Caspersen

1.

Versucht man bis zum Fundament vorzudringen, auf dem das Leben Hans Grimms ruht, und den oft eigenwilligen Verstrebungen nachzuspüren, die diesem Leben Halt und Gestalt, Richtung und Gehalt geben, so stößt man zu allererst auf einen Eckpfeiler, den das Erbe langer Ahnenreihen bildet, und auf einen Tragbalken, dessen weite Spannung auf zwei so gegensätzlichen Polen lagert, wie sie Weltaufgeschlossenheit und Heimatgebundenheit bezeichnen.

Die Vorväter des Dichters waren Bauern und Pfarrer, aus einem alten hessischen Geschlecht an der Oberweser stammend, dorther, wo das germanische Element sich reiner als sonstwo erhalten hat[1]). Um 1600 läßt der Bauer und Dorfgraf Georg Grimm seinen jüngsten Sohn studieren. Dieser Bauernsohn Henricus zu Beginn des 30-jährigen Krieges ist der erste Pfarrer in der Geschlechterkette der Grimms, und wieder wie in der Bauernzeit reiht sich in „nüchternem Gleichmaß" Glied an Glied bis zum Großvater des Dichters, der die von 1600 ununterbrochen laufende Kette der Pfarrer Grimm abschließt, als er in Kassel Oberschulrat wird. Der Vater ist Professor der Rechte.

Welches ist nun das Erbe, das diese aus dem vierzehnten Jahrhundert aufsteigende Reihe übermittelt? Vielleicht kann man es am besten als eine besondere Art von Seelenhaltung bezeichnen. Seinen Urgroßvater charakterisiert der Dichter als einen stillen, unnachgiebigen Mann und opfernden Patrioten. Es ist die gleiche Seelenhaltung, die wir beim Vater finden. Dieser legt im Jahre 1868 nach elf arbeitsreichen Jahren, erst siebenundvierzig Jahre alt, sein Syndikusamt bei der österreichischen Südbahngesellschaft, die habsburgisch-französisch ist, nieder, weil er — um mit Gottfried Keller zu sprechen — einer Schofeltat nicht fähig ist. Der preußisch ge-

---

[1]) S. Nadler, Literaturgesch. d. d. Stämme u. Landschaften, Bd. I, S. 7. „Sie sind der reinste deutsche Stamm . . . Das unentwegte Festhalten an der heimischen Scholle scheint mit ihrem Namen verbunden."

sinnte Kurhesse war nämlich in Wien aufgefallen, man war an ihn mit dem Ansinnen herangetreten, Österreicher oder Franzose zu werden, widrigenfalls er den ihm in Aussicht gestellten Posten eines Generaldirektors nicht erhalten würde. Der aufrechte Mann verließ, amtlos geworden, Wien in „rechtlichem Zorn und politischem Groll" und siedelte nach Wiesbaden über, wo er, wie der Sohn berichtet, als Privatgelehrter lebte und das hohe Alter von neunzig Jahren erreichte. Ein Mann von Saft und Kraft — so nennt ihn der Sohn und bemerkt, daß neben der politischen Überzeugungstreue auch des Vaters große Empfindlichkeit und unbeugsame Haltung gegenüber zweideutigen Geschäften eine entscheidende Rolle gespielt hätte, und er unterstreicht des Vaters sachliche Art. Dieselbe Seelenhaltung ist auch unserm Dichter in hohem Maße eigen. Hat er doch seinem zweiten Novellenbande „Der Gang durch den Sand" folgenden Wahlspruch aus einem Stammbuchblatt der Familie seiner Frau vom Jahre 1518 vorausgesetzt und damit sich selbst zu diesem Wahlspruch bekannt. Er lautet: „Was schöners auf Erden hab ich nit funden, als treu von Herzen und still von Munden."

Mütterlicherseits weist der Stammbaum nach Süddeutschland. Hans Grimms Mutter war die Tochter eines nach Wien eingewanderten Württembergers, in dessen Adern Ulmer und Augsburger Patrizierblut floß, und einer Wienerin, die ihrerseits die Tochter eines aus dem Elsaß nach Wien eingewanderten Fabrikanten war. Diese Wiener Großeltern schufen, rastlos tätig, aus einem Stück öder Heide in neunzehn Arbeitsjahren das weltbekannt gewordene Weingut Goldeck bei Wien. Was Hans Grimm von dieser mütterlichen Ahnenreihe her durch die Mutter lebendiges Erbe wurde, das erspüren wir zwischen den Zeilen, wenn wir in dem schönen Aufsatz „Heimat und Ahnen" lesen, was der Sohn über seine Mutter aussagt. „Meine geliebte Mutter . . . erbte den leidenschaftlichen Drang zum Wissen und die große Andacht vor Kunst und Können . . . das rasche unerschrockene Erfühlen und Sehen und Zugreifen und Helfen . . ."[1]).

---

[1]) Die schöne Literatur Heft 8, 1930, S. 372. Man ist versucht, an Frau Rat Goethe zu denken. Die Lust zu fabulieren jedenfalls hat er von ihr. Nebenbei bemerkt: der weiland Professor und Syndikus Dr. Julius Grimm war 52 Jahre alt, als er die 28 Jahre jüngere Frau Marie heiratete. Als er sie in Wien kennenlernte, war sie so alt wie Goethes Mutter, als der 20 Jahre ältere Rat Goethe sie heiratete.

So laufen die artverschiedenen Fäden der Geschlechter väterlicher- und mütterlicherseits in der Familie des Dichters zusammen und führen die heterogenen Erbteile zeitferner Ahnen mit sich herauf, indem sie diese neu ausformen und in der Persönlichkeit Hans Grimms zu einer eigenartigen Harmonie verbinden, doch derart, daß die wesentlichen Komponenten des Väter- und Müttererbes in einer noch nicht erlebten Betonung, ja Steigerung und Überspitzung sichtbar werden.

Für den gereiften Dichter und Menschen Grimm scheinen zwei Momente wesentlich zu sein: erstens sein Wiederverwurzeltsein in der hessischen Erde seiner Ahnen, der Bauern und Pfarrer[1]), dann aber, und ebenso stark ausgeprägt, sein Mannesstolz, daß er aus einer altbürgerlichen Familie stamme, die seit langem Hüter von Besitz und Kultur, „Träger und Wärter des deutschen Geisteslebens" gewesen ist. Aus der großen Notzeit der Inflation berichtet der Dichter[2]): „Unser Junge lief . . . barfuß in die Schule bis in den Spätherbst und Winter hinein, wir hatten kein Geld für Margarine, geschweige denn für Butter, und oft kein Geld für Zucker, wir taten alles selbst, aber wir blieben in unseren großen Zimmern zwischen den Büchern und guten Bildern und dem alten feinen Gestühl, was unsere Eltern gewesen waren"[3]).

Das war sein Stolz, sich und seine Familie vor der Proletarisierung bewahrt zu haben, ohne Schmuck, Silber und ererbte Dinge verkaufen zu müssen. Wir wissen aus „Volk ohne Raum", wie schmerzlich die Frage des Hinabgleitens in eine sozial tiefer stehende Schicht die Familie Friebott beschäftigte, und wir erkennen auch in diesem Punkt, daß der Roman aus allerpersönlichstem Erleben heraus gestaltet ist.

Was Grimm aber aus dem Elternhause erhalten hat, faßt er in folgende Sätze zusammen: „Ich habe an meines Vaters Tische noch von jener Bildung etwas aufnehmen dürfen, wie sie in altbürgerlichen geistigen Familien in den zehn Jahren vor und den zehn

[1]) „Ich weiß, daß ich ohne meine Rückkehr in meine alte Geschlechtsheimat an der Oberweser in Verarmung und Inflation hinein vielleicht ein „afrikanischer" Schriftsteller hätte bleiben, aber ein „deutscher" Schriftsteller niemals hätte werden können." „Die Geister der Heimat meiner Ahnen waren fortwährend um mich" (als er seinen Roman „Volk ohne Raum" schrieb) S. „Heimat und Ahnen" a. a. O. S. 374.

[2]) a. a. O. S. 376.

[3]) Vgl. auch die Selbstbiographie in „Schacht", Westd. Wochenschrift f. Kunst, Wissenschaft und Volksbildung, Heft 7, Jahrg. 6, S. 10: „ . . . Nicht aus der Pflegerrolle deutschen Sinnes und deutscher Gesinnung verdrängt zu werden . . ."

Jahren nach Goethes Tod geherrscht und vor dem Aufkommen des neuen Reichtums der Streber und der neuen Literatur Gesinnung und Geschmack bestimmt hat“ [1]).

2.

Folgende Tatsachen aber erscheinen als konstruktive Elemente im Aufbau dieses Dichterlebens. Zuerst der „Zufall“ [2]), daß Grimm ausgerechnet im internationalen Kurort Wiesbaden geboren wurde und in eine Zeit hinein, die den fabelhaften Aufstieg Deutschlands auf allen Gebieten der Zivilisation erleben sollte. Liegt nicht in diesem „Zufall“ eine seltsame Fügung? Als habe das Schicksal ihn von Anbeginn an aus der Enge seiner eigentlichen Weserheimat in die Weltweite weisen wollen; aus der Raumbegrenztheit seines Volkstums in die Aufgeschlossenheit der Räume anderer Nationen führen wollen; aus der einseitigen Sicht eines provinzialen Daseins schon früh erziehen wollen zu der seltenen Fähigkeit des Zusammendenkens und Zusammenverstehens. So gewinnt der Ort seiner Geburt aus der Rückschau des geformten Lebens eine symbolische Bedeutung.

Auch von einer andern Seite her stand gleichsam über des Knaben Wiege geschrieben, daß er so etwas wie ein Fernfahrer werden würde. Sein Urgroßvater war ein „weltfahriger Mann“. [3]) Sein Vater, der Universitätsprofessor Dr. Julius Grimm, mußte aus politischen Gründen Kurhessen, seine und seiner Ahnen Heimat, verlassen und folgende Stationen seines Lebens durchlaufen: Professor in Bonn, dann in Basel; dann elf Jahre Syndikus in Wien — das ist die erste Hälfte seines Lebens, die zweite Hälfte seines langen Lebens verbringt er in Wiesbaden. Nach des Dichters eigenen Worten zeigte der Vater „Liebe zur Weite von klein auf“. Unerfüllt ist des Vaters Wunsch geblieben, Rom zu sehen, unerfüllt auch der andere Wunsch, das Dorf Ödelsheim an der oberen Weser, den Stammsitz der Grimms, zu besuchen. Aber dieser unerfüllte Wunsch des Vaters muß irgendwie im Sohne lebendig geblieben sein, denn

[1]) a. a. O. S. 371. Aufschlußreich ist auch die Tatsache, daß der Briefwechsel zwischen Schiller und Goethe der Mutter des Dichters „vom neunzehnten bis zweiundzwanzigsten Jahre“ „die größte Feierstunden-Freude bereitete“.

[2]) Grimm nennt Wiesbaden seine zufällige Geburtsstadt „– und der ganze Ort hatte etwas von einem internationalen Hotel angenommen“. S. 371. a. a. O. Grimm wurde am 22. März 1875 geboren.

[3]) „Kandidat in St. Petersburg, Stabsprediger bei den hessischen und bei englischen Truppen in den Niederlanden und Bayern während des österreichischen Erbfolgekrieges.“ a. a. O. S. 370.

der erste Schritt, den der gereifte Mann, aus der Ferne heimgekehrt, 1913 unternimmt, als er mit seiner jungen Frau auf „Heimatsuche" ausgeht, ist der Besuch in Ödelsheim.

Für den heranwachsenden Knaben aber war nicht dieser Wunsch, in die engere Heimat zurückzukehren, richtunggebend, sondern gerade die lockende Ferne, die den Knaben in ihren Bann zog. Schicksalbestimmend wurde die Tatsache, daß der Vater Mitbegründer des Kolonialvereins war und in der frühen Kolonialbewegung mitarbeitete.

Ein weiterer Umstand wirkte in der gleichen Richtung: ein Vetter der Familie war Kaufmann in Paris und stand mit Amerika in Verbindung. Er schickte dem Knaben Marken zu, die ihm von „Reisen, Fremdheit, Abenteuer" erzählten.

So kam Hans Grimm, zwanzigjährig, nach England in die Kaufmannslehre, weil er sich der Fahrt in die Weltweite aus einem dreifachen Grunde nicht entziehen konnte. Dunkel und schicksalhaft drängte wohl das Erbteil des weltfahrigen Urgroßvaters in seinem Blute nach neuem Ausdruck. „Eifrig pflegte" der Vater seinen Plan, Kaufmann zu werden, und vertiefte im Sohn den Begriff Kolonie zu einer lebendigen Schau. Auch persönliches Schicksal[1]) drängte ihn aus der Heimatenge hinaus in die Weltweite.

3.

Aber es gab noch einen anderen Wegweiser, den die Mutter mit sicherer Hand aufstellte, und der deutete auf ein ganz anders geartetes Ziel. Schon der Sekundaner und Primaner spürte dunkel in sich die Forderung, diesen anderen Weg, der ihn aus der Kaufmannslaufbahn hinausführte, zu beschreiten. Der Abiturient gesteht, daß er am liebsten Germanist geworden wäre. Nur ein kleiner Seitensprung auf die Universität Lausanne, wo er französisch lernt, ist ihm vergönnt, bevor er den Kaufmannsberuf in der englischen Welt ergreift, für den er, wie er bezeugt, außer Phantasie wenig Eignung zeigte. So kämpfen in dem einundzwanzigjährigen Kaufmannslehrling in London die zwei ererbten Grundrichtungen den harten Kampf um die Vorherrschaft weiter, ohne zu einer Entscheidung zu führen. Man fühlt das so greifbar heraus, wenn man die äußerst zurückhaltenden Zeilen seiner knappen Selbstbiographie liest. „Ich fror, hungerte oft

[1]) Der Dichter gesteht: „Und ich war, viel zu früh, verliebt und suchte einen raschen Weg". S. „Schacht" Heft 7, Jahrg. 6, S. 10. S. auch „Heimat und Ahnen" S. 371: „. . . unsinnig früh verliebt".

(nach der Auffassung jener Zeit), um weniger zu verbrauchen, und reimte späten Abends, wenn ich endlich warm wurde, an meinem stillen Kamin in Westminister. Damals hätte ich wohl gerne umgesattelt" [1]).

Aber er schafft sich wenigstens ein Gegengewicht, indem er seiner wachsenden Bücherlust Genüge tut. Und die Mutter sorgt dafür, daß ihr Erbteil im Sohne nicht verkümmere. „Meine gute Mutter sandte mir Bücher, immerfort Bücher, eine ganze Bibliothek in fünfzehn Auslandjahren."

Er kommt nach Afrika, macht sich 1901 selbständig in East London (Kapland), wird Kaufmann und Farmer — doch der Kampf in seiner Brust dauert fort. [2])

Schließlich hat ihm die Mutter herausgeholfen, daß er sich endlich zu seinem wahren Berufe wage. Sie schrieb: „Du bist am dreiunddreißigsten Geburtstage vorüber, Du bist jetzt an einer Stelle, die das Abbiegen noch einmal zuläßt", aber der Kaufmann Grimm „überlegte sich den schweren, den so gewünschen Schritt ein Vierteljahr lang", ehe er 1908 versuchsweise nach Europa kam und seinen Erstling, die Novelle „Mordenaars Graf" mitbrachte. Und nun setzt sich die Mutter, die von der Knabenzeit an unerschütterlich an das Künstlertum in ihrem Ältesten glaubte, leidenschaftlich für den zurückgekehrten Sohn ein, den sie zu sich selbst bekehren will. Hinter dem Rücken des Sohnes bietet sie neunzehn Monate vergeblich „bei fast allen großen Zeitschriften und Zeitungen" die Novelle an, bis sie die Kölnische Zeitung ankaufte.

Noch einmal zieht der Kaufmann nach Afrika — und es sollte nicht das letzte Mal sein - , um seine Geschäfte abzuwickeln, doch er nimmt zugleich den Auftrag einer großen Tageszeitung mit, von Lüderitzbucht quer durch die Namibwüste die Diamantenfelder als erster Presseberichterstatter abzureiten. Dann kehrt er nach Europa zurück und wird Schriftsteller.

4.

Rückschauend auf den beginnenden neuen Abschnitt seines Lebens, gesteht der Dichter in seiner schon angeführten selbstbiographischen Skizze, daß er damals noch nicht gelernt hätte, wie die Fügung den

[1]) „Schacht" Heft 7, Jahrg. 6, S. 10.

[2]) „Aus der mir langweiligen Stadt zog ich bald heraus und pachtete eine versteckt gelegene Farm . . . Da hauste ich mit meinen Pferden und Hunden und meinen Booten und Gewehren und Büchern des Nachts, denn vor Dunkelheit ließ mich das Kontor nicht los, und Sonntags." a. a. O. S. 10.

Schriftsteller bestimme. Und wirklich, wie eigen! Der Dichter, der die größten Anstrengungen macht, wegzukommen von den afrikanischen Stoffen, um sich die alte Heimat zu erobern, um das entfremdete, so recht noch garnicht erfahrene Deutschland zu erfassen und zu diesem Zweck, schon als verheirateter Mann, in München Staatswissenschaften studiert, weil er glaubt, Wissenschaft und Münchener Leben würden ihm am ehesten die rechten Aussichtspunkte auf das binnendeutsche Leben eröffnen, daß er es, wie er es von Afrika her gewohnt war, zusammenschauen und zusammenverstehen lerne; der Dichter, der dann enttäuscht dem „spielerischen München" den Rücken kehrt, um „am Rande einer norddeutschen Großstadt" den erneuten Versuch zu machen, seine Deutschlandkenntnis zu vertiefen, wie Faust mit „heißem Bemühn" weiter forschend, was die deutsche Welt „im Innersten zusammenhält", — ihm wird nicht Zeit gegeben noch Muße geschenkt, er wird aus Hamburg-Altona, wohin er erst im Mai 1914 übergesiedelt war, in den Weltkrieg hinausgerissen. Und er wird immer aufs neue in sein Lebenszentrum Afrika zurückgeworfen, wider seinen Willen, schicksalhaft, und er wird gezwungen, seine Stoffe aus diesem Bereich der Ferne und Fremde zu wählen, einem Bereich, dessen Land- und Volkschaften er überschaute und zusammenschaute. Und er wird vom Schicksal ausersehen, der Schöpfer der neuen deutschen Kolonialerzählung und des neuen deutschen Kolonialromans zu werden, wodurch die deutsche Literatur rein stofflich, aber ebenso sehr auch geistig und seelisch eine erfreuliche Erweiterung erfährt.

Während des Weltkrieges, 1917, als zweiundvierzigjähriger Rekrut, erhält er vom Kolonialamt den Auftrag, den „Ölsucher von Duala" zu schreiben, d. h. auf Grund eidlicher Aussagen, die er gewissenhaft in Göttingen überprüft, aufzuschreiben, „welche Schicksale die deutschen Frauen und Männer in Duala (Kamerun) getroffen hatten, wie die nach Aborney verschleppten Männer dort außer Hörweite der Welt gemartert wurden". Kaum war dies „peinlich wahre Buch" „mit schwerem Herzen" geschrieben, als er ins Auswärtige Amt berufen wurde, wo er „pflichtmäßig täglich das Gift der englischen und feindlichen Propaganda" lesen mußte. Grimm gesteht: „Es lief mir nicht ab wie Wasser. Zuweilen war's fast unerträglich" [1]). Aber er tat auch diese Arbeit, wie alles, was er bisher gewirkt, mit dem ihm angeborenen heiligen Ernst und mit der sittlichen Strenge sich selbst und seiner Aufgabe gegenüber. Ist es da noch verwun-

[1]) „Schacht" a. a. O. S. 12.

derlich, wenn Deutschlands Zusammenbruch den Dichter dermaßen packt, erschüttert und zerwühlt, daß er „wie ein Irrer" ist und nur schwer und langsam sich anpaßt, um den Ursachen des deutschen Scheiterns an der Kette seiner eigenen Erfahrungen in Südafrika nachzutasten? Im Dezember 1920 beginnt er dann an seiner Erzählung „Volk ohne Raum" zu schreiben und arbeitet fünf lange Notjahre hindurch. Als sie im Frühjahr 1926 druckfertig vorliegt, hat sie sich geweitet und ausgewachsen zu einem gewaltigen Epos vom deutschen Menschen und seinem Schicksal schlechthin. „Sie enthält, was ich im Auslande und in der Kolonie als Deutscher, und das heißt doch, für meine Heimat erfahren hatte." Mit diesen knappen, ein ganzes mit wachen Sinnen erfahrenes Leben in sich bergenden Worten faßt der Dichter den Inhalt seines Lebenswerkes zusammen.

Indem der Dichter aber auf der Scholle seiner Ahnen und mit dem Eigensinn und der Zähigkeit seiner Ahnen, der Bauern und Pfarrer, im alten Klosterhaus zu Lippoldsberg an der Weser, das er sich erworben und wohin er sich aus der Weltaufgeschlossenheit in die Einsamkeit zurückgezogen hatte, an einem der größten Zeugnisse des deutschen Menschen arbeitet und durch diese Arbeit die Notzeit der Inflation mit gläubigem Herzen überwindet, indem er das wirkt, wandelt er sich vom Dichter afrikanischer Novellen zum *deutschen* Dichter sui generis, „als ein Eigener", um mit Kolbenheyer zu sprechen. Aber dieser wache deutsche Dichter wird, da er sein verhöhntes, niedergetretenes, sich selbst zerfleischendes Deutschland nur noch selbstloser ans schmerzende Herz drücken muß[1]), zum *politischen* Dichter im ursprünglichen Sinne des Wortes, wie ein Walther v. d. Vogelweide und Heinrich v. Kleist politische Dichter sind, er wird es, weil ihm das Schicksal seines Volkes eine Verantwortung auferlegt und eine Aufgabe, die der schwerblütige Mann nur mit heiligem Ernst und sittlicher Strenge glaubt erfüllen zu können[2]). Nimmer aber hätte Hans Grimm die ungeheure, in die Tiefe und nicht in die Breite gehende Durchschlagskraft und nachhaltende Wirkung auf Junge und Alte ausüben können, wäre sein Wesen nur diesseitsgebunden und läge es nicht tief im Religiösen verankert und

[1]) „Vielleicht ist mein Heimatgefühl leidenschaftlicher; denn wer von denen vor 1918 und Versailles und Young-Plan hat irgend ein ähnliches Volksunglück erlebt?" S. „Heimat und Ahnen" S. 377.

[2]) S. „Schacht" S. 13. „Wo hätte ein deutscher Schriftsteller in diesen Notjahren unseres Volkes Freiheit für sich . . . ? Sein Weg kann garnichts sein als ein Weg leidenschaftlichen Suchens für die Volksgemeinschaft — — —"

spürte man nicht die hintergründige große Sehnsucht zu Gott wie einen nur dem inneren Ohr vernehmbaren Unterton in seiner Dichtung mitschwingen.

Was Wilhelm Stapel von der Wirkung des letzten Novellenbandes „Der Richter in der Karu" sagt, gilt in gewissem Sinne für das Gesamtwerk Grimms. Stapel meint,[1]) durch alle Stimmungen des Buches zögen Schauer aus den geheimen Gründen des Lebens und keiner würde sich dem Bann einer Ahnung dessen, was die Menschen vorbestimme und leite, entziehen können. Vielleicht kennzeichnet dieses im Tiefsten religiös gebundene Leben nichts besser als die Eingangssätze der kurzen Selbstbiographie: „Zwei Worte gehören über den Arbeitstisch des Schriftstellers, jener leidenschaftliche Satz Hölderlins: „Wir sind nichts; was wir suchen, ist alles", und Jakobs kämpfende Bitte: „Ich lasse dich nicht, du segnest mich denn". Wir sind Menschen, die von Gott über ihre Kraft gebraucht werden. Das Gelingen ist sein Gelingen und steht außer uns, aber daß wir ein bequemes Glück gering achten, und daß wir uns ringend bis zur Verzweiflung hergeben, das ist unsere Angelegenheit"[2]).

Wir erkennen: dieser deutsche Dichter im wahren Sinne des Wortes ist zugleich ein männlicher Dichter, und zwar durch und durch, mit jeder Faser seines Seins und Wesens. Er ist so männlich, herb, zusammengerafft, voll verhaltener Energie, wie sein Name klingt: Hans Grimm. Und so steht er vor uns, wie ihn Besucher schildern: groß, lang, hager, halb wie ein Bauer, halb wie ein Lehrer oder Geistlicher; ein Mann des Willens, mit einem scharf ausgeprägten Gesicht und mit sinnenden, wie aus weiter Ferne und Tiefe kommenden Augen; ein Aufrechter, ein Unbeugsamer, ein Eigensinniger, der schwer mit sich ringt, und wieder ein stiller, schweigsamer, schwerzugänglicher Mann, der „vor seinen Werken hungernd sitzt und sein gläubigstes Lächeln lächelt".

Überblicken wir noch einmal die angedeuteten Verstrebungen, die die wunderbar gefügte Einheit dieses schicksalhaft geformten Lebens und gleicherweise schicksalhaft gestalteten Werkes aufbauen halfen, so müssen wir wohl erkennen, daß der „Irregang durch fünfzehn Jahre", wie die Mutter meinte, nur scheinbar ein solcher war. Es war eine innere Notwendigkeit, daß Grimm, ehe er Dichter wurde, draußen in der Fremde und Weltweite an die Wirklichkeiten des Lebens „fühl-

[1]) S. Deutsches Volkstum 1930, S 543.
[2]) S. „Schacht" S. 10.

bar" herangebracht wurde — denn er war nach eigenem Zeugnis „ein innerlich scheuer Junge" —, damit er das lerne, was er im „Volk ohne Raum" Cornelius Friebott von seinem Vater sagen läßt: „Vater sieht alles zusammen, bei Vater hat sich alles an der Hand"[1]). Das aber konnte nur draußen geschehen[2]). Daher mußte er noch einmal hinaus nach Afrika, vom April 1927 bis April 1928, „um den Kopf frei zu bekommen von binnendeutschem politischen Gezänk[3]).

Im letzten Sinn bedeuteten die Auslandjahre nichts anderes als ein Sich-Hintasten zu sich selbst. Denn gerade dieser „Gang durch den Sand" gab erst dem Dichter den festen Naturboden unter die Füße, gab seiner Dichtung Inhalt und Form, Farbe und Licht und landschaftlichen Rahmen; gab seinem Menschentum zur Herzenstiefe nüchternklare Schaukraft und Mannesreife; gab ihm „der Bildung heiligsten und schwersten Teil". So drang Hans Grimm aus der Weltweite und dank der Fremde zur Seelentiefe vor und befreite dadurch in sich die Dichterkraft, die ihm „Gott und das Schicksal gegeben haben".

5.

Das grundlegende Erlebnis, das nach seinen eigenen Worten in sein Leben einschnitt, wie kein anderes bis zum Weltkriege, das grundlegende Erlebnis, das auch den Dichter in ihm weckte und ihn zwang, dieses sein auslanddeutsches Erleben als deutsches Schicksal zu begreifen und zu gestalten, war die schmerzliche Tatsache, die er erfuhr, „erschüttert und ernüchtert und von Jahr zu Jahr zunehmend, daß es schwer sei, ein Deutscher zu sein in der Welt". „Weh über uns und Entsetzen! Gegen das eigene Blut will uns die fremde Wut mit hartem Zwange hetzen — — Wo ist ein Leid wie unser Leid?" So lauten die Worte eines Unbekannten, die Grimm seiner menschlich erschütternden Novelle „Die Protestversammlung"[4]) vorangestellt hat. In seinem Aufsatz „Von der deutschen Bürde des Auslanddeutschen"[5])

---

[1]) S. auch „Volk ohne Raum" Bd. I, S. 30: „Es lernte der heranwachsende Junge fühlen, daß jeder Mensch und alle Ereignung in einem großen Zusammenhang stehen, und spüren, daß man die Dinge also andächtig zusammensehen müsse" ff.

[2]) S. „Heimat und Ahnen" den Abschnitt auf S. 373 und „Von der zeitlichen Aufgabe des Romans und der Novelle" Deutsches Volkstum 1928, S. 39 „Den Weg in die Welt mußt du, der du schreibst, erst gegangen sein, den Umfang mußt du erst selbst erkämpft, den Zusammenhang erst selbst errungen haben".

[3]) S. „Schacht" S. 13.

[4]) Novellenband „Der Gang durch den Sand".

[5]) Deutsche Allg. Zeitung, Osterbeilage vom 20. April 1930.

führt Grimm näher aus, worin diese leidvolle Bürde bestehe. Er spricht von einem dreifachen Ärgernis, das der Deutsche überall dort verursachte, wo er als „Mietewohner" in fremden Hoheitsgebieten siedelte. Um Fuß zu fassen, mußte er fleißiger sein als die fremde Umwelt; das ärgerte aber die Eingesessenen, weil der deutsche Fleiß sie in ihrer alten Bequemlichkeit störte. Daß der fleißige Deutsche Erfolg hatte, war das zweite Ärgernis. Daß der deutsche Einwanderer, durch Erfolg ermutigt, versuchte, seine Sonderart zu erhalten, gab Anlaß zum dritten Ärgernis. Dieses dreifache Ärgernis liege der Abneigung sämtlicher Wirtsvölker gegen den Auslanddeutschen zugrunde. Aus Abneigung sei aber erst dann offene und bewußte Feindschaft entstanden, als die Deutschen Deutschlands in Reden und Presse angefangen hätten, einander zu begeifern und schlechtzumachen. Sogleich habe die englische Weltpresse diese Meinungen der Deutschen über sich selbst aufgegriffen und kolportiert. So haben nach Grimm die parteigebundenen, innerpolitisch zerklüfteten Deutschen Binnendeutschlands erst den Stoff geliefert, an dem sich der Weltenhaß entzünden konnte, und die Schlagworte, die diesen Haß zum Lodern bringen sollten. Was aber diese Bürde noch vergrößere, sei das schmerzliche Erkennen, daß auslanddeutsches Schicksal bis heute das erfahren müsse, was der Spruch aus dem Johannesevangelium ausdrücke: „Ein anderer ist, der da säet, und ein anderer, der da erntet" [1]).

Aus diesem Erleben der deutschen Wirklichkeit, aber auch aus dem leidenschaftlichen Glauben an die Zukunft des deutschen Volkes ist der tiefere Sinn der aufrüttelnden Frage zu Beginn seines großen Romans zu verstehen: „Oder meinst Du, daß es irgendetwas Größeres gebe auf Erden und im Himmel als die letzte Schicksalsfrage unseres Volkes?" Grimm glaubt mit Paul de Lagarde, daß wir ein deutsches Volk niemals gewesen seien, und darauf komme es an, daß wir ein Volk mit Bewußtsein und Plan noch würden. Das sei ein ungeheures Glück, meint Grimm, daß wir Deutsche noch eine „volle Aufgabe" vor uns hätten, und das sei „der wundervolle und einzige Same unserer gemeinen Not" [2]). Die Berufung des Dichters aber sieht er darin, „daß eben er die ringende Arbeit der Seele vom Schaudern vor der Wirklichkeit bis zur Eroberung der Wirklichkeit leiste". Daher

[1]) Wieviel von diesem persönlichsten Erleben zittert in „Volk ohne Raum" nach. S. z. B. Cornelius Friebotts Überfahrt und Ankunft in Afrika. Bd. I. S. auch den Band „Der Gang durch den Sand".

[2]) „Von der zeitlichen Aufgabe des Romans und der Novelle". Deutsches Volkstum 1928, S. 41.

habe die Kunst unserer Tage die Aufgabe, das freilich härtere und schwierigere Lied „vom gefesselten, vom gequälten Starken und von der verhinderten Kraft" zu singen.[1]) Dieses Ringen um sein deutsches Dichtertum und dieses Herantreten an sein Deutschland aus der Fremde mit dem Blickpunkt auf das Ganze — meint sein Freund, der Dichter Hermann Claudius — sei der Kern seines Wesens und der Sinn seiner Sendung[2]). Oder wie ein Besucher sich ausdrückt, daß er als einer der wenigen draußen zum Weltpolitischen erwachten Deutschen jetzt vom Zentrum der deutschen Welt (seinem Klosterhaus in Lippoldsberg a. d. Weser) aus versuche, seinem Volk Blick und Instinkt für sein Dasein als Weltvolk und für das Schicksal, das damit verbunden sei, beizubringen — das sei der Sinn der Arbeit dieses Mannes[3]).

Weil aber Hans Grimm ein Dichter des Lebens ist, der wieder Leben wecken will, weiß er nur zu gut, daß weder Schreiben noch Rede, weder Buch noch Vortrag jemals Taten sind, sie sind nur Dienst, wie es so schön in „Volk ohne Raum" heißt: „Und wenn sie edle Kunst sind, dann führt dich ihr Dienst von dir fort, aber nicht in Traum und nicht in Rausch und nicht in Spott, sondern in deine größeren Verhältnisse und deine größere Zugehörigkeit, die du hast und vor lauter Nähe verkanntest. Dennoch mußt du selber anfangen, danach beginnt die Tat bei dir".

So gehen von dieser ernsten männlichen Dichtung dieses männlichen Dichters unserer Tage starke Ströme der Kraft aus. Gewiß, einen Ausweg zeigt Hans Grimm nicht, aber er weist unerbittlich den Weg zum Hindurch, der gegangen werden muß, und indem er das mit der ihm eigenen sittlichen Strenge und einem heiligen Ernst tut, ruft er im Leser den Willen wach zur gestaltenden Tat. Und wenn auch Afrika mit seiner Luftferne und Lichthelle und Bewegungsfreiheit der großräumige Hintergrund seiner Dichtung bleibt; und wenn auch in dieser Atmosphäre und Ummitte die ungleichwertigen Völkerschaften einen harten Kampf ums Dasein führen: schwarz mit weiß, Bur mit Nigger und der Deutsche mit der Natur und mit den fremden Volkschaften der schwarzen, gelben und weißen Rasse, so ist doch letzten Endes der Inhalt aller Bücher Hans Grimms das deutsche Schicksal, das jeden einzelnen angeht. Und es ist ein schönes Zeichen, und es ist ein erhebendes Zeichen für unsere Zeit trotz allem, daß die

[1]) a. a. O. S. 42.

[2]) S. Deutsches Volkstum 1926, S. 71.

[3]) S. Deutsche Allg. Zeitung vom 25. Dez. 1930.

Göttinger Universität anläßlich der Feier des hundertsten Geburtstages Paul de Lagardes Hans Grimm zum Doktor der Philosophie ehrenhalber ernannte. „In Erinnerung an den kühnen Willen dieses prophetischen Geistes, der in Unabhängigkeit von allen Parteien, aber im Glauben an die geschichtliche Sendung unseres Volkes und die reine Kraft seiner Jugend die deutsche Nationalität in der Einheit eines neuen Ideals aller Deutschen suchte." Und zum Schluß der Ernennungsurkunde heißt es: „Den Schöpfer des Epos von Volk ohne Raum, der mit demselben unabhängigen Geiste und dem gleichen leidenschaftlichen Herzen für die Größe Deutschlands sein Schicksal mit der seherischen Gewalt des Dichters sichtbar gemacht und in dem schlichten Heldentum des einfachsten Sohnes dieses Volkes unserer Jugend die Zukunft eines neuen und adligen deutschen Lebens mit der erzieherischen Kraft seiner Sprache, der plastischen Strenge seines Stils und der Wahrhaftigkeit seiner reinen Phantasie in die Seele geschrieben hat". Leben und Werk sind bei Hans Grimm eins. Für ihn und seine Dichtung gilt das Zarathustra-Wort: „Herz hat, wer Furcht kennt, aber Furcht zwingt, wer den Abgrund sieht, aber mit Stolz. Wer den Abgrund sieht, aber mit Adlers Augen, wer mit Adlers Krallen den Abgrund faßt, der hat Mut". Solchen Mut will er wecken.

Anmerkung: Die beiden angeführten autobiographischen Aufsätze Hans Grimms sind jetzt im Sammelbande „Der Schriftsteller und die Zeit" (München 1931) neu erschienen.

Der Mensch

Von Roman Adelheim

Der Mensch erkennt sich nur im Menschen, nur
Das Leben lehret jeden, was er sei.
Goethe (Tasso)

I.

Es ist auffällig, daß der Begriff einer Menschenkunde, also einer Wissenschaft, die das Wesen des Menschen zum Gegenstande hat, nicht mit derselben Selbstverständlichkeit gedacht werden kann, wie der einer Gesteins- oder Vogelkunde. Wenn das forschende Bewußtsein sich auf sich selbst als Objekt richtet, wird das Problem des Menschseins von Grund aus philosophisch. Menschenkunde im rechten Verstande wäre Philosophie, angewandt auf den menschlichen Charakter oder auf das menschliche Vernunftvermögen. Es wäre das aber eine

---

Im folgenden soll eine Besprechung des Werkes „Der Mensch" erfolgen (Der Mensch. Vom Werden, Wesen und Wirken des menschlichen Organismus. Herausgegeben vom Deutschen Hygienemuseum. Schriftleitung Dr. M. Vogel, wissenschaftlicher Direktor. Mit 333 Abbildungen, 14 Tabellen im Text und 65 z. T. farbigen Tafeln. Verlag Johann Ambrosius Barth-Leipzig, 1930). Die Veranlassung und Voraussetzung zu diesem Werk war die Eröffnung des neuen Deutschen Hygienemuseums, in dem sich auch die Sammlung „Der Mensch" befindet. Alle Fortschritte der inhaltlichen wie der formalen Ausgestaltung der Sammlung sind dem Buche zugute gekommen. An der Ausarbeitung des Werkes haben sich hervorragende Gelehrte aus allen Zweigen der Biologie und medizinischen Wissenschaft beteiligt. Für das Zustandekommen des Werkes wird im Vorwort ein besonderer Dank dem langjährigen Mitarbeiter des Deutschen Hygienemuseums Dr. v. Engelhardt-Dorpat ausgesprochen, „der an der Gestaltung des Planes entscheidenden Anteil genommen und die umrahmenden Abschnitte mit ihren grundlegenden und weite Ausblicke gebenden Ausführungen beigesteuert hat". Bei der vorliegenden Besprechung hatte ich von vornherein nicht die Absicht, auf Einzelheiten einzugehen, sondern vielmehr einige führende und bedeutsame Gedanken herauszugreifen. Das Bedürfnis nach solchen Betrachtungen ist groß, denn wir haben in den letzten Jahrzehnten, im Technizismus aufgehend, das Wichtigste, die Lebensforschung, den Zoologen überlassen. Auch die Chemie und die Physik haben — trotz hochgespannter Erwartungen — die Lösung des Lebensrätsels nicht gebracht. Wenn wir aber an dieses Problem herantreten, so ist es doch nur vom Menschen aus möglich, denn der Mensch ist nun einmal das vornehmste und aufschlußreichste Objekt der Biologie. „Dem Menschen erschließt sich sein Leben auch als Erlebnis von innen her, durch das Bewußtsein scheinwerferartig erhellt."

einseitige Einstellung, und wir sehen ja auch, daß dem nicht so ist. Vielmehr sehen wir, daß die Einzeldisziplinen der Menschenkunde im großen und ganzen unphilosophisch nach dem Schema der Erfahrungswissenschaften vorgehen und daher ihre Aufmerksamkeit weniger dem Charakter als Exponenten der menschlichen Seele zuwenden und über diese Seele Aussagen zu machen suchen, als vielmehr der Vielfältigkeit der Typen und Abwandlungen ihr Interesse schenken, in denen die menschliche Seele in der empirischen Wirklichkeit der Einzelindividuen sich darstellt. Menschenkunde als Kunde von der Typenhaftigkeit der Spezies Mensch hat also an sich nichts mit Philosophie zu tun. Und doch kommen wir, wenn wir das oft verborgene und tiefgreifende charakterologische Gefüge des Menschen berühren, an den philosophischen Punkt, an dem die Natur des Menschen überhaupt als eines letzten Endes verborgenen gefühlsmäßigen Etwas zum Problem wird. Hier haben wir dann die abgrundtiefe metaphysische Einstellung vieler Forscher der Menschenkunde, hieraus entspringt das Bedürfnis zu einem Neuaufbau der medizinisch-philosophischen Anthropologie. Sie knüpft an Scheler an, geht über die Typenlehre von Kretschmer, Jaensch u. a., in der die psychophysischen Zusammenhänge dargelegt sind, und findet in der Neuerschließung des Unbewußten durch die Psychoanalyse ihren vorläufigen Abschluß. Jeden denkenden Naturwissenschaftler erfüllt diese Einseitigkeit mit Bedenken. Gewiß — es gibt kein Wesen, das so deutlich als eine Welt für sich mit seinem eigenen Entwicklungswege dasteht, wie der Mensch. Aber der Mensch gründet nun einmal im Naturhaften. Die Überwindung der Einseitigkeit dieser historich überkommenen Anthropologie (denn ihre historischen Ursprünge lassen sich über die naturwissenschaftlich-positivistische Auffassung vom Menschen in die idealistische Anthropologie zu Beginn des 19. Jahrhunderts verfolgen) wird nur einer Auffassung möglich sein, nach der der Mensch, wie schon gesagt, im Naturhaften gründet und seine Wesensentfaltung erst in der Realisierung des Geistigen findet, nach der das Geistige vom Triebhaften fundiert ist und das Körperliche vom Sinn her durchwaltet ist. Es kann Aufgabe der philosophischen Anthropologie sein, den Menschen innerhalb der Stufenreihe der Seinsformen in seiner Sonderheit als geschichtliches und kulturtragendes Wesen zu bestimmen; Aufgabe der biologischen Anthropologie ist es, die Stellung des Menschen innerhalb der Natur zu fixieren; Aufgabe der medizinischen Anthropologie wäre es, auf Grund dieser Einsichten die Medizin über ihre Fundamente im Naturwissenschaftlich-biologischen

in die personale Sphäre vorzutragen. Als Wissenschaft muß die Medizin in jedem Krankheitsvorgang den ganzen Menschen in seinem historischen Gewordensein erfassen, Krankheitserleben und Krankheitsgestaltung als Ausdruck des besonderen personalen Seins des kranken Individuums begreifen. Hieraus entspringt das Leib-Seele-Problem. Die Biologie begnügt sich heute nicht mehr mit rein körperlicher Lebenskunde. Der Aufbau und die groben Funktionen können gleich sein, aber die feineren Komponenten, aus denen das Leben zusammengesetzt ist, wechseln in sich in ihrem feineren Aufbau. Jede Persönlichkeit ist eine singuläre Erscheinung, weil die elterlichen Ei- und Samenzellen gleichfalls singuläre Gebilde gewesen waren. Das *πάντα ῥεῖ* Heraklits begegnet uns überall und damit die Tatsache des steten Wechsels der Verschiedenheiten. Wie verhängnisvoll die Lehre von der Gleichheit der Menschen sich auswirkte, ist offenbar noch nicht allen zum Bewußtsein gekommen. In der Physiologie hat sie stillschweigend dazu geführt, Frosch = Frosch, Meerschweinchen = Meerschweinchen, Mensch = Mensch zu setzen. Aber Mediziner und Biologen können das nicht zugeben. Wir müssen unserem Denken den Satz zugrunde legen, daß die Natur nicht auf Gleichheit, sondern auf Verschiedenheit ausgeht. Nur durch das Zusammenspiel von Verschiedenheiten, ja sogar Gegensätzen ist eine organische Konstitution möglich. In der Eizelle wie in der überindividuellen Lebenseinheit eines Staates spielt allenthalben dasselbe Prinzip. Und daß die seelisch-geistigen Vorgänge bei Menschen grundverschieden sein können, ist nahezu eine Binsenweisheit.

II.

Es gibt gewiß viele gute Lehrbücher der Anatomie und Physiologie des Menschen, deren Lektüre jedem gebildeten Laien zugänglich und verständlich ist. Er lernt darin den Aufbau des menschlichen Körpers und die Funktionen der Organe kennen. Aber nicht immer wird er ein vollendetes Bild der Lebensvorgänge erhalten, und vor allen Dingen wird ihm die Einzigartigkeit des Menschen nicht vollkommen bewußt werden. Die Bauchspeicheldrüse des Menschen ist dem Aufbau und der Funktion nach gleich der des Hundes. Die stoffliche und chemische, ja sogar die ihnen übergeordnete nervöse Integration (Korrelation) der Einzelfunktionen des Gesamtorganismus ist bei Menschen und Tieren im großen und ganzen gleich. Nur wenn die Physiologie auf das Seelische und Geistige eingeht, wird die Sonderstellung des Menschen hervorgehoben. In den Hörsälen

der Universitäten wird das nicht immer gelehrt, und wer die Zusammenhänge kennenlernen will, muß tiefer schürfen. Wir haben nun im neuen Werk „Der Mensch" ein Buch, das in seiner Vielseitigkeit, Gründlichkeit und anschaulichen Darstellung jedem den tieferen Einblick in das Menschsein ermöglicht. Und wenn die Einführer zu diesem Werke, R. v. Engelhardt und M. Vogel, sagen, daß sie kein Lehrbuch und kein Lesebuch, sondern ein Lebensbuch haben geben wollen, so haben sie damit das Richtige getroffen — die Bezeichnung deckt sich mit dem Inhalt. Im ersten Teil werden zunächst die einzelnen Organe besprochen und ihre Funktion erläutert. Jedes einzelne Kapitel von namhaften Gelehrten bearbeitet. In vorbildlicher Weise werden z. B. im Kapitel „Stoffwechsel und Verdauung" (M. Vogel) die komplizierten Vorgänge dargelegt, die zur Erhaltung des Lebens dienen und die Energiequellen liefern. Die anschaulichen Abbildungen sind denen bekannt, die die Hygieneausstellung in Dresden und die Ausstellung „Der Mensch" in Riga und Reval gesehen haben. Gerade in diesem Kapitel — aber selbstredend auch in anderen — wird die Forderung einer neuzeitlichen Hygiene gestützt, das Gesundheitsgewissen durch Erkenntnis von Zusammenhängen aufgerüttelt. Gehirn, Rückenmark und Nerven erfahren eine vorzügliche Darstellung. Die ungeheuren Fortschritte, die die gehirnanatomische und -pathologische Forschung in letzter Zeit zu verzeichnen hat, sind hier weitgehend berücksichtigt. Jeder kann aus diesem Abschnitt herauslesen, daß Wernickes großartige Konzeption — in einem von ihm hirnpathologisch-assoziationspsychologisch gedachten System, dem „psychischen Reflexbogen", jeder Geistesstörung als Abartung des normalen psychischen Reflexgeschehens ihren Ort anzuweisen, sie „lokalisieren" zu können — ein Versuch war, der mißlingen mußte, weil das Ganze eine erfahrungsfremde, „hirnmythologische" Spekulation war. Gewiß lokalisiert die Hirnpathologie gewisse Krankheiten, die Bedeutung der umschriebenen Schädigungen wird aber weitgehend eingeschränkt durch die Erkenntnis, daß stets das Gehirn als Ganzes getroffen wird und dementsprechend, wo auch immer der Herd gelegen sein mag, die Grundfunktion des Gehirns beeinträchtigt ist. Auch die Seele läßt sich im Gehirn nicht lokalisieren[1]).

[1]) Auf die neue Auffassung einer neuro-humoralen Auslösung im Organismus wird nicht eingegangen. Es erweist sich nämlich, daß die landläufige Vorstellung einer Zwiespältigkeit der Nervenfunktion, als erregende und als hemmende, eine irrige ist, daß vielmehr eine andere Nervenleistung als die der Er-

Die Lektüre eines jeden einzelnen Kapitels bildet — auch für den Mediziner — einen hohen Genuß. Sie zeigt uns, daß die Natur ein Meister unvergleichlicher Sicherungskunst für die Erhaltung des Lebens gegenüber allen Anforderungen ist. In unserem Zeitalter wird unsere Aufmerksamkeit systematisch auf die Wunderwerke der Technik gelenkt; und wir vergessen dabei, welch ein Wunderwerk der „Technik" in uns selbst steckt, welch eine sinnvolle Zusammenarbeit, welch ein komplizierter Aufbau nötig ist, um „Mensch" zu sein, der sich zudem dauernd gegen Vernichtung wehren muß. Ich bewundere die Abbildungen und frage mich als Hochschullehrer erstaunt, warum wohl in unseren Lehrbüchern für Medizinstudierende nicht ebenso gute bildliche Darstellungen vorhanden sind. Hauptsächlich habe ich die Modellabbildungen im Auge. Denn wenn der Student sich dem Medizinstudium zuwendet, so ist er doch auch Laie und hat zudem noch den Nachteil, daß er ein unreifer Laie ist. Ich wünschte, daß jeder Medizinstudierende im ersten Semester den „Menschen" läse. Er würde dann verstehen, daß in dem ungeheuren Gedächtniskram, den er zu bewältigen hat, auch ein tiefer Sinn steckt.

III.

Wie nicht anders zu erwarten war, ist das ganze Werk von einer neuzeitlichen vitalistischen Weltanschauung durchwebt [1]). Unter Vitalismus versteht man die Lehre, daß das Leben nicht nur durch physikalische und chemische Gesetzlichkeiten bedingt sei, sondern durch ein besonderes Lebensprinzip, das unmittelbar zweckgestaltend wirkt. „Wenn wir im Organismus von Gesetzen sprechen, so haben diese nicht die formale Starrheit und Geschlossenheit rein physikalischer Gesetze. Das Leben ist in weitem Maße autonom und gestaltet der jeweiligen Lage und dem jeweiligen inneren lebendigen Vermögen entsprechend seine Formen und Organe. Daher sind die biologischen „Gesetze" nie rein verwirklicht . . ." Das sagt der Paläontologe E. Dacqué im Abschnitt „Geschichte des Lebens auf der Erde"

regung nicht existiert. Dieser Feststellung schreibe ich große allgemein-biologische Bedeutung zu. Was wir als „Hemmung" feststellen, ist nur ein indirekter Effekt, entstanden durch Erregung eines Mechanismus, der im Dienste einer regulierenden Funktion arbeitet. Folglich wäre es sinngemäß, von einer „initiativen" und einer „regulativen" Nervenfunktion zu sprechen. Erstere bezweckt die Auslösung einer spezifischen Organleistung, letztere sorgt für die Modifizierung dieser Leistung, die fördernd oder hemmend in Erscheinung tritt.

[1]) Als führende Vertreter des modernen Vitalismus kann man wohl Jakob v. Uexküll und Hans Driesch bezeichnen.

(S. 285), und ich halte es für bedeutungsvoll, daß es ein Paläontologe sagt. Bei jedem Versuch einer rein mechanischen Naturerklärung kommen wir stets zu einem Punkt, wo die wissenschaftliche Theorie zur Erklärung nicht ausreicht. Das mechanisch Unerklärliche führt uns unabweislich zur teleologisch-vitalistischen Auffassung der Lebensvorgänge.

Der Mensch ist keine chemische Retorte, in der die chemisch-physikalischen Reaktionen stets gleich verlaufen. Seit Wöhler den „organischen" Harnstoff aus anorganischen Stoffen herstellte, hat man in immer größerer Zahl Stoffe, die früher nur aus tierischen und pflanzlichen Organismen bekannt waren, herstellen gelernt. Heute kann man Alkohol, Zucker und zahlreiche andere organische Stoffe aus den Elementen aufbauen. Wir werden bald alle organischen Substanzen synthetisch herstellen können. Wenn es möglich wäre, mittels einer unendlich feinen Pinzette alle dazu nötigen Atome in dieselbe Anordnung zu bringen, die sie in einem bestimmten Lebewesen haben, kann man dann wirklich glauben, daß ein derartig synthetisch hergestelltes Gebilde tatsächlich leben würde? Ohne daß noch eine besondere Lebenskraft oder Entelechie hinzuzukommen brauchte? Ich glaube bestimmt nicht. Psyche und Soma bilden erst die lebende Einheit. Eine große Fülle von methodisch und gedanklich recht schwierigen Versuchen hat gezeigt, von welch entscheidender Bedeutung seelische Zustände für die Funktionsweise der Organe sind. In höher entwickelten Organismen, im Menschen, ist das vegetative Nervensystem die Vermittlerin dieser Zusammenhänge. Wir wissen schon genug davon, um uns im Beginnen zu bestärken, in der Klinik eine Auflösung unklarer pathologischer Verhaltungsweise organischer Funktionen mit aller Vorsicht und Kritik auch von der seelischen Seite her zu betreiben.

Der Organismus ist auch kein Mechanismus. Man kann wohl sagen, er hat einen Mechanismus oder bedient sich eines Mechanismus[1]). Wer Einblick in die zweckvolle Lebendigkeit des Organismus gewinnen will, muß selbstverständlich auch die mechanischen Zusammenhänge kennenlernen, mittels deren sich die Lebendigkeit verwirklicht. Hier haben wir die Maschinentheorie des Lebens auf statisch-teleologischer Grundlage (durch Hans Driesch üblich gewordene Ausdrucksweise), „einen zweckmäßigen Nexus mechanischer Be-

[1]) S. Paul Ernst. Das morphologische Bedürfnis. Die Naturwissenschaften 1926, Heft 48 und 49.

dingungen", einen „zweckmäßigen Mechanismus". Der streng mechanisch-mathematischen Theorie sind die Begriffe Mensch, Organismus, Entwicklung, Leben unzugänglich, weil sie biologische Begriffe sind, also Grenzbegriffe der mechanischen Naturerklärung, wo die teleologische Betrachtungsweise notwendig und allgemein gültig ist, wenn auch nur als heuristisches Prinzip für die Auffassung der mechanischen Zusammenhänge. Ich stimme hier mit v. Engelhardt ganz überein, wenn er sagt (S. 259), daß es nach dem heutigen Stande der Wissenschaft angemessen sei, für die Lebensgesetzlichkeit eine zielgerichtete Energie, mag man sie Entelechie oder Dominante nennen, eine treibende, gestaltende Kraft, als vorläufige fruchtbare Arbeitshypothese anzunehmen.

Sehr schön ist auch, was v. Engelhardt von der Symbolik der menschlichen Gestalt sagt: daß diese Gestalt ein Sinnbild ist, d. h. einen inneren Sinn gewissermaßen bildhaft nicht nur als Ganzes, sondern auch in seinen Einzelheiten in die Erscheinung treten läßt (S. 258) und daß sich diese Sinnbezogenheit der Einzelteile aufeinander in der bedingungslosen Abhängigkeit ihrer Lebensäußerungen zeigt. Dieser Sinnzusammenhang des lebendigen Körpers und seiner Lebensvorgänge macht ihn erst zum Ganzen.

Wir sehen, wir kommen ohne „Vitalismus" nicht aus. Wir können einen Organismus durch Zergliederung seiner Teile nicht wirklich verstehen. Das beherrschende Prinzip des Lebens ist die Ganzheit. Das hat gerade die Medizin — als angewandte Biologie und gewissermaßen abhängig von der allgemeinen Biologie — erst in letzter Zeit erkannt. Nach jahrzehntelanger kausal-analytischer Arbeit, ganz vom Geiste des Materialismus und Rationalismus, wenn auch vielfach unbewußt, durchwebt, erfolgt jetzt das Bedürfnis nach Synthese, nach „Zusammenhang", nach „Ganzheit". Darin liegt auch der Grund für die psychologische Wendung in der modernen Medizin (Persönlichkeitspsychologie). Spranger hat — Diltheysche Gedanken fortführend — das Wort Psychologie für die Wissenschaft vom „sinnerfüllten Leben" zurückverlangt. v. Engelhardt und Vogel haben Recht, wenn sie (S. IV) die Behauptung aufstellen, die Medizin habe die Seele neu entdeckt. Die neue Aufstellung des Leib-Seele-Problems ist eine Reaktion gegen die Entseelung durch die mechanisierende Spezialisierung. Das Bedürfnis nach Ganzheit, nach einer tieferen Auffassung und einem tieferen Verständnis der Lebensgesetze im gesunden und kranken Menschen hat M. Sihle-

Riga[1]) veranlaßt, eine internationale Konferenz zur Förderung der medizinischen Synthese in Riga einzuberufen. Das Bedürfnis dazu war allenthalben vorhanden, das zeigten die Vorträge und die Aussprache, und es ist Sihles Verdienst, das empfunden zu haben. „Objektive Wahrheit ist noch kein Erkenntnisprinzip. Man muß die Wahrheit am Leben selbst messen. Dazu gehört eine innere Freiheit, die nur aus dem Boden einer synthetischen Kultur herauswachsen kann“[2]).

Eine zusammenfassende synthetische Ganzheitsschau erhalten wir bei der Lektüre des „Menschen“, und es sind gerade die Aufsätze von v. Engelhardt, die, von großem ideellen Ausmaß und stärkster weltanschaulicher Dynamik — frei von Philosophasterei —, die Einordnung in die ewigen organischen Lebensgesetze fordern. Anstelle der verlogenen Phrasen von Gleichheit, Freiheit und Menschenrechten haben wir die natürliche Verschiedenheit, die gegenseitige organische Verbundenheit und die daraus folgenden Pflichten der Teile gegenüber der Ganzheit. Aus dieser biologisch-naturwissenschaftlichen Weltanschauung lassen sich sowohl sittliche Forderungen ableiten, wie die Ehrfurcht vor dem Unerforschlichen und die Erkenntnis, daß für den Menschenverstand eine Schranke gesetzt ist, hinter der das Unerforschliche ewig bestehen bleibt. Es lag nicht im Rahmen des Werkes, das tiefste Problem der Seele zu erörtern; die Berührung dieser Frage geschieht nur andeutungsweise. Wenn ich mich dazu äußern darf, so könnte ich folgendes sagen: ich kann mir den Gedanken nicht zu eigen machen, daß der Mensch im Weltall keine Rolle spiele. Seelisches und Körperliches sind inkommensurabel. Man kann freilich sagen, daß der menschliche Körper schon im System unserer Sonne eine verschwindend kleine Quantität ist; aber man kann das nicht von der menschlichen Seele sagen, die weder kleiner noch größer als das Sonnensystem ist, sondern eben etwas anderes. Und schließlich: dieses Sonnensystem, das Weltall, sind sie — wir mögen uns noch so viel wissenschaftlich bemühen — vorzustellen ohne Vorstellung, sind sie zu denken gänzlich losgelöst von dem, der sie denkt? Für unmöglich halte ich keinen Zusammenhang — der auch mittelbar sein kann — aber diesen Zusammenhang können wir nach den Methoden der Erfahrungswissenschaften nicht beweisen — er ist eine Glaubenssache. Und an etwas glaubt der Mensch immer.

[1]) S. Deutsche Medizinische Wochenschrift 1931 Nr. 4.

[2]) Sauerbruch, Heilkunst und Naturwissenschaft. 89. Versammlung der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte. Düsseldorf 1926.

IV.

Im Vordergrunde des Interesses in der Biologie und Medizin steht die Frage nach der Bedeutung der Konstitution, eine Frage, die im „Menschen", soweit das überhaupt möglich ist, eine weitgehende Berücksichtigung findet, hauptsächlich in dem von R. Fetscher bearbeiteten Kapitel „Körper und lebensgestaltende Faktoren". Den Begriff Konstitution werden wir wohl nie ganz erfassen können[1]), obgleich er uralt ist und schon von Hippokrates als Problem erfaßt wurde. Die Lehre von der Konstitution in ihrer heutigen naturwissenschaftlich begründeten Gestalt ist ohne die Darwinsche Theorie, die Entdeckungen Weißmanns, Mendels undenkbar und hat in Martius ihren zielbewußten klinischen Vertreter gefunden. Martius hat auch die kürzeste Definition für den Begriff der Konstitution gefunden: die Art der spezifischen Reaktion eines Organismus auf die äußeren Einflüsse. Wenn von 4 Kindern, die gleichzeitig von Diphtherie befallen werden, das eine Kind stirbt, das zweite schwer, das dritte leicht und das vierte garnicht erkrankt, so hängt das verschiedene Verhalten der Kinder von ihrer Konstitution ab, von der spezifischen Reaktion ihres Organismus. Das Konstitutionsproblem wird somit zu einem Persönlichkeitsproblem, zu einer Biologie der Person, zu einem synthetischen Begriff. Man kann die Persönlichkeitsforschung offenbar auf verschiedene Weise betreiben: einmal gleichsam nach oben — Sache der geisteswissenschaftlichen Psychologie[2]), indem man die Persönlichkeiten sichtet nach ihrer Einstellung zur Welt, zu Werten, Weltanschauungen und anderen Leitlinien (was nicht im Rahmen des vorliegenden Werkes lag); aber auch gleichsam nach unten, indem man die Persönlichkeit in ihre seelischen Einzelheiten zergliedert nach ihren intellektuellen Begabungen, nach ihren Gefühls-, Willens- und Triebeinstellungen; und schließlich kann man, noch weiter „herabsteigend", unter mehr oder weniger hypothetischer Anordnung körperlicher Korrelate zu diesen seelischen Einzelkomponenten das Zusammenwirken der für das Seelenleben wichtigen körperlichen Substrate untersuchen, und man erhält auf diese Weise eine körperliche Grundlage für das, was wir Person oder Persönlichkeit nennen.

Was ist aber die körperliche Grundlage der Persönlichkeit? Der jüngste und erfolgreichste Versuch, eine Einteilung des Menschen nach

[1]) S. auch H. Much, Werk und Wirkung. Leipzig 1926.

[2]) Die Psychopathologie ist letzten Endes eine geisteswissenschaftlich gerichtete Persönlichkeitslehre.

charakterologischen Typen vorzunehmen und diesen Typen gewisse körperliche Eigentümlichkeiten zuzuweisen, stammt von Kretschmer[1]). Es ist eine Art neuer Physiognomik, nachdem die eines Lavater, eines Lombroso bedeutungslos geworden ist. Mit Recht sagt Fetscher (S. 347), daß die Typeneinteilung Kretschmers eine „Vorsortierung" sei, die uns erleichtern soll, zum Kern der Persönlichkeit vorzudringen. Ich will sagen — eine recht grobe Vorsortierung. Mich hat die Kretschmersche Einteilung nicht befriedigen können. Reine Typen sehen wir selten, häufig Mischtypen, deren Persönlichkeitsbild eine Legierung aus verschiedenen Elementen darstellt. Mit vollem Recht sagt Fetscher, daß die Feststellung eines Persönlichkeitstypus eine kombinatorische Tätigkeit sei, „die sich niemals völlig von intuitiven Elementen befreien läßt und daher auch nur teilweise lern- und lehrbar ist". Was nützen uns aber die schönsten Körperbautypen, wenn der Arzt ihnen nicht anders beizukommen weiß, als ein guter Menschenkenner mit einiger Lebenserfahrung auch. Wenn wir über Persönlichkeit und Charakter etwas erfahren wollen, so müssen wir uns in erster Linie klar werden, von welchen Organen und Organgruppen unser seelisches Reagieren überhaupt abhängt. Wollte man mit der Psychologie Hand in Hand gehen — und das muß man tun, wenn man über die Persönlichkeit etwas erfahren will —, so müßte erst begriffliche Klarheit geschaffen werden; insbesondere müßte versucht werden, Begriffe zu finden, die sich nach der seelischen wie nach der körperlichen Seite hin anwenden ließen, wenn sich Psychologen und Naturwissenschaftler verstehen wollen. Das hat Gottfried Ewald in seinen Untersuchungen über Temperament und Charakter (Berlin, Springer 1924) versucht.

Für die körperlichen Grundlagen des Charakters, einer der Hauptkomponenten der seelischen Persönlichkeit, glaubt man die körperliche Grundlage gefunden zu haben. Die nach Kopfgrippe beobachteten eigenartigen Charakterveränderungen lassen sich durch mikroskopisch kleinste Entzündungsherde im Hirnstamm erklären, jenes Hirnteiles, der — stammesgeschichtlich uralt — die Hirnhemisphären mit dem Rückenmark verbindet. Die Hirnrinde selbst, in die früher der Sitz des Charakters verlegt wurde, wird im allgemeinen als Organ der Intelligenz angesehen. Schädigungen der Hirnrinde führen zu Verblödung. Gleichzeitig hat die Hirnrinde auch die Aufgabe, unser

[1]) Kretschmer, Körperbau und Charakter. Untersuchungen zum Konstitutionsproblem und zur Lehre von den Temperamenten. Berlin 1929.

bewußtes willentliches Handeln in vernünftige Bahnen zu leiten, den Gefühlen, Affekten und Trieben zu steuern; so sehen wir in der individuellen Art der Wechselwirkung zwischen Hirnrinde und Hirnstamm einen der wesentlichen Faktoren für den Persönlichkeitsaufbau.

Konstitution und Persönlichkeitsaufbau ist ferner in großem Maße abhängig vom richtigen Zusammenspiel der Drüsen mit innerer Sekretion, jener Drüsen, die ihr Sekret (Hormon) direkt in die Blutbahn abgeben (Schilddrüse, Nebenniere, Hirnanhang 2c.). Eine Disregulation führt zu Disharmonie. Ein Ausfall der Schilddrüse führt zur seelischen Verkümmerung, der Ausfall der Nebennieren, die einen Einfluß auf die Affektstärke haben, führt zu nervöser Übererregbarkeit. Jedem Leser ist ferner bekannt, welch großen Einfluß die Geschlechtsdrüsen auf die Psyche und die Persönlichkeitsgestaltung haben (Pubertät, Schwangerschaft, Klimakterium). Neuerdings hat sich auch die Chemie der Konstitutionsforschung angenommen: sie stellt fest, daß der Gehalt unseres Körpers an Jod, Kalk, Eisen, Arsen, Phosphor für die Reagibilität unseres Nervensystems von Bedeutung ist, ja die Brüder Jaensch haben zwei „Biosysteme" aufgestellt — besondere Persönlichkeitsspielarten —, die abhängig sind vom Kalkgehalt des Blutes.

Jedoch: das Ziel einer somatischen Grundlegung der Persönlichkeit, einer Verbindung von Konstitutions- und Persönlichkeitsforschung, darf nicht nur ausschließlich auf die Erforschung der Abänderung des Charakters und der nervösen Reagibilität gerichtet sein. Martius ging bei seiner Forschung über das Wesen der Konstitution von den Infektionskrankheiten aus. Auch bei den Abwehrvorrichtungen, die bei einer Infektion im Organismus in Tätigkeit geraten — ihre Aufgabe erfüllen oder versagen —, spielt die allem übergeordnete nervöse Integration eine große Rolle; es müssen aber noch andere somatische Unterschiede vorhanden sein, von denen wir aber bisher so gut wie garnichts wissen. Immunbiologie, Serologie, Chemie, Physiologie und Pathologie mühen sich ab, um die Grundlage des Konstitutionsbegriffes zu klären, jedoch scheint noch alles nebelhaft, undeutlich und in weite Ferne gerückt.

Beim Versuch, den seelischen Aufbau des genialen Menschen — der höchsten Stufe der Menschheit — zu erfassen, weist v. Engelhardt (S. 399) in geistvoller Weise darauf hin, daß es kaum ein Genie mit vollkommen ausbalanciertem Pendelschlag zwischen Differenzierung und Integrierung gäbe (wie bei einem Goethe), „so daß man wohl mit einem gewissen Recht eine Tasso- und eine An-

tonio-Linie annehmen darf, auf der sich nicht nur das Genie, sondern auch die Menschheit aufwärts bewegt". Auf der einen Seite die empfindsamen, sensiblen Naturen, deren noch tastender vorfühlender Ganzheitsweg mit der Gefahr des Abgleitens verknüpft ist (Tasso), auf der anderen Seite der Willens- und Herrenmensch (Antonio). Engelhardt vergleicht diese beiden Linien mit den in der Psychiatrie üblichen Typen der „Zyklothymen" mit ihren zeitlich-periodischen Schwankungen zwischen aktiver Lebensbejahung und passiver Lebensverneinung, Geltungsbewußtsein und Minderwertigkeitsgefühlen und den „Schizothymen" mit ihrem starr-unerbittlichen Pflichtgefühl und ihrer Härte — Phantasten der Idee und überzeugte Terroristen der Tat. Beide Typen stehen in ihrer vorgeschrittenen Ausbildung nicht nur hart an den Grenzen des psychisch Normalen, sondern gleiten bereits in das offensichtlich Krankhafte, in das gestörte Seelenleben ab [1]).

V.

Ich komme zum Schluß. Im „Menschen" lernen wir uns kennen und erkennen. Entsprechend der Bedeutung und Aufgabe des Deutschen Hygienemuseums wird — ich wiederhole das nochmals — unser Gesundheitsgewissen aufgerüttelt, durch Erkenntnis der Zusammenhänge, sowohl der Organe untereinander, wie auch der Zusammenhänge körperlicher und seelischer Vorgänge. Wir lernen verstehen, ohne daß es besonders gesagt zu werden braucht, daß Gesundheit ein körperlicher und seelischer Gleichgewichtszustand ist, der dauernd nur erhalten werden kann bei einheitlich zweckmäßiger und geordneter Funktion der Organe und ihrer Triebkräfte. Charakter und Wille spielen dabei auch eine Rolle. Zur Erhaltung eines gesunden Körpers ist ein normales Seelenleben Grundbedingung. Krankheit ist Lockerung der Regulation, ist Störung des Gleichgewichts, mag es nun eine Organschädigung, Zellschädigung oder Schädigung durch

[1]) Ich muß mir leider aus Raummangel versagen, auf die einzelnen Kapitel Engelhardts näher einzugehen, obgleich diese Aufgabe eine sehr reizvolle gewesen wäre. Ich nenne hier nur ihre Überschriften: Umriß der Lebensgesetze. Der Körper als Ganzes (u. a. Die Menschengestalt als Symbol — Der Körper als Ausdruck — Die Persönlichkeit als Lebenserfüllung). Der Mensch als Gestalter seines Selbst (u. a. Seele und Geist — Freiheit und Bewußtsein — Technischer Kopf und Genie — Intuition). Der Mensch als Gestalter der Welt (u. a. Organische Menschengemeinschaft — Kultur und Zivilisation — Schicksal als Aufgabe). Die meisterhafte Beantwortung und geistvolle Behandlung dieser schwierigen Fragen — von Goethescher Weisheit durchwebt — sollte jeden veranlassen, sich dieser Lektüre zu widmen.

falsche Triebschaltung sein. Bei richtiger Einsicht und seelischer Klarheit wird der Kampf gegen die Krankheit kräftiger geführt werden können als unter törichter Furcht, die im entscheidenden Augenblick die normalen Abwehrmaßnahmen lähmt.

Vergessen wir auch eines nicht: persönliche und gesellschaftliche Gesundheit läuft zusammen mit sittlicher und intellektueller Höherentwicklung. Der Schwerpunkt medizinischen Wissens und Könnens wird auf die Verhütung von Krankheiten gelegt. Der Arzt soll Erzieher und Berater des Gesunden und Gefährdeten sein. Diese Aufgabe wird ihm erleichtert durch die Einsicht und das Verständnis seiner Patienten. Aufgabe des Hygienemuseums und des uns vorliegenden Werkes ist es, diese Einsicht und dieses Verständnis zu wecken. Und diese Aufgabe erfüllen sie in vorbildlicher Weise.

Politische Übersichten

Estland

Die letzten zwei Monate — April, Mai — sind in Estland ziemlich ruhig verlaufen. Die Regierung Päts hat sich weiterhin halten können, wenn schon der tiefe Gegensatz zwischen den beiden großen Koalitionsparteien, den Landwirten und Sozialisten, immer wieder Schwierigkeiten bereitet. Dabei zeigt es sich immer mehr und mehr, daß auch das Kabinett Päts ein typisches Kompromißprodukt ist und daß Landwirte und Sozialisten sich gegenseitig bei der Regierungsbildung große Zugeständnisse gemacht haben. Als der Niederschlag dieser Tatsache können wohl drei kürzlich von der Regierung eingebrachte Gesetzprojekte gelten, von denen eines — das über die Schaffung einer Landwirtschaftskammer — den Wünschen der Landwirte entgegenkommt, während die beiden anderen — über den 8-stündigen Arbeitstag und über die Einführung von Betriebsräten — naturgemäß von sozialistischer Seite herstammen. Bei der Durchberatung dieser Gesetzprojekte sind nun aber Schwierigkeiten entstanden, die leicht zu einer Erschütterung der jetzigen Regierungskoalition führen könnten. Bei dem Gesetz über die Landwirtschaftskammer handelt es sich um die Frage, wer zu den Wahlen in diese Kammer zugelassen sein soll. Das Regierungsprojekt sieht vor, daß alle Personen an der Wahl teilnehmen können, die außerhalb der Grenzen der Städte und Flecken mindestens 5 ha Ackerland oder 1 ha Gartenland besitzen. Die Landwirte halten diese Größennorm des Ackerlandes für zu niedrig, die Sozialisten dagegen wollen sie noch weiter herabsetzen. Gegen die beiden anderen Gesetzprojekte werden von bürgerlicher Seite doch wohl sehr beachtliche Einwände vorgebracht. Die Landwirte selber haben ihre Interessen hierbei insofern gesichert, als beide Gesetzprojekte sich nicht auf landwirtschaftliche Betriebe beziehen sollen. Die Landwirte scheinen also bei der letzten Regierungsbildung den Sozialisten in Bezug auf deren sozialpolitische Forderungen weitgehend freie Hand zugesichert zu haben, nachdem die Sozialisten ihnen zugestanden hatten, daß die von ihnen geplanten sozialpolitischen

Gesetze auf die Landwirtschaft keine Anwendung finden sollen, und auch in der Frage der Schaffung einer Landwirtschaftskammer und bei anderen Wünschen der Landwirte Entgegenkommen gezeigt hatten. Die Interessen der Arbeitgeber in Handel und Industrie sind aber bei diesem Kompromiß augenscheinlich garnicht berücksichtigt worden. Es wird nun interessant sein, wie bei den weiteren Beratungen über diese Gesetzprojekte in der Staatsversammlung die beiden kleineren Koalitionsparteien, die Volkspartei und die Wirtschaftsgruppe, sich stellen werden. Denn für diese Parteien dürfte insbesondere das projektierte Betriebsrätegesetz unannehmbar sein, es sei denn, daß auch ihnen bereits Kompensationen auf anderen Gebieten zugesichert worden sind. Auf den Inhalt der drei Gesetzprojekte an dieser Stelle näher einzugehen, wäre wohl verfrüht, da noch nicht feststeht, welche endgültige Fassung sie bei den weiteren Beratungen in der Staatsversammlung erhalten werden.

Was die Frage der Verfassungsänderung betrifft, so hat der Verband der Freiheitskrieger inzwischen durch seine Vertreter dem Präsidium der Staatsversammlung einen Gesetzentwurf betr. Änderung einiger Paragraphen des Gesetzes über die Wahlen in die Staatsversammlung, den Volksentscheid und das Volksbegehren eingereicht, wobei speziell die Vorschriften, die sich auf die Verfassungsänderung beziehen, abgeändert werden sollen. Die Einreichung dieses Entwurfes hatte zur Folge, daß die Beratung über ein von den Landwirten schon früher eingereichtes analoges Gesetzprojekt, das auch eine Erleichterung von Verfassungsänderungen vorsieht, im Parlament wieder aufgenommen wurde, nachdem es seit längerer Zeit wegen der Aussichtslosigkeit einer Einigung der Parteien für immer in den Akten begraben zu sein schien. Bis jetzt sind die Verhandlungen über diesen Gesetzentwurf noch nicht abgeschlossen. Zu beachten ist aber, daß in der letzten Kommissionsfassung dieses Entwurfes die Teilnahme an Volksabstimmungen über Verfassungsänderungen für die stimmberechtigten estländischen Staatsbürger obligatorisch gemacht und Stimmenthaltung mit einer Strafzahlung von 5 Kronen pro Person belegt werden soll. Ob aber diese in mehr als einer Beziehung doch recht bedenkliche Vorschrift vom Plenum der Staatsversammlung angenommen werden wird, läßt sich zur Zeit noch nicht voraussagen. Die bevorstehende Annahme dieses Gesetzprojektes über Erleichterung von Verfassungsänderungen dürfte übrigens nur der Auftakt für wirkliche Verfassungsänderungen sein. In der estnischen Presse mehren sich die Stimmen, die als Gegengewicht gegen die schrankenlose Parteiherrschaft die Einführung des Präsidentschaftsinstitutes befürworten, wobei nach Ansicht der rechtsgerichteten Kreise dem zukünftigen Staatspräsidenten möglichst weitgehende Vollmachten gewährt werden sollten. Interessant war in diesem Zusammenhang ein im „Kaja" erschienener Artikel, in welchem verlangt wurde, daß bei der kommenden Verfassungsänderung nicht nur die Präsidentschaft eingeführt, sondern auch die Stellung der Minister, die vom Staatspräsidenten zu ernennen wären, von der Staatsversammlung unabhängig gemacht werden sollte. Mit anderen Worten: Abkehr vom modernen Parlamentarismus und Rückkehr zum Konstitutionalismus.

Auf dem Gebiet der Gesetzgebung wären ferner die Novellen zu den beiden Pensionsgesetzen (dem Gesetz betr. die Pensionen der Staats- und Kom-

munalbeamten und dem Militär-Pensionsgesetz) zu nennen, die bereits von der Staatsversammlung angenommen worden sind. Nach diesen Novellen sind alle Pensionen, auch die der bereits pensionierten Beamten, ab 1. Mai dieses Jahres um durchschnittlich 25% herabgesetzt worden, mit Ausnahme derjenigen, die nicht mehr wie 40 Kronen monatlich betragen. Soweit es sich hier um die Kürzung der Pensionen der bereits in den Ruhestand versetzten Beamten handelt, muß diese Maßnahme vom rechtlichen Standpunkt aus durchaus bedauert werden. Die nachträgliche Kürzung bereits auf Lebenszeit bewilligter Pensionen bedeutet entschieden einen Rechtsbruch, da die den Beamten ausgesetzten Pensionen Rechte darstellen, die nicht einseitig und willkürlich vom Staate aufgehoben werden dürften. Und durch die schwere Finanzlage des Staates kann eine derartige Maßnahme auch nicht gerechtfertigt werden, solange der Staat, wie es bei uns noch geschieht, sich Ausgaben leistet, zu denen er nicht verpflichtet ist und die für ihn auch nicht absolut notwendig sind. Abgesehen von diesen rechtlichen Erwägungen muß diese nachträgliche Kürzung bereits bewilligter Pensionen aber auch vom sozialen Gesichtspunkte aus als unbillig abgelehnt werden, da die Beamtengehälter nicht gekürzt worden sind und somit dieses Opfer zu Gunsten des Staates ganz einseitig nur den Pensionären auferlegt worden ist. An diesem Beispiel kann man wieder sehen, wie demoralisiert unser öffentliches Leben bereits ist und daß der höchste Träger der Staatsgewalt, die Staatsversammlung, immer wieder bereit ist, sich nicht von den wirklichen Staatsinteressen leiten zu lassen, wie sie sich von einer überparteilichen Warte aus ergeben würden, sondern von den egoistischen Wünschen der einzelnen Parteien und Gruppen.

Aus dem Leben der Staatsversammlung sei hier noch vermerkt, daß die Partei der Ansiedler sich in „Block der Landwirte, der Ansiedler und der Kleingrundbesitzer" unbenannt hat. Die Umbenennung hat offenbar den Zweck des Stimmenfanges in den Kreisen der landischen Bevölkerung und hat daher denn auch bei der Konkurrenzpartei, dem Bunde der Landwirte, eine starke Erbitterung hervorgerufen.

Auf wirtschaftlichem Gebiet wäre zu erwähnen, daß zwecks Belebung des Außenhandels, namentlich des Handels mit Rußland, von der Staatsversammlung ein „Gesetz betr. die Gewährung einer staatlichen Garantie zur Sicherstellung des Exportkredits" angenommen worden ist. Der Staat erhält das Recht, zur Sicherstellung der Bezahlung von auf Kredit ins Ausland gelieferten Waren eine Garantie in der Höhe bis zu 75% des Preises zu gewähren. Die jeweilige Gesamtsumme der auf Grund dieses Gesetzes übernommenen Garantien darf die Summe von 3 Millionen Kronen nicht übersteigen. Auch kann diese Garantie nur beim Verkauf von estländischen Erzeugnissen der Landwirtschaft und Industrie ins Ausland gewährt werden. Zur Deckung der Unkosten und der eventuellen Verluste, die mit dieser staatlichen Exportgarantie verbunden sind, werden vom Garantieempfänger besondere Prämien erhoben, die jedoch 3% p. a. nicht übersteigen dürfen.

Die Frage der Vergebung der Konzession auf die Wasserkraft der Narova ist noch immer unentschieden. Kurz vor Ablauf der ihm gewährten Optionsfrist traf schließlich doch ein Vertreter des englischen „Standart Industrial Trust" in Reval ein und erhielt auf sein Gesuch eine Prolongation der Options-

frist bis zum 1. November. Die Frage der sog. „kleinen" Konzession wurde daher bis zum November wieder vertagt. Jedoch wurde mit dem Vertreter der an dieser „kleinen" Konzession interessierten Siemens-Schuckert-Werke, der zur Klärung der Angelegenheit nach Reval gekommen war, ein provisorisches Abkommen getroffen, durch welches den an der „kleinen" Konzession beteiligten Firmen die ungestörte Weiterarbeit bis zum November gesichert worden ist. Bekanntlich arbeitet das von der Firma Siemens-Schuckert auf Grund des schließlich zunächst unerledigt gebliebenen, aber bereits in der Staatsversammlung verhandelten Gesetzprojekts über die „kleine" Konzession erbaute Kraftwerk schon seit einiger Zeit und beliefert die privaten Brennschieferwerke mit Elektrizität.

Von einer gewissen volkswirtschaftlichen Bedeutung ist die im Mai erfolgte Eröffnung des Fracht- und Personenverkehres auf der neu erbauten Eisenbahn von Dorpat nach Petschur, wobei allerdings zunächst nur die eine Hälfte dieser Strecke (von Dorpat bis Kiidjärw) in Betrieb genommen worden ist, während der Verkehr auf der anderen Hälfte erst im November eröffnet werden soll.

Auf außenpolitischem Gebiet ist nach langen Verhandlungen nun doch ein Konventionaltarifvertrag mit Lettland zustandegekommen, laut welchem auf eine Reihe von Waren im Verkehr zwischen den beiden Staaten Zollermäßigungen eingeführt werden. Hoffentlich bedeutet dies Abkommen einen neuen Schritt näher zu der längst geplanten Zollunion.

Das Deutsche Reich hat inzwischen beantragt, die Frage der Entschädigungszahlung für die auf Grund des Agrargesetzes enteigneten Güter der sog. „Neudeutschen" (d. h. derjenigen Gutsbesitzer, die nach dem Erlaß des Agrargesetzes die deutsche Reichsangehörigkeit erworben haben) an den ständigen deutsch-estländischen Vergleichsausschuß zu überweisen, und Estland hat diesen Antrag angenommen. Vorsitzender dieses Vergleichsausschusses ist das Glied des Holländischen Obersten Gerichtshofes Prof. v. Slooten, weitere Glieder des Ausschusses sind als Vertreter Deutschlands Prof. Wiedenfeldt-Leipzig, als Vertreter Estlands Prof. Uluots-Dorpat, ferner der frühere schwedische Justizminister Prof. J. Wetsman und der finnländische Gesandte in Kopenhagen Prof. Talas. Dieser ständige Vergleichsausschuß ist von Deutschland und Estland gemeinsam auf Grund der deutsch-estländischen Vergleichskonvention vom Jahre 1925 gewählt worden.

Dorpat, Anfang Juni 1931. L. v. M.

Litauen

Das statistische Büro der Republik Litauen gibt die Resultate der letzten Volkszählung bekannt. Dem Bericht zufolge betrug die Gesamtzahl der Bewohner Litauens (die Ausländer miteingerechnet) am 1. Januar 1931 2 367 042 Personen, und zwar 1 134 410 männliche und 1 232 632 weibliche. Die Zahl der Eheschließungen war 1930 höher als 1929, jedoch niedriger als 1928 (1930: 18 299; 1929: 17 457; 1928: 18 879); auf 1000 Einwohner kamen 1930: 7,8; 1929: 7,5; 1928: 8,3 Eheschließungen. Die Zahl der Geburten betrug 1930: 64 164 = 27,4‰; 1929: 63 083 = 27,2‰; 1928: 65 945 = 28,8‰; darunter befanden sich 1930: 4 262; 1929: 3 978; 1928: 3 807 uneheliche Geburten (1930: 6,7%; 1929: 6,3%; 1928: 5,8% der gesamten Geburten); die männlichen Geburten verhielten sich zu den weiblichen 1930 wie 105,7 : 100;

1929 wie 107,2 : 100; 1928 wie 105,4 : 100. Die Sterbeziffer zeigte folgende Bewegung: 1930: 37 151 Todesfälle = 15,9‰; 1929: 39 669 = 17,1‰; 1928: 35 698 = 15,6‰; die Säuglingssterblichkeit ist immer noch sehr erheblich: 1930: 9 908 Fälle = 26,87% der allgemeinen Sterbeziffer; 1929: 11 108 = 28%; 1928: 9 713 = 27,2%. Unter Berücksichtigung des Wanderungsverlustes ergab sich eine Bevölkerungszunahme um 11,5‰ (1929: 10,1‰; 1928: 10,1‰). Den geringsten Bevölkerungszuwachs hat das Memelgebiet aufzuweisen; der memelländische Kreis Heydekrug stellt mit 4,8‰ geradezu einen Tiefenrekord auf.

*

Die gegenwärtige innenpolitische Lage in Litauen wird durch die Fortdauer des „Kulturkampfes", die Bedrückung der deutschen Minderheit im eigentlichen Litauen, die Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und dem sie stützenden Tautininkaiverband sowie durch die Ankündigung des Boykotts der Wahlen zu den Selbstverwaltungskörperschaften durch die gesamte Opposition und die nationalen Minderheiten gekennzeichnet.

Am 13. Mai fand der Prozeß gegen acht der „Katholischen Aktion" angehörende Personen, vier Geistliche und vier Studenten, wegen regierungsfeindlicher Umtriebe und Aufforderung zum passiven Widerstande vor dem Kownoer Kriegsgericht statt. Als Verteidiger fungierten die bekanntesten litauischen Rechtsanwälte, darunter mehrere ehemalige Ministerpräsidenten und Minister. Auch Professor Woldemaras hatte sich als Verteidiger gemeldet, da er als Miturheber des Konkordates in erster Linie zur Interpretation dieses Vertrages berufen sei; wiewohl das litauische Recht in Strafprozessen die Übernahme der Verteidigung durch Nichtjuristen (Woldemaras ist Historiker) zuläßt, lehnte das Kriegsgericht sein Gesuch ab, um ihm keine Möglichkeit zu Propaganda zu geben. Im Hinblick auf die umfassenden Prozeßvorbereitungen und die Schwere der Beschuldigung hatte man in Litauen allgemein mit einer schweren Bestrafung der Angeklagten gerechnet. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt. Das Urteil des Kriegsgerichts ist vielmehr sehr milde ausgefallen: zwei Geistliche und zwei Studenten wurden freigesprochen, die übrigen erhielten Geldstrafen von 500 bis 2000 Lit oder ersatzweise zwei bis acht Wochen Gefängnis. Um die Bedeutung dieses Urteils recht zu würdigen, muß man bedenken, daß die litauischen Kriegsgerichte keine unabhängigen Gerichte sind, sondern sich nach den Weisungen und Wünschen des Kriegsministeriums richten.

In die Linie dieses Kriegsgerichtsurteils paßt die restlose Begnadigung des Prälaten Olschauskas, der vor zwei Jahren wegen Ermordung seiner Geliebten zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt und auch vom Geistlichen Gericht für schuldig befunden war. Olschauskas, der sich früher um den litauischen Staa sehr verdient gemacht hat, wurde in Anbetracht seines hohen Alters vorzeitig aus der Haft entlassen, jedoch unter sehr schweren Bedingungen: ihm sollten die staatsbürgerlichen Rechte auf Lebenszeit abgesprochen sein und er durfte nicht mehr nach Litauen zurückkehren; nunmehr hat ihm Staatspräsident Smetona die aberkannten Rechte wiederverliehen und ihm gestattet, seinen Lebensabend in einem litauischen Kloster zu verbringen.

Derartige Zugeständnisse sowie die wiederholten Versicherungen führender Tautininker, die Partei sei nicht „gottlos", sind jedoch lediglich ein Ausdruck für

das Bestreben des Tautininkaiverbandes, den Kampf mit der Opposition von dem Odium des Kulturkampfes zu befreien; im übrigen gehen die Auseinandersetzungen, wenn auch zeitweilig mit Rücksicht auf außenpolitische Ereignisse mit verminderter Schärfe, weiter. Es ist fraglich, ob unter diesen Umständen die auf den 15. Juni angesetzten Wahlen zu den Selbstverwaltungskörperschaften stattfinden werden. Christliche Demokraten, Volkssozialisten und nationale Minderheiten sind sich darin einig, daß die auf Grund des neuen Selbstverwaltungsgesetzes vom 30. April 1931 etwa zustandekommenden Körperschaften von der Regierung bezw. dem nationalistischen neuen Innenminister Rusteika beherrschte Scheingebilde sein würden. Sie haben daher beschlossen, an den Wahlen nicht teilzunehmen und die Bevölkerung über den wahren Charakter des Gesetzes aufzuklären. Ministerpräsident Tubelis hält den Wahlboykott lediglich für ein taktisches Manöver, das aus der Furcht vor einem Mißerfolg zu erklären sei. Er rechnet damit, daß die Oppositionsparteien sich an den Wahlen beteiligen würden, wenn auch nicht als politische Parteien, sondern als „kommunale Gruppen".

Ebenso zweifelhaft wie das Zustandekommen der Kommunalwahlen ist wohl im Augenblick noch das des „nationalen Kongresses", von dem in einen früheren Bericht schon die Rede war. Die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Tautininkaiverband können den Plan noch im letzten Augenblick zum Scheitern bringen. Auf einer Konferenz des Zentralvorstandes der Partei stellte Lapenas, der Vorsitzende dieses Parteiorganes, fest, daß zwischen Regierung und Verband keine rechte Zusammenarbeit stattfinde. Die Regierung erblicke im Verbande lediglich eine moralische Stütze, während in Wirklichkeit der Verband die Verantwortung für die Tätigkeit der Regierung trage. Um diesem für die Partei bedenklichen Zustande ein Ende zu bereiten, war die Errichtung eines sogen. Generalrates vorgeschlagen worden, welcher als Sonderausschuß der Partei die Regierung ständig überwachen sollte. Die Regierung hatte den Vorschlag abgelehnt. Der Zentralvorstand beschloß daraufhin, mit der Regierung erneut die Frage der Zusammenarbeit zu erörtern. In verschiedenen wesentlichen Punkten sind inzwischen bereits Konzessionen der Regierung erfolgt. So hatte der Zentralvorstand der Partei die sofortige Entfernung aller Fremdstämmigen aus dem Staatsdienst und von „sonstigen verantwortlichen Posten" sowie die Ablehnung von Anträgen von Ausländern auf Arbeitsgenehmigung gefordert. Das Ergebnis ist die Schließung der deutschen Schule in Wirballen, die Enthebung des in Wirballen tätigen Pfarrers Lokies vom Amte zugunsten des „Litauers" Wiemeris und die Ausweisung einer Anzahl von Reichsdeutschen.*)

Die Verbannung von Woldemaras nach Platelien endet im Juli. Woldemaras fordert sofortige Freilassung mit dem Hinweis darauf, daß seine Verbannung unbegründet gewesen sei; trotz übertrieben peinlicher Untersuchung habe man ihm nichts nachweisen können. Es ist damit zu rechnen, daß er sofort nach seiner Entlassung wieder eine starke politische Aktivität entfalten wird. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhange die vorhin erwähnte Tatsache, daß Woldemaras sich zur Verteidigung der Mitglieder der Katholischen Aktion in dem

*) Der Bericht ist vor der Umbildung des Parteivorstandes im Regierungssinne geschrieben. Die Schriftleitung.

Prozeß vor dem Kriegsgericht bereit erklärt hatte und diese Bereitwilligkeit von der katholischen Presse beifällig aufgenommen worden war.

*

Die litauische Außenpolitik wurde während der Berichtsperiode durch die Auseinandersetzungen mit Polen, dem Vatikan und Deutschland beherrscht. „Die litauisch-polnischen Beziehungen werden sich nicht verändern", erklärte Mitte Mai Ministerpräsident Tubelis, „solange nicht die Grundfrage d. h. das Wilnaproblem, in einer Litauen befriedigenden Weise gelöst ist; eher kann Litauen sich auf die Erörterung von Detailfragen nicht einlassen." Diesen Standpunkt hat die litauische Regierung in den auf Anregung des Völkerbundsrates eingeleiteten direkten Verhandlungen mit Polen über die Sicherung von Ruhe und Ordnung an der Demarkationslinie, die am 16. Mai in Genf ergebnislos abgebrochen wurden, verfochten. Diesen Standpunkt verficht sie auch in dem Streit mit Polen um die Wiedereröffnung der Libau—Romnyer Eisenbahn, der inzwischen vom Völkerbund dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag überwiesen wurde und gegenwärtig bereits behandelt wird.

Die Beziehungen zum Vatikan haben sich durch die Weigerung des Heiligen Stuhles, den Nuntius Bartoloni, der den litauischen Klerus im Kampf gegen die Regierung Smetona-Tubelis unterstützt hatte, abzuberufen, erheblich verschärft. Der Vatikan hielt die Abberufung aus Prestigegründen nicht für möglich, wollte aber auf Bartoloni dahin einwirken, sich in Zukunft in den Konflikt der Christlichen Demokraten mit den Tautininkern möglichst wenig einzumischen. Bartoloni selbst lag nach dem Vorgefallenen an dem Kownoer Posten garnichts; wenn er trotzdem nach Kowno zurückkehrte, so geschah das auf ausdrücklichen Wunsch des Vatikans. Die litauische Regierung glaubte jedoch, ebenfalls aus Prestigegründen, auf der Entfernung Bartolonis bestehen zu müssen. Da sie nicht erfolgte, behandelt man den Nuntius als Luft, d. h. man empfängt ihn nicht, selbst wenn er Geschenke des Papstes bringt. Damit ist eine in der Geschichte der päpstlichen Diplomatie vereinzelt dastehende Situation entstanden.

In einem ähnlichen Zustande befinden sich die deutsch-litauischen Beziehungen. Deutschland hat sich im Vorjahre der Memelpetition angenommen und, um die Berücksichtigung berechtigter Wünsche der Memelländer zu erreichen, auf Litauen zeitweilig erheblichen Druck ausgeübt. Die litauische Presse begnügte sich damals mit wilden Drohungen und Racheschwüren. Als Deutschland wegen der Zollunionsverhandlungen in eine schwierige außenpolitische Situation geriet, glaubte Litauen die Gelegenheit zur „Revanche" gekommen. Unter der Führung fanatischer Nationalisten und Renegaten begann eine wüste Hetze gegen die Litauendeutschen und die Reichsdeutschen in Litauen mit dem Ergebnis, daß eine ganze Reihe von Deutschen aus Litauen ausgewiesen wurden: drei Angestellte memelländischer Zeitungen, nachdem sie es abgelehnt hatten, in den Betrieb des von den Litauern im Memelgebiet unterhaltenen Reptilienblattes, der „Memeler Allgemeinen Zeitung", einzutreten, ein Studienrat vom Luisengymnasium in Memel und der — Justitiar der deutschen Gesandtschaft in Kowno, Rechtsanwalt Baumgärtel, der sich durch Vertretung deutscher Interessen in dem sog. Kirchenstreit bei den einflußreichen Gaigalatanhängern mißliebig gemacht hatte. Während Baumgärtel, dessen Staats-

angehörigkeit strittig ist, Litauen erst Mitte Juni verlassen soll,*) erfolgte die Ausweisung der übrigen während der Verhandlungen über die Aufhebung der Ausweisungsbefehle und trotz Zusicherung, daß vor Abschluß der Verhandlungen nichts geschehen würde! Die deutsche Regierung hat dagegen Verwahrung eingelegt und beabsichtigt, das im deutsch-litauischen Handelsvertrag vorgesehene Gemischte Schiedsgericht anzurufen. Litauen behauptet, es wäre sein gutes Recht, Ausländer, die ihm lästig fielen, auszuweisen; die litauische Regierung lehnt die Rücknahme der „durch untergeordnete Instanzen und ohne Wissen des zuständigen Ministeriums" erlassenen Ausweisungsbefehle ab, ebenso die Behandlung der Streitfälle durch ein Gemischtes Schiedsgericht. Unter diesen Umständen wird Deutschland nichts anderes übrigbleiben, als den Ständigen Internationalen Gerichtshof von Haag anzurufen. Das ständige Erscheinen vor der Court in der Rolle eines Beklagten – dieser Fall wäre der dritte — bedeutet jedoch für Litauen bestimmt keinen Prestigegewinn. Dies sollten sich die führenden Männer Litauens einmal klarmachen! P.

Anfang Juni 1931.

Deutsches Reich

Deutsche Niederlage in Genf — Angriffe gegen Curtius — Polendebatte vertagt — Danziger und Memeler Frage in Genf – Der Besuch in Chequers – Deutschland fordert Reparationsnachlaß — Verlängerung des Berliner Vertrags — Neue Notverordnung — Die nationale Opposition wächst

Drei politische Ereignisse von überragender und tief in die Geschicke des deutschen Volkes einschneidender Bedeutung sind in dem Berichtsmonat zusammengefallen. Zwei von ihnen, die Frage der deutsch-österreichischen Zollunion vor dem Völkerbundsrat und der deutsche Besuch in Chequers, sind im Maiheft schon angedeutet worden. Diese Ereignisse liegen inzwischen hinter uns; zu ihnen ist die neue Notverordnung zur Sanierung des Reichsetats hinzugetreten; alle drei haben eine außerordentlich starke Beachtung in allen Kreisen des deutschen Volkes gefunden.

Beginnen wir mit der Zollunion, deren ganz besondere Bedeutung sowohl inhaltlicher Art wie auch dahingehend, daß hier der erste Versuch einer autonomen deutschen Außenpolitik gewagt wird, wir ja schon früher eingehend dargestellt haben. Dabei mußten wir die starken Widerstände, die Angriffe, die insbesondere von französischer Seite gegen diesen Plan geführt wurden, immer wieder hervorheben. Inzwischen hat sich gezeigt, daß wir ebenso wie die gesamte deutsche Öffentlichkeit und wie die Reichsregierung selbst trotz alledem noch zu optimistisch gewesen sind. Die Hoffnungen auf eine wohlwollende Neutralität von italienischer und auch von englischer Seite haben sich als nicht begründet herausgestellt. Und damit konnte der Stoß gegen die Zollunion geführt werden, von dem viele befürchten, daß er auch der Todesstoß ist.

Den Genfer Verhandlungen ging eine starke französische Aktivität voraus. Wir haben ausgeführt, wie nicht nur Frankreich, sondern auch der französische Außenminister Briand persönlich das deutsch-österreichische Projekt als besondere

*) Die Ausweisung Baumgärtels ist inzwischen rückgängig gemacht worden. Die Schriftleitung.

Bedrohung empfanden. Briand, der als der Mann in Frankreich galt, der durch seine Politik den Anschluß verhindern konnte, kämpfte um seine eigene Position. Die von uns angeführten Gegenpläne Briands zur wirtschaftlichen Organisation Europas haben auch in Genf keine besondere Rolle gespielt, wie das ja zu erwarten war. Nur im Negativen, in der Ablehnung von regionalen Zollunionen, fanden sich die Italiener und Engländer auf der französischen Seite ein. Im Positiven sind ihre Interessen ganz anders gelagert, und infolgedessen klangen ihre Vorschläge auch stark abweichend von denen Briands. So ging etwa der italienische Wunsch und Vorschlag in der Richtung, daß nur die Einzelstaaten untereinander zu möglichst starkem Wirtschaftsaustausch kommen möchten. Es sind also nicht die positiven Vorschläge, die Briand den Sieg gesichert haben.

Die Mobilisierung der kleinen Entente, wobei Benesch, der tschechische Außenminister, wie üblich der Vorkämpfer war, ging der Tagung voraus Die Gewährung einer Stabilisierungsanleihe in Höhe von rund 1 Milliarde Franken an Rumänien war das Mittel, um diesen unsicheren Partner am französischen Leitseil zu halten und dazu geneigt zu machen, jedenfalls vorläufig die deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen ruhen zu lassen. Dazu kam dann als diplomatischer Schachzug die Ratifizierung des Zollwaffenstillstandsvertrages durch Frankreich, also eines Genfer Projekts, das in Wirklichkeit schon tot ist. Fernerhin brach wenige Tage vor dem Beginn der Ratstagung eine der österreichischen Großbanken, die Kreditanstalt, zusammen, wobei sie der Regierung einen Verlust von 140 Millionen Schilling mitteilen mußte.

Diese Situation, wie wir sie hier entwickelt haben, erhielt noch ihre besondere Nuance dadurch, daß bei der französischen Präsidentenwahl Briand gegenüber dem Kandidaten der Rechten Doumer entgegen allen Erwartungen, die man in Frankreich und in der Welt gehegt hatte, unterlag. Die Propaganda behauptete schnell und geschickt, daß diese Niederlage auf die Zollunion zurückzuführen sei. Eine These, die sicherlich falsch ist, da rein innerpolitische, um nicht zu sagen personal-politische Momente den Ausschlag gegeben hatten, die aber ihre Wirkung, wohl auch auf die anderen Staatsmänner, nicht verfehlt hat.

Die Atmosphäre, die Reichsaußenminister Curtius in Genf vorfand, war also denkbar ungünstig. Entgegen den deutschen Erwartungen zeigte sich die Einheitsfront gegen Deutschland wieder einmal als vorhanden. Freundliche Schleier, die über die wirklichen Machtverhältnisse in Europa geworfen sind, wurden mit einem Ruck zerrissen; die Ohnmacht des einseitig entwaffneten Deutschen Reiches, das darüber hinaus auch noch mit den goldenen Ketten der besonders von französischer Seite gegebenen kurzfristigen Kredite gebunden ist, tritt uns erschütternd vor Augen. Dann kam ein weiteres: wir erwähnten den neuen finanziellen Schlag, der Österreich getroffen hatte und zu dessen Linderung die Regierung Österreichs einspringen mußte. Woher konnten die Mittel genommen werden? Auslandsgelder! So bewilligt denn die Kontrollkommission für die Österreich gewährte Völkerbundsanleihe in eben den Tagen der Genfer Verhandlungen die Emission von 150 Millionen Kronen Schatzscheinen. Goldene Fesseln, die Österreich angelegt werden! Und sehr schnell, sehr unbedingt, was die deutsche Presse bitter vermerkt hat, gibt der österreichische Vizekanzler und Außenminister Schober seine Zustimmung zu dem Vorschlag des englischen Außenministers Henderson, durch den der Plan vielleicht zu Grabe getragen wird.

Das ist das Ergebnis der Genfer Verhandlungen: Henderson beantragt, unterstützt von allen Mächten, den internationalen Gerichtshof im Haag zu ersuchen, ein Gutachten darüber abzugeben, ob die Zollunion zwischen Deutschland und Österreich zu vereinbaren ist mit dem Artikel 88 des Vertrages von St. Germain und mit dem Protokoll über die österreichische Völkerbundsanleihe von 1922. Bis dahin haben sich Deutschland und Österreich der weiteren Schritte auf dem Wege zur Zollunion zu enthalten. Schober erklärt sich ohne Einschränkung einverstanden. Deutschland muß das gleiche tun.

Man kann annehmen — sehr viele Gründe sprechen jedenfalls dafür — daß das juristische Gutachten zu unseren Gunsten ausfallen wird. Aber, ist nicht schon von französischer Seite deutlich zum Ausdruck gebracht worden, gleichgültig wie die juristische Entscheidung ausfallen werde, auf der Herbsttagung des Völkerbundes werde man den Plan nach politischen Gesichtspunkten noch einmal überprüfen? Bedeutet das nicht ein Verbot der Zollunion? Hält man sich diesen Gesichtspunkt vor Augen, dann wird der scharfe Angriff erklärlich, den die „Deutsche Allgemeine Zeitung", ein Blatt, das der Schwerindustrie und dem rechten Flügel der Volkspartei nahesteht, unmittelbar nachdem die Entscheidung in Genf gefallen war, gegen Curtius geführt hat. Curtius, der bei der diplomatischen Vorbereitung und Durchführung der Zollunion versagt hat, ist ungeeignet, weiterhin Außenminister zu sein und als Vertreter Deutschlands nach Chequers zu gehen. Das ist der Inhalt dieses Angriffs, der in politischen Kreisen und in der Presse außerordentlich großes Aufsehen erregte. Die Enttäuschung über den deutschen Mißerfolg in Genf ist ganz allgemein, und die Ansicht, Curtius sei zum Außenminister ungeeignet, besteht seit langem in weiten Kreisen. Trotzdem ist der Angriff gegen Curtius wirkungslos geblieben, vielleicht aus der Ansicht Brünings heraus, daß er keinen Schritt gegenüber parteipolitischen Angriffen zurückweichen darf, wenn er überhaupt seine Position wahren will.

Ehe wir uns dem zweiten großen außenpolitischen Ereignis — dem deutschen Besuch in Chequers — zuwenden, seien noch die anderen außenpolitischen Themen der Völkerbundstagung, soweit sie Deutschland berühren, erwähnt. Wir hatten in unserem vorigen Bericht die Aussichten der deutschen Klage gegen die polnische Mißhandlung der deutschen Minderheit sehr schwarz gezeichnet. Der Mißerfolg der deutschen Aktion im Januar war von uns hervorgehoben und dabei betont worden, daß sich hier wieder einmal zeigen werde, daß aufgeschoben oft doch auch aufgehoben heiße. Der Verlauf in Genf hat unserer Skepsis leider Recht gegeben. Von polnischer Seite ist eine in der Form rücksichtslose und im Inhalt sich über alle Verpflichtungen hinwegsetzende Note über die von Polen ergriffenen Maßnahmen überreicht worden, die im Grunde darauf hinausläuft, daß in Oberschlesien alles in schönster Ordnung ist, daß die polnischen Behörden den Deutschen allen Schutz angedeihen lassen, daß alle Übeltäter verurteilt sind: die Note ist ein glatter Hohn. Nirgends sind Garantien dafür gegeben, daß sich die Übergriffe gegen die Deutschen nicht wiederholen. Der Wojewode Grazynski ist nach wie vor der Vertrauensmann Warschaus und der Vorsitzende des nicht aufgelösten Verbandes der Aufständischen. Er ist soeben vom polnischen Staatspräsidenten dekoriert worden. Nur ein Viertel der in der Beschwerdeschrift des Deutschen Volksbundes angeführten Fälle sind zur gerichtlichen Verhandlung gekommen, wobei nur lächerlich geringe Strafen verhängt wurden, wenn nicht gar Freisprüche

erfolgten. Der deutsche Außenminister hat, taktisch gesehen, richtig gehandelt, wenn er die Aussprache über diese Note und damit über die Frage des Deutschtums in Polen auf die Septembertagung des Völkerbunds vertagt hat.

Ist das Ergebnis in der polnischen Frage null und auch die Hoffnung nur sehr gering, daß später ein besseres Ergebnis zu erzielen ist, so muß das gleiche von der Danziger und Memeler Frage gesagt werden. Man hat sich mit den erstatteten Berichten beschäftigt, und im übrigen ist nichts beschlossen und wird nichts getan. Es ist also leicht verständlich, daß die Debatte über den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund, der auch im Rahmen des Angriffs der „D. A. Z." gegen Curtius gefordert wurde, jetzt in verstärktem Maße in sehr ernsthaften Organen und nicht nur der Deutschnationalen und Nationalsozialisten geführt wird.

Der deutsche Reichskanzler und der Reichsaußenminister sind der englischen Einladung gefolgt und weilen zurzeit in Chequers, dem Wochenendschloß des englischen Premierministers, zu Gast. Ursprünglich war dieser Besuch von englischer Seite nur als eine Freundschaftsgeste gedacht, wie wir vor einem Monat bemerkten. Wenn durch die Genfer Ereignisse und die weitere Zuspitzung der wirtschaftlichen und finanziellen Lage in Deutschland darüber hinaus auch das Reparationsthema urplötzlich in den Vordergrund getreten ist, so hat sich doch die Warnung bestätigt, daß man nichts von Chequers erhoffen möge. Es ist richtig, daß der deutsche Kanzler eine sehr gute Presse in England gehabt hat; es ist ebenfalls richtig, daß die englischen Blätter von sich aus die deutsche Wirtschaftskrise und die Frage einer Neuaufrollung des Reparatiosproblems mit Nachdruck betont haben. Dabei ist das Organ der Labour-Partei, der „Daily Herald", soweit gegangen, daß es den Plan einer Deutschland zu gewährenden Anleihe von 2 Milliarden Mark entwickelte, der aber von dem größten Teil der deutschen Presse, darunter auch von der „Germania", dem Blatt der deutschen Zentrumspartei, als Scheinlösung abgelehnt wurde.

Die Verlautbarungen über die in Chequers gepflogenen Besprechungen sind sehr spärlich, aber schon aus dem amtlichen Communiqué kann man ersehen, daß zwar der informatorische Zweck der Reise erreicht worden ist, daß also den englischen Staatsmännern mit allem Nachdruck die trostlose Lage Deutschlands und die Folgerungen, die sich daraus für den Youngplan ergeben, dargestellt wurden, daß aber England sich zurückhaltend gezeigt hat. Es wird die Frage aufgeworfen, warum der Reichskanzler nicht das Moratorium und die Forderungen nach der Revision des Youngplanes angemeldet hat. Man kann darauf nur die Antwort geben, die natürlich eine subjektive ist, daß Brüning wohl erst das Terrain sondieren wollte, um noch weitere diplomatische Vorbereitungen für den genannten Schritt zu treffen. Jedenfalls wird der Schritt selber von der Reichsregierung immer mehr als bevorstehend angedeutet. Die deutsche Öffentlichkeit, alle Parteien einschließlich der Sozialdemokraten, die sich auf ihrem Parteitag, auf den wir noch zurückkommen werden, ebenfalls dafür aussprachen, fordert mit wachsendem Nachdruck diese Revision, damit Deutschland nicht weiter ausblutet.

Es ist verständlich, daß durch die neue Notverordnung, die gleichzeitig mit der Abreise der Reichsregierung nach Chequers veröffentlicht wurde, das Verlangen nach der Revision in den Vordergrund der politischen Debatte gerückt ist. Ehe

wir uns aber dieser Notverordnung zuwenden, sei noch als letzte außenpolitische Frage die der Verlängerung des Berliner Vertrags zwischen Deutschland und Sovetrußland erwähnt, die wir vor einigen Monaten schon kurz berührt haben. Wir erwähnten damals, daß unserer Ansicht nach der Vertrag verlängert werden würde, und wir können das heute als bestimmt hinstellen. Auffällig und auch bezeichnend ist es, daß die deutsche Presse sich mit diesem Schritt überhaupt nicht beschäftigt. Bezeichnend deshalb, weil man nicht etwa schweigt, um die schwebenden Verhandlungen nicht zu stören, sondern vielmehr, weil nirgends eine klare Ansicht besteht und das Interesse für den Vertrag völlig erloschen ist. Nach unserer Information sieht man in der Reichsregierung die Dinge ebenfalls so — wie es im übrigen auch unsere subjektive Ansicht ist —, daß dem Vertrag und seiner Verlängerung eine politische Bedeutung positiver Art nicht mehr zukommt, Da aber die Nichtverlängerung, weil ja keinerlei diplomatische Schritte etwa in der englischen Richtung hin unternommen sind, um dafür eine Gegenleistung zu erhalten, uns ebenfalls nichts Positives und höchstens die negative Tatsache der russischen Verärgerung einbringen würde, hat man sich entschlossen, den Berliner Vertrag zu verlängern. Wie wertlos im übrigen die deutsch-russischen Beziehungen, soweit sie politischer Natur sind, geworden sind, wird nicht nur durch das, was wir soeben feststellten, gekennzeichnet, sondern mehr noch durch die Tatsache, daß in den gleichen Tagen, in denen man über den Berliner Vertrag verhandelt, dessen Bedeutung weite Kreise ja darin sahen und zum Teil noch sehen, daß er Deutschland vor einer einseitigen Festlegung nach dem Westen hin bewahrt, — daß in den gleichen Tagen in Paris Verhandlungen zwischen den Sovetrussen und den Franzosen über den Abschluß eines Nichtangriffspakts und eines Handelsvertrages aufgenommen worden sind. Diese Tatsache, die seit langem erwartet wurde, kann nur den einen Vorteil für uns haben, daß sie weiten Kreisen gerade auch des nationalen Deutschland, die immer noch Hoffnungen auf Sovetrußland gesetzt haben, die Augen darüber öffnet, was die außenpolitische Realität ist, mit der wir rechnen müssen.

Die Notverordnung der Reichsregierung trägt ihren Namen „Notverordnung" zu Recht. Denn nichts könnte Gewichtigeres über die Not Deutschlands aussagen, als gerade dieses Gesetz, durch das allen Schichten der deutschen Bevölkerung, die ja schon unter Steuern und Lasten und einer wirtschaftlichen Verelendung größten Ausmaßes leiden, neue Lasten auf die Schultern gelegt werden. Der Tatbestand sei zuerst in ganz knappen Worten aufgezeigt. Die Wirtschaftskrise bringt durch die Arbeitslosigkeit eine nicht vorausgesehene Ausgabenerhöhung, die beim Reich 79 Millionen Mark beträgt. Sie bringt aber auch einen Steuerrückgang und damit einen Einnahmeausfall von 495 Millionen, sodaß der Fehlbetrag 574 Millionen Mark beträgt. Dieses Defizit galt es durch die Notverordnung zu decken. Das ist dadurch geschehen, daß man auf der Ausgabenseite 306 Millionen gestrichen hat, von denen 101 Millionen auf die Gehaltskürzung der Beamten und 85 Millionen auf die Reichsversorgung entfallen daß man fernerhin durch die Verdoppelung der Zuckersteuer, die Erhöhung der, Mineralölzölle und eine technische Maßnahme bei der Umsatzsteuer der Einnahmenseite 268 Millionen Mark zuführt. Die gleiche Not, die durch die Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise beim Reich entstanden ist, besteht auch bei den Gemeinden und Ländern, die ebenfalls durch die Krisenfürsorge und die Arbeitsbeschaffung einen

Fehlbetrag von 385 Millionen Mark haben, der durch die Gehaltskürzung (207 Millionen), durch die Lohnsteuererstattung (60 Millionen) und Umsatzsteuer (35 Millionen) gedeckt wird. Schon aus diesen Zahlen gehen die neuen Opfer hervor, die allen Kreisen des deutschen Volkes zugemutet werden. Es muß noch hinzugefügt werden, daß in der Arbeitslosenversicherung eine Herabschraubung der Leistungen vorgenommen und im übrigen eine Krisensteuer eingeführt worden ist. Durch diese wird der Lohn bis zu Mark 300.— monatlich um 1% gekürzt, was sich nach oben sehr schnell progressiv erhöht. Ebenso trifft die Krisensteuer die Einkommensteuerpflichtigen. Ferner fügen wir noch hinzu, daß die Gehaltskürzung — wobei zu beachten ist, daß die Beamtengehälter schon um 6% gekürzt sind — 4 bis 7% beträgt.

Die ganze Schwere, die diese neuen Belastungen für alle Kreise des deutschen Volkes bedeuten, wird von der Reichsregierung selber zum Ausdruck gebracht in dem Aufruf, den sie der Notverordnung vorausschickt. „Schwerste Lasten und und Opfer muß die Reichsregierung dem deutschen Volke zumuten, um die Zahlungsfähigkeit des Reichs aufrechtzuerhalten . . . Soweit man unter den heutigen Verhältnissen überhaupt etwas voraussagen kann, wird damit der Reichsetat für das laufende Jahr ins Gleichgewicht gebracht. Nach dem festen Willen der Reichsregierung soll diese Notverordnung der letzte Schritt zu diesem Ziele sein . . . Die Einsetzung der letzten Kräfte und Reserven aller Bevölkerungskreise gibt der deutschen Regierung das Recht und macht es ihr dem eigenen Volke gegenüber zur Pflicht, vor der Welt auszusprechen: Die Grenze dessen, was wir unserem Volke an Entbehrungen aufzuerlegen vermögen, ist erreicht! Die Regierung ist sich bewußt, daß die aufs äußerste bedrohte wirtschaftliche und finanzielle Lage des Reiches gebieterisch zur Entlastung Deutschlands von untragbaren Reparationsverpflichtungen zwingt."

Selten hat eine Maßnahme der Regierung so einhellige Ablehnung gefunden, wie diese neue Notverordnung. Abgesehen von den Zentrumsblättern, finden wir in Deutschland keine Zeitung, die nicht schärfste Kritik an der Regierung übt. Und so berechtigt vieles daran ist, so muß doch eins nachdenklich machen. Daß sich nämlich diese Kritik auf das schärfste selbst widerspricht. Die Blätter, die der Industrie nahestehen, beschweren sich über die Belastung der Wirtschaft und fordern, daß eine neue Senkung der Arbeiterlöhne durchgeführt werde. Die Beamtenverbände protestieren gegen die Kürzung ihrer Gehälter. Wirtschaftsorganisationen verlangen, daß die Kaufkraft der Verbraucherschaft nicht weiter geschwächt werde. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie erregen sich über die Lasten, die der Arbeiterschaft auferlegt sind, und lehnen die Maßnahmen zugunsten der Landwirtschaft ab. Die landwirtschaftlichen Organe beklagen die Verdoppelung der Zuckersteuer und wünschen, daß mehr für die Landwirtschaft getan werde. Dieses Knäuel der Interessentenwünsche, das wir angeführt haben, könnte also wirklich nicht zum Beweis dafür dienen, daß die Regierung sich auf einem falschen Wege befindet. Aber es ist doch mehr als das. Es ist die ernsthafte Kritik, die von den Deutschnationalen und Nationalsozialisten dahingehend geübt wird, daß untragbare Reparationen geleistet werden, während durch immer neue Notverordnungen das Volk zum Weißbluten gebracht wird, und es ist ferner die Forderung, daß eine durchgreifende Reichsreform, daß Reformen an Haupt und Gliedern vorgenommen werden. „Es ist falsch, wenn die Mitglieder des

Kabinetts die Notverordnung damit begründen, daß die Erhöhung der Steuern und die Kürzung der Leistungen für die Arbeitslosen der einzige Ausweg seien. Eine Regierung, die sich auf Kompromisse und Opfer verlegt, hat in der Welt keine Achtung. Man will von Deutschland mit Recht den Aufbau von Staat und Wirtschaft sehen. Gelingt der Aufbau, dann hat Deutschland Macht. Das Kabinett Brüning hat vor dieser Aufgabe versagt. Die nationale Opposition kann bald berufen sein, die Wunden zu heilen, die dieses Kabinett Deutschland geschlagen hat", so schreibt der „Tag", ein Blatt des deutschnationalen Parteiführers.

Die nationale Opposition, deren weiteres Anwachsen bei den Landtagswahlen in Oldenburg und Schaumburg-Lippe zum Ausdruck gekommen ist, bei denen die Nationalsozialisten ihre Stimmen gegenüber der Reichstagswahl stark vermehrten, die nationale Opposition, die sich auch auf dem Frontsoldatentag in Breslau, an dem 150.000 Stahlhelmer teilnahmen, bekundete, fordert jetzt die Einberufung des Reichstags, um die Notverordnung aufheben zu können. Noch läßt sich nicht übersehen, ob die Sozialdemokraten wie vor einem Monat einen solchen Antrag ablehnen werden. Auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Leipzig hat zwar die Parteiführung und mit ihr der Kurs einer Tolerierung der Regierung Brüning den Sieg davongetragen. Die Reichstagsfraktion der S. P. D. bekam ebenfalls freie Hand gegenüber der zu erwartenden Notverordnung. Nichts ist aber damit darüber gesagt, ob die S. P. D. in diesem Falle weiterhin der Regierung Gefolgschaft leistet. Die nächsten Tage werden darüber entscheiden. Dann wird man sehen können, ob die Regierung Brüning, so wie sie es fordert, bis zum Herbst ohne Parlament weiter regieren kann, oder ob der innerpolitische Kampf eine noch nicht vorauszusehende Wendung dadurch nimmt, daß der Reichstag die Notverordnung verwirft und damit das Kabinett zum Rücktritt oder zu einer noch größeren Unabhängigkeit vom Parlament zwingt.

Berlin, 8. Juni 1931 Georg Schröder

Umschau

Die Genfer Ratsverhandlungen und die Tagung der Europa-Kommission

Von † †

Genf, Ende Mai 1931

Der Völkerbundrat und die sog. Studienkommission für die europäische Union traten Mitte Mai gleichzeitig in Genf zusammen. Die Fragen, die in diesen beiden Organen des Völkerbundes zur Verhandlung gelangten, waren im großen die gleichen: die Sorge um die europäische Zukunft, die immer zwingender werdende Notwendigkeit, einen Ausweg aus der katastrophal sich zuspitzenden europäischen Wirtschaftslage zu finden und, darüber hinaus, die Grundlagen zu schaffen, auf denen eine neue europäische Gemeinschaft gebildet werden kann. Der Verlauf der Verhandlungen zeigte, daß heute noch keinerlei Ansatzpunkte zu einer generellen Lösung vorliegen, ja daß man nicht einmal den Mut und die Klarheit fand, die brennendsten europäischen Probleme der heutigen Notlage ernsthaft und

ehrlich zu erkennen und in Angriff zu nehmen. Die Verhandlungen des Rates und der Europa-Kommission waren fast ausschließlich von dem einen Thema, dem Kampf gegen das deutsch-österreichische Zollprotokoll beherrscht. Die Ausgangspunkte dieser Auseinandersetzung sind bekannt. Frankreich und vornehmlich die Tschechoslovakei erblicken in dem Plan der künftigen Zollunion zwischen Deutschland und Österreich den ersten, wenn auch verschleierten Schritt zum Anschluß, damit einen eklatanten Bruch der Friedensverträge, den Beginn eines unter deutschem Einfluß stehenden Mitteleuropa, die wirtschaftliche und politische Einkreisung der Tschechoslovakei.

Die Taktik, die zur Bekämpfung des Zollprotokolls eingeschlagen wurde, war seit der großen Kammerrede von Benesch bekannt. Das Protokoll sollte auf der einen Seite durch den Völkerbundrat für rechtlich und politisch unzulässig, für einen Bruch der internationalen Verpflichtungen Österreichs erklärt werden. Auf der anderen Seite sollten die von der französischen Presse laut angekündigten französischen Sanierungspläne der europäischen Wirtschaft das Zollprotokoll als eine inviduelle Regelung überflüssig und überholt erscheinen lassen. Dies Ziel ist bisher nicht erreicht worden. Wie zu erwarten war, setzte im Rat eine große politische Offensive gegen das Zollprotokoll ein. Briand, Benesch und Marinkowitsch erklärten das Protokoll für einen politischen Akt, für einen Bruch der Verträge, für eine Gefährdung der vom Völkerbund garantierten sog. „freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Völkern, von denen der Friede abhängt". Die Verhandlungen verliefen auf der Grundlage eines englischen Antrages, die rechtliche Zulässigkeit des Protokolls durch den Haager Gerichtshof prüfen zu lassen.

Die Haltung der deutschen Regierung stand bereits seit langem fest. Deutschland erklärte sich zu einer rechtlichen Prüfung der Frage bereit, lehnte aber jede politische Erörterung des Falles ab. Die gegensätzlichen Auffassungen stießen im Rat hart aufeinander. Schließlich fand man einen Kompromiß. Der Haager Gerichtshof wurde beauftragt, ein Rechtsgutachten darüber zu erstatten, wieweit der Vertrag von St. Germain und das bekannte Genfer Protokoll von 1922 durch das deutsch-österreichische Zollabkommen verletzt seien. Die österreichische Regierung erklärte sich bereit, bis zur endgültigen Entscheidung des Völkerbundrates die direkten Verhandlungen mit Berlin abzubrechen, somit den Plan vorläufig ruhen zu lassen.

Mit diesem Ausgang war auf deutscher und österreichischer Seite seit jeher gerechnet worden. Zu einem späteren Zeitpunkt wird vielleicht erst bekannt werden, welche Mittel des Druckes, der Überredung, der Versprechungen von der Gegenseite angewandt worden sind, um die österreichische Regierung zu dem zeitweiligen Abbruch der Verhandlungen mit der deutschen Regierung zu bewegen. Ein offener Kampf, eine Ablehnung dieser Forderung erschien Österreich bei den gegenwärtigen politischen Machtverhältnissen unmöglich. Die österreichische Regierung beugte sich und nahm das Kompromiß an. Die großen entscheidenden Gegensätze, die in dieser ohne Zweifel für Deutschland und Österreich geschichtlich entscheidenden Aktion zutage getreten waren, sind damit allerdings nur vertagt worden, die endgültige Entscheidung ist heute noch offen, der Ausgang ist ungewiß.

Die Folge des Kompromisses war zunächst nur eine weitere Verschärfung des Konflikts. Eine neue grundsätzliche politische Frage erhob sich. Frankreich und die der französischen Regierung assoziierten Mächte erhoben die Forderung auf die

alleinige Zuständigkeit des Völkerbundrates in dieser Frage, verlangten, daß der Rat unabhängig von dem Ausfall des Haager Gutachtens im September über die politische Auswirkung des Zollabkommens zu entscheiden haben solle. Das in Genf so oft gebrauchte Wort „menace de paix“ fiel von neuem. Auf deutscher Seite wurde diese Auffassung schroff abgelehnt. Dr. Curtius erklärte, er werde sich unter keinen Umständen als Friedensstörer vor irgendein internationales Forum ziehen lassen. Offen blieb jedoch, ob das Haager Gutachten die endgültige Entscheidung darstellt und als bindend für die Haltung des Rates anzusehen ist, — oder ob der Rat auf Grund seiner allgemeinen politischen Zuständigkeit den Fall im September unabhängig vom Haager Gutachten nach rein politischen Gesichtspunkten entscheiden kann. Ein Beschluß in dieser allerdings ganz entscheidenden Frage fand nicht statt. Der Beschluß des Rates spricht sich wohlweislich hierüber nicht aus. Machtfragen werden im Völkerbund nicht formuliert. Zweifellos wird um diesen Punkt im September der Kampf von neuem in aller Schärfe entbrennen. Die deutsche Delegation erklärte nach ihrer Rückkehr nach Berlin von neuem, eine politische Behandlung des Zollabkommens unter keinen Umständen mehr zulassen zu können, das Haager Gutachten müsse als die endgültige Regelung angesehen werden. In Paris wurde das Gegenteil behauptet, der Rat sei autonom, niemals an ein Haager Gutachten gebunden, frei in seinen Handlungen und Entschlüssen.

So stehen die Dinge heute. Anfang Juli tritt der Haager Gerichtshof zusammen, Ende August wird sein Urteil bekannt werden, Anfang September verhandelt der Rat von neuem über das deutsch-österreichische Zollprotokoll. Auf welchen Standpunkt der Haag sich stellen wird, ist ungewiß. Die Rechtslage wird auf deutscher Seite als einwandfrei, unzweifelhaft, undiskutierbar klar angesehen. Aber falls dem so ist, — wird der Haager Gerichtshof wirklich allein nach rechtlichen Gesichtspunkten urteilen, werden nicht die tiefgehenden politischen Interessen, die hierbei mit im Spiel sind, einen Einfluß auf seine Haltung ausüben, wird er nicht doch vielleicht Einflüssen machtpolitischer Natur unterliegen? — Fragen der Zukunft, die heute nicht zu entscheiden sind. Der Haager Gerichtshof ist heute nicht der, der er noch vor kurzem war. Die Neuwahlen im vorigen September haben gewisse Veränderungen gebracht, werden vielfach als eine Politisierung dieses höchsten Gerichtshofes der Welt empfunden, haben in der Öffentlichkeit Zweifel an der politischen Unantastbarkeit der Haager Urteile ausgelöst.

Ein trauriges Schauspiel der Zerrissenheit, der großen machtpolitischen Gegensätze und Kämpfe des heutigen Europa hat sich in Genf abgespielt. Der Kampf, der heute mit unerhörten Mitteln gegen das deutsch-österreichisch Zollabkommen geführt wird, ist weit mehr als ein Kampf um wirtschaftspolitische Geltung und Wirkungen, ist ein Kampf gegen den ersten großen Versuch des deutschen und österreichischen Volkes um Befreiung, um Ausweitung des Lebensraumes. Die innere Unwahrhaftigkeit der Genfer Friedensphraseologie offenbart sich hier in geradezu erschütternder Weise. Jahrelang ist auf den zahllosen großen Konferenzen in Genf, in den zahllosen Ausschußverhandlungen als einziger Ausweg aus der heutigen Notlage den Regierungen der Abschluß regionaler Wirtschaftsabkommen empfohlen worden, da sich alle Versuche zu einer generellen Lösung, zu einer generellen wirtschaftlichen Verständigung und Senkung der Zollmauern als aussichtslos erwiesen hatten. Die wirtschaftspolitischen Notwendigkeiten, die Deutschland und Öster-

reich zu diesem Schritt getrieben haben, sind unbestreitbar, können nicht geleugnet werden. Der Kampf geht aber jetzt lediglich um die starre, harte Aufrechterhaltung des in Versailles geschaffenen europäischen Machtsystems, und nur darum. In den bewegten Verhandlungen des Völkerbundrates war nichts davon zu spüren, daß es heute nicht mehr um die Vormachtstellung eines einzelnen Staates, sondern um das europäische Gesamtschicksal geht, daß unbedingt und unabweisbar Grundlagen einer gemeinsamen europäischen Rettung gefunden werden müssen, daß das Versailler System längst bereits überholt, in seinen Grundlagen erschüttert ist. Der große Wirtschaftsplan, den die französische Regierung der Europa-Kommission vorlegte, erwies sich als eine theoretische, unfruchtbare, praktisch undurchführbare Konstruktion, ohne Blut und Leben. Die Enttäuschung war allgemein groß. Was Frankreich der Europa-Kommission zur Rettung Europas empfahl, war weiter nichts als die Einsetzung einiger neuer Ausschüsse, einige neue Kommissionsberatungen über industrielle Kartelle, landwirtschaftliche Kredithilfe, Zollsenkung und Meistbegünstigung. lauter Themen, die bereits in zahllosen Genfer Gremien jahrelang erfolglos durchberaten worden sind. Die französischen Pläne erwiesen sich als ein rein taktisches Manöver der Torpedierung des deutsch-österreichischen Zollplanes, ohne irgendeine neue große Konzeption, ohne eine neue belebende Idee. Die großen Debatten im Rat und der Europa-Kommission verliefen damit ergebnislos. Ein Ausweg aus der immer katastrophaler sich zuspitzenden Notlage Europas ist nicht gefunden worden. Ferner denn je ist man heute von einer wahren europäischen Gemeinschaft.

Unter diesen Umständen war es nicht weiter erstaunlich, daß die Moskauer Delegation in Genf ein leichtes Spiel hatte. Ihr äußeres Auftreten war maßvoll, selbstsicher, zielbewußt In einer großen, trotz des miserablen Englisch äußerst geschickten Rede stellte Litvinov den europäischen Mächten bestimmte, festumrissene Forderungen. Die Moskauer Regierung sei zu einer praktischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit, falls grundsätzlich das Nebeneinanderbestehen verschiedener Wirtschaftssysteme anerkannt werde, jede Diskriminierung in der Behandlung sowjetrussischer Waren und Personen endgültig aufhöre, somit das politische und wirtschaftspolitische System Sowjetrußlands uneingeschränkt anerkannt werde. Darüber hinaus gab Litvinov eine Erklärung ab, deren Bedeutung nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Die Moskauer Regierung halte bedingslos am Kampf der Wirtschaftssysteme fest, werde kein Mittel unbenutzt lassen, um diesen Kampf zu Ende zu führen, es sei kein Zweifel möglich, welche Revolution schließlich siegen werde. Die Rede Litvinovs fand eine unerwartet günstige Aufnahme. Zahlreiche Außenminister, der polnische an der Spitze, beeilten sich, Sympathieerklärungen für die Moskauer Regierung abzugeben, lobten den gemäßigten Ton der Ausführungen Litvinovs, erklärten sich bereit, die sowjetrussischen Wünsche eingehend zu prüfen, und wiesen auf die Notwendigkeit der Kooperation mit Sowjetrußland hin. Sogar Henderson zeigte sich überraschend entgegenkommend und wohlwollend, lobte die verständigungsbereite Haltung der Moskauer und empfahl enge Zusammenarbeit. So haben die Moskauer diesmal zweifellos Erfolge zu verzeichnen. In den zahlreichen privaten Unterredungen zeigte sich Litvinov entgegenkommend, zu einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit bereit, versprach jedem kommende umfangreiche Industrieaufträge, neue Ankäufe, versicherte die

Danziger Vertreter der besonderen Sympathie und des Verständnisses seiner Regierung für die schwere Lage Danzigs. Besonderes Interesse zeigten die Moskauer Delegierten für Frankreich. In einer langen vertraulichen Unterredung forderte Litvinov von Briand Änderung der sowjetfeindlichen Haltung der französischen Presse, Beseitigung der Kontrolle der sowjetrussischen Handelsdelegation in Paris und Aufhebung der französischen Antidumpingmaßnahmen, versprach als Gegenleistung die Vergebung großer Aufträge an die französische Industrie. Auf französischer Seite wurden diese Annäherungsversuche zunächst recht kühl aufgenommen. Sarkastisch äußerte sich Briand über die Erklärung Litvinovs, in Sowjetrußland gebe es keine Arbeitslosen, die Moskauer Regierung verfüge daher über keine Experten für die Arbeitslosenfrage, müsse die Zusammenarbeit in dieser Frage daher ablehnen. Das Gesamtergebnis der Genfer Tagung war jedenfalls für Litvinov durchaus günstig. Von einer einheitlichen Haltung der europäischen Mächte gegenüber der bolschewistischen Propaganda war keine Rede, ebensowenig von einer europäischen Abwehrstellung gegenüber dem Kommunismus. Das wirtschaftliche Interesse, der „run“ nach sowjetrussischen Aufträgen dominierte und ließ alle anderen Sorgen und Bedenken verstummen. Erreicht hat Litvinov jedenfalls, daß die Moskauer Regierung nach Überwindung der Widerstände gewisser neutraler Staaten jetzt als vollberechtigtes, ja mitentscheidendes Glied der Europa-Kommission anerkannt worden ist und einen maßgebenden Platz in diesem Verband der europäischen Mächte erhalten hat.

Die übrigen Fragen, die im Völkerbundrat zur Verhandlung gelangten, traten hinter den großen Kämpfen um die Zollunion Deutschlands und Österreichs zurück. Die Abrüstungskonferenz wurde offiziell zum 2. Februar 1932 nach Genf einberufen, zum Präsidenten wurde einstimmig Henderson gewählt, die deutschen Vorschläge auf Veröffentlichung der heutigen Rüstungen wurden abgelehnt. Eine größere Debatte entwickelte sich im Rat um den Bericht der polnischen Regierung über die Maßnahmen zum Schutz der deutschen Minderheit in Oberschlesien. Die polnische Regierung hatte erwartet, daß ihr Bericht die im Januar begonnene große Debatte über Oberschlesien endgültig zum Abschluß bringen würde. Ein vom Völkerbundsekretariat angefertigter, vom japanischen Ratsmitglied vorgelegter Bericht stellte einen entscheidenden Fortschritt, Entspannung der Lage und allgemeine Beruhigung in Oberschlesien fest. Die deutsche Regierung lehnte jedoch — zum ersten Mal — den Bericht rundweg ab, verwies auf die verspätete Einreichung des Berichts, forderte neue Prüfung der Lage im September. Es kam zu einer bewegten, teils sogar recht scharfen Aussprache. Schließlich griff Henderson ein, offenbar durch das anmaßende Auftreten der polnischen Regierung verärgert und von dem Wunsch geleitet, einen günstigen Auftakt für die kommenden Verhandlungen in Chequers zu schaffen. Henderson setzte sich in einer für die englischen Methoden typischen rücksichtslosen Weise über die Forderungen des französischen und polnischen Ratsmitgliedes hinweg und erklärte den deutschen Vertagungsantrag für angenommen. Zunächst war damit die deutsche Forderung durchgedrungen. Das Oberschlesien-Problem, eines der unzähligen europäischen Minderheitenprobleme, bleibt damit weiter Programmpunkt des Völkerbundes. Wenigstens dies ist erreicht worden. Auch auf diesem Gebiet geht der Kampf weiter. Der Bericht, den die polnische Regierung dem Rat einreichte, bestätigte nur den bisherigen Eindruck, daß von den polnischen

Behörden in keiner Weise wirksame Maßnahmen zum Schutz der deutschen Minderheit ergriffen worden sind, daß die Beziehungen der Regierung zum Aufständischenverband keineswegs gelöst wurden und somit eine Erfüllung der im Januar vom Rat Polen auferlegten Verpflichtungen nicht vorliegt. Im September wird es nun Aufgabe der deutschen Regierung sein, im Rat den wahren Tatbestand klarzulegen und nötigenfalls neue zusätzliche Garantien für die deutsche Minderheit in Oberschlesien zu fordern. Die Oberschlesiendebatte hat jedenfalls von neuem das Minderheitenproblem und die Verpflichtungen des Völkerbundes gegenüber den Minderheiten in den Vordergrund gerückt. Dieses in seiner Tragweite nicht zu übersehende, in seiner Bedeutung für die Befriedung Europas entscheidende Problem ist vom Völkerbund bisher noch in keiner Weise gelöst worden. Die Behandlung der ukrainischen Frage, der zahllosen fortgesetzt eingehenden Beschwerden der einzelnen Minderheiten durch den Völkerbundrat wird von Tag zu Tag reformbedürftiger. Neben der Abrüstungsfrage wird gerade die Minderheitenfrage eines Tages entscheidend für das Schicksal, die Daseinsberechtigung und das Weiterbestehen des Völkerbundes werden. Die heutige Behandlung der Minderheiten im Völkerbund geht an der grundlegenden Erkenntnis vorüber, daß ohne eine Lösung des Minderheitenproblems, ohne einen wirksamen, gerechten und ständigen Schutz der Lebensinteressen der Minderheiten eine Befriedung Europas völlig undenkbar und ausgeschlossen ist und gerade die Minderheitenfrage Gefahrenherde einschließt, die eines Tages für den Völkerbund und für den europäischen Frieden verhängnisvoll werden können.

Buchbesprechung

Rußlandbücher

Die Baltische Rußlandarbeit

Auf Veranlassung des Internationalen Verbandes für Innere Mission und Diakonie gibt Pastor D Oskar Schabert in seinem unter demselben Titel erscheinenden Heft (Wichern-Verlag, Berlin-Spandau, 1931. 14 S.) einen kurzen Aufriß von der baltischen Rußlandarbeit, die unter seiner Leitung, unterstützt vom Internationalen Verbande für Innere Mission und Diakonie, seit 1929 besteht.

„Baltische Rußlandarbeit": klingt uns diese Wortverbindung nicht ganz selbstverständlich? Haben wir nicht schon immer auch für Rußland gekämpft, wenn wir gegen den russischen Geist kämpften? Heute ist es dasselbe, nur hat die Arbeit eindeutigere Ziele erhalten: für den körperlich und seelisch zugrunde gehenden Menschen in Rußland und gegen die von Rußland andrängende Gottlosigkeit, die die ganze Welt ergreifen will mit ruchloser Hand. Uns ist die Aufgabe gegeben, ein Bollwerk der Christenheit zu sein. Wir werden besonders heute auf diese geistige, universale Sendung gewiesen.

Welcher Art ist nun die „Baltische Rußlandarbeit"?

Sie zerfällt in vier Arbeitszweige:

1. „Der Russische Evangelische Pressedienst" (R. EV. P.) hat sich die Aufgabe gestellt, die Welt über die Verhältnisse und die entsetzliche Not in Rußland aufzuklären und für die Arbeit zu werben. Er benutzt nur originalrussische Quellen, für welche vor allem die Presse Rußlands in Betracht kommt. Es kostet unendliche Mühe, diese oft in Riesenformat erschei-

nenden und von der Moskauer Zentrale diktierten Zeitungen durchzuackern. Und doch muß es geschehen um der kleinen aufklärenden Notizen willen, die sich ab und an mal finden. In einer Beilage, dem sogenannten „grünen Blatt", veröffentlicht der R. EV. P. Briefe aus Rußland, in denen zwischen den Zeilen zu lesen steht, in welcher schier unausdenkbaren Not die Menschen dort leben. Gerade diese „Original-Nachrichten" haben schon viele Helfer aus allen evangelischen Ländern geworben. Neuerdings erscheint eine weitere Beilage, das „rosa Blatt", die über den organisatorischen Teil der „Baltischen Rußlandarbeit" berichtet.

II. „Die philanthropische Arbeit". Auch sie hat erfolgreich wirken können, obwohl ihr Schwierigkeiten im Wege stehen, mit denen ein im normal organisierten Staat lebender Mensch niemals rechnet. Herrscht doch in Rußland absolute Willkür. So darf z. B. in einigen Gegenden der einzelne sechsmal im Jahr etwas aus dem Auslande empfangen, in anderen zwölfmal; mal ist die Einfuhr von diesem Artikel verboten, mal von einem andern. Ein Mensch darf Päckchen empfangen, dem andern müssen sie unter Deckadresse zugesandt werden. Über alle diese unerklärlichen Vorschriften, die beständig geändert werden, muß man nun immer auf dem Laufenden sein; trotzdem sind die Gaben schon bis tief nach Sibirien hinein und in die Gefängnisse gedrungen und haben Kranke, Hungernde und Elende körperlich und seelisch gestärkt.

III. „Die defensive Evangelisation". Ihre Arbeit ist es, die an der russischen Grenze auf baltischem Gebiet lebenden Russen, ein armes Volk mit tiefem Bildungsstande, und daher der roten Propaganda sehr zugänglich, unter Beibehaltung ihrer Eigenart zu evangelisieren und in ihnen eine Schutzwehr gegen die bolschewistische Gottlosigkeit herauszubilden.

Sie leben in Dörfern, konfessionell und national von einander getrennt: im Süden die Weißrussen, im Norden die Großrussen. Konfessionell sind sie gespalten in Orthodoxe, Altgläubige, Eingläubige, Katholiken und Sektierer. Die Weißrussen, meist Katholiken, betrachten sich mehr als Polen, verachten jeden Russen und sind daher gegen den russischen Bolschewismus ziemlich immun. An ihnen kommt die baltische Arbeit erst in zweiter Linie in Betracht. Die Altgläubigen und Eingläubigen zeichnen sich durch Enthaltsamkeit und große Selbstgerechtigkeit aus. Sie halten starr an ihrer äußeren Religiosität fest und sind daher schwer zugänglich. Die Jugend der Altgläubigen allerdings hat durchaus auch für tiefere Religiosität Verständnis. Die Sektierer zeigen meist ein erschütternd niedriges geistiges Niveau. So leben z. B. einige in Frauen- und Gütergemeinschaft, stehen also dem Bolschewismus recht nah; andere erwarten einen Messias, der der Bauer Afanassi aus Leningrad sein soll.

Am leichtesten zugänglich und den Evangelischen am nächsten stehen die Orthodoxen, die die baltische Arbeit dankbar empfinden und mit deren Popen erfolgreich zusammen gearbeitet wird.

IV. „Die aggressive Evangelisation" wird an den Flößern geübt, die alljährlich aus Rußland kommend die Düna abwärts fahren. Sie sind außer den Kommissaren fast die einzigen, die die Ausreiseerlaubnis erhalten. Ihnen soll das Wort Gottes gebracht werden, damit sie rechte, starke Christen werden und ihren Glauben auch weiter in ihre Heimat verpflanzen.

Das religiöse Leben des Russen hat sich unter der bolschewistischen Herrschaft stark geändert. Seine Kirchen sind ihm genommen, die Reliquien und Heiligenbilder vernichtet, er hat nicht mehr die Möglichkeit, wie er es früher gewohnt

war, „am heiligen Ort vor dem geweihten Bilde" zu beten, und er muß es lernen, „Gott im Geist und in der Wahrheit anzubeten". Überhaupt hat der Bolschewismus mit manchen seiner gottfeindlichen Maßnahmen der Evangelisation geholfen: so hat er z. B., indem er mit äußerster Strenge das Analphabetentum bekämpfte, damit die Menschen „den Unsinn des Christenglaubens" erkennen sollten, der evangelisatorischen Arbeit einen Anknüpfungspunkt gegeben. Haben die Flößer lettischen Boden betreten, so gibt man ihnen eine Bibel in die Hand, in die sie sich während ihrer stillen Stunden, deren sich auf der oft wochenlangen Fahrt viele bieten, vertiefen können. Auch in religiösem Einzelgespräch wird ihnen das Wort nahe gebracht. Sie empfangen es mit Dankbarkeit, denn nach bisheriger Erfahrung waren nur 5% Gottlose unter den Flößern, alle andern suchende, fromme Menschen. Öffentliche Predigt für die Flößer ist nicht möglich, weil sie, erkenntlich an ihrer Tracht, von Spionen umgeben sind und für Beteiligung am Gottesdienst nach der Heimkehr schwer büßen müßten.

Die Arbeiter an diesem Werk bedürfen einer besonders vielseitigen Ausbildung: nicht nur die Sprache der Russen, ihre Art, ihre Geisteshaltung muß ihnen geläufig sein, auch mit der Dogmatik der russischen Kirche müssen sie vertraut sein, und die Fähigkeit, die Einwände der Bolschewisten zu schlagen, erfordert sehr genaue Kenntnis sowohl der Bibel, als auch der bolschewistischen Literatur.

Diese Ausbildung soll im Ost-Institut in Dorpat, das mit Hilfe des Internationalen Verbandes für Innere Mission und Diakonie erstehen wird, ermöglicht werden. N. B.

In Kampf und Todesnot. Die Tragödie des Rußlanddeutschtums. Von Johannes Schleuning. Verlag Bernard und Graefe, Berlin-Charlottenburg 1. Kart. 3,25, Leinen 4,5 RM.

Dieses Buch des Rußlanddeutschen, Pastor Johannes Schleuning, schildert aus eigenem Erleben heraus die Schicksale der deutschen Kolonisten in Rußland.

Vor dem Weltkrieg lebten in Rußland zwei Millionen deutscher Kolonisten als gleichberechtigte, ja sogar privilegierte russische Bürger, die von der Wehrpflicht befreit waren. Überall da, wo sie sich angesiedelt hatten, brachten sie das Land zu hoher Kultur und gelangten selbst zu Wohlstand. Der Krieg hat diese fleißigen Deutschen, die stets kaisertreu und Rußland gegenüber loyal waren, in unermeßliches Leid gestürzt.

Erschütternd ist, was Pastor Schleuning uns darüber berichtet. Der erste Teil seines Buches schildert, wie bei Ausbruch des Weltkrieges die deutschen Kolonisten in den Kampf gegen Deutschland haben ziehen müssen. Als deutsche Soldaten in der russischen Armee werden sie nicht als gleichberechtigt, sondern als Sklaven behandelt. Sie gelten von vornherein als Verräter und müssen sich die härtesten Maßregeln gefallen lassen. Kein Kolonistenprediger darf an die Front gehn. Die Daheimgebliebenen sind Gegenstand heftigster Verfolgungen, nur weil sie Deutsche sind. Tausende von Kolonisten werden von ihrem Grund und Boden vertrieben und gehen in Sibirien jämmerlich zugrunde. Häufig werden dabei ganze Familien auseinandergerissen: Kinder suchen ihre Eltern, Frauen ihre Männer. Das zurückgelassene Eigentum der Kolonisten fiel dem Staate anheim, d. h. es wurde die Komödie aufgeführt, daß man die Güter abschätzte und einen lächerlich geringen Preis in Wertpapieren dafür ansetzte, die erst nach 25 Jahren eingelöst werden sollten.

Die Märzrevolution von 1917 brachte für die deutschen Kolonisten einen Wendepunkt: sie konnten eine kurze Zeit lang

freier aufatmen und schlossen sich zu großen Verbänden zusammen.

Aber der bolschewistische Umsturz führte noch größeres Elend herbei; die Kolonien wurden von bolschewistischen Banden überfallen und ausgeraubt; man folterte Männer und Frauen auf bestialische Weise zu Tode. Jeder Kolonist wurde als „Kapitalist und Klassengegner" verfolgt. An nationale Arbeit war nicht mehr zu denken.

Dann trat wieder eine Atempause ein: die deutschen Truppen brachten den Kolonisten in der Ukraine und in Transkaukasien Rettung und Befreiung. Noch heute betrachten die Kolonisten den Tag des Einzugs der Deutschen als ihren größten Freudentag. Wieder begann deutscher Arbeitswille sich zu betätigen. Aber es kam der Friede, der deutsche Zusammenbruch; die deutschen Truppen mußten das Land verlassen, ohne sich weiter um die Schicksale der Kolonisten kümmern zu können. Wer das abziehende Heer begleiten konnte, der tat es; es waren aber nur verschwindend wenige dazu in der Lage. Für die Zurückbleibenden folgten Elend und Qualen, wie sie furchtbarer nicht erdacht werden könnten. Die Mißhandlungen spotteten jeder Beschreibung.

Denikin brachte mit seiner Freiwilligenarmee abermals eine kurze Zeit der Befreiung. Aber auch seine Sache war bald verloren. Mit der abziehenden Wrangelarmee konnten nur ein paar hundert deutsche Kolonisten eingeschifft werden. Trotz der Übermacht der Bolschewisten gelang es den Kolonisten, für kurze Zeit Odessa zu erobern. Es war eine stolze Heldentat. Sie spendeten Lebensmittel für das hungernde Volk; sie stellten Ruhe und Ordnung wieder her. Alles jubelte ihnen zu . . .

Im Jahre 1920 fällt Odessa wieder in die Hände der Bolschewisten zurück. Tausende deutscher Kolonisten werden hingerichtet, die übrigen von Haus und Hof vertrieben. Wer es nach längerer Zeit wagt, die Heimat wieder aufzusuchen, findet eine Verwüstung vor, die den Wiederaufbau fast unmöglich erscheinen läßt. Unter der Losung: „Raubt das Geraubte" war alles zugrunde gerichtet worden. Man nannte das „Enteignung".

Trotz allem begann die Aussaatfläche der Kolonisten wieder zu wachsen. Und als der Hunger im übrigen Rußland schon drohend sein Haupt erhob, erzielten die Wolgakolonisten noch zehn Millionen Pud (1 Pud = 32 ℔) Überschuß über den eigenen Bedarf. Der Wille zum Aufbau des Wirtschaftslebens ist ebenso mächtig, wie der Wille zum nationalen Aufbau. Die Autonomie wird den Kolonisten zwar offiziell zugesagt, aber es werden „Kommissariate für deutsche Angelegenheiten" gegründet, die in Wahrheit den Untergang des deutschen Volkstums bezwecken. Ohne die Genehmigung des Kommissariats darf nichts geschehen. Die wirtschaftliche Auflösung der Kolonien war die Folge dieser Verfügung. Kontributionen wurden rücksichtslos eingefordert: es mußte z. B. eine Kolonie auf einmal 1500 Schweine abschlachten und einliefern. Da aber die bolschewistischen Agenten nicht an das Salz zum Einsalzen gedacht hatten, so verdarb der ganze Vorrat. Das abgelieferte Korn blieb unter freiem Himmel liegen und keimte. Was aber nicht verdarb, blieb bei den Kommissaren stecken. Wer die vorgeschriebenen Abgaben nicht liefern konnte, kam zur Zwangsarbeit in die sibirischen Wälder. Eine Kontrollkommission nach der andern ging durch die Wirtschaften und nahm den Bauern alles fort. Auch Kleidung und Leibwäsche wurde „enteignet", so daß die Bevölkerung buchstäblich nackt zurückblieb, wo eine Kommission gewesen war. Heizmaterial und Licht gab es nicht mehr. Es fehlte an Pflügen, Eggen, Sensen

usw. Was von Zeit zu Zeit zur Verteilung an die Bevölkerung gelangen sollte, verschwand bei den Kommissaren.

Ebenso schlimm sah es mit dem Sanitäts- und Wohnungswesen — kurz auf jedem Gebiet aus. Die evangelische Kirche wurde noch härter verfolgt und bedroht, als die rechtgläubige, und viele Seelsorger zu Tode gefoltert. Fast sämtliche Kirchen in den Kolonien sind geschlossen worden.

Dann trat die unvermeidliche große Hungerkatastrophe ein, die gewaltsam und verbrecherisch heraufbeschworen worden war. Im Frühjahr 1921 konnten nur 9% der bereits verminderten Aussaat von 1917 ausgesät werden. Dazu kam noch die Mißernte des Jahres 1921. Es war ein grauenvolles Sterben. Das Buch bringt authentische Berichte von Augenzeugen, die Entsetzliches aussagen. Eine Flüchtlingswoge ergoß sich aus den Hungergebieten über Rußland. Die meisten dieser Armen kamen unterwegs um oder mußten umkehren, um zuhause zu sterben. Ganze Dörfer waren ausgestorben oder verlassen . . . Aber immer wieder gehen die deutschen Bauern an die Arbeit, ohne Viehbestände, ohne Wirtschaftsgeräte und Maschinen. Immer wieder glauben sie an die Möglichkeit des Wiederaufbaus. Männer spannen sich zusammen vor den Pflug, Nachbarn helfen sich untereinander.

Aber nun kommt der Kollektivierungstaumel; die Verfolgung der Bauern setzt mit fanatischer Grausamkeit ein. Die Tscheka (jetzt G. P. U.) verbreitet Furcht und Entsetzen. Die Individualwirtschaft soll Kollektivwirtschaft werden. Namentlich seit dem Jahre 1929 wird mit größter Rücksichtslosigkeit kollektiviert. Der russische Bauer findet sich immerhin leichter in dieses Los; er hat seit Jahrhunderten gelernt, zu leiden und zu ertragen. Der deutsche Bauer aber saß in Rußland schon vor 165 Jahren als freier Herr auf seinem Boden, um die Einöden des Reiches der Kultur zu erschließen. Grausamer noch sind jetzt die Zwangsmaßnahmen gegen ihn, als gegen den russischen „Kulak", und viel härter empfindet er sie. Die ganze Ernte wird weggesteuert, das Vieh enteignet, um den „freiwilligen" Eintritt in die Kollektivwirtschaften zu erzwingen. Verordnungen werden erlassen, die das Todesurteil für den Bauern bedeuten, der noch eine selbständige Wirtschaft hat.

Im Jahre 1929 setzte eine Massenflucht der Kolonisten ein, die einem elementaren Erhaltungstrieb folgten. Die Kunde von dem Elend der um Moskau lagernden Zehntausende von deutschen Bauern hat in Deutschland Widerhall gefunden. Die etwa 5—6000 Bauern, die endlich das Land verlassen durften, das ihnen zur Hölle geworden war, haben in Deutschland Hilfe gefunden, ehe man sie nach Kanada und Brasilien usw. weiterschicken mußte. Aber viele Tausende mußten umkehren, denn die Bolschewisten fürchteten eine Katastrophe für ihr Reich, wenn die vielen Zeugen der bolschewistischen Wirklichkeit ins Ausland kämen und die mühevolle Propagandaarbeit der Agenten zuschanden machten. Die Umkehr kam für die Zurückbleibenden einem Todesurteil gleich. Wer die Heimat wieder erreichte, wurde bestraft und zur Zwangsarbeit verurteilt. Die meisten aber wurden garnicht nachhause geschickt, sondern kamen zur Ansiedlung in unwirtliche Gegenden Sibiriens.

Der Vernichtungstaumel, der gegen die Kulaken tobt, wirkt sich am härtesten in den deutschen Kolonien aus.

Aber aus diesem Abgrund von Not und Elend leuchten uns ein Heldentum, eine Tiefe der Religiosität und eine seelische Größe entgegen, vor der wir uns in Ehrfurcht neigen müssen.

Der Verfasser des Buches war bei

Ausbruch des Weltkrieges Pfarrer in Tiflis und wurde von dort nach Sibirien verschickt. Nach der ersten russischen Revolution und dem Zusammenschluß der Kolonisten berief man ihn an die Spitze dieser Bewegung. Er hat den Bürgerkrieg und den Bolschewismus in seiner ganzen Härte durchlebt, und was er schreibt, ist aus lebendiger Erfahrung und Anschauung hervorgegangen.

Dem Buch sind erschütternde Dokumente angegliedert: Briefe, die in höchster Verzweiflung geschrieben wurden und die ungeheure Not zum Ausdruck bringen, die diese deutschen Volksstämme erleiden.

Soviel auch aus Sowetrußland nach Westeuropa herüberdringt von den beispiellosen Leiden, welche die Bolschewisten über Rußland und seine ganze vielstämmige Bevölkerung gebracht haben, so macht man sich hier dennoch kein rechtes Bild davon. Darum sei dieses Buch den Deutschen besonders ans Herz gelegt, denn es handelt von der Not deutscher Brüder, die von jeher in Liebe und Verehrung an ihrem Mutterlande hingen, das von ihnen nichts wußte und manchmal wohl auch nichts wissen wollte. Und es waren doch vor dem Kriege zwei Millionen Stammesgenossen, auf die das Mutterland stolz sein konnte, wie es heute nicht weniger stolz sein kann auf das heldenmütig ringende deutsche Häuflein in der bolschewistischen Hölle . . . K.

Brunowski, Wladimir: „In Sowjetkerkern". Erlebnisse eines ehemaligen Sowjetfunktionärs. Aus dem Russischen übersetzt von R. v. Campenhausen. Union Deutsche Verlagsgesellschaft Stuttgart. 206 Seiten.

In der Einleitung teilt der Verfasser mit, daß er die Absicht habe, „schlicht und ohne alles literarische Beiwerk zu erzählen, was er in den vier Jahren seines Aufenthalts in kommunistischen Gefängnissen erlebt, gesehen und erfahren habe". Es gibt heute bereits eine Fülle von Schilderungen auf diesem Gebiet, unter denen die „Tscheka" von Popoff immer noch die beste sein dürfte. Man wagt sich daher nur mit Zweifeln an dieses Buch heran und wird doch sehr bald von der Schilderung gefangengenommen. Denn es handelt sich hier nicht um einen „Burshui", einen Angehörigen der bürgerlichen Schicht, der gefangengesetzt, gepeinigt und gefoltert wird und der darauf mit einem schnellen Nervenzusammenbruch und nachfolgender Stumpfheit oder mit einer religiösen Entrücktheit reagiert, sondern um einen robusten, nervenstarken und der revolutionären Welt angehörenden Agronomen, nicht-russischer Herkunft, der durch vier Jahre unter Aufbietung aller physischen und geistigen Kräfte seine Widerstandsfähigkeit lebendig zu erhalten sucht und schließlich Sowetrußland als „Sieger" verlassen kann. Der Verfasser, der die Stelle eines Agronomen in Südrußland bekleidete, begrüßte die Nachricht von der Februarrevolution „mit unaussprechlicher Freude" und übersiedelte im Herbst 1917 nach Petersburg, wo er im Verpflegungskomitee tätig war. „Im Frühjahr 1918 werde ich unerwartet ins Smolny-Institut berufen, wo ich zum ersten Mal Trotzky begegnete, der mir das Anerbieten macht, mich an die Spitze der Organisation zur rationellen Ausnutzung sämtlicher konfiszierter Güter und sonstiger Liegenschaften zu stellen." Ein überraschendes Angebot, mit dem die eigentliche Laufbahn Brunowskis beginnt, der in der späteren Zeit eine Reihe von verantwortungsvollen Posten auf dem Gebiet des Verpflegungswesens an verschiedenen Fronten des Bürgerkrieges bekleidet. Ein „Affairist", wie sie zu Tausenden durch die Revolution an die Oberfläche geschwemmt wurden. Ein vielgewandter und nervenstarker Mann, der nie den Kopf verliert, immer einen Ausweg

findet und sich trotz seiner Mitarbeit im Sovetsystem dauernd auf dem Kriegsfuß mit den bolschewistischen Machthabern befindet und ihnen öffentlich scharfe Briefe schreibt. 1923, als er die damals beste Konjunktur, die Mitarbeit an einer ausländischen Delegation, wahrzunehmen wußte — natürlich auch hier auf kaufmännischem Gebiet —, wurde er von den Sovets verhaftet, gepeinigt, gequält, in einem üblichen Bluff-Gerichtsverfahren zum Tode verurteilt, von einem Gefängnis in das andere geschleppt und schließlich ausgetauscht und nach Lettland abgeschoben. Die Schilderung seiner Erlebnisse läßt erkennen, daß die mittelalterliche Folter, die früher die Körperlichkeit des Menschen peinigte, heute, den gewandelten Zeiten entsprechend, sich auf das Psychische, auf Seele und Nerven erstreckt und in vollem Umfange aufrechterhalten oder, richtiger gesagt, unter dem Sovetsystem wieder eingeführt worden ist.

Die Übersetzung von R. von Campenhausen ist leider nicht frei von Fehlern stilistischer Art.

Das geistige Leben der Ukraine in Vergangenheit und Gegenwart. Herausgegeben von Universitätsdozent Dr. V. Zaloziecky j (Deutschtum und Ausland, herausgegeben von Georg Schreiber, Heft 28/29). Münster, Aschendorff, 1930. V, 219 S., geh. Rm. 7.10, geb. Rm. 8.25.

Unter den Ostproblemen nimmt die ukrainische Frage eine hervorragende Stelle ein, weil sie noch eine Fülle von Entwicklungsmöglichkeiten in sich schließt und daher als einer der wesentlichsten Ansatzpunkte zu einer politischen Neugestaltung Osteuropas angesehen werden kann. Das vorliegende Buch, herausgegeben vom Universitätsdozenten Zaloziecky j, der den Lesern der Monatsschrift durch seinen im Aprilheft vorigen Jahres veröffentlichten Aufsatz über „die Ständeidee in Osteuropa" in guter Erinnerung sein dürfte, ist ein außerordentlich wertvoller Beitrag zu der umstrittenen Frage, ob das Ukrainertum eine selbständige, von Großrußland klar geschiedene Nation darstellt, oder ein nur dialektisch unterschiedlicher Teil des großen Ganzen ist. Die Frage wird einer Betrachtung in ihrem geschichtlichen Wandel unterworfen; die Betrachtung erstreckt sich auf Literatur, Theater, Kunst und Wissenschaft, Volkskunde und geistig-religiöse Strömungen. Die geistesgeschichtliche Einleitung, von Zaloziecky j selbst geschrieben, bietet einen geschichtlich nicht immer voll belegten, aber interessanten Überblick des Problems, um schließlich in der These zu gipfeln, daß die „Europäisierung Rußlands ohne den Anteil der Ukraine kaum denkbar gewesen wäre", da Rußland die geistigen und intellektuellen Voraussetzungen fehlten, so daß man nach diesen Kulturerrungenschaften greifen mußte, „welche einige Jahrhunderte früher in der Ukaine unter dem Einfluß der hier mehr einwirkenden abendländischen Strömungen sich gebildet haben und herangereift sind".

Nach Ansicht des Verfassers ist das in der Weise geschehen, daß im 17. und 18. Jahrhundert „die nordisch-großrussische Staatlichkeit der Ukraine aufoktroyiert, die ukrainische Kultur dagegen dem Norden aufgepflanzt wird". Wie weit diese These begründet werden kann, müssen wir offen lassen. Die Beweisführung des Sammelwerkes ist jedenfalls von Interesse, und die Tatsache, daß auf die Ukraine früher und stärker abendländische Einflüsse eingewirkt haben, als auf Rußland, dürfte unbestritten sein. Bis zu einem gewissen Grade ist das selbst heute noch der Fall. In diesem Zusammenhang sei auf das weitgehende Interesse verwiesen, das die katholische Kirche an der Ukraine nimmt.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Reinhard Wittram

Der Rüstungsstand Sovetrußlands 1931

(Nach sovetrussischen Quellen)

Von Valentin von Wrede

I. Allgemeine Organisation

Die Wehrmacht Sovetrußlands besteht aus der Roten Armee der Arbeiter und Bauern, der Roten Flotte der Arbeiter und Bauern, den „Abteilungen zu besonderen Aufträgen" (untergeordnet dem O. G. P. U.), der Grenzwache und den Wachttruppen (Konvoi).

Die Rote Armee unterscheidet sich durch ihre Organisation, ihre Bestimmung und ihre Grundidee entscheidend von den Armeen anderer Staaten, welche ausschließlich den Zweck der nationalen Selbstverteidigung verfolgen. Die Rote Armee soll nach Ansicht ihrer Oberkommandierenden und nach Ansicht der Führer der Kommunistischen Partei die „Avantgarde des internationalen Proletariats" und die „Armee der Weltrevolution" sein.

Die Haupteigentümlichkeiten der Roten Armee sind folgende:

Die Armee trägt internationalen Charakter und Klassencharakter; sie ist ein Werkzeug des politischen Kampfes; sie ist von einem speziellen politischen Apparat durchsetzt, welcher imstande ist, die Armee nach den Wünschen und Zielen der Kommunistischen Partei zu lenken; sie besitzt die spezielle Eignung zum Bürgerkrieg und zur Unterstützung revolutionärer Bewegungen in anderen Staaten, hauptsächlich den Nachbarstaaten; ihre Organisation gründet sich auf eine verhältnismäßig glückliche Kombination zweier entgegengesetzter militärischer Systeme: des Systems der kleinen, aber hervorragend durchgebildeten Armee von Berufssoldaten (das typische Beispiel ist die deutsche Reichswehr) und des riesigen Volksheers mit Milizcharakter, des Systems des „Volkes in Waffen", wie in der französischen Armee.

Der halbwegs milizmäßige Charakter der Roten Armee steht in keinem Zusammenhang mit den Miliztheorien des Sozialismus. Im Gegenteil. Die Frage ihrer Organisation wurde ausschließlich vom Standpunkt der militärischen Zweckmäßigkeit und der finanziellen Möglichkeiten der U. S. S. R. gelöst und fand ihren Abschluß in

dem Gesetz über die allgemeine Dienstpflicht vom 18. September 1925, welches mit wenigen Abänderungen bis heute gilt.

Dieses Gesetz erweist sich zum Teil als Fortentwicklung des alten russischen Dienstpflichtgesetzes. Es ist nicht ohne Interesse, daß im Vergleich zur zarischen Zeit die früheren Vergünstigungen durch dieses Gesetz erheblich beschnitten sind; z. B. ist die Dienstpflicht neuerdings auch auf die Fremdvölker in den Randgebieten Rußlands ausgedehnt worden. Als Grundlage wurde eine territoriale Komplettierung eingeführt, aber in Anbetracht der Unmöglichkeit, die riesige Anzahl Einberufener — ca. 800,000 Mann jährlich — in den Kadres unterzubringen, wurde ein besonderes kadre-milizmäßiges System der Organisation geschaffen, mit dessen Hilfe die ganze werktätige Bevölkerung Rußlands eine gewisse militärische Ausbildung erhält.

Die Grundidee dieses Systems besteht darin, daß die einzelnen Teile der Armee in ihrer Organisation, der Anzahl der Angehörigen und der Ausbildungsstufe ganz verschieden sind. 40% der Infanterie und der leichten Artillerie, der größte Teil der Kavallerie, die ganze schwere Artillerie und fast alle Genie- und Spezialtruppen gehören zu den Kadreformationen des allgemeingültigen Typs, welche in zweijähriger Dienstzeit eine vollständige militärische Ausbildung geben. Der Rest der Infanterie und ein Teil der Kavallerie gehört zu den sog. „Territorialen Armeen" und hat Milizcharakter.

In diesen Territorialarmeen wird die Hauptmasse der Einberufenen ausgebildet. Ihre Ausbildung erstreckt sich auf nur 8 bis 12 Monate, verteilt auf 5 Jahre, beschränkt sich also faktisch auf kurze jährliche Übungen, welche je nach der Waffengattung je 1 bis 3 Monate dauern.

Außerdem gibt es in Sovetrußland noch eine Ausbildung außerhalb der Armee, für einige Kategorien von Einberufenen, welche die Ausbildung in der Front nicht mitmachen, und eine für alle Werktätigen zwangsmäßige militärische Vorbereitungszeit vor der eigentlichen Einberufung, zu welcher die ganze männliche Jugend, sobald sie das 19. Lebensjahr erreicht hat, herangezogen wird. Diese Vorbereitungszeit erstreckt sich auf je einen Monat in zwei Jahren und dient zur physischen und politischen Vorbereitung der Rekruten.

Der allgemeine Einberufungstermin ist das 21. Lebensjahr, vom 19.—21. Jahr Vorbereitung, vom 21.—26. Jahr aktiver Dienst und vom 26.—41. Jahr Reserve.

Auf diese Weise erhält fast die ganze Bevölkerung Sovetrußlands eine militärische Ausbildung, verbringt aber nur eine unbedeutende

Spanne der im Gesetz von 1925 vorgesehenen fünfjährigen aktiven Dienstzeit tatsächlich unter der Fahne. Natürlich kann auf diese Weise der größte Teil der Einberufenen sich nur die dürftigsten militärischen Kenntnisse zu eigen machen.

Dieses Ausbildungssystem hat natürlich eine Reihe von Nachteilen, welche die Kommandostellen auch in Betracht ziehen, ist aber trotzdem augenblicklich das einzig mögliche, da jedes andere System um ein Vielfaches größere Ausgaben verursachen würde. Wenn man z. B. dem ganzen Kontingent der Einberufenen die volle militärische Ausbildung zuteil werden lassen wollte, so müßte Sovetrußland jährlich anderthalb Millionen Menschen unterm Gewehr halten.

Um die militärische Vorbereitung und Ausbildung der Bevölkerung zu vertiefen, hat man eine spezielle Gesellschaft gegründet — den „Osoaviochim", entstanden aus der Verschmelzung der „Gesellschaft zur Unterstützung des Schutzes der S. S. S. R." und des „Aviochim". Der Osoaviochim gehört nicht zur Armee, arbeitet aber mit ihr parallel an der nationalen Verteidigung, indem er der Bevölkerung die ersten Grundbegriffe der militärischen Ausbildung beibringt und Tausende von Gruppen von Schützen, Fliegern, chemischen Truppen, Reitern bildet, die zu regulären militärischen Einheiten — Kompagnien, Bataillonen, Regimentern und Divisionen — zusammengeschlossen werden. So gibt es in Moskau ein „Regiment der jungen Freunde des Osoaviochim", eine „Division der Arbeiter des Osoaviochim", eine „Komsomolzen-Division des Osoaviochim", ungerechnet der kleineren Abteilungen.

Zu den Aufgaben des Osoaviochim gehört auch die Sammlung „freiwilliger" Beiträge zur Vergrößerung und Verstärkung der Flotte und Luftflotte, zum Bau von Flugzeugen, Tanks usw. Zur Illustration der „Freiwilligkeit" der Mitgliedsschaft des Osoaviochim kann die merkwürdige Tatsache dienen, daß vor einiger Zeit im Nowgorodschen Gouvernement die Behörden sich weigerten, Ehen auf dem Standesamt zu registrieren, wenn die Neuvermählten sich nicht als Mitglieder des Osoaviochim eintrugen und einen Rubel Beitrag zahlten. Ein solcher Druck von oben und die Energie des Komsomol haben dazu geführt, daß die Zahl der Mitglieder unentwegt wächst. Insbesondere in letzter Zeit ist die Mitgliederzahl sehr gestiegen — von 4 Millionen Ende November vorigen Jahres auf 9 Millionen im Frühling d. J. Allein im Petersburger Rayon hat sich die Zahl der Mitglieder nur im Februar d. J. um 200,000 vergrößert.

In die Rote Armee wie auch in die ihr beigeordneten militä-

rischen Formationen werden nur sog. „werktätige Elemente" aufgenommen. Die nicht werktätigen Elemente und Personen, die der bürgerlichen Rechte verlustig gegangen sind, unterliegen nicht der militärischen Einberufung, sondern werden zwangsweise in sog. Arbeitsbataillone eingereiht, die verschiedene Arbeiten auf den Fabriken, in den Kohlengruben, Wäldern usw. zu verrichten haben. Nach dem Sovetgesetz gehören zu den nicht werktätigen Elementen alle Mitglieder der Dynastie Romanov, Arbeitgeber, Leute, die von den Zinsen eines Kapitals, eines Immobilienbesitzes oder eines Unternehmens leben, Privathändler, Mitglieder der früheren Polizei, Angehörige der Weißen Armeen, Mönche und alle Geistlichen aller Religionen, Verrückte und vom Gericht Verurteilte.

Im Frieden sind zum Dienst in der Roten Armee zu ganz gleichen Bedingungen wie die Männer auch Frauen als Freiwillige zugelassen. Augenblicklich wird ein Projekt zur Einführung der allgemeinen Dienstpflicht auch für Frauen ausgearbeitet. Schon seit einigen Jahren steht den Frauen der Eintritt in eine Reihe von militärischen Schulen offen (Nachrichtendienst, Flieger, Verkehrstruppen, Topographie, Funker u. dgl., und seit diesem Jahr auch die Artillerieschule). Die Kriegsakademie haben bereits etwa 10 Frauen beendet; es sind dies Teilnehmerinnen des Bürgerkrieges, hauptsächlich solche, die in der Tscheka gedient haben; eine von ihnen nimmt jetzt einen wichtigen Posten in der Moskauer Division der OGPU ein.

II. Das Offizierskorps der Roten Armee

Das Offizierskorps der Roten Armee kann man in drei streng von einander geschiedene Gruppen teilen:

Offiziere der Zarenarmee, die zu 10 % im Gesamtkommandobestand vertreten sind. Sie betätigen sich meist als Instrukteure in den Kriegsschulen oder als Militärbeamte in den zentralen Armeeverwaltungsstellen.

Teilnehmer am Bürgerkriege. Ca. 30 % des gesamten Offiziersbestandes, meist Leute ohne höhere Bildung, in den meisten Fällen auch ohne jegliche speziell militärische Vorbildung.

Offiziere der eigentlichen Roten Armee, die ihre militärische Vorbildung in Sovetkriegsschulen genossen haben. Sie bilden ca. 60 % des Gesamtbestandes und ermangeln in erheblich höherem Maße als die Vorhergenannten jeder militärischen und allgemeinen Vorbildung.

Seit der gewaltsamen „Proletarisierung" und „Kommunisierung" des Kommandobestandes der Roten Armee und ebenso der Kriegs-

schulen ist das Niveau des Offiziersstandes der Armee in Bezug auf allgemeine und militärische Bildung niedriger als das fast aller übriger Armeen. Folgende Daten können hierfür als Beweis dienen:

Im Jahre 1929 hatten 90% der Kriegsschüler Sovetrußlands eine nur 2—4 jährige Schulvorbildung (Volksschulbildung), 9,5% Mittelschulbildung; 70% der aktiven Offiziere hatten in diesem Jahr außer ihrer militärischen Ausbildung nur Volksschulbildung. Das niedrige Allgemeinbildungsniveau und auch der Mangel an Spezialausbildung ist einer der wundesten Punkte im Ausbau der Roten Armee. Zugleich kann dies als eine der am schwersten zu überwindenden Schwierigkeiten auf dem Wege der Befestigung des Sovetregimes gelten, da diesem zuliebe bei der Besetzung der Offiziersposten kommunistische Parteimitglieder und Angehörige des Arbeiter- und Bauernstandes den Vorzug vor Mitgliedern anderer Stände mit höherer Vorbildung erhalten müssen. Die Interessen der Landesverteidigung müssen somit gegen reine Parteiinteressen zurücktreten. Maßgebend bei der Besetzung der Posten ist und bleibt nur die Ergebenheit den jetzigen Machthabern gegenüber. Ungeachtet der Schädigungen, die die Armee hierdurch erleidet, wird die Proletarisierung des Kommandobestandes energisch fortgesetzt: 1927 waren 19,3% des Offizierskorps der Roten Armee aus dem Arbeiterstande gebürtig, 1930 bereits 29,9%. In den Kriegsschulen stammten 1928 59% der Schüler aus dem Arbeiterstande, 1930 bereits 66,2%. Aus der Bauernschaft kamen 1927 57% Offiziere, 1930 56%, woraus ersichtlich ist, daß der Prozentsatz für diesen Stand nur geringen Schwankungen unterliegt. Schon von 1927 an ist die Tendenz deutlich bemerkbar, städtisches Proletariat bei der Einberufung in die Rote Armee zu bevorzugen. 1927 entstammten 6% der in diesem Jahre neu Einberufenen dem städtischen Arbeiterproletariat, während 88,8% aus dem Bauernstande kamen; 1929 war der Prozentsatz der Arbeiter auf 24,3% gestiegen, der Prozentsatz der Bauern auf 60% gesunken. 1930 waren es 26,9% Arbeiter und 57% Bauern. Es unterliegt keinem Zweifel, daß diese Tendenz weiterbesteht und daß die Bevorzugung städtischen Proletariats bei der Auffüllung der Roten Armee umso entschiedener fortgesetzt werden wird, je mehr sich in den Reihen der Bauernschaft sovetfeindliche Stimmungen und Strömungen zeigen. Besonders klar zeichnet sich das bei der Rekrutierung der Schwarzmeerflotte ab, bei welcher heute 65% der Matrosen dem städtischen Arbeiterproletariat entnommen sind; ein ähnlich hoher

Prozentsatz (55 %) gilt für die in Moskau garnisonierten Truppen.

Interessant ist die niedrige Altershöchstgrenze für den aktiven Dienst. Für den mittleren Kommandobestand wird diese Grenze mit 40 Jahren erreicht, für den höheren mit 45 und für den höchsten mit 50. Jedoch bleibt eins der Hauptkriterien bei der Beförderung die Ergebenheit gegenüber den heutigen Führern, die Vertrautheit mit den kommunistischen Gedankengängen und die strikte Einhaltung der Stalinschen „Generallinie". In der Militärabteilung der OGPU, an deren Spitze der bekannte Tschekist Jagoda steht, werden spezielle Konduitenlisten geführt, in denen die eben genannten Momente besonders berücksichtigt werden. Die Genauigkeit in der Führung dieser Listen wird dadurch charakterisiert, daß eine Rubrik dem persönlichen und gesellschaftlichen Verkehr des Offiziers vorbehalten ist. Jeder Konduitenliste sind einige zu diesem Zwecke abgefangene Privatbriefe des Offiziers und an den Offizier im Original beigelegt. Besonders scharf ist die Kontrolle innerhalb der Kasernen und beim Zusammensein mit den Mannschaften. Jedes Wort und jede Handlung wird von besonders dazu beauftragten Personen registriert und den örtlichen Unterabteilungen der OGPU mitgeteilt, damit man die Gewißheit hat, daß keinerlei gegenrevolutionäre Äußerungen unbemerkt bleiben, damit aber auch vermieden werden kann, daß der Offizier bei den Mannschaften zu populär wird. Diese scharfe Kontrolle war in den ersten Jahren der Herrschaft des Bolschewismus vielleicht noch verständlich, da damals der größte Teil des Kommandobestandes der alten kaiserlichen Armee entstammte; jetzt dagegen wirkt sie umso seltsamer, als über 50 % des Roten Offizierskorps Mitglieder der Kommunistischen Partei sind. Vielleicht ein Beweis für die häufig gehörte Behauptung, daß die Machthaber auch der eigenen Partei nicht restlos vertrauen können. Außer der soeben geschilderten unterliegen die Offiziere noch der Kontrolle der kommunistischen „Zellen", deren es in jeder militärischen Einheit von der Kompagnie aufwärts je eine gibt. Als drittes Überwachungsorgan für Offiziere und Soldaten der Roten Armee fungiert die „PUR" (Politische Verwaltung der Roten Armee und Flotte). Dieses Verwaltungsorgan hat seine Abteilungen in jedem Wehrkreis und ihm unterstellte Kommissare in jeder militärischen Einheit. Es hat die Aufgabe, die politische Gesinnung aller Armeeangehörigen zu überwachen und für die zurzeit gewünschte politische Einstellung von Offizieren und Soldaten zu sorgen. Die Kommissare der PUR haben sich als politische Instrukteure für Soldaten und Rekruten zu betätigen, ferner die atheistische

Propaganda innerhalb der Armee zu führen und die „spontanen Willensäußerungen" der Armee vorzubereiten und zum Ausdruck zu bringen, so z. B. die Aufrufe zum verschärften Bearbeiten der Aussaat, Proteste gegen die Interventionisten, die Forderung, Gegenrevolutionäre mit dem Tode zu bestrafen, u. dgl. m.

Bis zum Jahre 1930 gab es in allen Teilen der Armee außer den militärischen Kommandeuren noch die ihnen den Machtbefugnissen nach fast gleichgestellten politischen Kommissare. Hierdurch war die Kommandogewalt nicht einheitlich, was natürlich zu dauernden Reibungen und Unzuträglichkeiten führte. 1930 wurde dann eine Vereinheitlichung geschaffen, so daß heute jedem militärischen Kommandeur auch die Pflichten des politischen Kommandeurs der ihm unterstellten Einheit obliegen. Diese Vereinheitlichung ist bis heute nur zu einem geringen Teil durchgeführt. Vom Einzelkommandeur wird die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei und die Absolvierung eines speziellen politischen Kurses verlangt. Zurzeit gibt es solcher Einzelkommandeure in höheren Kommandostellen ca. 100, doch steht das Anwachsen dieser Zahl zu erwarten. Die Schlagkraft der Roten Armee wird dadurch erheblich erhöht werden.

Die Kurse für theoretisches und praktisches militärisches Wissen in den Kriegsschulen dauern $3^1/_2$—4 Jahre, jedoch sind wegen des sehr niedrigen Allgemeinbildungsniveaus auch vielfach Vorlesungen nichtmilitärischen, allgemeinwissenschaftlichen Inhalts vorgesehen. Ein Vergleich der Lektionsprogramme der Sovetkriegsschulen mit denjenigen westeuropäischer Länder fällt für die Sovetschulen sehr ungünstig aus und läßt das sehr niedrige wissenschaftliche Niveau dieser Kurse erkennen. Hinzu kommt, daß sehr viel Zeit und Arbeit auf das Studium marxistischer Theorien verwandt wird. Sehr viel Aufmerksamkeit wird in den Kriegsschulen der Theorie, Strategie und Taktik des Bürgerkrieges und des Straßenkampfes gewidmet, und genau studiert wird die Geschichte der Oktoberrevolution.

Beginnend mit dem Jahre 1930 werden zur Erhöhung der politischen Sicherheit in die Kriegsschulen nur noch Soldaten der Roten Armee, welche von vorgesetzter Stelle besonders empfohlen werden, und Arbeiter, welche Empfehlungen ihres Werks- oder Ortskommissariats haben, aufgenommen.

Sovetrußland hat 7 Kriegsakademien und 152 Kriegsschulen, von denen 12 sog. Höhere Kriegsschulen sind.

III. Kampfstärke und Einrichtung der Roten Armee

Nach den offiziellen Daten der Sovetregierung beträgt die Stärke der Roten Armee nicht mehr als 562 000 Mann. Tatsächlich ist dieses aber nur die Stärke der Kadretruppen; wenn man die Territorialarmeen einrechnet, beziffert sich die bewaffnete Macht Sovetrußlands auf 1 050 000 Mann (ein Soldat auf ungefähr 130 Einwohner).

Der Waffengattung nach gliedert sich die Rote Armee wie folgt:

Infanterie

Es gibt im ganzen 87 Kadre- und 123 Territorial-Schützenregimenter, zu je dreien in 70 Divisionen zusammengefaßt (29 Kadre- und 41 Territorialdivisionen). Die Divisionen sind von 1—100 durcheinandernummeriert, mit unregelmäßigen Zwischenräumen. Außerdem gibt es noch ungefähr 100 einzelstehende territoriale Schützenbataillone und -kompagnien, welche nach ihrem Garnisonsort benannt werden.

Im Frieden beträgt die Stärke einer Kadredivision 8 500 Bajonette. Die Division besteht aus 3 Infanterieregimentern, einer Kavallerieschwadron, einer Pionierkompagnie, einer Verbindungskompagnie, einer Kompagnie Konvoi und einem Regiment leichte Artillerie von 3 Divisionen (6 Batterien dreizölliger Kanonen und 4 Batterien Haubitzen von 48 Linien).

Das Infanterieregiment besteht aus 3 Bataillonen zu 4 Kompagnien, wobei die erste Kompagnie jedes Bataillons mit 6 Maschinengewehren, einem Geschütz und einem Minenwerfer ausgerüstet ist, und einer Division der Regimentsartillerie, bestehend aus 2 Batterien zu 3 Geschützen. Außerdem hat jedes Regiment seine Unteroffiziersschule, einen Zug Gastruppen, einen Zug Kavallerie und ein Verbindungskommando. Im ganzen verfügt jedes Regiment über 3 Bataillone (12 Kompagnien), 3 Minenwerfer, 9 Geschütze und 90 Maschinengewehre (36 schwere und 54 leichte). Die Geschütze der Regimentsartillerie gehören ganz verschiedenen Systemen an, McLean, Rosenberg, Hotchkiß u. a.

Bis zum Herbst 1930 war die Anzahl der schweren Maschinengewehre in der Infanterie noch größer, aber auch jetzt nimmt die Rote Infanterie in Bezug auf die Anzahl der Maschinengewehre einen der ersten Plätze der Welt ein, wobei sowohl die schweren als auch die leichten Maschinengewehre nicht nur im Besitz der Bataillone und Kompagnien, sondern auch der kleineren taktischen Einheiten (wie z. B. des Zuges) sind.

Interessant ist, daß sowohl das Regiment, als auch das Bataillon Begleitartillerie hat.

Der größte Teil der Schützendivisionen gehört zum Bestande von 21 Armeekorps, welche zur Zeit des Bürgerkrieges und des polnischen Krieges noch nicht existierten. Ein Armeekorps besteht gewöhnlich aus 2—3 Schützendivisionen, einer Verbindungskompagnie, einem Pionierbataillon, einer Fliegerabteilung (6 Aufklärungsflugzeuge) und einem Regiment schwerer Artillerie von 2—3 Divisionen — 8 42-Linien-Geschütze und 12 6-zöllige Haubitzen. Zum Bestande der Armeekorps gehören verschiedene Divisionen sowohl des Territorialtyps, als auch des Kadretyps. Es gibt auch Armeekorps, welche nur aus Divisionen des einen Typs bestehen.

Kavallerie

Es gibt im ganzen 79 Kadre- und 18 Territorial-Kavallerieregimenter, außerdem eine Reihe fremdvölkischer Kavallerieabteilungen in verschiedener Stärke, so z. B. die burjätische Kavalleriedivision, die ossetinische u. a., und etwa 20 einzelne örtliche Kavallerieschwadronen.

Das Kavallerieregiment besteht aus 5 Schwadronen und zählt ungefähr 900 Säbel. Eine Schwadron ist die Maschinengewehrschwadron — 16 Maschinengewehre.

Die Kavallerie ist in 14 Kavalleriedivisionen zusammengefaßt (davon 3 territoriale) und 10 einzelnen Kavalleriebrigaden. Die Kavalleriedivision vereinigt 3—4 Regimenter, eine Feld-Artilleriedivision von 3 Batterien, eine Verbindungsschwadron, eine Pionierschwadron und eine Reserveschwadron, zusammen bis 4 000 Säbel; die Kavalleriebrigade — 3 Regimenter und die entsprechenden Halbschwadronen.

Ein Teil der Kavallerie gehört zum Bestande von 4 Kavallerie-Armeekorps zu 2 Divisionen. Zu jedem Korps gehören: eine Schwadron Pioniere, eine Verbindungsschwadron, eine Division Gebirgsartillerie, bestehend aus 2 Batterien, und eine Division Panzerkraftwagen — 9 Maschinen.

Artillerie

Man zählt im ganzen 700 Batterien Divisionsartillerie, 420 Batterien Regimentsartillerie, 120 Batterien Armeekorpsartillerie, etwa 70 Batterien Feldartillerie und über 150 Spezialbatterien — Zenithgeschütze, Lehrgeschütze, einzelne Abteilungen usw., im ganzen über 1 500 Batterien.

Die Geschütze gehören den allerverschiedensten Systemen an, von den kleinkalibrigsten bis zu 260-mm-Haubitzen. Besondere Aufmerksamkeit wird der Fliegerabwehr-Artillerie zugewandt — es gibt von ihr 5 Regimenter und außerdem 20—30 einzelne Batterien.

Außerdem gibt es noch Küstenschutz-Artillerie, die dem Oberkommando der Flotte unterstellt ist.

Technische Truppen

Außer den den einzelnen Divisionen und Korps zugeteilten Ingenieur- und Spezialabteilungen (Pioniere in einzelnen Kompagnien bezw. Bataillonen) bestehen komplette selbständige Regimenter und Bataillone: 15 Regimenter Verbindungs- und Nachrichtentruppen, 5 einzelne Bataillone desgl., 17 Radiobataillone, 10 Bataillone Train, 40 selbständige Kampagnien Train, 7 Pontonbrückenbau-Bataillone, 15 Regimenter Eisenbahner und 5 selbständige Bataillone desgl., 5 Auto- bezw. Motorrad-Regimenter und einige solche selbständige Kompagnien.

Panzerfahrzeugtruppen

Es gibt 60 Panzerzüge, die in 7 oder 8 Regimentern vereinigt sind, und mehr als 20 Panzerauto-Divisionen mit insgesamt ca 250 Panzerwagen. Die meistvertretenen Wagentypen sind Austin I und II, ferner Fiat und eine geringe Anzahl alter Renault und Benz. Bisher waren die Panzerwagendivisionen nur den Kavalleriekorps zugeteilt, es ist aber in Aussicht genommen, alle Kavalleriedivisionen und Infanteriekorps damit zu versehen.

Die Anzahl der Tanks wird nach Möglichkeit von Jahr zu Jahr vergrößert; im Augenblick dürften 120—140 vorhanden sein, die das erste Tankregiment, Garnison Moskau, und 10 einzelne Tankdivisionen bilden. Gegen 60% aller Tanks sind „russische" Renaults. Diese sind mit 37-mm-Geschützen und Maschinengewehren bestückt; die übrigen Tanks sind mit 3-zölligen Geschützen versehen.

Gastruppen

Die Rote Armee hat ca. 10 Gasregimenter, außerdem einige selbständige Bataillone und eine Reihe kleiner Einheiten dieser Truppengattung zur Verwendung der Gasangriffswaffe und der Vernebelung. Außerdem gibt es in allen Truppenteilen der Roten Armee einzelne Züge und Kommandos zur Verwendung der Gaswaffe. Es unterliegt natürlich gar keinem Zweifel, daß im Kriegsfalle die Rote Armee von Giftgasen den umfassendsten Gebrauch machen wird.

Luftwaffe

Infolge der außerordentlich seltenen Meldungen und Mitteilungen, die über die bolschewistische Luftwaffe nach Europa dringen, und des fast undurchdringlichen Geheimnisses, mit dem diese Waffe von den Bolschewisten umgeben wird, sind in Europa unter den Sachverständigen sehr auseinandergehende Ansichten über den Kampfwert dieser Waffe bei der Roten Armee vertreten. Von den einen wird dieser Waffe der Roten Armee sehr geringe Bedeutung beigemessen, während andererseits Schreckensmeldungen über das Vorhandensein von bald Zehntausenden von Flugzeugen, die in der Lage wären, in einer Nacht die Hauptstädte Europas zu zerstören, verbreitet und geglaubt werden. Die Wahrheit liegt in der Mitte.

Beim Beginn des Bürgerkrieges hatte die Luftwaffe der Sovetarmee praktisch aufgehört zu bestehen. Ganz wenige Fliegertruppen verfügten überhaupt noch über Flugzeuge, und diese waren veralteten Systems. Der Flugzeugbau ruhte völlig oder fast völlig; so wurden z. B. im Jahre 1922 43 Flugzeuge gebrauchsfertig gemacht (während z. B. 1916 in Rußland 1769 Flugzeuge gebaut worden waren). Anzahl und Zustand der Fliegertruppen ließ das meiste zu wünschen übrig. Die Situation wird am besten durch ein damals allgemein verbreitetes Scherzwort charakterisiert: „Parfüm und Fliegerei sind Gegenstände des Luxus". Erst mit dem Aufhören der Handelsblokkade und dem Anspinnen diplomatischer Beziehungen zu den westeuropäischen Staaten beginnt der Wiederaufbau der Luftflotte. Am meisten dazu beigetragen hat Deutschland. Deutscherseits wurde 1922 die Luftfahrtverbindung zwischen Berlin und Moskau hergestellt; vor allem aber wurde im Dorfe Fili bei Moskau auf Konzessionsbasis eine große Fabrik für Ganzmetallflugzeuge in Betrieb genommen, die von deutschen Ingenieuren geleitet und von fast ausschließlich deutschen Ingenieuren und Technikern fachlich bedient wurde. Bald darauf schritt die Sovetregierung zu umfangreichen Massenaufkäufen von Flugzeugen im Auslande. Gekauft wurden die Typen: Fokker in Holland, Martinside in England und Ansaldo und Savoya in Italien. Gleichzeitig wurden die größten Anstrengungen zur Wiederherstellung der eigenen Fabrikation und zur Vorbereitung und Ausarbeitung neuer Konstruktionen gemacht. Ihren „Prinzipien" folgend, begannen die Bolschewisten damit, Konstruktionszeichnungen abgestürzter oder beim Rückzug der Weißen Armee zurückgelassener Apparate ausländischer Konstruktionspatente herzustellen, ohne natürlich von den Patentinhabern eine Lizenz nachzusuchen. Die nach diesen

Zeichnungen angefertigten Apparate wurden als sovetrussische bezeichnet und unter den Marken R 1, R 2 und 6 in Betrieb genommen. Auf die gleiche sparsame Art und Weise gelangten die Bolschewisten zu Antriebsmotoren „eigener Konstruktion", die eine genaue Kopie der bekannten Flugzeugmotorenmarke Liberty darstellte. Erst 1925 erscheinen Flugzeuge tatsächlich eigener Sovetkonstruktion, deren Qualität von fachmännischer Seite als nicht besonders hoch bezeichnet wird. Gleichzeitig ist man bemüht, die Fliegertruppen zu vermehren und die Ausbildung zu vervollständigen. Die Zeitperiode von 1922—25 ist durch das tödliche Verunglücken einer sehr großen Anzahl von Fliegern und die Weigerung der Absolventen der Fliegerschulen, auf den vorhandenen Apparaten aufzusteigen, gekennzeichnet. Diese Fliegerschulen sind dann später durch deutsche Instrukteure grundlegend umgestaltet worden. 1925—26 verminderte sich die Anzahl der Unglücksfälle bereits merklich; im gleichen Jahr erscheinen Flugzeuge der Sovetkonstrukteure Kalinin und Tupolew, welche ausländischen Flugzeugmarken qualitativ nicht nachstehen. Zurzeit ist die Sovetflugzeuginduſtrie bereits in der Lage, die Bedürfnisse der Roten Armee voll zu decken; nur die Fabrikation von Wasserflugzeugen ist noch stark im Rückstande.

Anfang 1931 hatte die Rote Armee 1200—1300 kampffertige Flugzeuge, 2—300 Stück Reserveflugzeuge und 150—200 Apparate im Besitz des Osoaviochim. Die der Armee zur Verfügung stehenden Flugzeuge sind, nach Typen geteilt, zu 77 % Aufklärungsapparate, zu 15 % Zerstörer (Kampfflugzeuge), zu 8 % schwere Bombenflugzeuge. Die Maße dieser beiden letzten Typen sind ungefähr dreimal geringer gehalten, als beim entsprechenden Typus in Westeuropa. Die taktische Anfangseinheit der Roten Fliegerei bezeichnet sich als „Fliegerabteilung". Es folgt die größere Einheit der „Eskadrille", welche aus 3 Fliegerabteilungen zusammengestellt ist, und danach die „Fliegerbrigade", die aus 2—3 Eskadrillen besteht. Der Gesamtbestand ist: 10 Brigaden und 20 einzelne Abteilungen Aufklärungsflieger, in jeder 12 Flugzeuge; 3 Brigaden und 2 Abteilungen Kampfflugzeuge zu 9 Apparaten; 2 Bombenwerferbrigaden, eine Lehrbrigade und 17 einzelne Abteilungen Aufklärungsflieger zu je 6 Apparaten; diese sind den einzelnen Armeekorps zugeteilt. Insgesamt sind es also etwa 100 Abteilungen. Außerdem verfügt die Seefliegerei über 8 Abteilungen mit 50 Hydroplanen in der Ostsee. Diese Ostseefliegerei besteht aus 2 Eskadrillen Aufklärungstypen, 1 Eskadrille Kampfflugzeugen, 1 Eskadrille Schiffsapparaten, die vom Schiff aus

verwandt werden, 2 selbständigen Abteilungen in Petrosavodsk am Ladogasee auf den Namen des Karelischen Exekutivkomitees und einem Aviopark (Flugzeug- und Ersatzteillager). Die Schwarzmeerflotte verfügt über 3 Abteilungen (20—25 Hydroplane). Sodann gibt es noch 12 Fesselballondivisionen.

Bemerkenswert ist die große Anzahl der Fliegerschulen, wobei die zahlreichen Fliegerschulen, die vom Osoaviochim eingerichtet sind, nicht mitgezählt sind: die Fliegerakademie in Moskau, 5 Pilotenschulen, 5 Schulen für Motortechniker, eine Beobachterschule und eine Kampffliegerschule. In den letzten Monaten ist die Anzahl dieser Schulen noch gewachsen, da beabsichtigt ist, im Jahre 1931 15 000 Mann zur Fliegerei auszubilden.

Die Dislokation der sovetrussischen Fliegertruppen deutet darauf hin, daß der Flugwaffe gleich in den ersten Tagen des Krieges Aktivität vorgeschrieben ist. Die überwiegende Mehrzahl der Truppen ist in nächster Nähe der Grenzen stationiert. Besonders massiert erscheinen die Fliegertruppen in Weißrußland, der Ukraine, dem Kaukasus und Turkestan. Die Abteilungen im Kaukasus und in Turkestan sind zweifellos dazu bestimmt, gegen Indien und die Naphthafelder in Mossul verwandt zu werden. Hierauf weist das häufige Aufklärungsfliegen sovetrussischer Flieger in Afghanistan und Persien hin; ebenso dürfte die sehr starke Aufmerksamkeit, die sovetrussische Spione diesen Ländern widmen, in dieser Richtung zu deuten sein.

In den letzten zwei Jahren ist bei der weiteren Durchorganisierung der Roten Luftflotte der Einfluß italienischer Aviationsprogramme und -instruktionen zu bemerken.

Die Truppen der OGPU

Die Truppen der OGPU bilden einen detachierten Truppenteil innerhalb des Rahmens der Roten Armee. Sie sind dazu bestimmt, die Aufrechterhaltung des Sovetregimes zu gewährleisten, und unterstehen der Kommandogewalt des Gehilfen des Vorsitzenden der OGPU. Die Dienstzeit der Mannschaften in diesem ZbV-Truppenteil beträgt 2 Jahre. Die Komplettierung erfolgt teils durch Aufnahme von Freiwilligen, teils durch Einberufung, wobei fast ausschließlich Angehörige der Kommunistischen Partei und der jungkommunistischen Gruppen (Komsomol) angenommen werden. Diese ZbV-Truppen der OGPU sind etwas über 50 000 Mann stark und je einem Regiment jedes Wehrkreises zugeteilt, in Bataillonsstärke in größeren und in Kompagniestärke in kleineren Städten garnisoniert. Im Kriegsfall

bleiben diese Truppen in ihren Garnisonen. Die erste Division ZbV-Truppen ist in Moskau garnisoniert und mit einer Tank- und einer Panzerautoabteilung versehen.

Der OGPU ist auch die Grenzwache in Stärke von 75—100 000 Mann unterstellt. Auch diese Truppe wird vornehmlich nur aus Angehörigen der Kommunistischen Partei komplettiert. Zum Unterschiede von den ZbV-Truppen der OGPU zählt die Grenzwache zur aktiven Roten Armee und ist im Kriegsfalle dem Oberkommando der aktiven Armee unterstellt.

Zur Ausbildung für den Spezialdienst der ZbV-Truppen besteht eine Kriegsschule und eine zweite mit höherem Bildungsgang für die Grenzschutztruppe. Diese letzte entläßt ihre Zöglinge nach dem allgemeinen Reglement der Kriegsschulen der Roten Armee.

Konvoi-Wachttruppen

Nach ungefähr den gleichen Grundsätzen wie die ZbV-Truppe ist die Konvoi-Wachttruppe organisiert. Sie untersteht einem speziellen Kommando und einer speziellen Verwaltung, tut Dienst als Wache in Gefängnissen, Internierungslagern u. dgl. und stellt die Begleitmannschaften für Gefangenenzüge und Verschicktentransporte. Die Konvoi-Wachttruppe wird in einer numerischen Stärke bis zu 60 000 Mann gehalten. Sie ist in einzelnen Regimentern, Bataillonen und Abteilungen über das ganze Gebiet der USSR verteilt garnisoniert. Nur in Moskau befindet sich eine komplette Division. Besonders stark sind die Garnisonen der Konvoi-Wachttruppe im Kaukasus und in Sibirien.

Maschinengewehrabteilungen

Zurzeit wird eine spezielle Maschinengewehrtruppe formiert, die mit besonders starken, motorgetriebenen Beförderungsmitteln ausgerüstet wird. 5—6 Bataillone dieser Art sind bereits aufgestellt. In jedem solchen Bataillon sind 4 Kompagnien mit je 16 Maschinengewehren, eine Minenwerferkompagnie mit 12 58-mm-Minenwerfern und eine Batterie Artillerie mit 12 37-mm-Geschützen. Derartige Bataillone sind zu Ende des großen Krieges auch in Frankreich formiert worden. Die Truppe wird auf Traktorzugwagen in Marsch gesetzt.

Eisenbahn-, Fabrik- und Hafenwachttruppen

Außer den regulären Armeetruppenteilen gibt es in Sovetrußland noch Spezialtruppen zur Bewachung der Eisenbahnlinien, staatlicher Institutionen und Gebäude, für den Verkehr wichtiger Fluß-

läufe, Häfen und Fabrikanlagen. Alle diese Truppen werden komplettiert durch Kapitulanten der regulären Armee, welche freiwillig weiterdienen. Offiziell unterstehen sie den einzelnen einschlägigen Ressorts, stehen aber bezüglich der Bewaffnung, Ausbildung und Organisation den Kadres der regulären Roten Armee in nichts nach. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden diese Truppen im Kriegsfall auch in den Frontkämpfen eingesetzt werden.

Diese Truppen sind etwas über 150 000 Mann stark (ihre Zahl ist in der von mir eingangs angegebenen Gesamtstärke der Roten Armee nicht mitberücksichtigt worden). Formiert wurden sie 1927 anläßlich der massenhaften Attentate und Sprengungen sovetrussischer Institutionen, Fabriken u. dgl.

Die Versorgung dieser Truppe ist dem Sovetkommissariat für Wirtschaft (WSNCh) unterstellt.

IV. Verwaltung und Dislokation der Roten Armee

An der Spitze aller bewaffneten Kräfte Sovetrußlands steht der Volkskommissar für Kriegs- und Marineangelegenheiten (Woroschilov). Wie in allen anderen Volkskommissariaten, so ist auch ihm ein spezielles Kollegium zugesellt, hier „Revolutionärer Kriegsrat" genannt (Revvojensovet). Bestand: der Volkskommissar als Vorsitzender, 2 stellvertretende Vorsitzende und 8 Mitglieder.

In direkter Abhängigkeit vom Revvojensovet befindet sich der Hauptstab der RKKA (Roten Arbeiter- und Bauernarmee), der die Funktionen des Generalstabs ausübt.

Der Hauptstab der RKKA besteht aus folgenden Unterabteilungen: 1. Operativabteilung; 2. Information und Spionage (Abteilungsleiter der Lette Behrsin), mit 3 Spionageschulen — in Moskau für West- und Mitteleuropa (Chefinstrukteur z. Z. eine Frau), in Leningrad für Nordeuropa und das Baltikum und in Minsk für Polen und den Balkan; 3. Mobilisationsabteilung; 4. Verbindungsabteilung, Nachrichtentruppen ꝛc., Nachschub; 5. Spezialverwaltung der Motorisierung und Mechanisierung der Betriebe der Roten Armee.

Die Hauptverwaltung der RKKA bearbeitet die Personalfragen der Armee, Einberufungs- und Komplettierungsfragen, Kriegsstatistik u. dgl. Die Militärinspektion überwacht die Kriegsverwendungsfähigkeit, Ausbildung der einzelnen Waffengattungen. An der Spitze steht der Generalinspekteur der RKKA, zurzeit S. Kamenev. Kriegsindustrieverwaltung; Verwaltung der Kriegsschulen; Politische Hauptverwaltung; Militärärztliche und tierärztliche Verwaltung; Ver-

sorgungsamt; Militärkollegium des Obersten Gerichtshofes und die Hauptverwaltung der Luftflotte der RKKA, welcher auch die „zivile" Fliegerei in Sovetrußland unterstellt ist.

Das ganze Land ist in 8 Wehrkreise und 2 detachierte Armeen eingeteilt. An der Spitze jedes Wehrkreises steht der Wehrkreiskommandeur, neben ihm der Wehrkreisstab, der PUR, der Kofel des Wehrkreises, der Vorsteher des Versorgungsamts usw. Im Kriegsfall wird aus den Truppen eines Wehrkreises eine Armee gebildet.

Die Wehrkreise sind folgendermaßen verteilt:

Petersburger Wehrkreis: 6 Divisionen, davon 4 territoriale, und 1 Kavalleriedivision.

Weißrussischer Wehrkreis: 10 Divisionen, davon 5 territoriale, und 2,5 Kavalleriedivisionen.

Ukrainischer Wehrkreis: 17 Divisionen, davon 11 territoriale, und 5 Kavalleriedivisionen.

Nordkaukasischer Wehrkreis: 5 Divisionen, davon 3 territoriale, und 3 Kavalleriedivisionen.

Moskauer Wehrkreis: 10 territoriale Divisionen und 1,5 Kavalleriedivisionen.

Wolga-Wehrkreis: 5 territoriale Divisionen und 1 Kavalleriedivision.

Sibirischer Wehrkreis: 4 Divisionen, davon 2 territoriale.

Mittelasiatischer Wehrkreis: 3 Kadredivisionen und 2,5 Kavalleriedivisionen.

„Detachierte Armee des Fernen Ostens unter der Roten Fahne" (Otdelnaja Dalne-Vostotschnaja Krasnosnamenaja Armija)": 3 Kadredivisionen und 1 Kavalleriedivision.

„Kaukasische Armee unter der Roten Fahne" (Kavkaskaja Krasnosnamenaja Armija): 7 Kadredivisionen und 0,5 Kavalleriedivision.

Daraus geht hervor, daß zwei innere Wehrkreise, der Moskauer und der Wolga-Wehrkreis, nur mit territorialen Truppenteilen belegt sind, während die Hälfte der Kadredivisionen in den entfernten Randgebieten untergebracht ist — in Transkaukasien, Sibirien und Turkestan.

Wenn man die Erfahrungen des Weltkriegs in Betracht zieht und ebenso die Entfernungen, muß man annehmen, daß im Kriegsfall die Bolschewisten auf dem Meridian des Dnjepr am 10. Tage der Mobilisation 33 Infanteriedivisionen und 8 Kavalleriedivisionen zusammenziehen können; am 15. Tage 43—44 Infanteriedivisionen und 8 Kavalleriedivisionen; am 25. Tage 48—50 Infanteriedivisionen und 9—12 Kavalleriedivisionen, je nach der Kriegsbereitschaft der

Truppen des nordkaukasischen Wehrkreises. Diese ganze Berechnung stimmt aber nur unter der unwahrscheinlichen Bedingung, daß die territorialen Divisionen nur 10 Tage später als die Kadredivisionen fertig mobilisiert sind und daß die ganze Mobilisation ohne Bauernaufstände u. dgl. vor sich geht.

Zur Beschleunigung des Herüberwerfens von Truppen an die polnische Grenze baut die Sovetregierung in Weißrußland mehrere strategische Eisenbahnen und Manöverlinien. Aber man wird immerhin annehmen müssen, daß die Bolschewisten in den ersten Wochen des Krieges nur die Möglichkeit haben werden, die Kavallerie und die Flieger in Aktion zu versetzen, bei einer nur sehr bescheidenen Unterstützung durch die Infanterie.

Soviel davon bekannt geworden ist, sehen die sovetrussischen Kriegspläne einen Schlag auf die Stelle vor, wo die Grenzen von Polen und Rumänien sich berühren, und einen Marsch auf Warschau von Süden her, durch Galizien. Diese Annahme wird bis zu einem gewissen Grade unterstützt durch die starke Massierung von Kavallerie und Infanterie in der Ukraine.

Die Freidenker- und Gottlosenbewegung in Deutschland

Von Alexander Zoege von Manteuffel

Der Kampf, der heute in Deutschland ausgetragen wird, ist mehr als ein politischer oder wirtschaftlicher Kampf; es ist ein Geisteskampf, ein Kampf zweier Weltanschauungen und Lebenswertungen, der Kampf des marxistischen Kommunismus gegen unsere Kultur. Die Zeit der Barrikadenkämpfe ist vorüber. Moskau erkannte, daß mit dieser Taktik nichts zu erreichen war. Das deutsche Volk war innerlich für das System nicht reif, bedurfte planmäßiger und zielbewußter Vorbereitung. Diese Vorbereitung, die in der Einheitsfront-Taktik der Kommunisten zum Ausdruck kommt, hat die Zerstörung und Vernichtung unserer Kultur zum Ziele. Der Kommunismus kennt keine allgemeingültigen Normen der Moral, keine höheren Geisteswerte und keine ewigen Ideale. Er muß und kann sich in diesem Kampfe nur auf das Proletariat stützen, daher ist es seine wichtigste Aufgabe, das Proletariat für sich zu gewinnen. Die Begehrlichkeit der Massen wird geweckt, Unzufriedenheiten werden ausgenützt, Bedürfnisse dem

Proletariat suggeriert, die es vorher nicht kannte. Dank diesem systematischen Wühlen beginnen die kommunistischen Ideen sogar auf dem Lande festen Fuß zu fassen und sich auszubreiten.

Es ist weniger unglaubwürdig als es klingt, wenn man die kulturzersetzende Tätigkeit der Kommunisten in Deutschland für ernster, die Aussichten der kulturzerstörenden Elemente relativ für größer ansieht, als in Rußland, das bereits dreizehn Jahre antichristlich und antibürgerlich regiert wird. Das Volk in Rußland war beim Ausbruch der Revolution nicht in dem Maße unterhöhlt, wie es in Deutschland heute der Fall ist. Die kommunistische Partei hat von 150 Millionen Einwohnern immer noch erst 2,3 Millionen Anhänger. Anders in Deutschland, wo die Kommunisten die drittstärkste Partei sind, wo Liberalismus, Freigeistigkeit und Sozialismus seit Jahren das Volk zersetzt und damit den Boden für den Kulturbolschewismus vorbereitet haben. Daß in diesem Kulturkampf der Kampf gegen Religion und Kirche im Vordergrunde steht, weil das Christentum das Bollwerk unserer Kultur ist, liegt auf der Hand. Die Entstehung und Entwicklung dieser antichristlichen Bewegung in Kürze zu schildern, ist der Zweck dieses Aufsatzes.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts begann sich innerhalb des deutschen Bürgertums eine freigeistige, atheistische Bewegung bemerkbar zu machen. Nach mehreren vergeblichen Versuchen, eine einheitliche Freidenkerorganisation zu schaffen, gründeten die Sozialdemokraten schließlich im Jahre 1906 den „Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung". Diese erste Freidenkerorganisation zählte, trotz anderer Fortschritte der Sozialdemokraten, im Jahre 1918 immer noch erst 6 000 Mitglieder. Bis zum Jahre 1930 wuchs aber die Zahl der Mitglieder auf 615 000. Der Verbandsvorsitzende Sievers hatte recht, wenn er im „Vorwärts" vom 28. April 1930 schrieb:

> „ . . . Man darf wohl sagen, daß es die demokratische Republik war, die die Voraussetzungen für die Ausbreitung der atheistischen Weltanschauung schuf . . . "

Die Spitzenorganisation aller Freidenkerverbände gipfelte in der „Internationale proletarischer Freidenker" (I. P. F.), die unter ihrem austro-marxistischen Vorsitzenden, Prof. Hartwig, in Wien ihren Sitz hatte. Die I. P. F. wurde im Jahre 1925 gegründet und umfaßte außer den sozialdemokratischen Freidenkerorganisationen nur noch den „Verband der Gottlosen", als russische Sektion, da außer in Ruß-

land damals keine anderen Freidenkerorganisationen auf kommunistischer Grundlage bestanden. Mit der Zeit entwickelte sich aber auch innerhalb der J. P. F. eine deutsche kommunistische Opposition, die eine immer regere Tätigkeit entfaltete. Diese Opposition forderte, zusammen mit dem „Verband der Gottlosen", von der Verbandsleitung eine energischere Bekämpfung von Religion und Kirche. Anfangs geduldet, wurde sie bald bekämpft. Zahlreiche Mitglieder der Opposition wurden ausgeschlossen. Gegen Ende des Jahres 1929 gründeten diese den „Verband proletarischer Freidenker", der im Jahre 1930 bereits 120 000 Mitglieder umfaßte. Neben dieser Organisation entstanden noch andere, so z. B. im Rheinland eine mit den Kommunisten sympathisierende, aber nicht von den Kommunisten beherrschte „Gesellschaft proletarischer Freidenker", die einige Tausend Mitglieder zählt. Außerdem sind Kommunisten, entsprechend den Befehlen der Einheitsfront-Taktik, im sozialdemokratischen Freidenkerverband als Opposition tätig.

Grundsätzlich unterscheiden sich die sozialdemokratischen und kommunistischen Freidenker nicht. Die sozialdemokratischen Freidenker verlangen von ihren Mitgliedern stets eine gewisse Vorsicht und eine Beachtung der Staatsgesetze in ihrer Werbearbeit. Sie bejahen den Staat und die Reichsverfassung, die ihnen auf Grund der Artikel 118 (Meinungsfreiheit in Wort, Schrift und Bild) und 137 (Gleichstellung aller Vereine zur Pflege einer Weltanschauung mit der christlichen Kirche) die Arbeitsmöglichkeit schafft. Sie sind bestrebt, die gleichen Körperschaftsrechte zu erlangen, wie sie den Religionsgemeinschaften zugesichert sind. Sie sind bereit, dafür dem Staat Opfer zu bringen. Aus diesem Grunde haben sie sich im vorigen Jahr den neuen Namen „Deutscher Freidenkerverband" zugelegt. Die Kommunisten dulden, ebenso wie im politischen und wirtschaftlichen Kampf, so auch hier keine Kompromisse. Sie wollen nicht, daß Christus, Marx und Lenin auf einer Stufe stehen, sondern daß Marx und Lenin als Alleinherrscher gelten. Wie stark der Einfluß der kommunistischen Opposition innerhalb der „Internationale proletarischer Freidenker" geworden war, beweist folgendes Ereignis:

Auf einer Tagung der „Internationale proletarischer Freidenker" im November 1930 in Bodenbach erwies es sich, daß die Delegierten Frankreichs, Belgiens, der Tschechoslowakei, der Schweiz, Polens und Rußlands die Mehrheit bildeten. Das Erscheinen deutscher Kommunisten hatten die Sozialdemokraten zu verhindern gewußt. Namens dieser Opposition erklärte der Führer der russischen Delegation, also

des „Verbandes der Gottlosen", die Verbandsleitung für ausgeschlossen und vollzog mit seinen Anhängern den Auszug aus dem Sitzungslokal. Am 19. Dezember 1930 veröffentlichte H. Meins, der Führer der deutschen kommunistischen Freidenker, im Auftrage der Exekutive der J. P. F. eine Erklärung, die den Tatsachen entsprechend feststellte, daß die J. P. F. nunmehr von Kommunisten beherrscht werde und daß die Exekutive nach Berlin übergeführt worden sei. Gleichzeitig wurden Gerüchte über die Entstehung einer „Internationale der Gottlosen" dementiert. Beziehungen zu Rußland wurden geleugnet, und die von sozialdemokratischer Seite verbreitete Behauptung, daß die J. P. F. von Sovetrußland finanziell unterstützt werde, wurde eine „bewußte und unverschämte Lüge" genannt. Dieses trifft auch insofern zu, als eine direkte Finanzierung der J. P. F. von Rußland her nicht stattfindet; es handelt sich lediglich um die Beiträge des „Verbandes der Gottlosen", die früher nach Wien gingen, jetzt, seit der Verlegung der Exekutive nach Berlin, in der Reichshauptstadt entrichtet werden.

Am 5. Januar 1931 fordert eine Resolution der (alten) J.P.F. (Hartwig, Sievers und Genossen) — als Antwort auf die kommunistische Erklärung — „alle der J. P. F. Wien Angeschlossenen auf, über die Spaltungsmanöver der Kommunisten zur Tagesordnung überzugehen und sich mit aller Kraft dem Kampf gegen den Kleriko-Faschismus zu widmen". Die sozialdemokratische Verbandsleitnng der J. P. F. beansprucht also den Namen „Internationale proletarischer Freidenker" für sich und will eine Klärung der Frage auf gerichtlichem Wege erwirken. Eine Schwierigkeit, die vorher überwunden werden muß, ist der Umstand, daß der Name J. P. F. nirgends eingetragen ist. — Es ist als sicher anzunehmen, daß die kommunistischen Frei denker aller Länder sich zu einer gemeinsamen Organisation zusammenschließen werden. Auch ist es nicht ausgeschlossen, daß der Sitz der Exekutive einer solchen Organisation nach Sovetrußland verlegt werden wird, wo derartige revolutionäre Organisationen am sichersten gedeihen können.

Wie schon ausgeführt wurde, unterscheiden sich die sozialdemokratischen und kommunistischen Freidenker grundsätzlich nicht. Um ein Beispiel anzuführen: es ist dasselbe, wenn die sozialdemokratische „Leipziger Volkszeitung" das Bild einer Bettlerin bringt, der ein Herr ein Almosen reicht, und dazu schreibt: „Da Beten nichts half, blieb auch ihr nur noch das Betteln", oder wenn die Kommunisten den Einsturz einer Kirchenkuppel während eines Gottesdienstes mit

der Bemerkung versehen: „Der liebe Gott hat geschlafen!" In beiden Fällen ist Gott nicht der, zu dessen Ruhm wir dienen, sondern der, welcher uns zu dienen und unsere irdischen Bedürfnisse zu erfüllen hat.

Der sozialdemokratische Kulturpolitiker Löwenstein bezeichnete es kürzlich als die Aufgabe, die Massen zu lehren, „diese Welt als ihr eigenes Werk anzusehen, die sie mit ihren eigenen Kräften verändern können". Die Sozialdemokratin Anna Siemsen bezeichnet die Religion als eine „gesellschaftliche Erscheinung". Die kommunistische „Proletarische Freidenkerstimme" vom August 1930 bringt einen Arbeiterkatechismus, in dem es heißt:

> „Du sollst Dein Kind nicht geistig verblöden lassen, sondern erlöse es vom Religionsunterricht. Kämpfe den guten Kampf des Glaubens um die Erlösung des Proletariats durch den Klassenkampf, denn Dein ist das Reich und die Kraft und die Herrlichkeit, wenn Du nur willst und kämpfst."

Während auf sozialdemokratischer Seite eine Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände besteht, die etwa 700 000 Mitglieder umfaßt, die in Hamburg bereits eine Auskunftstelle für weltliche Feiern unterhält und zu Ostern 1931 eine Schulungswoche für proletarische Feierngestaltung abhielt, besteht auf kommunistischer Seite eine ähnliche Zentralstelle, die „Kampfgemeinschaft gegen Kulturreaktion". Wie rege die Tätigkeit dieser Kampfgemeinschaft ist, beweist der Umstand, daß im Jahre 1929 in Berlin 1 Million Flugblätter von ihr verbreitet und 200 größere Versammlungen abgehalten wurden. Beide Gruppen veranstalten getrennte, dem Geiste nach aber völlig gleiche Jugendweihen, als Ersatz für kirchliche Firmung und Konfirmation. Die Ortsgruppen der kommunistischen Freidenkerverbände veranstalten revolutionäre Wettbewerbe und sind bemüht, in möglichst kurzer Zeit eine möglichst große Anzahl von Kirchenaustritten zu erzielen. Auf offener Straße, vor einem kommunistisch gesinnten Notar, werden durch geschickte Diskussionen, Plakate usw. Straßenpassanten zum sofortigen Kirchenaustritt geworben. Die KPD hat in letzter Zeit eine offene Antizentrumsabteilung beim Zentralkomitee errichtet. Diese Abteilung betätigte sich besonders aktiv bei den letzten Reichstagswahlen, im September 1930. Die antireligiöse Hetze nahm in solchem Umfange zu, daß selbst von den Kommunisten ein Eindämmen für nötig befunden wurde. Bereits im vorigen Sommer brachte die Zeitschrift der J.

P. F. „Der Atheist“ (Juli 1930) folgende Sätze des Freidenkerkommunisten Maslowski:

> „Der proletarischen Auffassung kommt es darauf an, auch die gläubigen Proletarier zunächst in eine einheitliche Klassenfront des unmittelbaren Klassenkampfes hineinzubringen. Das aber geschieht nicht durch Verletzung religiöser Gefühle und der damit verbundenen Erweckung des religiösen Fanatismus. Der Bedingtheit der Religiosität kann . . . am besten zuleibe gerückt werden durch gemeinsame praktische Kämpfe aller Proletarier, ohne Rücksicht auf die Religion, gegen den Kapitalismus.“

Klarer formuliert die Zeitschrift „Betrieb und Gewerkschaft“ (kommunistisch) vom Juli 1930 denselben Satz:

> „Wenn man in brüderlichem proletarischen Geiste mit einem ausgebeuteten katholischen Werktätigen spricht, wird ohne Zweifel der Erfolg nicht ausbleiben. Das letzte Bollwerk, die Zertrümmerung seiner religiösen Auffassung, kommt zuletzt . . . Hat man den christlichen Proletarier zum gemeinsamen Handeln und zur organisatorischen Tätigkeit gebracht (Einreihung in die Einheitsfrontorgane), dann wird man den neu gewonnenen Klassenkämpfer (auch) zum politischen Massenstreik bringen können“.

Im April d. J. erschien in einigen Tageszeitungen ein angebliches Rundschreiben der KPD, in welchem die Freidenker ermahnt wurden, sich nicht zu Agitationsmethoden verleiten zu lassen, die nur dem Interesse der Gegner dienen könnten. Grobe, taktlose Methoden müßten abstoßend wirken. Auch sei es nicht zweckmäßig, Freidenkerveranstaltungen unter dem Titel „Gottlosenabende“ durchzuführen. Anschließend daran brachte die kommunistische „Proletarische Freidenkerstimme“ vom Mai 1931 genaue Anweisungen für die Arbeit der Freidenker, unter der Überschrift: „Die neue Etappe revolutionärer atheistischer Propaganda“. Die Notverordnung sowie die verdoppelten Anstrengungen der kirchlichen und reaktionären Mächte bewiesen, daß es gelungen sei, Breschen in das Gebäude der Reaktion zu schlagen, sie forderten aber andererseits Rücksichtnahme in der Methodik der Propaganda auf die neuen Verhältnisse und größere Zweckmäßigkeit des Kräfteeinsatzes mit Rücksicht auf die wirtschaftliche und psychologische Struktur der Schichten, „an die wir neuerdings herangekommen sind“.

„Mit welchen Methoden der Agitation und Propaganda gewinnen wir christliche Arbeiter, Angestellte, Beamte, Kleingewerbetreibende und Bauern? . . . Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob man sich an klassenbewußte Arbeiter wendet . . . oder an christliche Arbeiter, an Bauern, an Angestelltenschichten und Kleingewerbetreibende, die noch tief befangen sind von einer Welt religiöser und bürgerlicher Vorstellungen.

Er sieht individuell, persönlich, nicht gesellschaftlich. Wir aber müssen ihn lehren, gesellschaftlich zu sehen und zu denken.

. . . Wir sind Atheisten und sagen damit, daß wir Kämpfer sind gegen die Kirchen als die Organisatoren der Unwissenheit und die Verbreiter des religiösen Unterbewußtseins, dieses wichtigen Hemmnisses revolutionärer, klassenmäßiger Organisierung.

. . . Beginnen beim Sein, beim Menschen, bei der Not des Angestellten, Beamten, Bauern, fortschreiten zum Elend des Standes, der Klasse, Fragen der Solidarität, des Klassenbewußtseins entwickeln, die Triebkräfte aufzeigen und nachweisen, wie sie sich darstellen im heuchlerischen Gewand der bürgerlich-religiösen, aufs Jenseits vertröstenden Ideologie des Kapitalismus. Am Schluß auf die Träger und Prediger des dritten und Jenseitsreiches dann mit Fingern deuten, ihre Rolle entlarven und auffordern zur einzigen Konsequenz, die doppelseitig ist: Heraus aus der Kirche, hinein in die revolutionären Organisationen!“

Daß der antireligiöse Kampf mit besonderer Vorsicht geführt werden müsse, hatte schon Friedrich Engels erkannt. Lenin schrieb im Jahre 1909:

„. . . Der Religion einen solchen Kampf ansagen, meint Engels, heißt ‚Bismarck selbst überbismarcken‘, d. h. die Dummheit des Bismarckschen ‚Kulturkampfes‘ wiederholen, des Kampfes, den Bismarck in den 70er Jahren gegen die deutsche katholische Partei, das ‚Zentrum‘, durch Polizeiverfolgungen des Katholizismus geführt hat. Durch diesen Kampf hat Bismarck bloß den kriegerischen Klerikalismus der katholischen Partei gefestigt . . . Engels verlangt von der Arbeiterpartei die Fähigkeit, geduldig an der Organisierung und Aufklärung des Proletariats zu arbeiten, einer Sache, die zum Absterben der Religion führt, ohne sich in die

Abenteuer des politischen Kampfes gegen die Religion zu stürzen."

Selbst in Sovetrußland, wo das sozialistische System mit brutaler Gewalt durchgeführt wird, mußte der Kampf gegen die Religion wenigstens zum Teil abgeschwächt, die Kampfesweise geändert werden.

Daß Organisieren und Instruieren nicht leere Theorie bleibt, beweisen die anwachsenden Mitgliederzahlen der Freidenkerverbände. In Berlin betrug die Zahl der Kirchenaustritte in den ersten Monaten 1930 rund 12 000, ein Fünftel der gesamten Kirchenaustritte des Jahres 1929, welches bereits seit 1918 einen Rekord brachte. Die rege Arbeit der Kommunisten hat zur Folge gehabt, daß ganze Gruppen sozialdemokratischer Freidenker zu dem „Verband proletarischer Freidenker" übergehen.

Am 13. Februar 1931 fand ein „Meeting der Gottlosen" statt, das als „Auftakt zum Generalangriff auf die christliche Kirche" gelten sollte.

Am 8. März wurde der Gründungstag des „Verbandes proletarischer Freidenker" gefeiert.

Anfang März d. J. wurde vor den Werkstoren des Bochumer Vereins von Kindern von etwa 13 Jahren ein Flugblatt „Christuskreuz und Hakenkreuz, Protest der Reichsarbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände an die preußische Regierung und den preußischen Landtag gegen den Vertrag mit der evangelischen Kirche" verteilt.

Vom 13. bis 15. März fand der 1. Reichskongreß der (kommunistischen) proletarischen Freidenker statt. Die Mitgliederzahl betrug am 1. März 1931 119 448, außer den im „Deutschen Freidenkerverband" tätigen Oppositionellen. 723 Ortsgruppen waren geschaffen worden. Im letzten Halbjahr hatten stattgefunden: 2957 öffentliche Veranstaltungen und 65 Funktionär-Schulungswochen mit 2130 Schülern. Durch den Ausbau der dissidentischen Fürsorge war es dem „Verband proletarischer Freidenker" gelungen, Einfluß auf dem Gebiete des Fürsorgewesens zu erhalten. Das Verbandsorgan der (neuen) J. P. F., die „Proletarische Freidenkerstimme", erschien in der Zeit vom 1. Februar 1930 bis zum 1. März 1931 in einer Gesamtauflage von 1,26 Millionen. 5,2 Millionen Flugblätter und Plakate und 270 000 Broschüren wurden verteilt.

Das Zentralorgan des (sozialdemokratischen) „Deutschen Freidenkerverbandes" erscheint seit dem 1. April 1931 zweimal monatlich gegen bisher einmal; die Auflage hat 437 000 Exemplare überschritten.

Diese wenigen Beispiele dürften genügen, um einen Einblick in die Ergebnisse der Tätigkeit der Freidenker zu gewähren.

Beide Freidenkergruppen suchen natürlich besonders die Jugend zu erfassen. Dem sozialdemokratischen „Bund der Freidenkerjugend" steht die kommunistische „Proletarische Freidenkerjugend" gegenüber. Neben diesen beiden Organisationen bestehen noch andere, die keine direkten Freidenkerorganisationen sind, in denen aber in erster Linie antireligiöse Propaganda getrieben wird. Alle marxistischen Jugendorganisationen wirken vor allem durch Veranstaltung von Kinderrepubliken oder Ferienlagern. Bekannt ist die Kinderrepublik Namedy, die im vorigen Jahr 500 Kinder erfaßte. Insgesamt dürfte die SPD im verflossenen Jahr gegen 3 000 Kinder unter ihrem Einfluß gehabt haben. Die Kommunisten haben schätzungsweise 10 000 Kinder durch den „Jungspartakusbund", die „Internationale Arbeiterhilfe" und durch Kinderheime der „Internationalen Arbeiterhilfe" und der „Roten Arbeiterhilfe" versorgt. Daß bei allen diesen Jugendveranstaltungen die Religionsverhetzung an erster Stelle steht, bewies eine Jugendausstellung in Berlin-Neukölln, wo ein Bild eines Soldaten mit einer Gasmaske gezeigt wurde, mit der Unterschrift: „Gott schuf den Menschen ihm zum Bilde". Der antireligiöse Charakter der Jugendorganisationen kommt aber besonders deutlich bei Jugendweihen zum Vorschein. „Was Ihr schafft, schafft Ihr nur als Ausgebeutete, im Fron des Ausbeuters, zu dessen Vergnügen. Es gibt nur eins, was Besserung, wie auch Befriedigung verspricht, der Klassenkampf, um die Welt zu erobern und eine neue zu schaffen!"

Im Zusammenhang mit den Jugendorganisationen muß an dieser Stelle auf die viel zu wenig beachtete Charitas der Marxisten hingewiesen werden. Gerade hier haben die Marxisten den Vorteil, den ihnen der Artikel 137 der Reichsverfassung bietet, besonders ausgenutzt. Unter Berufung auf diesen Artikel gelang es ihnen, direkte Subventionen für alle ihre charitativ aufgezogenen Organisationen zu erhalten. Auf sozialdemokratischer Seite besteht die „Arbeiterwohlfahrt", ein als harmloser Bestattungsverein aufgezogener „Volkswohlbund" mit 100 000 Mitgliedern, und die „Volksfürsorge", eine Versicherungsgesellschaft mit 117 Millionen Reichsmark Vermögen. Auf kommunistischer Seite besteht vorerst nur der „Reichsverband für dissidentische Fürsorge". Er betätigt sich bei der Vermittlung von Pflegestellen, Vormundschaften und wirkt mit bei der Jugendgerichthilfe, wie auch in der Schwangeren- und Trinkerfürsorge. Dieser „Reichsverband für dissidentische Fürsorge" ist also eine Art weltlicher

Seelsorger. Gerade die Charitas ist ein wichtiges Hilfsmittel der kommunistischen Agitation. Die Agitation stellt, im Gegensatz zur Propaganda, die auf die Errichtung des kommunistischen Staates und die Verwirklichung des Kollektivismus hinarbeitet, nur Tagesforderungen. Durch die Agitation soll eine möglichst große Zahl von Anhängern und Mitläufern geschaffen werden. Die Kommunisten wissen, womit sie die Massen am besten für sich gewinnen können — mit dem Appell an das Gemüt, an die Sentimentalität. Alle kommunistischen Organisationen, wie z. B. die „Liga für Menschenrechte", „Internationale Arbeiterhilfe", „Rote Arbeiterhilfe", der „Reichsverband für dissidentische Fürsorge" usw., bauen irgendwie auf die Ausbeutung der Sentimentalität auf. Die Charitas ist ihnen nur Mittel zum Zweck. Dies läßt sich am besten bei der „Internationalen Arbeiterfürsorge" nachweisen, die nicht Einzelfürsorge betreibt, sondern nur bei Streiks und Naturkatastrophen eingreift, aber auch regelmäßige Spielnachmittage für Kinder veranstaltet usw., wo die Kinder durch entsprechend geschulte Pflegerinnen betreut, d. h. verhetzt werden. Alle diese charitativen Organisationen, einschließlich der sozialdemokratischen, wollen nicht der Beseitigung der Not dienen, sondern lediglich für ihre Klasse und den Klassenkampf werben, besonders aber wollen sie dadurch der christlichen Charitas Abbruch tun, indem sie bestrebt sind, die Notleidenden der Kirche und dem Christentum zu entfremden.

Es soll noch darauf hingewiesen werden, daß damit die Kampfgebiete der Marxisten keineswegs erschöpft sind. Rechtswesen, Familie, Erziehung, Schule und Kunst werden systematisch zersetzt. Man denke nur an die Schauspiele „Cyancali" von Wolf, „Paragraph 218" von Crédé, „Brülle China", letzteres vom Moskauer Meyerhold-Theater auch in Deutschland mit großem Erfolg aufgeführt, u. a. m. und an ihre Massenwirkung, die durch packende Technik noch gesteigert wird. Und nur errinnert sei zuletzt an die täglich erneuerte Wirkung der marxistischen Tagespresse in dieser Richtung.

Das sterbende Zeitalter

Von Werner Giere

Die heutige Form politischen Lebens, der Parlamentarismus, ist eine wirtschaftlich-politische Interessenvertretung einiger parteimäßig zusammengefaßter, sich gegenseitig bekämpfender Gruppen. Er entspricht in dieser Form dem vom abendländischen Kulturkreise aus die ganze Erde erobernden formaldemokratischen Geiste.

Um die Entstehung dieses Geistes und die Möglichkeiten der Weiterentwicklung erkennen zu können, müssen wir zurückgehen bis zu einer Zeit, in der die politischen Lebensformen deutlicher als in unserem Zeitalter mit seiner fast zum Selbstzweck gewordenen Technisierung von der allgemeinen geistigen Entwicklung abhängig waren.

Unter diesem Gesichtspunkt bedeutet das vorige Jahrhundert den Kampf und schließlichen Siegeszug des liberalen Gedankengutes. Von den ursprünglichen Erscheinungsformen des Liberalismus ist jedoch heute so gut wie nichts mehr vorhanden. Das liegt an dem Zuge einer Entwicklung, deren unerbittliche Zwangsläufigkeit erst einem kleinen Teil unserer Zeitgenossen klargeworden ist.

Der äußere Gang ist in Kürze erzählbar: Der Altliberalismus vertrat den Grundsatz der Volksregierung durch gewählte Abgeordnete. Voraussetzung war die freie Meinungsäußerung. Die „bessere Meinung" sollte dann im Redekampf den Sieg davontragen, indem sich die Mehrheit von den dafür vorgebrachten Gründen überzeugen ließ. Das beste, ja fast ideale Abbild dieses Altliberalismus bietet das deutsche Parlament in der Frankfurter Paulskirche 1848. Aber auch hier lassen sich schon die Keime der künftigen Entwicklung erkennen. Die dogmatische Erstarrung im Kampfe der Meinungen und die anwachsende Zahl der Wähler, zu denen der Abgeordnete keine engere Fühlung mehr aufrechterhalten konnte, führte zu parteimäßiger Festlegung. Der einleuchtende Vorteil vor der früheren Bindungslosigkeit brachte dem Parteiwesen seinen unaufhaltsamen Siegeszug.

Damit war aber der eigentliche Liberalismus schon tot. Die Redefreiheit wurde zur Hemmungslosigkeit; auf der anderen Seite verschwand die Überzeugungsfreiheit zu Gunsten des parteigebundenen Dogmas. In jeder Hinsicht wurde die Qualität durch die Quantität ersetzt; der Liberalismus wurde zur Demokratie.

Die demokratischen Ideen wurden, gleichsam als patentierter Zeitgeist, zu einem Massenexportartikel. Die verschiedenartigsten Völker und Länder leben heute nach den gleichen Verfassungsgrundsätzen; sie beherrschen den weitaus größten Teil des Erdballes. Diese geistige Einstellung ist so stark, daß Revolutionen veranstaltet werden, um die Einführung demokratischer Verfassungen zu erzwingen, daß die im Weltkriege neugeschaffenen Staaten selbstverständlich zu solchen Verfassungen greifen mußten.

Diese Ausbreitung, ein bezeichnendes Merkmal für die fortschreitende Verflachung abendländischen Geistes, war nun für die Demokratie selbst am schädlichsten. Je länger, desto mehr wurden die von den Parteien aus Selbsterhaltungstrieb aufgebotenen Massen zum bloßen Stimmvieh herabgedrückt. Heute herrscht schon überwiegend die Formaldemokratie, ja vielfach auch schon die Korruptionsdemokratie, die dort eintreten muß, wo die Parteien, in einer gewissen Zwangsläufigkeit ihres Machtstrebens, über den Bereich des engeren parlamentarischen Lebens hinausstreben.

Die Verbindungslinien über die Demokratie hinaus zum Sozialismus sind im äußeren Entwicklungsgang vielfach gestört. Die Demokratie verteidigt ihre politischen Lebensformen auf das heftigste gegen ihre eigenen Folgerungen: den sozialistischen Staat. Der Bruch in der Linie der geistigen Entwicklung, der beim Eigentumsbegriff zu liegen scheint, hat sich gerade in der Nachkriegszeit als ein nur scheinbarer herausgestellt. Die sich vielfach durchsetzende „kalte Sozialisierung" mit den Mitteln und im Rahmen, ja vielfach auch mit dem Gedankengut des demokratischen Staates zeigt auf das schlagendste, daß die Gegensätze meist nur äußerlich-taktischer Art waren, nur durch den Kampf um die Staatsform zu ihrer Schärfe gelangend. Die Gleichheit der geistigen Grundhaltung wird auch ohne diesen äußeren Beleg noch zu zeigen sein.

Noch haben sich die äußeren Lebensformen des Sozialismus nicht durchgesetzt, und schon sehen wir die weitere Stufe in einem vollendet durchgeführten Beispiel vor uns: daß der Bolschewismus gegenüber dem Sozialismus nur einen Gradunterschied, eine größere Folgerichtigkeit aufweist, bedarf hier keiner näheren Ausführung.

Vom Liberalismus bis zum Bolschewismus ist ein weiter Weg. Im äußeren Ablauf ist die geradlinige Entwicklung nur in den ersten Stadien zu erkennen. Meist ist diese Entwicklung überdeckt von anderen Einflüssen mannigfachster Art. So erscheint die gezeigte Linie vielfältig gewandelt und abgebogen. Aber Einflüsse zeitlicher

und äußerlicher Art können auf die Dauer niemals eine Entwicklung verhindern, deren Fortschreiten in ihrer inneren Gesetzmäßigkeit begründet liegt.

Vom Liberalismus zum Bolschewismus führt ein gerader Weg. Der Bolschewismus ist weiter nichts als das furchtbar drohende Endglied einer Entwicklung, die das Abendland freiwillig beschritten hat. Es ist fast erschütternd zu sehen, wie gelegentlich schon vor Jahrzehnten beim Kampfe gegen den Liberalismus diese Entwicklung mehr vorausgeahnt als vorausgedacht worden ist. Aber auch heute noch sträubt sich unser nur der Gegenwart lebendes Zeitalter gegen diese Erkenntnis.

Ebensowenig wie mit äußeren Maßnahmen die Entwicklung aufzuhalten ist, ebensowenig ist ohne diese Erkenntnis und ohne eine gänzliche innere Umkehr das weitere Abgleiten auf der eingeschlagenen Bahn zu verhindern.

Worin liegt nun die innere Gemeinsamkeit aller Entwicklungsstufen, die innere Gesetzmäßigkeit der Entwicklung?

Unser liberales Zeitalter hat sich lange vorbereitet, schon seit dem Ausgang des Mittelalters. Die Aufklärungszeit brachte die geistig-dogmatische Grundlegung; die amerikanische und französische Revolution den Durchbruch in das äußere geschichtliche Geschehen.

Die französische Revolution brachte die Verkündung der ewigen Menschenrechte: Gleichheit, Freiheit, Sicherheit und Eigentum. Der Mensch, das Individuum und seine Rechte wurden damit einseitig in den Vordergrung gestellt.

Liberalismus und Individualismus sind untrennbar; das eine ohne das andere nicht denkbar.

Die Betonung des Individuums hat zwei Schwerpunkte, die Keime der späteren verhängnisvollen Entwicklung: das Sein des Menschen wird aus sich selbst heraus gesehen; die menschliche Vernunft wird zur höchsten Ordnungsmacht erhoben. Die dem Menschen gesetzten Grenzen werden verwischt oder niedergerissen, alle höheren Bindungen werden abgestreift; zwar nicht bewußt zunächst, aber unbewußt durch diesen Vernunftglauben. Das Individuum wurde zum Selbstzweck, das menschliche Schaffen ungebunden.

Zum andern wurde aber damit auch die Bindung der Menschen untereinander angetastet, die Gliederung der menschlichen Lebensformen. Familie, Volk, Staat, alle menschlichen Beziehungen überhaupt wurden umgedeutet. Statt eines Spiegelbildes höherer Ordnung wurden sie zu einer Versuchsbühne menschlicher Gedankenkunst-

stücke. Der Staat wurde zum contrat social; das Gottesgnadentum der Monarchie verlor im liberalisierten Zeitalter seinen Sinn und wurde lächerlich.

Diese Gedanken stecken als Kern in allen weiteren Entwicklungsstufen, bis zum Bolschewismus hin. Was sich darüber hinaus noch entwickelt hat, ist eine folgerichtige Weiterführung dieser Gedanken. Die Freiheit wurde mangels einer höheren Bindung als an den Menschen zur Hemmungslosigkeit; das Streben nach Vernunftgestaltung zum öden Rationalismus und zum Materialismus. Die abendländische Kultur verlor ihre Seele und ihren Sinn. Als sinnlose tote Maschinerie, zum Selbstzweck gestempelt, wütet heute die Zivilisation gegen alles, was noch an verstreuten Resten früherer Zeitalter übriggeblieben ist. Die Erkenntnis alles dessen, was das Abendland verloren hat und im Laufe der Entwicklung noch verlieren wird, wird hintangehalten durch die entsprechende Verschiebung aller Wertziele: als höchstes der zu erstrebenden Güter gilt ja heute das individuelle Glück. Der Sozialismus zum Teil und vollends der Bolschewismus ist der Vollstrecker des Begonnenen. Was der Liberalismus auflockert und langsam überflüssig macht, das beseitigt der Bolschewismus mit klarer Folgerichtigkeit und roher Gewalt. Was bleibt, ist allerdings nur ein Zerrbild, eine letzte Übersteigerung des Fanatismus. Der Bolschewismus ist das Endglied; über ihn hinaus kann es keine Weiterentwicklung mehr geben. Darin liegt aber die große Stärke des Bolschewismus; das Abstreifen letzter Hemmungen gibt ihm die gefährliche Schlagkraft gegenüber allen Entwicklungsstufen, die er selbst schon überwunden hat. Er besitzt in der Tat das Recht, alle Lebensformen der noch bürgerlichen Welt des Abendlandes als bloß rückständig anzusehen. Die Erstarrung am Ende des vorigen Zeitalters wurde vom jungen Liberalismus abgelöst; sobald die Entwicklung bis zu diesem Punkte weiter gediehen war, trat die Demokratie fast widerstandslos das Erbe an. Erfolgt nicht eine entscheidende innere Umkehr, so wird die Entwicklung trotz des Sträubens der Demokratie noch weiter gehen. Der Bolschewismus weiß das, und er wartet darauf.

Bedenkt man, daß nur im Kampfe eine Idee jung und schlagkräftig ist, daß die Durchsetzung und Erfüllung der äußeren Lebensformen dieser Idee schon das Alter anzeigt und vollends herbeiführt, wie es auch beim Liberalismus der Fall war, der nach seinem endlichen Sieg, im Grunde schon geistig überholt und entkräftet, schnell dahinschwand, so müssen wir der heutigen Demokratie auch aus dem

Grunde eine trübe Zukunft voraussagen; denn der Höhepunkt der Machtentfaltung demokratischer Ideen war doch unzweifelhaft die unmittelbare Nachkriegszeit. Daß wir es aber heute schon überwiegend mit Entartungsformen der Demokratie zu tun haben, wurde schon gezeigt.

Der Zeitgeist betrachtet den Bolschewismus als seinen zu bekämpfenden Feind. Wir können dem Bolschewismus aber nicht zum Vorwurf machen, daß er Formen zerstören will, die sich ohnehin von selbst zersetzen müssen. Ein wirklich erkannter Feind kann er nur für den sein, dem auch der Zeitgeist ein ebenso zu bekämpfender Feind ist. Wir sprechen dem heutigen Abendland das Recht ab, mit Entrüstungsgeschrei zu einem Kreuzzug gegen den Bolschewismus aufzurufen. Der Bolschewismus würde dabei auch auf die Dauer Sieger bleiben. Die Bekämpfung des Bolschewismus kann nur geschehen durch eine völlige Umkehr des Abendlandes, durch eine Katharsis. Erst müssen wir zu dem Bekenntnis gelangen: Nostra culpa, nostra maxima culpa.

Der Bolschewismus ist uns wertvoll als ständige und letzte Warnung. Diese Warnung darf nicht vergeblich sein, darf nicht verlorengehen, sonst bleibt der Bolschewismus eines Tages auf den Trümmern des Abendlandes der Sieger.

Vieles, Entscheidendes, über die neue Gesinnung, die das Abendland zu seiner eigenen Rettung erwerben muß, ist im Vorstehenden schon indirekt gesagt worden. Der einzelne Mensch mit seinen Wünschen und Trieben wird nicht mehr im Mittelpunkt stehen; der Mensch soll wieder eingeordnet und gebunden werden als ein Glied des Kosmos. Damit schwindet die Entfesselung und Entgottung. Alles Denken soll aus der unseligen Zersplitterung wieder einmünden in ein neues Ganzheitsdenken, aus dem Chaos soll wieder die verlorene innere Harmonie entstehen.

Der Mensch als Einzelwesen ist eine seinsmäßig unmögliche Vorstellung. Hier liegt einer der Grundirrtümer des Individualismus. Der Mensch konnte nur entstehen und kann nur leben als Glied, und zwar als dienendes Glied einer Gemeinschaft. Die Gemeinschaft ist das Ursprüngliche, nicht der Einzelmensch. Auf der Grundlage dieser als Gemeingut zu erwerbenden Anschauung werden die neuen politischen Lebensformen aufgebaut werden. Von diesem Blickpunkt aus sehen wir auch, daß aller Aufbau von den Menschen-

rechten, vom Einzelmenschen her im Grunde nur etwas Negatives und also Unfruchtbares sein kann, denn diese einseitige Überbetonung bringt eine unheilvolle Schmälerung der ursprünglicheren und also höheren Rechte der Gemeinschaft mit sich.

Eine lebende Gemeinschaft ist nie ein Mosaik bloßen Nebeneinanders ihrer Glieder. Es gibt Einordnung in die verschiedenartigsten Stufungen. Es gibt selbstverständliche Rang- und Wertunterschiede. Auch hiergegen hat der blutleere liberale Intellektualismus verstoßen mit dem Grundsatz der allgemeinen Gleichheit. Es gibt keine allgemeine Gleichheit und es kann auch keine geben, ohne daß die politische Gemeinschaft unheilbar erkrankt. Der Begriff der Werte muß nicht nur in die politischen Lebensformen, sondern auch in die zugrunde liegende abendländische Geisteshaltung wieder eingeführt werden. Wir werden zu einem neuen Gemeingefühl kommen, dem alles Lebendige und Lebenskräftige höher steht als das Alte und Schwache. Das heutige Ziel der Staatsführung: das möglichst große Glück möglichst vieler wird verschwinden zugunsten des wohl besten Wahlspruches aller Zeiten, des alten Staatsgrundsatzes: Suum cuique — Jedem das Seine. Nicht an „Glück", aber an Aufgaben an Dienst für Höheres.

Ein Einwand ist hier zu erwarten: dies alles wäre doch nur rosenroter Idealismus; niemand könne hoffen, für eine solche Geisteshaltung mehr als eine hoffnungslos kleine Minderheit zu gewinnen. Eins ist dabei richtig: die Zeiten sind wohl unwiederbringlich vorüber, wo unter der Herrschaft der Idee vom Gottesstaate das ganze Volk sich um eine solche Geisteshaltung bemühte. Aber dennoch trifft der Einwand nicht, denn er entspringt dem Massendenken unseres Zeitalters. Die treibenden Ideen der Weltgeschichte sind immer von einer kleinen Minderheit getragen worden. Es kommt nicht auf die Masse der Anhänger, sondern auf den Inhalt der Idee an. Unser sterbendes Zeitalter hat dieser neuen Geisteshaltung nichts gegenüberzustellen, womit sie bekämpft werden könnte.

Man beginnt jetzt, die politischen Äußerungen dieses Denkens als konservativ zu bezeichnen. Es gehört Mut dazu. Der Begriff „konservativ" ist von früheren Zeiten her sehr schwer belastet.

Eine Namensgleichung jedenfalls ist aber richtig: diese neue Gesinnung ist unrevolutionär. Eine innere Umkehr kann gewaltsam — eine Revolution ist der Inbegriff aller äußeren Mittel — niemals erreicht werden. Zu beseitigen sind auf diese Weise nur äußere

Schäden. Eine Beseitigung der Ursachen ist aber das viel Wichtigere und Grundlegendere.

Die übermäßige, im Grunde sinnlose Betonung äußerer Abhilfen ist der Grundfehler aller, die entweder in unentwegtem Fortschrittsglauben an einer Besserung der Schäden unseres Zeitalters arbeiten oder in gefühlsmäßiger Ablehnung der ganzen Gegenwartsentwicklung auf deren Beseitigung durch möglichst radikale Mittel dringen. Durch äußere Mittel ist weder der Bolschewismus zu bekämpfen, noch können damit die Nationalsozialisten die Entwicklung zurückdrehen. Mit dem Aufgebot der Massen und fast unbegrenzten Versprechungen fördert man eher die Entwicklung zum Bolschewismus hin. Es bleibt immer wieder nur eins: Metanoeite — Umbruch unseres ganzen Denkens.

Wie war es aber möglich, daß der Liberalismus überhaupt zum Siege kam? Muß nicht jedes andere Denken, jedes andere Zeitalter ihm weit überlegen gewesen sein? Dieser Einwand trifft ein schwieriges Problem. Es gibt in allem Wechsel der Geschichte nur zwei Grundhaltungen politischer Führung; nennen wir sie im oben beschriebenen Sinne konservativ und liberal. Sie bilden ihre Zeitalter, prägen deren Gesicht. Und diese Zeitalter wechseln in Jahrhunderten einander ab. Mit unserem Zeitalter vergleichbar ist der Verfall der Mittelmeerkultur unter der politischen Herrschaft des römischen Reiches. Der Sieg des Septimius Severus mit seinen Illyrierhorden und das folgende grauenvolle Abschlachten der alten Bourgeoisie bedeutet den Durchbruch des damaligen Bolschewismus. Die Erlösung brachte schließlich das Christentum. Aber das Mittelmeergebiet schied aus; es hat sich bis heute nicht völlig erholen können von seinem letzten Niedergang. Die volklichen Träger des neuen Zeitalters wurden die Germanen, später im besonderen die Deutschen. Aber mit dem Aufhören des geistigen Kampfes, mit der Annäherung an das zu erstrebende Ziel trat auch hier Erstarrung ein. Der Zustand der geistigen und politischen Blutleere dauerte durch Jahrhunderte. So konnte die französische Revolution durch ihr noch junges Gedankengut leicht siegreich bleiben: es fehlten die Abwehrkräfte.

Wir müssen uns hüten vor einer vielfach heute platzgreifenden Einseitigkeit. Es ist in der Natur des Menschen, in seiner Unvollkommenheit begründet, daß auch die „konservativen" gottnahen Zeitalter verfallen und schließlich sogar absterben müssen, sobald der geistige Kampf um den Aufbau des Zeitalters zu einem gewissen Abschluß gekommen ist. Es ist dem Menschen nicht gegeben, ohne

diesen ständigen treibenden Kampf eine Idee durch Generationen hindurch wirklich lebendig zu erhalten.

So erhält der Liberalismus, der bei seiner Vorherrschaft allerdings die Zeiten des tiefsten Verfalls herbeiführt, einen höheren Sinn. Es muß solche auflösenden Gedankengänge geben, damit das Ganzheitsdenken sich lebendig erhält; es muß sie auch geben, um eine schon eingetretene Erstarrung wieder zu lösen. Von diesem höheren Gesichtspunkt aus könnten die beiden Gegensätze sich ausgleichen. Daß es meist zu einem harmonischen Ausgleich nicht kommt, ist Schicksalsfügung.

Die Ähnlichkeit unseres Zeitalters mit dem letzten großen Niedergang ist sehr groß. Das so notwendige neue Denken — was ist es letztlich anderes als die Folge eines neuen, tieferfaßten, wirklich lebendigen Christentums, das sich in schwerem Kampfe gegen das heutige Lippenbekenntnis durchzusetzen hat?

Noch weiter geht der Vergleich: noch einmal scheint es der Idee des abendländischen Reiches beschieden zu sein, die neuen Lebensformen prägen zu sollen. Rings um uns herrscht tiefster Verfall: der Osten bolschewistisch, die kleinen schwerreichen neutralen Staaten in fattem Behagen weiter nichts als die Gegenwart genießen wollend, die Siegerstaaten in verkrampfter Rückwärtsgerichtetheit. In U. S. A. herrscht der Ungeist völlig unverhüllt; von der übrigen Welt braucht man garnicht zu reden.

Es sieht trostlos aus um die Überwindung unseres Zeitalters. Die allerersten Ansätze zeigen sich nur in Deutschland. Das ist als schwere Aufgabe und Berufung aufzufassen. Es ist keine Romantik, kein Idealismus. Wir haben dort nüchtern zu arbeiten an der Idee und an der politischen Verwirklichung eines neuen Reiches. Wir wollen nicht ein nationalstaatliches Deutschland, wir wollen das Reich, das nicht bloß ein Staat unter anderen ist, genau so wenig wie es das im Mittelalter war. Es ist hier nicht der Raum, über die neue Reichsidee ausführlicher zu sprechen. Wir sehen als Berufung die Überwindung dieses sterbenden Zeitalters und die Verwirklichung der neuen Lebensformen in der politischen Gestalt des Reiches. Wir arbeiten nicht für uns, wir arbeiten an der Rettung des Abendlandes — damit der ganzen Welt —, das nicht in einem Meer von Blut und Tränen untergehen soll. Diese Aufgabe und diese Arbeit an ihr gibt uns ein höheres Recht, das auf die Dauer alle Verträge und alle Machtmittel des minderen Rechtes über-

winden wird; ebenso sicher wie eine Idee nicht durch Gewalt überwunden werden kann.

Eins soll zum Schluß betont werden: Wir glauben nicht an eine endgültige Weltordnung in dieser Welt. Vollendung liegt niemals in unserer Hand. Auch das höchste menschliche Schaffen bleibt Stückwerk; auch die größtmögliche Erfüllung ist keine Vollendung. Unsere Aufgabe fordert gewiß höchsten Einsatz, aber dazu brauchen wir noch eins — die Begnadung.

Berlin

Der Lebenssinn der Wissenschaft

Von Paul Krannhals

Was ist Wissenschaft? Woher kommt sie? Wohin zielt sie? Hat der Mensch sie erfunden oder gefunden? Ist sie erst mit dem Dasein des Menschen möglich oder besitzt bereits das untermenschliche Leben so etwas wie eine Wissenschaft?

Manch eingefleischter Empiriker wird gewiß den Kopf schütteln, wenn wir erklären, daß der Ursprung der Wissenschaft ebenso metaphysisch ist wie der Ursprung des Lebens. Und er wird es gleichfalls mißbilligen, wenn wir hinzufügen: die ersten Äußerungen eines Wissens sind schon mit den primitivsten Erscheinungsformen des Lebens gegeben. Denn Wissen entsteht überall dort, wo sich Lebensformen mit der Außenwelt, mit ihrer Umwelt aktiv auseinandersetzen, wo sie die Umwelt in ihr Eigenleben aufnehmen, erleben. Alles Leben erlebt seine Umwelt. Aus diesem Erlebnis kommt alles Wissen, entfaltet sich alle menschliche Wissenschaft als begriffliche Ordnung von Erlebnissen.

Zweifellos bedarf es zum Erwerb von Wissen, von Erfahrungen eines gewissen Unterscheidungsvermögens sowie der Erinnerung an erfahrene Unterschiede. Auch die einfachsten Lebensformen müßten daher so organisiert sein, daß sie Unterschiede der Außenwelt wahrnehmen und im Gedächtnis bewahren können. Experimente an einzelligen Lebewesen haben nun in der Tat gezeigt, daß auch die niedersten Tierformen diese Voraussetzung alles Wissens erfüllen können. Man ließ sie beispielsweise mit Tuschteilchen in Beziehung treten. Da sie damit noch keine Erfahrung besaßen, fielen sie zuerst darauf herein, nahmen jedoch ein anderes Mal — durch Erfahrung gewitzigt — davon Abstand, sich diese Tuschteile einzuverleiben. Allbekannt ist ferner, daß der sogenannte Instinkt der Tiere oft ein

erstaunliches Wissen verrät. Man denke beispielsweise an die Orientierungsfähigkeit der Zugvögel oder an die anatomischen Kenntnisse mancher Insekten, die ihre Opfer derart kunstgerecht lähmen, daß mancher Chirurg sie um ihre „sichere Hand" beneiden dürfte.

Welche Bedeutung hat nun ursprünglich der Erwerb von Erfahrungen, von Wissen für die Lebensformen? Zweifellos keine andere, als ihre Erhaltung und Entfaltung im Daseinskampfe zu ermöglichen. Das Wissen ist für das Leben Mittel und Werkzeug zu seiner Erhaltung und Entfaltung. Dadurch, daß die Umwelt irgendwelche Reize auf den Organismus ausübt, wird dieser aus seinem bisherigen Gleichgewicht gebracht und dazu veranlaßt, das gestörte Gleichgewicht wiederherzustellen. Die Lebensform muß zu den Reizen der Außenwelt irgendwie Stellung nehmen. Aber in welchem Sinne nimmt sie dazu Stellung? Ganz allgemein in dem Sinne, daß sie darüber entscheidet, ob der Reiz für sie eine positive oder negative Lebensbedeutung besitzt. Soll der Gegenstand, von dem der Reiz ausgeht, aufgesucht oder gemieden werden? Das ist die ursprüngliche Frage. Diese Orientierung des Lebens in seiner Umwelt zum Zwecke seiner Erhaltung und Entfaltung ist letzten Endes der urtümliche Lebenssinn aller Wissenschaft.

Kraft des Gedächtnisses werden die Erfahrungen der Organisation der Lebensformen zeitweise oder dauernd einverleibt, erweisen sich so die Reize der Außenwelt insbesondere auch als Mittel zur fortschreitenden Entfaltung des Lebens. Die Erfahrung, das Wissen um die Außenwelt, schafft gleichsam neue Organe, neue Werkzeuge der Selbstbehauptung und erschließt damit immer weitere Lebensmöglichkeiten.

Wie alles Wissen, wie alle Erfahrungen des untermenschlichen Lebens seiner Existenz als Mittel dienen, so weist auch der Lebenssinn der menschlichen Wissenschaft grundsätzlich in die gleiche Richtung der Erhaltung und Entfaltung des Lebens. In diesem Dienst am menschlichen Leben erhält alle Wissenschaft erst ihren positiven Lebenswert. Nur dort, wo dieses organische Mittel-Zweckverhältnis zwischen Wissenschaft und Leben besteht, erfüllt das Wissen seinen Lebenssinn.

Hiernach erhebt sich die Forderung, dieses organische Verhältnis zwischen Wissenschaft und Leben derartig zu gestalten, daß das menschliche Leben den größtmöglichen Nutzen vom Wissen zieht. Umgekehrt sind alle diejenigen Erscheinungen zu bekämpfen, welche die Wissenschaft irgendwie als Beherrscherin des Lebens kennzeichnen. Denn

hier haben wir es mit einer entwurzelten mechanischen Denkweise zu tun, welche das Mittel zum Selbstzweck erhebt, welche den Wissensstoff über die lebendige Form stellt, in der das Wissen allein fruchtbar sein kann und soll. „Was fruchtbar ist, allein ist wahr." Dieses Goethewort könnte man als Motto über das Kapitel vom Lebenssinn der Wissenschaft schreiben.

Welches ist nun aber der allgemeine Prüfstein dafür, wann sich das Wissen als fruchtbar, als lebenswahr gestaltet und wann es umgekehrt als eine Fessel des Lebens auftritt? Zweifellos verleiht das Wissen Macht. Die Überlegenheit einer fortgeschrittenen Zivilisation gegenüber dem Naturzustande beruht auf dem reicheren Wissen und der Fähigkeit, dieses Wissen den eigenen Zwecken nutzbar zu machen. Die entscheidende Lebensbedeutung dieser Macht des Wissens wird auch schon in den primitivsten Kulturzuständen erkannt. Auf ihr beruht die Autorität, die Herrschaft eines urtümlichen Priestertums über die unwissende Menge. Und mag auch jenes urtümliche Wissen nach dem heutigen Stand der wissenschaftlichen Erfahrung oft nur ein Scheinwissen gewesen sein, so spielt dieser objektive Umstand in der subjektiven Machtfrage keine Rolle. Wesentlich ist hier nur die Beantwortung der Frage, ob sich die Träger des Wissens Autorität zu verschaffen vermögen. Gelingt das, so ist ihr Zweck erreicht. Es hat zu allen Zeiten lächelnde Auguren gegeben, die dem unwissenden Volke ein X für ein U vormachten. Sie sind auch heute am Werke, gleich den Sophisten, den Pharisäern und Schriftgelehrten.

Die Tatsache besteht jedenfalls, daß die vermeintliche Autorität der Träger des Wissens dazu verwandt werden kann, das Wissen als Macht in einer dem Leben feindlichen Weise zu gebrauchen. Die Möglichkeiten dieser mißbräuchlichen Verwendung des Wissens sind ungeheuer zahlreich. Sie beschränken sich auch keineswegs auf den bewußt absichtlichen Mißbrauch. Im Gegenteil, wir werden hier häufig eine geistige Haltung beobachten können, der man die bona fides hinsichtlich der Einstellung zum Wissen nicht abstreiten kann. Man denke beispielsweise an den ewigen Kampf zwischen Glauben und Wissen. Ferner ist es eine durchaus typische Erscheinung, daß der echte Wissenschaftler die Wissenschaft als Selbstzweck betreibt. Nicht nur, daß die Erkenntnis um ihrer selbst willen das Leben des Gelehrten ganz ausfüllt. Der typische Gelehrte wird sich darüber hinaus sehr häufig auf den Standpunkt stellen, daß seine Wissenschaft zweckfrei sein müsse, daß sie ihren Zweck in sich selbst trage.

Man kann dieser Anschauung vom organischen Standpunkte aus weder einfach beipflichten noch sie einfach ablehnen. Hier tritt das Als-Ob in Funktion. Der wissenschaftliche Forscher darf, ja muß so verfahren, als ob die reine Erkenntnis Selbstzweck sei. Denn er hat es in seiner spezialisierten Tätigkeit nur mit den Voraussetzungen zu tun, auf Grund deren sich das menschliche Leben behaupten kann. Seine Tätigkeit verbleibt noch ganz und gar im Gebiete des Gegenständlichen, Objektiven. Ihn interessiert nur das Was der Erscheinungen. Er sucht sich von ihrem objektiven Wesen einen Begriff zu machen, der diesem Wesen möglichst nahe kommt. Und er hat die Wahrheit in der Hand, wenn sich sein Begriff vom Gegenstande mit dem Wesen des Gegenstandes deckt.

Aber welchen Sinn dieses Wissen für das spezifisch menschliche Leben hat, das zu bestimmen, liegt ganz außerhalb der vom Objekt bestimmten objektiven Wissenschaft. Niemals ist die Wissenschaft als solche befugt, Werturteile über das Dasein im allgemeinen und über das menschliche Leben im besonderen zu fällen. Ihre Grenzen sind immer dort, wo die Außenwelt, das Objekt, aufhört und das wertende Subjekt beginnt. Das Objekt und sein geistiger Bewältiger, die Wissenschaft, können hier nicht mehr leisten, als dem wertenden Subjekt den Gegenstand seiner Beurteilung liefern. Sie sagen zum Subjekt: hier ist ein Gegenstand, der hat die und die Eigenschaften und steht zu anderen Gegenständen in den und den Beziehungen. Entscheide Du, welchen Wert dieser Gegenstand für Dein Leben hat. So ist es mit den einzelnen Erscheinungen der Außenwelt bestellt, so mit der ganzen Natur, mit dem Menschen als Objekt der Wissenschaft, mit alledem, was nur zu einem Gegenstande der menschlichen Erfahrung wird.

Diese strenge Begrenzung des Machtbereichs der Wissenschaft auf das Objektive gibt dem Forscher die Möglichkeit, so zu verfahren, als ob die Wissenschaft Selbstzweck wäre. Ja, für den strengen Wissenschaftler, der nicht gewillt ist, den Bereich der Wissenschaft zu überschreiten, ist das der einzig mögliche Standpunkt. Sowie er darüber hinausgeht, verläßt er auch die reine Wissenschaft. Hierauf zielt auch das bekannte Wort Schillers von der Wissenschaft, die dem einen die hohe Göttin, dem andern aber die melkende Kuh ist, die ihn mit Butter versorgt. Wer nur von der Wissenschaft lebt, sei es materiell, sei es ideell im Hinblick auf den Ruhm, die Geltung, die sie ihm verschafft, ist hierin kein echter Wissenschaftler.

Aber dieser im besten Sinne wissenschaftliche Standpunkt ist nur eine und zwar die von der Außenwelt her bestimmte erste Stufe in der Auseinandersetzung des Menschen mit der Außenwelt. Ihr folgt als zweite Stufe die vom Subjekt bestimmte Bewertung des Gewußten. Damit erst sind wir bei der entscheidenden Instanz angelangt, welche allein befugt ist, über den Lebenssinn des Gewußten, der Wissenschaft zu urteilen. Hier scheiden sich nun die Wege der mechanischen und organischen Denkweise.

Die mechanische Denkweise überschreitet die Grenze der Machtbefugnisse der Wissenschaft, indem sie die Wissenschaft selbst für befugt erklärt, Werturteile über den Sinn des Daseins überhaupt und des menschlichen Lebens im besonderen zu fällen. Es kann nicht genug betont werden, daß gerade hierin einer der tiefsten Gründe unserer Verfallszeit liegt. Die ganze materialistische und atheistische Welt- und Lebensauffassung unseres herrschenden Zeitgeistes hat hierin ihre Quelle. Noch zu Kants und Goethes Zeiten bewertete die Persönlichkeit die Naturerkenntnis als den Weg zur Vertiefung des Gotteserlebnisses. Die Gegenwart aber stellt sich auf den umgekehrten Standpunkt. Sie betrachtet nicht den innersten Kern der Persönlichkeit als die alleingültige Instanz für Werturteile über die Außenwelt und ihre Wissenschaft, sondern läßt umgekehrt den Wert und Sinn des Menschen am mechanisierten Weltbilde der Naturwissenschaften messen. Was seinem Wesen nach nur Mittel, Werkzeug zum Menschen, zu seiner Entfaltung als Mensch ist, wird so zu seinem knechtenden Herrn bestellt. Was nur als Diener des Lebens Sinn erhält, sucht dem allein sinngebenden Leben seinen Sinn und Wert zu rauben.

Der Anspruch der Wissenschaft, über den Wert oder Unwert, über den Sinn oder die vermeintliche Sinnlosigkeit des Daseins urteilen zu dürfen, bedeutet die radikale Umwertung aller natürlichen organischen Wertung, bedeutet den Versuch, die zielstrebige Weltordnung selbst umzukehren. Kein Wunder, daß an diesem im wahrsten Sinne vermessenen Versuche die Kulturen rettungslos zugrunde gehen müssen.

Gewiß ist es psychologisch leicht verständlich, daß und wie wir dahin gekommen sind. Die große Wendung, die mit der Renaissance einsetzte, die ungeheuere Aufstapelung von Wissensstoff durch die Jahrhunderte hat zu einem derartig elementaren Ansturm der Außenwelt, der materiellen Dinge auf unsere seelische Innenwelt geführt, daß diese nicht mehr die notwendige Widerstandskraft besaß und dem

Ansturm erlag. Unser Seelentum ist im wahrsten Sinne an diesem Wust von Wissensstoff erstickt. Eine ungeheuere Spezialisierung hat immer weiter um sich gegriffen, hat den einzelnen immer mehr zu einem isolierten seelenlosen Bruchstück gestempelt. Haltlos, verraten irrt das isolierte Individuum im Weltwirrwar umher, vergleichbar dem haltlosen Wirbel seelenloser Atome, in welche eine exakte Naturwissenschaft die lebendige Welt zertrümmert hat. Wie unsere Erde den Anspruch verlor, Mittelpunkt der Welt zu sein, so der Mensch den Anspruch, sich als den Sinn der Erde zu verkünden. Und wie man im haltlosen Wirbel der Atome keinen Sinn fand, weil das leblose Objekt keinen Sinn zu geben vermag, vertrat man auch die Überzeugung von der Sinnlosigkeit des menschlichen Daseins, weil der Mensch und alles Leben aus zufälligen mechanischen Konstellationen entstanden sei.

Ein Gutes hat aber jene endgültige Überzeugung des wissenschaftlichen Standpunktes von der Sinnlosigkeit des Daseins. Sie gibt uns nämlich den Anstoß, danach zu forschen, warum die Wissenschaft zu diesem Standpunkte von der Sinnlosigkeit des Daseins gekommen ist und kommen mußte. Dieses Warum habe ich in dem Kapitel meines Werkes „Das organische Weltbild", das die Stellung der Wissenschaft im seelischen Prozeß behandelt, näher erörtert. Hier müssen einige kurze Andeutungen im Zusammenhang mit dem bisher Gesagten genügen.

Der seelische Prozeß ist nicht nur für den Menschen typisch, sondern für alle Lebewesen in ihrer Auseinandersetzung mit der Außenwelt. In seiner Vollständigkeit stellt er sich als als eine dreistufige organische Einheit dar. Die zeitlich erste Stufe charakterisiert das Wahrnehmen, Erkennen der Erscheinungen der Außenwelt. Die zweite Stufe das Bewerten des Wahrgenommenen. Die dritte Stufe die Folgerungen, welche das wertende Lebewesen in seinen Willenshandlungen aus seiner Bewertung zieht. Der ganze seelische Prozeß ist in seinem urtümlichen Wesen nichts anderes als die Reaktion der Lebensformen auf die Reize der Außenwelt. Sofern nämlich Reize empfunden werden, muß die Lebensform darauf reagieren, weil die Reize für sie eine Gleichgewichtsstörung bedeuten, die so oder so behoben werden muß.

Welche Stellung hat nun die immer objektive Wissenschaft im seelischen Prozeß? Zweifellos ist sie allein auf der ersten Stufe des seelischen Prozesses zu Hause. Wir können diese erste Stufe auch als die Objektstufe bezeichnen, da hier die Reize der Außenwelt der

bestimmende Faktor sind. Auf dieser Stufe verhält sich das Subjekt noch passiv, es registriert gleichsam das Was der Außenwelt oder seiner Merkwelt. Dieses Was, dieser objektive Einfluß im wahrsten Sinne des Wortes stört das bisherige Gleichgewicht der Lebensform. Diese muß also dazu Stellung nehmen. Das geschieht auf der zweiten Stufe des seelischen Prozesses. Hier bringt das Subjekt das Objekt in engste Beziehung zu sich selbst, wird das Objekt in den Erlebnisstrom des Subjekts einbezogen. Diese Subjekt-Objektstufe heißen wir die wertende Erlebniswelt. Die Auswirkungen dieses wertenden Erlebens, die schließliche Reaktion auf den Reiz der Außenwelt prägt die dritte Stufe des seelischen Prozesses aus. Hier kommt es zur Willenshandlung auf Grund der vorherigen Bewertung. Hier prägt sich die reine Subjektstufe aus, das Wirken des Subjekts in die Außenwelt, in seine Wirkwelt.

Die einzelnen Stufen des seelischen Prozesses folgen sich in der Wirklichkeit des Lebens oft so blitzschnell, daß unser Bewußtsein sie gar nicht auseinanderhält. Wenn uns beispielsweise während eines Gespräches, das unsere ganze Aufmerksamkeit fesselt, eine Fliege belästigt, so scheuchen wir sie ganz mechanisch fort, ohne daß uns der Reiz, der von der Fliege ausgeht, unsere negative Bewertung dieses Reizes und die Abwehr der Fliege als Folge dieser negativen Bewertung überhaupt klar zu Bewußtsein zu kommen braucht.

Aber ist uns nicht auch der entgegengesetzte Fall der Isolierung der einzelnen Stufen des seelischen Prozesses voneinander bekannt? In diesem Falle wäre diese ursprüngliche organische Dreieinheit zerstört, die einzelnen Stufen verhielten sich so, als ob sie für sich allein existenzfähig wären. Dieser Fall begegnet uns nun bei der Auffassung der Wissenschaft als Selbstzweck und nicht als Mittel zum Handeln, als Mittel zur Behauptung und Entfaltung des menschlichen Lebens. Die erste Stufe des seelischen Prozesses, auf der die objektive Wissenschaft zu Hause ist, isoliert sich von den folgenden Stufen, führt ein anscheinend souveränes Sonderdasein. Hier zeigt sich die Isolierung des Wissens von seinem eigentlichen Lebenssinn, die Anhäufung von Wissensstoff in den Gehirnen nur um des Wissens willen, — die „Verschulung", wie Spranger die Anwendung dieser Geisteshaltung auf das Schulwesen bezeichnete.

Gewiß soll die wissenschaftliche Forschung — wenn sie sich schon einmal irgendeinem exotischen, ausgefallenen Gebiete zugewandt hat — unbekümmert um den Lebenswert dieses Wissens verfahren. Aber die Wahl eines Wissensgebietes, auf dem wir uns als Forscher oder

Lehrer betätigen wollen, legt die Beziehung zum wertenden Standpunkt umso näher, je mehr ein Volk in Not ist, sei diese Not nun materieller oder geistig-seelischer Art. So hatte der Weltkrieg alle Volkskräfte in ein und dieselbe Richtung der Verteidigung des Vaterlandes eingespannt. Auch die Vertreter der Wissenschaft wurden dazu veranlaßt, ihre Tätigkeit nach Möglichkeit auf den Lebenswert des Volksganzen einzustellen. Sollte aber diese Grundhaltung nicht auch in den sogenannten Friedenszeiten eines Volkes Platz finden? Ist denn der sogenannte Friede — insbesondere der gegenwärtige — nicht auch eine Art Kriegszustand, nur daß jetzt der Krieg zwischen den Völkern mit anderen Mitteln geführt wird? Ist nicht das Leben immer ein Kampf, und kommt es in dem siegreichen Bestehen dieses Kampfes nicht auch auf das wissenschaftliche, geistig-seelische Rüstzeug an?

Mehr noch als für die wissenschaftliche Forschung gelten diese Erwägungen für die Vermittlung vorhandenen Wissens. Das bekannte Wort: non scholae sed vitae discimus gilt hier für den Lehrenden in gleicher Weise wie für den Lernenden. Die Auswahl des Wissensstoffes kann allein vom Leben vorgenommen werden, nach dem Grundsatze Goethes:

„Was Euch nicht angehört,
das müßt Ihr meiden,
was Euch das Inn're stört,
dürft Ihr nicht leiden."

Es ist derselbe Grundsatz, den auch der Instinkt der untermenschlichen Lebensformen befolgt. Daher gilt es, auch im deutschen Menschen die instinktiv bewertenden Lebenskräfte wieder zu entbinden, zu klären und zu stärken. Denn das Wissen soll ja fruchtbar gemacht, in der seelischen Form des Aufnehmenden organisiert werden. Denn nur dann wird das Handeln auf Grund eines Wissens auch mit den Forderungen des eigenen Seelentums in Einklang stehen.

Wenn heute große Teile des Volkes atheistisch eingestellt sind und ein unverdautes Natur- und Geschichtswissen ihre politischen, wirtschaftlichen, kulturellen Meinungen und Absichten bestimmt, so kommt in ihren Handlungen ein nur mechanisch und bruchstückhaft angeeignetes Wissen zum Ausdruck. Dieses mechanische Wissen, das auf der ersten Stufe des seelischen Prozesses erworben ist, hat sich gleichsam um die Zensur des wertenden Seelentums gedrückt. Das mechanische Wissen ist nicht erlebt, nicht im wertenden Seelentum des

Wissenden organisiert. So führt es unmittelbar zu Handlungen unter Übergehung der zweiten Stufe des seelischen Prozesses.

Der Grund hierfür liegt in der mangelhaften Erlösung des eigenen artbewußten Seelentums, der instinktiven organisierenden Kräfte. Es kommt nicht zu einem innerlichen Aufnehmen des Gewußten, weil der Boden für diese Aufnahme nicht genügend bereitet ist. Und dieser Boden ist wieder deshalb nicht genügend bereitet, weil wir seit Jahrhunderten den Schwerpunkt des Wissens allein in die erste Stufe des seelischen Prozesses, in das objektive Wissen gelegt haben. Infolge dieser zentrifugalen Grundtendenz ist das Seelentum, sind die irrationalen instinktiven Kräfte verkümmert, ist die organisch wertende Instanz ganz in den Hintergrund des Bewußtseins gedrängt worden. Von ihrer Verlebendigung, von der Kraft, die sie noch zu entfalten vermag, hängt aber die Möglichkeit einer kommenden deutschen Kultur ganz und gar ab.

Der Subjektcharakter des Lebens selbst, so sagten wir, ist die alleingültige wertende Instanz. In der Bewertung der Erscheinungen muß sich also zweifellos die Lebensgesetzlichkeit, die Organisation der wertenden Lebensform ausprägen. Ein Vogel wird eine andersgeartete Merkwelt, ein andersgeartetes Wissen haben als der Fisch im Wasser, als das Wild im Walde, als der Mensch. Und ebenso werden die verschiedenen Lebensformen das Gemerkte, Gewußte verschieden bewerten. Was für die eine Lebensform von großer positiver Lebensbedeutung ist, kommt der andern oft gar nicht zum Bewußtsein oder hat für sie eine durchaus negative Lebensbedeutung. Diese Unterschiedlichkeit der Bewertung kommt auch in den Beziehungen der Lebensformen zueinander in ausgedehntestem Maße zum Ausdruck. In ihrem Kampf ums Dasein hat beispielsweise das Huhn für den Fuchs eine positive Lebensbedeutung, umgekehrt der Fuchs für das Huhn eine entsprechende negative Lebensbedeutung.

Einer analogen Verschiedenheit der Bewertung ein und derselben Erscheinung begegnen wir aber auch innerhalb des Menschengeschlechtes in ausgedehntestem Maße. Denn auch die Menschen sind verschieden organisiert, zeigen eine unterschiedliche Lebensgesetzlichkeit, in der ja alle organische Bewertung des Daseins, der Umwelt, des Gewußten, der Wissenschaft wurzelt. Das deutsche Seelentum wertet aus einer blutbestimmten Lebensgesetzlichkeit heraus anders als etwa das chinesische oder jüdische Seelentum.

Bedenkt man nun, welch ungeheure Fülle von Wissensstoff die Menschheit im Laufe der Jahrtausende angehäuft hat, und stellt man dieser unübersehbaren Wissensfülle die unterschiedliche Lebensgesetzlichkeit der Völker und Individuen gegenüber, so leuchtet es ein, daß lange nicht alles irgendwie und irgendwo bekanntgewordene Wissen für das deutsche Leben fruchtbar sein kann. Es leuchtet ein, daß vieles Wissen ihm ebenso schädlich werden kann wie der Fuchs dem Huhn.

Damit tritt an uns die Forderung nach einer Organisation des Wissens heran. Diese Forderung stellt im Grunde niemand anders als die Lebensgesetzlichkeit der deutschen Volksgemeinschaft, die jeder einzelne Volksgenosse als die oberste wertende Instanz anerkennen muß. Gewiß kann diese oberste wertende Instanz praktisch nur in den Repräsentanten der Volksgemeinschaft zum Ausdruck kommen. Als solche Repräsentanten werden vor allem diejenigen Persönlichkeiten gelten, die ein starkes, unbeirrbares, ursprüngliches Gefühl für das Seelentum des eigenen Volkes haben. Sie müssen den sicheren Instinkt für das zeigen, was wahrhaft deutsch ist. Und sie müssen den zielbewußten Willen zeigen zur Abwehr aller dem deutschen Seelentum feindlich gesinnten oder nicht verwertbaren Fremdgesetzlichkeit. Ferner müssen sie als Vorkämpfer einer Organisation des Wissens im Sinne der Klärung, Erhaltung und Entfaltung der Volksgemeinschaft einen Überblick über die lebendigen Zusammenhänge innerhalb der Volksgemeinschaft haben. Sie dürfen nicht spezial, sondern müssen universal veranlagt sein Denn hier handelt es sich ja nicht um wissenschaftliche Einzelforschung, sondern eben um das intuitive Erfassen der lebendigen Zusammenhänge der Einzelgebiete. Alles Einzelwissen — mag es noch so gründlich sein —, alle Begabung für diesen oder jenen Zweig der Wissenschaft spielt hier nur die Rolle eines geeigneten oder ungeeigneten Materials zur Organisation des Wissens im Sinne der Klärung, Erhaltung und Entfaltung der Volksgemeinschaft.

Diese nationale Organisation des Wissens erscheint umso dringender, je mehr unser Volk sich in materieller, namentlich aber auch in geistig-seelischer Not befindet. Denn die materielle Not ist nur die Folge der geistig-seelischen Not. Die materielle Not entbindet aber wieder die schlummernden geistig-seelischen Schöpferkräfte, die sie in einer neuen Anpassung des Volkes beheben sollen. Diese geistig-seelischen Schöpferkräfte müssen aber in einer Weise erweckt werden, daß sie auch die geistig-seelische Not selbst zu beheben ver-

mögen. Das geschieht nicht zuletzt auf den Wegen, welche den Lebenssinn der Wissenschaft verlebendigen, auf den Wegen, welche die blutbestimmte wertende Lebensgesetzlichkeit der Volksgemeinschaft als Zentralinstanz bewußt machen. Diese wertende Zentralinstanz wird gerade auch die Organisation des Wissens im Sinne der Klärung, Erhaltung und Entfaltung der Volksgemeinschaft als einen Hauptweg zur Behebung der geistig-seelischen wie der materiellen Not des Volkes bestimmen.

Die Art der nationalen Organisation des Wissens kann hier nur kurz angedeutet werden. Wenn wir als unsere Heimat nicht nur ein Land bekennen, sondern auch das blutbestimmte Seelentum, in dem wir zu Hause sind, so können wir auch von einer notwendigen Organisation des Wissens im Heimaterlebnis sprechen. Diese Organisation wäre nun nach drei miteinander organisch zusammenhängenden Hauptrichtungen zu gestalten. Die Wegweiser dieser Organisation sind: die Natur des deutschen Volkes, die Natur seiner Heimat und die Kultur des deutschen Volkes. Also die Kenntnis von Blut und Boden und ihren Wechselwirkungen in der Erzeugung einer wahrhaft organischen deutschen Kultur.

Nun zeigt aber die bisherige Geschichte der deutschen Kultur durchaus keinen stetigen organischen Verlauf. Im Gegenteil machen sich in ihr die Einflüsse eines nur mechanischen Wissens, einer nur mechanischen Übernahme fremder Erscheinungen sehr stark bemerkbar. Zweifellos müßten in der nationalen Organisation des Wissens auch diese Fremdeinflüsse als Gegenbeispiele bewußt gemacht werden. Aber das Wissen um das Fremde darf immer nur als Mittel zur Verdeutlichung des eigenen Wesens am Gegenbeispiel gewertet und gehandhabt werden. Denn andernfalls wird die Unterschiedsempfindlichkeit für eigene und fremde Lebensgesetzlichkeit nicht geklärt und geschärft, sondern gerade verwischt — eine Gefahr, die besonders für das noch nicht formgefestigte jugendliche deutsche Seelentum nicht zu unterschätzen ist.

Auch die Organisation des Hochschulwesens muß der Verlebendigung völkischer Art, der Klärung, Erhaltung und Entfaltung organischer Zusammenhänge innerhalb der Volksgemeinschaft dienen Auch die Hochschule muß als ein lebendiger Organismus wirksam sein, nicht aber als ein mechanisches Aggregat voneinander isolierter Fachschulen dastehen. Jedes Wissensfach, jede den Einzelfächern übergeordnete Fakultät muß den Gliedschaftscharakter am Ganzen zum Ausdruck bringen. Gliedschaft aber heißt: in aller Sonderfunktion

zugleich die Idee des Ganzen lebendig wirksam werden lassen. Nur dann läßt sich im organischen Sinne von einer Universität sprechen. Sie soll vor allem das organische Ganze der nationalen Bildung, der nationalen Organisation des Wissens verkörpern Sie soll die Möglichkeit geben, von jedem Sonderfache aus einen Überblick über die Zusammenhänge im Lebensganzen der Volksgemeinschaft zu erhalten.

Der Fachschulbetrieb der Hochschulen bedarf so einer philosophischen Durchdringung des gesamten Unterrichts. Denn nur der philosophische Geist vermag das im Laufe der Jahrhunderte wissenschaftlich immer mehr voneinander Isolierte wieder zur lebendigen Einheit zu verbinden. Die mechanische Isolierung der gliedhaften Teile voneinander, die Atomisierung des ganzen völkischen Lebens ist ja ein Hauptcharakteristikum unserer Zerfallszeit. Und man wird vorurteilslos zugestehen müssen, daß das Spezialistentum der objektiven Wissenschaft hieran mitschuldig ist. Mitschuldig nicht deshalb, weil es sich der immer notwendiger werdenden Spezialisierung überhaupt zugewandt hat, sondern deshalb, weil es sich ihr ganz und gar ergab, weil es in der Betonung des Teils, des wissenschaftlichen Zweiges nicht auch das organisch Ganze, den Baum der nationalen Wissenschaft anerkannte. Weil es sich in der Spezialisierung nicht mehr als Glied eines übergeordneten Ganzen der Wissenschaft, sondern als Souverän fühlte. Und weil es schließlich nicht die organische Verbindung zwischen dem Ganzen der Wissenschaft und seinem eigentlichen Lebenssinn, der Klärung, Erhaltung und Entfaltung der Volksgemeinschaft, herzustellen vermochte.

Philosophisch gesehen zeigt sich hierin eine Kurzsichtigkeit, eine mangelnde innere Weite, ja oft ein Schneckenhorizont Das hat sich bitter gerächt. Das ist mit ein Grund, weswegen die geistige Schicht in Deutschland heute so wenig echte Fühlung mit den gegenwärtigen Anpassungsnöten des deutschen Volkes hat. In seiner Spezialisierung hat das Gelehrtentum den lebendigen Sinn für das Ganze verloren.

Das Leben aber ist mehr wert als die Wissenschaft. Versagt die Wissenschaft in der kritischen Zeit, in der es sich um Sein oder Nichtsein des deutschen Lebens handelt, so hat sie gegenüber den notwendig zu erfüllenden Forderungen dieses Lebens zurückzutreten. Auch der Vertreter der Wissenschaft sollte immer dessen eingedenk sein, daß die rationale Wissenschaft das Leben in seinem Kern gar nicht begreifen, niemals erfassen erschöpfen kann. Denn die Wissen-

schaft — diese Fundamentaltatsache müßte die kommende Kulturepoche beherrschen — ist selbst immer nur ein Produkt des in seinem tiefsten Wesen metaphysischen Lebensprozesses. Das Leben selbst hat das Wissen als sein Werkzeug herausgestellt, damit es ihm in Ehrfurcht diene. Die kommende Kulturepoche wird wieder im Zeichen des metaphysischen Lebens als der wertenden Zentralinstanz stehen müssen oder sie wird nicht sein.

Man mag zu den christlichen Konfessionen im einzelnen stehen wie man will. Es gibt ein Christuswort, das für alle Ewigkeit Gültigkeit behält, weil es wie kein anderes Wort den metaphysischen Grundcharakter des Lebens erläutert. Es ist das Wort vom Reiche Gottes inwendig in uns. Auch der Geist der Wissenschaft muß wieder zurückkehren zur Ehrfurcht vor der Göttlichkeit des Lebens. Er kann es aber nicht aus sich heraus, sofern ihn der Inhalt des Wissens, der allein vom seelenlosen, rational faßbaren Objekt bestimmt wird, ganz und gar ausfüllt.

Nur dann, wenn sich der wissenschaftliche Geist als einen untergeordneten Teil desjenigen Lebensganzen bekennt, in dem er wurzelt, das ihn aus sich herausgestellt und zu seinem dienenden Werkzeug bestellt hat, — nur dann wird auch der wissenschaftliche Geist die Ehrfurcht vor der Göttlichkeit des metaphysischen Lebens wiedergewinnen. Dieses ist nicht eine Angelegenhnit des Inhaltes der objektiven Wissenschaft, der wissenschaftlichen Materie, sondern eine Angelegenheit der lebendigen Form, in der der wissenschaftliche Inhalt fruchtbar werden kann und soll. Diese Form aber prägt sich im Lebensganzen, in der seelischen Totalität der Persönlichkeit wie der Volksgemeinschaft aus, denen der wissenschaftliche Geist gliedhaft untergeordnet ist.

Der Lebenssinn der Wissenschaft ist das Leben selbst. Wir dienen dem Leben noch nicht dadurch, daß wir es wissenschaftlich zu begreifen suchen, sondern erst dadurch, daß wir das Begriffene wieder in den Lebensprozeß der Gesamtheit einströmen, in ihm fruchtbar werden lassen. Gerade die Wissenschaft vom Leben selbst kann für das Leben in ganz besonderem Maße fruchtbar gemacht werden. Abgesehen von der medizinischen Wissenschaft ist dies bisher so gut wie gar nicht geschehen. Einmal deshalb nicht, weil die Wissenschaft vom Leben noch jung ist. Dann aber auch, weil die sich immer mehr spezialisierende Wissenschaft den lebendigen Zusammenhang mit dem Leben der Volksgemeinschaft mehr und mehr verlor. Hinweise darauf, daß auch das Leben der Völker unter Lebensgesetzen steht, die

nicht ungestraft übertreten werden dürfen, wurden von der strengen Spezialwissenschaft mit einem mitleidig lächelnden Blick auf die sogenannten „Organiker" abgetan.

Heute stehen wir in einer Wende der Zeiten, die das Bewußtsein vom Lebenssinn der Wissenschaft überhaupt — und sonderlich auch der Wissenschaft vom Leben — für die Volksgemeinschaft als eine der wichtigsten Grundlagen unserer kulturellen Wiedergeburt zu erfassen beginnt. Nach jahrhundertelanger wahlloser Anhäufung von Wissensstoff, an dem die ablaufende Kulturepoche erstickt, beginnt nun die Ordnung, Organisation des aufgehäuften Wissens im Sinne der Klärung, Erhaltung und Entfaltung unserer Volksgemeinschaft. In diesem Wirken stehen wir schon jenseits der ablaufenden Kulturepoche, winkt uns schon das Morgenrot des kommenden Tages der Deutschen. Der Tag der Deutschen aber ist die Ernte der ganzen Zeit.

Karl Freiherr von Fircks

Von Otto von Petersen

Man hat gesagt, die Dichtung Karl Fircks's sei voller Kontraste. Die Eingangsverse seiner 1864 in Leipzig erschienenen Sammlung „Gedichte" lauten:

Ein rastlos kreisend Stimmenflattern,
Ein lockend Rufen ferne her,
Es schweift das Lied mit Traumesschritten,
Gedankenirrend um mich her.
Am Stabe rasten meine Hände,
Ich kann des Wegs nicht weiter gehn,
Ich fühl' das Wort sich für mich rüsten,
Und muß dem mächt'gen stille stehn.

Ein großes Empfängnis ist ihm das Wort, seine Dichtung. Aus einer Welt des Traumes, ihm selber unfaßbar, aus tiefen, unbekannten Gründen steigt es auf, gewinnt Gestalt, fast von ihm unabhängig. Er beugt sich in Ehrfurcht: „Und muß dem mächt'gen stille stehn."

Und doch — will man darin einen Kontrastcharakter im Sein und Dichten erkennen? — ist bei aller tiefen Demut ein gewisser Stolz, auch eine vornehme Zurückhaltung seiner Natur und Adel des Ausdrucks nicht zu übersehen. Aus wie unterbewußten Sphären es

auffteigt, und wie hilflos unklar und felber wartend der Dichter dem kommenden Worte, seiner Gestaltung gegenüberzustehen scheint, so klar und hell wächst sie auf zu Gebilden reifer Form, zu Perlen künstlerischer Rundung.

Wer so aus dem Unterbewußten her sein Wollen und Ahnen zur Klarheit der Form und Begrenzung emporhebt, in dessen Dichtung müßte — dieser Gedanke kann zunächst auftauchen — die aktive, quellende Freude, wachsend aus der des Gestaltens, klingen und schwingen.

Und doch liegt eine abgrundtiefe Schwermut, oft verhalten, nur leise hervorzitternd und wieder verwehend, oft bis zur Hoffnungslosigkeit schmerzhaft an die letzten Wurzelfasern dringend, über dem Werk des Dichters. Die Schwermut lagert auf der Landschaft, klingt als Grundakkord wieder, gibt den eigenen Zauber, sei es daß die Stimmung eines Herbstabends mit seinen dürren, fallenden Blättern, mit seinem Nebel und trüb zerrinnenden Wolken sich in das Gemüt des Dichters senkt:

Nun steigen die Nebel im Thale,
Und der Nachtwind ruft in der Haid',
Und alles ist schauernd zerronnen
In Dunkel und Einsamkeit.
Ein einziges Sternlein flackert
Dort über den Wolken trüb,
Wie ein vergess'nes Lichtchen,
Das im Himmel brennen blieb.

. . ., sei es daß das Bild des Strandes auffteigt, mit seinen Dünen, dem dürren, windbewegten Strandgras, den alten, knarrenden Föhren, dem „heiseren Geschrill" der Möwen, sei es daß die „schwarze Nacht" über ein zersprungenes Glück ihren weithüllenden Faltenwurf der Dunkelheit breitet, sei es daß Schauer über die Haide gehen, den Wald, Tropfen von den Bärten der Tannen rinnen und der dunkelnde Wald in melancholische Versunkenheit eingeregnet wird. In dem Umriß des Waldes, des Wiesengrundes, der Stranddünen, dem schrillen Möwenruf gestaltet Fircks ein Stück Heimat. Aber Herbst, Nacht, Regen, die Dünen an düsteren Sturmtagen, der Winter und so fort sind, so individuell heimatlich sie erfühlt, so sehr sie auch in ihren leisen Strichen und Tönungen, ihren oft nur zart angedeuteten Zügen im Zusammenklang mit dem vagen Unterton des Heimatgefühls erfaßt sind, letzten Endes zugleich ebenso viele Bilder schwermütigen Sinnens.

Woher diese Schwermut? Aus welchem innersten Grunde geht sie hervor in der Psyche eines Mannes, dessen Adel und öftere Glätte der Form zunächst vielleicht den Eindruck weltmännischer wenn nicht Kühle so doch Gelassenheit erwecken könnte?

Das Gedicht „Wir stöbern" lautet:

Wir stöbern wie Kinder ohne Verstand
Im Bilderbuche der Zeit,
Verblättern das Glück uns mit hast'ger Hand
Und überschlagen das Leid.
Dann werden die Augen uns plötzlich schwer
Und müd' und zitternd die Händ',
Es fällt der Deckel über uns her,
Und alles Schaun hat ein End'.

Das starke Gefühl der Endlichkeit alles Menschlichen spricht sich in diesen Versen aus, der Endlichkeit alles Hastens, alles Vorbeilebens an Glück und Leid, alles Schauens. „Es fällt der Deckel über uns her", über uns alle, ohne Ausnahme, und es wird ein Ende gesetzt in all dem, das uns in unserem Erdendasein so überaus wichtig dünkt, nach dem wir hasten und nicht eilig genug streben können. Ja, in der Hast unseres eigenen Tuns befangen, werden wir nicht gewahr, wie unsere Hände „zitternd" und wir selber müde werden, wie die Zeit verrinnt. So schnell die Zeit dahinströmt, — an sie sind wir gekettet, in sie gebannt, in die Endlichkeit der Zeit. In das „enge Kämmerlein der Zeit" ist dem Dichter der Mensch als ein „armes krankes Kind" eingeschlossen. Was in der Zeit ist, ist vergänglich. In der Zeit aber ist alles Irdische und so vergänglich. Eben war der Sommer. Schon naht der „Leichenzug des Sommers", der Herbst, der die „bekränzten Tische" des Sommers aufräumt. Der Herbst ist da, wie er schon oft da war. Erschüttert steht der Dichter vor diesem Phänomen der Vergänglichkeit: was eben war, ist es noch? Wie ist es in der Brust des Menschen? Ist es dort ebenso wie die Jagd der Jahreszeiten? Das Glück — er hatte es nicht zu fassen gewagt — es ist beseligend gekommen über Nacht. Wird er es, das er in diesem Augenblick noch so ganz hat, halten können? Liebe — ganz kann es der Betäubte nicht fassen — sie ist nicht mehr: sie ist aus des Herzens Tür geschlichen, wie sie einst, die „singende Liebe", durch die Augenfenster ins Haus stieg. Auch Treue und Recht sind von vergänglicher Struktur. Und selbst die Schmerzen, des Menschen treueste Gefährten, sind vergänglich. Sie stillt das „alte Weiblein die Zeit". Alles ist in einem berauschenden,

betäubenden Fluß: nichts ist so, wie es war, nichts so, wie es sein wird. Alles Irdische fließt seinen vergänglichen Fluß.

So steht alle Kreatur, alles Dasein, alles Geschehen vor seinem Tod. Im Dichter verbindet sich die Vorstellung der Vergänglichkeit mit der des Todes, die in ihren sich wandelnden Formen die Produktion des Dichters durchweht, sei es daß die Mutter ihr Kind sterben sieht, ein alter Tagelöhner, der verschneite Wege wandert, auf den unentwegt weiße Flocken wie „Todtenvögelchen" mit „lautlosem, leisem Gefieder" niedergleiten, im einsamem Walde die Erdenhülle abstreift, ein Krieger fällt, der Tod als einsames Ruhen auf dem Grunde des Meeres erscheint, das ein „ewig murmelndes Gebet" für die Seele spricht, sei es daß der Winter, der „stille Todtengräber", die Blumen, die „gestorben" sind, bedeckt, sei es daß verflackerndes Licht schwindet, erlöschende Helle zur Neige sinkt, der verhallende Ruf erstirbt. Hierzu bilden einen begleitenden Akkord die oft verhallenden Ausklänge der Gedichte.

Mit diesem tiefgreifenden Gefühl der Vergänglichkeit und des nahenden Todes, wie es ja auch in jenem Bilde des im Walde verschneiten Fröners, des auf stillem Meeresgrunde einsam Ruhenden sich unmittelbar mit der Vorstellung der Einsamkeit verflicht, fließt dasjenige des Verlassenseins und eben der Einsamkeit ineins. Die Einsamkeit ist „grabesstill". Die Nacht senkt sich nieder. Kein Laut im Dunkel, keine Stimme weit und breit ist hörbar. Da wird die Einsamkeit mächtig über den Menschen, die „schlafversunkne, traumverlorne, grabesstille Einsamkeit". In der Natur fühlt der Dichter den Kontrast: in ihr die „Freudenwogen", in sich die Einsamkeit. Die „Menscheneinsamkeit" empfindet er, umgeben von dem jung erwachenden Sommermorgen mit dem geheimnisvollen Erschauern in den Zweigen der Bäume, den schaukelnden Halmen, den „lautlos schwellend" dahinziehenden „bunten Segeln der Schmetterlinge", den singenden Vögeln. Diese Einsamkeit aber empfindet der Mensch, der „fremde Wanderer", der sich zugleich „verstoßen" und „ohne Heimathland" fühlt, weil er die Vergänglichkeit des Erdendaseins empfindet, weil er empfindet, daß er „ausgeworfen" ist „an des Himmels Strand". Das Gefühl der Einsamkeit ist auch in dem Bilde des verspäteten Zugvogels, der gegen den Sturm ankämpft, ins Ungewisse entflattert. Das Gefühl der Einsamkeit ist in dem aufbrechenden Horizont der Meereesweite. „Singend stoßen wir vom Ufer", so eröffnet der Dichter die Perspektive in die Zukunft: die Welt tut sich

auf gleich einem Meere. Der Abend kommt. Einsamkeit herrscht auf dem Meere:

Und die Ufer tauchen nieder,
Und der Horizont wird leer,
Und die Nacht kommt, und wir treiben
Einsam auf dem wüsten Meer!

Dieses Einsamkeitsgefühl treibt eine Reihe adäquater Bezeichnungen hervor, erweitert sich zu einem Kreise synonymer Vorstellungen, zu denen der Verlassenheit, des Ausgestoßenseins, des Verloren- und Verschollenseins. Verlassen ist der Mensch, es sei denn daß ein Getreuer sich zu ihm hält — der Freund Hein. Ein „verlassenes Kind" irrt im Regen durch die Straßen. Wie ein „verstoß'nes, armes Kind" sucht der Mensch in seiner Qual nach einem Verstehenden und ihn mit Erbarmen Umfangenden. Im Gefühl des Verlorenseins steht der im Lebenskampf Aufgeriebene vor dem Traum seiner Jugend, der wie ein im Walde „schweifendes Kind" „verloren" ging. „Verloren" flattert der Vogel im Sturm. „Weitverloren" in der Ferne zittert das Licht. Der Einsame im Walde . . ., kaum dämmert es ihm zum Bewußtsein empor, daß er es ist, der in das Rauschen der Bäume hineinlauscht. „Verschollen und versunken" liegt er „tief auf des Zeitmeers stillem Grund". „Verschollne Bäume" stehen in tiefem Walde. In dem „alten verschollenen Hause" öffnen sich die Türen der Erinnerung. Ein „verschollner Laut" dringt „einsam an's Gedächtniß und das Ohr" des Menschen, der einen lange betäubten Kummer in sich trägt.

Von hier aus wird der Untergrund deutlich, aus dem die Schwermut des Dichters aufsteigt. Das ihm innewohnende, stets gegenwärtige Gefühl der Vergänglichkeit mit den begleitenden Vorstellungsreihen des Todes und der Einsamkeit dringt in die gesamte Betrachtungsweise ein, bestimmt diese aus unterbewußter Tiefe her, erzeugt die auf Vorgänge und Dinge der Welt spezifisch gerichtete Perspektive. Und aus diesem Kernpunkt des Fühlens und Denkens geht die Schwermut hervor. Dieses schwermütige Besinnen auf den Grund allen Daseins, dieses Erschauern im Bewußtsein verrinnenden Lebens spricht sich u. a. in dem Gedicht „Herbst" aus. Bangen beschleicht das Menschenherz, wenn der Sommer zur Neige geht, der „graue Herbst" die Blätter auf den Weg streut, am Himmel die „lautlosen Geschwader" der Wandervögel dahinziehen. Dem Dichter wird die tief innere Verwandtschaft im Leben der Natur und des Menschen offen-

bar. Er fühlt die „Hand, die draußen plündert“ . . ., sich auch in seine Brust stehlen. Er ahnt die Beziehung auf sein Leben:

Und es gemahnt uns immer wieder,
Daß wir am Wege rastend nur
Nachzügler sind im Heer des Todes,
Das Gott daherführt durch die Flur.

Diese aus dem Gefühl der Vergänglichkeit wachsende Schwermut indessen treibt den Dichter nicht zu einer Absage an die Welt im Sinne restloser Hoffnungslosigkeit. Vielmehr ist eine gewisse Freude an dem Garten der Erde — auch hier also scheint zunächst ein Kontrast sich aufzutun — nicht zu verkennen, sei es daß stärkere Impulse hervorbrechen, sei es daß durch eine stille, verhaltene Innigkeit in dem Erfassen der Dinge dieser Welt, oft von einem feinen Humor getragen, ein nachsichtiges Verstehen durchblickt. Stürmisch setzt diese Freude ein in den Versen:

Es ist als hätte ein himmlisch Mährchen
Beschritten plötzlich des Daseins Höh'n,
Und alle Quellen der Erde fließen,
Und alle Pulse des Lebens gehn!

Es ist vor allem die alte ritterliche Freude an der Fraue Welt mit ihren Abenteuern, ihrem Kampf. Das Schwert blitzt in der Faust. Schwer geht der Atem des Kämpfenden. In der Hand ist nur noch der Stumpf des Schwertes. Die Waffen klirren. Streitaxt und Speer tun ihr Werk. Stolz und Mut aber, die Welt zu zwingen, sind der innere Halt des Ritters. Unverkennbar schwingt das Empfinden des Dichters in der Schilderung des Burgherrn, der durch die Felder seiner Hörigen geritten, der aber auch zu seinem Tun sich bekennt, als er, von der Schar seiner Hörigen, die den roten Hahn auf das Dach der Zwingburg gesetzt, übermocht, aus vielen Wunden blutend, den Bewaffneten gegenübersteht, aufgereckt im alten starren, ungebrochenen Trotz und Stolz des Burgherrn und Ritters, der Menge Worte des Hohns hinwirft. Ebenso ist die Freude spürbar an der Gestalt jenes Mönches, der vormals ein „wuchtig Eisenkleid“ trug, das Schwert an den Lenden, und tapfer dreinhieb, für dessen breite Schultern die Kutte eng geraten scheint, der unter dem Hohn der Eindringlinge zwar eiliger, aber doch zu Ende betet, dann sie „säuberlich“ niederschlägt, um darauf wieder unberührt weiterzubeten Ähnlich zeigt sich in seinen in dem 1871 in Leipzig erschienenen „Poetischen Nachlaß“ enthaltenen „Sonetten von 1870“ die Freude an deutschem Kampf und Sieg, Freude an dem ritterlichen Edelmut

gegen die Besiegten, Freude an der gewonnenen Kaiserkrone. „Das war ein Fund!“ beginnt die zehnte Sonette und fährt fort:

Da plötzlich wühlt' und warf der eh'rne Spaten
Die Kaiserkrone auf im Furchenwaten . . .

Die wahre Krone aber, die dem Menschen erst in Kampf und Not wird, ist die Erkenntnis:

Daß es auch Dulden giebt und bitt'res Scheiden
Und, daß des Lebens größre Kunst — das Sterben.

So richtet sich der Blick des Dichters aus dem Gewühl und Kampf des Erdendaseins wieder auf das große Phänomen des Todes.

Doch dessenungeachtet, wie bereits betont, bleibt er der Welt aufgeschlossen, umfängt er sie mit innigem Verstehen. Die herbe Sorge um das tägliche Brot, das ganze Elend einer gedrückten Existenz empfindet er tief, sei es daß er die Gedanken eines Fröners, der durch den einsamen Wald geht und trübe dem nachsinnt, wie Weib und Kinder seine Hände fassen werden und nach Brot suchen, in seinem Gemüt ergreift, sei es daß er sich das Weh einer Bettlerin vergegenwärtigt, die ihrem Kinde das letzte Brot gab und nun am Wegrande kniet und betet, während der Knabe in seinem von den zornigen Dorfhunden zerrissenen Hemdchen spielt und tanzt, sei es daß der Jammer eines Kinderschicksals aufgähnt in dem Bilde des kleinen Seiltänzers, der, seiner Mutter entlaufen, in die Hände eines skrupellosen Ausbeuters gefallen ist.

Wie sich Fircks in die Gründe sozialer Not vertieft, so ist sein Blick offen für Leid und Freud des Menschendaseins überhaupt, auch für die Liebe mit ihren wechselnden Stimmungen, mit ihrem Schatten- und Lichtspiel und ihrer Unlogik, in ihren verschiedenen Tönungen und Nuancen, aber auch in ihrem tiefen Kummer und Schmerz. In dem Zyklus „Mädchenstimmen“ wandelt er u. a. über die Reihe der Gedichte „Morgens“, „Abends“, „Singen“, „Weinen“, „Lachen“ eine Fülle von Regungen, Gedanken, Empfindungen ab und weiter in Gedichten anderer Sammlung „Jetzt bin ich bös'“, „Sag, was du willst“, „Schattenspiel“, „Das Ende davon“ und so fort. Ein feiner Humor spielt oft in diese Gedichte hinein. Und dann — ein Gedicht wie „Die Spinnerin“, in dem sich im Gespräch mit dem Meister Schreiner zart angedeutet das Geschick entrollt von der Begegnung der Geliebten, den Tränen, die flossen, bis zu dem Jammer, der die Wangen des Mädchens „blaß und fahl“ machte, dem stummen Abschied: „Sie ist nicht wieder gekommen“.

Hierher gehört auch die Freude an der Beobachtung, die sich in charakteristischen Einzelzügen der Gedichte kundtut, in der Schilderung des Waldes mit der herrschenden Stimmung, der Bäume, der Tiere, so u. a. in dem Bilde des Gedichtes, das in die Melancholie rinnenden Regens austönt, wie der Fuchs, der über die Lichtung schlich, windschnüffelnd am Waldrande steht.

So gewinnt diese Aufgeschlossenheit der Welt gegenüber, wie sie sich in Fircks' Dichtung spiegelt, einen mehrfachen Aspekt, äußert sich in stürmischer Hingabe an die mit Geschehen angefüllte Daseinsfläche, die Raum für Abenteuer und ritterlichen Kampf öffnet, äußert sich in jener stillen Versenkung in Natur und Menschenleben, die Innigkeit und, damit vielfach verbunden, den besonderen Humor des Dichters verrät, in dem tiefen Verstehen der sozialen Not, dem Erfassen psychologischer Vorgänge, der Liebe in ihren wechselnden Nuancen, ihrer Freude, ihrem Kummer, äußert sich in der Beobachtung, die in feinen, verstreuten Einzelzügen spürbar wird. Dieser Hingabe an das Erdensein steht das eindringliche Gefühl von dessen Vergänglichkeit und die hier wurzelnde Schwermut entgegen. Ist in der psychischen Struktur des Dichters ein Bruch? Fällt seine Wesenheit in zwei isolierte Einzelrichtungen auseinander, die in schroffem Kontrast die Einheitlichkeit seines Empfindungs- und Gedankenlebens zersprengen?

Eine Sehnsucht steigt mit herrschender Gewalt empor, die Sehnsucht nach der Welt der Kindheit. Der Mann sucht seinen Ursprung — das Kind, aus dem er geworden. Er kann es nicht finden:

Ich sinn' darüber hin und her,
Und bin doch klug geworden,
Und kann das Kind nicht werden mehr,
Aus dem ich Mann geworden.

Rückwärts will er wandern, in die Jahre der Kindheit, zu des „Lebens schattenstiller Schwelle", zu der „Kindertage frommem Spiel". Er will in der stillen Dämmerung erster Frühe hinausträumen können in die Ferne:

Und will mein Auge träumend wieder richten
Auf's uferlose Meer der Zeit hinaus,
Und seinem fernen Wogengange lauschen
Nachsinnend still in meinem Wiegenhaus.

Und das Alter — es findet endlich doch den Weg zurück in die Kindheit. Die alte Bibelleserin, die mit Mühe buchstabiert, und was sie herausbuchstabiert hat, nicht recht begreifen kann, faltet die Hände:

Und Gott, der die Seele ansiehet
Und hört auf die Worte nicht,
Der läßt es der Alten gedeihen,
Wie sie es im Herzen spricht.

Sie ist das „alte träumende Kind".

Was sucht er in dem Kinde? Was bedeutet ihm die Kindheit?

Der Traum der Kindheit taucht vor dem Dichter empor. Es ist wie ein Erwachen. Alle alt-bekannten Gegenstände sind da: in der Ecke die alte Wanduhr, der Tisch, das Stühlchen. Wie einst tanzen die Fliegen vor den Scheiben. Das Spinnrad schnurrt, und draußen fallen Axtschläge. Der Hofhund wandert grollend umher. Stimmen derer, die nicht mehr sind, rufen sich zu. Und mit der Macht des Erinnerns wacht in der Seele auf, was die Kindheit bedeutet. Glocken sind es, die ertönen. Es sind:

Die Glocken des eignen frommen Herzens,
Das du zum Markte der Sünde trugst,
Und im Gedränge der Welt verloren,
Jetzt auf den Wegen der Kindheit suchst.

Auf den Wegen der Kindheit sucht der Mensch seine verlorene Reine. Er sucht das Kind im Menschen. Aus dem Auge des Kindes aber schaut Gott. Die Kinderseele ergreift das „Wunder Gottes und der Seligkeit". Indem der Mensch seinen Ursprung im Kindesalter sucht, sucht er zugleich seinen letzten tiefen Ursprung — Gott. Auf ihn allein kann er bauen, wenn im Getriebe der Welt alles zusammenbricht:

Nun will auf nichts ich bauen mehr
Als wie auf Gott allein,
Vielleicht, eh' ich es selber denk',
Wird's Feierabend sein.

So ist die Richtung gegeben auf das Ewige. Wie ein Pilger ist der Mensch, dessen Blick sich in der „blauen Ferne des Himmels" verliert. Am Gestade steht der Pilger und schaut über's Meer:

So blickt der Pilger vom Gestade
Der Fremde träumend über's Meer,
Auf dem er einstens seinen Heimweg
Wird ziehn auf Nimmerwiederkehr.

Und was in der Tiefe der Menschenbrust an Wonne und Weh und Sehnsucht lebt, wird keiner hier enträtseln. Es ist der Mensch nicht in der Erde allein verankert. Es greift auch dieses über das Irdische hinaus in das Ewige. Die Klarheit ist bei Gott:

Ich weiß es wohl, ich werd' es niemals finden
Dies dunkle Lied, halb Seufzer, halb Gebet,
Kein Wort erreicht's, kein Reim vermag's zu binden,
Und keinem Maß der Silben ist es stät.
Ein ewig Räthsel wird es mich umschweben,
Ein heimlich Glück, ein unverstandner Schmerz,
Bis Gott es reimen wird zu seinen Zeiten:
Es ist mein eignes dunkles Menschenherz.

So steht der Vergänglichkeit, der Begrenztheit des Irdischen das Ewige gegenüber, dem Endlichen das Unendliche, der Realität das Übersinnliche, auch könnte man sagen dem Leben das Ideal. Dem Blick, der das Ewige sucht, verkehren sich die Wertakzente und Maßstäbe der Welt, schrumpfen unter der Gewalt des Geahnten die irdischen Verhältnisse zu winziger Zwerghaftigkeit zusammen. Diese Winzigkeit der endlichen Kreatur fühlt der Dichter zutiefst. Der Mensch kann nur, auf den Knien liegend, leise nach Gottes Hand tasten, wie die „Kindlein der Gasse thun, wenn sie still zu den Menschen flehn".

Aus der Endlichkeit aber sehnt sich der Mensch zu seinem Urquell, dem Unendlichen. Und in begnadeten Augenblicken tiefer Besinnung vermag er es, seine endliche Hülle abzustreifen und vorausahnend im Traum das Ewige zu ergreifen. Im Traum fühlt der einsame Vater aus dem „lichten Saal der Ewigkeit" Trost kommen. Sein Kind senkt sich zu ihm hinab in das „enge Kämmerlein der Zeit", mit dem Vater, bei dem niemand wacht, zu spielen, wie der Vater einst mit seinem Kinde im Sonnenschein spielte. Im Traum wird die am Bett ihres kranken Kindes kniende Mutter über die Grenzen der Zeitlichkeit hinausgetragen, in die Gefilde, wohin Gottes Engel das Kind nehmen. Der Traum ist dem in die Welt seiner Kindheit sich Versenkenden ein Erwachen aus „dunkler, stürmender Nacht des Lebens". Der Traum bringt die Kindheit und mit ihr die heraufläutenden Glocken ewigen Klanges. Der Traum erschließt das „uferlose Meer der Zeit". Wie eine aufdämmernde Ahnung zieht die Stimme der Ewigkeit durch die Seele des Menschen. Eine Stimme vernimmt der nach innen Lauschende. Sie spricht ihn an wie die des Vaters, der Mutter, eines Freundes. Er kann sie nicht enträtseln:

Und wie ich horch', da zieht ein Frieden
In meines Herzens Hader ein;
Es wird am Ende Gottes Stimme
In meiner Brust gewesen sein.

Wenn Traum und Ahnung den Menschen über das Gefühl seiner Endlichkeit hinausheben, so ist er doch von dieser in sich und außer sich in seinem Tun und Lassen begrenzt, ist er überall in die Endlichkeit seiner Natur gebannt. Und nicht vermag es der an den Dingen der endlichen Welt haftende Blick, in dieser einen Abglanz des Ewigen wahrzunehmen. Unerbittlich schroff weichen die beiden Pole auseinander. Eine unüberbrückbare Kluft liegt zwischen ihnen. Schmerzlich ist, bis auf den Grund der Verzweiflung niederzwingend, die Innewerdung dieser Kluft. Da erhebt sich der Humor, der gütige Ferge zwischen zweien Ufern, der die schneidenden Fesseln zu lösen kommt, den dunklen Trennungsstrom durchleuchtet, das schroffe Auseinanderbrechen milde entspannt. Und dieser Humor in seinem tiefen Verstehen und Gewähren tritt auch mit seinem so eigen schwingenden Unterton in Fircks' Dichtung hervor, obwohl auch zuzeiten ein herbes Richtertum, ein unerbittliches Messen des Zeitlich-Vergänglichen am Ewigen sich aufreckt. Das flüchtige Dahinrauschen alles Irdischen, des Menschenlebens wie der Ströme, Winde und Schatten, alles Irdischen, das vor dem Ewigen ein Nichts ist, diesen beklemmenden Gedanken entspannt der Dichter in humorvoller Besinnung und Schickung in die irdischen Schranken, während das Gedicht zum Schluß mit einer Wendung in das rettungslos Schmerzlich-Wehmütige in die Flucht des Unendlichen zu verhallen scheint. Der „alte, hinkende Gaul der Zeit" trabt zunächst auf den Wegen der Kindheit träge einher. Schläfrig graft er vom „Zifferblatt der Uhr die langen zwölf Stunden". Dann aber ändert sich sein Sinn:

Hilf Gott, Hilf Gott, welche Fliege hat
Die alte Mähre gestochen,
Sie stürmt als wie der leibhaft'ge Wind,
Die jüngst so faul noch gekrochen!
Sie rast dahin, wie der Strom zu Thal,
Wie der Herbstwind über den Hügel,
Wie der Wolke Schatten über die Flur,
Dem Reiter schwinden die Bügel.
Er streckt die Arme in's Leere aus,
Und unter des Rosses Hufen
Verstäubt das Leben — haltet den Gaul!
Doch Niemand höret sein Rufen!

Wie hier der Ruf in das Unendliche zu verwehen scheint, so klingt in den Gedichten vielfach eine metaphysische Bezogenheit durch; oft ist diese unausgesprochen, nur leise angedeutet und dringt gleich-

sam aus der Ferne her wie das Murmeln und Rauschen eines tiefen Meeres an das Ohr des versunken Lesenden. So auch in den feinen, gedanklich zugespitzten Gedichten, die oft so leicht und gleitend in der Form und zugleich gedankenbefruchtet und gefühlsmäßig untermalt sind. So auch in der kleinen Perle eines gerundeten Kunstwerks „Es wird geschrieben kein Wörtlein . . .": die Begrenztheit des menschlichen Gedankenkreises, der immer wieder gleiche Bahnen durchläuft, wird zum Erlebnis. Von hier aus richtet sich ein stummer Weiser auf das Grenzenlose, das Ewige auf. An die Begrenztheit des menschlichen Gedankens reiht sich diejenige des menschlichen Handelns, besonders des Tuns nach ethischer Richtung hin. Mächtig braust der „Freiheitssturm" der Leidenschaft. Der Mensch erhebt sich in seiner Kraft, und bald schleicht sich heran das „Mäuslein" der Reue, oder wie es in den bekannten Versen „Der Körper ist ein Lebemann . . ." gefaßt ist, wiegt „Frau Seele" „ihr Kind, das schreiende Gewissen". Auch das Fühlen ist zeitlich begrenzt. Das „alte Weiblein, die Zeit" heilt den Kummer, den die „Heilkünsteleien" der Moral nicht heilen können. Ein linder, versöhnender Zug geht durch dieses Gedicht. Und doch ist ein wehmütiger Unterton nicht zu verkennen, der auf dem Grunde des Empfindens ruht, daß auch hier alles Irdische seinen vergänglichen Fluß rauscht. Wie die Endlichkeit des menschlichen Gedankens, Handelns und Fühlens gegeben ist, so werden diese erfaßt in ihrer Bezogenheit auf daß Unendliche, Ewige.

Kehren wir zu der Frage des Kontrastes zurück. Es wurde erwähnt, daß einer tiefen Demut ein gewisser Stolz, zarten stark angeschlagene Töne gegenüberstehen. Es wurde deutlich, wie sich an die wehmütige Ergriffenheit angesichts der Vergänglichkeit des irdischen Daseins, an das Gefühl von dessen Nichtigkeit die volle Hingabe an diese schließt.

Im Sinne des bisher Ausgeführten indessen handelt es sich hier bei aller, oft nicht anders als gegensätzlich wirkenden Mannigfaltigkeit der Fircksschen Dichternatur letzten Endes nicht um einen Kontrast, der das geistige Profil des Dichters in auseinanderfallende Einzelflächen spaltet und so die Einheitlichkeit des psychischen Seins sprengt. Es handelt sich vielmehr um einen Kontrast, der in dem Wesen der Dinge selbst begründet liegt, der das Schicksal des Menschen darstellt. In die endliche Welt hineingestellt, lebt der Mensch in dieser und schließt sich ihr auf. Je tiefer in ihrem Kerne aber er sie erfaßt, um so mehr wird er ihrer Endlichkeit und Vergänglichkeit inne. So bohrt er sich an den Gedanken des Ewigen heran. Und

nun springen vor seinem seelischen Horizont die beiden Pole auf, zwischen denen er seine Fassung und Haltung sich immer erneut zu erringen hat. Aus dieser Wurzel werden die verschiedenen Formen seelischen Verhaltens hervorgetrieben, sei es daß der Mensch zunächst sich um so stürmischer an den flüchtigen Moment klammert, dann in tiefer Schwermut die Dinge betrachtet, deren Nichtigkeit erkennt, der Gefühlskreis des Todes und der Einsamkeit ihn umfängt, sei es daß dem kindlich-schlichten Gemüt in Traum und Ahnung sich das Ewige gibt und so die Stimme der Ewigkeit durch die Kreatur der Endlichkeit zieht, der Mensch zum Träger ewigen Lichtes wird, sei es daß er das Zeitliche an dem Ewigen unerbittlich zu messen unternimmt, sei es daß der Humor, der goldene Körner streuende Säemann, von Pol zu Pol schreitet.

So erhebt sich in der Dichtung Karl von Fircks' ein tief erfaßtes Bild des Menschentums, wie jenes rätselhafte Lied ihn wie die „Stimme zukunftferner Tage" berührt, jenes Lied, das im Grunde das eigene dunkle Menschenherz ist, das Gott zu seinen Zeiten reimen wird.

Briefe

des Livländischen Landmarschalls Friedrich Baron Meyendorff an den Öselschen Landmarschall Oskar von Ekesparre-Olbrück

Aus dem Nachlaß des letzteren veröffentlicht

von

Arved Baron Stackelberg

Fuimus Troes

Die nachfolgenden Briefe des Livländischen Landmarschalls Friedrich Baron Meyendorff an den Öselschen Landmarschall Oskar von Ekesparre-Olbrück werden aus dem Nachlaß des letzteren hier erstmalig veröffentlicht.

Diese Briefe, vorwiegend aus technischen und taktischen Notwendigkeiten und Bedürfnissen einer mühsamen, sich durch Jahrzehnte erstreckenden politischen Arbeit heraus geschrieben, sind nicht umfassend und nicht erschöpfend. Es besteht auch keine Gewähr für ihre Vollzähligkeit, denn das Archiv v. Ekesparre's erlitt während des Weltkrieges den Zugriff der russischen Gendarmerie. Dennoch geben sie einen Einblick in die konsequente und dauernde Zusammenarbeit

zweier bedeutender und beispielgebender Vertreter unserer Ritterschaften in der letzten kritischen, aber auch glanzvollen Epoche ihrer Geschichte.

Die staatsmännische Persönlichkeit des Briefschreibers, Landmarschalls Baron Meyendorff, ist in der Publizistik verschiedentlich dargestellt und gewürdigt worden, vornehmlich von Alexander von Tobien[1]).

Über den Landmarschall v. Ekesparre[2]) schrieb in seiner Beileidskundgebung der damalige Vorsitzende des Verbandes des Livländischen Stammadels und frühere Abgeordnete der Reichsduma Baron Otto von Engelhardt:

„Der Dahingegangene war Einer der hervorragendsten Vertreter unserer Baltischen Ritterschaften, der, begabt mit ungewöhnlichen Fähigkeiten des Geistes, ein halbes Jahrhundert hindurch in den höchsten Ämtern des Landes und des Reiches für baltisches Recht und Erhaltung deutscher Kultur gearbeitet und gekämpft hat[3]). Mit ihm ist der letzte Repräsentant des baltischen Adels von uns geschieden, der von der Blütezeit unserer Ritterschaften unter Alexander II. bis zu ihrer Vernichtung in unermüdlicher, nie erlahmender Arbeit mit seltenem Scharfblick für unsere geliebte Heimat gewirkt hat."

St. Petersburg 9. März 85.

Hochgeehrter
Herr von Ekesparre!

Sie sind und bleiben unser doyen, wenn Sie auch die Absicht hatten, sich zurückzuziehen. Ich freue mich sehr und drücke Ihnen die Hand. Etwas spät kommt mein Glückwunsch und Gruß, ich habe aber schwere Proben meiner Geduld ablegen müssen, die mir keine Zeit ließen, denn zum zweiten Mal in diesem Jahre und auf längere Zeit habe ich dieses Babylon aufsuchen müssen. Morgen reise ich wieder ab, und wer weiß, wann ich wieder herkommen muß. —

---

[1]) Alexander von Tobien, „Die Livländische Ritterschaft in ihrem Verhältnis zum Zarismus und russischen Nationalismus", Bd. I, Riga 1925.

[2]) Vgl. auch v. Tobien, Die Livländische Ritterschaft usw. Bd. I, S. 194, 195, S. 425 ff.; Eduard Freiherr v. Dellingshausen, Ritterschaftshauptmann von Estland, „Im Dienste der Heimat", Stuttgart 1930, S. 58, 85, 95, 128, 178.

[3]) Oskar v. Ekesparre war Landmarschall von Ösel 1876—1906; vom gesamten Adel Rußlands gewähltes Mitglied des Reichsrats 1906—12; vom Kaiser ernanntes Mitglied des Reichsrats 1912—17; Präsident des Öselschen Gemeinnützigen Verbandes 1920—25.

Ihren Herrn Bruder und Ihre Frau Schwägerin[1]) habe ich kennen gelernt und einen sehr angenehmen Abend dort verbracht. In Eisenbahn-Angelegenheiten ist Ihr Herr Bruder uns von unschätzbarem Werthe, und seine vielfachen Beziehungen leisten uns viele Dienste. Er ist so freundlich und entgegenkommend und scheut keine Mühe, so daß ich ihm zu großem Danke verpflichtet bin.

Nehmen Sie noch einmal meinen herzlichen Glückwunsch entgegen.

Ihr ergebener
Fr. Meyendorff.

[1]) Eugen v. Ekesparre, geb. 28. Juni 1845, gest. 1917 in Freiburg i. B.; damals Beamter im Eisenbahnministerium; Wirklicher Staatsrat. Anna v. Ekesparre, geb. Freiin v. Schilling-Cannstatt a. d. H. Hohenwettersbach, Baden.

Riga den 22. Mai 85.

Hochgeehrter College!

Daß ich in Riga Sie verfehlt habe, hat mir sehr Leid gethan, zumal ich Sie auch nicht auf dem Abschiedsdiner für Schewitsch[1]) traf. — Unterdessen habe ich von Richter[2]) gehört, wie es Ihnen in Petersburg gegangen ist, und ich gratuliere Ihnen zu der Geistesgegenwart, mit welcher Sie dem anziehenden Gewitter entgegentreten konnten. Bezeichnend ist diese entrevue für die gereizte Stimmung, welche mir namentlich Esthland zu verdanken haben.

Von Richter werden Sie wohl auch gehört haben, welche démarchen unsererseits in der Polizeisache unternommen werden sollen. Ich bin deswegen hier, um an der Supplik zu schmieden, und ich gedenke in der nächsten Woche nach Petersburg zu gehen, wohin Heyking[3]) und wahrscheinlich auch Tiesenhausen[4]) gleichfalls reisen werden. Mir thut es sehr Leid, daß wir noch nicht in der Residenz zusammengetroffen sind, wo mir Ihre Beziehungen gewiß von Werth wären, umsomehr, als etwas zu erfahren unendlich schwer hält, da das Amtsgeheimniß mehr als je in Anwendung gebracht ist. — Zum Trost kann ich mir sagen, daß es meinen Collegen Tiesenhausen und Heyking nicht besser geht.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr ergebener
Fr. Meyendorff.

[1]) Geheimrat Iwan Jegorowitsch Schewitsch, Gouverneur von Livland, vgl. v. Tobien, Die Livländische Ritterschaft usw. Bd. I S. 153.

[2]) Residierender Landrat Arthur von Richter, vgl. v. Tobien a. a. O. Bd. I S. 19.

[3]) Baron Alfons Heyking, Kurländischer Landesbevollmächtigter 1882–94, vgl. v. Tobien a. a. O. Bd. I S. 425.

[4]) Graf Woldemar Tiesenhausen, Ritterschaftshauptmann von Estland, vgl. v. Dellingshausen, Im Dienste der Heimat, S. 40, 46, 47, 200.

Alt-Bewershof
den 12. Juli 85
per Kokenhusen (Riga-Dünab. Bahn).

Hochgeehrter College!

Durch einen heute eingetroffenen Brief Ihres Bruders, d. d. 8. Juli, — erfahre ich, daß Sie wiederum in Petersburg sind. — Ich beneide Sie nicht! — Da Sie nun schon einmal in Petersburg sind, erlaube ich es mir, Ihre freundliche Vermittelung in einer uns gemeinsam berührenden Angelegenheit anzurufen. Ich meine die Polizeiangelegenheit. — Ich fange nähmlich an, etwas besorgt darüber zu werden, daß im Landrathscollegium noch immer nicht die Aufforderung eingetroffen ist, daß der Landtag sein Gutachten abgebe. — Da es eine gemeinsame Sache ist, wage ich es, Sie um die Freundlichkeit zu bitten, Erkundigungen nach dem Stande dieser Frage einzuziehen, und mir, — wenn Sie Ihrer Liebenswürdigkeit die Krone aufsetzen wollen, — darüber Mittheilung zu machen. — In Ihrer Güterssache geht es, nach einer freundlichen Mittheilung Ihres Bruders, besser, wozu ich Ihnen gratuliere.

Der besprochene Brief an T.[1]) ist noch immer nicht abgegangen, dank der sehr schlechten Übersetzung, die mir N. N. zusandte, und die wochenlang dauerte. Es ist mir nichts Anderes übriggeblieben, als unseren Rigaschen Übersetzer in Anspruch zu nehmen. Ich bin mit N. N. sehr unzufrieden, und ich komme daher auf die bei Ihnen angeregte Frage zurück, ob Ihr Bruder es übernehmen würde, den Livl.-ritterschaftlichen Sachen seine Kräfte zu widmen? Ob seine Zeit und seine Stellung es ihm erlauben, kann ich nicht beurtheilen. In der Eisenbahnsache hat er eine gute Probe, — wenn ich mich so ausdrücken darf, — abgelegt, und ich zweifle garnicht, daß in anderen Sachen es ihm ebenso leicht fallen würde. —

Ihr Bruder war so freundlich, mich davon zu avertiren, daß Scalon[2]) nach Riga kommen wird. Ein guter Empfang wird ihm sicherlich zu Theil werden — ich habe meinerseits das Mögliche gethan. Ich werde jedoch selbst nicht da sein, weil im Ritterhause ge-

baut wird. — Ich hoffe aber ihn auf der Station Kokenhusen begrüßen zu können.

Ihnen eine baldige Erlösung wünschend, grüßt Sie bestens

Ihr ergebener

Fr. Meyendorff.

1) Anscheinend Graf Dimitry Tolstoi, Minister des Inneren 1882–89, vgl. v. Tobien a. a. O. Bd. I S. 102.

2) Wohl identisch mit Geheimrat Eustachius Scalon, 1894—1902 Gouverneur von Estland.

Riga den 27. Febr. 94.

Hochverehrter College.

Ich benutze die Fahrt meines Neffen, des Kreisdeputirten Baron Wolff [1]), nach Arensburg, um Ihnen ein Lebenszeichen von mir zu geben, und Ihnen zu sagen, wie Leid es mir thut, daß wir uns Jahre lang nicht gesehen haben. Als Sie im vergangenen Jahre in Petersburg waren, hatte ich hier Landtag, und jetzt stehen Sie vor derselben Zeit. —

Ihr Bruder sagte mir in Petersburg, Sie wollten den heurigen Landtag benutzen, um zurückzutreten, hauptsächlich aus dem Grunde, weil Sie das Ende der ritterschaftlichen Verfassung nicht mit Ihrem Namen verknüpft sehen wollen. Sollte das wirklich Ihre Absicht sein, so würde mich das persönlich sehr schmerzen, und ich bitte Sie, mir zu gestatten, meine Zweifel darüber zu verlautbaren, daß jener obenerwähnte Grund wirklich ein stichhaltiger sei. Die gegenwärtige Zeitperiode ist unvergleichlich günstiger, als sie vor 3 Jahren war, denn die damals unmittelbar drohende Abschaffung der Verfassung ist viel ferner gerückt, als vor Jahren. Dies habe ich noch eben während meines Petersburger Aufenthaltes feststellen können. Zwar sehe ich durchaus nicht optimistisch in die Zukunft, und weiß sehr wohl, daß der zur Zeit eingetretene Aufschub der schlimmsten und drohenden Gefahren zum größten Theil einem Personenwechsel (Sipjägin [2]), Murawjéf) und nicht einem Systemwechsel zuzuschreiben ist. — Zeit gewonnen, ist sehr viel gewonnen, und aus dem Personenwechsel können vielleicht Schwenkungen hervorgehen, die wiederum einen Gewinn bedeuten. Aber selbst wenn der befürchtete Zusammenbruch früher eintreten sollte, weiß ich nicht, warum Sie nicht mit Ihrem Namen die lange Reihe der Landmarschälle schließen wollen, zumal dieser Schlußact, — so hoffe ich, —

in einer Weise sich vollziehen wird, die dem letzten Vertreter Ehre bringen muß.

Wenn meine Bitte in Bezug auf Ihre Entschließungen einen Einfluß haben sollte, so bleiben Sie. Es sind so manche Dinge in Vorbereitung, — z. B. Volksschulfrage, — bei welchen es vielleicht möglich wäre, daß die ritterschaftlichen Vertreter zu Commissions-Sitzungen hinzugezogen werden. Denken Sie sich dann einen homo novus an Ihrem Platz? — Auch wir verlieren dann.

Da ich die Ehre habe mit Ihnen gleichalterig zu sein, und ich vorläufig noch aushalte, so können Sie Ihre Jahre nicht vorschützen.

Ich bitte Sie also: bleiben Sie. —

In Kurland bekommen wir einen neuen Collegen. Wie es mit Keyserling[3]) werden wird, weiß ich noch garnicht; Sie kennen ihn noch als Collegen aus Ihrer ersten Amtsperiode; um so lieber wäre es mir, Sie dann noch häufig in Petersburg zu sehen.

Ich gebe nicht die Hoffnung auf, mit Ihnen zusammen amtiren zu können. —

Mit warmem Händedruck
Ihr Ihnen aufrichtig ergebener
Fr. Meyendorff.

[1]) Baron James Wolff-Rodenpois, Kreisdeputierter, dann Landrat in Livland.

[2]) Sipjagin, Minister des Inneren, ermordet 1902.

[3]) Graf Hugo Keyserling, Landesbevollmächtigter von Kurland.

Alt-Bewershof
den 28. Juli 95

Verehrter College.

Ihr gemeinsames Glückwunsch-Telegramm habe ich erhalten, und danke Ihnen sehr für Ihr freundliches Gedenken. Ich habe selbst so wenig Acht auf diesen Tag, daß ich an denselben garnicht gedacht hatte, und beim Eintreffen Ihres Telegrammes, das einen Tag später mich auf einer Reise nach Riga erreichte, daran erinnert wurde, daß wir beinahe gleichzeitig das Licht der Welt erblickten, Sie jedoch mit dem Rechte des Vortritts. Ich hole daher nach, was ich versäumt, und bezeuge meinem Amtsbruder nachträglich meine warme Verehrung.

Von Ihrem Bruder werden Sie gehört haben, wie meine große Sache steht. Wenig tröstlich. Ich besuchte Richter[1]) hier auf dem

Lande, und bat ihn, während seiner bevorstehenden Anwesenheit in Petersburg der Sache eingedenk zu sein. Ob und was er hat thun können, weiß ich noch nicht. Ich bin ganz bereit, noch einen äußersten Schritt zu wagen, lasse denselben aber von gewissen Eventualitäten abhängig sein.

Petersburger Nachrichten versichern, daß Graf Deljánow[2]) sich wiederverheirathet habe, und zwar mit einer Dame, die jedenfalls seinen Salon nicht wird weiterführen können. Was sagen Sie zu diesem alten ramolli? — Ferner spricht man jetzt mehr als je davon, daß Murawjéw Minister des Inneren werden solle. Jedenfalls haben wir dann wieder einen frischen Zug. Von wo der Wind blasen wird, weiß man natürlich nicht.

Seien Sie nochmals herzlich gedankt und gegrüßt von

Ihrem ergebenen
Fr. Meyendorff.

Sollten Ihre Petersburger Geschwister noch bei Ihnen sein, so bitte ich Sie mich ihnen bestens zu empfehlen.

[1]) Generaladjutant Otto von Richter. Vgl. v. Tobien a. a. O. Bd. I S. 98.

[2]) Iwan Deljanow, 1888 Graf, Unterrichtsminister. Vgl. v. Tobien a. a. O. Bd. I S. 102.

Riga den 22. September 97

Hochverehrter College.

Auf meiner Rückreise aus Dorpat vom Jubiläum der Livonia erfuhr ich von den Unruhen in Ösel in Betreff der vom Kreischef versuchten Beitreibung von Geldern zum Unterhalt einer Ministerschule. Ernst Nolcken[1]), der im Zuge war, konnte mir den Hergang genauer referiren, und meinte, der Sache sei kein größeres Gewicht beizulegen. — Hier angekommen erfahre ich aus sehr zuverlässiger und wohlmeinender Quelle, die Sache sei, in Abwesenheit von Surowzof[2]), von Bulygin und Dawidenkow benutzt worden, um gegen die Pastoren im Allgemeinen (im Speziellen gegen Pastor loci Masing) und gegen die Ritterschaft in Petersburg Stimmung zu machen. In diesem Sinne sei der Bericht an den Minister abgegangen. Ich nenne alle diese Namen, weil ich diesen Brief durch E. Nolcken schicke. Bulygin und Dawidenkow wollen sich, in Ermangelung anderer Veranlassung, die Sporen auf unsere Kosten verdienen. — Ich freue mich innig, daß der Unfug, der mit den Gründungen von

Ministerschulen getrieben wird, einmal zu einem derartig eclatanten Falle geführt hat, und bin fest überzeugt, daß weder Pastor noch Kirchenvorsteher irgend Etwas gethan haben, was unerlaubt wäre.

Ich halte mich für verpflichtet, Ihnen diese Intrigue mitzutheilen, damit Sie vorbeugen können.

Ende dieses Monates werde ich auf wenige Tage nach Petersburg reisen. Sollten wir uns dort sehen?

Mit herzlichem Gruß
Ihr Ihnen ergebener
Fr. Meyendorff.

Meine Nachrichten sind sehr confidentiell zu behandeln und stammen aus zuverlässiger Quelle.

[1]) Ernst Baron Nolcken-Randefer.

[2]) General Wladimir Surowzow, Gouverneur von Livland 1896—1900, vgl. v. Tobien a. a. O. Bd. I S. 168.

Riga Ritterhaus
den 15. Oct. 97

Hochverehrter College

Ihren Brief habe ich erhalten, und ich freue mich sehr, daß die Sache nicht zum Nachtheil des Pastors oder eines der Eingepfarrten verlaufen ist, was ich ja auch immer geglaubt hatte. — Die nochmalige Abstimmung ist wohl eine unglaubliche Dummheit gewesen, und wird dem Urheber wohl unliebsame Folgen bringen, — wie ich höre. —

Nun noch etwas Anderes. — Die Baltische Monatsschrift bringt, wie Sie wissen, in jedem Hefte eine Art von Chronik, in welcher einfach chronologisch alle wichtigeren Regierungs-Erlasse, wichtigere Begebenheiten, und auch die wichtigsten Beschlüsse der Adels-Corporationen gebracht werden. Diese Zusammenstellung, die auf das Sorgfältigste ausgearbeitet wird, — muß auch für die Zukunft besonderen Werth bekommen, da etwas Ähnliches nicht existiert und sonst aus den Acten der einzelnen Instanzen und Autoritäten mühsam zusammengeschleppt werden müßte. Ja einzelne wichtige Begebenheiten, die für das Leben in unseren Provinzen bezeichnend sind, würden in späteren Zeiten ganz verschwinden, wenn nicht jetzt von den Zeitgenossen eine Fixirung stattfände. Die Livl., Kurländische und Esthländische Ritterschafts-Kanzlei liefert daher seit einiger Zeit, —

natürlich unter gehöriger Kritik des Materiales, — auch ihrerseits Beiträge, um dem Lese-Publikum ein vollständiges Bild zu bieten.

Aus Ösel fehlt bisher noch etwas Ähnliches, und ich richte daher an Sie die Bitte, ob es Ihnen nicht möglich wäre, die Öselsche Ritterschafts-Kanzlei zu veranlassen, derartige chronikartige Zusammenstellungen, nachdem dieselben von Ihnen oder dem residirenden Landrath geprüft worden, fortlaufend und dem Materiale entsprechend, der Redaction der Baltischen Monatsschrift zuzusenden.

Die Vollständigkeit dieser Chronik und ihr Werth für die Zukunft würde dadurch ungemein gewinnen.

Am 25. od. 26. October gedenke ich in Petersburg einzutreffen, wo ich wiederum eine Menge Dinge zu betreiben habe, und auch sehr wichtige.

Wahrscheinlich wohl werden wir uns dort sehen, da mir Ihr Bruder Ihre Ankunft als ziemlich gewiß ankündigte.

Mit herzlichem Gruß

Ihr ergebener

Fr. Meyendorff.

Riga den 20. Apr. 99

Hochverehrter College!

Ihren Brief vom 1. April erhielt ich erst am 17ten. Ich hätte Ihnen gleich geantwortet, wenn ich die erforderlichen Daten zur Hand gehabt hätte, was in Folge der Feiertage mir erst jetzt gelungen ist. Leider werde ich Anfang Mai nicht mehr hier, sondern in Petersburg sein, der Krugsfrage wegen. Auch Sie hoffe ich bestimmt in der Conferenz zu sehen. Außerdem habe ich noch mehrere andere Sachen zu betreiben, unter Anderem unsere Steuerreform-Frage.

Tiesenhausen[1]) ist während der Feiertage nicht hier, so daß ich mit ihm wegen der Wegegelder nicht habe sprechen können. Das werde ich nachholen. Das Schreiben Ihres Landraths-Collegiums ist eingetroffen, welches wesentlich dieselben Bedenken enthält, welche Sie in Ihrem Schreiben auseinandersetzen.

Die Livl. Ritterschaft will, soviel in ihren Kräften steht, der Öselschen Ritterschaft entgegenkommen und deren selbständiges Budget- sowie das Dispositions-Recht über die Wegegelder wahren. Dazu gehört sich die Abtrennung einer gewissen Summe von den 2 931 R., welche als Öselscher Wegebaufonds der Öselschen Ritterschaft zur Disposition

zu stellen wäre. Auch eine besondere Vertretung Ösels in der Gouv. Commission kann nur in unserem Interesse liegen. — Diese Abtrennung glaubten wir am Besten in der Weise vorzuschlagen, daß Ösel das erhält, was es factisch bis jetzt aufgebracht hat. Das sind aber jene 7 420 Rubel, von denen 3 961 R. indirecte Zuschlagssteuern sind, und 3 459 R. direct aus den Landesprästanden, d. i. vom Grund und Boden (für den Bauercomissaire, der Beitrag zum Unterhalt der Gouv. Commission in Bauernsachen, und des Gouv. statistischen Comités) aufgebracht werden. Wenn nun diese 3 459 R. — nach Tiesenhausens Vorschlag, als Zuschlag zur Dessjätinensteuer aufgebracht werden sollten, so verstehe ich nicht, worin die Überlastung liegt, da diese Summe von Ösel bisher als Landesprästande aufgebracht worden ist. In Livland wird die Reichsdessjätinensteuer ebenso aufgebracht, wie die Landesprästanden, nur sind bei letzteren die Wälder nicht besteuert, bei der Reichsdessjätinensteuer aber wohl (ausgenommen die Kronswälder), das heißt also, zur Landesprästande tragen alle Kronsländereien (excpt. Wald) ebenso bei, wie die Privatländereien. In Ösel scheint die Repartition also eine andersartige zu sein. — Doch sei nun dem, wie ihm wolle. Gemäß Entscheidung des Finanz-M. vom 17. März c. wird Ösel als Zuschlag der Dessjätinen-Steuer nicht mehr als 748 Rbl. 5 C. zu zahlen haben, wodurch Tiesenhausen mit seiner Meinung durchgefallen ist. — So wie ich die Sache übersehe, würde Ösel als jährlichen Wegebaufonds mithin erhalten:

1) als Zuschlag zur Reichs-Dessjätinsteuer . 748,05 C.
2) von den indirecten Steuern . . . . 3961,— „

in Summa . . 4709,05 Cop.

also viel weniger, als wir Ihnen haben zuweisen wollen. — Es ist wohl sehr gut, daß Sie deswegen herkommen wollen, um mit Tiesenhausen und Surowz.[2]) zu verhandeln. Der Letztere hat leider so wenig Initiative, ist so unschlüssig und langsam, daß nichts vorwärts geht.

Gestern bekam ich ein Schreiben vom Gouverneur, in welchem er anzeigt, daß gleich nach Ostern die Conferenzsitzung in Sachen des Monopols beginnen soll; der Tag der ersten Sitzung steht noch nicht fest. —

Auf Wiedersehen in Petersburg und mit dem herzlichsten Gruß

Ihr ergebener
Fr. Meyendorff.

[1]) Heinrich Baron Tiesenhausen, geb. 14./26. Mai 1843, 1887—1902 residierender Landrat, 1906 Reichsratsmitglied, starb in Riga 18./31. Oktober 1914. Vgl. v. Tobien a. a. O. Bd. I S. 23 ff.

[2]) General Wladimir Surowzow, Gouverneur von Livland 1896–1900, vgl. v. Tobien a. a. O. Bd. I S. 168.

Riga den 20. Febr. 1901

Hochgeehrter College.

Meinen verbindlichsten und herzlichsten Dank für Ihre ausführlichen und interessanten Mittheilungen vom 16. dieses Monats. Das ist ein großer Erfolg, Ihnen zu danken, daß die Regeln vom März 1869 auf den Verkauf der Bauerländereien der Ritterschaftsgüter nicht angewandt werden können. Ihr neuestes mémoire haben Sie mir eben geschickt, es fehlt mir jedoch Ihr mémoire, betreffend Unanwendbarkeit der Regeln von 1869. Ich bitte Sie sehr, mir eine Abschrift machen und übersenden zu lassen. Dasselbe ist mir auch sonst von Wichtigkeit, weil ich dasselbe mit meinem im Mai verg. Jahres Gerardt[1]) eingereichten mémoire vergleichen will, welches denselben Gegenstand behandelt. Eine Abschrift von diesem im Mai eingereichten mémoire werde ich Ihnen nächstens senden.

Noch habe ich keine Nachricht, ob der Allerh. Befehl wegen Überweisung der Krugssache an den Senat, abgegangen ist, und ich erwarte mit Spannung eine bezügliche Mittheilung Ihres Bruders.

Nach den neuesten Nachrichten soll es Paschkow[2]) besser gehen, und Aussicht für seine Genesung vorhanden sein. Das wird aber lange dauern, und unterdessen leiden wir unter dem Interimistikum.

Ich bitte Sie meinen herzlichen Dank für Ihren warmen und freundschaftlichen Brief entgegenzunehmen, Etwas was ich hochschätze.

Seien Sie freundlichst gegrüßt von

Ihrem Ihnen aufrichtig ergebenen
Fr. Meyendorff.

[1]) Senator Geheimrat Gerard.

[2]) General Michail Paschkow, Gouverneur von Livland 1901—1905, vgl. v. Tobien a. a. O. Bd. I S. 169.

Riga den 9. Mai 1902

Hochgeehrter College.

Meinen besten Dank für Ihre Mittheilungen. Ich bedauere sehr, Sie in Riga nicht haben empfangen können, vor Allem, weil

es mir eine große Freude gewesen wäre, Sie bei mir zu sehen, dann auch, um die brieflich verschwiegenen wichtigen Nachrichten zu hören.

So glücklich ich Sie schätzen muß, durch Ihre guten persönlichen Beziehungen zu W.[1]) für Ihre Ritterschaft alles Gewünschte erreicht zu haben, so entmuthigend ist es für mich, daß er, wie es scheint, aus persönlicher Ranküne, Livland vielleicht schlechter behandeln könnte. Nun wir wollen sehen, wie der Haase läuft; ich wünsche nur, daß die Entscheidung baldigst eintreffe.

Mit herzlichem Gruß

Ihr ergebener

Fr. Meyendorff.

[1]) Sergej Julisewitsch, später Graf, Witte; damals Finanzminister.

Riga den 21. Juni 1902

Hochgeehrter College!

Jetzt ist der Landtag und darauf folgende Convent geschlossen und ich kann etwas Ruhe genießen. — Doch nicht auf lange, und zwar aus folgenden Gründen. — Aus sicherer Quelle erfahre ich, daß Witte seinen fürstlichen Gehilfen herschickt, um in der Entschädigungsfrage Umschau zu halten. Man hat mir ferner gesagt, daß man im FinanzM. plant, den commissionsweisen Brandweinverkauf in den Krügen wieder aufzunehmen. Es ist eine Denkschrift in diesem Sinne einverlangt worden. Das wäre wiederum ein Versuch, die Sache hinzuziehen bis zum Herbst, ein Schachzug, um die Summe der Entschädigungen auf nichts herabzusetzen. W. soll gesagt haben, es sei unmöglich, eine Basis zu finden für eine Kapitalzahlung, dafür gedenke er diese Form einer Entschädigung vorzuschlagen. Lumpiger, unter bureaukratischer Maßregelung stockender commissionsweiser Verkauf!!!

Damit wäre das Tischtuch zwischen W. und uns zerschnitten. Ich will daher nach Petersburg fahren und bitte Sie dringend, auch zu kommen. — Wann ich reise, hängt von Obolensky's[1]) Anwesenheit ab, der eben auf sein Gut im Kaluga'schen gefahren sein soll.

Ich habe Ihrem Bruder geschrieben und ihn gebeten, Erkundigungen über O.[2]) einzuziehen. Anfang Juli werde ich mich wohl aufmachen müssen.

Bis zum 26. Juni bin ich hier, dann in Alt-Bewershof über Kokenhusen.

Mit freundlichstem Gruß

Ihr ergebener

Fr. Mdrff.

[1]) Gehilfe des Finanzministers, Fürst Obolensky.

[2]) Offenbar derselbe.

Alt-Bewershof
E. St. Kokenhusen
Riga-Oreler-Bahn
den 28. Juni 1902

Hochgeehrter College.

Auch ich kann mir die verschiedenen Nachrichten nicht zusammenreimen, und bin vollends zweifelhaft, ob meine Quelle (Umnow und Bellegarde) zuverlässig instruirt ist, nachdem ich am 26. Juni, kurz vor meiner Abreise aus Riga, bei Bellegarde[1]) ein Papier aus dem Finanz-M. las, laut welchem, vom Finanzminister bestätigt, in Bezug auf das Journal vom 2-ten April, festgesetzt wird:

1) Die Kellerbücher sind als Grundlage der Berechnung für jeden einzelnen Krug anzunehmen;
2) Für die водочныя издѣлія sind 5 % von dem Consum des Brandweins festzusetzen.
3) Für den Brutto-Gewinn sind, nach Accise-Bezirken, die Unterschiede zwischen dem Einkaufs- und Verkaufspreise (scl. in den Krügen) festzusetzen.
4) Für die Abgaben sind nur die Bierpatente mit 12 R. 50 C. von der Gesamtsumme von 154 Rbl. 50 C. abzuziehen, sodaß 142 Rbl. als Abgabenquantum für jeden Krug zu berechnen sind.
5) 50 % von der dergestalt berechneten Summe wären als Entschädigung dem Krugsbesitzer zu zahlen.
6) Für Leckage und Transport sind 0,6 Cop. pro Grad od. 24 Cop. pro Wedro, und nicht, — wie die Majorität der Commission wollte 1 Cop. pro Grad oder 40 Cop. pro Wedro zu berechnen.

Also nur ein kleines Zugeständniß in Punkt 6, und in Punkt 4 statt 154 R. 50 Cop. — 142 R. an Abgaben.

Das Schreiben wurde mir, — es war eben erst angekommen, — nur einmal vorgelesen, jedoch glaube ich genau Alles wiedergegeben zu haben.—

Es ist empörend; nicht mit einer Silbe wird meines Separatvotums erwähnt, meines Vorschlages, der Ritterschaft die Vertheilung zu überlassen, — und hauptsächlich ungerecht ist die Abgabenberechnung.

Für Ösel scheint mir noch eine Möglichkeit günstigerer Entscheidung vorzuliegen, da das Journal vom 28. Mai noch nicht vorgelegen hatte, jedoch fürchte ich auch für Ösel, daß dieselben Bedingungen der Berechnung maßgebend sein werden, — mit Ausnahme der getrennten Berechnung zwischen Ösel und dem Festlande.

Unterschrieben ist das Schreiben von Новиковъ, Chef des fiskalischen Brandwein-Verkaufes.

Die größte Ungerechtigkeit liegt in der Abgaben-Berechnung, was dem Reichsrathe wohl hoffentlich klar gemacht werden könnte.

Sobald ich Nachrichten über Obsky[2]) erfahre, theile ich Ihnen solche mit.

Auf Wiedersehen Petersbrg. oder Riga.

Herzlichen Gruß von

Ihrem ergebenen

Fr. Meyendorff.

[1]) Kammerherr Alexis Walerianowitsch Bellegarde, damals Vizegouverneur.
[2]) Fürst Obolensky, s. o.

Riga den 10. Jan. 1903

Livländischer Landmarschall

Hochgeehrter College

Vor Allem meinen freundlichsten Glückwunsch zum neuen Jahre mit der herzlichen Bitte, auf Ihrem Posten noch recht lange ausharren zu wollen. Sie wissen sehr gut, daß diese Bitte keine Phrase ist, sondern meinerseits begleitet worden ist mit der Einsicht, daß Sie uns Allen wesentliche Dienste mit Ihrem Bleiben leisten.

Die Sitzungen, betreffend die landwirtschaftlichen Nothstände haben stattgefunden, leider ohne Vertretung seitens der Öselschen Ritterschaft. Das hat zur Folge gehabt, daß die angeregte Frage wegen obligatorischen Verkaufes der Bauerländereien in Ösel, nicht energisch genug zurückgewiesen werden konnte. Die endgültige Fassung im Journal habe ich noch nicht gelesen, sie wurde meinerseits in der Richtung in der Sitzung vertreten, daß es der Öselschen Ritterschaft anheimgestellt werde, Mittel und Wege ausfindig zu machen, durch welche der Bauerland-Verkauf in Ösel in Fluß ge-

bracht und beschleunigt werde. — Wie ich nachher erfahren, soll der Gouverneur die Frage wegen obligatorischen Verkaufs der Bauerländereien ganz besonders ins Auge gefaßt haben.

In nächster Zeit wird, — so hoffe ich, die Schlußsitzung in Sachen der Krugsentschädigung hierselbst stattfinden. Die Rückkehr von Dragnewitsch aus Petersburg, welche in diesen Tagen stattfinden wird, ist abzuwarten. Alles das muß bald geschehen, um diese leidige Angelegenheit zum Abschluß zu bringen. — Ich hoffe bestimmt, daß Sie zu dieser Sitzung herkommen werden, und ich bitte Sie darum in dringendster Weise.

Seien Sie herzlich gegrüßt von Ihrem ergebenen

Fr. Meyendorff.

Riga den 10. Febr. 1903

Livländischer Landmarschall

Hochgeehrter College.

Gestern kam ich aus Petersburg zurück und beeile mich, Ihnen mitzutheilen, daß die Regeln über den Verkauf der Bauerländereien auf den Ritterschaftsgütern, wie solche im M. des Inneren ausgearbeitet worden, nunmehr dem M. der Finanzen, der Domainen u. der Justiz zur Begutachtung zugehen werden, um dann im Herbst im Reichsrathe zur Berathung zu gelangen. Den Inhalt dieser Regeln habe ich nicht erfahren können, hoffe jedoch mit Hilfe Ihres Bruders ein Exemplar erhalten zu können. Wie mir Gurko, Director des земскій отдѣлъ mittheilte, würden wahrscheinlich wohl die Vertreter der Ritterschaften zu den Verhandlungen im Reichsrathe zugezogen werden. —

Wie ich Ihnen schon früher mitgetheilt habe, wurde während der Berathungen über den landwirtschaftlichen Nothstand auch die Frage über den obligatorischen Verkauf der Bauerländereien angeregt, und zwar geschah das in meiner Section.

Für das Festland wurde die Resolution in dem Sinne angenommen, daß von einem obligat. Verkauf nicht die Rede sein könne, da nur 11% des Bauerlandes unverkauft seien, für deren Abwickelung besondere Maßnahmen nicht erforderlich seien.

Für Ösel war die Sache sehr viel schwieriger, dennoch wurde die Resolution angenommen, daß das Comité den Wunsch aussprach, es möge die Öselsche Ritterschaft ersucht werden, Mittel und Wege ausfindig zu machen, auf welchen der Bauerland-Verkauf beschleunigt werden könne. —

Da kein Vertreter von Ösel zugegen war außer eines Gemeinde-Altesten, ich glaube Schumann, und die Nothwendigkeit, in dieser Beziehung Beschluß zu fassen, sehr stark betont wurde, — so schien mir der obige Ausweg nicht allein loyal, sondern auch zweckentsprechend zu sein. —

Da ich die Beschlüsse des Nothstand-Comités für ziemlich irrelevant hielt, zumal auch in Petersburg mir gesagt wurde, daß das massenhafte Material wohl nur dazu dienen werde, den Central-Gouvernements zu helfen, so habe ich kein großes Gewicht auf diese Angelegenheit gelegt, bin jedoch in Petersburg und zuletzt auch hier eines Besseren belehrt worden. Der Gouverneur hat sich mit großem Eifer dieser Frage bemächtigt, wie er überhaupt reformsüchtig aus Petersburg zurückgekehrt ist. Er ist in Petersburg in dieser Richtung unterstützt worden; und es ist bestimmt zu erwarten, daß er mit dieser Angelegenheit vorgehen wird. — Auch läge es nahe, die Verkaufsmodalitäten für die Bauerländereien der Ritterschaftsgüter auch für die Privatgüter anzunehmen, wenn einmal die Frage des obligatorischen Verkaufs ins Rollen gebracht worden. — In Esthland soll für den Verkauf der Bauerländereien die Baueragrarbank in Vorschlag gebracht worden sein Kurz caveant consules. —

Was die Krugsentschädigungsfrage betrifft, so will Obolensky[1]) Alles daran setzen, die Sache noch in dieser Session des Reichsrathes zu Ende zu bringen. Zu diesem Zwecke versprach er mir, ein [unleserlich] zur Beschleunigung hierher zu senden. Wir werden also bald eine Sitzung hier haben, und Sie dürfen dann auf keinen Fall fehlen. — Obolensky sagte mir, daß, wenn Ende Februar die Schlußrechnung der Gouv. Commission bei ihm einlaufen, er bis zum 15. März fertig werden würde, und mit Kokowzew's Hilfe die Sache im Reichsrathe beschleunigen werde.

11. Febr. Gestern unterbrochen. Wann die Sitzung hier stattfinden wird, weiß ich noch nicht. Heute war ich bei Dragnewitsch, fand ihn aber nicht. Sobald ich Näheres erfahre, telegraphire ich Ihnen.

Seien Sie herzlich gegrüßt von

Ihrem ergebenen

Fr. Meyendorff.

[1]) Siehe oben.

Alt-Bewershof
den 30. Juli 1903
über Kokenhusen
Riga-Oreler Bahn

Livländischer Landmarschall

Hochgeehrter College.

Auf Ihre Anfrage vom 24. Juli c. kann ich Ihnen Folgendes mittheilen. Mein Separatvotum zur Sitzung vom 26. März war kurz und betonte meine abweichende Meinung in Bezug auf die Auslassung einer gewissen Anzahl von Krügen, und in Bezug auf die Abgaben-Berechnung bei dem Hinzufügen, daß ich mir vorbehielte, dem Minister eine détaillirte Motivirung einzureichen. Dem Convente im Mai berichtete ich über diese Situation, welcher unter Anderem mich bevollmächtigte, den Abzug der Abgaben in der Höhe der Differenz zwischen der Zeit vor dem 1sten und nach dem 1sten Juli zu vertreten. Am 9. Juni übergab ich dem Fürsten Obolensky die beifolgende Denkschrift, in Bezug auf welche er nach einigen Tagen Bedenkzeit und Besprechung mit Witte[1]) sagte, daß die Tracteure und die 14 Krüge aufzunehmen seien, wegen der 18 Krüge er einige Zweifel hege und wegen der Abgaben-Berechnung gleichfalls seine Meinung noch nicht sagen könne, daß aber jedenfalls meine Denkschrift dem Reichsrathe in extenso vorgelegt werden würde. — Der formale Gang werde der sein, daß der temporairen Commission etwa im September die Instruction des FinanzM. zur Umrechnung zugehen, und daß dann der Reichsrath im November, spätestens December über die Vorlage Entscheidung zu treffen haben werde, sodaß in der ersten Hälfte 1904 die Millionen zur Auszahlung gelangen würden. Wegen des Satzes der Verzugszinsen sagte er mir noch nichts.

In Betreff des Vertheilungsmodus sagte mir Obolensky, daß die Sache sehr glatt, d. i. Übergabe des Geldes an die Ritterschaft und Verteilung der Quoten an die Berechtigten durch die Ritterschaft, — gehen werde, da für 1313 Krüge von der Gesamtzahl von 1320 — Zustimmungsdeclarationen eingegangen sind. Bei 7 Krügen liegen Erbgangsschwierigkeiten und juristische Verklausulirungen vor. —

Das ist in gedrängter Kürze der Gang und Stand der Sache.

Ich bitte Sie, mir die Beilage nach gemachtem Gebrauch zurückzusenden, da dieselbe dem Landr. C.[2]) übergeben werden muß. —

Mit freundlichstem Gruß empfiehlt sich Ihnen

Ihr ergebener

Fr. Meyendorff.

[1]) Siehe oben.

[2]) Landratskollegium.

Riga 28. März 1905

Hochgeehrter College.

Es thut mir sehr Leid, daß es Ihnen nicht möglich ist, am 1. April zu unserer vorläufigen Besprechung zu erscheinen. Ich habe mein Möglichstes gethan, aber es ist schwer, 4 Köpfe unter einen Hut zu bringen. — Als Sie mir telegraphirten, daß Sie nur vom 8. April ab zur Disposition ständen, setzte ich sofort Dellingshausen[1]) und Lieven[2]) davon in Kenntniß und proponirte den 11. April. Dellingshausen, der seines auf den 14. Juni provozirten Landtages wegen zu einer beschleunigten Verhandlung drängt, antwortete mir, daß er am 11. April nicht erscheinen könne, und bat, beim 1. April zu bleiben. Da Lieven auch darauf einging, blieb mir nichts Anderes übrig, als diesen Termin beizubehalten. Diese Conferenz ist übrigens nur eine vorläufige, noch nicht die „Baltische" in ihrem vollen Bestande, um zu erfahren, was Esthland plant, u. Kurland zu machen gedenkt, und in welchem Tempo gearbeitet werden soll. Auch kann ich nur in skizzenhafter Weise mittheilen, in welcher Richtung etwa die ritterschaftliche Commission in Livland arbeitet.

Ich werde Sie natürlich von dem Ergebniß unserer Zusammenkunft in Kenntniß setzen.

Sie werden hoffentlich hieraus entnehmen, daß ich Alles gethan habe, um Ihrem Wunsche entgegenzukommen, und daß aus von mir unabhängigen Gründen leider Dieses nicht möglich gewesen ist.

Es grüßt Sie herzlich

Ihr ergebener

Fr. Meyendorff.

Paschkow[3]) sagte mir neulich, er erwarte zu Ostern das Resultat seiner Bemühungen in Bezug auf Ihre Person.

[1]) Eduard Freiherr von Dellingshausen, Ritterschaftshauptmann von Estland. Vgl. sein Werk „Im Dienste der Heimat", Stuttgart 1930.

[2]) Fürst Georg Lieven-Kabillen, Landesbevollmächtigter von Kurland, vgl. v. Dellinghausen a. a. O. S. 85, 93, 103 ff.

[3]) Gouverneur von Livland, siehe oben.

Riga den 11. April 1905

Hochgeehrter College.

Gerne komme ich Ihrem Wunsche nach, Ihnen über unsere Besprechung am 1. April Mittheilung zu machen.

Lieven wird die Beschickung der Baltischen Conferenz bei seinem Ritterschafts-Comité beantragen. Wie ich gehört habe, sollen in die Kurl. ritterschaftliche Commission durch Umfrage im Lande gewählt werden Lieven[1]), Heinrich Keyserling[2]), Fölckersahm[3]), Hörner[4]) u. Rahden[5]). Hierbei sind alle Parteien vertreten. Wer von diesen Herren in die Baltische Conferenz gewählt werden soll, steht noch aus. Derselbe Modus, scl. Beschickung der Conferenz, wird bei uns u. in Esthland angewandt werden.

Unsere Besprechung beschränkt sich auf eine confidentielle, unverbindliche Mittheilung der in Livland u. Esthland in den bezüglichen Commissionen zu Tage getretenen Vorschläge, die übrigens in keiner Weise als endgiltig anzusehen sind. Diese vorläufigen Vorschläge werden Ihnen in Abschrift zugefertigt werden.

Ferner besprachen wir den Termin des Zusammentritts der Baltischen Conferenz und einigten uns auf die zweite Hälfte des Mai-Monats. Ich hätte gern einen späteren Termin gesehen, weil wir wahrscheinlich nur halbfertig sein werden mit unseren Commissionsvorschlägen, Dellingshausen wünschte aber einen frühen Termin, um seinem zum 14. Juni provozirten Landtage Vorlage machen zu können. Lieven war damit einverstanden, möchte jedoch alle Vorschläge nur als referendum nehmen zu können. Wir können ja auch nur Vorarbeiten für unseren Landtag machen, der im November stattfinden wird. — In Petersburg sagte mir Gerbel[6]), es sei gut, daß wir uns beriethen, und im Stande sein würden, der von ihm zu berufenden Conferenz in Sachen der Reform der Selbstverwaltung gewisse Hauptgrundsätze vorlegen zu können. Er nannte als Termin den August, als ich ihm sagte, das sei viel zu verfrüht, da wir im November Landtag hätten. Gerbel wollte darüber dem Minister berichten.

Sie sehen hieraus, daß ein rasches Tempo im Ministerium gewünscht wird. Ich hoffe bestimmt, daß diese Suppe nicht so heiß genossen werden dürfte, als sie gekocht ist. —

Ganz confidentiell kann ich Ihnen mittheilen, daß ein Gouverneurswechsel bei uns bevorsteht. Unser General[7]) ist der jetzigen unruhigen, aufrührerischen Situation nicht gewachsen.

In der Hoffnung, daß Sie mit dem Termin zum Zusammentritt der Baltischen Conferenz einverstanden sind, grüßt Sie

In alter Freundschaft

Ihr ergebener Fr. Meyendorff.

[1]) Landesbevollmächtigter Fürst Lieven-Kabillen.

[2]) Heinrich Graf Keyserling, 1886–91 stellvertr. Landesbevollmächtigter.

[3]) Hamilkar Baron Foelkersahm, geb. 1854, gest. 1929, 1907–17 Vertreter des kurl. Großgrundbesitzes in der Reichsduma. 1908 Mitglied des Balt. Provinzialrats.

[4]) Rudolf von Hörner-Ihlen.

[5]) Alexander Baron Rahden-Maihof.

[6]) Chef der Landschaftsabteilung des Innenministeriums.

[7]) Paschkow, siehe oben.

Alt-Bewershof
den 29. Juli 1905.

Hochgeehrter College.

Herzlichen Dank für Ihren theilnehmenden Brief vom 24. Juli. Mein Schreck, als mich die Nachricht über die Unruhen in Petersburg ereilte, war groß. Doch beruhigte mich bald ein Telegramm meiner Frau, welche mit großer Ruhe u. Entschlossenheit mit meinem vortrefflichen Verwalter alle Vorsichtsmaßregeln ergriffen hatte. Sehr wesentliche Unterstützung erfuhr sie durch die Colonnen unseres Selbstschutzes, welche aus jungen entschlossenen Leuten bestehend, bereit sind, jeden Augenblick sich auf die bedrohten Punkte zu werfen, bis Militär anrückt.

So stehen auch jetzt in Bewershof 25 Mann, während deren Anwesenheit natürlich nichts passirt. Ewig können sie natürlich nicht bleiben, und was dann sich ereignet, steht in Gottes Hand. — Ich bin nur auf wenige Tage hergekommen, u. fahre morgen wieder zurück, weil der neue Gouverneur [1]) Montag eintrifft, u. weil angeblich meine Person auf dem Lande gefährdet ist. So gestaltete sich meine Fahrt von Kokenhusen hierher zu einer merkwürdigen, indem ich vom Kreischef-Gehilfen begleitet, u. von einem Schwarm schützender junger Leute umgeben war. Auch hier bin ich behindert, mich frei zu bewegen, weil angeblich aus dem Hinterhalt auf mich aufgelauert wird.

Die Feuerschäden haben mich nicht stark geschädigt, weil Alles versichert war; jedoch ist Futter in diesem Jahr nur schwer für Geld zu erhalten. — Ich glaube nicht, daß offenbare Gewaltthätig-

keiten stattfinden werden, vor Brandschäden fürchte ich mich jedoch.

Seien Sie freundschaftlich gegrüßt von

Ihrem ergebenen

Fr. Meyendorff

[1]) Geheimrat Nikolai Alexandrowitsch Sweginzow, vgl. v. Tobien a. a. O. Bd. I S. 170 ff.

16. III. 1906.

(Telegramm) Landmarschall von Ekesparre.

Arensburg.

Werden Sie von Oeselscher Ritterschaft als Wahlmann für Reichsrath Adels Wahl Kongreß gewählt werden oder kann Livländische Ritterschaft Sie wählen.

Landmarschall Meyendorff.

Alt-Bewershof
den 24. Juli 1909
über Kokenhusen.

Hochgeehrter Freund.

Meinen herzlichen Dank für Ihr freundliches Telegramm, das mir eben aus Riga zugeschickt wurde. Ihnen, meinem verehrten Altersgenossen, bringe ich nachträglich meine herzlichsten Glückwünsche dar. Wenn ich Solches nicht pünktlich zum 21ten[1]) gethan habe, so werden Sie mir, — so hoffe ich, — nicht Mangel an Theilnahme zumuthen, da die vielen Jahre gemeinsamer Arbeit u. gegenseitiger Schätzung so Etwas unmöglich machen.

Immer wieder habe ich mir von Tiesenhausen[2]) Nachrichten über Sie geholt, und mich hat es in Erstaunen gesetzt, mit welcher Arbeitskraft die Ihnen zugewiesenen schwierigen Aufgaben gelöst werden, ohne daß Sie sich in das Parteigetriebe einlassen. Denn Letzteres ist doch nur ein Beiwerk zur wahren Sachlichkeit.

Ich baue mein Haus und beschäftige mich mit Landwirtschaft, wobei meine fürchterliche Ignoranz zu Tage tritt. Auch hierin stehe ich Ihnen nach.

Ich freue mich herzlich, daß unser Baltenland alte und junge Männer aufweist, die zu den Besten gehören, selbst auf dem Felde der großen Staatskunst.

Seien Sie herzlich gegrüßt und gedankt von

Ihrem ehemaligen Collegen

Fr. Mdrff.

[1]) 21. Juli alten Stils, Geburtstag Ekesparre's.

[2]) Baron Heinrich Tiesenhausen, Mitglied des Reichsrats, siehe oben.

Politische Übersichten

Lettland

Wirtschaftskrise und Wahlpsychose — das sind die beiden Faktoren, unter deren entscheidendem Einfluß die ganze politische Entwicklung der letzten Monate in Lettland gestanden hat. Dabei äußerte sich die Vorwahlstimmung vor allem in einer leidenschaftlich bewegten Auseinandersetzung der führenden lettischen Kreise mit der Frage der Stellung der Nichtletten im Staatsleben. Das Ringen um den Rigaer Dom und der Kampf um den polnischen Einfluß im Osten des Landes, die Vorstöße der Sozialdemokraten gegen den Gildenbesitz und das neue nationalistische Programm der Berg-Partei, der Streit um die Examina der im Ausland ausgebildeten Ärzte und die Spaltung im lettischen Schriftsteller- und Journalistenverband, die Bemühungen um Einschränkung der Arbeitsmöglichkeiten für Ausländer und die Losung einer Verdrängung der „Fremdstämmigen" aus dem Wirtschaftsleben — alle diese Äußerungen eines aggressiven Nationalismus sind im wesentlichen unter dem Druck der herannahenden Wahlen entstanden. Von einigen kleinen Gruppen teils fanatisierter, teils auch rein opportunistischer Chauvinisten auf den Schild erhoben, hat sich der aggressive Nationalismus im Lettentum binnen kürzester Frist in einem Maße ausgebreitet, wie man es früher nicht für möglich gehalten hätte. Die Erklärung für das rapide Umsichgreifen unbesonnener nationalistischer Losungen kleiner Kliquen auch auf die besonnenen und an sich keineswegs ausgesprochen minderheitenfeindlichen lettischen Parteikreise ist vor allem darin zu suchen, daß zwei teils durch die starke Verbreitung, teils durch die marktschreierische Aufmachung sehr einflußreiche und in den Kreisen aller Parteien viel gelesene lettische Tageszeitungen, die „Jaunakâs Sinas" und die „Pehdejâ Brihdî", ihre Spalten der nationalistischen Hetze in weitestem Maße zur Verfügung gestellt haben. Hierdurch wurden Hunderttausende von lettischen Zeitungslesern irregeleitet und aufgehetzt, und der Stimmung dieser Massen begannen nun auch die bisher den nationalen Minderheiten gegenüber weniger aggressiv eingestellten Parteien notgedrungen Rechnung zu tragen, da sie sonst befürchten mußten, sehr erhebliche Wählermassen von sich abbröckeln zu sehen. So begann das wenig rühmliche Turnier des gegenseitigen Überbietens der einzelnen Parteien mit nationalistischen Losungen und Handlungen, und nur der starken Stellung der Minderheiten und namentlich der in sich geschlossenen deutschen Fraktion im gegenwärtigen Parlament ist es zu verdanken, daß bisher nur ein recht geringer Teil der chauvinistischen Parolen in dementsprechende Taten umgesetzt werden konnte.

Sehr bezeichnend für das immer weitere Umsichgreifen der nationalistischen Massenpsychose waren die jüngstvergangenen Phasen im großen Kampf um den Rigaer Dom. Von einigen kleinen politischen und kirchlichen Gruppen angezettelt, wurde die Losung einer Entrechtung der deutschen Domgemeinde zunächst von den zentralen Körperschaften der weltlichen und der geistlichen öffentlichen Meinung des Landes, dem Parlament und der Landessynode, mit großer Mehrheit als ein Rechtsbruch abgelehnt. Mittlerweile war aber die Enteignungshetze von der nationalistischen Presse in die Massen getragen worden, und die der Ent-

eignung nicht zustimmenden politischen und kirchlichen Führer wurden sich mit jähem Erschrecken der Gefahr bewußt, weiteste Kreise ihrer Gefolgschaft zu verlieren. Sie verstummten nun plötzlich, zum Teil schlossen sie sich sogar der Enteignungsparole an. Unterdessen waren die Unterschriften unter das Volksbegehren auf Domenteignung gesammelt worden. Über 231.000 Wähler — also gegen 40% der evangelischen Wähler lettischer Nationalität — hatten das Volksbegehren unterzeichnet. Unter dem Eindruck dieser Zahl beschlossen zunächst die Sozialdemokraten, dann aber auch die lettischen Koalitionsparteien, sich nach der Stimmung dieser Wählermassen zu richten. So kam es, daß in der öffentlich-rechtlichen Kommission alle lettischen Parteivertreter gegen nur zwei Minderheiten-Abgeordnete für eine Annahme des Volksbegehrens stimmten, so daß also der Dom für die Deutschen bereits rettungslos verloren schien. Für die lettischen Koalitionsparteien bedeutete diese Stellungnahme ihrer Vertreter in der Kommission nichts anderes, als ein Aufgeben ihres bisherigen Standpunktes um den Preis der Gunst der Massen, hatten doch die Koalitionsparteien in der parlamentarischen Märzabstimmung eine Verstaatlichung des Domkirchengebäudes abgelehnt, während sie nun gesonnen waren, für die Verstaatlichung nicht nur der Kirche, sondern auch aller Nebengebäude einzutreten.

Die geheime Schlußabstimmung im Plenum ergab bekanntlich zur allgemeinen Überraschung ein anderes Resultat, indem nicht weniger als 25 lettische Abgeordnete zusammen mit 16 Vertretern der nationalen Minderheiten ihre Stimmen gegen die Enteignung in die Wagschale warfen, so daß das Volksbegehren durch Stimmengleichheit zu Fall gebracht werden konnte. Fast zwei Fünftel der lettischen Abgeordneten, die angesichts der Wahlpsychose zur Zeit keine Möglichkeit sahen, sich offen dem deutschfeindlichen Entrechtungsversuch entgegenzustemmen, bekannten sich solcherart im Stillen doch als Gegner des Volksbegehrens. Neben rechtlichen Erwägungen dürften hierbei in nicht geringem Maße auch wirtschaftspolitische Erwägungen mitbestimmend gewesen sein. Stand doch außer Zweifel, daß der vom Volksbegehren angestrebte Gewaltakt gegen die unanfechtbaren Rechte des lettländischen Deutschtums nicht nur die moralische, sondern nicht minder auch die materielle Kreditwürdigkeit Lettlands im Auslande katastrophal geschmälert hätte. Lagen doch bereits nicht nur eindringlich warnende Genfer, Berliner, Stockholmer, Londoner, Pariser Pressestimmen, sondern ebenso auch einige Fälle vor, wo ausländische Geldgeber bereits schwebende Verhandlungen mit Lettland unter dem Eindruck der Domenteignungskampagne abgebrochen hatten. Diesen ominösen Zeichen gegenüber vermochte sich vor allem der Bauernbund als die für die bürgerliche Rechts- und Wirtschaftsentwicklung Lettlands hauptverantwortliche Partei nicht zu verschließen, und so kam es denn zu einer Wiedereinschwenkung dieser größten bürgerlichen Partei in die Front des Rechts und des nationalen Friedens. So sehr man einerseits diese Schwenkung und ihren Erfolg begrüßen kann, so muß man sich andererseits doch vor Augen halten, daß die Entscheidung auf des Messers Schneide gelegen hat und es nur einem glücklichen Abstimmungszufall zu verdanken ist, daß die Mehrheit der lettischen Volksvertreter für das Volksbegehren gestimmt hat, daß auch die Koalitionsparteien sich noch heute auf der Suche nach einem Modus befinden, der im Dom einen maßgebenden lettischen Einfluß sichert, und daß die Hetze der Anhänger des Volksbegehrens in der bevorstehenden Volksabstimmungs- und

Wahlkampagne weitere willkommene Möglichkeiten zu einer Verschärfung der deutschfeindlichen Stimmung sieht. Das Ringen des Lettentums um die Alternativen Gewalt oder Recht, nationaler Haß oder nationaler Ausgleich ist also noch lange nicht entschieden, und die Zukunft birgt noch die größten Gefahren in sich.

Viel weniger eindeutig und klar als in der Domfrage liegen die Dinge in der Polenfrage. Hier handelt es sich darum, zu erkennen, in welchem Maße der erwiesenermaßen starke und zudem mächtig zunehmende Einfluß der polnischen Kultur in einigen Teilen Lettgallens und im Illuxtschen Kreise ein natürlicher, zwanglos aus der Überlegenheit dieser Kultur über die vielfach national indifferente, kulturell recht tiefstehende lettgallische Bevölkerung sich ergebender Vorgang ist, bzw. in welchem Maße dabei gewaltsame, womöglich gar mit Unterstützung Polens unternommene Polonisierungsbestrebungen angewandt werden. Ein objektives Urteil über diese Frage läßt sich gegenwärtig kaum fällen, da wohl fast das gesamte hierüber im Parlament und in der Presse an den Tag geförderte Material je nach der Einstellung der dieses Material der Öffentlichkeit Unterbreitenden subjektiv gefärbt ist. Die Wahrheit in der Polenfrage dürfte wohl in der Mitte zwischen den einander so sehr widersprechenden Behauptungen liegen, indem in Lettgallen sowohl ein lettischer als auch ein polnischer Nationalismus, zweifellos gespeist aus Kraftquellen sowohl aus Riga als wahrscheinlich auch aus Warschau, miteinander um die Seele der national amorphen lettgallischen Volksmassen ringen. Jedenfalls ist aber auch die Polenfrage unter dem Einfluß der herannahenden Parlamentswahlen nicht unwesentlich verschärft worden.

*

Auf wirtschaftspolitischem Gebiet hat Lettland in der Zeit der gegenwärtigen schweren Weltkrise in der Ergreifung der notwendigen Vorbeugungs- und Abwehrmaßnahmen im allgemeinen eine recht wenig glückliche Hand gehabt. Infolge der rapiden Verschlechterung der Weltmarktlage für Lettlands wichtigste land- und forstwirtschaftliche Exportwaren — Butter, Flachs und Holz — einerseits, wie auch infolge einer sehr empfindlichen Reduktion, die sowohl die Sowetunion als auch Polen hinsichtlich ihres Industrieimports aus Lettland vorgenommen haben, verschlechterte sich die lettländische Außenhandelsbilanz immer mehr und führte zu einem immer stärkeren Zusammenschmelzen der Valutavorräte der Bank von Lettland, so daß man bereits von einer Gefährdung des Latkurses zu raunen begann. Um den Valutaabstrom aufzuhalten, sowie auch um die Aussichten auf Gewährung einer Stützungsanleihe durch die Basler Weltbank zu erhöhen, entschloß sich die Bank von Lettland zu sehr beträchtlichen Kreditrestriktionen. Diese Restriktionen erreichten indessen weniger ihren Zweck als vielmehr das Gegenteil davon, indem sie der Gesamtwirtschaft so erhebliche Geldmittel entzogen, daß die Krise sich nur noch mehr verschärfte. Nicht anders war es, als nach der Zahlungseinstellung der Danatbank auch in den hiesigen Wirtschaftskreisen eine nervöse Panikstimmung einsetzte, die sich in einem Sturm auf die Privatbanken entlud. Statt etwa nach dem Muster der Bank von Litauen das Vertrauen der Einleger in die Zahlungsfähigkeit der Privatbanken durch Übernahme einer Garantie für die Einlagen oder durch Gewährung eines kurzfristigen Kredits an die Banken zwecks Befriedigung der Einleger wiederherstellen zu helfen, tat die Lettlandbank,

als ginge sie die Vertrauenskrise der Privatbanken überhaupt nichts an, und verschloß sich ihrem Kreditverlangen nur noch mehr als früher. Dadurch erst wurde die an sich durch nichts gerechtfertigte, nur auf einer Angstpsychose begründete Finanzkrise in einem Maße verschärft, daß man schließlich weder aus noch ein wußte und zu so rigorosen, den gesamten Wirtschaftsmechanismus erschütternden wie auch das Vertrauen noch mehr untergrabenden Maßnahmen greifen mußte, wie der Bestimmung, daß die Banken allwöchentlich nur 5% der Einlagesummen auszukehren brauchen. Übrigens hat sich die Bank von Lettland auch zu einer sehr befremdlichen Einstellung gegenüber dem Kurs der deutschen Mark bewogen gefühlt, die seit der Danatkatastrophe an der Rigaer Börse nicht mehr kotiert wird. Die Bank, die nach wie vor Reichsmark nur zum alten Kurse von 1.24 verkaufte, setzte gleichzeitig einen ganz aus der Luft gegriffenen Kurs von 1.10 für den Ankauf von Reichsmark fest, also einen hinter dem ursprünglichen Marktwert um mehr als 10% zurückbleibenden Kurs, und das zu einem Zeitpunkt, als nach der anfänglichen Markpanik die Londoner Börse wieder zu einer Bewertung der Mark mit rund 99% ihres ursprünglichen Wertes übergegangen war.

Leider kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die während der Kreditrestriktionen wie auch während der jüngsten Bankenkrise von der Lettlandbank an den Tag gelegte Finanzpolitik nicht etwa einer irrigen Einschätzung der Lage entspringt — einer solchen fachlichen Unzulänglichkeit möchten wir die lettischen Finanzpolitiker gar nicht verdächtigen — sondern vielmehr in starkem Maße durch ganz andere, und zwar nationalpolitische Gründe bedingt wird. Bekanntlich befinden sich Handel, Industrie und Bankwesen in Lettland zum sehr beträchtlichen Teil in nichtlettischen Händen, und zwar im Besitz teils von Ausländern, teils von lettländischen Bürgern deutscher und jüdischer Nationalität. Angesichts dieser Tatsache werden in der letzten Zeit, seit die nationalistischen Strömungen in lettischen Kreisen sich überhaupt verstärkt haben, in einigen lettischen Zeitungen, Parteien und Organisationen immer wieder Stimmen laut, die einer planmäßigen Verlettung der Wirtschaft das Wort reden und die nichtlettischen Wirtschaftsunternehmen als unerwünschte Fremdkörper am Wirtschaftsorganismus des Landes bezeichnen. Es scheint nun, daß auch verschiedene maßgebende Persönlichkeiten der Staatsbank sich die Auffassung zu eigen gemacht haben, daß Lettland an einer Erhaltung und Entwicklung der nicht in lettischen Händen befindlichen Unternehmen relativ wenig interessiert sei und die Staatsbank keine Bedenken zu haben brauche, diesen Unternehmen ihre Unterstützung zu versagen. Es braucht hier wohl nicht ausgeführt zu werden, wie bedenklich eine solche Hineintragung nationalistischer Erwägungen in die Wirtschaftspolitik des Staates ist.

Wir können diese wirtschaftspolitischen Betrachtungen nicht schließen, ohne das Augenmerk noch auf eine sehr bemerkenswerte Erscheinung gelenkt zu haben, die übrigens in erheblichem Maße auch das allgemeinpolitische Gebiet streift In einer Zeit, wo angesichts der Weltkrise wie auch der lokalen lettländischen Krise das gesamte Ausland sich gegenüber Lettland finanzpolitisch der größten Zurückhaltung befleißigt, zeigen plötzlich französische Kapitalistengruppen ein überraschend gesteigertes Interesse für unser Land. Eine große französische Firma hat sich zu Verhandlungen mit der lettländischen Regierung über einen umfangreichen Warenkredit zwecks Lieferung von Eisenbahnmaterial bereitgefunden, der übrigens durch eine

Garantie der französischen Regierung gestützt werden soll. Eine andere französische Stelle steht gleichzeitig in Verhandlungen mit unserer Regierung über eine kurzfristige Anleihe zur Verflüssigung des hiesigen Geldmarktes. Auch für den Bau des Großkraftwerkes bei Dahlen beginnen plötzlich die Franzosen sich in ernster Weise zu interessieren, während anfangs deutsche Firmen diesem Riesenprojekt ihre besondere Aufmerksamkeit zuwandten und als die ernstesten Reflektanten galten, wobei allerdings daran erinnert werden muß, daß von einigen lettischen Kreisen bereits dafür Stimmung gemacht worden ist, das Dahlenkraftwerk aus politischen Gründen lieber den Franzosen als den Deutschen anzuvertrauen. Wenn man noch in Betracht zieht, daß Frankreich zurzeit bereits eine Art Monopolstellung hinsichtlich der Diskontierung von in lettländischen Händen befindlichen Sovettratten einnimmt, so gelangt man zu einem ganzen System von finanziellen Bindungen an Frankreich, das in Lettland eben teils bereits vorhanden, teils in der Bildung begriffen ist. Wenn man daran denkt, welch eine Machtstellung das französische Kapital gegenwärtig bereits Großmächten wie Deutschland und England gegenüber an den Tag zu legen weiß, wenn man sich ferner vergegenwärtigt, wie sehr die Staaten der Kleinen Entente und Polen durch französische Kredite nicht nur wirtschaftlich, sondern nicht minder auch politisch unter die Botmäßigkeit Frankreichs gekommen sind, wird man sich angesichts der geschilderten Entwicklung der lettländisch-französischen Finanzbeziehungen schweren Bedenken nicht verschließen können. So sehr einerseits ein rascher und ausgiebiger Kapitalzustrom nach Lettland erwünscht ist, so sollte man sich andererseits darüber klar sein, daß es nicht in Lettlands Interesse liegen kann, einen solchen Zustrom etwa um den Preis einer Aufgabe eines Teiles seiner wirtschaftlichen und politischen Bewegungsfreiheit zu erkaufen, wie solches im Falle gar zu starker Bindungen an das französische Kapital, das sich im Auslande immer und immer als ein politischer Machtfaktor betätigt hat, zu befürchten ist. Der Rigaer „Sozialdemokrats" brachte in diesem Zusammenhang einen Artikel, in dem es heißt: „Sollte es dazu kommen, die geplanten Anleihen in Frankreich aufzulegen, so würde in unserem Lande das französische Kapital eine Herrschaftsstellung erhalten, was politisch sehr unerwünschte Folgen zeitigen würde, da wir dann vollkommen unter die politische Vormundschaft Frankreichs geraten würden. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die häßliche Politik Frankreichs gegenüber Deutschland und fragen, wer dafür einstehen kann, daß wir nicht ebenso der Unbarmherzigkeit Frankreichs preisgegeben werden würden". Diese Preßstimme spricht wohl eine nur zu klare Sprache. Man muß die Erwartung aussprechen, daß die regierenden Kreise Lettlands über der Behandlung der Anleihefrage nicht das Gesamtinteresse des Staates aus den Augen lassen und sich vor jeglichen Bindungen hüten werden, die im Augenblick vielleicht unverfänglich scheinen könnten, in Zukunft jedoch zu schweren Komplikationen führen dürften. Percy Bockrodt

Polen

Die außenpolitischen Sorgen der polnischen Regierung begannen in den letzten Berichtsmonaten mit Genf. Es ist für Polen nachgerade ein Dauerzustand geworden, in Genf auf der Anklagebank zu sitzen. Allerdings kann es diesen Dauerzustand recht gut ertragen, ohne ernsthaften Schaden an Leib und

Seele zu erleiden. Es befindet sich nämlich in der für einen Angeklagten für gewöhnlich recht seltenen Lage, daß das Richterkollegium ihm wohlgesinnt ist und schon von sich aus dafür Sorge trägt, daß die Strafen weder empfindlich noch ehrenrührig ausfallen, wenn sie überhaupt verhängt werden. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß besonders zwischen Frankreich und Polen schon längst für die Genfer Tagungen ein Gentleman-Agreement getroffen ist, in dem Polen sich damit abfindet, als Opfer der deutschen Angriffe und als Blitzableiter zu dienen, wofür man ihm andererseits Ungefährlichkeit der Strafen, vor allen Dingen aber außerhalb Genfs weitestgehende Unterstützung seiner deutschfeindlichen Politik zugesagt hat. Nur so ist es zu erklären, daß man einerseits in Genf hier und da in deutsch-polnischen Streitfällen eine Geste zu Gunsten Deutschlands macht, während andererseits sowohl die zum Teil mittelalterliche Verfolgungspolitik Polens seinen Minderheiten gegenüber wie auch seine gefährlich aggressive Politik gegenüber Deutschland und Danzig, die in leichtfertigster Art mit Feuer neben angehäuftem Zündstoff spielt, die offene Unterstützung Frankreichs und der Kleinen Entente und die stillschweigende Duldung Englands, Italiens und zahlreicher neutraler Staaten erfährt.

Die Genfer Maitagung ist für Polen verlaufen wie das Hornberger Schießen. Wenn Polen nicht gewußt hätte, daß man es in Genf ihm gegenüber stets mit Gesten bewenden läßt und sich sehr hüten wird, ernsthafte Genugtuung von ihm zu fordern, um sich nicht einen so wichtigen Trumpf bei der Einkreisung Deutschlands entgehen zu lassen, so hätte es nie gewagt, einen so völlig inhaltslosen Bericht zu liefern über die „Maßnahmen", die es gegen die Unruhestörer in Oberschlesien, d. h. den Aufständischenverband mit seinem Führer, dem Wojewoden Grazynski, an der Spitze ergriffen hat. Dem Mord und Totschlag, der im Oktober und November des vorigen Jahres in Oberschlesien gegen die Deutschen entfesselt wurde, hat die polnische Regierung lediglich ein paar Gefängnisstrafen von wenigen Wochen entgegenzusetzen, ohne daß die selbstverständlichste Forderung, die Auflösung der Banden des Aufständischenverbandes und die sofortige Absetzung Grazynskis als Wojewoden von Oberschlesien, erfüllt wurde. Im Gegenteil, wie zum Hohn auf diese Selbstverständlichkeiten hat man kurz vor Genf Anfang Mai in Oberschlesien eine große Heerschau der Aufständischen veranstaltet, an der sich sogar der polnische Staatspräsident Moscicki beteiligte und nach der der oberschlesische Wojewode Grazynski sogar mit einem Orden für seine Verdienste als oberschlesischer Aufständischer dekoriert wurde.

Natürlich hatte Polen in der Gewißheit, daß ihm von Genf ohnehin nichts droht, mit der Annahme dieses seines Berichtes über die „Genugtuungsmaßnahmen" in Oberschlesien gerechnet. Es war bitter enttäuscht, als entgegen allen Erwartungen der englische Außenminister Henderson, wohl in der Absicht, eine freundliche Grundlage für Chequers zu schaffen, der taktisch geschickten Forderung des Reichsaußenministers Curtius beipflichtete und das abgekartete Spiel zwischen Polen einerseits und Frankreich mit allen seinen Vasallen andrerseits vorläufig zerstörte. Auch in der Danziger Frage verlief die Genfer Tagung nicht ganz nach Wunsch Polens. Der Grund dafür war nicht etwa Gerechtigkeit gegenüber Danzig, sondern eine taktische Unklugheit Polens. Es hat in einem durch die polnische Propaganda doch noch nicht ausreichend vorbereiteten Moment dem

Völkerbundskommissar von Danzig den bewaffneten Raub der freien deutschen Stadt vorgeschlagen, und vor solchen Absichten schreckt das immer noch unter den Kriegsfolgen ächzende Europa, auch das ehemals deutschlandfeindliche Europa, denn doch noch zurück. Es ist Polen nicht gelungen, Danzig als den alleinigen Friedensstörer hinzustellen und den Danzig-polnischen Konflikt auf die Basis eines Konflikts Danzigs mit dem Völkerbund zu verschieben, Die Roßtäuschermethoden, mit denen man den hohen Völkerbundskommissar in Danzig durch von polnischen Agenten in Szene gesetzte Überfälle auf polnische Staatsbürger einfangen wollte, waren zu plump eingefädelt und verfehlten ihren Zweck trotz der theatralischen Geste des polnischen Kommissars in Danzig Straßburger, der sich durch seine Abreise aus Danzig und sein nicht angenommenes Demissionsgesuch nur lächerlich gemacht hat.

Die polnische Presse hat auch mit ihrem Ärger über das Genfer Ergebnis nicht zurückgehalten. Selbst das offizielle Regierungsorgan, die „Gazeta Polska", schrieb von der völligen Unfähigkeit des Völkerbundes und drohte an, daß bei weiterem Versagen des Bundes Polen sich sein Recht selbst verschaffen würde. Man suchte die Niederlage in der oberschlesischen Frage dadurch etwas zu beschönigen, daß man die eigenen erreichten Vorteile besonders hervorhob, wie beispielsweise die Verzögerung bei der Inkraftsetzung der Haager Entscheidung über die Sprachprüfungen in den oberschlesischen deutschen Minderheitenschulen. Diese Entscheidung, die Anfang Mai fiel, gab bekanntlich der polnischen These Unrecht, die behauptete, daß Kinder, welche Minderheitenschulen besuchen wollen, sich erst Sprachprüfungen unterziehen müssen und daß von dem Ausfall dieser Prüfungen die Entscheidung über den Besuch einer Minderheitenschule oder einer polnischen Schule abhängig sei. Die deutsche Minderheit hingegen war der Ansicht, daß die Entscheidung der Eltern maßgebend sei, und der Haager Gerichtshof schloß sich dieser Auffassung voll an. Der polnische Vertreter in Genf, Minister Sokal, hatte jedoch im Zusammenhang mit dem deutschen Antrag auf Vertagung der Annahme des Berichtes über Oberschlesien gleichzeitig den Antrag gestellt, daß die Inkraftsetzung der Entscheidung des Haager Gerichtshofes über den Schulbesuch der Kinder der deutschen Minderheit bis zur endgültigen Erledigung des polnischen Berichtes verschoben würde, und der Völkerbund nahm diesen Vorschlag zusammen mit dem deutschen Vorschlag an.

In größerem Umfange in Erfüllung gegangen sind in Genf die Hoffnungen Polens in wirtschaftlicher Beziehung. Eine schwere Enttäuschung bedeutete es allerdings, daß entgegen dem Vorschlag Frankreichs nicht ein Vertreter Polens, sondern entsprechend dem Vorschlag Deutschlands und Amerikas Vertreter der nordischen Staaten in den Aufsichtsrat der Bank für Internationalen Zahlungsaustausch gewählt wurden. Jedoch ist die Gründung einer Internationalen Bank für landwirtschaftliche Kredite Tatsache geworden, und mit dieser Gründung verbindet Polen Hoffnungen auf Agrarkredite und Absatz landwirtschaftlicher Pfandbriefe im Ausland. Darüber, ob der Briandsche Gegenstoß gegen die deutsch-österreichische Zollunion in Genf auch für Polen erhebliche Vorteile mit sich bringen würde, hat man sich in den maßgebenden Kreisen in Polen wohl nirgends große Illusionen gemacht. Das Briandsche Projekt stand von Anfang an auf ungemein schwachen Füßen, seine Lebensunfähigkeit hat sich nicht erst in Genf allgemein erwiesen. Die Wirtschaftskreise Polens ebenso wie der anderen Staaten der kleinen

Entente werden dieses Projekt nur solange außenpolitisch unterstützen, wie diese Unterstützung in klingender Münze von Frankreich bezahlt wird, was ja beispielsweise bei Rumänien durch die Gewährung der Stabilisierungsanleihe und bei Polen durch Abschluß der Anleihe für den Eisenbahnbau Oberschlesien-Gdingen der Fall war.

Ein für Ursache und Wirkung in der polnischen Außenpolitik recht bezeichnender Fall hat sich Anfang Juni zugetragen. Die Breslauer Stahlhelmkundgebung Ende Mai wurde von der polnischen Presse zwar mit den üblichen Hetzkommentaren aufgenommen, fand aber zunächst offiziell keine Beachtung seitens der polnischen Regierung. Erst mehrere Tage nach der Breslauer Kundgebung drang aus Paris die Meldung nach Polen, daß die polnische Regierung bei der deutschen Regierung offiziellen Protest gegen die Stahlhelmkundgebung erheben wolle. Sogar Einzelheiten über den Inhalt der polnischen Note konnte die Pariser Presse bereits mitteilen, noch bevor man in Polen etwas davon wußte. Tatsächlich erfolgte denn auch, nachdem die Stahlhelmkundgebung fast überall schon in Vergessenheit geraten war, überraschend ein offizieller Schritt der polnischen bei der deutschen Regierung in der Angelegenheit der Stahlhelmkundgebung. Ganz zweifellos ist der polnische Schritt auf Veranlassung von Paris erfolgt, da Paris gerade wieder einmal ein Propagandamittel gegen die Abrüstung brauchte. Allerdings dürfte es diesesmal ein Versuch am untauglichen Objekt gewesen sein. Zwar ist die Argumentation der deutschen Antwort auf die polnische Note, daß der Stahlhelm eine private Organisation sei, auf die die Reichsregierung keinerlei Einfluß habe, durchaus richtig, aber nicht erschöpfend. Man kann jedoch deutscherseits immer wieder sehr leicht auf die zahlreichen provokatorischen Kundgebungen polnischer Wehrverbände an der deutschen Grenze hinweisen, und als Antwort auf eine solche Kundgebung, die oberschlesischen Aufstandsfeiern am 3. Mai, war ja auch nur die Gegenkundgebung des Stahlhelm gedacht. Immerhin ist der Stahlhelm zwar eine Vereinigung ehemaliger Frontsoldaten, der aber sowohl Waffenübung wie Waffengebrauch und jede Betätigung, die einen militärischen Charakter trägt, verboten ist. Daß gerade Polen sich durch einen solchen Verband so schwer bedroht fühlt, muß umsomehr wundernehmen, als kurz nach der Kundgebung des Stahlhelm in der Sommerresidenz des polnischen Staatspräsidenten, in Spala bei Warschau, Manöver der sogenannten militärischen Jugenderziehung stattfanden. Diese Jugenderziehung umfaßt die gesamte polnische männliche Jugend etwa vom 15. Lebensjahre an und bildet sie in dem Gebrauch aller modernen Kriegswaffen aus. Im Beisein des Staatspräsidenten und der polnischen Generalität zeigten Zehntausende halbwüchsiger Schüler, schwer bewaffnet mit Gewehren, Gasmasken, ja sogar als Bedienung mehrerer Batterien Artillerie mit Radiofeldabteilungen, Sanitätsabteilungen usw., wie vorzüglich sie die moderne Kriegskunst beherrschen, erstürmten Hügel, überschritten Flüsse und stürmten schwierige Stellungen mit modernster Rauchverschleierung. Das Land, in dem die Jugend so erzogen wird, dürfte sich am allerwenigsten als Propagandamittel für die Abrüstung eignen.

Von größerer außenpolitischer Bedeutung war auch für Polen das Hooversche Schulden-Stundungsangebot. Im ersten Augenblick entwickelte die gesamte Presse eine geradezu unglaubliche Hetze gegen dieses Angebot und nannte es, falls es

durchdringen würde, ein Unglück für Polen. Nur die offizielle Regierungspresse übte starke Zurückhaltung und wartete auf Anweisungen aus Paris. Diese Weisungen trafen dann auch sehr bald ein und lauteten: Garantieforderung für die deutschen Ostgrenzen und Forderung neuerlicher Abrüstungskontrolle über Deutschland. Die gesamte Presse gab denn auch ihre radikal ablehnende Haltung schnell auf, besprach die günstigen Seiten des Hooverschen Angebotes für Polen, wies aber vor allem darauf hin, daß den größten Vorteil aus diesem Angebot Deutschland ziehen würde, und forderte in diesem Zusammenhang Garantie der polnischen Westgrenzen durch Deutschland und eine „verstärkte Abrüstung" Deutschlands. In ihrer offiziellen Stellungnahme zu dem Hooverschen Angebot deutete die polnische Regierung diese Forderungen nur ganz vorsichtig in sehr allgemeiner Form an. Im übrigen stimmte sie dem Angebot voll zu, vor allen Dingen wohl aus der Erwägung heraus, daß amerikanische Repressalien der polnischen Volkswirtschaft, vor allem der polnischen Währung verhängnisvoll werden könnten.

Als die deutschen Minister auch in London eine Erfüllung der politischen Forderungen Frankreichs ablehnten, änderte der offizielle Teil der polnischen Regierungspresse sein Verhalten und betonte, daß die Gesundung Deutschlands nur bei einer engeren Zusammenarbeit mit seinem Nachbar auf wirtschaftlichem Gebiet erfolgen könne. Man ließ polnischerseits durchblicken, daß Polen an einer Inkraftsetzung des deutsch-polnischen Handelsvertrages deutscherseits sehr gelegen sei. Nach dem Ausfall des preußischen Volksentscheids wurde diese Sinneswandlung der offiziellen polnischen Presse noch offensichtlicher, und es scheint, als wollte die polnische Außenpolitik wenigstens etwas aus der Zwangslage Deutschlands herausschlagen, wenn auch nur den Handelsvertrag. Im Augenblick sind die Aussichten dafür jedoch nicht sehr günstig, da Reichskanzler Brüning ausdrücklich zugesagt hat, den Handelsvertrag mit Polen nicht ohne das Parlament in Kraft zu setzen, und es zweifellos vermeiden wird, seine Regierung durch den Handelsvertrag zu gefährden.

*

Die polnische Innenpolitik steht seit Monaten völlig unter dem Zeichen des Kampfes gegen die Wirtschaftskrisis und des Kampfes um das Haushaltsgleichgewicht. Die besondere Gefährlichkeit dieses Kampfes für die Regierung begann, als es zur Aufrechterhaltung des Haushaltsgleichgewichtes kein anderes Mittel mehr gab, als die Kürzung der Beamtengehälter. Die erste Kürzung im April d. J. um 15% reichte nicht aus, um den Haushalt im Gleichgewicht zu halten, das Defizit nahm infolge der absterbenden Inlandswirtschaft und der rapide zurückgehenden Steuereinnahmen ständig in beängstigendem Tempo zu. Die Unzufriedenheit unter der Beamtenschaft hatte bereits einen solchen Grad erreicht, daß weitere Gehaltskürzungen gefährlich werden konnten. Dennoch waren sie notwendig, und der polnische Finanzminister Matuszewski konnte nicht einmal den von Marschall Pilsudski stets so stark bevorzugten Stand der Berufsmilitärs vor der Gehaltskürzung bewahren und ordnete auch die Kürzung der Offiziersgehälter um 15% an. Hatte der Minister schon durch die Beamtengehaltskürzung seine Beliebtheit in den bis dahin regierungstreuen Beamtenschichten verloren, so zog er nach Kürzung der Offiziersgehälter noch dazu den Unwillen der in Polen absolut herrschenden Militärkamarilla mit Marschall Pil-

sudski an der Spitze auf sich, was Grund genug für seinen Rücktritt und eine Umbildung des Kabinetts war. Ende Mai mußte er und mit ihm zusammen Ministerpräsident Slawek, der die Sparpolitik des Minister Matuszewski gutgeheißen hatte, demissionieren. Zum Ministerpräsidenten wurde der Handelsminister im Kabinett Slawek, Oberst Prystor berufen, zum Finanzminister der Bruder des Marschalls Pilsudski Jan Pilsudski und zum Handelsminister General Zarzycki. Die Neuernennungen auf den Ministerposten fanden ein lebhaftes Echo. Minister Prystor ist bekannt als ein Offizier, der sich eine eigene Meinung kaum bildet und immer nur den Befehlen des Marschalls Pilsudski gehorcht hat und gehorchen wird. Er unterscheidet sich darin nur sehr wenig von seinem Vorgänger, dem Oberst Slawek, der ebenfalls niemals eine eigene Meinung hatte und wie früher so auch heute jeden Posten übernimmt, zu dem er von Marschall Pilsudski abkommandiert wird. Der neue Finanzminister Jan Pilsudski ist von Beruf Rechtsanwalt und hat sich in Regierungsgeschäften bisher überhaupt noch nicht betätigt, ist im übrigen ein Mann ohne besondere Intelligenz, dessen Hauptvorzug darin besteht, daß er seinen Bruder vergöttert und ihm völlig ergeben ist. Der neue Handelsminister General Zarzycki ist ursprünglich Altphilologe und war bis zum Kriege Lehrer an einem polnischen Gymnasium in Galizien. Er trat dann in die Legionen Pilsudskis ein und ist der militärischen Laufbahn treu geblieben. Zuletzt hat er sich mit der Organisierung der polnischen Kriegsindustrie beschäftigt und erschien dem Marschall Pilsudski vielleicht aus diesem Grunde besonders geeignet für den Posten eines Industrie- und Handelsministers in seinem Militärkabinett.

Irgendwelche neue Ideen hat das neue Kabinett in den Kampf gegen die Wirtschaftskrisis und um die Aufrechterhaltung des Haushaltsgleichgewichtes nicht hineingetragen. Man bedient sich genau derselben Mittel wie das vorhergehende Kabinett mit Slawek und Matuszewski und marschiert weiter auf der Linie des geringsten Widerstandes, d. h. man setzt die Gehaltskürzungen bei den Beamten fort. Die neue Regierung hat zwar die Gehaltskürzung bei Offizieren und Polizeibeamten von 15 auf 5% ermäßigt, dafür aber allen staatlichen und kommunalen Zivilbeamten die besonderen Zulagen gestrichen, die einen erheblichen Teil des Gehaltes ausmachten. Außerdem ist die neue Regierung an die Reorganisation und Rationalisierung der Verwaltung gegangen und hat bereits Zehntausende von kontraktlichen staatlichen Angestellten einfach auf die Straße gesetzt. Man legt weiterhin Ämter zusammen, baut Beamtenposten ab; die Zahl der brotlosen Beamten wächst von Woche zu Woche. Natürlich wurde dieses Vorgehen der Regierung von der Beamtenschaft nicht stillschweigend hingenommen. In den ersten Tagen des Juli begannen die einzelnen Beamtenverbände sich zu einer gemeinsamen Front gegen die Regierung zusammenzuschließen. Auf den Protestversammlungen der Beamten in Warschau Ende Juni ist es zu sehr heftigen Szenen gekommen, die Radikalisierung der Beamten schreitet in schnellem Tempo vorwärts, ein großer Teil fordert bereits einen allgemeinen Beamtenstreik, und nur durch das Eingreifen starker Polizeiaufgebote mit dem Gummiknüppel konnten in Warschau bisher Straßendemonstrationen der Beamten verhindert werden.

Haben so die Versuche der Regierung zu einer Verminderung der Ausgaben das Land in eine schwere innerpolitische Krisis gestürzt, so ist der bisher ein-

zige Versuch einer Erhöhung der Staatseinnahmen gescheitert. Im März d. J. wurde ein neues Gesetz erlassen, das allen Besitzern mechanischer Fahrzeuge hohe Abgaben zu gunsten eines Wegebaufonds auferlegte. Alle Proteste der Autotaxen- und Autobusbesitzer bei der Regierung halfen nichts, und ihre Drohungen, am 1. Juli — dem Fälligkeitstag dieser Wegebausteuer — den gesamten Autobus- und Autotaxenverkehr in Polen einzustellen, wurden nicht ernstgenommen. Die Vertreter der Autobusbesitzer wurden schließlich vom Verkehrsminister überhaupt nicht mehr empfangen. Sie haben aber ihre Drohung wahr gemacht, und nur weitgehenden Zugeständnissen der Regierung gelang eine Beilegung des Streiks.

Zahlreiche Teilstreiks im ganzen Lande und blutig verlaufene Arbeiterdemonstrationen kennzeichnen die ungeheure Belastung der polnischen Volksgemeinschaft durch die Wirtschaftskrisis. Die Krisis der deutschen Mark hat ihren Einfluß auch auf Polen nicht verfehlt, und der Dollar war teilweise um 26 Punkte gestiegen. Besonders die oberschlesische Industrie befand sich während der schlimmsten Tage der deutschen Krisis in außerordentlicher Bedrängnis, und ihre Notschreie nach Warschau standen in krassem Gegensatz zu den fortwährenden Behauptungen, daß Polen von der deutschen Krisis unabhängig sei. Die Tätigkeit der Banken, besonders die Spareinlagen, sind Ende Juni und während des Juli rapide zurückgegangen.

Anfang August setzte eine stärkere Aktivität auch wieder auf innenpolitischem Gebiet ein, und die Regierung arbeitet gegenwärtig verschiedene Projekte auf Änderung der Wojewodschaftsgrenzen aus, sowie Verordnungen, die neue Einnahmequellen schaffen sollen. Die Popularität der Regierung hat unter dem Eindruck ihrer letzten Maßnahmen schwer gelitten.

Eine interessante innerpolitische Erscheinung waren die Nachwahlen zum Sejm im Bezirk Plock (Kongreßpolen). Bekanntlich sind Wahlproteste gegen die Sejmwahlen vom November vorigen Jahres aus 44 Wahlbezirken eingegangen, wo überall schwere Mißbräuche der Behörden gegen die Wahlfreiheit festgestellt werden konnten. Das Oberste Gericht in Warschau aber, wie fast alle gerichtlichen Instanzen in Polen ein williges Werkzeug der Regierungspolitik, hat bisher alle diese Proteste verworfen — bis auf einen, eben den Wahlprotest im Plocker Bezirk. Man wollte hier der Opposition ein Exempel statuieren und beweisen, daß der Anhang der Regierung in der Bevölkerung nicht nachgelassen, sondern sich noch verstärkt hat. Man ließ sich diesen Nachweis etwas kosten. Die Bevölkerung des Plocker Bezirkes wartet nun schon seit einem Jahrzehnt darauf, daß eine für sie sehr wichtige Eisenbahnlinie endlich gebaut wird. Kurz vor dem Wahlsonntag im Juni bereiste der Verkehrsminister Kühn den Plocker Bezirk, empfing überall Abordnungen der Bevölkerung, hörte ihre Wünsche an und befahl die sofortige Inangriffnahme des Eisenbahnbaus. Außerdem gewährte er dem Plocker Bezirk, der sich durch eine starke Produktion von Geflügel und Kleintieren auszeichnet, mit sofortiger Wirkung Tariferleichterungen für Geflügel und Kleintier auf der Eisenbahn. Bei den Wahlen selbst ließ man es keineswegs an dem bekannten behördlichen Wahlterror fehlen, und besonders die sehr starke jüdische Bevölkerung des Plocker Bezirkes wurde zu Tausenden unter mehr oder weniger starken Drohungen mit materiellen Repressalien mit dem offenen Stimmzettel der Regierungsliste in der Hand zur Wahlurne getrieben. Das Manöver glückte, der

Regierungsblock konnte in dem Plocker Bezirk seine Stimmenzahl von etwa 50 000 auf 65 000 Stimmen erhöhen. Der moralische Erfolg aber blieb aus, niemand in Polen glaubte den Jubelhymnen des Regierungslagers, da jeder noch vom November des vorigen Jahres her weiß, mit welchen Mitteln solche „Siege" erfochten werden. Im übrigen hat die Reaktion auch nicht lange auf sich warten lassen. Die Regierung kann bei ihrer gegenwärtigen katastrophalen Finanzlage die der Bevölkerung des Plocker Bezirkes gegebenen Versprechungen nicht einhalten. Man hatte versprochen, den Eisenbahnbau in größtem Umfange aufzunehmen und dadurch die Arbeitslosigkeit völlig zu beheben. Am 2. Juli begann man damit, Arbeitslose für die Bauarbeiten zu verpflichten, und verpflichtete in Plock lediglich 200 Arbeiter — von mehreren Tausend Arbeitslosen. Der Erfolg war der, daß die durch den Bruch der Versprechungen um ihre Hoffnungen betrogene wütende Menge von mehreren Tausend Arbeitslosen in Plock das Rathaus stürmte, sämtliche Räume vollständig demolierte, durch die Straßen zog, dabei alle Fensterscheiben der ganzen Stadt zerschlug und zahlreiche Geschäfte plünderte, schließlich noch das Arbeitsvermittlungsamt demolierte und zuletzt den Polizeitruppen ein Feuergefecht lieferte, in dem es einen Toten und zahlreiche Schwerverletzte gab, darunter auch 4 Polizisten. Es ist aber ein offenes Geheimnis, daß gerade die Arbeitslosen des Plocker Bezirks auf die Versprechungen des Verkehrsministers Kühn hin die Regierungsliste bei den Nachtragswahlen unterstützt haben.

Allgemeine Beachtung hat noch gefunden, daß man kürzlich den Obersten Kostek-Biernacki zum Wojewoden von Nowogrodek ernannt hat. Kostek-Biernacki war bekanntlich im September, Oktober und November des vorigen Jahres Kommandant des Militärgefängnisses in Brest-Litowsk, in dem zahlreiche der auf Befehl Pilsudskis verhafteten Führer der polnischen Opposition, darunter auch Korfanty, Liebermann und andere, monatelang gefangen gehalten wurden. Während ihrer Gefangenschaft waren sie mittelalterlichen Folterungen ausgesetzt, wurden von Unteroffizieren und Offizieren im Beisein des Obersten Kostek-Biernacki unmenschlich geprügelt, mußten Militärlatrinen reinigen und wurden durch verschiedene andere aus russischen Zuchthäusern des vorigen Jahrhunderts bekannte Methoden völlig gebrochen. Diesen Mann, gegen den sich auch in Polen ein Sturm des Protests erhob, hat jetzt Marschall Pilsudski auf einen Wojewodenposten gesetzt, obwohl er als Regimentsoberst natürlich nicht die geringste verwaltungstechnische Vorbildung hat. Ein Symptom, das im übrigen die ganze Ungeheuerlichkeit des gegenwärtigen polnischen Regierungssystems in voller Klarheit zeigt.

*

Den Vernichtungskampf gegen seine Minderheiten hat Polen auch in den Berichtsmonaten mit voller Rücksichtslosigkeit weitergeführt. In Pommerellen hatte der Schulinspektor des Kreises Schwetz beispielsweise angeordnet, daß die dort sehr zahlreichen deutsch-evangelischen Kinder ihren Religionsunterricht ab 1. Mai d. J. nicht mehr in deutscher Sprache erhalten dürfen. Die Folge war ein allgemeiner Schulstreik der deutsch-evangelischen Kinder, durch den der übereifrige Schulinspektor zur Zurücknahme seiner Verordnung gezwungen wurde. Er hat sich aber bitter gerächt und im Einverständnis mit den Zentralbehörden nun-

mehr allen deutschen Lehrern seines Bezirks gekündigt. Die deutsche Minderheit ist dieser Willkürmaßnahme gegenüber zunächst machtlos, da sie sich nicht wie die Deutschen in Oberschlesien unmittelbar an eine internationale Instanz wenden kann, sondern auf den langen und schwierigen Weg einer Völkerbundklage angewiesen ist.

Weiterhin hat man den Klagen der Deutschen über die Wahlmißbräuche in dem Wahlbezirk Dirschau (Pommerellen) und dem Bezirk Teschen (Schlesien) vor dem Obersten Gericht kein Gehör geschenkt. Mit geradezu skandalöser Leichtfertigkeit und unter Verstoß gegen alle Ethik des Juristenstandes haben die polnischen Richter sich über die schwerwiegenden Gründe der deutschen Klagen, die die Verhaftung und Einkerkerung deutscher Vertrauensmänner, die Beschlagnahme deutschen Wahlmaterials, die Mißhandlung deutscher Wähler im Dirschauer Bezirk und die völlig unbegründete Streichung von mehr als zehntausend deutschen Wählern im Teschner Bezirk anführten, hinweggesetzt und die deutschen Wahlproteste nicht anerkannt.

Auch in Posen spielte sich in den letzten Tagen des Juni wieder eine Gerichtskomödie ab, die das Niveau der inneren Verwaltung Polens anzeigt. Es handelte sich um die Berufungsinstanz in dem bekannten Deutschtumsbund-Prozeß. Bekanntlich haben die polnischen Behörden im Jahre 1923 die das gesamte Deutschtum im ehemals preußischen Teilgebiet umfassende Organisation des Deutschtumsbundes mit dem Zentralsitz in Bromberg und zahlreichen Zweigstellen in Posen und Pommerellen wegen angeblich staatsfeindlicher Arbeit geschlossen. Trotz der wüsten Hetzkampagne gegen diesen Bund und der schwersten Beschuldigungen, die in der polnischen Presse gegen ihn erhoben wurden, machte man ihm jahrelang nicht den Prozeß und entschloß sich erst 7 Jahre nach seiner Schließung dazu, die Angelegenheit in einem ordentlichen Gerichtsverfahren an die Öffentlichkeit zu bringen. Die Anklage konstruierte aus den harmlosesten Vorgängen, wie Raterteilung an die von den Polen gewaltsam vertriebenen deutschen Ansiedler, Aufstellung von deutschen Schulstatistiken, und der Verbindung mit deutschen Konsulaten zwecks Auskunfterteilung über den Vermögensstand ausgewanderter Deutscher die schwersten Vorwürfe wie Staatsverrat, diplomatischen Verrat usw. Am lächerlichsten war jedoch zweifellos der Vorwurf des Hochverrats auf Grund der Tatsache, daß der Deutschtumsbund sich mit der Vermittlung von Kriegsgedenkmünzen des Kyffhäuserbundes an ehemalige Angehörige der deutschen Armee im preußischen Teilgebiet Polens befaßte. In der Aufstellung von Listen ehemaliger Kriegsteilnehmer, die eine solche Gedenkmünze erwerben wollten, ersah die Anklage die „Aufstellung von Stammrollen zur Bildung militärischer Kadres, die im Falle eines deutsch-polnischen Konflikts der polnischen Armee in den Rücken fallen sollten". Auf Grund dieser geradezu lächerlichen Beschuldigungen, die in keinem einzigen Fall durch wirklich belastende Dokumente belegt werden konnten, beantragte der Staatsanwalt in der ersten Instanz im April vorigen Jahres in Bromberg gegen die 10 Angeklagten langjährige Zuchthausstrafen; das Gericht verurteilte sie zu Strafen von 1 Monat Gefängnis bis zu 6 Monaten Gefängnis und 6 Monaten Festung. Auch in der zweiten Instanz Ende Juni d. J. fielen die Strafen nicht viel anders aus, und es wurden verurteilt: der deutsche Abgeordnete im polnischen Sejm Oberstleutnant a. D. Graebe zu 6 Monaten Gefängnis, Studienrat Heidelck, Geschäftsführer Schmidt,

Krause, Dr. Scholz und Dobbermann ebenfalls zu je 6 Monaten Gefängnis, die Angeklagten von Witzleben, Jenner und Arendt zu je 3 Monaten, Dr Winkelhausen zu 2 Monaten und die Angestellte Fräulein Seiler zu 1 Monat Gefängnis. Die Angeklagten haben natürlich auch gegen dieses Urteil Revision eingelegt, und der Prozeß wird noch das Oberste Gericht in Warschau beschäftigen.

Ebensowenig wie in der polnischen Politik gegenüber der deutschen Minderheit eine Änderung eingetreten ist, hat die Regierung ihr Verhalten gegenüber den Ukrainern einer Revision unterzogen. Die Ukrainer, deren nationales Leben in Polen mit den brutalsten Mitteln unterdrückt wird, sind weiterhin darauf angewiesen, ihr Recht bei internationalen Instanzen zu suchen, ohne große Hoffnung zu haben, daß sie es dort finden werden. Inzwischen führen sie den erbitterten Kampf gegen die Gewaltmethoden der polnischen Regierung weiter. Von der Schärfe dieses Kampfes zeugen die zahlreichen Ukrainer-Prozesse in Lemberg, bei denen viele Ukrainer zu schweren Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Die polnische Regierung versucht in letzter Zeit in die ukrainische Bevölkerung eine Spaltung hineinzutragen, durch Gründung einer angeblich ukrainischen Partei, die zur Zusammenarbeit mit der Regierung bereit ist. Zu dieser Partei gehören ausschließlich bestochene Individuen zweifelhafter Herkunft, ganz ähnlich wie es bei einer anderen, gegen die Deutschen in Polen gerichteten Regierungsgründung, dem sogenannten „Deutschen Kultur- und Wirtschaftsbund", der Fall ist. In dieser Organisation, die von offiziellen Regierungsgeldern in allerdings sehr kümmerlichem Umfang unterhalten wird, gibt es keine Deutschen, nicht einmal Renegaten mit deutschen Namen.

Sehr starken Unwillen erregte in der gesamten polnischen politischen Welt der Besuch zweier Mitglieder des englischen Unterhauses in Ostgalizien bei den Ukrainern. Beide Abgeordnete gehören der Labour Party an, die sich mit Außenminister Henderson an der Spitze bekanntlich besonders eingehend für die ukrainischen Klagen in Genf interessiert und im Laufe des Monats Juli in dieser Angelegenheit mehrere Anfragen im Unterhaus eingebracht hat. In ihrem Ärger darüber, daß die Engländer sich persönlich von der grausamen Unterdrückung der Ukrainer seitens der polnischen Behörden überzeugen, leistete sich die polnische Presse maßlose Ausfälle gegen England, und einige Blätter brachten es fertig, damit zu drohen, daß polnische Abgeordnete sich auch für die englischen Minderheitenfragen interessieren würden! Mehr oder weniger versteckt forderte selbst auch die Regierungspresse die schleunigste Ausweisung der Engländer aus Polen.

Eine weißrussische Minderheitenfrage gibt es in Polen schon seit Jahren nicht mehr. Unter der weißrussischen Bevölkerung haben Polizistensäbel und Gummiknüppel die erforderliche Arbeit getan, in Angst vor den tyrannischen Methoden der Polizei und der Verwaltung dämmert das Volk dahin, der Mangel an Intelligenz verhindert jede zielbewußte Volkstumsarbeit. Der Zustand der etwa 3 Millionen Weißrussen in Polen ist der augenfälligste Ausdruck für die Ziele, die sich die mit asiatischen Methoden arbeitende polnische Minderheitenpolitik gesteckt hat.

Richard van Oosten

Deutsches Reich

Die befürchteten schweren Erschütterungen sind noch schneller als erwartet Wirklichkeit geworden. Den Gang der Krise bis zur Katastrophe im Juli und alle Ursachen bis in ihre Einzelheiten aufzuzeigen, das würde bedeuten, nicht einen Aufsatz, sondern eine Broschüre schreiben. Es ist also hier unmöglich. Beschränken wir uns darauf festzustellen, daß infolge des erschütterten Vertrauens und der Weltkrise die Abrufung kurzfristiger Schulden auch nach dem Hoover-Angebot in immer größerem Ausmaße vorgenommen wurde. Die deutschen Banken haben, wohl in der Hoffnung, daß noch der Abschluß großer Auslandsanleihen möglich wäre, bis zum letzten gezahlt. Die Großbank, die am meisten mit kurzfristigen Auslandskrediten arbeitete und das relativ geringste Eigenkapital aufwies, die Danatbank, mußte zuerst ihre Zahlungsunfähigkeit erklären, wobei der in den Bereich des Kriminellen gehörende Zusammenbruch des Nordwolle-Konzerns, der dieser Bank einen Verlust von 50 Millionen Mark gebracht haben soll, mitgewirkt hat. Es ist auch kein Zweifel, daß die französischen Hindernisse gegen den Hooverplan dessen beabsichtigte Wirkung, eben solche Zusammenbrüche zu verhindern, mit vereitelt haben.

Am Montag den 13. Juli schloß die Danatbank, bei der das Reich eine Ausfallgarantie übernahm, ihre Schalter. Der Run auf die anderen Banken und die Sparkassen setzte ein. Das Volk, von dem man nicht erwarten kann, daß es die verwickelten finanz- und wirtschaftstechnischen Vorgänge versteht, dem aber auch die wirkliche Lage Deutschlands vorher nicht gezeigt worden war — ein Vorwurf, der alle Kreise trifft —, glaubte eine neue Inflation vor der Tür. Infolgedessen mußte die Regierung am Dienstag die Schließung sämtlicher Zahlungsinstitute verordnen, was sich hinter dem freundlicheren Begriff „Bankfeiertage" verbarg. Mit Mühe und Not ließ es sich verhindern, daß auch Löhne und Gehälter wegen Mangel an Zahlungsmitteln nicht gezahlt werden konnten. Andere Maßnahmen traten zu dieser, die ja in praxi schon ein Moratorium gegenüber dem Ausland bedeutete. Der Diskontsatz wurde bis auf 15% erhöht, der Lombardzinssatz sogar bis auf 20%. Beide sind inzwischen wieder um 5% herabgesetzt worden. Ferner wurde eine Kapitalfluchtverordnung erlassen, die jeden bei Androhung sehr scharfer Strafe verpflichtet, sein Auslandsguthaben anzumelden, eine Devisenverordnung, die den Verkauf von Devisen von einer Genehmigung der Landesfinanzämter, die sich nach der volkswirtschaftlichen Notwendigkeit richtet, abhängig macht. Außerdem wurde eine Ausreisegebühr von 100 Mark eingeführt. Die letzte Maßnahme hatte mehr den Sinn, das deutsche Volk auf den Ernst der Lage hinzuweisen, die Menschen vor Ferienreisen ins Ausland abzuschrecken, damit das Geld im Lande bleibt, und auch dem Ausland zu zeigen, daß Deutschland den Weg der Selbsthilfe geht, was ja die französischen Blätter neben anderen immer wieder gefordert hatten.

Die gekennzeichneten Maßnahmen, die von außerordentlichem Gewicht sind, sind spät gekommen. Wir können nicht überprüfen, ob all die Vorwürfe, die deshalb gegen den Verantwortlichen, den Reichsbankpräsidenten Luther, gemacht werden, zu Recht bestehen. Wir können nur feststellen, daß Luther überall kritisiert und gegen die Kritiken nicht verteidigt worden ist und daß er an Vertrauen weit über die Wirtschaft und Finanz hinaus sehr stark verloren hat.

Mit ebenso summarischen Worten seien hier die technischen Maßnahmen erwähnt, mit deren Hilfe man den Zahlungsverkehr wieder in Gang gebracht hat. Wie gesagt, ist die Devisenverordnung aufrechterhalten worden. Wie noch ausgeführt werden wird, ist ein Stillhalteabkommen abgeschlossen worden, das die Gefahr von seiten der kurzfristigen Kredite vorläufig bannt. Man mußte unter die Deckungsgrenze herabgehen, um die nötigen Banknoten in den Verkehr kommen zu lassen, man mußte Maßnahmen treffen, die den beiden am schwersten betroffenen Großbanken, der Danat- und der Dresdener Bank, und überhaupt allen Banken und Sparkassen das Vertrauen ihrer Kunden wieder schuf. Durch direkte oder indirekte Reichsbeteiligung an den beiden Großbanken und durch die energische Politik der Reichsregierung ist das gelungen. Der Zahlungsverkehr innerhalb Deutschlands funktioniert wieder ohne Schwierigkeiten. Das aber ist die leichtere Aufgabe, verglichen mit der großen, die zu lösen ist: das deutsche Wirtschaftsleben wieder auf eine gesunde Basis zu stellen.

Die Nothilfemaßnahmen, die wir im vorletzten Absatz resumiert haben, werden auch als Selbsthilfemaßnahmen bezeichnet. Nationale Selbsthilfe und Auslandshilfe, diese beiden Worte kennzeichnen nicht nur die Diskussionen, die nach dem Zusammenbruch in der Presse und Öffentlichkeit geführt wurden, sondern sind auch die Überschriften zweier politischer Richtungen. Demokratische und sozialdemokratische Blätter wiesen wie immer auf das Ausland hin, von dem die Hilfe in Form von Auslandsanleihen auch gegen politische Zugeständnisse geholt werden müsse. Die nationale Opposition lehnte das schroff ab und forderte, daß Deutschland sich aus eigener Kraft helfen müsse, um einem französischen Diktat zu entgehen. Brüning — und das ist, wie die deutsche Politik sich entwickelt hat, fast allein ausschlaggebend — hat zuerst den zweiten Weg eingeschlagen. Seine Außenpolitik stand seit dem Winter im Zeichen der Bemühungen, durch Zusammenarbeit mit den Angelsachsen die Tributfrage zu lösen.

Es sind naturgemäß verschiedene Versionen über die Entstehung des Hoover-Planes und über den Anteil, den die Reichsregierung an ihm hat, in der Tagespresse zum Ausdruck gekommen. Gegenüber der Ansicht, zwischen Chequers und der Aktion Hoover bestünde kein Zusammenhang und die Reichsregierung habe keinen Anteil an dieser Aktion, müssen wir nach unseren Informationen, die wir für zuverlässig halten, ein ganz anderes Bild zeichnen.

Tatsache wird es sein, daß Reichskanzler Brüning sich nicht im unklaren darüber gewesen ist, daß die einzige Möglichkeit, die der Young-Plan selber bietet, für Deutschland ohne Wert ist. Nach diesem Plan steht uns nur das Recht zu, einen Tributaufschub für einen Teil der Zahlungen zu verlangen. Dieser Aufschub tritt drei Monate nach dem Verlangen in Kraft und bezieht sich im übrigen nur auf die Transferierung, d. h. die Zahlungen müssen weiter geleistet werden, nur mit dem Unterschied, daß sie in Markbeträgen zu zahlen sind, die in Deutschland verbleiben.

Wie gering der Nutzen dieses Schrittes wäre, liegt auf der Hand. Wie groß der Schaden wäre, den er durch die Auslösung einer Vertrauenskrise hervorrufen würde, ist schwer abzumessen. Sicher aber wäre es, daß sich Deutschland bei der Forderung des Tributaufschubes wieder einer geschlossenen Front

der Reparationsgläubiger gegenüber gesehen hätte, was die Chancen für die Revision des Young-Planes, auf die es in Wirklichkeit ankommt, noch mehr vermindert hätte.

Brüning wird das gewußt haben und darum trotz der immer stürmischer werdenden Forderung, die Regierung solle den Tributaufschub verlangen, seinen eigenen Weg gegangen sein, über den nur ganz wenige Menschen in Deutschland unterrichtet waren. So erklärt es sich, daß noch Mitte Juni der Vorwurf gegen Brüning geschleudert wurde, er greife die Frage der Revision des Young-Plans nicht an, während der Reichskanzler in Wirklichkeit wohl schon seit dem Januar Verhandlungen geführt hat. Bei seinen Besprechungen mit dem amerikanischen Botschafter Sackett hat er diesem und damit der amerikanischen Regierung den Gedanken des Tributfeierjahres nahe gebracht. In Chequers ist dann die englische Regierung über die Wirtschafts- und Finanznot Deutschlands ebenfalls mit allem Nachdruck informiert worden, wobei der Plan des Tributfeierjahres weitergesponnen wurde. Da der amerikanische Staatssekretär Mellon wenige Tage später bei MacDonald weilte, gingen diese Informationen weiter nach Washington. Der schon gereifte Entschluß wurde bei Hoover dann überraschend schnell in die Tatsache umgesetzt, als sich die Krise in Deutschland jenem Punkte genähert hatte, wo es nur noch den Weg in den Abgrund gibt.

Auf dieser Linie hat Brüning weitergearbeitet. Er hat sich aber davon überzeugen müssen, daß England und Amerika uns keinen langfristigen Kredit gewähren können. England wurde von französischer Seite ebenfalls unter Finanzdruck gesetzt. Es stellte sich heraus, daß ein sehr großer Teil der kurzfristigen Anlagen in Deutschland französisches Geld ist, das über den Umweg über England zu uns gelangt war. Die Franzosen kündigten ihre kurzfristigen Kredite in London. Der Goldabfluß aus London, das Absinken des Pfundes waren die Folge. So mußte England selbst um einen Stützungskredit von einer Milliarde Mark in Paris nachsuchen. Deutschland aber konnte es nicht helfen. Frankreich dagegen erklärte sich bereit, eine langfristige Anleihe zu gewähren, aber zu politischen Bedingungen. Man weiß nicht genau, um welche es sich handelt. Panzerkreuzer, Zollunion, Verbot der nationalen Verbände, Ostlocarno wurden jedenfalls von der französischen Presse erwähnt. Demokratische Berliner Blätter, von denen man in Deutschland weiß, daß sie keinen Einfluß mehr haben, was man aber im Ausland leider noch nicht erkannt hat, beeilen sich zu versichern, daß solche Bedingungen nicht schlimm seien. Eines dieser Blätter muß auf Grund der vielumkämpften Pressenotverordnung, mit deren Hilfe die Regierung die Blätter zwingen kann, Berichtigungen aufzunehmen, eine scharfe Erklärung der Regierung hiergegen veröffentlichen. Wer es bis dahin noch nicht gewußt hat, weiß nun, daß Brüning nicht der Mann ist, sich Frankreich zu unterwerfen. Er ist vorher (am 18. Juli) trotzdem nach Paris gegangen. Warum? Weil Deutschland in der Meinung der Welt, und besonders in der der Angelsachsen, nicht als der Schuldige dastehen darf, der die Hand Frankreichs zurückweist. Durch seine Taktik, die außerordentlich geschickt ist, hat Brüning das verhindern können. Er ist von Paris und der sich anschließenden Londoner Konferenz zurückgekommen, ohne allzu viel finanziell erreicht zu haben. Dank dem Druck Hoovers wurde nur erreicht, daß die beteiligten Mächte Maßnahmen ergriffen, damit die Kreditkündigungen sich nicht fortsetzten. Aber er ist auch zurückgekommen als der erste deutsche Politiker der Nachkriegszeit, der keine

Zugeständnisse gemacht hat. Er hat es zu einer Situation, aus der heraus ein Diktat über Deutschland möglich war, nicht kommen lassen. Und das will viel sagen, wenn man die wirtschaftliche, finanzielle und außenpolitische Lage Deutschlands kennt.

Zum Schluß sei noch einiges über die Innenpolitik gesagt. In dieser Situation, in der es um Leben oder Sterben Deutschlands geht, ist kein innerpolitischer Burgfriede geschlossen worden. Das Zentrum erklärte sich bis zuletzt nicht bereit, einer vorzeitigen Auflösung des preußischen Landtags zuzustimmen, so daß der Volksentscheid durchgeführt wurde, der die gesamte nationale Front von der Deutschen Volkspartei bis zu den Nationalsozialisten zusammensah; aus taktischen Gründen hatten sich auch die Kommunisten angeschlossen. Fast zehn Millionen Menschen, also rund 40% der Wahlberechtigten, stimmten für den Volksentscheid. Er ist mithin gescheitert — da 50% notwendig sind —, und das bedeutet eine taktische Niederlage für die nationale Opposition. Trotzdem bleibt der Tatbestand unbestritten, daß die jetzige preußische Regierung nur noch eine schwache Minderheit hinter sich hat und daß sie abtreten muß, wenn im Frühjahr neu gewählt wird.

Zwei Pläne, die augenblicklich zur Erörterung stehen, sind noch zu sehr im Vorstadium, als daß sie hier mehr als angedeutet werden könnten. Es handelt sich einmal um die Herstellung eines besseren Verhältnisses zwischen Brüning und Hugenberg, was nicht unbedingt in der Form der Übernahme eines Ministeriums durch einen Deutschnationalen zu geschehen brauchte. Ferner um die Inangriffnahme der Reichsreform durch die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen, wobei es wesentlich wäre, wie weit dabei die Sozialisten ausgeschaltet würden. Wie gesagt, beide Pläne sind noch im Vorstadium, aber sie haben Erfolgsaussichten. Hoffen können wir nur, daß sie durchgeführt werden, denn damit würde die Position der Reichsregierung wesentlich gestärkt werden, worauf es in dieser Notzeit vor allem ankommt. Georg Schröder

Berlin, 12. August 1931.

Kleine Beiträge

Volk und Muttersprache

Unter diesem Titel hat Professor Dr. Kurt Stavenhagen zunächst in der Zeitschrift „Nation und Staat" und dann als Sonderdruck (Verlag Wilhelm Braumüller, Wien und Leipzig 1930) eine Abhandlung veröffentlicht, auf die wir unsere Leser mit Nachdruck hinweisen. Die kleine Schrift, die freilich an den philosophisch ungeschulten Leser erhebliche Anforderungen stellt, enthält in gedrängtester Zusammenfassung eine außerordentliche Fülle scharfsinniger Analysen und anregender Ideen. Im Gegensatz zu den heute so beliebten bloß kompilatorischen Werken über die Minderheitenfrage führt sie die Forschung tatsächlich um ein bedeutsames Stück weiter.

Stavenhagen nähert sich dem Volksbegriff, was übrigens auch Wilhelm Stapels Bemühen ist, mit den Denkmitteln der phänomenologischen Methode. Er sieht im Volk das „soziale Gebilde einer historisch-geistigen Totalgemeinschaft", die aus einem Traditionskreis herauswächst, und bestimmt diesen seinen

Volksbegriff dadurch näher, daß er diese Gemeinschaft durch eine „reflexive Idee", durch ein Wirbewußtsein als Beziehungspunkt der Vergemeinschaftung umgrenzt sieht. Die Mitglieder dieser Gemeinschaft, also die Volksgenossen, fühlen sich in ihren traditionellen Einstellungen, in ihrer Art zu fühlen, der Wertewelt überhaupt oder genauer einer und derselben Wertewelt gegenüber traditionell eins. Indem dieses Gefühl ins Bewußtsein gehoben wird, erhebt sich das Volk zur Kulturnation. Von ihr ist das Volk als subjektiver Träger einer eigenen Geschichte, also das, was vielfach als Nation bezeichnet wird, zu scheiden.

In außerordentlich scharfsinniger Weise versucht nun Stavenhagen den Nachweis, daß der Begriff der Muttersprache überhaupt nicht durch das unmittelbare Verhältnis des einzelnen oder einer Summe einzelner Individuen zu einer Sprache bestimmt werden kann, sondern daß es sich um ein indirektes, über die volkliche Gemeinschaft gehendes Verhältnis handelt. Um also die Zuordnung ganzer Gruppen oder einzelner Individuen zu ihrem Volk zu vollziehen, kann das Merkmal der Muttersprache schon deshalb nicht genügen, weil zunächst einmal das Vorhandensein einer echten Muttersprache in diesem qualifizierten Sinn festgestellt werden müßte. So bleibt das Solidaritätsgefühl in zweifelhaften Fällen das Primäre und zwar auch da, wo es nicht traditionell, sondern rein subjektiv gegeben ist. Und der letzte technische Behelf für seine Feststellung ist das Bekenntnis.

Es ist ein unzweifelhaftes Verdienst Stavenhagens, das Sprachliche gewissermaßen als eine Schicht von ethnischen Befunden erklärt zu haben, durch die das Entscheidende gewissermaßen nur hindurchscheint. Und die Verknotung, die er zwischen Wertewelt und Solidaritätsgefühl herstellt, um darin das Volkliche zu verankern, bedeutet eine beachtliche geistige Leistung. Trotzdem jedoch können wir in dieser Lokalisierung des Volkstumsschwerpunkts nur eine Teillösung sehen. Stavenhagen weist in einer wichtigen Anmerkung selber darauf hin, daß dieser Volkstheorie der historische Wandel der Wertewelt eines Volkes unleugbare Schwierigkeiten macht. Er hätte zur zeitlichen Variabilität auch die räumliche und soziale Differenzierung innerhalb derselben Epoche eines Volkes hinzufügen können. Ob man das ethische oder das religiöse Moment in den Vordergrund stellt: für die Wesenserkenntnis des europäischen Volkes ergibt sich eine ungeheure Erschwerung aus den Absolutheitsansprüchen des Christentums und seiner ethischen Derivate. Auch die „Wertewelt" des Volkes wird hierdurch relativiert, und die Schwierigkeiten wachsen, wenn man mit Stavenhagen darauf verzichtet, das Werthafte ins Normative zu wenden. Volkszugehörigkeit ist zutiefst kein richtig oder falsch zu ermessender Tatsachenbefund, sondern vom Individuum oder der Gruppe her gesehen eine Angelegenheit der Bewährung, vom Volk aus gesehen der Beanspruchung. Durch einen tief gewurzelten Ontologismus versperrt sich Stavenhagen die Sicht auf die Fragen, die sich aus der Wesensdynamik, gleichsam aus der „praktischen Vernunft" des Volklichen ergeben. Es ist bezeichnend genug, daß er in seinen Ausführungen über den Volksgeist von Hamann und Herder und nicht von Fichte und Hegel spricht. Wir wollen nicht zwischen diesen beiden Denkerpaaren optieren, sondern sind der Meinung, daß, um es anders auszudrücken, der Problemkreis des Volkes nicht gegen den der Nation isoliert werden darf und umgekehrt. So werden auch die Denkergebnisse Stavenhagens ihre eigentliche Fruchtbarkeit erst dann erweisen, wenn sie in umfassendere Zusammenhänge hin-

eingestellt werden. Und diese Zusammenhänge führen zu den Faktoren hin, die in den Überlegungen Stavenhagens nur schüchtern anklingen: zu Geschichte, Raumbeherrschung und Staat.

Stavenhagen setzt sich in seiner Arbeit mit Ausführungen des ungarländischen Deutschtumsführers Bleyer auseinander. So richtig die — unausgesprochene — Auffassung Stavenhagens ist, wonach Bleyer aus einer spezifisch örtlichen Problematik den Weg zum Volksgedanken sucht, so wenig kann es dem schärferen Blick entgehen, daß auch hier wiederum ein deutlich erkennbarer baltischer Standpunkt auch für die Theorie maßgebend ist. In der Unterschätzung konfessioneller Spannungen innerhalb der „Totalität" einer Volksgemeinschaft, der Überbewertung klarer Traditionsverhältnisse und einer Solidarität, die viel mehr ständisches als nationales Erzeugnis ist: hier und an manchen andern Punkten wird das Baltische in der Konzeption Stavenhagens sehr klar sichtbar. Das ist auch durchaus kein Schade. In den volkstheoretischen Arbeiten Wilhelm Stapels tritt gleichfalls der Preuße im Deutschen immer stärker ins Licht. Dieses Hervortreten des Eigensten selbst im Gewande der abstrakten Theorie ist ja nur ein Beweis für Echtheit und damit für das letzthin Entscheidende. M. H. B.

Der Kampf gegen Gott

„Lehrer, Pfarrer usw. sind Lebenstechnikenverkäufer, angestellt von Aktiengesellschaften". „Religiosität: Das Gefühl der Abhängigkeit — von Dieben, Mördern und den andern fünfzehnhundert Millionen Menschen." „Vor allem muß man die Kinder von der Kirche freimachen und dem religiösen Gift entziehen..." „Die größte Lehre der Geschichte ist aber die, daß kein „Gott", wie seine herrschbegierigen „Stellvertreter" behaupten, die Menschheit erlösen kann, sondern daß die Menschheit in unermüdlichem Ringen sich selbst erlösen muß."

Diese Aphorismen und Leitsätze, Beispiele aus der in Deutschland erscheinenden atheistischen Literatur, bezeichnen Ton und Richtung der antireligiösen Propaganda, die in ganz Europa eine immer größere Ausdehnung gewinnt. Auf die Gefahr, die hier heranwächst und die ganze europäische Kultur bedroht, wird man allmählich auch außerhalb kirchlicher Kreise aufmerksam. Ein besonders eindrucksvolles Bild der Gottlosenbewegung gibt das Juliheft der „Süddeutschen Monatshefte" unter dem Gesamttitel „Der Kampf gegen Gott", vielleicht das verdienstlichste der vielen verdienstlichen Sonderhefte der bekannten Zeitschrift. In vier großen Aufsätzen wird der gegenwärtige Stand der atheistischen Propaganda dargestellt: Ernst Drahn behandelt die „Entwicklungsstufen des proletarisch-sozialistischen Atheismus" und „Die Internationale der Gottlosen", Prof. Dr. Ludwig Berg „Die bolschewistischen Religionsgesetze" und der bekannte Rußlandkenner Dr. Theodor Seibert „Die Formen der Gottlosenpropaganda in Rußland".

Sehr interessant ist im historischen Artikel der Nachweis des engen, immer wieder bestrittenen, aber nicht abzuleugnenden historischen Zusammenhangs zwischen sozialistischer und atheistischer Ideologie*). Drahn führt seine Darstellung von Marx zu Lenin und unterstreicht, daß bei aller scheinbaren Neutralität des Sozialismus gegenüber dem religiösen Bekenntnis grundsätzlich zwischen dem antireligiösen Programm der So-

*) Wir können es uns nicht versagen, hier an einen bedeutenden Aufsatz von N. Berdjajew, „Die Pseudoreligion des Sozialismus", Baltische Monatsschrift 1928, zu erinnern, der das Schicksalhafte dieses Zusammenhangs besonders lebendig macht.

zialdemokratie und des Kommunismus kein Unterschied besteht; der Unterschied liegt nur in der Methode: die sozialdemokratische Propaganda bleibt im engen Kreise, während die kommunistische aggressiv gegen die ganze Welt ist. Sehr illustrativ sind die ungemein zahlreichen Belege aus der Literatur, den Zeitschriften und Zeitungen. Der Schluß bringt Beispiele aus der antireligiösen Propaganda und Politik Sovetrußlands, z. T. mit Abbildungen. — Nach einer vorzüglichen Übersicht über die bolschewistischen Religionsgesetze von Prof. Berg schildert Th. Seibert sehr packend die Methoden der Gottlosenpropaganda in Rußland, um zuletzt auch die Maßnahmen politischer Gewalt im Kampf gegen die Kirche zu kennzeichnen. — Der „Bund der streitbaren Gottlosen" zählte im Juni 1930 bereits 3,500,000 Mitglieder.

Am bedeutsamsten ist der letzte Aufsatz, in dem E. Drahn die Arbeit der Gottlosen-Internationale schildert*). Auch hier reiches Material, das die Tätigkeit der Religionsfeinde auf allen Gebieten zeigt: die Agitation in der Schule (es gibt 59 gedruckte kommunistische Zeitschriften für Kinder und Jugendliche allein in Europa), die Verwendung des Films, der Bühne, der Ausstellung, des Buches, der Zeitschrift, des Flugblatts, der Zeitung. Ein „Gottlosenabend" in der Großstadt wird wie folgt geschildert:

Riesensaal. Tausendköpfige Teilnehmerschar. „Puppengiganten schwanken im Scheinwerferlicht einher, Gestalten von 2½ Meter Höhe ziehen den Blick auf sich. Ein solches Schauspiel ging vor kurzem in Szene: Der Kopf des ersten, menschliche Formen imitierenden Ungeheuers glich einem unförmigen Ballon, um die hölzernen Glieder schlotterte ein grüner Kaftan, auf der Brust tanzte ein mächtiges schwarzes Kreuz. Die Figur sollte den „Lehrer" personifizieren. Eine Ansprache über die Notwendigkeit der Prügel, des Gehorsams und Gebetes entrang sich scheinbar dem Munde der Attrappe, die von den Zuschauern mit donnerndem Hohngelächter aufgenommen wurde. Eine weißgekleidete, weibliche Gestalt von gleichem Ausmaße erscheint, die eine Friedenspalme in der Hand trägt und die jungen Mädchen auffordert, in einen christlichen Jungfrauenbund einzutreten. Ein Gewieher aus dem Zuschauerraum ist die Antwort. Nun droht der „Lehrer" mit dem Teufel, und ein satanisches Gebilde schwebt heran. Die drei Groteskpuppen besprechen sich, dann verstummen sie plötzlich und verfallen in eine unterwürfige Stellung. Auf der Bühne erscheint der Papst, begrüßt als „der Obermime von's Janze". Er trägt ein violettes Gewand mit breitem, gelben Kreuz darauf. Das Gesicht wird durch die Züge eines fetten Ferkels ersetzt, eine rote Nase leuchtet hervor. Der Papst ergreift sofort die Führung im Gespräch. Er propagiert den „heiligen Kreuzzug gegen die Sowjetunion". Der weißgekleidete Engel mit der Friedenspalme, der die evangelische Kirche symbolisieren soll, stimmt begeistert zu. Der „Lehrer" verspricht seine Beteiligung. Dann wendet sich der Papst zum Teufel und schließt mit ihm ein Bündnis".

Das sind die groben Methoden, die natürlich nur auf die Masse wirken. Fast gefährlicher aber ist eine Literatur, Presse und Pseudokunst, die sich nicht offen religionsfeindlich gibt, sondern unmerklich, geistreich und mit schmeichelnder Täuschung die autoritären Grundlagen der europäischen Kultur zerfrißt. Ein unübersehbar weites Feld — das in der Darstellung der „Süddeutschen Monatshefte" keinen Platz mehr hat. Es müßte hier unvermeidlich auch gesagt werden, daß

*) Zum Gegenständlichen verweisen wir auf den Aufsatz von A. Zoege von Manteuffel oben S. 415.

für die Ausbreitung der Gottlosigkeit der religiöse Indifferentismus in der bürgerlichen Welt mindestens dieselbe Bedeutung hat, wie die antireligiöse Propaganda. Es liegt in diesem Kampf nun einmal so: wer hier neutral bleiben zu können meint, der fördert die Mächte der Zerstörung. Niemand kann der Entscheidung entrinnen; wer ihr ausweicht, entscheidet eben damit am bündigsten.

Daß diese harte und wenig bequeme Einsicht im Wachsen ist, kann einem wohl als der größte Gewinn des Zeitalters der Gottlosenpropaganda erscheinen: der Bolschewismus erhält als Lehre seinen Sinn. So gewiß die letzten Entscheidungen nicht auf wirtschaftlichem, sondern auf geistigem Gebiete fallen, so gewiß ist jeder einzelne ohne Ausnahme auf den Posten der Entscheidung gestellt.

R. W.

Umschau

Um den Inhalt der deutsch-baltischen Politik

Der traditionelle baltische Patriotismus ist defensiver Natur. In allen Aktionen, die unmittelbar als Maßnahmen der nationalen Verteidigung zu erkennen sind, ist Einmütigkeit und Geschlossenheit unverbrüchliches Gesetz. Hierher gehörte früher die Verteidigung der deutschen Sprache gegen die Russifizierung, z. T. auch der deutschen Landesverfassung gegen die bürokratische Uniformierung, und heute die Verteidigung deutschen Besitzes gegen Enteignung und Verstaatlichung; hierher gehört der Vorgang der parlamentarischen Wahlen, in denen dem Deutschtum seine politische Vertretung gesichert werden muß. Die politische Geschlossenheit setzt eine Disziplin voraus, die eine passive und eine aktive Seite hat. Taktische Parolen der Führung müssen einheitlich befolgt werden; gleichzeitig ist der Arbeitseinsatz des einzelnen in persönlicher Initiative so hoch wie möglich zu bemessen. Wer die Parole durchlöchert oder sich von der Arbeit drückt, ist kaltzustellen.

Soweit wir noch leben, leben wir von dieser Gesinnung. Ja, es ist kaum zu leugnen, daß die Geltung des Patriotismus gegen früher extensiv zugenommen hat: es ist gelungen, für die nationale Leistung Kreise von Volksgenossen zu gewinnen, die vor dem Kriege passiv und gleichgültig beiseite standen. Gleichzeitig aber hat die normative Kraft der Gesinnung nachgelassen. Die äußeren Bedingungen, die zu dieser Erschlaffung geführt haben, stehn hier nicht zur Erörterung. Es ist erstaunlich, eine wie geringe Bedeutung man diesem Umstande hat beimessen können (erinnert sei nur an die Diskreditierung der sog. „baltischen Mußgesinnung"). Mußgesinnung ist ein häßliches Wort; daß aber eine klar erkannte und unmißverständlich verbindliche Norm nationaler Gesinnung unentbehrlich ist, dürfte – wenn es noch zweifelhaft war — eine Erfahrung gezeigt haben, die uns in diesem Sommer zuteil geworden ist.

Für die Durchführung einer im deutschen Interesse technisch notwendigen Aktion bei den im Oktober bevorstehenden Parlamentswahlen ist in Riga eine ungewöhnlich große Anzahl von freiwilligen Hilfskräften nötig. Viele haben sich gemeldet und arbeiten aufopfernd. Es fehlen aber noch viele. Wenn sie sich nicht melden, ist der ganze Plan zum Scheitern verurteilt. Erschreckend oft begegnet man Ausflüchten. Richtig ist, daß die Jahreszeit ungünstig ist. Immerhin steht so viel auf dem Spiel, daß eine stärkere Beteiligung erwartet werden muß. Wenn wir bei diesen Wahlen wegen ungenügender Anstrengung Fiasko

erleiden, so kommt es einer freiwilligen Abdankung gleich Es ist dasselbe, als wenn wir auswanderten.

Der defensive Patriotismus war die selbstverständliche Grundlage unserer Existenz, hat bei uns aber nie allein gestanden. Immer gab es daneben positive Aufstellungen die über die Aufgaben der Verteidigung hinaus ein Ziel wiesen. Erhaltung ist kein Programm. Charakteristisch ist nun, daß stets nur unsere Verteidigung den nationalen Akzent trug. Die positive Zielsetzung, häufig umstritten und nie so allgemein verbindlich formuliert, war übernational, war auf das Wohl und die Kraft des ganzen Landes gerichtet. Hier haben stets verschiedene Forderungen miteinander gestritten. Erinnert sei z. B. an den tiefen Gegensatz zwischen der liberalen und der konservativen Ideologie der Reformära, zuletzt noch 1905. Und auch heute gibt es verschiedene Ansätze zur Bezeichnung einer baltischen Aufgabe über die Pflicht der nationalen Selbsterhaltung hinaus. Im ganzen aber muß gesagt werden, daß diese Fragen als Angelegenheiten zweiter Ordnung erscheinen, als eine Art Luxus. Die Ursache liegt auf der Hand. Weil wir politisch nur noch wenig bedeuten, ist die Beschäftigung mit unserer staats- und landespolitischen Aufgabe uninteressant geworden. Die Aufgabe der nationalen Kraftерhaltung und -steigerung steht im Bewußtsein der deutschen Bevölkerung ganz im Vordergrunde und ist auch in der Tat die nächste Sorge.

Wir könnten uns mit diesem Tatbestand zufrieden geben, wenn nicht zwischen der Kraft der nationalen Verteidigung und dem höheren Ziel, der größeren Idee ein enger Zusammenhang bestünde, derart, daß Erhaltung einer Gemeinschaft, auch der nationalen in einer fremden Umwelt, auf die Dauer nur möglich ist, wenn ihr eine weiterreichende Aufgabe gesetzt wird. Wir zweifeln daran, ob es heute möglich ist, ein solches Ziel mit dem Anspruch auf die gleiche moralische Autorität aufzustellen, wie sie die großen, einfachen und klaren Aufgaben der Volksgemeinschaftsarbeit genießen. Wohl aber ist zu wünschen, daß die Auseinandersetzung über die staats- und landespolitische baltische Aufgabe ernstgenommen und ihre Bedeutung im Bewußtsein unserer Volksgnossen befestigt werde. Wir würden es für ein Zeichen gesunden politischen Lebens halten, wenn sich hier zwei verschiedene Anschauungen herauskristallisierten, die — unserer nationalen Einheitsfront unbeschadet — ruhig im Gegensatz zu einander stehen könnten. Wesentlich ist nur, daß die politische Ebene, der angedeutete politische Gesichtspunkt gewahrt bleibt.

Wenn wir diesen Gesichtspunkt ermüdet oder gelangweilt aufgeben und nicht mehr an dem darin begründeten Anspruch festhalten, so danken wir genau so ab, als wenn wir vor der elementaren Pflicht, die größtmögliche Anzahl deutscher Abgeordneter ins lettländische Parlament zu entsenden, versagten. R. W.

„Unzeitgemäße Schöngeistigkeit"

Mit diesem Stichwort begann die kleine Dorpater Zeitschrift „Aus deutscher Geistesarbeit" im Mai die Wiedergabe einer Reihe von Aufsätzen meist aus den Münchener Neuesten Nachrichten, die zusammen mit den Ausführungen des Herausgebers R. von Engelhardt eine bemerkenswert geschlossene Antwort auf die Frage nach der Bedeutung der weltanschaulichen Entscheidung für die europäische Schicksalsgestaltung darstellen. Wiedergegeben wurden im Mai, Juni und Juli u. a. die „Fünfundzwanzig Sätze" Leopold Zieglers und vor allem die bedeutende Bremer Rede Rudolf Borchardts „Führung!", deren Hauptgedanken die folgenden sind:

„Führung ist... nicht ein Attribut nur

des Führers, es ist viel mehr als das, es ist ein Attribut der Geführten. Steuerung ist nicht nur eine Eigenschaft des Steuermannes. Es ist die bedingende Grundeigenschaft des Schiffes selber in allen seinen Teilen." Die Zeit des „großen Bürgertums" im vergangenen Jahrhundert ist dahin, jene Zeit, „als die Ordnungen der sittlichen und gesellschaftlichen Welt jedem ihr Angehörigen so in Fleisch und Blut übergegangen waren, daß niemand als der Verbrecher an sie erinnert werden mußte, um nach ihnen zu handeln, und weder ein Recht, noch ein Geldstück, noch eine Lehre, noch eine Weisung von Mensch zu Mensch ging, ohne daß eine unsichtbare Autorität hinter geheiligtem Tausche stand, die ihm die unverbrüchliche Form verbürgte". Und heute? „Wir müssen die Anfangsgründe der Autorität wieder erlernen von der Pike auf..." Aber es ist da, das „Verlangen, die Welt feiler Unwerte, in der zu leben wir verurteilt sind, durch eine Welt geordneter Werte zu ersetzen". „Die ganze Welt wird reißend konservativ, aus Selbstschutz, aus Erbschutz, aus der Pflicht heraus, die durcheinander gerüttelten Elemente vier Jahre langer mörderischer Verwilderung unter die Hand des nationalen Kontinuums wieder einzufangen, jeder auf einem anderen Wege, wir auf dem schwersten..."

*

Es kann heute wohl manchmal so scheinen, als sei die Wirtschaft es, auf der die Berufung liege, das Chaos zu überwinden. Demgegenüber ist der Hinweis angemessen: wir gleiten allen organisatorischen Bemühungen zum Trotz unaufhaltsam in die Bolschewisierung hinein — wenn nicht der große Wandel der Gesinnungen eintritt, von dem der Dichter in seiner Rede spricht. Es ist derselbe geistig-weltanschauliche Vorgang, den unser junger reichsdeutscher Mitarbeiter in seinem Aufsatz „Das sterbende Zeitalter" unter dem alten „Metanoeite" begreift. Mag man die Bemühungen um eine geistige Erneuerung, wie das in der Zeit wirtschaftlicher Not ganz und gäbe und verständlich ist, immerhin schöngeistig schelten: sie sind zeitgemäß.

Eine schwedische Stimme über das heutige Polen

„Die Augen Europas werden zweifelsohne sehr bald auf die deutsch-polnischen Grenzen gerichtet werden, denn schon heute ist der Korridor eine brennende Frage!" Mit diesen Worten leitete Stockholms Tidningen Anfang August ein Interview ein, welches der Zeitung von dem schwedischen Völkerrechtsgelehrten Dr. Lage Staël von Holstein (Stockholm) gewährt wurde. Dr. St. v. Holstein hat kürzlich, einer Einladung des polnischen Gesandten in Schweden Folge leistend, eine Studienreise durch Polen gemacht, um mit Persönlichkeiten und Problemen des heutigen Polen in nähere Fühlung zu gelangen. Seine auf dieser Reise gewonnenen Eindrücke hat Dr. St. v. Holstein im Nya Dagligt Allehanda vom 7. August veröffentlicht; sie werden im Nachstehenden mit Genehmigung des Verfassers wiedergegeben:

„Kommt man heute von einer Reise nach Polen heim, so brummt einem der Kopf von paradoxen Begriffen. Eine mustergültige Verfassung, die in Wirklichkeit außer Kraft gesetzt ist; ein Diktator, der bewußt die Rolle einer Sphinx zu spielen beabsichtigt; eine Diplomatie, die sich durch Schreckschüsse nach allen Seiten hin isoliert, und besonders nach der Seite hin, von welcher das Land in erster Linie eine Stützung seines Daseins erhalten könnte. Unordnung, Armut, Verfall — alles notdürftig bekleidet —, aber prunkvolle Paraden wie in den Fest- und Jubeltagen der Entente und ein Militärbudget von etwa einer Milliarde in einem Staate mit einem Defizit von

400 Millionen. 30 Millionen Einwohner, davon nahezu die Hälfte mit Minderheiten-Forderungen und mit wenig zuverlässiger Loyalität. Kein Nationalitätenstaat à la Wilson mit Selbstbestimmungsrecht und Versöhnlichkeit zwischen den verschiedenen Elementen, sondern zentralisierter Nationalstaat à la Mussolini. An allen Straßenecken Juden mit wiedergewonnenen Locken und über 2/3 aller Zechinen des Landes verfügend. Verarmte Bauern und Bettler in mittelalterlichen Städten von einer Schönheit wie Krakau — an welcher sich die Begeisterung aller Polen entflammt -, während im nördlichen Landesteil westeuropäische Geschäftsleute damit beschäftigt sind, das modernste aller Hafenwesen aufzubauen. Das Land — eingestellt auf ost-westliche Verbindungen —, stattdessen darin begriffen, diese sämtlich in nord-südliche umzugestalten. Eisenbahnzüge mit Geschützen, Paraden, Zapfenstreiche am Grabe des Unbekannten Soldaten unter den Arkaden des Marschalls. Und abermals arme Bauern hinter ausgemergelten Gäulen, Juden, Militärzüge. . . .

Ist dies das wiedererstandene Polen, welches sich nach jahrhundertelangen Leiden zur Freiheit durchgerungen hat, — das Polen, für welches unsere Dichter und Träumer schwärmten, unser Partner in dem neuerwachten baltischen Spiel? Oder befindet es sich auch heute noch in einem Befreiungskampf von den Erbsünden — Zwietracht, Leichtsinn, Überspanntheit —; ist dieses Land immer noch nicht zur Klarheit über sein eigenes Wesen gelangt und sich bewußt geworden, wohin es eigentlich seinen Blick zu richten habe —? Ist es ein Vorposten der westlichen Kultur gegenüber der östlichen Barbarei oder ist es nur ein asiatischer Trümmerhaufen —?

Warum all diese Gegensätzlichkeiten in unvermittelten Kontrasten, warum so viel Kulissen und leuchtendes Elend, — warum nicht unter all diesem Feuerwerk maßlosen nationalen Ehrgeizes ein Fünkchen dessen, was wir ganz anspruchslos gesunde Vernunft nennen könnten? Wo bleibt hier das Vertrauen, nach welchem man im übrigen in ganz Europa mit der Laterne sucht —?

Steht man jetzt wieder auf heimatlichem Boden, so hat man die Erinnerung an ein gewaltiges, aber etwas unförmiges Nebelbild vor sich, aus dem sich die Konturen der Zukunft noch nicht herausgeschält haben. Polen ist ebenso groß wie Frankreich und nahezu ebenso dicht bebaut. Es besitzt eine Nativität, die es zu viel weiteren Grenzen berechtigen würde, jedoch ist es zu ungleichartig zusammengesetzt, als daß es — wenigstens bis auf weiteres — seinen eigenen Rücken strecken könnte. Es gab und gibt auch heute noch Phantasten, die für ein Großpolen von Meer zu Meer schwärmen und die sich nicht einmal mit den Grenzen von 1772 begnügen. Und doch bedurfte Napoleon jahrelangen Nachdenkens, um der schönen Waleska zu Gefallen ein Zentralpolen, ohne Krakau und Danzig, zu schaffen.

In Versailles zügelte man die Forderungen der Großpolen und überließ den östlichen Grenzen, sich selbst festzulegen, und als die Botschafterkonferenz schließlich den Rigaer Frieden mit den dort bestimmten Grenzen guthieß, herrschten sicher allerhand Zweifel über die Zweckmäßigkeit, den homogenen polnischen Staatskörper, wie geschehen, mit einem Ring von Anfang an mehr oder weniger aggressiv eingestellter Irredenten zu belasten. Einige sagen heute, die Achillesferse Polens liege in der Ukraine. Andere wieder beobachten den ständigen Lärm der Ruthenen und Weißrussen und erwarten, daß aus deren schwelender Glut die Flammen emporschlagen.

Die meisten blicken ständig auf Litauen, von wo sie große Umwälzungen erwarten.

Wohl ist man in Polen vollkommen einig hinsichtlich der Berechtigung des Zeligovskyschen Handstreiches sowie auch darüber, daß seitens des Völkerbundes nichts zu erwarten sei. Die Sperrung der Grenzen im Norden indessen und der auf zwei Fronten geführte Handelskrieg müssen auf die Dauer aufreizend wirken, weshalb man nicht gerade mit Wohlgefallen zusieht, wie Deutsche und Russen augenblicklich darin wetteifern, Memel und dessen Hinterland für eigene, höchst spezifische Zwecke auszubeuten, die auf jeden Fall nichts mit der 500-jährigen dynastischen Union zu tun haben. Man behauptet, daß Pilsudski, sobald er sich in seinem Belvedere eingeschlossen hat und selbst für seine eigenen Minister schwer aufzufinden ist, seine Karten vor sich ausbreitet und einen gewaltigen Föderativstaat zwischen all den kleinen Streitenden plant, um eine Einheitsfront gegen den gemeinsamen Erbfeind Rußland zu schaffen.

Eine solche Politik bedarf indessen, um überhaupt zu einem Ziele zu führen, nicht nur der Unterstützung seitens der rumänischen und französischen Verbündeten, sondern sie bedarf vor allem einer ebenso geschmeidigen wie auch festen Hand, und gerade mit der Geschmeidigkeit soll es augenblicklich nicht gerade gut bestellt sein. Die Frage des Vertrauens für ein zukünftiges Polen beruht nichtsdestoweniger in überwiegendem Grade darauf, wie dieser Problemkomplex behandelt wird.

Unterdessen legt man neue Divisionen zu den bestehenden 40, eine vielseitige Kriegsindustrie arbeitet mit qualmenden Schornsteinen, und sobald man nur einige hundert Millionen erübrigen kann, werden sie in den Kriegshafen Gdingen gesteckt. Daß die friedliche Produktion mit bedenklicher Geschwindigkeit zurückgeht, daß Textil- und Naftaindustrien mit Unterbilanz arbeiten und daß sogar die Ausfuhr von Holz und Kohlen im Sinken begriffen ist, nimmt man leicht. Die Armee geht allem anderen vor. Dies wäre ja auch alles gut und schön, wenn es sich nur darum handelte, das Pulver trocken zu halten und auf Pilsudskis neuen großen Augenblick zu warten. Die Kriegspsychose hat indessen zur Folge, daß jeder einzelne sich als sein eigener Feldherr fühlt und sehr große, und vielleicht darf man auch sagen: recht dumme Träume träumt.

Die Festungs- und Truppenkonzentrierungen längs der deutschen Grenzen werden dahin gedeutet, daß man bald weiß-rote Fahnen sowohl über Stettin als auch Königsberg wird hissen können, und die von den polnischen Kriegsschiffen gezogenen Kreise legt man aus als Anzeichen einer kommenden Ostseemacht, die mit Gotland, Bornholm und Rügen als Stützpunkten den Kampf um die Schlüssel des Sundes und das dominium maris baltici aufnehmen wird. Es hat aber doch den Anschein, als ob der Status an der Ostsee nicht nur Garantien des Völkerbundes habe und man nicht ungestraft „Polen über alles" spielen könne.

Herr Zaleski im Auswärtigen Amt dementiert und arbeitet selbst nur mit Genf-mäßigen Phrasen. Die Tendenz ist dort auf jeden Fall vorhanden. Es ist sehr richtig, daß die Teilung Polens nicht zum wenigsten darauf beruhte, daß man seinerzeit ebenso stark abgerüstet hatte, wie es heute Dänemark beabsichtigt, und daß man aus diesem Grunde aus der Geschichte eine Lehre ziehen sollte. Aber warum läßt man den guten Eindruck dieser einfachen und notwendigen Logik durch imperialistische Fabulierlust zerstören?

Reist man umher und hört seine liebenswürdigen polnischen Wirte an, so kommt es oft vor, daß man nur schwer dem Galopptempo zu folgen vermag. Mit Freude kann man feststellen, daß in Polen mit Eifer und Tempo gearbeitet

wird — überall siedet es von Ideen, Plänen, Projekten —, aber wo befindet sich die zusammenfassende Führung aller dieser schnaubenden Kräfte? Eigentlich brauchte man wohl kaum zu betonen, daß Polen ein Agrarland ausgeprägtester Art ist und daß aus diesem Grunde seine Hauptanstrengung - vom nationalökonomischen Standpunkte gesehen — darauf gerichtet sein müßte, die Landwirtschaft ein wenig zu modernisieren und ergiebiger zu gestalten. Stattdessen kann man meilenweit reisen, ohne auch nur eine Erntemaschine oder einen Separator zu sehen, ja es gibt nicht einmal Traktoren oder sonstige Motorfahrzeuge, — alles Verhältnisse, die einen schwedischen Bauer veranlassen würden, um Hilfe zu rufen. Der Pole aber schweigt und erntet so gut er kann; keine Eile mit modernen Spitzfindigkeiten. 2 Millionen Häuser wurden während des Krieges zusammengeschossen; es erfordert Zeit, sie zunächst erst einmal wieder aufzubauen.

Wie dem auch sei — in den früheren preußischen Teilen verfällt die Kulturarbeit, und den Lehrmeistern von gestern zeigt man unerbittlich die Tür. Ist dies klug? Zeugt es ferner von Bedachtsamkeit, wenn man das Korridorgebiet sich entvölkern läßt in einem solchen Grade, daß nunmehr 600.000 Deutsche abgewandert sind und sich zu den kommunistischen Arbeitslosenmassen jenseits der Grenze gesellt haben? Was man vom volkspsychologischen Standpunkt am meisten bedauern muß, scheint der Deutschenhaß zu sein. Man könnte dies als eine Reaktion gegen Preußerei und Kolonisierungen betrachten, obgleich diese sich für Bismarck und seine Nachfolger lediglich in Rückschläge verwandelten; schwer verständlich wird es jedoch, wenn es vor allem in einer brutalen Nachahmung der Methoden, die man früher beklagt hat, Ausdruck findet. Vielleicht ist es nicht abwegig zu sagen, daß der Völkerbund an der aufgehetzten Stimmung mitschuldig ist.

Durch Korfantys Aufrührer ließ der Völkerbund sich zwingen, die oberschlesischen Grenzen weit über die von Lloyd George als die äußersten angegebenen Punkte hinaus zu verlegen, und nun wächst der Appetit des Polen derartig, daß er sich nach Oppeln wünscht, ja bis nach Breslau - um sich in der Zwischenzeit die Langeweile damit zu vertreiben, nach Kräften die geltenden Minderheitsverträge zu übertreten und dem unter Leitung des ehrwürdigen Schweizers Calonder eingesetzten Schiedsgerichte das Leben derartig zu verbittern, das es wahrscheinlich schon nach wenigen Jahren seine segensreiche Tätigkeit einstellen wird.

Der Korridor wurde abgetrennt, ohne daß irgendeine Abstimmung stattfand, und obgleich Ostpreußen sich mit 98 v. H. Stimmen für seine früheren Grenzen aussprach, schnitt man einfach das Weichselgebiet ab und ist augenblicklich nach Kräften bemüht, das ganze Land auszuhungern – im übrigen kein Kunststück, da seine Landwirtschaft mit einer Steuerbelastung von Rm. 50 je Hektar arbeitet und seine Absatzmöglichkeiten durch Dumping auf allen Gebieten ständig weiter zusammenschrumpfen. Das alte freie Danzig mit seinen starken Traditionen versuchte man zunächst mit drastischen Methoden aller Art zu vergewaltigen, doch wurde man abgewiesen durch einen Hinweis des Völkerbundskommissars auf das Handelsmonopol Danzigs, welches die Verträge ihm wenigstens scheinbar zusicherten. Stattdessen baut man jetzt seit 4 Jahren mit rasendem Tempo in 20 km Entfernung von Danzig einen neuen Hafen und baut zudem die Konkurrenzmöglichkeiten Dirschaus weiter aus.

Gewiß, es geht Danzig immerhin noch ganz gut — dank den enormen Mengen Kohlen und Schrot, die seinen Hafen

passieren. Aber auf die Dauer kann man von Hafeneinnahmen allein auch nicht leben, selbst wenn sie doppelt so hoch sind wie die Gdingens. Und wenn man zudem sehen muß, wie ganz in der Nähe 8000 m Kaiplätze gebaut werden, während die eigenen Kaiplätze infolge Fehlens der Kaufmannsgüter veröden, ja dann werden die freundnachbarlichen Beziehungen einer Belastung ausgesetzt, die ans Unerträgliche grenzt, und zwar ganz besonders, wenn man bedenkt, daß der Pole anscheinend wenig Neigung zeigt, seine Belästigungen verblümt zum Ausdruck zu bringen. Auch hier hat der Völkerbund wieder einen Prozeß aufgebürdet bekommen, aber — Rasse, Sprache und Religion lassen sich ebensowenig hinwegprozessieren wie Traditionen und Lebensanschauungen.

Sowohl rechtlich als auch politisch befindet man sich hier bereits in einer Sackgasse. Es kann sein, daß man mit etwas Vernunft noch aus ihr herauskommt. Frankreich kann keinesfalls mit Wohlbehagen zusehen, wie die polnische Staatskasse für jeden über den neuen Hafen verfrachteten Ton um 3 Zloty erleichtert wird (Subventionen und Ausnahmetarife), und kürzlich sprach Frankreich ein konsequentes „Nein" aus, als polnischerseits eine Anleihe von 150 Mill. angefordert wurde, um die Verbindung zwischen Kattowitz und Gdingen (die sog. Kohlenmagistrale) etwas bequemer auszugestalten.

Gdingen ruht ja im wahrsten Sinne des Wortes auf losem Sande, und eines schönen Tages kommt ein Sturm, der Millionenwerte hinwegblasen kann. Schon jetzt ist die Lage derart, daß Kais und Kräne zusammenfallen und Schiffe auf die Reede hinauslaufen müssen, um nicht beschädigt zu werden, wenn schwere See in den Hafen hineinrollt und Flugsand in meterhohen Wolken hereinbricht. Zu berücksichtigen ist ferner, daß England nicht sonderlich geneigt sein wird, den Kohlenmarkt zugunsten seines Konkurrenten zu teilen, und daß Hoover dadurch, daß er seine Gesandten beauftragte, sich die Sache ein wenig näher zu betrachten, bereits einen leisen Wink erteilt hat, daß die Kreditgewährung einmal scharf angezogen werden kann, sofern nicht ein wenig Vernunft in die Tollheiten hineingebracht wird. . .

Die Deutschen kaufen heute keine Kohlen, sondern entwickeln ihre Braunkohlenherstellung, sie werden aller Wahrscheinlichkeit nach nicht den Handelsvertrag ratifizieren, der Polen Absatz seiner Schweine und den nötigen Zugang zu modernen Industrieprodukten sichern würde. Beiderseits spannt man die Lage — spielt Katze und Maus. Würde man Paris und London und Washington fragen, erhielte man sehr bald die Antwort, daß dies alles nicht mehr sonderlich zeitgemäß sei. Hier bietet sich ein seltener Tummelplatz für die geschmeidige Diplomatenkunst.

Warum soll noch länger mit paradoxen Gegensätzen, die jeglicher ethischen, ja selbst wirtschaftlichen Grundlage entbehren, operiert werden? Warum versucht man nicht zu einer Konsolidierung dessen zu gelangen, was zukunftsfähig ist?"

Navagados

Stockholm

Bücherbesprechungen

Front wider Bülow. Staatsmänner, Diplomaten und Forscher zu seinen Denkwürdigkeiten. Herausgegeben von Dr. Friedrich Thimme. Verlag F. Bruckmann AG. München 1931. VIII, 396 S. Geb. Rmk. 10.

Die Denkwürdigkeiten des Fürsten Bülow haben in Deutschland und im Ausland einen weiten Leserkreis gefunden und dem Ansehen Deutschlands einen schweren moralischen Schaden zugefügt. Der sensationslüsterne und kritiklose Durchschnittsleser meinte im tendenziösen Pamphlet Bülows Mitteilungen von geschichtlichem Wert und tiefer staatsmännischer Weisheit zu besitzen; die Feinde des Deutschen Reiches fanden hier die Beweise für die Richtigkeit ihres Urteils über Deutschland. Umso wertvoller ist daher das obengenannte Buch: in ihm haben sich tief in die historischen Zusammenhänge der Epoche Bülows eingeweihte Forscher mit Staatsmännern und Diplomaten, durchweg gewesenen Mitarbeitern des Fürsten, vereinigt, um gegen Bülow für die Wahrheit zu zeugen. Der Herausgeber hat nicht nur Personen zur Mitarbeit heranziehen wollen, die in den Denkwürdigkeiten angegriffen sind; auch nahe Freunde Bülows hat er heranzuziehen versucht, um ihnen die Möglichkeit zu geben, noch jetzt zu ihm zu halten: es fand sich keiner bereit dazu. Persönliche Auseinandersetzungen mit dem Fürsten findet man im Buche nicht; auch keine gewollte Rechtfertigung der Wilhelminischen Ära und ihrer Vertreter ist es. Sachlich und objektiv ist die Darstellung. Inhaltlich haben die Verfasser mehr als eine Kritik der Denkwürdigkeiten geboten: in ihrer Gesamtheit geben die einzelnen Beiträge ein vortreffliches Bild Deutschlands vor dem Kriege.

Im folgenden seien einige Urteile über Bülow und seine Denkwürdigkeiten wiedergegeben. „Kann man ... sagen, daß Fürst Bülow die gerade ihm im Sinne seines großen Vorgängers Bismarck gestellte geschichtliche Aufgabe gelöst habe, entweder den Kaiser von seinem Hang zu selbstherrlicher Regierung zurückzuführen oder aber die Verfassung des Deutschen Reiches vorsichtig und allmählich neu zu fundieren? Man kann, auch wenn die Schwierigkeit der Aufgabe nach der persönlichen wie nach der staatsrechtlichen Seite voll zu würdigen ist, die Frage nur verneinen. Läßt sich denn wenigstens sagen, daß der Fürst das gewesen sei, was er am 22. August 1897 zu werden sich vermaß: „ein ganz treuer und sicherer Diener" seines kaiserlichen Herrn - ebenso wie Bismarck ein treuer Diener Kaiser Wilhelms I. war? Auch diese Frage hätte man schon nach der Verabschiedung des vierten Kanzlers kaum noch mit Ja beantworten können. Nach der Art vollends, wie der Fürst, jede Vornehmheit der Gesinnung, jeden Takt, jede Diskretion bis zum letzten verleugnend, in den Denkwürdigkeiten über den ehemaligen Kaiser hergezogen ist und sich an ihm für seine Entlassung und Nichtwiederberufung zu rächen gesucht hat, kann man auch diese Frage nur schlechthin verneinen. Auf dem geschichtlichen Leichenstein dieses Fürsten können nur die Worte stehen: „Untreue schlägt ihren eigenen Herrn." (Fr. Thimme, Fürst Bülow und Kaiser Wilhelm II. S. 20). — „Wir haben den Fürsten Bülow als Berichterstatter und Menschen kennengelernt — es ist darüber kein Wort mehr zu verlieren. Wenn nun neuerdings das Bestreben zu verzeichnen ist, den Menschen in ihm vom Staatsmann zu trennen, und das Werk des Staatsmanns zu retten, so muß dem entgegengehalten werden, daß es eine Art menschlicher Schlechtigkeit gibt, die auch eine ersprießliche staatsmännische Wirksamkeit ausschließt, weil sie — klein ist. Das

beste Beispiel hierfür heißt: Fürst Bülow" (Joh. Haller, Bülow und Eulenburg S. 47). — „Die Denkwürdigkeiten des vierten Kanzlers sind keine zuverlässige Geschichtsquelle, weder für seine eigene Kanzlerzeit, noch für die Politik seines Nachfolgers, noch für den Ausbruch des Weltkrieges, noch für die Friedensmöglichkeiten während des Krieges" (Graf M. Montgelas, Fürst Bülow als Geschichtsschreiber S. 366). — „Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen" sind ein Edelstein der Weltliteratur. Die Memoiren Bülows haben mit Literatur nichts zu tun, denn es fehlt ihnen Hingabe an die Sache, Unbefangenheit des Urteils und moralisches Pflichtgefühl. Sie sind das flüchtige Elaborat eines Tagesschreibers, dem es mehr auf Eisenbahnpopularität ankam, als Künder seiner Zeit zu sein, und das ist das erste Erfordernis eines Staatsmanns an sich selbst, wenn er zu seinem Lande spricht. Deutschland wurde durch Bismarck groß, Bülow wurde groß durch Deutschland. Klein hat er sich selbst gemacht durch diese „Denkwürdigkeiten", von denen jeder Deutsche wünschen müßte, daß sie nie geschrieben worden wären" (R. C. Muschler, Bülow als Literat S. 383).

Man muß von Herzen wünschen, daß die „Front wider Bülow" weitgehendste Verbreitung, gerade auch außerhalb Deutschlands, findet; wer die Denkwürdigkeiten gelesen, sollte sich moralisch verpflichtet fühlen, auch das hier angezeigte Buch kennen zu lernen. Dann wird der Wunsch des Herausgebers in Erfüllung gehen: „möge es auch im Ausland beachtet werden als ein Mittel, durch die darin gesammelten Zeugnisse zu einem gerechteren Erkennen und Verstehen des ganzen Vorkriegs-Deutschlands vorzudringen". Wulffius

Joseph Ponten, Wolga, Wolga 321 Seiten. Deutsche Verlagsanstalt Stuttgart, Berlin und Leipzig 1930

Der bekannte rheinische Dichter legt uns hier den ersten, in sich selbständigen Teil einer Romanreihe vor, die er unter den Gesamttitel „Volk auf dem Wege" stellt und in der er den „Roman der deutschen Unruhe" zu deuten sucht. In der Komposition wird der sonderbare, aber geistreich durchgeführte Versuch unternommen, die Erlebnisse eines jungen Wolgadeutschen vor dem Krieg, der das Land der Väter aus Unrast und Sehnsucht aufsucht, mit dem Schicksal des nach der Wolga ausgewanderten Vorfahren aus dem XVIII. Jahrhundert durcheinander zu mischen. Dabei spielen Episoden eines Amerikadeutschen mit typischen Wildwesterfahrungen hinein, womit die umfassendere Konzeption der Romanreihe bereits in Sicht gelangt. Die Art freilich, wie baltische Zustände aus dem XVIII. Jahrhundert gestreift werden, kann uns wenig befriedigen. Man kann danach gewisse Bedenken nicht unterdrücken, ob der Dichter bei unleugbarem Können im einzelnen der ganzen ungeheuren Breite des Stoffes, den er angepackt hat, wirklich gewachsen ist. Zweifellos aber ist ihm gelungen, bunte, geschickt komponierte Teilstücke auslanddeutschen Volksschicksals zusammenzufügen und dabei unleugbares literarisches Niveau mit starker volkstümlicher Sprachkraft zu vereinigen. Man wird darauf gespannt sein dürfen, wie Ponten sich weiterhin seiner verantwortungsvollen Aufgabe entledigt, für deren Inangriffnahme ihm namentlich das Auslanddeutschtum zu danken hat, dessen Schicksal und Bedeutung er breiten, von diesen Fragen kaum erfaßten Teilen des Mutterlandes näher zu bringen sucht.

M. H. B.

Falz-Fein, Woldemar von: „Zwei Kriege". Verlag von Georg Stilke, Berlin 1930. 142 Seiten, kart. RM. 4.50.

Der Verfasser hat den russisch-japanischen Krieg und den Weltkrieg mitgemacht, beide Mal in leitender Stellung im Lazarettwesen. Zwischen den beiden Kriegen ist er Dumaabgeordneter gewesen und als solcher Mitglied der Reichsverteidigungskommission. Er ist daher wohl befähigt, das politische russische Leben der Vorkriegszeit, das er aus eigener Anschauung kennt, zu beurteilen. Was er in der Form persönlicher Erinnerungen zu bieten hat, ist nichts wesentlich Neues, aber eine Fülle von Einzeltatsachen, die die Entwickelung klar erkennen lassen: die durch die Entfesselung der Revolution von 1905 möglich gewordene politische Mitarbeit der russischen Gesellschaft wandelt sich von Anfang an in eine chauvinistische Hetze, die außenpolitisch ihren Ausdruck in einer völligen Abkehr von den traditionellen guten Beziehungen zu Deutschland und einer Anlehnung an Frankreich und England findet und innenpolitisch das ganze Unverständnis des russischen Politikers für sachliche Mitarbeit und seine Hinneigung zu zersetzender Kritik zeigt. Das Buch läßt, wie an einem Thermometer, die wachsende Enttäuschung des Verfassers ablesen, der mit großen Hoffnungen seine Dumatätigkeit aufgenommen hatte: „In die erste Reichsduma kamen die besten, die kulturellsten, die gebildetsten Menschen Rußlands hinein . . . eine wohlwollende und kluge Zarenregierung hätte mit dieser Duma zum Nutzen Rußlands arbeiten können", — und über einen Besuch Petersburgs während der Revolution folgende bittere Bemerkung macht: „Im Taurischen Palais sah es jetzt wie in einem Irrenhause aus. Ich traf meinen Kollegen Ludwig Lutz, der mir mit Händedruck und tragischer Miene sagte: „Das ist das Ende des großen Ringens". Es waren dies übrigens die einzigen vernünftigen Worte, die ich damals in der Reichsduma hörte".

Das Schwergewicht des Buches liegt jedoch auf der Schilderung der internationalen und militärischen Lage Rußlands. Der Verfasser hat in der Reichsverteidigungskommission Einblick in die Außenpolitik und in die Rüstungsarbeiten gehabt und berichtet in anspruchsloser und einfacher Form eine Reihe interessanter Details. So unter anderem eine Äußerung des Zaren, der Anfang Mai 1914 in Askania Nova, dem bekannten „Tierparadies" des Bruders des Verfassers, auf dessen Frage, ob wirklich ein Krieg mit Deutschland, den der Zar im Gespräch für möglich hielt, entflammen könne, zur Antwort gab: „Nicht nur möglich, sondern vielleicht sogar unvermeidlich, denn wir müssen unsere Pflicht den slavischen Völkern und der Entente gegenüber erfüllen".

Falz-Fein weist mehrfach auf politische Fehler der deutschen Botschaft hin, der er den generellen Vorwurf der Beschränkung auf die amtlichen Beziehungen und der viel zu geringen Beschäftigung mit den russischen politischen Kreisen und der Presse macht, — im Gegensatz zu den englischen und französischen Botschaften.

Nach einer Schilderung seiner persönlichen Erlebnisse im Weltkriege schließt Falz-Fein mit einem Kapitel „Kriegserbschaft", in dem er die deutsch-russischen Beziehungen vom grundsätzlichen Standpunkt her behandelt, wobei er die engen Beziehungen der deutschen Regierung mit den Sowets auf schärfste verurteilt. Vieles, was er hierzu sagt, ist richtig; fraglich dagegen seine Argumentation, daß es den Ententestaaten gelingen könnte, „Deutschland aus dem Interessenkreis des neuen Rußland zu verdrängen". Damit verliert er den Boden der realen Tatsachen und begibt sich auf das Gebiet unfruchtbarer Emigrantenträume über ein neues Ruß-

land, dessen Entstehung heute wohl niemand voraussagen kann.

Heinrich Wölfflin: Die Kunst der Renaissance. Italien und das deutsche Formgefühl. (XX und 222 S. mit 92 Abbildungen. Geheftet 11,50 Mk, in Leinen 15 Mk. Verlag F. Bruckmann A. G. München 1931.)

In seinen „Kunstgeschichtlichen Grundbegriffen" faßt Wölfflin den Stilwandel von der Klassik (Renaissance) zum Barock in die folgenden fünf gegensätzlichen Begriffspaare zusammen: 1) Linear — malerisch. 2) Flächenhaft—tiefenhaft. 3) Geschlossene (tektonische) und offene (atektonische) Form. 4) Vielheit (Vielheitliche Einheit) — Einheit (einheitliche Einheit). 5) Unbedingte und bedingte Klarheit. — War nun auch Wölfflins Festvortrag zum Dürerjahr gleichsam der äußere Anstoß zur Veröffentlichung der vorliegenden Untersuchungen, so verleugnen diese doch durchaus nicht den großen inneren Zusammenhang mit den „Kunstgeschichtlichen Grundbegriffen". Nur daß hier, in der Gegenüberstellung von Deutschland und Italien, der Rahmen in der Behandlung allein der Renaissance enger gezogen ist und andererseits die charakteristischen nationalen Unterschiede des Kunstwollens gegenüber der dort betonten gleichmäßigen Entwicklung der europäischen Kunst stärker in den Vordergrund treten. Ja, die Ausführungen über das klassische italienische Kunstwollen erscheinen hier mehr nur als antithetisches Mittel zur Verdeutlichung des spezifisch deutschen Kunstwollens, was auch in der Auswahl des Bildmaterials zum Ausdruck kommt.

Die Wölfflinschen Erhebungen behandeln, wie gesagt, nur einen bestimmten Querschnitt der abendländischen Kunstentwicklung. Und der Verfasser stellt nachher selbst die Frage, ob die herausgegriffene Epoche auch repräsentativ für das allgemeine unterschiedliche Formgefühl der beiden Nationen ist Diese Frage wird durchaus bejaht, wie ja auch bereits die Betrachtung der Dürerschen Handzeichnungen in seinem Werke „Dürer" dem Verfasser Gelegenheit gab, den barocken Grundcharakter des deutschen Kunstwollens zu betonen, der sich bereits in der altnordischen Ornamentik nachweisen läßt. Wir begrüßen so das neue Werk Wölfflins, das der Verlag in der gewohnten vornehmen und gediegenen Ausstattung herausbringt, als einen weiteren wertvollen Beitrag zur Klärung deutschen Kunstwollens am italienischen Gegenpol, der sich wiederholt als wertvoller Anreger deutscher künstlerischer Selbstbesinnung erwiesen hat.

Paul Kranhals

Die Mitarbeiter dieses Hefts:

V. von Wrede, Riga / A. Zoege von Manteuffel, Berlin / Dr. W. Giere, Berlin / P. Krannhals, München / Dr. O. von Petersen, Dozent am Herderinstitut, Riga / Dr. jur. A. Baron Stackelberg, Arensburg (Ösel) / P. Bockrodt, Riga / R. van Oosten / G. Schröder, Berlin.

Verantwortlicher Schriftleiter Dr. Reinhard Wittram

Politischer Bericht in Bad Schandau

auf der Tagung der deutschen Volksgruppenvertreter am 25. August 1931

Von Axel de Vries

Meine Herren!

Da auf unseren Tagungen zum ersten Mal der Versuch gemacht werden soll, durch Berichte regionaler Art ein Bild von den Entwicklungsvorgängen in Mitteleuropa und darüber hinaus von den für die Gestaltung der mitteleuropäischen Verhältnisse wichtigsten und in diese hineinspielenden politischen Faktoren zu geben, so möchte ich an die Spitze meiner Ausführungen ganz kurz einige statistische Daten, politische und wirtschaftliche Tatsachen hinstellen, um, wenn ich so sagen darf, einen Rahmen für die weiteren Ausführungen zu schaffen. Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich hier Bekanntes wiederhole.

Die drei im engeren Sinne baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen umfassen insgesamt ein Gebiet von etwa 165 000 qkm, sie entsprechen in ihrer Größe mithin etwa 1/8 des Deutschen Reiches. Die Bevölkerung Estlands beträgt etwa 1 120 000, die Bevölkerung Lettlands ca. 2 Millionen, die Bevölkerung Litauens ca. 2,4 Mill., in Summa werden also die baltischen Staaten von etwas über 5 1/2 Millionen Menschen bewohnt. Die Bevölkerungsdichte auf den qkm beträgt im Durchschnitt 33 Personen, für Estland 23,5, für Litauen 41, während Lettland mit 34,5 in der Mitte liegt; das Deutsche Reich zählt 133 Personen auf den qkm. Ihrer Konfession nach ist die Bevölkerung in Estland und Lettland dominierend evangelisch, in Litauen katholisch. In Lettland und Estland findet sich eine große Anzahl von griechisch-katholischen Einwohnern.

Den jungen baltischen Staaten darf man im allgemeinen eine Stabilität der staatlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht absprechen. Alle drei Staaten besitzen eine seit Jahren stabile Währung, einen geordneten Staatshaushalt, der gewöhnlich mit einem kleinen Überschuß abschließt, einen relativ gut funktionierenden Zivilbeamtenapparat und recht geordnete Militär- und Polizeiverhältnisse. Das Verkehrswesen weist in den letzten Jahren wesentliche Verbesserungen

besonders in Bezug auf die Landstraßen auf. Als ein vor allem landwirtschaftlich bestimmtes Wirtschaftsgebiet haben die baltischen Staaten relativ weniger unter den Folgen der Wirtschaftskrise zu leiden, als die hochkapitalistischen Industrieländer. Die Landwirtschaft wird in Estland und in Lettland durch weitgehende Schutzmaßnahmen vor der Weltmarktkonkurrenz geschützt, wie auch die Industrie einen sehr starken Zollschutz genießt.

Die wesentlichsten volkswirtschaftlichen Mängel sind vor allem Kapitalarmut und Engräumigkeit. Der Zinssatz beträgt eben noch zwischen 10 und 16%, die Engräumigkeit mit allen ihren wirtschaftlichen Folgen drückt sehr wesentlich auf die gesamte wirtschaftliche Lage. Lettland und Estland besitzen seit über zehn Jahren unveränderte Staatsformen, während Litauen seit mehreren Jahren diktatorisch verwaltet wird.

Zur Gliederung der weiteren Darstellung muß hervorgehoben werden, daß aus Gründen ihrer Entwicklung und ihrer heutigen Lage heraus die eigentlichen baltischen Staaten ganz deutlich eine regionale Unterteilung aufweisen, indem Estland und Lettland in großen Zügen einer gemeinsamen Betrachtung unterzogen werden können, während Litauen infolge seines doch sehr verschiedenen Charakters im Verhältnis zum baltischen Gebiet einer besonderen Berücksichtigung bedarf. Das Kernstück der baltischen Staaten bilden fraglos Estland und Lettland, die ihrer Geschichte, ihrer geographischen Lage, ihren klimatischen Bedingungen und auch ihrer wirtschaftlichen Struktur nach fraglos alle Voraussetzungen für eine weitestgehende Zusammenfassung in wirtschaftspolitischer und militärpolitischer Beziehung aufweisen. Schon die Geschichte lehrt uns, daß das Gebiet dieser beiden baltischen Staaten fast immer gleichem historischen Schicksal unterworfen gewesen ist. Wir brauchen nur an die durch die Jahrhunderte dauernde sehr starke deutsche Beeinflussung dieser beiden Länder zu denken. Ihre wirtschaftliche Struktur ist so ähnlich, daß sie eigentlich nur Teile eines einheitlichen Wirtschaftsgebiets darstellen. Ihre geographische Lage bedingt nicht nur in der Geschichte ein gemeinsames Schicksal, sondern wird wohl voraussichtlich auch in der Zukunft, im großen gesehen, zu denselben Ereignissen im Norden und Süden führen.

Aus dieser naturgegebenen und historisch bedingten Lage sind nur leider nicht die Konsequenzen gezogen worden. Wohl haben Lettland und Estland einen militärpolitischen Vertrag im Jahre 1923 abgeschlossen, der militärpolitisch betrachtet diese beiden Länder durchaus als Einheit in der Verteidigung erscheinen läßt. Aber der zu

gleicher Zeit abgeschlossene Vertrag über die Zollunion zwischen Estland und Lettland hat leider nur zu Tarifabkommen nicht sehr wesentlicher Art und zu einem Handelsvertrag geführt, in keiner Weise aber zu einem wirklichen wirtschaftlichen Zusammenschluß der beiden Staaten. Bestrebungen über weitergehende Zusammenarbeit auf außenpolitischem Gebiet haben vorgelegen, so z. B. der Gedanke, bei der Besetzung der Gesandtschaften der baltischen Staaten je einen Estländer und einen Lettländer als Gesandte resp. Sekretäre und umgekehrt zu entsenden, gemeinsame Vertretungen beim Völkerbund zu ernennen usw. Doch alle diese Pläne sind bisher eben Pläne geblieben. Ganz ebenso liegt es auf dem Gebiet der höheren Bildung. Vor dem Kriege besaß das alte Gebiet Estland eine Universität (Dorpat) und Lettland (Riga) eine Technische Hochschule. Nun ist auch in Riga eine Hochschule ausgebaut worden, während die Technische Hochschule noch weiter besteht. Und in Estland werden neben dem Ausbau der Universität Dorpat eben noch die Versuche fortgesetzt, auch eine Technische Hochschule zu schaffen. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß alle bisherigen Zusammenschlußbestrebungen zwischen Estland und Lettland im praktischen Resultat zum militärpolitischen Bündnis vom Jahre 1923 geführt haben, das durchaus als ein Aktivum angesehen werden darf. Darüber hinaus können aber leider keine weitergehenden konkreten Erfolge dieser Politik festgestellt werden. Die Gründe für diese Entwicklung liegen zum allergrößten Teil darin, daß der junge Nationalismus der Esten und Letten sich, wenn man so sagen darf, zuerst einmal im eigenen Staat ausleben wollte. Es kommt noch hinzu, daß neben der unbedingt vorhandenen, historisch erklärbaren Animosität zwischen Esten und Letten als störendes Element auch durchaus die agitatorisch auch im baltischen Gebiet immer wieder moussierten größeren Zusammenschlußpläne hindernd gewirkt haben, so z. B. das berühmte Genfer Protokoll, die paneuropäische Idee u. a. m. Die nationalstaatlich egoistischen, einem Zusammenschluß abträglichen Tendenzen der baltischen Staaten werden vor allem durch die politische Ideologie des status quo gestärkt, die in einem besonderen Maße von Frankreich und Polen ausgeht. Es versteht sich von selbst, daß alle Zusammenschlußbestrebungen, die aus der Tendenz einer europäischen Dynamik entspringen, im Gegensatz zu diesen rein statischen Gedankengängen stehen müssen.

Im Hinblick auf die politische Struktur beider Staaten kann wohl gesagt werden, daß in diesen beiden Ländern die Hochflut der

liberalistisch-materialistischen Denkweise im Sinne der westlichen Formaldemokratie doch anscheinend vorüber ist. Es sind nicht nur Bestrebungen zu einer erneuten Körperschaftsbildung in den an und für sich atomisierten Volkskörpern der staatsführenden Völker festzustellen, sondern in beiden Staaten können deutliche Bestrebungen zur stärkeren Herausarbeitung einer staatlichen Autorität und einer stabileren Regierungsweise festgestellt werden. So wird in Estland z. B. ernstlich die Schaffung des Präsidentschaftsinstituts angestrebt.

Es ist nicht ohne Interesse, ganz kurz im Hinblick auf die Zusammenschlußbestrebungen Estlands und Lettlands folgendes festzustellen. Im allgemeinen wird angenommen, daß die Wirtschaft als solche der tragende Faktor für die Schaffung größerer Wirtschaftsräume ist. In der Geschichte der Zusammenschlußbestrebungen Estlands und Lettlands erkennen wir genau das Gegenteil, indem ein Teil der Industrien hüben und drüben mit allen Mitteln gegen eine Zollunion gearbeitet hat, woran auch die Zollunion gescheitert ist. Infolge der schon hervorgehobenen psychologischen Animosität zwischen den beiden Völkern der Esten und Letten fehlten die starken Motive völkischer Art zum Zusammenschluß. Wir können also aus der Geschichte dieser Zusammenschlußbestrebungen die Schlußfolgerung ziehen, daß ohne das Vorhandensein starker völkischer Kräfte, die im Sinne der politischen Annäherung ausgenutzt werden können, die Wirtschaft als solche nicht einmal den Willen zur Herbeiführung größerer Wirtschaftsräume im baltischen Gebiet hat.

Es ist nur natürlich, daß die Beziehungen zwischen Litauen und den beiden anderen baltischen Staaten infolge ihrer überaus verschiedenen staatlichen und völkischen Struktur und auch starker Unterschiede im Wirtschaftsaufbau noch wesentlich gelockerter sein mußten als bei den übrigen baltischen Staaten. Und so sehen wir denn, daß im Resultat einer zehnjährigen Entwicklung als einziger positiver Faktor im Sinne des Zusammenschlusses der baltischen Staaten nur das militärpolitische Bündnis zwischen Estland und Lettland zu verzeichnen ist.

Im Zusammenhang mit den Zusammenschlußbestrebungen der baltischen Staaten dürften die außenpolitischen Beziehungen und außenpolitischen Einwirkungen auf diese Staaten kurz gestreift werden. Hervorgehoben sei hier, daß im Hinblick auf die in Europa bestehenden Staatensysteme Estland und Lettland nicht auf der Grundlage des Versailler Vertrages entstanden sind, sondern ihre Existenz Friedensschlüssen nach Kriegen mit der Sowetunion verdanken, die gegen den

Willen der damaligen Entente abgeschlossen wurden. Daraus resultiert eine relative Bewegungsfreiheit und die Möglichkeit der Einhaltung einer neutralen Linie im Kräftespiel der heutigen großen politischen Machtsysteme Europas.

Die Tatsache, daß das Deutsche Reich, entwaffnet und an einer schweren Reparationslast tragend, als machtpolitischer Faktor im großen außenpolitischen Spiel nur sehr bedingt in Frage kommt, äußert sich im baltischen Raum nicht in ihrer vollen Stärke. Dazu sind, von psychologischen Gründen abgesehen, wohl die Größenverhältnisse der baltischen Staaten und Deutschlands zu verschieden.

Auf der anderen Seite darf auch nicht vergessen werden, daß, soviel eben beobachtet werden kann, eine deutsche außenpolitische Aktivität im Sinne der Beeinflussung der politischen Geschicke der baltischen Staaten nur sehr bedingt vorzuliegen scheint. Im Hinblick auf Estland und Lettland scheint die Aufgabe der deutschen Außenpolitik die Abwicklung der noch latenten schwebenden Fragen zu sein (in Estland z. B. die Lösung der Entschädigungsfrage für den enteigneten reichsdeutschen Großgrundbesitz). In Bezug auf Litauen liegen die Verhältnisse wohl anders, da auf der einen Seite das Memelgebiet und sein Geschick naturgemäß einen wesentlichen Faktor in der deutschen Außenpolitik darstellt, auf der anderen Seite Litauen im Kräftespiel zwischen Deutschland und Polen als ein Faktor dasteht, der von Deutschland nicht übersehen werden kann. Bis auf weiteres ist also damit zu rechnen, daß eine aktive deutsche Außenpolitik im Hinblick auf den baltischen Raum nicht zu erwarten ist.

Wenn Deutschland infolge seiner Entwaffnung und seiner politischen Bindung durch den Versailler Vertrag die Möglichkeit zu einer Außenpolitik in größerem Stil im baltischen Gebiet genommen sein dürfte, so sind die Voraussetzungen für eine Außenpolitik im Hinblick auf die engen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und den baltischen Staaten auf der einen Seite und auf der Grundlage von kulturpolitischen Beziehungen andererseits in starkem Maße gegeben. Wie stark die Wirtschaftsbeziehungen mit Deutschland sind, erhellt aus der Tatsache, daß z. B. Deutschland im Import in Finnland, Estland, Lettland und Litauen schon durch Jahre hindurch an erster Stelle steht, in Estland und Lettland abwechselnd auch im Export die erste Stelle neben England eingenommen hat, zum mindesten aber ständig an zweiter Stelle steht. Dasselbe hat auch für Finnland Geltung. Im Verhältnis zu Litauen beträgt der Anteil Deutschlands am Außenhandel sowohl im Import wie im Export über 50 % des

gesamten Außenhandels. Die kulturpolitischen deutschen Einflüsse in den baltischen Staaten sind als durchaus nachhaltig und wichtig anzusehen. Mit einer Einschränkung in Bezug auf Litauen kann ruhig behauptet werden, daß das estnische und lettische Volk doch wesentlich unter deutschen, protestantischen und skandinavischen Einflüssen stehen, wenn auch zeitweise russische kulturpolitische Einflüsse und neuerdings auch westeuropäische zu beachten sind.

Neben einer rein psychologisch begründeten Sympathie für England, die man besonders in Estland, aber auch in Lettland und Litauen feststellen kann, ist es ja vor allem der Gedanke an die englische Flotte, die im Falle eines Konflikts mit der Sovetunion im Baltischen Meer eine Rolle spielen könnte, der die Beziehungen der baltischen Staaten zu England grundlegend beeinflußt. England ist, soviel man bisher hat sehen können, vorsichtig in seiner Politik den baltischen Staaten gegenüber gewesen, irgendwelche ernsthaften Bindungen dürften wohl kaum vorliegen, und die englische Politik wird sich wohl, wie sie dies ja überhaupt tut, freie Hand vorbehalten haben.

Der Einfluß der französisch-polnischen Machtgruppe in den baltischen Staaten spielt sich in erster Linie in der politischen Arbeit der polnischen Politik ab, da Frankreich rein geographisch zu weit abliegt, um direkt starke politische Einflüsse ausüben zu können. Sehr bald nach der Gründung des polnischen Staates setzten die polnischen Versuche ein, die baltischen Staaten in den Wirkungskreis der polnischen Politik hineinzuziehen. Der Konflikt mit Litauen hat überaus störend in dieser Beziehung gewirkt. Polen ist es bisher nicht gelungen, die baltischen Staaten trotz vieler Versuche in das Fahrwasser polnischer Politik zu bringen. Man muß damit rechnen, daß der polnische Faktor für die baltischen Staaten gerade im Hinblick auf die Position Polens als stärkster Militärstaat im Osten im Sinne einer Rückversicherung gegen etwaige sovetrussische Angriffe immer bedeutsam bleiben wird. Auf der anderen Seite kann aber doch damit gerechnet werden, daß die Führung der baltischen Politik vorsichtig genug sein wird, um ernsthafte Bindungen zur polnischen Politik zu vermeiden. Die polnische Politik arbeitet in den baltischen Staaten mit sehr weitreichenden Mitteln. Neben sehr stark besetzten diplomatischen und militärischen Vertretungen sind sowohl in Estland wie in Lettland u. a. auch Presseattachés den Gesandtschaften angegliedert worden (übrigens als einzige unter allen ausländischen Vertretungen), so daß neben den sovetrussischen Vertretungen die polnischen bei weitem die

an Arbeitskraft stärksten sind. Es kommt hinzu, daß im polnischen Außendienst der Typus des außenpolitischen Beamten mit seiner der außenpolitischen Aktivität nicht gerade sehr förderlichen Beamtenpsychologie fast ganz fehlt und die Mitglieder der polnischen Vertretung auch rein personell eine recht starke politische Aktivität zeigen.

Trotz seiner überaus günstigen geographischen Lage und recht großen Möglichkeiten zur Einflußnahme hat Schweden in den letzten zehn Jahren nur schwache Ansätze zu einer außenpolitischen Aktivität im baltischen Raum gezeigt. Der bedeutsame psychologische Moment zur Wiedereroberung einer politischen, wirtschaftlichen und geistigen Vormachtstellung, der Schweden während der Befreiungszeit vom Bolschewismus in den Jahren 1918 und 1919 geboten wurde, ist von Schweden nicht einmal im Hinblick auf Finnland, das ihm doch in vielem sehr eng verwandt ist, ausgenutzt worden. Diese außenpolitische Beschränkung ist auch als die Grundlage der späteren Außenpolitik Schwedens im baltischen Raum anzusehen. Wohl hat Schweden in wirtschaftspolitischer und kulturpolitischer Beziehung einige Ansätze zu einer größeren Aktivität in den baltischeu Staaten gezeigt, doch ist diese Aktivität immer auf die Erlangung relativ kurzfristiger wirtschaftlicher Ziele gerichtet gewesen, so daß man damit rechnen muß, daß Schweden den großen Traditionen seiner Einflußnahme im baltischen Raum, wie wir sie im Mittelalter und noch späterhin bis zum 18. Jahrhuudert erlebt haben, entsagt hat. Dabei darf nicht vergessen werden, daß Schweden rein geographisch gesehen keine Gründe zur Aufrechterhaltung dieser neutralen Linie hat, — wie etwa die Schweiz. Schweden ist viel zu eng mit den Geschicken der Ostsee verbunden, um auch vom Standpunkt seiner Sicherheit in Zukunft wirklich ruhig der Entwicklung der Dinge an der Ostsee zusehen zu können. Die Gefahren vom russischen Raum aus, die früher in der Form des russischen imperialistischen Dranges nach einem freien Hafen an der Ostsee gipfelten und heute in anderer Form in der bolschewistischen weltrevolutionären Idee sich äußern, enthalten so greifbare Gefahren auch für Schweden, daß gerade vom schwedischen Standpunkt aus sich diese außenpolitische Zurückhaltung in baltischen Fragen eigentlich von selbst verbietet.

Den stärksten außenpolitischen Faktor im Hinblick auf die Politik der baltischen Staaten stellt fraglos die Sovetunion dar. Die wichtigste Aufgabe der baltischen Außenpolitik besteht daher in der Anbahnung eines erträglichen Verhältnisses zum großen östlichen Nachbar, was auch bisher mehr oder weniger gelungen ist.

Bei der Beurteilung des Verhältnisses der Sovetunion zu den baltischen Staaten dürfen folgende Gesichtspunkte nicht vergessen werden. Der natürliche Expansionsdrang des großen russischen Riesen an die Ostsee ist durch die Herrschaft der kommunistischen Regierungsform und durch das absolute Vorherrschen der weltrevolutionären Idee insofern paralysiert worden, als das Vordringen an die Ostsee vom Standpunkt gerade der letzteren Idee aus Moskau keine greifbaren Vorteile bietet, da ja die Ostsee jedem weiteren Vorgehen der Weltrevolution aus dem baltischen Raum hinaus Schranken setzt. Auf der anderen Seite scheint es der Sovetunion gefährlich zu sein, durch eine Eroberung der baltischen Staaten sich einem Gebiet anzugliedern, das seiner ganzen Struktur nach doch immer wieder Anhaltspunkte zu einer Intervention geben könnte. Vom Standpunkt der heute in Moskau geltenden außenpolitischen Ideen dürfte die Stabilisierung von neutralen Staaten an den Ufern der Ostsee die günstigste Lösung darstellen, da man in Moskau nicht damit rechnen kann, die baltischen Staaten wirklich in die Gefolgschaft Moskaus zu bringen. Natürlich muß damit gerechnet werden, daß jede Möglichkeit zu einem Umsturz in den baltischen Staaten von innen heraus von Moskau sofort benutzt werden wird. Bei richtiger Einschätzung dieser beiden Tatsachen ist daher der beste außenpolitische Schutz in den baltischen Staaten der Sovetunion gegenüber unbedingt in einer stabilen Innenpolitik und Unschädlichmachung kommunistischer Umsturzmöglichkeiten im baltischen Gebiet selbst zu sehen.

Neben diesen rein außenpolitischen Gesichtspunkten darf natürlich nicht vergessen werden, daß die bolschewistische geistige Infektion nicht nur heute noch eine Gefahr für die Stabilität der baltischen Staaten darstellt, sondern schon sehr verhängnisvoll sich gerade im Sinne der Gesetzgebung ausgewirkt hat. Gerade z. B. in der Agrargesetzgebung der baltischen Staaten wird man immer wieder bolschewistische Infektionskeime entdecken können. Die für die Lage der nationalen Minoritäten und insbesondere des Deutschtums so wichtige Frage der Rechtsverschlechterung und Rechtsunsicherheit kann ohne diese überwiegenden bolschewistischen Einflüsse kaum verstanden werden.

Bei der Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Lage in der Sovetunion darf wohl als feststehend angenommen werden, daß der Fünfjahrplan wesentliche Fortschritte gemacht hat, ebenso die Sozialisierung des Dorfes. Andererseits darf nicht vergessen werden, daß der Fünfjahrplan nur teilweise in der angenommenen Form

durchgeführt werden konnte und daß die staatlichen Mittel zur Durchführung des Fünfjahrplanes nur durch Druck der Notenpresse, der eine sehr starke Geldinflation zur Folge hatte, aufgebracht werden konnten Immer deutlicher wird bei der weiteren Durchführung des Fünfjahrplans, daß sein Resultat etwas Unorganisches darstellt, wodurch immer wieder Korrekturen und neue wirtschaftliche Aufgaben entstehen. Die letzte Wirtschaftskrise und das rapide Fallen der Preise haben die Sovetunion gerade in der letzten Zeit in eine sehr schwierige Lage gebracht. Das sovetrussische Dumping beginnt sich gegen die Sovetunion selbst auszuwirken, indem eine ungeheure Ausfuhrsteigerung notwendig wird, um die zunehmende Passivität der sovetrussischen Handelsbilanz wenigstens teilweise zu decken. Die zu Beginn des Fünfjahrplanes in Moskau und auch in Europa vertretene Ansicht, daß nach der Durchführung des Fünfjahrplanes die Sovetunion zu wirtschaftlichen und militärischen Angriffen gegen Europa vorgehen könnte, dürfte schon nach den ersten Jahren der Durchführung des Fünfjahrplanes sich als nicht stichhaltig erwiesen haben. Vor wenigen Tagen erst hat Stalin einen neuen Fünfjahrplan angekündigt. Man wird in dieser Ankündigung wohl mit Recht eine zwangsläufige Entwicklung sehen, da, wie schon hervorgehobeu, der Fünfjahrplan nicht etwas organisch Abgeschlossenes darstellt, sondern aus sich heraus immer neue Aufgaben zutage treten läßt.

Die Stabilität der Stalinschen Richtung in politischer Beziehung scheint eben unerschüttert zu sein. Die seit etwa Zweimonatsfrist zu bemerkende Schwenkung im Sinne der Lockerung der allzuscharfen sozialistischen Maßregeln kann nur als taktisches Moment angesehen werden. Im Hinblick auf etwaige von der Sovetunion aus drohende Gefahren kann im Augenblick gesagt werden, daß die Sovetunion wahrscheinlich wohl eben kaum befähigt ist, einen größeren Krieg zu führen. Nicht nur daß dadurch die Durchführung des ganzen Fünfjahrplanes ins Stocken geraten würde, sondern die Lage der sovetrussischen Finanzen ebenso wie die des russischen Transportwesens ist so beschaffen, daß selbst eine Mobilisation nur unter großem Risiko durchgeführt werden kann. Daß Moskau aber, abgesehen von weitreichenden militärpolitischen Plänen, jede Chance zur Durchführung einer sozialen Revolution in einem europäischen Lande sofort und nachdrücklich ausnutzen wird, ist eine Tatsache, mit der nach wie vor gerechnet werden muß.

Wie bei der Betrachtungsweise der baltischen Staaten muß auch

bei der Beurteilung der Lage des Deutschtums im baltischen Raum zwischen Lettland und Estland auf der einen Seite und Litauen auf der anderen Seite unterschieden werden. Das baltische Deutschtum in Estland und Lettland hat im großen dieselbe Struktur und auch dieselben Schicksale in den letzten zehn Jahren gehabt, wenn auch der Anteil der deutschen bäuerlichen Bevölkerung in Lettland wesentlich stärker als in Estland ist. Das Deutschtum in den beiden genannten Staaten hat im großen gesehen in den letzten zehn Jahren sehr schwere Rückschläge zu verzeichnen gehabt. Durch die formaldemokratische Regierungsform ist das Deutschtum, das seiner geistigen und politischen Bildung, wie seiner historischen Entwicklung nach in besonders starkem Maße für die Verwaltung des Landes geeignet ist, in verhängnisvoller Weise von den politischen Aufgaben der gesamten Landesverwaltung abgedrängt worden. Sein Anteil an der Bestimmung der politischen Geschicke beruht jetzt auf dem zahlenmäßigen Anteil an der gesamten Bevölkerung des Landes (Vertretung im Parlament), wenn auch gewiß mit Genugtuung hervorgehoben werden kann, daß dank den personellen Eigenschaften der deutschbaltischen Vertreter der deutsche politische Einfluß größer ist, als das an und für sich aus der arithmetischen Zahl von soundsoviel Abgeordneten resultieren würde. Die Aufrichtung der Nationalstaaten mußte naturgemäß auch im Hinblick auf den Beamtenapparat ein Zurückdrängen des Deutschtums herbeiführen.

Besonders schwer ist das Deutschtum durch die sogenannte Agrarreform in den baltischen Staaten getroffen worden, die in Estland restlos, in Lettland bei Zuteilung eines Restgutes von 50 ha den gesamten Großgrundbesitz enteignete, der zu etwa 90% sich in deutscher Hand befand. In Estland ist bei der Enteignung eine sogenannte Entschädigung vorgesehen, die etwa 2% des tatsächlichen Wertes des enteigneten Landes gleichkommt, in Lettland ist die Enteignung entschädigungslos erfolgt. Neben dem enormen Vermögensverlust und der Abdrängung vieler Volksangehöriger vom angestammten Beruf ist der Verlust der Bodenständigkeit in ihrer erzieherischen und erhaltenden Tendenz im Hinblick auf die Einzelpersönlichkeit und die Familie als besonders schmerzhaft zu bezeichnen.

Die Finanzpolitik der beiden Staaten zeigt offensichtlich Züge der Bevorzugung wirtschaftlicher Unternehmungen der staatsführenden Völker.

Auf kirchlichem Gebiet haben die zehn Jahre ebenso zum Verlust der Führung geführt, und darüber hinaus ist es zu Eingriffen auf rechtlich-kirchlichem Gebiet gekommen — Übernahme des Doms in Reval, Enteignung der Jakobi-Kirche in Riga, Angriffe auf den Dom in Riga.

Auf kulturellem Gebiet haben die letzten zehn Jahre dem Deutschtum in Lettland und Estland die Möglichkeit gegeben, in bestimmten Grenzen ihr Kulturleben, soweit es sich auf die Schulen bezieht, nach eigenen Gesichtspunkten aufzubauen. Die Gewährung der Kulturselbstverwaltung in Estland und die Schaffung einer deutschen Unterabteilung im Bildungsministerium in Lettland geben dem Deutschtum in den beiden Staaten relativ weitreichende Möglichkeiten zur Ausgestaltung ihres eigenen Schulwesens, wenn auch noch Hemmungen bürokratischer Art durchaus vorliegen und neuerdings finanzielle Schwierigkeiten im Hinblick auf die in den Gesetzen vorgesehene Unterstützung des deutschen Schulwesens durch Staat und Kommune infolge der gespannten Budgetlage der Staaten entstehen. Die nationalistische Tendenz, die in der Hochschule der beiden Staaten hervortritt, bringt eine immer weiter um sich greifende Zurückdrängung deutscher Kulturfaktoren mit sich. Betätigungsmöglichkeiten junger deutscher Kräfte auf wissenschaftlichem Gebiet sind im Rahmen der beiden Universitäten so gut wie ausgeschlossen.

Das Deutschtum in Litauen stellt seiner Lage und seiner Zusammensetzung nach einen vom baltischen Deutschtum völlig verschiedenen Faktor dar. Es ist leider nicht gelungen, im Lauf der letzten zehn Jahre eine wirklich umfassende politische und kulturelle Organisation des Deutschtums in Litauen herbeizuführen. Erfreuliche Zeichen zu einer Neubildung einer Führerschicht sind gegeben (u. a. die Gründung der Korporation „Arminia" an der Universität Kowno). Die soziale Struktur des Deutschtums in Litauen (überwiegender Anteil von Arbeitern und Bauern) läßt wirtschaftlichen Druck im Hinblick auf Entnationalisierungstendenzen besonders gefährlich erscheinen. Wenn auch das litauische Deutschtum unter sozialen Experimenten weniger zu leiden gehabt hat, als das Deutschtum in Estland und Lettland, so ist es heute sehr stark durch die fast völlige Ausrottung des deutschen Unterrichtswesens bedroht. Ebenso tun die Litauer alles, um das deutsche Kirchenwesen innerlich zu zerstören, was ihnen leider auch in weitem Maße gelungen ist.

Das Deutschtum im Memelland hat durch die Unterstützung des Deutschen Reiches einen im Resultat immerhin erfolgreichen Kampf

gegen großlitauische Tendenzen führen können. Das international garantierte Memelstatut stellt selbst in einem diktatorisch regierten Staat doch eine recht starke Garantie dar. Leider ist es bisher nur zu einer losen Anknüpfung von Beziehungen zwischen dem Memellande und dem eigentlichen litauischen Deutschtum gekommen. Man wird der Hoffnung Ausdruck geben dürfen, daß die Deutschen im Memellande neben den eigenen sehr dringenden Aufgaben in zunehmendem Maße auch den Aufgaben gerecht werden werden, die die schwierige Lage des Deutschtums in Litauen ihnen stellt.

Zum Schluß meiner Ausführungen möchte ich mir noch erlauben, auf eine schwere Hemmung in der deutschen politischen und kulturpolitischen Arbeit im baltischen Raum hinzuweisen. Diese Hemmung besteht in dem sehr regen Mißtrauen der baltischen Völker gegen eine deutsch-russische Zusammenarbeit. Wie schon früher hervorgehoben, sehen die baltischen Völker in der Sovetunion die eigentliche Gefahr für die baltischen Staaten. Die Tatsache des Zusammengehens der deutschen und der sovetrussischen Politik muß daher unbedingt Befürchtungen und Argwohn in den beiden Staaten hervorrufen. Diese Psychologie wird natürlich von Polen aus mit allen Mitteln geschürt. Bei ruhiger Überlegung der heute gegebenen Tatsachen muß es im Interesse der deutschen Außenpolitik liegen, den status quo im baltischen Gebiet nach Möglichkeit zu erhalten. Auch die Moskauer Politik dürfte eben, aus ganz anderen Gründen, nicht abgeneigt sein, Bestrebungen, die auf die Herbeiführung einer neutralen Linie der Außenpolitik der baltischen Staaten hinzielen, zu unterstützen. Es würde von einer sehr großen Bedeutung sein, wenn etwa auf deutsche Initiative hin zwischen der Sovetunion, Deutschland und den baltischen Staaten ein Abkommen im Hinblick auf die Neutralität der baltischen Staaten abgeschlossen werden würde, oder auch auf deutsche Initiative hin und mit deutscher Garantie ein entsprechender Vertrag zwischen den baltischen Staaten und der Sovetunion allein abgeschlossen werden könnte. Durch ein derartiges Vorgehen würde, so kann man hoffen, in ganz starkem Maße das sehr starke Mißtrauen gegen Deutschland entkräftet werden.

Mensch und Wirtschaft

Irrwege der Arbeitgeber und der Gewerkschaften

Von Kurt Seesemann

1.

Es sind jetzt 80 Jahre her, daß das kommunistische Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels sich — und zwar zunächst in 6 Sprachen — über den Erdball ausbreitete. Rund 50 Jahre sind vergangen, seitdem das Marxsche Manifest seine erste wissenschaftliche Widerlegung durch Friedrich Nietzsche erfuhr. Um so mehr muß es einen heute verwundern, wenn man in den Gedankengängen der natürlichen Gegner von Marx, d. h. der Unternehmer, eine Reihe marxistischer Fehlgedanken wiederfindet. Erklären läßt sich das einmal durch das Versagen der offiziellen Wissenschaft vor den Gedankengängen Nietzsches, zum andern aus biologischen Gründen, die die Herrschaft der Gewerkschaften in Deutschland, der Sovets in Rußland usw. herbeigeführt haben. Auf beide Gründe wird hier näher eingegangen werden müssen. Daß die Gewerkschaften zum großen Teil durch Gedankengänge von Marx beherrscht werden, ist leicht verständlich, liegen doch ihre Interessen scheinbar in derselben Richtung. Aber nur scheinbar, denn ich werde hier nachzuweisen haben, daß auch die Gewerkschaften sich mit ihren Ideologien das eigene Grab schaufeln. Das wäre an sich unerheblich, wenn jenes Grab nicht auch gleichzeitig das Grab der Nationen, ja der Menschheit überhaupt wäre.

Engels faßte in seinem zweiten Vorwort zum kommunistischen Manifest am 28. Juni 1883 Marx' Grundgedanken in die Worte zusammen: „daß die ökonomische Produktion und die aus ihr mit Notwendigkeit folgende gesellschaftliche Gliederung die Grundlage bildet für die politische und intellektuelle Geschichte dieser Epoche". Nietzsche zeigte, daß nicht die Produktion und die Wirtschaft als das Primäre in der Geschichte anzusehen sei, sondern daß der Wille oder besser noch der Wille zur Macht das primum movens sei, und daß der Wille und seine Richtung gelenkt, gefördert und gehemmt werde von Gefühlen, d. h. jenen Unwägbarkeiten, die das Schicksal der Menschheit bestimmen oder, mit anderen Worten, von der weder mit dem Zirkel noch dem Zollstock auszumessenden menschlichen Seele, der die Schulgelehrsamkeit heute mehr denn je mit der Mikrometerschraube und der Stoppuhr nachrennt, ohne sie erhaschen zu können.

Die Metaphysik von Ludwig Klages[1]) lehrt, daß der Geist (= Wille) als eine außerraumzeitliche Macht in die raumzeitliche Lebenszelle Mensch hereingebrochen ist und daß er die Qualitäten der Seele vernichtet. Er wird zuerst beim Erkennen wirksam, dann im Taten und Handeln. Man hat es also immer mit zwei Geistes- oder Willensphasen beim Menschen zu tun: mit der erkennenden oder — nach Klages — prometheischen und der tatenden oder herakleischen Phase. Der erkennenden Phase folgt sehr bald die tatende. Diese Tatsache läßt sich überall in der Geschichte verfolgen. Aus den symbiotischen Zusammenhängen der Frühzeit, wie sie uns z. B. noch Tacitus bei den Germanen schildert, ging das Königtum dadurch hervor, daß ein besonders Kluger und Willensstarker aus der Sippe die Macht an sich zu reißen verstand. Auf ähnliche Weise bildet sich dann ein Priester- und ein Adelsstand. Auch in diesen Ständen folgt der vorwiegend erkennenden Phase die überwiegend tatende. Die Könige werden gestürzt. Es bildet sich die Adels- oder Priesterherrschaft. Dann kommt die erkennende Phase zum sogenannten dritten Stande des Bürgertums oder der Bourgeoisie, und auch da folgt der erkennenden Phase die tatende. Die generellen Gefühle der Treue und der Hingabe an König und Vaterland schwinden auch im dritten Stande infolge des Erkennens und Handelns im Berufsleben. Nach Fortfall dieser Bindungen streben die nunmehr qualitätslosen Intensitäten des dritten Standes gleichfalls zur Macht, und es kommt zum erneuten Umsturz. So war es in Griechenland, so war es in Rom, so war es zur Zeit der Renaissance in Italien und später in Frankreich, England usw. Man denke z. B. an die Zeit Oliver Cromwells, oder man denke an den Anbruch der Willensphase des dritten Standes in der französischen Revolution. Hier werden die Ursprünge aller treibenden Kräfte, die die Weltgeschichte gestaltet haben, offensichtlich: die Abspaltung der seelischen Qualitäten durch den Geist oder Willen beim ersten, zweiten und dritten Stande — das nachfolgende Taten dieser Stände in Blut und Mord.

2.

Der Beginn des 19. Jahrhunderts brachte mit der Erfindung der Maschine etwas ganz Neues in den Verlauf der Weltgeschichte: die allgemeine Volksschule und mit ihr die Phase des

[1]) Die Grundgedanken der Klagesschen Metaphysik wurden im Aufsatz „Der Sieg der Zivilisation", Baltische Monatsschrift 1929 S. 668, entwickelt.

Erkennens dem sogenannten vierten Stand. Und bereits 1848 und 1871 setzten die ersten tatenden Auswirkungen ein in der Pariser Kommune. Und heute, nachdem der vierte Stand die Macht an sich gerissen hat, bildet sich ein fünfter Stand, denn die Phase des Erkennens wird heute mit aller Gewalt durch die Minderbegabtenschulen in Kreise getragen, die man mit sogenannter Bildung lieber gänzlich verschonen sollte. Die Nation hat nichts davon, daß Herr Katzmareck in der Minderbegabtenschule seinen Namen richtig schreiben lernt. Aber soviel wird doch erreicht, daß Herr Katzmareck zu stolz wird, Kuhmist auf das Feld zu fahren. Er geht lieber in die Stadt und sieht, wie sein ehemaliger Arbeitskollege, der Hilfsarbeiter X, Gewerkschaftssekretär, Beigeordneter, Landrat und Minister wird. Und er? Er läuft im schäbigen Anzug zu Fuß und muß zusehn, wie jener, dem er sein Vertrauen geschenkt hatte, im eleganten Auto auf Urlaub nach Italien fährt. Die Folge aber ist der Kommunismus, denn soviel glaubt Herr Katzmareck doch gelernt zu haben, daß, wenn alles gleich ist, Herr X auch nicht mehr nach Italien fahren kann. Es bedarf hier keiner weiteren Kommentare; nach dem Vorhergesagten ist es zu offensichtlich, wie die Gewerkschaften und Sozialisten sich selbst das Grab schaufeln, denn daran kann kein Zweifel sein, daß auch hier der erkennenden Phase die tatende folgen muß. Man sieht das ohnehin ganz deutlich an Rußland, wo die Menschewisten (Sozialdemokraten) den Bolschewisten unterlagen und wo ein Tschcheidse (S. P. D.-Führer) den Tod durch bolschewistische Kugeln fand. Die schlimmste aber aller Verirrungen ist die, daß man heute die symbiotischen Zusammenhänge der Frühzeit, wie man sie etwa noch bei den Eskimos auf den polaren Inseln Nordamerikas findet, dem Kommunismus gleichsetzt. Man sieht, wohin der Schwund des Bildgehalts der Gefühle oder der Seele bereits geführt hat. Wie sich die tatende Phase des fünften Standes abspielen und wann sie erfolgen wird, läßt sich natürlich nicht sagen. Sie wird aber um so schneller erfolgen, je weniger es gelingt, die Fülle der geweckten und dadurch zur Macht strebenden Kräfte in das Machtsystem des bestehenden Staates oder der Wirtschaft einzuspannen. Die tatende Phase ist vermutlich näher, als man das glauben und wahrhaben möchte. Das Einspannen der nach oben drängenden Kräfte von links geschieht außerdem heute auf Kosten der auf der rechten Seite zur Macht drängenden Intensitäten, womit sich übrigens die Arbeitgeberschaft selbst ihrer sichersten Stützen allmählich beraubt.

Um so schneller aber schaufelt der Sozialismus mit dem eigenen Grabe das Grab der Nationen, was Nietzsche bereits vor 54 Jahren erschaute, als er seine Äußerungen über den Staat und den Sozialismus niederschrieb. Seine Worte über den Staat als „das kälteste aller kalten Ungeheuer" sind zu bekannt, als daß sie hier wiedergegeben zu werden brauchten. Weniger bekannt sind seine Äußerungen über den Sozialismus, die im Nachstehenden wiedergegeben seien:

„Der Sozialismus ist der phantastische jüngere Bruder des fast abgelebten Despotismus, den er beerben will. Seine Bestrebungen sind also im tiefsten Verstande reaktionär, denn er begehrt eine Fülle der Staatsgewalt, wie sie nur je der Despotismus gehabt hat, ja er überbietet alles Vergangene dadurch, daß er die förmliche Vernichtung des Individuums anstrebt: als welches ihm wie ein unberechtigter Luxus der Natur vorkommt und durch ihn in ein zweckmäßiges Organ des Gemeinwesens umgebessert werden soll . . . Er braucht die alleruntertänigste Niederwerfung aller Bürger vor dem unbedingten Staat, wie niemals etwas gleiches existiert; und da er nicht einmal auf die alte religiöse Pietät gegen den Staat mehr rechnen darf, vielmehr an deren Beseitigung unwillkürlich fortarbeiten muß . . . so kann er sich nur auf kurze Zeiten durch den äußersten Terrorismus hier und da einmal auf Existenz Hoffnung machen. Deshalb bereitet er sich im stillen zu Schreckensherrschaften vor und treibt den halbgebildeten Massen das Wort Gerechtigkeit wie einen Nagel in den Kopf, um sie ihres Verstandes völlig zu berauben (nachdem dieser Verstand schon durch die Halbbildung sehr gelitten hat) und ihnen für das böse Spiel, das sie spielen sollen, ein gutes Gewissen zu schaffen."

3.

Es war im Mai 1925, als Dr. Vögler auf der Tagung des Vereins deutscher Eisenhüttenleute den Menschen als den „wichtigsten Faktor jedes Produktionsprozesses" in den Vordergrund stellte. Im Herbste desselben Jahres wurde das Deutsche Institut für technische Arbeitsschulung (Dinta) gegründet, das sich des Menschen im Betriebe annehmen sollte. Sicherlich war es nicht richtig, daß man den Menschen früher als eine quantité négligeable im Betriebe behandelte (was aber durchaus nicht in jedem Betriebe der Fall war). Der Arbeiter, der vor eine Arbeit gestellt wird, die er nicht zu leisten vermag, wird eine Beeinträchtigung seiner „Ichgefühle", d. h. seines Willens erleben. Er wird um so mehr Interesse für andere

Dinge zeigen, je mehr sein Unvermögen bei der Arbeit bei ihm Unlustgefühle auslöst. Schließlich braucht Deutschland die technische Arbeitsschulung bereits im Hinblick auf seine Konkurrenzfähigkeit dem Auslande gegenüber. Es ist einfach in der Zwangslage, hochwertige Arbeit liefern zu müssen, und dazu ist die Arbeitsschulung unentbehrlich. Wie aber geschieht eigentlich die Schulung?

Beim Jugendlichen wird angefangen, zunächst mit der psychotechnischen Eignungsprüfung. Zu dieser ist zu bemerken, daß sie nur Intensitäten und nicht Qualitäten festzustellen in der Lage ist. Die Ermittlung der Qualitäten ist wohl möglich mit Hilfe der Graphologie, denn in der Handschrift schlägt sich die rhythmische Fülle der Bewegungen des Menschen dauernd nieder, so daß man aus ihr Schlüsse auf die Qualitäten des Menschen zu ziehen in der Lage ist. Solange die Eignungsprüfung auf das Hilfsmittel der Handschriftenkunde und der ihr zugrunde liegenden Ausdruckskunde verzichtet, muß sie auch auf die Ermittlung der Qualitäten verzichten. Da es im deutschen Sprachgebiet meines Wissens nicht sehr viel mehr als etwa 30 Graphologen geben dürfte, die die Ausdruckskunde voll beherrschen, diese und mit ihr die Graphologie aber als eine der schwierigsten Wissenschaften angesehen werden muß, muß der Arbeitgeber vorläufig auf die Ermittlung der Qualitäten verzichten und kann deshalb mit Sicherheit nicht mehr als 75 % Treffer bei der Eignungsprüfung erwarten, die der richtige Betriebspraktiker als Menschenkenner auch ohne Eignungsprüfung erzielt. Man muß sich aber über etwas anderes klar werden: daß nämlich die psychotechnische Eignungsprüfung heute ein Mittel im politischen Machtkampf geworden ist. Auf der einen Seite steht die sogenannte kalte Sozialisierung durch die Berufsämter des Staates, auf der anderen das Selbstbestimmungsrecht der Wirtschaft. Beide Lager werfen sich heute teils offen, teils versteckt Unwissenschaftlichkeit vor. Beide Lager arbeiten mit mehr oder weniger den gleichen Methoden, z. B. mit der Prüfserie A von Poppelreuter, die Poppelreuter übrigens mir gegenüber bereits vor vier Jahren als veraltet und überholt bezeichnet hat und in deren Handhabung heute die Dinta-Ingenieure ausgebildet werden. Mit den Prüfserien erwirbt man sich noch lange kein seelenkundliches Wissen und kann mit ihnen allein nur Intensitäten feststellen. Meine Nachprüfungen von Eignungsprüfungen, die von Berufspsychologen abgehalten worden waren, ergaben jedesmal ein völliges Außerachtlassen der Qualitäten. Dabei könnten die Psychologen heute bereits wissen, daß alles Seelische qualitativ ist, auch die sogenannten

Begabungen, die sie prüfen, und daß die mit der Stoppuhr und sonstigen Mitteln festgestellten Intensitäten erst nach Abspaltung der Qualitäten erhalten werden. Heute werden bereits psychotechnische Prüfmethoden für Büropersonal beim Dinta ausgearbeitet und erprobt, — wo es noch mehr auf Qualitäten ankommt, was mich eine mehrjährige Erfahrung gelehrt hat. Die Arbeitgeber und die Berufsämter werden auch diese Prüfserien kaufen. Das Unterhaltsamste jedoch ist, daß weder die eine noch die andere Partei das Spiel durchschaut und sich im guten Glauben entrüstet. Difficile est satiram non scribere. Vor etwa sechs Jahren machte ich in der deutschen Bergwerkszeitung den Vorschlag, Fördermaschinisten auf ihre Eignung zu diesem Beruf zu untersuchen, denn bei ihnen kommt es ganz besonders auf Qualitäten an. Heute werden die Fördermaschinisten geprüft, aber es werden im wesentlichen nur die Intensitäten und nicht die Qualitäten festgestellt, deren Ermittlung man dem Betriebe überläßt. Schon diese wenigen Beispiele genügen, um zu zeigen, daß der politische Machtkampf, getrieben durch sozialistische Ideologien, auf diesem Gebiete der Menschenwirtschaft in den Betrieb getragen worden ist, und der Unternehmer steht in der Abwehrstellung, was sich biologisch daraus erklärt, daß auf seiner Seite die Triebkraft des Willens durchschnittlich schwächer ist.

4.

Wie aber geschieht heute die Ausbildung der Jugendlichen? Es ist einerlei, ob man hierbei den Jugendlichen betrachtet, der die Eignungsprüfung glücklich bestanden hat und daraufhin ein Handwerk erlernt, oder ob man es mit dem Durchgefallenen zu tun hat, der als Hilfsarbeiter in den Betrieb eingereiht wird. Für beide gilt heute: geschah früher vonseiten des Arbeitgebers zu wenig, so geschieht heute viel zu viel. Notwendig ist bloß das handwerkliche Können und einige wenige Spezialkenntnisse. Staat und Kommune haben heute derart viele Bildungsmöglichkeiten geschaffen, daß diese völlig ausreichen für diejenigen, die sich weiter fortbilden wollen. Wenn in diesen Bildungsstätten auch vielfach wissenschaftlich unhaltbare sozialistische Grundsätze gelehrt werden, so ist andererseits zu bedenken, daß der freiwillige Zudrang zu den Bildungsstätten vonseiten der Arbeiter ein außerordentlich geringer ist. Schon die Duisburger Volkshochschule liefert den Beweis hierfür. Es muß als geradezu verhängnisvoll bezeichnet werden, wenn der Unternehmer heute alle nur möglichen Kurse usw. einrichtet: der erkennenden

Phase muß und wird unweigerlich die tatende Phase folgen, die erkennende Phase weckt ja den Tatwillen erst auf. Sicherlich befindet sich der Unternehmer in einem verhängnisvollen Zwiespalt und auch hier wiederum in einer Abwehrstellung, denn er muß ja die Fehler sozialistischer Verbildung seinen Leuten klarzumachen versuchen. Da heißt es für ihn, den goldenen Mittelweg finden. Der ist aber gegeben durch das Minimum an Erkenntnis, das genügt, damit ein an sich gesunder und unverbildeter Menschenverstand die Fehlgedanken des Sozialismus begreift. Das Gleiche gilt auch für den Erwachsenen. Das Minimum wird heute jedenfalls nicht eingehalten, da das Dinta ein Maximum propagiert und es zum Teil auch in den Werkszeitungen bietet. Auf Einzelheiten des Minimums kann hier nicht eingegangen werden, nur soviel sei gesagt, daß unter allen Umständen die Halbbildung vermieden werden muß. Man bedenke, daß es die Halbbildung des russischen Priesterseminars war, aus der Stalin hervorging.

Der Unternehmer will heute die körperliche Ertüchtigung des Jugendlichen. Dazu dient der Sport. Der Gedanke liegt eigentlich nahe, daß für einen jungen Menschen, der den ganzen Tag körperlich mehr oder weniger schwer arbeitet, die Arbeit zur Stählung des Leibes genügen dürfte. Doch die Arbeit geschieht meist nicht an der frischen Luft. Dieser Einwand dürfte nicht sonderlich stichhaltig sein, wenn man die staubige Luft des Industriebezirks oder der Großstädte in Betracht zieht. Schließlich aber sind das Nebensächlichkeiten. Den Kern der Sache trifft folgende Frage: wer treibt denn eigentlich Sport? Man braucht sich nur einmal ein größeres Fußballspiel anzusehen. 22 Leute spielen und 40,000 Menschen sehen zu. Das nennt man heute Sport! Bei der Erziehung der Jugendlichen ist das heute genau ebenso: einige erzielen Bestleistungen, bei den anderen entstehen dadurch sofort Minderwertigkeitsgefühle, da sie sich selbst übertreffen lassen müssen, und die Folge ist, daß man lieber Zuschauer wird, denn als Zuschauer hat man die Möglichkeit, bald auf Schalke-04, bald auf Fortuna-Düsseldorf usw. zu setzen, d. h. mit anderen Worten: die Willensbefriedigung, die einem im Sport versagt wurde, als Zuschauer zu genießen. „Mein Verein hat gewonnen! Mein Verein hat den besten Torwart!" usw., und stolz schwillt die Brust in einer Scheinbefriedigung eigener Machtgelüste. Diesen Vorgang nennt die heutige durchschnittsverständige Schulpsychologie: Abreaktion. Was liegt ihm in Wirklichkeit zugrunde? In jedem Falle handelt es sich um eine Befriedigung von

Willensgefühlen, um einen Kitzel der Intensitäten, mit dem Erfolge, daß auch hier wiederum die Qualitäten der menschlichen Seele noch weiter vernichtet werden, denn die Vernichtung des Bildgehalts der Gefühle geht am stärksten in der Befriedigung von Machtgelüsten vor sich. Man denke an die Vereinigten Staaten, wo nur noch die größte Zahl gilt, wo es zu solchen Erscheinungen gekommen ist, daß man sich den Weltrekord im Kaffeetrinken bescheinigen läßt! Die Qualitäten werden in noch weit stärkerem Ausmaße bei denen vernichtet, die auf der Jagd nach Rekorden und beim Überbieten anderer oder eigener Leistungen den eigenen Willen zu unerträglichen Ausmaßen anspannen müssen. Die Folge ist, daß heute sämtliche Rekordler ohne Ausnahme Hysteriker sind.

Es ist fraglos ein Fehlgriff, daß das Dinta für die Werksjugend den Sport als Ersatz für den Militärdienst propagiert. Es liegt auf der Hand, daß das Sich-anspannen-müssen aller und das Sich-anspannen-wollen einzelner, oder das Gehorchenmüssen und das Durchsetzen des eigenen Willens Gegensätze sind. Man wird es deshalb als eine Verirrung bezeichnen müssen, wenn der heutige Sport als Ersatz für die Erziehung im Heere der Vorkriegszeit empfohlen wird. Weder weckt er die sympathetischen Gefühle der Kameradschaftlichkeit, die das Vertrauen schaffen, daß man sich auf seinen Kameraden verlassen kann, noch schafft er das Gehorchenlernen. Er bringt dagegen eine vielfach maßlose Willensbetätigung, die auf die Dauer zur Schwächung der gesamten Vitalität führen muß, was um so bedenklicher ist, als das Kräftereservoir für Deutschland auf dem Gebiete der Menschenwirtschaft ohnehin nur noch 25% seiner Gesamtbevölkerung beträgt, ja eigentlich noch geringer ist; denn nicht alle Menschen von diesen in der Landwirtschaft tätigen 25% können als Kräftereservoir angesprochen werden.

An die Stelle des Sports aber ist die sonntägliche Wanderung in die heimatlichen Wälder zu setzen. Mit ihr ist die Möglichkeit gegeben, in der Jugend die Liebe zur Natur, die generellen Gefühle der Liebe zur Heimat zu wecken und verschrobenen sozialistischen Ideen vorzubeugen. Man lese von diesem Gesichtspunkte aus das Buch von August Winnig: „Frührot“. Die Wanderung bietet die Möglichkeit, dem einzelnen Jugendlichen nahezukommen, den Rekordwahnsinn der heutigen Zeit in den Augen der Jugendlichen lächerlich zu machen, in ihnen das Interesse für die Lebensfülle aus der Zeit der deutschen Romantik zu wecken. Die Hingabegefühle für das eigene Volkstum können nur auf dem Boden der Liebe zur engeren

Heimat erwachsen. Es ist deshalb auch nicht richtig, wenn heute verschiedene industrielle Unternehmungen Urlaubsfahrten der Jugendlichen an den Bodensee oder an die Nordsee veranstalten, wenn das Dinta die Werksjugend auf einem eigenen Schiff auf der Ostsee bis nach Schweden und Norwegen hinauf spazieren fährt. Man zeigt damit den jungen Leuten dort alles mögliche, was sie sich bei der wachsenden deutschen Kriegsverschuldung im späteren Leben niemals werden leisten können. Man weckt ein Begehren, das man später nicht befriedigen kann und das nur zu leicht später den einzelnen dazu verführt, die Schranken der Gesetze zu durchbrechen, um sich auf unerlaubte Weise die Mittel zur Befriedigung geweckter Begehren zu verschaffen. Die alltäglichen Unterschlagungen in Deutschland, die Bankraube in den U. S. A., deren Gesamtsumme im Jahre 1928 die deutschen Reparationszahlungen eines Jahres um ein Mehrfaches übertraf, reden eine genügend deutliche Sprache, um das Gefährliche der heutigen Entwicklung jedermann vor Augen zu führen.

5.

Welches sind dann aber die richtigen Wege? Wir haben gesehen, daß der Wille als eine außerraumzeitliche Macht lebenbehindernd und lebenvernichtend wirkt. Wenn das Leben nicht mehr in Rhythmen schwingen oder pulsieren kann, so gibt es entweder die gestörten Rhythmen, die wir beim Geisteskranken vorfinden, oder die Rhythmen hören gänzlich auf, d. h. die Geschlechter sterben aus, sobald der Wille zu sehr in ihnen wirksam gewesen ist. Die oberen Stände sind durch die Geistes- oder Willensbetätigung erst hochgekommen. Ihre Vitalität wird durch die Tätigkeit des Willens auch weiter eingeengt und zwar besonders auf dem Gebiete der Geistesarbeit. Kommt dann noch möglicherweise ein biologischer Parasitismus hinzu und wird das Blut nicht aufgefrischt, dann sterben die hochgekommenen Geschlechter aus. In Deutschland sterben die Akademikerfamilien vielfach bereits in der dritten Generation aus. Außerdem hat sich mit der Erfindung der Maschine und infolge falscher Sozialpolitik der biologische Parasitismus auch auf die unteren Stände ausgedehnt. Die minderwertigsten Bestandteile der Völker pflanzen sich heute auf Kosten der hochwertigen Teile beschleunigt fort, eine Folge der heutigen Sozialpolitik, auf die ich aber in diesem Zusammenhang nicht näher eingehen kann. Man hat also heute mit einer allgemeinen Verschlechterung der Erbmasse des Volkes einen gleichzeitig höheren Verschleiß durch die Aus-

wirkungen des Willens und einen gleichzeitig beschleunigten Prozeß des Willensaufstiegs nach oben zu verzeichnen. Wenn der Prozeß der Halbbildung vonseiten der Arbeitgeber heute auch noch beschleunigt wird, dann müssen zu viel zur Macht drängende Kräfte entstehn und an die Stelle der Evolution tritt die Revolution — oder der Raub im großen Stil, wie er heute bereits in Amerika zur Wirklichkeit geworden ist. Vor drei Jahren fand beim Dinta in Düsseldorf ein Vortrag statt, dessen Inhalt etwa folgender war: Nachdem die Gewerkschaften im großen und ganzen alles erreicht hätten, was sie erstrebten und nunmehr eine Art Stillstand der Kampfestätigkeit eingetreten sei, hätten sich die Arbeitgeber und -nehmer auf einem Gebiete zur gemeinsamen Arbeit zusammengefunden: in der Erziehung und Schulung des Jugendlichen und des Menschen im Betriebe. Dieser Vortrag fand von gewerkschaftlich orientierter Seite lebhafte Zustimmung. Wenn heute die Gewerkschaftssekretäre zusammen mit den Arbeitgebern bei den Veranstaltungen des Dinta sitzen, dann kann man sicher sein, daß für den Arbeitgeber so gut wie nichts, wohl aber für den Gewerkschaftssekretär zunächst etwas herausspringen wird. Allerdings nur zunächst, denn daß es ihm letzten Endes auch an den Kragen gehen wird und sogar heute bereits geht, beweisen die Ereignisse der letzten Jahre schon ganz deutlich. Es ist nicht einmal, sondern bereits viele Male vorgekommen, daß Gewerkschaftssekretäre und Funktionäre der S. P. D. sich im Laufe der letzten Jahre vor der Wut arbeitsloser Massen unter polizeilichen Schutz flüchten mußten. Die Frage nach dem richtigen Weg erweist sich also als ein Problem der Angleichung des Aufstiegswillens an die Aufstiegsmöglichkeiten. Da die Aufstiegsmöglichkeiten nicht willkürlich geändert werden können und durch den verlorenen Krieg ganz erheblich eingeschränkt worden sind, erweist sich die Frage nach dem richtigen Weg als ein Problem der Einschränkung der Willensweckung. Inwieweit die Einschränkung heute überhaupt noch möglich ist, kann hier nicht weiter erörtert werden, da das heute noch eine Frage des politischen Machtkampfs wäre. Nur sollte der Unternehmer die sozialistische Politik der Willensweckung nicht weiter mitmachen. Wie übrigens im einzelnen das Arbeitsproblem im Betriebe gelöst werden muß, darauf kann in diesem Zusammenhang nicht eingegangen werden. Das Wesentlichste darüber findet man in meinem Aufsatz in Nr. 19 der Internationalen Bergwirtschaft und Bergtechnik, Jahrgang 1929, unter dem Titel: „Arbeitszeit und Arbeit als biologisches Problem von Rhythmus und Takt".

6.

Die bisherigen Ausführungen hatten gezeigt, daß der Arbeitgeber sich in einer Abwehrstellung befinden muß, weil sein Wille aus biologischen Gründen nicht mehr über die Triebstärke verfügt, wie der des Gewerkschaftlers. Es ist deshalb auch ganz verständlich, daß der Arbeitgeber auf dem Gebiete der Lohnpolitik in die Defensive geraten ist, aus der heraus er mehrfach zu seiner Verteidigung die offizielle Wissenschaft herangezogen hat. Das Land mit den niedrigsten Selbstkosten und das heißt: das Land mit dem niedrigsten Lohnniveau allein vermag die Arbeitslosigkeit mit ihren verheerenden Folgen zu bannen. Obgleich das Beispiel der französischen Wirtschaft offensichtlich zutage liegt, hat in Deutschland der Wille zur Einsicht gefehlt, daß Lohnhöhe und Arbeitslosigkeit in einem direkten ursächlichen Zusammenhange stehn. Die Arbeitgeberpresse hat es teilweise sogar für richtig gehalten, in das amerikanische Nebelhorn der Nützlichkeit hoher Löhne zu blasen. Heute versucht sie das Falsche der amerikanischen Auffassung krampfhaft und mit unzulänglichen Mitteln zu widerlegen. In Deutschland hat es aber zum Teil auch an der notwendigen Zivilcourage gefehlt, besonders in den Kreisen der Gewerkschaften. Der einzige, der die Bedeutung von Lohnhöhe und Arbeitszeit nach dem Kriege voll erkannt hatte und wohl auch den Mut besessen hätte, seine Einsichten zu vertreten, der vielfach verkannte Bergarbeiterführer Hué, starb zur Unzeit.

Der Arbeitgeberschaft kann man den Vorwurf nicht ersparen, daß ihr Widerstand gegen die dauernden Lohnerhöhungen der letzten Jahre zu schwach gewesen ist, und daß sie immer wieder das scheinbar kleinere Übel wählte. Doch auch das ist schließlich eine biologische Folge, und biologisch gesehen bestände jener Vorwurf nicht zu Recht, denn der triebstärkere Wille liegt, wie bereits mehrfach gesagt, auf Seiten der Gewerkschaften. Wo das aber etwa nicht der Fall war, waren dem Arbeitgeber die Hände durch den Zusammenschluß in Arbeitgeberverbände gebunden. So stehen wir denn heute vor dem merkwürdigen Ergebnis, daß die politischen Spitzen, die aus dem Lager der Gewerkschaften hervorgegangen sind, selbst das Verhängnisvolle ihrer Lohnpolitik sehen. Doch das einmal zu Tal rollende Rad ist nur schwer aufzuhalten. Die Frage ist nicht mehr allzu fern: Werden die Gewerkschaftsführer die Zivilcourage besitzen und eingestehn, daß die Tarifpolitik, die sie getrieben haben, falsch ist? Vielleicht, wenn es ihnen an Hals und Kragen geht. Vielleicht — voraussehn läßt sich so etwas nicht. Aber eins

sollten sich diese Führer doch merken: daß der Weg zur Erkenntnis und der Weg des Willens zur Macht auch nicht um ein Atom das Glücksgefühl des Volkes zu mehren imstande ist, daß im Gegenteil die Reste der Glücksfähigkeit auf dem Wege der Willensentwicklung vernichtet werden müssen. Lebensglück erwächst nur aus dem Opfer des eigenen Ich, nicht aber aus seiner Behauptung.

Rußlands Kriegsbefehl

Von Victor Augustin Wroblewski

Während der Geschichtsepoche, in der die östlichen Uferlande der Ostsee zum russischen Zarenreiche gehörten, haben die Balten und Finnländer im Kampf um ihre nationale und kulturelle Eigenart die Härte, ja Brutalität der russischen Politik nur zu gut kennen gelernt. Diese Schicksalgemeinschaft ist durch den Ausgang des Weltkrieges aufgelöst worden, die Lebenslose sind den beiden benachbarten Kulturen verschieden gefallen. Gerade für die Balten hat der Ausbruch des Weltkrieges eine besonders schicksalschwere Bedeutung. Soweit im Laufe der letzten zehn Jahre von Landsleuten der älteren Generation Lebenserinnerungen veröffentlicht worden sind, ist diesem Zusammenhang auch Rechnung getragen worden, indem die Rolle, die Rußland in der Vorgeschichte des Krieges und beim Kriegsausbruch gespielt hat, geschildert wurde. Diese Darstellungen, auf persönlichen Beobachtungen und Erlebnissen fußend, konnten aber natürlich nur einzelne Schlaglichter werfen und die eine oder andere wertvolle Ergänzung zu den von der Geschichtsforschung aufgedeckten Vorgängen in der großen Außenpolitik des Zarenreiches bringen. Jede Veröffentlichung, die Rußlands auf den Weltkrieg hinzielende Außenpolitik behandelt, ist für uns Balten daher von besonderem Interesse.

Eine solche Arbeit ist soeben von dem Leiter der Berliner „Zentralstelle für Erforschung der Kriegsursachen", Dr. Alfred von Wegerer, unter dem Titel „Der entscheidende Schritt in den Weltkrieg" [1]) veröffentlicht worden. Dr. von Wegerer ist den Lesern der „Baltischen Monatsschrift" durch die eingehende Besprechung seines vor einigen Jahren erschienenen Buches „Die Widerlegung der Versailler Kriegsschuldthese" bekannt geworden, die im Heft 7/8, Jahrgang 60, 1929 erschien.

[1]) Quaderverlag, Berlin NW 6, Preis Mk. 3.50.

In der Kriegsschuldpropaganda der Ententestaaten spielte das österreichische Ultimatum an Serbien eine große Rolle. Österreich habe erstlich dem Nachbarlande in seinem Ultimatum Forderungen gestellt, deren Annahme mit dem Ansehen eines souveränen Staates unvereinbar sei, und als Serbien nichtsdestoweniger die Forderungen bis auf ganz wenige angenommen habe, sei die Antwort vom österreichischen Gesandten Giesl nach flüchtigster Durchsicht für ungenügend erklärt worden und Giesl sei sofort von Belgrad abgereist. Aus diesem Sachverhalt habe man den festen Kriegswillen der Donaumonarchie einerseits und die friedfertige Politik Serbiens andererseits ersehen können.

Wegerer ist nun den Vorgängen, wie sie sich in Belgrad in den Tagen vom 23.—25. Juli 1914 abgespielt haben, an Hand von Pressemeldungen, amtlichen Dokumenten und Berichten von Augenzeugen auf den Grund gegangen und ist bei seinen Untersuchungen zu einem Ergebnis gelangt, das auf die Geschichte der Ablehnung des österreichischen Ultimatums durch Serbien ein ganz neues Licht wirft.

Auf Grund von Wegerers Darstellung gewinnen wir folgendes plastische Bild jener Vorgänge:

Nach der Übergabe der österreichischen Note am Abend des 23. Juli war die Öffentlichkeit in Belgrad zunächst auf Vermutungen angewiesen, da der Inhalt der Note von der Regierung nicht gleich bekanntgegeben wurde. In den Offizierskreisen und in der radikalen Partei wurde die Forderung laut, die Note von A bis Z zurückzuweisen. Die Regierung selbst enthielt sich zunächst noch jeder Meinungsäußerung, war doch der Regierungschef Pašić selbst erst auf die Nachricht von der Überreichung des Ultimatums von einer Wahlreise am Morgen des 24. Juli in Belgrad eingetroffen, wo er nun sofort einen Ministerrat berief. In den Nachmittagsstunden wurde die Note in großen Zügen bekanntgegeben und machte ungeheuren Eindruck. In einer Besprechung des Kronprinzen Alexander mit den Führern der Oppositionsparteien erklärten diese, die Regierung solle handeln, wie es das Staatsinteresse diktiere, wobei aber die Würde des Staates gewahrt bleiben müsse. Die Offizierskreise erhoben die Forderung nach Ablehnung der österreichischen Note immer stärker.

Die Regierung war sich aber inzwischen über die Tragweite der Ablehnung wohl klar geworden, und da die russische Regierung, an die man sich um Rat gewandt hatte, bisher nur in einem Com-

munique vom 24. Juli vage Erklärungen abgegeben hatte, griff eine nachgiebigere Stimmung Platz. Wie die zeitgenössischen Berichte zeigen, gelang es Pašić trotz des Widerstrebens der Militärkreise und der Oppositionsparteien seine Auffassung durchzusetzen, daß alle Vorbereitungen zu treffen seien, um eine befriedigende Antwort zu geben. Die kriegerische Begeisterung des 23. und 24. Juli hatte sich nicht durchsetzen können und am Vormittag des 25. herrschte in Belgrad eine gedrückte Stimmung. Auch in den diplomatischen Kreisen glaubte man immer zuversichtlicher an die friedliche Beilegung des Konflikts, wie die von Wegerer zitierten Berichte der Gesandten Frankreichs und Englands zeigen.

Und nun tritt plötzlich um die Mittagszeit des 25. Juli (um 6 Uhr abends lief die von Wien zur Beantwortung des Ultimatums gestellte Frist ab) ein Umschwung ein: die Regierung ändert ihre Haltung, die gedrückte Stimmung macht einer großen Begeisterung Platz und durch die Straßen Belgrads hallt das Losungswort: Krieg mit Österreich!

Was war geschehen? Die klarste Antwort finden wir in der nachstehenden Meldung der in Sofia erscheinenden Zeitung „Utro" vom 14./27. Juli 1914, Nr. 1246:

Rußland wird Serbien unterstützen.

Belgrad, 12. (25.) Juli. Die Entscheidung der Regierung, die Forderungen des österreichischen Ultimatums zu verwerfen, erklären die Regierungskreise mit einem Telegramm von Sasonov, das Pašić durch die Vermittlung der hiesigen russischen Gesandtschaft übergeben wurde und in welchem Rußland erklärt, es werde bis zum Äußersten in seiner Hilfe für Serbien gehen, und bei der ersten feindlichen Handlung Österreichs werde Rußland die allgemeine Mobilmachung seiner Armeen erklären und selbst in den Krieg mit der Doppelmonarchie eintreten.

Aus anderen Quellen geht hervor, daß es sich um zwei Telegramme aus Petersburg gehandelt hat. Interessant ist ferner, daß gerade diese Depeschen im Herbst 1915 von bulgarischen Truppen in Nisch erbeutet worden sind. Die Beuteakten mußten nach dem Kriege an Serbien ausgeliefert werden und die Originale jener Depeschen sind zurzeit noch nicht auffindbar. Aber die zahlreichen von den verschiedensten Seiten stammenden gleichlautenden Meldungen über den Inhalt der Telegramme lassen an ihrem Vor-

handensein keinen Zweifel. Über ihren Inhalt schreibt Wegerer (S. 52/53):

„Aus den vorstehenden Mitteilungen dürfte demnach der Schluß gezogen werden, daß am 25. mittags zwei Telegramme aus Petersburg in Belgrad beziehungsweise beim König Peter eingelaufen sind. Das erste Telegramm enthielt die kurze Mitteilung, sich bereit zu halten oder zu mobilisieren, die zweite Mitteilung brachte die Versicherung der russischen Hilfe und enthielt nähere Anweisungen über das Verhalten gegenüber den österreichischen Forderungen. Auch kann kein Zweifel darüber bestehen, daß diese Mitteilungen aus Rußland die Ursache gewesen sind, daß die serbische Regierung daraufhin den Entschluß aufgegeben hat, alle Forderungen des Ultimatums anzunehmen, und gewisse Vorbehalte machte, insbesondere die Forderung 6 der Teilnahme von Delegierten an der Untersuchung in Belgrad ablehnte.

Wir stehen demnach auf Grund des hier zusammengestellten Materials vor der Tatsache, daß die serbische Regierung am Vormittag des 25. Juli bereit gewesen wäre, die Forderungen des Ultimatums anzunehmen, wenn nicht durch ein Eingreifen Rußlands in letzter Stunde Serbien veranlaßt worden wäre, wesentliche Forderungen der Note abzulehnen."

In den weiteren Kapiteln gibt der Verfasser eine synchronistische Schilderung der Vorgänge in Petersburg, Paris und London während jener drei Julitage, um zu zeigen, wie weit sich der russische Außenminister Sasonov gesichert hatte, bevor die beiden Depeschen nach Belgrad abgingen. Denn darüber wird sich Sasonov klar gewesen sein, daß Telegramme solchen Inhalts von Belgrad nicht anders als als Kriegsbefehl aufgefaßt werden konnten und zudem als ein Befehl, der nicht nur einen lokalen Krieg Österreich-Serbien, sondern bei dem bestehenden System der Bündnisverpflichtung der Mächte den Europäischen Krieg auslösen mußte.

So liegt die Bedeutung der Wegererschen Arbeit in dem dokumentarischen Nachweis, daß es die russische Regierung von 1914 war, die den von Paris gebilligten Befehl zum Kriege erteilt hat.

Das Menschengesicht und die Ewigkeit

Jede Geschichtsforschung wird nicht umhin können, die wachsende Masse des geschichtlichen Stoffes zu ordnen und zu gliedern, größere oder kleinere Abschnitte und Epochen als einheitliche abgesondert zu betrachten, obgleich die Berechtigung, solche Scheidungen und Abgrenzungen vorzunehmen, schon lange als fragwürdig erscheint. Denn man wird niemals verkennen dürfen, daß die Einheitlichkeit einer Epoche immer nur eine relative ist, daß neben dem breiten Strome gleichartiger Lebensäußerungen die differenten, sehr anders gearteten Geister eigene Wege gehen. Die lebendige historische Wirklichkeit zeigt soviel Kontraste und Wandlungen miteinander ringender Kräfte, daß die „Unifizierungen" schließlich schlechthin als Fiktion erscheinen. Burdach spricht daher vom Renaissancemenschen als geschichtsphilosophischem Schlagwort „hoch beliebt bei den Feuilletonisten", und neuerdings befaßt sich G. Weise mit dem „Schlagwort vom gotischen Menschen". Einzig das „finstere Mittelalter" scheint unter den verstaubten Requisiten einer Tagespresse nicht verschwinden zu wollen.

Wenn aber die bunte Mannigfaltigkeit geschichtlichen Lebens überhaupt erst übersichtlich gemacht und erfaßt werden soll, wird man ohne jede Periodisierung nicht auskommen können. Und dann wird wohl auch der Versuch gemacht werden müssen, den einigenden geistigen Inhalt einer Epoche zu finden, ohne die Bedeutung der differenten Erscheinungen zu übersehen.

Jeder Versuch, die Gegenwart als geistige Einheit zu betrachten, erscheint von vornherein als aussichtslos. Das entscheidende Kennzeichen der Zeit wäre vielmehr eine geistige Zerrissenheit, die Inkommensurabilität der Geister als Folge des „quantitativen Individualismus", das Auseinandergehen jedes sachlichen Strebens.

Wir meinen in einer Epoche zu leben, die an sich jedes Sinnes entbehrt, die, gottlos und anarchisch, erst ihren Sinn durch eine spätere erhalten kann Es mag sein, daß eine Zeit erst vollkommen sinnlos und gottlos werden mußte, theologisch gesprochen — so sehr in der Verdammnis sein mußte, damit ein Werk wie das von Max Picard (in zweiter Auflage 1931 im Delphin-Verlag in München erschienen) geschrieben werden konnte: „Das Menschengesicht". Und Egon Fridell hat Recht, wenn er in den einleitenden Worten, die den Abbildungen von 68 Totenmasken („Das letzte Gesicht", Orell Füßli Verlag o. J.) voranstehen, sagt, daß jeder Skeptizismus in eine neue Mystik überzuleiten habe. Das sei seine göttliche Mission, sein einziger Sinn. Es ist die Polarität, die jedes Leben beherrscht.

In Picard tritt uns eine Persönlichkeit von tiefster, fast möchte man sagen, mittelalterlicher Religiosität, von fanatischer Frömmigkeit entgegen. Und dieser Mystiker schreibt mit eindringlichem Pathos eine Physiognomik, die sich zum Weltspiegel, zum Weltgericht erweitert und mit unserer Epoche abrechnet.

Der Titel erscheint vielleicht irreführend. Denn „Gesicht" bezeichnet wohl eigentlich das Materiell-Strukturelle (z. B. „Puppengesicht", „gutes Gesicht"), die aus dem Sprachgebrauch scheinbar verschwindenden Worte: Angesicht, Antlitz — das Seelisch-Geistige (z. B. „Gott von Angesicht zu Angesicht schauen", „er verhüllte sein Antlitz"). Für Picard ist das Materielle nicht mehr als Gleichnis,

Symbol; die Realität liegt wo anders. Die göttlich-geistige Welt formt die Materie.

Wir sind es nicht mehr gewohnt, eine Erscheinung in ihrer Totalität zu betrachten. Dazu sind wir zu „zerteilt". „In den Epochen, wo der Mensch zerteilt und zerstreut bleiben will — in den letzten Jahrzehnten des 19. und in den ersten des 20. Jahrhunderts — scheut sich der Mensch, das Menschengesicht zu beachten. Man will nicht an das ganze Wesen erinnert werden."

Picard, der nur den religiösen Blickpunkt gelten läßt, zwingt uns zu einer das ganze Objekt umfassenden Betrachtungsweise, er dringt mit seinem Blick hindurch in die Regionen der Ewigkeit.

Das Menschengesicht übt nicht nur auf Gefühl, Verstand und Wille des Betrachtenden eine Wirkung aus; betroffen werden kann von ihm auch jener Tiefen-Sinn des Anschauenden, den Picard einfach das „Ahnungshafte" nennt. Das Ewige im Gesicht offenbart sich nur diesem. Es läßt sich wohl intuitiv schauen, bleibt aber jeder noch so scharfsinnigen Analyse verschlossen. Es ist wie Gott unerforschlich. Denn das Menschengesicht ist das Ebenbild Gottes, „ein Reflex der göttlichen Seinshaftigkeit", „ein Relief aus dem Hintergrund des Ewigen, eine Silhouette, aus der Ewigkeit ausgeschnitten". Daher ergeben die Teile, die das Gesicht zusammensetzen, miteinander noch kein Gesicht. Das Gesicht ist mehr als die Summe seiner Teile. Es ist als Ganzes da. Daher „ist es auch nicht möglich, einen Ausdruck der Seele an einem bestimmten Teil des Gesichtes zu fixieren . . . Wenn die Seele zum Beispiel lächelt, so lächelt das Ganze der Seele. Das Lächeln der Seele war das Primäre, und für dieses Lächeln wurden die Muskeln des Gesichtes erst geschaffen, damit es sich an ihnen darstelle. Immer muß das Körperhafte des Gesichtes warten, bis die Seele es für sich braucht". Immer erscheint daher im Gesicht ein Überraschendes, ein Unerwartetes, das, ohne die Harmonie zu stören, noch nie dagewesen war und jeder Gesetzmäßigkeit spottet. Lavater hat noch gemeint, daß ein „höherer und engelgleicher" Verstand imstande sein könnte, aus einem Gelenk oder Muskel „den allseitigen Kontur des ganzen Menschen zu bestimmen . . . den ganzen Charakter des Menschen: zu kalkulieren". Picard kann das nur ablehnen. Seinen Sinn empfängt ein Teil nicht von seiner Form, sondern vom Ganzen.

Das Diesseitig-Materielle ist für Picard nur die Darstellung einer anderen, jenseitigen, hinter der Welt der Erscheinungen liegenden und rational nicht erfaßbaren Wesenheit. Das Menschengesicht erhält also seine Realität erst durch das Göttliche, dessen Denkmal es ist. Hinter dem sinnlich wahrnehmbaren Gesicht steht das Ur-Gesicht, das Gesicht an sich, das εἶδος des Gesichtes — der unvergängliche Gedanke Gottes. „Es ist, als wäre in der Tiefe der Fülle ein großes Gesicht, das allen gemeinsam gehört. Von diesem gemeinsamen Gesicht kommen die einzelnen Gesichter her, und zu ihm gehen sie wieder zurück." Platonisches Gedankengut, das durch das Medium des Christentums hindurchgegangen ist!

Es ist klar, daß es sich für Picard nicht um charakterologische Spekulationen mit womögtich praktischer Zielsetzung handeln kann. Seine Aufgabe ist, den Mikrokosmos des Menschengesichtes in seiner tiefsten Wesenheit zu erfassen und zu deuten.

Er unterscheidet Profilgesicht und Frontalgesicht. Im Frontalen ist das Gesicht statisch, passiv; im Profil dynamisch, aktiv. „Im Frontalgesicht ist die Welt des Menschen noch ohne Auftrag . . . im Profilgesicht bricht sie aus dem bloßen Dasein auf, sie bewegt sich."

Daher ist das Kindergesicht eigentlich ohne Profil — im Gesicht des toten Menschen ist das Profil am weitesten nach vorne gerückt. Die Betrachtung des „beinahe göttlichen" Gesichtes Cäsars ergibt eine vollkommene Übereinstimmung zwischen Frontal und Profil. Der Blick beider Augen ist auch im Profil enthalten. Diese Harmonie zwischen Sein und Tun läßt das Gesicht Cäsars so mächtig erscheinen. „Dieses Gesicht ist so mächtig, daß es einen hinstellt, wohin es will. Es ordnet einen in seine Welt hinein." Ähnlich spricht Picard über die Profile der römischen Männer der Republik, die wie „abgesteckte Linien sind, von denen der Vorstoß in die Welt beginnt". „Diese Gesichter haben nicht nur die Macht, die Erde in ihr Imperium zu zwingen, sie sind das römische Imperium selber."

Die Übereinstimmung zwischen Profil und Frontal, zwischen Statik und Dynamik, kann, ebenso wie ihre Diskrepanz, ein Merkmal ganzer Epochen sein.

So sieht Picard im Gesicht des heutigen Menschen das Profilartige besonders stark ausgeprägt, während das Frontalgesicht garnicht vorhanden erscheint. Das Gesicht ist „labil, sich wegwendend, es entzieht sich, es ist auf der Flucht". Picard nennt es das Kinogesicht, da an ihm alles nur Spannung, nur Bewegung ist. „Das Kino konnte überhaupt nur darum erfunden werden, weil es das Gesicht von heute gab. Vor der Monumentalität eines Menschengesichtes, wie es früher war, hätten sich die Bewegungen auf der Kinoleinwand niemals getraut, sich in ein Bild, das einem Gesicht gleicht, zusammenzufassen."

Jede Zeit hat mithin ihr Gesicht. Die Betrachtung Picards erweitert sich, sie geht vom Individuellen zum Generellen und erfaßt, sich weiter tastend und vergleichend, das Wesen ganzer Epochen.

Was dem Gesicht des mittelalterlichen Menschen Monumentalität verlieh, war die Verbindung mit dem Ewigen, Göttlichen. „Manchmal steht ein Heiliger da wie ein Turm." Im Gesicht des Heiligen geht das Profil voraus: dem Göttlichen entgegen. So macht Picard die Beobachtung, daß die Gesichter der zwölf Apostel in der Kirche San Zeno in Verona im Profil einander gleichen — denn sie gehen in gleicher Richtung —, erst im Frontalen sieht man, „es sind zwölf Apostel, zwölf verschiedene". Das Göttliche distanzierte und verband zugleich die Menschen. Weil das Göttliche vertrieben wurde, entstand die Einsamkeit des modernen Menschen und das Fehlen der Distanz zwischen den einzelnen. Der Mensch wurde indiskret; das Gesicht wurde indiskret und ohne Geheimnis. Es wurde ohne Humor — der ein Lächeln des Göttlichen ist —, ohne Schmerz und ohne Größe. Das Menschengesicht heute ist immer nahe, denn es braucht sich aus keiner Ferne zusammenzunehmen.

Was dem Gesicht des mittelalterlichen Menschen Wert verleiht, ist die Gemeinschaft. „Die meisten mittelalterlichen Gesichter sind als einzelne nicht besser als die Gesichter heute." Der Mensch wird auch anfänglich immer in Gemeinschaft, zusammen mit andern, abgebildet. Nur Heilige sind allein. Das Gesicht erhält seinen Wert von der Gemeinschaft. So sehr waren die Gesichter im Zusammenhang, daß „ein einziges Gesicht da sein konnte für alle Gesichter". Im Gesicht des Herzogs von Urbino ist mehr Festigkeit, als es selber für sich braucht. Aber die Gesichter, die weniger fest gefügt sind, müssen von ihm gehalten werden. Es bildet die Stütze für die Gerüste der anderen Gesichter, die so viel Festigkeit nicht brauchen.

Das ist nichts anderes, als das „Prinzip der stellvertretenden Aufgaben-

verteilung" (Schmalenbach); und es ist ungeheuer reizvoll zu sehen, wie bei Picard auf dem besonderen Gebiet der Physiognomik das Wesen des Mittelalters erfaßt wird.

Picard meint, daß heute die Menschen keine wesentliche Gemeinschaft mehr bilden können und jeder isoliert lebe, „bis das Individuum ganz und gar zu einer Lufterscheinung geworden ist".

Damit sind auch die formenden, typenbildenden Kräfte andere geworden. Sie gehen nicht vom Absolut-Religiösen aus und erfassen eine Gemeinschaft, sondern von einem Zufällig-Menschlichen und erfassen eine bestimmte psychologische und soziologische Gruppe. Picard führt z. B. die typenbildende Kraft des wilhelminischen Gesichts an, ohne die Gesellschafts- oder Berufsgruppe, die von ihr erfaßt wurde, näher zu nennen. Deprimierend dabei ist: die Darstellung einer zufälligen psychologischen Haltung. Picard sagt wohl mit Recht, es sei vielleicht doch wie eine Erinnerung: „daß der Mensch einmal aus dem Typischen, Generellen mehr gewann, als aus dem Persönlichen".

So lebt der Mensch heute isoliert und augenblickhaft im Raume (die Technik soll auch den Raum überwinden); und aus seinem Gesicht ist die Zeit genommen, seitdem er nur bestrebt ist, „sich an den Augenblick der Zeit zu halten", nicht „ein Augenblick der Ewigkeit zu sein". Und Picard sagt die erschütternden Worte: „Hoffnungslos sind die Gesichter, denn nur wo Zeit ist, da ist Hoffnung. Einsam sind die Gesichter, denn wo keine Zeit ist, da ist nicht einmal mehr Erinnerung. Die Gesichter sind ohne Geheimnis. Dieses ganze Dasein ist ohne Schicksal, denn nur wo Zeit ist, ist Schicksal . . . Aber zugleich ist das Gesicht anmaßend, da es in der Zeit nicht gestraft werden kann; daneben wieder abergläubisch und ängstlich, weil nichts mehr in der Zeit, aber doch jeden Augenblick alles geschehen kann".

Wie groß mutet uns dann das Bekenntnis an: „Ich liebe das zerstoßene Gesicht Europas, in dem die Zerstörung nicht weggetäuscht ist".

Wer diese Liebe hat, hat auch den Glauben. Picard sieht die Wurzel alles Übels in der Isoliertheit des Individuums. Er weiß aber auch, daß die Wiederaufrichtung der Gemeinschaft von einem einzelnen, das heißt also rational, nicht möglich ist. „Aber die Gemeinschaft mit Gott kann auch der einzelne wiederherstellen" — durch die Gnade. Nur auf dem Boden der Religion ist eine Gemeinschaft möglich. „Die jüdische Sage erzählt, daß die Welt auf 36 Gerechten ruhe. 36 Gerechte gibt es, die niemand kennt, die einander nicht kennen und die selber nicht wissen, daß sie die Gerechten sind. Sie sind da, das ist genug . . . So, glauben wir, ruhen auch alle Gesichter der Menschen auf 36 gerechten Gesichtern . . . die niemand sieht, die einander nicht sehen, die sich selber nicht sehen, — Gott aber sieht sie." Damit schließt Picard.

Diese kurze Darstellung des Picardschen Werkes kann natürlich nicht mehr als eine Ahnung der eigenwilligen und eigenartigen, von tiefster Religiosität getragenen Gedankengänge Picards geben. Ebenso unvollständig können die aus dem Zusammenhang gerissenen Zitate den Zauber und die suggestive Kraft der Sprache vermitteln. Wer aber der Überzeugung lebt, daß wir in einer Zeit des Übergangs, der Erneuerung leben, wer den Zusammenhang mit der Gottheit noch nicht verloren oder aber wieder gefunden hat, wem alles Vergängliche nur ein Gleichnis ist, der möge zum Werke Picards greifen, das aus einer Zeit, die noch nicht ist, in ein Zeitalter, das abgelaufen ist, hineinzuragen scheint.

Karl Freymuth

Politische Übersichten

Litauen

Im Frühjahr 1932 läuft die Amtsdauer des derzeitigen Staatspräsidenten Antanas Smetona ab. Die Wahl des neuen Präsidenten wird nicht mehr auf Grundlage der alten Verfassung erfolgen, die eine Amtsperiode von drei Jahren sowie Wahl durch die Volksvertretung, den Seim, vorsah und dem Staatsoberhaupt lediglich die Rolle eines „Zeremonienmeisters der Republik" zuwies, sondern nach den Grundsätzen der ohne Mitwirkung des 1927 aufgelösten Seim vom Staatspräsidenten und dem Ministerkabinett erlassenen Konstitution, welche die Stellung des Präsidenten der Republik auf Kosten der Volksvertretung erheblich erweitert hat.

Nach der oktroyierten Verfassung wird der Staatspräsident durch „besondere Volksvertreter" auf sieben Jahre gewählt; Wiederwahl ist zulässig. Wer die „besonderen Volksvertreter" sein sollen, darüber schweigt sich die Verfassung völlig aus; ursprünglich war jedenfalls an den noch zu wählenden neuen litauischen Seim gedacht. Das Ergebnis der im Frühsommer d. J. durchgeführten Kommunalwahlen hat jedoch den Beweis erbracht, daß die gegenwärtigen Machthaber auf eine Majorität in dem übrigens stark verkleinerten neuen Parlament nicht zu rechnen haben werden. Da andrerseits weder Smetona noch der Ministerpräsident Tubelis, noch der Landwirtschaftsminister Aleksa (die „Tautininkaifraktion" im letzten Seim) auf ihren gegenwärtigen Einfluß auf die Geschicke Litauens zu verzichten gewillt sind, gilt es, einen Weg zu finden, die derzeitige Position der Partei zu sichern. Erstes Erfordernis hierzu ist die Wiederwahl eines Parteimitgliedes zum Staatspräsidenten, in dessen Händen die Ernennung der durch die neue Verfassung vom Parlament in erheblichem Maße unabhängig gewordenen Minister liegt.

Wegen seiner großen persönlichen Beliebtheit in weitesten Kreisen Litauens ist Smetona der einzig mögliche Präsidentschaftskandidat der Tautininkai; aber ob ihn der Seim akzeptieren würde, ist sehr fraglich. Daher verfiel man auf den Ausweg, die oben zitierte Verfassungsbestimmung dahin auszulegen, daß auch eine andere Körperschaft als das Parlament Wahlkörperschaft sein könne.

Zunächst dachte man an einen großen Massenkongreß der Mitglieder und Anhänger der Tautininkaipartei, der im Juli d. J. zusammentreten, die Verfassung bestätigen und Smetona zum Staatspräsidenten für weitere sieben Jahre, wenn nicht gar für Lebenszeit wählen sollte. Trotz aller Vorbereitungen kam dieser Kongreß nicht zustande, vielmehr, man blies ihn im letzten Augenblicke ab, da man — nicht mit Unrecht — befürchtete, daß die Oppositionsparteien (die Christlichen Demokraten und die Volkssozialisten) die Konzentration der Anhänger der Regierungspartei in Kowno dazu benutzen würden, in der Provinz Putsche zu inszenieren und auf diese Weise die Macht im Staate wieder in ihre Hände zu bringen. Der Gedanke, die Präsidentenwahl durch die Gesamtheit der Mitglieder der Tautininkaipartei vollziehen zu lassen, mußte aufgegeben werden.

Andrerseits wollte man Arbeit und Geld für die Vorbereitung des Massenkongresses nicht umsonst aufgewendet haben und entschloß sich dazu, größere

lokale Parteikongresse zu veranstalten, auf denen u. a. Sympathien für Smetona und seine Partei geworben werden sollten. Bisher haben vier solcher Kongresse stattgefunden, der erste am 16. August in Rosseiny, der letzte am 5. September in Utenen. Der Verlauf dieser Veranstaltungen ist im Grunde immer der gleiche; es erscheinen der Staatspräsident, eine Reihe von Ministern, mehrere litauische Diplomaten als „Mentoren" einer Anzahl nur besonders eingeladener ausländischer Gäste — in Rosseiny waren es z. B. die beiden Völkerbundsbeamten Raddolo und Nicco —, Pressevertreter, die Tautininkaiorganisationen und die Mitglieder der Schauliu Sajunga (Schützenvereinigung mit Milizcharakter) marschieren auf, Festgottesdienst, eine programmatische oder „aufklärende" Rede des Präsidenten, sportliche Veranstaltungen, Festspiele, Festessen. Die Zahl der Teilnehmer an diesen Kongressen war dank den intensiven Vorarbeiten bisher stets eine beträchtliche (in Rosseiny waren etwa 12,000, in Olita rund 15,000, in Utenen gar 25,000 Personen anwesend); überall wurden Smetona, der sich äußerlich als „Mann des Volkes" gab, stürmische Ovationen dargebracht.

Man kann sagen, daß diese Kongresse den Boden für den nächsten Schritt der Partei auf dem Wege zur Sicherung der Fortdauer ihres Einflusses: die Wahl der Elektoren für die Präsidentenwahl, hinreichend vorbereitet haben. Man hat sich in Regierungskreisen inzwischen für das amerikanische System der indirekten Wahl des Staatsoberhauptes entschieden; unschlüssig ist man nur, welcher Modus am ehesten zum Ziele führt; zur Diskussion stehen nunmehr zwei: 1) die Vertreter der städtischen und Gemeindeselbstverwaltungen, d. h. die von der Regierung kontrollierten Bürgermeister und Gemeindevorsteher, sollen Elektoren sein; 2) Litauen wird in 15 Wahlkreise eingeteilt; in jedem dieser Kreise wählen die Berufsvertretungen, d. h. die Landwirtschaftsverbände oder Kammern, die Kaufmannschaften usw., Delegierte, die ihrerseits die Wahlmänner wählen. Der zweite Modus hat vor dem ersten den Vorzug des stärkeren demokratischen Anstrichs, wobei auch er durch den doppelten Instanzenzug die Gewähr für das Zustandekommen des gewünschten Ergebnisses bietet. Ein halbes Jahr nach den Präsidentschaftswahlen soll dann endlich auch die Wahl des neuen Seim erfolgen.

*

Die litauischen Kommunalwahlen von 1931 fanden im In- und Auslande besondere Beachtung, da sie die ersten Wahlen unter dem diktatorischen Regime von 1926 waren und als erster Schritt zur Legalisierung des neuen Systems sowie als Versuchsballon für die Seimwahlen (Ausprobieren des „geeigneten" Wahlverfahrens) aufgefaßt wurden. Um schlimmen Eventualitäten vorzubeugen, hatte das neue Selbstverwaltungsgesetz die Teilnahme an den Wahlen stark eingeschränkt (nur über 24 Jahre alte Steuerzahler waren wahlberechtigt) und in der „provisorischen" Hauptstadt außerdem der Regierung das Recht der Ergänzung der gewählten Körperschaft durch von der Regierung zu bestimmende Personen (1/2 der Zahl der gewählten Stadtverordneten) vorbehalten; außerdem bedurften die Gemeindevorsteher und Bürgermeister der Bestätigung durch den Kreischef bezw. das Innenministerium. Die Christlich-Demokraten und die Volkssozialisten proklamierten mit der Begründung, das Gesetz sei den nationalen Minderheiten und den Juden günstiger als den Litauern, den Boykott der Wahl. Die Minderheiten erklärten zwar ebenfalls, das Gesetz entspräche nicht den demo-

kratischen Prinzipien, stellten die Teilnahme an der Wahl jedoch in das Belieben ihrer Parteimitglieder; dies trug ihnen vonseiten der übrigen Oppositionsparteien den Vorwurf ein, sie hätten sich von den Idealen der Demokratie losgesagt, während der „Lietuvos Aidas", das offiziöse Organ, die Erwartung aussprach, die Minderheiten würden die Aufgaben der Selbstverwaltung verstehen und an ihrer Lösung gemeinsam mit den Litauern (d. h. den Tautininkai) gewissenhaft arbeiten. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 90% der Berechtigten; in verschiedenen Orten beteiligten sich auch Anhänger der Opposition an der Wahl, insbesondere war in der begüterten Schicht von einer Kampfstimmung gegen die Regierung wenig zu merken, während andrerseits streng demokratische Minderheitengruppen die Wahl boykottierten. Das Ergebnis der Wahlen war eine jüdische Majorität in 10 von 28 Provinzstädten und eine Minderheitenmajorität in weiteren drei Städten. Der Erfolg der Juden ist beileibe nicht mit einem Erfolg der Minderheiten gleichzusetzen, da die Juden in erster Linie auf die Wahrnehmung ihrer materiellen Interessen eingestellt sind und daher – wie es sich inzwischen schon verschiedentlich gezeigt hat — gegebenenfalls mit den Litauern paktieren.

Die deutsche Minderheit hat nur in den nahe der deutschen Grenze gelegenen Städten einige Sitze erringen können, so in Kibarty 4 von 12, in Wirballen 2 von 9, in Neustadt 1 von 9, außerdem in Tauroggen 1 von 12. Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt setzt sich aus 11 Litauern, 7 Juden, 2 Russen und 1 Deutschen zusammen; zu diesen gewählten Mitgliedern kamen 11 von der Regierung ernannte Litauer und 1 Russe hinzu.

Inzwischen sind auch die Bürgermeister und Gemeindevorsteher gewählt und, soweit sie der Regierung genehm waren, auch bestätigt worden — um die Wahl des Kownoer Bürgermeisters entspann sich noch ein heftiger juristischer Disput, da die Opposition der Ansicht war, er müsse von der absoluten Mehrheit der gesamten Stadtverordneten gewählt sein, während er nur von der Mehrheit der zur Wahl erschienenen Stadtväter gewählt war; als ehemaliger Beamter des Kultusministeriums (Vokietaitis war bis dahin Ministerialrat gewesen) erhielt er schließlich die Bestätigung der Regierung —; damit ist der Tautininkaipartei wieder eine wichtige Position gesichert.

*

Der Machtsicherung diente auch im wesentlichen der nach einjähriger Vorbereitung vor dem Kownoer Kriegsgericht durchgeführte Hochverratsprozeß gegen den ehemaligen Tautininkai-Ministerpräsidenten Augustinas Woldemaras und 22 Mitangeklagte. Man hatte ihnen zur Last gelegt, eine geheime Organisation (innerhalb des „Eisernen Wolfes") gebildet zu haben mit dem Ziele, die gegenwärtige Regierung im Juli 1930 zu stürzen. Zur Vorbereitung der litauischen Öffentlichkeit auf den Umsturz soll diese Organisation andauernd beunruhigende Nachrichten über die politische Lage in Litauen im In- und Auslande in Umlauf gebracht, sowie durch Aufrufe und Schmähschriften, in denen von Bestechungsaffären sowie von propolnischer bezw. prodeutscher Einstellung der regierenden Staatsmänner die Rede war, die Regierung zu diskreditieren versucht haben. Ferner wird sie beschuldigt, die Ermordung des damaligen litauischen Polizei-

chefs, des Obersten Rusteika (jetzt Minister des Innern), der über Woldemaras' Pläne orientiert war und seine Rückkehr ins politische Leben zu verhindern beabsichtigt haben soll, sowie des Chefredakteurs des „Lietuvos Aidas", Gustainis, und anderer führender Mitglieder der Tautininkaipartei geplant, vorbereitet und teilweise durchgeführt zu haben. Der Prozeß wickelte sich vom 17. bis zum 30. August unter Ausschluß der Öffentlichkeit ab, die indessen durch behördlich konzessionierte oder wenigstens geduldete Plaudertaschen über den Verlauf informiert wurde. Ein gewaltiger Apparat von Verteidigern, Zeugen, Graphologen, Waffen- und sonstigen Sachverständigen war aufgeboten. In seinem ziemlich milden Plaidoyer beantragte der Anklagevertreter General Wiemer zwar die Verurteilung von Woldemaras, nach der Diskreditierung des Angeklagten Vaitkevičius, der Woldemaras aufs schwerste belastet hatte, durch den als Zeugen vernommenen Obersten Rusteika war jedoch mit einer Verurteilung nicht mehr zu rechnen. In der Nacht vom 30. zum 31. August wurde dann auch der Freispruch Woldemaras', seiner beider Adjutanten und 6 weiterer Angeklagter verkündet, während Vaitkevičius, der das Attentat auf Rusteika angestiftet hatte, zu 15 Jahren und Pupalaikis, der den Anschlag ausführte, zu 12 Jahren Zuchthaus und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt wurden; die anderen Angeklagten erhielten wegen Verbreitung von Schmähschriften je 1 Jahr Gefängnis.

Wenn Woldemaras darauf gerechnet hatte, nach dem Freispruch wieder in völlige Freiheit gesetzt zu werden und seine politische Tätigkeit wieder aufnehmen zu können, so hatte er sich getäuscht. Der Kommandant von Kowno ließ ihm sofort eröffnen, daß seine Verbannung aufrechterhalten bliebe, wogegen sich Woldemaras mit aller Entschiedenheit, jedoch vergebens verwahrte. Er konnte nur erreichen, daß man ihm die Übersiedelung von Platelien nach Ezerenen gestattete, wo ein Verwandter von ihm lebt. Dieses Verhalten der Regierung Woldemaras gegenüber wird damit gerechtfertigt, daß gegen ihn inzwischen ein weiteres Verfahren eingeleitet sei wegen Veruntreuung von 65,000 schwedischen Kronen, die er vor Jahren zur Bestreitung der Kosten einer Mission nach Schweden angefordert und über deren Verwendung er bisher keine Rechenschaft abgelegt haben soll. Der wahre, d. h. entscheidende Beweggrund für die Aufrechterhaltung der Verbannung dürfte aber die Art der politischen Betätigung von Woldemaras in der letzten Zeit vor dem Prozeß sein; der Mann, der den „Kulturkampf" mit der katholischen Kirche in Szene gesetzt und das Parlament in ewige Ferien geschickt hat, schreibt auf einmal für den „Rytas", das Blatt der klerikalen Opposition, einen Aufsatz nach dem andern, in denen er das zwischen Litauen und dem Vatikan abgeschlossene Konkordat in einem den Christlichen Demokraten günstigen Sinne interpretiert, und Aufsätze, in welchen er für die Demokratie eintritt. Man erinnerte sich in Regierungskreisen plötzlich daran, daß Woldemaras seinerzeit (1926) die Volkssozialisten, mit denen er ein Wahlbündnis abgeschlossen hatte, verriet, indem er ihre Regierung (das Ministerium Shlesevičius) stürzte und, um selber ans Ruder zu gelangen, mit den verhaßten Christlichen Demokraten paktierte, die er wiederum bald darauf aus der Regierungskoalition hinauswarf. In dem soeben durchgeführten Prozeß konnte zwar nicht der Nachweis erbracht werden, daß Woldemaras mit seinen ehemaligen Parteifreunden etwas ähnliches beabsichtigte, wohl aber, daß seine An-

hänger derartiges im Schilde führten. Das aber genügt, Woldemaras' Anwesenheit in Kowno den Regierungskreisen höchst unerwünscht erscheinen zu lassen. Vielleicht bietet sich in dem zweiten Prozeß Gelegenheit, ihn „endgültig" kaltzustellen. Dieses Verfahren wird jedoch voraussichtlich nicht vor dem Kriegsgericht durchgeführt werden, sondern vor dem Obersten Tribunal, ebenso wie die Sensationsprozesse gegen den ehemaligen christlich-demokratischen Finanzminister, Minister- und Seimpräsidenten V. Petrulis wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung von 200,000 Litas, gegen den ehemaligen christlich-demokratischen Staatspräsidenten Stulginskis wegen Duldens unrechtmäßiger Aneignung von Freundschaftswechseln litauischer Landwirte durch den Bauernbund, zu dessen Führern Stulginskis gehört, oder gegen eine Reihe von katholischen Pfarrern, die der antistaatlichen Betätigung beschuldigt werden. Alle diese Prozesse beanspruchen deswegen besonderes Interesse, weil sie gegen politische Gegner der herrschenden Regierung gerichtet sind und im Falle der Verurteilung der Angeklagten sehr wesentlich zur Diskreditierung der Oppositionsparteien beitragen können.

*

Darüber hinaus wird der Pfarrerprozeß eine erhebliche außenpolitische Bedeutung gewinnen wegen seines Einflusses auf die Gestaltung der weiteren Beziehungen zwischen Staat und Kirche bezw. Litauen und dem Vatikan. Mit der Ausweisung des päpstlichen Nuntius Bartoloni schien die Auseinandersetzung ihren Höhepunkt erreicht zu haben, ein Bruch zwischen Kowno und Rom schien unvermeidlich. Der Vatikan lenkte indessen ein, brach die diplomatischen Beziehungen zu Litauen nicht ab und ernannte den Unternuntius Faidutti, der sich bei der litauischen Regierung und in den ihr nahestehenden Kreisen großer Beliebtheit erfreut — nicht sehr großer dagegen bei der Mehrzahl der christlich-demokratischen Geistlichkeit — zum Geschäftsträger. Die Regierung scheint indessen entschlossen, den Kampf auf die Spitze zu treiben, d. h. unter Umständen eine Trennung von Staat und katholischer Kirche in Kauf zu nehmen. Unter dem Deckmantel einer Reform wurden durch Beschluß des Ministerkabinetts 5 Lehrkatheder der theologisch-philosophischen Fakultät der Vytautas-Universität abgeschafft und 17 Professoren der Dienst gekündigt. Die Zentrale für katholische Arbeit in Litauen antwortete darauf mit dem Beschluß, gestützt auf Artikel 25 des Konkordats, eine katholische Universität in Kowno zu gründen, deren Leitung der Vorsitzende der litauischen Akademie der katholischen Wissenschaften Professor Pakstas übernehmen soll.

Die Durchführung dieses Vorhabens hängt jedoch auch von dem guten Willen der Regierung ab, da eine ganze Reihe von Funktionen der Geistlichen staatlicher Sanktion bedarf, die der Regierung von vornherein nicht genehmen Personen kaum erteilt werden dürfte; daß sich die Regierung ohne weiteres zur Anerkennung der Diplome der neuen Universität verstehen wird, muß sehr bezweifelt werden, ebenso gering dürften die Aussichten eines staatlichen Zuschusses zur Erhaltung dieser Universität sein, da sich der Staat im Konkordat nicht verpflichtet hat, derartige Anstalten finanziell zu unterstützen. Auf dem 2. Tautininkaikongreß, der am 19. August in Rossieiny tagte, hat Staatspräsident Smetona zwar betont, daß Staat und Kirche zusammengehen müßten und ein Gegeneinander einen unmöglichen Zustand bedeuten würde, aber das bisherige Verhalten

der litauischen Regierung zeigt, daß der Staat nicht sonderlich gewillt ist, der Kirche entgegenzukommen, sondern offensichtlich von der Kirche ein Entgegenkommen erwartet. Damit dürften die Beziehungen zwischen Litauen und dem Vatikan eine weitere Verschärfung erfahren; es heißt, daß der litauische Geschäftsträger beim Vatikan, Girdvainis, inzwischen aus der Vatikanstadt nach Rom übergesiedelt sei . . .

*

Ebenso ungünstig hat sich in der Berichtsperiode das Verhältnis zu Deutschland gestaltet. Mit der Ausweisung dreier reichsdeutscher Angestellter memelländischer Zeitungsverlage begann es; nachdem man vergebens versucht hatte, die 3 Deutschen — einen Geschäftsführer, einen Maschinensetzer und einen Buchhalter — zum Übertritt in den Dienst der litauischen Reptilienpresse im Memelgebiet zu bewegen, entzog ihnen der Gouverneur die Aufenthaltsbewilligung und wies sie trotz entgegenstehender Zusage des litauischen Gesandten in Berlin — es waren inzwischen Verhandlungen zwischen beiden Staaten über die Verlängerung der Aufenthaltsbewilligungen eingeleitet — aus, ohne die deutsche diplomatische Vertretung in Kowno davon in Kenntnis zu setzen. Es kam zu einer heftigen Pressefehde und zum Austausch einiger Noten. Deutschland bestand auf Rücknahme der Ausweisungen bezw. auf Nachprüfung durch ein gemischtes, d. h. deutsch-litauisches Schiedsgericht; Litauen hat es bisher abgelehnt, auf die deutschen Wünsche und Vorschläge einzugehen.

Eine weitere Verschärfung erfuhr das Verhältnis nach dem Bekanntwerden der litauischen Vorbereitungen zu einem Memelputsch mit dem Ziel, die auf dem Boden der Autonomie stehende memelländische Regierung Böttcher-Sziegaud-Podszus zu stürzen und die Verfassung des Gebietes zu beseitigen. Dies sollte mit Hilfe der vorher schon erwähnten Schützenorganisation geschehen. Anfang August sollten im Memelgebiet, nachdem hier der Boden durch die Tätigkeit des Agitators Keraitis und anderer vorbereitet war, größere Manöver stattfinden, aus denen sich dann alles weitere ergeben hätte. Den äußeren Anlaß zur „Volkserhebung" sollten Umtriebe einer angeblichen memelländischen Hitlerorganisation geben; in einer Julinacht wurden auf dem jüdischen Friedhof in Memel eine Reihe Grabdenkmäler umgestürzt, kurze Zeit darauf die litauische Garnison in Matzicken (bei Heydekrug) durch Zerschneiden der Telephondrähte, Schüsse auf einen Militärposten vor der Emissionsbank in Heydekrug und ähnliche Vorkommnisse „aufs schwerste beunruhigt". Die Reptilienblätter im Memelgebiet schrien nach Vergeltung und ergingen sich in maßlosen Angriffen gegen die autonomen Behörden, mußten dann aber erleben, daß die autonome Polizei ausgerechnet 4 Großlitauer (litauische Bahn- und Bankangestellte) als Denkmalschänder und die Schüsse auf den Posten als Sinnestäuschungen, hervorgerufen durch Zuschlagen eines Fensters infolge eines Luftzuges, entlarvte. Der Putsch wurde abgeblasen, nicht zum wenigsten deshalb, weil die Pläne inzwischen in Deutschland bekannt geworden waren und die deutsche Regierung die Signatarmächte der Memelkonvention (England, Frankreich, Italien und Japan) auf die Lage im Memelgebiet aufmerksam gemacht hatte. Die litauische Presse spie Gift und Galle und drohte mit dem Anschluß Litauens an Polen, eine merkwürdige Drohung, insofern als Litauen und Polen im Augenblick im Begriff sind, vor dem Haager Völkerbundsgerichtshof den Streit um die Wiedereröffnung der

Eisenbahnstrecke Koschedary—Landworowo der alten Libau-Romnyer Bahn auszufechten (Termin im Haag am 15. September; Litauen wird durch Szidszikauskas-Berlin und Professor Mandelstaam-Paris vertreten). Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Polen, soweit man überhaupt davon sprechen kann, haben eine gewisse Entspannung durch eine Reihe von Vereinbarungen erfahren, die sich auf die Erleichterung des Transits polnischer Waren durch Litauen und litauischer Produkte durch den Weichselkorridor beziehen; an den politischen Beziehungen hat sich nichts geändert, wie aus der Erklärung des Präsidenten Smetona auf dem 3. Tautininkaikongreß in Olita hervorgeht, in der die Wiedergewinnung Wilnas als die vornehmste nationale Aufgabe Litauens bezeichnet wird. Allerdings sind die Bestrebungen Frankreichs, Litauen in den Oststaatenblock einzuspannen, neuerdings wieder sehr stark, umsomehr als auf dem Umweg über die Memelfrage — der Völkerbundsrat hat die Memelbeschwerde über die Beibehaltung des Kriegszustandes und der Pressezensur, über die Kompetenzüberschreitungen des Obersten Tribunals usw. der Regelung durch direkte Verhandlnngen zwischen den Signataren der Memelkonvention und Litauen überlassen — die Möglichkeit gegeben ist, Litauen unter Druck zu nehmen. Daß Litauen indessen nicht gesonnen scheint, gerade in der Wilnafrage Konzessionen zu machen, darauf deutet die Verlängerung des litauisch-russischen Nichtangriffspaktes von 1926, in dem das Wilnagebiet als litauisches Territorium anerkannt ist, um weitere 5 Jahre.

*

Über die Lage der deutschen Minderheit in Litauen, die Ende September einen großen Kongreß in Kowno veranstaltet, auf dem auch die Frage der Zusammenarbeit mit den Memelländern erörtert werden soll, wird in dem nächsten Referat ausführlich berichtet werden; erwähnt sei hier nur die Verschärfung des Konfliktes zwischen den deutschen Mitgliedern des Konsistoriums und dem oktroyierten Präsidenten des Konsistoriums Dr. Gaigalaitis (früher Gaigalat und Pfarrer im Memelgebiet, sowie Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses), der den Austritt von Propst Tittelbach und Kantor Blum aus dem Konsistorium zur Folge hatte. Anlaß war die Haltung Gaigalats in dem Wirballer Kirchenstreit gewesen. Der Geistliche der Wirballer Gemeinde, Lokys, war unter nichtigen Vorwänden des Amtes enthoben und durch den litauisch gesinnten Pfarrer Wiemer ersetzt worden; es war bei der Einsetzung von Wiemer„is" zu Zwischenfällen gekommen, welche die deutschen Konsistorialmitglieder veranlaßten, die Abberufung Wiemers zu verlangen. Gaigalat sagte die Entfernung Wiemers und die Durchführung einer unbeeinflußten Pastorenwahl zu, brach seine Zusage jedoch. Inzwischen ist gegen die Mitglieder der deutschen Kirchengemeinde, die sich der Einsetzung Wiemers widersetzt hatten, ein Strafverfahren durchgeführt worden, das mit der Verurteilung von 7 Litauendeutschen zu Geldstrafen von 5—10 Dollar bezw. zu 5—7 Tagen Gefängnis endete, obgleich das zuständige litauische Ministerium versichert hatte, es werde die Staatsanwaltschaft anweisen, von einer Strafverfolgung abzusehen. Die Erbitterung in der deutschen Minderheit Litauens über das Verhalten der Regierung und des Konsistoriums ist groß.

Estland

Wegen Erkrankung unseres ständigen Mitarbeiters erscheint der fällige estländische Bericht im nächsten Heft.

Deutsches Reich

Ruhe nach dem Sturm oder Ruhe vor dem Sturm? Beides wird man über den verflossenen Monat sagen dürfen. Denn auf den Zeitraum vom Juni bis Mitte August, in dem die Wirtschafts-, Währungs- und Finanzkrise sich immer mehr zuspitzte, bis sie in den bekannten Zusammenbrüchen gipfelte, in dem Notverordnung auf Notverordnung folgte und jene folgenschweren Verhandlungen mit dem Ausland über die Tributfrage und das Problem der privaten kurzfristigen Schulden Deutschlands geführt wurden, auf diesen Zeitabschnitt ist eine gewisse Ruhe gefolgt. Vor und hinter den Kulissen gehen die Auseinandersetzungen darüber, was werden soll und werden muß. Und man darf hoffen, daß sich hinter der scheinbaren Ruhe auch die Arbeit der verantwortlichen Stellen abspielt, die die vorbereitenden Maßnahmen für diesen Winter treffen, der neue Stürme bringt.

Im Mittelpunkt der öffentlichen Erörterungen standen naturgemäß die Genfer Verhandlungen und die dort erfolgte äußere Bekundung unserer Niederlage in der Frage der Zollunion zwischen dem Reich und Deutsch-Österreich. Auf diesen Fragenbereich werden wir später zurückkommen, um uns zuerst den weit diffizileren inneren wirtschaftspolitischen Fragen zuzuwenden. Sie sind nicht nur deshalb schwieriger zu skizzieren, weil eine Unzahl von Einzelproblemen sich mit grundsätzlichen Fragen kreuzen, sondern weil alles noch in einem Vorstadium der Erörterungen ist, das sich zum großen Teil nicht einmal in der Presse dokumentiert. Aber wenn dem Auslanddeutschen ein treffendes Bild nicht nur von den äußeren Vorgängen, sondern von der Situation, in der sich auch geistig die Nation befindet, gegeben werden soll, dann darf hierzu nicht geschwiegen werden.

Dem Beobachter der reichsdeutschen Verhältnisse wird es aufgefallen sein, wie sehr sich die Fragen der Wirtschaftspolitik und die Auseinandersetzungen grundsätzlicher Art über die wirtschaftliche Verfassung, in der wir leben und arbeiten, in den Vordergrund geschoben haben. Nun soll man nicht denken, daß es nur die Tagesnöte sind, die diesen Zustand, von dem alle Kreise des deutschen Volkes ergriffen sind, geschaffen haben. Es sind doch tiefer liegende Gründe, die zu der geistigen Krise auf diesem Gebiet geführt haben, die sich allmählich, aber wirklich erst sehr allmählich, auch fruchtbar gestaltet. Wir nennen von diesen tieferen Ursachen hier schlagwortartig nur das Mißverhältnis zwischen ideellem Wollen und der wirtschaftlichen Wirklichkeit, zwischen geistigem Leistungstrieb und Eingliederung in ein immer stärker rationalisiertes und mechanisiertes Wirtschaftsgetriebe. Wir nennen dann die soziale Zersetzung, also die Auflösung alter überlieferter sozialer Wertungen und Formen. Alles ist, was auch betont sein muß, nicht etwa erst im letzten Jahrzehnt herbeigeführt, wohl aber sehr beschleunigt worden. Wenn man sich das vor Augen hält und dann bedenkt, daß die privatwirtschaftliche kapitalistische Ordnung, die geistig schon so sehr angezweifelt wird, auch nicht mehr wie vor dem Kriege den äußeren Erfolg einer Wohlstandssteigerung für sich buchen kann, dann weiß man, warum die Anzweiflung so allgemein geworden ist.

Der Zusammenbruch großer Werke und Banken, durch den es fast zur Katastrophe nicht nur der gesamten Wirtschaft, sondern auch des Reichs gekommen

wäre, verlangt Maßnahmen, die Abhilfe schaffen. Also Reformen. In diesem Punkte ist man sich einig. In mehr aber auch nicht. Denn schon in der Deutung und Erklärung der Ursachen des heutigen Zustandes weichen die Beurteiler sehr weit voneinander ab. Es gehört zum Beispiel zu den umstrittenen Fragen, ob man es nur mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, zu der besondere deutsche Ursachen hinzugetreten sind, zu tun hat, oder ob etwa auch daneben noch eine strukturelle Krise besteht, die also auch bleibt, wenn sich etwa die Weltwirtschaftskrise mildern sollte oder gar ganz wieder verschwinden würde. Es werden dann weiterhin als alleinige Ursachen die Tribute und die sozialistische Wirtschaftspolitik genannt. Die Industrie und die Banken argumentieren ähnlich, wenn sie auch den Hinweis auf die Weltwirtschaftskrise wenigstens nicht unterlassen. Man kann nun nicht sagen, daß etwa die S. P. D. gerade die Gemüter bewegt, wenn sie ihrerseits von den Sünden der Wirtschaftsführer redet. In nationalen Kreisen, die ja das Problem mit am meisten erörtern, greift man eher die Punkte heraus, die zu den erwähnten strukturellen Gründen gehören. Man verweist also etwa darauf, daß sich die Voraussetzung und das Kennzeichen des Kapitalismus im 19. Jahrhundert, die Dynamik, in eine Statik verwandelt habe. Die Antriebe von solchen epochalen technischen Erfindungen, wie etwa der Dampfmaschine, später der Elektrotechnik oder anorganischen Chemie, blieben aus und seien auch kaum zu erwarten. Ausbliebe auch das zweite dynamische Element, die Erschließung neuer Märkte. In diesem Punkte hätte man es sogar mit einer entgegengesetzten Tendenz zu tun, da überall Autarkiebestrebungen zu beobachten seien. Und schließlich fehle das dritte große dynamische Element, die sprunghafte Bevölkerungsvermehrung in den Räumen der weißen Rasse. Die Folgerungen daraus liegen in der Richtung der Bildung autarker Wirtschaftsgebiete, ferner in der Rückbildung von der Industrialisierung zum Lande hin, um auch die aus den vorgenannten Gründen folgende strukturelle Arbeitslosigkeit zu überwinden.

Wir haben hier nur eine Tendenz angedeutet und es wohlweislich unterlassen, Programme wiederzugeben, wie sie auch schon auf dem geduldigen Papier stehen. Es ist ja verständlich, besonders wenn man sich die theoretische und zu Abstraktionen neigende Art des deutschen Menschen vor Augen führt, daß man heute, wo sich, wie gesagt, solche Wandlungen erst andeuten, schon bis in die letzte Konsequenz sie durchdenkt und gerade dadurch wieder einmal zu Fehlern kommt. Wer daran Interesse hat, sollte nicht versäumen, sich das Augustheft der „Tat" anzusehen, in der ein solches Programm mit hundertprozentiger Autarkie und Verstaatlichung der Großindustrie und der Banken, restloser Aufteilung des Großgrundbesitzes neben anderen Forderungen entwickelt wird. Diese Tendenz — noch stärkerer Eingriff des Staates in die Wirtschaft — ist neben den von uns vorher erwähnten Fragen zumindest unter den jüngeren Menschen Deutschlands ganz allgemein. Wobei man bei den Forderungen konkreter Art naturgemäß noch weit auseinanderläuft. Ganz gleich aber, ob die einen die direkte Verstaatlichung fordern, die anderen aber glauben, sich dieser wegen der Gefahren der Bürokratisierung widersetzen zu müssen, und nur eine konsequente staatliche Wirtschaftsführung unbürokratischer Art fordern, die etwa durch die Mittel der Zoll- und Steuerpolitik auf lange Sicht an einer Stärkung der Mittelschichten und des agrarischen Charakters Deutschlands arbeiten soll, — jedenfalls

steht man in genauem Gegensatz zu den Forderungen der Industrie und der Banken. — Die Industrie und die Bankwelt und auf der parteipolitischen Ebene die Deutschnationalen, Volksparteiler und Wirtschaftsparteiler als einzige fordern, daß der Staat die Wirtschaft wieder in Frieden lasse, da seine Eingriffe eine der Hauptursachen der heutigen Krise seien. Wir dürfen dabei nicht verhehlen, daß es uns mindestens als sehr unlogisch vorkommt, wenn man diese staatlichen Eingriffe nur auf dem Gebiet des Lohns und der Sozialpolitik sieht und davon schweigt, daß es sich grundsätzlich bei der Zollpolitik, den direkten Hilfsmaßnahmen für die Landwirtschaft und der Stützung der Großbanken, die sich bei der jetzigen Krise unter das rettende Dach des Staates begaben, um genau dasselbe handelt. Verschweigen dürfen wir schließlich auch nicht, daß ein völliges Zurückweichen des Staats von der wirtschaftlichen Ebene eine freie Wirtschaft im Sinne der kapitalistischen Theorie auch deshalb nicht schafft, weil durch die aus der Wirtschaft heraus selbst entstandenen Kartelle, Syndikate und Monopolbetriebe die Freiheit auf dem Gebiete des Preises und der Produktion ja nicht mehr besteht.

Auf diese allgemein gehaltenen Darlegungen müssen wir uns hier beschränken. Sie dürften aber vielleicht genügen, um auslanddeutschen Lesern eine Erklärung zu den Diskussionen und auch zu den Auseinandersetzungen über die Reformen zu geben, die jetzt im Reich geführt werden. Wenn mit Recht von allen Seiten von der Reichsregierung verlangt wird, daß sie zielbewußt und kräftig auf diesem Gebiet handeln müsse, dann ist aber auch zu bedenken, daß eine neue Wirtschaftsordnung nicht während eines Jahres und nicht allein durch Maßnahmen der Politik entsteht. Eins darf man vor allen Dingen nicht vergessen: daß — gleichgültig wie man sich auch politisch hierbei entscheide — die materielle Lage des deutschen Volkes schlechter ist und aus einer Vielfalt von Gründen sein muß, als sie es vor dem Kriege war. Ein Programm, wie es auch aussehen mag, Regierungsmaßnahmen, welcher Art sie auch sein mögen, können vorläufig jedenfalls an diesem Punkt nichts ändern. Da er aber gerade der Stein des Anstoßes für fast alle Volksschichten ist, so kann man erwarten, daß die breiten Schichten, und dazu können mit ruhigem Gewissen sonst sehr hochstehende Industrielle und Großgrundbesitzer gerechnet werden, mit der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung unzufrieden sein werden, wobei es wiederum ganz gleich ist, welche Männer diese Regierung bilden.

Von dem Gebot, daß man sich dieser primitiven, aber niemand einleuchtenden Tatsache, daß Deutschland ärmer geworden ist, anzupassen hat, ist die Politik des Kabinetts Brüning bisher bestimmt gewesen und wird es auch in Zukunft sein. Insofern weist sie naturgemäß nicht eine neue Richtung, sondern ist nur Vollstreckerin des harten Muß. Die bisherigen Kürzungen der Beamtengehälter, der sozialen Leistungen und der Abbau der Löhne und Gehälter sind hier anzuführen. Nach allem, was verlautet, wird das in kurzem herauskommende Winterprogramm der Reichsregierung in dieser Richtung noch weiter gehen. Von anderen Maßnahmen kann man schon eher sagen, daß sie in den Bereich der erwähnten grundsätzlichen Auseinandersetzungen gehören. Aus ihnen wie auch aus Auslassungen der verantwortlichen Männer selbst kann einiges über die Stellungnahme der Reichsregierung entnommen werden. Man wird sich erinnern, daß unter die Maßnahmen während der kritischen Tage die direkte Beteiligung

des Reichs an der Dresdner Bank gehört. Und man wird auch wissen, daß die Regierung ein Gesetz über Bankaufsicht angekündigt hat. Zu nennen ist noch das vor wenigen Tagen angekündigte Gesetz über die Nebensiedlung von 100 000 Arbeitslosen. Brüning hat selbst gerade anläßlich der erwähnten Bankaufsicht betont, daß die Regierung nicht den Weg des Staatskapitalismus, der Verstaatlichung der Wirtschaft gehen wolle. Andererseits hat der Reichsarbeitsminister Stegerwald noch vor wenigen Tagen geäußert, wie stark der Zwang zur Einsparung auf allen Gebieten sei und wie man in der Reichsregierung keinesfalls daran denke, Sozialpolitik und Schlichtungswesen aufzugeben. Es könne sich nur darum handeln, die zweckmäßigsten Formen zu finden. Wenn wir resumieren, dann stellen wir fest, daß die Reichsregierung nicht in der Richtung eines Staatskapitalismus arbeiten will, daß sich aber aus der Praxis heraus gerade in der letzten Zeit eine unbürokratische staatliche Wirtschaftsführung, die wirklich führt, entwickelt. Ihr Inhalt geht auch in der Richtung der agrarischen und mittelständischen Seite. Das erwähnte Projekt über die Ansiedlung von 100 000 Arbeitslosen hat ja nicht nur seine Bedeutung als Beitrag zur Lösung der Arbeitslosenfrage. Vielmehr wird hier zum ersten Mal der Weg gesehen, entsprechend von Vorschlägen, die besonders vonseiten der Christlich-Sozialen und Volkskonservativen gemacht wurden, Industriearbeiter im Weichbild der Städte auf zwei bis drei Morgen Land anzusiedeln, das ihnen und ihrer Familie Nahrungsmittel liefern soll, während sie ihren sonstigen Lebenserwerb durch Industriearbeit in der Dauer von etwa zwei bis drei Tagen wöchentlich zu erwerben hätten.

*

Ehe wir uns jetzt den außenpolitischen Fragen zuwenden, sei noch kurz auf die im Berichtsmonat viel erörterte Frage der Reichsreform und der Erweiterung des Kabinetts nach rechts eingegangen. Gerade nach dem Scheitern des preußischen Volksentscheids wurde die Frage des Dualismus zwischen Preußen und Reich und die Frage der Reichsreform überhaupt wieder stärker aufgegriffen. Von dem preußischen Finanzminister, dem Demokraten Höpker-Aschoff, wurde ein Vorschlag bekannt, der als typische Teillösung zu werten ist. Daß das Gegeneinander von Preußen und Reich auf die Dauer nicht bestehen kann, ist fast zur allgemeinen Ansicht in Deutschland geworden. Höpker-Aschoff schlägt nun vor, daß diesem Gegeneinander dadurch ein Ende gemacht wird, daß der preußische Innenminister gleichzeitig Reichsinnenminister wird, während umgekehrt das preußische Justizministerium im Reichsjustizministerium aufgeht. Seine Nebenpunkte brauchen nicht erwähnt zu werden. Dieser Plan ist von nationaler Seite mit Recht als ein Versuch der jetzigen preußischen Linksregierung, ihre Existenz zu retten, gewertet worden. Der temperamentvolle Ausfall des bayrischen Ministerpräsidenten Held gegen diesen Plan ist daraus zu erklären, daß man nicht mit Unrecht für Süddeutschland befürchtet, daß eine Verwirklichung des Planes die Vorherrschaft Preußens über das Reich bedeuten würde. Dieser Plan also scheint schon beerdigt zu sein, um so mehr, als ihn auch die Zentrumspresse kühl behandelt hat.

Von den Volkskonservativen wurde in den gleichen Tagen gefordert, daß als vorbereitende Etappe der wirklichen tief greifenden Reichsreform der Dualismus dadurch beseitigt würde, daß der preußische Landtag aufhöre zu bestehen,

der Reichskanzler gleichzeitig preußischer Ministerpräsident würde und die preußischen Ministerien in den Reichsministerien aufgingen. Es scheint uns nicht ausgeschlossen zu sein, daß dieser Plan Verwirklichungsmöglichkeiten hat, wobei es allerdings ganz offen bleiben muß, ob er erst nach der Neuwahl in Preußen, bei der wahrscheinlich keine regierungsbildende Mehrheit zustande kommen wird, Wirklichkeit wird.

Und nun zu der Frage der Umbildung des Kabinetts nach rechts. Nachrichten über eine bevorstehende Aussprache zwischen Brüning und Hugenberg riefen je nach der Einstellung der Beurteiler Hoffnungen oder Befürchtungen in dieser Richtung hervor. Soweit wir aber privat unterrichtet sind, ist bei der dann auch zustandegekommenen Begegnung schon deshalb nichts Positives herausgekommen, weil wohl auf beiden Seiten nicht der Wille zu einer Zusammenarbeit bestanden hat. Brünings Standpunkt dürfte vielleicht der sein, daß er sich darauf beruft, sein Kabinett sei keine und solle keine Parteiregierung im alten Sinne mehr sein. Die Hinzunahme irgendeines Mannes, nur weil eine Fraktion hinter ihm stehe, komme nicht in Frage.

*

Zum Schluß sei noch von dem außenpolitischen Ereignis des Berichtsmonats gesprochen. Von der deutsch-österreichischen Zollunion. Wir haben bei unserer Berichterstattung über die Frühjahrssitzung des Völkerbundes schon unserer Ansicht dahingehend Ausdruck gegeben, daß durch die Einheitsfront gegen Deutschland, die in Genf damals zutage trat, der Plan zum Scheitern gebracht worden sei. Inzwischen sind die bekannten wirtschaftlichen Ereignisse in Deutschland und in Deutsch-Österreich eingetreten. Die Position beider Staaten in dem Kampf ist also noch mehr geschwächt worden. Österreich selbst ist vor wenigen Wochen an den Völkerbund mit der Bitte um neue Finanzhilfe herangetreten. Die französische Presse und wohl auch die Regierung hat darauf mit der Erklärung reagiert, daß ja nicht der Völkerbund, sondern schließlich nur Frankreich das Geld habe. Das Geld würde aber nur gegeben, wenn die Zollunion begraben würde. Das ist mit wenigen Worten die Situation, die es erklärt, warum Schober für Österreich den Verzicht jetzt ausgesprochen hat, ehe noch der Haager Gerichtshof sich mit juristischen — sehr schwachen — Gründen ablehnend äußerte. Da Deutschland wegen seiner eigenen Nöte Österreich nicht helfen kann, war das nicht zu verhindern. Es scheint uns daher sinnlos, ja unfair, wenn einzelne deutsche Blätter an Österreich Kritik üben.

Nun zu der Erklärung, die in dem entsprechenden Sinne Curtius in Genf abgegeben hat. Nicht der Tatbestand, daß durch sie unsere Niederlage bekundet wird, könnte die scharfen Angriffe, die daraufhin von allen Seiten gegen Curtius eröffnet wurden, erklären. Die deutsche Niederlage ist ja schwer und muß wieder einmal verbitternd wirken Wenn man sie aber Curtius zur Last legt, dann kann man es nur in dem Sinne tun, daß man ihm den Vorwurf macht, die Situation nicht richtig erwogen und auch nicht genügend diplomatische Vorbereitungen getroffen zu haben, als man mit der Zollunion vor die Öffentlichkeit trat. Heute durfte ein Reichsaußenminister in Genf nur die Erklärung abgeben, daß infolge des österreichischen Verzichts und der bedauerlichen wirtschaftlichen Unfähigkeit Deutschlands, Österreich zu helfen, die Dinge ihren Gang gehen mußten. Davon war aber in der Erklärung von Curtius nicht die Rede, er bekundete so wieder

einmal nicht die wahre Einstellung der Nation. Und wenn es sich auch nur um eine Unwesentlichkeit handelt, gemessen an den großen politischen Fragen, so hat man es doch mit dem Tropfen zu tun, der das Faß zum Überlaufen gebracht hat.

Wir haben früher vielfach von der Opposition gegen Curtius gesprochen, wir haben auf die Fehler hingewiesen, die der Reichsaußenminister gemacht hat, so in der Polenpolitik. Heute ist diese Opposition so stark geworden, daß die eigene Partei des Reichsaußenministers, ja daß selbst die Staatspartei seinen Rücktritt fordert und auch das Zentrum ihn nicht mehr hält. Wir glauben nicht, daß noch Zeichen und Wunder geschehen werden. So wird denn Dr. Curtius spätestens Anfang Oktober zurücktreten. Zur Frage der Nachfolgerschaft können wir Positives noch nicht sagen. Vermerkt sei nur, daß man den jetzigen Botschafter in London v. Neurath an erster Stelle nennt.

Georg Schröder

Berlin, 12. September 1931.

Umschau

Zur Enteignung des deutschen Domes zu Riga

Verfügung des Ministerkabinetts vom 30. September 1931:

„Die Domkirche in Riga ist Kathedrale des lutherischen Bischofs von Lettland.

Über bewegliches und unbewegliches Eigentum der Domkirche verfügt die neue Kirchenverwaltung.

Sie besteht aus je einem Vertreter des Bischofs, des Kriegsministers, sowie aus je drei Vertretern der lettischen Garnisons-, der lettischen Friedens-, sowie der deutschen Domgemeinde"

Wir wollen uns in Kürze den Werdegang der Domenteignung noch einmal vor Augen halten:

Im März 1931 stimmte der Landtag zum ersten Mal über ein Gesetz zur Enteignung des Domes ab: es fiel durch.

Im Juli 1931 fand eine abermalige Abstimmung über die Domenteignung auf Grund eines Volksbegehrens statt. Sie wurde mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Am 5. und 6. September 1931 wurde mit einem maßlosen Aufwand an Verleumdung und Verhetzung zum Volksentscheid über das Schicksal des Doms aufgerufen. Er brach zusammen, da das benötigte Quorum nicht erreicht werden konnte. Immerhin fanden sich rund 390 000 Stimmen, das sind 32% aller Wahlberechtigten, bereit, unter Mißachtung jeglichen Rechts die Enteignung zu unterstützen.

Auch noch einem Versuch, nachträglich die Forderung eines Quorums als ungesetzlich darzustellen, war kein Erfolg beschieden. Der Staatspräsident bestätigte, daß der Volksentscheid als mißlungen anzusehen sei.

Endlich, als alle Möglichkeiten, in den Besitz der heißbegehrten Kirche und der dazu gehörigen umfangreichen Immobilien zu gelangen, gescheitert waren, trat das Ministerkabinett zusammen und erließ auf Grund des § 81 der lettländischen Verfassung die obenstehende Verordnung.

*

Generationen hindurch haben einst Opferwilligkeit und Gottvertrauen deutscher Bürger, Ritter und Geistlicher Stein auf Stein gefügt, bis der Rigaer Dom, das Wahrzeichen Altlivlands, errichtet war. Heute genügte ein knappes Jahr der Hetze und Lüge, Geschichtsfälschung

und skrupellosester Propaganda, bis ein entschlossener Federzug den Schlußstrich unter das Erreichte setzen konnte: man schuf eine lettische Mehrheit von 8:3 im Kirchenrat und machte die rechtmäßige Besitzerin, die deutsche Domgemeinde, zur wehrlosen Minderheit.

Schon von weitem wird fortan im Stadtbilde unserer Metropole der Schattenriß der lettischen „Marienkirche" das Herz des patriotischen Bürgers höher schlagen lassen. Wie sagte doch ein lettisches (bürgerliches!) Blatt so stolz: „Die Frage der Marienkirche ist so geregelt worden, wie das die Ehre unseres Volkes und der Armee verlangt"*). Wahrlich, selbst wir hätten schwerlich bitterere Worte finden können.

Euch aber, die ihr so mit der Ehre eines ganzen Volkes umgeht, daß ihr meint, unter Triumphgeschrei ihr dieses aufbürden zu können, sei gesagt: sicherlich könnt ihr uns aus unseren Kirchen verdrängen, wie ihr uns bereits von Grund und Boden verdrängtet, denn ihr seid die Inhaber der Mehrheitsgewalt, die ihr trotz aller Versicherungen und Beteuererungen unserer „Minderheitenrechte" wohl zu handhaben wißt. Und dennoch ist kein Stein an dieser eurer neuen Kirche, der nicht laut und stolz ihre deutsche Vergangenheit verkündet. Von Segeberg in Holstein über Lübeck, Wismar und Rostock bis nach Danzig, Thorn und Königsberg hinauf stehn im deutschen Osten ihre Schwestern und zeugen wie sie davon, wes Blutes ihre Erbauer waren. Und wenn sich nunmehr lettische Gemeinden im Rigaer Dom niederlassen, wenn sie die alten Wappenschilder von den Wänden reißen, die Wände der Kirche neu bemalen werden, nie werden sie den Charakter des Baues zerstören können, der uns und ihnen eine Mahnung bleiben wird, daß wir unsere Ansprüche daran nicht vergessen können und wollen.

*

Wir können im Augenblick nicht absehen, welches die Wirkungen der Domenteignung auf die lettische Volkspsyche sein werden, wie weit nützlich oder schädlich eine nicht absetzende Reihe von Bereicherungen auf Kosten einer geschwächten und dennoch immer weiter gehaßten Minderheit sich für das Ansehen des Staates nach außen hin auswirken wird. Die Zukunft wird es zu erweisen haben. Wohl aber glauben wir voraussehen zu müssen, daß auch mit dieser neuen Gewalttat der Kampf um unsere endliche Gleichberechtigung, in dem wir seit der Agrarreform, der Fortnahme der Jakobikirche, dem Landeswehrgesetz einen Schlag nach dem andern erhielten, noch nicht abgeschlossen ist. Wir wollen den Mut nicht aufgeben, nicht die Zuversicht auf unsere gute Sache verlieren, wir wollen aber ebensowenig durch versöhnliche Phrasen uns über die bittren Tatsachen hinwegtäuschen lassen.

Schon nach dem Fiasko des letzten Volksentscheides hatten wir nicht allzuviel Grund, uns des erfochtenen Sieges zu freuen. Zeigte sich doch, daß die Hauptwaffe, mit der wir den Kampf meinten führen zu können, das Rechtsempfinden eines ganzen Volkes, erschreckend stumpf und schartig geworden war. Das ist in erster Linie schlimm für uns. Denn mit schadhaften Waffen werden keine Siege erfochten, und es scheint, als sei der Kampf für deutschen Besitz, der Kampf um die Unantastbarkeit des Eigentums in Lettland noch nicht beendet. Wenn Wahlaufrufe und Boulevardblätter unermüdlich nach weiteren „Enteignungen" schreien, so deutet das keineswegs darauf hin, als sei man wenigstens fortan geneigt, westeuropäische gesicherte Rechtsverhältnisse bei

*) „Māras baznīcas jautājums nokārtots tā, kā to prasa mūsu tautas un armījas cieņa." (Extrablatt des „Latvis" vom 30. IX. 1931.)

uns aufkommen zu lassen. Und die Tatsache, daß unter Nichteinrechnung des großen Heers der Stumpfen und Gleichgültigen fast ein Drittel der lettländischen wahlberechtigten Gesamtbevölkerung sich für die gewaltsame Fortnahme des deutschen Doms hatte aufhetzen lassen, scheint dieser trüben Voraussicht Recht geben zu wollen. Bedroht sind wir Deutsche in erster Linie. Sieht man denn aber auch in den maßgebenden lettischen Kreisen nicht ein, daß dies nicht der Weg ist, loyale Staatsbürger zu züchten; sieht man vor allem die furchtbare Gefahr eines Bolschewismus nicht, der künstlich von oben herab in der Nation großgezüchtet wird?

Fazit des Genfer Nationalitätenkongresses

Ziemlich gleichzeitig haben die Chefredakteure der beiden größten deutsch-baltischen Tageszeitungen, P. Schiemann in der „Rigaschen Rundschau" (Nr. 204) und A. de Vries in der „Revalschen Zeitung" (Nr. 204) aus dem diesjährigen Genfer Nationalitätenkongreß das Fazit gezogen. Von beiden Seiten wird die grundsätzliche Bedeutung des Kongresses stark hervorgehoben. „Es ist die besondere Aufgabe dieses Kongresses, dem Völkerbunde und der gesamten Öffentlichkeit immer wieder zum Bewußtsein zu bringen, daß die Minderheitenfrage, die Frage des friedlichen Zusammenlebens verschiedener Volksgruppen in einem Staate ein Teilproblem, und zwar grundlegendes Teilproblem der großen Frage des friedlichen Zusammenlebens der Völker und Staaten in Europa überhaupt darstellt. Solange diese unlösliche Verknüpfung des einen Problems mit den andern Fragen der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Befriedung nicht begriffen wird, solange man die Pflichten der Minderheitenschutzverträge *nur als charitative* Bestrebungen ansieht, die des Zusammenhanges mit der politischen Gesamtsituation entbehren, solange wird der Völkerbund auch nicht in der Lage sein, einer Lösung seiner Aufgaben näher zu kommen" (Schiemann). Auch de Vries betont, daß, bei aller berechtigten Kritik, „dieser Kongreß aus der Not der Zeit selbst heraus geboren ist, daß er nicht nur im Sinne der Aussprache und eines Forums für manche Völker eine Lebensnotwendigkeit darstellt; sondern daß er gerade durch die Schaffung einer Möglichkeit der Zusammenarbeit der verschiedenen Nationalitäten schon sehr oft in rein praktisch-politischer Beziehung zu einem Ausgleich des Nationalitätenkampfes in manchen Staaten geführt hat. Denn man darf nicht vergessen, daß auf diesem Kongreß als Minoritäten Völkerschaften vertreten sind, die in anderen Staaten staatsführend sind und umgekehrt, und daß aus dieser Tatsache allein schon die Möglichkeit zu Vereinbarungen vorliegt... Gerade diese positive Arbeit und dieser positive Einfluß des Kongresses muß hoch bewertet werden. Denn nicht von der Wirtschaftskrise allein her drohen Europa Unruhen und Untergang, sondern es ist, besonders im Osten, vor allem der ... Kampf der staatsführenden Völker gegen die im Rahmen ihrer Staaten lebenden Völkerschaften, der immer neue Unruhen und neue Gefahrmomente über Europa heraufbeschwört".

Freilich erwächst der Tätigkeit des Kongresses eine ernstliche Gefährdung, auf die Schiemann mit Recht hinweist. Bekanntlich hat ja das Versailler Diktat und die Zerstückelung der Donaumonarchie eine gewaltige Vermehrung der nationalen Minderheiten Europas durch die zahlreichen deutschen Volksgruppen der abgetretenen Gebiete ꝛc. herbeigeführt. Es leuchtet ein, daß dies eine besondere Bedeutung gerade der deutschen Volksgruppen innerhalb des Kongresses zur Folge haben mußte. Der Gegenschlag

ließ denn auch nicht auf sich warten. Es erfolgte der Austritt der schroff antideutsch eingestellten polnischen Volksgruppen, welche gemeinsam mit den zahlenmäßig unbedeutenden Minderheiten des Deutschen Reichs (Wenden, Kaschuben, Dänen, sogar Friesen!) einen besonderen Verband begründeten, dessen Tätigkeit sich auch diesmal in unerfreulichster Weise zeigte. „Unter der zielbewußten Regie des Herrn Skala tagte der Verband der Minderheiten Deutschlands nebenan in offener Feindschaft zum Kongreß. Die ganze polnische Presse, und mit ihr der polnisch orientierte Teil der französischen Presse, weiß sich in häßlichen Anfeindungen des Kongresses nicht genug zu tun. Immer wieder wird der Versuch gemacht, durch die Lancierung von Pseudominderheiten zersetzende Elemente in den Kongreß zu bringen. Als Gegenaktion gegen den verheerenden Eindruck, den die Darstellung der ostgalizischen Ereignisse auf die Weltmeinung ausgeübt hat, wurde das Gerücht kolportiert, die ganze ukrainische Bewegung sei eine „von Deutschland bezahlte künstliche Erfindung". In Wahrheit bedarf es natürlich kaum einer besonderen Widerlegung derartig sinnloser Gerüchte, „deren sachliche Zurechtstellung durch das deutsche Auswärtige Amt wohl zu erwarten ist" (Schiemann).

Was den Arbeitsgang des Kongresses anlangt, so weist de Vries mit Recht darauf hin, Genf sei „eine gefährliche Stadt im Hinblick auf die Erhaltung des für eine Wirkung so überaus wichtigen Zusammenklangs zwischen Form und Inhalt einer jeden politischen Aktion... Eine der Gefahren, die dem Kongreß drohen, besteht sicher darin, ... daß aus dem Bestreben heraus, dem Nationalitätenkongreß Achtung und Aufmerksamkeit der europäischen Öffentlichkeit zu erhalten, allzu leidenschaftliche Ausbrüche und Anklagen gegen einzelne Staaten nach Möglichkeit vermieden werden. Das Material aber, auf dem die Anklagen aufgebaut sind ... die Lageberichte, die in der Form eines Buches den Kongreßteilnehmern vorgelegt wurden und in erschöpfender Weise die Lage der einzelnen Nationalitäten in Europa schildern, enthalten eine erschütternde Darstellung alles unendlichen Unrechts und Unglücks, das in den 10 Jahren seit dem Friedensschluß unter der Herrschaft des prachtvollen Schlagwortes von der Selbstbestimmung der Völker begangen worden ist". Weit am schlimmsten sind dabei die Berichte über die Lage der Minderheiten in Italien, Polen und Makedonien gehalten, über denen nach Ausspruch des deutschen Referenten mit Recht das Dantewort „lasciate ogni speranza" stehen könnte. Im Gegensatz zu ihnen Estland und Lettland. Schiemann bekennt, „Estland habe sich durch seine Kulturpolitik zweifellos in der ganzen Welt den gesicherten Ruf eines Kulturvolks gesichert". Auch Lettland könne „einen sehr viel besseren Platz einnehmen, wenn nicht die nationale Aggressivität der letzten zwei Jahre den guten Eindruck der Schulautonomie und der politischen Zusammenarbeit stören würde".

An einen von Schiemann nicht beachteten Umstand erinnert de Vries: „Das estländische Beispiel konnte gerade deshalb als positiver Versuch zur Lösung der kulturellen Seite des Minoritätenproblems angeführt werden, weil ja nun schon eine 5-jährige Praxis in der Durchführung des Gesetzes (über die Kulturautonomie) vorliegt. Und die Feststellung, daß im großen die Befürchtungen, die sowohl von Seiten der Mehrheits- wie der Minoritätenvölker in Estland vor der Durchführung der Kulturselbstverwaltung gehegt worden waren, sich nicht als stichhaltig erwiesen hatten, und die Tatsache einer nationalen Entspannung in Estland trotz des gerade für

uns Deutsche so verhängnisvollen sogenannten Agrargesetzes sollten nicht nur den Nationalitäten, sondern auch den staatsführenden Völkern zeigen, daß die Gewährung der kulturellen Selbstverwaltung keine Gefahr für den Staat bedeutet'.

Es sei gerne zugegeben, daß im Vergleich zu den makedonischen Massakren die Lage der nationalen Minderheiten in den baltischen Staaten fast als beneidenswert angesehen werden könnte. Doch scheint es, als hätten gerade wir Deutschen nach all den bittren Erfahrungen und Bedrohungen der letzten Zeit wenig genug Grund, nun etwa frühere Verluste zu vergessen.

Man gestatte uns, unsere wahrlich nicht unbescheidenen Ansprüche an den Staat nicht nach den blutrünstigen Vorgängen des Balkans, sondern nach den uns ausdrücklich gewährleisteten staatsbürgerlichen Rechten bemessen zu wollen. Heute, da in Lettland das Schicksal des Doms besiegelt scheint, da lange Finger sich bereits nach weiterem deutschen Eigentum ausstrecken, da in Estland die Eröffnung der Lutherakademie mit den unerfreulichsten Anfeindungen und Demonstrationen begleitet wurde, scheint es geboten, unsere Staatsvölker darauf hinzuweisen, daß sie uns mehr und mehr in eine Abwehrstellung hineinzudrängen beginnen, die für eine gemeinsame Zusammenarbeit gewiß nicht allzu günstige Folgen haben kann. Sicherlich wissen wir die großen Segnungen der Schul- und Kulturautonomie zu rühmen. Die tiefe Wunde aber, die auch die früheren Enteignungsgesetze, an die de Vries erinnert, unserem baltischen Deutschtum schlugen, kann und darf noch nicht vergessen werden. Ihr Vorhandensein totzuschweigen, ist kaum der richtige Weg zur Heilung — namentlich zu einem Zeitpunkt und in einem Lande, wo nicht abreißende Vorstöße sie immer weiter aufreißen. B.

Der dritte Delegiertentag des Verbandes deutscher Jugend in Lettland

(25.—27. Sept. 1931 in Riga)

Der „Verband deutscher Jugend in Lettland" hat es in der kurzen Spanne seines Bestehens möglich gemacht, den weitaus größten Teil der deutschen Jugend zu sammeln. Gruppen mit stark divergierenden Tendenzen sind hier vereinigt, was sich schon deutlich aus einer reinen Aufzählung ergibt. Die sechs Rigaer Arbeitsgemeinschaften, die akademische, berufsständige, bündische, christliche, pfadfinderische nnd die Schülerarbeitsgemeinschaft, die Ortsgruppen aus den kurländischen Städten und die Jugendbünde vom Lande waren durch ihre Delegierten auf der Tagung vertreten. Ein starkes Gefühl der Verbundenheit klang aus allen Veranstaltungen, das Gefühl, daß Einigkeit stark macht, daß eine Sammlung unserer Jugend zu gemeinsamer Aufbauarbeit nottut. Schon zu Beginn der Tagung klang dieses „kein Abbau, sondern Aufbau" aus der Rede P. A. Schaberts, als er das Jugendheim an der Küterstraße 4 einweihte. Dieses Heim mit seinen sieben hellen Räumen und die Tatsache seiner Eröffnung sprachen eine beredte Sprache für den Lebenswillen unserer Jugend. Das Jugendheim, das ungefähr hundert Gäste vereinen kann, bietet obdachlosen Verbandsgruppen einen Ort für Zusammenkünfte, es gibt Raum für Sitzungen, es ermöglicht allen Gruppen des Verbandes interne Feiern oder Veranstaltungen, da ja die Zimmer und Säle für ein geringes zur Verfügung stehen. Es sei hervorgehoben, daß 70% der Unterhaltungskosten von den bisher obdachlosen Gruppen aufgebracht werden, während der Rest durch die mäßigen Gebühren gedeckt ist, die bei der Vermietung des Heimes an andere Verbandsgruppen erhoben werden. Es kann nicht genugsam unterstrichen werden, daß dieses Haus

ein die Jugend verbindendes Moment darstellt. Daß die einzelnen Vereinigungen nicht einfach nebeneinander herleben, sondern einander stützen und fördern, geht unter anderem eindringlich aus dem Bericht der Landkommission hervor, der zur Plenarversammlung am 26. September gehalten wurde. Tagungen für landische Gruppen, weitere Belebung der Beziehungen zwischen den einzelnen Kolonien und zwischen städtischen und landischen Vereinigungen wurden in Aussicht genommen. Damit verbunden geht wie bislang in Stadt und Land in gleicher Weise eine bewußte Pflege der völkischen Eigenart. Starker deutscher Geist wird sich wohl am besten in Menschen entwickeln, die durch und durch von gesundem Lebenswillen durchpulst sind. Daß sich der Verband dieser Tatsache nicht verschließt, daß sich in unserer Jugend die Überzeugung von der Notwendigkeit körperlicher Ertüchtigung immer mehr durchsetzt, das war aus dem Bericht der Sportkommission zu ersehen; das zeigte sich auch beim Verbandssportfest am Sonntag. Eine weitere Förderung des Sportbetriebes soll vor allem dadurch herbeigeführt werden, daß in nächster Zeit Sportwartkurse für geeignete Glieder aus allen Vereinigungen veranstaltet werden. Für die Durchführbarkeit dieses Planes bürgt die Anstellung eines Verbandssportwartes, der an der Berliner Hochschule für Leibesübungen studiert hat.

Der dargelegten Festigung der Beziehungen zwischen den Gruppen dient auch die monatlich erscheinende Verbandszeitschrift „Unser Wert".

Dem Ernste der Zeit und den oben angedeuteten Aufgaben des Jugendverbandes entsprechend war die sachliche Arbeit des Delegiertentages die Hauptsache und waren Stunden eingeschaltet, die dem inneren Menschen zugute kamen. Der Jugendgottesdienst im Dom, der vom Laienspielkreis gebotene „Totentanz", die Aufführung von Kolbenheyers „Heroischen Leidenschaften", Vorträge und Reden sorgten für eine Atmosphäre, die den jugendlichen Gemütern den Sinn für Verantwortungsgefühl dem Volkstum und dem Lande gegenüber stärkte und festigte.

Aus allem klang keine wehmütige Resignation, sondern der Wille zur Tat. Auch die Predigt von Lic. V. Grüner zum Jugendgottesdienste sprach vom Kampf und Zusammenhalten (1. Kor. 16, 9). Aus der schon erwähnten Rede P. A. Schaberts trat uns das Wollen zu aufbauender Arbeit entgegen. Der Vortrag von Prof. Lic. E. Schneider „Über die Stellung der baltischen jungen Generation innerhalb der gesamtdeutschen Jugend", der auch in der „Baltischen Monatsschrift" veröffentlicht werden wird, wies auf den Wandel in der reichsdeutschen Jugend hin, charakterisierte sie und die baltische und stellte die Möglichkeiten eines wechselseitigen Gebens und Nehmens eindringlich fest. Dieses Werben zur Tat, das von der immer wieder neu zum Bewußtsein kommenden schweren Zeitlage zwingend untermalt wurde, wird seine guten Früchte tragen.

R – ch.

Bücherbesprechungen

Oswald Spengler: „Der Mensch und die Technik". 12. bis 20. Tausend, Beckſche Verlagsbuchhandlung, München 1931, 89 S.

Es gehört gewiß nicht zu den alltäglichen Erscheinungen, daß Schriftsteller, die durch eine durchschlagend erfolgreiche Leistung vor die Öffentlichkeit getreten und berühmt geworden sind, bei ihrer weiteren Entwicklung sich selber treu bleiben. Man konnte gespannt sein, wie nach dem ungewöhnlichen Erfolge des „Unterganges des Abendlandes" ein Denker wie Spengler seine Ideen unter dem Eindruck der Kritik weiterhin vertreten würde. Das neueste Buch des Verfassers zeigt, daß seine geschichtsphilosophischen Anschauungen im Laufe der Jahre dieselben geblieben sind, ja zum Teil noch eine gewisse Verschärfung erfahren haben. Es ist nach wie vor Spenglers Ansicht, daß nur eine allseitige Synopse aller Gebiete menschlicher Kultur das Schicksal des Menschen aufzuhellen imstande sei (Vorw. S. V.). Diese Tatsache zwingt den Denker, das Gesichtsfeld des „Unterganges" noch zu weiten und anstatt lediglich die hohen Kulturen in Betracht zu ziehen, die Geschichte des Menschen von seinem Ursprung an als Material für die eigenartige Auffassung des Gesamtgeschehens zu behandeln. So ist auch das vorliegende Werk nur ein Ausschnitt aus einem noch in Arbeit befindlichen größeren Buch. Trotzdem zeichnen sich die charakteristischen Grundlinien Spenglerschen Denkens in ihm deutlich genug ab, um nicht nur dazu Stellung nehmen, sondern auch vorausahnen zu lassen, welches der Geist des kommenden neuen Werkes sein wird.

Der Mensch und die Technik. Mit diesem Thema greift der Verfasser hinein in einen Fragenkomplex, der unserem Zeitalter als besonders bedeutsam und problematisch erscheint. Nicht erst die Maschinentechnik wirft dieses Problem auf, Technik ist Taktik des Lebens seit jeher. Es gibt auch maschinenlose Technik, wie die des Diplomaten, des Künstlers oder Sportlers. Die menschliche Technik ist somit die ständige charakteristische Funktionsart des Menschen, eines durch seine ganze Veranlagung als Raubtier gekennzeichneten Lebewesens. Der Wille zur Macht, zum Sieg über Natur und Naturkräfte entwickelt das technische Können des Menschen, das niemals vom Werkzeug her zu begreifen ist, wie es unsere Museen glauben machen wollen, das vielmehr ganz ausschließlich darauf beruht, daß der Mensch ein „erfinderisches Raubtier" (S. 26) ist. Zwei Organe: Auge und Hand sind bei ihm charakteristisch ausgebildet und daher imstande, jegliche Schwierigkeiten, die sich dem technisch-taktischen Denken bei der Bewältigung des Lebens entgegenstellen, zu überwinden.

In ungemein geistvoller Weise wird nun diese Entwicklungslinie durch die Geschichte der Menschheit verfolgt. Das „Denken des Auges" und das „Denken der Hand" befreit den Menschen von der „Gattungstechnik" der Tierwelt (S. 30), speziell das Tun der „denkenden Hand" führt zur Tat (S. 31). Das alles ist plötzlich da, nicht Resultat irgendeiner Zuchtwahl oder biologischen Evolution. Der Darwinismus ist geschichtsphilosophisch unbrauchbar, „von „Ahnen" des Menschen wissen wir nichts" (S. 27). Die großen Umwälzungen in der Geschichte der Menschheit geschehen plötzlich,

sprunghaft, unerwartet. Hand und Werkzeug sind mit einem Male da, letzteres ist nur eine Verlängerung, Ergänzung, Vervollkommnung der Hände. Der nächste große Ruck vollzieht sich mit dem „Tun zu mehreren", der planmäßigen Vergesellschaftung des technischen Könnens, dem „Gesamthandeln", das als Mittel die Wortsprache voraussetzt (S. 39). Nun ist das Bauen, Organisieren, die Staatsbildung, Krieg, Politik möglich, nun aber scheidet sich auch das Ausdenken und das Ausführen, Führerarbeit und ausführende Arbeit (S. 49). Die Zahl der Hände wächst ins Unermeßliche, die Menschheit wird ein Tier mit unzähligen „Fängen", aber die Gruppe der Führernaturen, der Köpfe bleibt klein (S. 57). Darin liegt die Tragik des Zeitalters der Maschinentechnik. Die „Meuterei der Hände" gegen die beneidete und bevorzugte Stellung der Führerköpfe beginnt (S. 83). Diese ihrerseits flüchten vor der zum Selbstzweck werdenden Maschine, die für sie nur Symbol ihres Machtstrebens, aber niemals der Moloch werden durfte, der seine eigenen Erzeugnisse und Erzeuger aufzehrt. Der „Verrat an der Technik" beginnt, die „Industriezerstreuung", der Verkauf der Geheimnisse und der technischen Erkenntnisse geborener Führerrassen an Sklavenvölker, an „Farbige", für die Technik kein seelisches Bedürfnis, wie für die faustischen Erfinder, sondern nur ein Mittel zur bequemeren Lebensregelung und Ausnutzung ist (S. 87). In alledem — und das ist, der tiefste Sinn dieses „fünften Aktes" der Menschheitstragödie, der begonnen hat — zeigt sich die schauerliche Rache der Natur gegen die Spezies Mensch, die aus ihrem Schoße entstanden, es gewagt hat, durch Technik und Tat, „mit Hebeln und Schrauben" die eigene Mutter Natur zu vergewaltigen. Die Natur hat Zeit. Sie kann warten, bis diese verbrecherische, schicksalschwangere Technik, diese prometheische Tat des Menschen, sich selbst zugrunde richtet. Hat dieser Endprozeß aber begonnen, sind wir Menschen eines späten technischen Zeitalters Träger dieses Schicksals, bleibt uns nur eins: auszuharren auf verlorenem Posten, bis das Geschick sich erfüllt hat. Optimismus wäre Feigheit, ein Sinnen auf Rettung vor dem Unausweichlichen — unwürdig. Das der faustischen Menschheit würdige Ende ähnelt dem Wachtposten Pompejis, der aufrecht stehen blieb, als der Aschenregen alles verschüttete, weil man vergessen hatte, ihn abzulösen (S. 89).

Aus dieser flüchtigen Inhaltsangabe ist ersichtlich, daß die Grundlinien der Spenglerschen Geschichtsauffassung tatsächlich die gleichen geblieben sind. Verschärft ist vielleicht im Vergleich zum „Untergang" noch die fatalistische Schicksalsidee, die hier, wo die Gedanken sich ausschließlich um das technische Problem bewegen, besonders furchtbar, ungemildert durch gleichzeitige Seitenblicke auf künstlerische und ethische Tendenzen der Zeit, sich behauptet. Die ganze hoffnungslose Verworrenheit unseres durch Maschinenindustrie und technische Überorganisation bedingten Zeitalters diktiert diese grausamtragische Schicksalsidee, mit der Spengler operiert. Sein ungemein starker Wirklichkeitssinn beeinflußt das Denken. Daher die Verschärfung des Fatalismus. Sachlich wird man einwenden müssen: wenn die Entwicklung zum denkenden Tun, die Entschränkung aus der Gattungstechnik, die Herausbildung der „Wikinger des Geistes" unter den faustischen Menschen eine so positiv zu bewertende Leistung darstellte — woher dann dieses grausame Schicksal? Es steht in keinem rechten Verhältnis zur anderen Komponente Spenglerschen Denkens, die im neuesten Werk gleichfalls noch eine Verschärfung erfahren hat: zur bewußt aristokratischen Auffassung der Menschheitsgeschichte. Das Erbe Nietzsches, die

Verehrung des Herrenmenschen, der Führernatur, ja, der Raubtierart im edelsten Sinn spricht aus jeder Zeile des Buches zu uns. Die Verachtung Spenglers für alles, was Masse, „Zahl der Hände", führer- und darum kopflose Menge heißt, ist abgrundtief. Im Zusammenhang mit der Hervorhebung des steigenden Wertes echter Führerarbeit, gerade im letzten Zeitalter der technischen Kultur, erhält die proletarische Ideologie manchen heftigen Seitenhieb. „Der alberne Satz: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will" umnebelt die Gehirne von Schwätzern und Schreibern. *Das* kann auch ein Ziegenbock, der ins Getriebe gerät. Aber die Räder erfinden und beschäftigen, damit jener „starke Arm" sich ernähren kann, das vermögen nur wenige, die dazu *geboren* sind" (S. 77). Das ist nur ein Beispiel für viele. So sympathisch dieser Glaube an den Wert der Führerpersönlichkeit auch berührt, so befremdlich ist die Prognose, die jeder aristokratisch-faustischen Lebensbetätigung gestellt wird, weil — wir augenblicklich den Triumph einer demokratisch-nivellierenden Epoche über uns ergehen lassen müssen. „Optimismus ist Feigheit" ist Spenglers Antwort auf das Fragezeichen an die Adresse seiner Resignation. Man könnte die Gegenfrage stellen, ob der abgründige Pessimismus nicht Inkonsequenz, ja Kampfesmüdigkeit darstelle, ob hierin Nietzsche nicht konsequenter gewesen ist, als der Spenglersche Fatalismus. Jede Philosophie ist das Produkt ihrer Zeit. Die trostlose Verschlechterung des deutschen Wirtschaftslebens mag nicht ohne Einfluß geblieben sein auf die Entwicklung der Spenglerschen Gedankengänge zwischen 1922 und 1931. Ist das aber auch europäische Philosophie? Und sind ihre Resultate, objektiv-sachlich betrachtet, zutreffend?

Eine Wandlung scheint mir im neuen Buche mit der Auffassung des Russentums vor sich gegangen zu sein. Während im „Untergang" von daher eine neue Kulturepoche, speziell im Zusammenhang mit der abgrundtiefen mystischen Religiosität des Russen, erwartet wurde, klingt hier das Urteil über den osteuropäischen Kultur- und Lebensraum viel resignierter. Die Russen zählen für Spengler mit zur Gruppe der „Farbigen", die dem faustischen Menschen ihre Kunst und Technik abgelauscht und listig nachgeahmt haben, ohne ein wirkliches inneres Bedürfnis dazu zu haben. Vielleicht bringt das nächste Jahrtausend von daher noch einen letzten lauen, müden Nachhall europäischer Größe, etwas selbständig Großes aber ist auch aus Rußland nicht zu erwarten. Die Abendschatten aller Kultur sind also noch länger und dunkler geworden. Die Rußlanddämmerung, an die man in Westeuropa anfangs nicht glauben wollte, macht sich von Jahr zu Jahr mehr geltend. Von der schöpferischen Tiefe russischen Wesens, an der man trotz Bolschewismus und fortschreitender Zerrüttung des Gesamtlebens festhielt, ist verzweifelt wenig zu merken. Das läßt auch Spengler in seiner jüngsten Schrift durchblicken. So wird noch diese letzte Hoffnung abendländischen Denkens zuschanden In der weiten Ebene zwischen Weichsel und Amur wird das Slaventum wahrhaft Schöpferisches nicht zustande bringen. Auch da steht groß und ragend das Gespenst des Unterganges, auch dort gilt es, alle Hoffnung fahren zu lassen.

So klingt das Werk auf der ganzen Linie noch pessimistischer aus, als der „Untergang des Abendlandes". Was kommt, wenn unsere Zivilisation zusammenbricht, die letzte Maschine versagt, die raffinierte Technik sich selbst aufhebt? Wir wissen es nicht. Ob die Katastrophe lokalen, planetarischen oder kosmischen Charakter tragen wird, ist unbekannt.

Sicher ist nur, daß sie bald, d. h. in absehbarer Zeit eintreten muß. Es wäre töricht, sie heute, wie in den materialistischen Epochen, von der Erschöpfung etwa der Kohlenlager binnen weniger Jahrhunderte zu erwarten. „Die westeuropäisch-amerikanische Technik wird früher zu Ende sein" (S. 80). Das Erlahmen des Gedankens, die Kulturmüdigkeit, der „Pazifismus im Kampfe gegen die Natur", die Vorliebe für Sport statt für den Krieg, Grübeleien und Spekulationen statt Klarheit und Zielstrebigkeit in Arbeit und Wissenschaft sind die eigentlichen Symptome des einsetzenden Niederganges. Das Ende ist das Nichts.

Man empfindet beim Anhören dieser Schlußfolgerungen Spenglerscher Weltanschauung in verstärktem Maße das, was schon der „Untergang des Abendlandes" nahelegte: es besteht ein sonderbarer Hiatus zwischen der kraftvollen Art, in der Spengler aufräumt mit allerlei Gesetzen der materialistischen Weltanschauung, und dem eigentlichen Ziel, das er dabei im Auge hat. Zahlreich sind die Stellen, in denen auf geistreiche Weise solche unantastbare Dogmen eines materialistischen Evolutionismus gegeißelt werden. Von England her stammt die Auffassung einer allmählichen Entwicklung vom Niederen zum Höheren in Natur und Geschichte. Aber „eine langsame, phlegmatische Veränderung entspricht dem englischen Naturell, nicht der Natur" (S. 27). Eine stufenweise fortschreitende Vervollkommnung des Menschen leugnet Spengler. „Den „Neandertaler" sieht man in jeder Volksversammlung", heißt es in schroffer Beurteilung des Menschen als Herdenwesens (S. 27). Der rationalistische Glaube an die fortschreitende menschenbeglückende Technik wird in treffender Weise als „materialistische Religion" bezeichnet; „und ihr Anbeter ist der Fortschrittsphilister der Neuzeit, von Lamettrie bis Lenin" (S. 71). Wie in „Preußentum und Sozialismus", so lebt auch hier ein starkes Pathos der Gesinnung, das sich an die Adresse der Jugend wendet. Diese kann noch wählen zwischen den Möglichkeiten, die einst auch vor dem Helden der Vergangenheit lagen: entweder langes Leben ohne Inhalt, oder ein kurzes Dasein voll Tat und Ruhm. Und es ist der ernste Gewissensappell Spenglers an seine Zeit und ihre Generation, die Alternative im Sinne des Achilleus zu entscheiden, auch auf die Gefahr hin, daß es nur noch ein rühmliches Zugrundegehen gibt. Das aber ist das Unbefriedigende der Schrift: der sittliche Ernst im Appell an Geistigkeit, Führerschaft, höheres Menschentum steht in keinem rechten Verhältnis zur Aussichtslosigkeit des Geschickes, das bei alledem hereinbricht. Spengler erwidert darauf: dieser Ausgang läßt sich nicht wegwünschen. Er ist unvermeidlich Er ist unser Schicksal. Aber trotz aller Analogien biologischer und historischer Art, trotz aller Wahrscheinlichkeiten oder gar Evidenzen in der Richtung, die unsere abendländische Zukunft einschlagen muß: es bleibt dabei, daß die Herausstellung eines unabwendbaren Schicksals zuletzt Glaubenssache ist. Und es kann niemand verwehrt werden, seinen Glauben an positivere Wirklichkeiten zu klammern, als es Spengler in seinem neuesten Werke tut. V. G.

Die livländische Ritterschaft in ihrem Verhältnis zum Zarismus und russischen Nationalismus von Alexander von Tobien. Postume Ausgabe. Zweiter Band. Berlin 1930. Verlag von Walter de Gruyter u. Co. XVIII, 412 S. Rmk. 26.—

Auch der vorliegende, nach dem Tode des Verfassers herausgegebene zweite Band seines letzten Werkes ruft dieselben Einwände hervor wie der erste, vielleicht in noch stärkerem Maße. Der Titel des

Buches ist irreführend. Das Wort „Zarismus“ ist modernen Ursprungs, ist der zusammenfassende Ausdruck für das in Rußland herrschende autokratische System mit allen seinen Auswüchsen und Schattenseiten. Gegen dieses System nun hat die livländische Ritterschaft — und ebenso die anderen baltischen Ritterschaften und das baltische Bürgertum — nie gekämpft. So verhaßt die von der Petersburger Regierung beliebten Methoden und Maßnahmen immer waren, man hütete sich in den Ostseeprovinzen wohlweislich gegen die Autokratie Sturm zu laufen, in der Einsicht, daß eine Schwächung oder gar Vernichtung dieser Autokratie, aber ebenso ihr Bündnis mit der liberalen russischen Demokratie die Balten einem noch radikaler vorgehenden demokratischen Chauvinismus ausliefern werde. Man braucht nur an die Stellungnahme des russischen Parlaments zu den „Fremdstämmigen“ — Balten, Polen, Finnländern — zu denken, um die Berechtigung jener Auffassung zu erkennen. Der selbstherrschende Zar war immer noch der einzige sichere Notanker in allen Stürmen, — wenn man ihn richtig zu behandeln wußte; zu bekämpfen galt es die Petersburger und die Provinzialbürokratie; immer wieder suchte man sozusagen zu appellieren ab imperatore male informato ad imperatorem melius informandum. Die Tatsache bleibt bestehen: man verabscheute, in thesi, ein System, dessen Vorteile man, in praxi, auszunutzen suchte. Der harten Wirklichkeit gegenüber durfte man kaum anders handeln; aus sog. moralischen Erwägungen heute über diese Politik den Stab brechen, verriete mangelnde politische und historische Einsicht. Wohl aber liegt hier ein Stück Tragik des Baltenschicksals beschlossen. Von all dem hören wir bei Tobien nichts. Sein Werk müßte richtiger etwa heißen: die livländische Ritterschaft im Abwehrkampf gegen die Russifizierung. Es ist der erste umfassende Versuch einer Darstellung der Russifizierung der Ostseeprovinzen, speziell Livlands, wobei allerdings nach Aufgabe und Anlage des Buches der Anteil des Bürgertums, vornehmlich des akademisch gebildeten — der sog. Literaten — an diesem Abwehrkampf nicht gebührende Berücksichtigung findet. Wie groß und bedeutsam aber gerade dieser Anteil war, wissen wir u. a. aus den von Tobien erstmalig benutzten Geheimberichten des livländischen Gouverneurs Sinovjev an den Zaren.

Man mag nun den Begriff des Zarismus fassen, wie man will: 1917 war es mit ihm zu Ende, und Tobien hätte füglich seine Darstellung hier abbrechen können. Wenn er es nicht getan hat, sondern die Geschicke des Landes und der Ritterschaft bis zu deren im Sommer 1920 erfolgten Aufhebung weiterverfolgt, so ist er damit freilich über den durch den Titel des Buches gegebenen Rahmen hinausgegangen. Aber einmal ist ja der Ausgang des Weltkrieges für die baltischen Provinzen nichts wesentlich anderes gewesen, als was 1905 noch verhütet werden konnte, und wenn auch nicht gegen Zarismus und russischen Nationalismus, so kämpfte die Ritterschaft wie zuvor gegen Vergewaltigung und Rechtsbruch: so erweitert sich Tobiens Werk zu einer Geschichte (nicht „Nachruf“, wie er es in der Vorrede zum ersten Bande selbst irrtümlich bezeichnet hat) der livländischen Ritterschaft seit Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur erzwungenen Stillegung ihrer öffentlichen Wirksamkeit 1920. Dann aber haben wir noch einen triftigen Grund, gerade diesem Teil des Tobienschen Buches (S. 219 - 339) besondere Beachtung zu schenken. Wir besitzen noch keine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Darstellung der schicksalschweren Ereignisse in den baltischen Provinzen nach 1917; umso üppiger

wuchert ein Rankenwerk aus Legende und böswilliger Geschichtsfälschung — ich nenne bloß M. Walters und Du Parquet, die Reihe ließe sich beliebig vermehren — um jene Periode unserer Landesgeschichte. Jeder Versuch, hier Dichtung durch Wahrheit zu ersetzen, ist daher anzuerkennen. Gewiß, Tobien wird nicht das letzte Wort gesprochen haben; man mag in vielem seine Ansicht nicht teilen: an seinem Werk, schon um des darin enthaltenen Materials willen, wird nicht vorbeigehen dürfen, wer immer unsere Landesgeschichte wird erforschen und darstellen wollen.

Die Anlage des Buches ist keine glückliche. Zusammengehöriges wird öfters auseinandergerissen; die zahlreichen Wiederholungen — in der Anlage des Ganzen begründet — machen sich sehr unliebsam bemerkbar; lästig wirken die ständigen Verweisungen auf bereits Gesagtes. Die Darstellung ist nicht straff genug; die große Weitschweifigkeit des Verfassers wirkt ermüdend — es ist nicht immer leicht, sich durch das Buch hindurchzuarbeiten. Der Eindruck bleibt, daß der Verfasser nicht immer über dem Stoff steht; wertvolles Material ist mit außerordentlichem Fleiß zusammengetragen, für die völlige Erfassung und Durchdringung des Stoffes langte die Kraft nicht mehr. Auch sprachliche Ungenauigkeiten und Härten finden sich leider: so S. 261: „Verhandlungen des Versailler Friedens"; S. 309: „das . . . Gefühl, einer Sendung in dieses Land gefolgt zu sein"; S. 310 Anm. 3 und S. 311 Anm. 1: „Abgeordneter der deutschen Parteien" (auch sachlich falsch) u. a. m. Ob in ein wissenschaftliches Werk die regelmäßig wiederkehrenden Anmerkungen mit biographischen Daten über jede neuerwähnte Persönlichkeit unbedingt hineingehören, erscheint zum mindesten fraglich. Schlimmer sind gelegentliche Widersprüche. So heißt es S. 220 von Alexander II., daß er „sich redliche Mühe gab, den slawophilen Ansturm der russischen Gesellschaft (sollte richtiger heißen Presse und Bürokratie) gegen das Deutschtum der Ostseeprovinzen in Schranken zu halten". S. 232 f. dagegen lesen wir: „. . . Alexander II. ging in der Doppelseitigkeit seines Verhaltens zu Liv-, Est- und Kurland noch weiter als sein Vater. Er, der ein „Anwalt" des Deutschtums in den Ostseeprovinzen sein zu wollen erklärt hatte, ließ sich von der feindlichen Stellungnahme der beständig an Einfluß gewinnenden Slawophilen zu den Ostseeprovinzen beherrschen und bereit finden, einem Regierungsprogramm bureaukratischer Provenienz beizustimmen, das für die Sonderstellung des Landes und die sie begründenden Privilegien verhängnisvoll wurde . . . Kaiser Alexander II., obgleich von Sachkennern, die er sich persönlich ausgesucht hatte, gut beraten, beugte sich dennoch vor der slawophilen Allmacht und brach das Recht seiner getreuen Untertanen an der Ostsee, denen er in seiner Zwiespältigkeit ebenso häufig seine Freundschaft, wie das Gegenteil bekundet hatte". Man wird dem zweiten Urteil eher zustimmen als dem ersten, wenn auch von bewußter Doppelzüngigkeit Alexanders II. zu reden man kaum Veranlassung hat. Es war mehr Charakterschwäche als böser Wille; verhängnisvoll wurde, daß die Balten sich durch die persönliche Liebenswürdigkeit und das durch Worte bekundete Wohlwollen des Zaren immer wieder in eine gewisse Sicherheit wiegen ließen. In dem Sinn ist er für die Ostseeprovinzen einer der gefährlichsten Herrscher gewesen. Tobien hat durchaus recht, wenn er S. 220 sagt: „man idealisierte sich die Herrscher auf dem Zarenthron".

Es ist nicht richtig, daß Alexander I. „die Universität Dorpat zu neuem Leben erweckte" (S. 220); zwischen der alten

schwedischen Universität Dorpat, die bei Beginn des Nordischen Krieges sang- und klanglos unterging, und der Universität Dorpat von 1802 besteht keinerlei Verbindung. Die Regierungsformel Nikolaus I. lautet „Rechtgläubigkeit, Selbstherrschaft, Volkstum", nicht „Volkstümlichkeit", wie es S. 232 heißt. „Wilhelm der Große" (S. 219) ist eine Bezeichnung, die sich auch in der reichsdeutschen Literatur nicht eingebürgert hat; wir brauchten sie nicht einzuführen. S. 254 bezeichnet der Verfasser die „neuen Machthaber" in Rußland nach der Märzrevolution 1917, Fürst Ljvov, Guckov, Manuilov, Kerenski und Rodzjanko, als „Männer der Tat". Diesem Urteil wird man kaum beipflichten können. An der Lauterkeit der Gesinnung wird man bei einigen von ihnen vielleicht nicht zweifeln dürfen; aber alle waren energielose Schönredner, denen gerade der Wille zur Tat fehlte; Dilettanten der Revolution, die, wie Guckov und Kerenski, in verbrecherischer Weise den radikalen Elementen in die Hände gearbeitet haben; keine Führer, Geführte, die immer schwächer waren, als der jeweilige Augenblick es verlangte. Die Männer der Tat waren die sie ablösten, die Bolschewisten. Ein offenbarer Druckfehler ist die fehlerhafte Datierung des lettländischen Agrargesetzes (S. 270), 16. Oktober statt 16. September 1920.

Vortrefflich ist die knappe Übersicht über die agrarrechtlichen Zustände in Livland bis zur livländischen Bauernbefreiung (S. 1—45). Der livländische Gouverneur Sinovjev, den man wahrlich nicht baltischer Sympathien verdächtigen kann, pries in seinem Immediatbericht von 1886, der im übrigen eine giftgetränkte Verurteilung der Adelsinstitutionen enthielt, das Gedeihen der estnisch-lettischen Landbevölkerung. Die livländische Agrargesetzgebung, die zwar der sozialpolitischen Seite der Grundbesitzordnung keine Aufmerksamkeit geschenkt habe, entsprach seiner Meinung nach „den Sitten und Anschauungen der Bevölkerung, die seit alter Zeit von der Theorie der Grundbesitzfreiheit nichts wissen will, sondern dem System der Einzelhöfe anhängt". Der Entwicklung der Grundbesitzverteilung in Livland sah Sinovjev dennoch unbesorgt entgegen, weil sie dank der Bodenpolitik der Gutsherren einen günstigen Fortgang nahm; viel Land war bereits in das Eigentum einst besitzloser Bauern übergegangen. Aber auch westeuropäische Sachkenner haben die Mustergültigkeit der livländischen Bauernbefreiung anerkannt. „Hier ist die Befreiung der Bauern durchgeführt worden in so meisterhafter Weise wie nirgendwo", urteilt O. Hoetzsch, „und dies so gut wie proprio motu der Gutsherren."

Tobien untersucht dann die weiteren Reformbestrebungen der livländischen Ritterschaft auf agrarem Gebiet nach 1881. Das Ergebnis läßt sich in wenigen Worten zusammenfassen. „Die rechtliche Gleichstellung des Rittergutes mit dem Bauerngute fand keine gesetzliche Anerkennung; die Ablösung des Bauernlandes der Pastorate kam nicht zustande; der Entwurf eines Notwegegesetzes fand in Petersburg kein Verständnis; die Zusammenarbeit der Großgrundbesitzer mit den Kleingrundbesitzern in landwirtschaftlichen Vereinen wurde verhindert, der Aufbau des landwirtschaftlichen Unterrichtswesens und der ländlichen Sozialversicherung beiseite geschoben. Von der Bestätigung eingereichter Gesetzentwürfe, die westeuropäisches, namentlich deutsches Gepräge trugen, war vollends keine Rede. Zu diesen Projekten gehörten: der Entwurf eines Anerbenrechtes für Rittergüter, sowie der eines bäuerlichen Anerbenrechtes. Beide Entwürfe beabsichtigten, eine gesetzliche Vererbungsform

für ländliche Immobilien zu schaffen, die die Erhaltung des ungeteilten Besitzes an Landgütern in der Familie sichere. Ein weiteres Projekt bezweckte . . . in Livland eine Kreditanstalt zu begründen, die einen billigen landwirtschaftlichen Kleinkredit gewähre. Alle diese Entwürfe wurden jedoch nicht perfekt, weil sie der staatlichen Anerkennung bedurften, die aber nicht zu erreichen war." Noch zurückhaltender allen ritterschaftlichen Reformvorschlägen gegenüber als die zarische Bürokratie verhielt sich die Reichsduma. Besonders zu bedauern ist es, daß der von der Ökonomischen Sozietät angeregte Siedlungsplan nicht verwirklicht werden konnte. „Ebensowenig wie die Rückständigkeit der Provinzialverfassung Livlands . . . auf das Schuldkonto der im Landtage maßgebenden gewesenen Rittergutsbesitzer gesetzt werden darf, ebensowenig darf die veraltete Agrarordnung ein Passivposten der Großgrundbesitzer genannt werden. Lediglich die ehemalige russische Regierung ist dafür verantwortlich zu machen, daß die von den Gutsherren den Bauern zugedachte Wohltat zeitgemäßer Reformen nicht verwirklicht wurde".

Zu den besten Abschnitten des Buches gehört das Kapitel über die Grundsteuerreform, die hier zum ersten Mal, gestützt auf gründlichste Sachkenntnis, eingehend dargestellt wird. Auch in diesem Fall galt es, manchen Widerstand in Petersburg zu brechen, bis der in langjähriger Arbeit hergestellte Reformentwurf durch die kaiserliche Bestätigung am 13. Juni 1901 Gesetzeskraft erlangte. Die auf Grund des neuen Gesetzes durchgeführten Schätzungen des Bodens führten dazu, daß in Zukunft das landwirtschaftlich genutzte Land nur mit 58,97% der Steuern vom Gesamtreinertrag des Bodens belastet wurde, während es bis dahin 100% zu tragen gehabt hatte. Als ein Erfolg der Steuerreform durfte auch die Tatsache gelten, daß fortan die Domänen mit einem höheren Betrag besteuert wurden. Vor allem aber war der bäuerliche Grundbesitz im Vergleich zum Großgrundbesitz einer ansehnlichen Steuererleichterung teilhaftig geworden. Durch ein im Sommer 1912 erlassenes Gesetz wurden die livländischen Schätzungsergebnisse gesetzlich anerkannt und das livländische Landratskollegium ermächtigt, nach ihnen die Provinzialsteuern vom Jahre 1913 an umzulegen. Damit waren die Zweifel an der Steuerhoheit des Landtages, die Sinovjev erregt hatte, ein für alle Mal beseitigt. Als Lücke im Gesetz von 1912 erscheint das Fehlen der Ermächtigung, ebenso wie die Landessteuern auch die Naturallasten nach dem Kataster gleichmäßig auf alle Immobilienbesitzer umlegen zu dürfen.

In seiner Beurteilung des Herrnhutertums in Livland weist Tobien darauf hin, daß es durchaus ungerechtfertigt sei, es als die Wiege des lettisch-estnischen nationalen Gedankens zu bewerten. Der livländische Adel hätte sich schwerlich dem Herrnhutertum so zahlreich angeschlossen, wenn es von nationalen Aspirationen erfüllt gewesen wäre; und auch die Letten und Esten in den herrnhuterischen Gemeinden wären in dem Fall der deutschen Oberschicht nicht so überaus vertrauensvoll nahegerückt, wie es tatsächlich geschah. Die bisher geläufigen Anschauungen, die vor allem auf Theodosius Harnack zurückgehen, müssen demnach einer Korrektur unterzogen werden. Wohl aber muß man im Herrnhutertum den erstmalig in Erscheinung tretenden, berechtigten Zug des livländischen Landvolkes zum sozialen Aufstieg erkennen.

Was Tobien über das Erwachen des lettischen Nationalismus und die lettische Revolution von 1905/06 sagt, ist in seinen Einzelheiten nicht neu. Wertvoll ist eine kurze Zusammenstellung lettischer

Urteile über die Revolution. Während A. Sahlit in ihr eine lokale Erhebung erblickte, die er auf die unbefriedigenden Agrarzustände Livlands und Kurlands zurückführte, sprach sich A. Needra in einer ebenfalls dem Baltischen Generalgouverneur übergebenen Denkschrift dahin aus, daß die lettische Revolution weder lokaler noch nationaler, sondern kosmopolitischer Natur gewesen sei. An anderer Stelle behauptete Needra, daß die Unruhen auf dem Lande von auswärts angefacht worden seien. „Die lokalen Übelstände (das waren nach Needra die Lage der Landarbeiter und der Pächter, die ungerechte Verteilung der Wegebaulast u. a. m.) hatten hier keine andere Bedeutung, als daß sie den Sozialisten als Angelbissen dienten." In einer dritten an den Generalgouverneur gerichteten Denkschrift, deren Verfasser ungenannt ist (Tobien vermutet Fr. Weinberg) und die von Tobien ausführlich wiedergegeben wird, heißt es, die Bewegung von 1905 habe keinen lettisch-nationalen, gegen das Deutschtum gerichteten Charakter gehabt; sie sei eine soziale Revolution gewesen Im allgemeinen deckt sich die hier vorgetragene Auffassung mit der deutschen.

Fast die Hälfte des vorliegenden Bandes ist der Zeit des Zusammenbruchs der russischen Herrschaft in den Ostseeprovinzen und der Entstehung der beiden neuen Staaten, Estland und Lettland, gewidmet. Als auf eine wertvolle Ergänzung zu den Tobienschen Ausführungen möchte ich an dieser Stelle auf die Lebenserinnerungen Ed. von Dellingshausens hinweisen. Erst durch die Gegenüberstellung der, wenn man so sagen darf, livländischen und estländischen Auffassung läßt sich öfters ein richtiges Bild gewinnen. Jeder Versuch einer Belehrung über die Vorgänge in den Jahren 1917 - 1920 ist, wie schon gesagt, dankenswert. Freilich — über einen Versuch hinaus wird sich heute kaum gelangen lassen, da zur endgültigen Entscheidung vieler Fragen die notwendigen dokumentarischen Unterlagen bisher noch fehlen. Die von Tobien in den Anlagen mitgeteilten Aktenstücke bedeuten nicht viel. Unersetzlich bleibt der Verlust des Archivs des deutsch-baltischen Nationalausschusses; umso dringender möchte man Veröffentlichungen aus dem Landeswehrarchiv wünschen.

Anders liegen die Dinge, wenn es sich um die sog. lettländische Agrarreform von 1920 handelt. Hier sind es eindeutig feststehende Tatsachen; Ereignisse, deren Folgen bereits deutlich erkennbar sind. Und wie stets in agraren Fragen wird Tobien auch hier zum sicheren Führer. Sein Urteil lautet, daß die Motive der von der lettländischen Republik in größter Eile durchgeführten agraren Umwälzung nicht wirtschaftliche, d h. agrarpolitische, sondern sozialpolitische, klassenkämpferische und engstirnig-nationalistische waren. Nicht eine Reform wurde bezweckt, sondern die Vernichtung der materiellen Basis und damit der Existenz eines Standes und des Deutschtums überhaupt. Man war im Besitz der Macht und man nahm, was anderen gehörte. Den Radikalismus der lettländischen Agrarrevolution rückt Tobien ins rechte Licht, indem er ihr die Agrarreformen in anderen Ländern, vor allem in Finnland, gegenüberstellt. Nur die Republik Estland hat den traurigen Ruhm, noch radikaler vorgegangen zu sein. Tobien schließt seine Ausführungen über die lettländische Agrarrevolution mit dem Hinweis darauf, daß die Balten trotz allen ihnen zugefügten Unrechts den Gedanken an Auswanderung von sich gewiesen hätten. Sie folgten der von ihren Führern ausgegebenen Parole: keine Kampfverewigung, sondern Ausgleich zwischen den aufeinander angewiesenen Heimatgenossen. Heute ist man von einem wirklichen Ausgleich

leider weit entfernt. Zu einem solchen gehören zwei.

Die livländische Ritterschaft ist in Lettland aufgehoben. Von Verfehlungen wird man auch sie im Laufe ihrer langen Geschichte nicht immer freisprechen können. In ihrer Mitte haben die „garstigen Zeisige", von denen A. v. Bruiningk einst im 18 Jahrhundert sprach, auch in späteren Zeiten nicht gefehlt. Daß sie herrschen wollte, wo sie im Herrschen ihren Beruf sah, wird man ihr nicht verdenken können; politischen Willen hat sie immer gezeigt, politisches Können oft bewiesen. Zeitgemäßen Verfassungsreformen hat sie sich nicht verschlossen, wie die Geschichte der letzten fünfzig Jahre bis zu ihrer Aufhebung lehrt. Daß die Erfahrungen von 1905/06 manchen bitter werden ließen, wer wird sich angesichts der Ruinen jener Jahre darüber wundern? Der Stand als solcher hat doch seine Pflicht dem Lande gegenüber erfüllt. Wulffius

„Nach Ostland woll'n wir reiten" Baltische Geschichte in Abschnitten aus alten Chroniken, gesammelt von O. Hartge. 18 Kreidezeichnungen von Frau D. Arronet-Reval. Reval 1930. Verlag F. Wassermann. 111 S.

Es ist mir eine besondere Freude, dieses Buch anzeigen zu können, kommt es doch einem längst empfundenen Bedürfnis in glücklichster Weise entgegen. Die von O. Hartge ausgewählten Abschnitte aus livländischen Chroniken und anderen Geschichtsquellen ergeben in ihrer Gesamtheit eine Geschichte Altlivlands von den Anfängen deutscher Kolonisation bis zum Zusammenbruch des Ordensstaates. Zum besseren Verständnis des Lesers sind fast nur hochdeutsche Übersetzungen benutzt, mit Beibehaltung der altertümlichen Redeweise; die Ortsnamen sind meist in moderner Schreibweise gebracht. Vortrefflich ergänzt wird der Text durch die dem Buche beigegebenen Kreidezeichnungen Frau Arronets: sie vertiefen den Eindruck, den die anspruchslosen alten Erzählungen aus livländischer Vergangenheit auf jeden Leser machen müssen. Gut sind sie alle — als besonders gelungen möchte ich hervorheben S. 26: „Schwertbrüder erstürmen eine estnische Bauernburg"; S. 44: „Aufrührerische Bauern plündern in der St. Georgsnacht einen Gutshof"; S. 48: „Deutschordensritter mit ihren Reisigen"; S. 52: „Ein Hansaschiff auf der Düna vor Riga"; S. 68: „Warenzug auf dem Wege nach Reval". Ausgezeichnet ist das Bild des Deutschordensritters auf dem Deckel; die Ausstattung des Buches — Papier, Satz (estländische Druckerei) — läßt nichts zu wünschen übrig.

In der Einleitung sagt der Herausgeber: „Mögen die lebhaft und packend geschriebenen Berichte unserer alten Chronisten recht viele, eifrige Leser finden". Ich kann das Buch aufs nachdrücklichste allen Schülerbibliotheken unserer deutschen Schulen zur Anschaffung empfehlen; in der Hand des Lehrers wird es beim heimatkundlichen Unterricht gute Dienste leisten. Vor allem aber: es gehört in die Familie. Unsere Bodenständigkeit erwerben wir nicht nur durch Landbesitz, sondern auch geistig. Und nicht früh genug können wir anfangen, unsere Jugend in der Richtung zu bilden und zu erziehen. Wulffius

Christian Rogge, Der Notstand der heutigen Sprachwissenschaft. Eine Einführung in die Psychologie des sprachschaffenden Menschen. Max Hueber Verlag München 1929

Der Verfasser, ein hochbetagter Sprachforscher und ehemaliger Schulmann, erlebt die späte Genugtuung, daß Ergebnisse einer über sechzig Jahre umfassenden wissenschaftlichen Lebensarbeit doch noch von der Öffentlichkeit gewürdigt werden.

So hat Rogge einen großen Teil der sprachwissenschaftlichen Entwicklung, die er in diesem Buch darstellt, selber miterlebt. Als Anhänger Wilhelm von Humboldts geht er von der Auffassung aus, daß die moderne Sprachwissenschaft einer Gesamtauffassung des sprachlichen Geschehens ermangelt. Als erklärter Gegner des grammatischen Formalismus geht Rogge daran, Sprachwandel und Sprachschöpfung vom Klang der analogieverwandten Ausdrücke und der Angleichung her zu erklären, und erläutert seine vielfach kühnen Hypothesen auf Grund einer ungemein großen Zahl praktischer Beispiele. An ihnen sucht er seine Methode der „biopsychologischen Sprachforschung" zu erhärten, die uns immer wieder auf die Psychologie des lebendigen sprachschaffenden Menschen zurücklenkt. Über die Ergebnisse im einzelnen kann nur der Fachmann urteilen. Auf jeden Fall aber ist das Buch überaus anregend, namentlich für den praktischen Schulmann. Wir wünschen dem verdienten Verfasser, daß er auch noch das Erscheinen seines Hauptwerkes, der Psychologie des sprachschaffenden Menschen, erleben möge, auf dessen Inhalt schon diese Schrift spannende Ausblicke gewährt.

M. H. B.

Reparationsfibel. Bilder von O. Garvens, O. Gulbransson, Th. Th. Heine, E. Schilling, W. Schulz und Ed. Thöny. Verlagsbuchhandlung Broschek & Co., Hamburg 36 (1931). Rmk 2.80.

Gesehenes prägt sich dem Gedächtnis besser ein als Gehörtes. Es war ein überaus glücklicher Gedanke, in der „Reparationsfibel" aller Welt das Verbrechen von Versailles zu zeigen. Der Text der Fibel besteht nur aus kurzen, viersprachigen Unterschriften unter den einzelnen Bildern, die jedes für sich und alle zusammen eine nur zu beredte Sprache sprechen. Sie zeigen, wie schwer Deutschland seit 12 Jahren leidet, und mit Deutschland die Welt; sie veranschaulichen die Tatsache, daß die Revision des Versailler Diktats nicht nur im deutschen, sondern im Weltinteresse liegt. Andernfalls droht — wie das Bild auf der Rückseite des Einbandes zeigt — vom Osten her die Welt umklammernd das Gespenst des Bolschewismus. Die Bilder reden eine erschütternde Sprache — mögen sie verstanden werden, ehe es zu spät ist.

W. W.

Zuschrift

Zur Frage der estländischen Verfassungsänderung

Die seit einigen Jahren viel ventilierte Frage bezüglich einer Verfassungsänderung ist jetzt in Fluß geraten, indem der sie vorbereitende Schritt, der Gesetzentwurf zur Erleichterung resp. Ermöglichung einer Verfassungsänderung, jetzt in der Staatsversammlung zur Beratung steht.

Der wesentliche Punkt, welcher diesen ganzen Komplex in Bewegung gebracht hat, ist die Frage ob dem Staatsoberhaupt Machtvollkommenheiten zuerkannt werden sollen, die ihm ein eigenes Gewicht gegenüber dem Parlament geben.

Die Alternative ist von grundlegender Bedeutung: „Einer sei Herr" oder „Die Staatsversammlung sei Herr", dank der Fiktion, daß nur diese gleichbedeutend sei mit dem „ganzen souveränen Volk". Ja die Idee der Volkssouveränität wird jetzt so weit getrieben, daß selbst diejenigen, welche selbst ihre Unfähigkeit, in politischen Dingen mitzusprechen, anerkennen und bei Seite bleiben wollen, zum Stimmen gezwungen werden sollen. Diese Maßregel könnte absurd erscheinen, wenn sie nicht schließlich nichts anderes wäre als die konsequente Durchführung des schön bestehenden Zustandes, daß die Massen wie bisher von Stimmungsmachern ins Schlepptau genommen werden — weiter nichts. Nein, viel ernster liegt die Frage für politisch vollbewußte Persönlichkeiten: soll und kann ich die parlamentarische Parteimißwirtschaft dadurch beheben, daß ich einem Mann für die Dauer von mehreren Jahren große, vom Parlament unabhängige persönliche Vollmachten erteile?

Daß die Einherrschaft viele Vorzüge vor der Vielherrschaft hat, ist unbestreitbar. Ein Mann, dessen Amtsdauer gesichert ist, kann ganz anders die große Linie einhalten als der zeitweilige Beauftragte einer gebrechlichen Koalition von einander befehdenden Parteien.

Andererseits: Wenn dieser bevollmächtigte Mann eine verhängnisvolle Politik einschlägt, so fehlt die Möglichkeit, wie bisher, durch taktische Mittelchen seine Pläne zu durchkreuzen und zu verschleppen, bis eine umgestaltete Parteikoalition eine neue Regierung und eine neue politische Richtung bringt.

Es kommt also alles auf den Mann selbst an, der an die Spitze gestellt wird.

Ein bemerkenswerter Ausspruch lautet: Die beste Verfassung ist diejenige, welche es ermöglicht, die besten Männer zur Herrschaft zu bringen. Das Problem konzentriert sich also darauf, zuerst „beste Männer" zu haben, dann sie zu finden und endlich sie zur Herrschaft zu bringen.

Ich werde im folgenden vom Staat nur als politischem Gebilde sprechen, dessen Aufgabe allein darin besteht, seine Angehörigen als Ganzes zu sichern. Die wirtschaftlichen Interessen sollten ganz von der politischen Vertretung abgesondert und in Berufsverbänden konzentriert werden, deren auf Sach-

kenntnis beruhende Gutachten für die Politiker von maßgebendem Gewicht sein müßten.

Machen wir uns also auf die Suche nach den im staatlichen Sinne „besten Männern".

Von der Natur erhält jeder Mensch als Morgengabe auf seinen Lebensweg nur ein bestimmtes Quantum an Verstand. Dieses Quantum ist aber sehr verschieden bemessen. Da nun die Geschichte und der Augenschein zeigen, wie leicht Völker durch die Torheit ihrer Machthaber ins Verderben gestürzt werden können, so müßte in erster Linie mit dem Wahn gebrochen werden, daß jeder Mensch ohne Ansehen des Verstandes dazu befähigt sei, in den allerschwierigsten und verantwortlichsten Dingen — den politischen — seine Stimme mit dem gleichen Gewicht wie die gewichtigsten Politiker in die Wagschale werfen zu dürfen, denn „Verstand ist immer nur bei wenigen gewesen."

Gleichfalls unbestreitbar dürfte es sein, daß jede Anlage sich entwickeln läßt. So kann auch der angeborene Verstand erst durch Schulung zu seiner vollen erreichbaren Höhe gelangen. Die einzuschlagende Richtung, um nach befähigten Menschen zu suchen, ist also nicht schwer zu finden: der Weg führt über die Schulen, wo schon die erste Siebung der Unfähigsten stattfindet. Er führt dann weiter zur Hochschule, wo durch Aufwand von Arbeit, Zeit und Geld zum naturgegebenen Verstande eine Summe von Kenntnissen hinzuerworben wird.

Diese Bevorzugung der „Gebildeten" vor den „Ungebildeten", ist keineswegs eine so schlimme Ketzerei gegen die „demokratischen Prinzipien", denn wir sehen an der Spitze der organisierten Volksmassen fast ausnahmslos Männer von hohem geistigen Niveau und guter Bildung, auch wenn diese nicht durch Hochschulatteste beglaubigt, sondern durch Selbststudium erarbeitet worden sind. Den ungebildeten Tölpel lehnen die Volksmassen ab.

Es wäre aber sehr kurzsichtig, in jedem Inhaber eines Hochschulzeugnisses einen würdigen Volksvertreter zu vermuten, denn eine durch alle Gaben des Geistes und der Bildung ausgezeichnete Persönlichkeit kann ja derart eingestellt sein, daß sie ihre Fähigkeiten ausschließlich zu ihrem eigensten Vorteil ausnutzt. Ein solcher Mann ist natürlich nicht geeignet, als Politiker das Gemeinwohl zu vertreten. Von den großen Verbrechern, die oft hervorragende Gaben haben, ganz zu schweigen.

Ausschlaggebend für das Anrecht, im staatlichen Sinne „Bester" zu sein, ist die *Gesinnung*, die tiefinnerliche Durchdrungenheit davon, daß Gemeinnutz vor Eigennutz geht, und die Dienstbereitschaft und Opferwilligkeit zum Wohle des Ganzen.

Wir wollen auch diesen wesentlichsten Schritt in der eingeschlagenen Richtung weiter verfolgen: auch die estnische Hochschuljugend sammelt sich in Korporationen, deren Aufgabe es ist, Gesinnung zu züchten. Es giebt keinen stärkeren Zwang als den Druck einer eigenen gesinnungsmäßig fest zusammengeschlossenen Gesellschaft. Es müßte also die Aufgabe der studentischen Korporationen sein, neben den Begriffen von Ehre und Würde auch das Prinzip „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" ihren Gliedern fürs ganze Leben fest einzuprägen.

Infolge der geringen Kopfzahl des Estenvolkes hat jeder einzelne unendlich viel mehr Aussicht, persönlich zur Geltung zu gelangen und schon in jungen Jahren in verantwortliche Stellungen zu kommen, als in volkreichen Staaten. Die Auf-

gabe ist also verlockend und ihre Durchführung könnte schon in wenigen Jahren dem Staate Kräfte zuführen, die sein Niveau erhöhen.

Wir haben also auch den Ort gefunden, an dem die „besten Männer" geschaffen werden sollten. Wenn die Korporationen dem Staate dauernd eine reichliche Zahl charakterlich einwandfreier Männer zuführen, so kann man damit rechnen, daß sich in dieser größeren Schar stets auch eine Anzahl Überragender finden wird, die befähigt sind, im Staate hohe und auch höchste Stellen zu bekleiden.

Es gilt also innerhalb der gebildeten Oberschicht eine Aristokratie der Gesinnung zu schaffen. Verdient und erlangt diese das Vertrauen des Volks, so ist vielleicht gar keine Verfassungsreform erforderlich, um sie durch Wahlen ans Ruder zu bringen.

Versagt aber die Reserve an staatlich Hochgesinnten, so wird keine Verfassungsreform den Staat vor dem Absinken bewahren können.

Reval R. v. A.

Aus von uns unabhängigen Gründen erscheint dies Heft mit erheblicher Verspätung.

Die Schriftleitung

Mitarbeiter dieses Hefts:

Chefredakteur A. de Vries-Reval, Vorsitzender der deutsch-baltischen Partei in Estland / Dr. K. Seesemann, Mülheim-Ruhr-Heißen / B. A. Wroblewski, Berlin / K. Freymuth, Riga / G. Schröder, Berlin.

Verantwortlicher Schriftleiter Dr. Reinhard Wittram

An unsere Leser

Nur mit einer bedeutenden Verspätung können die letzten drei Hefte des laufenden Jahrganges erscheinen. Die wirtschaftliche Not unserer Zeit konnte auch auf die „Baltische Monatsschrift" nicht ohne Einfluß bleiben. Nur mit Mühe gelang es, das 9. Heft (September) erscheinen zu lassen; noch viel schwieriger gestalteten sich die Verhältnisse bei der Drucklegung des letzten Viertels, die schließlich dank dem Entgegenkommen der Druckerei W. F. Häcker ermöglicht wurde. Wir hoffen, daß die Bezieher der „Baltischen Monatsschrift" den außergewöhnlichen Umständen Rechnung tragen und die unliebsame Verzögerung freundlichst entschuldigen werden.

Heute können wir zu unserer Freude mitteilen, daß der Fortbestand der „Baltischen Monatsschrift" gesichert ist. Sie geht mit dem 1. Januar 1932 in den Verlag von Ernst Plates A. G. in Riga über; an der geistigen Haltung und politischen Richtung der Monatsschrift wird nichts geändert. Zu unserem Bedauern scheidet Herr Abgeordneter W. Hasselblatt—Reval aus dem Bestande der Herausgeber aus, da er dauernd nach Berlin übersiedelt; wir haben gegründete Aussicht, in seinem Nachfolger dieselbe tatkräftige Unterstützung der Monatsschrift zu finden.

Wir danken allen Freunden der „Baltischen Monatsschrift", die ihr durch die letzten, nicht immer leichten Jahre Treue gehalten haben; und wir hoffen, zu den alten uns viele neue Freunde zu erwerben, um die „Baltische Monatsschrift" immer weiter ausbauen zu können zu dem, was zu sein sie von jeher berufen war — dem Organ des Gesamtbaltentums.

Riga, im Dezember 1931.

Die Herausgeber

Goldwährung und Wirtschaftskrise

Von Helmut von Schulmann

I.

Es läßt sich wohl ohne Übertreibung sagen, daß ein jeder Bewohner der Welt die Wirkung der Weltwirtschaftskrise heute am eigenen Leibe spürt. Diese unmittelbare Wirkung auf die große Masse wird aber heute, im Zeitalter der schnellen Nachrichtenübermittlung und einer sensationslüsternen Presse, ungeheuer verschärft, indem die unheimliche, weil nie vorher diskontierbare Stimmung der Masse im Wirtschaftsleben zu einem Machtfaktor von weittragender Bedeutung geworden ist. Wenn heute in irgend einer Stadt eine Bank ihre Schalter schließt, so entzündet dieser kleine Funke in der Bevölkerung das Mißtrauen. Der Brand greift auf andere Banken über und setzt sich weiter über das Land fort, geschürt von der Psychose der Massen. Diese Erscheinung ist neuerdings besonders deutlich in den Vereinigten Staaten von Amerika zu bemerken, wo in diesem Jahr die Bankinsolvenzen nach Tausenden zählen. Diese Vertrauenskrise, wie man sie nennt, hat, abgesehen von der Zerrüttung der Wirtschaft eines Landes noch andere, sehr gefährliche Nebenerscheinungen zur Folge. Das Publikum flieht zunächst aus den Banken. Das bare Geld wird zu Hause aufbewahrt, d. h. seiner eigentlichen Funktion, dem Verkehr, entzogen. Die Angst vor der Wertminderung des Geldes führt zur Kapitalflucht, — man kauft sich englische Pfunde, man steigt in Dollarnoten um, verliert natürlich bei jeder Manipulation, und wenn man nicht mehr an den Dollar glaubt, so kauft man Gold. Wenn nun aber täglich dem Volke verkündet wird, daß auch das Gold im Werte sinken könne, weil sein Wert nur in seiner Bewegung liege und weil es eben in Frankreich und Amerika immobilisiert sei, so weiß der Sparer nicht mehr aus noch ein und kauft sich ein Stück Land, ein Haus, einen Sack Zucker oder sonst noch was, womit er nichts anzufangen weiß.

Wie steht es nun heutzutage mit dem Gelde überhaupt? Wie soll man sich zu diesen Geldscheinen stellen, welche dem Gesetze nach Schecks auf Gold bedeuten? Welchen Sinn hat heute das Gold?

II.

Das Gold ist in den meisten Ländern als Wertmesser und Münze gewählt worden, weil es unter allen Waren den folgenden Grundbedingungen am besten entspricht: 1) muß der Stoff, aus dem ein Wertmesser besteht, um seiner selbst willen begehrt werden; 2) muß er homogen sein, d. h. das gleiche Gewicht muß den gleichen Wert haben; 3) muß er leicht erkennbar sein; 4) muß er chemisch und mechanisch dauerhaft sein; 5) muß er ein relativ geringes Volumen haben und schließlich 6) muß er nach Möglichkeit beständig in seinem Wert sein. Man wird natürlich sagen, daß das Gold allen diesen Bedingungen nicht unbedingt entspricht, doch dürfte es keine Ware geben, welche die für die Beschaffenheit eines beweglichen Wertmaßstabes erforderlichen Voraussetzungen so gut zu erfüllen imstande ist, wie das Gold.

Der Goldstandard ist eine internationale Vereinbarung, die vor allem zum Zweck hat, die Kurse der verschiedenen Landeswährungen dauernd in einem bestimmten Verhältnis zu einander zu halten. Jeder Warenaustausch mit dem Auslande hat eine Transaktion in ausländischer Währung zur Folge, und daher ist die Überzeugung, daß jeder in Zahlung empfangene Dollar immer die gleiche Menge von Kronen wert sein wird, von größter Bedeutung.

In alten Zeiten wurden die Zahlungen direkt in Gold geleistet, — die Erfindung des Kredits hat neue Zahlungsmittel, Banknoten, Schecks und Wechsel mit sich gebracht, die zu einem festgesetzten Kurs in Gold einlösbar sind. Der Goldstandard, diese internationale Vereinbarung, kann mit einem Spiel, wie etwa Bridge oder Tennis, verglichen werden, weil es ebenfalls Regeln hat, ohne deren Befolgung es sinnlos ist. Die heutigen Kurskatastrophen sind, wie wir später sehen werden, als eine Folge davon anzusehen, daß das Spiel „Goldstandard" nicht nach den Regeln gespielt worden ist. Für das richtige Funktionieren des Goldstandards gibt es zwei Hauptregeln: erstens müssen sich die beteiligten Zentralbanken verpflichten, Gold in Münzen oder Barren in jeder beliebigen Menge zu einem festgesetzten Preise zu kaufen und zu verkaufen, d. h. ihre Währungen dem Gold gegenüber stabil zu halten. Zweitens müssen sie das Warenpreisniveau in ihren Ländern durch das Steigen- oder Fallenlassen ihrer Goldreserven regulieren. Diese beiden Regeln wurden bis zum Kriege eingehalten, — das Gold befand sich in ständiger Bewegung und erfüllte somit seine Aufgabe als Wertmesser und Preisregulator in zufriedenstellender Weise.

Der Mechanismus, durch den das Gold als Preisregulator fungierte, war sehr kompliziert, doch wird einem der Grundgedanke an der Hand der zwar vielumstrittenen, aber nie ganz widerlegten Quantitätstheorie ohne weiteres klar. In ihrer einfachsten Form besagt diese Theorie, daß die Gesamtmenge der in der Produktion oder in der Verteilung befindlichen Güter dem Wert nach der Gesamtmenge des Geldes entspricht. 1 kg Roggen enthält beispielsweise X-Werteinheiten Saatgut, Y-Werteinheiten Arbeit usw. Der Summe dieser Werteinheiten entspricht normalerweise ein äquivalenter Betrag an Geld oder Kredit, der irgendwo im Lande vorhanden ist. Steigt die Geldmenge, ohne daß die Warenmenge zunimmt, so sind die Waren mehr wert, also — die Preise steigen. Nimmt die Geldmenge ab, ohne daß die Warenmenge sich verändert, so sind die Waren weniger wert, — also — die Preise fallen. Dieses ist sehr wichtig zum Verständnis des folgenden. Denkt man über Währungsprobleme nach, so muß man sich klar darüber sein, daß ein allgemeines Steigen der Warenpreise dasselbe bedeutet, wie eine Verbilligung des Geldes, und umgekehrt. Unter Geld ist bei dieser Betrachtung aber auch der Kredit zu verstehen. Das Publikum in zivilisierten Ländern pflegt sein Geld, seine Ersparnisse nicht im Strumpf zu halten, sondern in der Depositenbank, wo es sich verzinst. Die Bank verleiht dieses Geld weiter und hält in ihrer Kasse nur einen geringen Teil dieser Summen, der erfahrungsgemäß genügt, um den täglichen Anforderungen zu genügen. Das Bankwesen der ganzen Welt beruht also in erster Linie auf dem Vertrauen in die menschliche Gewohnheit, denn wenn es in Zeiten der Panik allen Einlegern einfallen sollte, ihre Gelder zurückzuziehen, so wäre keine, auch die sicherste Bank der Welt nicht, solvent. — Nun weiter. Die Depositenbanken halten ihre Kasse zum Teil bei sich in bar, zum Teil aber in der zentralen Emissionsbank, welche auch ihrerseits diese Gelder weiterverleiht und auch ihrerseits eine Kassenreserve besitzt. Zum Unterschied von den Depositenbanken besteht diese Reserve bei der Zentral- oder Emissionsbank aus Gold und ist weit größer, denn diese Zentralbank muß nicht nur den täglichen Anforderungen der Depositenbanken an Geld genügen, sondern muß auch jederzeit bereit sein, dieses Geld gegen Gold umzutauschen. Als Deckung dieser doppelten Verpflichtungen hielten die Zentralbanken vor dem Kriege eine Reserve von 30—40 % in Gold.

Diese kurze Betrachtung macht nun die Funktion des Goldes als Preisregulators vollends klar. Das Instrument, dessen sich die

Zentralbank bei der Regelung des Geldverkehrs bedient, ist der Diskontsatz, d. h. der Preis, für den die Zentralbank Kredit gibt. Erhöht die Zentralbank den Diskontsatz, so wird der Kredit teuer, die Nachfrage nach ihm fällt, das Geld geht in die Banken, sein Volumen verringert sich, die Preise fallen. Umgekehrt, wenn der Diskont herabgesetzt wird, wird der Kredit billig, die Geldmenge wächst, die Preise steigen.

III.

Vor dem Kriege, als die reine Goldwährung überwiegend herrschte, wurde das Preisniveau automatisch reguliert, indem z. B. das Geld durch Herabsetzung des Diskonts verbilligt wurde, wenn die Goldreserve der Zentralbank über Gebühr stieg. Dadurch stiegen die Preise und das betreffende Land wurde zu einem guten Absatzmarkt, während es andererseits zu teuer lieferte. Der Warenimport stieg, der Export fiel und die Währung senkte sich im Kurse so weit, bis es für den Schuldner praktischer wurde, seine Verpflichtungen in Gold einzulösen.

Das Pfund Sterling und der Dollar hatten jeder einen gesetzlich fest fixierten Goldwert, so daß man für ein Goldpfund jederzeit rund 4,86 Golddollar erhielt. Diese Ziffer heißt die Parität. Gesetzt nun den Fall, daß England mehr Waren aus Amerika kaufte, als Amerika aus England, so waren mehr Pfundforderungen auf dem Markt als Dollarforderungen, d. h., sagen wir, auf der Londoner Börse wurden mehr Pfundwechsel angeboten, als Dollarwechsel. Die natürliche Folge war, daß das Pfund sich im Kurse dem Dollar gegenüber senkte. Wie weit konnte es sinken? Nur um den Betrag der Kosten der Goldverschiffung von London nach Newyork. In der Tat, beim Fallen des Pfundkurses mußte der Moment eintreten, wo es dem englischen Schuldner vorteilhafter war, seine Pfunde in der Bank von England gegen Gold einzutauschen und das Gold nach Amerika zu schicken, wo er für jedes Pfund anstandslos 4,86 Dollar erhielt, um seine Schuld zu bezahlen. Die Spanne zwischen der Goldparität und der untersten Grenze des Kurses nennt man Goldpunkte, und in dieser Spanne sind alle mit der Verschiffung des Goldes in Verbindung stehenden Unkosten enthalten. Voraussetzung für ein gutes Funktionieren dieses Mechanismus ist die gesetzliche Pflicht jeder Zentralbank, ihre Noten zu einem fixierten Kurs in Gold einzulösen. Beim Steigen des Imports fängt also das Gold an das Land zu verlassen, die Reserve sinkt unter normal, die Zentralbank setzt den Diskont herauf, das Geld wird teurer, die

Preise sinken und das Land wird zu einem guten Exportland und zu einem schlechten Importland. Das Bedeutungsvolle bei diesem automatischen Hergang ist der Umstand, daß bei der Goldwährung der Wert des Geldes in einem Lande nicht unter seine Goldparität fallen konnte, da in diesem Falle das Gold sofort als ausgleichender Faktor automatisch in Funktion treten mußte. Hierzu muß noch bemerkt werden, daß nicht nur der Warenaustausch allein durch das Gold reguliert wurde. England z. B. hat durch Generationen mehr Waren eingeführt, als ausgeführt, dafür ist aber das entstandene Minus immer durch Einnahmen aus der Schiffahrt, der Versicherung und aus den Kapitalanlagen im Auslande gedeckt worden. Diese ausländischen Verpflichtungen sind an England in Waren bezahlt worden, nicht aber in Gold. Englands Handelsbilanz war passiv, seine Zahlungsbilanz aber aktiv. Kein Land sammelte Gold über seinen Bedarf hinaus, die Goldreserven wurden so frei wie möglich ausgenutzt und zwar nur zwecks Regulierung internationaler Zahlungen und zwecks Ausbalancierung des internationalen Preisniveaus. Die Außerachtlassung dieser richtigen Prinzipien und die Verkennung der eigentlichen Funktion des Goldes ist aber, wie wir sehen werden, als einer der wichtigsten Gründe für die schwere Depression zu bezeichnen, unter der die ganze Welt eben zu leiden hat.

Der Weltkrieg war es zunächst, der die präzise Arbeit des feinen und komplizierten Goldwährungsmechanismus unterbrach. Eins nach dem anderen verließen die kriegsführenden Länder den Goldstandard, mit Ausnahme der Vereinigten Staaten von Amerika, in denen sich durch die Kriegslieferungen große Massen an Gold ansammelten. Anstatt aber nun nach dem Kriege der alten Regel zu folgen, d. h. die Geld- und Kreditmenge den Goldvorräten entsprechend zu vergrößern, wurde in Amerika zunächst der entgegengesetzte Weg eingeschlagen: die Kredite wurden eingeschränkt und damit der Wert des Goldes in der ganzen Welt erhöht. Der normalen Wirkung des Goldmechanismus inbezug auf die Zunahme der Wareneinfuhr in goldreichen Ländern wurden in Gestalt hoher Zollmauern Schranken gesetzt. In der Tat, Voraussetzung für das gute Funktionieren des Goldmechanismus war ein einigermaßen freier Handel. Die Schulden konnten also nicht in Waren, sondern mußten in Gold bezahlt werden, dessen Zustrom nach Newyork sich vergrößerte.

Nach der anfänglichen Einschränkung der Kredite im Jahre 1921 begann der industrielle Aufstieg Amerikas, durch den der

Export weiter gefördert wurde. Es kommt noch hinzu, daß in dieser unsicheren Zeit ein beträchtlicher Teil des internationalen Sparkapitals nach Amerika flüchtete und damit die Goldreserven der Vereinigten Staaten noch erhöhte. Dieselbe politische und wirtschaftliche Unsicherheit in Europa hinderte andererseits den amerikanischen Kapitalisten am Erwerb ausländischer Anleihen. Diese Politik der Anhäufung von Gold, verbunden mit der Errichtung hoher Zollmauern, führte zu einer Absonderung Amerikas von der übrigen Welt. Nur nach großen Anstrengungen gelang es unterdessen den europäischen Staaten, ihre Währungssysteme wieder in Ordnung zu bringen, und erst jetzt begann sich das Interesse des amerikanischen Kapitals dem europäischen Kontinent zuzuwenden. Bevorzugt wurde Deutschland, wobei aber Deutschland letzten Endes diese Summen für die Zahlung der Reparationen verwandte. Die Länder, welche diese Zahlungen erhielten, deckten damit z. T. ihre Kriegsschulden in Amerika ab, so daß das Gold an den Ausgangspunkt wieder zurückkam. Als nun die gewaltige Hausse an der Newyorker Börse im Jahre 1928 einsetzte, zog der Amerikaner es vor, sein Geld im Lande arbeiten zu lassen, um so mehr, als das europäische Spekulationskapital ebenfalls begann an der Newyorker Orgie teilzunehmen. Europa schützte sich gegen diese Abwanderung des Kapitals durch Erhöhung der Diskontraten, und die ersten Anzeichen der kommenden Katastrophe fingen an sich bemerkbar zu machen: die Preise begannen zu sinken. Der Zusammenbruch der Newyorker Börse im Jahre 1929 fiel unglücklicherweise mit einer Anhäufung von Weizen und anderen Waren zusammen, so daß die Preise nunmehr zu stürzen begannen. Die Regierungen der amerikanischen Staaten (Ver. St., Kanada, Brasilien) stützten nunmehr die Produzenten, um sie zu veranlassen, ihre Vorräte zurückzuhalten und damit den Preissturz aufzuhalten. Das Resultat war das Gegenteil: mit dem erhaltenen Gelde wurde weiter produziert, und die Preise fielen weiter. Die lawinenartige Wirkung des Preisfalls wurde weiter verstärkt durch den Umstand, daß die amerikanischen Bankiers nicht nur die Kreditgewährung an das Ausland einstellten, sondern die bereits gewährten Kredite kündigten und zurückzogen. Der Effekt war ein weiterer Zustrom von Gold nach Amerika, wo es sterilisiert, oder, wie die Engländer sagen, „getötet" wurde. In der übrigen Welt wurde das Gold teurer, und die Preise sanken dadurch weiter. Mittlerweile war in Frankreich eine ähnliche Erscheinung zu beobachten. Nach der Stabilisierung des Franken durch Poincaré begann das französische Kapital sich

wieder in Frankreich zu sammeln, und je unsicherer die Lage in der Welt wurde, umso schneller zog Frankreich seine Guthaben im Auslande ein, umso schneller führte es seine größtenteils kurzfristigen Kredite zurück. Das Resultat war also, daß am Ende dieses Sommers drei Viertel der monetären Goldbestände der ganzen Welt sich in den Vereinigten Staaten von Amerika und in Frankreich angesammelt hatten, um dort nutzlos in den Stahlkammern der Banken zu liegen.

IV.

Ich habe versucht, in großen Zügen die Entwicklung der Ereignisse bis zum Sommer dieses Jahres darzustellen. Man braucht sich nicht besonders tief in diese Chronologie zu vertiefen, um zur Erkenntnis zu gelangen, daß die falsche Goldpolitik der eigentliche Grund zum Fallen der Preise und damit zur allgemeinen Krise war, die heute schon eher den Namen einer Katastrophe verdient. Ihr Umfang geht allein daraus hervor, daß das allgemeine Großhandels-Preisniveau heute etwa um die Hälfte niedriger ist, als im Jahre 1925.

Die eigentliche Katastrophe begann mit dem Zusammenbruch der größten Bank Österreichs, der österreichischen Kreditanstalt. Es setzte sofort eine Flucht des ausländischen Kapitals aus Österreich ein, und alsbald übertrug sich die Panik der ausländischen Gläubiger auf Deutschland. Der Hooverplan kam zu spät, die Darmstädter Bank schloß ihre Kassen, und bald sah die Reichsbank sich außerstande, den an sie herantretenden Ansprüchen gerecht zu werden. Nach langen Verhandlungen wurde ein Stillhalteabkommen abgeschlossen. Das bedeutete nichts weiter, als eine Zahlungseinstellung von seiten Deutschlands, unter der England am meisten zu leiden hat, da es der größte Gläubiger Deutschlands ist. Der Brennpunkt der Krise wurde nun nach London verlegt, das ausländische Kapital begann sich in panikartiger Weise aus diesem internationalen Geldzentrum zurückzuziehen. Englands innere Schwierigkeiten, das Defizit im Budget, die passive Zahlungsbilanz kamen hinzu, und es mußte eine Anleihe in Amerika und Frankreich aufgenommen werden, um die Währung zu stützen. Nach der Balancierung des Budgets trat eine kurze Atempause ein, bis schließlich infolge der Gehorsamsverweigerung in der Flotte eine neue Panik einsetzte. Um den Rest der Goldreserven am Abfluß zu verhindern, gab die Bank von England den Kampf auf und erklärte, daß ihre Noten nicht mehr in Gold einlösbar seien. Die Folge war, daß das Pfund Sterling, am Gold

gemessen, ca. ein Fünftel seines Wertes verlor. Mit anderen Worten ausgedrückt ist die Situation jetzt folgende. Durch die Aufgabe der Noteneinlösungspflicht ist das Band, welches das englische Preisniveau an das Preisniveau anderer Länder knüpfte, zerrissen worden. Wenn der Preis für den Dollar in London steigt, kann der englische Importeur nicht wie früher bei der Bank von England Gold kaufen und zur Bezahlung seiner Schulden nach Amerika verschiffen. Der Preis des Dollars in London ist jetzt vollständig dem Gesetz über Angebot und Nachfrage unterworfen. England ist zur reinen Papierwährung übergegangen. Wenn die englischen Schulden in Newyork größer sind, als die amerikanischen Schulden in London, so muß der Engländer mehr Pfunde für den Dollar geben, d. h. das Pfund wird fallen. Die Folge ist, daß der Import nach England teuer wird, während der englische Export billig wird. Diese günstige Lage dauert so lange an, als die Produktionskosten der englischen Exportindustrie nicht steigen. Ein wenig müssen sie allerdings steigen und sind auch gestiegen, da verschiedene Rohstoffe und Lebensmittel in Gold bezahlt werden müssen. Solange aber keine Erhöhung der Löhne stattfindet, wird ein bonus für das Land verbleiben, vorausgesetzt, daß nicht die wichtigsten Kontrahentenländer ebenfalls ihre Währung sinken lassen. Werden aber die Löhne und andere Produktionskosten erhöht, so tritt Inflation mit allen ihren bekannten Folgen ein.

Wenn es heißt, daß England den Goldstandard verlassen hat, so bedeutet das keineswegs, daß das Gold von ihm als Wertmesser definitiv aufgegeben worden ist. Es bedeutet weiter nichts, als daß England, um beim früheren Beispiel zu bleiben, sich geweigert hat, an einem Spiel weiter teilzunehmen, bei dem die wichtigsten Partner nicht die Regeln einhalten. Man weiß, wie es häufig beim Eierrollen hergeht: wenn alle Ostereier sich bei einem Kinde angesammelt haben, und wenn es sich weigert, von seinem Vorrat den anderen etwas zu leihen, so ist es aus mit dem Vergnügen.

V.

Fragt man sich aber jetzt, warum denn Amerika und Frankreich, besonders Frankreich, welches, wie bekannt, auch die starke Festung des Dollars attackiert hat, — diese Isolierungspolitik verfolgen und nichts tun, um die Maschinerie des internationalen Goldstandards wieder in normalen Gang zu bringen, so ist die Antwort ziemlich einfach. Die Vereinigten Staaten von Amerika und Frankreich sind Länder, die vielleicht am

ehesten von allen anderen imstande sind, Eigenexistenzen zu führen, weil ihr Bedarf an ausländischen Waren ein relativ geringer ist. Die Franzosen sagen sich: bei der großen politischen und wirtschaftlichen Unsicherheit in der Welt ziehen wir es vor, uns vom internationalen Geschäft zurückzuziehen, wenn es uns nicht in politischer Beziehung einen guten Gewinn verspricht. Wir können ohne fremde Hilfe existieren, mögen die anderen sehen, wie sie mit sich selbst fertig werden. Frankreich kann sich diese „splendid isolation" heute vielleicht noch leisten, — die internationale Krise breitet sich aber in zunehmendem Maße auch auf dieses Land aus.

Bei Frankreich gibt es aber noch einen anderen Grund für die Einstellung dem Goldproblem gegenüber. Gold ist Macht, und man kann noch so sehr darüber reden, daß das Gold, wenn es immobilisiert ist, seinen Wert verliert, — wenn es sich um ernste Konflikte in der Welt handelt, so bleibt es doch die Waffe, mit der es sich am besten kämpfen läßt. Jahrtausendelang hat das Gold Wert gehabt, und wenn es auch morgen als internationaler Wertmesser abgeschafft werden sollte, wird die Gewohnheit im Menschen ihm noch für sehr lange Zeit seinen Wert belassen. Es haben also auch starke politische Einwirkungen unheilbringend in das präzise Räderwerk des Goldmechanismus eingegriffen. Auf diese Einwirkungen kann ich nicht näher eingehen, da ich den Rahmen des Themas damit verlassen müßte. Wo liegen aber die Fehler der Goldpolitik auf der technisch-wirtschaftlichen Seite?

In allen Ländern gibt es gesetzliche Bestimmungen über eine Mindestdeckung der Verbindlichkeiten der Zentralbank durch Gold oder unmittelbar in Gold einlösbare Devisen, d. h. Noten, Schecks und Wechsel. In Estland zum Beispiel muß der Betrag der außerhalb der Kasse der Eesti-Bank, d. h. der im Umlauf befindlichen Banknoten und der sonstigen Verpflichtungen der Eesti-Bank, also der staatlichen und privaten Einlagen, mindestens mit 40 Prozent durch die angeführten Werte besichert sein. Dieser international üblichen Bestimmung liegt der Gedanke zugrunde, daß die Goldreserve dazu dienen müsse, den Ansprüchen zu genügen, die unter außergewöhnlichen Umständen an die Zentralbank gestellt werden könnten. Die gesetzliche Festlegung der Mindestreserve hatte nun zur Folge, daß die Zentralbanken über sie hinaus eine freie Goldkasse hielten. Der Gesamtbedarf der Zentralbanken an Gold ist auf diese Art stark gesteigert worden, namentlich in der jetzigen unsicheren Zeit, wo jede Zentralbank bestrebt ist, ihre Reserven zu verstärken. So ist

z. B. heute der Geldumlauf in der Schweiz mit mehr als 100 Prozent durch Gold gedeckt. Der eigentliche Zweck des Goldes ist, wie Prof. Gustav Cassel in einem kürzlich erschienenen Aufsatz richtig bemerkt, in Vergessenheit geraten, es ist nicht mehr Mittel, sondern Selbstzweck, es wird nicht mehr als Wertmesser angesehen, sondern als Wert, und hier liegt der Kardinalfehler. Besitzt jemand ein Automobil und läßt es das ganze Jahr in der Garage stehen, so hat es seinen eigentlichen Charakter als Beförderungsmittel verloren.

Die Bevölkerung aller Länder steckt heute das bare Papiergeld in den Strumpf. Durch diese Geldhortung nimmt sie dem Gelde seine eigentliche Funktion und trägt zur Verschärfung der Krise bei. Wenn in Frankreich von amtlicher Seite Aufrufe an die Bevölkerung gerichtet werden, das Geld nicht zu verstecken, sondern in Verkehr zu bringen, so sollte die Banque de France die erste sein, welche diesem Aufruf folgt und ihr Sparkapital, das Gold, in Bewegung bringt.

Welches ist nun die Einstellung der Bevölkerung zum Geld und zum Gold? — Vor dem Kriege, als neben den Banknoten Goldmünzen in Verkehr waren, dachte der zivilisierte Mensch nicht daran, zwischen beiden einen Unterschied zu machen. Heute ist nicht nur die Goldmünze aus dem Verkehr verschwunden, — selbst die Banknoten wandern in den Strumpf. Der Krieg, die sogenannten Friedensverträge und alle von kurzsichtigen machtpolitischen Erwägungen diktierten gefährlichen Experimente an dem ohnehin schon geschwächten Körper des Kapitalismus haben das Vertrauen der Menschen in das kapitalistische Wirtschaftssystem überhaupt in den Grundfesten erschüttert. In der Beurteilung des Geldwertes sind die Menschen bewußt auf den Holzpfad geführt worden. Jeder Besitzer einer Banknote fragt sich heute und verfolgt genau, wie groß die Golddeckung ist, die hinter ihr liegt. Danach beurteilt er ihre Güte und ihre Kaufkraft. Die gesetzliche Mindestdeckung in Deutschland beträgt 40 Prozent. Als der Deckungssatz Ende Juni dieses Jahres auf 40,1% sank, regte sich alle Welt darüber auf, was nun geschehen werde, und der Abzug von Krediten aus Deutschland wurde beschleunigt. Dabei besaß die Reichsbank damals 1720 Millionen Mark in Gold. Das Bewußtsein, daß dieser Betrag durch das Gesetz der Anwendung entzogen war, hat die Nervosität erhöht.

Diese allgemeine Vorstellung vom Geldwert ist ganz falsch. Das Papiergeld ist nicht wertvoll, weil im Keller der Staatsbank ein gewisser Betrag in Gold liegt. Diese Vorstellung ist absurd. Die

Frage, warum man für eine Krone so und soviel Kilogramm Brot erwerben kann, ist ganz anders zu beantworten. Nicht das Gold ist die Grundlage einer Währung, sondern die Wirtschaft und die Klugheit der Menschen. Nicht das Thermometer macht Hitze und Kälte, sondern die allgemeine atmosphärische Konstellation. Gibt ein Land ebensoviel Werte ins Ausland, wie es vom Ausland empfängt, so ist seine Zahlungsbilanz in Ordnung. Verausgabt der Staat für die Verwaltungskosten ebensoviel, wieviel er hierzu von der Bevölkerung erhält, so ist sein Haushalt in Ordnung. Verfolgt schließlich die Emissionsbank eine kluge Geldpolitik, so bleibt das Preisniveau stabil. Sind diese drei Grundbedingungen erfüllt, so wird das Geld seinen stabilen Wert im In- und Auslande haben. Unter diesem Gesichtspunkt braucht ein Land nur soviel Gold, um gelegentliche Unterschüsse im Zahlungsverkehr mit dem Auslande auszugleichen. Sollten sich Überschüsse über diesen normalen Bedarf ergeben, so müßten sie sofort im Umlauf gesetzt werden, denn ein jedes Instrument, welches nicht gebraucht wird, rostet, verliert an Wert und bildet für den Besitzer nur eine Belastung.

Bei der Organisation des Goldstandards ist dem Golde die bestimmte Funktion, der besondere Zweck verliehen worden, als Mittel zum Ausgleich der Währungskurse und der Preise zu dienen. Diese Funktion ist ihm neuerdings genommen worden, und dadurch ist eine Revolution der Währungen, der Warenpreise und der ganzen Weltwirtschaft hervorgerufen worden. Das Gold hat früher als Wertmesser gute Dienste geleistet, und es könnte auch heute noch dieselben guten Dienste leisten, wenn es, wie früher, richtig gehandhabt werden würde. Nicht das Gold ist schuld, sondern der Mensch, der es nicht versteht, es sich richtig dienstbar zu machen. Das Gold hat sich an einigen Plätzen der Welt angesammelt. Aber gleichgültig — wo es *ist* oder wo es *nicht* ist — überall haben die Menschen den Kopf verloren, und es ist nur die Frage, durch welch ein Ventil sich die Erregung der ganzen Menschheit entladen wird. Zwei Möglichkeiten gibt es: ein neuer, furchtbarer Krieg, oder aber die endliche Eröffnung der Friedensverhandlungen, auf welche wir alle seit dem 1. August 1914 sehnsüchtig warten.

Die soziale Schichtung des Deutschtums in Lettland und die deutsche Berufsberatung

Von Arnold Boettcher

I.

Über die soziale Struktur des baltischen Deutschtums bestehen nicht nur in Deutschland, sondern vielfach auch in baltischen Kreisen immer noch falsche Vorstellungen. Man glaubt, das Deutschtum bestehe vorwiegend aus einer dünnen Oberschicht[1]) und einer Mittelschicht, denen gegenüber die unteren sozialen Schichten zahlenmäßig nur unbedeutend seien.

Nach der Volkszählung des Jahres 1925[2]) entfallen von den 35,666 in Lettland erwerbstätigen Deutschen 17,434 auf physisch Arbeitende. In letztgenannter Zahl sind auch 4857 Landarbeiter enthalten. Leider ist die Berufsstatistik der Volkszählung des Jahres 1930 noch nicht im Druck erschienen. Die Zahlen dürften sich aber nur unwesentlich verschoben haben. Offenbar ist aber der Begriff „Arbeiter" sehr weit gefaßt; welche Berufsgruppen in der Bezeichnung „Arbeiter" enthalten sind, geht aus der Statistik nicht hervor. Immerhin ist es interessant festzustellen, daß fast 50 % der erwerbstätigen Deutschen den unteren sozialen Schichten des Volkstums angehören.

Es entsteht die Frage, ob unser Volkstum eine solche Struktur hat, daß der Zuzug aus den unteren sozialen Schichten in die höheren gewährleistet und ausreichend ist.

Bis zum Ausbruch des Krieges erhielt das baltische Deutschtum immer noch Zuzug aus dem Mutterlande, so daß die Gefahr des Aussterbens oder Aufgesogenwerdens nicht akut war. Es waren Reserven für alle Berufsschichten vorhanden. Jetzt, da dieser Zuzug so gut wie unterbunden ist, haben sich die Dinge wesentlich geändert. Wir sind auf uns allein gestellt und müssen aus dem

---

[1]) Es sei in folgendem gestattet, Ausdrücke wie „untere" und „obere" soziale Schicht zu benutzen, obwohl der Verfasser sich darüber klar ist, daß diese Bezeichnungen unklar sind, doch lassen sie sich weder durch einen bestimmten Stand noch durch einen Beruf oder eine Berufsgruppe ersetzen.

[2]) M. Skujenieks, Otrā tautas skaitīšana Latvijā, Riga 1925—1928. S. 463.

eigenen Volkstum die Reserven für die Auffüllung der gehobenen sozialen Schichten ziehen. Es ist für uns daher von größter Bedeutung, daß unser Volkstum über eine soziale Schichtung verfügt und daß die unteren Schichten zahlenmäßig stark genug sind, um die oberen Schichten mit Reserven versehen zu können. Der soziale Aufstieg — zahlenmäßige Belege können dafür natürlich schwer angeführt werden — geht bei uns doch wohl so vor sich, daß das Handwerk aus der bäuerlichen Bevölkerung mit Zuzug versorgt wird, die gehobeneren sozialen Schichten aus dem Handwerk. Der direkte Sprung von der bäuerlichen Schicht in einen akademischen Beruf kommt bei uns seltener vor, als z. B. in Deutschland.

Es wäre noch festzustellen, ob die unteren sozialen Schichten stark genug sind, um sich selbst zu erhalten und für Nachschub nach oben zu sorgen.

Die deutsche Berufsberatung der Deutschbaltischen Volksgemeinschaft in Lettland hat mit der Untersuchung dieser Fragen begonnen, die leider noch nicht so weit gediehen sind, daß ein voller Überblick möglich erscheint.

Die Frage nach der Notwendigkeit einer Beratung der schulentlassenen Jugend bzw. ihrer Eltern in Berufswahlfragen dürfte heute speziell für uns kaum umstritten sein. Die Zeiten sind für uns Balten vorüber, da ein jeder lediglich Lust und Neigung und Tradition zur Maxime seiner Berufswahl erhob, da das Gespenst der Überfüllung der Berufe noch niemanden schrecken konnte, weil das russische Riesenreich noch fast unbegrenzt aufnahmefähig für alle Berufe war. Heute liegen die Dinge ganz anders. Die Berufsausübungsmöglichkeiten finden für die meisten Berufe innerhalb des Raumes des lettländischen Staates ihre Grenze. Es kommt bei der Berufswahl nicht mehr nur auf Lust und Neigung an; ausschlaggebend ist die Berücksichtigung der Frage der Aussichten des betreffenden Berufes, der Überfüllung, der Eignung für den Beruf und der Kosten der Berufsausbildung. Gewiß muß zugegeben werden, daß für hochbegabte und leistungsfähige Personen die Frage der Überfüllung des zu wählenden Berufs an Gewicht verliert, da diese sich dank ihrer besonderen Qualitäten trotz übergroßer Konkurrenz durchsetzen würden. Bedeutungslos wird die Frage nach der Überfüllung jedoch nie, denn der über angeblich besondere Qualitäten Verfügende muß diese doch erst in der Ausbildungszeit und erst recht nachher im praktischen Leben erweisen. Schulleistungen sind als Kriterium doch nur zum kleinen Teil maßgeblich. Ferner können

auch diese hervorragenden Qualitäten — gesetzt, sie bestehen wirklich, — unter Umständen nichts nützen, nämlich dann, wenn es keine Verwendungsmöglichkeit für Angehörige des gewählten Berufes gibt. Es sei hierzu für unsere Verhältnisse der Beruf des Schiffbauingenieurs als Beispiel angeführt.

Für uns Deutsche kommt noch ein sehr wesentliches Moment hinzu, das für die Notwendigkeit einer Berufsberatung spricht: das Problem der nationalen Behauptung schlechthin.

Wir Balten sind geneigt, im Hinblick auf die Leistungen in früherer Zeit unsere augenblickliche Leistungsfähigkeit zu überschätzen und gleichzeitig den erwachten starken Willen und die Bestrebungen der Letten, das geistige und kulturelle Niveau ihres Volkes zu heben, zu unterschätzen. Besteht da nicht die Gefahr des Verlustes des richtigen Augenmaßes? Wenn auch die Höhe des geistigen und kulturellen deutschen Besitzstandes durch die Leistungen des Mutterlandes sichergestellt ist, erhebt sich nicht die Gefahr der Überflügelung in unserer Heimat? Bei der Beurteilung der Gefahr, die daraus erwachsen kann, darf nicht übersehen werden, daß unser kulturelles Niveau bis in die weitesten Schichten den Kitt innerhalb unseres Volkstums bildet. Wollen wir der Konkurrenz der Andersstämmigen standhalten, wollen wir unsere Zugkraft in den eigenen Reihen erhalten, so entsteht das Erfordernis, die Kräfte zu den höchsten Leistungen anzuspannen.

II.

Eine deutsche Berufsberatung hat zunächst rein praktisch die Aufgabe, die Aufnahmefähigkeit sämtlicher Berufe für deutschen männlichen und weiblichen Nachwuchs festzustellen und die Ergebnisse dieser Untersuchungen unter Berücksichtigung der Fragen der für jeden Beruf erforderlichen Eignung, der Dauer der Ausbildung, der Ausbildungsmöglichkeiten im In- und Auslande, der Ausbildungskosten u. a. der schulentlassenen, vor die Frage der Berufswahl gestellten deutschen Jugend oder ihren Eltern zugänglich zu machen. Im Zusammenhang mit dieser — sagen wir — generellen Berufsberatung müßte eine individuelle Beratung stehn, die praktisch in eine Lehrstellenvermittlung und Hilfe bei der Niederlassung auszumünden hätte.

Erst wenn ein voller Überblick über die Berufsschichtung der Deutschen in Lettland erreicht ist und dieser Überblick auch Feststellungen für die zukünftige Entwicklung der Berufsschichtung zuläßt und sich daraus Folgerungen für nationalpolitische Gefahren, die dem Deutschtum in seiner eigenen sozialen Struktur drohen, ziehen

lassen, erst dann wird es möglich sein, eine gewisse Rangordnung der für notwendig erkannten besonderen Förderung einzelner Berufsschichten aufzustellen. Vorläufig ist das noch nicht möglich. Es kann nur festgestellt werden: die Förderung dieser oder jener Berufsschicht ist im Interesse des Deutschtums notwendig, ohne hierbei über die womöglich noch größere Dringlichkeit der Förderung einer anderen Berufsschicht etwas auszusagen

Das Amt für Berufsberatung der Deutschbaltischen Volksgemeinschaft, das am 1. Januar d. J. mit der Arbeit begann, hat sich obige Richtlinien und Aufgaben zu eigen gemacht.

In folgendem seien einige Daten über den Altersaufbau der deutschen Angehörigen verschiedener freier Berufe aus dem Jahre 1930 gebracht, die sich bis heute nur unwesentlich verschoben haben.

1) Ärzte in Riga

Von 616 im Jahre 1930 berufstätigen Ärzten sind 142 Deutsche (23,1%), davon

zwischen	20—30	Jahren	5 (3,5%)
„	30—40	„	24 (16,9%)
„	40—50	„	33 (23,2%)
„	50—60	„	35 (24,8%)
„	60 70	„	38 (26,8%)
„	70—80	„	6 (4,2%)
	unbekannt	„	1

Wir ersehen aus diesen Zahlen eine starke Überalterung des Ärzteberufes; über 40 Jahre sind 112 Ärzte, unter 40 nur 29. Im Jahre 1914 betrug der Prozentsatz der deutschen Ärzte an der gesamten Ärzteschaft Rigas 43%, im Jahre 1930 nur noch 23,1%. Es ist in Anbetracht des Altersaufbaus anzunehmen, daß der Prozentsatz in 20—30 Jahren noch beträchtlich sinken wird. Das gleiche Bild ergibt sich für die übrigen Berufszweige.

2) Zahnärzte in Riga

Von 367 im Jahre 1930 in Riga tätigen Zahnärzten sind 24 Deutsche = 6,5%, davon

zwischen	20—29	Jahren	keiner
„	30—39	„	2 (8,3%)
„	40—49	„	5 (20,3%)
„	50—59	„	9 (37,5%)
„	60—69	„	7 (29%)
„	70—79	„	1 (4,2%)

Über 40 Jahre sind 22, unter 40 nur 2.

3) Veterinärärzte in Riga

Überhaupt keinen deutschen Nachwuchs haben die Veterinärärzte. Von den 36 Veterinärärzten in Riga sind 6 Deutsche = 16,6 %, und zwar stehen alle im Alter von über 40 Jahren.

Nach den allerdings noch nicht erschöpfenden Ermittelungen erscheint kaum ein Beruf so aufnahmefähig, wie der der Veterinärärzte, Zahnärzte und Zahntechniker.

4) Juristen in Riga und Lettland

Rechtsanwälte*)	in Riga	64	
	in Lettland	28	92
Richter	in Riga	26	
	in Lettland	8	34
Prokureursgehilfen			2
Notare	in Riga	2	
	in Lettland	7	9
Gerichtsamtskandidaten			2
Sonstige Juristen			
	in Riga	23	
	in Lettland	6	29
			168

Rechtsanwälte in Riga

zwischen	20—29	Jahren	2 (3,1%)
„	30—39	„	13 (20,3%)
„	40—49	„	28 (43,8%)
„	50—59	„	17 (26,6%)
„	60—69	„	2 (3,1%)
„	70—79	„	2 (3,1%)

Richter in Riga

zwischen	30—39	Jahren	5 (19,3%)
„	40—49	„	8 (30,8%)
„	50—59	„	7 (26,9%)
„	60—69	„	1 (3,8%)
„	70—79	„	1 (3,8%)
	unbekannt	„	4 (15,4%)

*) Die Zahlen beziehen sich durchweg auf die deutschen Vertreter des Berufs.

5) Pastoren

In ganz Riga gibt es 53 Pastoren, die Anzahl der Deutschen beträgt 26, also fast die Hälfte, davon sind

zwischen	20—29	Jahren	5 (19,2%)
„	30—39	„	4 (15,4%)
„	40—49	„	7 (26,9%)
„	50—59	„	8 (30,8%)
„	60—69	„	2 (7,7%)

Im übrigen Lettland gibt es 255 Pastoren, die Anzahl der Deutschen beträgt 63 (24,7%), davon sind

zwischen	20—29	Jahren	4 (6,3%)
„	30—39	„	8 (12,7%)
„	40—49	„	12 (19%)
„	50—59	„	15 (23,8%)
„	60—69	„	22 (35%)
„	70—79	„	2 (3,2%)

6) Lehrkräfte in Riga

In Riga gibt es 588 deutsche Lehrerinnen und Lehrer und 49 alte arbeitsunfähige deutsche Lehrkräfte, die zum Teil in Altersheimen und Asylen leben. Von den 588 sind 158 Lehrer (27%), 430 Lehrerinnen (73%). An Schulen arbeiten 387 Personen, davon sind Lehrer 136 (35%), Lehrerinnen 251 (64,9%); mit abgeschlossener Hochschulbildung 104 Lehrer, 3 Lehrerinnen. Die Universität haben außerdem 34 Personen, das Pädagogische Institut bzw. Seminare 109 Personen besucht. Von anderen Berufen sind 32 Personen zum Lehrberuf übergegangen.

				Lehrer	Lehrerinnen
Zwischen	20—29	Jahren	sind	17 (10,7%)	34 (7,9%)
„	30—39	„	„	27 (17,1%)	85 (19,9%)
„	40—49	„	„	45 (28,5%)	92 (21,3%)
„	50—59	„	„	38 (24,1%)	100 (23,1%)
„	60—69	„	„	19 (12%)	86 (20%)
„	70—79	„	„	10 (6,3%)	18 (4,3%)
„	80—89	„	„	—	2 (0,5%)
	unbekannt	„	„	2 (1,3%)	13 (3%)

In dieser Aufstellung sind alle Lehrer und Lehrerinnen einbegriffen, die noch tätig sind.

Über 40 Jahre sind 112 Lehrer und 298 Lehrerinnen, unter 40 Jahre sind 44 Lehrer und 119 Lehrerinnen.

Aus dieser Zusammenstellung ist zu ersehen, daß alle akademischen Berufe hinsichtlich ihrer deutschen Berufszugehörigen überaltert sind. Das bedeutet, daß in 10—20 Jahren der Prozentsatz der Deutschen in den akademischen Berufen in weiterem sehr starkem Maße sinken wird, weil nicht genügend deutscher Nachwuchs vorhanden ist. Während also wegen Überfüllung der akademischen Berufe in Deutschland vom Hochschulstudium abgeraten wird, ist für uns aus nationalpolitischen Gründen die Hinleitung zu den akademischen Berufen nach Maßgabe ihrer Aufnahmefähigkeit erforderlich.

Es erhebt sich sofort die Frage nach der Durchführbarkeit dieses nationalpolitischen Erfordernisses, die Frage nach der Überfüllung der akademischen Berufe. Ohne Zweifel wächst von Jahr zu Jahr die Zahl der Angehörigen der akademischen Berufe, denn jährlich tritt eine erhebliche Anzahl junger Akademiker ins praktische Leben. Daß dieses allmählich zu einer Überfüllung führen muß, liegt auf der Hand. Es werden sich je später, desto mehr nur die wirklich Leistungsfähigen durchsetzen. Desto schärfer tritt für unsere akademische Jugend die Forderung hervor, alle Kräfte schon während des Studiums für die höchsten Leistungen anzuspannen, denn nur dann wird sie — und das kann nicht ernst genug hervorgehoben werden — die rapid wachsende Konkurrenz durch die anderen Nationalitäten unserer Heimat bestehen können, wenn sie über eine bessere Ausbildung, über eine höhere Berufsmoral und somit im ganzen über eine bessere Eignung für den Beruf verfügt.

Augenblicklich liegen die Dinge z. B. im Arzteberuf so, daß von einer Überfüllung in Lettland wohl kaum die Rede sein kann. Trotz der angeblichen Überfüllung dieses Berufes in Riga war es dem Berufsberatungsamt in mehreren Fällen nicht möglich, junge deutsche Ärzte zu finden, die bereit gewesen wären, sich in kleineren Städten oder auf dem Lande niederzulassen, wo Vakanzen durch Tod oder Verzug eingetreten waren. Die einzige Schlußfolgerung, die gezogen werden kann, ist doch offenbar die, daß die jungen Ärzte in Riga immer noch genug Praxis haben, so daß sie deshalb nicht geneigt sind, die Annehmlichkeiten der Großstadt mit der Abgeschiedenheit der Kleinstadt zu vertauschen. Auch sind mehrere Fälle bekannt, wo junge deutsche Ärzte mit guter Spezialausbildung sich in kurzer Zeit in Riga eine bedeutende Praxis verschafft haben. Es fragt sich natürlich, ob diese Praxis auf Kosten der deutschen oder der andersstämmigen Kollegen gegangen ist. Und das ist nicht nachweisbar.

Ebenso verhält es sich mit dem Rechtsanwaltsberufe. In mehreren Fällen wäre es für junge deutsche Rechtsanwälte möglich gewesen, in kleineren und größeren Städten Lettlands infolge von Tod oder Verzug von Rechtsanwälten die ganze Praxis zu übernehmen. Es fand sich kein Deutscher. Auf diese Weise gingen mehrere Posten dem Deutschtum verloren, die in späteren Jahren wegen des inzwischen zu erwartenden Anwachsens der Konkurrenz viel schwerer zu besetzen sein werden.

Es kann hier wegen Raummangels nicht jeder einzelne Beruf durchgesprochen werden. Nur zwei Berufe sind noch hervorzuheben: der des Zahnarztes und der des Veterinärarztes. Trotz einer Überfülle von Zahntechnikern und Dentisten besteht ein Mangel an guten Zahnärzten in ganz Lettland, namentlich in den kleinen Städten. Deutscher Nachwuchs ist so gut wie nicht vorhanden.

III.

Im Handwerk, das vom Berufsberatungsamt mit besonderer Sorgfalt untersucht worden ist, soweit es das zünftige deutsche Handwerk betrifft, liegen die Dinge ganz ähnlich wie in den angeführten akademischen Berufen. Auch hier macht sich in erschreckendem Maße das Fehlen von ausreichendem Nachwuchs bemerkbar. Ein Beispiel, um das gleich vorwegzunehmen: von etwa 100 im Laufe des Jahres 1931 in Riga bei deutschen Meistern freiwerdenden Lehrlingsstellen konnte nur ein gewisser Bruchteil von deutschen Lehrlingen besetzt werden, weil sich zu wenig deutsche Lehrlinge meldeten. Liegt diese Erscheinung daran, daß tatsächlich nicht genügend Nachwuchs vorhanden ist, daß der Handwerksberuf schlechtere Aussichten gewährt als andere Berufe, z. B. der des kaufmännischen Angestellten, oder liegt bei der schulentlassenen Grundschuljugend in starkem Maße eine falsche Berufswahl vor?

Abgeschlossene Grundschulbildung ist für einen Handwerkslehrling die erforderliche Mindestvorbildung. Jährlich treten Hunderte[1]) von deutschen Schülern nach Beendigung der Grundschule in den Beruf, nur ein Teil der Grundschulabsolventen geht in die Mittelschule über. Man müßte annehmen, daß der Nachwuchsbedarf für das Handwerk aus der Zahl der Grundschulabsolventen gedeckt werden könnte. Das Amt für Berufsberatung richtete im Frühjahr 1931 an die Direktoren der Grundschulen in Riga die Rundfrage nach der

[1]) Nach der Statistik betrug im Jahre 1928 die Frequenz der 6. Grundschulklasse aller deutschen Schulen Lettlands 1059, davon 521 Jungen, die Frequenz der 1. Mittelschulklasse 548, davon 283 Jungen. S. Tätigkeitsbericht der Verwaltung des deutschen Bildungswesens Lettlands 1920—1930. Seite 92.

Anzahl der Schüler der obersten Klassen, die das Handwerk als Beruf zu ergreifen gedächten, mit einem Hinweis auf die vorhandene erhebliche Anzahl freier oder freiwerdender Lehrlingsstellen bei deutschen Meistern. Allerdings liefen nur von einem Teil der Schulen Mitteilungen ein; die Zahl der Schüler, die ein Handwerk als Beruf gewählt hatten, betrug nicht mehr als 12. Das Gros der Schüler wählt den kaufmännischen Beruf. Als Grund für die Nichtwahl des Handwerksberufes wird von Absolventen der Grundschulen häufig die lange Ausbildungszeit angeführt, die einschließlich der Gesellenzeit 6—7 Jahre dauert. Ferner wird die Unsauberkeit der Arbeit und die Notwendigkeit, Arbeitskleider zu tragen, gescheut. Viel verlockender muß bei einer solchen Einstellung der Beruf des kaufmännischen Angestellten, des Kommis erscheinen, denn in diesem Beruf wird auf gute Kleidung gesehen. Hinzu kommt die Vorstellung eines müheloseren Erwerbs, der Möglichkeit des Aufstiegs. Man übersieht dabei die Tatsache, daß die weitaus meisten kaufmännischen Angestellten eben kaufmännische Angestellte durchs ganze Leben hindurch bleiben, ja bleiben müssen, daß die Gehaltslage sich nur unwesentlich verbessert

Die Aussichten der Erwerbsmöglichkeiten im Handwerksberuf sind vom Berufsberatungsamt eingehend untersucht worden, es wurden zu diesem Zweck, um eine theoretische Schlußfolgerung vom grünen Tisch zu vermeiden, die Handwerksmeister selbst gefragt. Wenn auch in manchen Handwerksbranchen die Konkurrenz sehr groß ist, worüber vielfach geklagt wurde, wenn auch manche Handwerke von der Industrie verdrängt oder aufgesogen werden, z. B. das Hutmacher-, Handschuhmacher- und Seilerhandwerk — diese werden jetzt gewöhnlich zu Reparaturwerkstätten herabgedrückt, oder die Meister eröffnen einen Laden, in dem die Fertigwaren der Industrie ausgeboten werden —, so war doch der größte Teil der Meister der Ansicht, daß ein tüchtiger Handwerker auch heute noch in Riga und insbesondere in den kleinen Städten Lettlands ein gutes Auskommen finden könne. Freilich muß ein Handwerker sich durch eisernen Fleiß und Zielstrebigkeit emporarbeiten, dafür ist er aber als Meister selbständig und von Konjunkturschwankungen und Krisen unabhängiger. Gute Aussichten bieten sich dem Handwerker auch in der Industrie — natürlich in wirtschaftlich normalen Zeiten —, ein Meister mit Spezialausbildung in der Textilbranche kann 600—800 Ls monatlich bei freier Wohnung, Beleuchtung und Beheizung verdienen.

Die Untersuchungen in der Provinz haben diese Ansicht insofern bestätigt, als in fast allen Städten und Flecken ein dringender Bedarf

an guten Handwerksmeistern besteht. Der Lehrlingsbedarf in den kleinen Städten Lettlands ist nur gering, weil die Meister dort in der Regel allein arbeiten. Es besteht also außerhalb Rigas ein Bedarf an ausgebildeten Meistern, in Riga — an Lehrlingen, der im Augenblick nicht gedeckt werden kann. Bei 313 deutschen Meistern in Riga arbeiteten im Jahre 1931 317 deutsche und 376 andersstämmige Gesellen und 192 deutsche und 174 andersstämmige Lehrlinge. Es ist in Riga ein Überwiegen der deutschen Lehrlinge bei deutschen Meistern festzustellen, während die andersstämmigen Gesellen die deutschen zahlenmäßig überwiegen. Wie groß die Zahl der deutschen Gesellen und Lehrlinge ist, die bei andersstämmigen Meistern arbeiten, konnte nicht ermittelt werden. Daher wäre es zum mindesten zu früh — wahrscheinlich falsch —, wenn aus obigen Zahlen geschlossen werden sollte, daß infolge des Überwiegens der deutschen Lehrlinge die Gefahr des Verdrängtwerdens der Deutschen durch Andersstämmige im Handwerk nicht bestehe. Schon in den übrigen Städten und Flecken Lettlands ist die Lage eine ganz andere. Dort arbeiteten bei insgesamt 235 deutschen Meistern 94 deutsche und 146 andersstämmige Gesellen und 42 deutsche und 143 andersstämmige Lehrlinge. Somit überwiegen hier sowohl bei den Gesellen als auch bei den Lehrlingen die Andersstämmigen in sehr starkem Maße. Der Lehrlingsnachwuchs aus der Provinz bevorzugt verständlicherweise die Lehrstellen in Riga, die ihm in weitem Maße offenstehen.

Wie aus obigem hervorgeht, besteht die Gefahr der Schrumpfung des deutschen Handwerkerstandes mangels genügenden Nachwuchses. Gewiß soll eine Berufsberatung sich davor hüten, der schulentlassenen Grundschuljugend, die nicht gewillt ist, das Handwerk als Beruf zu ergreifen, zum Handwerk zuzuraten, weil auf diese Weise dem Handwerk vielfach ungeeignetes Material zugeleitet werden würde und ihm damit nicht gedient wäre. Wohl aber soll sie durch sachliche Darlegungen der Lage des Handwerks, der Aussichten dieses Berufes aufklärend wirken, Irrtümer beseitigen und damit generelle Berufsberatungsarbeit leisten, die auch der Elternschaft zugänglich gemacht werden muß. Es ist mit einer gewissen Sicherheit anzunehmen, daß bei einem großen Teil der Grundschüler falsche Berufswahl infolge falscher Vorstellungen über den gewählten Beruf vorliegt.

Leider konnten die kaufmännischen Berufe vom Berufsberatungsamt noch nicht untersucht werden — es wird eine seiner nächsten großen Arbeiten sein —, so daß eine Gegenüberstellung dieser beiden Berufsschichten noch nicht möglich ist.

Die Stellung der baltischen Jugend innerhalb der gesamten deutschen Jugend

Von Carl Schneider

Vortrag, gehalten in Riga am 26. Oktober 1931 auf der Delegiertentagung des Verbandes deutscher Jugend in Lettland

I.

Will man die heutige Jugend im Deutschen Reich verstehen, so muß man sich vor Augen halten, daß sich in den letzten Jahren im Reich ein ungeheurer Umschwung vollzogen hat. Wir können wieder einmal eine der von Th. Litt als für das deutsche Geistesleben so charakteristisch bezeichneten Pendelschwingungen des deutschen Geistes beobachten.

Die eigentümliche Synthese von Romantik und Rationalismus, die das deutsche Geistesleben der Nachkriegszeit beherrschte, die sich in der höchst merkwürdigen Verbindung von starrem Dogmatismus mit fest gefügten Ideologien und einer um dieser dogmatischen Konstruktionen willen stürmenden und drängenden, das Alte zersetzenden, unduldsamen Bewegung zeigte, ist tot oder liegt im Sterben. Man mag das bedauern oder begrüßen, sicher ist, daß sich Geschichte nicht aufhalten läßt und daß es überaus töricht ist, diese Dinge zu verschweigen oder nicht sehen zu wollen. Sie sind einfach. Gewiß ist die vergangene Periode nicht spurlos vorübergegangen; aber das Pendel schlägt bereits nach der anderen Seite aus.

Die Ursachen dafür sind mannigfaltig. Die unaufhörlichen politischen Niederlagen, die der Dogmatismus erlitt, der unleugbare Aufstieg des in den Gemütstiefen der menschlichen Seele verankerten Radikalismus, die unerhört nüchterne Tatsächlichkeit der Arbeitslosen, die sich durch keine Romantik lösen läßt, die bedenkliche Auflösung und Lockerung des Ethos, alles das und vieles mehr hat den Umschwung, soweit er nicht überhaupt einer geschichtsmetaphysischen Gesetzlichkeit folgt, hervorgerufen.

Naturgemäß zeigt sich das am deutlichsten in der Jugend. Lassen Sie mich die am deutlichsten erkennbaren Züge dieser neuen Jugend zeichnen.

Im Vordergrund steht das neue völkische Erwachen der deutschen Jugend. Die Romantik und den Rationalismus des Internatio-

nalismus glauben in der heutigen deutschen Jugend nur noch ganz wenige. Der beispiellose Aufschwung der völkischen Jugendorganisationen, wie sie auch immer heißen mögen, die völkische Umgestaltung so vieler bisher ganz anders Gerichteter, die völkischen Mehrheiten in fast allen Studentenvertretungen, die es zum Teil schon fertiggebracht haben, die festen Gefüge der alten Korporationen zu sprengen, sind schon äußerlich sichtbare Zeichen. Aber es gibt viel allgemeiner, Kriterien dafür, die sich in allen, nicht etwa nur den rechten Jugendorganisationen finden lassen. Besuchte man vor 5, 6 Jahren ein Jugendlager, so wurde da viel gesungen, geschwärmt, vorgelesen, gewandert, getanzt, und vor allem unendlich viel geredet. Jeder einzelne war unsagbar wichtig; tausendmal diskutierte Fragen wurden immer aufs neue diskutiert. Kommt man heute in ein solches Lagere so sieht es da ganz anders aus. Kurz und militärisch geht es zu, die körperliche Anstrengung verbietet das lange Diskutieren, der einzelne ist höchst unwichtig geworden im Gegensatz zum Ganzen, an die Stelle des Tanzens und Schwärmens ist harte Arbeit getreten, planmäßig hat man sich in den Schaffensprozeß der Nation hineingestellt, indem man etwa in den Grenzmarken sich bedingungslos der Landwirtschaft zur Verfügung gestellt hat. Überall Zucht und Disziplin, der militärische Charakter ist überall zu erkennen. Und weiter: auf den Straßen, auf denen man vor 5, 6 Jahren mit Zupfgeige, mit aufgelöstem Haar, Jungen und Mädels durcheinander zog, ziehen heute straff organisierte Trupps in Uniformen — von den Nationalsozialisten auf der einen Seite bis zur roten Jugend auf der anderen. Auch hier hilft es nicht, zu bedauern oder zu begrüßen; zuerst gilt es einfach zu sehen.

Mit diesem völkischen und militärischen Zug geht Hand in Hand ein neues Besinnen auf Geschichte und Tradition. Für die „alte" Jugendbewegung war die Negierung aller Geschichte und Tradition, soweit sie nicht romantische Gefühlsstimmungen erregte, charakteristisch. Die Alten hatten alles falsch gemacht; Richard Dehmels bekanntes Wort:

Und wenn dir einst von Sohnespflicht,
Mein Sohn, dein alter Vater spricht,
Gehorch ihm nicht, gehorch ihm nicht"

wurde viel zitiert und nicht nur zitiert. Jeder wollte Führer sein, keiner Geführter. Man konnte in Abgangsreden von Abiturienten erleben, daß der Primus der Unterprima den Scheidenden zurief: „Ihr geht alle hinaus, um Führer zu werden und das besser zu machen, was unsere Väter verdorben haben".

Das ist heute anders geworden. Heute geht ein lauter Ruf nach Führung, nach Tradition, nach Geschichte durch die reichsdeutsche Jugend. Die fast abgöttische Verehrung Friedrichs des Großen, der blinde Gehorsam in allen diesen Gruppen gegen den Führer, die Veränderung in der Lektüre des Jugendlichen — das alles gehört hierher. Wie oft kommt es vor — ich kenne selbst eine Reihe solcher Fälle —, daß kleine jugendliche Trupps, die in den Ferien wandern wollen, heute einen Lehrer suchen, der sie führt. Vor 5, 6 Jahren war das nahezu unmöglich.

Damit hängt das neue Ethos dieser Jugend zusammen. Die „alte" Jugendbewegung hatte sich auch ethisch zu Ende gedacht. Weithin war die ethische Problematik, die einst in diesen Kreisen diskutiert worden war, ausgelaufen in ein ewiges Bespiegeln erotischer Fragen, die immer aufs neue hervorgeholt wurden, und übrig geblieben waren die degenerierten Gebilde der strumpflosen Studentin, die barfuß und mit ungekämmten Haaren ins Kolleg kam, oder der Kaffeehausjüngling, der jahraus, jahrein von der Problematik der Kameradschaftsehe geistig lebte. Aber sehen wir von diesen Grenzfällen ab: man kann doch feststellen, daß die „alte" Jugendbewegung sich vorwiegend mit den Rechten der Jugend befaßte.

Gerade hier setzt das neue Ethos ein. In der disziplinierten, geführten, zuchtbejahenden Jugendgruppe muß ganz naturnotwendig die Frage nach den Rechten verschwinden und die nach der Pflicht der Jugend in den Vordergrund treten. Wenn ich mich nicht irre, glaube ich doch, davon in der reichsdeutschen Jugend viel zu verspüren. Man fängt wieder an, eine Sache um ihrer selbst willen zu tun, und man lernt wieder, freiwillig Opfer zu bringen, wenn es sein muß, das Opfer des Lebens. Rationalisten und Romantiker schütteln darüber ihre Köpfe, sie werden das nie verstehen — aber es scheint so, wenn nicht alles trügt, daß jetzt wieder ein junges deutsches Geschlecht ersteht, das wahrhaftig leiden und opfern will. Vielleicht ist das der einzige Lichtblick im Dunkel unserer Tage.

Möglich ist das nur, weil die gesamte — nun, brauchen wir einmal dieses Lieblingswort der „alten" Jugendbewegung — Problematik der Jugend eine andere geworden ist. Die Zeit ist zu ernst, Volkstänze zu repristinieren und Naturmystik einzustudieren, Nächte mit dem Suchen nach unmöglichen Fragestellungen überspitzter Dialektik zu verbringen. Jugendherbergen und Lieder, Wandern und Treffen, das ist geblieben — aber das alles sieht heute anders aus: die Fragen nach Arbeit und Lebensraum, nach den ganz nüchternen

und doch so großen Angelegenheiten unserer Gegenwart haben sich gewaltsam in den Vordergrund gedrängt, und die Jugend ist sich wieder darüber klar, daß sie diese Dinge nicht wegträumen und wegdiskutieren kann, sondern daß sie sich mitten in sie hineinstellen muß.

Das ist die vielgerühmte und vielgehaßte neue Sachlichkeit der deutschen Jugend. Gewiß liegt in ihr die Gefahr eines allzu starken Eingehens auf Technisches, Wirtschaftliches, Alltägliches — aber einmal übersehe man nicht die Notwendigkeit, die sie hervorgerufen hat, den Blick auf die Tausende, die arbeitslos sind oder keine Lebensmöglichkeit haben, andererseits gestehe man doch wohl zu, daß es besser ist, sich einen Sportplatz selbst zu planieren, ein Segelflugzeug zu bauen, über ein Arbeitszwangsgesetz nachzudenken, mit einem verehrten Geographielehrer in jeden Ferien auslanddeutsche Gebiete zu besuchen – nicht um zu schwärmen, sondern positiv dem Volkstum zu dienen, — als darin aufzugehen, daß man sich an Frank Thießscher oder an Ben Lindsayscher Eheproblematik vergeudet.

Endlich ein letztes: auf diesem Untergrund hat sich auch die Weltanschauung der deutschen Jugend nicht unwesentlich gewandelt. Wenn man bei der „alten" Jugendbewegung etwa einen Abend verbrachte, so war man doch oft genug erschüttert über die Oberflächlichkeit, mit der da ein Weltanschauungspotpourri aufgeführt wurde. Marienlieder, Landsknechtsgesänge, ein Stück Nietzsche, ein Stück Neues Testament in Umdichtung oder „gereinigter" Übersetzung, etwas aus der Edda, ein ganz Moderner, der wieder etwas ganz anderes sagte — das alles wurde an einem Abend geboten und auf einer Ebene erlebt. Nichts wurde ganz und in seiner Eigenart erfaßt, es war wahrhaftig weder etwas Kaltes noch etwas Heißes, sondern eine Summe beschnittener, zurechtgestutzter, ihrem Wesen nach ganz konträrer Gebilde.

Auch hier scheint es zu einer Besinnung gekommen zu sein. Jedenfalls macht sich überall eine Annäherung der Jugend an die alten Grundlagen deutscher Weltanschauung, vor allem auch an das Christentum bemerkbar. Ich denke dabei nicht nur an das Anwachsen der kirchlichen Jugendgruppen beider Konfessionen, sondern eine Bewegung, die auch weitere Kreise erfaßt hat. Wie eindrucksvoll war mir eben noch die starke Teilnahme der Jugend an der Haupttagung des Gustav-Adolf-Vereins in Osnabrück! Gewiß kommen dabei sehr seltsame Synthesen vor; sie sind zu bekannt, um einzeln aufgezählt zu werden, aber es wird sich auch da noch vieles klären.

Allerdings darf nicht übersehen werden, daß die heutige deutsche Jugend auch so manche Schattenseite aufweist, die durch die Wandlung der letzten Jahre nicht erhellt, sondern sogar verdunkelt worden ist. Lassen Sie mich nur drei anführen. Noch immer wächst die Zersplitterung in der deutschen Jugend. Die unseligen Parteigegensätze sind in die Jugend hineingetragen worden und haben unendlich viel Verwirrung gestiftet. Noch immer ist der Individualismus in der deutschen Jugend so stark, daß zwar nicht mehr die romantische Vereinzelung des Menschen, wohl aber die Vereinzelung der Gruppen herrscht. Tausend kleine Bünde und Gruppen stehen nicht nur neben, sondern gegen einander; oft wollen sie genau das gleiche oder wenigstens sehr ähnliches, aber die Organisation erlaubt nicht, zur anderen Gruppe die Brücke zu schlagen. Der Gymnasiastenverein verachtet den Realgymnasiastenverein und der jugendliche Turnverein den jugendlichen Stenographenverein, der Fußballer den Handballer, kurz: wir stehen vor einem Chaos von im Wesentlichsten einig Fühlenden, aber durch das Unwesentlichste Getrennten.

Dazu ein zweites. Eine ganz gefährliche Kritiklosigkeit hat in der Jugend um sich gegriffen. Sie ist wohl ein Gegenschlag gegen die krittelnde rationalistische Art der vergangenen Periode, aber sie ist nicht weniger gefährlich. Durch sie ist die Jugend heute jeder Propaganda, jeder mit Lärm und Reklame auftretenden neuen Sache fast rettungslos ausgeliefert. Es ist schon erschütternd zu sehen: wie kritiklos heute so viele reichsdeutsche Studenten wissenschaftliche Meinungen annehmen, wenn sie mit Pathos vorgetragen werden; noch schlimmer ist es auf allen anderen Lebensgebieten. Der Propagandist hat in dieser Jugend oft mehr Erfolg als der wahre Führer, denn dieser schreit nicht und fordert eine erst durchkämpfte Stellungnahme: „Könnt ihr den Kelch auch trinken, den ich trinke?" Der Propagandist dagegen verspricht verantwortungslos, und der kritiklose Jugendliche traut blind dem, der am meisten an Großem und Gutem verspricht. Hier sehe ich eine der Hauptgefahren dieser Zeit.

Endlich ein letztes: der reichsdeutsche Jugendliche lebt noch immer in einer gewissen Enge. Zwar mehren sich von Jahr zu Jahr die Gruppen, die über die Reichsgrenzen hinausziehen, zwar hat der völkische Gedanke den Partikularismus und die Biedermeiermentalität hier und da schon überwunden, aber es fehlt der reichsdeutschen Jugend die Weltweite, die man etwa so vorbildlich an der

englischen Jugend beobachten kann. Es ist unschwer zu erkennen, daß dies letztere mit der Zersplitterung und der Kritiklosigkeit aufs engste zusammenhängt, ja oft genug die Quelle dafür ist.

II.

Versuchen wir nun daneben einmal ganz ehrlich und sachlich die Frage nach den Eigenarten der baltischen Jugend zu stellen. Fraglos hat sie eine Reihe von Vorzügen, die der reichsdeutsche Jugendliche nicht besitzt, fraglos hat sie aber auch Schwächen, die der Reichsdeutsche nicht hat.

Als höchster Besitz der baltischen Jugend erscheint mir immer ihre Tradition, ihr Volksbewußtsein, ihr festes, unverrückbares Ziel, den letzten deutschen Kulturposten im Osten mit aller Zähigkeit festzuhalten. Das, worum die reichsdeutsche Jugend erst mühsam kämpfen muß, das ist hier schon gegeben: eine deutliche, nicht zu verfehlende Aufgabe, die die Geschichte selbst gestellt hat. Nicht als ob nun alles an dieser Tradition unbesehen anzunehmen wäre. Jedes Zeitalter muß das Erbe der Väter aufs neue revidieren. Aber es darf dabei nicht blindlings einer Stimmung, einem Dogma, das aus der Zeit geboren ist, einer Mode folgend abschneiden oder gar zerstören. Die großen, nicht willkürlich zu schaffenden Gegebenheiten Blut, Geschichte, Tradition, Schicksal, Heimat, die *hat* die baltische Jugend. Das ist ein Segen ohnegleichen, auch wenn diese Güter zuweilen von einer Staubschicht überdeckt sind. Nur eine Ressentimentstimmung, die selbst an diesen Gütern nicht teilzuhaben gewillt ist, weil sie nicht so bequem zu halten sind, kann das verkennen. Daß das freilich nicht von der Verpflichtung befreit, den Staub zu entfernen, ist ja selbstverständlich und braucht nicht gesagt zu werden.

Damit ist aber sofort ein zweites gegeben. Die baltische Jugend hat eine Kampfeinstellung, diese Güter zu wahren. Es gibt in Dingen der Kultur und des Geistes keinen ewigen Frieden. Ob es ihn mit den Waffen gibt — wer mag das entscheiden; auf unserem Gebiet gilt: „Ich bin nicht gekommen, Frieden zu bringen, sondern das Schwert". Jede Kultur, die nicht um ihre Erhaltung und Vertretung kämpft und leidet, ist schon im Absterben. Andererseits wächst nur der ganz in die Tiefen seiner eigenen Kultur hinein, der täglich für sie zu kämpfen hat. Es ist überaus töricht — und ein Blick auf die Kulturgeschichte zeigt das deutlich genug —, von einer Überbrückung oder Vermischung der Kulturen zu reden. Das bedeutet

immer nur, daß die stärkere — nicht immer die höhere — Kultur die schwächere vernichtet.

Die baltische Jugend weiß etwas davon und steht mitten in diesem Kampf. Auch das ist ein Segen. In der baltischen Geschichte ist deutsche Kultur sieghaft verteidigt worden gegen Polen, Schweden und Russen — heute ist geschichtsgegebene, schicksalhafte Aufgabe unserer Jugend der Geisteskampf mit den Letten. Es wird alles, auch für die Jugend selbst, darauf ankommen, wie sie diese Kampfstellung bejaht und wie sie diesen Kampf durchführt.

Hier kommt ihr das große, einheitliche Volksbewußtsein zu Hilfe, das in ihr lebt. Der Reichsdeutsche ist immer wieder erschüttert, wenn er sieht, mit welcher Einheitlichkeit und Disziplin das baltische Deutschtum etwa bei den Wahlen vorgeht. Aber auch sonst lebt hier eine Einheit, wie sie leider im Reich noch immer unmöglich ist. Der deutsche Gedanke steht über den Einzelinteressen; man fügt sich der ehernen deutschen Wahldisziplin, selbst wenn man aus wohlberechtigten Gründen Einwände gegen den zu wählenden Abgeordneten hat. Man hat es gelernt, auch den zu ertragen, der anderer Meinung ist, wenn er nur derselben Sache dient.

Diese Einheit erstreckt sich schließlich auch auf die weltanschauliche Grundlage. Hier, scheint mir, sehen die Pessimisten zu schwarz, die von dem Niedergang der baltischen Weltanschauung reden. Werden doch alle, auch die Jugend, ganz bewußt getragen von dieser vom Christentum und vom deutschen Idealismus geformten Grundauffassung des Lebens, auch wenn ihre Formen oft wechselnde und veränderliche sind. Die Grundlage, die den Willen zum starken Ethos, den Blick auf das Transzendente, Ewige, die Verachtung für alles nur Materielle, die absolute, letzte Opferbereitschaft enthält, ist da und ist stark und, wie mir scheint, zunächst trotz aller Angriffe eines flachen Rationalismus, der aus der Zeit herstammt, als man im Reich noch rationalistisch war, nicht ernstlich in Gefahr.

Aber übersehen wir nun zum Schluß auch die Schwächen der baltischen Jugend nicht. Wenn ich mich in ihnen täusche, so bitte ich von vornherein nicht zu übersehen, daß ich noch nicht so lange hier bin wie Sie; aber ich glaube doch, für das Folgende genug Belege zu haben.

Ein schlimmer Fehler scheint mir das immer mehr um sich greifende Minderheitsbewußtsein. Vergessen wir nicht, daß das Wort Minderheit auch solch ein rationalistisches Gebilde ist, das glaubt, mit Nummern und Statistiken alles abmachen zu können. Kulturen

aber, und um die geht es uns, Gebilde des Geistes lassen sich nicht zählen und in Kurven darstellen. Hier gibt es keine Minderheiten. Unsere deutsche Kultur, die wir vertreten, ist anders, ganz anders als die russische oder lettische, aber dies Andersein ist nicht auf eine Zahlenformel zu bringen. Wenn wir irgendwo in Europa rechtlos sind, so sind wir trotzdem nicht Minderheit. Mögen diese Andeutungen genügen. Die baltische Jugend muß endlich einmal wieder einsehen, daß die Kultur, die sie zu verteidigen hat, keine Minderheitskultur ist und daß ihre Geschichtsaufgabe keinen, aber wahrhaftig keinen Anlaß zu Minderwertigkeitsgefühlen, die mit dem mathematischen Minderheitenbegriff untrennbar verbunden sind, hat.

Dann ist aber auch der Pessimismus unberechtigt, dem sich weite Kreise unserer Jugend hingeben. Gewiß, die Lage ist für den jungen Menschen schwer. Aber ist sie schwerer als im Reich, wo Hunderttausende von Jugendlichen das Arbeitslosenschicksal vor sich haben? Die baltische Jugend hat Raum, hat Möglichkeiten, wenn sie sie nur nicht verpaßt.

Aber dann muß sie ganz anders und viel mehr arbeiten lernen als sie heute arbeitet. Verzeihen Sie mir die scharfen Worte, aber in dieser Hinsicht geht durch die reichsdeutsche Jugend doch ein anderer Schwung als durch unsere. Wir müssen wieder lernen, die Sache, die uns aufgetragen ist, mit aller Energie und Tatkraft ohne Zielerwägungen, ohne Grübelei zu tun, um ihrer selbst willen zu tun, ohne Blasiertheit, ohne Scheu vor der Art der Arbeit.

*

Stellen wir nun noch einmal die beiden, reichsdeutsche Jugend und baltische Jugend, nebeneinander. Es ist ganz gewiß, daß wir von einander lernen können und lernen müssen: die drinnen im Reich von uns Heimatliebe und Geschichtsbewußtsein, Tiefe der Weltanschauung und tapferen Kampf, Opfern und Leiden; wir hier draußen vom Deutschtum im Reich die Tatkraft, die nicht müde wird, den Lebensmut, der sich nicht werfen läßt, den Schwung und die Energie, die auch in den dunkelsten Tagen nicht aufgibt. Werden wir uns nur der Verantwortung für einander bewußt! Noch immer gibt es bei uns Kreise, die dem Reichsdeutschen mit Mißtrauen begegnen und die in einer Ehe eines Balten mit einem Reichsdeutschen eine Mischehe sehen, und noch immer gibt es im Reich Kreise, die etwa um wirtschaftlicher Vorteile willen das baltische Deutschtum aufzugeben bereit wären. Wenn wir nicht beide ver-

derben wollen, muß das bei beiden anders werden. Und hier muß die Jugend eingreifen. Jedes Wort, jede Zeile, die von hier hinübergeht und von drüben herüberkommt, hilft da mit. Tragen wir unser Schicksal gemeinsam, und wir erfüllen die Aufgabe, die uns gestellt ist. Auf äußeren Erfolg oder Mißerfolg kommt es dabei vor dem Herrn der Geschichte nicht an.

Das Memelproblem

Von ***

Die Literatur über das sog. Memelproblem dürfte in einem stattlichen Bücherschranke kaum mehr Platz haben. Wenn man jedoch eineinhalb Dutzend dieser Bücher und Broschüren gelesen hat, so kann man sich die Lektüre des Restes getrost sparen. Denn in fast allen findet man die gleichen statistischen Angaben, die gleichen Schilderungen der geographischen Lage des Landes, die gleichen Beschreibungen der Eigentümlichkeiten der Bewohner und der Einrichtungen, die gleiche Feststellung: der größte Teil der Bevölkerung sei deutsch gesinnt und habe unter der litauischen Herrschaft viel zu leiden, den gleichen Hinweis darauf, daß Deutschland in Memel kulturelle und völkische Belange zu wahren habe; ein weiteres gemeinsames Merkmal ist das Fehlen einer Formulierung des Memelproblems. Der Hauptunterschied zwischen dem jeweils zuletzt erschienenen Werk und seinen Vorgängern scheint darin zu bestehen, daß der Büchernachweis um eine oder einige Nummern größer ist. Wer sich für den Aufbau der Memelautonomie interessiert, findet reichhaltiges, zum Teil (vorzüglich) kommentiertes Dokumentenmaterial in der leider schon teilweise überholten und in einigen wichtigen Punkten sehr danebengreifenden Verfassung des Memelgebiets von Albrecht Rogge, eine knappe Schilderung von Land und Leuten in Schierenbergs „Memelfrage als Randstaatenproblem" (vor Benutzung des Dokumentenanhanges sei dringend gewarnt), eine stellenweise etwas umständliche Darstellung der völkischen Situation in Joh. Gauß' „Die völkischen Verhältnisse im Memelgebiet", eine leider nicht genügend durchgearbeitete, trotzdem aber recht gute Übersicht über die historische Entwicklung der Memelverfassung in F. Janz's „Entstehung des Memelgebiets". In den folgenden Zeilen soll von allem dem nicht die Rede sein; sie wollen sich auf eine im Rahmen eines Zeitschriftenaufsatzes naturgemäß nur knappe Darstellung einer Reihe von der

Literatur stiefmütterlich behandelter, zum Verständnis der politischen Vorgänge im Memelgebiet indessen nicht belangloser Tatsachen beschränken.

Memel ist für Litauen nicht nur wichtig als Beherrscher des Unterlaufes des Memelflusses und als Zugang zum Meere, der ihm Teilnahme am Ostseehandel und die Möglichkeit sichert, seine Flottenpläne zu verwirklichen (ohne den Memeler Hafen wäre Litauen Binnenstaat, denn der von Lettland auf Grund eines englischen Schiedsspruches abgetretene „Ostseehafen" Polangen ist infolge seiner ungünstigen Lage an einer ungegliederten Küste und einem zum Unterbringen größerer Schiffe ungeeigneten Flüßchen, der Schwenta, bisher zu keiner Bedeutung gelangt); darüber hinaus bedeutet das Memelgebiet mit seinen 140,000 alles andere als anspruchslosen Einwohnern eine bedeutsame Erweiterung des inneren Marktes für eine Anzahl von Erzeugnissen Altlitauens und in Anbetracht der starken Inanspruchnahme der in litauische Regie übergegangenen Verkehrseinrichtungen sowie des großen Verbrauches an zoll- und akzisepflichtigen „Luxuswaren" eine sehr wichtige Stütze des litauischen Staatshaushaltes. Nicht gering ist schließlich die Bedeutung des Erwerbes und der Behauptung des Memelgebiets für die Stärkung des durch die Annexion von Wilna durch Polen beeinträchtigten nationalen Selbstgefühls. Jede litauische Regierung, ob aus Christlich-Demokraten, Volkssozialisten oder Tautininkern (Nationalisten) zusammengesetzt, verfolgt das Ziel, Litauen den Besitz des Memelgebietes zu sichern, gleichgültig mit welchen Mitteln.

Litauen ist für einen Teil des Memeler Handels und der Industrie das natürliche engere Hinterland, für einen anderen Teil der Händler und Fabrikanten sowie für die Landwirtschaft, d. h. den weitaus größten Teil der Bevölkerung, der billiger produzierende und billiger verkaufende Konkurrent, der einen allmählich zugrunde richtet, für alle Memelländer aber der Nutznießer des Versailler Diktats, zu dem man angesichts der ganz anders gearteten Sprache, Geisteshaltung, Konfession, Sitten und Zivilisation seiner Bewohner keine rechten Beziehungen hatte, hat und haben will. Unter diesen Umständen ist es verständlich, wenn die Mehrzahl der Memelländer von einer Angliederung des Gebietes an Litauen nichts wissen wollte, sondern die Wiedervereinigung mit Deutschland erstrebte und, als diese Hoffnung im Hinblick auf die politische Konstellation begraben werden mußte, für den Freistaatsgedanken und nach 1923 für eine weitgehende Selbständigkeit im litauischen Staat eintrat.

Die unter entscheidender Mitwirkung eines nordamerikanischen Juristen zustandegekommene und daher vielfach nur unter Berücksichtigung nordamerikanischer Rechtsanschauungen und -verhältnisse verständliche Memelkonvention von 1924, ein beim Völkerbund registriertes Abkommen zwischen Großbritannien, Frankreich, Italien, Japan und Litauen, welcher die Verfassung des Memelgebiets, das sog. Memelstatut, als Anlage II beigefügt ist, sucht einen Ausgleich zwischen den litauischen Interessen und den memelländischen herzustellen, insofern als sie Litauen die Souveränität über das Memelgebiet überträgt, jedoch vorbehaltlich der Gewährung einer Territorialautonomie an das Gebiet, die Litauen ohnehin aus eigenem Antriebe dem Gebiet in der Erklärung seines damaligen Ministerpräsidenten Galvanauskas in Aussicht gestellt hatte. Damit waren die äußeren Voraussetzungen für eine memelländisch-litauische Zusammenarbeit geschaffen. Daß es indessen zu dieser Kooperation in der Folgezeit bis heute noch nicht gekommen ist, liegt daran, daß die Autonomieerklärung litauischerseits nicht ernstgemeint, sondern lediglich zu dem Zwecke abgegeben war, die Übertragung der Souveränität über das Gebiet an Litauen zu sichern. War diese erfolgt, dann sollte möglichst rasch der Abbau der Autonomie erfolgen.

Der litauische Kampf gegen die memelländische Autonomie hat zwei Wurzeln: den litauischen Nationalismus und den Zentralismus. Die Nationalisten wünschen die Beseitigung des Autonomiestatuts und der auf ihm beruhenden Institutionen, um dadurch den Memelländern den weiteren Aufenthalt im Gebiet unerträglich zu machen und das „erlöste Land" in ein zu 100 Prozent von Litauern bewohntes zu verwandeln; die Zentralisten sind gegen die Autonomie eingestellt wegen der damit verbundenen Belastung des litauischen Staatshaushaltes (in Wirklichkeit erhält das Memelgebiet nur einen Bruchteil der von ihm selber aufgebrachten Zoll- und Akziseleistungen ähnlich wie Danzig von Polen erstattet) sowie aus dem Bestreben heraus, völlig „Herren im eigenen Hause" zu sein, was bei Fortbestehen der Autonomie eben nicht restlos zu erreichen ist. Nationalisten und Zentralisten arbeiten in der Memelfrage Hand in Hand, auch wenn sie sich sonst feindlich gegenüberstehen; der einzige Unterschied zwischen ihnen besteht darin, daß die Nationalisten unbedingt für eine Ausrottung des Deutschtums in Memel eintreten, während die Zentralisten bei einer Preisgabe der Autonomie sich mit dem weiteren Verbleiben der Deutschblütigen und Deutschgesinnten im Lande abzufinden bereit sind. Je nachdem die eine oder die andere

Richtung im Ministerkabinett, Staatsrat, der Leitung der herrschenden Partei und im Memeler Gouvernement vorherrscht, liegt das Hauptgewicht zeitweilig auf der Verdrängung der Landesbewohner, zeitweilig auf der Einengung der Rechte der autonomen Organe.

In der ersten Zeit nach der Annexion des Memelgebiets dominierten die Nationalisten: damals unternahm Litauen in großem Stil den Versuch, durch politische Schikanen, kulturelle Bedrückung und wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen die völkische Grundlage der Autonomie zu beseitigen, d. h. alle Deutschen und Deutschgesinnten aus dem Lande zu vertreiben; dieser Plan glückte nur zum Teil, denn es optierten nur rund 14700 Personen (immerhin 1/10 der Gebietsbewohner) für Deutschland, aber der Bevölkerung des Landes wurde klar, wie nachteilig und gefährlich es sei, sich für deutsche Belange allzusehr einzusetzen. Neben dieser Aktion gingen Versuche von zentralistischer Seite einher, Memelländer ins litauische Lager hinüberzuziehen; es gelang immerhin, eine Anzahl besonders aktiver Personen wie die Brüder Gailus (der ältere ist jetzt stellvertretender Gouverneur), Borchert (jetzt Hafendirektor), Dugnus sowie Stimmen für fünf Landtagsmandate zu gewinnen.

In neuester Zeit haben die Zentralisten das Übergewicht erlangt; man hat eine Aktion eingeleitet, die darauf abzielt, die Memelländer im Gebiet in die Minderheit zu bringen und auf diese Weise die Voraussetzung für eine „legale" Beseitigung des Memelstatuts, dessen Änderung im Statut selbst ausdrücklich für zulässig erklärt ist, zu schaffen. Es handelt sich um die Förderung der Binnenwanderung litauischer Beamter und Privatpersonen ins Memelgebiet durch litauische Behörden; im Süden des Landes, in dem am stärksten deutsch besiedelten Kreise Pogegen, ist eine litauische Stadt (Pogegen) im Entstehen, jetzt schon Sitz eines litauischen Gymnasiums, das durch einen großartig organisierten Zubringerdienst auch deutschgesinnte Kreise erfaßt und damit den deutschen höheren Lehranstalten des Gebietes Abbruch zu tun beginnt; Heydekrug, der zweitgrößte Ort des Landes, erhält durch den fortgesetzten Zuzug aus Litauen allmählich einen Mischcharakter, es ist den Litauern sogar gelungen, einen der Ihren auf den Bürgermeistersessel zu bringen (und das mit Hilfe kurzsichtiger deutscher Bürgerlicher, denn die Litauer hatten nur 1 Sitz in der Wahlkörperschaft); auch in Memel vermochten sie bereits im Magistrat festen Fuß zu fassen. Daß eine Reihe politischer Fanatiker, zu denen auch sehr einflußreiche Leute wie der Führer der Tautininkaipartei im Memelgebiet Dugnus, der „Be-

freier des Memellandes", Landrat Simonaitis und der ehemalige Landespräsident Reisgys gehören, eine gewaltsame Beseitigung der Autonomie als den kürzesten Weg zum Ziel ansehen und befürworten, sei hier nur der Vollständigkeit halber erwähnt; in diesen Zusammenhang gehört auch die Bewegung der „unterdrückten Litauer im Memelgebiet". Endlich versuchen die Litauer und ihre memelländischen Helfer, die zur Realisierung und zum Schutze der Autonomie geschaffenen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Institutionen zu beseitigen oder wenigstens unschädlich zu machen, d. h. sie mit Litauern zu durchsetzen, ihre Kompetenzen zu beschneiden oder ihre Arbeiten zu behindern und sie dadurch in der Öffentlichkeit als unfähig zu diskreditieren. Schließlich seien noch die Versuche des Ministerkabinetts, des Staatsrates und des Obersten Tribunals, sich das Recht der „Ergänzung" und Interpretation des Memelstatuts beizulegen, erwähnt. In allen diesen Maßnahmen manifestiert sich der unerschütterliche Wille Litauens, sich den Besitz des Memelgebietes zu sichern.

Die memelländische Bevölkerung ist zum überwiegenden Teil Anhänger des Autonomiegedankens; die Vorstellungen über Sinn und Inhalt der Autonomie sind jedoch so vage, daß es vorkommt, daß Bittschriften und sonstige Eingaben, für deren Erledigung autonome Organe zuständig wären, selbst von zuverlässig memelländisch eingestellten Personen an das Gouvernement gerichtet werden. Der Grad der Bereitschaft, für die Autonomie anders als durch Teilnahme an den Wahlen einzutreten, ist verschieden: bei den Landwirten am stärksten, bei den Beamten vielfach befriedigend, bei den Kaufleuten oft bedenklich schwach. Die Bevölkerung ist gutes Material in Händen weitsichtiger Führer, da sie an das Regiert- und Geführtwerden gewöhnt ist. Diese Eigentümlichkeit wird aber unheilvoll, wenn eine starke Führung fehlt. Leider ist die memelländische Kulturpolitik an der Frage der Vorbildung der Jungakademiker für die Beteiligung an der politischen Arbeit aus verschiedenen Gründen, auf die hier einzugehen noch nicht angebracht erscheint, bisher völlig vorübergegangen; die Folge davon ist das Fehlen eines Nachwuchses für die zahlenmäßig an sich schon sehr schwache, aus wenigen Großgrundbesitzern, einer Anzahl mittlerer und kleinerer Landwirte sowie einigen Industriellen, Beamten, Handwerkern und Kaufleuten bestehende Führerschicht; die Folge davon ist das erschreckend oft zu beobachtende Versagen der autonomen Organe — auch, ja insbesondere der gern als „Hort der Autonomie" hingestellten Justizorgane —,

wenn sie vor die Notwendigkeit gestellt werden, autonome Belange nachdrücklich zu vertreten (nur ein Fall für viele: unmotivierte Preisgabe des der memelländischen Landesregierung zustehenden Begnadigungsrechts an den litauischen Staatspräsidenten, auf das Schuldkonto der memelländischen Richterschaft zu buchen); die Folge davon ist ferner, daß die Herstellung des notwendigen und sonst an sich möglichen Zusammenhanges zwischen Führern und Geführten unterbleibt, d. h. der Zustand verewigt wird, daß die memelländischen Mehrheitsparteien nur aus Zentralbüros bestehen und außerhalb der Wahlzeit regelmäßige Zusammenkünfte zwischen den Politikern und ihren Anhängern zur Besprechung aktueller Fragen unterbleiben, da die führenden Männer angesichts der im Laufe der letzten Jahre ständig gestiegenen Anforderungen an ihre Arbeitskraft und Zeit nicht in der Lage sind, sich auch noch dieser Arbeit zu widmen. Die Presse hat sich bisher außerstande gezeigt, hier Ausgleich zu schaffen; diese Tatsache läßt sich nur zum Teil durch das Bestehen der Kriegszensur erklären. Zu diesen Hauptschwächen der memelländischen Position tritt die Lückenhaftigkeit des in großer Eile zustandegebrachten Memelstatuts, das Fehlen einer — angesichts der vorhergeschilderten litauischen Grundhaltung dem Memelgebiet gegenüber notwendig neutralen — Instanz zur Ausfüllung dieser Lücken und Interpretation der strittigen Stellen (etwa ein memelländisch-litauischer Juristen- und Politikerausschuß mit einem neutralen Obmann, der seine Residenz in Memel haben müßte), die Unzulänglichkeit der dem Gebiete belassenen Einnahmequellen (die ergiebigsten wie Post und Eisenbahn hat man in Genf bei den Konventionsverhandlungen ohne zwingende Gründe Litauen zugesprochen), die Kostspieligkeit des Apparates zur Durchführung der Autonomie (Anstellung unfähiger, jedoch gesinnungstüchtiger Beamten durch die unter litauischem Einfluß stehenden memelländischen Landesregierungen, Anerkennung der „Wohlerworbenheit" dieser Rechte durch memelländische, ehemals preußische Richter!), vor allem aber die kritische, Notopfer erschwerende wirtschaftliche Lage der Hauptträger der Autonomie, der Landwirte, dazu die Ungewißheit des Schutzes durch die Signatarmächte der Memelkonvention und durch Deutschland — eine alles andere als gute Ausrüstung im Kampf um die Behauptung der überlieferten Kultur! Das sieht man auch in memelländischen Kreisen ein. Reformversuche wurden indessen solange als aussichtslos bezw. zwecklos betrachtet, als sich die memelländische Exekutive, das „Direktorium des Memelgebiets", in litauischen Händen befand. Unter

dem Druck von Berlin und Genf hat Litauen der Memelbeschwerde vom Sommer vorigen Jahres stattgeben und im Januar 1931 diese Schlüsselposition räumen müssen. Der Weg zu Reformen ist somit frei geworden. Ob indessen die unerläßliche Vereinfachung und Verbilligung der Tätigkeit der autonomen Organe, insbesondere der Justiz und der Schule, die Reorganisation der hinsichtlich des Lehrplanes noch ganz auf deutsche und Friedenszeiten abgestellten unteren und höheren Schulen, die Inangriffnahme der Erwachsenenbildung, die im Hinblick auf die jedem Außenstehenden unfaßbar erscheinende innere Zerrissenheit besonders wichtige Pflege des Volksgemeinschaftsgedankens und vieles andere Notwendige tatsächlich ins Werk gesetzt wird, hängt leider nicht nur von dem guten Willen der Memelländischen Landwirtschaftspartei ab, welche die Reformbestrebungen trägt; der mangelnde Blick der Beamtenschaft für die Erfordernisse der Situation, ihr starres Festhalten an den „wohlerworbenen" Rechten, kann die Reorganisationsbewegung u. U. zum Scheitern bringen, besonders im Falle eines Unterliegens des Memelgebiets in der zurzeit beim Völkerbund schwebenden Finanzanteilsfrage.

Die Kaschuben

Ein Beitrag zur Korridorfrage

Von Georg von Rauch

Nördlich von den unübersehbaren Kiefernwäldern der Tucheler Heide erstreckt sich bis an die Ostsee das Gebiet der Kaschuben. Nur 100—150,000 Köpfe zählen sie und sind ein armes Bauern- und Fischervolk. Aber doch verdienen sie beachtet zu werden, denn mit ihnen steht und fällt das Korridorproblem. Wenn die Entente 1919 die Frage der Kaschuben hätte richtig erkennen wollen, dann hätte sie nicht die Möglichkeit gehabt, Westpreußen ohne Abstimmung Polen zuzusprechen.

Die Kaschuben sind den Polen nah verwandt und das Kaschubische ist dem Polnischen sehr ähnlich. Es ist aber kein polnischer Dialekt. Forschungen hervorragender Sprachforscher, und nicht nur deutscher, haben das erwiesen. Der bekannte Slavist Boudouin de Courtenay, der polnische Sprachforscher Kasimir Nitsch u. a. sind darin mit D. Lorentz, dem Kaschubenkenner, eines Sinnes. Das Kaschubische ist neben dem Polnischen und dem ausgestorbenen Pomoranischen (der Sprache der alten slavischen Pommern) eine selbständige westslavische Sprache. Dem Pomoranischen wahrscheinlich

näher verwandt, allerdings vom Polnischen im Lauf der ganzen Geschichte stärker beeinflußt. Wegen dieser Beeinflussung erschien das Kaschubische als polnischer Dialekt.

Viele grundlegende Unterschiede beweisen aber das Gegenteil: so hat das Kaschubische ein vom Polnischen abweichendes Lautsystem, Verschiedenheiten der Flexion und einen freien, wechselnden Akzent, wie das Russische, nicht die Betonung der vorletzten Silbe, wie im Polnischen. In ihm fehlt die dem Polnischen typische Umstellung des Urslavischen „or" in „ro": meist ist das „or" in „ar" verwandelt. Z. B. russisch ворона, polnisch wrona, kaschubisch varna; russisch городъ, polnisch grod, kaschubisch gard.

Infolgedessen können die nahen Anklänge nur durch die jahrhundertelange Nachbarschaft und die kulturelle Beeinflussung vonseiten Polens erklärt werden. Das Polnische kam als Kirchensprache zu den Kaschuben, wie ja das Christentum überhaupt von dort Eingang fand. Zwar kamen auch viele deutsche Missionare ins Land (darauf weist die kaschubische Bezeichnung für Ostern: jastrȯ hin), das änderte aber nichts an der Tatsache. Die Kirchensprache ist für den einfachen Mann die Kultursprache und kirchlich gehörte Pommerellen zu Polen. Von 1230 an datiert der deutsche Einfluß. Kaufleute und Mönche kommen ins Land, später auch Bauern. Klöster werden gegründet: Oliva, Zuckau und Karthaus. Deutsche Städte blühen auf: Danzig, Dirschau, Neuenburg — alle meist an der Weichsel, denn das Kaschubenland liegt wie verzaubert hinter den großen Wäldern. Nur von der Küste aus, dort, wo bei Hela schon Wikinger ihre Niederlassungen gegründet hatten, dort streckt Danzig seine Fühler aus, und die kaschubischen Fischer wissen, wo sie nun ihre Ware absetzen können. Von 1309 an steigt der deutsche Einfluß, denn der Deutsche Orden erwirbt Pommerellen. Die mächtigen Weichselburgen sind nun ein Schutz für die deutschen Ansiedler, und weite Gegenden im Kaschubenlande erhalten eine rein deutsche Bevölkerung. Deutsches Recht gilt aber auch bei den Kaschuben. Ja auch die Erinnerung des Volkes weiß diese Zeit zu würdigen: die Ordensritter galten als „mächtige, gerechte Herrscher" und ihre Zeit als ein „goldenes Zeitalter".

1466 ist der große Umschwung. Westpreußen mit der Marienburg und mit Danzig werden polnisch. Nicht sofort spürt man den Gegensatz. Aber die Gegenreformation setzt dann den polnischen Einfluß durch und polnisch wird in dieser Zeit auch Amtssprache. In dieser Zeit geschieht auch die Gleichsetzung von katholisch = pol-

nisch und evangelisch = deutsch (ähnlich wie im Baltikum griechisch-orthodox = russisch). Sogar soweit führt das, daß katholische Deutsche in dieser Zeit kaschubisiert und evangelische Kaschuben germanisiert werden. Für die Kaschuben ist die polnische Zeit, die von 1466 bis 1772 dauert, eine Zeit des Niedergangs. Die persönliche Freiheit des Bauern geht verloren. Der Hochadel wird polonisiert und dem Kaschubentum entfremdet, es bleibt nur der Kleinadel und der unfreie Bauer, denn rein kaschubische Städte gibt es nicht. Die Bildung und überhaupt die ganze Lebenshaltung sind auf sehr niedriger Stufe. Aber die Volkskraft ist keineswegs erloschen: als 1683 die Türken vor Wien stehen, ist es das kaschubische Aufgebot, das unter Jan Sobieski am tapfersten kämpft. Sonst bleibt aber die polnische Zeit den Kaschuben als eine Zeit des Niedergangs und der Willkür im Gedächtnis. Die preußische Zeit — 1772 bis 1919 — macht der Rechtlosigkeit der Bauern ein Ende und eröffnet dem Kleinadel Aufstiegsmöglichkeiten im Militär- und Staatsdienst. Besonders Friedrich der Große wird sehr populär und viele Anekdoten über ihn kursieren noch heute im Volk. Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts sind die Kaschuben durchaus loyal und königstreu — dann beginnt die polnische Agitation. Es hilft nichts, daß einzelne sich dagegen stemmen. So z. B. der aus Slawoschin stammende Arzt Florian Cejnowa, dessen Familie ursprünglich deutsch war und Ziegenhagen hieß. Er versucht eine nationalkaschubische Bewegung zu entfachen und eine kaschubische Schriftsprache ins Leben zu rufen. Umsonst: er erreicht nichts, denn er ist zu radikal gegen die Geistlichkeit und verscherzt sich dadurch die Sympathien seines Volkes. Und die preußische Regierung erkennt nicht die große Bedeutung der Kaschuben als eines nichtpolnischen Volkssplitters. Die Polengesetze werden auch auf die Kaschuben angewandt, und dadurch wird den Polen neues Agitationsmaterial gegeben.

Trotz alledem kann vor 1914 bei den Kaschuben von wirklich polnischen Sympathien keine Rede sein: wenn die polnischen Truppen nach dem Weltkriege jubelnd empfangen wurden, so ist daran einerseits künstlich geschürte Begeisterung, andererseits die Einsichtslosigkeit der früheren preußischen Verwaltung schuld. Bald sollte daher auch die Ernüchterung kommen. Die aus Ostpolen stammenden Truppen hausen wie in Feindesland und erregen dumpfen Groll und Enttäuschung. Innerlich steht der Kaschube dem Polen heute ferner denn je.

Das Schwierige aber an der kaschubischen Frage ist, daß es ein kaschubisches Nationalgefühl eigentlich nie gegeben hat. Der Kaschube liebt es nicht, wenn man ihn mit diesem Namen nennt, denn er weiß, daß in Danzig das Wort soviel wie „Tölpel" oder „Bauer" schlechthin bedeutet und daher einen etwas verächtlichen Klang hat. Er selbst nennt sich Slowinze, seine Sprache aber „po polsku". Zwar trifft man auch auf Leute, die sich selbst „Polskji" nennen; das bezieht sich aber mehr auf den katholischen Glauben, als auf die Nationalität, und ist durch die Bedeutung des Polnischen als Kirchensprache und durch die Gleichsetzung katholisch = polnisch erklärlich. Heute sind nämlich alle Kaschuben durchweg Katholiken. Ethnographisch aber empfindet der Kaschube den Unterschied sehr gut, denn wenn er den Polen an sich meint, nennt er ihn „Polôch" und nicht „Polskji". Er hat eben durchaus das Empfinden, daß er etwas anderes ist, als der Pole. Da aber auch heute noch eine eigene Schriftsprache fehlt, kann er seinen nationalen Belangen nicht selbständiger nachgehen.

Wenn die Kaschuben als ein Sondervolksstamm zu betrachten sind — wie oben erwiesen wurde —, ist der ganze „polnische" Korridor eine reine Fiktion. Er war dann eben 1919 garnicht polnisch, sondern bestand aus einem Teil mit überwiegend deutscher Bevölkerung im Süden und einem kaschubisch-deutschen Teil im Norden. Dazwischen lag als polnische Sprachinsel das Waldgebiet der Tucheler Heide. Und wenn auch heute die Bevölkerungsverhältnisse durch die polnische Gewaltpolitik verschoben sind, ändert das nichts an der Unsinnigkeit der Grenzziehung von 1919.

Die Zeitlage im Spiegel deutscher Literatur

Notizen über neue Bücher

Es gehört zu den Kennzeichen des Taktlosen, seinen Mitmenschen immer die unrichtigen Bücher in die Hand zu drücken. Man möchte diesen Fehler natürlich gern vermeiden. Das ist nun freilich in einer derart verworrenen Zeit, der die gemeinsame Sprache und das gemeinsame Maß weitgehend fehlt, nicht leicht. In Deutschland findet sich eben müde Resignation neben fieberhafter Erregung und leidenschaftlichem Wollen, höchste Kultur neben primitiver Barbarei, ein Wiederauftauchen und Lebendigwerden der Bilder der Vergangenheit neben radikalster Traditionslosigkeit, tastende

Versuche eines Neuen neben einem überlebten Alten, Reste eines gesunden, bodenständigen Konservatismus neben einem überhitzten Modernismus, der alle halbe Jahre seine Parolen wechselt. Diese Gegensatzpaare ließen sich beliebig vermehren und finden ihren Ausdruck selbstverständlich auch in der Literatur.

Für die Besten der jungen Generation, die von nationalen und sozialen Impulsen getrieben werden, stehen eben die wirtschaftspolitischen, soziologischen und staatstheoretischen Fragen im Vordergrunde des Interesses. Ihr Bestreben ist nicht darauf gerichtet, gebildete Menschen — im überkommenen Sinne des Worts — zu werden, sondern endlich die große politische Form für Deutschland zu finden. Es wird von diesen jungen Menschen jedes Buch, das über den engsten Fachkreis hinausragt, daraufhin geprüft, welche Gestaltungskräfte für die deutsche Zukunft darin wohl enthalten sein mögen, und alles, was „nur Literatur" ist, wird abgelehnt. Ein Interesse für individuelle Problematik oder gar für das Bekenntnis — im Stile Rousseaus — ist nicht vorhanden. Das sind Dinge, die nur noch den Psychoanalytiker angehen. Dichter wie Hermann Hesse, die in ihren Büchern ihre persönliche Problematik darlegen, finden einen immer geringeren Widerhall. Es will uns überhaupt scheinen, daß die Bedeutungsakzente in der Zukunft viel mehr auf dem Typus, der Art, dem Stande liegen werden, als auf dem Individuellen. Mehr auf einer Physiognomik als auf der Psychologie.

Wenn ein deutscher Schriftsteller heute ein Thema wählt, das keinen Bezug auf das deutsche Schicksal hat, so hängt seine Produktion sozusagen in der Luft. Manche Dichter oder Schriftsteller wählen nun den Rückzug in die Provinz. Aber die zeitlos-provinziellen Idyllen oder „intimen Tragödien" sind doch schließlich recht belanglos und uninteressant. Wenn diese Dichter nur wenigstens imstande wären, die deutschen Landschaften und ihre Menschen zu schildern, in dem Sinne, wie Gogol es als Physiognomiker der Ukraine getan hat! Aber das gibt es nicht. Wir scheuen uns daher, diese Dichter besonders zu empfehlen, trotz ihrer betonten Deutschheit, denn darin vermögen wir schon nicht mehr einen Vorzug, sondern nur noch die selbstverständliche Voraussetzung eines anständigen Deutschen zu sehen. Über das eben skizzierte Niveau ragen wohl hinaus der feinsinnige, etwas blasse Novellist Emil Strauß („Kreuzungen", „Der nackte Mann", „Der Schleier"), Paul Alverdes („Reinhold oder die Verwandelten"), Paul Ernst,

dessen Novellen und Lebenserinnerungen lesenswert sind ebenso wie sein kulturkritisches Werk „Der Zusammenbruch des deutschen Idealismus" — ein schroffes, ungerechtes, aber schwerwiegendes Buch — und der tiefsinnige Kolbenheyer. (Alle diese Autoren veröffentlichen im Georg Müller-Verlag.) Sehr beachtlich ist auch der Novellenband von Rudolf Borchardt: „Das hoffnungslose Geschlecht" (Horen-Verlag Berlin). Freilich ist dieser Dichter sehr viel mehr Psychologe und Zeitkritiker, als er es selbst wahr haben möchte. Von Hans Grimms „Volk ohne Raum" erscheint eine Volksausgabe. Ein Novellenband „Der Richter in der Karu" ist sehr schön.

Alles Wesentliche vollzieht sich eben in Deutschland gewissermaßen unterirdisch. Man könnte wohl von einer vertikal aufsteigenden Linie sprechen, die das oberflächliche, laute Getriebe, das eben die Lage beherrscht, zu durchstoßen sucht. Nun ist diese Vertikale aber noch nicht in die Regionen der geistigen Klärung und der künstlerischen Gestaltung vorgedrungen. Wer die Vorgänge in Deutschland verstehen will, wird daher mitarbeiten und mit der aufsteigenden Linie Schritt halten müssen. Einen anderen Weg sehen wir nicht. „Schöne Literatur" ist eben jedenfalls von Deutschland nicht zu erwarten — höchstens nur noch von Thomas Mann.

*

Nun wird aber wohl jeder das Bedürfnis haben, sich diesem oft quälenden Spannungszustande für eine Zeitlang zu entziehen und sich, wenigstens für einige Stunden, auf ein anderes Gebiet zu begeben. Die materiellen Verhältnisse gestatten heute nur den wenigsten eine Reise. So bleiben nur noch Bücher übrig, um einen in andere Weltteile und andere Zeiten zu führen. Wer in einer engen und harten Gegenwart steht, wird die Bezauberung, die von der Ferne ausgeht — man möchte da wohl von einem Eros der Ferne sprechen —, besonders stark empfinden. Warum sollte man dem für einige Stunden nicht nachgeben? Es ist damit auch eine Erweiterung des Horizontes verbunden, die übrigens der nationalen Jugend gerade am wenigsten schaden dürfte. Und schließlich erwächst manches Eigene doch nur aus der Auseinandersetzung mit dem Fremden. So verwerflich wir auch das wahl- und zahllose Übersetzen aus fremden Sprachen finden, wie das von den meisten deutschen Verlegern eben getrieben wird, — einiges davon möchten wir doch nicht missen und können es mit gutem Gewissen wärmstens

empfehlen. Als erstes möchten wir auf ein wahres Meisterwerk der Literatur hinweisen, das erstaunlicherweise von einem jungen Amerikaner stammt: „Die Brücke von San Luis Rey" (Tal u. Co. Verlag, Wien) von Thornton Wilder. Es ist ein Buch von höchster Kultur — insofern als hier sehr Tiefes in anmutiger Form zum Ausdruck kommt. Ähnliches gilt auch von dem Erstlingswerk desselben Verfassers: „Die Cabbala". In der Sammlung „Romane der Welt" (Knaur-Verlag — Preis Mk. 2.85) finden wir drei sehr erfreuliche Bücher: „Taipi" von Melville — es ist wohl die erste Südseegeschichte und jedenfalls eine der schönsten —, „Tampico" von Hergesheimer — eine hinreißend spannende und durchaus lebenswahre Schilderung der Kämpfe um das mexikanische Öl — und „Der Tod in der Wüste" von Macdonald. In diesem englischen Kriegsbuch tritt das heroische Moment gerade durch die harte, realistische Schilderung zutage. Darin liegt ein grundsätzlicher Unterschied zu manchem bekannten Kriegsbuch, das sich auf die Schilderung trauriger Einzelheiten und der damit zusammenhängenden kleinen und kleinsten seelischen Reaktionen beschränkt. Durch diese Methode verliert denn auch jede Gestalt ihren Umriß und jedes Geschehnis seine Deutlichkeit. Macdonalds Buch wird in den einstigen Gliedern der Baltischen Landeswehr verwandte Saiten berühren.

*

Von historischer und biographischer Literatur möchten wir vor allem auf die beiden Meisterwerke von Lytton Strachey hinweisen: „Elisabeth und Essex" und „Königin Viktoria" (S. Fischer Berlin). Diese beiden Bücher haben in allen Lagern unbestrittenen Beifall gefunden. Auch das Buch über Ulrich von Hutten von Otto Flake läßt sich empfehlen. Von demselben Verfasser ist ein eigentümliches Buch über den Marquis de Sade erschienen. Es wirft ein z. T. ganz neues Licht auf das Aufklärungszeitalter und behandelt zudem die Probleme des Trieblebens mit ebenso großer Offenheit wie Sauberkeit. Es ist in dieser Hinsicht in letzter Zeit so viel gesündigt worden, daß wir dieses Beispiel eines Schriftstellers von sauberer Innenarchitektur und geistiger Überlegenheit wohl anführen möchten. Wenn in Zeiten der Verwirrung die Unterwelt aufbricht, so mag es heilsam sein, da hineinzuleuchten. Aber nur Berufene sollten es tun. Flakes warnende Schrift: „Die erotische Freiheit" hat auf manchen der jüngeren Generation einen guten Einfluß gehabt (S. Fischer Verlag Mk. 3.—). Sie ist auch eben noch lesenswert.

*

Von Reisebüchern möchten wir vor allem auf das köstliche Buch von Johann „40 000 Kilometer" (Ullstein-Verlag, Preis 5 Mk.) hinweisen. Hochinteressant sind Johanns Eindrücke aus Rußland. Er betrat Rußland als Idealkommunist und verließ es als schärfster Gegner des Bolschewismus. Er weiß diese Wandlung gut zu begründen. Reflexion freilich ist nicht seine Sache, dafür aber eine lebensvolle, anschauliche Schilderung. Auch die Schilderung seiner Erlebnisse in Ostasien ist vorzüglich. Colin Roß' „Der unvollendete Kontinent" dürfte wohl das bei weitem beste Buch dieses Verfassers sein. Es gibt ein gutes Bild von Australien und ist amüsant geschrieben.

Der Entdecker der weißen Eskimos Viljalmur Stefansson („Das Geheimnis der Eskimos" Brockhaus-Verlag, Leipzig, Querstr. 16) hat auch das Schlagwort vom wohnlichen Norden geprägt. Die arktische Zone eigne sich vorzüglich zur Besiedlung und sei zudem garnicht so kalt, meint er und weiß es auch zu begründen. Seine Bücher sind sehr lesenswert. Abenteuer — er hat deren viele erlebt — seien immer nur eine Folge von Fehlern und nicht weiter interessant. Wesentlich seien nur die Ergebnisse. Er ist ohne jede Ausrüstung in den hohen Norden gereist und hat ihn wohnlich gefunden. Jedenfalls ein ganzer Mann.

Der Verlag Eugen Diederichs hat unter großen Opfern in 24 Bänden die altnordische Literatur übertragen lassen. Die Übersetzungen sind gut, z. T. sogar vorzüglich. Die Reihe beginnt mit der Edda (in zwei Bänden zu je 4 Mk.) und führt dann über die altisländischen Sagas und Geschichten bis in die christliche Zeit des altnordischen Königtums. Von den isländischen Geschichten sind die vom Skalden Egil und von Grettir dem Geächteten wohl die schönsten und für das altnordische Leben aufschlußreichsten (Preis je 3 Mk.). Auch die sog. Königsgeschichten, die über die Entstehung des nordischen Königtums und die Christianisierung berichten, verdienen das größte Interesse.

*

Jeder, auch der Begabteste, ist an bestimmte Ausdrucksformen und -arten gebunden. Ein so umfassender, großzügiger Geist, wie der Spenglers, wird seinen angemessensten Ausdruck wohl nur in einem auch dem Umfange nach großen Werk finden. Kleine Broschüren sollte er freilich nicht schreiben. Den Reichtum seiner Ge-

dankenwelt vermag er darin nur unvollkommen auszudrücken, und seine verhängnisvolle Eigenschaft, aus halben Wahrheiten falsche Schlüsse zu ziehen, tritt dafür nur um so krasser zutage. Demnächst soll ein großes Werk von ihm erscheinen. Seine kleine Schrift über den Menschen und die Technik soll über die Grundgedanken von vornherein Klarheit schaffen. Wir sehen Spenglers Bedeutendstes nun aber keineswegs in dem, worauf er bewußt den Nachdruck legt.

Eine bestimmte Gattung von Büchern mit dem Anspruch auf nationalen Charakter würden wir hier übergehen, wenn nicht in diesen Romanen und Erzählungen häufig Balten geschildert würden. Der Balte in der deutschen Literatur wäre überhaupt einer näheren Untersuchung wert. Das Ergebnis würde, fürchten wir, betrüblich sein. Die Art jedenfalls, wie baltische „Barone" und „Baroneſſen" in dieser Sorte von „nationaler" Literatur dargestellt werden, zwingt uns zu schärfster Ablehnung. Grundsätzlich wäre noch zu bemerken, daß die künstlerische Gestaltung eine Distanz gegenüber dem Gegenstande voraussetzt, und diese ist gegenüber den Geschehnissen der Nachkriegszeit heute noch nicht vorhanden. Was nun die Tatsachen- und Erlebnisschilderungen über das letzte Jahrzehnt angeht, so dürfte das von uns bereits besprochene Buch von Ernst von Salomon „Die Geächteten" (Rowohlt V.) immer noch das Beste sein. Das wenig bekannte Buch des Stahlhelmers Franz Schauwecker „Aufbruch der Nation" (Frundsberg V.) verdient warm empfohlen zu werden. Das Buch führt von der Vorkriegszeit bis in die ersten Jahre nach dem Zusammenbruch. Der Verfasser ist bemüht — und das macht den Wert des Buches aus — in dem Geschehen einen Sinn zu finden. Das Motto des Buches heißt denn auch: „Wir mußten den Krieg verlieren, um die Nation zu gewinnen".

Eine eindeutige, ruhige und feste männliche Haltung, der die Sensibilität keineswegs zu fehlen brauchte, scheint dem seelisch reich begabten Deutschen noch immer schwer zu fallen. Aus englischen Büchern tritt uns das, gepaart mit einem trockenen Humor, mit voller Selbstverständlichkeit entgegen — man nehme da etwa das oben erwähnte Buch von Macdonald zur Hand. Ob das auch für die junge deutsche Generation gilt? Dingräve in seiner kleinen Schrift „Wo steht die junge Generation"? (Diederichs V. — Preis 1,60 Mk.) bestreitet es ganz energisch. Die junge Generation sei härter, leidenschaftlicher und willensstärker, als das früher der Fall war. Eine reich ausgeschlagene Kultur würde sie nicht schaffen, wohl aber — vielleicht — einen neuen Staat. Sehr bekannt geworden ist Friedrich

Hielschers Buch „Das Reich" (Reich-Verlag). Es stellt den Versuch einer geistigen Klärung und Prägung irrationaler Kräfte dar. Dieser Versuch ist vollkommen mißlungen. Wenn der Verfasser wenigstens noch bei dem deutschen „Seelentum" geblieben wäre! Er hat aber die ganze Weltgeschichte in sein Buch hineingepackt! Das Buch ist unklar und formlos und bestätigt nur, daß es für solche umfassende Versuche noch zu früh ist. Hielscher kämpft übrigens schon nicht mehr gegen den Liberalismus, sondern gegen den Westen. Wir kommen damit zu einer ganz entscheidend wichtigen Frage — zum Problem der Ostorientierung. Es geht hierbei für das Baltentum um entscheidend wichtige Dinge, und es wäre wohl notwendig, sich mit dieser Frage ernstlich auseinanderzusetzen.

Werfen wir erst einen Blick auf einige grundlegende Tatsachen. Es gibt in Deutschland noch etwa 70,000 Menschen, die über ein Vermögen von mehr als 100,000 Mark verfügen. Die ganze Entwicklung seit der Inflation hat zu einer Steigerung der großen Vermögen auf Kosten der kleineren geführt. Jetzt freilich geraten auch die großen Vermögen in die Krise. Von 65 Millionen Deutschen steht etwa die Hälfte im Erwerbsleben. Von diesen verdienen 90 % im Durchschnitt 140 Mark monatlich — dadurch ist das Existenzminimum knapp gesichert, die Befriedigung irgendwelcher kultureller Bedürfnisse aber nicht möglich. Der erschreckende Rückgang der Eheschließungen und Geburten findet hierin seine Erklärung. Von der steigenden Arbeitslosigkeit werden jetzt die Angestellten und jungen Akademiker auf das stärkste ergriffen. Es ist von Ärzten oft genug darauf hingewiesen worden, daß es in Deutschland eine schleichende Hungersnot gibt, die für die heranwachsende Jugend furchtbare Folgen haben dürfte. Der sogenannte Mittelstand droht — in materieller Hinsicht — immer mehr proletarisiert zu werden. Das Bauerntum ist ebenfalls in diese Krise hineingezogen. Der Westen — d. h. in erster Linie Frankreich — stellt wirtschaftliche und politische Forderungen, deren Erfüllung Deutschland zu einer französischen Kolonie machen würde. Die junge Generation, die den Besitz kaum mehr kennt und ihn — soweit er noch vorhanden ist — in falschen Händen sieht, ist extrem antikapitalistisch eingestellt. Das erwachende Nationalbewußtsein geht mit dieser antikapitalistischen Einstellung zusammen und verstärkt somit die Abneigung gegen den feindlichen kapitalistischen Westen. In steigendem Maße wird die junge Generation von dem Bilde Rußlands fasziniert, das sich seine Selbständigkeit bewahrt hat und sich nicht zu einer Kolonie degradieren lassen will, deren Arbeitsergebnisse in die Taschen westeuropäischer Kapitalisten fließen.

Die kulturelle Einheit Europas — der europäische Geist im Gegensatz zu Rußland und Asien — bedeutet weiten Teilen des deutschen Volkes nicht mehr als eine schöne Phrase. Der Gegensatz: Kapitalismus — Antikapitalismus verschmilzt mit dem machtpolitischen Gegensatz Frankreich bzw. der Westen und Deutschland. Gewiß sind die „National-sozialen" (die eigentlichen Nationalsozialisten in ihrer jetzigen Parteigestalt werden wir wohl am richtigsten als erste Welle einer tiefgreifenden Bewegung anzusehen haben) heftige Gegner des Marxismus. Sie sind bemüht, eine deutsche Lösung zu finden, die über solche Gegensätze wie Kapitalismus — Antikapitalismus und Individualismus—Kollektivismus hinausführen und sie in ihrer Geltung aufheben müßte. Nun ist diese deutsche Lösung aber noch nicht gefunden, es sind nur Ansätze zu ihr vorhanden. Die russische Lösung hingegen ist sowohl theoretisch wie auch wirtschafts- und machtpolitisch ein Faktor von gewaltiger Bedeutung. Wird sich bei einer Parallelschaltung Deutschlands zu Rußland auch wirklich die deutsche politische Idee durchsetzen? Wird sie nicht vielmehr von der schon existenten russischen überwuchert und verschlungen werden? Damit äußern wir nur ein Bedenken von vielen. Mindestens aber sollte man in den Kreisen der nationalsozialen Jugend Rußland richtig sehen. Es mehren sich aber die Versuche, den Bolschewismus als national-soziale Bewegung darzustellen. Es scheint uns ferner unsinnig, den Westen als völlig erstarrt und nicht mehr wandlungsfähig zu schildern. Vor solchen billigen Schlagworten, wie etwa „Händlervolk" für die Engländer, sollte man sich hüten. Ebenso gut könnte man die Deutschen ein Volk von Stiefelputzern nennen, da doch zweifellos die große Mehrheit des deutschen Volkes sich des Morgens eigenhändig die Stiefel putzt.

Dadurch, daß man seinen Gegner falsch sieht, gewinnt man nichts. Was soll man aber erst dazu sagen, wenn Hielscher dem „Tat"-Kreise eine westlerisch-kapitalistische Einstellung vorwirft! Der „Tat"-Kreis hat eine wertvolle soziologische und wirtschaftspolitische Vorarbeit geleistet. Die Schriften des „Tat"-Kreises „Das Ende des Kapitalismus" von Fried und die Schrift über das mitteleuropäische Problem von Wirsing (erscheint dieser Tage bei Diederichs) sind nur auf das wärmste zu empfehlen, auch wenn man manche ihrer Konsequenzen, wie etwa die Ostorientierung, ablehnen muß. Sein eigentliches aufbauendes Programm steht noch aus. Wir werden deshalb eine Auseinandersetzung mit dem „Tat"-Kreise

vorläufig noch zurückstellen müssen. Im Zusammenhange damit möchten wir nochmals auf die Schriften des Staatsrechtlers Carl Schmitt hinweisen, von dem ein grundlegendes Werk über den Begriff des Politischen dieser Tage erscheinen soll (Duncker und Humblot). Wir werden darauf noch zurückkommen.

Lesenswert ist die Schrift von Junius Alter „Nationalisten" (Koehler Verlag, Leipzig). Der Verfasser, der zur politischen Rechten gehört, schildert hier eine Reihe der bekanntesten nationalen Führer. Man gewinnt aus dem Buche den Eindruck, daß viele der Führer und der Organisationen den Wert und die Bedeutung von Vorformen besitzen. Es liegt übrigens keineswegs in der Absicht des Verfassers, dieses darzutun.

Hielscher streift in seinem Buch auch das Problem des jüdischen Seelentums. Neun Zehntel aller Juden spricht deutsch. Der größere Teil des Judentums lebt in Mittel- und Osteuropa, also in den für die deutsche Zukunft wichtigsten Gebieten. Es bahnt sich innerhalb des Judentums eine Renaissance auf religiös-ethischer Grundlage an. Hier ist ein wichtiges Problem gegeben. Wird das Judentum den Weg zu sich selbst finden? Es ist lehrreich zu sehen, wie das Judentum im Laufe der Jahrhunderte seine Eigenart bewahrt hat. Darüber berichtet der Rabbi Leo Baeck, ein Mann, der an der West- und Ostfront mehr als nur seine Pflicht getan hat, in seinem Buche über „Das Wesen des Judentums" (J. Kauffmann Verlag, Preis Mk. 6.50). Man wird aus diesem Buche sehr viel lernen können.

Wir wiesen schon darauf hin, daß sich heute eine physiognomische Betrachtungsweise durchzusetzen scheint. In erster Linie verdiente da Rudolf Kaßner genannt zu werden. Freilich kommt er nur für wenige in Betracht. Wir nennen von ihm „Grundlagen der Physiognomik", „Die Verwandlung", „Mythen der Seele" und „Narziß" (Insel-Verlag, Preis 5 Mk.). Vor kurzem ist von ihm ein größeres Werk „Das physiognomische Weltbild" (Delphin-Verlag) erschienen, durch das er auch in weiteren Kreisen bekannt geworden ist.

Von dem großen Psychologen Carl Gustav Jung ist eben „Seelenprobleme der Gegenwart" (Rascher-Verlag, Zürich, Preis 8 Mk.) erschienen. Jung, ein konservativer Deutsch-Schweizer, dessen Schreibweise mehr an Gottfried Keller als an Freud gemahnt, ist der Begründer der Geschichtspsychologie und hat der analytischen Psychologie eine neue Wendung gewiesen, die zu einer Charakterlehre und einem neuen Persönlichkeitsbegriff führt. „Nicht die Wahrheit zu

„wissen" tut uns not, sondern sie zu erfahren. Nicht eine intellektuelle Anschauung zu haben, sondern den Weg zur inneren, vielleicht wortlosen, irrationalen Erfahrung zu finden, das ist das große Problem", schreibt Jung in der Einleitung seiner „Seelenprobleme der Gegenwart". Die Freudsche Sexualtheorie lehnt er ab. Seine Schrift über Pädagogik verdiente größte Beachtung (Niels Kampmann-Verlag). Wir nennen noch die „Energetik der Seele", eine streng wissenschaftliche Untersuchung. die auch eine sehr interessante Abhandlung über das Problem des Traumes enthält, und „Beziehungen zwischen dem Ich und dem Unbewußten", eine Untersuchung über die Urbilder der Seele, in der auch viele praktische Konsequenzen aufgezeigt werden.

Von philosophischen Schriften möchten wir heute nur auf Heideggers kleine Schrift „Was ist Metaphysik" (erschienen in Bonn) hinweisen.

Zum Schluß möchten wir nochmals auf die bei Diederichs erschienenen Schriften Gogartens hinweisen. Seine letzten kleinen Schriften „Die Schuld der Kirche gegen die Welt" und „Wider die Achtung der Autorität" sind leicht lesbar und von höchster Bedeutung für jeden Protestanten. Man sollte aber auch zu seinen größeren Schriften „Glaube und Wirklichkeit" und „Ich glaube an den Dreieinigen Gott" greifen. Aus irgend welchen nur schwer einzusehenden Gründen bezeichnet man die Lehren von Barth und Gogarten als dialektische Theologie. Es wäre vielleicht richtiger, von einer realistischen Theologie zu sprechen. Es ist ein harter Realismus, der aus ihren Werken spricht, und gerade darum wirken sie auf die extrem realistisch eingestellte junge Generation.

(Abgeschlossen in Berlin am 1. November 1931.) C. v. S.

Franz Liszt im Baltikum

Ein Gedenkblatt

Von Maria von Grewingk

Fast in dieselbe Zeit fielen die Hundertjahrgeburtsfeste der beiden großen Tonmeister Friedrich Chopin und Franz Liszt — 22. Februar 1910 und 22. Oktober 1911 —, und doch war die Feier dieser Erinnerungstage hier bei uns befremdender Weise sehr verschieden. Während ersterem nur ein Aufsatz in einer unserer Zeitungen, ohne Hinweis auf die Bedeutung des Tages, und kein Konzert beschieden war, gab es dem Andenken des letzteren die mannigfachsten Ehren in Wort und Tat, zahlreiche Artikel in der Presse, Festkonzerte mit Prologen, Orchestern und hervorragenden ausländischen Solisten usw. Der Grund zu dieser Ungleichheit ist wohl darin zu suchen, daß solche Feiern allgemein erst Errungenschaft der letzten Dezennien sind und man gleichsam mit Liszt den Anfang gemacht. Zur 120. Wiederkehr des Geburtstages Chopins wagte ich einige Zeilen über das, was ich von ihm zu sagen wußte, und nun will ich mir im gleichen Anlaß zum Gedächtnis auch seines anderthalb Jahre jüngeren Freundes Liszt ein bescheidenes Gedenkblatt gestatten, das dessen Anwesenheit in Riga und anderen baltischen Städten im Jahre 1842 zum Inhalt haben soll.

Aus dem rauschenden Treiben der heutigen so abwechselungsreichen Konzertwelt muß ich den Leser in die stille beschauliche gute alte Zeit vor fast hundert Jahren versetzen, da der schon damals auf bedeutender Ruhmeshöhe stehende Künstler noch in jungen Jahren in unseren Mauern geweilt und Triumphe unter unseren Vorfahren erworben. Obgleich dieser Besuch für unsere alte Stadt ein ganz außergewöhnliches Ereignis war, finden sich keinerlei private Aufzeichnungen darüber, und ich kann nur berichten, was ich nach Rückschau in damaligen Zeitungen fand und was ich seit frühesten Kindheitstagen an Schilderungen nun längst Verstorbener in meinem Gedächtnis treu aufbewahrt. Der Kunsthistoriker Henry Thode sagt in seiner zur Hundertjahrfeier verfaßten denkwürdigen Schrift: „Franz Liszt“: „Glücklich, wer die Betrachtung über einen großen Menschen auf persönliche Eindrücke gründen kann!“ Ich kann mich glücklich schätzen, daß manche der Meinen Beziehungen zu den beiden großen Meistern hatten.

Durch die zahlreichen vortrefflichen Biographien ist Liszts Leben und Schaffen so allgemein bekannt, daß ich darauf nicht eingehe und

nur Lokales bringen will. Liszt ist zu uns gekommen zu einer Zeit, als es noch keine Eisenbahnen gab; es war die biedere, gemütliche Zeit der Postkutsche, des Peitschenknalls und des lustigen „Schwagers" auf dem Kutschbocke, der auf staubiger Chaussee und über holperiges Straßenpflaster uns den berühmten Reisenden brachte. Von Berlin aus, wo Liszt im Dezember 1841 zum ersten Mal auftrat und am Hofe Friedrich Wilhelms IV. und beim Publikum begeisterte Aufnahme fand, hat er, eskortiert von Studenten und einer Menge Begleitkutschen, in der sagenhaft gewordenen Reisekutsche seine berühmte erste große Rußlandreise durch unser Baltenland angetreten. Angeregt dazu wurde er durch seinen Freund Adolf Henselt und Sigismund Thalberg, die gleichzeitig auch in Berlin anwesend waren; beide Pianisten waren bereits in Rußland gewesen und hatten, letzterer 1837, ersterer 1839 und 1841, bei meinem Großvater, Bürgermeister F. W. Timm, in Riga als Gäste gelebt; durch Henselt erhielt auch Liszt eine Empfehlung an sein gastliches Haus. Die nach Liszts eigenen Plänen in Berlin gebaute mächtige, omnibusartige Reisekutsche hatte besondere Vorrichtungen, sich nach Bedarf in Salon, Schlaf- und Speiseraum rasch umwandeln zu können, was Liszts stets mitfahrender getreuer Kammerdiener bewerkstelligte. Am 3. März n. St. reiste Liszt mit seinen beiden Begleitern, dem Sänger Pantaleoni (Tenor), Schüler von Rubini, und dem Violinvirtuosen Sivori, Schüler Paganinis, aus Berlin ab.

Monate vor seinem Eintreffen wurde Liszt mit Ungeduld erwartet, und die alten Blätter: „Rigasche Zeitung" (mit Berichten auch aus Mitau), „Rigasche Stadtblätter", „Der Zuschauer", „Dörptsche Zeitung" beschäftigten sich gleichzeitig, wetteifend, mit seiner Person und den näheren Umständen der Reise; so erfahren wir, daß in Berlin die Liszt-Schwärmerei einen solchen Grad erreichte, daß man von einer „Lisztomanie" sprach. (In den Biographien erwähnen nur Guy de Pourtalès und Rudolf Louis dieser Reise.) Weiter erzählen uns die alten Blätter, daß anfangs der Weg über Warschau geplant war, schließlich aber andere Orte berührt wurden, wie Müncheberg, Frankfurt an der Oder, Elbing, Königsberg. Über die ihm dort erwiesene Ehre — er wurde von der philosophischen Fakultät der Universität zum Ehrendoktor der Musik ernannt — hat Liszt in Riga vielfach mit großer Freude gesprochen.

Nach einem letzten Konzert in Tilsit ging es endlich weiter gen Mitau zu. Es muß jetzt eingeschaltet werden, daß Liszts Begleiter

sich bereits früher von ihm getrennt, um nach Petersburg vorauszueilen. Der Sänger gab noch ein Konzert in Riga[1]), der Violinspieler reiste allein weiter.

Am 8. März 1842 brachte die Rigasche Zeitung folgende Korrespondenz aus Mitau: „Nachdem wir vor Kurzem das herrliche, klang- und nuancenreiche Spiel Breitings bewundert hatten, ertönte wieder von Westen her der Ruf: „Liszt kommt nach Mitau. Er, den man in Paris und London und besonders in Berlin unlängst so hoch gefeiert hat, will auch hier alle Musikfreunde erfreuen und entzücken. Drum eile ein Jeder, der Sinn und Gefühl für die schönste aller Künste hegt, zum Tempel, wo ein jugendlicher, genialer Priester der Muse der Tonkunst opfert!" Dieses geschah, ungeachtet der sehr erhöhten Preise strömten Mitaus Bewohner am heutigen Abend zum Schauspielhause, um Liszt zu hören, und das geräumige Gebäude wurde ganz besetzt. Lebhafte Zeichen der Freude empfingen den großen und doch so bescheidenen Virtuosen, aus dessen künstlerisch bedeutendem Gesicht Geist und Seele strahlen, und sein Spiel rechtfertigte ganz die Erwartungen, welche die Bewunderung des halben Europa erregt hatte" usw.; es folgt eine lange, etwas phantastische und übertriebene Kritik[2]).

Am 10. März fand im Theater zu Mitau Liszts zweites Konzert statt. Zu diesen Konzerten in Mitau eilten auch Rigenser, um sich mit dem berühmten Mann bekannt zu machen.

Unterdessen wurde in Riga in dem alten, massigen, mit altväterisch schönem Hausrat ausgestatteten Patrizierhause an der Kl. Neustraße 6 der Empfang für den hohen, genialen Gast mit Liebe vorbereitet. Blumen und Treibhausbäume, welche die Treppen und Flure schmückten, wurden aus Sorgenfrei geholt, altlivländische Speisen und altrigasches Backwerk entstand unter geschäftigen Händen, und im dritten Stockwerk wurden die meist nur für Künstler bestimmten Gastzimmer gelüftet und eingerichtet, die nun Franz Liszt mit seinem Kammerdiener beherbergen sollten. Und endlich kam der

[1]) Rigasche Zeitung vom 22. Februar a. St.: „Concert Pantaleoni aus Venedig. Der so rühmlichst bekannte italienische Tenorsänger, Herr Pantaleoni, Begleiter des berühmten Klaviervirtuosen Herrn Liszt, ist hier angekommen und wird auf seiner Durchreise nach St. Petersburg Montag, den 22. Februar a. St., in einem Concert im Theater aufzutreten die Ehre haben. Das Nähere besagen die Theaterzettel. Riga, 22. Februar. Bestellung im Theater. Cassenraum. S. Hoffmann."

[2]) Es würde an Raum fehlen, wollte ich alle Kritiken der Konzerte in den drei baltischen Städten wiedergeben; darum wähle ich im folgenden nur das Charakteristischste.

Tag, der 15. März, da Stadtväter und Künstler dem sehnlichst Erwarteten bis Olai entgegen fuhren, wo ein kleines Frühstück vorbereitet war. Pferde wurden ihm für sein 6-spänniges Fuhrwerk von der hiesigen Post vorausgeschickt. Die Postknechte trugen die damals übliche Galatracht mit roter Weste, blanken Knöpfen und mit Hahnenfedern geschmücktem Dreispitz. Mit Jubel wurde Liszt von seinen Gastgebern im Familienkreise empfangen und dabei von frischer, fröhlicher Jugend begrüßt, zu der auch die musikalische Tochter des Hauses, die junge angehende Pianistin, spätere Chopin-Schülerin Emilie v. Timm gehörte. Wie oft hat man mir in längst vergangener Zeit begeistert von diesen wunderbaren Tagen erzählt!

Von seiner Aufnahme in der Gesellschaft gibt ein Zeitungsbericht Kunde (Der Zuschauer Nr. 5288 und Dorpater Zeitung Nr. 25): „Riga 20. März. Franz Liszt wurde am Tage seiner Ankunft in Riga, am 15. März, von der hiesigen Liedertafel im Locale der Kleinen Gilde feierlich empfangen und aufgenommen. Durch 2 eigens hierzu gedichtete Gesänge (nach älteren Melodien der Gesellschaft) war die, ohnehin schon belebte Stimmung der Anwesenden noch erhöht und steigerte sich zum Enthusiasmus, als der Gefeierte mit überraschender Bereitwilligkeit in diesem gewählten Kreise von Künstlern und Kunstfreunden für Riga die erste Probe seiner unerreichten Meisterschaft ablegte. An demselben Tage wurde das neueingerichtete Künstleralbum der Liedertafel mit dem Namen Franz Liszt eingeweiht, welcher Unterschrift der verehrte Gast noch einen 4-stimmigen Männergesang als Stammbuchblatt hinzuzufügen versprach. Über die Leistungen dieses eminenten Virtuosen liefern wir im nächsten Blatt ausführlichen Bericht". — [1])

Liszt's Reisekutsche war im noch heute vorhandenen alten Stadtpostgebäude, an der Gr. Schmiedestraße und dem jetzigen Albertusplatz belegen, abgestellt, und die Leute wallfahrten dorthin, um das originelle Ungetüm zu bewundern; ebenso war die Kleine Neustraße stets von Neugierigen umlagert, denn der Umworbene erschien oft an den Fenstern und war auch viel auf den Straßen, in Begleitung der jungen Haustöchter, zu sehen, stets in sehr verschiedener Kleidung;

[1]) Hier ein charakteristischer Theaterzettel:

„Einem hochgeehrten Publikum mache ich die ergebene Anzeige, daß der berühmte Klavier-Virtuose Herr Doctor und Ritter Franz Liszt sich im hiesigen Theater in 2 Concerten hören lassen wird, von denen das erste Montag, den 16. März 1842 stattfinden soll. Preise der Plätze: Rangloge, Parterreloge, Sperrsitz, Parquet und Parterre à 1 Rbl. Silber — Gallerie à 50 Kop.

Riga, den 13. März 1842. J. Hoffmann, Stadt-Theater zu Riga.

Abonnement suspendu Mit hoher obrigkeitlicher Bewilligung."

meist sah man ihn in hechtblaugrauem, mit vielen übereinanderliegenden Kragen ausgestattetem Tuchmantel und hellgrauem Zylinder; bekannt war seine Vorliebe für farbige, originelle Kravatten, deren große Zahl sein Diener peinlich in Ordnung zu halten hatte.

Im Hause herrschte nun ein reges künstlerisches und geselliges Leben. Die rigaschen Künstler, Kapellmeister Dorn, Konzertmeister Feigerl, die Gebrüder Lutzau und viele andere, gingen ein und aus. Mit seiner Kunst erfreute Liszt seine Umgebung auf das liebenswürdigste. Er war ein sehr gemütlicher, geistvoller, von allen umschwärmter Hausgenosse; er selbst fühlte sich auch sehr behaglich im gastlichen Kreise. Wie man sich um Andenken an ihn bemühte, wie er fröhlich mit der Jugend tanzte und wie er sogar einmal in der Küche Anweisungen zu einem richtigen beefsteak à l'anglaise gab usw. — ist mir oft erzählt worden.

Riga war damals noch von Wällen umgeben, es gab noch nicht unsere schönen Anlagen; der Weg in die Vorstädte durch die verschiedenen Wallpforten oder Tore war weit und unbequem; so war man mehr auf die innere Stadt, den Kaiserlichen Garten und das Dünaufer angewiesen. Es wurden aber auch Ausfahrten unternommen; schönes Frühlingswetter lockte hinaus nach Sorgenfrei, wo ein Frühstück eingenommen wurde, wovon heutige Bewohner noch wissen; ein mit Eichen bestandener Hügel mit schöner Aussicht auf den Stintsee wird noch heute in Erinnerung an dieses Fest „Champagner-Berg" genannt; ebenso war Liszt zu Ehren eine Mittagsgesellschaft in einem stattlichen Landhause Hagensbergs an der Kalnezeemschen Straße gegeben worden, das heute noch in den Händen der Erben ist. In der Familie wird eine allegorische Tuschzeichnung mit dem Bilde Liszts aufbewahrt, die ein damals in Riga lebender Maler zur Erinnerung angefertigt.

Riga war wie berauscht durch Liszts Anwesenheit, alles beschäftigte sich mit dem berühmten Manne, Begegnungen mit ihm wurden zum Tagesgespräch, und die kleinen damaligen Zeitungen erinnerten täglich an ihn, durch wiedergegebene Aussprüche, Anekdoten und Anzeigen.

Alte Theaterzettel, aufbewahrt in der Rigaer Stadtbibliothek, unterrichten uns über die Konzertprogramme, die sich bedeutend von den heutigen unterschieden; so trat z. B. Liszt nie allein auf, sondern stets in Verbindung mit Sängern, Sängerinnen oder anderen Künstlern, und auch die Wahl der vorgetragenen Werke war eine andere als heutzutage. Man hörte mit Vorliebe Opern-Ouvertüren und Arien.

I. Konzert im Theater am 16. März 1842

1) Ouverture zu Wilhelm Tell. Herr Liszt
2) Tarantelle aus Rossinis Soirées
   Mazurka von Chopin
   Polacca
   } Herr Liszt
3) Adelaide v. Beethoven, gesungen v. Hoffmann,
   begleitet von Herrn Liszt
4) Fantasie über Motive aus Don Juan und das Champagnerlied v. Liszt,
   vorgetragen v. Herrn Liszt
5) Arie v. Mozart, gesungen von Demoiselle Auguste Köhler,
   begleitet von Herrn Liszt
6) Der Erlkönig von Schubert-Liszt
7) Chromatischer Galopp-Liszt
   } Herr Liszt.

II. Konzert am 18. März

1) Reminiscenz aus Norma. Herr Liszt
2) Ungarischer Marsch-Liszt " "
3) Der Mönch, Romanze v. Meyerbeer,
   gesungen v. Herrn Günther, begleitet v. Herrn Liszt
4) Aufforderung zum Tanz v. Carl Maria v. Weber " "
5) Arie aus Ines de Castro, ges. v. Madame Hoffmann,
   begleitet v. Herrn Liszt
6) Lob der Thränen v. Schubert-Liszt
7) Fantasie über Motive aus „Robert der Teufel"
   Höllenwalzer und Marsch-Liszt
   } Herr Liszt

III. u. letztes Konzert am 20. März

1) Reminiscenzen aus Lucia di Lamermoor Andante, Finale, Marcia u.
   Cavatine v. Herrn Liszt
2) Mazurka u. 2 Etudes v. Chopin Herr Liszt
3) Die zürnende Diana, Lied von Franz Schubert, gesungen von Hoffmann,
   begleitet von Herrn Liszt
4) Hexameron, Bravour-Variationen über ein Thema aus den Puritanern —
   Herr Liszt
5) Arie aus den Puritanern v. Bellini, gesungen von Madame Hoffmann,
   begleitet v. Herrn Liszt
6) Ungarische Melodie
   Bravour-Walzer
   } Liszt

Am 24. März 1842 (Im Saale des Schwarzhäupterhauses)

Großes Vocal- und Instrumental-Concert unter gefälliger Mitwirkung
des Herrn Doctor u. Ritter Franz Liszt.

1) Concert für Violine v. David Herr Feigerl u. Herr Liszt
2) Auf Verlangen:
   Aufforderung zum Tanz v. Weber — Herr Liszt
3) Der Wanderer v. Franz Schubert, gesungen von Hoffmann,
   begleitet von Herrn Liszt

4) Fantasie u. Variationen f. d. Violine über die Motive aus der Oper Norma, vorgetragen vom Concertgeber
5) Arie von Rossini, gesungen v. Madame Hoffmann
6) Concertstück v. C. M. v. Weber, Largo affectuoso, Allegro agitato, Marcia u. Allegro giocoso mit Begleitung des Orchesters, vorgetragen von Herrn Franz Liszt
P. Feigerl, Concertmeister des hiesigen Stadttheaters

An diesen Konzertabenden ist Liszt originell gekleidet gewesen, in enganliegenden hellen oder weißen Beinkleidern, weißer Weste, hellgrauem oder auch hellgrünem Frack mit Vatermörderkragen und weißer Halsbinde. Aufmerksam und begeistert hat das Publikum diesen schönen Konzerten gelauscht, die Damen wieder, wie damals üblich, mit der obligaten Handarbeit im Theater. — Kritiken über rigasche Konzerte Liszts finden sich in den Zeitungen nicht, außer einer Notiz im: „Zuschauer" (Nr. 5289), der ich nur entnehme: „Durch das Auftreten von Liszt in Riga ist unsere, durch Thalberg und Henselt erweiterte, bis dahin aber noch unvollständig gebliebene Kenntniß des neuen Pianofortespiels ergänzt und erst jetzt uns die Möglichkeit gegeben, die Fortschritte des modernen Virtuosentums einigermaßen sicherer überblicken zu können."

Das musikliebende Riga und das musikalische Timmsche Haus verließ Liszt unter sicherer Versprechung baldigster Wiederkehr, wozu es leider nicht gekommen; Liszt besuchte nur einmal Riga.

Über den Eindruck, den er in Dorpat gemacht, unterrichten uns Dorpater Zeitungsstimmen, von denen ich einige wiedergeben will:

„Dorpat, 17. März. Eingesandt. Liszt, jedes Beiwort wäre zu viel oder zu wenig, Liszt wird allhier am nächsten Sonntag 22. März oder am 23. im großen Hörsaale ein Concert geben."

Dorpater Zeitung Nr. 23. „Liszt wird auf seinem Triumphzuge durch Europa, auf welchem diesem Autocrator im Reiche der Töne fast mit fürstlichen Ehren gehuldigt wurde, in wenigen Tagen in Dorpat eintreffen."

Dörptsche Zeitung (Dorpat, 29. März). „Unsere Zeitung hatte bereits vor 14 Tagen verkündet, daß F. Liszt am 22. oder 23. d. Monats ein Concert bei uns geben würde und aus bedeutenden Entfernungen von mehr als 100, ja 200 Werst her waren Musikfreunde, besonders Gutsbesitzer mit ihren Familien, herbeigeströmt, um den von ganz Europa gefeierten Pianisten zu hören. Manche mußten, ohne ihren Zweck zu erreichen, wieder abreisen, denn erst am 27. langte Liszt hier an und gab am folgenden

Tage sein erstes Concert in der gefüllten academischen Aula, morgen tritt er zum 2. Mal auf und wird ohne Zweifel mit demselben Enthusiasmus wie gestern aufgenommen werden."

Dorpater Zeitung (Nr. 26, 30 März). „Endlich wurde auch uns das Glück zu Teil, Liszt zu hören. Mit liebenswürdiger Gefälligkeit zeigte sich der geniale Künstler bereit, den Anforderungen und Wünschen des Publicums unserer Musenstadt zu entsprechen und in mehreren Concerten Proben seiner eminenten Leistungen und bisher unerreichter Meisterschaft zu geben. Es wäre thörichte Anmaßung und eitles Bemühen, sich auch hier in Lobeserhebungen und neuen Prädicaten zu erschöpfen, nachdem Liszt bereits durch die öffentliche Stimme von ganz Europa als das größte ausübende musicalische Genie der Gegenwart anerkannt und gepriesen wurde."

Dörptsche Zeitung (Nr. 28, 7. April). Eingesandt. „Die Berliner schwatzen von Last, Liszt und Lust. Wir haben nur Liszt auf allen Lippen und Lust in allen Herzen. Auch hier der lauteste Beifallssturm und jetzt, nachdem er ausgebrannt und der Hochgefeierte abgereist ist, eine Leere, eine fast wehmütige Sehnsucht nach etwas Unnennbarem. Das ist die Zaubermacht des Genies. Liszt ist fort, sein Andenken bleibt . . ."

Liszt hat in Riga und Dorpat mehrfach tief bewegt ausgesprochen, daß er diese Anerkennung für die bedeutendste in seinem Leben halte; die Verleihung des Ordens „Pour le mérite" in Berlin für 18 Konzerte in zwei Monaten soll ihn weniger ergriffen haben. Wie überall, so hat auch bei uns Liszt mit vollen Händen Wohltaten und zahlreiche Freikarten persönlich ausgeteilt. Nun sahen auch die Dorpatenser den großen Virtuosen, der ihnen für das Pianoforte eine neue Welt aufgeschlossen und den sie auch als Menschen wegen seines liebenswürdigen und bescheidenen Wesens liebgewonnen, mit Bedauern scheiden, und Liszt eilte seinem Endziel St. Petersburg zu. Zahlreiche Abschiedsworte in Poesie und Prosa widmeten ihm die Dörptschen Blätter*).

Einmal noch tauchte die Hoffnung auf, Liszt in Riga zu sehn. Ich lese in der Rigaschen Zeitung Nr. 102, 29. August 1842: „Herr F. Liszt schreibt einem seiner Freunde in Riga über seine zweite Reise nach Rußland. Wir glauben seinen zahlreichen Freunden eine Freude zu machen, indem wir ihnen seine Rückkehr

*) Wohl von Dorpat aus ist Liszt auf dem Gute Pajusby im Fellinschen Kreise zu Gast gewesen. Dort war noch 1918 ein Flügel erhalten, gezeichnet „Franz Liszt 1842".

zu uns für den künftigen Winter mit Bestimmtheit mitteilen." Auf dieser zweiten Rußlandreise berührte aber Liszt Riga nicht, er nahm 1843 den Weg über Warschau, und weil er dort mit Enthusiasmus aufgenommen wurde und als Freund Chopins mit den Polen sympathisierte, war sein zweiter Empfang in St. Petersburg nicht so warm wie der erste. Er hat dann noch ein drittes Mal, 1847, Rußland und zwar mehr den südlichen Teil besucht. Mit dem Rigaer Freunde, meinem Großvater Timm, hat er weiter freundschaftlich korrespondiert, ebenso mit seiner Tochter, der Chopin-Schülerin (besonders nachdem sie durch ihre Heirat mit Alexis von Gretsch mit Liszt in verwandtschaftliche Beziehungen getreten war) bis zu deren Tode, doch sind ihre weiteren Briefschaften in Revolutionszeiten vernichtet worden; ich besitze nur in einem Schreiben einen Hinweis auf Liszt. E. v. Gretsch an die Ihrigen in Riga, St. Petersburg, 21. Juni 1845: „Denkt Euch, der tolle Liszt hat an mich geschrieben, schickt mir, für mich componirte „Feuilles mortes", Elegie *), macht sich selbst jämmerlich herunter und bittet um Gnade für seine Stupidität in Paris!" — Er hatte versäumt, ihr einen Besuch zu machen, als sie in Paris Chopins Schülerin war; er hatte damals eine kleine Verstimmung mit Chopin.

Dem Freunde hat Liszt ein mit rührender Liebe geschriebenes Denkmal gesetzt in dem französisch verfaßten Werk „F. Chopin", par F. Liszt. Wie schön der Gedanke nach den Eingangsworten, die ihn wie ein höheres Wesen kennzeichnen: „Mais, quelque regretté qu'il soit par tous les artistes et par tous ses nombreux amis, il nous est peut-être permis de douter, que le moment sois déjà venu où, apprecié à sa juste valeur celui dont la perte nous est si particulièrement sensible occupe dans l'estime universelle le haut rang, que lui réserve l'âvenir." Mit einem andern schönen Liszt-Wort will ich schließen. „Was uns ergreift und im hochaufstürmenden Wirbel aller Leidenschaften uns über diese erhebt und, der Welt uns entrückend, an die Ufer eines schöneren Lebens trägt — ist es nicht die Musik? die vom Urquell alles Gefühls belebte Musik, die so wie dieses in uns schwebt, ehe es in der Gießform des Gedankens gerinnt und erstarrt."

---

*) In dem Kompositionsverzeichnis Liszt'scher Werke in der Biographie von Göllerich sind Feuilles mortes, Elegie, verzeichnet mit Angabe des Verlegers Troupenas, Paris. 1845.

Politische Übersichten

Lettland

1.

Nun ist der Rigaer Dom den Händen der Deutschen entwunden worden. Nicht durch einen offenen Frontalangriff gegen deutsches Eigentum, wie seinerzeit bei der Fortnahme der Rittergüter und der Jakobikirche, ist das lettische Mehrheitsvolk in den Besitz der größten und ältesten deutschen Kirche des Landes gelangt. Vielmehr hat man die Worte „Besitz" und „Enteignung" vermieden, vor allem wohl auch aus Rücksicht auf den Eindruck im Auslande. Indessen dürfte man sich verrechnet haben. Die Rechtsauffassung der Kulturwelt ist in diesen Dingen eindeutig genug, um aus der Paragraphenschale des Domgesetzes den wahren Kern herauszuschälen, und dieser Kern ist und bleibt — trotz aller Deuteleien — Enteignung. Und zwar eine Enteignung wider geltendes Recht, wie schon im Domkirchen-Sonderheft der „Baltischen Monatsschrift" eingehend erwiesen worden ist und wie auch ein kurzer Überblick über die jüngsten Etappen des Domkampfes es zeigt.

Am 22. Juli ist im Parlament das Volksbegehren auf Verstaatlichung der Domkirche abgelehnt worden. Am selben Tage lehnte das Parlament auch einen der nun erlassenen Notverordnung fast gleichen Gesetzesantrag des Nationalen Verbandes ab, laut dem das Verfügungs-, Verwaltungs- und Nutzungsrecht am Dom den Deutschen genommen und der ev.-luth. Gesamtkirche übertragen werden sollte. Am 5. und 6. September ist dann das Volksbegehren auch im Volksentscheid durchgefallen, wobei von 1,217,914 Stimmberechtigten nur 380,136 für die Domenteignung stimmten, das sind nur 31% der Gesamtwählerschaft und sogar auch bloß 40% der Wählerschaft lettischer Nationalität. Trotz einer alle Register ziehenden Hetzpropaganda der verbreitetsten lettischen Zeitungen, der lettischerseits fast überhaupt keine Gegenpropaganda entgegengesetzt wurde, hat also nicht einmal die Hälfte der lettischstämmigen Wähler dem Antrag auf Enteignung des Domes zugestimmt. So hatten also sowohl das Volk als auch die Volksvertretung ihr Votum gegen die Enteignung abgegeben. Die Frage war damit eigentlich bis auf weiteres entschieden. Selbst für die Anhänger der Enteignung schien nun im Grunde keine besondere Eile geboten, mußte man doch jedenfalls damit rechnen, daß sich die zweijährige hemmungslose Enteig-

nungspropaganda auch in den Neuwahlen, die ganz im Zeichen der Domkirchenfrage standen, in einer zahlenmäßigen Stärkung der Enteignungsanhänger im Parlament und damit in der Schaffung einer Mehrheit für die Fortnahme der Kirche ausprägen werde. Statt aber nun das Ergebnis der Neuwahlen abzuwarten, hat die Regierung sich veranlaßt gesehen, der Entscheidung des neuen Parlaments vorzugreifen und auf dem Wege der Notverordnung die Entrechtung der deutschen Domgemeinde zu vollziehen. Im § 81 der Verfassung heißt es: „In der Zeit zwischen den Parlamentssessionen hat das Ministerkabinett das Recht, Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, falls eine unaufschiebbare Notwendigkeit solches verlangt". Inwiefern eine Entrechtung der deutschen Domgemeinde, nachdem Volk und Parlament eine solche abgelehnt hatten, vier Tage vor den Neuwahlen nun plötzlich zu einer „unaufschiebbaren Notwendigkeit" geworden sein sollte, ist unverständlich geblieben.

Die Notverordnung ist von den Parteien als Wahlmanöver angesehen worden, mit dem namentlich der Initiator dieser Verordnung, der Nationale Verband, die durch die Domhetze ins Lager der Demokraten und Progressisten hinübergelockten Wähler wieder unter seine Fahnen zu scharen hoffte, ein Manöver, dem auch die übrigen Koalitionsparteien mit dem Bauernbund an der Spitze sich nicht versagen mochten, um nicht selbst Stimmen zu verlieren. Indessen erwies sich dieses Manöver doch als zu durchsichtig. Die Wähler schenkten Skujeneek und Breiksch, den Anstiftern der Domenteignung, einen großen Stimmenzuwachs und ließen Arved Berg und Petrewiz, die Väter der Domnotverordnung, durchfallen. Somit erwies sich das großangelegte Wahlmanöver der Rechten als ein Schlag ins Wasser. Das ändert aber leider nichts an der Tatsache, daß das größte Gotteshaus des Landes nun zu einem Wahlplakat aus Stein mißbraucht worden ist und daß die Wahlschlacht zwischen dem linken und rechten lettischen Lager auf Kosten der größten deutschen Kirchengemeinde des Landes ausgetragen worden ist. Solches wird — wenn auch unbeabsichtigt — auch vom Blatt des Nationalen Verbandes, dem „Latvis", bestätigt, der am Tage nach Erlaß der Notverordnung schrieb: „Die Domkirchenfrage ist so gelöst, wie es die Würde des lettischen Volkes und der Armee verlangt. Die Frage ist gerade von der Partei geregelt worden, die in der ganzen letzten Zeit vollkommen unverdiente Angriffe und Beschuldigungen in dieser Frage zu erdulden hatte. Weder Breiksch noch Skujeneek und deren Freunde haben die Domkirche zu einer lettischen Kirche gemacht,

sondern der Nationale Verband hat es getan. Die Regelung der Frage war für das Demokratische Zentrum und Skujeneek kein Ziel, sondern nur ein Mittel zur Erreichung ganz persönlicher Zwecke. Weder Skujeneek noch Breikſch konnten auch den geringsten Zweifel an dem Ergebnis der Volksabstimmung hegen. Aber sie wußten auch, welcher Lärm mit solcher Aktion erhoben werden konnte, und dieser Lärm war die wahre Absicht der Initiatoren der Volksabstimmung. Die Domkirchenfrage war für das Demokratische Zentrum und für die Progressisten nur ein Spekulationsobjekt". Mit diesen Ausführungen charakterisiert der „Latvis" ganz zutreffend die Situation, nur daß er nicht merkt, daß in dem drei Tage vor den Wahlen geschriebenen Passus: „Weder Breikſch noch Skujeneek . . . sondern der Nationale Verband hat es getan" auch der eigene Pferdefuß unvorsichtigerweise enthüllt wird.

Der Inhalt der Notverordnung kann als bekannt vorausgesetzt werden. Hier sei nur festgestellt, daß an dem Enteignungscharakter der Verordnung kein Zweifel möglich ist, da sämtliche Rechte, die zusammen das Eigentumsrecht darstellen — das Verfügungs-, Verwaltungs- und Nutzungsrecht — der deutschen Domgemeinde genommen werden. Und es sei darauf hingewiesen, daß die Notverordnung dem in Kraft befindlichen Gesetz vom 14. August 1928 zuwiderläuft, laut dem der evangelischen-lutherischen Kirche das Selbstbestimmungs- und Selbstverwaltungsrecht eingeräumt wird und damit sowohl der Regierung als auch dem Parlament die Kompetenz entzogen worden ist, Probleme wie die Domfrage zu regeln. In der Notverordnung werden von den 11 Sitzen der neu zu schaffenden Domkirchenverwaltung den Deutschen nur 3 Sitze eingeräumt, während der letzte deutsche Verständigungsvorschlag eine paritätische Besetzung der Domverwaltung durch deutsche und lettische Gemeindeglieder vorgesehen hatte. Die Ablehnung dieses Vorschlages zugunsten einer lettischen Mehrheit in der Domverwaltung beweist mit aller Eindeutigkeit, daß es den Letten nicht an einer friedlichen Zusammenarbeit gleichberechtigter Partner im Dom gelegen war, sondern an einer Majorisierung der großen deutschen Gemeinde durch die beiden an Zahl der Gemeindeglieder erheblich kleineren lettischen Gemeinden.

Angesichts dieser klar auf der Hand liegenden Majorisierungsabsicht konnte sich die deutsche Gemeinde hinsichtlich eines künftigen Zusammenlebens mit den Letten im Dom keinen Illusionen hingeben. So reifte denn in den Kreisen des deutschen Domkirchenrats in

schwerem inneren Ringen der Entschluß heran, auf eine Beschickung der neuen gemischten Domkirchenverwaltung zu verzichten und die deutsche Gemeinde aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten, ihr nun entrissenen Kirche hinauszuführen. Die ungeheuere Schwere und Tragweite dieses Entschlusses macht es begreiflich, daß noch nicht das gesamte Deutschtum sich zur Erkenntnis durchgerungen hat, daß ein anderer Entschluß aus inneren und äußeren Gründen sich nicht hätte verantworten lassen. Es würde zu weit führen, an dieser Stelle all das Für und Wider des deutschen Exodus aus dem Dom gegeneinander abzuwägen. Nur soviel sei gesagt, daß die Wagschale des „Für" vor allem durch die Tatsache herabgedrückt wird, daß es für die deutsche Gemeinde innerlich untragbar wäre, mit denen zusammen die Kirche zu verwalten, denen mit Hilfe von Verleumdung und Verhetzung die Vormachtstellung im Dom zugefallen ist.

Der Kampf um den Dom ist nun zu einem gewissen Abschluß gelangt, nachdem das neue Parlament, wie zu erwarten war, der Notverordnung durch Überweisung an die zuständige Kommission nachträglich seine Zustimmung erteilt hat. Indessen wollen wir es nicht glauben, daß hiermit Entscheidungen gefallen sind, die für immer gültig bleiben werden. Daß der Mächtige — das Mehrheitsvolk — zum Mittel der „Notverordnung" wider den Machtlosen — die deutsche Minderheit — hat greifen müssen, ist nicht nur eine völlige Absurdität, es ist auch ein Zeichen innerer Schwäche. Und daß die Würde des lettischen Volkes und der Armee vermeintlich nicht anders gewahrt werden konnte, als durch ein Sichhingwegsetzen über selbstgegebene Rechtsbestimmungen, ist ein weiterer Beweis für diese Schwäche. Und wenn auch die Geschichte lange nicht alles Unrecht, das geschehen ist, wieder gutgemacht hat, so hat sie früher oder später doch immer und unerbittlich alles zu Fall gebracht, was auf tönernen Füßen steht.

2

Wie schon gesagt, standen die diesjährigen Parlamentswahlen ganz im Zeichen des Domkirchenstreits. Darüber hinaus ist überhaupt seitens einer Reihe von lettischen Parteien die nationalistische Trommel in einem Maße gerührt worden, wie das bisher zu keinen Wahlen der Fall gewesen ist. Namentlich die verschiedenen linksbürgerlichen Gruppen bedienten sich in ausgiebigster Weise dieses Werbemittels und erreichten damit eine sehr erhebliche Steigerung ihrer Stimmenzahl. So stieg die Zahl der Stimmen

beim Demokratischen Zentrum von 17,604 auf 64,812, bei den Neusiedlern von 37,435 auf 61,181, bei der Progressiven Partei Skujeneeks von 11,774 auf 20,962, wobei diese Gruppe wohl fast ausschließlich, die beiden erstgenannten jedenfalls zum großen Teil dank ihrer minderheitenfeindlichen Haltung solche Erfolge zu erzielen vermochten. Auf der anderen Seite hat die Partei Arved Bergs — des Mannes, der während der ganzen letzten Jahre der Aufputschung chauvinistischer Instinkte einen Appell an das gesunde Nationalgefühl, das auch den Andersstämmigen gelten läßt, entgegenzusetzen suchte, bis schließlich die von anderer Seite irregeleiteten Volksmassen die Mahnungen Bergs nicht mehr hören wollten — von ihren früheren 20,978 Stimmen nur noch 10,612 übrigbehalten.

Während auf der einen Seite das Anschwellen der genannten linksbürgerlichen Gruppen alle Erwartungen übertroffen hat, ist auf der anderen Seite auch der sehr starke Stimmenverlust der marxistischen Gruppen überraschend gekommen. Die Sozialdemokraten nebst den sozialistischen Splitterparteien haben von ihren früheren 237,969 Stimmen nicht weniger als 44,336 verloren und sogar auch die Kommunisten von den bisherigen 74,706 Stimmen 4971. Einen Rückgang haben die Sozialdemokraten namentlich auf dem flachen Lande erfahren, wo der Prozeß einer Verbürgerlichung der auf den Neusiedlerparzellen Angesiedelten erhebliche Fortschritte gemacht hat. Ganz erstaunlich bleibt die Tatsache, daß in einer Zeit zunehmender wirtschaftlicher und damit auch sozialer Nöte die Kommunisten, deren Anhängerzahl in den meisten Ländern Europas in stetem Anschwellen begriffen ist, in Lettland Stimmeneinbußen erlitten haben. Diese Erscheinung zeigt, daß man sich im lettischen Volk erfreulicherweise durch all die Lobgesänge auf das Sovetparadies nicht mehr bluffen läßt.

Von den drei größeren lettischen Parteien auf der rechten Seite des Parlaments ist zu sagen, daß der Bauernbund erstmalig seit seinem Bestehen in der Front seiner Wählerschaft empfindliche Einbrüche zu verzeichnen gehabt hat und von 139,173 auf 119,411 Stimmen zurückgegangen ist. In erster Linie haben wohl die mancherlei in den letzten Jahren zusammengekrachten Großunternehmen der Bauernbündler eine Minderung des Vertrauens in diese Partei herbeigeführt, wie denn die neu ins Parlament einziehende bäuerliche Sezessionsgruppe Leikart wohl vor allem ihrer Losung „Los von den Geschäftemachern des Bauernbundes" die 18,191 Stimmen, die ihr wohl meist aus ehemaligen Bauernbund-

kreisen zugefallen sind, zu verdanken hat. Die zweitstärkste lettische bürgerliche Partei, die Klerikalen, hat die Zahl ihrer Anhänger — und zwar trotz Annullierung ihrer im Wahlkreis Riga eingereichten Liste — von 57,336 auf 79,264 mehren können, welche Zahl in deutlichster Weise den Vormarsch des Katholizismus in Lettland illustriert. Die Gegenspieler der Klerikalen im evangelischen Lager, die Christlich-Nationalen, sind dagegen von 25,254 auf 20,457 Stimmen zurückgegangen.

Die Parteien der nationalen Minderheiten haben sich durch die gegen sie in der Zeit des Wahlkampfes gerichteten Anfeindungen keineswegs einschüchtern lassen, sondern ganz im Gegenteil auf die einzig mögliche Weise, nämlich durch eine beträchtlich stärkere Wahlbeteiligung, hierauf reagiert. Die Russen gewannen 8654, die Polen 5049, die Juden 4921 und sogar die Deutschen, die bereits vor drei Jahren ihre Wählerzahl bis fast an die Grenze des Möglichen gesteigert hatten, noch 1746 Stimmen. Insgesamt erhöhten die nationalen Minderheiten ihre Stimmenzahl um 14%, während die Steigerung der Wahlbeteiligung für die lettischen Parteien insgesamt nur 2% betrug. Nur infolge besonderen Wahlpechs der nichtdeutschen Minderheiten hat sich ihr erheblicher Stimmenzuwachs nicht in einer Steigerung der Zahl ihrer Mandate ausgewirkt.

Die deutsche Wahlleitung hatte diesesmal einen einzigartigen Plan entworfen, eine große Organisationsarbeit geleistet und hat — dank der hervorragenden Disziplin der deutschen Wählerschaft — auch einen vollen Erfolg erzielen können. Bereits vor drei Jahren wurden seitens der deutschen Wahlleitung etwa 1500 Wähler aus Kurland und Lettgallen nach Semgallen und die gleiche Anzahl aus Riga nach Livland transportiert, um die geringe Wählerzahl in den beiden Wahlkreisen zu erhöhen und damit zu den vier sicheren deutschen Mandaten — dreien in Riga und einem in Kurland — noch zwei weitere zu erringen, was auch gelang. Diesesmal war die Lage für die Deutschen eine unvergleichlich schwierigere, namentlich infolge der starken Zunahme der nichtdeutschen Bevölkerung in Riga, die es unmöglich machte, deutsche Wähler aus Riga abzutransportieren, ohne damit eines der Rigaer deutschen Mandate ernstlich zu gefährden. Außerdem mußten infolge des Rückganges der deutschen Bevölkerung in Semgallen dorthin jetzt noch mehr Wähler aus anderen Kreisen geschickt werden, als vor drei Jahren, und solche Reserven waren nirgends vorhanden. Angesichts dieser Lage entschloß sich die deutsche Wahlleitung zu einem ebenso groß-

zügigen wie kühnen Plan. Man beschloß, auf die Erlangung des dritten rigaschen Mandats zu verzichten, in der Stadt nur so viele deutsche Wähler zu belassen, als zu einer Sicherung von zwei Mandaten unbedingt erforderlich waren, und die gesamten freiwerdenden Kräfte — rund 10,500 Wähler — nach Livland und Semgallen hinüberzuwerfen. Hiervon wurden etwas über tausend Wähler in zwei Sonderzügen nach Mitau gesandt, alle übrigen in acht Sonderzügen, 127 Autobussen und über 100 Privatautomobilen und Motorrädern nach Livland. Um nun aber das in Riga verlorengehende deutsche Mandat in einem anderen Wahlkreise kompensieren zu können, wurde eine Eigentümlichkeit des lettländischen Proportionalwahlrechts ausgenutzt, gemäß der in jedem Wahlkreise 6000 Wähler genügen, um einer Liste ein Mandat zu sichern, während 12,000 Wähler für eine Liste auch bloß ein Mandat und nicht zwei geben. Es wurden nun in Livland zwei deutsche Listen aufgestellt und die dort stimmenden deutschen Wähler derart auf beide Listen angesetzt, daß jede von ihnen etwas über 6000 deutsche Stimmen erhalten mußte, wobei die in Livland ortsansässigen etwa 2800 Deutschen veranlaßt wurden, nur für die eine Liste zu stimmen, während der Ausgleich durch eine genau berechnete Aufteilung der aus Riga nach Livland Transportierten auf beide Listen herbeigeführt wurde. Außer den 1000 Rigaer Wählern erhielt Semgallen auch dieses Mal einen Zuzug von über 1500 Wählern aus Kurland und Lettgallen.

Man kann sich denken, welch eine umfassende und bis ins einzelne gehende Werbe-, Organisations- und Aufklärungsarbeit einerseits, welche Wählerdisziplin andererseits dazu gehörte, diesen so komplizierten Plan zur Durchführung zu bringen. Die 45,000 deutschen Wähler Lettlands mußten bis auf wenige hundert genau auf die einzelnen Wahlkreise verteilt werden, da „Reserven" zu einer reichlicheren Sicherung der in jedem Kreis erforderlichen Stimmenzahl nicht vorhanden waren. Man denke, daß allein über ein Drittel aller deutschen Wähler Rigas in Marsch gesetzt worden sind und daß jeder von ihnen genaueste Instruktionen über den Transport, dem er zugeteilt wurde, sowie über die richtige Liste, mit der er stimmen sollte, erhalten und auch befolgen mußte. Allein die Zahl der ehrenamtlich tätigen Mitarbeiter des deutschen Wahlkomitees an der Organisation und Durchführung der gesamten Wählertransporte betrug über 1000, von denen der größere Teil vom Baltischen Landeswehrverein, von den deutschen Studentenkorporationen und

von den deutschen Pfadfindertrupps gestellt wurde, und jeder dieser Mitarbeiter mußte eine genau umrissene Spezialaufgabe nebst eingehenden Instruktionen für seine Tätigkeit erhalten. Mit besonderer Genugtuung kann festgestellt werden, daß sich die Wählerschaft aller Schichten des Deutschtums mit starkem Pflichtgefühl und großer Begeisterung an den Wählerfahrten beteiligt hat, die mithin zu einem einzigartigen Ausdruck der Kraft und Einigkeit einer Volksgemeinschaft geworden sind.

Von deutschfeindlicher Seite, und zwar besonders vom Abgeordneten Skujeneek, sind die deutschen Wählerfahrten als ein Unternehmen beanstandet worden, das das Stimmenverhältnis in den einzelnen Wahlkreisen zugunsten der Deutschen und damit zu ungunsten der Letten verschiebt und damit dem Grundsatz der Proportionalität, auf dem das lettländische Wahlrecht aufgebaut ist, zuwiderläuft. Ein dieser Auffassung entsprechender Antrag auf Unterbindung der Wahltransporte ist auch bereits mit den Stimmen aller lettischen Parteien dem zuständigen Parlamentsausschuß überwiesen worden. Hierzu sei bemerkt, daß am allerwenigsten gerade der Abgeordnete Skujeneek Veranlassung hatte, sich über eine angeblich zu große Zahl von deutschen Abgeordneten im Verhältnis zur deutschen Wählerzahl aufzuhalten. Die Deutschen haben zwar mit 45,000 Wählern 6 Abgeordnete durchgebracht, Skujeneek dagegen mit nur 21,000 Wählern 3 Abgeordnete, also verhältnismäßig noch mehr, nur mit dem großen Unterschied, daß die Skujeneekpartei diesen Erfolg lediglich der zufällig glücklichen Verteilung ihrer Wählerschaft auf die einzelnen Wahlkreise zu verdanken hat, die Deutschen dagegen, deren Wähler auf die einzelnen Wahlkreise besonders ungünstig verteilt sind, einzig und allein ihrer hervorragenden Organisation und Disziplin. Im übrigen kann von einem Zukurzkommen der lettischen Parteien überhaupt nicht die Rede sein, da die 77% der Gesamtwählerzahl umfassenden Letten 83% aller Mandate erhalten haben, während sie ohne die deutschen Wählerfahrten sogar 85% der Mandate erhalten hätten. Vielmehr kann der deutsche Erfolg nur als eine gewisse Kompensation für die an sich sehr ungünstige Verteilung der nationalen Minderheiten auf die einzelnen Wahlkreise bewertet werden, gemäß der über 37,000 Wähler der nationalen Minderheiten — also eine für vier Mandate ausreichende Zahl — so versprengt leben, daß sie ohne Umgruppierungen kein einziges Mandat erhalten können, und das sogar unter der Voraussetzung einer Ein-

heitsfront im russischen und jüdischen Lager, die bekanntlich in Wirklichkeit nicht vorhanden ist. Es sei hier schließlich noch erwähnt, daß die Wahlbeteiligung der einzelnen Volksgruppen für ihre nationalen Listen die folgende gewesen ist: Deutsche 100%, Juden 84%, Letten 81%, Polen 62%, Russen 53%.

3.

Im Gesamtergebnis hat eine sehr beträchtliche Verschiebung zur Mitte stattgefunden, und erstmalig seit Bestehen Lettlands haben die lettischen bürgerlichen Parteien die absolute Mehrheit erhalten.

Demzufolge ist nach schier endlosen Parteiverhandlungen zunächst einmal der Versuch unternommen worden, eine solche lettisch-bürgerliche Mehrheit als Basis für eine Regierung auszuwerten. Mit allem Nachdruck hat man dabei eine jede Mitbeteiligung irgendwelcher Gruppen der nationalen Minderheiten von vornherein ausgeschaltet. Eine solche Mitwirkung scheint denn auch bis auf weiteres völlig ausgeschlossen, jedenfalls mindestens so lange, als in der Regierung die gegenwärtige Richtung vorherrscht. Der nunmehrige Ministerpräsident Skujeneek ist in der letzten Zeit mit einer ganzen Reihe von gegen die Stellungen der nationalen Minderheiten gerichteten Parlamentsanträgen und Zeitungsartikeln hervorgetreten, und die Deutschen werden es gewiß nicht so bald vergessen können, daß er es gewesen ist, der den Antrag auf Verstaatlichung des Rigaer Doms ins Parlament eingebracht hat. Derselbe Mann aber, der jetzt für eine weitgehende Beschneidung der Rechte der Deutschen und der anderen Minderheiten eintrat, hat noch vor wenigen Jahren auf einem Frühstück anläßlich der Rigaer Tagung der Führer der deutschen Volksgruppen Europas, zu dem er als damaliger Ministerpräsident geladen war, eine Rede gehalten, in der er nach stenographischen Aufzeichnungen wörtlich gesagt hat:

„Hier in Lettland ist das Deutschtum zahlenmäßig nicht sehr bedeutend vertreten. Umso bedeutender ist jedoch der große Einfluß, den die hiesigen Deutschen in der Geschichte unseres Landes gehabt haben. Zeichneten sie sich doch stets durch ihre staatserhaltende und staatsaufbauende Tätigkeit aus. Fühlen doch wir Letten mit den Deutschen und dem größten Teil der anderen Nationalitäten uns im Lande als ein Staatsvolk, das gemeinsame Ziele, gemeinsame Zwecke verfolgt. Ich freue mich ganz besonders, daß der deutsche

Minderheitenkongreß hier stattfinden kann, denn es ist hier viel getan worden, um die unerwünschten Differenzen zwischen Majoritätsvolk und Minoritätsvölkern beizulegen. In gemeinsamer Arbeit und gemeinsamer Tätigkeit zum Besten der Heimat finden sich bei uns die Völker als Staatsbürger eines Landes zusammen. Die Art, wie die nationalen Fragen hier gelöst werden, könnte auch auf andere Länder gewissen Einfluß haben."

Das Bedauerlichste an der innenpolitischen Entwicklung in Lettland ist, daß das Parteiinteresse in einzigartiger Weise die Sorge um das Gesamtwohl von Staat und Volk überwuchert hat. In einem Augenblick schwerster wirtschaftlicher Krise, in der einzig und allein eine Zusammenfassung aller staatserhaltenden Kräfte ohne Unterschied der Nationalität geboten erscheint, was sicherlich auch vom größten Teil der Führer des Lettentums erkannt werden dürfte, vermeidet es doch fast jeder dieser Führer, dieser seiner Erkenntnis öffentlich Ausdruck zu geben, weil er seine Partei dadurch bei den durch die letzte Wahlhetze nationalistisch aufgeputschten Massen in Mißkredit zu bringen fürchtet. Auch Arved Berg hat seinen „Latvis" ganz auf einen nationalistischen Ton gestimmt. Solange selbst bisher als objektiv und national tolerant bekannte lettische Persönlichkeiten sich der herrschenden nationalistischen Psychose nicht zu entziehen vermögen, bestehen jedenfalls keine Aussichten auf eine Abkehr von dem Wege, den Lettland jetzt mit dem Ministerium Skujeneek betreten hat.

Percy Bockrodt

Estland

1.

Die von der Regierung seinerzeit eingebrachten Gesetzentwürfe über den 8-stündigen Arbeitstag, über die Einführung von Betriebsräten und über die Errichtung einer Landwirtschaftskammer sind im Juli von der Staatsversammlung endgültig angenommen worden, ohne daß die Regierung Päts dabei wesentlichen Erschütterungen ausgesetzt worden wäre. Gegen die geeinte Front der Landwirte und der Sozialisten kamen die anderen Parteien nicht auf: die scharfe Kritik der Opposition verhallte ungehört, und die in der Regierung vertretenen beiden Mittelparteien, die Volkspartei und die Wirtschaftsgruppe, denen alle drei Gesetzentwürfe auch keinesfalls zusagten, fügten sich dem Druck der stärkeren Koalitionsparteien.

Was das Gesetz über die Landwirtschaftskammer betrifft, so wurde in Bezug auf den Wahlzensus die Regierungsvorlage angenommen, wonach zu den Wahlen in die Kammer alle Personen zugelassen sind, die außerhalb der Grenzen der Städte und Flecken mindestens 5 ha Nutzland (einschließlich Wald und Weideland) oder 1 ha Gartenland besitzen. Die Festsetzung dieser Norm wurde von den Regierungsparteien damit begründet, daß alle Kleingrundbesitzer, deren Grundstücke die vorgeschriebene Größe nicht erreichen, ihrem Haupterwerb nach Lohnarbeiter sind und nicht vom Ertrage ihres Grundstückes leben können, ihre Interessen daher von einer geplanten Arbeiterkammer viel besser vertreten werden würden, als von der Landwirtschaftskammer. Wie dem nun auch sei, fraglos haben auch parteipolitische Motive bei den Landwirten mitgespielt, als sie diese Normsetzung in das Gesetzprojekt aufnahmen. Denn da viele Ansiedlerparzellen die genannte Größe nicht erreichen, bedeutet dieser Wahlzensus fraglos eine Minderung des Einflusses der Ansiedler in der zukünftigen Landwirtschaftskammer, welche auf diese Weise wohl mehr oder weniger in die Hände des Bundes der Landwirte geraten wird. Daß diese Tatsache sich aber auch parteipolitisch als eine Stärkung der Landwirte gegenüber den Ansiedlern auswirken wird, liegt wohl auf der Hand. Die Ansiedler protestierten denn auch aufs heftigste gerade gegen den diesen Wahlzensus enthaltenden Paragraphen des Gesetzentwurfes, freilich vergeblich, da die Regierungsparteien geschlossen für ihn stimmten. Anfänglich waren zwar auch die Sozialisten gegen diese Norm, die sie um ein wesentliches herabgesetzt sehen wollten, doch änderten sie ihre Stellungnahme, als die Landwirte ihnen ihre Unterstützung bei der für den Herbst geplanten Einbringung eines Gesetzentwurfes betr. die Errichtung einer Arbeiterkammer zusicherten. In diese geplante Arbeiterkammer sollen dann auch die Landwirte, die weniger als 5 ha Nutzland bezw. 1 ha Gartenland besitzen, ihre Vertreter entsenden. Da nun aber diese Arbeiterkammer, falls sie Wirklichkeit werden sollte, sicher stark unter dem Einfluß der Sozialisten stehen wird, so werden dadurch wohl auch die Kleinlandwirte, die ihre Delegierten in diese Arbeiterkammer entsenden werden, zwangsläufig unter den Einfluß der Sozialisten geraten. Auf diese Weise wird also auch die sozialistische Partei von der Festsetzung des Wahlzensus für die Wahlen in die Landwirtschaftskammer ihren parteipolitischen Vorteil haben, die Ansiedler aber sehen sich durch diese Entwickelung der Dinge der Gefahr ausgesetzt, daß ihre Anhängerschaft aufgerieben wird.

Recht bedenklich ist, daß zur Mitarbeit in der Kammer nur die landwirtschaftlichen Arbeitgeber berufen sind, während die Arbeitnehmer, und zwar auch die an leitender Stelle stehenden, ausgeschlossen worden sind. In dieser Form kann die Landwirtschaftskammer keineswegs als ein Organ des gesamten landwirtschaftlichen Berufsstandes angesehen werden, was im Interesse der Sache wohl sehr zu bedauern ist. Mit Recht weist A. B. in der „Revalschen Zeitung" darauf hin, daß auf diese Weise die Kammer, anstatt die gesamte in der Landwirtschaft tätige Bevölkerung organisch zusammenzufassen, was doch wohl die eigentliche Aufgabe einer berufsständischen Zentralorganisation sein müßte, eher wie ein Sprengmittel zwischen den landwirtschaftlichen Arbeitgebern und Arbeitnehmern wirken wird, besonders wenn die Arbeitnehmer in einer Arbeiterkammer zusammengeschlossen werden sollten. Der an und für sich sehr gesunde Gedanke einer berufsständischen Vertretung der Landwirtschaft ist hier, wohl infolge parteipolitischer Erwägungen, in bedenklicher Weise verfälscht und abgebogen worden. Auch hier haben also parteipolitische Gesichtspunkte leider wieder über staatliche Notwendigkeiten den Sieg davongetragen, ein Umstand, der angesichts der immer schwieriger werdenden Gesamtlage unseres Landes wohl sehr bedenklich stimmen muß.

Im übrigen zieht der Gedanke der Schaffung *berufsständischer Zentralorgane* immer weitere Kreise. So ist bereits im Juni ein Gesetzentwurf betr. die Errichtung einer Handwerkerkammer ins Parlament eingebracht worden, welcher allerdings noch der Erledigung harrt. Auch der von den Sozialisten während der Verhandlungen über das Landwirtschaftskammergesetz bereits angekündigte Gesetzentwurf über die Errichtung einer Arbeiterkammer ist bereits vom Bildungs- und Sozialministerium ausgearbeitet und der Regierung vorgelegt worden. Ferner ist auf Initiative des Estländischen Ärzteverbandes ein Gesetzentwurf über die Gründung einer Ärztekammer ausgearbeitet und dem Bildungs- und Sozialministerium unterbreitet worden, und der Ingenieurverband hat einen Gesetzentwurf für eine Ingenieurkammer dem Verkehrsministerium vorgelegt.

2.

Die *Regierungskoalition* hat bis jetzt glücklich allen Gefahren getrotzt, die ihr aus den natürlichen Gegensätzen zwischen den beiden die Koalition tragenden Flügelparteien, den Landwirten und den Sozialisten, erwachsen Und zwar sind diese Gegensätze

immer wieder dadurch überwunden worden, daß die beiden Parteien sich gegenseitig immer einander kompensierende Zugeständnisse gemacht haben, wobei allerdings das tatsächliche Staatsinteresse häufig zu kurz gekommen ist. Wie lange diese Politik des do ut des zwischen den beiden Parteien wird weiter fortgeführt werden können, ist allerdings eine andere Frage. Zurzeit tritt der Gegensatz wieder recht deutlich in Erscheinung, und zwar in der Frage der Kürzung der Beamtengehälter. Die Landwirte haben in dieser Beziehung recht radikale Forderungen aufgestellt, auf welche die Sozialisten aus Rücksicht auf ihre zahlreichen Anhänger unter den Staatsbeamten nicht recht eingehen wollen. Doch wird die wirtschaftliche Notlage des Staates voraussichtlich die Sozialisten zu einem Nachgeben in dieser Frage zwingen, da anders der staatliche Haushaltplan für das kommende Finanzjahr wohl nicht ins Gleichgewicht zu bringen sein wird.

Angesichts der Tatsache, daß infolge der Zusammenarbeit der beiden großen Flügelparteien die Mittelparteien in ihrer Zersplitterung stark an die Wand gedrückt sind, machen sich bei diesen in letzter Zeit Bestrebungen zu einem Zusammenschluß bemerkbar. Als konkrete Erfolge dieser Bestrebungen sind zwei Tatsachen zu buchen. Erstens haben die Fraktionen der „Volkspartei" und der „Christlichen Volkspartei" in der Staatsversammlung sich zu einer „Fraktion der vereinigten Volksparteien" zusammengeschlossen, wobei allerdings die Parteien selber, zunächst wenigstens, als solche getrennt von einander bestehen bleiben. Unklar ist fürs erste, was für eine Stellung nun die der Christlichen Volkspartei angehörigen Abgeordneten der Staatsversammlung der Regierung gegenüber einnehmen werden. Bis jetzt hielten sie sich zur Opposition, während die Volkspartei bekanntlich der Regierungskoalition angehört, allerdings keineswegs mit großer Begeisterung, da auf ihre Wünsche von den stärkeren Koalitionsgenossen nicht immer die gebührende Rücksicht genommen wird.

Wichtiger aber noch als dieser Zusammenschluß ist wohl die Tatsache, daß zu den im Dezember bevorstehenden ersten Wahlen in die Landwirtschaftskammer die Mittelparteien, d. h. die Arbeitspartei, die „vereinigten Volksparteien" und die Ansiedler, sich zu einem Wahlblock zusammengeschlossen und in allen Wahlkreisen gemeinsame Kandidatenlisten eingereicht haben. In den meisten Wahlkreisen konkurrieren somit nur drei große Gruppen: die Landwirte, die Sozialisten und der Block der Mittelparteien. Eine derartige Konsolidierung im estnischen Parteiwesen ist an sich natürlich sehr zu

begrüßen, doch erscheint es sehr fraglich, ob diesen Zusammenschlußbestrebungen ein dauernder Erfolg beschieden sein wird. Namentlich die Ansiedler stehen als agrarere Partei mit ihren Interessen doch stark abseits von den städtischen bürgerlichen Parteien, und wenn sie sich trotzdem zu den Wahlen in die Landwirtschaftskammer mit diesen verbündet haben, so ist das wohl nur ein Zeichen dafür, wie schwach sie sich gegenüber den Landwirten in diesem Wahlkampf fühlen. Ein dauernder Zusammenschluß mit den städtischen bürgerlichen Parteien dürfte für die Ansiedler aus Rücksicht auf die agraren Interessen ihrer Wählerschaft kaum möglich sein. Es würde das einem Selbstmorde gleichkommen, da ihre Wähler in solch einem Fall in Scharen zur Partei der Landwirte überlaufen würden.

Die Novelle zum Gesetz über die Wahlen in die Staatsversammlung, den Volksentscheid und das Volksbegehren, die eine Erleichterung des Verfahrens bei Verfassungsänderungen bezweckt, ist von der Staatsversammlung endgültig in der Kommissionsfassung angenommen worden. Danach ist die Teilnahme an Volksabstimmungen über Verfassungsänderungen für alle stimmberechtigten Staatsbürger obligatorisch gemacht und Stimmenthaltung in solchen Fällen mit einer Strafzahlung von 5 Kronen pro Person belegt worden. Daß diese Vorschrift ihre sehr bedenklichen Seiten hat, steht wohl außer jedem Zweifel. Die geplante Verfassungsänderung selbst ist über den Zustand von vorbereitenden Beratungen noch nicht hinausgediehen. Im allgemeinen haben sich aber die Vertreter aller bürgerlichen Parteien für eine Verfassungsänderung und nur die Sozialisten dagegen ausgesprochen. In den Einzelfragen gehen aber die Meinungen auch der bürgerlichen Parteien sehr auseinander, namentlich inbezug auf die Einführung des Präsidentschaftsinstituts und die Abänderung des Wahlrechts.

Die estländischen Kommunisten wurden im Sommer von einem schweren Schlage betroffen. Mitte Juni gelang es der Polizei, die Zentrale der geheimen kommunistischen Organisation Estlands und das Revaler Komitee der estnischen kommunistischen Partei auszuheben und alle beteiligten Personen zu verhaften. Dabei fiel der Polizei das chiffrierte Geheimarchiv des kommunistischen Zentralkomitees mit dem Dechiffrierungsschlüssel in die Hände. Verhaftet wurde auch der Hauptkurier der Kommunisten. Wie aus den beschlagnahmten Dokumenten zu ersehen war, betrug die Zahl der eingeschriebenen Parteimitglieder in Estland zurzeit nur 50. Hoffentlich ist die Tätigkeit der Kommunisten hier in Estland durch diesen Fang

der Polizei für recht lange Zeit wenn auch nicht ganz lahmgelegt, so doch stark beeinträchtigt worden.

3.

Die Finanzlage Estlands hat sich weiterhin verschlechtert, wie es bei der Verschärfung der allgemeinen Krise in der Weltwirtschaft auch garnicht anders sein kann. Trotz aller Erschütterungen ist es aber bisher gelungen, den Goldstandard der Eesti-Krone aufrechtzuerhalten. Zwar wurde die Staatsbank durch das Sinken des englischen Pfundkurses erheblich geschädigt, da ein beträchtlicher Teil ihres Devisenvorrates in englischen Pfund angelegt war, aber der Devisen- und Goldbestand der Eesti-Bank war glücklicherweise groß genug, um diesen Stoß auszuhalten. Allerdings, je chaotischer die Lage auf dem internationalen Geldmarkt wird, desto schärfer muß sich die Krise naturgemäß auch bei uns in Estland auswirken. Und so ist es verständlich, daß die Regierung und die Eesti-Bank zu den schärfsten Maßnahmen zum Schutze der Krone gegriffen haben. Der Handel mit Devisen ist einer strengen Kontrolle unterstellt und der Ankauf von estländischen Geldnoten im Auslande seitens der Eesti-Bank eingestellt worden, um jegliche den Kurs der Krone gefährdende Spekulationskäufe von estländischen Kronennoten im Auslande zu unterbinden.

Die estländische Handelsbilanz ist trotz der Krise aktiv geblieben (im August betrug der Überschuß der Ausfuhr über die Einfuhr 2 Millionen Kronen und im September 2,152000 Kronen), und solange dies der Fall sein wird, dürfte es wohl auch weiterhin möglich sein, den Kronenkurs auf der Goldparität zu halten. Allerdings gibt es in den Kreisen der estländischen Exporteure eine Reihe führender Persönlichkeiten, die ein Abgehen vom Goldstandard und eine Anlehnung der Eesti-Krone an den Pfundkurs befürworten, um den Export noch weiter zu beleben. Auch unter den Landwirten gibt es Anhänger einer Herabsetzung des Kronenkurses, um dadurch den stark verschuldeten Gesinden zu Hilfe zu kommen, die in solch einem Fall ihre Schulden mit dem in seinem Wert verminderten Gelde bezahlen könnten. Zum Glück hat aber diese Richtung sich bisher nicht durchsetzen können und wird hoffentlich auch in Zukunft mit ihren Wünschen nicht durchdringen. Denn wenn auch fraglos die Exportindustrie unter dem hohen Kronenkurse leidet und, soweit sie langfristige Kontrakte in englischer Pfundwährung abgeschlossen hat, auch beträchtliche Verluste erleidet, so dürfte zur Beseitigung

dieses Übelstandes doch keinesfalls zum Mittel einer Devalvation unserer Währung gegriffen werden. In einem Lande, das schon mehrere Inflationsperioden durchgemacht hat, würde ein Abgehen von der Goldparität (ganz gleich aus welchem Grunde dieses erfolgt) sofort eine Panik unter der Bevölkerung und dadurch ein Chaos in der gesamten Volkswirtschaft hervorrufen. Zum Glück, wie gesagt, scheint die Regierung und die Leitung der Eesti-Bank sich des Ernstes der Situation voll bewußt und fest entschlossen zu sein, den Kronenkurs unter allen Umständen stabil zu halten, auch wenn zu diesem Zweck die äußersten Sparmaßnahmen notwendig und die Einfuhr soweit nur irgend möglich eingeschränkt werden müßte. Fraglich ist nur, in welchem Umfange Maßnahmen zur Einschränkung der Einfuhr durchgeführt werden können, ohne daß Gegenmaßnahmen des Auslandes erfolgen, die unseren Export drosseln würden. Möchte es den leitenden Stellen gelingen, in dieser Frage einen gangbaren Mittelweg zu finden; davon hängt wohl das Schicksal unserer Währung ab.

Die Realisierung des staatlichen Haushaltplanes für das laufende Finanzjahr ist in der ersten Hälfte des Jahres (1. April—1. Oktober 1931) trotz der schweren Zeiten nahezu planmäßig geglückt, die Einnahmen sind mehr oder weniger in dem im Haushaltplan vorgesehenen Umfange eingelaufen. Hierbei ist jedoch zu beachten, daß auch für die estländische Staatskasse eine nicht unbedeutende Erleichterung das Hoover-Moratorium bedeutete: dank diesem fiel in diesem Jahre eine Zahlung an England im Betrage von 1,285,467 Kronen und an die Vereinigten Staaten im Betrage von 2,254,400 Kronen aus.

4.

Die allgemeine Wirtschaftslage sieht mehr als trübe aus. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte zeigen weiter fallende Tendenz und haben, namentlich in abseits gelegenen Gegenden, bereits einen derartigen Tiefstand erreicht, daß für die Bauern der Verkauf ihrer Produkte eigentlich keinen Sinn mehr hat. Besonders der Baconpreis, auf welchen der Sturz des englischen Pfundkurses stark eingewirkt hat, da die estländische Baconausfuhr in erster Linie nach England geht, ist sehr stark heruntergegangen. Als Folge hiervon ist der Preis für Schweinefleisch auch auf dem Inlandmarkt derartig gefallen, daß Ferkel jetzt auf dem Markt für 2—4 Kronen das Stück angeboten werden.

Zum Schutze der in eine schwierige Lage geratenen Landwirte werden verschiedene Maßnahmen geplant, ob diese aber eine wirkliche Hilfe bedeuten werden, kann erst die Zukunft lehren. Zu diesen Maßnahmen gehört u. a. ein Gesetzentwurf, laut welchem in Zukunft ein bestimmter Teil des landwirtschaftlichen Inventars nicht getrennt vom Gesinde wird versteigert werden können. Ein an sich durchaus gesunder Gedanke. Nur ist zu befürchten, daß, wenn dieses Projekt in Kraft treten sollte, die Landwirte noch schwerer als bisher sich private Kredite werden beschaffen können. Allerdings ist der private Kredit wegen seines hohen Zinssatzes unter den heutigen Verhältnissen überhaupt eine Sache, auf die der Landwirt, wenn es nur irgend geht, verzichten sollte; Zinsen in der Höhe von 10 bis 12% kann die Landwirtschaft heute unter keinen Umständen herauswirtschaften. Eine Erschwerung der Aufnahme privater Kredite wäre daher an sich noch kein Unglück, wenn den Gesinden, denen durch rechtzeitige Kreditgewährung tatsächlich noch geholfen werden kann, jederzeit billiger Kredit seitens der Agrarbanken zur Verfügung stehen würde. Da dem aber leider nicht so ist, so wird der Gesetzentwurf jedenfalls eine durchaus zweischneidige Maßnahme darstellen.

Als weitere Maßnahme zum Schutze der Landwirtschaft hat die Regierung der Staatsversammlung einen Gesetzentwurf vorgelegt, in welchem die Emission von 8% Konvertierungspfandbriefen der staatlichen Agrarbank vorgesehen ist. Diese Pfandbriefe sollen der Umwandlung der von den Landwirten aufgenommenen kurzfristigen hochprozentigen privaten Darlehen in langfristige dienen, und zwar in der Weise, daß die Landwirte zur Abdeckung der privaten Darlehen von der Agrarbank langfristige Pfandbriefdarlehen erhalten, wobei diese, anders als die Bargelddarlehen der Agrarbank, auch an zweiter und dritter Stelle auf das betr. Grundstück ingrossiert werden können, wenn nur die auf dem Grundstücke lastende Gesamtschuld 60% des Wertes des Grundstückes nicht übersteigt. Diese 8% Pfandbriefdarlehen sollen den Landwirten zu 6% auf 20 Jahre gewährt werden, wobei die Zinsdifferenz von 2% vom Siedlungskapital getragen werden soll. Zurzeit wird über dieses Projekt in der Staatsversammlung noch beraten. Seine Gegner äußern dazu wohl berechtigten Zweifel, ob diese Pfandbriefe überhaupt realisierbar sein werden, da sie von den ursprünglichen Gläubigern der Darlehnsnehmer wohl ungern in Zahlung genommen werden würden, schon wegen des niedrigeren Zinssatzes (8 statt 10 bis 12%).

Auf Betreiben der Landwirte ist ferner von der Staatsversammlung im Juli ein Gesetz angenommen worden, laut welchem die estländische Güterkreditkasse (die bekanntlich enteignet und unter Kuratel gestellt war) mit einem völlig neuen Statut (wobei natürlich die früheren Inhaber der Kreditkasse, die enteigneten Gutsbesitzer, völlig ausgeschaltet worden sind) ihre Arbeit wieder aufnehmen soll, wobei es allerdings ganz unklar ist, woher die dazu notwendigen Geldmittel herkommen sollen. Bis jetzt sind denn auch keinerlei positive Schritte zur Durchführung dieses höchst problematischen Gesetzes erfolgt.

Die Abwicklung der staatlichen Roggenaufkaufsaktion des vorigen Winters hat sich sehr in die Länge gezogen; der Staat konnte seinen Roggenvorrat nur sehr langsam realisieren. Mitte Oktober waren noch 25,000 Tonnen Roggen in den staatlichen Speichern unverkauft vorhanden. Infolge der mit der langen Lagerung verbundenen Unkosten betrug der Selbstkostenpreis des Staates für den im Oktober noch nicht verkauften Roggen 19 Cent pro Kilo (gezahlt hatte der Staat für den Roggen im Oktober 1930 17, 8 - 17, 9 Cent pro Kilo und im Frühling 1931 16 Cent pro Kilo). Um den unverkauft gebliebenen Roggen rascher absetzen zu können, setzte der Staat im Oktober den Preis auf 15 Cent pro Kilo herab (also um 4 Cent unter den Selbstkostenpreis, was natürlich wieder eine Belastung für die Staatskasse bedeutete). Daraufhin wurde die Kauflust der Firmen reger. Gleichzeitig wurde die Ausgabe von Roggeneinfuhrlizenzen völlig eingestellt. Obgleich noch ein Rest des alten Roggenvorrates des Staates unverkauft ist, hat der Staat das Getreideschutzgesetz, das den Staat zum Ankauf der gesamten Roggenernte verpflichtet, nicht abgeändert, und so wird auch in diesem Herbst den Landwirten die ganze von ihnen zum Verkauf angemeldete Roggenmenge vom Staate abgenommen werden, allerdings zu einem geringeren Preise als im Vorjahre (15 Cent pro Kilo als Grundpreis für Roggen mittlerer Güte). Die Frist zur Anmeldung des Roggens seitens der Landwirte lief am 1. Oktober ab. Im ganzen sind in diesem Jahre von den Landwirten auf Grund des Getreideschutzgesetzes dem Staate 19050 Tonnen Roggen zum Verkauf angeboten worden, gegen 39000 Tonnen im Vorjahre, wo die Roggenernte eine bedeutend bessere war. Zur Durchführung des Roggenankaufes bedarf der Staat wieder eines Kredites von der Eesti-Bank, diesmal im Betrage von nur etwa 2,5 Millionen Kronen. Dieser Kredit muß laut Gesetz nach 3 Monaten zurückgezahlt werden. Da die Einfuhr von Roggen

gänzlich gesperrt worden ist, wird der Staat den diesjährigen geringeren Roggenvorrat bis zur nächsten Ernte wohl realisieren können.

Auch die Realisierung ihrer diesjährigen Weizenernte hat der Staat den Landwirten gesichert, indem er mit den Getreidegroßfirmen ein Abkommen getroffen hat, laut welchem diese Firmen sich verpflichtet haben, die gesamte diesjährige Weizenernte zum Preise von 18 bis 22 Cents pro Kilo aufzukaufen, wogegen ihnen die Regierung zugesichert hat, daß die gegenwärtig bestehenden Einfuhrzölle auf Weizen (Korn und Mehl) nicht geändert werden.

In der Angelegenheit der Konzession auf die Wasserkraft des Narovafalles erschien kurz vor Ablauf der verlängerten Optionsfrist des „Standart Industrial Trust" wieder der Vertreter des genannten Trusts in Reval und bat um eine nochmalige Prolongation der Optionsfrist, dieses Mal jedoch nicht für den Trust selbst, sondern für eine andere Firma, die angeblich Interesse an der Narovawasserkraft habe. Die Regierung war nun aber endlich des Spielens mit dem Trust und dessen Freunden müde geworden und verweigerte eine Verlängerung der Optionsfrist. Gleich darauf bat die Firma Dickinson (die sich bereits im Jahre 1929 um die Konzession beworben hatte) erneut um die Bewilligung der Konzession und zwar zu ungefähr denselben Bedingungen wie im Jahre 1929. Zurzeit wird über diese Angelegenheit mit der Regierung verhandelt. Unter diesen Umständen ist auch das endgültige Schicksal der „kleinen" Konzession noch ungeklärt, doch arbeiten die an ihr interessierten Firmen zunächst ungestört weiter. Nach einer Meldung der „Revalschen Zeitung" soll der Vertreter der Firma Dickinson übrigens der Ansicht sein, daß die Vergebung der „kleinen" Konzession den Ausbau des großen Kraftwerkes nicht stören würde.

Nicht unerwähnt bleiben kann hier ein Ereignis, das besonders die deutschen Kreise des Landes schwer getroffen hat. Durch den Sturz des englischen Pfundkurses geriet das bekannte Revaler Bankhaus G. Scheel u. Ko. in Zahlungsschwierigkeiten. Die Scheelsche Bank arbeitet mit größeren ausländischen Krediten, von denen ein Teil im Zusammenhang mit dem Pfundsturz plötzlich zurückgezogen wurde. Die Scheelsche Bank, deren Aktiva an sich die Passiva weit übersteigen, hatte nicht genügend flüssige Geldmittel, um die in diesem Zusammenhang plötzlich an ihre Kassen gestellten Auszahlungsansprüche zu befriedigen. Sie bat daher die Regierung um einen Überbrückungskredit seitens der Eesti-Bank, der ihr von der Regierung auch zugesagt, dann aber plötzlich vom Direktorium der

Eesti-Bank verweigert wurde. Über die Vorgänge bei diesen Verhandlungen schwebt ein mystisches Dunkel, man kann nicht recht verstehen, was die Eesti-Bank zu diesem Schritt veranlaßt hat, besonders da gleich darauf in einer offiziellen Mitteilung des Finanzministers ausdrücklich betont wurde, daß die Bank nicht zahlungsunfähig, sondern nur in temporäre Schwierigkeiten geraten sei, weil ihre Aktiva nicht genügend liquid waren, um den momentan an sie gestellten Ansprüchen zu genügen. Nachdem die Eesti-Bank den Überbrückungskredit verweigert hatte, wurde die Scheelsche Bank auf Verordnung des Justiz- und Innenministers als Chefs des Binnenschutzes (in Reval gilt bekanntlich noch der Ausnahmezustand, auf Grund dessen eine derartige Verfügung nur möglich war) auf 2 Tage temporär geschlossen. Auch hier ist nicht recht zu verstehen, warum gegen die Scheelsche Bank auf Grund des Ausnahmezustandes vorgegangen wurde. Darauf wurde von der Regierung ein Gesetzentwurf in die Staatsversammlung eingebracht und von dieser in beschleunigter Ordnung angenommen, laut welchem über die Scheelsche Bank ein Moratorium verhängt wurde, das der Wirtschaftsminister dann auf 3 Monate feststetzte. Zwei von der Scheelschen Bank abhängige Provinzbanken, die Dorpater Gewerbebank und die Pernauer Kreditbank, erhielten gleichfalls ein Moratorium, zunächst auf je einen Monat. Das Moratoriumsgesetz gewährte der Regierung auch das Recht, nach ihrem Ermessen für die Dauer des Moratoriums die Direktoren und die Glieder des Aufsichtsrates der Scheelschen Bank von ihrem Posten zu entfernen und an ihre Stelle andere Personen zu ernennen, von welcher Ermächtigung die Regierung auch sofort Gebrauch machte, obgleich es wiederum garnicht ersichtlich ist, wozu diese Maßnahme notwendig war. Entfernt von seinem Direktorposten wurde unter anderen auch Herr Klaus Scheel selbst, der zum Präses des Aufsichtsrates der Bank ernannt wurde. Herr Klaus Scheel begab sich einige Tage darauf ins Ausland (nach Berlin und London), um zu versuchen, dort die nötigen Überbrückungskredite zu erhalten. Dieses soll ihm auch gelungen sein, doch sollen die ausländischen Geldgeber die Gewährung dieser Kredite von gewissen an die estländische Regierung gestellten Bedingungen abhängig gemacht haben. Zurzeit wird über diese Fragen mit der estländischen Regierung verhandelt. Die Verhängung der Zahlungssperre über die Scheelsche Bank, die Dorpater Gewerbebank und die Pernauer Kreditbank hat natürlich das estländische Deutschtum schwer getroffen. Est ist wohl dringend zu hoffen, daß zwischen den Kreditgebern der

Scheelschen Bank und der estländischen Regierung möglichst bald eine Einigung zustande kommt, damit das Moratorium wieder aufgehoben und die dadurch verursachten großen Schwierigkeiten beseitigt werden können*).

5.

Sehr aufschlußreich waren die Debatten in der Staatsversammlung anläßlich einer im Juni eingebrachten Interpellation wegen sozialistischer und religionsfeindlicher Propaganda in den Schulen. Sämtliche bürgerlichen Parteien erklärten sich bei dieser Gelegenheit für den Grundsatz, daß die Schuljugend nicht politisiert werden darf. Nur die sozialistische Partei ging einer Stellungnahme zu dieser Frage während der ganzen Debatte demonstrativ aus dem Wege, während die einzelnen sozialistischen Redner für sich sogar ausdrücklich betonten, daß sie eine sozialistische Agitation unter den Schülern nicht nur für erlaubt, sondern auch für unbedingt notwendig halten. Die Regierung wurde im Laufe der Debatten mehr oder weniger zu einer Stellungnahme gezwungen, die dann allerdings dahin lautete, daß die Schule keinen parteipolitischen Charakter tragen dürfe. Bezeichnend aber war es, daß diese Erklärung nicht vom zuständigen Ressortminister, dem Bildungsminister, der zur sozialistischen Partei gehört, abgegeben wurde, sondern von dem der Volkspartei angehörigen Außenminister. Der sozialistische Bildungsminister begnügte sich damit festzustellen, daß von einer derartigen Propaganda in den Schulen in den Akten des Ministeriums nichts zu finden sei. Und dabei hat doch noch der Kongreß der sozialistischen Lehrer im Frühjahr ausdrücklich beschlossen, die „sozialistische Erziehung" unter der Schuljugend zu pflegen. Was sagten nun die Vertreter der Landwirte im Ministerium zu einem derartigen Verhalten ihrer sozialistischen Kollegen? Bezeichnenderweise nichts, denn auch in weltanschaulichen Fragen ist die heutige Regierungskoalition auf die Parole des „do ut des" eingeschworen; anders wäre diese Koalition zwischen den Landwirten und den Sozialisten auch gar nicht möglich.

Sehr bedauerlich ist, daß die blindchauvinistischen Elemente unter den Esten in letzter Zeit wieder an Einfluß zu gewinnen scheinen. Als in Dorpat im September eine vom Bildungsministerium bestätigte deutsche private theologische Hochschule unter dem Namen „Luther-Akademie" eröffnet wurde, kam es zu empörenden Skandalszenen seitens eines Teiles der estnischen Studentenschaft.

*) Inzwischen erfolgt. Die Schriftleitung.

Und auch ein Teil der estnischen Presse brachte in diesem Zusammenhange gegen das baltische Deutschtum gerichtete Hetzartikel, die in ihrer Skrupellosigkeit wohl nichts zu wünschen übrig ließen. Daß die Eröffnung der Luther-Akademie hierbei nur ein äußerer Anlaß war, unterliegt gar keinem Zweifel. Die Akademie, die sich zur Aufgabe gestellt hat, den Dorpater deutschen Theologiestudenten ein deutschsprachiges Studium zu vermitteln und junge Prediger zur Evangelisationsarbeit in Rußland heranzubilden, gewährt keine Rechte und kann somit auch der theologischen Fakultät der Universität keine Konkurrenz bereiten, wie das von estnischer Seite gelegentlich behauptet worden ist. Die Aufregung der estnischen chauvinistischen Kreise über die Akademie ist also völlig unbegründet. Daß aber ein derartiger Chauvinismus gerade unter der estnischen akademischen Jugend an Boden zu gewinnen scheint, ist eine sehr bedauerliche Tatsache, die nicht ernst genug bewertet werden kann.

Dorpat, Ende November 1931. L. v. M.

Deutsches Reich

Wir bringen diesen Bericht aus dem November trotz des veralteten Datums, weil er die Entwicklung der letzten Monate sehr klar zu erkennen gibt.

Die Schriftleitung

1.

Die Innenpolitik hat die zwei Monate, über die wir zu berichten haben, beherrscht. Alle Energien und alles Interesse der Öffentlichkeit sowohl wie der Politiker wurden von dem Ringen um die Macht in Anspruch genommen. Dahinter traten so bedeutende außenpolitische Ereignisse, wie es die Besuche Lavals und Grandis sind, zurück.

Wir hatten unserm letzten Bericht die Frage vorangestellt, ob eine Ruhe vor oder nach dem Sturm die Wende vom August zum September beherrschte. Nun, heute läßt sich sagen, daß es eine Ruhe vor dem Sturm war. Die nationale Opposition konzentrierte sich zu einem Sturmangriff, der Mitte Oktober bei der Eröffnung des Reichstags das Schicksal der Regierung Brüning besiegeln sollte. Der Stettiner Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei, der ganz unter dem beherrschenden Eindruck der Persönlichkeit des Führers Hugenberg stand, war der Auftakt. In einer scharfen Form, so scharf wie noch nie, wurde die Absage an das Zentrum und die von ihr geführte Regierung herausgestellt. Wenige Tage vor dem

Reichstagsbeginn trat die nationale Opposition mit einer Kundgebung, die erstmalig in dieser Art war, dann erneut an die Öffentlichkeit.

Es ist das Bestreben von Geheimrat Hugenberg von jeher gewesen, die verschiedenen Gruppen der nationalen Opposition zu einer Front zusammenzuschweißen. Diese Strategie hat die D. N. V. P. mit einem Schrumpfungsprozeß zugunsten der Nationalsozialisten bezahlen müssen. Es ist ja bekannt, daß diese Partei im Vorjahr in den Reichstag fast um die Hälfte kleiner zurückkehrte, und auch bei den Wahlen, die inzwischen bei Ländern oder Gemeinden stattgefunden haben, ist die Stimmenzahl der Deutschnationalen im allgemeinen weiter rückläufig. Dafür hat aber Hugenberg jedenfalls bisher sein Ziel einer Fronterrichtung erreicht. Das Volksbegehren gegen den Youngplan, dann das Volksbegehren gegen Preußen hatten Deutschnationale, Nationalsozialisten, Stahlhelm und Landbund als die wesentlichen Faktoren schon zusammengeführt. Trotz aller Führungsstreitigkeiten und auch sachlichen Gegensätze gelang es nun dem deutschnationalen Parteiführer, die gleichen Gruppen bei der Kundgebung in Harzburg als eine geschlossene Einheit auftreten zu lassen.

In Harzburg waren nicht nur die erwähnten vier Gruppen anwesend. Neben ihnen war auch die Deutsche Volkspartei durch General von Seeckt offiziell vertreten. Männer der Schwerindustrie waren gleichfalls an dieser Frontbildung beteiligt. Als gemeinsamer Beschluß wurde bekanntgegeben, daß im Reichstag von den Gruppen der Sturz von Brüning und die Auflösung des Reichstags zwecks Neuwahlen erzwungen werden sollte.

Die innerpolitische Spannung war durch die Harzburger Tagung bis zur Siedehitze gesteigert worden. Das darf nicht im Sinne von Aktionen der Straße verstanden werden. Vielmehr war es so, daß man fast allgemein der Ansicht war, nunmehr sei der Sturz Brünings eine besiegelte Sache. Vielleicht wäre er es auch gewesen, wenn die Harzburger Front nicht nur mit negativen Beschlüssen und der negativen Einigkeit, gemeinsam Brüning stürzen zu wollen, hervorgetreten wäre. Man hatte ziemlich allgemein angenommen, daß die nationale Opposition in Harzburg mit einem Regierungsprogramm vor die Öffentlichkeit treten würde. Aber schon in Harzburg selbst zeigte es sich, daß diese Einigkeit im Positiven nicht vorhanden ist. Wir schweigen ganz von kleinen Streitigkeiten, die von der Linkspresse systematisch aufgebauscht wurden. Die wesentlichen sachlichen

Gegensätze sind erst später hervorgetreten, worauf wir noch zurückkommen werden.

Das Ringen im Reichstag blieb lange Zeit ziemlich offen, wenn man auch aus dem von uns gekennzeichneten Charakter der Harzburger Kundgebung schloß, Brüning werde eine kleine Mehrheit finden. In einer Rede, die unzweifelhaft starke Wirkung gehabt hat, legte der Kanzler zu Beginn der Reichstagssitzung die Politik seines zweiten Kabinetts dar. Denn inzwischen war von ihm der Versuch gemacht worden, eine Umbildung des Kabinetts nach rechts hin vorzunehmen. Endlich war es gelungen, den Reichsaußenminister Dr. Curtius davon zu überzeugen, sein Rücktritt sei unausweichlich. Diesen Anlaß benutzte der Kanzler, um durch die Gesamtdemission des Kabinetts den Weg zu einer Umbildung freizumachen. Neben den beiden Ministern, denen schon seit Beginn der Regierung Brünings alle Angriffe galten, nämlich Außenminister Curtius und Reichsinnenminister Wirth, schied auch der Verkehrsminister von Guérard aus. Alle drei gehörten zum linken Flügel des Kabinetts. Die beiden letzteren sind Zentrumsleute.

Die Verhandlungen um die Neubildung verschleppten sich wider Erwarten ziemlich lange Zeit. Anscheinend hatte der Kanzler sich nicht schon vorher mit den Personen verständigt, denen er dann ein Portefeuille antrug. Immerhin ist es doch nicht so, daß die Herren von Neurath und Schmitz dem Kanzler eine Absage erteilt haben. Nachdem es sich durch Ablehnungen von Seiten der beiden volksparteilichen Führer, Dingeldey und Scholz, als sicher erwiesen hatte, daß diese Partei in die Opposition gehen würde, war der Kanzler mehr noch als vorher darauf angewiesen, daß die sozialdemokratische Partei, die ja nicht in der Regierung vertreten ist, geschlossen für sie stimme. Herr von Neurath, der Botschafter in London, der im übrigen auch auf der deutschnationalen Ministerliste steht, war ein Stein des Anstoßes für die S. P. D. Bei den Unterredungen mit ihm, die der Kanzler in Berlin führte, sollen Brüning überdies Zweifel an der sachlichen Qualifikation Neuraths gekommen sein. Beim Fall Schmitz liegt es nach unseren Informationen so, daß es Brüning nicht opportun erschienen sein soll, zur gleichen Zeit zwei Männer eines Konzerns, nämlich der J. G. Farben, bei der parteipolitischen Situation, die wir andeuteten, in die Regierung aufzunehmen. Denn Professor Warmbold, der zum Reichswirtschaftsminister berufen wurde, gehörte ebenfalls den J. G. Farben an.

Der Endeffekt aller dieser Verhandlungen war, daß neu in die Regierung nur der genannte Reichswirtschaftsminister eintrat. Der bisherige Staatssekretär Joel, der schon provisorisch das Reichsjustizministerium geführt hatte, wurde zum Reichsjustizminister ernannt. Brüning übernahm das Außenministerium selbst. General Groener, der Reichswehrminister, wurde gleichzeitig zum Reichsinnenminister ernannt. Vor wenigen Tagen ist fernerhin der Abgeordnete der Landvolkpartei Schlange-Schöningen zum Ostkommissar und Minister ohne Portefeuille ernannt worden, während der bisherige Ostkommissar Treviranus das Reichsverkehrsministerium wahrnimmt.

Ehe wir zum Reichstagskampf zurückkehren, sei noch mit wenigen Worten der Charakter der Regierungsumbildung und die Aufnahme, die sie in der Öffentlichkeit gefunden hat, gekennzeichnet. Wir wiesen darauf hin, daß drei Minister des linken Flügels aus der Regierung ausgeschieden seien. An ihre Stelle sind nur Männer der rechten Regierungsgruppen getreten. Warmbold ist nicht Parteimann, er stammt aus dem Regierungsbezirk Hildesheim, war Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule und vor einer Reihe von Jahren preußischer Landwirtschaftsminister. Schlange war bis zur Spaltung der D. N. V. P. Abgeordneter dieser Partei. Er ist Rittergutsbesitzer in Pommern und agrarpolitisch besonders hervorgetreten. Der Reichsjustizminister Joel ist gleichfalls nicht Parteimann, steht aber rechts. Sein besonderes Verdienst dürfte es sein, daß das Reichsjustizministerium von Parteibuchbeamten frei geblieben ist.

Schon bei der Demission Brünings ist ganz allgemein in der Presse darauf hingewiesen worden, daß diese Umbildung zu spät käme. Die Umbildung selbst ist von Blättern wie die D. A. Z., die in einer freundschaftlichen Opposition zur Regierung stehen, als eine Verlegenheitslösung bezeichnet worden. Die Blätter der nationalen Opposition betonten nach wie vor ihre Ablehnung. So schrieb etwa der „Tag", die Haltung der nationalen Opposition gegenüber der Neuauflage des alten Kabinetts würde durch die Forderung bestimmt: Rücktritt einer Regierung, die kein Vertrauen im Lande genießt!"

Brüning hatte, wie wir schon erwähnten, dieses Kabinett und seine Politik vor dem Reichstag zu verteidigen. In einer groß angelegten Rede erläuterte er die Außen- und Wirtschaftspolitik der Regierung, daran anschließend polemisierte er gegen die Opposition,

wobei er darauf hinwies, daß die Regierung auch Erfolge wie das Tributfeierjahr aufzuweisen habe.

Hinter den Kulissen ging während der drei Tage, in denen die Debatten im Reichstag fortgeführt wurden, das Bemühen der Deutschnationalen und Nationalsozialisten weiter, die Gruppen, die zwischen dem Zentrum und der D. N. V. P. stehen, für das Mißtrauensvotum zu gewinnen. Die Regierung der Opposition wurde in diesen Verhandlungen schon gebildet. Ihr sollten nach unseren Informationen fünf Deutschnationale angehören. Der Nationalsozialist Frick sollte das Reichsinnenministerium und sein Fraktionskollege Goering das Reichswehrministerium übernehmen. Der Volkspartei waren zwei Sitze und der Wirtschaftspartei ein Sitz zugesagt, und zwar mit der Zusicherung, daß diese Parteien sie auch nach den für sie ja katastrophalen Neuwahlen behalten sollten. Wie man aus dem Abstimmungsergebnis ersehen kann, sind diese Versuche an der Ablehnung der Wirtschaftspartei und der Christlichsozialen gescheitert. Beide Gruppen haben später zum Ausdruck gebracht, man habe ihnen kein positives Regierungsprogramm der Opposition aufzeigen können, darum hätten sie für Brüning gestimmt. So blieb denn Brüning mit 295 gegen 270 Stimmen Sieger des Kampfes im Reichstag. Für ihn haben Zentrum, Bayerische Volkspartei, Christlichsoziale und Konservative, Wirtschaftspartei, fünf Volksparteiler und die Sozialdemokraten gestimmt. Die Opposition setzte sich aus zwei Gruppen zusammen: aus der Rechtsopposition, die über 188 Stimmen verfügte (zu ihr gehören Nationalsozialisten, D. N. V. P., die Mehrzahl der Volksparteiler und die Landvolkpartei), und der Linksopposition, die durch die 76 kommunistischen Stimmen gebildet wurde.

Wir wiesen schon weiter oben darauf hin, daß sachliche Gegensätze innerhalb der Harzburger Front die entscheidende Ursache dafür seien, daß es ihr nicht gelungen ist, die Macht zu übernehmen. Denn daran, daß die Opposition im Lande weiter anwächst, daß auch die Unzufriedenheit mit Brüning immer weitere Kreise erfaßt hat, ist kein Zweifel. Die in der Berichtszeit erfolgten Kommunalwahlen in Hamburg, Mecklenburg und Anhalt liefern den zahlenmäßigen Beweis dafür. Alle zeigten dasselbe Bild: starkes Anwachsen der Nationalsozialisten, geringe Schwächung der Deutschnationalen, starke Verluste der Mittelparteien, Behauptung des Zentrums, Verluste der Sozialdemokraten zugunsten der Kommunisten. Trotzdem hat sich, wie gesagt, auch diesmal das zahlenmäßige Gewicht nicht ausgewirkt. Die Diskussion, die kurz nach der Reichstagssitzung in einem Teil der

Presse über eine Regierung Brüning-Hitler aufflammte, kann als Beleg für die sachlichen Gegensätze innerhalb der Harzburger Front angeführt werden.

Aus den Kreisen der Volkskonservativen und des deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, einer rechtsstehenden, wenn auch unparteiischen Gewerkschaft, waren Fragen an die Nationalsozialisten über deren Einstellung zu sozial- und wirtschaftspolitischen Problemen gerichtet worden. Wir müssen hinzufügen, daß die Harzburger Front und das Einschwenken der Deutschen Volkspartei in die Opposition von der Linkspresse weitgehend auf die Initiative der Schwerindustrie zurückgeführt wurde. Das ist in dieser Form selbstverständlich nicht zutreffend. Dagegen kann es keinem Zweifel unterliegen, daß bestimmte Kreise der Wirtschaft in scharfe Opposition zu Brüning gingen, weil bestimmte Maßnahmen, von denen wir noch sprechen werden, von ihnen abgelehnt wurden und sie andererseits Wünsche hegten in der Richtung eines schärferen Lohnabbaus und teilweise wohl auch inflationistischer Art. Dieser Vorwurf der Inflationsabsicht ist sehr stark auch bei den Reichstagsdebatten gegen die Harzburger Front gerichtet worden. Dabei hat man besonders die Rede des früheren Reichsbankpräsidenten Schacht in Harzburg, bei der dieser die gefahrvolle Lage der Reichsbank herausstellte, zum Beweis herangezogen — unserer Ansicht nach zu Unrecht. Inflationswünsche und vor allem Wünsche in der Richtung einer Zerschlagung der Gewerkschaften und des Tarifwesens sind dagegen aus bestimmten Kreisen der Industrie unbestreitbarer Weise vorgebracht worden. Wenn man sich nur den Namen „Nationalsozialistische Partei" anschaut, dann wird man wissen, warum die erwähnten Fragen an diese gerichtet wurden und wo die sachlichen Gegensätze zu suchen sind.

Von den Volkskonservativen, den Christlichsozialen und dem genannten Verband wurde darauf hingewiesen, Nationalsozialisten und Deutschnationale seien wirtschafts- und innenpolitisch weitgehend gegensätzlich eingestellt. Dagegen könnten sie und ebenfalls Brüning in diesen Fragen mit den Nationalsozialisten zusammenarbeiten. Damit wurde das Thema einer Zusammenarbeit Brüning-Hitler unter Ausschaltung Hugenbergs in die Debatte geworfen. Ihre erste Wirkung war die, daß zwischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen eine sehr heftige Pressefehde entbrannte. Sie nahm scharfe Formen an, wobei man bemerken konnte, wie sehr sich die Nationalsozialisten von den Deutschnationalen zu distanzieren ver-

suchten. Gleichzeitig brachten die beiden Reichstagsabgeordneten Frank und Alfred Rosenberg, die beide engste Vertraute Hitlers sind, mit Betonung zum Ausdruck, daß nur Hitler und nicht Hugenberg der Führer der nationalen Opposition werden könne.

Bedeutsamer als diese Reibereien ist die Frage der Zusammenarbeit Brüning-Hitler. Es ist kennzeichnend, daß die Linkspresse zu stören versucht und von der Untragbarkeit der Nationalsozialisten spricht. Für diese Kreise wäre allerdings in dem Augenblick, wo die große nationale Volksbewegung in irgend einer Form für die deutsche Politik mitverantwortlich wird, das Ende ihres Einflusses gekommen. Bei der Pressediskussion, die von nationalsozialistischer und Zentrumsseite aufgegriffen wurde, zeigte es sich jedenfalls, daß die Zusammenarbeit nicht unmöglich ist. Denn beide haben sie nicht grundsätzlich abgelehnt. Beide haben gewisse Voraussetzungen formuliert. Bei der Tagung des Parteivorstandes des Zentrums, die in diesen Tagen stattfand, wurde dann — übrigens nicht von Brüning — betont, das Zentrum denke nicht daran, eine Koalition mit den Nationalsozialisten einzugehen. Die „Tägliche Rundschau", das Organ der Christlichsozialen, gibt dazu eine Interpretation, die uns informatorisch wichtig zu sein scheint. Sie weist darauf hin, der Kanzler habe sich in seiner Rede mit Schärfe gegen die D. N. V. P. und D. V. P. gewandt, während ein Angriff gegen die N. S. D. A. P. nicht erfolgt sei. Auch die Ausführungen des Prälaten Kaas — des Parteiführers — bedeuteten nur, an eine Koalition Zentrum-Nationalsozialisten sei nicht zu denken. Die Regierung Brüning sei aber keine Koalitionsregierung, sondern eine unabhängige Regierung im Auftrag des Reichspräsidenten. Es sei also nichts über die Möglichkeit gesagt, daß die Nationalsozialisten und das Zentrum gemeinsam eine parteifreie Regierung unterstützten. „Wenn wir uns alle", so schreibt die genannte Zeitung, „von dem veralteten liberalen Koalitionsbegriff befreit und die Eierschalen des Kryptoparlamentarismus abgestreift haben, werden im kommenden Frühjahr Wege gefunden werden müssen und können, die heute noch nicht völlig geebnet sind und deren Beschreiten heute aus außenpolitisch-taktischen Gründen bedenklich ist." Man muß dazu wissen, daß im Frühjahr sowohl die Reichspräsidentenwahl wie die Preußenwahl vorzunehmen sind und daß bis dahin die Frage der privaten Auslandsverschuldung und der Tribute geregelt sein muß.

2.

Wir wiesen schon darauf hin, welche Bedeutung die wirtschaftspolitischen Kämpfe und Auseinandersetzungen in der Berichtszeit hatten. Wir verweisen zu diesem Zwecke noch einmal auf unseren Bericht vom 12. September, in dem dieser Fragenkomplex ausführlicher dargestellt wurde. Das große Winterprogramm der Reichsregierung ist entgegen den Erwartungen auch jetzt noch nicht herausgebracht worden. Durch Notverordnungen wurden dagegen die Bankenaufsicht, die Verschärfung des Aktienrechts, die Beschränkung der Zahl der Aufsichtsräte, die in einer Hand vereinigt sein dürfen, verfügt. Anfang Oktober wurde eine Reihe weiterer Einzelfragen auf dem Notverordnungswege geregelt. Die von uns in unserem letzten Bericht erwähnten Kleinsiedlungen haben hiermit ihre gesetzliche Voraussetznng gefunden. Ein Reichskommissariat für die Kleinsiedlung wurde geschaffen, das in der Hand des bisherigen Regierungspräsidenten von Trier, Saassen, liegt. Die weiteren Einzelmaßnahmen zählen wir hier nicht auf, da sie den Auslanddeutschen nicht sonderlich interessieren werden. Hinzugefügt sei nur noch, daß in diesen Tagen eine Umorganisation der Osthilfe stattgefunden hat. Die Tätigkeit des Ostkommissars wurde bisher sehr stark dadurch gehemmt, daß neben dem Reich das Land Preußen gleichberechtigt in dieser Behörde war. Wenn man bedenkt, daß die sozialistische Regierung Preußens eine ganz andere Agrarpolitik verfolgt, dann weiß man, daß dieses ein schweres Hemmnis war. Es ist jetzt gelungen, Preußen aus der Osthilfe zu verdrängen, sodaß sie jetzt allein Sache des Reichs ist.

Die überraschend gekommene Entwertung des Pfundes dürfte der wesentlichste Grund für die Vertagung des Winterprogramms sein. Für die deutsche Wirtschaft ist der Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt durch die Pfundkrise ja noch besonders erschwert worden, und zwar in einer Weise, die sich ebenso wie ihre Konsequenzen noch nicht voll übersehen läßt. Nach unseren Informationen lassen sich die vorhandenen Richtungen der Wirtschaftspolitik wohl dahingehend kennzeichnen, daß die Industrie eine starke Verminderung der Löhne und der sonstigen Lasten wünscht. Ein Teil von ihr, im wesentlichen die eisenschaffende Industrie, will gleichzeitig auch eine Stabilisierung der Preise. Es versteht sich von selbst, daß die Wünsche der Gewerkschaften in genau umgekehrter Richtung liegen. Die Stellungnahme der Regierung ist in ihren Einzelheiten noch nicht bekannt. Sie hat einen besonderen Wirschaftsbeirat zusammenberufen, dem Persönlich-

keiten aus den verschiedenen Zweigen der Wirtschaft und auch Vertreter der Gewerkschaften angehören. Seine Tätigkeit soll aber wohl nur auf beratende und klärende Funktion beschränkt sein. Soweit man heute übersehen kann, beabsichtigt die Regierung durch Zwangsmaßnahmen zur Senkung der Zinsen und durch geringfügige Lohnsenkungen die Voraussetzungen für einen starken Preisabbau zu schaffen. Gleichzeitig wird wohl geplant, auch die Tarife für die Verkehrsmittel, Gas, Wasser, Elektrizität herabzusetzen. Verstärkte Konkurrenzkraft auf dem Weltmarkt bei gleichzeitiger Verhinderung einer Einschrumpfung des Binnenmarktes soll die Wirkung dieser Politik sein.

3.

Die deutschen Wirtschaftsfragen hängen sehr stark mit außenpolitischen Fragen zusammen. Bei der englischen Pfundkrise sahen wir die von außen kommenden Einwirkungen, die nur sehr schwer durch innenpolitische Maßnahmen wettzumachen sind. Noch mehr gilt das von der Tributfrage und von den privaten Schulden Deutschlands an das Ausland, die etwa 24 Milliarden Mark betragen dürften. Von ihnen waren nach dem Stande vom 27. Juli 1931 12 Milliarden kurzfristig. Dieser Betrag wird sich aber bis zum Februar, wo das Stillhalteabkommen abläuft, noch um die Beträge der inzwischen gekündigten langfristigen Schulden erhöhen. Die Situation ist nun die, daß eine Neuregelung dieser gesamten privaten Verschuldung bis zum Februar erfolgen muß. Andernfalls wird das Deutsche Reich zu diesem Zeitpunkt nur ein Vollmoratorium, und zwar für die inneren und äußeren Schulden bei gleichzeitiger Sperrung der Einfuhr, erklären können. Die Kündigung dieser Beträge und ihre Bezahlung ist aus zwei Gründen eine Katastrophe. Einmal würde auch nur der Versuch einer Überweisung solcher Beträge in ausländischen Währungen die Zerstörung der Mark bedeuten. Ferner ist ihre Aufbringung in Deutschland, wie die Vorkommnisse im Juli ja zur Genüge gezeigt haben, unmöglich. Unter diesem Gesichtspunkt erhält auch die Tributfrage eine neue Wendung. In Deutschland ist sich niemand darüber im Zweifel, daß eine Wiederaufnahme der Tributzahlungen über unsere Kraft geht, dann nämlich, wenn durch ein Abkommen eine jährliche Abzahlung der privaten Auslandskredite vereinbart werden sollte.

Bei dem Besuch Lavals in Berlin wird man zweifellos neben den Rüstungsfragen auch diese Probleme angeschnitten haben. Nach unseren Informationen hat man weder sehr konkret gesprochen, noch

irgend etwas vereinbart. Auch die Einsetzung des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses wird man nur als Taktik bewerten dürfen. Fest steht, daß der Kanzler nach wie vor es abgelehnt hat, wirtschaftliche Hilfe — etwa Kredite — auf Kosten von politischen Zugeständnissen anzunehmen. Der sehr undurchsichtige Verlauf der Verhandlungen, die Laval bald darauf in Washington geführt hat, ist sicherlich kein Erfolg für Deutschland. Aber hierüber, ebenso wie über den Besuch des italienischen Außenministers Grandi in Berlin, der wohl in der Hauptsache informatorischen Zwecken diente und darüber hinaus zweifellos das gute Einvernehmen zwischen dem Reich und Italien verstärkt hat, — über beide Besuche läßt sich in dem Stadium, in dem die außenpolitischen Verhandlungen sind, sehr wenig Positives sagen. Fest steht nur, daß die Verhandlungen für Deutschland sehr schwer sein werden, umsomehr, als wir kaum auf angelsächsische Hilfe rechnen können.

Georg Schröder

Berlin, 10. November 1931

Kleine Beiträge

Dürer in Riga

Die Entdeckung, die in diesen Worten liegt, hat mit Recht größtes Aufsehen erregt. Wohl jeder Balte hat aufgehorcht bei der Nachricht, daß unter die großen Deutschen, die auf livländischem Boden geweilt, am geistigen Leben des Landes teilgenommen haben, nun neben Herder auch Albrecht Dürer zu rechnen ist.

An der Tatsache kann nicht gezweifelt werden. Ihr Entdecker ist Dr. Nicolaus Busch, der in einer Abhandlung unter dem Titel „Untersuchungen zur Lebensgeschichte Dürers“*) den Nachweis führt, daß die bekannten „Isländischen Frauen“ Dürers aus dem Jahre 1521 livländische Frauen gewesen sind und daß aller Wahrscheinlichkeit nach das verlorengegangene Altarbild am Marienalter in der St. Petrikirche in Riga ein Dürersches Gemälde war. Der Ausgangspunkt der Untersuchung ist die Zuweisung der Trachtenbilder. Man hat die Aufschriften bisher falsch gelesen: statt Eisland (Island) ist Eifland (Livland) zu lesen. Die Federzeichnungen Dürers sind von einem alten Nürnberger Trachtenwerk (Weigel, 1577) nachgebildet worden, das seinerseits wieder Joh. Chr. Brotze für seine drei bekannten Zeichnungen livländischer Trachten als Vorlage gedient hat. — Dürer hat in seinen livländischen Studien die Frauentrachten sowohl der höheren Stände als des „gemein volg“ dargestellt.

Die an diese Entdeckung anknüpfende Untersuchung über Dürers Beziehungen zu Riga zeichnet sich durch ein bewunderungswürdiges Wissen und einen souveränen Scharfsinn aus, der die Lek-

*) Abhandlungen der Herder-Gesellschaft und des Herder-Instituts zu Riga, Vierter Band Nr. 1, Riga 1931, Verlag der Buchhandlung G. Löffler, 74 S. u. XII Tafeln, Ls 7.—

türe der Schrift zu einem selten hohen Genuß macht. Es ist auch ästhetisch unendlich reizvoll, dem Verfasser Schritt für Schritt und mit steigender Gewißheit bis zum Ergebnis zu folgen. Eine Andeutung vom Gang der Untersuchung mögen folgende Zeilen geben.

Nach dem Nachweis, daß Brozes Zeichnungen auf Dürer zurückgehen, wird im ersten Kapitel der Arbeit darauf hingewiesen, daß Dürer auch sonst gerne Trachtenbilder gezeichnet hat, und zwar stets nach dem Leben. Bei den livländischen Frauen ist die Wiedergabe so eingehend und lebensvoll, daß auch hier eigene Beobachtung angenommen werden muß. Daher unvermeidlich die Frage: war Dürer im Winter 1521/22 in Livland? Drei Tatsachen scheinen seine damalige Anwesenheit in Nürnberg zu belegen. Busch weist nun überzeugend nach, daß keiner dieser Umstände als Beweis einer Anwesenheit Dürers in Nürnberg angesehen werden kann. Dagegen gibt es ein bisher unbeachtet gebliebenes Zeugnis von Dürer selbst über eine längere Abwesenheit von Nürnberg im Jahre 1522.

In zwei folgenden Abschnitten wird ein farbiges Bild von den Beziehungen Nürnbergs zum Osten entrollt, eine persönliche Beziehung Dürers zu dem aus Livland kommenden Hans Pfaffrot gestreift, Dürers Vorliebe für Reisen geschildert und zuletzt ein höchst wichtiger Umstand festgehalten: in den Niederlanden hat Dürer 1520/21 mehrfach an den gleichen Orten geweilt wie der aus Riga stammende Domherr Wilmar Mey — ein Mann, den politische Aufträge in die Niederlande geführt hatten, dem aber zugleich die Sorge für die Ausgestaltung des Marienaltars der St. Petrikirche in Riga zugefallen war.

Von einer anderen Seite her wird nun wahrscheinlich gemacht, inwiefern dem großen Künstler damals der Anlaß zu einer Abwesenheit von Nürnberg willkommen sein mußte: er hatte Grund die Inquisition zu fürchten, und er fürchtete die Nürnberger Pest. Ein Ruf nach Livland, das damals eine Blütezeit materieller Kultur erlebte, mußte für ihn aber auch an sich etwas Verlockendes haben. Die genaue Berechnung der Wegstrecken und Reisemöglichkeiten läßt es zu, daß Dürer im Winter 1521/22 immerhin mehrere Monate in Livland geweilt haben kann.

Das zweite Kapitel geht von der Tatsache aus, daß aus der zweiten Hälfte des Jahres 1521 und den späteren Jahren kein Dürersches Gemälde, wohl aber eine Anzahl von Entwürfen zu Altarbildern erhalten sind. Es folgt eine eingehende Analyse der erhaltenen Entwürfe aus den Jahren 1521 und 1522 — je zweier in Quer- und in Hochformat, eines selbständigen fünften und mehrerer Einzelstudien. Die Köpfe dieser Studien sind so naturwahr und lebendig, daß auch hier eine Schöpfung nach dem Leben angenommen werden muß. Wo mag er die Urbilder gesehen haben?

Ein neuer Ansatz der Arbeit führt uns nach Riga, mit der Frage: boten sich eben damals in Riga größere Aufgaben auf dem Gebiete kirchlicher Kunst? Und es folgt — mit des Verfassers Worten — ein „Spürgang durch weites, wenig bekanntes, zum Teil recht dürres Gelände", der aber höchst interessante Ausblicke ins geistige und religiöse Leben des Riga jener Zeit eröffnet. Die Marienkapelle der St. Petrikirche stand unter der Vormundschaft der Visch-Mey-Burmanschen Sippe, die zu den reichsten Kreisen der Stadt gehörte und gerade damals eine Erneuerung der Kapelle ins Auge faßte. Einer der beiden mit der Ausführung dieser Aufgabe Betrauten war jener Wilmar Mey, der mit Dürer in den Niederlanden zuammengetroffen sein kann. So schließt sich der Ring: „Im Winter des Jahres 1521 auf 1522, in dem Dürer seine Eisländischen Frauen

gezeichnet hat, beschäftigen ihn die Pläne eines großen Gemäldes für einen Marienaltar — eben damals ist in Riga aus den Kreisen der hohen Finanz eine Marienkapelle errichtet worden". Und alle übrigen in Betracht kommenden Umstände stimmen nicht weniger gut zusammen: so ist z. B. das Patronat der Kapelle über dreißig Jahre lang ausschließlich in den Händen von Frauen gewesen — und Dürers Bild stellt außer den Gestalten der heiligen Sippe nur weibliche Heilige dar; zugleich findet sich eine vollständige Übereinstimmung zwischen den Namen der Heiligen auf Dürers Bild und den Namen der zum Altar in Beziehung stehenden Frauen. Der Entwurf des Bildes in Querformat rechnet mit von rechts einfallendem Licht — die in Betracht kommende Wandfläche in der Petrikirche erhält ihre Hauptbelichtung von rechts. — Die Stiftung wird im August 1522 den Kirchenvorstehern übergeben, es muß mithin damit gerechnet werden, daß der Altar damals vollständig ausgestattet war, also auch ein Bild gehabt hat, daß also Dürers Entwurf zur Ausführung gelangt ist. Dieses Bild nun — die Dürerforschung hat das Unterbleiben der Ausführung aufs tiefste beklagt, Heinrich Wölfflin schließt aus den erhaltenen Entwürfen, daß es sein bedeutendstes malerisches Werk geworden wäre — ist wohl im März 1524 in den Rigaer Bilderstürmen vernichtet worden. — Auch für die Entwürfe in Hochformat finden sich Anhaltspunkte, die eine rigasche Bestimmung eines zweiten Bildes als durchaus möglich erscheinen lassen.

In einem kurzen Referat kann der Reichtum an scharfsinnigen Kombinationen, den das Buch enthält, auch nicht entfernt ausgeschöpft werden. Wie mag der Aufenthalt in Riga auf Dürer gewirkt haben? Ist das Dürerische in ihm in Riga gewachsen, wie zweieinhalb Jahrhunderte später auf demselben Boden das Herderische in Herder? Der tief künstlerisch empfindende Verfasser gibt im Anschluß an die Deutung der großen Entwürfe durch die Dürerforscher einige vorsichtige Andeutungen darüber: es ist, „als wäre ihm aus der Meisterschaft, die er errungen, eine neue Jugend erblüht"; das Rigaer Madonnenbild bedeutet „eine große Entspannung aller inneren Gegensätze, die Befreiung von der Furcht vor dem Leben und dem Tode. Das Heilige erscheint gnadenreich in seiner ganzen Schönheit."

Die Dürerforschung und die livländische Historie haben dem Verfasser zu danken. Darüber hinaus aber jeder Balte, der die Vertiefung der Beziehungen zu einem großen Deutschen, wie Dürer es war, für einen Gewinn erachtet. „In dem Verhältnis zu ihm" — sagt Dr. Busch am Schluß der Arbeit — „liegt ein Guthaben, das der deutsch-baltischen Kultur nicht genommen werden kann. Mehr denn je ziemt es uns heute, zu ihm aufzublicken, schon deshalb, weil er uns einen Maßstab bietet für den vollen Wert, der in einem Menschenleben liegen kann, weil er uns den Abstand vergegenwärtigt zwischen einer großen, Sinn und Ziel der Erscheinungswelt suchenden, von einer Ewigkeitsverantwortung getragenen, überpersönlich gebundenen Persönlichkeit und der von ihren Trieben beherrschten, mechanisierten Menge."

R. W.

Auf dem Wege zu Goethe

Lenz als Student in Königsberg

Unter die Stürmer und Dränger des ausgehenden 18. Jahrhunderts zählt der Livländer Jakob Michael Reinhold Lenz, der Goethes Bahn zuerst in Straßburg, dann in Weimar gekreuzt hat, dessen Name mit Friederike Brion, der Sesenheimer Pfarrerstochter, in eigentümliche Ver-

bindung tritt und dessen Leben voll Irrungen und Wirrungen in Moskau, vom Wahnsinn umschattet, erlischt. Königsberg hat in den jungen Jahren von Lenz eine gewisse Bedeutung gehabt. Seinen Spuren soll hier nachgegangen werden.

Im August 1768 war Jakob Michael Reinhold mit seinem jüngeren Bruder Christian zu Schiff nach Königsberg gekommen, wo er nach dem Wunsch seines Vaters, des Dorpater Oberpastors und späteren Generalsuperintendenten, Theologie studieren sollte, während der zweite Sohn Jurist werden sollte. Beide sind sie im September an der Albertusuniversität immatrikuliert worden. Der Abstand zwischen Königsberg, der ersten bedeutenderen Stadt, die die jungen Menschen zu sehen bekamen, und Dorpat, das damals etwa 3000 Einwohner zählte, darunter viele Esten, war natürlich ein gewaltiger. Dorpat war 1763 durch eine große Feuersbrunst fast völlig zerstört worden. Es war total verarmt und das städtische Leben in seiner Armseligkeit und in dem Hader der Bürgerschaft wahrhaft kläglich. Und doch hatten sich in all den Kümmernissen Reste oder Anfänge eines neuen geistigen Lebens erhalten: der Bürgermeister Gadebusch, dem die livländische Geschichtsforschung so viel verdankt, der Schulmann Martin Hehn, ein Vorfahr Viktor Hehns, und der Oberpastor Lenz, der Vertreter einer streng gläubig-pietistischen Richtung, die in bewußtem Gegensatz zum Rationalismus Rigas stand und später, als Lenz Generalsuperintendent wurde, auch hier die Oberhand gewann. Der Einfluß von Klopstock war in diesen Kreisen ein großer. Der „Messias" galt auch hier für eine Art Evangelium. Aber eine tiefere unmittelbare Bekanntschaft mit der westeuropäischen Kultur sollte den jungen Livländern doch die Albertusuniversität erschließen. Hier sollte sich auch Jakob Michael Reinholds Horizont weiten. Das Gestirn Kants (der freilich noch nicht Professor war) leuchtete doch schon über der Stadt, die zudem als großer Hafen und wichtigster Handelsplatz Anregungen mancher Art bot.

Über das Äußere und das Wesen von Lenz haben wir in Goethes „Dichtung und Wahrheit" eine fesselnde Schilderung, die uns den jungen Livländer, der eben aus Königsberg in Straßburg angelangt war, sehr lebhaft vors Auge stellt: „Klein, aber nett von Gestalt; ein allerliebstes Köpfchen, dessen zierlicher Form niedliche, etwas abgestumpfte Züge völlig entsprachen; blaue Augen, blonde Haare, kurz, ein Persönchen, wie mir unter nordischen Jünglingen von Zeit zu Zeit eins begegnet ist; einen sanften, gleichsam vorsichtigen Schritt, eine angenehme, nicht ganz fließende Sprache und ein Betragen, das, zwischen Zurückhaltung und Schüchternheit sich bewegend, einem jungen Manne gar wohl anstand. Kleinere Gedichte, besonders seine eigenen, las er sehr gut vor."

Wir wissen nicht sehr viel Einzelheiten aus dem Königsberger Studentenleben von Lenz. In den Aufzeichnungen des um das Königsberger Musikleben so verdienten Reichhardt stoßen wir gelegentlich auch auf Mitteilungen über Lenz, mit dem er in persönliche Beziehungen getreten ist. Es heißt da: „Nur selten kam er in die Vorlesungen einiger Professoren, bald fast nur ausschließlich dann und wann in die unseres verehrungswürdigen Lehrers Kant. Eine sehr vermischte Lektüre und eigene poetische Ausarbeitungen beschäftigten ihn ganz, so oft er in seiner kleinen Kammer allein sein konnte. Er wohnte aber in einem ziemlich engen Hause, das ganz angefüllt war von lustigen Liv- und Kurländern, die Tage und Nächte in unaufhörlichem Toben beisammen lebten. Oft befand er sich mitten unter ihnen, doch meistens mit seinem Geiste so abwesend, daß die

jungen lustigen Burschen häufig dadurch gereizt wurden, ihm allerlei unerwartete Streiche zu spielen, die ihn wohl zuweilen nicht ganz zu sich brachten und die er allemal mit unbegreiflicher Geduld und Freundlichkeit ertrug. Selbst von seinem Schreibtisch ließ er sich aus der tiefsten Abwesenheit oft ohne Murren herausreißen und brachte seinen Jugendbrüdern zu Gefallen wohl auch ganze Tage auf dem Kaffeehause zu, ohne an ihrem Kartenspiel und manchen anderen Belustigungen tätigen Anteil zu nehmen. Beim Gesange und auch beim Glase, wiewohl er wenig vertrug, war er lustiger. Er liebte den Gesang von Herzen und übte auch die Laute mit Eifer. Der Lauternist in seinem „Hofmeister" ist die Karikatur seines Lautenmeisters aus dem Leben, so wie fast alle Charaktere in diesem Stück kurländische und preußische Charaktere in Karikatur gezeichnet sind."

Schmalhans war bei den beiden jungen Livländern oft Küchenmeister. Der Vater im fernen Dorpat, der immer selbst mit wirtschaftlichen Sorgen kämpfte, die sich aus der Armut seiner Gemeinde ergaben, hatte zwar ein Stipendium von 20 Rubeln auf 3 Jahre flüssig machen können, aber das reichte natürlich nicht, und dem Vater wurde es schwer, oft unmöglich, die stürmischen Bitten seines Erstgeborenen um Geld zu erfüllen. So schreibt der Sohn am 14. Oktober 1769: „So sehr ich Ihnen für die gütige Besorgung eines Teils meines jährlichen Fixi verbunden bin, so sehr sehe ich mich genötigt, Sie nochmals gehorsamst, um die soviel möglich baldige Beförderung dessen, was Ihre Gütigkeit zu unserer Kleidung bestimmt hat, zu bitten. Pränumeration ist notwendig, wenn ein Student gut wirtschaften will, und also ist ihm zu Anfang des Jahres immer Geld unentbehrlich." Und zum Schluß: „Vergeben Sie unser öfteres unverschämtes Geilen nach Geld: die Not lehrt hier beten und betteln. Gegen den Winter kommen viel neue Ausgaben: Holz, ein neuer Schlafrock, Tisch."

Wir haben den Entwurf eines Briefes, den der Vater in Dorpat an die Königsberger Söhne, nachdem diese schon eine ganze Weile in Königsberg studiert oder auch nicht studiert hatten, um Ostern 1771 gerichtet hat. Er ist rührend in der mahnenden Sorge um sie und in der eindringlichen Betonung, daß er ihnen pekuniär nicht helfen könnte. Er setzt ihnen sehr ausführlich auseinander, daß, „wenn Gott nicht ein Wunder getan hätte", die beifolgenden Gelder nicht zusammengekommen wären. Dorpat war noch immer total verarmt und die Gemeindeglieder nicht in der Lage, ihrem Pastor zu geben, was ihm zukam. Die zugesicherten Stipendien versiegten allmählich. So müßten die Söhne zu Michaelis endlich Schluß machen. Sie dürften sich „nicht in Schulden einfressen, sonst sie sich so festfressen würden, daß er sie ganz unmöglich lösen könnte. Und da wären sie ganz verloren, denn er könnte nicht, wenn sie auch ins Karzer kämen, helfen". Der Vater schreibt ferner, Kant hätte die Absicht, Jakob an den russischen Residenten Grafen Rehbinder nach Danzig zu rekommandieren, aber er rate dringend ab: er könne doch nicht ewig Hofmeister bleiben. Daß Rehbinder ihm aber eine Pfarre in Danzig besorgen würde, sei ein Hirngespinst. Wolle er etwa ein „Dorfpfaffe" werden? Es gäbe doch nichts Verachteteres als diesen da draußen. Da solle er doch lieber heimkehren, wo ihm das ganze Land offen stände. Wolle er aber hier nicht Landpastor werden, so könne er ja Hauslehrer werden; der Oberst von Bock suche einen solchen und würde ihn gern anstellen: 100 Albertustaler, etwa 180 Rubeln gleich, und dazu 20 Albertustaler für Tee und Zucker. Das wäre ein „konvenables Salarium". Dieser

Briefentwurf spricht eine beredte Sprache.

Wir wissen aber auch von Lenz selbst, daß er ein schlechter Kollegienbesucher gewesen ist. Von den Königsberger Professoren der Theologie hielt er sehr wenig. „Überhaupt", gesteht er dem Vater im Oktober 1769, „wenn man nächst einigen wenigen Professoren, die Magistri von Königsberg nähme, würde die Akademie wenig oder garnichts wert sein." Kant hat er in seinen philosophischen Vorlesungen der Logik und Metaphysik besucht, aber er ist sicher nicht sehr eifrig dabei gewesen. Tatsache dürfte wohl sein, daß er wie andere Stürmer und Dränger, wie der junge Herder und der junge Goethe, sich gerade von dem Kant jener Periode innerlich gefesselt fühlte, der selbst ein eifriger Verehrer Rousseaus war und über dessen Neuer Heloïse sogar seinen Tagesspaziergang verabsäumte. Es wird wohl auch zutreffen, daß Kant es gewesen ist, der den jungen Livländer auf den Engländer Pope, einen seiner Lieblingsschriftsteller, hinwies, dessen kritische Essays er in Königsberg zu übersetzen begonnen hat. Daß Kant sich auch sonst persönlich für Lenz interessierte, geht ja aus seiner Empfehlung an den Grafen Rehbinder in Danzig hervor.

So war es denn kein Zufall, daß Lenz von seinen in Königsberg studierenden Landsleuten, Kurländern und Livländern, die ehrenvolle Aufgabe zugedacht wurde, Kant, als dieser im März 1770 Professor wurde, in einer Gratulationsrede zu preisen, die ihm im August feierlich überreicht wurde. Sie war auf weißem Atlas gedruckt und ruhte in einer carmoisinegefütterten Mappe. Kant hat die Huldigung sehr freundlich aufgenommen und an der Ausstattung und an den Versen seine Freude gehabt. Ein seltsamer Zufall hat es dann aber gewollt, daß die Adresse völlig verschwand und erst fast ein Jahrhundert später aufgefunden wurde. Sie muß von Kant sehr sorgfältig aufbewahrt worden sein, denn sie ist ausgezeichnet erhalten, wie ein Blick auf sie in der Vitrine des Stadtgeschichtlichen Museums im alten Rathaus von Königsberg beweist.

Lenz hat hier Kant als den Gelehrten gepriesen, dessen Ruhm universell sei:

Ihr Söhne Frankreichs! Schmäht denn unseren Norden,
Fragt, ob Genies je hier gezeuget worden:
Wenn Kant noch lebet, werd't Ihr diese Fragen
Nicht wieder wagen!"

So klingt das Loblied aus. Vorher aber hat er den „Lehrer der Menschheit" als den Mann gerühmt, der Weisheit und Tugend vorbildlich in Leben und Wirken vereinige:

„Mit echterm Ruhme wird der Mann belohnet,
In welchem Tugend bei der Weisheit wohnet,
Der Menschheit Lehrer, der, was er sie lehret,
Selbst übt und ehret!"

Und so wirke er nicht nur durch sein Wort, sondern auch durch die Tat auf die Mitlebenden ein:

„Schon vielen Augen hat er Licht gegeben,
Einfalt im Denken und Natur im Leben,
Die Weisheit Schülern, die er unterwiesen,
Mit Ernst gepriesen."

Daher das Gelöbnis:

„Stets wollen wir durch Weisheit Ihn erheben,
Ihn, unseren Lehrer, wie er lehrte, leben
Und and're lehren: unsere Kinder sollen
Auch also wollen!"

Sollen wir annehmen, daß alle diese Worte nur pflichtmäßige poetische Erfüllung einer Lenz gestellten Aufgabe gewesen sind, ohne daß er innerlich beteiligt, von Kant persönlich beeinflußt worden wäre? Nichts berechtigt dazu.

Schon Reichhardt erwähnt der poetischen Versuche des jungen Livländers. Es war insonderheit ein Gedicht in 7

Gesängen, „Die Landplagen", das er 1769 in Königsberg beendet und im Druck hat erscheinen lassen. Ein reich eingebundenes Exemplar schickte er seinem Vater, der es der Kaiserin Katharina II., der es gewidmet war, nach Petersburg zuleiten sollte. Eine Ode der Huldigung setzte er dem Gedicht voran. Schwülstig huldigt er ihr, „der Mutter der Welt", die nur für das Wohl ihrer Völker lebe. Der Gottheit an Huld gleichkommend, sei sie auch unsterblich wie diese:

„Lebe, Mutter der Welt! Siehe, der Völker Wohl
Fleht, es fleht ihr Gebet, still in die Nacht geschluchzt.
Lebe! Die Du an Huld gleichest der Gottheit, sieh'
An Unsterblichkeit auch ihr gleich!"

Diese „Landplagen", die man wohl als den Schluß der ersten Perode der literarischen Tätigkeit von Lenz bezeichnet hat, wurden von seinen lustig derben Landsleuten ordentlich verrissen. Sie nannten den Verfasser wohl die „achte Landplage". Lenz soll das harmlos ruhig aufgenommen haben, dagegen traf ihn die sehr abweisende Kritik in der „Königsberger Gelehrten und Politischen Zeitung" sehr bitter. Er hat sich heftig darüber beklagt.

Plötzlich hat Lenz, der Ostern 1771 das 5. Semester seines auch nur zum Schein und aus Rücksicht auf den Vater getriebenen theologischen Studiums beendet hatte, Königsberg verlassen. An ein Examen hat er nicht gedacht. Er wandte sich nach Straßburg, der Stadt, wo deutsche und französische Kultur sich berührten, und zwar als Begleiter zweier junger kurländischer Barone von Kleist, Königsberger Studiengenossen, die in französische Militärdienste zu treten beabsichtigten. Hier in Straßburg ist er dann mit dem jungen Goethe in enge Verbindung getreten und ist später der unerwiderte Verehrer von Friederike Brion geworden.

Dr. Ernst Seraphim

Umschau

Nachdenkliches zur nationalitätenpolitischen Lage in Lettland

I.

Man sagt, das Motiv der lettischen Nationalisten bei ihrer zähen deutschfeindlichen Politik, die mit dem Feldzug zur Enteignung der Rigaer Domkirche ihren Gipfelpunkt noch nicht erreicht zu haben scheint, sei die Furcht vor der kulturellen Assimilationskraft des deutschen Volkes. Der Deutsche sei auf die Dauer stärker als der Lette. Die nationale Zukunft des Letten sei bedroht, wenn er nicht heute, wo der Deutsche in der Welt politisch machtlos sei, ihn in den Grenzen des lettländischen Staates so schwäche, daß er auf diesem Boden keinen wirtschaftlichen und kulturellen, geschweige denn einen politischen Faktor mehr darstelle. Es ist, auf kleinere Verhältnisse übertragen, das französische politische Prinzip. Was Frankreich zu seiner sécurité in Europa erreichen will, akzeptieren die lettischen Chauvinisten für Lettland und das lettische Volk.

Der nationale Patriotismus dieser Argumentation ist nicht zu bestreiten. Sie könnte weitsichtig scheinen, wenn das Deutschtum in Lettland je eine Gefahr für den Staat oder das lettische Volk sein könnte oder wollte. Mit dem Appell an eine bestimmte qualifizierte Billigkeitsidee oder an ein imaginäres Solidaritätsgefühl ist gegen diesen reinen Machtwillen natürlich nichts auszurichten. Es ist mit direkter Ansprache überhaupt nichts gegen ihn auszurichten. Nicht also im Sinne

eines Überredungsversuches, sondern als unsentimentale Überlegung ist es gemeint, wenn wir der Ansicht Ausdruck geben, daß diese Politik kurzsichtig ist.

Daß dem baltischen Deutschtum der Garaus gemacht werden kann, sollte der Realpolitiker auch dann nicht zur Grundlage seiner Rechnung machen, wenn alle Faktoren für diese Möglichkeit zu sprechen scheinen. Man kann uns gewiß noch ärmer und schwächer machen, als wir infolge einer bestimmten Reihe politischer Maßnahmen schon geworden sind. Der außenpolitische Preis für diese minderheitenfeindliche Politik steigt allerdings von einem Jahr zum andern: die Rückwirkungen des Domkirchengesetzes in der öffentlichen Meinung, namentlich Deutschlands, sind außenpolitisch zweifellos kein Aktivum. Daß unser Lebenswille, unsere geistige und politische Energie auszulöschen ist, dürfte niemand annehmen, der uns kennen will. Vielleicht kommt darauf mehr an — im Zeitalter der europäischen Krisis —, als der Tagespolitiker wahrhaben will, und mehr, als wir selbst uns zuzugeben pflegen. Und auch deshalb ist es vielleicht ein Fehler, eine Menschengruppe mit kommunalem Verständnis, kulturellem Rang und auch in ihrem Nachwuchs lebendigem politischen Willen — wenn man sie nicht physisch vernichten will — aus der ein Jahrzehnt hindurch bewiesenen geduldigen Bereitschaft zu sehr weitgehender Solidarität mit Peitschenknall zu verjagen.

II.

Das lettische Volk hat das ganze letzte Jahrzehnt hindurch eine unbestritten menschlich große Persönlichkeit in führender Stellung gehabt; einen Mann, den der nationale Stolz in der ersten Reihe nennen müßte. Und diesen Mann hat man gehen lassen, kühl die einen, bedauernd die andern, bekümmert die wenigsten, — weil man für seine universale, überlegene, ressentimentfreie Art das Verständnis verloren zu haben scheint.

Bischof D. Irbe hat erklärt, daß er von seinem Amt zurücktrete, in der Hauptsache, weil er die Regelung der Domangelegenheit nicht billigen könne. Die lettländische Synode, die am 10. November d. J. in Riga stattfand, hat eine klare Stellungnahme zur Domfrage und damit zu der Gewissensstellung ihres Führers nicht zustandegebracht. Nach dem Rücktritt und Fortgang des Bischofs ging ihr der universale Gesichtspunkt verloren. Es war erschütternd zu sehen, wie auch hier enge Prestigefragen in den Vordergrund traten.

Der Geist der Synode mit ihrer großen Anzahl von Laienvertretern ist zum großen Teil ein Ausdruck der in der lettischen Gesellschaft herrschenden Stimmung. Diese Stimmung ist im Lauf der letzten Monate fast völlig einheitlich chauvinistisch geworden; wir haben mit unserer Prognose nur zu Recht gehabt. Man will im Rausch nationalen Ehrgeizes ein ruhiges, friedliches Wort nicht einmal mehr hören. Eine Vorstellung wie etwa „abendländische Christenheit" sagt dem gebildeten Letten nichts mehr. Man hat die natürliche Ordnung und Zugehörigkeit, die man der Geschichte verdankt, vergessen; man treibt in eine immer tiefere Isolierung hinein und wird schließlich nach der Übernahme der Domkirche bei einem „lettischen Christentum" enden, das über allem nationalen Kultus, Glanz und Eifer kaum mehr eine Erinnerung an die einigenden Kräfte des Christentums bewahren wird.

Auch das Organ des konservativen lettischen Bürgertums, der „Latvis", ist chauvinistisch geworden. Das will heißen: es sind Kreise chauvinistisch geworden, denen nicht nur am Wohlstand, sondern auch an der Seele des Volkes gelegen ist. Ist damit der Weg endgültig

abgeschnitten zu einem Gespräch über die Frage, ob nicht die Sorge um die Seele eines Volkes andere Wege gehen sollte als den, der dem Volk einen überreizten Nationalidealismus gibt und den Sinn für jede universale Ordnung und Verpflichtung nimmt? Wir müssen es annehmen.

III.

Als das neue Domgesetz noch bevorstand, ist mir gegenüber von Landsleuten gelegentlich im Gespräch ganz ernsthaft die Meinung vertreten worden, man müsse die Situation dazu benutzen, um den Staat zu einer Entschädigungsleistung zu veranlassen; man spielte mit dem Gedanken eines Ausbaus der Georgskirche und dachte an Gegenleistungen des Staats auf andern Gebieten. Diese Meinung war nicht ganz vereinzelt und hat als Symptom eine nicht geringe Bedeutung. Sie entspricht einer Denkweise, die unter uns sehr verbreitet ist und wohl als das Ergebnis einer zehnjährigen Gewöhnung an die Probleme einer außerordentlich schwierigen Taktik angesehen werden muß.

Man pflegt von der Notwendigkeit des politischen Kuhhandels zu sprechen. Diese Notwendigkeit ist ohne weiteres zuzugeben. Das Kompromiß wird im politischen Handeln die Regel sein; wer sich grundsätzlich gegen das Kompromiß wendet, verkennt das Wesen der Politik. Es gibt aber eine unsichtbare Grenze, die nicht überschritten werden darf. Theoretisch ist diese Grenze nicht zu ermitteln, sie muß unmittelbar gewußt werden; eine Grenze, hinter der politischer Tausch im höchsten Grade unvorteilhaft wird, weil er unter den Voraussetzungen eines Bankrottgeschäfts vor sich geht. Es ist rein politisch wichtig, daß man auch in der schlimmsten Lage dem Gegner zu verstehen gibt: über bestimmte Möglichkeiten verhandeln wir nicht. Das allein schafft die Achtung, welche die Voraussetzung eines politischen Erfolges ist.

Es scheint nun, daß unter uns die Grenze, wie das angeführte Beispiel zeigt, nicht immer mit Sicherheit gewußt wird. Es ist mit Recht geltend gemacht worden, daß unsere Lage eine besonders schwierige ist, daß wir keinerlei Veranlassung zu geräuschvollem Selbstbewußtsein haben. Von der Behauptung und Festigung des Sinnes für politische Würde aber hängt es ab, wie wir die schweren Zeiten überstehn, denen wir entgegengehn.

R. W.

Die Steine reden

Bekanntlich sind die Massen des lettischen Volkes für die Enteignung des rigaschen deutschen Domes u. a. mit der Erzählung gewonnen worden, daß es sich hier um ein ursprünglich lettisches Bauwerk handle, das den Letten einst von den Deutschen fortgenommen worden sei. Diese Darstellung richtet sich selbst, es ist kein Wort mehr darüber zu verlieren. Nicht ohne Reiz ist es aber, bei einem alten lettischen Schriftsteller ein Zeugnis dafür zu finden, wie fremd den Letten der Geist dieses Bauwerks sei. August Deglaws stellt in seiner Schrift „Ein Schritt in der Entwicklung der Letten von 1848–1875",*) Riga 1893 (lettisch) eine Betrachtung über den Dom an, in der es ins Deutsche übersetzt S. 4 heißt: „Dieses Werk, das vor Jahrhunderten geschaffen worden ist, ist ein wohl stummer, aber nicht hinwegzuleugnender Zeuge dessen, daß einst hier ein starker Orden gelebt und mächtige Bischöfe geherrscht haben. Ihre Macht ist längst gebrochen, ihre Zeiten längst vergangen, ihre Rolle haben sie längst ausgespielt und ihre Körper sind zu Staub und Asche geworden, und dennoch schlägt uns in jenen alten Mauern der Geist ihrer Zeit entgegen, der uns flüsternd von ihrer Arbeit

*) Latweeschu attihstibas fölis no 1848–1875. g.

Zeugnis gibt. Die roten Ziegel und der zu Blei geronnene Kalk werden zu lebendigen, geschichtlichen Buchstaben — sie reden eine klare und lautere Sprache, daß hier einst am Ufer der Düna Mönche ausgestiegen sind und angefangen haben, den Einwohnern des Landes vom gekreuzigten Heiland zu verkünden, sie erzählen, daß sie die Fahne der heiligen Jungfrau entfaltet und sich vorgenommen haben, den Heiden Licht und Kultur zu bringen, und daß sie dann, als sie nicht verstanden wurden, sich eiserne Rüstungen angelegt, Speere geworfen und Schwerter geschwungen haben, daß sie nicht davon abgelassen haben, mit Gewalt unter den Ungläubigen den Glauben, Licht und Kultur zu verbreiten." — Es folgen Betrachtungen darüber, daß die von den Fremden gebrachte Kirche und Kultur eine künstliche Pflanze gewesen sei, der die echte Lebenskraft, der Volksgenius gefehlt habe . . .

Zur Psychologie der estnischen Nachkriegsgeneration

Es ist eine bekannte Tatsache, daß das baltische Deutschtum sich vom raschen Aufstieg des lettischen und estnischen Volkes vor dem Kriege mehr oder weniger hat überraschen lassen. „Wenn wir eines schönen Tages nicht" — schreibt Axel de Vries in einem beachtenswerten Leitartikel der Revalschen Zeitung vom 14. November 1931 (Nr. 261) — „wie während der Revolutionszeit vor die Tatsache der Feststellung unserer fast völligen Unkenntnis neuer politischer Kräfte gestellt werden wollen, so müssen wir schon aus reinem Selbsterhaltungstrieb heraus versuchen, ein möglichst genaues Bild von der Entwicklung der heranwachsenden jungen estnischen Intelligenz zu gewinnen. Denn . . . ohne die Kenntnis des Gegenspielers ist keine auch nur halbwegs erfolgreiche Politik möglich." Von dieser Erwägung ausgehend führt de Vries folgendes aus: „Im estnischen Lager beginnt allmählich eine neue Generation heranzuwachsen, deren geistige Bildung unter ganz anderen Verhältnissen vor sich gegangen ist, als die der estnischen Vorkriegsgeneration. In steigendem Maße können wir feststellen, daß eine ganz neue Psychologie in estnischen Kreisen bemerkbar wird, die mit der Vorkriegspsychologie der estnischen politischen führenden Kreise nur sehr wenig Gemeinsames hat.

. . . Die Bildung der neuen estnischen Nachkriegsintelligenz geht unter dem bestimmenden Einfluß der Dorpater Universität vor sich, die immer stärker einen rein estnisch-nationalen Charakter gewinnt.

Deutsche geistige, politische und wirtschaftliche Kräfte kommen als positive oder negative Faktoren vom estnischen Standpunkt aus angesehen für die Entwicklung der geistigen Haltung dieser neuen estnischen Intelligenz auch nicht annähernd in demselben Maße in Frage, wie dies vor dem Kriege der Fall war. Wie anders sind heute die Voraussetzungen für diese Entwicklung selbst, als früher! Das estnische Volk lebt in einem eigenen Staat, als staatführendes Volk, und es ist ja natürlich, daß diese Tatsache auf die Bildung der jungen estnischen Generation trotz aller inneren Unsicherheit im Hinblick auf die Zukunft des Staates doch eine sehr große Rolle spielen muß.

Ohne an dieser Stelle auf die Wege der Entwicklung der estnischen Intelligenz in Dorpat im einzelnen eingehen zu können, wollen wir hier nur auf zwei Umstände hinweisen, die u. E. ernste Beachtung finden.

Es sind dies auf der einen Seite die fast immer festzustellende völlige Unkenntnis des baltischen Deutschtums im jungen estnischen Lager und auf der anderen Seite das Heranwachsen eines rücksichtslosen egoistischen Nationalismus, der, gepaart mit dem Trieb nach Geltung

und der Schaffung wirtschaftlicher Existenzmöglichkeiten, die Rechte unseres Volkstums auf politische Mitbestimmung und wirtschaftliche Existenz in nur allzu deutlicher Form immer stärker abzulehnen beginnt." Nach einer kurzen interessanten Betrachtung über die Ursachen dieser Erscheinung schließt der Verfasser:

„Gewiß, wir glauben, daß die Lage unserer Heimat immer wieder die Völker unseres Landes dazu zwingen wird, vielleicht sogar gegen ihren Willen, zusammenzustehen und zusammenzuarbeiten, denn Estland ist nun einmal ein Land, das an einer der gefährlichsten Landstraßen der Weltgeschichte liegt. Estland ist zudem ein armes Land, in dem es immer nur durch die Zusammenfassung aller wirklich produktiven Kräfte gelingen kann, einen auch nur einigermaßen erträglichen wirtschaftlichen Status aufrechtzuerhalten. Aber auf der anderen Seite werden gerade wir Deutschen gut tun, die Entwicklung der jungen estnischen Intelligenz aufmerksam zu verfolgen. Wir werden damit rechnen müssen, daß mit dem Eintritt der estnischen Nachkriegsgeneration in die geistige und politische Verantwortung die oben gekennzeichnete Linie in der Entwicklung der jungen estnischen Intelligenz auch in der Beziehung von Volk zu Volk deutlicher in Erscheinung treten wird."

Weihnachten in Sowjetrußland

Der diesjährige Feldzug gegen das Weihnachtsfest in der Sowjetunion wird bereits jetzt mit allen Kräften vorbereitet. Er soll den Auftakt bilden für eine weitere Aktion gegen die Überreste der Kirche in der Räterepublik. Selbstverständlich wird streng darauf gesehen werden, daß die Arbeit in den Betrieben am Weihnachtsfeiertage nicht unterbrochen wird. Die Namen der Abwesenden sollen öffentlich gebrandmarkt werden. Mit besonderer Schärfe wird jeder Versuch der Gläubigen bekämpft, das Weihnachtsfest „unter der Maske" der Sowjetfreundlichkeit durchzuführen. Die Bekämpfung des Weihnachtstages wird unter folgenden Losungen vor sich gehen: „Christus verdeckt die großbäuerliche Gegenrevolution. Weihnachten setzt die Ergiebigkeit der Arbeit herab. Gegen Weihnachten — ununterbrochene Arbeit. Statt Weihnachten — Tage der Industrialisierung. Kämpft gegen die friedlichen Stimmungen zur Religion! Wir bauen die neue Welt ohne Popen und Gottesglaube auf der Grundlage einer kollektiven, echt kommunistischen Arbeit."

Da man jedoch damit rechnet, daß trotz der ununterbrochenen Arbeit am Weihnachtstag viele den Betrieben fernbleiben werden, soll für sie ein Ersatz in Form eines antireligiösen Weihnachtsvergnügens geschaffen werden. Dafür sind bereits gotteslästerliche Chöre zusammengestellt worden, deren Texte hauptsächlich von dem Hofdichter des Kreml Demian Bednij stammen. Dazu kommen Schauspiele, die immer denselben Inhalt haben. Zum Beispiel: „Das Verbrechen des Bürgers Tichonov". Ein Arbeiter verläßt am Heiligabend seine Maschine und betrinkt sich zum Fest, da seiner Ansicht nach Weihnachten am besten mit Schnaps gefeiert wird. Infolgedessen ereignet sich in der Fabrik ein Unglücksfall, der auf die Pflichtvergessenheit dieses betrunkenen Gläubigen zurückzuführen ist. Oder: Vor einer Kindergesellschaft tritt ein „gottloser Großvater" auf — Ersatz für den Weihnachtsmann. Er gibt eine Kasperle-Vorstellung; handelnde Personen sind ein betrunkener Priester und Kasperle. Er stellt einen Arbeiter dar, der auf Bitten seiner Mutter und seiner Frau das Weihnachtsfest „nach dem Brauch der Väter" feiert, indem er sich betrinkt und seine Frau verprügelt. Weiter

werden antireligiöse Witze und Anekdoten erzählt. Es finden antireligiöse Gesellschaftsspiele statt. Zum Beispiel müssen die Anwesenden über ein Seil springen, an dessen Ende ein Sack Sand mit dem Bilde eines Priesters befestigt wird, oder es wird ein Spottbild eines Heiligen oder der Mutter Gottes aufgestellt mit einem ewigen Lämpchen, und es kommt darauf an, mit verbundenen Augen dieses Lämpchen auszublasen. Der Abend endet mit „antireligiösen Kämpfen", für die ebenfalls besondere Gottlosen-Melodien hergestellt worden sind. Auf diese Weise hofft man, dem Weihnachtsfest und der weihnachtlichen Sitte in Rußland den Todesstoß zu versetzen.

(Ev.-luth. Kirchenbl. für die deutschen Gemeinden Lettlands)

Politische Gegensätze im Deutschtum Siebenbürgens

Die Stuttgarter Halbmonatsschrift „Der Auslanddeutsche" bringt in ihrem Dezemberheft 1931 einen hochinteressanten Bericht („von besonderer Seite") über die jüngsten politischen Auseinandersetzungen im Siebenbürger Sachsentum, die uns insofern besonders interessieren dürften, als es auch dort, wie bei uns, um Probleme der inneren Volksgemeinschaft geht. Wir entnehmen dem Artikel folgendes:

„Es liegt auf der Hand, daß mit den Methoden der Vorkriegszeit die Erhaltung der siebenbürgisch-sächsischen Volksgemeinschaft nicht mehr möglich ist. Es müssen neue Wege gesucht werden, um den Forderungen der Zeit, die vor den sächsischen Gauen nicht Halt macht, auf volksorganisatorischem, volkspolitischem und wirtschaftlichem Gebiet gerecht zu werden, das durch die Problematik des Minderheitenschicksals und durch die Auseinandersetzung zwischen Osten und Westen, in die die Siebenbürger Sachsen durch ihre Angliederung an Rumänien hineingestellt werden, noch besonders erschwert wird.

Infolge dieser Umstände war es in erster Reihe die Jugend, wobei darunter jene zwischen 25 und 40 verstanden werden will, die nicht nur das Recht der Mitbestimmung an den volkspolitischen Körperschaften für sich forderte, sondern auch immer drängender einen anderen Geist in diesen verlangte. Diese den einzelnen lokalen Parteien fernstehende Jugend formulierte auf einer Tagung in Hermannstadt am 7. Juni 1931 ihre Forderungen, die in dem Wunsche nach Einberufung eines neuen Sachsentages gipfelten, der ein neues volksorganisatorisches Programm aufstellen und eine Reform der Volksgemeinschaft an Haupt und Gliedern durchführen solle. Alle Referate und Reden (Alfred Pomarius, Dr. Heinrich Zillich, Dr. Waldemar Gust, Dr. Otto Fritz Jickeli, Erwin Wittstock) gelegentlich dieser Tagung sowie die angenommene „Entschließung" — veröffentlicht unter dem etwas schwerfälligen Titel: „Bericht über die Tagung sächsischer Volksgenossen aller Stände und Siedlungsgebiete, die am 7. Juni 1931 in Hermannstadt stattgefunden hat" (Druck der Krafft und Drotleff A.-G., 45 S. 8°) — lehnten die rein defensive Politik mit ihrem einzigen Ziel der bloßen Selbsterhaltung ab und verlangten ausgreifende Aktivität nach innen und außen unter gleichzeitiger Erneuerung aller sittlichen, religiösen und nationalen Kräfte des Volkes.

Eine besondere Stelle innerhalb dieser Bewegung nehmen die Kreise um die „Selbsthilfe" ein, die, 1922 als eine Art Bausparkasse gegründet, heute über ihren ursprünglichen Rahmen hinausgewachsen ist und als Kampforganisation das ganze Volk erobern will, „um es in weltanschaulicher, wirtschaftlicher und rassischer Hinsicht erneuern zu können". Mit großem Idealismus, wenn auch nicht ohne Miß-

griffe und Unklarheiten (auch in einem eigenen Presseorgan „Selbsthilfe, Kampfblatt für das ehrlich arbeitende Volk") verfochten, auf Stephan Ludwig Roth und Dr. Karl Wolff als Vorbildern fußend und von nationalsozialistischen Ideen beeinflußt, hat die „Selbsthilfe", geführt von Fritz Fabritius, schon manche Erfolge für sich buchen können.

. . . Die im Monat Oktober stattgefundenen Kreisausschußwahlen [Wahlen in die volkspolitischen Organisationen] haben den neuen Entwicklungen unter den Siebenbürgen Sachsen Rechnung getragen, indem im allgemeinen eine Auffrischung und Auflockerung dieser Körperschaften erfolgte. Nur in Kronstadt gelang es aus bestimmten lokal bedingten Gründen nicht, der sogenannten Reformliste zum Siege zu verhelfen — im Gegensatz zu Hermannstadt, wo die vereinigte Liste der Parteilosen, der „Selbsthilfe" und des „Bürgerabend" einen durchschlagenden Erfolg erzielte, während die um die sogenannte „Deutsch-Sächsische Volkspartei" gruppierten Kreise, die den genannten Bestrebungen gegenüber ablehnend eingestellt sind, trotz des Umstandes, daß die führende Tageszeitung der Siebenbürger Sachsen, das „Siebenbürgisch Deutsche Tageblatt", maßgebend von dieser Partei beeinflußt wird, einen völligen Mißerfolg erlitten. Das Stimmenverhältnis betrug 1586 zu 260.

Bei der traditionsgebundenen Disziplinierthеit des sächsischen Volkes ist nicht zu befürchten, daß volksschädigende Zersplitterungen trotz aller sich aus der Enge der kleinen Verhältnisse ergebenden Reibungen die Folge dieser inneren Auseinandersetzungen, die natürlich mit dem Ablauf dieser Wahlen noch keineswegs abgeschlossen sind, sein werden. Im Gegenteil, es ist zu hoffen, daß der frische Wind, der jetzt auch durch die Gaue des sächsischen Volkes weht, ein neues gesundes Werden dieses ältesten auslanddeutschen Splitters hervorrufen wird."

Die Baltische Monatsschrift und ihre Leser

Die Abonnenten der Baltischen Monatsschrift leben zum größeren Teil in Lettland und Estland, zum kleineren Teil in Deutschland. Schon aus dieser Tatsache ergibt sich, daß die Ansprüche an die Baltische Monatsschrift sehr verschiedene sein müssen. Das Baltentum ist räumlich zersplittert, hier und dort unter verschiedene Eindrücke gestellt, auch in Estland und Lettland in verschiedene Geschicke verflochten. So hat es sich im Norden und Süden seiner Heimat, andererseits in Deutschland verschieden entwickeln müssen.

Als Ausdruck dieser Verschiedenheit sind die immer wieder an die Schriftleitung gelangenden Wünsche aus dem Kreise der Abonnenten sehr interessant. Ohne daß aus diesen Stimmen unmittelbar auf die Eigenart der einzelnen regionalen Gruppe geschlossen werden dürfte, kommen darin doch Züge zum Ausdruck, denen eine symptomatische Bedeutung innewohnt.

In Estland lebt die Erinnerung an die alte Baltische Monatsschrift vielleicht am lebendigsten fort, und zwar naturgemäß an die Baltische Monatsschrift der letzten Jahrzehnte vor dem Kriege, die nicht mehr das politische Organ war, als das sie begründet worden war. Historisches, Kulturhistorisches, Allgemein-Geistiges stand ganz im Vordergrunde; die Baltische Monatsschrift war ein Spiegel der baltischen konservativen Gesinnungen, aber ohne eine eigene willensmäßige Zielsetzung. Vielleicht ist es auch daraus zu erklären, daß gerade Kulturhistorisches, Bilder aus einer verklungenen Welt in Estland dankbarer begrüßt werden als anderswo. Die entscheidende Rolle dabei

spielt freilich wohl der Umstand, daß der Zusammenhang mit der Vergangenheit im estländischen Deutschtum im allgemeinen bewußter festgehalten, liebevoller gepflegt wird als im Süden der Heimat, daß daher alle auf die Kontinuität des Heimatbewußtseins gerichteten Bestrebungen der Baltischen Monatsschrift in Estland ein größeres Verständnis finden als z. B. in Riga.

Eigentümlich widerspruchsvoll sind die Urteile aus dem Leserkreise über die zeitkritischen Aufsätze der Baltischen Monatsschrift. Während hier und da, von gewichtiger Seite, offene Genugtung darüber begegnet, daß die Baltische Monatsschrift an der Notwendigkeit einer analytischen Erfassung des Zeitgeistes nicht vorübergeht, daß sie sich auch die Darstellung der geistigen Gesamtlage wieder und wieder angelegen sein läßt, ist mir andernorts der sehr ernstzunehmende Wunsch ausgesprochen worden, die Monatsschrift möge theoretische Erörterungen dieser Art zurücktreten lassen. Es ist ganz natürlich, daß z. B. der Bewohner einer baltischen Kleinstadt ein stärkeres Bedürfnis nach Hilfsmitteln zur Herstellung eines Zusammenhangs mit dem Zeitbewußtsein haben muß, als etwa der Rigenser, dem dieser Zusammenhang durch die gespanntere Atmosphäre der größeren Stadt von selbst gegeben ist, dem viele andere Zeitschriften zugänglich sind und der zum Überdruß oft den gleichen Fragen begegnet ist. Hier kann auch ein Bedürfnis auftauchen, das allen übrigen Leserwünschen fast widerspricht: man ist der Anregung satt, man sehnt sich nach Entspannung, man will nach einem in stärkster Anspannung verbrachten Tage nicht neue Probleme und Forderungen aufnehmen, sondern man verlangt von der Baltischen Monatsschrift, daß sie Einkehr gewähre in das Reich schöner Form, daß Dinge berücksichtigt werden, die außerhalb der politischen oder geistigen Tagesverantwortung liegen; man wünscht z. B. eine Novelle, und man wünscht eine Vielseitigkeit, die den Blick aus dem Kreislauf der baltischen Sorgen in den „Schausaal der Welt" öffnet und lichtet.

Andern wieder ist die Baltische Monatsschrift schon jetzt zu schöngeistig. Mir will scheinen, daß das Bedürfnis nach gesteigerter Aktualität durchaus überwiegt. Aber nach der Aktualität nicht des Gedankens, sondern der Tat. Abstrakttheoretische Aufsätze begegnen immer häufiger stummer Ablehnung. Sie werden nicht gelesen. Stattdessen wünscht man eine bestimmte Art „sachlicher" Artikel, die viel Informationsmaterial enthalten und konkrete, naheliegende Aufgaben behandeln, — Aufsätze, an denen auch der Schriftleitung mit am meisten gelegen ist. Aber damit verengert sich oft unvermeidlich der Kreis der Interessierten. Was hier höchst aktuell ist und alle Gemüter beschäftigt, braucht es dort noch nicht zu sein. Die Gefahr, im Speziellen stecken zu bleiben, ist nicht von der Hand zu weisen. In vielem gehn die Bedürfnisse hier eindeutig auseinander.

Manch ein Bedürfnis ist ausgesprochen lokal bedingt. In Riga legt man auf eine regelmäßige Besprechung des Rigaer deutschen Schauspiels den größten Wert; in Estland muß das weniger interessieren. In Riga wird der regelmäßige politische Bericht aus Deutschland infolge der Einseitigkeit in der Berichterstattung der Tageszeitung besonders dankbar aufgenommen; in Reval würde man sein Fehlen nicht vermissen. Die Leser in Deutschland haben das Verlangen nach eingehender und weit ausholender Information über die Ereignisse in der Heimat, — über die bei uns nicht berichtet zu werden brauchte, die hier nur beurteilt und eingeordnet werden müssen. Umgekehrt ist der baltische Leser in Deutschland unbefriedigt, wenn die Teil-

nahme am reichsdeutschen Geschehen sich auf reine Information beschränkt. Man will, daß die Baltische Monatsschrift auch reichsdeutschen Vorgängen und Bewegungen gegenüber einen festen Standpunkt erkennen lasse, ja eine Parteinahme ausspreche. Man übersieht dabei, daß die Baltische Monatsschrift ihre Tradition und ihre besondere Aufgabe verleugnen würde, wenn sie sich auf den politischen Kampf innerhalb Deutschlands einließe.

Unser Einsatz kann dort nur geistiger Natur sein. An unserer weltanschaulichen Einstellung, an unserer geistigen Haltung haben wir nie einen Zweifel gelassen. Wir hoffen, daß diese Beschränkung mit der Zeit als die richtige anerkannt werden wird. Nur so kann auch den Freunden der Balten im Reich ein Bild vom baltischen geistigen Erbe vermittelt werden, das manchen zukunftsreichen Zug enthält.

Die Baltische Monatsschrift ist die einzige größere Zeitschrift des gebildeten Baltentums. Sie kann infolgedessen nicht in dem Sinne eine Spezialaufgabe haben, wie manch eine uns gesinnungsverwandte Zeitschrift in Deutschland, die sich an einen geschlossenen Leserkreis wendet. Wir müssen darauf bedacht sein, den Blick für die Mannigfaltigkeit der baltischen Überlieferung nicht zu verlieren. Viele Begriffe, die in Deutschland zu Kampfrufen geworden sind, haben innerhalb der kleinen baltischen Gesellschaft ihre aus einer erstaunlich einigenden Tradition stammende, weniger aufwühlende und tiefgreifende Bedeutung bewahrt und können auch heute noch mit gegensätzlichen Begriffen eine keineswegs gesinnungslose Verbindung eingehen; erinnert sei nur daran, wie häufig in charakterlich hervorragenden Vertretern unserer älteren Generation politischer Liberalismus und weltanschaulicher Konservatismus gepaart sind.

Die Baltische Monatsschrift muß ein Spiegel des baltischen politischen und geistigen Lebens sein. Das bedeutet heute mehr als in den Jahren vor dem Kriege. Damals war das baltische Deutschtum noch räumlich vereint; heute, wo es durch Staatsgrenzen getrennt ist, hat die gegenseitige Unterrichtung nahezu dieselbe Bedeutung, wie bei der Begründung der Monatsschrift im Jahre 1859, als sie dazu beitragen sollte, die Liv-, Est- und Kurländer, die ihr abgeschlossenes Provinzialleben führten, einander näherzubringen.

Die Baltische Monatsschrift wendet sich an die gesamte baltische gebildete Oberschicht und hat infolgedessen auf der ihr durch die Art und das Niveau der besten baltischen Publizistik angewiesenen geistigen Stufe die verschiedensten Interessengebiete des Lebens zu berücksichtigen. Ist auch ihr Grundcharakter historisch-politisch, so darf sie sich doch auch andern Fragen nicht verschließen. Die Wünsche der Leser heben einander zum Teil auf. Unabhängig davon aber hat die Schriftleitung dafür Sorge zu tragen, daß der geistige Horizont der Zeitschrift sich nicht verengert. Die Auswahl wird naturgemäß subjektiv sein. Der gegenwärtige Schriftleiter hat bereits mehrfach zu erkennen gegeben, daß er religiös-kirchliche Fragen um ihrer entscheidenden Bedeutung willen in den Vordergrund unseres Bewußtseins zu rücken bestrebt ist.

Will die Zeitschrift nicht nur unterrichtend, widerspiegelnd und anregend wirken, sondern auch willensbildend, so entspricht das der Tradition ihrer Blütezeiten. Sie hat deren zwei erlebt: in den 60-er Jahren, als sie von Georg Berkholz geleitet wurde und ein liberales Organ sein wollte, und in den 80-er Jahren unter Friedrich Bienemann d. Ä., als sie die konservativ Gesinnten um sich scharte. Geistiges und Politisches kann dabei kaum getrennt werden. Bei aller Rücksicht auf die Wünsche der Lesergruppen

wird die Schriftleitung eine eigene Linie festhalten müssen. In zahlreichen Beiträgen namentlich der „Umschau" ist diese Linie herausgearbeitet worden.

Die Verschiedenheit der baltischen Gruppen macht die Arbeit an der Baltischen Monatsschrift interessant und lebendig; hier liegen aber auch Schwierigkeiten, die verstanden werden müssen. Möge es der Baltischen Monatsschrift gelingen zu sein, was sie sein soll: ein festes Band um die auseinanderstrebenden Teile des baltischen Deutschtums, ein Ausdruck deutsch-baltischen Lebenswillens.

R. W.

Deutsches Schauspiel zu Riga

Anfang der Spielzeit 1931/1932

Die eröffnende Verbeugung vor dem Klassiker blieb aus.

Stattdessen hatte man einen Kolbenheyer gewählt, und zwar seine „Heroischen Leidenschaften". Es ist nicht zu leugnen, daß Kolbenheyer auch hier viel Sympathie geweckt hat. Er ist einer der wenigen Neuen, die zu uns nicht über Berlin kommen. Berlin liebt Kolbenheyer nicht. Und Kolbenheyer Berlin auch nicht. Das hat seine Gründe, und von denen kommt wohl einiges auch Kolbenheyer zu Gute. Es ist etwas Schweres, etwas Unbiegsames, keine Konzessionen Kennendes, was Kolbenheyer anhaftet, und das kann Berlin nicht gut vertragen; mit ideellem Gehalt so stark im Vordergrunde kann man dort kein Theater machen; kurzum, es ist zu wenig „Theater" bei ihm. Und wenn es „Theater" wird, ist es kein gutes.

Wenn alles dieses sich bei der im Frühling erfolgten Aufführung von „Jagt ihn, ein Mensch" bemerkbar machte, so trat es bei den „Heroischen Leidenschaften" noch mehr in den Vordergrund. Dort hatte er seinem Werk ein Gegenwartsproblem zu Grunde gelegt, hier stand ein konkret nicht mehr aktuelles, im erweiterten Sinne aber allgemein menschliches Problem im Vordergrund: der Kampf des Giordano Bruno gegen die Allgewalt der katholischen Kirche, beziehungsweise der Kampf des freien Menschengeistes gegen kollektivistische Unterdrückung. Es wird vieles gesagt, worüber sich wohl nachzudenken lohnt, und darin liegt ein hoher positiver Wert.

Aber gegen Kolbenheyers Handhabung des Theaters kann und muß viel eingewendet werden: er ist nun einmal kein Bühnenschriftsteller, ist jedenfalls keiner derjenigen, von denen eine so notwendige Belebung der deutschen Theaterliteratur erwartet werden kann. Unnütze Längen werden oft unerträglich (Streichungen gestattet der Dichter nicht) und verschleiern den dem Dialog zu Grunde liegenden Gedanken, zerreißen die Handlung. Personen werden durch das Überhandnehmen des Gedanklichen zu Schablonen (bei dem Bösewicht Mocenigo vermißt man beinahe ein „Ha, Schurke"), und gegen plötzlich dramatische Entwicklungen könnten mitunter künstlerische Einwände schlimmster Art erhoben werden. Wenn am Schluß Sokrates und Christus (ihn spielte Lundt!) als Visionen erscheinen, mag das vielleicht gedanklich gerechtfertigt sein, künstlerisch kann man darüber, in der Art, in der es hier geschah, böse Sachen sagen.

Es lag etwas so unendlich Schwerfälliges und so viel Unebenes über dem ganzen Werk, daß man zu keinem künstlerischen Genuß kam. Und es waren durchaus literarisch nicht ungebildete Menschen, welche nachher sagten, daß sie — nun daß sie sich einfach bodenlos gelangweilt hätten. — Und das ist für das Werk, jedenfalls als Theaterstück, doch etwas recht Schlimmes.

Das Ganze ist streng klassisch

aufgezogen — in Aufbau, Personengestaltung und Dialog: ohne jeden Modernisierungsversuch; man hört Schillersches Pathos über die Bretter spazieren. Es ist gewiß eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, solch ein Stück zu schreiben, und man muß zweifeln, ob das heute möglich ist und ob es überhaupt einen Sinn hat, so etwas zu unternehmen. Kolbenheyer jedenfalls hat es nicht bewiesen.

Es war also eine unmögliche Aufgabe für unser Schauspiel, dieses Stück theaterfähig zu machen, trotz wahrzunehmender wirklich ernster Arbeit. Es ging im allgemeinen streng klassisch her (hätte man doch lieber einen „echten" Klassiker genommen!), bei der so prägnanten, unbiegsamen Zeichnung der Gestalten war für individuelle Betätigung der einzelnen Darsteller herzlich wenig Raum, so daß man von den neuengagierten Kräften, außer der Wirkung rein technischer Fähigkeiten, keinen rechten Eindruck gewinnen konnte. Auch der Regie waren nicht viele Möglichkeiten gegeben; das Stück spielte sich von selbst. Und, wie gesagt, nicht gut.

*

Gewissermaßen als Ersatz für den abhanden gekommenen Eröffnungsklassiker gab man dann Freytags „Journalisten", mit viel harmlos-ungezwungener Lustigkeit. Auch dieses Stück „ließ man laufen" — es lief sich gut. Man könnte vielleicht hier und da kleine belebende Regiegedanken vermissen, es ist aber verständlich, dieses Stück so geben zu wollen, wie es damals gemeint und gedacht war; und wenn es mit der selbstverständlichen Fröhlichkeit geschieht, wie hier, so nimmt man den feinen, dünnen Staub, der oft darüber lagert, gern in den Kauf.

*

Und dann kam Zuckmayers „Hauptmann von Köpenick". So ziemlich in allem — das gerade Gegenteil von Kolbenheyer. Großer sittlicher Ernst stand bis jetzt bei Zuckmayer nicht gerade im Vordergrunde, dagegen eine vorzügliche Beherrschung des Theaters. Zuckmayer liebt Berlin, und Berlin liebt Zuckmayer. Von da nahm auch sein „Hauptmann von Köpenick" seinen Siegeszug über unzählige deutsche und anderssprachliche Bühnen.

Er ist plötzlich wieder erstanden, der gute Schuster Voigt. Wilhelm Schäfer hat ihn in seinem sauberen, feinen, manchmal ein wenig tantenhaften, aber mit sprachlichen und psychologischen Feinheiten durchsetzten Roman dargestellt, und nun bemächtigt sich seiner Zuckmayer für das Theater. Zuckmayer faßt die Sache ganz anders an: er kümmert sich nicht viel um historische Einzelheiten, wenn sie ihm nicht in den Kram passen, er will nicht Geschichte liefern, sondern ein „deutsches Märchen", wie er es nennt. Ein Märchen von einem armen Schuster, der, überall verfolgt und verachtet, plötzlich (Gerechtigkeit?) durch Findigkeit und Zufall, durch einen ganz unglaublich raffinierten Streich zu Ansehn gelangt. Und im Vordergrunde die Frage „wie war das möglich?" Die Antwort darauf gibt die Geschichte von der Uniform, die so viel erlebt und die so viel Achtung beansprucht und erweckt hat. Es ist vollständig mißverstanden, hierin die üblichen, langweilig gewordenen ressentimentbelasteten Angriffe gegen vermeintliche oder wirklich vorhandene Mißstände beim deutschen Vorkriegsmilitär zu suchen. Im Gegenteil, keiner der hier vorkommenden Militärs ist unsympathisch geschildert, es sind nette, liebe Leute, wie sie es oft wirklich waren; es geht nicht gegen das Militär, sondern gegen das völlige Beherrschtsein des deutschen Vorkriegsmenschen von der Unfehlbarkeit einer Uniform, in welcher selbst ein Schuster als Hauptmann unbeschränkt wirken konnte. Es geht gegen den Spießer,

der vor Achtung vor dem Aushängeschild jegliche Besinnung verliert. Und daneben die (bei Schäfer allein im Vordergrunde stehende) Geschichte von dem Schuster Voigt, welcher Verbrecher werden und bleiben muß, weil Ordnung und Paß herrschen und keine Menschen. Auch dieses ein Märchen, nicht nur ein deutsches, und dabei ein recht wirkliches. Und hier taucht bei Zuckmayer, neben seiner meisterhaften Beherrschung des Bühnenmäßigen, neben seiner wirklich starken Gestaltungskraft ein Gedankeninhalt auf, den man bis jetzt bei ihm nicht vermutet hätte und der sich in der Unterhaltung zwischen dem zerriebenen, nach Menschlichkeit schreienden Voigt und seinem der Weltordnung so ergebenen Schwager äußert. Es ist dieses zweifellos der Höhepunkt des Ganzen, und ich glaube, um dieserwillen haben Zuckmayer viele von denen einiges verziehen, die ihn nicht liebten. Es sind schlichte, sehr schlichte Worte, hinter denen so manches steckt.

Es ist hier im allgemeinen nicht der Raum, Einzelleistungen zu besprechen. Aber hier kann ich nicht umhin, Stephans Schuster Voigt zu erwähnen. Er war so, wie man ihn sich anders schwer hätte wünschen können. In Gestalt, Stimme, Bewegung, Sprache lag etwas absolut Überzeugendes. Vielleicht wäre etwas mehr Zurückhaltung beim „Hauptmann" angebracht gewesen; aber das konnte den Gesamteindruck nicht beeinflussen. Auch als Regisseur hatte Stephan viel Gutes geleistet und die aus der Primitivität der Bühne entstandenen Schwierigkeiten, insbesondere bei dem unzähligen Szenenwechsel, erfolgreich überwunden. Das große Personenaufgebot, welches das Stück infolge der vielen Episoden erfordert, fiel natürlich für unser Schauspiel noch mehr erschwerend ins Gewicht, und einzelne Szenen mußten unter mangelhafter Besetzung der Chargen erheblich leiden, auch geriet einiges zu burlesk. Aber darüber kam man hinweg.

*

Eingehende Besprechungen der leichteren Angelegenheiten, so von Courieds „Das große Objekt" und Cowards recht netten „Intimitäten", werden sich wohl erübrigen lassen. Auch über das Singspiel „Jim und Jill" (nicht so nett, wie früher aufgeführte ähnliche Erzeugnisse) und über die wiedererstandene „Komteß Guckerl" wird kaum Wesentliches zu sagen sein.

*

Ernster zu nehmen war das in Deutschland vor nicht langer Zeit herausgebrachte Schauspiel „Voruntersuchung", als dessen Autor neben Ernst Hesse der bekannte Berliner Rechtsanwalt Max Alsberg zeichnet. Es geht stark nicht nur ins Kriminelle, sondern auch ins Kriminalistische. Im Vordergrunde steht zweifellos die Spannung um Lösung der Tatsachenfrage, also der Frage: „wer ist nun eigentlich der Mörder?" Und da hineingeflochten wird nun eine ganze Menge Problematisches, nicht immer ganz organisch und ganz glücklich; so könnte die Unterhaltung zwischen dem Landgerichtsrat Bienert und seinem Sohn mit dem Untergrund „Väter und Söhne" ruhig wegfallen, sie gehört nicht hierher und gibt vorzugsweise Gemeinplätze. Gehalt ist gut, aber „Gehalt um jeden Preis" ist nicht gut. Hauptsächlich aber handelt es sich hier um kriminelle Fragen, um eine Lösung des Problems einer gerechten und menschlichen Entwirrung eines Kriminalfalles. Hier wird stark aufgetragen, es ist aber nicht immer recht ersichtlich, inwieweit das System schuld ist und nicht seine Handhabung, inwieweit gerade der zurzeit in Deutschland herrschende gesetzliche Zustand während der Voruntersuchung (der dem Angeschuldigten immerhin weitaus mehr Freiheit gibt, als bei-

spielsweise in Lettland; man denke nur an die dort mögliche Zulassung der Verteidigung im Untersuchungsstadium) daran schuld ist, daß es zu solchen seelischen Quälereien des Verdächtigten kommen kann, wie es hier geschildert wird. Voreingenommene und eitle Richter wird es wohl immer geben, und eine noch weitergehende Hemmung der Diskretionsgewalt des Untersuchungsrichters dürfte wohl die Aufdeckung von Kriminalfällen stark erschweren. Letzten Endes gibt auch das Stück keinen Ausweg; es will ein System geißeln und trifft Menschen.

Die Aufführung (Regie Stephan) brachte die dem Stück innewohnende Spannung im allgemeinen gut zum Ausdruck. Unter einigen anzuerkennenden Einzelleistungen tat sich hier Georg Lassy als philosophischer Buchhalter hervor.

*

Es sind einige ernste Aufgaben, die das Theater erfüllt hat und wofür man ihm dankbar zu sein hat. Gerade jetzt, wo sich so unendliche Schwierigkeiten wirtschaftlicher Art bieten. Aber es ist nicht nur die „Wirtschaftskrise", welche das Theater hemmt, es ist eine Vertrauenskrise, welche jetzt stärker denn je sich beim deutschen Theaterpublikum unserm Schauspiel gegenüber fühlbar macht. — Es kann wohl nicht verschwiegen werden, daß hier und da von der Direktion des Schauspiels Fehler gemacht wurden, welche durchaus ungünstig auf das Vertrauen des Publikums zu unserem Schauspiel wirken mußten. So ist man im allgemeinen mit den vielen neuengagierten Kräften recht wenig zufrieden, — und es muß zugegeben werden, daß hier unter anderm Mißgriffe stattgefunden haben, welche auf das Niveau des Schauspiels nicht gerade fördernd wirkten. Das muß klar gesagt werden, denn das Schauspiel versichert ja selbst immer wieder, daß es von uns mehr Aktivität, ernste und sachliche Beurteilung will. Es kann aber durchaus viel erreicht werden, wenn das Publikum mehr „mitmacht", denn es darf nicht vergessen werden, daß das Publikum nicht indifferenter Zuschauer ist, sondern genau eben solch ein Bestandteil des Theaters wie der Schauspieler. „Im Anfang war das Publikum" sagt Julius Bab. Es kann erheblich auf das Niveau des Schauspielers einwirken, insbesondere da, wo nicht Routine herrscht, sondern wo junge Kräfte sich entfalten wollen. Und so wird denn das Verhalten des Publikums entscheidend sein für unser Schauspiel, für sein Bestehen und sein Niveau. Nur wenn das Publikum dabei ist, können wir diesen unsern Kulturfaktor halten und entwickeln. Dann bestimmt. Trotz aller Krisen.

W. Mueller

Bücher und Kalender

Jahrbuch des baltischen Deutschtums 1932. Notausgabe. Verlag der Buchhandlung G. Löffler Riga. Preis Ls 1.20.

Unsere Volksgemeinschaftsarbeit steht im Zeichen der Not. So ist denn auch der neue Jahrgang des Baltischen Jahrbuchs als Notausgabe in wesentlich verringertem Umfang und stark verbilligt erschienen. Fortsetzung des erstmalig 1923 vom Deutschen Elternverbande in Lettland herausgegebenen Kalenders, steht nun gerade der 10. Jahrgang dieses alljährlichen Berichtsbuches im Zeichen der Not. Der estländische Teil ist auf einen einzigen zusammenfassenden Bericht zusammengeschrumpft, und die Berichte aus Lettland sind viel kürzer und knapper als

bisher – übrigens nicht durchweg zu ihrem Schaden. An der Spitze steht auch in diesem Jahr ein Überblick über die Arbeit der Deutschen Volksgemeinschaft, der jedem etwas zu sagen hat, der für unsere Gemeinschaftsaufgaben Sinn hat. Einen angemessenen Raum nimmt die von zwei Seiten gegebene Darstellung der rigaschen Domangelegenheit ein. Unseren Dom stellt auch das Titelbild dar.

Trotz der gebotenen Einschränkungen fehlt die Abteilung „Aus baltischem Geistesleben" nicht. Sie enthält zwei Aufsätze: einen anläßlich des 100. Todestages Goethes geschriebenen „Goethe und die Balten" von Dozent Dr. O. von Petersen – Riga und einen zum Jubiläum der Universität Dorpat (1632—1932) verfaßten von Stadtarchivar O. Greiffenhagen — Reval. Die Verzeichnisse der deutschen Organisationen in Lettland und Estland machen wie alljährlich den Beschluß. Kalendarium und Post- und Telegraphentarife bahnen den Weg zum praktischen Gebrauch.

Es ist ein ernstes Buch, das uns vorliegt, kein Unterhaltungskalender. Es kann aber Anspruch darauf erheben, in keinem baltischen Hause zu fehlen. Ist es doch der einzige große Rechenschaftsbericht, den unsere Deutschtumsarbeit vorlegt, und ein würdiges Zeugnis dessen, daß der deutschbaltische Kulturwille nicht erlahmen wird, mag kommen, was will.

Baltischer Kalender für das Jahr 1932

Ein vor Jahren gefaßter Plan ist zur Ausführung gelangt: der baltische Abreißkalender ist geschaffen! Herausgegeben vom Dorpater Deutschen Jugendring und vom Verbande Deutscher Jugend in Lettland, gedruckt bei Mattiesen in Dorpat, vorzüglich ausgestattet, in allen baltischen Buchhandlungen erhältlich (Ls 2.60, EKr. 2.—, RMk. 2.20), sucht er Eingang in die baltischen Häuser mit der ganzen Fülle seiner wunderschönen Heimatbilder und den verständnisvoll ausgewählten Sinnsprüchen und Gedichten. Das Schönste am Kalender sind ohne Frage die Bilder — photographische Aufnahmen von erlesener Kunst, fast alle charakteristisch für Landschaft und Bauformen unserer Heimat; nur bei einzelnen an sich reizvollen Frühlingsbildern ist man versucht zu sagen: das braucht nicht unbedingt bei uns, kann auch anderswo sein. Unter den vielen vorzüglichen Aufnahmen seien als besonders eindrucksvoll hervorgehoben: Talsen, Winterwald in Kurbis, Winter in Livland, Februarschnee, alte Giebel in Reval, St. Olaikirche in Reval, Dorpat. — Mit der Auswahl der Gedichte und Aussprüche kann man im allgemeinen einverstanden sein. Vieles ist überraschend feinsinnig zusammengestellt. Einzelne schwächere Verse hätte man freilich gerne gemißt. Verschiedener Meinung sein kann man auch bezüglich dessen, ob es kompositorisch richtig war, neben der fast völligen Ausschließlichkeit, mit der baltische und zum Baltikum in Beziehung stehende Dichter und Denker zu Wort kommen, ganz vereinzelt auch nichtbaltische heranzuziehen. Nicht als ob an sich dagegen etwas einzuwenden wäre oder als ob die Auswahl dieser Stücke unglücklich wäre — es ist nur die Frage, ob nicht das Mengenverhältnis dann hätte ein etwas anderes sein müssen: so wirken die wenigen Aussprüche von Nichtbalten in diesem sonst so ausschließlich baltischen Kalender etwas unvermittelt — gewissermaßen als Lückenbüßer. Doch fällt das gewiß nicht ins Gewicht angesichts der Fülle an Schönem, Gutem und Feinem, das der Kalender bietet. Möge er viel gekauft werden und möge er eine bleibende Einrichtung werden! R. W.

Wilhelm Süß: Karl Morgenstern (1770–1852). Ein kulturhistorischer Versuch. Kommissionsverlag J. G. Krüger. Dorpat 1928.

Die bevorstehende 300-Jahrfeier der Dorpater Universität wird sicherlich Anlaß zu zahlreichen Rückblicken auf die wechselvollen Geschicke der alten Alma Mater geben. Noch fehlt die zusammenhängende Darstellung ihrer Geschichte, wohl aber besitzen wir eine Reihe von Teiluntersuchungen, die geeignet sind, als wertvolle Bausteine für eine Gesamtdarstellung zu dienen. In die Zahl dieser Teiluntersuchungen reiht sich nun, und zwar als eine der wichtigsten, die Süßsche Arbeit über Prof. Morgenstern ein, die, weit davon entfernt, sich nur auf das rein Persönliche zu beschränken, uns ein lebendiges Bild von den ersten Jahrzehnten der Universität Dorpat in russischer Zeit vermittelt.

Der Verfasser hat in weitgehendem Maße den in der Universitätsbibliothek aufbewahrten handschriftlichen Nachlaß Morgensterns herangezogen und uns dadurch eine deutlichere Schilderung der von ihm behandelten Zeit geben können, als es in früheren Darstellungen, so z. B. bei Julius Eckardt, der Fall war. Nicht nur die Persönlichkeit Morgensterns wird in ihrer Eigenart scharf beleuchtet, auch über seine hervorragendsten Mitarbeiter, die Professoren Parrot, Krause, Ewers, den Kurator Klinger u. v. a. erfahren wir Neues und Wissenswertes. Im Zentrum der Darstellung steht natürlich Morgenstern selbst, in dessen ungewöhnlicher, durch einen rastlosen Tatendrang charakterisierter Persönlichkeit sich die geistigen Strömungen seiner Entwicklungszeit mit besonderer Deutlichkeit widerspiegeln. In einer seltenen Einseitigkeit vertritt Morgenstern die Ideale seines Zeitalters: Humanität und Aufklärung; dem nach den Freiheitskriegen aufkeimenden Nationalgefühl, das zu Ende der 20-er Jahre auch nach Dorpat hinübergreift, steht er ebenso verständnislos gegenüber, wie dem Wiedererstarken der Religiosität. So sieht er sich in den letzten Jahrzehnten seines Lebens in eine ihm geistig völlig fremd gewordene Welt hineingestellt, in der er sich nicht mehr zurechtfinden kann.

Der Schilderung der Dorpater Zeit Morgensterns geht eine Darstellung seiner Jugendjahre in Magdeburg, der Studienzeit in Halle, wo er durch Fr. A. Wolf entscheidend beeinflußt wurde, und der ersten Lehrtätigkeit in Danzig voraus. Diese Abschnitte bilden einen interessanten Beitrag zur Geschichte der philologischen Wissenschaft, zu deren ersten Vertretern Morgenstern gerechnet werden kann.

Zahlreiche Quellenhinweise und interessantes neues Material, das in den Beilagen zu den einzelnen Abschnitten zusammengefaßt ist, erhöhen den Wert des Buches, das bei aller Wissenschaftlichkeit lebendig geschrieben ist und einen überaus wertvollen Beitrag zur Geistesgeschichte unserer Heimat darstellt. H. W.

Bücher für die Jugend. Das Jugendbuch will Führer zum Leben sein. Es muß dem wahrheitsuchenden, unbestechlichen Auge des Kindes eine Wirklichkeit bieten, die sachlich, nicht tendenziös gefärbt ist. Andererseits aber darf es, will es der tiefsten Neigung des Kindes entgegenkommen, doch die Gedanken spielerisch ins Reich der Phantasie schweifen lassen. Nur muß der Traum, das Spiel als solches gekennzeichnet sein, muß „gespielte Wirklichkeit" darstellen. Dann erregt sie das Entzücken des Kindes. Nur der Dichter erschaut sie, und die Zahl derer, die es können, ist gering. Umso erfreulicher ist, daß ein Dichter von dem Phantasiereichtum Werner Bergengruens den Weg ins erträumte, gespielte Kinderland betritt. In Thienemanns Verlag — Stuttgart sind zwei

reizend ausgestattete 85-Pfennig-Bändchen aus seiner Feder erschienen: „Zwieselchen im Zoo" und „Zwieselchen im Warenhaus". Aus der Wirklichkeit des Alltags erwachsen dem Kinde seine phantastischen Träume. Der Löwe im Zoo erzählt die Geschichte seiner Abenteuer, die Spielsachen des Warenhauses werden im Traum lebendig. Das ist mit soviel Humor, mit soviel Verständnis der Kinderart geschildert, daß auch der Erwachsene es mit Vergnügen hört. Die Zwerge reden „zwergisch", die Strauße „sträußisch", die Löwen heißen Leo, Leonidas und Leoncavallo, die Löwendamen Leontine, Leokadie und Leonore. Das Spiel mit dem Wort tritt zu dem der Phantasie. Prächtige Farbbilder von Karl Mahr verlebendigen heiter das Reich zwischen Traum und Wirklichkeit, das in den Büchern aufs glücklichste erschlossen wird.

Gleichzeitig gibt Thienemann ein Jugendbuch von Alfred Hein heraus: „Annke", Kriegsschicksale eines ostpreußischen Mädchens 1915–18. Das Buch schildert die Verschleppung einer ostreußischen Lehrerfamilie, ihren Zug durch Rußland und ihren Aufenthalt an der Wolga. Es ist kein eigentliches Mädchenbuch; was Annke erlebt, wird von ihrer ganzen Familie geteilt, – es ist Volksschicksal. Besonders farbig und eindrucksvoll sind die Bilder russischen Lebens, der Osterfeier, der majestätischen Wolgalandschaft. Das Buch gibt eine Wirklichkeit, durch die der Horizont des Kindes geweitet und sein Blick auf die geschichtlichen Ereignisse der neuen Zeit gelenkt werden soll. Es dürfte Knaben ebenso fesseln wie Mädchen, hat Ton und Charakter des Volksbuches und eignet sich für Volks- und Schulbibliotheken.

Uns Balten gehen beide Bücher an. Das erste, weil es von einem baltischen Verfasser stammt; das zweite, weil es Schicksale enthüllt, die den unseren in vielem gleichen. Else Frobenius

Den Freunden des Verlags F. A. Brockhaus. Elfte Folge 1931/32. F. A. Brockhaus/Leipzig C. 1, Querstr. 16.

„Es hat oft hoffnungslos ausgesehen, aber durch Geduld ist es uns dennoch gelungen, unsere Stellung zu behaupten und auszubauen." Mit diesem Ausspruch Sven Hedins leitet der berühmte alte Verlag Brockhaus seinen diesjährigen Almanach ein, der, wie immer vorzüglich ausgestattet, einen interessanten Einblick in die umfangreiche Verlagstätigkeit des alten Hauses gewährt. An der Spitze steht das Geleitwort Gerhart Hauptmanns zu Kurt Hielschers „Deutschland"; das entsprechende Geleitwort Sigrid Undsets zum Hielscher-Werk über „Dänemark, Schweden, Norwegen" findet sich gegen Schluß des Hefts, das im übrigen hauptsächlich verschiedene reizvolle Auszüge aus Reisewerken bringt. Ferner werden in einem kleinen Aufsatz Tagebuchblätter von Heinrich Brockhaus über die Leipziger Goethefeier von 1849 mitgeteilt. Den Schluß macht ein Bericht „Der Verlag im Jahre 1931", der eingangs eine Darlegung der herausgeberischen Prinzipien des Großen Brockhaus enthält, und anhangsweise ein Bücherverzeichnis des Verlags 1931/32.

Eingegangene Bücher

(Bei unverlangt eingegangenen Büchern kann eine Gewähr für Besprechung nicht übernommen werden.)

Erich Balla, Landsknechte wurden wir . . . Abenteuer aus dem Baltikum. Verlag Tradition Wilhelm Kolk, Berlin SW. 68.

Kurt Oskar Bark, Deutsche Wacht an der Weichsel, Erlebnisse. Verlag Grethlein und Co., Leipzig.

Werner Bergengruen, Der goldene Griffel. Roman. München bei Georg Müller.

Rudolf Borchardt, Deutsche Literatur im Kampfe um ihr Recht. Verlag Georg Müller in München, 1931.

Der Baltische Landeswehrverein. Ein Bericht über seine Tätigkeit. Herausgegeben aus Beschluß der Generalversammlung im Mai 1931.

Kurt Faber †, Weltwanderers letzte Fahrten und Abenteuer. Mit einem Anhang herausgegeben von Dr. Walter Faber. Robert Lutz Nachfolger Otto Schramm Stuttgart.

Hans Fallada, Bauern, Bonzen und Bomben. Roman. Ernst Rohwalt Verlag, Berlin 1931.

Friedrich Ferle, Bibliographischer Wegweiser. Riga 1930. Verlag von E. Bruhns.

Hinrich Knittermeyer, Staat und Mensch. Bremen 1931. G. Winters Buchhandlung Fr. Quelle Nachf.

Dr. Lenore Kühn, Die Autotomie der Werte. Bd. I. Union Deutsche Verlags-Gesellschaft Zweigniederlassung Berlin. Berlin SW. 19. (1926.) Bd. II Frankfurter Verlags-Anstalt A.-G. Berlin 1931.

Friedrich Kürbs, Die osteuropäischen Staaten Polen, Litauen, Estland, Lettland als Staats- und Wirtschaftskörper. Verlag Ferdinand Enke in Stuttgart.

Franz Maske, Schicksale rasen. Robert Lutz Nachfolger Otto Schramm Stuttgart.

K. Philips Morgan, Nicht warten — wirken. Amerikas Glaube an Deutschland. München bei Georg Müller.

E. Paquin, Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung! Selbstverlag des Verf., Hösel, Bez. Düsseldorf, Preußenstr. 1.

C. Schaeffer, Dr. H. Brode, Völkerrecht. Leipzig 1932. Verlag von C. L. Hirschfeld.

C. Schaeffer, Dr. H. Brode, Dr. A. Ritsch, Allgemeine Volkswirtschaftslehre. Leipzig 1931. Verlag von C. L. Hirschfeld.

R. Schatton, Die Finanzpolitik der polnischen Minderheit in Deutschland Verlag von Georg Stilke, Berlin 1931.

Nathan Söderblom, Tiele-Söderbloms Kompendium der Religionsgeschichte. Theophil Billers Verlag, Joh. Fritz Grabow, Berlin 1931.

Dr. Moritz Swietoslawski, Der Organismus der territorialen Selbstverwaltung in der Republik Polen. Universitätsverlag von Robert Noske in Leipzig 1931.

Heinrich von Staden, Aufzeichnungen über den Moskauer Staat. Herausgegeben von Fritz Epstein. Hamburg 1930. Friedrichsen, de Gruyter und Co. m. b. H.

Dr. Edgar Tatarin-Tarnheyden, Volksstaat oder Parteienstaat? Carl Hinstorffs Verlag, Rostock.

Dr. Karl C. Thalheim, Das Grenzlanddeutschtum. Walter de Gruyter und Co. Berlin 1931, Leipzig.

* * * Der Sowjethölle entronnen. Eigene Erlebnisse eines jungen Christen im heutigen Rußland. Verlag von J. G. Oncken Nachfolger, G. m. b. H. Kassel 1931.

Latvijas Piensaimniecības Centrālās Savienības desmit gadi. Rīgā 1931 Latvijas Piensaimniecības Centrālās Savienības izdevums.

V. Peņģerots, Rīgas Pilsētas mākslas muzejs. Rīgā, 1931. Akc. sab. Valters un Rapa izdevums.

Andr. Teikmanis, Mežu dienas Latvijā. Rīgā 1931. Latvijas mežkopju savienības izdevums. Krājumā pie Akc. Sab. Valters un Rapa.

Valsts Zemes Bankas Gada Pārskats par 1930. gadu.

Litauens Wirtschaft und Markt. Herausgegeben vom statistischen Zentralbüro, Kaunas, Maironio Gatve Nr. 17.

Von der Schriftleitung

Wir freuen uns, diesem Heft als Gratisbeilage die erste Ausgabe der neugestalteten Sitzungsberichte der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga mitgeben zu können, womit wir auf die Zustimmung aller Freunde der livländischen Geschichte rechnen.

Ferner lenken wir die Aufmerksamkeit unserer Leser auf eine Sondernummer der baltischen Jugendzeitschrift „Unser Werk", die der Herausgeber der Zeitschrift, der Verband deutscher Jugend in Lettland, mit Hilfe der Buchhandlungen und sonstigen Vertriebsstellen an die Abonnenten der Baltischen Monatsschrift gelangen läßt. Das Heft enthält die auf dem Delegiertentag und in der Freizeit des Verbandes deutscher Jugend in Lettland im September 1931 gehaltenen Reden und Vorträge von Oberpastor Lic. V. Grüner, Dr. H. v. Rimscha, Pastor Dr. H. Girgensohn, Oberförster Fr. Kuegler, Dir. Mag. W. Wulffius, Prof. Lic. Dr. C. Schneider.

Die nächsten Hefte der Baltischen Monatsschrift sollen regelmäßig um die Mitte des Monats erscheinen.

Mitarbeiter dieses Hefts:

H. v. Schulmann, Reval / Dr. A. Boettcher, Riga / Prof. Lic. Dr. C. Schneider, Riga / Mag. G. v. Rauch, Dorpat / M. v. Grewingk, Riga / P. Bockrodt, Riga / Dr. jur. L. v. Middendorff, Dorpat / G. Schröder, Berlin / Dr. E. Seraphim, Königsberg i/Pr. / W. Mueller, Riga / Frau E. Frobenius, Berlin.

Verantwortlicher Schriftleiter: Dr. Reinhard Wittram

Der Lettländische Landtag hat in seiner Sitzung vom 22. Juli 1931 das unter Führung des Abgeordneten M. Skujeniek eingebrachte Enteignungsgesetz mit 41 Stimmen gegen 41 Stimmen in geheimer Abstimmung abgelehnt. Von ausschlaggebender Bedeutung war das Verhalten des Bauernbundes, dessen Vertreter vor der Abstimmung die Erklärung abgab, seine Fraktion würde gegen die Enteignung zu gunsten des Staaten stimmen. Auch ein zweites, von der christlich-wirtschaftlichen Vereinigung eingebrachte Gesetz, das die Enteignung der Domkirche und der zu dieser gehörenden Gebäude zugunsten der Lettländischen Gesamtkirche vorsah, wurde auf derselben Landtagssitzung abgelehnt.

Der Kampf um den Dom ist damit keineswegs zu Ende. Nun wird die auf den 5. und 6. September dieses Jahres angesetzte Volksabstimmung über die Frage der Domenteignung zu entscheiden haben. Für die Enteignung des Domes auf dem Wege der Volksabstimmung ist es erforderlich, daß sich an ihr etwa 600.000 wahlberechtigte Staatsbürger beteiligen. Darum ist es selbstverständlich, daß keiner, dem das Schicksal unserer Kirche nicht gleichgültig ist, sich an der bevorstehenden Volksabstimmung beteiligen darf.

Der Kampf um den Dom zu Riga

In dem von der rigaschen lettischen Garnisonsgemeinde entfachten Streit um den Dom zu Riga ist überaus viel Tendenziöses und Unwahres behauptet worden. In nachfolgenden Aufsätzen, die vom Kirchenrat der Domgemeinde gesammelt worden sind, soll eine objektive Darstellung der Rechtslage des Rigaer Domes, der gegen die Rechte der Domgemeinde gerichteten Angriffe und der vom baltischen Deutschtum geführten Verteidigung gegeben werden. Es geht um die Feststellung der Wahrheit.

Wiederholtes Berühren einzelner Vorgänge ließ sich nicht vermeiden, wollte man die Form der einzelnen Beiträge nicht empfindlich stören.

Riga, Juni 1931.

Geschichtliches über die Domkirche zu Riga

Von Bernhard Hollander

Gleich bei seinem ersten Aufenthalt in Livland hatte Bischof Albert, der große deutsche Staatsmann und Organisator, die Gründung einer Stadt in Aussicht genommen. Er bedurfte eines befestigten Ortes als Stützpunkts für alle ferneren Unternehmungen im Lande, als Marktplatz für die Kaufleute, die ihm auch in der Missionsarbeit beistehen sollten, und vor allem als bischöfliche Residenz nach kanonischem Recht. Gleich nach der Gründung Rigas (1201) wurde wohl auch zum Bau einer Kathedralkirche, die in der Gegend der heutigen Johanniskirche lag, geschritten und der Sitz des Domkapitels von Üxküll nach Riga verlegt. Doch schon nach einem Jahrzehnt genügte der erste Bau den Ansprüchen nicht mehr. Es entstand der Plan, eine stattlichere Kirche und einen besseren Wohnsitz für den Bischof auf einem größeren Raum außerhalb der bereits befestigten Stadt zu erbauen. Dieses Projekt stand wohl im Zusammenhang mit anderen Gedanken des Bischofs. Er wollte sich freimachen von der Diözesangewalt des Erzbischofs von Bremen und strebte nach der Erhebung seines Bistums zum Erzbistum. Gerade in jenen Tagen (1209) verlieh er auch dem Domkapitel, das bisher die schwarze Tracht der Augustiner getragen hatte, die weiße der Praemonstratenser und die Regel dieses Ordens. Die Praemonstratenser hatten gerade in der Christianisierung des Nordostens eine großartige Tätigkeit entfaltet. Albert konnte bei seinen weitgehenden Plänen und auch beim bevorstehenden großen Kirchenbau auf die Unterstützung dieses einflußreichen Ordens rechnen. So hatte er alles wohl vorbereitet[1]). Nachdem er den Bauplatz von den dort ansässigen Liven und Deutschen durch Kauf und Tausch erworben hatte, zog er am 25. Juli 1211, am Tage des heiligen Jakobus, in feierlicher Prozession vor die Stadt

[1]) C. Mettig, Urkundliche Beiträge zur Geschichte des Rigaschen Domes. Balt. Monatsschrift 33. Bd. Riga 1886 S. 574.

und weihte den Ort, an dem sich der künftige Dom erheben sollte[1]). Vermutlich sind damals bereits die Vorbereitungen für den Kirchenbau getroffen worden. Bald erwies sich eine Beschleunigung der Arbeiten als notwendig, da die erste Domkirche bei einem großen Brande im Jahre 1215 in Flammen aufging. Der Chronist Heinrich (XIII, 3) berichtet, daß erst nach diesem Ereignis der Bau der neuen Kirche und des Bischofshofes begonnen worden sei.

Woher erhielt Bischof Albert die Mittel zum Kirchenbau und überhaupt zu seinen großzügigen Unternehmungen? Auf diese Frage können wir nach unsern livländischen Historikern eine kurze zusammenfassende Antwort geben. Das Land selbst trug wohl nur durch den Zehnten oder Zins etwas zum Unterhalt der Kirchen und Priester bei. Die Mittel kamen hauptsächlich aus Deutschland, wo Albert den Besitz seines Geschlechts ausnutzte und wo ihm auch zahlreiche Spenden zuteil wurden. Die größten Lasten aber haben die deutschen Kreuzfahrer, die in ihrer Kreuzzugsbegeisterung zu den höchsten Opfern bereit waren, und die deutschen Kaufleute getragen. Der Klerus, der ritterliche Adel und das städtische Bürgertum haben „im Laufe weniger Jahrzehnte ein großes Kapital an Menschen und Blut, an geistiger und materieller Arbeit und an Geld und anderen Werten aller Art in Alberts Pläne und in das Neuland jenseits der Ostsee investiert." Auch die Päpste suchten, besonders wenn der Bau aus Mangel an Mitteln ins Stocken geriet, ihn durch Aufforderungen zu milden Gaben, die an alle Gläubigen gerichtet waren, aber wohl in Deutschland am meisten Widerhall fanden, zu fördern. So ermahnte Papst Innocenz IV. am 7. Februar 1254 alle Christgläubigen zu dem wohltätigen Werke des Dombaues, zu dessen Vollendung die Mittel nicht ausreichten, Almosen und Hilfe zu spenden. Dafür wurden sie auf 40 Tage von der ihnen auferlegten Pönitenz freigesprochen[2]).

Da die Namen der Werkmeister nirgends genannt werden, wissen wir nicht, wer den Bau des Doms geleitet hat. Die Werkleute sind aus verschiedenen Teilen Deutschlands als Pilger oder Mönche ins Land gekommen. Sie suchten die Vergebung der Sünden

---

[1]) Bunge, Livl. Urkundenbuch I, 21. Die Echtheit der Urkunde ist angezweifelt worden, doch von C. Mettig verteidigt worden. Mitteilungen a. d. livl. Gesch. XII. Bd. Riga 1880. S. 529.

[2]) Die Urkunde ist abgedruckt in den Mitteilungen a. d. livl. Gesch. XII. Bd. Riga 1880. S. 373 und in deutscher Übersetzung von C. Mettig in den Urkundlichen Beiträgen a. a. O. S. 577.

durch solche verdienstvolle Arbeiten zu erlangen[1]). Architekt W. Bockslaff hat es wahrscheinlich gemacht, daß auch das Baumaterial (Kalkstein, Lehm für die Ziegel) nicht aus unserem Lande stammte. So ist der Bau des Doms im Gegensatz zu Behauptungen in der lettischen Presse ein deutscher Bau: mit deutschem Gelde war der Grund erworben, aus Deutschland kamen die weiteren Mittel zum Bau, deutsche Meister und Werkleute ersannen den Plan und führten ihn aus. Selbst das Material ist nicht sicher hiesigen Ursprungs. Das lettische Volk war bei der Erbauung des Domes auch nicht im geringsten beteiligt, da es im Gebiet der unteren Düna überhaupt damals nicht seßhaft war und erst später die Liven verdrängt hat. Muß es wirklich immer wieder in Erinnerung gebracht werden, daß im 13. Jahrhundert Liven das Küstenland bewohnten[2]), daß die Deutschen hier vor den Letten seßhaft waren?

Nur langsam ging der Bau seiner Vollendung entgegen. Im Jahre 1226 war er aber doch soweit vorgeschritten, daß der Legat Wilhelm von Modena im Chor des der Jungfrau Maria, der Patronin des Landes, geweihten Domes ein Kirchenkonzil veranstalten konnte. Bischof Albert († 1229) hat die Vollendung des Baues nicht mehr erlebt. Erst unter dem vom Papst als Erzbischof bestätigten Albert Suerbeer (1255) ist das große Werk zu Ende geführt worden. Da dieser zugleich Erzbischof von Preußen, Livland, Estland, Kurland und Semgallen war, so war der Dom von nun an die Kathedralkirche eines weiten, sich über unsere Heimat hinauserstreckenden Gebietes.

Es muß noch besonders hervorgehoben werden, daß der Dom nicht, wie wohl behauptet worden ist, Staatseigentum wurde, weil sein Erbauer, Bischof Albert, Oberhaupt der neuen Kolonie war. Nicht als der von König Philipp (1207) mit dem Lande belehnte deutsche Reichsfürst, sondern als Bischof verfügte er über die Kirche. Der Kirchenrechtslehrer Paul Hinschius legt in dem Abschnitt über die Entwicklung des Patronatrechts dar[3]), daß in der karolingischen Zeit noch „ein freilich im kirchlichen Interesse durch die

---

[1]) W. Neumann, Der Dom zu St. Marien in Riga. Riga 1912. S. 15. W. Bockslaff, Wer sind die Erbauer des Rigaschen Domes? Rig. Rundschau 1931 Nr. 53.

[2]) A. Bielenstein, Die Grenzen des lettischen Volksstammes ꝛc., Petersburg 1892. S. 32. Karte II.

[3]) Hinschius, System des katholischen Kirchenrechts. II. Bd. Berlin 1878. S. 626 ff.

Gesetzgebung eingeschränktes Eigentumsrecht weltlicher Personen an Kirchen" bestand. Jedoch schon „im 11. Jahrhundert ist in den kirchlichen Kreisen die Ansicht vertreten worden, daß die Konsekration (Weihe) einer Kirche die Dispositionsbefugnis der Laien über dieselbe beseitige". Entscheidend war, daß Papst Alexander III. (12. Jahrhundert) die Anschauung geltend machte, daß die kirchliche Grundlage des Instituts die Gestaltung desselben beherrschen müsse. Seine Nachfolger „verneinten das bisher anerkannte Eigentum der Grundherren an ihren Kirchen". Sie verboten, „daß die Grundherren die Kirchen mit Abgaben belasten, verkaufen oder sonst veräußern". Es ist also ganz klar, daß der Dom damals nicht als Eigentum des Staates betrachtet werden und daß Albert nur in seinem geistlichen Amte als Herr der Kirche gelten konnte[1]).

Da die Baugeschichte der Domkirche an dieser Stelle nicht berücksichtigt werden kann, gelangen wir gleich aus dem 13. in das 16. Jahrhundert, in das Zeitalter der Reformation, in dem alle auf die Domkirche bezüglichen Verhältnisse vollständig umgestaltet wurden[2]). Nachdem im Jahre 1522 Rat und Bürgerschaft sich für die Verkündigung der „reinen Lehre" entschieden hatten, wurde in den beiden Pfarrkirchen der Stadt, in der Petri- und Jakobikirche, evangelischer Gottesdienst eingeführt. Im Dom wurde aber der katholische Gottesdienst fortgesetzt. Die sog. Domfreiheit und der dem Dom gegenüberliegende Bischofshof bildeten einen äußerlich von der Stadt ganz abgeschlossenen Bezirk mit besonderen Ausgangspforten in der Stadtmauer. Hier wohnten zahlreiche höhere und niedere Geistliche, die ihrem katholischen Glauben treu blieben und nicht nur den Gottesdienst nach dem alten Ritus feierten, sondern auch feierliche Prozessionen veranstalteten. Das war den evangelischen Bürgern durchaus zuwider, aber erst 1524 suchte man es zu verhindern. Nachdem im Frühling dieses Jahres in der Petri- und Jakobikirche heftige Bilderstürme stattgefunden hatten, drangen am Ostersonnabend (26. März) nach einer Karfreitagsprozession Volkshaufen auch in den Dom ein. Von größeren Ausschreitungen blieb dieser zunächst noch verschont, doch fühlte sich der Rat veranlaßt, die Kostbarkeiten und Kleinodien in Sicherheit zu bringen. Im August

---

[1]) Spätere Wandlungen in den Anschauungen ändern an dieser Tatsache nichts. Vgl. Hinschius a. a. O. IV. Bd. Berlin 1888. S. 164. Anm. 5.

[2]) B. Hollander, Über die Anfänge der evangelischen Domgemeinde. Die Domgemeinde im Jahre 1923. Ein Jahrbuch. Riga 1924.

wiederholten sich die Unruhen, vielleicht im Zusammenhange mit den Streitigkeiten, die die Stadt mit dem neuen Erzbischof Johann Blankenfeld hatte. Bei diesem letzten Bildersturm in Riga wurde vieles im Dom zerstört. Dieser selbst blieb aber noch im Besitz des Domkapitels, das für den katholischen Gottesdienst Sorge trug. Im November 1524 verlangten Rat und Gemeinde Schließung des Domes. Trotz der Vermittelung des Ordensmeisters Plettenberg beschlagnahmte der Rat den Dom und die zu ihm gehörigen Immobilien und vertrieb die dort wohnenden Geistlichen[1]). Natürlich wurde von erzbischöflicher Seite hiergegen heftig protestiert. Immer wieder wurde die Rückgabe der Kirche und der anderen Besitzlichkeiten gefordert, aber die viele Jahre hindurch geführten Verhandlungen hatten keine für den Erzbischof günstigen Resultate. In den Besitz des Bischofshofes ist er wieder gelangt, und der letzte Erzbischof Wilhelm von Brandenburg ist noch im Jahre 1563 in ihm gestorben[2]), aber die Kirche ist nicht mehr zurückgegeben worden. Wann sie dem evangelischen Gottesdienst übergeben worden ist, läßt sich nicht genau feststellen. Vielleicht ist dieses bereits im Jahre 1527, wofür mehrere Umstände sprechen, geschehen[3]). Im Jahre 1540 wurde die Kirche von 2 Ratsherrn und einem Ältesten als Kirchenvormündern verwaltet[4]).

Erst im Jahre 1551 entschloß sich Erzbischof Wilhelm endlich zu einem förmlichen Verzicht. Nach langwierigen Verhandlungen kam zwischen dem Erzbischof und dem Domkapitel auf der einen Seite und der Stadt Riga auf der andern Seite am 16. Dez. 1551 ein Vergleich zustande[5]). Der Besitz des Domkapitels wird ihm im wesentlichen restituiert. Die Schlüssel der Domkirche werden dem Erzbischof und Domkapitel übergeben, die sie „stracks" dem Rat wiederum zuzustellen verpflichtet sind. Dieselbe Kirchenadministration, wie sie jetzt von den Rigischen gehalten wird, soll bleiben bis zur Erörterung eines allgemeinen, freien christlichen Konzils. Es folgt sodann die Regelung verschiedener anderer Angelegenheiten, und zum

---

[1]) Arbusow, Die Einführung der Reformation in Liv-, Est- und Kurland. Leipzig 1921. S. 402 ff.

[2]) Sitzungsberichte der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga für das Jahr 1896. S. 16 ff.

[3]) Arbusow a. a. O. S. 583 u. 662. B. Hollander a. a. O. S. 15. ff.

[4]) W. Neumann a. a. O. S. 27.

[5]) Abgedruckt in den Monumenta Livoniae antiquae., IV. Bd. S. CCLXXXV. Nr. 169. Vgl. auch die Verhandlungen S. 59.

Schluß verpflichten sich Erzbischof und Kapitel, alles bisher Geschehene zu vergeben: aller Zwist und alle Uneinigkeit sollen gänzlich aufgehoben, abgetan und tot sein und bleiben. Dagegen zahlt Riga 18.000 Mark Rig. in 3 Terminen. Es ist in dieser Urkunde nirgends von einem Verkauf die Rede. Ein Vergleich wurde geschlossen, und die Zahlung war eine Entschädigung für erlittene Unbill. Zu einem Verkauf hatte der Erzbischof gar kein Recht. Eine Veräußerung von Kirchenvermögen, ja jede Schmälerung desselben galt nach katholischem Kirchenrecht als „odios" und durfte nur bei Vorhandensein wichtiger Gründe und unter Einhaltung gewisser Solemnitäten stattfinden. Papst Paul II. hat 1468 die Veräußerung der immobilia et pretiosa mobilia dem Heiligen Stuhl reserviert[1]).

Die Domkirche war fortan Stadtkirche, wie es die andern städtischen Kirchen auch waren. Die Stadt Riga hat in jenen stürmischen Jahren der Reformation kirchliche Güter verschiedener Art eingezogen. Das allerdings nicht immer eingehaltene Prinzip dabei war, daß alles, was vormals Gott gegeben war, ihm auch weiter gegeben bleiben und zur Versorgung der Armen und Kirchendiener verwandt werden müsse. So wurde der „gemeine Kasten" für die kirchliche Armenpflege begründet[2]). Die Stadt hat auch die Kirche übernommen. Der Rat hatte die Obergewalt über sie, übte das Patronatsrecht aus und ließ sie durch eine besondere Kirchenadministration verwalten. Die Kirche war aber selbst juristische Person[3]) und hatte wohl von Anfang an ihren eigenen Besitz, der von dem Stadtvermögen getrennt war, wie das auch bei anderen Kirchen der Fall war. In dem Privilegium Sigismundi Augusti vom 28. Nov. 1561, durch das Polen die Rechte Livlands garantierte, wurde gleich im 2. Artikel die verlangte Zusicherung erteilt, daß „die Kirchen erhalten und die verfallenen wieder gebessert und erbauet . . ., daß solche aus Munificentz Ihro K. Majest. versorget und so einige Einkünfte oder Gründe denselben abgenommen oder unterschlagen, ihnen entweder restituiret oder durch ein aequivalens praetium (gleichwerte Gegenlage) wieder ersetzet und compensiret werden mögen"[4]). Die Kirchen

---

[1]) M. Buchberger, Kirchliches Handlexikon. 2. Bd. München 1912.

[2]) Arbusow, a. a. O. S. 400, 563, 572.

[3]) Vgl. hierzu das Referat über die Ausführungen des Abg. Pussull in der „Rigaschen Rundschau" 1931 Nr. 53.

[4]) C. Schirren, Die Kapitulationen der livl. Ritter- und Landschaft und der Stadt Riga. Dorpat 1865 S. 5.

hatten also selbst Grundbesitz, standen unter Schutz und Aufsicht anderer Institutionen, waren aber nicht deren Eigentum.

Es ist bekannt, daß Polen seine Versprechungen nicht gehalten hat, daß König Stephan Bathory im Jahre 1582 die Abtretung der evangelischen Jakobikirche in Riga verlangte und zum Teil dadurch erreichte, daß er mit der Fortnahme des Domes drohte. Im Zusammenhange damit stehen 2 Urkunden, die der König am 7. April 1582 erließ. In der ersten schenkte er den bischöflichen Hof und den Besitz des Domkapitels den Bürgern der Stadt (iisdem civibus nostris donamus et conferrimus in perpetuum). In der 2. Urkunde restituiert er die Jakobikirche den Katholiken und konzediert die Domkirche und die anderen Kirchen der Stadt und dem Rat, indem er diesem das Patronatsrecht und das Recht der Kollation überträgt. (civitati nostrae aut adeo consulatui Rigensi concedimus omneque jus patronatus et collationis nostrum in eosdem transferrimus et transfundimus in perpetuum eorumque jurisdictioni adscribimus[1]). Es ist also festzustellen, daß in den beiden Urkunden in betreff des erzbischöflichen Hofes und der Kirchen ganz verschiedene Ausdrücke gebraucht werden und daß in betreff der Kirchen dem Rat bestimmte Rechte übertragen werden.

Als Patronatsrecht bezeichnet man den Inbegriff bestimmter Rechte, die physischen und juristischen Personen an einer Kirche von kompetenten Kirchenobern eingeräumt sind und bestimmte Pflichten im Gefolge haben. Als Collatio bezeichnet man im Kirchenrecht die vorschriftmäßige Übertragung eines erledigten Kirchenamtes an eine taugliche Person durch den kompetenten kirchlichen Oberen[2]). Die Rechtslage der Domkirche wurde durch diesen ganzen Akt des Königs in keiner Weise verändert, zumal es mindestens fraglich erscheint, ob der König überhaupt das Recht hatte, über städtische Kirchen zu verfügen.

So ist es auch in den späteren Jahrhunderten geblieben. Die Domkirche ist stets als juristische Person betrachtet worden, die selbst, allerdings mit höherer Genehmigung (des Rats, des Ministers oder des Kaisers) über ihren Besitz verfügte[3]). Es wurde immer streng

---

[1]) Dogiel, Codex diplomaticus Regni Poloniae etc. Wilna 1759 S. 314 ff. Nr. 185.

[2]) Buchberger, Kirchliches Handlexikon. München 1912.

[3]) Vgl. dazu J. Chr. Berens, Das älteste Kirchenbuch der Domkirche (1608—1619). Sitzungsberichte der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde v. J. 1890.

zwischen städtischem und kirchlichem Eigentum unterschieden. Als z. B. im Jahre 1785 ein Kirchenhaus von der Administration an die Krone verkauft wurde, verlangte diese die Auslieferung der Hausdokumente. Es erwies sich, daß keine vorhanden waren, daß sie vielleicht verloren gegangen oder nie existiert hätten. Der Rat bezeugte aber, daß das Haus, das seit mehr als einem Jahrhundert ununterbrochen von der Domkirche besessen und benutzt worden, „ein rechtmäßiges und unstreitiges Eigentum der Domkirche" sei[1]). Im 19. Jahrhundert wurde sowohl durch das Gesetz über die evangelisch-lutherische Kirche in Rußland vom Jahre 1832[2]), als durch das Provinzialrecht der Ostseegouvernements[3]) die Verwaltung des Kirchenvermögens genau geregelt. Die Stadt Riga hat niemals ein anderes, als ein Aufsichtsrecht über ihre Kirchen beansprucht und gehabt. Aus den Protokollen des Rats lassen sich in betreff der Domkirche dafür verschiedene Belege anführen. Als z. B. im Jahre 1849 das Domschulgebäude umgebaut werden sollte, wurde das der Kirchenadministration mitgeteilt, damit sie „die etwa dabei verstrenden Interessen der Kirche, welcher das Gebäude der Domschule gehört, wahrnehmen" könne[4]). Noch genauer kommt das Verhältnis in einem Protokoll vom 4. Juli 1852 (II S. 21) zum Ausdruck. Die Große Gilde hielt es für ratsam, daß das Kirchenvermögen von dem der Stadtgemeinde scharf abgegrenzt werde. Ein anderes Mal (1850) erklärte die Administration der Domkirche, nichts gegen einen projektierten Ausbau einwenden zu wollen, unter dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß ihr aus demselben keine Schmälerung der durch Vermietung und anderweitige Benutzung ihrer Räumlichkeiten bezogenen Revenüen erwachse, der Kirche auch nach wie vor das vollkommene Eigentumsrecht an den Räumen, die dieselbe bisher unentgeltlich hergegeben, verbleibe[5]). Im Jahre 1854 wurde ebenso bei einem Vergleich mit den Erben des weiland Ratsherrn David von Wiecken in betreff streitiger Lokalitäten auch von dem „unanstreitbar der Domkirche gebührenden alleinigen Eigentumsrechte" gesprochen[6]). Im Jahre 1888 endlich stellte der Rat, als die Kirche selbst und die ihr

[1]) Protokoll des Rig. Rats im Stadtarchiv vom 1. August 1785 II S. 377.

[2]) Vgl. die Ausgabe von R. v. Freymann, Reval 1901 Kapitel 10.

[3]) I. Teil Behördenverfassung § 458 II, 12. III. Teil Privatrecht § 595 und 713.

[4]) Prot. des Rats v. 22. April 1849 I S. 572.

[5]) Prot. des Rats vom 10. März 1850 S. 419.

[6]) Prot. des Rats vom 10. Febr. 1854 I S. 222.

gehörigen Immobilien in die neuen Hypothekenbücher eingetragen wurden, fest, daß diese Immobilien seit unvordenklichen Zeiten sich im Eigentum der Domkirche befunden hätten und so auch in den bei der Stadtverwaltung geführten Grundbüchern verzeichnet ständen[1]).

In baulicher Beziehung hatte der Dom nach der Darstellung W. Neumanns als protestantische Kirche gegen Ende des 17. Jahrhunderts seine glänzendste Ausstattung. Mit dem letzten Viertel des 18. Jahrhunderts beginnt die Periode des Niedergangs. Besonders schlimm war es, daß die Kirche 1812—14 als Kornmagazin benutzt wurde und dabei ungeheure Schäden erlitt, die nur zum Teil wieder gut gemacht werden konnten. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts drang Fürst Suvorov auf eine Freilegung und Restaurierung des Domes. Von den Nebengebäuden waren auch einige so baufällig geworden, daß z. B. die Domschule ihr Lokal räumen mußte (1850). Um die Mittel für die Remonten zu beschaffen, entschloß sich die Stadt dazu, für die von ihr benutzten Räume (Domschule, Stadtbuchdruckerei, Konsistorium), die sie bisher unentgeltlich erhalten hatte, eine Miete zu zahlen[2]).

Zu Beginn der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts erwachte in Riga ein lebhaftes Interesse für kulturhistorische Fragen, das auch dem Dom zugute kam. Die Arbeiten wurden energischer betrieben. Im Jahre 1883 erhielt die Kirche ihre neue Orgel, damals die größte der Welt, auf die man in Riga besonders stolz war. Von großer Bedeutung wurde es, daß im Jahre 1885 ein Dombau-Verein als Abteilung der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde zu Riga ins Leben trat. Der regen Tätigkeit dieses Vereins, der in verständnisvoller Weise von der Kirchenadministration unter dem Präsidium des Bürgermeisters Emil von Boetticher in jeder Weise unterstützt wurde, ist es zu verdanken, daß die Arbeiten zur Wiederherstellung des Doms, der Bau des Dommuseums und des Pastorats unter sach- und kunstverständiger Leitung vollzogen wurden. Durch eine Anleihe der Administration, durch zahlreiche Stiftungen deutscher Familien und Korporationen wurden die Mittel für das großzügige Werk herbeigeschafft. Allein den Deutschen in Stadt und Land war die Vollendung dieses Unternehmens zu verdanken[3]).

---

[1]) Prot. des Rats vom 1. Febr. 1888.

[2]) W. Neumann a. a. O. S. 72.

[3]) Über die Wiederherstellungsarbeiten am Dom vgl. W. Neumann a. a. O. und die Rechenschaftsberichte der Abteilung der Gesellschaft für Gesch. und Altertumskunde in Riga für den Dombau 1885—1910. — Es ist viel-

Die deutsche Domgemeinde, auf die durch das Gesetz vom 23. September 1919 das Patronatsrecht überging, hat sich bis zum Jahre 1923 ungestört ihres Besitzes erfreuen können. Als aber am 23. März 1923 das Gesetz in betreff der Übergabe der Jakobikirche an die Katholiken vom Landtage angenommen wurde[1]), war dabei auch ein Amendement des Abgeordneten Semgal eingeschlossen, durch welches dem lettländischen Bischof das Nutzungsrecht an der Domkirche und ihren Appertinenzien zugesprochen wurde. Dieses Gesetz ist bisher noch von keiner praktischen Bedeutung gewesen, aber erschütterte doch die früher vollkommen klare Rechtslage der Kirche. Eine gewisse Sicherheit schienen weitere Gesetze zu geben. Am 24. Mai 1923 wurde gesetzlich bestimmt, daß entschädigungslose Enteignungen nicht stattfinden sollten. Ferner wurde durch ein Gesetz vom 15. Juni 1927 festgestellt, daß Streitfragen über das Vermögen der Kirche und Gemeinde das zuständige Gericht zu entscheiden habe. Am 14. August 1928 wurde ein Gesetz über die Verfassung der evangelisch-lutherischen Kirche Lettlands erlassen, durch das sie das Recht der Selstverwaltung und Selbstbestimmung erhielt. Der § 6 der Bestimmungen über die Kirche lautet: „Die Gotteshäuser, Kapellen und Kirchhöfe der evangelisch-lutherischen Kirche, die sich in der Verwaltung dieser Kirche befinden, dürfen gegen ihren Willen nicht enteignet, konfisziert oder für andere Zwecke bestimmt werden". Schließlich wurde auf der All-lettländischen Synode am 9. April 1931 ein Vorschlag, die Nutzungs- und Verwaltungsrechte einer Gemeinde an ihrem Kirchengut zugunsten anderer neuentstandener Gemeinden einzuschränken, mit 396 gegen 14 Stimmen abgelehnt. Auf derselben Synode wurde festgestellt, „daß die Domgemeinde das Eigentum der Domkirche auf Grund des Gesetzes vom Jahre 1919 betr. die Verwaltung und Nutzung des kirchlichen Eigentums nutzt und verwaltet und daß die Rechte der Domgemeinde durch das Gesetz

---

leicht nicht unzeitgemäß, hier daran zu erinnern, daß im Jahre 1852 die Martinskirche nebst Pastorat aus den Mitteln der Großen Gilde und durch eine Schenkung des Ältesten Michael von Bulmerincq erbaut werden konnte, daß ebenso die Gilden den Bau der Trinitatiskirche (1876) ermöglichten und daß der Bau der Lutherkirche (1888) wesentlich durch die Spenden deutscher Privatleute und Korporationen zustandekam. Es haben also die Deutschen in jenen Jahrzehnten nicht nur für sich, sondern auch für ihre lettischen Heimatgenossen, denen diese Kirchen in erster Linie zugute kamen, Sorge getragen.

[1]) Die infolge dieses Gesetzes obdachlos gewordene lettische Friedensgemeinde wurde gastfreundlich von der Domgemeinde aufgenommen.

vom Jahre 1923 über die Kathedralen bezüglich ihres Verhältnisses zu anderen Gemeinden nicht geschmälert worden sind. Auch dem lettländischen Bischof sind durch dieses Gesetz keinerlei außerhalb der bisherigen Tradition der evangelisch-lutherischen Kirche stehenden Rechte auf die Nutzung der Domkirche zuerkannt worden".

Daß alle diese Gesetze und gesetzlichen Bestimmungen, die klar und deutlich die Rechtslage des Domes feststellen, noch keinen sicheren Schutz gewähren, wie man das von Gesetzen in einem Rechtsstaate erwarten sollte, haben die Vorgänge der jüngsten Zeit gelehrt, deren Darstellung nicht mehr hierher gehört.

Riga, im Mai 1931.

Der Rigaer Dom und das Deutschtum in Lettland

Von Wilhelm von Rüdiger
Präsident der deutsch-baltischen Volksgemeinschaft in Lettland

Die Enteignung des Rigaer Doms bedeutet für uns Deutsche in erster Reihe den Verlust einer der ältesten und schönsten Kirchen Rigas. Das auf die Enteignung des Doms gerichtete Gesetzesprojekt will uns jedoch nicht nur das Kirchengebäude und die anderen kirchlichen Zwecken dienenden Baulichkeiten nehmen. Es umfaßt vielmehr den gesamten Immobilienbesitz der deutschen Domgemeinde. Zu ihm gehört das Gebäude, in dem unser Dommuseum untergebracht ist, und weitere sechs in der Umgegend des Doms belegene Grundstücke und Häuser. Das Domenteignungsgesetz bedeutet somit neben einer schweren Schädigung der deutschen evangelischen Kirche unseres Landes eine neue entschädigungslose Fortnahme deutschen Besitzes von ganz großem Ausmaß. Dadurch wird es verständlich, daß auch solche lettische Kreise mit dem Initiator des Gesetzes, dem Abgeordneten Skujeneek an der Spitze, die sonst ihr Desinteressement an kirchlichen Fragen immer wieder betonen, mit einer außerordentlichen Wärme für die Enteignung des Doms eintreten.

Das Prestige des lettischen Volkes verlange diese Bereicherung!

Für uns Deutsche handelt es sich aber nicht nur um Geldeswerte. Durch Jahrhunderte hindurch hat der Rigaer Dom ununterbrochen

deutschen kirchlichen Zwecken gedient. In all den Veränderungen, die die Flucht der Zeit mit sich gebracht hat, ist er uns gleich den anderen alten Kirchen Riggs zum Symbol des Unvergänglichen und Unwandelbaren geworden. Menschen kamen und Menschen gingen, aber der Dom blieb derselbe. Eine ehrwürdige Stätte deutschen Gottesdienstes. An seinen Mauern brachen sich in bösester Zeit die Wellen des Hasses gegen unser Volkstum. Als nach Ausbruch des Weltkrieges deutsche Laute auf den Straßen Rigas als schweres Vergehen geahndet wurden, durfte im Rigaer Dom deutsch gepredigt und gesungen werden. Ja selbst während des roten Terrors im Jahre 1919 wurde im Dom das Evangelium in deutscher Sprache verkündet. So haben wir Deutsche in schwerster Zeit hinaufgeschaut zu den drei alten Türmen Rigas als zum Wahrzeichen einer Freistätte, die hinausragt über alle Wogen des Hasses und der Gewalttätigkeit.

Im Jahre 1923 verhüllte eine schwere Wolke den Turm von St. Jakob. Wir schauen heute nicht mehr zu ihm auf. Er ist uns fremd geworden. Und heute will man uns den Dom nehmen! Was Fremdlinge, die im Laufe der Jahrhunderte ins Land kamen, anzutasten nicht gewagt haben, das nahmen und wollen uns nehmen unsere eigenen Glaubensbrüder und Heimatgenossen. Sie nehmen uns damit weit mehr, als sie wissen. Sie nehmen uns mehr, als sie selbst gewinnen werden durch den fremden Besitz, an dem ihre Seele keinen Anteil hat.

Der Kampf um den Dom wird von unseren Angreifern, wie sie sagen, nicht um der lettischen Kirche willen geführt. Sie kämpfen angeblich für das Prestige des lettischen Volkes. Dieses könne nicht dulden, daß die älteste und schönste Kirche Lettlands deutsch bleibe. Als ob sie jemals ihren deutschen Charakter verlieren könnte! Und wenn sie alles in ihr vernichten, was von deutscher stolzer Vergangenheit zeugt, wenn sie den Dom von außen und innen behängen mit Erzeugnissen aus lettischer Hand, der Turm des Doms, seine Mauern, Pfeiler und Bogen werden auch in Zukunft den Lügen strafen, der den Dom nicht deutsch nennt. Aber auch für uns bedeutet der Kampf um den Dom mehr als die Verteidigung der Rechte der deutschen Domgemeinde auf ihr Gotteshaus, mehr als die Verteidigung deutschen wertvollen Besitzes.

Wir führen den Kampf, um uns und allen Heimatgenossen die schwer bedrohten Rechtsgrundlagen unseres Staates zu erhalten. Wir haben ein Recht dazu, nachdem wir zwölf Jahre hindurch, trotz aller Unbill, die uns widerfuhr, am Aufbau dieses Staates ehrlich mit-

gearbeitet haben. Ja wir haben die Pflicht, den Kampf zu führen, auch wenn alle unsere lettischen Heimatgenossen, in Verkennung der Gefahr, die sie mehr als uns bedroht, ihm fern bleiben, oder sich gar gegen uns wenden sollten. Durch das Domenteignungsgesetz werden die Fundamente unseres Staates schwer erschüttert. Ein Rechtsstaat ist nicht denkbar ohne Schutz des Eigentums, der Freiheit und des Lebens der Bürger. Kann in einem Staate willkürlich mit dem Eigentum, oder der Freiheit, oder dem Leben der Bürger geschaltet werden, gleichgültig ob die Macht dazu in den Händen eines Herrschers oder des souveränen Volkes liegt, so kann von einem Rechtsstaat nicht die Rede sein. Auch in dem vom selbstherrlichen Zaren regierten Rußland enthielt die Verfassung des Reiches in Art. 84 des Abschnitts 10, T. 1., B. 1 der Reichsgesetze die Bestimmung, daß „das Russische Reich regiert wird auf der festen Grundlage der in festgesetzter Ordnung erlassenen Gesetze". Deshalb war Rußland zur Zarenzeit, trotz häufigen Mißbrauchs der Gewalt durch Herrscher und Beamte, ein Rechtsstaat. Sovetrußland ist dagegen kein Rechtsstaat, weil in ihm der Privatbesitz grundsätzlich nicht geschützt wird und seine Bürger ohne gerichtliches Urteil ihrer Freiheit und ihres Lebens beraubt werden können.

Heute will man in Lettland im Namen des souveränen Volkes den Besitz einer kirchlichen Gemeinde entschädigungslos enteignen. Ist denn der Wille unseres Volkes nicht beschränkt? Darf es sich hinwegsetzen über die Grenzen, die jedem Träger höchster Gewalt in einem Rechtsstaate gezogen sind? Es wird uns erwidert, daß Lettlands Verfassung solche Grenzen nicht kenne. Lettlands Volk könne in Lettland unbeschränkt regieren und die Verhältnisse nach seinem Ermessen gestalten. Damit behauptet man, daß auch jeder Ausbruch des Hasses in Lettland, sofern die Mehrheit ihm zustimmt, geltendes Recht erzeugen könne. Fast scheint es so zu sein! Man errinnere sich an die Verweigerung einer Entschädigung an die enteigneten Gutsbesitzer, an die Ausschließung der Baltischen Landeswehr von der Teilnahme an dem allen Kämpfern um die Heimat gewährleisteten Recht auf Landzuteilung, an die Versagung gerichtlichen Schutzes in allen mit der Agrarreform zusammenhängenden Streitigkeiten. Doch es darf nicht so bleiben! Schon ist das Rechtsempfinden des Volkes, das ursprünglich gesund und stark war, bedenklich untergraben worden. Man kann eben nicht anderen Unrecht tun, ohne Schaden an seiner eigenen Seele zu nehmen. Es sollte auch nicht vergessen werden, daß der Wille zum Unrecht, der sich heute gegen ein fremdes Volks-

tum richtet, schließlich auch die eigenen Volksgenossen nicht verschonen wird. Es ist die höchste Zeit, daß dem Volke klar werde, daß auch seiner Allmacht Grenzen gezogen sind, die zu verletzen es nicht befugt ist. Es ist völlig schief zu behaupten, daß in Lettland das Eigentum der Bürger, ihre Freiheit und ihr Leben der Willkür der Majorität des Lettländischen Volkes preisgegeben sind, weil die Verfassung Lettlands den Schutz dieser Rechte nicht vorsieht. Dieser Schutz ist die selbstverständliche Voraussetzung für das Bestehen eines Rechtsstaates Will Lettland ein Rechtsstaat sein, so muß es diesen Schutz seinen Bürgern gewähren. Da das Verständnis für diese Wahrheit nicht nur im Volke, sondern auch bei vielen seiner Führer geschwunden ist, sind sofort Maßnahmen zu treffen, um es wieder zu wecken. Die Verfassung unseres Staates ist durch einen klaren Hinweis auf die Unzulässigkeit entschädigungsloser Enteignungen zu ergänzen. Es ist ferner eine Instanz zu schaffen, die befugt ist zu entscheiden, ob ein Gesetz der Verfassung des Landes entspricht und somit als geltendes Recht zu betrachten ist. In Estland steht diese Befugnis dem obersten Gericht des Landes zu. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika kann jeder Richter die Anwendung eines Gesetzes verweigern, das seiner Ansicht nach die Verfassung der Staaten und die ihren Bürgern gewährleisteten Grundrechte verletzt.

Wenn ein Volk die Allmacht seines Willens im Einklang mit den Geboten des Rechts und der Moral beschränkt, erniedrigt es sich nicht. Das Fehlen solcher Schranken führt aber unausbleiblich zur Herrschaft der Straße. Nun, soweit ist es bei uns noch nicht gekommen. Sollen wir aber ruhig warten, bis es dazu kommt?

Das Gesetzesprojekt über die Enteignung des Doms versagt der deutschen Domgemeinde den Schutz ihres Eigentums. Es widerspricht daher dem Geiste der Verfassung Lettlands, als eines Rechtsstaates. Das Gesetzesprojekt steht aber auch in krassem Widerspruch zu Gesetzen, die in Lettland Geltung haben. Dieses geht klar hervor aus der Gegenüberstellung des Wortlauts des Gesetzesprojekts und der nachstehend angeführten in Lettland geltenden Gesetze:

Der Text des Gesetzesprojekts über die Enteignung des Doms lautet:

1. Alle Rechte als nicht bestehend und gelöscht anzusehen, die der juridischen Person der Domkirche gehören, auf das Immobil, das unter der Bezeichnung Domkirche in der Riga-Wolmarer Grundbuchabteilung im Grundbuchregister des Hypothenbezirks unter der Nummer 1005 (7. Gr. Nr. 50) eingetragen ist.

2. Diesem Immobil den Namen Marienkirche beizulegen, es übergehen zu lassen in das Eigentum des lettländischen Staates mit der Bestimmung, daß es nur für Kultzwecke der ev.-luth. Kirche Lettlands benutzt werden darf, und es im Grundbuch auf den Namen des lettländischen Staates zu übertragen.

3. Alle Rechte als nicht bestehend und gelöscht anzusehen, die der juridischen Person Domkirche auf die Immobilien gehören, die in der Riga-Wolmarer Grundbuchabteilung im Grundbuchregister des Hypothekenbezirks der Stadt Riga verzeichnet sind unter den Nummern: 1007 (7. Gruppe Nr. 47), 1008 (7. Gruppe Nr. 46), 1009 (7. Gruppe Nr. 55), 1010 (7. Gruppe Nr. 57), 1011 (7. Gruppe Nr. 59), 1013 (7. Gruppe Nr. 12) und 217 (7. Gruppe Nr. 48), wobei der genannte Besitz in das Eigentum des lettländischen Staates mit der Bestimmung übergeht, daß der Reingewinn für die Marienkirche verwandt werden muß, diese Immobilien aber in das Grundbuch auf den Namen des lettländischen Staates zu übertragen sind.

4. Die Nutzungs- und Verwaltungsordnung der in diesem Gesetze erwähnten Immobilien bestimmt das Ministerkabinett.

5. Das Gesetz tritt mit dem Tage seiner Bekanntmachung in Kraft.

Hingegen heißt es in dem Gesetz vom 24. Mai 1923 (Gesetzessammlung vom Jahre 1923 Nr. 59):

1. Die zwangsweise Enteignung von Immobilien für staatliche oder öffentliche Bedürfnisse ist nur gegen Entschädigung und auf Grund eines Spezialgesetzes zulässig.

Und im Gesetz vom 14. August 1928 (Gesetzessammlung vom Jahre 1928 Nr. 182) heißt es:

— — — — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — —

2. Die Evangelisch-Lutherische Kirche in Lettland genießt die Rechte der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung, die in ihrer Verfassung, die die Synode annimmt, vorgesehen sind.

— — — — — — — — — — — — — —
— — — — — — — — — — — — — —

6. Die Gotteshäuser, Kapellen und Kirchhöfe der Evangelisch-Lutherischen Kirche, die sich in ihrer Verwaltung befinden, dürfen gegen ihren Willen nicht enteignet, konfisziert oder für andere Zwecke bestimmt werden.

Der Kampf gegen das Enteignungsgesetz, den wir führen, ist somit ein Kampf für das geltende Recht Lettlands, ein Kampf gegen

diejenigen, die die Rechtsgrundlagen unseres Staates erschüttern wollen.

Wir durften annehmen, daß wir in diesem Kampfe nicht allein dastehen würden. Wir durften hoffen, daß wenigstens ein Teil unserer lettischen Heimatgenossen verstehen werde, worum es letzten Endes geht. Wir warben daher Verbündete auch unter unseren lettischen Heimatgenossen. Anfangs schien es, als ob unser Werben nicht ohne Erfolg sein werde. Führende Personen des Kirchenvorstandes der lettischen Friedensgemeinde traten in Schrift und Wort gegen die geplante Vergewaltigung der deutschen Domgemeinde auf. Auch in der lettischen Presse erhoben sich, wenn auch unsicher, Stimmen, die zur Besinnung mahnten. Vor allem aber war es der lettländische Bischof und eine Anzahl führender Geistlicher lettischer Nationalität, die offen für Recht und Wahrheit eintraten. Dadurch ermutigt, entstand zuerst im Kreise des Kirchenvorstandes der deutschen Domgemeinde der Gedanke, den Wünschen unserer lettischen Heimatgenossen in Bezug auf eine gleichberechtigte Mitbenutzung und Mitverwaltung des Doms entgegenzukommen. Man hoffte so zu einer gemeinsamen Front gegen diejenigen Elemente zu gelangen, die die Verdrängung der deutschen Gemeinde aus ihrem Gotteshaus sich zum Ziel gesetzt hatten. Die erste unverbindliche Unterredung in dieser Richtung wurde zwischen einem Gliede des Kirchenvorstandes der Domgemeinde und dem Vorsitzenden des Kirchenvorstandes der lettischen Friedensgemeinde geführt. Sie fand im Januar d. J. statt. Der Vertreter des Kirchenvorstandes der Domgemeinde erklärte sich bereit, innerhalb der Domgemeinde für Aufnahme der lettischen Friedensgemeinde in den Dom als gleichberechtigter lettischer Domgemeinde einzutreten. Er stellte jedoch die Bedingung, daß alle Liegenschaften und das sonstige Vermögen der deutschen Domgemeinde ihr unangetastet verbleiben sollten. Der Mitbesitz und die Mitverwaltung der lettischen Domgemeinde sollte sich ausschließlich auf das Kirchengebäude beschränken. Von den Verwaltungskosten sollte die lettische Domgemeinde nur 1/3 tragen.

Der Vorsitzende des Kirchenvorstandes der Friedensgemeinde begrüßte die Anregung auf das wärmste, er wies den Gedanken, die Friedensgemeinde könne auf das Vermögen der deutschen Domgemeinde Anspruch erheben, mit Entrüstung zurück. Eine solche Vermutung sei kränkend für seine Gemeinde. Man einigte sich darauf, daß er die Stellungnahme seines Kirchenvorstandes zu der Anregung klären werde. Erst nach einer positiven Stellungnahme

des Kirchenvorstandes der Friedensgemeinde wollte der Vertreter der Domgemeinde seine Anregung dem Kirchenvorstande und Kirchenrat der Domgemeinde unterbreiten. Bereits nach zwei Tagen teilte der Vorsitzende des Kirchenvorstandes der Friedensgemeinde mit, daß letzterer in einer inoffiziellen Sitzung sich einstimmig für die Annahme des Vorschlages des Vertreters der Domgemeinde ausgesprochen habe und daß er nunmehr einen diesbezüglichen offiziellen Vorschlag seitens der Domgemeinde erwarte. Kirchenvorstand und Kirchenrat der Domgemeinde billigten hierauf einstimmig das Projekt der Umwandlung der lettischen Friedensgemeinde in eine vollberechtigte lettische Domgemeinde und übersandten dem Krrchenvorstande der Friedensgemeinde den Entwurf einer diesbezüglichen Vereinbarung. Zu ihrem Erstaunen erhielten sie als Antwort ein Gegenprojekt, in welchem der Anspruch auf die Hälfte des gesamten Immobilienbesitzes der deutschen Domgemeinde erhoben wurde. Diese veränderte Stellungnahme wurde mit dem Hinweis auf Widerstände, die innerhalb des Kirchenvorstandes der Friedensgemeinde erwachsen seien, begründet. Es wurde behauptet, daß nur eine volle Gleichstellung der Friedensgemeinde mit der deutschen Domgemeinde, auch in Bezug auf ihren Immobilienbesitz, ersterer die Möglichkeit geben werde, nachdrücklich gegen die unberechtigten Ansprüche der lettischen Garnisonsgemeinde aufzutreten. Nach dieser Erfahrung glaubte ein Teil der Glieder des Kirchenrats der Domgemeinde die Verhandlungen mit der Friedensgemeinde abbrechen zu sollen. Die Mehrheit war für eine Fortsetzung der Verhandlungen. Habe man sich entschlossen, auf den ausschließlichen Besitz und die Alleinverwaltung der Kirche zu verzichten, so solle man vor dem geringeren Opfer der Preisgabe von Vermögenswerten um der Rettung des Doms und um des Friedens willen nicht zurückschrecken. So gingen die Verhandlungen weiter. Eine Konzession nach der andern mußte gemacht werden. Schließlich kam es zum Abschluß der Vereinbarung, die an anderer Stelle wiedergegeben ist und die vom Oberkirchenrat und von der Lettländischen Synode am 8. Mai d. J. bestätigt wurde. Am ersten Tage der Synode trat der Vorsitzende des Kirchenvorstandes der Friedensgemeinde warm für die Vereinbarung ein. Jedoch nach ihrer Bestätigung kam er am nächsten Tage mit dem überraschenden Vorschlage, auch die Garnisongsgemeinde in den Dom aufzunehmen und den beiden lettischen Gemeinden in Bezug auf die Verwaltung der Kirche und des sonstigen Vermögens eine ausschlaggebende Stellung einzuräumen. Was ihn zu diesem zweiten Umfall bewogen hat, ist ungeklärt geblie-

ben. Für uns Deutsche war das Verhalten der Friedensgemeinde, der wir freiwillig Gleichberechtigung in der Domkirche eingeräumt haben und die uns durch den Mund ihres Vorsitzenden Bundesgenossenschaft im Kampfe gegen die unberechtigten Angriffe der Garnisonsgemeinde fest zugesagt hatte, eine überaus schwere Erfahrung.

Welchen Eindruck dieses Verhalten auf unbeteilgte Dritte gemacht hat, gibt mit großer Klarheit der reichsdeutsche Journalist Richard Bahr in Nr. 239/240 der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" vom 31. Mai 1931 wieder. Er schreibt:

„Da stieß die Friedensgemeinde denselben Deutschen, die sie kurz zuvor beschenkt hatten, den Dolch in den Rücken. Auf der lettländischen Gesamtsynode meldete sie einen Antrag an, den man schon im Wortlaut genießen muß, um seine scheinheilige Niedertracht zu würdigen:

„Die Friedensgemeinde hat sich mit der deutschen Domgemeinde dahin geeinigt, daß sie als lettische Domgemeinde mit den Rechten eines gleichberechtigten Teilhabers in den Dom aufgenommen wird, wobei in der neuzubegründenden Domverwaltung der deutschen Domgemeinde 6 Stimmen und der neuen lettischen Domgemeinde auch 6 Stimmen zustehen sollen. Von ihren 6 Stimmen erklärt sich nun die lettische Domgemeinde aus christlicher Gesinnung heraus bereit, der obdachlosen Garnisonsgemeinde 4 Stimmen abzutreten, und behält in großer Bescheidenheit für sich nur 2 Stimmen, wobei sie aber wohl damit rechnet, daß die deutsche Domgemeinde nun auch im christlichen Geiste von ihren 6 Stimmen der Friedensgemeinde eine Stimme abtreten werde."

Mit diesem Antrag aber hat das Blatt sich gewandt. Um ihn dreht sich der Kampf, der nach und nach das ganze Land, auch Letten und Deutsche unter sich, aufzuspalten beginnt. Es versteht sich von selbst, daß die Deutschen dem heuchlerischen Vorschlag nicht zustimmen können. Eine deutsche Gemeinde mit fünf Stimmen neben zwei lettischen mit insgesamt sieben Stimmen, das hieße, die Unterschrift unter das eigene Todesurteil setzen. Dann würden die Deutschen in diesem Gotteshaus, das ihre Vorfahren einst in frommer Ehrfurcht gebaut und lange Geschlechterfolgen von Jahrhundert zu Jahrhundert mit Erinnerungen und Dankzeichen geschmückt hatten, zur geduldeten Minderheit, und es wäre nur eine Frage der Zeit,

wann man sie ganz aus ihm herausdränge. Doch auf die Menge draußen vor den Toren übt das heuchlerische Gerede je länger, je mehr eine verführerische Wirkung. Der böse Deutsche, der sich weigert, nur noch (nachdem er die Hälfte bereis freiwillig opferte) ein Zwölftel des Dombesitzes abzutreten, der hartherzige Deutsche, der auf diesem Zwölftel hockt und in eklem Geiz den Frieden des Landes stört: das Bild ist zu schön, zu seicht auch und zu oberflächlich, um nicht die nationalistisch verhetzten Massen hinzureißen."

Inzwischen sind die Massen durch eine gewissenlose Presse endgültig verhetzt worden. Die wenigen lettischen Stimmen, die anfänglich den Mut hatten, gegen das geplante Unrecht aufzutreten, sind eingeschüchtert und verstummt.

Wir Deutschen müssen den Kampf allein zu Ende führen!

Die Domfrage und die Gesamtkirche

Von Bischof D. P. H. Poelchau

Seit Jahr und Tag wird das gesamte Deutschtum unseres Landes durch den Streit um die Domkirche in Atem erhalten. Es fühlt sich in seinen heiligsten Interessen bedroht und in seinem tiefsten Empfinden verletzt. Es unterliegt fortgesetzt schwerster Verunglimpfung und steht all den mit der Domfrage verknüpften Entstellungen im letzten Grunde machtlos gegenüber. Schweren Herzens muß es mitansehen, wie eins unserer ehrwürdigsten Heiligtümer zum Gegenstande politischer Treibereien wird.

Es ist jedoch vollkommen abwegig, wenn unsere deutsche Volksgemeinschaft ausschließlich sich als den angegriffenen und leidenden Teil in dieser üblen Sache empfindet. Die Domfrage ist vor allem eine kirchliche Frage und hat ihre verhängnisvolle Bedeutung für die gesamte Landeskirche.

Im August 1928 ist von der Regierung ein Gesetz herausgegeben worden, das u. a. die Enteignung von Kirchen, Kapellen und sonstigem gottesdienstlichen Zwecken dienenden Immobilbesitz der ev.-luth. Kirche verbietet. Dieses Gesetz besteht zu Recht. Solange es gilt, müßte es gänzlich ausgeschlossen sein, daß durch ein weiteres Gesetz eine Kirche zum Staatseigentum erklärt wird. Wird diese

Möglichkeit dennoch ernsthaft ins Auge gefaßt, ohne daß vonseiten der für die Gesetzmäßigkeit in unserem öffentlichen Leben verantwortlichen Instanzen Widerspruch dagegen erhoben wird, so muß das die Kirche mit schwerster Besorgnis erfüllen. Sie wird sich nicht verhehlen können, daß ihr ganzes Verhältnis zum Staate der notwendigen Stabilität und Sicherheit entbehrt. Sie wird sich sagen müssen, daß auch in Zukunft jederzeit Umstände eintreten können, die den Staat veranlassen, über den ihr anvertrauten Besitz von sich aus zu verfügen. Sie wird sich ganz klar darüber sein, daß jeder derartige Eingriff des Staates natürlich nicht an kirchlichen, sondern an politischen Gesichtspunkten orientiert sein muß. Sie wird das durchaus berechtigte Empfinden haben, daß ihrem Wirken im Einvernehmen mit dem Staate und zum Wohle des Staates die Grundlagen entzogen sind. Mag heute die einmal entfachte nationale Leidenschaft weithin dem lettischen Kirchenvolke diese Gesichtspunkte verdunkeln, so fehlt es doch auch in seinem Lager keineswegs an ernsten Persönlichkeiten, denen sich die Domfrage mit schwerem Druck auf Herz und Gewissen legt, weil sie sehr wohl sehen, daß es hier letzten Endes nicht um ein deutsches Sonderinteresse geht, sondern daß vielmehr die ganze Kirche in ihren Lebensnotwendigkeiten gefährdet wird.

Dazu aber kommt ein weiteres. Die Domfrage hat in unheilvollster Weise einen Keil zwischen die beiden nach Gottes Rat in unserer Kirche vereinigten Nationalitäten getrieben. Heiß haben seinerzeit Letten und Deutsche miteinander ringen müssen, bis sie für unser kirchliches Leben die Formen fanden, die ein Zusammenleben und ein Zusammenarbeiten in Friede und Liebe gewährleisten. Es wollte scheinen, als gehörten diese Kämpfe nun endlich der Vergangenheit an. Von Jahr zu Jahr schritt die Verständigung fort, und wir durften hoffen, bei aller Wahrung berechtigter nationaler Eigenart, dennoch in tiefer innerer Verbundenheit das Reich Gottes auf der teuern Heimatscholle bauen zu können. Der unselige Streit um den Dom hat diese Hoffnung stark getrübt. Wer die Ostersynode dieses Jahres mitgemacht hat, der hat den schmerzlichen Eindruck gewonnen, daß sich innerhalb der Kirche zwischen Letten und Deutschen aufs neue eine tiefe Kluft aufgetan hat. Aus vielen unserer lettischen Glaubensgenossen sprach in so hohem Maße Mißtrauen, Verständnislosigkeit und leidenschaftliche Erbitterung gegen uns, daß jede sachliche Entgegnung, jede ruhige Verständigung vollkommen aussichtslos erscheinen mußte. Die verderbliche Saat, die durch Monate von einem Teil der lettischen Presse gesät war, trug spürbar

ihre Früchte. Das ist an sich schon eine überaus traurige Erscheinung. Vergegenwärtigen wir uns aber den ganzen Ernst der augenblicklichen Situation, machen wir uns klar, daß unserer Kirche zumal durch die von Osten herandringende Gottesfeindschaft ein Kampf auf Leben und Tod aufgezwungen ist, so möchte man das Haupt verhüllen in tiefem Schmerze über die Zerrissenheit, die im eigenen Lager Platz gegriffen hat. Es wird nach menschlichem Ermessen lange währen, bis die schweren inneren Schäden, die der Domstreit gezeitigt hat, überwunden werden und sich der Weg öffnet, der die Kirche aus der nationalen Zerklüftung herausführt. Im lettischen wie im deutschen Lager werden alle, denen es wirklich um die Sache des Evangeliums geht, heiß zu ringen haben, damit unsere teure Kirche zu Eintracht und Friede genese und die feste Front darstelle, deren wir bedürfen, wenn nicht die Stürme der Zeit uns alle hinwegfegen sollen.

Von diesen Gesichtspunkten aus will auch die Frage beantwortet sein, was die Domsache unserem deutschen Kirchenwesen, als einem in sich geschlossenen Ganzen, bedeutet. Es ist von vornherein klar, daß sie sich den deutschen Gemeinden anders darstellen muß als den lettischen. Winkt diesen bei etwaiger Enteignung des Doms ein scheinbarer Gewinn, so droht uns ein nicht nur scheinbarer, sondern durchaus realer und sehr schmerzlicher Verlust, ein Verlust, der doch keineswegs allein die deutsche Domgemeinde trifft. Gerade mit diesem Gotteshause fühlt sich das gesamte Deutschtum des Landes aufs innigste verbunden. Der Dom ist Zeuge und Sinnbild einer jahrhundertelangen, reich gesegneten Geschichte. Der Versuch, ihm diese Bedeutung zu nehmen, kann natürlich gar nicht glücken, da sich Geschichte nun einmal nicht ungeschehen machen läßt. Wohl aber kann uns unser Anrecht auf die Kirche genommen werden, und damit wäre unserem ganzen Volkstum ein Schlag zugefügt, den es in allen seinen Teilen empfinden wird. Am Dome aber haften weiter heilige Erinnerungen für ungezählte einzelne unserer Volksgenossen. Über das ganze Land verstreut leben deutsche Balten, die am Konfirmationstage oder in der Stunde der Trauung vor seinem Altare gestanden, die unter seiner Kanzel gesessen und aus dem hier vernommenen Worte vielleicht einen Segen empfangen haben, der für ihr ganzes Leben bestimmend war. Ziehen wir das alles in Betracht, so ist es gewiß nicht zuviel gesagt, wenn wir behaupten, daß eine Fortnahme des Domes das deutsche Volksgemüt unter uns tief verletzen müßte. Aber nicht das allein. Während des Kampfes um

den Dom sind von lettischer Seite vielfach Töne angeschlagen worden, die in allen unseren deutschen Gemeinden schwerste Besorgnis geweckt haben. Der Gedanke ist gar nicht abzuweisen, daß, wenn es überhaupt hier zu einer Enteignung deutschen kirchlichen Besitzes kommt, von dem kümmerlichen Rest an Kirchen und gottesdienstlichen Stätten, der bisher in unserer Nutzung und Verwaltung verblieben ist, noch vieles gefährdet erscheint. Unsere deutschen Gemeinden können sich dem Eindruck nicht verschließen, daß hier ein Präzedenzfall geschaffen wird, der die Sicherheit aller Grundlagen ihres Aufbaus und Ausbaus erschüttert. Das Bewußtsein davon aber muß sich lähmend auswirken auf Schaffensfreudigkeit und Lebenswillen unserer Gemeinden. Dazu kommt, daß jeder weitere Besitzverlust die ohnehin sehr schwierige Finanzgebarung unseres deutschen Kirchenwesens mit neuen Erschwerungen belastet, was für das durch die Geschehnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit verarmte deutsche Volkstum keineswegs belanglos ist. Endlich aber werden wir uns sagen müssen, daß die durch den Domstreit vergiftete Atmosphäre unsere Mitarbeit am Bau der Gesamtkirche unserer Heimat in Frage stellt. Wenn die deutsche Bundesgenossenschaft den kirchlichen Führern des lettischen Volkes zur Belastung wird und ihr Handeln in den Augen des eigenen Volkstums diskreditiert, so werden wir ohne unser Verschulden ein störender Faktor im Leben der Gesamtkirche und können ihr, ob wir auch den treuesten Willen und die ernsteste Dienstbereitschaft in uns tragen, nicht zum Segen werden. Das ist eine Tatsache, die sich heute nicht übersehen läßt und wohl geeignet erscheint, schwere Beunruhigung in uns auszulösen.

Alles in allem genommen kann somit die Bedeutung, die die Domfrage für unser deutsches Kirchenwesen gewonnen hat, gar nicht hoch genug angeschlagen werden. Wie immer der Ausgang der bösen Sache sein möge, wir werden unter allen Umständen noch lange unter ihren Folgen leiden. Eins aber steht uns fest. All das Schmerzliche, das uns widerfährt, ist nicht nur als eine Frucht menschlichen Übelwollens zu werten. Wir sollen und dürfen es letztlich hinnehmen aus Gottes Hand. Wir sollen und dürfen gewiß sein, daß es einen Segen für uns in sich bergen muß. Und damit ist unseren deutschen Gemeinden die Stellung angewiesen, die sie in dieser Frage einzunehmen haben. Die Aufgabe, die Gott der Herr ihnen gegeben, die Aufgabe, sich selbst zu kräftigen geistlichen Lebenszentren zu erbauen, erlischt ja nicht, wenn man uns den Dom fortnimmt. Sie bleibt bestehen und fordert von uns nur um so entschiedener die

Anspannung aller Kraft, die in uns liegt. Wird an unseren Gemeinden wiederum das Schriftwort zur Wahrheit, daß, wo ein Glied leidet, da leiden alle Glieder mit, verschweißt uns, was wir heute erleben, nur um so fester zu einer starken Gemeinschaft, lernen wir es unter dem Ernste, der über uns gekommen ist, uns zu einer Beterschar zusammenzuschließen, die mit Gott dem Herrn um das Leben und das Erblühen unseres kirchlichen Lebens ringt, werden wir stark in Opfermut und Opferfreudigkeit, dann führt uns auch diese Sache nicht abwärts, sondern aufwärts und lehrt uns das Haupt hoch erheben in der Gewißheit:

Das Reich muß uns doch bleiben!

Die Stellungnahme des lettländischen ev.-luth. Oberkirchenrats und der lettländischen Synode in der Domfrage

Von P. Alexander Burchard

§ 47 der Verfassung der ev.-luth. Kirche Lettlands lautet: „Wenn zwei oder mehrere Gemeinden das Kirchengut gemeinsam nutzen, so werden Unstimmigkeiten bei der Verwaltung des gemeinsamen Gutes vom Oberkirchenrat entschieden."

Auf Grund dieses § ist der Oberkirchenrat die entscheidende Instanz in dem von der Garnisonsgemeinde entfachten Streit. In diesem Sinne hat der Oberkirchenrat auch seines Amtes gewaltet. Da die Garnisonsgemeinde sich auf das Gesetz von 1923 (siehe Anhang) berief, setzte der Oberkirchenrat eine juristische Kommission ein, die das erwähnte Gesetz darauf prüfen sollte, ob es dem lettländischen Bischof bzw. dem Oberkirchenrat das Recht gebe, eine Gemeinde aus der Kirche zu entfernen und eine andere Gemeinde in die Kirche einzusetzen. Die Kommission reichte mehrere juristische Gutachten ein, das Resultat war ein negatives. (Siehe hierzu das Gutachten von Senator a. D. Baron Duesterlohe im Anhang). Auf Anraten eines Gliedes des Oberkirchenrats sollte eine Aussprache zwischen den Pastoren der Domgemeinde und den Pastoren der Garnisons- und Friedensgemeinde stattfinden. Eine Einigung kam trotz weitesten Entgegenkommens der Dompastoren nicht zustande, weil der Pastor der Garnisonsgemeinde erklärte, daß der Vorstand der Garnisonsgemeinde ihm die Fortführung der Verhandlungen verboten habe.

Der Oberkirchenrat ordnete darauf offiziell 2 Sitzungen zwischen den betreffenden Gemeinden an, auf denen eine Einigung erzielt werden sollte. (16. Oktober 1930 und 8. Januar 1931). Die Sitzungen fanden unter dem Präsidium von Gliedern des Oberkirchenrats im Sitzungssaal des Innenministeriums statt. Auch diese Sitzungen brachten keine Einigung, weil — obwohl Domgemeinde und Friedensgemeinde zu weitestem Entgegenkommen hinsichtlich der Nutzung der Kirche und der gottesdienstlichen Stunde bereit waren — die Garnisonsgemeinde vor allen Dingen das Mitverwaltungsrecht verlangte. Dieses Recht konnte die Domgemeinde nicht zugestehen. Und auch die Friedensgemeinde fand ein solches Zugeständnis damals noch bedenklich. Jedenfalls sprach es ein Glied des Kirchenvorstandes der Friedensgemeinde aus, es sei klar, die Garnisonsgemeinde wolle nicht den Frieden, sie wolle nur die Macht, sie führe scheinbar den Kampf allein gegen die deutsche Domgemeinde, in Wirklichkeit aber auch gegen die lettische Friedensgemeinde, da sie alleinige Besitzerin des Domes werden wolle. Die Domgemeinde hatte auf Verlangen des Oberkirchenrats ihren Standpunkt wie folgt festgelegt und begründet (Schreiben vom 5. Nov. 1930, Nr. 95):

„Die Domgemeinde ist nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet die Domkirche zu verwalten. Dieses geht aus den Bestimmungen §§ 39, 15; 41 und 42 der Verfassung der Ev.-Luth. Kirche Lettlands hervor.

Sie darf diese ihre Pflicht weder im vollen Umfange, noch teilweise auf andere Gemeinden oder sonstige Institutionen übertragen. Die von der Garnisonsgemeinde gestellte Forderung, zu der Verwaltung der Domkirche auf paritätischer Grundlage mit der Domgemeinde hinzugezogen zu werden, entbehrt somit jeder Rechtsgrundlage. Die Forderung wird daher vom Kirchenrat der Domgemeinde einstimmig abgelehnt. Der Kirchenrat der Domgemeinde hofft, daß die Garnisonsgemeinde die Berechtigung dieses Standpunkts anerkennen wird. Von dieser Voraussetzung ausgehend, will der Kirchenrat der Domgemeinde sich mit der Verlegung des deutschen Gottesdienstes auf die Stunde 11,15 vormittags einverstanden erklären, um auf diese Weise der Friedensgemeinde und der Garnisonsgemeinde die Benutzung der Kirche in den Morgenstunden bis spätestens 11 Uhr nach gegenseitiger zwischen ihnen zu treffender Vereinbarung zu überlassen. Er ist auch damit einverstanden, daß die Kirche Sonntags nach 1 Uhr mittags von den lettischen

Gemeinden zur Vollziehung von Taufen und Trauungen benutzt wird.

Der Kirchenrat der Domgemeinde ist sich dessen wohl bewußt, daß die Überlassung der Kirche bis 11 Uhr früh und nach dem deutschen Gottesdienst an andere Gemeinden eine Beeinträchtigung des gottesdienstlichen Lebens der Domgemeinde nach sich ziehen muß, was namentlich an den großen Kirchenfeiertagen mit Sicherheit zu erwarten ist. In dem Bestreben jedoch, bis an die äußerste Grenze des Tragbaren zu gehen, um den Frieden zwischen der Domgemeinde und der von ihr als Gastgemeinde in die Domkirche aufgenommenen Garnisonsgemeinde wiederherzustellen, hat er sich zu der obigen Regelung der Benutzung der Kirche, die Zustimmung der Friedensgemeinde vorausgesetzt, entschlossen."

Am 9. und 10. Februar 1931 beschäftigte sich der Oberkirchenrat in seiner Plenarsitzung erneut mit der Forderung der Garnisonsgemeinde. Es wurde einstimmig die Resolution gefaßt, daß weder der lettländische Bischof, noch der Oberkirchenrat berechtigt seien, die Forderung der Garnisonsgemeinde auf den Dom zu erfüllen.

Dem Bischof D. Irbe, der sich in dieser ganzen Angelegenheit streng sachlich auf den Boden der Kirchenfassung gestellt hat, die in § 41 unzweideutig klar das Recht der deutschen Domgemeinde schützt, und der um seiner Gerechtigkeit willen mehrfach von chauvinistischer Seite angegriffen worden war, wurde das Vertrauensvotum des Plenums des Oberkirchenrats für seine Haltung ausgesprochen.

Und dann kam am 8. und 9. April 1931 die lettländische Synode. Auf die Tagesordnung der Synode waren auch die zwischen der Domgemeinde und der Garnisonsgemeinde schwebenden Angelegenheiten gesetzt. Die endgültige Entscheidung war also der Synode anheimgestellt. Man kann sich vorstellen, mit welcher Spannung ihr Zusammentritt erwartet wurde. Da zur Synode nicht nur Pastoren, sondern auch Gemeindedelegierte gehören, die durch Monate hindurch von einer nationalistisch-hetzerischen Presse beeinflußt worden waren, war ihre Stellungnahme nicht sicher zu errechnen. Wenn auch vorausgesetzt werden konnte, daß, abgesehen von einigen bekannten Chauvinisten, ein guter Teil der Pastorenschaft mit ihrem Bischof zusammen den Standpunkt der Gerechtigkeit und der Gesetzlichkeit vertreten würde, mußte doch mit stark einseitig nationalistischer Beurteilung der Angelegenheit gerechnet werden. So machte sich denn auch sehr bald diese Richtung bemerkbar.

Bischof D. Irbe hatte ein umfangreiches Material über Fragen der Verfassung der Kirche und des Ausbaues der Gemeinden den Sprengeln zur Beratung überwiesen. Dieses Material sollte auch auf der Synode durchberaten werden. Gleich die erste Frage war hochbedeutsam für den Dom. Es handelte sich um den § 41 der Verfassung der ev.-luth. Kirche Lettlands. Der § lautet (im Auszuge): „Die Befugnis, das Kirchengut zu nutzen und zu verwalten, soweit sie nicht durch die Bestimmungen dieser Verfassung eingeschränkt ist, verbleibt jeder Gemeinde auch fernerhin in dem Umfange, in welchem sie am Tage der Annahme dieser Verfassung (26. Januar 1928) rechtmäßig vorhanden war. . ."

Zur Entscheidung stand die Frage, ob dieser § dahin erweitert werden sollte, daß neubegründete Gemeinden das Recht erhalten sollten, nicht nur an der Nutzung, sondern auch an der Verwaltung einer schon bestehenden Kirche neben der alten Gemeinde teilzunehmen. Die Synode hat mit großer Majorität diese Erweiterung als unzulässige Beeinträchtigung schon bestehender Gemeinden abgelehnt. Damit war ja im Grunde auch schon die Domangelegenheit zu Gunsten der deutschen Domgemeinde entschieden. Aber die Synode erklärte die Domfrage für einen Ausnahmefall, der besonders zu behandeln sei, obwohl ein analoger Fall in Frauenburg, wo es sich um 2 lettische Gemeinden handelte, unter diesen Entscheid der Synode gestellt wurde.

Am nächsten Tage brach dann geradezu ein Sturm von Vorwürfen, Angriffen, Anschuldigungen gegen den deutschen Teil der Synode, insbesondere gegen die deutsche Domgemeinde los, der an Maßlosigkeit und Würdelosigkeit die schlimmsten Erwartungen übertraf. Es war wie eine Welle des Hasses und der Nichtachtung, die über die Deutschen flutete. Alle alten Märchen wurden wieder aufgefrischt, alle Register der Geschichtsverdrehung wurden gezogen, allerhand Advokatenkniffe wurden angewandt, um „das Recht" der Garnisonsgemeinde zu beweisen. Allerhand Gründe wurden für die Berechtigung der Ansprüche der Garnisonsgemeinde ins Feld geführt, Gründe religiöser Art, nationaler Art, Gründe des Prestiges der Garnisonsgemeinde usw. usw.

Am Nachmittag schickte die Opposition einen Redner nach dem andern vor, von denen jeder in Haß und Wut gegen die Deutschen förmlich schwelgte. Und nun wurde die Synode zu einem tumultuarischen Meeting.

Längst widerlegte Behauptungen wurden neu hervorgeholt und vorgetragen, so auch die, daß durch Schuld der Deutschen der Staatspräsident vor der Kirchentür habe warten müssen, in welcher Behauptung der Redner — ein Propst — sich auch nicht stören ließ, als der Sitzungsleiter ihn offiziell darauf hinwies, daß sie längst als unwahr widerlegt worden sei. Man warf ein übriges Mal den Deutschen Mangel an Glauben und Liebe vor, weil sie die Forderung der Garnisonsgemeinde nicht erfüllten. Nur wenige traten auf, die für das gute Recht mutig eine Lanze brachen; und diese wenigen wurden dann einfach niedergeschrien. Aber nicht nur gegen die Deutschen richtete sich dieser blinde, übertrieben nationalistische Eifer, sondern auch gegen alle die Synodalen, deren Verhalten erkennen ließ, daß sie nicht gesonnen seien, die beabsichtigte Rechtsbeugung mitzumachen. Der alte ehrwürdige Propst Avot, dem Bischof D. Irbe die Leitung der Sitzung übertragen hatte, mußte es sich gefallen lassen, daß ein Pastor ihm auf eine Äußerung hin „Lüge"! zurief. Bischof D. Irbe selbst ward bald in die Rolle eines „Angeklagten" gedrängt und mußte sich allerlei ungerechtfertigte Vorwürfe gefallen lassen, die er mit souveräner Gelassenheit und bischöflicher Würde ertrug.

Es war in dem tumultuarischen Verlauf der Synode wie eine befreiende Kraft, wie der Einbruch eines reinen christlichen Geistes, als der Bischof erklärte, er werde sich zu keinen Beschlüssen drängen lassen, die nicht mit dem Gewissen vereinbar seien, er werde und wolle nicht die Rolle eines Judas übernehmen, er sei nicht, wie ihm vorgeworfen würde, ein Freund der Deutschen, er stehe aber auf dem Standpunkt, den Recht und christliche Moral vorschrieben. Danach habe er gehandelt und werde er handeln. Eher werde er der Synode seine Vollmachten als Bischof zurückgeben, als daß er in ein Unrecht willige, das für die christliche Kirche nicht tragbar sei.

Die von hoher sittlicher Warte gesprochenen Worte verfehlten ihres Eindruckes nicht. Mit dieser Stellungnahme hatte der Bischof nur ganz konsequent denselben Standpunkt eingenommen, auf dem er schon im Jahre 1923 stand, als die Jakobikirche enteignet wurde. Damals wurde vom Oberkirchenrat eine Kundgebung veröffentlicht, in der es unter anderem hieß: „. . . dieses schwere Unrecht an unserer Kirche ist nicht bloß von Fremden und Kirchengegnern in die Wege geleitet und beschlossen worden, sondern von den eignen Söhnen unserer evangelischen Kirche! Das ist das Unbegreifliche und Unfaßliche. . . Wohl ist dem lettländischen Bischof gleichzeitig mit

der Fortnahme der Jakobikirche das Recht der Benutzung der Domkirche, des Domgartens und aller Nebengebäude eingeräumt worden. Als ob der Bischof Lettlands entschädigt werden könnte für das Unrecht, das der evangelisch-lutherischen Kirche zugefügt worden ist, entschädigt gar auf Kosten einer Gemeinde, deren Gotteshaus er ebenso wie die Kirchen aller anderen Gemeinden ohne irgendwelchen besonderen Gesetzerlaß zur Ausübung seiner bischöflichen Funktionen benutzen konnte und noch kann, und deren Rechte zu wahren ihm ebenso obliegt, wie die Rechte aller andern evangelisch-lutherischen Gemeinden in Lettland. . ."

Diesen Standpunkt hat damals niemand dem Bischof zum Vorwurf gemacht. Im Gegenteil, man erkannte an ihm ein Stück seiner unabhängigen Größe. Heute sieht man in einem gleichen Standpunkt einen Grund zum Vorwurf. Warum? Weil es damals um Katholiken und Evangelische ging, heute aber um evangelische Deutsche und evangelische Letten? Damals konnte davon gesprochen werden, daß „durch diese Stellungnahme des Bischofs der Anschlag der Feinde der Kirche auf die Einigkeit der evangelisch-lutherischen Bevölkerung unseres Landes zu Schanden geworden ist." . . . Heute droht die Gefahr, daß die Einigkeit aus dem eignen Lager heraus zerbrochen wird.

Trotz allen propagandistischen Kampfes war der Beschluß der Synode ein günstiger für die Sache des Rechts. Die Garnisonsgemeinde habe sich mit der Dom- und Friedensgemeinde zu einigen, bis sie zu einer eignen Kirche käme. Die Opposition war über diese Resolution so aufgebracht, daß sie, ohne den Schluß und die Schlußandacht abzuwarten, in auffälliger Weise den Saal verließ.

Am andern Tage machte der Vorsitzende der Friedensgemeinde der Synode, in Abwesenheit der deutschen Vertreter, die eine Sondersitzung hatten, die Mitteilung: die Friedensgemeinde sei bereit, von den ihr nach dem Vertrage zukommenden Plätzen in der gemeinsamen Verwaltung 4 Plätze an die Garnisonsgemeinde abzutreten und sich mit 2 Plätzen zu begnügen, wobei zu hoffen sei, daß die deutsche Domgemeinde von ihrem Teil — nach dem Vertrage dieselbe Anzahl, also ebenfalls 6 Plätze — noch einen Platz der Friedensgemeinde abtreten werde. Dann wäre der Friede hergestellt. Die Deutschen brauchten also nur $^1/_{12}$ ihrer Rechte aufzugeben. Dann hätte die Garnisonsgemeinde $^4/_{12}$, die Friedensgemeinde $^3/_{12}$, die Domgemeinde $^5/_{12}$.

Demnach hätten Garnisons- und Friedensgemeinde die Majorität, die drei deutschen Beichtkreise der Domgemeinde, die rechtmäßigen Besitzer der Kirche, die Minorität.

Diese Mitteilung wurde vom Vertreter der Garnisonsgemeinde und einem großen Teil der Synodalen mit freudiger Zustimmung aufgenommen. Der Vertreter der Garnisonsgemeinde, fühlte sich berechtigt, die Synode, die den Deutschen soviel Mißachtung gezeigt hatte, auf der ihnen nun auch noch ein Eingehen auf eine Vergewaltigung zugemutet wurde, eine wahre „Friedenssynode" zu nennen.

Zur Stellungnahme der Deutschen Abteilung des ev.-luth. Oberkirchenrats in der Domfrage

Von Oberpastor Lic. Viktor Grüner

Die letzte Synode, von dem lettischen Teil der Synodalen wegen ihres Ausgangs als Friedenssynode gerühmt, hat in uns Deutschen nicht den Widerhall eines dankbaren und freudigen Gefühls auszulösen vermocht, sondern uns mit tiefer Besorgnis erfüllt. Den Grund dieser Besorgnis aufzuhellen, ist der Zweck der nachstehenden Ausführungen.

Sie sollen nicht die juristische Seite der Angelegenheit ein übriges Mal aufrollen und erörtern. Das ist seitens der Sachkundigen zur Genüge geschehen. Sie sollen auch nicht die verschiedenartigen Vorwürfe, die in der Presse und während der Synodaldiskussionen gegen uns Deutsche erhoben worden sind, von neuem zur Sprache bringen und zu entkräften suchen. Auch das ist mündlich und schriftlich für den, der hören will, wiederholt unternommen worden und wird auch hier an anderer Stelle noch einmal versucht. Wie alle komplizierten Fragen des Lebens hat auch die Angelegenheit der Domkirche eine tiefgreifende Gefühlsseite an sich, eine psychologische Beziehung, die für uns den Kernpunkt der Sache darstellt. Diese dem Verständnis der Gegenseite näherzubringen, soll in folgendem versucht werden.

Die am 8. April d. J. auf der Synode mit Stimmenmehrheit angenommene Resolution, laut welcher der durch den Vertrag zwischen Dom- und Friedensgemeinde festgelegte Stand der Dinge die Sanktion der Gesamtkirche Lettlands erhalten hat, hat unserer Ansicht nach die Bedeutung einer den Streit um die Domkirche abschließenden Beschlußfassung. Die dort vorgesehene Regelung der Angelegenheit erschien und erscheint uns als einzig möglicher Weg zu friedlichem Zusammenwohnen in einem Gotteshause auf der Grundlage der Parität, klarer Rechtsverhältnisse und gegenseitiger Achtung der den

beiden Domgemeinden sowie ihren Bestandteilen zukommenden Rechte. In die unverhofft friedliche Lösung der Sache hat unserem Empfinden nach die in der Nacht vom 8. auf den 9. April erzielte und am 9. April in der Synode überraschenderweise, ohne vorherige Verständigung mit der deutschen Gemeinde proklamierte „Einigung" zwischen der Friedens- und Garnisonsgemeinde einen fühlbaren Riß hineingetragen, wodurch der allerseits ersehnte kirchliche Friede ernstlich in Frage gestellt erscheint.

Warum ist diese Form der Einigung zwischen den beiden lettischen Gemeinden für uns unannehmbar?

Zunächst aus rein formellen Gründen. Es geht unserer Meinung nach nicht an, Beschlüsse der Synode, die nach stundenlangen Debatten mit klarer Majorität angenommen worden sind, nachträglich durch ein völliges Novum, wenn auch nicht aufzuheben, so doch praktisch illusorisch zu machen. Wohin gelangen wir, wenn Synodalbeschlüsse abgeändert werden, sobald eine überstimmte Minderheit, mit dieser oder jener Entscheidung unzufrieden, schon am folgenden Tage Änderungen durchsetzt, die das vordem Erarbeitete umstoßen. Der in Frage stehende Lösungsversuch bedeutet insofern eine grundsätzliche Änderung der Resolution vom 8. April, als er das dort vorgesehene Paritätsprinzip zwischen Deutschen und Letten verletzt und so nicht ein Amendement einbringt, sondern eine völlig neue Situation schafft. Deshalb ist er für uns unannehmbar.

Sodann sind es sachliche Gründe, die die vorgeschlagene Lösung für uns hinfällig machen. Sie sind teils prinzipieller, teils praktischer Natur.

Rein prinzipiell gesehen, erscheint es uns verkehrt, das Argument auszuspielen, es gehe bei der Meinungsverschiedenheit zwischen Deutschen und Letten letztlich nur um $^1/_{12}$. Diesen an sich geringen Bruchteil des Ganzen an den lettischen Teil der Domgemeinde abzutreten, bedeute die friedliche Lösung des Problems. In Wirklichkeit handelt es sich nicht um ein belangloses Zwölftel, sondern um Aufgabe des Paritätsprinzipes durch die Deutschen zugunsten der Letten. Daß dieses in unseren Augen nicht so gleichgültig für die Zukunft unseres Kirchenwesens erscheint, dürfte nicht bezweifelt werden. Es handelt sich nicht um einen relativ geringen Bruchteil am Gesamtbestande des Doms, sondern um die Lebensfrage der deutschen Domgemeinde.

Dazu kommt, daß der Begriff des Zwölftels gänzlich ungeklärt ist. — Bedeutet es ein Zwölftel der Stimmen in der künftigen

gemischten deutsch-lettischen Verwaltung der Domkirche? Dann liefe die Abtretung der einen Stimme seitens der Deutschen praktisch auf eine Selbstauslieferung an die lettische Majorität für alle denkbaren Fälle hinaus. Daß dieses keine unnütze Befürchtung darstellt, zeigt ein am 27. April d. J. erschienener Artikel der „Jaunakàs Sinas", die von der Garnisonsgemeinde stets als Sprachrohr für ihre Ansichten benutzt worden ist, in dem ganz offen von der Einheitsfront der lettischen Gemeinden gegen die deutsche Domgemeinde die Rede ist, die nunmehr mit Nachdruck und Erfolg die lettischen Interessen allein zu vertreten imstande sein würde. Diese Offenheit belehrt uns über den wahren Charakter der projektierten Lösung. Sollte aber unter dem Zwölftel, das deutscherseits abzutreten sei, nicht nur an den Stimmsatz, sondern auch an Recht oder Besitz gedacht sein, so ergäbe sich daraus in praxi erst recht eine Aufhebung der im Vertrage vorgesehenen Ordnung der Dinge, ganz abgesehen davon, daß es ungeheuer schwierig, ja unmöglich anzugeben ist, worin ein Zwölftel an kirchlichen Rechten und kirchlichem Besitz eigentlich besteht. Man kann beides wohl gemeinsam nach dem Prinzip der Parität ausüben, bzw. nutzen, aber nicht bis auf Bruchteile mathematisch genau herauskalkulieren. Auch aus diesem Grunde erscheint uns der vorgeschlagene Lösungsversuch unannehmbar.

Ein beliebtes und bestechend klingendes Argument gegen unsere Stellungnahme ist ferner die häufig wiederholte Mahnung an unsere Adresse, doch auch i n e t w a s entgegenzukommen, um die Domangelegenheit im Sinne aller Interessierten positiv zu entscheiden, sowie die unsererseits vorliegende angebliche Unzugänglichkeit und Abneigung, dieser Mahnung Folge zu leisten. Wie steht es damit in Wirklichkeit? Der Vertrag zwischen Dom- und Friedensgemeinde, auf dem wir fußen, stellt de facto eine Konzession unsererseits dar, die in der Geschichte der Kirche ihresgleichen sucht. Wo hat sonst je eine Gemeinde auf die Hälfte des ihr rechtlich einwandfrei zukommenden Besitzes freiwillig verzichtet? Auf diese freiwillig abgetretene Hälfte, nicht auf das ü b e r diese Hälfte hinaus geforderte Zwölftel muß hingewiesen werden, um die Behauptung deutscher Unnachgiebigkeit ins rechte Licht zu rücken. Diese Behauptung bedeutet nichts anderes als eine Verschleierung des wirklichen Tatbestandes und eine absichtliche Irreführung der Uneingeweihten. Dazu kommt, daß die Seelenzahl der drei deutschen Beichtkreise im Dom im Vergleich zu den in Frage kommenden lettischen Gemeinden, schon rein numerisch beurteilt, das deutsche Opfer an Recht und Besitz als ein außerordentlich hohes

erscheinen läßt. Kann unter diesen Umständen wirklich mit gutem Gewissen von der deutschen Unnachgiebigkeit die Rede sein?

Am häufigsten ist uns von den Gegnern unserer Stellungnahme zum Kirchenstreit vorgehalten worden, wir sollten, einerlei wie die Rechtsverhältnisse liegen mögen und unser bisheriges Entgegenkommen zu bewerten sei, ein Übriges tun und aus reiner christlicher Liebe heraus den Wünschen der Garnisonsgemeinde Rechnung tragen. Es hat nicht an warmherzig klingenden Tönen gefehlt, die uns in dieser Richtung hin zu beeinflussen und ans Gemüt zu greifen versuchten. Wir sind jedoch in diesem Punkt der Meinung, daß es richtiger gewesen wäre, den rein religiös-ethischen Begriff der christlichen Liebe in dieses Stadium der Diskussion überhaupt nicht einzuführen. Beim gegenwärtigen Stand der Angelegenheit kann von Liebe, wenn man ehrlich ist, nicht gut die Rede sein. Liebe setzt eine Gemeinschaft gegenseitigen Vertrauens und Verständnisses voraus, die da nicht denkbar ist, wo der eine Teil den andern so heftig anklagt, ohne zuvor direkt mit ihm Fühlung genommen zu haben, wie es der Domgemeinde seitens der Garnisonsgemeinde widerfahren ist. Liebe beruht auf freiwilliger Hilfeleistung, wie sie der Friedensgemeinde durch die Domgemeinde zuteil wurde, als jene durch die Ereignisse des Jahres 1923 obdachlos wurde und im Dom Aufnahme fand auf Grund eines Vertrages, der der lettischen Gemeinde keinerlei Verpflichtungen außer der Rückerstattung direkter Auslagen auferlegte. Liebe besteht in tätiger Hilfeleistung, wie sie die Domgemeinde der Garnisonsgemeinde erwies, als diese für die Bestattung ihrer Toten keinen Raum besaß und ihn durch Abtretung eines der Domgemeinde gehörigen namhaften Teils auf dem Waldfriedhof kostenlos erhielt. So hat die Domgemeinde mehrfach Gelegenheit gehabt, ihre christliche Nächstenliebe durch die Tat zu beweisen. Sie kann dem aber nicht zustimmen, daß man ihr ein materielles Streitobjekt vorhält, von ihr die Sanktionierung eines rechtlich unbegründeten Anspruches verlangt, offen mit der Geltendmachung von Machtmitteln droht — und dabei an die Gesinnung christlicher Liebe apelliert. Unsere Auffassung ist, daß die Liebe, die einem derartigen Ansinnen willfahren würde, nur eine heuchlerische Liebe sein könnte. Sollen die Machtgelüste, wie das aus dem eingeleiteten Volksbegehren deutlich ersichtlich ist, die Entscheidung treffen über den Besitz der deutschen Domgemeinde und der evangelischen Kirche, so mag es sein, daß wir nicht imstande sind, das zu verhindern und der Gewalt weichen müssen, — mit Liebe im christlichen Sinn hat die Ange-

legenheit in diesem Stadium der Entwicklung nichts mehr zu tun, und wir müssen unsererseits ein Operieren mit diesem Begriff, so schmerzlich das an sich ist, als unzeitgemäß und unsachlich aufs entschiedenste ablehnen.

Ähnlich steht es mit der wiederholt geäußerten Mahnung, um des kirchlichen Friedens willen alle Wünsche der Garnisonsgemeinde auf Besitz, Nutzung und Verwaltung der Kirche zu erfüllen. Der Friede im eigenen Hause sei mehr wert als genaue Abgrenzungen von Recht und Besitz nach außen hin. Nun liegt es so, daß die ganze Zeit über seitens der Domgemeinde alle bisher unternommenen Schritte aus dem Gefühl heraus geschehen sind, der kirchliche Friede müsse bis zur letzten Möglichkeit gewahrt werden. Daher die unermüdliche Bereitschaft zu stets neuen Verhandlungen, zu namhaften Opfern an Besitz und Bequemlichkeit in der Nutzung des angestammten Gotteshauses, daher selbst weitgehende Konzessionen inbezug auf die gottesdienstliche Stunde. Daher auch unser Schweigen in der Presse während der vom Oberkirchenrat geführten Verhandlungen sowie auf der letzten Synode trotz der gegen uns gerichteten ungerechtfertigten Angriffe. Was aber ist der Erfolg dieser Nachgiebigkeit und Friedensliebe gewesen? Im Sommer 1930 bricht der Pastor der Garnisonsgemeinde die Verhandlungen, die günstig laufen, ab, mit dem Bemerken, sein Kirchenrat verbiete ihm jede weitere Erörterung der Kirchenfrage mit der deutschen Domgemeinde. Ähnlich stellen sich die Vertreter der Garnisonsgemeinde am 16. Oktober 1930 und 8. Januar 1931 bei den Besprechungen im Oberkirchenrat, wo sie erklären, daß es ihnen trotz weitesten Entgegenkommens der Friedens- und deutschen Domgemeinde in erster Linie auf die Verwaltung des Kirchenbesitzes ankomme, alles andere sei Nebensache. Wir fragen uns, was in Anbetracht dieses Tatbestandes eigentlich der Appell an die Friedensliebe bedeuten soll, wo jeder Schritt, der zum Frieden deutscherseits geschieht, stets weitere Aspirationen auslöst? Der kirchliche Friede ist unserer Ansicht nach Sache beiderseitigen ernsthaften Willens, aber nicht die Bereitschaft deutscherseits, sich weitere Ansprüche stillschweigend gefallen zu lassen.

Für uns bedeutet die Domkirchensache letztlich eine Gewissensfrage. Probleme der Besitzteilung, der gemeinsamen Verwaltung und praktischen Auseinandersetzung erscheinen uns sekundär. Nicht was praktisch, klug oder politisch notwendig erscheint, darf ins Gewicht fallen bei der Entscheidung der Kirchenfrage, sondern was durch das Gewissen geboten ist. Das ist es auch, worin wir uns eins

wissen mit dem lettländischen Bischof, und wir sind ihm dafür dankbar, daß er nicht mit seinen Sympathien, sondern mit seinem Verständnis für den unbestechlichen Ernst der Gewissensentscheidungen auf unserer Seite ist. Das christliche Gewissen fragt nicht danach, was Menschen, einer Majorität oder einem Majoritätsvolk gefällt, sondern was recht ist nach Gottes Gebot. Es muß erschüttert zurückschrecken vor einem Ausspruch, wie er in Anlaß des Domkirchenstreites im Parlament gefallen ist: daß das eigentliche Recht die Majorität des Volkswillens sei. Was das Gewissen bestimmt, ist die Geltung des neunten Gebotes, das wir weder solch einer Zufallsmajorität, noch einer in der lettischen Gesellschaft angeblich vorwaltenden Stimmung durch unsere weitere Nachgiebigkeit zum Opfer bringen können.

Wir können es nicht um unserer Gemeinden willen. Schon jetzt haben wir Vorwürfe zu hören: um des Prestiges der lettischen Majorität willen gebt ihr deutschen Kirchenbesitz preis. Wir können heute sagen; wir bringen mit gutem Gewissen Opfer bis zur Grenze der Gleichberechtigung, darüber hinaus nicht. Wie heftig würden die Anklagen sein, wenn wir über das Paritätsprinzip hinaus Nachgiebigkeit zeigten.

Wir können es nicht um unserer gemeinsamen Heimatkirche willen. Die Domkirchenfrage ist durch die Pressehetze in den Dienst der Wahlagitation gestellt worden und dadurch zum Objekt national- und parteipolitischer Erwägungen geworden. Es ist uns Gewissenssache, unsere Kirche von diesem Treiben frei zu halten, da es ihren Tod bedeutet, wenn sie zum Spielball politischer Leidenschaften wird. Einem Vorschlag, der höchstens im Augenblick diese Leidenschaften abesänftigen würde, sonst aber im Widerspruch zur Würde der evangelischen Kirche steht, können wir nicht zustimmen.

Wir können es nicht um der Gesamtkirche willen. Der Vorwurf, wir hätten die intern lettländische Frage der Domkirche zu einer europäischen gemacht, ist unbegründet. Das die Kirchensache unserer Heimat zu einer Angelegenheit der evangelischen Kirche in der Welt geworden ist, liegt in der Natur der Sache selbst. Nicht unsere lettischen und deutschen Gemeinden allein bilden die Gesamtkirche des Evangeliums, sondern die Gesamtheit aller evangelischen Christen. Wir leben in einem ökumenischen Zeitalter. Auch ohne unser Zutun sind Sonderschicksale unserer Heimatkirche gemeinsame Sache des Ganzen, gemäß dem Bibelwort: „So ein Glied leidet, so leiden sie alle.“ In dieser Erkenntnis haben wir deutschen Evangelischen im

Lande es nicht für unser Recht, sondern für unsere Pflicht gehalten, unsere Stimme zu erheben, für das, was nach Gottes Gebot und dem Urteil unseres Gewissens die Würde unserer teuren evangelischen Kirche bedeutet. Wir wollen mit alledem nicht den Streit. Wir sind bereit, das Unsrige dazu zu tun, daß unserer Kirche der Friede gewahrt bleibe, den sie für ihr Gedeihen braucht. Aber von unserem durchs Gewissen bezeichneten Standpunkt können wir nicht weichen. Und mögen die Folgen sein wie immer sie wollen — so stehen wir, wir können nicht anders.

Das Verhalten der Domgemeinde

Von P. Alexander Burchard

Der Domgemeinde ist von ihren Gegnern häufig der Vorwurf gemacht worden, sie stelle sich nur auf den Standpunkt des formalen Rechtes und zeige gar kein Verständnis für die Situation der lettischen Gemeinden und keinerlei Entgegenkommen den Letten gegenüber. Was hat die Domgemeinde wirklich getan?

Im Jahre 1923, als die Jakobikirche enteignet werden sollte und dadurch die deutsche Jakobigemeinde und die lettische Friedensgemeinde in Gefahr gerieten, ihr Gotteshaus zu verlieren, faßte die Domgemeinde eine Resolution, in der es unter anderem heißt: „Die Domgemeinde will Gottes Gebot folgend gern zur Linderung der Kirchennot der Evangelischen in unserer Stadt beitragen und erklärt daher, daß sie bereit war und bereit ist, eine lettische Gemeinde, die in solcher Not ist, in ihr Gotteshaus aufzunehmen."

Als dann die Enteignung der Jakobikirche zur Tatsache geworden war, hat die Domgemeinde die lettische Friedensgemeinde in den Dom aufgenommen und mit ihr einen Vertrag geschlossen, dessen zwei erste Paragraphen lauten:

§ 1. In Übereinstimmung mit dem von der Domgemeinde am 12. April 1923 gefaßten Beschluß, eine in kirchliche Not geratene Gemeinde in den Dom aufzunehmen, und im Hinblick darauf, daß die Friedensgemeinde infolge Übergabe der Jakobikirche an den römisch-katholischen Bischof zurzeit obdachlos ist, räumt die Domgemeinde die Mitbenutzung der Domkirche, der zu ihr gehörigen kirchlichen Nebenräume (Kapitelsaal, Konfirmandensaal und

Sakristeien), der Orgel und des Inventars zu den nachstehenden Bedingungen der Friedensgemeinde ein.

§ 2. Da nicht vorausgesehen werden kann, ob und wann die Friedensgemeinde wieder in die Jakobikirche wird einziehen können, resp. auf einem anderen Wege zu einem eigenen Gotteshause gelangen wird, soll die Dauer dieser Vereinbarung zeitlich nicht begrenzt sein und hat zu gelten, solange die gegenwärtig bestehenden Verhältnisse, durch die sie hervorgerufen wurde, andauern.

Die Friedensgemeinde wurde dabei zu keiner weiteren Zahlung verpflichtet, als nur zur Bestreitung eines Drittels der entstehenden direkten Unkosten, für Beheizung, Beleuchtung, Vereinigung und Bedienung, während die gesamten Generalunkosten, Remonten usw., allein von der deutschen Domgemeinde getragen wurden. In einem besonderen § wurde noch festgelegt, daß die lettische Friedensgemeinde auch das Recht habe, im Rahmen des Vertrages dem Garnisonsprediger die Möglichkeit zu geben, für die Garnison Gottesdienste zu halten.

Die innere Haltung, die damals die Domgemeinde beherrschte, kam treffend zum Ausdruck in einem in jenen Tagen herausgegebenen Flugblatt der Domgemeinde, wo es heißt:

„Zu uns in den Dom wird die lettische Friedensgemeinde kommen. Sie war auf die Straße geworfen. Diejenigen die es getan, kümmert das Schicksal der Obdachlosen nicht. Uns soll es kümmern. Wir wollen Gastrecht an ihr üben und wollen die Sache so ansehen, als ob Gott uns Gelegenheit geben will, an der Not dieser evangelischen Gemeinde, die durch die Bosheit und den Unverstand der Menschen hervorgerufen ist, christliche Tugend zu bewähren ohne Murren. Denn selbstverständlich wird es dabei manche Unzuträglichkeiten geben. Vier Gemeinden[1]) mit allen ihren Bedürfnissen in einer Kirche nebeneinander ihr gottesdienstliches Leben pflegen und ausbauen lassen, ist nur da möglich, wo von beiden Seiten Rücksicht und Geduld geübt werden."

Die Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten sind für die Domgemeinde nicht ausgeblieben. Die Abendmahlsfeiern konnten seit 1923 fast niemals in der Kirche gefeiert werden, sondern mußten in einen Nebenraum verlegt werden. Der Kindergottesdienst mußte aus

[1]) d. h. die drei selbständigen Beichtkreise der Domgemeinde und die Friedensgemeinde.

der Kirche weichen und sich mit der viel zu engen Unterkunft im Konfirmandensaal begnügen, was seine Entwickelung empfindlich störte. Taufen und Trauungen fanden auch seit 1923 nicht mehr im Anschluß an den Gottesdienst in der Kirche, sondern in einem Nebenraum statt. Diese und noch manche andere Unzuträglichkeiten hat die Domgemeinde ruhig ertragen, weil sie den guten Willen hatte, der notleidenden lettischen Schwestergemeinde zu helfen. Jetzt wird ihr der Vorwurf gemacht, sie kenne kein Entgegenkommen.

Als die Garnisonsgemeinde entstand, ist die Domgemeinde wieder weitest entgegengekommen. Sie hat auch dieser fünften Gemeinde die Möglichkeit geboten, ihre Gottesdienste im Dom zu halten. Sie ist, wie aus den mannigfachen vorhergehenden Darlegungen zur Genüge ersichtlich ist, unter Bereitschaft der Zurückstellung eigener Bedürfnisse bis an die Grenze des Möglichen entgegengekommen. Sie hat nicht Dank geerntet, sondern Feindschaft erfahren, und da sie gastlich ihr Haus geöffnet hat, will man das Haus ihr nehmen.

Der Dom ist auch sonst von vielen lettischen Organisationen in verschiedensten Anlässen in Anspruch genommen worden. Sehr oft sind nachher in der Presse heftige Angriffe gegen den Kirchenrat der Domgemeinde gerichtet worden. Meist handelte es sich um den Vorwurf, die Kosten der veranstalteten Feier seien überaus große gewesen. Es muß demgegenüber ganz strikt erklärt werden, daß die Kosten niemals anders, als nach den schon längst bestehenden Tarifen berechnet worden sind. Aber niemals ist bei den Vorwürfen gegen den Dom in Betracht gezogen worden, daß die (manches Mal tatsächlich recht hohen) Kosten durch die das gewöhnliche Maß oft weit übersteigenden Ansprüche von lettischer Seite und den oft ungewöhnlichen Luxus der Dekorationen 2c. hervorgerufen waren. Es zeugt von einer geradezu frivolen Einstellung der Verwaltung des Doms gegenüber, von ihr größtmögliche Ausstattung der abzuhaltenden Feiern zu verlangen und dann nachher sich öffentlich über die hohen Kosten zu beklagen, als hätte sich die Domverwaltung bereichern wollen. Als Beispiel für das weitestgehende Entgegenkommen des Domkirchenrats auch in diesen äußeren Dingen sei mitgeteilt, daß von 125 von den verschiedensten Organisationen im Dom veranstalteten Feiern (als Konzerte, Fahnenweihen, Festgottesdienste, Beerdigungen aus der Kirche, Jahresfeiern usw.) in 45 Fällen die Kirche ohne Zahlung der üblichen Miete den Organisationen überlassen worden ist. Nur die direkten Auslagen — wie für Bedienung, Dekorationen usw. — sind in Rechnung gestellt worden. Es ist aber

doch mehr als unbillig, sich über den Anspruch auf Ersatz der Auslagen zu beklagen und zu verlangen, daß die deutsche Domgemeinde auch diese Unkosten für lettische Organisationen trägt[1]). Also mehr als einer jeden dritten Veranstaltung hat der Domkirchenrat den Dom unentgeltlich überlassen. Dazu kommen noch die häufig gewährten Ermäßigungen und die mehrfach sehr säumige, erst nach mehrfachem Mahnen, in einem Fall sogar erst nach 2 Jahren erfolgte Rückerstattung der Auslagen der Domgemeinde. Es mag kleinlich erscheinen, diese Dinge zu erwähnen, aber gegenüber dem kleinlichen und falschen und zur Hetze gegen die Domgemeinde benutzten Hervorzerren und Breittreten dieser Dinge mußte über sie einmal die Wahrheit gesagt werden.

Durch den Presselärm wurde das Interesse weitester lettischer Kreise an der Domfrage geweckt. Wenn auch ein großer Teil der lettischen Gesellschaft das Vorgehen der Garnisonsgemeinde, wenigstens anfangs, mißbilligte, so regte sich doch bei vielen Letten die Empfindung, es entspräche nicht der nationalen Würde des lettischen Volkes, daß die größte Kirche in der Hauptstadt des Landes nur in Besitz und Verwaltung der Deutschen sei. Diesem Prestigeverlangen hat die deutsche Domgemeinde Rechnung getragen, indem sie der lettischen Friedensgemeinde vorschlug, sich in eine lettische Domgemeinde umzuwandeln und mit gleichen Rechten an Verwaltung und Besitz des Doms teilzunehmen. Um den kirchlichen Frieden zu wahren und eine verhängnisvolle Spaltung im Kirchenwesen Lettlands zu verhindern, ging die deutsche Domgemeinde schließlich so weit, der Friedensgemeinde die Hälfte des gesamten Besitzes abzutreten, und schloß mit ihr am 30. März 1931 einen Vertrag, der auch am 31. März vom Oberkirchenrat bestätigt wurde, nach dem die lettische Friedensgemeinde auf ewige Zeiten als lettische Domgemeinde anerkannt wurde und mit der deutschen Gemeinde auf paritätischer Grundlage mit völlig gleichen Rechten an Besitz und Verwaltung des Doms teilnehmen sollte. Die deutsche Domgemeinde gab ein Pastorat auf; wohl sollte der zur Zeit dort wohnende deutsche Dompastor seine Wohnung behalten dürfen, doch für sie fortan der lettischen Domgemeinde Miete zahlen müssen. Aber die Räume, die die deutsche Domgemeinde für ihre Armenpflege, Jugendgemeinde, Blaukreuz-

[1]) Genauere Angaben über die Gebührenberechnung s. im Abschnitt „Die Kampfesmethoden der Garnisonsgemeinde."

arbeit usw. besaß, und die Räume, die sie dem Verein für Innere Mission zur Verfügung gestellt hatte, sollten ihr nicht mehr bleiben, ohne daß sie dafür einen Ersatz hatte. Auch dieses große Opfer zu bringen war die Domgemeinde bereit, um den Frieden mit den lettischen Glaubens- und Heimatgenossen zu wahren, um vor dem eigenen Gewissen und im Urteil unbefangen und gerecht Urteilender in allen Stücken bestehen zu können. Das Weitere ist zur Genüge bekannt: die Garnisons- und Friedensgemeinde haben sich zusammengeschlossen, um von der deutschen Domgemeinde ein noch weiteres Abtreten von Rechten zu verlangen. Das heißt aber nichts anderes als von ihr die Bereitschaft zu verlangen, sich einfach in allen Stücken majorisieren zu lassen. Das wird die Domgemeinde nicht tun. Eins ist gewiß, komme, was kommen mag: die deutsche Domgemeinde kann nicht weitergehen, weil sie nicht das Recht und auch nicht den Willen hat, sich mit der Rolle der nur Geduldeten im eigenen Hause abzufinden.

Was würde die Enteignung der Domkirche für die Domgemeinde bedeuten?

I.

Von P. Arnold Schabert

Der Angriff auf die Domkirche bedroht nichts weniger als die körperschaftliche und geistliche Existenz der Domgemeinde.

Gotteshaus und Gemeinde. Wie verhalten sich die beiden zueinander und was würde der Verlust des Gotteshauses für die Gemeinde bedeuten? Die Frage wäre unschwer zu beantworten, wenn man unter „Gemeinde" lediglich ein organisatorisches Gebilde verstehen wollte — die Summe jener Personen, die im Gemeinderegister vermerkt sind und die zu bestimmten Anlässen den Dienst der Gemeinde, genauer: der Gemeindepastoren, in Anspruch nehmen. Für die so verstandene Gemeinde könnte der Verlust des Gotteshauses leicht die Auflösung, das Ende bedeuten. Aber wir wollen auf ein anderes, das Wesen der Sache allein wirklich treffendes Verständnis von Gemeinde zurückgehen. Im Neuen Testament bedeutet Gemeinde die Stätte, an der der lebendige Herr wirkt, aus der er Menschen zu sich beruft und ihnen neues Leben gibt. Die christliche Gemeinde ist

auch das Werkzeug, durch das der Herr durch all die Jahrhunderte hindurch bis auf den heutigen Tag sein Heilandswerk an der Welt vollbringt. Die so verstandene Gemeinde ist Gegenstand unseres Glaubens, als Christen bekennen wir uns zu ihr im dritten Glaubensartikel. Daß Gemeinde in diesem Sinn auch in der einzelnen konkreten, organisierten Gemeinde ihren Ausdruck findet, das hoffen wir und das allein gibt uns das Recht, die Bezeichnung „Gemeinde" auch für uns in Anspruch zu nehmen. Von dieser Gemeinde gilt nun ein Doppeltes: 1) sie ist als Gemeinde des Herrn, der die Welt überwunden hat, nicht *von* dieser Welt —, 2) aber auch als Gemeinde des Herrn ist und bleibt sie *in* dieser Welt, wie ja auch der Herr selbst sich nicht anders offenbarte, als daß er in die Welt kam und die Lebensformen dieser Zeitlichkeit annahm.

Als Gemeinde des Herrn, die nicht von dieser Welt ist, gilt ihr uneingeschränkt die Verheißung, daß auch die Pforten der Hölle sie nicht überwältigen werden. D. h. auf unsere gegenwärtige Lage angewandt, daß auch der Verlust des Gotteshauses, sofern in unserer „Gemeinde" wirklich Gemeinde ist, dieser nichts anhaben kann. Die Anbetung Gottes im Geist und in der Wahrheit durch die Gemeinde ist nicht an bestimmte Kirchenmauern gebunden, ihr Gottesdienst, auch wenn er in Scheunen und Speichern abgehalten werden sollte, kann immer nur das eine bewirken, daß die Gemeinde fester zusammengefügt, daß sie „erbaut" wird. Wir dürfen und sollen uns an das Wort des Herrn von der weltüberwindenden Position seiner Gemeinde gerade auch in unserer Situation erinnern und uns von diesem Worte sagen lassen, daß wir unter allen Umständen zuversichtlich in die Zukunft sehen dürfen.

Diese Zuversicht kann aber nur von einem welt- und glaubensfremden Doktrinarismus dahin mißverstanden werden, als habe aus ihr heraus ein passives Verhalten der Gemeinde im Domkirchenstreit zu erfolgen. Es muß vielmehr auch das andere nun ganz ernst genommen werden: die Gemeinde des Herrn ist *in* dieser Welt, und sie bedarf, sofern sie überhaupt in Erscheinung treten will, zeitlicher und räumlicher Lebensformen, d. h. sie bedarf zum Leben etwa der Organisation, der regelmäßigen Veranstaltungen und nicht zuletzt auch des Gotteshauses. Gewiß kommt dem allen — auch dem Gotteshause — nur eine ordnende und zusammenhaltende Bedeutung zu, wie etwa Gefäßen, die einen kostbaren Inhalt zu bergen haben. Es sind Stützen, aber — und das darf nicht übersehen werden — zum *Leben* notwendige Stützen. Wo die Gemeinde lebendig ist, da

schafft sie sich diese Formen, und wo ihr die Formen zerbrochen werden, da ist auch ihr geistliches Leben schlechterdings in Frage gestellt. Wir können auch beim Gotteshause, beim Kirchengebäude von gottgegebenen Lebensformen sprechen, deren keiner ohne Schädigung seines persönlichen religiösen Lebens entraten kann. Wir dürfen doch nicht vergessen, wie stark bei vielen von uns das Bewußtsein der Gemeindezugehörigkeit, ja das Bewußtsein, Christ zu sein, verbunden und durchsetzt ist mit der Liebe zum Kirchengebäude. Es ist eben die „heilige" Stätte, die Stätte der Erbauung, die Stätte — für viele die einzige —, an der man mit dem Worte Gottes in Berührung kommt. Freilich wissen wir, daß gelegentliche Berührung mit dem Worte in der Kirche an sich noch kein religiöses Leben bedeutet; das andere wissen wir aber auch, daß von der Berührung mit dem Worte Gottes in der Kirche wirkliches religiöses Leben ausgehen kann und tatsächlich ausgeht. Durch die Fortnahme unserer Kirche wird unserer Gemeinde nichts Geringeres genommen als die Stätte, an der sie Gott begegnet, und mit der Stätte für so manchen unter uns die Möglichkeit der Begegnung mit Gott überhaupt. Denn darüber dürfen wir nicht im Unklaren sein: die Fortnahme der Kirche bringt die Gemeinde in die Gefahr einer Zerstreuung. Letzteres würde aber in unserer Zeit einen weiteren Fortschritt des sog. Säkularismus bedeuten, des Krebsschadens, der auch an unserem Volkssplitter immer weiter frißt.

Wir wollen doch nicht vergessen, daß derselbe Herr, der uns das große Wort von der Anbetung Gottes im Geist und in der Wahrheit gegeben hat, „nach seiner Gewohnheit" die gottesdienstlichen Stätten seines Volkes besucht hat. Er achtete die Ordnungen Gottes, die Zeiten und Stätten vorsehen, ohne die es auf Erden keinen Gottesdienst geben kann und über die sich keiner hinwegsetzen kann, ohne sein persönliches inneres Leben zu gefährden.

Das aber bedeutet für uns, daß wir als christliche Gemeinde in Wahrung des uns von Gott anvertrauten geistlichen Besitzes gegen die Fortnahme unseres Gotteshauses Einspruch erheben müssen und es als unsere Gewissenspflicht erachten, uns mit diesem Gewaltakt nicht abzufinden.

II.

Von P. Alexander Burchard

Ganz praktisch genommen, würde die Enteignung der Domkirche mit den zu ihr gehörenden Gebäuden bedeuten, daß die Domgemeinde auf die Straße geworfen ist. Bei der Enteignung der Jakobikirche 1923 ließ man wenigstens die Nebengebäude der Kirche in Besitz der Jakobigemeinde. Damals wurde es auch durch andere christliche Gemeinden möglich, die beiden obdachlosen Gemeinden unterzubringen. Heute soll nicht nur die Kirche, auch die Pastorate, das der Domgemeinde gehörende Gebäude des Dommuseums und andere Immobilien enteignet werden.

Es werden auf diese Weise obdachlos:

1) eine 12,000 Glieder große Gemeinde,
2) zwei Pastoren und ihre Familien,
3) die Gemeindekanzlei,
4) die Gemeinde-Armenpflege,
5) die Jugendgemeinde,
6) sechs Kirchenbeamten mit ihren Familien,
7) die Witwe des ehemaligen Küsters,
8) die Innere Mission, der in einem zum Dom gehörenden Zimmer Unterkunft gewährt worden war.

Dazu muß das Schicksal des Dommuseums, des Museums des Naturforschervereins und das Verbleiben von 4 wissenschaftlichen Vereinen, die ihren Sitz im Museumsgebäude haben, als durchaus in Frage gestellt angesehen werden. Diese 4 wissenschaftlichen Vereine, das Museum des Vereins für Geschichte und Altertumskunde und des Naturforschervereins, sind ganz und gar Schöpfungen deutscher Kultur und Geistesarbeit.

Die Domgemeinde kann nicht damit rechnen, in einem anderen Gotteshause in Riga Unterkunft zu finden. Unverantwortliche Hetzer haben in lettischen Zeitungen freilich auf eine solche Möglichkeit hingewiesen, dabei höhnisch entlegene Vorstadtkirchen vorgeschlagen. Tatsächlich ist die einzige noch wirklich ganz deutsche Kirche durch 4 Gemeinden besetzt. Gewiß sind zum einzelnen Gottesdienst noch Plätze frei in den einzelnen Kirchen, darum handelt es sich nicht. Nicht einzelne Gottesdienstbesucher, sondern eine Gemeinde wird obdachlos gemacht. Nicht so sehr der Raum kommt bei einer Kirche in Betracht, als die Zeit und das Vorhandensein des Raumes zur Zeit. Für jeden, der gerecht

und vernünftig denken will, ist es klar, daß eine jede Gemeinde, will sie Gemeinde bleiben, ihren Gemeindegottesdienst am Sonntag haben muß. Es kommen aber noch sehr viele andere Momente hinzu: Raum und Zeit für die Konfirmandenlehre, Kindergottesdienstvorbereitung, Armenpflege, Bibelstunden, Jugendarbeit, Gemeindeabende, Versammlungen der einzelnen Gemeindegruppen u. a. m., — das wird zunächst alles brach liegen müssen.

Es ist ohne weiteres klar, daß mit den äußeren Schwierigkeiten die Arbeit auch in materieller Hinsicht gestört werden wird. Das kann an einem Beispiel gezeigt werden. Die Domgemeinde hat eine sehr große Anzahl bedürftiger Gemeindeglieder, denen durch eine bisher sehr wirksam arbeitende Armenpflege geholfen worden ist. Die sehr großen Geldmittel —, im Jahre 1930 hat die Domgemeinde rund Ls 20,000 an Liebesgaben aufgebracht — konnten nur aufgebracht werden, weil wir unsere Kollekten nach den Gottesdiensten, namentlich nach den großen Feiertagsgottesdiensten, in der überfüllten, dann von 4—5000 Menschen besuchten Kirche haben konnten. Das wird fortfallen. Damit wird neue große Not über die Armen unserer Gemeinde kommen. Das Leben einer Gemeinde kann nach seiner geistlichen, sittlichen und sozialen Auswirkung nicht existieren ohne entsprechende konkrete Form und ohne Raum. Nimmt man diese einer Gemeinde, so versetzt man ihr einen lebengefährdenden Schlag. Das müssen auch Pastor und Vorstand der Garnisonsgemeinde wissen. Die Enteignung würde den wirtschaftlichen Bankrott der Domgemeinde herbeiführen.

Die Rechtslage im Domstreit

Juristisches Gutachten

zur Eingabe des Kirchenvorstandes der Rigaer Garnisonsgemeinde an den Oberkirchenrat der evang.-luth. Kirche vom 29. Januar 1930 von Senator a. D. Balduin Baron Düsterlohe und Vereidigtem Rechtsanwalt Theodor Zimmermann

Nach Prüfung der Eingabe vom juristischen Standpunkt ist folgendes zu bemerken:

1) Bezüglich des Hinweises des Kirchenvorstandes der Garnisonsgemeinde, der Stabschef des Lettländischen Armeeoberkommandierenden habe durch Verfügung vom 27. November 1919 die Jakobikirche der Rigaer Garnison zur Verfügung gestellt, ist in Betracht zu ziehen, daß — ganz abgesehen von der Frage der Gesetzmäßigkeit dieser Verfügung — dieselbe der Garnisonsgemeinde keinesfalls eine genügende gesetzliche Handhabe bietet, auf die Nutzung der Domkirche zu prätendieren; denn nirgends bestimmt das Gesetz, daß die Gemeinden, welche bis zur Übergabe der Jakobikirche an den katholischen Bischof diese letztere benutzt haben, fernerhin eo ipso ein Recht auf die Nutzung der Domkirche hätten.

Bekanntlich fand damals (d. h. 1923) die deutsche Gemeinde der Jakobikirche auf Grund eines besonderen Vertrages mit dem Kirchenvorstand der Petrikirche in dieser letzteren Unterkunft, während der lettischen Friedensgemeinde, ebenfalls auf Grund eines Vertrages, mit dem Kirchenvorstand der Domkirche, das Recht eingeräumt wurde, die Domkirche zu benutzen. Art. 5. dieses Vertrages bestimmte, daß die Friedensgemeinde sich in die durch diesen Vertrag erworbenen Rechte mit der Rigaer Garnison teilen könne.

2) Sollte die deutsche Domgemeinde — wie das der Kirchenvorstand der Garnisonsgemeinde in seiner Eingabe an den Oberkirchenrat behauptet — tatsächlich dieser letzteren nicht das wünschenswerte Entgegenkommen in der Frage der gemeinsamen Nutzung der Domkirche gezeigt haben, so kann dieser Umstand doch noch keinen Grund zur Eingabe einer Beschwerde an den Oberkirchenrat abgeben, da in einem Rechtsstaat selbstverständlich niemand gezwungen ist, seine Rechte zugunsten irgend einer anderen physischen oder juristischen Person einzuschränken, wenn ihm das nicht ausdrücklich durch Gesetz

oder Vertrag zur Pflicht gemacht wird. (qui jure suo utitur, nemini facit injuriam).

3) Was den Teil der Eingabe des Kirchenvorstandes der Garnisonsgemeinde betrifft, in dem er die Richtigkeit der Auffassung der deutschen Domgemeinde bestreitet, nur diese letztere habe das Recht auf die Verwaltung der Kirche, so ist diese Frage nach dem allgemeinen Prinzip zu entscheiden, daß dem Eigentümer das Verwaltungsrecht an seinem Eigentum soweit zusteht, als er es nicht anderen Personen abgetreten hat. In Anbetracht dessen, daß das in Frage kommende Gebäude in den Grundbüchern auf den Namen der Domkirche als juristischer Person eingetragen ist, welche somit auf Grund des Art. 812 des Privatrechts als alleinige Eigentümerin dieses Gebäudes zu betrachten ist, muß dem Kirchenvorstand der Domkirche auch deren Verwaltung zustehen. — Schon in den vom Innenminister am 27. Oktober 1919 erlassenen Bestimmungen über die Kirchenräte der evang.-luth. Gemeinden (Vald. Vēstn. № 61) finden wir einen Hinweis darauf, daß der Kirchenvorstand als Vollzugsorgan des Kirchenrats den gesamten Besitz der Gemeinde und der Kirche verwaltet. Auch die Plenarversammlung des lettländischen Senats hatte sich in ihrer Resolution vom 3. Oktober 1924 unter Hinweis darauf, daß nicht nur eine örtliche Kirche als Institut, sondern auch eine Gemeinde als Korporation den Charakter einer juristischen Person trägt, welche besitzlich sein kann, in dem Sinne geäußert, daß das Organ der Gemeinde — der Kirchenvorstand — auch als Verwalter des Kirchenbesitzes figuriert und in dieser Hinsicht an die Stelle der früheren Organe, wie Kirchenkonvent, -kollegium, -rat usw., tritt, und daß die Kirche als Institut keine anderen Verwaltungsorgane hat.

4) Was die Auslassungen des Kirchenvorstandes der Garnisonsgemeinde zum Gesetz vom 23. April 1923 (Gesetzsammlung Nr. 48) betrifft, welches u. a. dem Bischof der evang.-luth. Kirche Lettlands das Nutzungsrecht auf die Domkirche und alle zu ihr gehörigen Gebäude und Plätze verleiht, so ist wohl vom juristischen Standpunkt der Ansicht dieses Kirchenvorstandes beizupflichten, daß dieses Gesetz durch keine späteren Gesetze aufgehoben worden ist; doch muß andererseits konstatiert werden, daß man es in diesem Gesetz, soweit es sich auf den evang.-luth. Bischof bezieht, mit einer juristisch derart schwer verständlichen Konstruktion zu tun hat — Verleihung des Nutzungsrechtes auf ein keineswegs dem Staat, sondern einer anderen juristischen Person (der Domkirche) gehöriges Immobil ohne Enteignung des-

selben in der vom Gesetz vorgesehenen Ordnung —, daß es fast vollkommen unmöglich erscheint, mit diesem Gesetz als einer bestehenden Rechtsnorm zu operieren, umsomehr als auf Grund seines Wortlautes nicht einmal ein sicherer Schluß gezogen werden kann, was eigentlich unter dem von diesem Gesetz erwähnten „Nutzungsrecht" zu verstehen ist. Mit dem eben erwähnten Terminus hat unsere Gesetzgebung immer nur dasjenige Rechtsinstitut (ususfructus) belegt, von welchem die Art. 1199 u. ff. des Privatrechts handeln, wobei aus dem Art. 1217 hervorgeht, daß das Nutzungsrecht nur mit Einwilligung des Eigentümers abgetreten werden kann. Die Präsumption, daß das Gesetz von 1923 dasjenige Nutzungsrecht im Auge hat, welches russisch „пользование на правах собственности" (dominium utile-Nutzungseigentum) heißt, und welches die Art. 942—952 des Privatrechts behandeln, ist nicht haltbar, weil sie der vom Privatrecht gebrauchten Terminologie nicht entspechen würde, welche doch den Ausgangspunkt bei der Interpretation bestehender Rechtsnormen bilden muß. Dieses Gesetz vom Jahre 1923 hat seinerzeit bekanntlich in den Kreisen der evang.-luth. Kirche große und durchaus berechtigte Empörung hervorgerufen und ist, soweit es den Bischof dieser Kirche betrifft, auch garnicht zur Ausführung gelangt. Es würde sich daher sehr seltsam ausnehmen, wenn eine der Gemeinden dieser selben Kirche versuchen wollte, sich auf dieses Gesetz zu berufen und es zur Erreichung ihrer Ziele zu benutzen, wo doch bereits das Oberhaupt dieser Kirche, der lettländische Bischof, von Anfang an auf das entschiedenste auf die Rechte verzichtet hatte, welche ihm eine die evang.-luth. Kirche verletzende Maßnahme des Staates verliehen hatte. Doch selbst in dem Falle, wenn er darauf nicht verzichtet hätte, worauf er selbstverständlich für seine Person ein unbestreitbares Recht hat, könnte keine Gemeinde das als Grund betrachten, das Nutzungsrecht auf die Domkirche für sich zu beanspruchen. — Was die Garnisonsgemeinde betrifft, so besteht ihr Nutzungsrecht auf die Domkirche nur soweit, als es die diesbezüglichen Verträge bestimmen; deshalb sind in diesem Falle auch nicht die allgemeinen Bestimmungen über die gemeinsame Nutznießung des Kirchenbesitzes, von welcher im Art. 47 der Kirchenverfassung die Rede ist, anzuwenden.

5) Auch der Ansicht des Kirchenvorstandes der Garnisonsgemeinde, die Domkirche sei auf Grund des Art. 40 der Kirchenverfassung als in den Besitz der evang.-luth. Kirche Lettlands übergegangen zu betrachten, kann nicht zugestimmt werden. — Wenn es auch nicht möglich ist, im Rahmen dieses Gutachtens die allgemeine Frage der

vermögensrechtlichen Subjekte in der evang.-luth. Kirche Lettlands erschöpfend zu behandeln, so erscheint es doch notwendig, in Kürze darauf hinzuweisen, daß die Ansicht des Kirchenvorstandes der Garnisonsgemeinde nicht bloß auf einer juristisch unzulässigen Interpretation des gesamten Artikels (40) beruht, sondern auch den bestehenden Staatsgesetzen widerspricht, welche die Kirchenverfassung selbstverständlich weder ignorieren noch ändern kann. — Vom Rechtsstandpunkt ist es vollkommen unmöglich, einerseits die evang.-luth. Kirche (Gesamtkirche) als das alleinige Rechtssubjekt in wirtschaftlicher Beziehung und einzigen Träger jeglicher Vermögensrechte anzusehen, und andrerseits gleichzeitig auch den örtlichen Kirchen und Gemeinden den Charakter einer juristischen Person (d. h. die Rechte einer juristischen Person) zu verleihen. Es darf hier nicht außer Acht gelassen werden, daß nach unserem Privatrecht jede juristische Person das Recht hat, auf ihren Namen bewegliches und unbewegliches Eigentum zu erwerben, wobei auf Grund des Art. 812 des Privatrechts als Eigentümer von Immobilien nur derjenige gilt, der als solcher in den Grundbüchern eingetragen ist. — Aus diesem Grunde ist die vom Kirchenvorstand der Garnisonsgemeinde aufgestellte These weder mit dem Privatrecht, noch mit den vom Ministerkabinett am 14. August 1928 erlassenen Bestimmungen über die rechtliche Lage der evang.-luth. Kirche, noch auch mit der Kirchenverfassung vereinbar, denn alle diese Rechtsquellen qualifizieren auch die örtlichen Kirchen und Gemeinden als juristische Personen, und kein in den Grundbüchern eingetragenes Immobil kann auf Grund des Art. 40 der Kirchenverfassung als Eigentum einer anderen physischen oder juristischen Person betrachtet werden als derjenigen, auf deren Namen es eingetragen ist.

6) Was endlich die Zuständigkeit dieser Angelegenheit anbetrifft, so ist folgendes zu beachten. Soweit die Rigaer Garnisonsgemeinde in ihrer Eingabe für sich größere Nutzungsrechte auf die Domkirche als bisher beansprucht, trägt diese Angelegenheit rein zivilrechtlichen Charakter, denn die Gebäude der Kirche gehören zum Besitz der Kirche, und wir haben es daher in diesem Fall mit Vermögensrechten zu tun, deren Klärung im Streitfalle, auf Grund des Art. 1 der Zivilprozeßordnung, vor die Gerichte kompetiert. Dieses allgemeine Prinzip, dem alle physischen und juristischen Personen in ihren gegenseitigen vermögensrechtlichen Beziehungen unterworfen sind, bekräftigt für die evang.-luth. Kirche noch besonders die im Landtagsgesetz vom 15. Juni 1927 (Gesetzsammlung Nr. 122), enthaltene Bestimmung,

nach welcher „die Fragen über den Besitz der Kirche und Gemeinde der Entscheidung des betreffenden Gerichtes unterliegen." Aus dieser Bestimmung geht somit direkt hervor, daß Angelegenheiten, bei denen es sich um einen vermögensrechtlichen Streit handelt (sei es um Eigentumsrechte, oder Nutzungsrechte, oder Teilung des Besitzes) aus der Kompetenz der Kirchenbehörden ausgeschieden sind, wie denn solche Angelegenheiten auch nicht von anderen juristischen Personen oder autonomen Organisationen zu entscheiden sind, sondern lediglich vor das Gericht kompetieren. So haben z. B. die Verwaltungsorgane der Universität, ungeachtet der autonomen Rechtsstellung dieser Institution, nicht das Recht, vermögensrechtliche Streitfragen, die bei Erfüllung ihrer Obliegenheiten entstehen könnten, zu entscheiden, und ein derartiges Recht steht auch keiner anderen konfessionellen Organisation zu. Die oben zitierte Bestimmung des Landtages ist auch gegenwärtig noch in Kraft und kann keineswegs durch die vom Ministerkabinett am 14. August 1928 auf dem Wege des Art. 81 der Staatsverfassung erlassene Verordnung über die Stellung der evang.-luth. Kirche (Gesetzsammlung Nr. 182) als aufgehoben gelten, denn das dieser Kirche verliehene Selbstbestimmungs- und Selbstverwaltungsrecht erstreckt sich natürlich nur soweit, als es zur Erreichung der in Art. 1 der genannten Verordnung vorgesehenen Zwecke dient, doch kann die Kirche sich nicht in andere Rechtsgebiete einmischen, welche von der Staatsgesetzgebung geregelt werden, wie z. B. bestehende privatrechtliche Normen ändern oder etwa ihren angestellten Geistlichen betreffs der Wehrpflicht weitergehende Rechte verleihen, als wie es das betreffende Gesetz vorsieht.

Somit ist zu konstatieren, daß die Prätensionen der Garnisonsgemeinde bezüglich des Nutzungsrechtes auf die Domkirche, soweit sich in dieser Angelegenheit keine gütliche Einigung zwischen den interessierten Parteien erreichen läßt, endgültig nur auf gerichtlichem Wege entschieden werden können.

Die Stellung der politischen Parteien Lettlands im Kampf um den Rigaer Dom

Vom Abg. Wilhelm Baron Fircks
Leader der Deutschen Fraktion im lettländischen Parlament

Nicht darum, weil eine unklare Rechtslage zu regeln war, auch nicht darum, weil die eine oder die andere der den Dom nutzenden Gemeinden sich in ihrem kirchlichen Leben benachteiligt fühlte, ist der Streit um den Dom zu Riga entbrannt. Die wahren Gründe dieses Streites sind politischer Natur. Enge parteipolitische Interessen und aufgewühlter alter nationaler Gegensatz haben ihn entfacht. Ganz wie beim Landeswehrgesetz, welches den Kriegern deutscher Nationalität das Recht auf Landzuteilung nahm, gab auch hier eine kleine Interessengruppe den Anstoß. Dort ein Teil der national-lettischen Kriegervereine, die die deutsche Konkurrenz bei der Landzuteilung auszuschalten bestrebt waren, und hier die kleine Gemeinde der Garnison Rigas, deren Leiter eine politische Rolle zu spielen bestrebt sind, wobei sie das Prestige der lettischen Armee in den Vordergrund zu schieben versuchen. Hier wie dort bemächtigten sich politische Parteien der anfangs bedeutungslosen Bewegung, fachten die nationalen Leidenschaften an und sind gewillt, das Feuer so lange schüren, bis sie ihre politischen Ziele erreicht zu haben glauben. Zwei ziffernmäßig unbedeutende lettische politische Parteigruppen, das Demokratische Zentrum und die aus den Rechtssozialisten entstandenen radikalen Jungwirte, haben die Forderung der Garnisonsgemeinde zu der ihrigen gemacht, um auf diesem Wege politisches Kapital zu schlagen. Das Demokratische Zentrum hat dadurch, daß es schon längere Zeit nicht mehr zur Regierung gehört, viel an Einfluß verloren. Die Radikalen Jungwirte sind weder als eine bürgerliche noch als eine sozialistische Partei anzusprechen: sie sind weder Fisch noch Fleisch und haben daher auch nur einen geringen Anhang. Das Demokratische Zentrum ist im Parlament durch 3 Abgeordnete vertreten und die radikalen Jungwirte gar nur durch 2.

Ebenso wie beim Landeswehrgesetz war beim Aufrollen der Domfrage ein Hauptmotiv das, zwischen die Deutsche Fraktion und die lettischen bürgerlichen Parteien, die zusammen die Regierungskoalition bildeten, den trennenden Keil zu treiben. Man versuchte durch eine geschickt inszenierte nationale Hetze bürgerliche lettische Abgeordnete mitzureißen, indem man sie ihrer Wählerschaft gegenüber als

Deutschenfreunde bloßstellte. Teilweise ist dieses altbewährte Manöver auch dieses Mal wieder gelungen, denn als am 20. Februar d. J. das Domenteignungsgesetz nicht gleich bei seiner Einbringung in das Parlament abgelehnt, sondern den Kommissionen überwiesen wurde, stimmten gegen die Deutsche Fraktion, die eine sofortige Zurückweisung des Gesetzentwurfes zur Koalitionsfrage gemacht hatte, mit dem Bauernbund an der Spitze auch ein Teil der anderen Koalitionsparteien. Die Deutsche Fraktion sah sich gezwungen, die Konsequenzen zu ziehen und die Koalition zu verlassen. Das Ministerium Zelmin demissionierte. Am 23. März kam das Domenteignungsgesetz vor das Parlament und wurde vor dem Übergang zur Artikellesung mit 50 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Dieses Abstimmungsresultat könnte den Eindruck erwecken, als ob die bürgerlichen lettischen Parteien, die sich unter wohlwollender Neutralität der Deutschen Fraktion zu einer neuen Regierungskoalition um K. Ulmanis scharten, nun entschlossen seien, jedwede Vergewaltigung des Rechtes, wie die Domenteignung eine ist, abzulehnen. Verfolgt man aber die lettische Presse aufmerksam, so sieht man, daß dieses nicht der Fall ist, denn auch Blätter wie der „Latvis", die zu Anfang einen die Domenteignung strikt ablehnenden Standpunkt einnahmen, haben sich umgestellt und tragen der Stimmung, die, aufgepeitscht durch eine skrupellose Agitation, eine gefahrdrohende deutsche Vormachtstellung bekämpfen zu müssen glaubt, weitgehend Rechnung. Nur so ist es zu erklären, daß für das Volksbegehren, welches die Initiatoren des eben erst durch das Parlament abgelehnten Domenteignungsgesetzes in die Wege geleitet haben, beim ersten Abstimmungsgang vom 24. Mai bis zum 14. Juni über 230,000 Stimmen abgegeben worden sind.

Die Abstimmung im Parlament über das Domenteignungsgesetz, welches nach dem ersten Volksabstimmungsgang diesem vorzulegen ist, steht noch aus; wird das Gesetz hier wieder abgelehnt, dann kommt der zweite Gang der Volksabstimmung, bei dem die Hälfte aller stimmberechtigten Bürger Lettlands ihre Stimme abgegeben haben muß (pro oder kontra), widrigenfalls das zur Abstimmung vorliegende Gesetz als abgelehnt gilt.

Wie ist nun die voraussichtliche Einstellung der die Volksabstimmung beeinflussenden politischen Parteien? Die Stellung aller Minoritäten scheint einwandfrei gegen das Gesetz und somit für ein vollkommenes Sichzurückhalten von der Abstimmung zu sein. Die lettgallener Parteien, die eine katholische Wählerschaft vertreten und kein Interesse an einer Deutschenhetze haben, werden zum

mindesten keine Propaganda treiben. Man kann in Lettgallen, wo in allen Fragen doch schließlich die katholische Geistlichkeit maßgebend ist, mit einer weitgehenden Stimmenthaltung rechnen. Von den lettischen bürgerlichen Parteien wird der Bauernbund wohl voraussichtlich sich neutral verhalten und keine offene Propaganda für die Abstimmung treiben. Innerlich aber steht er der ganzen Bewegung sicherlich nicht ablehnend gegenüber, denn durch sie wird die Aufmerksamkeit seiner wirtschaftlich schwer leidenden Wählerschaft doch in etwas abgelenkt, und das kann dem Bauernbund nur recht sein. Ist es doch er in erster Linie, der in der jetzigen Wirtschaftskrise den Angriffen von den verschiedensten Seiten, auch aus dem eigenen Lager, ausgesetzt ist. Unklar und schwierig ist die Stellung der Christlich-Nationalen. Sie sind im Parlament vorwiegend durch lutherische Pastoren vertreten, die nicht für die Verstaatlichung einer Kirche stimmen können, aber andererseits auch nicht gegen den Strom schwimmen und Wähler verlieren wollen. Die auf 2 Abgeordnete zusammengeschrumpfte Gruppe A. Berg, hat — wie schon im Vorausgegangenen gesagt — in ihrem Organ, dem „Latvis", eine Frontschwenkung vollzogen, und auf ihre Unterstützung kann nicht mehr wie früher gerechnet werden. Für die Initiatorengruppen des Volksbegehrens, das Demokratische Zentrum und die radikalen Jungwirte nebst ihren Einzelmitläufern, ist die Volksabstimmung heute der sicherste Weg, um ihre Mandate bei den Oktoberwahlen zu behalten und deren Zahl eventuell noch zu erhöhen. Ob die Volksabstimmung ein positives Resultat gibt oder nicht, ist für sie nicht so wichtig, als daß sie überhaupt eingeleitet und im Gange ist. Ihnen wird durch die Volksabstimmung ein Agitationsmittel für die Wahlen an die Hand gegeben, für welches der Staat und nicht ihre leeren Parteikassen die Mittel herzugeben hat. Da die Sozialdemokratie im Prinzip für die Verstaatlichung allen Kirchenbesitzes eintritt, so hat ihre Parteileitung im vorliegenden Falle, der nur die Verstaatlichung des Besitzes einer Kirche im Auge hat, den Abgeordneten bisher freie Hand gelassen. In allen sozialen Fragen ist der Druck, den die Kommunistische Fraktion auf die Sozialdemokraten ausübt, ein so starker, daß diese sich gezwungen glauben, ihrer Wählerschaft gegenüber auch das nationale Element in den Vordergrund rücken und die Gefahr einer deutschen Reaktion an die Wand malen zu müssen. Eine rundweg ablehnende Stellung werden die Sozialdemokraten somit dem Domenteignungsgesetz und der mit der Volksabstimmung verbundenen Deutschenhetze gegenüber wohl kaum ein-

nehmen. Ganz beiseite stehen die Kommunisten; sie haben bei der Abstimmung im Parlament über das erste Domenteignungsgesetz überhaupt nicht mitgestimmt und erklären, daß dieser rein bürgerliche Streit um eine Kirche sie nichts angehe und sie daher eine Stellung weder pro noch kontra einnehmen werden.

Faßt man das eben Ausgeführte zusammen, so sehen wir, daß wir Deutschen mit einer aktiven Unterstützung von seiten irgendeiner lettischen Partei im Streite um den Dom nicht zu rechnen haben. Im besten Falle wird die eine oder die andere Partei neutral bleiben und sich von der Hetze in der Öffentlichkeit zurückhalten — mehr haben wir nicht zu erwarten.

Sollte es — dank einer günstigen politischen Konstellation — gelingen, das Domenteignungsgesetz in der Parlamentsabstimmung abzulehnen, und sollten — dank einer weitgehenden Stimmenthaltung — die erforderlichen ca. 600,000 Stimmen bei der Volksabstimmung nicht abgegeben und somit auch hier das Gesetz abgelehnt werden, so wird damit der Streit um den Dom zu Riga noch nicht als endgültig liquidiert anzusehen sein. Zu weitgehend hat die lügnerische Hetze die Anschauungen der lettischen bürgerlichen Intelligenz vergiftet, als daß auf ein Zurücktreten von den einmal aufgestellten Forderungen gehofft werden kann. „Der Dom zu Riga den Letten!" Das ist der Kampfruf, der auch nach den Wahlen im neuen Parlament erschallen wird, und eine Formel wird gesucht und gefunden werden, auf die sich alle lettischen bürgerlichen Parteien einigen werden, um uns Deutschen den Dom zu nehmen.

Die Domkirchenfrage vor dem Parlament

Rede des Abgeordneten W. Pussull,
gehalten vor dem Landtage am 23. März 1931
als Referent der öffentlich-rechtlichen Kommission.

(Übersetzung nach dem Stenogramm).

Meine sehr geehrten Herren Abgeordneten!

Die öffentlich-rechtliche Kommission des Landtages hat das vorliegende Gesetzprojekt über die Regelung der rechtlichen Lage der Domkirche zu Riga geprüft und hat mich beauftragt, Ihnen den Standpunkt der Mehrheit der Kommission darzulegen. Der vorliegende Gesetzentwurf sieht eine Enteignung der Domkirche vor, denn wenn auch das Wort „Enteignung" im Entwurf nicht vorkommt, so

ist doch zweifellos an eine Enteignung gedacht, denn der 1. Artikel des Entwurfes besagt wörtlich „Alle Rechte, die der juristischen Person „Domkirche" zustehen und in den Grundbüchern eingetragen sind — sind als nicht bestehend und gelöscht anzusehen". Um welche Rechte handelt es sich bei den Eintragungen in den Grundbüchern? Nur um das Eigentumsrecht. Irgend welche andere „Rechte" sind in den Grundbüchern für die juristische Person „Domkirche" nicht eingetragen. Will man also die der „Domkirche" in den Grundbüchern eingetragenen Rechte streichen und als gelöscht betrachten, so liegt hier einwandfrei ein Enteignungsgesetz vor. Diese Tatsache wird durch den Artikel 2 des Entwurfes noch weiter klargestellt, der die Übergabe der Domkirche an den Staat und zwar an das Kriegsministerium vorsieht.

Der Hauptvertreter des vorliegenden Gesetzentwurfs ist der Abgeordnete Herr M. Skujeniek, der seine Stellungnahme etwa wie folgt präzisiert:

„Die Domkirche ist 1222 erbaut. Erbaut ist sie vom Staat, und daher Staatseigentum gewesen. Dieses Eigentumsrecht des Staats an der Domkirche bestand bis zum Jahre 1551. Im Jahre 1551 verkaufte der letzte Erzbischof Wilhelm von Brandenburg die Domkirche der Stadt Riga, gemäß einem im selben Jahre abgeschlossenen Kaufvertrage. Darnach übergab der Polenkönig Stephan Bathory durch eine im Jahre 1581 ausgestellte Urkunde gleichfalls die Domkirche der Stadt Riga, eine Urkunde, in der er der lettischen Gemeinde die Jakobikirche wegnahm. Demnach ist die Domkirche ursprünglich Staats- dann Stadteigentum gewesen. Darnach ist das Eigentumsrecht auf das Rigasche Konsistorium und später im Jahre 1889 auf das Livländische Konsistorium und noch später auf die deutsche Domgemeinde übergegangen. Von einem Kirchenraub durch den vorliegenden Entwurf könne keine Rede sein. Diese Behauptung wäre eine Schamlosigkeit. Es wird nur der ursprüngliche Status restituiert, die Kirche, die immer dem Staate gehört habe, wird wieder Staatseigentum". —

Prüfen wir nun objektiv die Argumente des Herrn Skujeniek, so werden wir zum Schluß kommen, daß dieselben nicht durchdacht sind und weder einer juristischen noch historischen Kritik standhalten können.

Zunächst — ist die Kirche, als solche, jemals Staatseigentum gewesen? Darauf kann ich nur entschieden verneinend antworten, sie ist niemals Staatseigentum gewesen. Wenn wir die vielen Theorien

über die Frage, wer Eigentümer einer Kirche ist im Laufe der Jahrhunderte, prüfen, so finden wir eine ganz große Zahl von sehr originellen, uns heute eigenartig anmutenden Hypothesen. Zunächst wurde als Rechtssubjekt der Kirche, des Gotteshauses, Gott selbst bezeichnet. Aus einer Reihe sehr triftiger Gründe wurde diese Theorie verworfen und die „Gesamtkirche" als solche als Rechtssubjekt des Kirchengebäudes bezeichnet. Aber auch diese Theorie hielt sich nicht lange, denn der Begriff Gesamtkirche ließ sich praktisch nicht verwerten. Ein Ausweg wurde dann darin zu finden gesucht, daß der Eigentümer der Kirche der Stellvertreter Gottes auf Erden, der Papst, sei. Im XVI. Jahrhundert waren alle diese Theorien abgetan und wir finden nur die Auffassung vor, daß die Kirche an sich institutiv, pia causa Rechtssubjekt ist und als solche juristische Person. Mithin ist Träger aller, auch des Vermögensrechts die juristische Person, die Ortskirche. Protestantischen Anschauungen entsprang die Idee des Gemeindeeigentums. Katholischer Auffassung nach gehört das Kirchenvermögen der Kirche und nicht der Gemeinde. Nirgends werden Sie die Theorie finden, daß der Staat als solcher Eigentümer der Kirche ist. Damit fällt die erste Hypothese des Herrn Skujeniek in sich zusammen.

Wenn aber der Staat im XVI. Jahrhundert, in Riga repräsentiert durch den Erzbischof Markgrafen Wilhelm von Brandenburg, nach der Behauptung des Herrn Skujeniek die Domkirche für 18.000 Mark an die Stadt Riga verkauft hat, so widerspricht das doch dem oben Gesagten? Denn wie hätte der Erzbischof etwas verkaufen können, das ihm garnicht gehört? Die Antwort auf diese Frage hätte sich leicht finden lassen, wenn Herr Skujeniek sich der Mühe unterzogen hätte, die betreffenden Dokumente zu lesen. Wo das Original des Vertrages zwischen dem Markgrafen Wilhelm von Brandenburg und der Stadt Riga ist — wissen wir nicht. Im Archiv der Stadt Riga finden wir nur eine Abschrift des Vertrages, die zur Zeit des Vertragabschlusses geschrieben ist. Daraus geht einwandfrei klar hervor, daß es sich hier keineswegs um einen Kauf resp. Verkaufsvertrag handelt und die 18.000 Mark nur als Schmerzensgeld gezahlt sind für die bei Einführung der Reformation angerichteten Schäden an Gut und Blut der Katholiken.

Und nun zum letzten Argument des Herrn Skujeniek, der Polenkönig Stephan Bathory hätte im Jahre 1581 das Eigentumsrecht an der Domkirche der Stadt Riga abgetreten.

Die lateinische Originalurkunde auf Pergament mit eigen-

händiger Unterschrift und den anhängenden Wachssiegeln der Krone Polen und des Großfürstentums Litauen befindet sich im Archiv der Stadt Riga. Außerordentlich bedauerlich, daß Herr Skujeniek alle diese außerordentlich wichtigen und interessanten Dokumente nicht gelesen hat.

Das Original ist in lateinischer Sprache und von einer Schenkung oder Verleihung neuer Rechte an die Stadt Riga ist überhaupt nicht die Rede.

Wie aus dem Text hervorgeht, handelt es sich nur um Übergabe des Patronatsrechts und des jus collationis. Der betreffende Passus lautet wörtlich: „templum vero quod olim Archiepiscopi Cathedrale fuit ac alia templa . . . — cum universis ipsorum aedificiis, caementeriis, proventibus, censibus ac reditibus . . . — praefatae civitati nostrae atque adeo consulatui Rigensi concedimus, omneque jus patronatus et collationis nostrum in eosdem transferimus et transfundimus in perpetuum eorumque iurisdictioni adscribimus." Wie wollen Sie daraus eine Eigentumsübertragung an die Stadt Riga konstruieren?

Und nun zum faktischen Tatbestande. Die Stadt Riga hatte das Patronatsrecht am Dom bis zum Jahre 1889, wonach dasselbe auf das Rigasche und im Jahre 1890 auf das Livländische Konsistorium überging. Nach der Staatswerdung Lettlands wurde die Kirchenfrage durch ein Spezialgesetz vom Jahre 1919 geregelt, dessen 2. Artikel klar und deutlich festlegt, daß „das Patronatsrecht aufgehoben ist und alle Rechte und Pflichten der Patronatsherren auf die Gemeinden übergehen". Damit ist unzweideutig klargelegt, wer derjenige ist, der das alleinige Verwaltungs- und Verfügungsrecht an der Domkirche hat, nämlich die deutsche Domgemeinde.

Nun meint aber Herr Skujeniek, dieses Recht der deutschen Domgemeinde sei anstreitbar, denn erst im Jahre 1889 sei die Eintragung der Domkirche auf den Namen der juristischen Person „Domkirche" in den Grundbüchern erfolgt, nämlich in der Zeit, als der „Rat" bereits in voller Auflösung begriffen gewesen sei. Der Rat habe schon weiter kein Interesse an der Wahrung der Interessen der Stadt gehabt und hätte daher die Übertragung veranlaßt.

Prüfen wir auch hier wieder den Tatbestand. Meiner Ansicht nach hat der Rat nur einen seit urdenklichen Zeiten bestehenden Tatbestand in eine juristische Form gekleidet. Die Stadt Riga, repräsentiert durch den Rat, hat, wie aus meinen vorherigen Deduktionen ersichtlich, sich niemals als Eigentümer der Rigaschen

Kirchen ansehen können und hat das auch nie getan. Der eklatanteste Beweis hierfür ist die Tatsache, daß die Stadt Riga bereits im Jahre 1821 die von einer lettischen Gemeinde genutzte St. Johanniskirche auf deren Namen in den Grundbüchern hat auftragen lassen, obgleich sie nach den Argumentationen des Herrn Skujeniek ebenso „Eigentümerin" der St. Johanniskirche wie des Domes war. Die damalige deutsche Stadtverwaltung kann doch wahrhaftig vor 110 Jahren keinen Grund gehabt haben, sich ihrer Rechte zu begeben. Aus welchen Gründen die Auftragung der der St. Johanniskirche gehörenden Immobilien auf den Namen der „St. Johanniskirche" erfolgte, läßt sich heute schwer sagen, wahrscheinlich wird es wohl der Grund gewesen sein, daß die Gemeinde eine durch hypothekarische Besicherung notwendige Anleihe aufnehmen wollte. Im Falle der Domkirche läßt sich der Grund sehr leicht nachweisen. Die Stadt erteilte der „Domkirche" im Jahre 1889 eine Anleihe auf 50.000 Rubel auf 36 Jahre zu 6% und verlangte als Besicherung eine Eintragung in die Grundbücher. Um diese durchzuführen, mußten die Immobilien auf den Namen der juristischen Person „Domkirche" in den Grundbüchern aufgetragen werden.

Meine Herren, bis zur Staatswerdung Lettlands scheint mir die Rechtslage klar zu sein. Die Kirche als solche hatte die Rechte einer juristischen Person und ihr ausübendes Organ war die Gemeindeverwaltung, fußend auf dem „Gesetz für die evang.-luth. Kirche in Rußland" vom Jahre 1832, das die Vertretung der Gemeinde in den Art. 712 u. ff. regelt, ihre Kompetenzen festlegte usw. Desgleichen war daselbst auch das Patronatsrecht verankert, das in Kurland sehr verbreitet war, in Livland weniger, wohl aber speziell in der Stadt Riga und in dem Patrimonialgebiet.

Wie schon gesagt, wurde die Kirchenverwaltung bei uns durch das Gesetz vom Jahre 1919 neu geregelt und die Patronatsrechte wurden den Gemeinden übertragen.

Von allergrößter Bedeutung bei der Regelung der kirchlichen Vermögensverhältnisse ist außer diesem Gesetz aber auch ein Urteil des Senats in einer speziellen Angelegenheit, das als Richtschnur für die Beurteilung der rechtlichen Lage unserer Kirche und Gemeinden dienen muß.

Auf Grund des Agrargesetzes sind sämtliche kirchlichen Ländereien enteignet und nur ein Restgut in der Größe von 50 ha wird den einzelnen Gemeinden zuerkannt. Bei Anweisung des Restgutes entstand nun die Frage, auf wessen Namen sollen diese Restgüter aufge-

tragen werden. Auf den Namen der Kirche oder der Gemeinde. Das Innenministerium wandte sich an den Senat mit der Anfrage, wie das Gesetz zu interpretieren sei. Auf diese Anfrage gab der Senat durch seine Verfügung im Jahre 1923 eine klare und unzweideutige Antwort.

Der Senat erläuterte: die Gemeinde als solche hatte alle Rechte einer juristischen Person, und zwar korporativen Charakters, die ihre Organisation und gewählte Organe hat (vgl. Verfügung vom 27. Oktober 1919 über die evang.-luth. Gemeindeverwaltungen). Danach kann auch die Gemeinde Eigentum besitzen (Verfügung § 12 P. 1). Mithin fungiert die Gemeindeverwaltung auch als Verwalter des Gemeindevermögens und vertritt die früheren Gemeindeorgane, die Kirchenkonvente, Kollegien resp. Konsistorien, Gemeindeälteste usw. Eine anderweitige Vertretung hat die Kirche als solche nicht. Damit hat der Senat anerkannt, daß die Gemeinde als solche das volle Recht hat, das Kirchenvermögen zu verwalten.

Die kirchliche Gesetzgebung wurde bei uns in den Jahren 1921—1928 ausgebaut. Zunächst wurden im Jahre 1921 die Rechtsverhältnisse der katholischen Kirche geregelt, es erfolgte der Abschluß des Konkordats mit Rom, wodurch den Katholiken bedeutende Rechte im Staat eingeräumt wurden. Im Jahre 1923 wurde ihnen auch die evang.-luth. St. Jakobikirche zugewiesen. Ausdrücklich wird im Konkordat betont, daß weder Kirchen noch Kapellen enteignet werden noch anderen als religiösen Zwecken nutzbar gemacht werden dürfen. Genau dasselbe finden wir im Gesetz vom Jahre 1926, das die Rechtsverhältnisse der griechisch-orthodoxen Kirche regelt. Auch hier besagt Art. 11 ausdrücklich, daß weder Kirchen noch Kapellen enteignet und gegen den Willen der Gemeinde zu anderen Zwecken benutzt werden dürfen.

Endlich im Jahre 1928 wurden durch ein Gesetz, das sogenannte Autonomiegesetz, auch die Rechtsverhältnisse innerhalb der evang.-luth. Kirche geregelt. Auch hier lautet Art. 6 wörtlich: „Die Kirchen, Kapellen und Kirchhöfe der evang.-luth. Kirche, die sich in deren Verwaltung befinden, können gegen den Willen der Kirche nicht enteignet noch für andere Zwecke verwandt werden".

Hieraus, meine Herren, ist zu ersehen, daß das uns vorliegende Gesetzesprojekt betr. „Regelung der rechtlichen Lage der Domkirche" ganz unnütz ist, denn die Rechtslage der Domkirche ist in den bestehenden Gesetzen fest und sicher verankert.

Ich muß hier noch auf ein Argument des Herrn Skujeniek zurückkommen. Er sagte: „Wenn die Staatsgewalt damals im Jahre 1919 das Patronatsrecht den Gemeinden zusprach, so hätte der Staat auch verfügen können, das Patronatsrecht am Dom nicht der Domgemeinde sondern beispielsweise dem Staat zuzuweisen". Das wäre gewiß möglich gewesen, ist aber nicht geschehen. Folglich besteht das heutige Verwaltungs- und Verfügungsrecht der deutschen Domgemeinde noch zu Recht.

Es ließe sich ja sagen, solches ist im Jahre 1919 geschehen, im Jahre 1931 gefällt das Herrn Skujeniek nicht mehr, und da der Landtag allmächtig ist, so soll eben das Recht der Domgemeinde genommen und dem Kriegsminister oder sonst irgend wem übertragen werden. Aber auch hier hat sich der Landtag Grenzen gesetzt und macht den Plan des Herrn Skujeniek unmöglich. Durch das bereits zitierte Gesetz vom 14. August 1928 ist die evang.-luth. Kirche autonom geworden und Art. 2 sagt klar und deutlich: „Die evang.-luth. Kirche genießt das Selbstverwaltungs- und Selbstbestimmungsrecht, das in der Kirchenverfassung verankert und von der Synode angenommen ist. Die Synode Lettlands, die periodisch zusammentritt, hat die höchste Gewalt, erläßt obligatorische Verordnungen, hat das Recht Glaubensnormen festzusetzen, hat die Administration, Vermögensverwaltung, kirchliche Rechtssprechung und Kontrolle."

Herr Skujeniek muß also, wenn er der Domkirche einen neuen Herrn einsetzen will, die gesamte Kirchenverfassung Lettlands umstoßen. Wenn er das will, möge er es tun. Das vorliegende Gesetz kann nur nach Aufhebung der bestehenden Gesetzesnormen angenommen werden.

Aus allen oben angeführten Gründen ist die Mehrheit der öffentlich-rechtlichen Kommission zu der Ansicht gekommen, den vorliegenden Gesetzentwurf abzulehnen und es den Gemeinden zu überlassen, zu einer Einigung zu gelangen.

Ich muß hier noch auf die Rede des Prof. Salite kurz zurückkommen. Herr Salite erzählt weinend, die bösen Deutschen hätten alle schönen alten Kirchen okkupiert und die nach geistlichem Trost lechzenden Letten säßen auf der Straße. Ich stelle dem gegenüber unter Berufung auf die offiziellen Daten des Oberkirchenrats vom Jahre 1929 fest: Bei den 12 in Riga befindlichen evang.-luth. Kirchen sind 54.747 lettische und 42.608 deutsche Gemeindeglieder registriert. Da die Letten einen anderen Modus der Registration wie die Deutschen haben, müssen ihnen noch 30% zugezählt werden, sie kommen also

auf die Ziffer 71.971. Von den 12 Kirchen befinden sich 3 in der ausschließlichen Nutzung der Letten, diese 3 Kirchen, es sind die Johanniskirche, die neue Getrudkirche und die Kreuzkirche, haben zusammen 5000 Sitzplätze und 23.786 Gemeindeglieder; nur eine einzige Kirche befindet sich in der ausschließlichen Nutzung der Deutschen und zwar die Petrikirche mit 1200 Sitzplätzen und 16.775 Gemeindegliedern.

In den lettischen Kirchen kommen mithin 4,5 Personen auf einen Sitzplatz, dahingegen in der deutschen Kirche 13,9 Personen auf einen Sitzplatz. Die törichte Legende von der bevorzugten Lage der Deutschen in kirchlicher Hinsicht entbehrt somit jedweder sachlichen Grundlage.

Richtig ist, daß in den beiden alten schönen Kirchen die Deutschen die weitaus größte Zahl der Gemeindeglieder haben (Dom und Peter zusammen 28.750), während sich die Letten mehr auf die neuen (mit Ausnahme der Johanniskirche), modernen Kirchen mit ihrem vorzüglich ausgenutzten Innenraum (beispielsweise hat die neue Gertrudkirche 3000 Sitzplätze, ebenso wie der Dom) konzentrieren.

Die Kampfmethoden

Die Kampfmethoden der Garnisonsgemeinde

Von P. Alexander Burchard

Im Januar 1930 richtete die Garnisonsgemeinde, ohne sich mit der Domgemeinde in Verbindung gesetzt zu haben, an den lettländischen Oberkirchenrat die Forderung, ihr das Recht der Mitverwaltung am Dom zuzusprechen. Sie behauptete, sich schon jahrelang um eine Verständigung mit der Domgemeinde auf friedlichem Wege bemüht, aber kein Entgegenkommen gefunden zu haben. Dieser Behauptung steht folgende Tatsache gegenüber. Als die Garnisonsgemeinde im Jahre 1926 gegründet worden war, wandte sie sich an den Domkirchenvorstand mit dem Verlangen, ihr die Domkirche zweimal im Monat am Sonntagnachmittag einzuräumen. Dieses Verlangen ist von der deutschen Domgemeinde erfüllt worden. Seitdem hat sich in den Jahren 1926—1931 kein Vertreter der Garnisonsgemeinde mit irgend einem Wunsch nach Erweiterung des Zugesagten, oder mit einer Klage, oder mit einer Forderung an den Domkirchenvorstand gewandt, mit einer einzigen Ausnahme. Als nämlich die Garnisonsgemeinde einen Kirchhof brauchte, stellte sie an die Domgemeinde die Forderung, ihr ein Stück des Domfriedhofes abzutreten. Die Domgemeinde trat ein Stück ihres Friedhofes unentgeltlich an die Garnisonsgemeinde ab. Als das von der Domgemeinde abgetretene Grundstück bearbeitet wurde, stellte es sich nach vorgenommener Vermessung heraus, daß vom betreffenden Gärtner der Garnisonsgemeinde ein größeres Stück genommen worden war. Hierzu hat die Domgemeinde des Friedens wegen geschwiegen.

Vertreter der Garnisonsgemeinde behaupteten, die Domkirche werde nur zu einer für das Militär ungünstigen Stunde zur Verfügung gestellt. Dagegen ist zu sagen, daß die Garnisonsgemeinde selbst die betreffende Stunde gewählt hat, daß sie niemals in der Zeit von 1926—1930 um eine andere Stunde gebeten hat, daß sie endlich auf den vom Oberkirchenrat einberufenen Sitzungen vom Oktober 1929 und Februar 1930 erklärt hat, die Stunde des Gottesdienstes interessiere sie nicht, sie interessiere die Frage der Mitverwaltung; habe sie erst diese erlangt, so werde sie schon alles übrige ordnen. Diese Stellung nahm die Garnisonsgemeinde ein, obgleich die Domgemeinde erklärt hatte, sie sei bereit, sogar die eigene gottesdienstliche Stunde der Garnisonsgemeinde abzutreten.

Der Pastor der Garnisonsgemeinde Terin hat behauptet, die Domkirche sei der Garnisonsgemeinde nur von Fall zu Fall bewilligt worden, deshalb hätte die Gemeinde nicht wissen können, wann der Gottesdienst stattfinden würde. Diese Behauptungen sind irreführend. Pastor Terin hat genau gewußt, und zwar zeitig genug für eine Bekanntmachung an die Gemeinde, wann er seine Gottesdienste halten konnte. Der Garnisonsgemeinde ist ganz klar bewilligt worden, 2–3mal im Monat — so hatte sie es selbst gewollt — ihre Gottesdienste halten zu können. Von Fall zu Fall sollte nicht etwa die Zustimmung zum Abhalten des Gottesdienstes eingeholt werden, sondern der Termin festgelegt werden. Das war nötig, um einerseits der Garnisonsgemeinde die Möglichkeit zu gewähren, den von ihr gewünschten Sonntag zu belegen, andererseits um die Friedensgemeinde, der gegenüber die Domgemeinde durch einen Vertrag gebunden war, und die Domgemeinde nicht einfach der Möglichkeit zu berauben, auch ihrerseits die Kirche für vorkommende Nachmittagsgottesdienste, Trauungen usw. zu benutzen. Der genannten Behauptung steht in krassem Widerspruch die Mitteilung des Pastors Terin gegenüber, der Kirchenvorstand der Garnisonsgemeinde habe es ihm verboten, ein Verzeichnis der von ihm gewünschten Sonntage und Feiertage anzufertigen und einzureichen, damit diese Termine ein für allemal und nicht mehr von Fall zu Fall festgelegt würden. Auch dazu war nämlich unter Zustimmung der Friedensgemeinde die Domgemeinde sofort bereit, als Pastor Terin zum ersten Mal am 4. März 1930 den Wunsch danach aussprach.

Die Garnisonsgemeinde hat den Vorwurf erhoben, die Domkirche sei ihr nicht eingeräumt worden an für die Armee bedeutsamen Tagen, sie sei kein einziges Mal zum Weihnachtsabend gegeben worden, sie sei in der Passionszeit der Garnisonsgemeinde für Passionsgottesdienste verweigert worden, stattdessen hätten Konzerte stattgefunden. Die Wahrheit ist: ein einziges Mal konnte die Domkirche an einem Regimentsfeiertag der Garnisonsgemeinde nicht eingeräumt werden, weil sie schon für einen anderen Gottesdienst vergeben war, da Pastor Terin seinen Wunsch nicht rechtzeitig angemeldet hatte. Von der Domgemeinde kann nicht verlangt werden, daß sie die Regimentsfeiertage kennt. Pastor Terin hat von 1926 an kein einziges Mal den Wunsch geäußert, am Weihnachtsabend einen Gottesdienst für die Garnison resp. Garnisonsgemeinde im Dom zu halten. Pastor Terin hat am Karfreitag regelmäßig unbehindert seinen Gottesdienst halten können. Er hat von 1926 an niemals den Wunsch geäußert, andere Passionsgottesdienste im Dom halten zu können. Die Kirche wäre ihm nicht verweigert worden.

Dem Vorwurf gegenüber, die deutschen Pastoren hätten ihre Gottes-

dienste nicht rechtzeitig geschlossen, so daß die Konfirmanden der Garnisonsgemeinde oft im Regen auf der Straße hätten warten müssen, muß festgestellt werden, daß die Konfirmanden der Garnisonsgemeinde sich immer im Kapitelsaal und Kreuzgang versammelt haben.

Die Garnisonsgemeinde klagt den Vorstand der Domgemeinde an, er habe von ihr unverhältnismäßig hohe Zahlungen erhoben. So seien in der Domkirche beispielsweise für eine Beerdigung Ls 240–300 verlangt worden, während der neuen Gertrudkirche nur Ls 61 gezahlt worden seien. Hierauf ist zu erwidern: 1) es lassen sich Rechnungen nicht vergleichen, wenn nur die Schlußsumme bekannt ist und nicht die einzelnen Posten; 2) verschweigt die Mitteilung über den Unterschied der Kosten, daß der Dom unverhältnismäßig viel größer ist als die Gertrudkirche. So hat z. B. der Dom 11 Kronen mit 245 Lampen (jede 50 Kerzen), die Gertrudkirche aber nur 2 Kronen mit 22 Lampen und Wandleuchter mit im ganzen 60 Lampen; 3) ist nicht gesagt, daß im Dom eine Dekoration großen Stils, wie sie meist von der Garnisonsgemeinde verlangt wurde, Ls 120 kostet, die voll und ganz dem Gärtner ausgezahlt werden; 4) ist verschwiegen, daß es sich im Dom meist um 2 Feiern, von denen jede längere Zeit dauert, handelt, um das Abstellen des Sarges an einem und die Beerdigungsfeier an einem nächsten Tage; 5) kann ein Unbefangener nicht wissen, daß für die Bedienung im Dom 7 Personen in Betracht kommen, die alle honoriert werden müssen; 6) ist verschwiegen, daß mehrfach Beleuchtung und Bedienung auch in der Nacht in Anspruch genommen worden sind, wofür den Kirchendienern billigerweise die Taxe der Überstunden angerechnet wurde.

In der Gertrudkirche kostet eine gewöhnliche Beerdigung aus der Kirche, wie jedermann in der Kanzlei erfahren kann, rund Ls 120. Dazu kommt die Dekoration von Ls 100 ab, also in Summa Ls 240. Im Dom kostet eine Beerdigung aus der Kirche Ls 184 (Orgel, Organist, Beleuchtung, Läuten, Katafalk, Streuen, Bedienung 7 Personen, Vereinigung und 10 Armleuchter mit Lichten), dazu die Dekoration von Ls 100 ab, also in Summa Ls 284.

Die Garnisonsgemeinde hat versucht, ihre Ansprüche als Forderungen der ganzen Armee Lettlands und die Ablehnung ihrer Ansprüche durch die Domgemeinde als eine Nichtachtung der lettländischen Armee hinzustellen. Wiederholt sind von den Vertretern der Garnisonsgemeinde Armee, Garnison und Garnisonsgemeinde als gleiche Begriffe verwandt worden. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß weder die Armee noch die Garnison mit der Garnisonsgemeinde identisch sind. Natürlich ist die Garnison von Riga noch nicht die Armee. Die Garnison in Riga hat viele Glieder, die nicht Glieder der Garnisonsgemeinde sind, sondern Glieder verschiedener Gemeinden in Stadt und Land; in der Garnison gibt es auch nicht nur Evangelische, sondern ebenso Katholiken, Juden und Konfessionslose. Die Gleichsetzung von Armee, Garnison und Garnisonsgemeinde muß daher als eine Irreführung der Öffentlichkeit abgelehnt werden. Umsomehr als auch der Kriegsminister erklärt hat, das Kriegsministerium hätte wohl dafür ein Interesse, daß Gottesdienste für die Armee gehalten werden, die Armee brauche aber keine Garnisonsgemeinde.

An diesen Beispielen der Kampfmethode der Garnisonsgemeinde möge es genügen. Die Haltlosigkeit und Unrichtigkeit der Behauptungen der Garnisonsgemeinde wird durch unleugbare Tatsachen widerlegt.

Die Kampfmethoden der lettischen Presse

Von Percy Bockrodt

Im Feldzug um die Entrechtung der deutschen Domgemeinde hat von Anfang an ein Teil der lettischen Presse eine große, ja man kann wohl sagen: eine ausschlaggebende Rolle gespielt. Die verhältnismäßig kleinen Gruppen, die den Kirchenstreit angezettelt haben, die Garnisonsgemeinde sowohl als auch die politischen Parteien der Jungwirte (Skujeneek) und der Demokraten (Breikšch) sind sich von Anbeginn darüber klar gewesen, daß sie ohne die Bundesgenossenschaft einiger einflußreicher Zeitungen kaum etwas werden ausrichten können. Als die Garnisonsgemeinde zu Anfang 1930 ihre Aktion einleitete, stellten sich ihr sofort die beiden großen linksbürgerlichen Zeitungen zur Verfügung, die ein Jahr früher bereits im Kampf um die Annullierung der Siedlungsrechte der Landeswehrkämpfer mit allen Mitteln die deutschfeindliche Stimmung zu schüren verstanden hatten. Die sehr starke Verbreitung der „Jaunakàs Sinas" und die äußerst marktschreierische Aufmachung der „Pehdejâ Brihdî" boten eine genügende Gewähr dafür, daß auch die Kampagne für eine Verdrängung der Deutschen aus dem Dom in breitesten Volksschichten die genügende Aufmerksamkeit erregen und die urteilslosen Massen der Leserschaft entsprechend beeinflussen würde. Während diese beiden Zeitungen nebst einigen kleineren Blättern von Anfang an in einer ungezählten Reihe von Artikeln und Berichten gegen die deutschen Rechte anstürmten, nahm das Hauptblatt des Bauernbundes, die „Brihwa Seme", eine sehr schwankende Haltung ein. Gelegentliche scharfe Ausfälle gegen den deutschen Standpunkt wechselten hier mit offensichtlich von höherer Seite inspirierten Artikeln, in denen das Blatt eine objektive Haltung einzunehmen sich bemühte und einer lettisch-deutschen Verständigung in der Domfrage das Wort redete. Im rechtsbürgerlichen „Latvis" erschienen in der ersten Zeit des Domstreits mehrere Artikel, in denen die deutschfeindliche Hetze und das rechtswidrige Vorgehen der die Enteignungskampagne führenden Kreise mit mutigen und scharfen Worten gegeißelt wurden. Nach dem Umfall der Friedensgemeinde auf der Synode machte indes auch der „Latvis" eine Kehrtschwenkung und tritt jetzt gleichfalls, wenn auch in gemäßigterer Form, für eine lettische Mehrheit am Dom ein. Von den großen lettischen Zeitungen läuft heute nur noch der „Sozialdemokrats" nicht im allgemeinen Ansturm gegen die deutschen Rechte am Dom mit; vielmehr spielt er in dem ganzen Streit die angenehme Rolle des lachenden Dritten, der schadenfroh und ironisch die immer weitere Zuspitzung der Lage kommentiert.

Wenn im Nachfolgenden von den Kampfmethoden der lettischen Presse die Rede sein soll, so sei zunächst bemerkt, daß die Pressekampagne keineswegs in erster Linie von den Berufsjournalisten geführt wird. Vielmehr haben die Zeitungen auch Geistlichen und Gemeindegliedern, Politikern und Militärs, Gelehrten und Schriftstellern ihre Spalten in breitestem Ausmaße zur Behandlung der Domkirchenfrage zur Verfügung gestellt und damit die Durchschlagskraft der ganzen Kampagne naturgemäß um ein Vielfaches erhöht. Eine Darstellung der Kampfmethoden der lettischen Presse läßt sich darum garnicht von einer

Schilderung der Kampfmethoden der gesamten lettischen Öffentlichkeit trennen, wie ja überhaupt in diesem ganzen Kampf die Presse in ganz besonderem Ausmaß zu einem Spiegel der in der lettischen öffentlichen Meinung vorhandenen Stimmungen und Bestrebungen geworden ist.

Wenn man sich darüber klar ist, daß es im Domkirchenstreit darum geht, ein durch die Jahrhunderte geheiligtes und auch durch die lettländische Gesetzgebung mehrfach erhärtetes Recht einer deutschen Körperschaft, der Domgemeinde, zu vernichten und diesen ungeheuerlichen Rechtsbruch sowohl in den eigenen Augen als auch nach außen hin mit einem Schein des Rechts zu verschleiern, so kann man sich schon denken, was für Kampfmethoden allein für ein solches Unterfangen in Betracht kommen. Ohne Geschichtsfälschungen, Rechtsverdrehungen, Tatsachenentstellungen läßt sich ein solcher Kampf begreiflicherweise nicht führen, und all dieses ist denn auch in den Spalten der lettischen Zeitungen in leider überreichlichem Maße zu finden. Darüber hinaus wird dann aber noch mit verschiedenen gegen das baltische Deutschtum gerichteten Verleumdungen und Verhetzungen gearbeitet, die alle dazu dienen sollen, breiteste Volksschichten für diesen Kampf mobil zu machen, womit einerseits die Hunderttausende für eine endgültige Durchbringung des Volksbegehrens erforderlichen Wähler in die gewünschte Stimmung versetzt werden, andererseits aber auch auf die politische und kirchliche Führung ein entsprechender Druck ausgeübt werden soll. Angesichts des Überflusses an Material können in dieser Darstellung nur einige besonders hervorstechende, meist unermüdlich wiederholte und variierte Motive aus dem Chor der lettischen Presse herausgegriffen werden, die aber genügen dürften, um die obige Charakterisierung der Kampfmethoden der Presse zu belegen.

Namentlich während der ersten Periode der Enteignungskampagne zog sich als Leitmotiv durch die Presse die Behauptung von der Unvereinbarkeit des deutschen Dombesitzes mit der Ehre und Würde der lettischen Freiheitskrieger. Tausende von urteilslosen Lesern ließen sich von dem „patriotischen" Argument bestechen, daß die heldenmütige lettische Armee, die das ganze Land befreit habe, darum auch die größte und schönste Kirche des Landes für ihre Zwecke beanspruchen könne. Daß es in Wirklichkeit nicht eine Ehrung, sondern eine Entehrung der für die Freiheit des Vaterlandes ins Feld gezogenen Armee sei, wenn man ihr die Beanspruchung einer Art „Beuterechts" auf eines der stattlichsten Gebäude des befreiten Landes unterstellen will, darüber machte man sich ebensowenig Gedanken, wie über die Tatsache, daß ja die lettländische Armee gerade gegen den Bolschewismus ins Feld gezogen ist, während man nun diese Armee mit einer Kirche „belohnen" will, die durch Enteignungspraktiken, die den bolschewistischen Methoden nicht unähnlich sind, ihren rechtmäßigen Besitzern fortgenommen werden soll. Ganz unbedenklich begeht man bei dieser Argumentation übrigens eine grobe Geschichtsfälschung, indem man es wohlweislich verschweigt, daß gerade Riga, wo sich der umstrittene Dom befindet, in erster Linie von den zur Baltischen Landeswehr gehörigen Freiwilligen befreit worden ist, von denen ein sehr erheblicher Teil heute gerade der deutschen Domgemeinde angehört, die man jetzt aus ihrem Gotteshaus verdrängen will.

Im Oktober 1930 wurde dann gleichzeitig von der „Jaunakàs Sinas" und von der „Pehdejâ Brihdî" die Nachricht verbreitet, daß das lettische Volk eine

schwere Demütigung seitens der deutschen Domgemeinde habe einstecken müssen, indem infolge einer verspäteten Beendigung des deutschen Gottesdienstes der Staatspräsident in strömendem Regen 20 Minuten vor der Kirchentür habe warten müssen, ehe sich die Pforten für den nachfolgenden lettischen Gottesdienst öffneten. Obgleich der diesen Gottesdienst zelebrierende lettische Pastor diese Nachricht sofort zurechtstellte, indem er erklärte, nicht eine Verspätung des deutschen, sondern nur eine Verzögerung des lettischen Gottesdienste habe an dem Tage stattgefunden, obgleich ferner der Staatspräsident erklärte, er habe sich kaum eine Minute vor der Kirchentür aufgehalten, obgleich endlich um die fragliche Zeit kein Tropfen Regen gefallen ist, wurde die Lüge vom in strömendem Regen eine längere Weile wartenden Staatspräsidenten noch monatelang in den Spalten der Presse weiter kolportiert.

Um die Jahreswende wartete dann auch die „Brihwa Seme" gleich mit drei glatt aus der Luft gegriffenen Meldungen auf, laut denen die lettische Garnisonsgemeinde am Weihnachtsabend in der Abhaltung von Gottesdiensten sowohl in der Domkirche als auch auf dem Friedhof infolge mangelnden Entgegenkommens seitens der Instanzen der deutschen Domgemeinde ernstlich behindert worden sei, während ebenso auch die lettische Gertrudgemeinde infolge des Verhaltens der deutschen Gertrudgemeinde in der Rigaer Gertrudkirche keinen Weihnachtsgottesdienst abzuhalten vermochte. Zwar mußte die „Brihwa Seme" später alle drei Meldungen als nicht den Tatsachen entsprechend widerrufen, doch haben diese natürlich bei vielen Lesern, die nur die großaufgemachte Meldung, nicht aber das übrigens recht gewundene Dementi gelesen haben, ihre Wirkung nicht verfehlt.

Etwas früher hatte übrigens dasselbe Bauernbundblatt noch einen anderen bemerkenswerten Beitrag zur Domfrage gebracht, in dem es das Volk dazu aufforderte, „sich aus nationaler Selbstachtung nicht leichtfertig vor einer eingebildeten Gewalt (d. h. der deutschen) zu demütigen." In diesem Artikel wurde nicht nur eine Gleichberechtigung der beiden den Dom nutzenden lettischen Gemeinden mit der deutschen Gemeinde, sondern vielmehr eine „vollkommene Freimachung der Domkirche für die Bedürfnisse der lettischen Gemeinden und des Staates" gefordert. Und das, obgleich die Fraktion des Bauernbundes mit dem damaligen Ministerpräsidenten Zelmin an der Spitze den Enteignungsplänen der Garnisonsgemeinde durchaus ablehnend gegenüberstand. Man sieht hieraus, in welchem Maße die Presse selbst ohne Rücksichtnahme auf die Haltung der eigenen Partei für eine Entrechtung der Deutschen einzutreten für angebracht hielt.

Mit besonderer Heftigkeit und in verbreiterter Front setzte die Pressekampagne nach der Synode im April d. J. ein, wobei namentlich das Rechenkunststück des Vorsitzenden der Friedensgemeinde mit den den drei Gemeinden in verschiedenem Maße zuzuteilenden „Zwölfteln" weidlich ausgeschlachtet wurde und gleichzeitig die Version von der „Unnachgiebigkeit" und „Halsstarrigkeit" der deutschen Domgemeinde immer mehr aufgebauscht und verbreitet wurde. Hier bot sich ein besonders ergiebiges Feld für grobe Irreführung und Tatsachenentstellung, indem nämlich die Tatsache, daß die deutsche Domgemeinde durch Unterzeichnung des Vertrages über Abtretung der Hälfte der gesamten Besitz-, Verwaltungs- und Nutzungsrechte an die lettische Friedensgemeinde bereits das denkbar größte Maß an Entgegenkommen bewiesen hatte, einfach totgeschwiegen

und die „Halsstarrigkeit" der Deutschen aus der Tatsache abgeleitet wurde, daß die Domgemeinde sich nicht in der Lage sieht, über dieses äußerste Entgegenkommen nun noch hinauszugehen.

In der letzten Zeit, während des Stimmenfanges für das Volksbegehren, haben dann verschiedene lettische Zeitungen nicht davor zurückgescheut, die historisch unaufgeklärten Volksmassen noch mit einer Geschichtsfälschung allergröbster Art irrezuführen. Obgleich über jeden Zweifel erhaben die Tatsache feststeht, daß der Dom vor 700 Jahren von den Deutschen erbaut worden ist, obgleich aus der Geschichte ferner unumstößlich bekannt ist, daß der Dom im Laufe dieser 700 Jahre — mit ganz kurzen Unterbrechungen in Kriegszeiten — sich die ganze Zeit über einzig in deutschen Händen befunden hat, konnte man in letzter Zeit immer wieder in den lettischen Zeitungen die Behauptung lesen, daß der Dom in früheren Zeiten ein lettischer Besitz gewesen sei, daß die Deutschen einst den Letten ihre Kirche gewaltsam entwunden hätten und daß es daher jetzt eine heilige Pflicht des lettischen Volkes sei, durch das Volksbegehren das geraubte Nationaleigentum wieder den Letten als den früheren rechtmäßigen Besitzern zurückzugewinnen. Allein diese eine in ihrer Skrupellosigkeit wohl kaum zu überbietende Zeitungslüge dürfte wohl Zehntausende zur Abgabe ihrer Stimme für das Volksbegehren bewogen haben. U. a. schrieb auch der lettische Dichter Akurater Anfang Juni in der „Jaunakàs Sinas", der Dom sei „von jeher das Eigentum des lettischen Volkes gewesen. Fremde hätten es sich widerrechtlich angeeignet und wollten es nun nicht zurückgeben."

Und der Universitätsprofessor Kirchenstein äußerte sich in demselben Blatt, daß das friedliche Kulturvolk der Letten in alten Zeiten von den kulturell niedrigerstehenden kriegerischen und verschlagenen Eindringlingen — den Deutschen — geknechtet worden sei. Die Nachkommen dieser Bedrücker seien jetzt bemüht, die von den lettischen Vorfahren errichtete Domkirche wie auch andere Bauten in ihren Händen zu behalten. Wenn es nun den Letten endlich gelingt, das Verfügungsrecht über den Dom zu erhalten, schrieb — ebenfalls in den „Jaunakàs Sinas" — Oberst Jeske, so wird es ihr erstes Werk sein, die Namen der „Landesverräter" — gemeint sind damit die in den Kämpfen bei Wenden gefallenen Freiwilligen der Baltischen Landeswehr — aus den im Dom aufgehängten Gedenktafeln auszumerzen.

Zuletzt sei hier noch erwähnt, daß einige lettische Zeitungen in ihrer Hetzkampagne noch weit über das unmittelbare Streitobjekt, die Domkirche, hinausgegriffen haben. So hat namentlich die „Pehdejâ Brihdî" auch eine Enteignung der beiden Gildenhäuser, des Gebäudes des Rigaer städtischen deutschen Gymnasiums, der Petrikirche und mehrerer deutscher Kirchen in den Städten Kurlands als nächste Ziele des „nationalen" Kampfes aufgestellt. Den Rekord an Verhetzung hat jedoch die „Jaunakàs Sinas" mit einem kommentarlos abgedruckten „Aufruf ans lettische Volk" aufgestellt, in dem es u. a. heißt: „Mit tiefer Entrüstung protestieren wir gegen das aufreizende Verhalten der Deutschen in Sachen der Marien-Kathedrale (d. h. der Domkirche) . . . Die verbrecherische Clique, die nicht mit dem Volke Lettlands zusammenwohnen will und kann, muß außerhalb des Gesetzes gestellt werden. Wir fordern, daß auf dem Dringlichkeitswege die deutschen Privilegien revidiert werden und daß alles in deutscher Ver-

waltung befindliche öffentliche Eigentum und alle deutschen Anstalten und Einrichtungen dem Staat zur Verwaltung übergeben werden. Wir fordern alle Söhne des lettischen Volkes auf, sich wie ein Mann zu erheben und den schwarzen Ritter zu zerschmettern."

Und in derselben Zeitung äußerte später auch ein gewisser cand. jur. Schtelmacher, falls die nationalen Minderheiten sich in Lettland auch weiter so widerspenstig zeigen sollten, wie in der Domkirchenfrage, müßte man sie auf dem Wege über eine Volksabstimmung des Wahlrechts verlustig erklären und auch vom wirtschaftlichen Leben ausschalten, bis das lettische Volk seine nationalen Rechte genügend gesichert haben werde.

Der Kampf um den Dom 1930/31

Chronologische Übersicht

Am 16. Oktober 1923 nimmt die Domgemeinde die durch Enteignung der Jakobikirche obdachlos gewordene lettische Friedensgemeinde auf und räumt ihr Rechte auf Nutzung der Kirche ein.

Am 27. April 1926 räumt die Domgemeinde der neu gebildeten Garnisonsgemeinde auf deren Bitte hin das Recht ein: 2 mal im Monat Nachmittagsgottesdienste im Dom abzuhalten, wobei keine weiteren Zahlungen erhoben werden, als Ersatz der direkten Unkosten.

Am 29. November 1926 tritt die Domgemeinde der Garnisonsgemeinde unentgeltlich ein großes Stück ihres Friedhofes ab.

Am 29. Januar 1930 verlangt die Garnisonsgemeinde unter Berufung auf das Gesetz von 1923 (Übergabe des Nutzungsrechtes am Dom an den lettländischen Bischof) vom lettländischen Oberkirchenrat das Recht der Mitverwaltung am Dom. Sie begründet das mit angeblich unfreundlicher Behandlung durch die deutsche Domgemeinde. Die Garnisonsgemeinde hat sich im Laufe der Jahre ihres Bestehens von 1926—1930 kein einziges Mal mit einer Beschwerde an die Domgemeinde gewandt.

Am 29. Januar 1930 setzt der lettländische Oberkirchenrat eine juristische Kommission zur Prüfung des Gesetzes von 1923 ein. Die juristische Kommission kann sich auf ein einheitliches Gutachten nicht einigen, stellt aber fest, daß die Garnisonsgemeinde auf dieses Gesetz keine Ansprüche begründen kann.

Am 4. März 1930 findet eine Besprechung zwischen den Pastoren der Domgemeinde, Friedensgemeinde und Garnisonsgemeinde statt. Allen Wünschen der Garnisonsgemeinde wird von den Pastoren des Doms Erfüllung zugesagt. Eine 2. Besprechung, die definitive Fest-

legung des Vereinbarten bringen soll, lehnt der Pastor der Garnisonsgemeinde Terin mit der Begründung ab, der Kirchenvorstand der Garnisonsgemeinde habe ihm weitere Verhandlungen verboten.

Am 18. März 1930 teilt Pastor A. Berg von der Friedensgemeinde der Domgemeinde mit, Pastor Terin habe ihn gebeten, zum fertiggestellten Protokoll der Sitzung vom 4. März zwei Zusätze zu machen. Dieses Ansinnen weist der Vorstand der Domgemeinde zurück.

Am 11. Juni 1930 faßt die Plenarsitzung des lettländischen Oberkirchenrats den Beschluß: das Präsidium zu beauftragen, zwischen den betreffenden Gemeinden hinsichtlich der Nutzung und Verwaltung des Doms zu vermitteln (Prot. Nr. 390 v. 11. Juni 1930).

Am 12. Juli und 29. Juli 1930 teilt die Garnisonsgemeinde dem lettländischen Oberkirchenrat mit, daß sie für ihre Gottesdienste die Stunde ½10 Uhr morgens beanspruche, volle Rechte der Mitverwaltung des Doms und aller Nebenräume verlange (Schreiben der Garnisonsgemeinde Nr. 19 vom 12. Juli und Nr. 39 vom 29. Juli 1930).

Am 6. September 1930 teilt die Friedensgemeinde dem lettländischen Oberkirchenrat mit, daß sie ihren Vertrag (16. Oktober 1923) mit der Domgemeinde von sich aus nicht ändern könne, daß sie auch durch diesen Vertrag befriedigt sei und daß sie ihre in diesem Vertrag festgelegten Beziehungen zur Garnisonsgemeinde nicht zu ändern wünsche.

Am 16. Oktober 1930 und 8. Januar 1931 finden zwei vom lettländischen Oberkirchenrat einberufene Sitzungen der Vertreter der Dom-, Friedens- und Garnisonsgemeinde statt, die einen Vergleich zustandebringen sollen. Die Domgemeinde ist wieder zu weitestgehendem Entgegenkommen hinsichtlich der Nutzung der Kirche bereit, lehnt aber unter Berufung auf § 39, 41 und 42 der Verfassung der lettländischen Kirche die geforderte Mitverwaltung der Garnisonsgemeinde ab. Die Garnisonsgemeinde fordert vor allem die Einräumung der Mitverwaltung, alle anderen Fragen (gottesdienstliche Stunden 2c.) interessierten sie (Erklärung des General Ausan und Oberst Blumental) nicht. Sie erkärt ein Recht auf die Domkirche zu haben und bekundet das mit Berufung:

1) auf das Gesetz von 1923,

2) darauf, daß die Armee die Befreierin Lettlands sei, alles erobert habe, also auch die Domkirche,

3) daß die Ehre der Armee eine repräsentative Kirche verlange.

Am 2. Dezember 1930 bietet der Kirchenrat der Domgemeinde der Friedensgemeinde an, sich in eine lettische Domgemeinde umzuwandeln, um an der Verwaltung der Domkirche paritätisch teilzunehmen.

Am 16. Dezember 1930 erklärt die Friedensgemeinde ihre Bereitschaft, eine lettische Domgemeinde zu werden, verlangt aber auch volle Gleichberechtigung in der Nutzung und Verwaltung auch aller anderen Immobilien der Domkirche.

Am 9. Januar 1931 erklären die Vertreter der Friedensgemeinde, daß sie die Garnisonsgemeinde nur als Beichtkreis der neuen lettischen Gemeinde aufnehmen würden, daß die Garnisonsgemeinde in der Gemeindeverwaltung in der Minderheit bleiben müßte, da sie bedeutend kleiner sei, und daß der einen deutschen Domgemeinde nur eine lettische Domgemeinde gegenüberstehen solle.

Am 11. Februar 1931 nimmt der lettländische Oberkirchenrat auf seiner Plenarsitzung folgende Resolution an: In Anbetracht der in den Debatten zu Tage getretenen Tatsachen sieht der Oberkirchenrat weder sich noch den Bischof für kompetent an, die Frage der Verwaltung und Nutzung des Doms in einer der Garnisonsgemeinde annehmbaren Weise zu lösen, und beschließt den Wunsch auszusprechen, es möge im Dom auch eine vollberechtigte lettische Gemeinde entstehen. Der Oberkirchenrat hofft, daß die betreffenden Gemeinden das bald durch eine Einigung erreichen werden (Schreiben des Oberkirchenrats an die Garnisonsgemeinde Nr. 540 vom 12. Februar 1931).

Im Februar 1931 wendet sich die Garnisonsgemeinde an den Staatspräsidenten und Ministerpräsidenten mit dem Ansinnen, die Regierung möge von sich aus die Forderung der Garnisonsgemeinde befriedigen.

Am 20. Februar 1931 wird im Landtag ein Gesetzesantrag auf Enteignung und Übergabe des Doms an den Kriegsminister für die Garnisonsgemeinde eingebracht und an die Kommission zur Weiterbearbeitung überwiesen.

Am 3. März 1931 erklärt sich die Domgemeinde einverstanden, die lettische Friedensgemeinde als lettische Domgemeinde aufzunehmen und ihr die Hälfte des gesamten Besitzes abzutreten. Sie tut das, um den kirchlichen Frieden zu wahren.

Am 23. März 1931 wird das Gesetzprojekt auf Enteignung des Doms mit 18 Gegenstimmen und 32 Stimmenenthaltungen gegen 28 Fürstimmen vom Parlament abgelehnt; 22 Abgeordnete stimmen berhaupt nicht mit.

Am 25. März 1931 beginnt die Sammlung von Unterschriften für einen Initiativantrag zur Enteignung des Doms.

Am 30. März 1931 wird der Vertrag zwischen der Friedensgemeinde und Domgemeinde abgeschlossen, nach dem die Friedensgemeinde lettische Domgemeinde auf völlig paritätischer Grundlage wird.

Am 31. März 1931 wird dieser Vertrag vom lettländischen Oberkirchenrat bestätigt.

Der Kriegsminister erklärt auf Antrag des lettländischen Bischofs, daß 1) die Armee am Bestehen einer Garnisonsgemeinde nicht interessiert sei und 2) die Garnisonsgemeinde nicht berechtigt sei, im Namen der Armee zu sprechen.

Am 8. April 1931 nimmt die lettländische Synode eine Resolution an, nach der die Garnisonsgemeinde gehalten sein soll, sich mit der ehemaligen Friedensgemeinde zu vereinigen, bis sie sich selbst eine Kirche werde bauen können; der Vertrag zwischen der Friedensgemeinde und Domgemeinde sei als eine gegenseitige Verständigung zwischen Letten und Deutschen anzusehen.

Am 9. April 1931 erklärt der Vertreter der Friedensgemeinde — in Abwesenheit der deutschen Synodalen — auf der Synode, die Friedensgemeinde werde die Korroborierung des Vertrages vom 30. März noch nicht vollziehen, sie sei bereit, von den erworbenen Rechten den größeren Teil der Garnisonsgemeinde abzutreten, und erwarte von der Domgemeinde ein noch weiteres Aufgeben von Rechten zu Gunsten der lettischen Gemeinden. Eine vorherige Rücksprache mit der deutschen Domgemeinde hatte nicht stattgefunden.

Am 15. April 1931 fordert die Domgemeinde die Friedensgemeinde auf, den am 30. März geschlossenen Vertrag notariell zu unterzeichnen, und bittet zugleich um Erklärung, ob die Friedensgemeinde nach den Erklärungen ihres Vertreters auf der Synode vom Vertrage zurücktreten wolle.

Am 20. April 1931 erklärt die Friedensgemeinde, am Vertrage festhalten zu wollen, dennoch aber mit der Garnisonsgemeinde neue Verhandlungen führen zu müssen.

Am 8. Juni 1931 reicht die Friedensgemeinde der Domgemeinde ein Vertragsprojekt ein, nach dem die Garnisonsgemeinde als dritte Domgemeinde aufgenommen werden und die beiden lettischen Gemeinden in der Verwaltung die absolute Mehrheit haben sollen.

Am 14. Juni 1931 ist der Initiativantrag auf Enteignung des Doms und aller seiner Immobilien, nachdem fortlaufend eine hetzerische Propaganda getrieben worden ist, mit der nach dem Gesetz erforderlichen Anzahl von Unterschriften versehen worden. B.

Anhang

(Übersetzung)

Gesetz

über die Zuweisung von Kathedralkirchen in Riga an den evang.-luth. Bischof und an den katholischen Bischof Lettlands.

1. Dem evang.-luth. Bischof Lettlands wird das Nutzungsrecht auf die Domkirche in Riga mit den zu ihr gehörenden Gebäuden und Plätzen erteilt. Dem katholischen Bischof wird die Jakobikirche in Riga als Kathedrale des katholischen Bischofs zur Verfügung übergeben.

2. Dem katholischen Bischof werden zur Verfügung übergeben, für die Bedürfnisse des Bischofs und seines Kapitels, die dem Staat gehörenden Immobilien in Riga, kleine Schloßstraße Nr. 2, Klosterstraße Nr. 2 und Nr. 4, Nr. 17 und Nr. 19 (I. Hyp. Bez. Nr. 82), mit der Alexei-Kirche und alle Gebäuden, die sich auf diesem Immobil befinden.

3. Die faktische Übergabe der in P. 1 und 2 genannten Immobilien an den evang.-luth. Bischof zur Nutzung und an den katholischen Bischof zur Verfügung wird dem Innenminister aufgetragen.

Riga, den 23. April 1923

Unterschrift:
(Staatspräsident J. Tschakste)

Auszug aus der Verfassung der evang.-luth. Kirche Lettlands

§ 41. Die Befugnis, das Kirchengut zu nutzen und zu verwalten, soweit sie nicht durch die Bestimmungen dieser Verfassung eingeschränkt ist, verbleibt einer jeden Gemeinde auch fernerhin in dem Umfange, in welchem sie am Tage der Annahme dieser Verfassung rechtmäßig vorhanden war. Bei der Gründung neuer Gemeinden, wie auch im

Falle zukünftiger Erwerbungen jeglicher Mobilien oder Immobilien bestimmt der Kirchenrat der betreffenden Gemeinde selbst den Modus der Nutzung und Verwaltung seines Kirchengutes, welcher jedoch den in Art. 42 und 43 dieser Verfassung erwähnten Einschränkungen unterliegt. Die Befugnisse einer Gemeinde zur Nutzung und Verwaltung des Kirchenguts können nur auf Grund eines motivierten Beschlusses des Kirchenrats der betreffenden Gemeinde, welcher mit $^2/_3$ Stimmenmajorität aller Glieder des Kirchenrats gefaßt ist, und mit Erlaubnis des Oberkirchenrats einer Änderung unterzogen werden.

§ 42. Es ist Pflicht der das Kirchengut nutzenden Gemeinde, dieses Gut mit allen gesetzlichen Mitteln vor Vernichtung, Verringerung, Fortnahme oder Beschädigung zu schützen und das zu besonderen Zwecken vermachte Gut ausschließlich für diese Zwecke zu verwenden.

Vertrag

zwischen der Domgemeinde in Riga und der Friedensgemeinde in Riga, geschlossen am 30. März 1931 und bestätigt vom Lettländischen Oberkirchenrat am 31. März 1931.

1.

Die Domgemeinde in Riga erkennt die Friedensgemeinde für alle Zeiten als lettische Gemeinde der Domkirche an mit der Bezeichnung „Lettische Gemeinde der Domkirche zu Riga", und wird sich selbst hinfort „Deutsche Gemeinde der Domkirche zu Riga" nennen.

2.

Beide vertragschließenden Gemeinden genießen die gleichen Rechte auf das Eigentum der Domkirche.

3.

Einer anderen Gemeinde, außer den bisherigen, kann nur dann gestattet werden, Gottesdienste im Dom zu halten, wenn das nicht das kirchliche Leben der lettischen und deutschen Gemeinde stört und die Kirchenräte dieser beiden Gemeinden und der Oberkirchenrat dem zustimmen. Ihre mit diesem Vertrag erworbenen Rechte kann die lettische Gemeinde der Domkirche mit einer anderen lettischen Gemeinde teilen, indem sie sie als ihren Beichtkreis (sastāvdaļa) aufnimmt.

4.

Zur Verwaltung des Eigentums der Domkirche und zur Entscheidung wirtschaftlicher und anderer gemeinsamer Fragen erwählen die Kirchenräte eine Kommission mit einer gleichen Zahl von Gliedern aus der deutschen und aus der lettischen Gemeinde. Die Kommission

erwählt aus ihrer Mitte den Vorsitzenden, seinen Stellvertreter, einen Verwalter des Kirchengutes und einen Sekretär. Der Vorsitzende muß in einem Jahr aus den Kommissionsgliedern der einen Gemeinde, im anderen Jahr aus den Kommissionsgliedern der anderen Gemeinde gewählt werden.

5.

Die im vorhergehenden Punkt erwähnte Kommission arbeitet eine Instruktion für die Zusammenarbeit der Gemeinden aus. Die Beschlüsse und Instruktionen der Kommission treten in Kraft, nachdem sie von den Kirchenräten bestätigt worden sind.

6.

Beide Gemeinden beteiligen sich mit gleichen Rechten an allen Einnahmen und Ausgaben der Domkirche, ihres Eigentums und Obereigentumsrechtes, die im Zusammenhang mit der Erhaltung und Verwaltung des Eigentums der Domkirche stehen. In der unentgeltlichen Nutzung der deutschen Gemeinde verbleibt das Immobil Herderplatz Nr. 4, I. Hyp. Bez. Grundbuch Reg. Nr. 217. In die unentgeltliche Nutzung der lettischen Gemeinde geht über das Immobil Palaisstraße Nr. 2, I. Hyp. Bez. Grundbuch Reg. Nr. 1007. Beide Gemeinden haben das Recht, auf dem zur Domkirche gehörenden Grund und Boden besondere Häuser zu errichten, die zum Gesamteigentum gehören sollen, jedoch der Nutzung und Erhaltung der Gemeinde verbleiben, die sie erbaut hat.

Anmerkung I. Das Gebäude Palaisstraße Nr. 4, I. Hyp. Bez. Grundbuch Reg. Nr. 1008, das zur Zeit genutzt wird von der Gesellschaft für Geschichte und Altertumskunde, dem Naturforscherverein und dem Dommuseum, verbleibt — in Übereinstimmung mit dem diesem Vertrag beigelegten Plan — in Nutzung der deutschen Gemeinde. Die Erhaltung des Gebäudes ist Pflicht der deutschen Gemeinde in dem Maße der von ihr genutzten Räume, in dem übrigen Teil ist die Erhaltung Pflicht beider Gemeinden.

Anmerkung II. Die in Punkt 6 bezeichneten gemeinsamen Rechte beziehen sich nicht auf Kapitalien der Gemeinden, für sie bestimmte Geschenke, Vermächtnisse, Steuern, Kollekten und nicht auf die Friedhöfe.

Anmerkung III. Pastor Burchard behält seine Wohnung, im Hause Palaisstraße Nr. 2, gegen eine übliche Miete, die der lettischen Gemeinde zu zahlen ist, solange er Pastor der Domgemeinde ist.

7.

Alle Gegenstände und Aufschriften historischen oder künstlerischen Charakters, die sich zur Zeit im Dom befinden, bleiben dort auch in Zukunft.

8.

Die Vertragschließenden bestimmen auf die oben erwähnten Immobilien folgende Einschränkungen des Eigentumsrechts zu verschreiben: Auf das Immobil Hyp. Bez. 1 Nr. 217 und I Nr. 1008: Das Recht die erwähnten Immobilien zu verwalten und zu nutzen, und zwar I Nr. 217 ganz und I Nr. 1008 in den in P. 6 dieses Vertrages bezeichneten Grenzen, gehört ausschließlich der deutschen Gemeinde der Domkirche und nicht der lettischen Gemeinde der Domkirche. Auf das Immobil I Nr. 1007: Das Recht das erwähnte Immobil zu verwalten und zu nutzen gehört nur der lettischen Gemeinde der Domkirche, und nicht der deutschen Gemeinde der Domkirche.

Anmerkung. Dieser Vertrag bleibt in Kraft, so lange die augenblickliche rechtliche Lage der Domkirche nicht von der Staatsgewalt Lettlands geändert worden ist.

Resolution

der all-lettländischen Synode am 8. April 1931 zu den Angriffen der Garnisonsgemeinde auf den Dom.

„Die Synode beschließt, daß die Rigasche Garnisonsgemeinde sich mit der früheren Friedensgemeinde vereinigen muß und den Vertrag mit dieser Gemeinde annehmen muß, bis sie selbst eine eigene Kirche haben wird.

Die Synode befindet, daß mit dem Vertrage der Friedensgemeinde und der Begründung einer vollberechtigten lettischen Gemeinde innerhalb der Domgemeinde eine gegenseitige Verständigung zwischen Letten und Deutschen erreicht ist.

Die Synode stellt trotzdem fest, daß infolge der Übergabe der Jakobikirche an die Katholiken der Mangel an Kirchen in Riga sich stark bemerkbar macht, deshalb unterstützt die Synode den vom Oberkirchenrat ausgesprochenen Wunsch, in Riga eine neue Kirche zu erbauen, dieselbe auf den Namen Evang.-Luth. Kirche Lettlands zu korroborieren und dort die Garnisonsgemeinde unterzubringen mit den den Gemeinden der evang.-luth. Kirche Lettlands zustehenden Rechten der Nutzung und Verwaltung.

Berichtigung: S. 17, Z. 17 v. u. lies statt Januar d. J. — November v. J.

Verantwortlicher Schriftleiter Dr. Reinhard Wittram

Beilage der „Baltischen Monatsschrift"
62. Jahrgang, Heft 2 1931

Aus baltischer Arbeit
Baltische Personalnachrichten

Deutsch-baltische Volksgemeinschaft in Lettland

Delegiertentag am 25. Januar 1931 im unteren Saal der Großen Gilde zu Riga

Erschienen waren 37 rigasche und 16 auswärtige Delegierte, ferner als Gäste: der Präsident der Estländischen Deutschen Kulturselbstverwaltung H. Koch; der Vertreter des Philologenverbandes von Ost- und Westpreußen Studienrat Faerber; der Vertreter des Ostpreußischen Schulvereins Krauledat; der Vertreter des Hauptverbandes deutsch-baltischer Hilfsvereine in Deutschland Baron A. Nolcken. Der Vertreter der Baltischen Arbeitsgemeinschaft in Deutschland Dr. M. H. Boehm war durch Krankheit im letzten Augenblick am Erscheinen verhindert worden.

Der Präsident, Rechtsanwalt von Ruediger, eröffnete den Delegiertentag und begrüßte die Gäste, ferner auch die Vertreter der deutschbaltischen Presse. Die Gäste dankten für die Einladung und gaben in herzlichen Worten ihren Wünschen für die Arbeit der Volksgemeinschaft Ausdruck.

Der Geschäftsführer, Prof. Dr. Stavenhagen, gab einen Überblick über die gesamte Arbeit des Verbandes. Er wies auf den beginnenden deutschen Bevölkerungsrückgang hin, der bereits zur Schließung der deutschen Grundschule in Wolmar aus Mangel an Schulkindern geführt hat. Es verdient betont zu werden, daß in einer Reihe von kleineren Städten noch immer das Handwerk die wichtigste Position der Deutschen ist.

Ein frischer Zug weht in den deutschen Bauernsiedlungen, die dank der Aufklärungsarbeit der 3 Ringleiter zu neueren Wirtschaftsmethoden überzugehen beginnen und in ihrem Volksbewußtsein wesentlich erstarkt sind. Zurzeit sitzen bereits in 21 Gemeinden des Landes deutsche Gemeindevertreter.

Von den zur Pflege der einzelnen Arbeitsgebiete neugegründeten, straff und einheitlich organisierten Ämtern der Volksgemeinschaft hat sich das Amt für Kulturhilfe namentlich mit der schweren Lage der deutschen Museen sowie mit der Begründung einer Bücherzentrale zu befassen gehabt. Das Jugendamt hat in enger Zusammenarbeit mit dem Verbande deutsch-baltischer Jugend sich namentlich um die Betreuung der national gefährdeten Kreise der Jugend bemüht, und es sind besondere Erfolge gerade in den Kolonien erzielt worden, indem in Kurmahlen, Autz und Winterfeld neue Ortsgruppen begründet wurden. Dem Finanzamt ist es dank erweiterter staatlicher und städtischer Zuwendungen für deutsche Schulen sowie dank einiger großer Spenden zum ersten Male gelungen, das Budget ohne Defizit, und zwar mit einem Saldo von rund 11,000 Ls zu realisieren. Auch die Selbstbesteuerung erbrachte im Berichtsjahre einen Maximalbetrag, so daß die Gesamtsumme sich von 195,141 auf 197,718 Ls erhöhte. Dieses Ergebnis in einer Zeit der wirtschaftlichen Depression, die viele Zahler zu einer Herabsetzung, ja sogar zu einer Einstellung ihrer Zahlungen veranlaßte, konnte nur erzielt werden, indem 647 Steuerzahler, veranlaßt durch eine eindringliche Werbeaktion, ihre Steuerbeträge um 13 898 Ls

erhöhten. Als letztes ist am 1. Januar d. J. das Berufsberatungsamt ins Leben gerufen worden, das die sehr wichtige Aufgabe hat, der Gefahr eines Verlorengehens zwichtiger deutscher Positionen in den verschiedensten Berufen durch systematische Erforschung aller Möglichkeiten und dementsprechende Beratung der Volksgenossen zu begegnen.

Der Leiter des Finanzamtes, Altester E. Mündel, legte die Abrechnung und das neue Budget vor. Das Anforderungsbudget 1931/32 balanciert mit 531,947 Ls, wobei jedoch, wenn man die noch völlig unbekannten Bewilligungen von Spenden in der gleichen Höhe wie im laufenden Jahre annehmen wollte, immer noch ein ungedecktes Defizit von etwa 75,000 Ls verbleiben würde, so daß sich das nächstjährige Budget nur bei einer wesentlichen Erhöhung der Selbstbesteuerung und der Spenden bei gleichzeitig größter Sparsamkeit realisieren ließe.

Bischof D. Poelchau berichtete über die Lage der Kirche, wobei er die Gründung einer deutschen Gemeinde in Wirgen sowie die Notwendigkeit der Gründung solcher Gemeinden in Preekuln, Gramsden, Alt-Schwanenburg und Bolderaa erwähnte. Überhaupt müsse nach Möglichkeit angestrebt werden, daß die vorhandenen deutschen Gemeinden jede ihren Pfarrer für sich erhielten, statt wie bisher sich vielfach mit der örtlichen lettischen Gemeinde in den Pfarrer zu teilen. Der Bischof sprach dann von dem Wachsen einer chauvinistischen Einstellung gegen die deutsche Kirche, die sich zum Teil in Frauenburg und Doblen bemerkbar mache, am stärksten jedoch in der jüngsten Agitation sehr beträchtlicher lettischer Kreise für die Fortnahme der Rigaer Domkirche hervortrete. Obgleich die deutsche Domgemeinde den lettischen Wünschen so weit als irgend möglich entgegengekommen sei, hätten alle Verhandlungen kein befriedigendes Resultat gezeigt. Man darf sich nicht verhehlen daß die Lage zurzeit besorgniserregend sei, wenn auch zahlreiche kirchliche Führer der Letten mit Bischof Irbe an der Spitze den gegen den deutschen Kirchenbesitz gerichteten Bestrebungen entgegentreten und dieselben des lettischen Volkes nicht würdig befinden.

Der Präsident von Ruediger schloß sich der Feststellung des Bischofs an, daß die deutsche Domgemeinde tatsächlich alles getan hat, um den kirchlichen Frieden wiederherzustellen und die drohende Gefahr abzuwenden, doch leider bisher vergeblich. Er sprach die Hoffnung aus, daß es dem Bischof gelingen werde, die deutsche Domgemeinde in ihrem Recht auf ihr Gotteshaus zu schützen.

Der Chef des deutschen Bildungswesens Dr. Wachtsmuth berichtete, daß die deutsche Bildungsverwaltung sich in den letzten Jahren Hand in Hand mit dem Herderinstitut, dem Pädagogischen Institut und dem Lehrerverband hauptsächlich mit der weiteren Vervollkommnung der Lehrerfortbildung befaßt habe, wobei jedoch festgestellt werden muß, daß die erzielte recht beträchtliche Hebung des Niveaus der Lehrerschaft leider keineswegs auch eine Hebung des Niveaus der Schüler nach sich gezogen habe. Es sei das eine in der ganzen Kulturwelt zu beobachtende Erscheinung, die zum Teil darauf zurückzuführen sei, daß mit den großen Fortschritten der Pädagogik auch den minderbegabten Schülern ein Aufstieg bis zum Abitur ohne besondere Schwierigkeiten ermöglicht werde. Dazu kommt noch die viel geringere geistige Interessiertheit der Nachkrigsjugend und bei uns außerdem die viel zu frühe Beendigung der Schule im Alter von meist 17–18 Jahren, so daß im Endergebnis Cöten die Prima verlassen, die weder die geistige noch die charakterliche Reife für das Hochschulstudium besitzen. Eine Besserung erwartet der Referent vom neuen Schulgesetz, das eine Erhöhung

der Schuljahre von 11 auf 12 bringen wird, wobei jedoch der Lehrstoff keineswegs vermehrt, vielmehr auf die längere Schulzeit verteilt werden soll.

Nach der Mittagspause erstattete Abg. Baron Fircks einen Bericht über die politische Entwicklung des vergangenen Jahres und die gegenwärtige Lage. Einleitend hob er hervor, daß namentlich dank der Energie und dem Geschick des Premierministers Zelmin die gegenwärtige Regierung sich nun schon mehr als zwei Jahre am Ruder hält, welche Stabilität der Regierung dem ganzen Lande große Vorteile bringe. Baron Fircks griff nochmals auf die Entrechtung der Landeswehrkämpfer zurück und wies darauf hin, daß durch die gegen die deutsche Truppe gerichtete Zusatzbestimmung zum Agrargesetz nun erstmals der deutschfeindliche Charakter der lettländischen Agrargesetzgebung im Gesetzestext selbst zum Ausdruck gebracht worden sei.

Des weiteren erwähnte Baron Fircks die aktive Teilnahme der deutschen Fraktion an der Verbesserung der Krankenkassengesetzgebung und an der Abwendung von gegen den Landbesitz innerhalb städtischen Gebietes gerichteten Enteignungsbestrebungen und berichtete dann über die getroffenen bezw. geplanten Maßnahmen zur Linderung der Wirtschaftskrise in unserem Lande.

Auf dem Gebiete der Außenpolitik machten sich infolge der deutschen Butterzollpolitik in Lettland gewisse Bestrebungen einer wirtschaftspolitischen Anlehnung an Polen bemerkbar, die jedoch keine konkreten Ergebnisse gezeitigt hätten. Dagegen sei es in letzter Zeit zu einer wesentlichen Annäherung Lettlands an Litauen und Estland gekommen, was von der deutschen Fraktion bereits seinerzeit beim Eintritt der Deutschen in die Regierung gefordert worden war.

Uber die augenblickliche Stellung der Deutschen wies Baron Fircks darauf hin, daß ihr Verhältnis zur Regierung sich seit dem Ausscheiden der Demokraten aus dem Kabinett jedenfalls gebessert habe, waren die Demokraten doch die Hauptgegner der Deutschen innerhalb der Koalition während des Landeswehrstreites gewesen. Der Referent erwähnte dann noch die neue Hetze gegen den deutschen Domkirchenbesitz und wies darauf hin, daß die herannahenden Wahlen jedenfalls eine weitere Zuspitzung der minderheitenfeindlichen Regungen bewirken dürften. Indessen habe eine nationale Hetzstimmung in Lettland erfahrungsgemäß stets vorübergehenden Charakter, und man müsse etwaigen Hetzversuchen zwar mit Entschiedenheit gegenübertreten, jedoch nicht die Ruhe verlieren.

Zum Schluß kam Baron Fircks auf das Verhalten der Deutschbalten zum deutschen Nationalsozialismus zu sprechen. Es sei nicht zu verwundern, daß das Ringen in Deuschland auch bei uns weitgehende Beachtung erweckt und heiße Diskussionen ausgelöst hat. Es sei indessen entschieden davor zu warnen, daß ein Teil unserer Volksgenossen über die begreifliche Anteilnahme an der Entwicklung in Deutschland hinaus nun etwa beginnen wollte, bei uns nationalsozialistische Parteipolitik zu betreiben. In all den schweren hinter uns liegenden Jahren haben wir es verstanden, allen Parteihader von uns fernzuhalten. Das allein hat uns die Stärke gegeben, uns in allen Nöten zu behaupten. Sollen wir uns nun von außen den Sprengstoff verschreiben, der unsere nationale Einigkeit auseinandersprengt? (Schluß folgt.)

Richard von Loewis of Menar †

Fern von der Heimat, fern von seinen engeren Landsleuten ist einer der Unseren dahingegangen: Richard von Loewis of Menar, — im Alter von 30 Jahren am Schwarzwasserfieber in Afrika gestorben. Da uns die Trauerbotschaft erreicht, wir

bei der Nennung des Namens des Verstorbenen das Schicksalsjahr 1923 wieder lebendig in uns: die Zeit des Ruhreinbruchs, der Inflation, des beginnenden Zerfalls der Einheit des Reiches, — der Anfang vom Ende. Die Franzosen stehen dicht vor dem seit tausend Jahren erstrebten Ziel. Mit politischen und wirtschaftlichen Mitteln, mit Terror und Waffengewalt haben sie die Widerstandskraft des deutschen Volkes gebrochen, mit Versprechungen und Verführung das Schlimmste erreicht: daß sich deutsche Menschen selbst dazu hergeben, die Loslösung des Rheinlandes vom Reich zu betreiben. Der Separatistenaufstand der Heinz Orbis und Genossen in der Pfalz ist im Gange . . . —

Die Regierung ist machtlos, willenlos, ratlos. Nur Selbsthilfe kann retten. Nur eines kann noch helfen: Männer, denen die Liebe zu Volk und Reich im Herzen brennt, die auf sich gestellt zu handeln verstehen, die wissen, daß in Tagen der Not die Verantwortung des einzelnen und das Opfer an die Stelle von Maßnahmen der Allgemeinheit zu treten hat.

Auf dem Hintergrunde des allgemeinen Spießertums, des willenlosen Gewährenlassens, des Stresemannschen Abbruches des Ruhrwiderstandes werden handelnde Menschen sichtbar, vor denen der Separatistenspuk zerstiebt. Heldische Tat wendet ein Schicksal, denn nicht das „Wunder der Rentenmark" hat das Reich gerettet (das konnten nur Menschen glauben, denen „Wirtschaft—Schicksal" ist), sondern die Niederwerfung des rheinischen Separatistenaufstandes, die es verhinderte, daß der Rhein Frankreichs Ostgrenze wurde.

Unter den Führern der kleinen Schar deutscher Männer, denen dieses zu danken ist, war auch Richard Loewis. Das Maß seiner Hingabe, die Größe seiner Tat ist Freunden bekannt. Wir danken ihm die Entscheidung und danken ihm den Glauben an unser Volkstum, das in den Taten einzelner sich manifestiert. Wir zählen ihn mit Stolz zu den Unseren.

Harald von Rautenfeld

*

Richard von Loewis of Menar ist am 14. November 1900 in Alt-Wrangelshof in Livland geboren. Er verlebte dort seine Kindheit bis zum 12. Jahr und besuchte dann das Landesgymnasium in Birkenruh und bis zum Frühjahr 1918 das Kollmannsche Privatgymnasium in Dorpat. Im Sommer 1918 trat er als Kriegsfreiwilliger in die deutsche Armee ein und machte dann, nach dem Zusammenbruch, im Stoßtrupp der Baltischen Landeswehr deren Kämpfe bis 1920 mit. Später war er Landwirtschaftseleve in Pommern, nahm am Oberschlesischen Selbstschutz teil, wo er sich durch seinen ungewöhnlichen Mut und seine Entschlossenheit, seine Ritterlichkeit und kameradschaftliche Treue viele Freunde erwarb. Es folgten Dienst in den Vaterländischen Verbänden in Mecklenburg, Aufenthalte in Bayern, in der Pfalz, in Österreich, Ungarn, Schlesien, Ostpreußen, bis er schließlich im Herbst 1927 sich in Deutschostafrika eine Lebensstellung gründete. Wenige Monate vor seiner Abreise nach Europa zu einem sechsmonatlichen Urlaub wurde er ganz plötzlich am 28. Dezember 1930 auf der Pflanzung Athina, einige Stunden von Daressalam, von einer tückischen Tropenkrankheit dahingerafft.

Ehre seinem Andenken!

Eduard Baron v. Güldring-Kilterling

Irmgard Baronin v. Güldring-Kilterling

geb. Ehrue

Vermählte

Berlin-Westend, Hayernallee 19 a — Dezember 1930

W. F. Häcker, Riga.

Beilage der „Baltischen Monatsschrift"
62. Jahrgang, Heft 3 1931

Aus baltischer Arbeit
Baltische Personalnachrichten

Baltische Arbeitsgemeinschaft in Deutschland

Nachdem der Vertretertag des Baltenverbandes am 13. Dezember und die Mitgliederversammlung des Baltischen Roten Kreuzes am 14. Dezember v. J. die Zusammenlegung der Geschäftsstellen aller baltischen Verbände und die Vereinfachung des Arbeitsapparates beschlossen hatten, sind in Ausführung dieser Beschlüsse Mitte Februar die beiden baltischen Büros in eine gemeinsame Wohnung zusammengezogen. Die Baltische Arbeitsgemeinschaft, der Baltenverband, das Baltische Rote Kreuz, der Baltische Vertrauensrat, der Hauptverband studierender Balten, der Baltische Frauenbund und schließlich der neu ins Leben gerufene Förderkreis der Baltischen Monatsschrift sind jetzt zusammen in Berlin W 50, Ansbacher Straße 36/II, Fernsprecher: B 4, Bavaria 5170 und Bavaria 2078 (Balt. Rotes Kreuz) untergebracht. Gegenüber dem bisherigen Nebeneinanderbestehen zweier Büros wird dadurch eine Unkostensenkung von rund 2400 Mark erzielt; zusammen mit der Abschaffung des Postens eines honorierten Geschäftsführers des Baltenverbandes und der ehrenamtlichen Führung des Baltischen Roten Kreuzes durch den neugewählten Generalbevollmächtigten werden in Summa gegen 10,000 Mark erspart. Damit ist die allseitig gewünschte und der schweren Wirtschaftslage entsprechende — durch die Neuregelung der Beitragszahlungen an die baltischen Verbände möglich gewordene — Rationalisierung des baltischen Arbeitsapparates im wesentlichen abgeschlossen. Ob noch ein weiterer Abbau in den schon heute sehr bescheidenen Hilfskräften möglich sein wird, kann erst die Erfahrung des Jahres lehren.

Man darf hoffen, daß mit dieser Reorganisation die Berliner Zentrale auf ein festes Fundament gestellt sein wird; der nächste Schritt muß sein, die lokale Initiative in den einzelnen Gauen voll zur Entfaltung zu bringen, vor allem durch Bemühungen der Beschaffung von Mitteln für lokale charitative Zwecke. Welche Möglichkeiten in dieser Hinsicht bestehen, zeigen die Berichte der Gauverbände von München und Königsberg, denen noch hinzuzufügen ist, daß der im Dezember v. J. in Berlin stattgehabte traditionelle Ball des Baltischen Roten Kreuzes einen Reinertrag von 4680 Mark erbracht hat.

Es kann gehofft werden, daß bei einem vertrauensvollen Zusammenwirken der Gauverbände und der Zentrale das Baltentum im Reich seinen Pflichten der Selbsthilfe an notleidende Landsleute und der zielbewußten Vertretung baltischer Interessen in verdoppeltem Maße wird nachkommen können und daß die Periode innerer Kämpfe um die Reorganisation des Arbeitsapparates damit abgeschlossen ist.

Die Arbeit kann aber nur dann den erhofften Erfolg haben, wenn die auf Grund der Selbsteinschätzung zugesagten Zahlungen in der angemeldeten Höhe und zu den angemeldeten Terminen eingehen. Alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft seien daher um pünktliche Erfüllung ihrer Verpflichtungen gebeten.

H. v. R.

Baltisches Rotes Kreuz in München

Der Ball des Baltischen Roten Kreuzes in München, der sich durch eine stattliche Zahl von Jahren die Tradition eines führenden Balles der Münchener guten Gesellschaft erworben hat, fand dieses Jahr, mit Rücksicht auf die lastenden politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht statt. Der gerade jetzt so notwendige finanzielle Ersatz wurde aber durch eine Lotterie erreicht, deren schönes finanzielles Resultat (von rund 2000 Mark) die Ergebnisse der Bälle in den letzten Jahren erheblich überstieg.

Die Lotterie fand unter der bewährten Leitung der langjährigen Bevollmächtigten des Baltischen Roten Kreuzes in München, Frl. Marie Volck, und mit freundlicher Unterstützung des Herrn Valerio von Gruenewaldt am 14. und 15. Februar in den festlich geschmückten Räumen des Regina-Palast-Hotels statt. Zu besonderem Dank sind wir dem Ehrenkomitee, unter dem Protektorat J. K. H. der Prinzessin Pilar von Bayern und dem Vorsitz der Gräfin Harrach und Frl. M. Volck, schuldig. Unter den Damen des Komitees seien erwähnt: Baronin Cramer-Klett, Frau von Gruenewaldt, die Gattin des Reichsgesandten v. Haniel, Frau Geh. Kommerzienrat Rodenstock, Frau v. Winckler, Frau Geheimrat v. Sittmann, Frau und Frl. v. Minckwitz u. a. Damen der Münchener und der baltischen Gesellschaft.

Aus dem Leben des Baltengaus Königsberg

In erfreulicher Weise konsolidierte sich das landsmannschaftliche Leben der in Königsberg lebenden Balten in fortschreitendem Maße. Es läßt sich deutlich spüren, daß die an anderen Orten leider sich bemerkbar machenden Absplitterungsbestrebungen hier nicht nur absolut keinen Boden finden, sondern im Gegenteil das Gefühl der Zusammengehörigkeit festigen. Zugleich ist die Sympathie und das Verständnis für das Baltentum auch in reichsdeutschen Kreisen in sichtbarem Wachsen und die freundlichen persönlichen Beziehungen sind ungeschwächt geblieben. Das hat nicht nur der am 12. Dezember, wie alljährlich, stattgehabte Baltenball in der Königshalle bewiesen, der die Gesellschaft Königsbergs in geradezu beängstigender Vollzähligkeit — beängstigend für die Tänzer, herzerfreuend für die Baltenkasse — vereinigte. So konnten denn am Weihnachtsfest, das am 20. Dezember unter Beteiligung der ganzen baltischen Gesellschaft in der Königshalle veranstaltet wurde und unter dem brennenden Lichterbaum überaus harmonisch verlief, etwa 2000 Mark an von den Sorgen des Alltags gedrückte Landsleute aller Alter in diskreter Weise verteilt werden.

Um der Not insonderheit unter den in Königsberg studierenden Balten zu steuern, veranstaltete ein baltisches Komitee am 24. Januar 1931 in den geschmackvoll mit den Farben der heimischen Korporationen dekorierten Sälen der Palaestra einen überaus gelungenen Studentenball, auf dem flott getanzt wurde und unter dessen 200 Teilnehmern — Offizieren, Professoren, Vertretern der Königsberger Verbindungen u. a. — die denkbar beste Stimmung herrschte. Der Reinertrag aus dem Kartenverkauf und aus dem aus Spenden baltischer Damen gebildeten Buffet hat zu einem bescheidenen Teil dazu beigetragen, einige gar zu knappe Wechsel aufzufüllen. Besonders dankenswert war die persönliche Förderung des Abends durch den Vorsitzenden des Studentenwerks Dr. Herbst und durch ohne jedes Entgelt gebotene künstlerische Darbietungen des vortrefflichen Künstlers des Neuen Schauspielhauses Kurt Hoffmann und des Opern-

sängers Ludwig, der vor kurzem in Dorpat ein Semester studiert und an die Estonenkneipe besonders schöne Erinnerungen behalten hat.

Herrn Kurt Hoffmanns warmherziger Initiative war es ferner zu verdanken, daß in den Räumen des ersten Lichtspieltheaters „Alhambra" am 8 Februar eine Matinee vonseiten erlesener Kräfte der Oper und der Operette und des ausgezeichneten Ballettmeisters Albert Schmidt und seiner Gemahlin veranstaltet wurde, deren Erlös gleichfalls den baltischen Studierenden der Albertina zugute kommen sollte. Das vortreffliche Programm, das in charmanter Weise und wiederum seitens der Künstler ohne Entgelt ausgeführt wurde, entfesselte Stürme des Beifalls des dankbaren Publikums, dessen Zahl freilich durch das herrliche Ski- und Rodelwetter beeinträchtigt war.

Am 14. Februar fand im kleinen Saale der Königshalle ein baltischer Kommers mit Landesvater statt, an dem etwa 30 Philister und Bursche teilnahmen, unter ihnen eine stattliche Anzahl Dorpater und Rigaer.

Den Abschluß der Veranstaltungen dieses Winters bildete am 24. Februar ein musikalischer Abend, den die Konzertsängerin Frau Dr. Graffius, die sich größter Wertschätzung auch in baltischen Kreisen erfreut, in liebenswürdiger Weise veranstaltet und zu dem wir einen größeren Kreis reichsdeutscher Familien einzuladen uns die Ehre gegeben hatten. Die wundervolle Sopranstimme der Künstlerin kam zu schönster Geltung, und der reiche Beifall bewies, wie sie sich in die Herzen der Zuhörer hineingesungen hatte. S—m.

Baltische Wohltätigkeitsveranstaltungen in Berlin

Sonnabend, den 18. April, 8 Uhr abends, findet im Kaisersaal des Zoo die Aufführung der Gluckschen Operette „Der betrogene Kadi" zum Besten des Schülerstipendienfonds in Misdroy statt.

Die Veranstaltung geschieht durch das Baltische Rote Kreuz.

Gleichzeitig beabsichtigt das Baltische Rote Kreuz im Frühjahr die Veranstaltung einer Wohltätigkeitslotterie mit größeren Gewinnen (ein Auto usw.).

Deutsch-baltische Volksgemeinschaft in Lettland

Delegiertentag am 25. Januar 1931 im unteren Saal der Großen Gilde zu Riga (Schluß)

Pastor D. Schabert hob in eindringlichen Worten die große Bedeutung der sozialen Fürsorgearbeit für unser Volkstum hervor. Er wies darauf hin, daß nur durch den Unterhalt besonderer deutscher Kinderheime und Asyle die Kinder in nationalem Geiste herangezogen und das traurige Los der Alten in den Asylen wenigstens etwas gelindert werden könne. Eine Propaganda zur Erhöhung der Selbstbesteuerungseingänge sei besonders auch mit Rücksicht auf die soziale Fürsorge vonnöten.

Aus einem kurzen Bericht des Abg. Baron Fircks, in dem von der Begründung des Bundes deutscher Landwirte die Rede war, seien hier nur die interessanten Zahlen des gegenwärtigen deutschen Landbesitzes erwähnt. Es gehören den Deutschen insgesamt rund 1500 landwirtschaftliche Einheiten mit 57,540 Hektar, wozu noch 104 deutsche Pachtstellen mit gegen 5000 Hektar kommen.

Erstmalig sprachen darauf auf dem Delegiertentage zwei Vertreter des deutschen Bauerntums. Hofbesitzer Arndt aus Kurmahlen berichtete über das erfreuliche Anwachsen der deutschen Wähler- und auch Schülerzahl, wie auch über die

Einführung der Selbstbesteuerung in seiner Kolonie. Großes Interesse beanspruchte die Schilderung des Pächters Densky aus Autz über den starken Aufschwung deutschen Lebens in diesem Gebiet namentlich seit der Einrichtung einer deutschen Pfarrstelle. In wenigen Jahren hat sich die Zahl der deutschen Gemeindeglieder von 60 auf 240 erhöht, die Selbstbesteuerungserträge sind im Zunehmen begriffen, und viele haben ihre anfänglich in lettischen Schulen unterrichteten Kinder jetzt in die deutsche Schule geschickt. Dennoch sei die nationale Erhaltung derjenigen Deutschen, die weit verstreut als Pächter und Halbkörner auf lettischem Besitz leben, ernstlich bedroht.

Es folgen drei Berichte aus Libau, Mitau und Goldingen. Direktor a. D. Demme übermittelte im Auftrag der Arbeitsgemeinschaft Libau einige hauptsächlich finanzielle Angelegenheiten betreffende Wünsche an den Hauptvorstand, Notar Friedenthal brachte ein großes und erschütterndes Zahlenmaterial über die Überalterung und Verarmung des Mitauer Deutschtums und berichtete über die nach dem Muster der siebenbürgischen „Nachbarschaften" vollzogene Einteilung des ganzen Deutschtums in Mitau in „Blocks" mit je einem Blockvorsteher, Dir. Bokowneff endlich zeichnete ein erschöpfendes, mit leisem, aber wohlwollendem Humor belebtes Bild vom vielgestaltigen und eigenartigen deutschen Vereinsleben in Goldingen und erzählte von der bedauerlichen Schwächung der Positionen des deutschen Handwerks in dieser Stadt.

Pastor Schulz sprach in seinem Bericht über das Landamt über die Bevölkerungsbewegung und materielle Stützung des landischen Deutschtums. Er wies darauf hin, daß trotz des großen Kinderreichtums der deutschen Bauern in der Zeitspanne von 1925 bis 1930 das Deutschtum in den Landgemeinden von 12 auf 11 Tausend zusammengeschmolzen ist.

Anschließend verlas der Referent einen von Herrn Broederich eingesandten Bericht über das neue Lehrgut Jeserich bei Berlin, wo zurzeit bereits 22 deutsche Eleven aus Lettland, 7 aus Estland und 1 aus Litauen unter sehr günstigen Bedingungen für den schweren Daseinskampf auf baltischer Scholle ausgebildet werden.

Zuletzt wurden dem Delegiertentag zwei Anträge vorgelegt. Der gemäß dem Auftrag eines früheren Delegiertentages vom Hauptvorstand ausgearbeitete Antrag über die Umgestaltung des Präsidiums wurde einstimmig angenommen. Demnach wird das Präsidium fortan aus dem Präsidenten, dem Syndikus, den Vorsitzenden aller Ämter und je einem Vertreter der deutschen Parlamentsfraktion und der deutschen Wirtschaft bestehen, wobei der Präsident das Recht erhält, im Verhinderungsfalle eines der Präsidialglieder mit seiner Stellvertretung zu betrauen.

Der bereits vom vorigen Delegiertentag im Prinzip gebilligte, inzwischen detailliert ausgearbeitete Antrag des Delegierten P. Bockrodt, der eine systematische und weitgehende Bevorzugung der Volksgemeinschaftsglieder seitens aller in Betracht kommenden Organisationen vorsieht, wurde dem Hauptvorstande zwecks einer letzten Prüfung und Inkraftsetzung überwiesen.

Präsident von Ruediger schloß den Delegiertentag mit der Feststellung, daß nach dem nunmehr vollzogenen Auf- und Ausbau der deutsch-baltischen Volksgemeinschaft es jetzt das oberste Ziel dieser Organisation sei, unserer Kultur, Sprache und Sitte in der Heimat die Stellung zu erkämpfen, die ihr gebührt. P. B.

W. F. Häcker, Riga.

Beilage der „Baltischen Monatsschrift"
6. Jahrgang, Heft 4 1931

Aus baltischer Arbeit
Baltische Personalnachrichten

Deutsche Kulturselbstverwaltung in Estland

Frühjahrstagung des II. Deutschen Kulturrats am 22. März 1931 in Reval

Neben einer größeren Anzahl von Vorlagen mehr formalen Charakters bilden zwei Punkte den eigentlichen Kern und das Rückgrat der diesmaligen Tagesordnung: das Budget pro 1931/32 und die Reform des Kulturratswahlrechts. Die Verhandlungen nehmen einen ruhigen und glatten Verlauf und die Tagesordnung wird verhältnismäßig rasch abgewickelt. Das gilt u. a. gerade auch vom Budget, obgleich dieses — „das knappste Budget, das dem Kulturrat je vorgelegen hat" (Präsident H. Koch) — alle Züge eines Notbudgets aufweist und mit größter Anspannung gerade nur das Allernotwendigste zu befriedigen vermag. Es gibt zwar einige Debatten; aber sämtliche Ratsglieder können sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß die schwere allgemeine Wirtschaftslage, die das Deutschtum mit am empfindlichsten trifft, schlechterdings garkeine anderen Möglichkeiten offen läßt, als die dem Entwurf der Kulturverwaltung zugrundegelegten; und so wird denn das Budget mit geringfügigen Änderungen in der vorliegenden Fassung angenommen. Beachtenswert ist die mehrfach unterstrichene Feststellung, daß der Staat und die Kommunen unter dem Druck der Finanznot die Neigung an den Tag legen, in allererster Reihe gerade an den deutschen Belangen zu sparen, und zwar in einer Weise, die ans Unbillige grenzt: wo anderen die Bewilligungen nur gekürzt werden, werden sie uns restlos gestrichen.

— Etwas bewegter gestaltet sich wiederum die Verhandlung der Wahlreform. Nachdem in erster Lesung die Vorlage der Kulturverwaltung (Stimmabgabe für nicht mehr als 3 Kandidaten) zur Grundlage der weiteren Verhandlungen gemacht worden ist, wird bei dem entscheidenden § 34a (Verfahren bei der Stimmabgabe) dennoch eine Fassung angenommen, die das der Vorlage des Allgemeinen Ausschusses zugrundeliegende System (Stimmabgabe für soviel Kandidaten, als Mandate im Wahlkreis zu vergeben sind, nebst Zusatzstimmen für 3 Kandidaten) im wesentlichen wiederherstellt. Angesichts dieser neuen Situation muß das ganze Material nochmals von einem Sonderausschuß überarbeitet werden. Diesesmal gelingt es denn auch, nicht ohne harten Kampf und nur mit einigen recht weittragenden Abänderungen, das einmal angenommene Prinzip erfolgreich gegen alle weiteren Angriffe zu verteidigen. In den wichtigsten Abstimmungen fallen die Entscheidungen über des Messers Schneide und das Zünglein an der Wage schwankt lange unstet auf und ab. — Nicht ohne Interesse ist das im ganzen bejahende Gutachten des Schulamts über den Gruppenunterricht mehrerer Schuljahre in Klassenkomplexen; überaus beachtenswert die die Tagung einleitenden Ausführungen des Kulturpräsidenten.

*

Rede des Präsidenten H. Koch zur Eröffnung der Tagung

Die wirtschaftliche Gesamtlage hat in letzter Zeit eine fortschreitende Verschlechterung erfahren. Die Aussichten

für die Zukunft sind trübe. Es ist bei dieser Sachlage begreiflich, daß auch die Finanzlage der Kulturselbstverwaltung heute eine schwere ist. Die Kulturverwaltung sieht sich genötigt, mit bedeutenden Ausfällen zu rechnen, und das vorliegende Budget ist wohl das knappste Budget, das die Kulturverwaltung bisher aufgestellt hat. Zwar das Deutschtum hat die auf ihm liegenden Lasten, sowohl was die Steuer, als auch was die freiwilligen Zuwendungen betrifft, auch jetzt voll und willig getragen. Die Sparmaßnahmen jedoch, zu denen sich der Staat und die Kommunen gezwungen gesehen haben, treffen auch das Deutschtum in einer sehr empfindlichen Weise, und zwar dieses in einem ganz besonders starken Maße. So sind z. B. die bisher vom Staat gewährten Zuschüsse an die deutschen Mittelschulen in Pernau und Arensburg diesesmal bei der parlamentarischen Ausschußberatung des Staatsbudgets restlos gestrichen worden. Zwar sind auch andere Subventionen und Bewilligungen im Staatsbudget von Kürzungen betroffen worden, und gerade wir Deutschen vermögen die Schwere der Finanzlage des Staats voll zu würdigen. Dennoch muß es äußerst merkwürdig berühren, daß anderen die Bewilligungen nur teilweise gekürzt, uns dagegen völlig und restlos gestrichen werden. Im Staatsbudget ist gegenwärtig überhaupt keine Zuwendung für das deutsche Privatschulwesen mehr vorgesehen. Unwillkürlich erhält man den Eindruck des doppelten Maßes.

Auch bei den Kommunen tritt das unverkennbare Bestreben zutage, die für uns bestimmten Zuwendungen möglichst zu verkürzen. Wir sehen das z. B. in Reval, wie in Dorpat sehr deutlich; und die Gemeinde Sommerpahlen weigert sich kurzerhand, eine uns von der Regierung ausdrücklich zugebilligte Summe auszuzahlen, sodaß die Kulturverwaltung den Klageweg hat beschreiten müssen. Es ist aus alledem ersichtlich, wie wenig wir daran denken können, jetzt, bei einer solchen Sachlage, etwas Neues in Angriff zu nehmen; es gilt vielmehr alle Kräfte anzuspannen, um die alten Arbeitsgebiete zu halten. Die Sparmaßnahmen der Regierung und die im Zusammenhang mit dem allgemeinen Abbau im Grundschulwesen im Lande stehende Verringerung der Anzahl der vom Staat unterhaltenen deutschen Grundschulklassen verursachen uns einen Ausfall von 8500 Kronen; weitere ca. 8500 Kr. fallen infolge des Schulgeldrückgangs in der Mittelschule aus, der mit dem Aufrücken der zahlenmäßig schwachen Generation der Kriegs- und ersten Nachkriegsjahre in die Mittelschule zusammenhängt. Das ergibt zusammen einen für uns äußerst empfindlichen Einnahmeausfall von rund 17,000 Kr. Kürzungen im Budget sind darum geradezu unvermeidlich. Die Kulturverwaltung wird gewiß alles daransetzen, um vom Staat und den Kommunen die Zuwendungen zu erhalten, auf die wir ein moralisches und juridisches Anrecht haben. Klar ist es jedenfalls, daß eine weitere Mehrbelastung des Deutschtums heute völlig unmöglich ist.

Was die soziale Lage des Deutschtums betrifft, so ist u. a. die Frage aufgeworfen worden, ob es nicht zweckmäßig wäre, auf eine Übernahme auch der Fürsorge durch die Kulturselbstverwaltung hinzuarbeiten. Die Kulturverwaltung hält die Klärung dieser Frage im Kulturrat für erwünscht, stellt sich jedoch ihrerseits diesem Gedanken ablehnend gegenüber. Die heutige Lage gestattet uns nicht, heute eine neue große Aufgabe in Angriff zu nehmen; besonders gilt das von einer Aufgabe, die den Staat und die Kommunen zu neuen Pflichtzuwendungen an uns zwingen würde. Wie bereits erwähnt, suchen Staat und Kommunen schon die eben erforderlichen Zu-

wendungen an uns nach Möglichkeit zu beschneiden. Die Kulturverwaltung ist der Meinung, daß die Fürsorge gegenwärtig in privater Hand am besten aufgehoben ist. Es ist ein Ruhmesblatt des Deutschtums, daß es bis jetzt die für die soziale Fürsorge erforderlichen beträchtlichen Mittel trotz aller Schwierigkeiten durch freiwillige Leistung aufgebracht hat. Sorge bereitet die durch die letzten Ereignisse ungemein rasch anschwellende Arbeitslosigkeit im Deutschtum, die so große Ausmaße erreicht hat, wie noch nie zuvor. Es ist in dieser Richtung unter Mitarbeit der Kulturverwaltung gelungen, bereits so manches zur Abwehr zu tun. Trotz der schweren wirtschaftlichen Gesamtlage ist durch freiwillige Leistung ein sehr ansehnlicher Nothilfefonds geschaffen worden, um der ersten Not zu steuern; es ist ferner als Zentralstelle für diese Arbeit ein Arbeitsamt geschaffen worden, das zwar die Arbeitslosigkeit kaum wird ganz beseitigen können, aber doch einen Überblick über die Gesamtlage schaffen, in einem gewissen Maß helfen und vor allem eine zweckmäßige Berufsverteilung wird in die Wege leiten können.

Es kann die Frage entstehen, ob wir, wenn es so weiter geht, unsere Schulen werden halten können. Eine sichere Antwort kann darauf natürlich niemand geben. Aber es bildet einen Lichtblick in der trüben Gesamtperspektive, daß unser Volkstum geschlossen zusammenhält und bereit ist, Hilfe zu leisten, wo sie not tut. Es kann sein, daß noch weitere Abstriche und selbst schmerzliche Verzichte notwendig werden. Aber wir können und werden durchhalten. Die Lage ist schwer nicht nur für uns, sie ist es für das ganze Land, ja für ganz Europa. Wirtschaftlich durchleben wir wohl eben die schwerste Zeit, die unsere Heimat seit dem Nordischen Kriege gesehen hat.

(Rev. Ztg.)

Das gegenwärtige Stadium der Rigaer Domfrage

Die deutsche Domgemeinde ist es gewesen, die im Jahre 1923, als durch die Enteignung der Jakobi-Kirche auch die lettische Friedensgemeinde obdachlos geworden war, diese aus freien Stücken bei sich aufnahm. Da zu jener Zeit der Prediger der Friedensgemeinde, Pastor E. Berg, auch gleichzeitig Garnisonspastor war, so war es schon aus diesem Grunde gegeben, daß die evangelischen Glieder der Rigaschen Garnison im Dom geistlich bedient wurden. Als darauf das Amt des Garnisonspredigers von Pastor Berg auf Pastor Terin überging, blieb natürlich nach wie vor der Dom die Kirche, in der die Gottesdienste und geistlichen Feiern für den evangelischen Teil der Garnison stattfanden. Ein Zustand, an dem sich auch dann nichts änderte, als Pastor Terin den Beschluß faßte, eine Garnisonsgemeinde zu gründen, deren Bestand selbstverständlich nur zu einem Teil aus aktiven Militärpersonen bestehen kann.

Da die deutsche Domgemeinde mit der lettischen Friedensgemeinde bei deren Einzug in den Dom einen Vertrag geschlossen hatte, konnte die Aufnahme der neuen Garnisonsgemeinde in den Dom natürlich nur unter Bedingungen erfolgen, die sich mit diesem Vertrage in Einklang bringen ließen und die sowohl die Zustimmung der deutschen Domgemeinde, als auch der lettischen Friedensgemeinde erhielten. Nachdem nun schon durch das Hinzukommen der lettischen Friedensgemeinde die Zahl der im Dom bedienten Gemeinden von drei auf vier Gemeinden angewachsen war, mußte nach der Gründung der Garnisonsgemeinde der Dom für fünf Gemeinden Platz haben. Es liegt auf der Hand, daß sich daraus

für alle Gemeinden mancherlei Schwierigkeiten und Notstände ergaben, weil alle fünf Gemeinden doch auf ein und denselben Raum angewiesen sind, und es außerdem in keines Menschen Macht steht, die für Sonntagsvormittagsgottesdienste zur Verfügung stehende Zeit auszudehnen. Dessenungeachtet haben die deutsche Domgemeinde und die lettische Friedensgemeinde nicht nur unter einander die ganze Zeit hindurch im besten Einvernehmen gelebt, sondern sich auch bestrebt, nach dem Maße gegebener Möglichkeiten auch der Garnisonsgemeinde entgegenzukommen.

Hatte mithin die deutsche Domgemeinde bereits von vornherein es als ihre Pflicht angesehen, die Benutzung des Domes mit den lettischen Schwestergemeinden zu teilen, so beschloß sie im vorigen Herbst — wieder aus freien Stücken — noch einen Schritt weiter zu gehen und der lettischen Friedensgemeinde das Angebot zu machen, sich in lettische Domgemeinde umzubenennen und mit der deutschen Domgemeinde das Nutzungs- und Verwaltungsrecht des Domes zu teilen. Bezog sich dieses Angebot zunächst bloß auf die Räume des Domes, von denen die lettische Friedensgemeinde schon bisher Gebrauch gemacht hatte, so ging die deutsche Domgemeinde im Laufe der Verhandlungen in ihrem Entgegenkommen so weit, daß schließlich ein Vertrag abschlossen werden konnte, der der deutschen Domgemeinde und der in die lettische Domgemeinde umgewandelten Friedensgemeinde völlig gleiche Rechte auf Verwaltung und Benutzung des ganzen Dombesitzes zuerkennt. Nach diesem Vertrage erhalten die drei „Bestandteile" (Beichtkreise) der deutschen Domgemeinde vom Gesamtbesitz des Domes den gleichen Anteil zu ihrer Benutzung, wie die Friedensgemeinde, obgleich die deutsche Domgemeinde für drei Einzelgemeinden zu sorgen hat, während die lettische Domgemeinde zunächst nur aus einer Einzelgemeinde besteht. Jedoch wird auf Grund dieses Vertrages gleichzeitig der lettischen Domgemeinde das Recht zugesprochen, ihren Anteil am Verwaltungs- und Benutzungsrecht des Domes mit neu aufzunehmenden „Bestandteilen" (Beichtkreisen) zu teilen. Dabei ist natürlich bereits daran gedacht, daß auch die Garnisonsgemeinde ein „Bestandteil" der lettischen Domgemeinde werden könne.

Wäre die Garnisonsgemeinde auf diesen von der lettischen Friedensgemeinde gemachten Vorschlag eingegangen, so würden mithin die drei deutschen Beichtkreise die eine Hälfte und die zwei lettischen Beichtkreise die andere Hälfte des Benutzungs- und Verwaltungsrechtes am Dom erhalten haben.

Trotzdem bei dieser Verteilung jeder der drei deutschen Beichtkreise, will man schon einmal das Nutzungsrecht am Dom in Zahlenbrüchen zum Ausdruck bringen, nur auf zwei Zwölftel der Nutznießung, jeder der zwei lettischen Beichtkreise aber auf drei Zwölftel Anspruch haben würde, gibt sich die Garnisonsgemeinde mit diesem Anteil nicht zufrieden, sondern verlangt vier Zwölftel (ein Drittel) für sich allein. Die heftigen Angriffe und schweren Beschuldigungen, die die Vertreter der Garnisonsgemeinde auf der Synode gegen die deutsche Domgemeinde und gegen die Friedensgemeinde vorbrachten, beruhten einzig und allein darauf, daß die Garnisonsgemeinde meinte, unbedingt daran festhalten zu müssen, daß sie vier Zwölftel der Nutznießung am Dombesitz erhalten müsse.

Obgleich inzwischen bereits in Aussicht genommen war, daß der zwischen der deutschen Domgemeinde und der Friedensgemeinde geschlossene Vertrag korroboriert werden sollte, hat dann der Präses des Kirchenrats der lettischen Friedensgemeinde am letzten Tage der Synode, ohne sich

weiter um die deutsche Domgemeinde als den anderen Vertragsteil zu kümmern und ohne ihr von seinen Absichten auch nur die geringste Mitteilung zu machen, die Erklärung abgegeben, daß die Friedensgemeinde bereit ist, von der ihr vertragsmäßig zustehenden Hälfte des Nutzungs- und Verwaltungsrechtes vier Zwölftel der Garnisonsgemeinde abzutreten, und hat gleichzeitig die Hoffnung ausgesprochen, daß die Deutschen von ihren sechs Zwölfteln der Friedensgemeinde noch ein Zwölftel abtreten würden. Bei der Annahme dieses Vorschlages würden dann also auf die drei deutschen Beichtkreise fünf Teile, auf die zwei lettischen Beichtkreise sieben Teile fallen.

Die von einigen Blättern aufgestellte Behauptung, daß die deutsche Domgemeinde bereits zu diesen, ihr völlig überraschend gekommenen Entschließungen der Friedensgemeinde Stellung genommen hat, entspricht nicht den Tatsachen.

(Rig. Rdsch.)

Baltische Arbeitsgemeinschaft in Deutschland

Gau Rheinland-Westfalen. Ordentliche Gauversammlung

Im Gau Rheinland-Westfalen rückt in letzter Zeit Düsseldorf in erfreulicher Weise in den Vordergrund des baltischen Lebens. In schönster Erinnerung ist noch das letzte Balten-Weihnachtsfest in Düsseldorf, und am 29. März versammelte man sich wieder in Düsseldorf zur ordentlichen Gauversammlung, wo das gastliche Haus von Herrn und Frau Pastor Küßner nicht nur für die Arbeit, sondern auch für Seele und Leib eine freundliche Aufnahme bot. Von den 42 Balten und Baltinnen, die an der Versammlung teilnahmen, waren 28 von anderen Orten angereist.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die einstimmige Annahme von Satzungen für den Gau auf Grund der neuen vereinheitlichten Satzungen der Baltischen Arbeitsgemeinschaft, des Baltenverbandes und des Baltischen Roten Kreuzes. Wir bitten um Abdruck der Satzungen in der Baltischen Monatsschrift, da sie vielleicht auch anderen Gauen als Vorbild dienen können.

Satzungen
des Gauverbandes Rheinland-Westfalen der Baltischen Arbeitsgemeinschaft.

1. Der Gauverband Rheinland-Westfalen ist ein Teil des Vereins „Baltische Arbeitsgemeinschaft" e. V. mit dem Sitz in Berlin.

2. Dem Gauverband Rheinland-Westfalen gehören alle Mitglieder der B. A. an, die ihren Wohnsitz im Rheinland oder Westfalen haben. Die genauere Abgrenzung des Gaues wird vom Hauptvorstand festgesetzt.

3. Die Mitglieder des Gauverbandes der B. A. G. sind gleichzeitig Mitglieder des Baltenverbandes und des Baltischen Roten Kreuzes.

4. Für den Gauverband gelten daher die Satzungen der B. A., des Baltenverbandes und des Baltischen Roten Kreuzes.

5. Der Gau wird in Gebiete eingeteilt, deren Grenzen vom „erweiterten Gauvorstand" bestimmt werden.

6. Die Organe des Gauverbandes sind:

1. Der Gauvorstand,
2. Die Gebietsvorstände,
3. Der erweiterte Gauvorstand,
4. Die Gebietsversammlungen,
5. Die Gauversammlungen.

7. Der Gauvorstand wird von der ordentlichen Gauversammlung gewählt. Er besteht aus dem Gauvorsitzenden, dem stellvertretenden Gauvorsitzenden,

dem Schriftführer, dem Schatzmeister und dem Gaubevollmächtigten für das Balt. Rote Kreuz.

Der Gauvorstand der B. A. ist zugleich Vorstand des Gauverbandes, des Baltenverbandes und des Baltischen Roten Kreuzes.

Der Gauvorstand leistet die laufenden Arbeiten, beruft und leitet die Gauversammlungen und trägt die Verantwortung für die Erfüllung der Aufgaben der in der B. A. zusammengeschlossenen Verbände.

8. Die Gebietsvorstände werden von den betreffenden Gebietsversammlungen gewählt. Sie leisten die laufenden Arbeiten in den Gebieten. Ihre wichtigsten Aufgaben sind: die Werbung der im Gebiet lebenden Balten und der den Balten nahestehenden Reichsdeutschen für die B. A., die Fürsorge für notleidende Balten und die Fühlungnahme mit reichsdeutschen Kreisen, um in diesen Interesse und Verständnis für das Baltentum zu wecken. Die Zusammensetzung ihrer Vorstände bestimmen die Gebiete selbst, doch muß jedes Gebiet einen Gebietsvorsitzenden und einen Gebietsbevollmächtigten für das B. R. Kr. haben.

9. Der erweiterte Gauvorstand besteht aus dem Gauvorstand und den Gebietsvorständen. Im Verhinderungsfall können die Gebietsvorstände sich in den Sitzungen des erweiterten Gauvorstandes durch Bevollmächtigte vertreten lassen. Der erweiterte Gauvorstand tritt zu Informationen und Beratungen in baltischen Angelegenheiten zusammen und faßt in dringenden Fällen, in denen die Einberufung einer Gauversammlung nicht möglich oder notwendig erscheint, Beschlüsse. Er bestimmt über die Verwendung und Verteilung der dem Gau zur Verfügung stehenden Mittel.

10. Die Gebiets- und Gauversammlungen der B. A. sind zugleich Versammlungen des Baltenverbandes und des B. R. Kr.

Während der 3 ersten Monate jeden Jahres wird eine ordentliche Gauversammlung einberufen. Die Einladungen müssen wenigstens 2 Wochen zuvor durch Rundschreiben oder gegebenenfalls durch die Balt. Monatsschrift erfolgen. Die Gauversammlung wählt den Vorstand und den oder die Vertreter des Gaues für die Vertreterversammlungen der Baltischen Arbeitsgemeinschaft, des Baltenverbandes und des B. R. Kr.

Der Vorstand ist ihr für seine Tätigkeit verantwortlich.

Die Gauversammlung schafft die Satzungen für den Gauverband.

Mitglieder, die an der Teilnahme an einer Gauversammlung verhindert sind, können ihre Stimmen mittels schriftlicher Vollmachten auf anwesende Mitglieder übertragen.

Außerordentliche Gauversammlungen werden im Bedarfsfall einberufen. Sie sollen möglichst 3 mal im Jahr stattfinden, damit die Mitglieder, auch wenn keine dringenden Beschlußfassungen erforderlich sind, über alle Vorgänge, die das Baltentum betreffen, orientiert werden können, und um den Zusammenschluß der Balten im Gau zu fördern.

In den Gauvorstand wurden gewählt Prof. Dr. von Antropoff-Bonn, Dr. Schott-Bonn und Dipl.-Ing. K. v. Samson-Himmelstjerna-Essen.

Die Einberufung von Gebietsversammlungen zur Wahl von Gebietsvorständen übernahmen auf Bitte des Gaues Dr. Schott-Bonn, Herr Sponholz-Köln, Herr Karl Berg-München-Gladbach, von Kymmel-Düsseldorf, von Samson-Himmelstjerna-Essen und Dr. med. Grevé-Hagen.

Weiter wurde über Mittel und Wege beraten, die „Baltische Monatsschrift" allen Mitgliedern des Gaues zugehen zu

lassen. Die Organisation wurde freundlichst von Herrn K. Berg übernommen. Bisher haben sich 22 Abonnenten aus dem Gau gemeldet.

Im Anschluß an eine Mitteilung des Vorsitzenden über die für 1932 geplante Jugendtagung in Misdroy ergab eine Sammlung für diesen Zweck den Betrag von Mk. 26.80. Die Sammlungen sollen in den Gebietsversammlungen wiederholt werden.

Baltischer Vortrag. In der akademischen Gruppe des VdA in Bonn hielt Prof. Dr. A. von Antropoff einen sehr gut besuchten Vortrag über das Thema: „Die soziale und ethnische Struktur der baltischen Randstaaten".

Baltenverband Gau Schlesien

In der Leitung des Baltenverbandes Gau Schlesien ist ein Wechsel eingetreten. Der neue Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

1. Vorsitzender: Baron Joachim von Roenne, Breslau 13 Agathestraße 13, Tel. 30867, im Büro Tel. 22641.

2. Vorsitzender: Frau Luise von Baer, geb. Baronesse von Stackelberg.

Geschäftsführender Schriftführer: Max von Hunnius, Breslau 2 Gartenstraße 89, Tel. 25384, Büro Gartenstraße 49, Tel. 32840.

Kassenwart: Dr. med. Klaus Groth, Breslau 13 Kronprinzenstraße 69, Tel. 30235, Postscheckkonto Breslau Nr. 6255.

Der Baltische Frauenbund-Berlin

hat in der Ausstellung „Wohnung und Mode (WUM) das Zimmer einer Heimarbeiterin eingerichtet, in dem er die Erzeugnisse seiner „schwedisch-baltischen Strickarbeit", Sportjacken, Schals, Blusen und feine Tücher zeigt. Im Vortragssaal der WUM veranstaltete er „Eine Stunde Musik", wobei junge baltische Künstler auftraten. Die Konzertsängerin Ilse Erdmann sang mit ihrem großen, schönen Mezzosopran Lieder von Schumann und Brahms, die mit hoher Musikalität und aparter Auffassung vorgetragen wurden. Am Leo Demant hatte sie einen ausgezeichneten Begleiter. Die Pianistin Elsa von Hoerner trug mit guter Technik und Temperament Kompositionen von Liszt, dem Balten Eduard Erdmann sowie eigene Werke vor.

E. F.

Baltenschule Misdroy

Reifeprüfung. Am 14. Februar fand in Misdroy die Reifeprüfung der Gymnasiasten statt. Die Schüler wurden in Beisein des Geh. Oberregierungsrat Bohnstedt als Vertreter des Provinzialschulkollegiums von ihren eigenen Lehrern geprüft. Von den 3 vorgelassenen Oberprimanern bestanden alle die Prüfung: Siegfried Eberlein, Harro v. Klot und Nils v. Stromberg.

Am 16. und 17. Februar fand gleichfalls in Misdroy die Reifeprüfung der Oberrealschüler statt, die von einer Kommission des Stettiner Provinzialschulkollegiums unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Geh. Oberregierungsrat Rommel geprüft wurden. Zu Gliedern der Kommission waren auch der Direktor und zwei Lehrer der Baltenschule ernannt worden. Von den 14 vorgelassenen Oberprimanern der Oberrealschul-Abteilung haben 12 die Prüfung bestanden: Wilhelm v. Cranach, Wolf-Dietrich v. Dewitz, Hubertus v. Humboldt, Helmut Jung, Heinz Krüger, Hubert Lüttke, Werner Meyer, Georgi v. d. Osten-Sacken, Otto Raesch, Went-Kersten v. Seefeld, Ottokar zu Wittgenstein, Frau Sigrid Schumacher. Hubert Lüttke bestand die Prüfung mit dem Prädikat „gut".

Der Fördererkreis der Baltischen Monatsschrift-Berlin

teilt allen seinen im Reich lebenden Beziehern mit, daß die Baltische Monatsschrift ihnen, beginnend mit dem Aprilheft, durch die Post zugestellt werden wird. Eventuelle Reklamationen sind daher zunächst stets an die zuständigen Postanstalten oder den Briefträger zu richten. Die Abonnementszahlungen jedoch sind nach wie vor ausschließlich an den Fördererkreis der Baltischen Monatsschrift Berlin W 50 Ansbacher Straße 36 II Postscheckkonto Berlin Nr. 75488 zu leisten.

Wir benutzen die Gelegenheit, um unsere Leser um freundliche Mitarbeit bei der Werbung von neuen Beziehern der Baltischen Monatsschrift zu bitten.

Baltische Totenliste

Baron Gerhard von Maydell, geb. 26. 4 1880, gest. 29. 12. 1930 in Paris. Oberlehrer Georg Schnering, geb. 10. 5. 1854, gest. 1. 1. 1931 in Reval. Georg Ewald Wehm, geb. 13. 12. 1903, gest. 3. 1. 1931 in Reval. Dagmar Schreiber, geb. 24. 3. 1907, gest. 30. 12. 1930 in Vence bei Nizza Sophie Meuschen, geb. 23. 4. 1844, gest. 5. 1. 1931 in Reval. Ludwig von Knorring (72-jährig), gest. 28. 12. 1930 in Vevey. Johanna von Kursell, geb. 27. 7. 1856 in Koik, gest. 12. 1. 1931 in Reval. Generalin Rhoda von Schubert, geb. Lindsay, geb. 10. 8. 1862, gest. 19. 1. 1931 in Reval. Max Reincke (65-jährig), gest. 13. 1. 1931 in Windau. Dr. phil. Wilhelm Held, geb. 16 5. 1871 in Riga, gest. 11. 1. 1931 in Leipzig. Julius Hyronimus, geb. 12. 2. 1846, gest. 12. 1. 1931 in Riga. Konrad von Gersdorff-Schloß Hochrosen, gest. 1. 1. 1931. Henriette Butte, geb. Lauenstein (55-jährig), gest. 13. 1. 1931 in Riga. Dr. phil. Arnold Ucke, geb. 20. 9. 1864 in Stirnen, gest. 15. 1. 1931 in Mitau. Rudolf Jaroczewsky, geb. 2. 1. 1843 in Dondangen, gest. 15. 1. 1931 in Riga. Oskar Wilhelmsen, geb. 17. 8. 1910, gest. 16. 1. 1931 in Riga. Nanny Trettin, geb. 24. 12 1897, gest. 17. 1. 1931 in Riga. Dr. med. Richard Ottow, geb. 22. 4 1851, gest. 15. 1. 1931 in Hildesheim. Olga Bartels, geb. Schultz (79-jährig), gest. 19. 1. 1931 in Riga. Anna Schwarz, geb. Baronesse Engelhardt, geb. 24. 7. 1862, gest. 15. 1. 1931 in Rostock. Karin Busch, geb. 9. 5. 1905 in Moskau, gest. 17. 1. 1931 in Pastorat Birsgallen. Helene Baronin von der Osten-Sacken, geb. v d. Brueggen (86-jährig), gest. 22. 1. 1931 in Mitau. Wendeline Lichinger, geb. 26. 9. 1855 in Lemsal, gest. 20. 1. 1931 in Riga. Leocadie Baer, geb. Thiele, gest 21. 1. 1931 in Riga. Paul Baron von Hahn-Asuppen, geb. 12. 10. 1863, gest. 21. 1. 1931 in Königsberg i/Pr. Pastor emer. Carl Hunnius, geb. 6. 11. 1856 in Narva, gest. 24. 2. 1931 in Dorpat. Dr. med. Baron Carl Albert Saß, geb. 16. 2. 1860, gest. 26. 2. 1931 in Arensburg. Caroline Kuntze, geb. Eggert, geb. 23. 9. 1845, gest. 5. 3. 1931 in Reval.

†

Marie von Irmer

geb. von Creutzer

Geb. 8./X. 1856 in Riga
Gest. 7./III. 1931 in Königsberg/Pr.

In tiefer Trauer
die Hinterbliebenen.

W. F. Häcker, Riga.

Beilage der „Baltischen Monatsschrift"
62. Jahrgang, Heft 5 1931

Aus baltischer Arbeit
Baltische Personalnachrichten

Ostsee-Internat und Baltenschule Misdroy

Ganz besonders ungeduldig warteten wir auf das Frühlingswetter. Es schien in diesem Jahr nicht warm werden zu wollen. Immer und immer wieder spiegelte sich grauer Himmel in grauer See.

Die zahlreichen neuen Zöglinge, die Ostern 1931 nach Misdroy kamen, lernten den neuen Aufenthaltsort in wenig freundlichem Aussehen kennen. Es ist schwer, die 2 ersten Tage des neuen Schuljahrs mit ihren überhetzten Eindrücken, ihrer gedrängten Arbeit und voller Nervenanspannung zu beschreiben. Aber auch sie gehen vorüber, und die Arbeitsmaschine läuft bald in ruhigem Gang. Mit besonders feierlich gestaltetem „Fahnendienst" begann der erste Schultag. Richtige Schule gab es noch nicht, nur kurze Verteilung des Stundenplans usw. Der Nachmittag war auch „arbeitsfrei", — man benutzte ihn, um sich semesterlich einzustellen, Sachen einzuräumen, Zimmer einzurichten, und schließlich mit einem sehnsuchts- und hoffnungsvollen Blick den mehr oder weniger neuen Koffer bis zur nächsten Ferienzeit fortzuschließen.

Die nächsten Tage bringen ein langsames Hineingleiten in den Alltag. Jetzt, nach 14 Tagen, ist alles im regelmäßigen Gang. Nun bringt uns der 26. April endlich lang ersehntes Frühlingswetter mit strahlender, wärmender Sonne. Dieser Tag wird dazu benutzt, um am Haff, wo der neue Bootsschuppen für die 2 Boote der Baltenschule steht, den „Wassersport" zu eröffnen. Am Nachmittag zieht alles hinaus, teils zu Fuß, teils per Rad. Die Fahne am Bootsschuppen wird gehißt, die Boote werden zu Wasser gelassen. Die Ruderer haben haben sich schon ganz nett eingearbeitet und lassen auf Fortschritte und Erfolge in dieser Sportart hoffen. Von allen Seiten treten photographische Apparate in Tätigkeit, um die „Admiralität" oder die Mannschaft bemerkt und unbemerkt zu „knipsen". Für die Beteiligten und die Zuschauer war es ein schöner Nachmittag, draußen am Haff!

Ein neuer Mittelpunkt innerhalb der großen Internats- und Schulgemeinschaft ist mit dieser Ruderriege für gleichartige Interessen geschaffen worden, und die vielen „Neuen" gewinnen wiederum einen Eindruck von Kameradschaft und Zusammenhalt unter den Misdroyer Baltenschülern.

Misdroy, im April 1931

Ernst Huene †

Wiederum ist ein Veteran der Livländischen Ritterschaft, der Landrat a. D. Freiherr Ernst von Hoyningen-Huene, von dieser Erde abberufen worden. Am 8. März 1931 ist er, fast 76-jährig, nach langem, schwerem Leiden in Oberammergau gestorben.

Seine Haupteigenschaften waren: Herzensgüte und Opferbereitschaft! Und so hat er, ein fleißiger Arbeiter und livländischer Patriot, in seinem Leben viel Gutes gestiftet.

Geboren 1855 auf seinem väterlichen Gut Nawast im Fellinschen Kreise, hat er seine Schulzeit im Landesgymnasium zu Fellin verbracht und widmete sich darauf dem Studium der Jurisprudenz in Dorpat, das er 1880 mit dem Kandi-

datengrad abschloß. Nach dem Tode des Vaters trat er als Majoratsherr den Besitz des Rittergutes Lelle im Pernauschen Kreise an, dessen rationelle Bewirtschaftung er gleich mit der ihm eigenen Rührigkeit in Angriff nahm. In großzügiger Weise wurde ein ganzes Gebiet moorigen Geländes in Kulturland verwandelt und mit 100 Ansiedlerfamilien besetzt. Diese Arbeit brachte ihn in Verbindung mit systematischer Kulturtechnik, deren ungeheure Bedeutung für unsere flache, an Bodennässe leidende Heimat er erkannte. Seine Initiative war es, die der Kaiserlichen Gemeinnützigen und Ökonomischen Sozietät die Anregung gab zur Begründung des Livländischen Kulturtechnischen Büros, das in der Folge große Bedeutung erlangt und überaus segensreich und kulturfördernd gewirkt hat. Huene wurde für diese Anregung zum Ehrenmitglied der Ökonomischen Sozietät ernannt.

Daß ein Mann wie Huene sich auch für den gemeinnützigen und ehrenamtlichen Kommunal- und Landesdienst zur Verfügung stellte, versteht sich von selbst. Als Ordnungsrichtersubstitut und Kirchenvorsteher, insbesondere aber als langjähriger Präses der Taubstummenanstalt in Fennern hat er sich Verdienste erworben. In späteren Jahren zog er nach Riga, um dort auf anderen Gebieten zu wirken. Er wurde Konsistorialassessor und zugleich Vorsteher des Kataster amtes der Livländischen Ritterschaft, das durch die große von der Ritterschaft in Angriff genommene Neukatastrierung des ganzen Landes zu Grundsteuerzwecken von Grund aus umgestaltet werden mußte. Huene vertiefte sich geradezu mit einem Bienenfleiß in die Aufgaben, die ihm gestellt wurden. Das hat der Schreiber dieser Zeilen auch empfunden, als er im Ritterschaftlichen Schulkollegium mit ihm Schulter an Schulter an der Entwickelung des nach der Russifizierungsperiode neu erstandenen deutschen Ritterschaftlichen Landesgymnasiums zu Birkenruh in den Jahren 1906—1909 arbeiten durfte.

1912 wurde Huene vom Landtag zum ehrenvollen Amt eines Livländischen Landrats gewählt. 1918 wurde Huene das Martyrium der Verschleppung nach Sibirien nicht erspart. Nach seiner glücklichen Rückkehr stellte er sich als Vorsitzender des deutschen Notstandskomitees in Riga wieder zur Verfügung, bis der Zusammenbruch im Dezember 1918 auch ihn veranlaßte, mit seiner Familie ins Exil zu gehen. In Oberammergau gewann er einen neuen Standort zu wiederum segensreichem Wirken als Vorstand des Evangelischen Vereins Oberammergau, inmitten streng katholischen Landes.

Ich kann diese Lebensskizze nicht besser schließen, als mit den Worten eines Nachrufes in der Ammergauer Zeitung vom 14. März 1931, in dem es u. a. heißt: „In warmen, zu Herzen gehenden Worten wies der Geistliche auf die großen Verdienste des Entschlafenen um die evangelische Gemeinde Oberammergau hin, die einzig und allein seiner Tatkraft die Erbauung ihres schmucken Kirchleins zu danken hat, das der kleinen Gemeinde einen würdigen, geliebten Sammelpunkt bietet ... Baron Huenes segensreiches Wirken fand auch hier, wo immer es bekannt wurde, reiche Anerkennung. Nie verlöschender Dank der kleinen hiesigen Gemeinde, für die er sich unmittelbar, selbst mit Aufopferung seiner Gesundheit einsetzte, ist ihm sicher. Er blieb ein Edelmann im Sinn des Wortes bis zum letzten Atem!" So wollen auch wir Ernst Huene eine dankbare Erinnerung bewahren!

v. Oettingen-Ludenhof

Ein Gedenkblatt auf Dr. Carl Vogels Grab

Nun ist auch er hingegangen! In der zweiten Hälfte des Februar hat man ihn in Riga zu Grabe getragen . . .

„Lulle" Vogel, wer kannte ihn nicht! Sie alle kannten ihn, die seit Ende der siebziger Jahre ihren Einzug in die Tore unserer unvergeßlichen alten alma mater Dorpatensis gehalten hatten. Er gehörte zu der auserwählten Schar derer, die durch ihren urwüchsigen Humor, durch ihren drastischen Witz und eine durch nichts zu verblüffende Schlagfertigkeit die naturechte Art altdörptschen Studententums nicht nur zur klassischen Ausprägung gebracht, sondern eben dadurch sich auch ihrerseits so persönlich dieser Art eingeprägt hatten, daß sie sie überallhin mit sich führte, wohin immer ihr Wellenschlag in unserer baltischen Heimat drang.

Ein typischer Kurländer; oder war er es vielleicht doch nicht? Ein Freund enger Grenzen war er zweifellos nicht. Es lag in seinem Wesen, über enggesteckte Grenzen hinwegzugehen, jedenfalls über sie hinauszusehen. Innerhalb meines ehemaligen Kirchspieles Segewold/Kempenhof im Rigaschen Kreise hatte er im Doktorat Nurmis sein Rüstzelt aufgeschlagen, und wir beide haben von Anfang 1892 bis Ende 1918, also über 26 Jahre, an derselben Stätte und an denselben Menschen unser Werk getan. Wer nur sein scharfes Auge, den Scharfblick seines Verstandes gesehen, hat ihn überhaupt nicht gekannt. Er war ein Arzt von Gottes Gnaden, wie nur wenige, auch in der damaligen Zeit. So sehr diesem auch sein reiches Wissen zu Hilfe kam, das er unausgesetzt zu erweitern bestrebt war — wiederholt besuchte er zu diesem Behuf Berlin und Wien —, so basierte jener Scharfblick doch im Tiefsten auf einem ganz besonderen Ingenium, dem Ingenium, den Menschen in seiner Totalität zu sehen und aus dieser Totalität heraus auch seine physische Krankheit zu erfassen. Ihm war in ungewöhnlichem Maße die Gabe der Intuition verliehen, ohne die alle Ärzte ebenso einpacken mögen, wie die Pädagogen, denen sie vorenthalten ist. Dieses donum machte Vogel zu dem hervorragenden Diagnostiker, der er war. Und wenn das Wort zutrifft, daß der wirkliche Arzt schon beim Betreten des Krankenzimmers den Kranken genesen macht, so war es hier Wirklichkeit. Kein Wunder, wenn die Menschen weit und breit zu ihm strömten, auch dann noch, als in den benachbarten Kirchspielen sich schon längst auch überall Ärzte niedergelassen hatten. Ich glaube, es hat in Livland nur ausnahmsweise so beschäftigte Landärzte gegeben, wie Vogel es gewesen. Über 30 Werst maß unser Kirchspiel der Länge nach und umfaßte über 7000 Einwohner. Dabei gab es durch fast zwei Dezennien hindurch je zwei Tourtage wöchentlich an die beiden Hauptpunkte des Kirchspiels: Segewold und die Papierfabrik Ligat mit ihrer Bevölkerung von gut 1500 Seelen. Wenn man die vielen Güter noch außerhalb des Kirchspiels hinzunimmt, in denen Vogel Hausarzt war, so kann man sich leicht eine Vorstellung machen von Umfang und Schwere der Tätigkeit Vogels in einer Zeit, wo die elende Brettdroschke so ziemlich das einzige mögliche Vehikel für Landwege war. Und nie sah man ihn irgendwie zermürbt oder zerrieben. In gleichmäßiger Heiterkeit verharrte er eigentlich immer und ergriff und genoß gern jede frohbewegte Stunde, die sich ihm gelegentlich während seiner knappen Ruhepausen bot. Freilich, ein unschätzbares Gegengewicht hatte er auf den mühevollen Weg seines Berufes mitbekommen, eine unerschütterliche Gesundheit und Nervenkraft.

Es ist klar, daß bei einer so scharf- und weitblickenden und gleichzeitig so

tief schauenden und empfindenden Natur, wie er es war, auch das Religiöse zu seinem Rechte kam und sich Geltung schaffte Er ist, seit ich ihn wenigstens gekannt, nie theoretischer Materialist gewesen, in einer Epoche, wo es gerade unter den bedeutenderen Vertretern unserer baltischen Gesellschaft gar manchen gegeben. Ich glaube, es sind in unserem alten Livland die Kirchspielsärzte leicht gezählt, die damals den Weg in die Kirche fanden. Wie oft habe ich meinen Doktor in den deutschen Gottesdiensten erlebt, und wie gern habe ich vor ihm gepredigt. Nicht etwa, weil ich seine Kritik nicht zu scheuen brauchte, sondern gerade, weil ich wußte, daß ich einen scharfen Kritiker vor mir hatte. Es war damals die Zeit der großen Harnack-Welle in unserem Lande. Vor allem Harnacks „Wesen des Christentums" hatte das religiöse Problem zu neuem Leben erweckt. Gerade in intimerem Kreise wurde über die Dinge um so eingehender debattiert. Besonders wo die Herren des Kirchspiels sich zusammenfanden, war dieses Thema fast zu dem Thema geworden, dem sich aller Gedanken zuwandten und das die Geister oft bis in die frühen Morgenstunden hinein in Atem hielt. Auch mein Doktor griff mit ungeteiltem Interesse zu, und manches kluge Wort von ihm ist mir lange nachgegangen.— Es war die reichste Zeit meines Lebens. So kann ich mich, aus allem menschlichen Wehmutsempfinden und Abschiedsschmerz herausgehoben, in höherer Freude auch an dieses meines letzten treuen Weggenossen Grab stellen mit dem lebenslang dankbaren Bekenntnis, daß auch meine Augen das Große haben sehen dürfen: „Er hat die Starken zum Raube".

v. Braunschweig

Zurechtstellung: In die Mitteilung über die Veranstaltung des Baltischen Frauenbundes in Berlin in der Beilage zu Heft 4 unserer Zeitschrift hat sich ein Druckfehler eingeschlichen, indem die Pianistin des Abends „Elsa von Hoerner" genannt wurde. Der richtige Name lautet: Elsa von Reutern.

Die Verlobung meiner Tochter
Marie Madeleine, Freiin von Campenhausen mit dem Freiherrn Erich von Oelsen zeige ich hierdurch an

Elisabet Baronin v. Fersen
geb. v. Bruemmer

Meine Verlobung mit Marie Madeleine, Freiin v. Campenhausen beehre ich mich hierdurch anzuzeigen

Erich Freiherr v. Oelsen

Berlin, Ostern 1931

W. F. Häcker, Riga.

Beilage der „Baltischen Monatsschrift"
62. Jahrgang, Heft 6 1931

Aus baltischer Arbeit
Baltische Personalnachrichten

Einweihung des Schlageter-Denkmals bei Düsseldorf

Am 23. Mai fand bei Düsseldorf die feierliche Weihe des Schlageter-Denkmals auf der Golzheimer Heide statt. Ein schlichtes Stahlkreuz soll im deutschen Volk die Erinnerung an Albert Leo Schlageter und alle diejenigen lebendig erhalten, die während der Jahre 1921–1925 Opfer des widerrechtlichen Einmarsches in die Lande an Rhein und Ruhr wurden.

Auch für jeden baltischen Landsmann ist der Name Schlageter unvergessen, und in jedem Jahre am 22. Mai, wenn des Tages von Riga gedacht wird, gilt unsere Erinnerung auch Schlageter, dem Mitkämpfer der Baltischen Landeswehr, dessen mutiges Eingreifen als Geschützführer der Begleitbatterie des Stoßtrupps zur Entscheidung vor Riga, dem Festhalten der Lübeckbrücke, wesentlich beigetragen hat. Bei der Enthüllungsfeier legte auf Bitte der Baltischen Arbeitsgemeinschaft Herr A. von Kymmel im Namen der Balten einen Kranz nieder mit der Inschrift: „In Ehrfurcht und Dankbarkeit die Balten".

Deutsch-baltische Volksgemeinschaft in Lettland

Am 8. Juni 1931 trat der Delegiertentag der deutsch-baltischen Volksgemeinschaft in Riga zu einer Arbeitstagung zusammen, in deren Mittelpunkt die Annahme des Budgets für das Arbeitsjahr 1931/32 stand. Von der Einladung von auswärtigen Gästen hatte man angesichts des Charakters der Tagung als Arbeitstagung abgesehen. Einleitend gab der Präsident der Volksgemeinschaft Rechtsanwalt Wilhelm v. Rüdiger einen Bericht über das verflossene Halbjahr. Anschließend wurde vom Ältesten Erich Mündel als Leiter des Finanzamts ein Überblick über das laufende Geschäftsjahr und eine genaue Übersicht über das Budget des nächsten Jahres geboten. Der Bericht zeigte leider wieder, wie schwierig die Kassenlage der Volksgemeinschaft ist, die es daher nicht gestattet, manche Arbeitsgebiete zu erweitern. Die Erträge der Selbstbesteuerung sind im Zurückgehen begriffen. Das kommende Budgetjahr dürfte mit einem nur durch erhöhte Beiträge zu überwindenden Defizit von ca. Ls 19.000,– abschließen. Das Budget balanciert mit dem Betrage von Ls 428.000,—. Fast durchweg mußten gegenüber den Anforderungen kleinere oder größere Abstriche gemacht werden.

Außerordentlich interessant war der nun folgende Bericht des Jugendamts, erstattet vom Geschäftsführer des Jugendamts Pastor Arnold Schabert. Dieser erst seit einigen Jahren aufgenommene Zweig der Deutschtumsarbeit hat sich rapid entwickelt und bereits zu erfreulichen Ergebnissen geführt. 30 deutsche Jugendorganisatinnen bezw. -verbände sind dem Jugendamt angeschlossen. Über ganz Lettland erstreckt sich ein Netz von Jugendherbergen. In Riga wird in der nächsten Zeit in der Küterstraße ein deutsches Jugendheim entstehen. Die Pflege der Leibesübungen ist durch Anstellung eines an der deutschen Hochschule für Leibesübungen ausgebil-

deten Turnwarts in bewährten Händen. Der nun folgende Bericht des Geschäftsführers des Amts für Berufsberatung Dr. A. Boettcher zeigte, daß auch dieses Arbeitsgebiet jetzt planmäßig in Angriff genommen wird und auf Teilgebieten bereits Erfolge erzielt werden konnten.

Ein Bericht des derzeitigen Fraktionsführers Baron Fircks gab Aufschluß über die Haltung der deutschen Fraktion zu den laufenden Fragen der Politik, wobei der Abwehrkampf gegen die Enteignung der Domkirche im Mittelpunkt des Berichts stand. Die Wahlen ergaben durchweg eine Wiederwahl des jetzigen Präsidiums und des Hauptvorstandes. Nach einer verhältnismäßig kurzen Aussprache über die Frage der Einführung einer öffentlich-rechtlichen Autonomie wurde die Tagung geschlossen, an der neben den Delegierten aus Riga auch Vertreter aus Libau, Windau, Goldingen, Frauenburg, Schlock, Wenden, Bauske teinahmen. Ein geselliges Beisammensein hielt die Delegierten bis nach Mitternacht zusammen.

(Rev. Ztg.)

Baltische Arbeitsgemeinschaft in Deutschland

Gau Rheinland-Westfalen. Wie uns mitgeteilt wird, hat sich der Merkator-Verlag in Duisburg, Otto Kellerstraße 5, bereit erklärt, das vor einem halben Jahre erschienene auf Gedankengängen von Klages fußende Buch unseres Landsmannes Kurt Seesemann „Vernichtung der Wirtschaft" an Mitglieder des Baltenverbandes bei direkter Bestellung beim Verlage zum Vorzugspreise von Rm. 4.— (statt bisher Rm. 11.—) zu liefern.

Das Buch Seesemanns hat in wirtschaftspolitischen Kreisen berechtigtes Aufsehen erregt, weil hier die Wirtschaftsprobleme unter einem neuen und sehr fruchtbaren Gesichtswinkel behandelt werden.

Baltisches Baby-Körbchen. Vor zwei Jahren wurde von Frau Dr. A. v. R. der Grund zu mehreren Baby-Ausstattungen zum Ausleihen an baltische Mütter gelegt. Eben sind es 4 Stubenkorbwagen mit reichlicher Erstlingsausstattung als Inhalt, die schon 7 mal ihrem Zweck gedient haben. Die Körbchen werden gegen eine Gebühr von 10 Mk., die zur Ergänzung erforderlich ist, aber unter Umständen auch ermäßigt oder erlassen werden kann, und Übernahme der Transportkosten (durchschnittlich 5 Mk.) auf 6 8 Monate ausgeliehen. Im Bedarfsfall wende man sich möglichst zeitig an Frau E. von Antropoff, Bonn, Reuterstr. 76. Mitglieder der „Baltischen Arbeitsgemeinschaft" werden bevorzugt. Weitere Spenden an Sachen oder Geld werden mit wärmstem Dank angenommen.

Von der Delegation Berlin des **Baltischen Roten Kreuzes** werden wir gebeten mitzuteilen, daß infolge von Schwierigkeiten bei der Eintragung der im Frühjahr beschlossenen neuen Satzungen im Registeramt in Danzig der erste Vertretertag des Baltischen Roten Kreuzes (der an die Stelle der Mitgliederversammlung tritt) erst im Herbst stattfinden kann. Der Termin wird noch bekanntgegeben werden.

Wissenschaftlicher Erfolg eines Balten

Wie wir erfahren, hat Dr. Roderich von Ungern-Sternberg Berlin, im zweiten Draper Wettbewerb vom Carnegie-Institut in Newyork für seine Untersuchung über „Die Ursachen des Rückganges der Geburtenzahl" den

ersten Preis in der Höhe von 3500 Dollar erhalten. Der Erfolg ist umso bemerkenswerter, als insgesamt nicht weniger als 96 Arbeiten aus allen Teilen der Welt eingereicht worden waren.

Die Gesellschaft hat die Übersetzung ins Englische und die Veröffentlichung des Manuskripts ins Auge gefaßt.

Baltische Totenliste

Ernst Georg Frey, geb. 26. 10. 1873, gest. 10. 3. 1931 in Reval. Olga Feldmann, geb. Erdmann, geb. 20. 6. 1856, gest. 23. 3. 1931 in Reval. Marie von Lueder, geb. 22. 8. 1854, gest. 26. 3 1931 in Reval. Bruno Frobeen, geb. 12. 3. 1874, gest. 23. 2. 1931 in Riga. Dipl.-Ing. Gerhard Adolphi, geb. 23. 6. 1894 in Adsel-Pastorat, gest. 26. 2. 1931 in Berlin. Dipl.-Ing. Woldemar Wencelides, gest. 3. 3. 1931 in Riga. Artur von Grot, gest. 5. 3. 1931 in Mitau. Friedrich Georg Kohlmann, geb. 19. 12. 1866, gest. 4. 3. 1931 in Riga. Erika Jensen, geb. 2. 10. 1899 in Moskau, gest. 6. 3. 1931 in Riga. Eugen Leo Lemcke, geb. 27. 1. 1869, gest. 5. 3. 1931 in Riga. Nikolai Gerkan, geb. 6. 12. 1856, gest. 5. 3. 1931 in Riga. Dr. med Heinrich von Hedenström, geb. 6. 1. 1872, gest. 9. 3. 1931 in Riga. Ältester Carl G. Mast, geb. 20. 7. 1872, gest. 12. 3. 1931 in Riga. Edwin Hartmuth, gest. 6. 3. 1931 in Berlin. Elisabeth Nehlep, geb. von Kuhlberg, gest. 11. 3. 1931 in Mitau. Emilie Walter, geb. Buchardt (85-jährig), gest, 14. 3. 1931 in Mitau. Emmeline von Erdmann, geb. von Boehlendorff, gest. 17. 3. 1931 in Riga Tom Georg Wilh. Schroeder, geb. 31 3. 1886, gest. 18. 3. 1931 in Berlin. Pastorin Auguste Stoll, geb. von Schrippen, geb. 29. 9. 1850, gest. 15. 3. 1931 in Riga. Marie Bierich, geb. Porath, gest. 18. 3. 1931 in Riga. Baronin Lida Engelhardt, geb. Mentzendorff, geb. 15. 6. 1879 in Riga, gest. 20. 3. 1931 in Rostock. Oberlehrer Friedrich Martinson, geb. 20. 3. 1883, gest. 24. 3. 1931 in Riga. Woldemar Jürgens, geb. 9. 10. 1889, gest. 26. 3. 1931 in Riga. Propst Fedor Gröning, geb. 17. 1 1847, gest. 26. 3. 1931 in Riga. Dr. med. Reinhard Maurach, geb. 1870 in Weißenstein (Estland), gest. 1931 in Apolda (Thür.). Stadthaupt a. D. Viktor von Grewingk, geb. 20. 10. 1854, gest. 18. 2. 1931 in Berlin. Dr. med. Leo von Kuegelgen, geb. 22. 2. 1880, gest. 26. 1. 1931 in Reval. Elwine Johannson, geb. Altdorff, gest. 27. 1. 1931 in Reval. Baronin Emmy Keyserlingk verw. Pastorin Maurach, geb. Trautmann, gest. 26. 1. 1931 in Berlin. Baronin Olga von Rosen-Mehntack, geb. Gräfin Kotzebue, geb. 17. 11. 1842 in Tiflis, gest. 31. 1. 1931 in Reval. Baron Georg Meyendorff, geb. 20. 7. 1908 in St. Petersburg, gest. 30. 1. 1931 in Brasilien. Baron Charles von Maydell-Wattel, geb. 30. 1. 1861, gest. 6. 2. 1931 in Pernau. Wilhelmine Jung, geb. Schiemann, geb. 18. 9. 1861, gest. 3. 2. 1931 in Riga. Baron Emmerich Behr a. d. H. Stricken, geb. 1. 1. 1868, gest. 10. 2. 1931 in Wesenberg Eva von Holst, geb. Raeblein, geb. 16. 8. 1890, gest. 8. 2. 1931 in Moskau. Emilie Cordes, geb. 23. 6. 1883, gest. 11. 2. 1931 in Reval. Baronesse Anna v. Rosen, geb. 17. 5. 1849, gest. 11. 2. 1931 in Fellin. Frau Prof. Ida Schmidt, geb. Fick (90-jährig), gest. 15. 2. 1931. Rechtsanwalt Robert Lemonius, geb. 11. 10. 1870, gest. 19. 2. 1931 in Reval. Erich Rauch, geb. 1. 1. 1881, gest. 24. 1. 1931 in Riga. Ella Jürgensohn, gest. 24. 1. 1931 in Riga. Hermann Skribanowitz, geb. 4. 12. 1864. gest. 25. 1. 1931 in Riga. Theodor Birkenfeldt, geb. 22. 5. 1845,

gest. 6. 2. 1931 in Lausanne. Alexander Theodor Pander, geb. 10. 12. 1867, gest. 5. 2. 1931 in Riga. Katharina Bettack, geb. Bergmann, geb. 22. 6. 1846 in Treyden, gest. 30. 12. 1930 in Krasnojarsk. Dr. med. Albert Huff, geb. 28. 2. 1861, gest. 11. 2. 1931 in Riga. August Grünwaldt (75-jährig), gest. 11. 2. 1931 in Riga. Alexandra Hirsch, geb. Schummer, gest. 10. 2. 1931 in Riga. Stud. jur. Friedrich Pohl, gest. 10. 2. 1931 in Riga. Alfons Vajen, geb. 1. 8. 1877, gest. 17. 2. 1931 in Riga. Dipl.-Ing. Nicolai Kröger, geb. 11. 1. 1877, gest. 17. 2. 1931 in Riga. Dr. Carl Ernst Vogel, geb. 10. 7. 1858, gest. 18. 2. 1931 in Riga. Emma Lange, geb. Schwanberg, geb 9 4. 1862, gest. 19. 2. 1931 in Windau. Frau Therese von Stresow, geb. Freiin von Taube, geb. 3. 8. 1845 in Kronstadt bei St. Petersburg, gest. 30. 3. 1931 in Rostock. Prof. Dr. Gustav von Cube, geb. 25. 10. 1873 in Mentone, gest. 31. 3. 1931 in Duisburg. Nelly von Weymarn, geb. von Baranoff (76-jährig), gest. 4. 4. 1931 in Reval. Paul Niemann, geb. 25. 1. 1973, gest. 8. 4. 1931 in Reval. Theodor Hermann Doß, gest. 11. 4. 1931 in Reval. Lydie von Moeller, geb. 23. 8. 1852, gest. 13. 4. 1931 in Reval. Rechtsanwalt Carl Constantin Siegel, gest. 14. 4. 1931 in Reval. Otto Wulffius, geb. 1. 5. 1859 in Dorpat, gest. 16. 4. 1931 in Helsingfors. Oberförster Erwin von Engel (47-jährig), gest. 17. 4. 1931 in Pernau. Ernst Oberleitner, geb. 8. 1. 1854, gest 21. 4. 1931 in Reval. Baron Heinrich von Vietinghoff-Scheel, geb. 27. 2. 1872, gest. 27. 3. 1931 in Riga. Heinrich Bierich (41-jährig), gest. 29. 3. 1931 in Riga. Emilie Wachtsmuth, gest. 28. 3. 1931 in Riga. Friedrich Theodor Huebner, geb. 13. 8. 1857, gest. 3. 4. 1931 in Riga. Harry Ludwig Lambert, geb. 7. 9. 1874, gest. 4. 4. 1931 in Riga. Baron Siegfried Schilling, gest. 3. 4. 1931 in Kolberg. Marie Schmidt, geb. Schmidt, geb. 6. 2. 1858, gest. 12. 4. 1931 in Riga. Wilhelm Bandau, geb. 30. 6. 1875, gest. 11. 4. 1931 in Riga. Margarete Finck, geb. Michaelsen, geb. 24. 6. 1878, gest. 20. 4. 1931 in Meffow / Oder. Gräfin Charlotte v. Stackelberg, geb. 20. 8. 1850 in Paggar, gest. 30. 4. 1931 in Freiburg i/Br. Eduard Schreiber, geb. 9. 10. 1869, gest. 3. 5. 1931 in Meran. Caroline Schmidt, geb. Pychlau, geb. 27. 3. 1853 in Riga, gest. 8. 5. 1931 in Pernau. Cäcilie Wagner, geb. 16. 6. 1862, gest. 9. 5. 1931 in Reval. Agnes Wagner, geb. 20. 11. 1856, gest. 9. 5. 1931 in Reval. Sanitätsrat Dr. Felix Hübner, geb. 13. 5. 1876, gest. 11. 5. 1931 in Stettin. Arthur Donecker, geb. 15. 7. 1860 in Reval, gest. 13. 5. 1931 in Nissi. Anzi Nerling, geb. Baronesse Stackelberg, geb. 20. 8. 1863, gest. 19. 5. 1931 in Reval. Provisor Max Jauch, geb. 29. 10. 1876, gest. 4. 5. 1931 in Riga. Karl Thielmann, geb. 22. 7. 1861, gest. 3. 5. 1931 in Riga. Heinrich Kern (52-jährig), gest. 6. 5. 1931 in Riga. Emil Maurach, geb. 21. 10. 1867, gest. 7. 5. 1931 in Riga. Lilly Eberhardt, gest. 8. 5. 1931 in Riga. Rudolf Schultz, geb. 25. 8. 1864, gest. 8. 5. 1931 in Riga.

Die Geburt eines gesunden Jungen zeigen an

Dr. med. et phil.
Pankraz Heilmann
Königl. Bayr. Oberarzt d. Reserve
und Frau Karin
geb. Baronesse Vietinghoff-Scheel

W. F. Häcker Riga.

Beilage der „Baltischen Monatsschrift“
62. Jahrgang, Heft 7/8 1931

Aus baltischer Arbeit
Baltische Personalnachrichten

Baltische Arbeitsgemeinschaft in Deutschland

Die durch die räumliche Zusammenlegung der baltischen Verbände möglich gewordene enge Zusammenarbeit hat nach den Erfahrungen des 1 Halbjahres gezeigt, daß eine weitere Einschränkung der Arbeitsorganisation möglich ist, wenn auch nur dadurch, daß die verbleibenden Arbeitskräfte die erhöhte und erschwerte Arbeitslast zu ihren bisherigen Pflichten mit übernehmen. Auf Beschluß der Arbeitsgemeinschaft und der beteiligten Verbände werden zum 1. Oktober d. J. ein Geschäftsführer und zwei Hilfskräfte entlassen, so daß als besoldete Posten nur noch der Geschäftsführer des Vertrauensrats und drei Damen gemeinsam für alle Organisationen verbleiben. Damit ist die vom Vertretertag im Dezember v. J. gewünschte Vereinfachung und arbeitsmäßige Vereinheitlichung der baltischen Arbeit bis zu Ende geführt, und es sind wesentliche Ersparnisse erzielt worden, die angesichts der Wirtschaftslage und der im Zusammenhang mit ihr stehenden Not der Landsleute dringend notwendig waren.

Der Präsident der Arbeitsgemeinschaft hat vor einiger Zeit ein Rundschreiben an alle baltischen Landsleute im Reich erlassen, in welchem die Lage der baltischen Arbeit geschildert und um tatkräftige Unterstützung gebeten wird. Das Rundschreiben hat folgenden Wortlaut:

> In Notstandszeiten, wie eine solche gegenwärtig vom deutschen Volke durchlebt wird, sollte es vornehmste Pflicht einer jeden Gemeinschaft sein, dafür zu sorgen, daß ihre besonderen gemeinnützigen Einrichtungen dem doch vorübergehenden Notstand nicht zum Opfer fallen.
>
> Jeder kann in die Lage kommen, mit seinem persönlichen Schicksal auf Rat und Hilfe anderer zurückgreifen zu müssen. Wo sollte er dann aber eher, vielleicht überhaupt Verständnis und Hilfsbereitschaft finden, als bei jenen besonderen Einrichtungen, die er mit seinen engeren Artgenossen selbst geschaffen hat.
>
> Unsere baltischen Hilfsorganisationen, im besonderen der Vertrauensrat als bewährter und wirksamer Vertreter der mannigfachen Interessen eines jeden Balten in Deutschland und das Baltische Rote Kreuz, die Hoffnung und Zuflucht der Ärmsten der Armen, sind zurzeit unter dem Druck der Verhältnisse in eine wirtschaftliche Krise geraten, die nur mit Hilfe der Gemeinschaft aller überwunden werden kann.
>
> Die Baltische Arbeitsgemeinschaft, die die Erhaltung des Baltischen Roten Kreuzes und des Baltischen Vertrauensrates übernommen hat, ist infolge des durch die allgemeine Not bedingten starken Rückganges der Beiträge einer großen Anzahl von Landsleuten nicht imstande, in diesem Notjahr die übernommene Aufgabe voll durchzuführen. Deshalb gibt es nur e i n Mittel, das den Zusammenbruch des Baltischen Roten Kreuzes und Vertrauensrats verhindern könnte.

Das ist der Appell an jeden einzelnen Balten, sofort nach Maßgabe seiner Mittel für die allgemeine Sache beizusteuern.

Diese Bitte spricht die Arbeitsgemeinschaft den Landsleuten gegenüber aus, indem sie zugleich auf die Durchführung härtester Sparmaßnahmen verweist: die baltischen Hilfsorganisationen sind in einer Wohnung zusammengelegt, einer der Mitarbeiter und zwei Hilfskräfte werden entlassen und die verbliebenen Kräfte übernehmen gerne in gemeinsamer Arbeit die erhöhte und erschwerte Arbeitslast.

Deshalb darf die Bitte mit allem Nachdruck vorgetragen werden.

Verhütet den Zusammenbruch des Baltischen Roten Kreuzes und des Vertrauensrates, indem jeder, der Pietät für die eigene Gemeinschaft und ihre Vertretung besitzt, gewissenhaft überlegt, ob er in der Lage ist, ihr ein einmaliges Opfer zu bringen, damit sie über die gegenwärtige Krise hinauskomme.

Der Vertrauensrat, den die Balten vor allen sonstigen Emigrantengemeinschaften als hochbewertetes und von allen Behörden respektiertes Organ voraushaben, ebenso auch das Baltische Rote Kreuz, dessen stützende Tätigkeit wohl jeder Balte gespürt hat, der äußerste Not zu dulden hatte, sind unersetzlich.

Doppelt hilft, wer schnell hilft! Und wer hilft, darf sich bewußt sein, daß er damit sich selbst, seinen Kindern, seinen Freunden, seiner Gemeinschaft unerläßliche Hilfe für schwerste Zeit sichert.

gez. E. v. Stryk
Präsident der Baltischen Arbeitsgemeinschaft

Vergangenheit und Gegenwart des Gaues Hamburg

Der Gau Hamburg des Baltenverbandes kann vielleicht insofern einiges Interesse für sich in Anspruch nehmen, als er im Gegensatz zu den meisten, wenn nicht gar allen übrigen Gauen eine Vergangenheit besitzt, die sich bis weit in die Vorkriegszeit hinein erstreckt. Sein Vorgänger war eine gleichfalls „Baltenverband" genannte, in unregelmäßigen Abständen zusammentretende landsmannschaftliche Vereinigung der Vorkriegszeit. Wann diese „Baltenabende" erstmalig stattgefunden haben, läßt sich heute nicht mehr feststellen. Verfasser dieser Zeilen hat aber bereits in den Jahren 1907—09 Gelegenheit gehabt, eine Reihe solcher Abende mitzumachen, und es sind jedenfalls nicht die ersten ihrer Art gewesen. Natürlich war die Zahl der in Hamburg ebenden Balten damals weit geringer als heute. Die Baltenabende fanden weder regelmäßig statt, noch wurden mit ihnen bestimmte Ziele verfolgt. Sie waren rein gesellschaftliche Veranstaltungen und teilten auch deren Schicksal, indem sie gelegentlich in einen kürzeren oder längeren Dornröschenschlaf verfielen, um dann sporadisch wieder aufzuleben und aufzublühen. Eine solche Blütezeit stellte jedenfalls das erste Jahrzehnt des Jahrhunderts dar. Ein baltischer Weihnachtsabend im Jahre 1907 vereinte etwa 40 Personen unter dem Lichterbaum. Der Austausch gemeinsamer Erinnerungen, das Singen unserer alten Weihnachts- und Burschenlieder und der von allen empfundene heimatliche Hauch, der über dem Ganzen schwebte, lösten den einstimmigen Beschluß aus, wieder häufiger zusammenzukommen. Ja, es

wurde sogar der kühne Entschluß gefaßt und auch erfolgreich durchgeführt, eine kleine Theateraufführung zu veranstalten.

Führend waren damals die Familien Zimmermann (einer der letzten Ratsherren Rigas, Theodor von Zimmermann, verlebte sein Alter in Hamburg), Grabe und Knieriem, deren Häuser jedem neuzugezogenen Balten gastlich geöffnet waren. Insbesonders war es wohl die feingebildete, geistvolle alte Frau von Zimmermann, die es hervorragend verstand, die Abende gemütlich und reizvoll zu gestalten, und die daher den geistigen Mittelpunkt des kleinen Kreises bildete. In den späteren Jahren und besonders in den Kriegsjahren ist der Zusammenschluß wohl mehr auf einzelne Familien beschränkt gewesen, bis dann der Zustrom der baltischen Flüchtlinge einsetzte und der alte Baltenabend wieder auflebte. Aber die neue Zeit stellte neue und bedeutend schwerere Aufgaben, und sehr früh wurde in Hamburg der Nutzen, ja die Notwendigkeit einer straffen Organisation erkannt, die allein geeignet ist, das Gemeinschaftsgefühl unter den Landsleuten zu erhalten und ihre Not zu lindern. Mitgliederlisten wurden aufgestellt, Adressen gesammelt, an Abseitsstehende wurde werbend herangetreten, und eine ganze Anzahl von Landsleuten wurde willig gemacht, das undankbare und zeitraubende Geschäft des Einsammelns der Mitgliedsbeiträge zu übernehmen. In kurzer Zeit war der Gau in der Lage, der Zentrale in Berlin alljährlich nennenswerte Beiträge zur Förderung der gemeinnützigen Arbeit für das Baltentum überweisen zu können. Namentlich der unermüdlichen Tätigkeit des damaligen Vorsitzenden Prof. Dr. Eduard von Grabe, seiner Schwester Margarete von Grabe und des seine ganze freie Zeit der baltischen Sache opfernden Kassenwarts Herrn Walter Neuburg ist — nächst der Opferwilligkeit der Mitglieder — dieser Erfolg zu danken. Das Einsammeln der Beiträge durch Sammler hat dem Inkasso durch die Post und direkter Einzahlung beim Kassenwart weichen müssen, aber die Organisation ist im großen und ganzen die gleiche geblieben, und die persönliche Fühlung hat nicht darunter gelitten. Durch regelmäßig an jedem ersten Mittwoch im Monat im Stadtklub Hamburgischer Frauenvereine, Jungfernsteig 30, stattfindende Baltenabende wird der Zusammenschluß gewahrt, und es kann mit Genugtuung festgestellt werden, daß es einer ganzen Anzahl von Landsleuten zur lieben Gewohnheit geworden ist, die Abende möglichst regelmäßig zu besuchen. Vorträge und musikalische Darbietungen dienen zur Belebung und Vertiefung der Abende. Gelegentliche Tanzabende mit kleinen Aufführungen, ein gemeinsamer Sommerausflug und der allgemein beliebte baltische Weihnachtsabend bringen die Landsleute einander näher. In festem, treuen Zusammenhalten wollen wir der schweren Zeit die Stirn bieten, wie unsere Väter das so oft getan.

E. Kleinenberg

Baltische Totenliste

Henriette Rotermann, geb. Ebert, gest. 29. 5. 1931 in Helsingfors. Graf Alexander Tiesenhausen a. d. H. Sellie, geb. 30. 8. 1894, gest. 3. 6. 1931 in Reval. Pastor Ralf Luther, geb. 23. 6. 1887 in Reval, gest. 3. 6. 1931 in Dorpat. Dr. med. August Luck, geb. 16. 5. 1860, gest. 3. 6. 1931 in Dorpat. Anna von Böhtlingk, geb. 9. 6. 1855, gest. 4. 6. 1931 in Pernau. Henriette Gabler, geb. 16. 10. 1847, gest. 6 6. 1931 in Reval. Baron William Meyendorff a. d. H.

Ocht, geb. 10. 12. 1892, geſt. in Jändja 9. 6. 1931. Baron Julius Schilling a. d. H. Orgena, geb. 20. 11 1876, geſt. 9. 6. 1931 in Reval. Waldemar Edler von Rennenkampff a. d. H. Konofer, geb. 30. 8. 1881, geſt. 11. 6. 1931 in Reval Roland Leon Johannes Pahle, geb. 20. 7. 1878, geſt. 11. 6. 1931. Betty Peltzer, geb. Wilms (82-jährig), geſt. 19. 6. 1931 in Narva. Wilhelm Clever, geb. 16. 7. 1869, geſt. 19. 6. 1931 in Reval. Johann Mahſing (59-jährig), geſt. 30. 5. 1931 in Libau. Graf Dietrich Keyſerlingk a. d. H. Malguſchen (23-jährig), geſt. 23. 5. 1931 in Riga. Olga Girgenſohn, geb. 10. 1. 1855 in Dorpat, geſt. 31. 5. 1931 in Dünaburg. Auguſt Vogel, geb. 6. 6. 1875, geſt. 1. 6. 1931 in Riga. Baron Paul Biſtram-Waddax. geſt. 1. 6. 1931 in Roſtock Lilly Poorten, geb. von Helmerſen, geſt. 1. 6. 1931 in Riga. Chriſtoph Feldmann, geb. 5. 2. 1861, geſt. 2. 6 1931 in Riga. Baron Alexander von der Ropp, geb. 21. 12. 1852, geſt. 8. 6. 1931 in Libau. Anna Wildau, geb. Baroneſſe Heyking, geſt. 10. 6. 1931 in Riga. Kommerzienrat William Buſch, geſt. 11. 6. 1931 in Berlin. Oberlehrer Artur Clever, geb. 21. 4. 1856, geſt. 12. 6. 1931 in Meſſow/Oder. Julius Kadner, geb. 27. 4. 1884, geſt. 12. 6. 1931 in Riga. Friedrich Pirang, geb. 8. 3. 1863, geſt. 22 6. 1931 in Riga. Wilhelm von Renner (91-jährig), geſt. 24. 6. 1931 in Riga. Georg Sackenfeld, geb. 30. 10. 1879, geſt. 24. 6. 1931 in Riga. Ing. Chem. Georg Kymmel, geb 15. 5. 1885, geſt. 21. 6 1931 in Düſſeldorf. Baroneſſe Magda von Schroeders, geſt. 24. 6. 1931 in Greifswald. Ida Eichwaldt, geb. 14. 3. 1869, geſt. 29. 6. 1931 in Reval Lotte Schwartz, geb. 26. 11. 1911, geſt. 28. 6. 1931 in Reval Direktor Ferdinand Schoenefeldt, geb. 5. 6. 1858 in Mitau, geſt. 22. 6. 1931 in Bad Ems. Erich von Tranſehe-Ledemannshof, geb. 18. 5. 1868, geſt. 25. 6. 1931 in Riga. Anna Winck, geb. Scheller (71-jährig), geſt. 26. 6. 1931 in Riga. Alexander Münthal, geb. 6. 12. 1872, geſt. 28. 6. 1931 in Riga. Wilhelm Ferdinand Borck, geſt. 27. 6. 1931 in Riga. Oberlehrer Karl Goeſchel, geb. 5. 7. 1868, geſt. 26. 6. 1931 in Riga. Freiin Dina von Drachenfels, geb. 20. 9. 1891, geſt. 20. 6. 1931 in Brieſt/Altmark. Baronin Alexandra von Stromberg, geb. v. d. Oſten-Sacken, geb. 28. 4. 1855 in Kummeln, geſt. 30. 6. 1931 in Stromberghof b/ Kandau. Oberförſter Paul Wirk (58-jährig), geſt. 28. 5. 1931 in Riga. Theodor Thiermann, geb. 8. 9. 1871 in Wenden, geſt. 12. 5. 1931 in Bauske. Philipp Rode, 12. 3. 1874. geſt. 12. 5. 1931 in Riga. Helene Deubner, geb. Truhart (81-jährig), geſt. 29. 4. 1931 in Berlin. Dr. med. Alfredt Feldt (55-jährig), geſt. 14. 5. 1931 in Paris. Artur Heſſe, geb. 10. 7. 1860, geſt. 20. 5. 1931 in Riga. Apotheker Wilhelm Eugen Berting (76-jährig), geſt. 21. 5. 1931 in Polangen. Anna Walther, geb. Roſenberg, geb. 6. 6. 1863, geſt. 24. 5. 1931 in Riga.

Die glückliche Geburt eines geſunden

Jungen

zeigen hocherfreut an

Baron Harald Drachenfels
Baronin Angelika Drachenfels
geb. von Korff-Schmyſingk

Berlin, 15. Juni 1931.

Pfarrer Lizentiat
Heinrich von Baer
Irene von Baer
geb. von Samſon-Himmelſtjerna
Vermählte

Neuwarp in Pommern

W. F. Häcker, Riga.

Beilage der „Baltischen Monatsschrift“
62. Jahrgang, Heft 9 1931

Aus baltischer Arbeit
Baltische Personalnachrichten

Deutsche Kulturselbstverwaltung in Estland

Die letzte Tagung des II. Estländischen Deutschen Kulturrats am 13. September 1931 nahm, wie zu erwarten war, einen recht bewegten Verlauf. Nächst dem Bericht des Kulturpräsidenten, der auch diesesmal eine Fülle wertvoller Daten aus der Arbeit der Deutschen Kulturselbstverwaltung enthielt, stand bekanntlich die Stellungnahme des Kulturrats zu der gegen seinen Willen erfolgten Wiedereröffnung der vier unteren Grundschulklassen der Knabenabteilung des Dorpater Deutschen Privatgymnasiums im Mittelpunkt des Interesses. Die große Aussprache zu diesem heiß umstrittenen Punkt nahm einen lebhaften und stellenweise scharfen Verlauf, ohne daß indes im ganzen — wenige persönliche zugespitzte Ausfälle abgerechnet — der für die Kulturratsdebatten bereits traditionell gewordene Rahmen beherrschter Sachlichkeit überschritten worden wäre. Die den Kreisen der Walterschen Schule nahestehenden Ratsglieder vertraten während der ganzen ersten Hälfte der Sitzung ihren Standpunkt mit Nachdruck und Schärfe, ohne indes die große Mehrheit des Kulturrats überzeugen zu können. Die Erkenntnis dieser Sachlage war es wohl, die sie veranlaßte, nach der Mittagspause den Weg der Verhandlungen zu beschreiten. Nachdem der Kulturrat mit erdrückender Mehrheit (31 : 4 St.) festgestellt hatte, daß seine früheren Beschlüsse in dieser Angelegenheit von der Kulturverwaltung richtig aufgefaßt und interpretiert worden seien, sprach Dir. A. Walter schließlich in einer längeren Erklärung seine Unterwerfung unter den durch den Kulturrat verkörperten Gesamtwillen aus, und der Kulturrat seinerseits billigte in einer Resolution die von der Kulturverwaltung während des ganzen Konflikts eingenommene Haltung und brachte den Wunsch nach einer dauernden und endgültigen Ordnung der Dorpater Schulverhältnisse zum Ausdruck. Damit war diese ganze unerquickliche Angelegenheit bis auf weiteres erledigt. Die übrigen auf der Tagesordnung der Tagung stehenden Punkte gelangten glatt und einmütig zur Annahme.

Inzwischen gehen die Wahlvorbereitungen zur Wahl des III. Estländischen Deutschen Kulturrates ihren Gang. Von Montag ab beginnt in allen Wahlkreisen die Entgegennahme der Kandidatenlisten, um vier Tage später, am Donnerstag den 24. September, ihren Abschluß zu finden. Es ist daher begreiflich, daß sich während der letzten Woche das Interesse auf die Aufstellung der Kandidatenlisten konzentrierte. Wie es bei den im Zusammenhang mit dem Schulstreit entstandenen scharfen inneren Spannungen, die auch durch den Verlauf der Kulturratstagung weder eine Lösung noch auch nur eine Entspannung gefunden hatten, vorauszusehen war, scheiterte in Dorpat der Gedanke, die gesamte deutsche Wählerschaft auf eine einzige Einheitsliste zu einigen, im ersten Anlauf, noch bevor er recht zur Entfaltung gekommen war. Günstiger entwickelten sich die Dinge in Reval. Hier gelang es dem von einer Vertreterversammlung fast sämtlicher deutscher Körperschaften und Organisationen Reval-Harriens eingesetzten vorbereitenden Aus-

schuß, eine Gemeinschaftsliste der von ihm vertretenen Organisationen zu schaffen, in der nicht nur alle Schichten und Kreise der deutschen Wählerschaft Revals und Harriens in angemessener Weise vertreten sind, sondern die auch den großen Vorzug hat, nicht das Ergebnis mechanischer Mehrheitsbeschlüsse, sondern eine Frucht der gutwilligen Verhandlung und Verständigung mit sämtlichen interessierten Gruppen und Organisationen zu sein. (Rev. Ztg.)

Zehnjahrfeier des Herderinstituts zu Riga

Am 6. Oktober 1931 fand in der Aula des Herderinstituts der 10. Jahresaktus des Herderinstituts und der Herdergesellschaft statt. Wegen des Ernstes der politischen Lage wurde nur eine geschlossene Festsitzung abgehalten, zu der aber doch einige hervorragende Vertreter deutscher Hochschulen nach Riga gekommen waren. Unter ihnen vor allem die Rektoren der Universitäten Königsberg und Göttingen und als Vertreter der Deutschen Akademie in München Prof. Dr. Scheel-Kiel, der die Mitteilung überbrachte, daß die Deutsche Akademie dem Rektor des Herderinstituts, Prof. Dr., Dr. h. c. W. Klumberg, das Ehrenabzeichen der Akademie verliehen und den Präses der Förderergesellschaft des Herderinstituts, Altesten Alfred Intelmann, zum außerordentlichen Senator ernannt hat. Das Ehrenzeichen der Akademie ist hiermit zum ersten Mal verliehen worden.

Nach dem Zehnjahrsbericht des Vorsitzenden der Herdergesellschaft D. K. Keller und dem Bericht über die Tätigkeit des Herderinstituts, den der Rektor erstattete, hielt der Prorektor Lic V. Grüner den Festvortrag über das Thema: „Gesinnung und Gewissen als weltanschauliche Grundlage."

Baltische Arbeitsgemeinschaft in Deutschland

Baltengau Königsberg-Ostpreußen

Vom 8. bis 23. August hat in Königsberg eine Anzahl baltischer Lehrerinnen und Lehrer aus Lettland zu Studienzwecken Aufenthalt genommen. Etwa 80 Damen und Herren haben während dieser Zeit eifrig in den Königsberger Schulen hospitiert und auch sonst Gelegenheit gehabt, die kulturelle Bedeutung Königsbergs und in weiterem Sinne Ostpreußens kennen zu lernen.

Am 19. August hatte der Baltengau Königsberg die Landsleute und eine Anzahl Königsberger Pädagogen, die sich um die Studienreise der Landsleute besonders verdient gemacht haben, in die Königshalle zu einem schlichten Begrüßungsabend eingeladen. Über 100 Personen waren versammelt. Der Vorsitzende des Baltengaus Ostpreußen Dr. Ernst Seraphim begrüßte die Erschienenen in längerer Ansprache. Im Namen der baltischen Lehrer und Lehrerinnen antwortete Herr Oberlehrer Mittelstädt, indem er dankend die große Bedeutung der Tagung und die reiche Ausbeute und Bereicherung, die den baltischen Pädagogen aus dem hiesigen Aufenthalt erwachsen seien, hervorhob. Nach einer Pause ergriff er dann noch einmal das Wort, um in bedeutsamer Weise ein Bild der Kämpfe und Bestrebungen der heutigen baltischen Schule zu zeichnen. Nach ihm entwarf Pastor Neander-Mitau ein in die Tiefe gehendes Bild der Kämpfe, in die die evangelische deutsche Kirche in Lettland heute gestellt ist. Er hob dabei besonders die Bedeutung des Kampfes um die Rigaer Domkirche hervor. Der Vorsitzende, Dr. Ernst Seraphim, sprach dann in einigen Schlußworten die feste Überzeugung aus, daß, so lange die beiden Pfeiler des

Deutschtums, die deutsche Schule und die evangelische Kirche, ihrer Aufgabe so vorbildlich nachkämen wie heute, man nicht das Recht habe, von einem verlorenen Posten auf baltischer Erde zu sprechen. In angenehmer Geselligkeit und lebhafter persönlicher Aussprache der zahlreich Erschienenen nahm der Abend einen ungemein harmonischen Verlauf.

Baltische Konfirmation in Misdroy

In Misdroy fand am Sonntag, den 2. August, eine baltische Konfirmation statt.

Pastor emer. Max Krause, ehemals Pastor in Maholm in Estland, konfirmierte in der Kirche zu Misdroy Eric v. Lilienfeld, Alf. v. Dehn, Lio v. Wrangell und Dagmar v. Schwanebach. Die recht große baltische Kolonie von Misdroy nahm an der schönen Feier teil.

Pastor Krause, der jetzt in Jena lebt, war für die Sommermonate, einer Aufforderung des Baltischen Roten Kreuzes folgend, als Hospizgeistlicher nach Misdroy in das Dünenschloß gekommen. Hier hatten auch die Konfirmanden und ihre Angehörigen Aufnahme gefunden.

Zum ersten Mal ist im Hospiz des Baltischen Roten Kreuzes eine Konfirmandenlehre erteilt und eine Konfirmation abgehalten worden. Damit ist einem Wunsche weiter baltischer Kreise nachgekommen worden; das Baltische Rote Kreuz will daher auch im nächsten Jahre die Möglichkeit dazu bieten.

In seinem Hospizbetrieb, der bisher nur indirekt der baltischen Charitas diente, indem der Reingewinn desselben der Kasse des Baltischen Roten Kreuzes zufloß, hat das Baltische Rote Kreuz in diesem Jahr den Versuch gemacht, eine direkte Hilfe zu bieten, indem es den Pensionspreis für unbemittelte Balten ganz bedeutend ermäßigte.

Wir hoffen, daß sich dieses im nächsten Jahre weiter ausbauen läßt: durch die billigen Preise sollen baltische Landsleute die Möglichkeit der Erholung und Stärkung finden und das Dünenschloß in Misdroy könnte in den Sommermonaten Sammelpunkt und Treffpunkt für viele Balten werden.

Wir bitten, Anfragen und Anregungen möglichst rechtzeitig an das Baltische Rote Kreuz in Berlin W 50, Ansbacher Str. 36, oder an die Vertretung desselben in Misdroy, Dünenschloß, zu richten.

Baltische Totenliste

Harry Schneider, geb. 5. 6. 1910, gest. 30. 6. 1931 in Reval. Werner Hammer, geb. 16. 2. 1910, gest. 29. 6. 1931 in Rappel. Ing.-Arch. Alexis von Auer, gest. 2. 7. 1931 in Weißenstein. Robert Mermberg, geb. 21. 4 1865 in Hapsal, gest. 3. 7. 1931 in Reval. Provisor Gustav Lindtke, geb. 18. 2. 1882, gest. 7. 7. 1931 in Weißenstein. Käthchen Frobeen, geb. Dehio, geb. 28. 8 1864, gest. 5. 7. 1931 in Geislingen. Baronin Marlitta Stackelberg-Surro, geb. 3. 4. 1874, gest. 16. 7. 1931 in Reval. Baronin Mary von Knorring, geb. von Zur-Mühlen, geb. 16. 7. 1864 in Bilskenshof, gest. 11. 7. 1931 in Gstad am Chiemsee. Marta Nordgren, geb. von Bergmann, geb. 21. 9. 1894, gest. 29. 7. 1931 in Reval. Graf Peter Stenbock, geb. 23. 4. 1869, gest. 31. 7. 1931 in Zitter. Hedda Stender, geb. Deubner, gest. 7. 7. 1931 in Riga. Bruno Georg Nolstein, geb. 18. 8. 1914, gest. 6. 7. 1931 in Riga. Erich-Ernst von Cramer, geb. 5. 9.

1900, gest. 1. 7 1931 Berlin. Ing.-Arch. Robert Kordes, geb. 26. 6. 1855, gest. 25. 7. 1931 in Assern. Bertha von Willigerode, geb. Wittram, geb. 9. 6. 1852, gest. 25. 7. 1931 in Riga. Elli von Aderkas, geb. von Gruenewaldt, geb. 17. 8. 1861, gest. 29. 7. 1931 in Riga. Viktor Schultz, geb. 8. 12. 1915, gest. 28. 7. 1931 in Riga. Helmuth Kauffeldt, geb. 16. 8. 1909, gest. 28. 7. 1931 in Riga. Elisabeth Kleberg, geb. Wienert, gest. 29. 7. 1931 in Riga. Pastor Maximilian Stephany, geb. 7. 9. 1870, gest. 1. 8. 1931 in Riga. Kathinka Fenger, geb. Pychlau, geb. 3. 1. 1853, gest. 6. 8. 1931 in Riga. Alexandra Berkholz, geb. 24. 4. 1859, gest. 12. 8. 1931 in Riga. Rudolf Walter, gest. 15. 8. 1931 in Riga Paul Alexander Schwartz, geb. 30. 8. 1854, gest. 17. 8. 1931 in Riga. Charlotte Eckert, geb. Goltz, geb. 1859, gest. 16. 8. 1931 in Bauske.

Ihre Vermählung geben bekannt

Pastor Oskar
Freiherr von Campenhausen

und

Gudrun
Freifrau von Campenhausen
geb. Freiin von Stein
zu Nord- und Ostheim

Im August 1931

Ihre Vermählung geben bekannt

Diplomingenieur
Gerhard Baer

Ortrud Baer
geb. Schnee

Berlin-Charlottenburg,
Hardenbergstraße 24

Im August 1931

Ihre Vermählung zeigen an

Hans
Freiherr von Campenhausen
und Dorothee geb. von Eichel

Schloß Marisfeld bei Themar

Am 12. August 1931

Edelpelztierzucht bringt Gewinn!

Geringer Kapitalbedarf.

Interessenten, die selbst züchten wollen, oder solche, die ihr Kapital bei hoher Rentabilität und absoluter Sicherheit anlegen wollen, wenden sich an unsere Generalvertretung

F. von Boetticher

Edelpelztierfarm Baltenhaus, Ostseebad Stolpmünde.

Daselbst jederzeit Besichtigung unserer Silberdachse, Nutria und Nerze.

Schwarzwaldfarm G. m. b. H. Rötenbach/Baden.

W. F. Häcker, Riga.

Beilage der „Baltischen Monatsschrift“
62. Jahrgang, Heft 10 / 12 1931

Aus baltischer Arbeit
Baltische Personalnachrichten

III. Estländischer Deutscher Kulturrat

1. ordentliche Tagung

1. Sitzung am 6. Dezember 1931

An einem grauen Wintertage, der die Schwierigkeiten und das trübe Grau der Zeiten versinnbildlichen zu wollen scheint, durch das es im Lauf der nächsten Jahre die Sache unseres Volkstums hindurchzusteuern gilt, tritt der III. Estländische Deutsche Kulturrat zu seiner ersten Tagung zusammen. Unter den fast vollzählig versammelten Ratsgliedern (es fehlte nur ein einziges, durch andere Pflichten am Erscheinen verhindertes Ratsglied) sieht man neben vielen, die schon im II. und zu einem großen Teil auch bereits im I. Kulturrat mitgearbeitet haben, auch eine ganze Reihe neuer Gesichter; haben doch nicht weniger als 13 der neuen Ratsglieder (also fast $^1/_3$ der Gesamtzahl) dem II. Kulturrat nicht angehört.

Der erste Arbeitstag des III. Estländischen Deutschen Kulturrats beginnt um $^1/_2$11 Uhr vormittags mit einem Gottesdienst — diesmal in der Olaikirche — dem der größte Teil der Mitglieder des neuen Kulturrats beiwohnt.

Nachdem von 12 bis nach 4 Uhr die übliche private Vorbesprechung der Ratsglieder zwecks Vorbereitung der Wahlen stattgehabt hat, die einen lebhaften, jedoch von unverkennbarem Willen zum gegenseitigen Sich-Verstehen und zur Verständigung getragenen Verlauf nimmt, wird nach 5 Uhr die erste offizielle Sitzung des III. Kulturrats vom Kulturpräsidenten Dir. H. Koch eröffnet. Von der umfangreichen (21 Punkte umfassenden) Tagesordnung gelingt es für diesmal in der Hauptsache allerdings nur die verschiedenen Wahlen zu erledigen.

Im Mittelpunkt des Interesses steht natürlich die Wahl der neuen Kulturverwaltung. Im Ergebnis des Wahlgangs werden die vier Glieder der bisherigen Kulturverwaltung, die ihr Einverständnis zur Wiederaufstellung ihrer Kandidatur gegeben haben — und zwar Präsident Dir. H. Koch, Vizepräsident W. Baron Wrangell, Insp. J. Hansen und Dr. B. Ströhm — mit erdrückender Mehrheit wiedergewählt. An Stelle der beiden ausscheidenden Glieder A. Baron Maydell und Ältermann Weiß, die eine Wiederwahl abgelehnt haben und denen Präsident H. Koch im Namen des gesamten Kulturrats den wohlverdienten Dank für ihre langjährige treue Mitarbeit ausspricht, werden — ebenfalls mit sehr großer Mehrheit — Rgl. Rechtsanwalt Siegfried von Bremen und Dr. Hellmuth Weiß gewählt.

Bei der Wahl der ständigen Ausschüsse des Kulturrats kommt es beim Allgemeinen und beim Finanzausschuß zu einem Kampf, der dazu führt, daß ein Platz im Finanzausschuß infolge hartnäckiger Stimmengleichheit zwischen zwei Kandidaten vorläufig unbesetzt bleibt. Die Wahl der beiden anderen, nicht weniger wichtigen Ausschüsse — des Schul- und des Rechtsausschusses — vollzieht sich glatt und reibungslos.

Nachdem noch eine Reihe weiterer Wahlen einstimmig vorgenommen und eine Anzahl von Steuergesuchen wie üblich in geschlossener Sitzung erledigt worden ist, vertagt sich der Kulturrat zu noch verhältnismäßig früher Stunde, um dem neuen Schul- und dem Allgemeinen Ausschuß Zeit zur Durchsicht mehrerer auf der Tagesordnung stehender größerer Vorlagen zu geben.

2. Sitzung am 7. Dezember 1931

Der zweite Sitzungstag des neuen Kulturrats ist der sachlichen Arbeit gewidmet.

Es wird im Laufe der etwa vier Stunden, die die Sitzung dauert, eine lange Reihe von nicht weniger als 11 Tagesordnungspunkten erledigt. Längere Debatten erregen nur die „Regeln für die Wahl der Direktoren und der Lehrer an den öffentlichen Schulen", bei denen es um die schwierige und wichtige Aufgabe geht, bei der Lehrerwahl den Einfluß der örtlichen Faktoren und der zentralen Leitung in angemessener und zweckmäßiger Weise gegeneinander auszubalancieren. Die Aufgabe wird schließlich durch die von Abg. E. Baron Schilling und Dir. W. Stillmark vorgeschlagenen Formulierungen in allgemein befriedigender Weise gelöst. Von den übrigen Vorlagen wären besonders zu erwähnen die Abänderung der Geschäftsordnung des Kulturrats, durch die ein besonderer Ältestenrat geschaffen und das Verfahren bei der Einbringung und der Verhandlung von Anfragen genauer geregelt wird, sowie die neue Instruktion über die Überwachung der Schulpflicht. Der umstrittenste Punkt der Tagesordnung — der Entwurf der neuen „Richtlinien für die Tätigkeit der Kulturkuratorien", der in der Sitzung des Allgemeinen Ausschusses am Vorabend auf sehr schwerwiegende Bedenken gestoßen war — wird von der Kulturverwaltung zwecks Umarbeitung zurückgezogen. Endlich wäre noch der Beschluß zu erwähnen, durch den die Kulturverwaltung zur Wiederaufnahme der Subventionszahlungen an das Dorpater Deutsche Privatgymnasium von A. Walter, nachdem dieses die vom Kulturrat gestellten Bedingungen angenommen hat, im Rahmen des laufenden Budgets ermächtigt wird.

Nachdem der Kulturrat im Laufe seiner zwei Sitzungen seine umfangreiche Tagesordnung in fruchtbarer und allerseits befriedigender Weise erledigt hat, schließt der Präsident kurz vor 3 Uhr die Tagung.

(Rev. Ztg.)

Deutsche Sorgen in Lettland

Es ist nicht zu leugnen: im Laufe der letzten zwei Monate ist in den Vordergrund unseres Bewußtseins die Not gerückt. Es gibt kaum ein Haus, in das nicht wenigstens die Sorge eingekehrt wäre, und den immer härter werdenden Druck der Wirtschaftslage spüren alle. Die Arbeitslosigkeit wächst; wer nur eine Gehaltskürzung erlitt, atmet dankbar auf; die zwangsläufige Einschnürung des Wirtschaftslebens durch Valutabestimmungen und Kontingentierung wirkt sich in bedrohlichster Weise aus; und auf dem Lande hat man ebensowenig Anlaß zu Optimismus.

Der Hauptvorstand der deutschbaltischen Volksgemeinschaft in Lettland als der organisatorisch berufene Führer hat energische Maßnahmen zur Linderung der Not ins Auge gefaßt und in die Wege geleitet. Auf seiner Sitzung am 19. Oktober faßte er den einstimmigen Beschluß, eine einmalige große Spendensammlung durchzuführen. Am 4. November veröffentlichte der Präsident den Aufruf an die deutsche Bevölkerung; gleichzeitig appellierte das mit der Durchführung der Sammlung beauftragte Fürsorgeamt an die Opferwilligkeit der Volksgenossen; und in den letzten Tagen sind die Durch-

führungsbestimmungen der großen Aktion bekanntgegeben worden. Es ist eine genaue Arbeitsteilung vereinbart worden: die Geldsammlung „Deutsche Volkshilfe" erfolgt durch Sammelbogen der Volksgemeinschaft; die Speisung wird vom Deutschen Frauenbund organisiert, die Kleidungsfrage vom Deutschbaltischen evangelischen Notstandskomitee geregelt, die Wohnungsfrage von Synodalvertretern bearbeitet. Ärztlicher und juristischer Beistand soll ebenfalls vermittelt werden. Die Grundzüge der Organisation sind vom Fürsorgeamt in Gemeinschaft mit der Deutschen Fürsorgezentrale festgesetzt worden, wobei die einzelnen der Fürsorgezentrale angeschlossenen Vereine und Organisationen innerhalb des Rahmens ihrer Mitgliedschaft aktiv weiterarbeiten sollen.

Immer wieder in den letzten Jahren ist im Kreise der Volksgemeinschaftsarbeit die Frage aufgeworfen und erörtert worden, welches Arbeitsgebiet grundsätzlich den Vorrang zu beanspruchen habe: das kulturelle oder das soziale. Die Not hat die Fragestellung über den Haufen geworfen. Dieser Winter wird im Zeichen der sozialen Fürsorge stehen. Außerordentliche Verhältnisse erfordern außerordentliche Maßnahmen. So bedeutet denn auch der Beschluß, die Geldsammlung durchzuführen, ein einmaliges Abweichen vom seit Jahren geltenden Prinzip, daß die Mittel für deutsche kulturelle und soziale Zwecke durch die Selbstbesteuerung aufgebracht werden sollen.

Es muß damit gerechnet werden, daß die Eingänge der Selbstbesteuerung in den nächsten Monaten zurückgehen werden. Bei einem Voranschlag für das mit dem 1. August begonnene Geschäftsjahr von 200,000 Lats schätzt das Finanzamt der Volksgemeinschaft den zu erwartenden Rückgang der Zahlungen auf etwa 80,000 Lats, eine Summe, für die keinerlei Deckung vorhanden ist und die aus dem Ausgabenbudget herausgestrichen werden mußte. Eine vom Hauptvorstande ernannte dreigliedrige Sparkommission hat, z. T. im Einvernehmen mit den betroffenen Institutionen, sehr rigorose Streichungen vorgenommen, die sich auf alle Arbeitsgebiete erstrecken. Die Einsparungen wurden nach dem Grundsatz vorgenommen, daß zuerst auf die vorhandenen Reserven zurückgegriffen, dann die Sachausgaben gekürzt und erst an dritter Stelle Gehaltskürzungen (in der Höhe von 10%) erfolgen sollten, wobei im Falle einer günstigeren Realisierung des Budgets die Gehälter auch zuerst wiederherzustellen sind. Leider muß durchaus noch mit einer weiteren Verschlimmerung der finanziellen Lage der Volksgemeinschaft gerechnet werden. Vor allem durch Kürzungen im staatlichen Schulbudget, deren Ausmaß heute noch gar nicht zu übersehen ist.

Entscheidend bei dieser Nervenprobe, der wir ausgesetzt werden, ist, daß der kulturelle Lebenswille nicht gebrochen wird und verkümmert. Darauf kommt alles an. (Rev. Ztg. 10. Nov. 1931.)

Abschied vom Dom zu Riga

Zu Donnerstag, den 10. Dezember 7 Uhr abends hatte die deutsche Domgeinde ihren letzten Gottesdienst in der Domkirche angesetzt. Bereits nach 6 waren kaum mehr Sitzplätze zu haben, und ununterbrochen strömten die Menschenmassen in die Kirche. Als der Gottesdienst begann, stand man Kopf an Kopf dicht gedrängt bis zu den Ausgängen. Es mögen wohl 6000 gewesen sein, die den letzten deutschen Gottesdienst im Dom erleben wollten. Als Eingangslied wurde das alte Lied der Böhmischen Brüder gesungen

„Laß dich durch nichts erschrecken." Die Predigt hielt der gegenwärtig noch einzige deutsche Dompastor Burchard über 1. Petr. 2,5: „Und auch ihr, als die lebendigen Steine, bauet euch zum geistlichen Hause und zum heiligen Priestertum, zu opfern geistliche Opfer, die Gott angenehm sind durch Jesum Christum."

Tiefe Bewegung ist dem Prediger anzumerken in dieser für ihn, für seine Gemeinde, für das gesamte evangelische Deutschtum Lettlands schwersten Stunde. Vor und nach der Predigt wird „Ein feste Burg" gesungen, dann das alte Festlied Gustav Adolfs vor der Schlacht bei Lützen „Verzage nicht, du Häuflein klein", zuletzt „Unsern Ausgang segne Gott". Es scheint, als habe die mächtige Orgel der Domkirche noch nie so herrlich geklungen. Ganz langsam verläßt die Gemeinde die Kirche, auf den Treppenstufen geht jedermann rückwärtsgewandten Blicks, um noch einmal die vertraute Formensprache der Kirche in sich aufzunehmen, ehe sich die Kirchentüren für die Deutschen schließen. Die etwa 600 Teilnehmer an der Abendmahlsfeier der Domgemeinde verließen die Kirche erst nach 10, und viele blieben in der dunkel werdenden Kirche trauernd zurück bis zum letzten Türenschließen. (Rev. Ztg.)

Baltische Arbeitsgemeinschaft in Deutschland

Am 17. Oktober d. J. fand im großen Sitzungssaal des Reichslandbundes in Berlin der erste Vertretertag des Baltischen Roten Kreuzes statt. Es war nur eine kurze Tagesordnung, die die Vertreter der meisten Gaue zur Beschlußfassung zusammenführte. Das Baltische Rote Kreuz, das seit zwei Jahren zur Fortführung seiner charitativen Arbeit fast ganz allein auf die materiellen Leistungen der Landsleute angewiesen ist, mußte zur Festigung der in der Mitgliedschaft gegebenen Grundlage seiner Existenz eine Reihe von Satzungsänderungen vornehmen und zugleich seine Beziehungen zu der umfassenden baltischen Organisation der Arbeitsgemeinschaft, von der es wesentliche Teile der erforderlichen Mittel erhält, regeln.

Der erste Schritt war die Umwandlung der Generalversammlung des Roten Kreuzes, an der gewöhnlich nur die am Ort lebenden Landsleute teilnehmen konnten, in einen Vertretertag, welcher allen Gauen durch Entsendung von Vertretern die Möglichkeit einer Teilnahme an der Arbeit des Roten Kreuzes bietet. Nun lag ein weiterer Antrag der Delegation vor, die längst überholten, in den Satzungen aber noch enthaltenen starren Mitgliedsbeiträge von Mk. 10.— durch Staffelbeiträge nach dem Muster der Zahlungen an die Arbeitsgemeinschaft zu ersetzen und zugleich zwei Formen der Mitgliedschaft im Roten Kreuz festzusetzen: eine direkte, die durch Entrichtung eines nach der neuen Staffel festzusetzenden Beitrags an das Rote Kreuz, und eine indirekte, die durch Zahlung des Staffelbeitrags an die Arbeitsgemeinschaft erworben wird.

Der Antrag der Delegation fand jedoch nicht die erforderliche qualifizierte Mehrheit, und auch alle übrigen auf dem Vertretertag vorgebrachten Anträge wurden abgelehnt. Der Vertretertag begnügte sich damit, die Satzungen zunächst unverändert zu lassen, die Delegation aber zu beauftragen, durch Ausarbeitung einer Geschäftsordnung im Rahmen der heutigen Satzungen zu einer Sichtung und Festigung des Mitgliederbestandes auf der Grundlage von Staffelzahlungen nach dem Muster der Arbeitsgemeinschaft zu kommen.

Am Schluß des Vertretertages fanden Neuwahlen für die beiden nach langjähriger aufopfernder Arbeit von ihren

Ämtern zurücktretenden Glieder der Delegation: Baron Wilhelm von der Recke-Neuenburg und Herr Hermann von Brümmer-Rutzky statt. Gewählt wurden: Herr Alfred von Roth-Rösthof und Herr Walter von Roth.

Am folgenden Tage, am 18. Oktober a. c., fand in demselben Sitzungssaal der ordentliche Vertretertag des Baltenverbandes statt.

Nach den üblichen Wahlen der Verhandlungsleitung, der Mandats- und Revisionskommission folgten eingehende Berichte, die für den Baltenverband vom Vorsitzenden, Graf Paul von der Pahlen, für den Vertrauensrat von dessen Geschäftsführer, Herrn G. von Freymann, und für den Baltischen Frauenbund von der Vorsitzenden, Frau Else Frobenius, erstattet wurden. Es folgte ein Bericht von Herrn Harald von Rautenfeld über die Lage der Landsleute in der Heimat und über Aufgaben und Ziele sowie Entwicklung der an die Stelle der „Baltischen Blätter" gerückten „Baltischen Monatsschrift".

In der Nachmittagssitzung wurde nach erfolgter Arbeit der entsprechenden Kommissionen dem Hauptvorstand Entlastung erteilt und ein eingehender Plan zur Abdeckung der Verbindlichkeiten des Baltenverbandes besprochen. Es folgte die Beauftragung des Hauptvorstandes in der Arbeitsgemeinschaft, dafür einzutreten, daß die Arbeitsgemeinschaft, die sich bekanntlich aus allen Vorstandsgliedern der beteiligten Gliederverbände zusammensetzt, durch Ausscheidung eines engeren Präsidiums, bestehend aus den Präsidenten und den beiden Vizepräsidenten der Arbeitsgemeinschaft, sowie dem jeweiligen Vorsitzenden des Baltischen Vertrauensrats, des Baltenverbandes und dem jeweiligen Generalbevollmächtigten des Baltischen Roten Kreuzes, sich ein einheitliches Arbeitsorgan schafft, dem auch die Verteilung der einlaufenden Beiträge auf die einzelnen Gliederverbände obliegen soll.

Angenommen wurde ferner ein Antrag von Baron Dellingshausen, demzufolge der Hauptvorstand beauftragt wurde, in der Arbeitsgemeinschaft dafür einzutreten, daß die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft im Baltischen Ältestenrat alle drei Jahre neu und zwar möglichst aus der Zahl von sechs vom Vertretertag des Baltenverbandes zu bezeichnenden Kandidaten gewählt werden. Angeregt wurde ferner die Ausarbeitung einer Geschäftsordnung des Ältestenrats und festgestellt wurde, daß das Baltentum im Reich den Ältestenrat, der vor einer Reihe von Jahren von allen baltischen Verbänden geschaffen wurde und berufen ist, über die Ehrenhaftigkeit der im Reich lebenden Balten zu wachen, nach wie vor als wesentlich für den Zusammenhalt und die Einheit des Baltentums im Reich ansieht.

Es folgten zum Schluß eingehende Berichte der Gaue, die ein reichhaltiges und buntes Bild des Lebens in den einzelnen baltischen Kolonien boten. Der Hauptvorstand wurde neugewählt. Zum Vorsitzenden wurde einstimmig Graf Paul v. d. Pahlen-Kantzemünde wiedergewählt, während zu den vier Gliedern des Hauptvorstandes die Herren Dr. O. v. Holbeck, Baron G. Manteuffel, Dr. E. Stieda und Dr. A. Seeberg gewählt wurden.

Am 29. Oktober d. J. trat die Baltische Arbeitsgemeinschaft zu einer Sitzung zusammen, auf der satzungsgemäß eine Neuwahl zu erfolgen hat. Der Präsident, Herr E. v. Stryk, und der erste Vizepräsident, Herr Dr. M. H. Boehm, wurden wiedergewählt, auf den neugeschaffenen Posten eines zweiten Vizepräsidenten (anstelle des früheren Generalsekretärs) wurde Baron G. Manteuffel gewählt.

Auf derselben Sitzung erfolgte die

Wahl der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft in den Baltischen Ältestenrat. Gewählt wurden: Baron Otto Engelhardt, Baron G. Manteuffel und Dr. E. Stieda.

H. v. R.

Ostsee-Internat und Baltenschule Misdroy

Unmerklich fast ist man nach den langen Sommerwochen wieder mitten im Herbstsemester drin. Nicht spurlos war der ereignisreiche Juli auch an den Zöglingen des Internats vorübergegangen. Wenn auch anfangs zu Beginn des Semesters die persönliche Stimmung vorherrschte — sei es im Bedauern, daß die schönen Ferien zu Ende sind, sei es in der doch deutlich zutage tretenden Freude, sich in der Internatsgemeinschaft wiederzufinden — etwas wie überschattet durch die wirtschaftliche Katastrophe des Sommers war auch der Semesteranfang in Misdroy. In den Begrüßungsreden in Internat und Schule klangen immer wieder Eindrücke durch, die das Geschehen in Deutschlands wirtschaftlichem Leben hervorgerufen hatte.

Dann begann das Semester mit seinen ernsten Forderungen an Pflichtbewußtsein und Arbeitswillen auch im kleinsten. Alltag reihte sich an Alltag, Arbeitswoche an Arbeitswoche, und nicht nur unsere internen kleinen Feste und Höhepunkte des Gemeinschaftslebens unterbrachen die Kette der gewöhnlichen Tage.

Ein wütender Herbststurm, der tagelang an unserer Küste tobte, bildete ein außerordentliches Ereignis. Möglichst wetterfest gekleidet lief alles hinaus an die See, um den hohen Wellengang, die Überschwemmung des Strandes sich anzusehen. Ein Schoner strandete gerade an der Misdroyer Küste, und tagelang bildete das Unglücksschiff das Ziel aller Spaziergänge und den Gegenstand, auf den sämtliche photographischen Apparate gerichtet wurden. Als dann die Abschleppungsarbeiten begannen, die bis auf den heutigen Tag fortgesetzt werden, wanderte Groß und Klein noch häufiger hinaus und bestaunte die mühsame und oft vergebliche Arbeit.

Kaum flaute der erste starke Eindruck dieses Ereignisses ab, so riß ein neues Geschehnis die Gedanken aus der ruhigen Bahn des Schullebens. Bei einem mitten in der Nacht ausbrechenden Feuer brannte ein großes Hotel in Misdroy fast ganz nieder. Die älteren Zöglinge des Internats beteiligten sich eifrig an den Rettungsarbeiten, was sogar in den Presseberichten lobend hervorgehoben wurde. Natürlich bildete der Brand tagelang das Gesprächsthema.

Aber auch unser internes Gemeinschaftsleben kam wieder zu seinem Recht. Das beliebte Sportfest fand statt. Wenngleich die Witterung nicht sehr günstig war und Kälte und Regen manche Vorführungen störten, so verlief das ganze Fest doch harmonisch und erfolgreich. Gute Leistungen wurden erzielt, interne Rekorde verbessert und abends wie üblich das Fest mit Tanz beschlossen. Eine ganz besondere Freude war es für alle, daß zum Sportfest eine Reihe ehemaliger „Dünenschlößler" und Baltenschüler gekommen war. Teilweise Studenten, teilweise schon im praktischen Beruf stehend, fand sich „die alte Garde" zusammen und verbrachte mit den früheren Kameraden und Kameradinnen vergnügte Stunden. Immer wieder freut einen die treue Anhänglichkeit der alten Dünenschlößler, und es ist nett zu sehen, wie jeder Jahrgang seine Klassengemeinschaft als die festeste und kameradschaftlich am besten zusammengefügte bezeichnet! Immer wieder kommt es uns zum Bewußtsein: die Worte des Hausliedes „Laßt uns fest zusammenhalten" sind den alten Dünenschlößlern in Fleisch und Blut übergegangen.

Ein neuer Mittelpunkt für geistige Gemeinschaft ist in diesem Semester durch die Reorganisation der Baltischen Arbeitsgemeinschaft geschaffen worden. Liebenswürdigerweise stellte sich Direktor Hunnius für den ersten Vortrag zur Verfügung und sprach im Dünenschlosse über „Geistige Strömungen in der Jugend der 80-er Jahre", ein Thema, das allgemein interessierte und ein klar umrissenes Bild des geistigen Lebens unter der Jugend dieser Zeit gab. Die Teilnahme an diesen Vorträgen — es werden alle 14 Tage noch weitere folgen — ist vollkommen freiwillig für alle Zöglinge der beiden Primen, der Obersekunda und für alle Lehrer und Erzieher.

So schließt sich die Internats- und Schulgemeinschaft in immer neuen, ineinandergreifenden Kreisen zusammen und bildet hoffentlich immer mehr ein in sich geschlossenes Ganzes in unserer zerrissenen Zeit mit ihren zerspaltenden Tendenzen und auseinanderströmenden Kräften.

Misdroy, im Oktober 1931.

Baltische Buchhandlung in Berlin. Wir können mitteilen, daß sich in Berlin eine baltische Buchhandlung niedergelassen hat. Ihre Anschrift ist: Buchhandlung Claus Pohrt Berlin-Neuwestend, Reichstraße 38. Neben allen üblichen buchhändlerischen Aufgaben wird dort besonders die Abteilung Baltica gepflegt werden.

Baltischer Rundfunkvortrag. Frau Else Frobenius, geb. Goethgens, die Vorsitzende des baltischen Frauenbundes — Berlin, hielt am 11. Oktober in Leipzig im Mitteldeutschen Rundfunk in der aktuellen Viertelstunde einen Vortrag über den Dom zu Riga.

Joseph Lezius †

Am 30. September ist in Halle a/S. ein Mann aus dem Leben geschieden, dem es zwar nur kurze Zeit in der baltischen Heimat zu wirken vergönnt war, der jedoch trotzdem ihren treuesten und verdienstvollsten Söhnen zuzurechnen ist: Professor Dr. Joseph Lezius. Sein Lebenslauf sei im folgenden in knappen Zügen umrissen.

Geboren am 18. September 1860 im Pastorat Testama (Livland) als zweiter von fünf Söhnen des Pastors Friedrich L., verlor er schon im Alter von fünf Jahren den Vater. Früh tritt somit der Ernst des Lebens an ihn heran. Er muß der Mutter bei Beaufsichtigung der jüngeren Brüder helfen. Es gelingt der willensstarken Frau, einer Tochter des Physiologen Prof. Friedrich Bidder, sämtliche Söhne durch die Schule und Universität zu bringen. Joseph L wählt nach Vollendung seiner Schullaufbahn im Dorpater Gouvernementsgymnasium das Studium der altklassischen Philologie. Er tritt 1877 als Staatsstipendiat in das russische philologische Seminar an der Universität Leipzig. Dieser Schritt bedeutet für ihn zwar den schweren Verzicht auf den Dienst in der Heimat, eröffnet ihm aber, da er das Seminar mit Auszeichnung absolviert, den Weg zur akademischen Laufbahn. Als „Professorstudent" setzt er 1880—1884 seine Studien in Dorpat fort, wo er als geschätztes Glied der Neobaltia auch am studentischen Leben regen Anteil nimmt.

1884 zum Magister, hernach auch zum Dr. der Philologie promoviert, wirkt er seit 1886 mit reichem Erfolg an der Universität Kiew als Professor der altklassischen Philologie. Darüber hinaus widmet er seine Kraft auch dem deutschen Schulwesen der Stadt und bringt als ehrenamtlicher Direktor der Kirchenschulen diese zu hoher Blüte. Als Lezius 1911 die Emeritur erreicht hat und nunmehr

freier über seine Zukunft entscheiden kann, schlägt er einen ehrenvollen Ruf nach Moskau aus und übernimmt, dem Zuge seines Herzens folgend, die Leitung der Revaler Domschule. Doch war ihm die engere Fühlung mit der Wissenschaft und die Lehrtätigkeit an der Hochschule so lieb und vertraut geworden, daß er bereits 1913 einem Ruf als Rektor des Historisch-philologischen Instituts nach Njeschin folgt, wo er in freier Stellung seine organisatorischen Fähigkeiten zur Geltung bringen kann. Es darf nicht wundernehmen, daß der Mann, der bereits früher in der hauptstädtischen Presse von den „wahrhaft russischen Männern" germanophiler Neigungen verdächtigt worden war, bei Kriegsausbruch seiner Stellung enthoben und nach Samara verbannt wurde. Doch findet er sogar im Exil die Möglichkeit, sich am neubegründeten philologischen Seminar dieser Stadt als Dozent zu betätigen. 1918 kommt er nach Verlust seiner Habe mit Frau und fünf Töchtern schwerkrank als Rückwanderer nach Deutschland. Doch gelingt es seiner zähen Energie, zuerst in Berlin, sodann seit 1919 in Halle als Hilfslehrer im höheren Schuldienst Verwendung zu finden und sich bald so weit durchzusetzen, daß er als Dozent der russischen Sprache und Literatur an der Universität angestellt wird. Seine gehaltvollen, aus einer ungewöhnlich vielseitigen Bildung erwachsenen Vorlesungen wurden nicht bloß von Studenten, sondern auch von vielen gereiften Männern mit großem Beifall angehört und trugen ihm reichen Dank ein, der bei der Feier seines 70. Geburtstags und zuletzt an seinem Sarge von berufener Seite Ausdruck fand.

Daneben fand der Unermüdliche, dem „die Arbeit am lebendigen Menschen" Bedürfnis war, noch Zeit zu politischer Betätigung innerhalb des Alldeutschen Verbandes, wo er eine Ortsgruppe leitete, wie er denn überhaupt mit der ihm eigenen Wärme in Schrift und Wort für den großdeutschen Gedanken warb. Aus dieser vielseitigen Arbeit hat ihn ein tückisches Leiden nach längerem Krankenlager hingerafft. Als überzeugtem Christen bedeutete ihm jedoch der Tod keinen Abschluß, sondern einen Übergang zu einem erhöhten Dasein. Bei allen denen, die Joseph Lezius kannten, wird er als vielseitiger Gelehrter, warmherziger Jugendbildner, mannhafter Deutscher und Bekenner evangelischen Christentums unvergessen bleiben. M. B.

Baltische Totenliste

Oberförster a. D. Friedrich Wiebeck, geb. 24. 9. 1863, gest. 15. 8. 1931 in Anzen. Berta Sophie Krüger, geb. Falk, geb. 12. 5. 1856, gest. 18. 8 1931 in Riga. Dr. med. Freiherr Heinrich von Mirbach, geb. 9. 6. 1883, gest. 17. 8. 1931 in Libau. Carl Dietrich Bachström, geb. 10. 7. 1873, gest. 16. 8. 1931 in Riga. Oberförster Edgar Schmidt, geb. 24. 2. 1881, gest. 22. 8 1931 in Reval. Kapitän Karl Attemann, geb. 16. 10. 1852 in Pernau, gest. 26. 8. 1931 in Baltischport. Nikolai von Brevern a. d. H. Kersel, geb. 5. 10. 1868, gest. 30. 8. 1931 in Reval. Olav Jürgenson, geb. 8. 11. 1903, gest. 3. 9. 1931 in Reval. Viktor Steinbach, geb. 24. 2. 1866, gest. 10. 9. 1931. Adelbert Berg, geb. 18. 9. 1860 in Dorpat, gest. 12. 9. 1931 in Reval. Ernst Borck, geb. 9. 9. 1866, gest. 19. 9. 1931 in Reval Lisinka von Straelborn, geb. Baronesse Tiesenhausen, geb. 22. 2. 1852, gest. 20. 8. 1931 in Reval. Kapitän Eduard Steinberg, geb. 24 3. 1875, gest. 20. 9. 1931 in Berlin. Baronesse Kedy von

Stackelberg a. d. H. Thomel, geb. 24. 10. 1885, gest. 2. 10. 1931 in Reval. Prof. Dr. phil. Joseph Lezius, gest. 30. 9. 1931 in Halle a. S. Pastorin Magda Hoerschelmann, geb. Neander, geb. 12. 11. 1865, gest. 8. 10. 1931 in Reval. Ida Koch, geb. von Glehn, geb. 25. 12. 1845, gest. 11. 10. 1931 in Tannenrode. Freih. Alexander v. Hoyningen-Huene, geb. 16. 10. 1861, gest. 11. 10. 1931 in Reval. Doris Ahlers, geb. Boustedt, geb. 7. 5. 1862, gest. 30. 10. 1931 in Reval. Marie Kupffer, geb. Spindler, geb. 22. 3. 1866, gest. 29. 10. 1931 in Kuda. Stud. theol. Werner Hoffmann, geb. 23. 9. 1908, gest. 22. 8. 1931 in Ulja bei Reval. Wally Barth, geb. Schulz, geb. 21. 7. 1893, gest. 24. 8. 1931 in Riga, Freiin Hedwig v. d. Ropp a. d. H. Paplacken, gest. 16. 8. 1931 in Birkenwerder bei Berlin. Dr. med. Sergius Musinowicz, gest. 25. 8. 1931 in Riga. Elisabeth von Freymann, geb. Butte, geb. 20. 1. 1871, gest. 26. 8. 1931 in Riga. Baroneſſe Emma von Fircks a. d. H. Sexaten, gest. 30. 8. 1931 in Neubrandenburg. Elisa Krannhals, geb. 28. 2. 1862, gest. 8. 9. 1931 in Riga. Eduard Jordan, gest. 13. 9. 1931 in Riga. Ing. Chem. Theodor Schilling, geb. 17. 1. 1849, gest. 13. 9. 1931 in Riga. Dr. med. Walter Stieda, geb. 23. 10. 1884, gest. 6. 9. 1931 in Ohling im Rheinl. Alice von Klot-Heydenfeldt, geb. 6. 9. 1856, gest. 15. 9. 1931 in Riga. Alfred von Seck, geb. 4. 5. 1860, gest. 16. 9. 1931 in Riga. Baron Julius von der Osten-Sacken, gest. 14. 9. 1931 in Jakobstadt. Mag. pharm. Friedrich Lichinger, geb. 27. 11. 1864 in Lemsal, gest. 20. 9. 1931 in Riga. Baron Wilhelm von Hahn-Blankenfeld, geb. 1870, gest. 14. 9. 1931 in Stölzing, Ob.-Bayern. Konsul a. D. Paul Stolterfoht (84-jährig), gest. 30. 9. 1931 in Riga. Oberlehrer Robert Woltner, geb. 14. 1. 1868, gest. 16. 10. 1931 in Riga. Charlotte Berndt, geb. 22. 3. 1869, gest. 19. 10. 1931 in Windau. Gustav Hein, gest. 21. 10. 1931 in Riga. Rechtsanwalt August Jürgens, geb. 22. 3. 1862 in Arensburg, gest. 21. 10. 1931 in Mitau. Oberförster Arnold Schmemann, (58-jährig) gest. 26. 10. 1931 in Riga. Oberst a. D. Ferdinand von Baumgarten, geb. 16. 3. in Linnapäh, gest. 1. 11. 1931 in Kochtel. Nelli Jensen, geb. Faehlmann, geb. 21. 2. 1851, gest. 31. 10. 1931 in Reval. Lina Hoeppener, geb. 17. 12. 1867, gest. 4. 11. 1931 in Reval. Aline Brindfeldt, geb. Heinrichsen, gest. 12. 11. 1931 in Reval. Propst Ferdinand Hoerschelmann, geb. 8. 9. 1853 im Pastorat Kosch, gest. in der Verbannung im Oktober d. J. in Minussinsk (Sibirien). Meta Pfaff, geb. 4. 5. 1874, gest. 20. 11. 1931 in Reval. General Baron Roman von Maydell, geb. 5. 8. 1859 in Petersburg, gest. 19. 11. 1931 in Remplin in Mecklenburg. Alexander von Baer (75-jährig), gest. 28. 11. 1931 in Reval. Emil Schultz (60-jährig), gest. 2. 11. 1931 in Düsseldorf. Dr. med. Emil Sintenis, geb. 24. 1. 1871, gest. 7. 11. 1931 in Riga. Frau Dr. Marie Glaeser, geb. Christiani, geb. 26. 9. 1847 in Odenpäh, gest. 6. 11. 1931 in Nömme bei Reval. Georg Lydike, geb. 19. 12. 1880, gest. 9. 11. 1931 in Reval. Baron Jeannot von Koskull (83-jährig), gest. 31. 10. 1931 in Pokroy. Baronin Marie von Engelhardt-Paibs, geb. Rost (91-jährig), gest. 11. 11. 1931 in Riga. Arthur de Chey, gest. 6. 11. 1931 in Riga. Baron Heinrich von Hahn-Wormsathen, geb. 29. 3. 1891, gest. 9. 11. 1931 in Riga. Dr. med. Armin Hilse, geb. 7. 9. 1887 in Riga, gest. 13. 11. 1931 in Stuttgart. Paul Schiel, geb. 21. 12. 1861, gest. 29. 10. 1931 in Riga. Provisor Karl Frobeen, geb. 19. 11. 1870, gest. 29. 10. 1931 in Riga. Herbert

John Laurentz, geb. 13. 6. 1888, gest. 19. 11. 1931 in Riga. Student Viktor Kleinhoff, geb. 14. 9. 1908, gest. 19. 11. 1931 in Riga. Alwill Mekler, gest. 3. 11. 1931 in Stiegelmühl bei Breslau. Alexander von Dittmar, gest. 27. 11. 1931 in Riga. Arved Heidemann (46-jährig), gest. 26. 11. 1931 in Riga.

Die glückliche Geburt eines kräftigen **Jungen** zeigen an

Gustav Graf Lambsdorff
Margarete
Gräfin Lambsdorff
geb. Bauer.

Boitzenburg,
den 22. September 1931.

Die Verlobung meiner Schwester **Sigrid** mit **Baron Gotthard v. Seefeld** zeigt hiermit an zugleich im Namen der Geschwister

Erich Petersohn
frat. Balt.

Riga.

Meine Verlobung mit Fräulein **Sigrid Petersohn** zeige ich hiermit ergebenst an

Baron
Gotthard von Seefeld

Berlin.

Oktober 1931.

Die Verlobung ihrer Tochter **Vera** mit dem Herrn Pastor Lizentiat **Heinrich Ohsoling-Fehre** zeigen hiermit an

Propst Franz Hollmann
Vera Hollmann
geb. Weidenbaum.

Hirschenhof in Livland.

Meine Verlobung mit Fräulein **Vera Hollmann** zeige ich hiermit ergebenst an

Pastor Lic. theol. des.
Heinrich
Ohsoling-Fehre

Riga, Kolpak- (Todleben-) Boul. 7, Wohn. 4.

Weihnachten 1931.

W. F. Häcker. Riga